460 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

11. 10. 1972

Regierungsvorlage

Bundesfinanzgesetz

für das Jahr

1973

(1. Jänner bis 31. Dezember 1973)

und

Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz

Wien 1973

Österreichische Staatsdruckerei

L61 25012

II

Inhalt

		Seite
Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973		1— 7
Anlagen:		
I. Bundesvoranschlag für das Jahr 1973 (Ausgaben und Einnahmen):		
Kapitel		
0 1	Präsidentschaftskanzlei	10— 11
0 2	Bundesgesetzgebung	10— 11
0 3	Verfassungsgerichtshof	10— 11
0 4	Verwaltungsgerichtshof	10— 11
0 6	Rechnungshof	10— 11
1 0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	12— 13
1 1	Inneres	14— 17
1 2	Unterricht	18— 27
1 3	Kunst	26— 29
1 4	Wissenschaft und Forschung	30— 35
1 5	Soziales	36— 45
1 6	Sozialversicherung	46— 49
1 7	Gesundheit und Umweltschutz	50— 55
2 0	Äußeres	56— 57
3 0	Justiz	58— 59
4 0	Militärische Angelegenheiten	60— 63
5 0	Finanzverwaltung	64— 67
5 1	Kassenverwaltung	68— 69
5 2	Öffentliche Abgaben	70— 75
5 3	Finanzausgleich	76— 77
5 4	Bundesvermögen	78— 83
5 5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	84— 85
5 6	Familienlastenausgleich	86— 87
5 7	Staatsvertrag	88— 89
5 9	Finanzschuld	90— 93
6 0	Land- und Forstwirtschaft	94—109
6 2	Preisausgleiche	110—113
6 3	Handel, Gewerbe, Industrie	114—117
6 4	Bauten und Technik	118—133
6 5	Verkehr	134—139
7 0	Staatsdruckerei *)	140—141
7 1	Bundestheater *)	142—143
7 2	Bundesapotheken *)	144—145
7 3	Salz (Monopol) *)	146—147
7 4	Glücksspiele (Monopol) *)	148—149
7 5	Branntwein (Monopol) *)	150—151
7 6	Hauptmünzamt *)	152—153
7 7	Österreichische Bundesforste *)	154—155
7 8	Post- und Telegraphenanstalt *)	156—157
7 9	Österreichische Bundesbahnen *)	158—159
Ia. Zusammenfassung der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung und Unterschiede gegenüber Bundesvoranschlag 1972		160—163
Ib. Zusammenfassung der außerordentlichen Gebarung		164—165
Ic. Kapitelweise Aufgliederung des Sachaufwandes (Ordentliche und außerordentliche Gebarung) nach Gebarungsgruppen		166—167
Id. Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen		168—169
II. Konjunkturausgleich - Voranschlag für das Jahr 1973		170—173
Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (gesondertes Heft)		174—202
Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (gesondertes Heft)		204—209
III. Dienstpostenplan (gesondertes Heft)		210—000
Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973		(6)—(9)

*) Geldvoranschlag.

1. Bundesgesetz vom XXXXXXXXXXXXX betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I. Der als Anlage I angeschlossene Bundesvoranschlag für das Finanzjahr 1973 wird nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes bewilligt. Die Ausgaben und Einnahmen dieses Bundesvoranschlages ergeben folgende Schlußsummen:

	Millionen Schilling
a) Ordentliche Gebarung:	
Ausgaben	134.121·787
Einnahmen	127.554·860
Abgang ...	6.566·927
b) Außerordentliche Gebarung:	
Ausgaben	4.950·302
Einnahmen	358·003
Abgang ...	4.592·299
Gesamtgebarungsabgang ...	11.159·226

Artikel II. (1) Falls die Gebarungsentwicklung während des Jahres zu einem höheren Abgang in der ordentlichen Gebarung führen sollte, ist dieser, soweit er nicht durch Mehreinnahmen oder Ersparungen bedeckt werden kann, durch Ausgabenrückstellungen in der ordentlichen Gebarung zu bedecken. Derartige Maßnahmen sind ausschließlich wegen unabweisbarer Mehrausgaben im Personalaufwand oder bei den Ansätzen für gesetzliche Verpflichtungen im Sachaufwand gegenüber dem Voranschlag zu verfügen.

(2) Die Durchführung der Maßnahmen gemäß Abs. 1 hat durch Rückstellung eines einheitlichen Hundertsatzes der sachlichen Ermessensausgabenansätze der ordentlichen Gebarung zu erfolgen. Ausgenommen sind Ausgaben

a) nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen;

b) für Preisstützungen (Kapitel 62);

c) für Bildungszulagen und Entgelte an Bewährungshilfevereinigungen;

d) für Reisegebühren und sonstige Aufwandsentschädigungen;

e) für Werkvertragsleistungen, soweit für diese im Verwaltungsaufwand bei Posten mit der Bezeichnung „Werkverträge" oder „Entgelte an Einzelpersonen" vorgesorgt ist;

f) für Vergütungen für die Arbeiten der Gefangenen;

g) für Verpflegung, soweit sie vom Bund zu tragen ist;

h) für Aufwendungen der Bundesbetriebe, soweit sie bei den Ansätzen „Aufwandskredite" veranschlagt sind;

i) für den Künstlerhilfefands;

j) aus der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen.

(3) Der Abgang der außerordentlichen Gebarung ist zu bedecken durch Mehreinnahmen der außerordentlichen Gebarung, Ausgabenersparungen der außerordentlichen Gebarung und durch Erlöse von Kreditoperationen, ferner durch einen allfälligen Überschuß der ordentlichen Gebarung, der nach Inanspruchnahme der im Artikel III vorgesehenen Ermächtigungen verbleibt.

Artikel II a. (1) Erfordert die wirtschaftliche Entwicklung im Finanzjahr 1973 zur Konjunkturbelebung den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel, so darf der Bundesminister für Finanzen die Zustimmung zur Überschreitung der im beigedruckten Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) angeführten finanzgesetzlichen An-

sätze des Bundesvoranschlages (Anlage I) in Höhe einheitlicher Hundertsätze bis zu den im Konjunkturausgleich-Voranschlag bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen vorgesehenen Beträgen und bis zu dem dort vorgesehenen Gesamtbetrag von 4.289'969 Millionen Schilling erteilen, wenn

1. mehrere Anzeichen eines Konjunkturrückganges, darunter insbesondere erhebliche Minderungen des Einganges von Aufträgen bei den Unternehmungen, auftreten;

2. dem Konjunkturrückgang durch die Ausübung dieser Ermächtigung entgegengewirkt und

3. die Bedeckung durch Kreditoperationen im Sinne des Artikels VI gefunden werden kann.

(2) Die gänzliche oder teilweise Anwendbarkeit des Konjunkturausgleich-Voranschlages wird durch ein besonderes Bundesgesetz festgestellt werden, in dem auch die Höhe der in Abs. 1 genannten Hundertsätze festgelegt werden kann.

(3) Ist durch die Auswirkungen eines Konjunkturrückganges (Abs. 1 Z. 1 und 2) ein höherer Abgang in der ordentlichen Gebarung auf Mindereinnahmen zurückzuführen, für dessen Bedeckung Mehreinnahmen oder Ersparungen nicht zur Verfügung stehen, kann dieser Abgang durch Kreditoperationen im Sinne des Artikels VI bedeckt werden. Das Ausmaß der durchzuführenden Kreditoperationen wird durch ein besonderes Bundesgesetz festgesetzt.

Artikel III. (1) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehrleistungen erbracht werden, die mit Mehreinnahmen verbunden sind und aus denen sich ein Mehraufwand ergibt, der durch Rückstellung von veranschlagten Vorhaben nicht bedeckt werden kann, hat der Bundesminister für Finanzen der Bedeckung dieses Mehraufwandes in den Mehreinnahmen der leistenden Stelle zuzustimmen.

(2) Wenn von einem Bundesbetrieb oder einer betriebsähnlichen Einrichtung Mehreinnahmen erbracht werden, kann ferner der Bundesminister für Finanzen auf Antrag die Verwendung dieser Mehreinnahmen für betriebsnotwendige Investitionen des die Mehreinnahmen erbringenden Organes bewilligen, soweit derartige Investitionen in diesem Bundesgesetz vorgesehen und die Durchführung dieser Investitionen für den betreffenden Betrieb oder die betreffende betriebsähnliche Einrichtung von solcher wirtschaftlicher Bedeutung ist, daß Bedenken aus der allgemeinen Haushaltslage gegenüber dieser wirtschaftlichen Bedeutung zurückzustellen sind.

(3) Wenn zweckgebundene Mehreinnahmen anfallen und nach Maßgabe der Mehreinnahmen Mehrausgaben zu tätigen sind, hat der Bundesminister für Finanzen der Verwendung der Mehreinnahmen die Zustimmung zu geben. Dies gilt sinngemäß auch für sonstige zweckgewidmete Mehreinnahmen. Solchen Mehreinnahmen sind die Mehreinnahmen aus Ersätzen gleichzuhalten, die durch Mehrausgaben des Bundes, welche ihm in gleicher Höhe auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Verpflichtungen durch andere Rechtsträger ersetzt werden müssen, bedingt sind.

(4) Der in den Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Bedeckung von Mehrausgaben in Mehreinnahmen kann bereits zugestimmt werden, sobald der voraussichtliche Anfall entsprechender Mehreinnahmen nachweisbar ist. Als Mehreinnahmen im Sinne des Abs. 2 sind lediglich solche Einnahmen anzusehen, die jeweils den für einen einzelnen, im Abs. 2 genannten Betrieb oder eine einzelne, dort genannte betriebsähnliche Einrichtung veranschlagten Gesamteinnahmenbetrag übersteigen.

(5) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1973

1. die Zustimmung zu Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Sachaufwandes und zu deren Bedeckung innerhalb der Ausgabenansätze desselben Paragraphen nach den folgenden Anordnungen zu geben:

a) Zunächst dürfen Überschreitungen zur Bestreitung von Ausgaben für Anlagen (Investitionen), sodann Überschreitungen zur Bestreitung des Verwaltungsaufwandes und schließlich zur Bestreitung des Zweckaufwandes (ausgenommen Ausgaben für Anlagen) bewilligt werden.

b) Ein einzelner Ausgabenansatz darf insgesamt um nicht mehr als 25 v. H. des vorgesehenen Ausgabenbetrages überschritten werden; lautet ein Ausgabenansatz aber auf einen Ausgabenbetrag unter vier Millionen Schilling, so darf er insgesamt bis zu einem Betrag von einer Million Schilling überschritten werden.

c) Zur Bedeckung solcher Überschreitungen sind zunächst Förderungsansätze, sodann Anlagenansätze, ferner Ansätze für Aufwandskredite und schließlich Ansätze des Verwaltungsaufwandes heranzuziehen.

d) Förderungsansätze dürfen zur Bedeckung solcher Überschreitungen jedoch höchstens bis zu einem Satz von 50 v. H., Anlagenansätze höchstens bis zu einem Satz von 40 v. H., Ansätze für Aufwandskredite höchstens bis zu einem Satz von 20 v. H. und Ansätze des Verwaltungsaufwandes höchstens bis zu einem Satz von 10 v. H. des einzelnen vorgesehenen Ausgabenbetrages gekürzt werden.

e) Solchen Überschreitungen darf nur zugestimmt werden, wenn Änderungen in der Dringlichkeit von Ausgaben zu dem jeweiligen Zeitpunkt eine solche Umschichtung innerhalb der Ausgabenansätze desselben Paragraphen erfor-

dern. Eine Änderung in der Dringlichkeit von Ausgaben im Sinne dieser Bestimmung ist gegeben, wenn die Ausübung der Verwaltung auf Grund der Gesetze über den bei einem Ansatz vorgesehenen Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben erfordert und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Ansätzen des gleichen Paragraphen Ausgaben in der zur Bedeckung der Überschreitungen erforderlichen Höhe zurückgestellt werden können;

2. die Zustimmung zur Überschreitung eines Ausgabenansatzes der Paragraphen 6313, 6314, 6471, 6472, 6475 und 6476 gegen Bedeckung beim anderen Ausgabenansatz des gleichen Paragraphen, weiters eines Ausgabenansatzes des Paragraphen 6405 gegen Bedeckung beim entsprechenden Ausgabenansatz des Paragraphen 6406 und umgekehrt ohne die in Z. 1 angeführten Beschränkungen zu bewilligen;

3. Überschreitungen bei Ansätzen für gesetzliche Verpflichtungen (Unterteilungen 0, 2, 4, 7 und 9) bis zu einem Betrag von 25 v. H. des einzelnen Ansatzes zu genehmigen; lautet ein Ausgabenansatz aber auf einen Ausgabenbetrag unter vier Millionen Schilling, so darf er insgesamt bis zu einem Betrag von einer Million Schilling überschritten werden. Die Bedeckung ist durch Ausgabenrückstellungen oder Mehreinnahmen sicherzustellen. Die Rückstellung von Ausgaben hat innerhalb jedes Kapitels jeweils in der Reihung des Bundesvoranschlages in erster Linie bei den nachfolgenden Ausgabenansätzen des Ermessens, und zwar zunächst bei den Förderungsansätzen (Unterteilungen 5 und 6) bis zu einem Satz von 25 v. H., sodann bei den Anlagenansätzen (Unterteilung 3) bis zu einem Satz von 20 v. H. und schließlich bei den Aufwandsansätzen (Unterteilung 8) bis zu einem Satz von 10 v. H. des bei dem einzelnen Ansatz vorgesehenen Ausgabenbetrages, zu erfolgen. Bezüglich der Bedekkung in Mehreinnahmen gelten die Bestimmungen des Art. III Abs. 4 erster Satz sinngemäß;

4. Überschreitungen von Ausgabenansätzen bis zum Betrag von 50.000 Schilling zu genehmigen, soweit diese Ausgabenansätze zu Ausgaben für den Verwaltungsaufwand oder für Anlagen oder für Aufwandskredite ermächtigen und die Bedeckung für eine solche Überschreitung jedes einzelnen Ansatzes zur Gänze sichergestellt ist. Wenn für eine Mehrzahl von Ansätzen gleichzeitig eine Überschreitung erforderlich wird, eine Bedeckung aber nur für einen Teil sichergestellt werden kann, sind solche Überschreitungen zunächst für Ansätze des Verwaltungsaufwandes, sodann für Ansätze der Anlagen und schließlich für Ansätze der Aufwandskredite zu genehmigen. Werden für eine Mehrzahl von Ansätzen des Verwaltungsaufwandes oder der Anlagen oder der Aufwandskredite gleichzeitig Überschreitungen erforderlich und kann eine Bedeckung nur für einen Teil sichergestellt werden, so sind die Überschreitungen für die einzelnen Ansätze in der Reihenfolge zu bewilligen, die sich aus den Fälligkeiten ergibt, nach deren Maßgabe zur Erfüllung rechtsverbindlicher Verpflichtungen des Bundes Ausgaben zu bestreiten sind;

5. die Zustimmung zu Überschreitungen von Ausgabenansätzen zu Lasten des Ausgabentitels 517 in jener Höhe zu geben, in der in Vorjahren zugunsten dieser Ansätze Beträge einer Rücklage zugeführt wurden, höchstens jedoch im Gesamtbetrag von 1600 Millionen Schilling, wobei ein einzelner finanzgesetzlicher Ansatz um nicht mehr als 50 v. H. des vorgesehenen Ausgabenbetrages überschritten werden darf; lautet ein Ausgabenansatz aber auf einen Ausgabenbetrag unter zwei Millionen Schilling, so darf er insgesamt bis zu einem Betrag von einer Million Schilling überschritten werden;

6. die Zustimmung zu Überschreitungen der Ansatzbeträge des Paragraphen 6402 „Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal" im Gesamtbetrage von höchstens 5 Millionen Schilling gegen Bedeckung im veranschlagten Ausgabenbetrag des Ansatzes 1/64278 zu geben, insoweit die Überschreitungsbeträge im Sinne des § 6 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, für Straßenbau-Forschungszwecke herangezogen werden;

7. Überschreitungen von Ausgabenansätzen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Titel 560) zu genehmigen, wenn diese Überschreitungen durch Ausgabenrückstellungen bei anderen Ausgabenansätzen desselben Titels oder durch Mehreinnahmen beim Titel 2/560 bedeckt werden können.

(6) Fällt beim Ansatz 1/11303 ein Mehrbedarf für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen an, kann dieser Ansatz bis zum Betrage von 12,640.000 Schilling gegen gleichhohe Bedeckung beim Ansatz 1/11403 überschritten werden. Fällt jedoch ein Mehrbedarf nicht beim Ansatz 1/11303 an, sondern für den gleichen Zweck beim Ansatz 1/11403, kann letzterer Ansatz bis zum Betrage von 3,592.000 Schilling gegen gleichhohe Bedeckung beim Ansatz 1/11303 überschritten werden. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Überschreitungsermächtigungen ist eine Änderung in der Dringlichkeit der veranschlagten Ausgaben. Eine Änderung in der Dringlichkeit von Ausgaben im Sinne dieser Bestimmung ist gegeben, wenn die Erfüllung der Obliegenheiten der Bundespolizei oder der Bundesgendarmerie über den beim Ansatz 1/11303 oder 1/11403 vorgesehenen Betrag hinausgehende, unvorherseh-

bare und unabweisliche Ausgaben für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen erfordert und Rückstellungen anderer Vorhaben innerhalb der beim Ansatz 1/11303 oder 1/11403 vorgesehenen Ausgabenbeträge nicht möglich ist.

(7) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, einen oder mehrere Ansätze des Kapitels 59 im Falle der vorzeitigen Rückzahlung von Finanzschulden bis zu einem Gesamtbetrag von 2·7 Milliarden Schilling zu überschreiten, wenn die Überschreitung durch Rückstellung von Ausgaben oder durch Mehreinnahmen bedeckt werden kann.

(8) Die Ansatzbeträge der Titel 602 und 603 sind innerhalb jedes Titels insoweit gegenseitig deckungsfähig, als der Mehrbedarf bei einem finanzgesetzlichen Ansatz nicht mehr als 25 v. H. beträgt und die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der dem Grünen Plan zugrunde liegenden Gesamtmaßnahmen erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende, gleichhohe Ausgaben bei einem anderen finanzgesetzlichen Ansatz dieses Titels und im Rahmen der Gesamtplanung des Grünen Planes zurückgestellt werden können. Ferner sind 10 Millionen Schilling des beim Ansatz 1/60398 „Forschungs- und Versuchswesen" veranschlagten Betrages insoweit deckungsfähig für sachliche Ausgaben der finanzgesetzlichen Ansätze des Titels 605 und der Paragraphen 6093 und 6095, als der Mehrbedarf für Forschungs- und Versuchsaufgaben bei einem dieser finanzgesetzlichen Ansätze nicht mehr als 50 v. H. beträgt.

(9) Die Ansatzbeträge der Titel 642 „Bundesstraßenverwaltung" und 643 „Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen)" sind insoweit gegenseitig deckungsfähig, als der Mehrbedarf bei einem finanzgesetzlichen Ansatz dieser Titel nicht mehr als 25 v. H. beträgt und die dem Mehrbedarf zugrunde liegenden Einzelmaßnahmen im Rahmen der Gesamtmaßnahmen zur Herstellung und Erhaltung der Bundesstraßen (einschließlich Autobahnen) erforderlich und wirtschaftlich zweckmäßig sind sowie dem Mehrbedarf entsprechende gleichhohe Ausgaben bei einem anderen finanzgesetzlichen Ansatz dieser Titel und im Rahmen der Gesamtplanung der Bundesstraßen (einschließlich Autobahnen) zurückgestellt werden können. Von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen sind jedoch die Ansatzbeträge 1/64208, 5/64243, 5/64343, 1/64377 und 1/64378.

(10) Die Ausgabenansätze des Sachaufwandes der einzelnen Bundesbetriebe sind mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen insoweit gegenseitig deckungsfähig, als der Mehrbedarf (Überschreitungsbetrag) bei einem finanzgesetzlichen Ansatz nicht mehr als 25 v. H. des vorgesehenen Ausgabenbetrages beträgt; lautet ein Ausgabenansatz aber auf einen Ausgabenbetrag unter vier Millionen Schilling, so darf er insgesamt bis zu einem Betrag von einer Million Schilling überschritten werden. Ferner muß die Überschreitung im Interesse einer wirtschaftlichen Betriebsführung unbedingt notwendig und eine Änderung in der Dringlichkeit eingetreten sein. Eine Änderung in der Dringlichkeit von Ausgaben im Sinne dieser Bestimmung ist gegeben, wenn die Erfüllung der Obliegenheiten eines Bundesbetriebes über den bei einem Ansatz vorgesehenen Betrag hinausgehende, unvorhersehbare und unabweisliche Ausgaben erfordert und zu diesem Zeitpunkt bei anderen Ansätzen des Sachaufwandes Ausgaben in der zur Bedeckung der Überschreitung erforderlichen Höhe zurückgestellt werden können.

(11) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, einem finanziellen Ausgleich zwischen den Ausgabenansätzen des Personalaufwandes und des Sachaufwandes bei einem Bundesbetrieb zuzustimmen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, durch eigene Bedienstete zu erbringende Leistungen im Wege einer Auftragsvergebung durchzuführen oder an Stelle einer Auftragsvergabe die Arbeiten durch eigene Bedienstete erbringen zu lassen. Die sich daraus ergebende Überschreitung eines finanzgesetzlichen Ansatzes darf 25 v. H. der Ansatzsumme nicht übersteigen.

(12) Die im Bundesvoranschlag bei den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen unter gesonderten zweistelligen Aufgabenbereichs-Kennziffern im Schrägdruck ausgewiesenen Aufgabenbereichs-Teilbeträge sind für statistische Auswertungszwecke vorgesehen und haben daher nicht die Eigenschaft finanzgesetzlicher Ansätze.

Artikel IV. (1) Ausgaben dürfen, auch wenn sie im Bundesvoranschlag (Anlage I) vorgesehen sind, nur dann geleistet werden, wenn sie zur Erfüllung gesetzlicher oder anderer rechtlicher Pflichten oder zu produktiven Zwecken zwingend notwendig oder zur Fortführung der Verwaltung nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit erforderlich sind.

(2) Für die Gebarung und Verrechnung gelten die Bestimmungen der Artikel 5 und 6 mit Ausnahme der Punkte X und XII des Verwaltungsentlastungsgesetzes (BGBl. Nr. 277/1925 in der Fassung BGBl. Nr. 7/1927), die Bundeshaushaltsverordnung (BGBl. Nr. 118/1926) und die Ver-

ordnung der Bundesregierung vom 20. August 1925 (BGBl. Nr. 330/1925).

(3) Die Verfügungsberechtigung über die auf Grund dieses Bundesgesetzes den anweisenden Stellen zugewiesenen Ausgabenansätze erlischt mit 31. Dezember 1973. Es können jedoch alle bis 31. Dezember 1973 eingelangten Rechnungen, die sich auf das Jahr 1973 beziehen, so angewiesen werden, daß die Anweisungen noch bis zum 20. Jänner 1974 zu Lasten der Voranschlagsansätze des Finanzjahres 1973 ausgeführt werden können. Dasselbe gilt unter den gleichen Voraussetzungen für sonstige bis dahin anerkannte Verbindlichkeiten, für die Zuführung zu Rücklagen und für die Überschußabfuhr des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen, jedoch können die Rücklagenzuführungen und die Überschußabfuhr bis zum 25. Jänner 1974 durchgeführt werden.

Artikel V. Die Steuern und sonstigen Einnahmen sind nach den bestehenden Vorschriften einzuheben.

Artikel VI. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, namens der Republik Österreich im Finanzjahr 1973.

1. bis zum Betrage (Gegenwert) des Gesamtgebarungsabganges gemäß Art. I Abs. 2 dieses Bundesgesetzes Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite bei inländischen oder bei ausländischen Gläubigern aufzunehmen,

a) wenn die Laufzeit der Anleihe, des Darlehens und des sonstigen Kredites 30 Jahre nicht übersteigt,

b) wenn die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund bei Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten in inländischer Währung unter Zugrundelegung der folgenden Formel nicht mehr als das Zweieinhalbfache des im Zeitpunkt der Kreditaufnahme geltenden Zinsfußes für Eskontierungen der Oesterreichischen Nationalbank (§ 48 Abs. 2 des Nationalbankgesetzes, BGBl. Nr. 184/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 276/1969) beträgt:

$$\frac{100 \times \left(\text{Zinsfuß} + \frac{\text{Rückzahlungskurs abzüglich Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}{\text{mittlere Laufzeit}}\right)}{\text{Nettoerlös der Kreditoperation in Hundertsätzen}}$$

c) wenn die prozentuelle Gesamtbelastung für den Bund bei Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten in ausländischer Währung nach der Formel laut lit. b nicht mehr als das Zweieinhalbfache des arithmetischen Mittels aus den im Zeitpunkt der Schuldaufnahme geltenden offiziellen Diskontsätzen in Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz und den USA (New York) beträgt und

d) wenn die Kreditoperation in Schilling, Belgischen Francs, Deutschen Mark, Französischen Francs, Holländischen Gulden, Italienischen Lire, Japanischen Jen, Kanadischen Dollar, Luxemburgischen Franken, Pfund-Sterling, Schwedischen Kronen, Schweizer Franken, US-Dollar oder in Rechnungseinheiten, die auf mehreren dieser Währungen beruhen, erfolgt.

Eine solche Kreditoperation darf im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 2·7 Milliarden Schilling nicht übersteigen. In Verträgen über Kreditoperationen im Ausland kann vereinbart werden, daß für Verbindlichkeiten der Republik Österreich aus solchen Verträgen Besicherungen mit Bundesvermögen oder Bundeseinnahmen ohne weiteres Zutun der Gläubiger verhältnismäßig in gleicher Weise gewährt werden, als nach Abschluß dieser Verträge solche Besicherungen für andere Verbindlichkeiten der Republik Österreich eingeräumt werden. Für die Beurteilung der Gesamtbelastung bei Krediten, bei welchen die Zinssätze jeweils für bestimmte Zeitabschnitte variabel festgesetzt werden, ist für die vertragliche Laufzeit die Gesamtbelastung nach der Formel laut lit. b zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses maßgebend. Für die Ermittlung der Gesamtbelastung bei Anleihen sind vertraglich vorgesehene Tilgungsmöglichkeiten durch freihändigen Rückkauf nicht zu berücksichtigen;

2. zur vorübergehenden Kassenstärkung kurzfristige Kreditoperationen mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 1973 in einem Ausmaß durchzuführen, daß der jeweilige Stand der Verpflichtungen aus solchen Kreditoperationen den Betrag (Gegenwert) von 8 Milliarden Schilling nicht übersteigt. Die Gebarung aus solchen Kreditoperationen ist in der Anlehensgebarung auszuweisen. Bis 31. Dezember 1973 nicht getilgte Schuldverpflichtungen aus diesen Kreditoperationen sind auf den in Z. 1 genannten Höchstbetrag anzurechnen;

3. Verpflichtungen des Bundes aus Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten

a) durch Hinausschieben der Fälligkeit bei sonst unveränderten Bedingungen zu prolongieren, wenn die jeweils zu prolongierende Verpflichtung keine längere Laufzeit als 5 Jahre aufweist, im Einzelfall den

Betrag (Gegenwert) von 2·7 Milliarden Schilling und die neue Laufzeit den Zeitraum von zehn Jahren nicht übersteigt, sich dadurch der Stand der Finanzschuld des Bundes nicht ändert, eine solche Prolongierung vertraglich vorgesehen oder im Interesse einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz gelegen ist oder wenn hiedurch eine Überschreitung des in diesem Bundesgesetz festgesetzten Gesamtgebarungsabganges vermieden werden kann;

b) zu konvertieren, wenn dies zur Erzielung besserer Kreditkonditionen, insbesondere zur Verminderung der Gesamtbelastung des Bundes im Sinne der Formel laut Z. 1 lit. b oder zur Konsolidierung bestehender kurz- oder mittelfristiger Schuldverpflichtungen notwendig oder dies im Interesse einer ausgeglichenen Zahlungsbilanz oder einer Verminderung eines Währungsrisikos gelegen ist oder wenn hiedurch eine Überschreitung des in diesem Bundesgesetz festgesetzten Gesamtgebarungsabganges vermieden werden kann oder wenn hiedurch die Fristen der Tilgungsverpflichtungen hinausgeschoben werden und wenn die Verpflichtung im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 2·7 Milliarden Schilling, die neue Laufzeit den Zeitraum von zehn Jahren und die Gesamtbelastung für den Bund die in Z. 1 lit. b oder lit. c vorgesehene Gesamtbelastung nicht übersteigt und sich dadurch der Stand der Finanzschuld des Bundes nicht ändert. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden auch Anwendung, wenn in der Person des Gläubigers ein Wechsel eintritt.

Die Verrechnung aus einer solchen Prolongierung oder Konvertierung hat in der Anlehensgebarung zu erfolgen. Die Bestimmungen dieser Ziffer sind auf die Fälle der Z. 2 nicht anzuwenden;

4. im Zuge der Angleichung an das bestehende Zinsgefälle im In- und Auslande unverloste Teilschuldverschreibungen einer oder mehrerer früher begebener Anleihen des Bundes anstelle einer Barzahlung bei Aufnahme von Anleihen gemäß Z. 1 entgegenzunehmen. Die Höhe der Entgegennahme von Teilschuldverschreibungen wird für jeden einzelnen Zeichner höchstens mit einem Viertel des neu gezeichneten Nennbetrages festgesetzt. Der in Z. 1 aufgezeigte Betrag erhöht sich um die Beträge, die sich in Ausübung dieser Ermächtigung ergeben. Die Verrechnung aus solchen Entgegennahmen (Arrosionen) hat in der Anlehensgebarung zu erfolgen.

(2) Die in Abs. 1 Z. 1 lit. c erteilte Ermächtigung ist auch auf Kredite anzuwenden, welche auf Grund früherer Bundesfinanzgesetze aufgenommen wurden und bei welchen die Zinssätze jeweils für bestimmte Zeitabschnitte variabel festgesetzt werden.

(3) Fremdwährungsbeträge sind zu den bei Vertragsabschluß jeweils geltenden Kassenwerten auf die im Abs. 1 Z. 1 und 2 genannten Höchstbeträge anzurechnen.

(4) Der im Abs. 1 Z. 1 erster Satz aufgezeigte Betrag erhöht sich um die Beträge, die sich in Ausübung der Ermächtigungen des Abs. 1 Z. 5 bis 7 und des Artikels II a ergeben.

(5) Zur Feststellung des Nettoerlöses gemäß Abs. 1 Z. 1 lit. b und c sind die Emissions- oder Zuzählungsverluste, Begebungsprovisionen, Werbe- und Druckkosten (Begebungskosten) vom Bruttoerlös in Abzug zu bringen. Vorzeitige Rückzahlungsermächtigungen (Kündigungsrechte) sind für die Beurteilung der Laufzeit nicht zu berücksichtigen.

Artikel VII. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Jahre 1973 für den Bund

1. Haftungen für land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bis zu einem Darlehensrahmen von insgesamt 800 Millionen Schilling zu gewährende Investitionskredite zu übernehmen; solche Haftungen können auch für Kredite übernommen werden, die zu einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes zusammengeschlossenen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sowie Agrargemeinschaften, land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften und ähnlichen Vereinigungen mit Ausnahme von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften gewährt werden; die Haftung darf im Einzelfalle jeweils nur bis zu 50 v. H. des aushaftenden Kreditbetrages, keinesfalls für einen höheren Betrag als 50 Millionen Schilling übernommen werden;

2. die Haftung für vom Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben durchzuführende Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) in einem Ausmaß zu übernehmen, daß der jeweils ausstehende Gesamtbetrag der Haftungen und die Haftungssumme im Einzelfall den Betrag (Gegenwert) von 1000 Millionen Schilling nicht übersteigen; einzurechnen in die Gesamt- und Einzelhaftungssumme sind die Zinsen und Kosten.

(2) Haftungen gemäß Abs. 1 dürfen nur für solche Finanzoperationen übernommen werden, die inhaltlich den Bestimmungen des Art. VI Abs. 1 Z. 1 lit. a bis d entsprechen.

Artikel VIII. Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1973

1. in Höhe der für bundeseigene oder bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten, aber nicht in Anspruch genommenen Teile der Aus-

gabenansätze eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen;

2. in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen in der ordentlichen oder außerordentlichen Gebarung der Bundesbetriebe sowie betriebsähnlichen Einrichtungen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen;

3. in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile zweckgebundener Einnahmen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

Artikel IX. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, im Finanzjahr 1973 über unbewegliches Bundesvermögen bis zu einem Gesamtwert von 80 Millionen Schilling zu verfügen, falls der Schätzwert des einzelnen Vermögensgegenstandes, bei Belastungen aber der Schätzwert oder der Nennwert der Belastung, entweder den Betrag von 50.000 Schilling nicht übersteigt oder den Betrag von 3'0 Millionen Schilling nicht übersteigt und im letzteren Falle die Verfügung für Siedlungszwecke, für Zwecke der Gebietskörperschaften, der gewerblichen Wirtschaft, des Schul-, Straßen-, Güter- und Seilwege-, Eisenbahn-, Post- oder Wasserbaues, der Wasserversorgung, der Energiewirtschaft, der Verbesserung der Betriebsstruktur in der Land- und Forstwirtschaft oder der Wiederherstellung durch Kriegseinwirkung beschädigter oder zerstörter bundeseigener Wohnhäuser geboten oder notwendig ist, um Kosten oder unvertretbare Verwaltungstätigkeit zu vermeiden. Die Bestimmung des Art. VI Abs. 1 Z. 5 bleibt unberührt.

(2) Die Verfügungsermächtigung umfaßt die Befugnis, unbewegliches Bundesvermögen durch Verkauf oder Tausch zu veräußern oder es mit Baurechten, Pfandrechten, Dienstbarkeiten oder anderen dinglichen Rechten zu belasten. Hiebei ist das Entgelt (Preis, Wert) mindestens mit dem auf Grund der Realschätzordnung (Justizministerialverordnung vom 25. Juli 1897, RGBl. Nr. 175) ermittelten Verkehrswert festzusetzen. Die Verfügungsermächtigung umfaßt ferner die Befugnis, entbehrliche, bereits dem öffentlichen Verkehr dienende Grundstücke des Bundes durch Schenkung an Gebietskörperschaften zu veräußern, wenn

a) sich diese verpflichten, solche Liegenschaften in das öffentliche Gut zu übertragen, diese als Verkehrsflächen zu verwenden und ihre Erhaltungskosten zu übernehmen, oder

b) erstere seinerzeit im Zuge von Straßenbaumaßnahmen Grundstücke dem Bund geschenkt haben und entbehrlich gewordenen Bundesstraßengrund im Höchstausmaß der vormals geschenkten Fläche für ihre Zwecke benötigen,

sofern in beiden Fällen der Schätzwert im Einzelfall 50.000 Schilling nicht übersteigt und durch die Schenkung Kosten oder unvertretbare Verwaltungstätigkeit des Bundes vermieden werden können. Die Verfügungsermächtigung umfaßt weiters die Befugnis, unbewegliches Bundesvermögen unentgeltlich mit Dienstbarkeiten für Zwecke einer Gebietskörperschaft oder für Zwecke der Energiewirtschaft zu belasten, wenn der Schätzwert der Belastung im Einzelfall 10.000 Schilling nicht übersteigt und die Einräumung der Dienstbarkeit im Interesse einer Gebietskörperschaft oder zur Entwicklung und zum Ausbau der Energiewirtschaft erforderlich ist.

(3) Über Verfügungen über einzelne Bestandteile des unbeweglichen Bundesvermögens, deren Entgelt (Preis, Wert) bei dem einzelnen Rechtsgeschäft den Betrag von 300.000 Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat vierteljährlich zu berichten.

Artikel X. (1) Der Bundesminister für Finanzen ist ermächtigt, soweit bundesgesetzlich nicht anders bestimmt ist, im Finanzjahr 1973 für die Erfüllung von Aufgaben des Bundes nicht mehr benötigte Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, nämlich

Amts-, Betriebs- oder Geschäftsausstattungen,
Waffen, Geräte und Rüstungssorten,
Fahrzeuge,
Maschinen,
Werkzeuge oder sonstige Erzeugungshilfsmittel,
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe,
Halbfabrikate,
Handelswaren und Fertigerzeugnisse,
Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel,
Tiere oder tierische Produkte,
sonstige land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse,
Wertpapiere,
nicht in Wertpapieren verkörperte Beteiligungen an Unternehmungen,
Druckwerke und
Abbruchstoffe,

durch Verkauf oder Tausch zu veräußern oder sie mit Pfandrechten zu belasten. Voraussetzung hiefür ist, daß sie

1. nach ihrer jeweiligen Eigenart

a) nicht für einen anderen Zweck umgearbeitet werden können oder

b) infolge technischer oder wirtschaftlicher Abnützung gänzlich unbrauchbar geworden sind oder

c) Beteiligungen an Unternehmungen darstellen, bei denen bei Gewinnverteilungen in den letzten fünf Geschäftsjahren vor dem Geschäftsjahr, in dem die Veräußerung

beabsichtigt ist, im Durchschnitt weniger als fünf vom Hundert des Nennwertes ausgeschüttet worden sind, und

2. ihren Preis ein Tarif bestimmt, in ähnlicher Art allgemein das Entgelt für sie festgelegt ist oder sie einen Börsen- oder Marktpreis oder sonst einen gemeinen Wert (§ 10 Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955) haben.

(2) Darüber hinaus ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, bewegliche Bestandteile des Bundesvermögens der Bauhofverwaltung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft bis zu einem Gesamtwert von zehn Millionen Schilling an die Länder zu veräußern. Voraussetzung hiefür ist, daß dadurch eine Verwaltungsvereinfachung im Bereiche der Bundesverwaltung eintritt und die Veräußerung zum Buchwert oder, wenn der Marktpreis niedriger ist, zum Marktpreis erfolgt.

(2a) Ferner ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, bewegliches Bundesvermögen durch Schenkung zu veräußern, wenn es keinen Börsen- oder Marktpreis oder sonst keinen gemeinen Wert (§ 10 Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955) besitzt.

(3) Von diesen Ermächtigungen sind ausgeschlossen:

a) Verfügungen über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die nach Maßgabe besonderer Gesetze verstaatlicht sind,

b) Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Kapitalgesellschaften, wenn die Beteiligung ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals) übersteigt;

c) Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an anderen Unternehmungen, wenn der Wert der Beteiligung, über die zu verfügen beabsichtigt ist, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

(4) Schließlich ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, soweit bundesgesetzlich nicht anderes bestimmt ist, auf eine Forderung des Bundes ganz oder teilweise zu verzichten, wenn

1. alle Möglichkeiten der Einziehung erfolglos versucht worden oder Einziehungsmaßnahmen offenkundig aussichtslos sind und auf Grund der Sachlage nicht angenommen werden kann, daß sie zu einem späteren Zeitpunkt zu einem Erfolg führen werden, oder

2. die Einziehung unbillig wäre oder

3. die Kosten der Einziehung die Forderung übersteigen.

(5) Übersteigt beim einzelnen Rechtsgeschäft der Wert des einzelnen Bestandteiles des Bundesvermögens, über den verfügt wird, den Betrag von fünf Millionen Schilling, so bedarf die Verfügung über einen solchen Bestandteil des Bundesvermögens eines Gesetzes im Sinne des Artikels 42 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

(6) Über Verfügungen über einzelne Bestandteile des beweglichen Bundesvermögens, deren Wert bei dem einzelnen Rechtsgeschäft den Betrag von 300.000 Schilling übersteigt, hat der Bundesminister für Finanzen dem Nationalrat vierteljährlich zu berichten.

Artikel XI. Die Anzahl der Dienstposten für das Jahr 1973 wird durch den Dienstpostenplan 1973 festgelegt (Anlage III). ./.

Artikel XII. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Kategorie der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1973 verwendeten Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge bestritten werden dürfen, werden durch den eine Anlage des Bundesvoranschlages bildenden Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1973 getroffen. ./.

Artikel XIII. Die Regelungen, nach denen die Ausgaben für die Anzahl und die Type der bei einem Organ des Bundes im Jahre 1973 verwendeten Datenverarbeitungsanlagen bestritten werden dürfen, werden durch den eine Anlage des Bundesvoranschlages bildenden Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1973 getroffen. ./.

Artikel XIV. Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1973 in Kraft.

Artikel XV. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist unbeschadet der Befugnis der obersten Organe zur Bestreitung der einzelnen Ausgaben innerhalb ihres Teilvoranschlages der Bundesminister für Finanzen betraut.

Gliederung*)

Der Bundesvoranschlag ist nach einem dekadisch numerierten Ansatzplan erstellt und zeigt folgende Gliederungselemente:

Haushalt	Gruppe Kapitel Titel Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich
0	0 0 0 0	0	0 0
	Finanzgesetzlicher Ansatz		

Haushalt	Zuordnungsziffer
Ausgaben des ordentlichen Haushaltes	1
Einnahmen des ordentlichen Haushaltes	2
Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes	5
Einnahmen des außerordentlichen Haushaltes	6

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche
11	Erziehung und Unterricht
12	Forschung und Wissenschaft
13	Kunst
14	Kultus
21	Gesundheit
22	Soziale Wohlfahrt
23	Wohnungsbau
32	Straßen
33	Sonstiger Verkehr
34	Land- und Forstwirtschaft
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)
37	Öffentliche Dienstleistungen
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)
41	Landesverteidigung
42	Staats- und Rechtssicherheit
43	Übrige Hoheitsverwaltung

Bei den **Einnahmenansätzen** ist die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

		Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt			Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt
0, 1	Zweckgebundene Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Zweckgebundene Einnahmen	4, 5, 6	Sonstige Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Laufende Einnahmen
2, **)3	Zweckgebundene Einnahmen (Vermögensgebarung)	Zweckgebundene Einnahmen (V)	7, 8, **)9	Sonstige Einnahmen (Vermögensgebarung)	Einnahmen (V)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorgenommen wird:

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung	Laufende Gebarung (L) oder Vermögensgebarung (V)
Personalausgaben:			
0 = Aufwandskredite **(Gesetzliche Verpflichtungen)**, Personalaufwand	Personalaufwand	A/G-P	L
Sachausgaben:			
1 = Verwaltungsaufwand	Verwaltungsaufwand	V	L
2 = Anlagen **(Gesetzliche Verpflichtungen)**	Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	An/G	V
3 = Anlagen (Ermessenskredite)	Anlagen	An	V
4 = Förderungsausgaben **(Gesetzliche Verpflichtungen)**	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	F/G	L
5 = Förderungsausgaben — Darlehen (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben (D)	F-D	V
6 = Förderungsausgaben — Zuschuß (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben	F	L
7 = Aufwandskredite **(Gesetzliche Verpflichtungen)**, Sachaufwand	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-S	L
8 = Aufwandskredite — Laufende Gebarung (Ermessenskredite)	Aufwandskredite	A	L
9 = Aufwandskredite — Vermögensgebarung **(Gesetzliche Verpflichtungen)**	Aufwandskredite (V) (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-V	V

*) Nähere Einzelheiten können dem vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebenen „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes" (Nachdruck der 4. Auflage vom Juni 1971) entnommen werden.

**) Nur Darlehensrückzahlungen.

10

Anlage I

Bundesvoranschlag

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	0						**Oberste Organe**						
1	**0**	**1**					**Präsidentschaftskanzlei:**						
	0	1	0	0	0	43	Personalaufwand	5·999	.....	.....	5·999	5·828	4·755
	0	1	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·797	.....	1·797	1·876	1·376
	0	1	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·291	0·291	0·331	0·264
	0	1	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·065	0·065	0·058	0·044
	0	1	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·724	.....	1·724	1·101	1·013
	0	1	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	5·310	.....	5·310	5·310	5·151
							Gesamtausgaben 01	5·999	8·831	0·356	15·186	14·504	12·603
1	**0**	**2**					**Bundesgesetzgebung:**						
	0	2	1				Nationalrat:						
	0	2	1	0	0	43	Personalaufwand	22·417	.....	.....	22·417	20·358	15·264
	0	2	1	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	14·450	.....	14·450	10·920	10·452
	0	2	1	0	3	43	Anlagen	.....	.....	[1] 6·060	6·060	4·600	4·499
	0	2	1	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·225	0·225	0·190	0·140
	0	2	1	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	151·617	.....	151·617	98·584	85·192
	0	2	1	0	8		Aufwandskredite	.....	1·863	.....	1·863	1·513	0·555
						21		.....	*0·050*	.....	*0·050*	*0·050*	*0·007*
						43		.....	*1·813*	.....	*1·813*	*1·463*	*0·548*
							Summe 021	22·417	167·930	6·285	196·632	136·165	116·102
	0	2	2				Bundesrat:						
	0	2	2	0	1	43	Verwaltungsaufwand	[2]	0·675	.....	0·675	0·544	0·423
	0	2	2	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	24·246	.....	24·246	13·084	11·541
							Summe 022	.....	24·921	.....	24·921	13·628	11·964
							Gesamtausgaben 02	22·417	192·851	6·285	221·553	149·793	128·066
1	**0**	**3**					**Verfassungsgerichtshof:**						
	0	3	0	0	0	42	Personalaufwand	2·592	.....	.....	2·592	2·340	1·728
	0	3	0	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	1·316	.....	1·316	1·154	0·809
	0	3	0	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·075	0·075	0·245	0·361
	0	3	0	0	5	42	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·040	0·040	0·040	0·026
	0	3	0	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	6·582	.....	6·582	2·600	2·147
							Gesamtausgaben 03	2·592	7·898	0·115	10·605	6·379	5·071
1	**0**	**4**					**Verwaltungsgerichtshof:**						
	0	4	0	0	0	42	Personalaufwand	20·673	.....	.....	20·673	19·489	16·216
	0	4	0	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	1·358	.....	1·358	1·311	1·193
	0	4	0	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·465	0·465	0·453	0·672
	0	4	0	0	5	42	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·220	0·220	0·197	0·155
							Gesamtausgaben 04	20·673	1·358	0·685	22·716	21·450	18·236
1	**0**	**6**					**Rechnungshof:**						
	0	6	0	0	0	43	Personalaufwand	37·445	.....	.....	37·445	33·445	26·120
	0	6	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	8·225	.....	8·225	7·579	5·894
	0	6	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·321	0·321	0·321	0·158
	0	6	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·340	0·340	0·305	0·242
	0	6	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·948	.....	1·948	0·981	0·918
	0	6	0	0	8	43	Generalsekretariat der INTOSAI [3] [4]	.....	2·250	.....	2·250	0·800	1·553
							Gesamtausgaben 06	37·445	12·423	0·661	50·529	43·431	34·885
							Gesamtausgaben 0	89·126	223·361	8·102	320·589	235·557	198·861

Fußnoten siehe Seite 11.

für das Jahr 1973

Anlage I

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	0						**Oberste Organe**					
2	0	1					**Präsidentschaftskanzlei:**					
	0	1	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·007	.....	0·007	0·007	0·009
	0	1	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·031	0·031	0·031	0·030
	0	1	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·060	0·060	0·050	0·037
							Gesamteinnahmen 01	0·007	0·091	0·098	0·088	0·076
2	0	2					**Bundesgesetzgebung:**					
	0	2	1				Nationalrat:					
	0	2	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	3·660	.....	3·660	2·340	2·066
	0	2	1	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·031	0·031	0·026	0·037
	0	2	1	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·095	0·095	0·085	0·092
							Summe 021	3·660	0·126	3·786	2·451	2·195
	0	2	2				Bundesrat:					
	0	2	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·601	.....	0·601	0·361	0·360
							Gesamteinnahmen 02	4·261	0·126	4·387	2·812	2·555
2	0	3					**Verfassungsgerichtshof:**					
	0	3	0	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·037	.....	0·037	0·037	0·031
	0	3	0	0	8	42	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	0·023
	0	3	0	0	9	42	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·027	0·027	0·027	0·021
							Gesamteinnahmen 03	0·037	0·030	0·067	0·067	0·075
2	0	4					**Verwaltungsgerichtshof:**					
	0	4	0	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·715	.....	0·715	0·575	0·719
	0	4	0	0	8	42	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	0·012
	0	4	0	0	9	42	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·175	0·175	0·172	0·168
							Gesamteinnahmen 04	0·715	0·177	0·892	0·749	0·899
2	0	6					**Rechnungshof:**					
	0	6	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·015	.....	0·015	0·013	0·016
	0	6	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·004	0·003
	0	6	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·220	0·220	0·220	0·205
							Gesamteinnahmen 06	0·015	0·222	0·237	0·237	0·224
							Gesamteinnahmen 0	5·035	0·646	5·681	3·953	3·829

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Fußnoten zu Seite 10:

[1]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 3·600 Millionen Schilling steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

[2]) Personalaufwand beim Ansatz 1/02100 mitveranschlagt.

[3]) INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden — Rechnungshöfe).

[4]) Im BVA 1972 und 1971 als „Sekretariat der Obersten Rechnungskontrollbehörden" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	1						**Innenverwaltung**						
1	1	**0**					**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**						
	1	0	0				Bundeskanzleramt:						
	1	0	0	0			Zentralleitung: [1]						
	1	0	0	0	0	43	Personalaufwand	81·000	.....	.....	81·000	50·000	46·402
	1	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	21·450	.....	21·450	8·260	6·885
	1	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·580	1·580	1·200	0·980
	1	0	0	0	4	43	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	38·415	.....	38·415	6·115	.....[1a]
	1	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·400	1·400	1·300	1·095
	1	0	0	0	6		Förderungsausgaben	.....	2·005	.....	2·005	5·620	10·350
						12		.....	*0·170*	.....	*0·170*	.....	.....
						38		.....	*0·120*	.....	*0·120*	*0·100*	*0·100*
						43		.....	*1·715*	.....	*1·715*	*5·520*	*10·250*
	1	0	0	0	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	94·949	.....	94·949	40·018	40·194
						21		.....	*0·100*	.....	*0·100*	.....	.....
						43		.....	*94·849*	.....	*94·849*	*40·018*	*40·194*
	1	0	0	0	8		Aufwandskredite	.....	53·800	.....	53·800	28·900	52·251
						21		.....	*0·040*	.....	*0·040*	.....	.....
						43		.....	*53·760*	.....	*53·760*	*28·900*	*52·251*
							Summe 1000	81·000	210·619	2·980	294·599	141·413	158·157
	1	0	0	3	8	43	Bundesgesetzblatt [2]	.....	6·800	.....	6·800	6·359	6·014
	1	0	0	4	6	22	Familienpolitische Maßnahmen	.....	1·400	.....	1·400	1·200	.....[3]
							Sektion Wirtschaftliche Koordination:						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	10·878	9·339
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	6·122	5·344
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·123	0·101
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	0·170	0·651
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	8·700	7·774
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·862	0·693
							Summe	.....	.....	.....	.....[4]	26·855	23·902
							Sektion Verstaatlichte Unternehmungen:						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	5·200	4·277
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	1·370	1·004
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·108	0·058
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·008	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....[4]	6·686	5·339
							Summe 100	81·000	218·819	2·980	302·799	182·513	193·412
	1	0	1				Staatsarchiv und Archivamt:						
	1	0	1	0	0	12	Personalaufwand	15·400	.....	.....	15·400	13·000	12·143
	1	0	1	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·700	.....	1·700	1·678	1·650
	1	0	1	0	3	12	Anlagen	.....	.....	0·170	0·170	0·183	0·223
	1	0	1	0	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·010	.....	0·010	0·010	0·010
	1	0	1	0	8	12	Aufwandskredite	.....	0·030	.....	0·030	0·019	0·018
							Summe 101	15·400	1·740	0·170	17·310	14·890	14·044
	1	0	2				Statistisches Zentralamt:						
	1	0	2	0	0	43	Personalaufwand	114·104	.....	.....	114·104	103·000	89·096
	1	0	2	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	58·000	.....	58·000	42·930	42·451
	1	0	2	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·100	2·100	2·150	1·878
	1	0	2	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	14·266	.....	14·266	28·814	4·311
							Summe 102	114·104	72·266	2·100	188·470	176·894	137·736
							Gesamtausgaben 10	210·504	292·825	5·250	508·579	374·297	345·192

Fußnoten siehe Seite 13.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	1						**Innenverwaltung**					
2	1	0					**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**					
	1	0	0				Bundeskanzleramt:					
	1	0	0	0			Zentralleitung: [1]					
	1	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	10·960	.....	10·960	4·615	1·390
	1	0	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·130	0·130	0·060	0·038
	1	0	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1a]	.....	1·280	1·280	1·200	1·153
							Summe 1000 ...	10·960	1·410	12·370	5·875	2·581
	1	0	0	3	4	43	Bundesgesetzblatt	7·210	.....	7·210	6·359	4·533
							Sektion Wirtschaftliche Koordination:					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	5·037	5·170
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·003	0·003
							Summe ...	.....	.....	..... [2]	5·040	5·173
							Sektion Verstaatlichte Unternehmungen:					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·020	0·011
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·010	.....
							Summe ...	.....	.....	..... [2]	0·030	0·011
							Summe 100 ...	18·170	1·410	19·580	17·304	12·298
	1	0	1				Staatsarchiv und Archivamt:					
	1	0	1	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·340	.....	0·340	0·260	0·337
	1	0	1	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 101 ...	0·340	0·002	0·342	0·262	0·337
	1	0	2				Statistisches Zentralamt:					
	1	0	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	2·920	.....	2·920	2·720	2·287
	1	0	2	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·030	0·080
							Summe 102 ...	2·920	0·030	2·950	2·750	2·367
							Gesamteinnahmen 10 ...	21·430	1·442	22·872	20·316	15·002

[1]) im BVA 1972 und 1971 als „Allgemeine Sektionen" veranschlagt gewesen.
[1a]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1973 bei Paragraph 1000 mitveranschlagt.

Fußnoten zu Seite 12:

[1]) Im BVA 1972 und 1971 als „Allgemeine Sektionen" veranschlagt gewesen.
[1a]) Im BVA 1971 beim Ansatz 1/10007 mitveranschlagt gewesen.
[2]) Verwaltungsaufwand beim Paragraph 1/1000 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1971 bei den Ansätzen der Bundesministerien für Finanzen, Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung veranschlagt gewesen.
[4]) Im BVA 1973 bei Paragraph 1000 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	1					**Inneres:**						
	1	1	0				Bundesministerium für Inneres:						
	1	1	0	0	0	43	Personalaufwand	134·136	.....	.....	134·136	109·520	97·052
	1	1	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	21·771	.....	21·771	10·800	10·696
	1	1	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	3·521	3·521	1·832	1·651
	1	1	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	27·368	27·368	25·177	19·631
	1	1	0	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·359	.....	0·359	0·413	0·309
	1	1	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·888	.....	0·888	0·620	0·618
	1	1	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	1·598	.....	1·598	0·474	0·533
							Summe 110 ...	134·136	24·616	30·889	189·641	148·836	130·490
	1	1	1				Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand): [1]						
	1	1	1	0			Flugpolizei und Flugrettungsdienst:						
	1	1	1	0	3	43	Anlagen	.....	.....	3·289	3·289	1·632	1·623
	1	1	1	0	8	43	Aufwandskredite	.....	4·911	.....	4·911	5·655	4·645
							Summe 1110 ...	.....	4·911	3·289	8·200	7·287	6·268
	1	1	1	1			Zivilschutz:						
	1	1	1	1	3	41	Anlagen	.....	.....	0·878	0·878	0·950	0·268
	1	1	1	1	6	41	Förderungsausgaben	.....	2·095	.....	2·095	2·412	1·939
	1	1	1	1	8	41	Aufwandskredite	.....	2·302	.....	2·302	0·984	0·645
							Summe 1111 ...	.....	4·397	0·878	5·275	4·346	2·852
	1	1	1	2	7	43	Wahlkosten	.....	6·332	.....	6·332	10·829	11·656
	1	1	1	3			Wanderungswesen:						
	1	1	1	3	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·482	0·482	0·166	0·183
	1	1	1	3	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·032	.....	0·032	0·037	0·001
	1	1	1	3	8	43	Aufwandskredite	.....	0·004	.....	0·004	0·004	0·001
							Summe 1113 ...	.....	0·036	0·482	0·518	0·207	0·185
	1	1	1	4	3	43	Entminungsdienst	.....	.....	1·143	1·143	0·204	0·172
	1	1	1	5	8	43	Grenzangelegenheiten	.....	0·104	.....	0·104	0·120	0·134
	1	1	1	6			Österreichisches Polizeikontingent in Cypern:						
	1	1	1	6	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·668	.....	6.668	6·910	5·655
	1	1	1	6	3	43	Anlagen	.....	.....	0·017	0·017	0·020	.....
							Summe 1116 ...	.....	6·668	0·017	6·685	6·930	5·655
							Summe 111 ...	.....	22·448	5·809	28·257	29·923	26·922

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/110 mitveranschlagt.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	1					**Inneres:**					
	1	1	0				Bundesministerium für Inneres:					
	1	1	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·728	.....	0·728	0·550	0·705
	1	1	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·053	0·016
	1	1	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze[1]	.....	17·710	17·710	15·120	14·666
							Summe 110 ...	0·728	17·730	18·458	15·723	15·387
	1	1	1				Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):					
	1	1	1	0			Flugpolizei und Flugrettungsdienst:					
	1	1	1	0	2	43	Zweckgebundene Einnahmen (V)[2]	.....	0·100	0·100	0·100	.....
	1	1	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·541	.....	0·541	0·511	0·548
	1	1	1	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 1110 ...	0·541	0·102	0·643	0·613	0·548
	1	1	1	1	4	41	Zivilschutz	0·020	.....	0·020	0·020	.....
	1	1	1	2	4	43	Wahlkosten	0·013	.....	0·013	0·013	0·457
	1	1	1	3			Wanderungswesen:					
	1	1	1	3	4	22	Laufende Einnahmen	0·008	.....	0·008	0·002	.....
	1	1	1	3	9	22	Einnahmen (V)[1]	.....	0·280	0·280	0·179	0·291
							Summe 1113 ...	0·008	0·280	0·288	0·181	0·291
	1	1	1	4			Entminungsdienst:					
	1	1	1	4	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·015	0·011
	1	1	1	5	4	43	Grenzangelegenheiten	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	1	1	6	4	43	Österreichisches Polizeikontingent in Cypern	6·930	.....	6·930	5·711	2·607
							Summe 111 ...	7·513	0·412	7·925	6·554	3·914

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/1103/Post 0403/002 veranschlagt.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
1	1	1	2				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
	1	1	2	1			Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge:[1]						
	1	1	2	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·002	0·002	0·010	.....
	1	1	2	1	8	43	Aufwandskredite	.....	2·037	.....	2·037	2·123	1·559
							Summe 1121 ...	.....	2·037	0·002	2·039	2·133	1·559
							Politische Behörden:						
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	0·386	0·404
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·360	0·320
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	8·163	7·437
							Summe ...	.....	.....	.....	..... [2]	8·909	8·161
							Summe 112 ...	.....	2·037	0·002	2·039	11·042	9·720
	1	1	3				Bundespolizei:						
	1	1	3	0	0	42	Personalaufwand	1.549·569	.....	.....	1.549·569	1.388·808	1.293·306
	1	1	3	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	185·370	.....	185·370	182·130	176·880
	1	1	3	0	3	42	Anlagen	.....	.....	29·980	29·980	19·170	12·683
	1	1	3	0	8	42	Aufwandskredite	.....	25·355	.....	25·355	26·089	27·598
							Summe 113 ...	1.549·569	210·725	29·980	1.790·274	1.616·197	1.510·467
	1	1	4				Bundesgendarmerie:						
	1	1	4	0	0	42	Personalaufwand	1.209·577	.....	.....	1.209·577	1.110·167	1.056·770
	1	1	4	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	204·359	.....	204·359	204·898	193·083
	1	1	4	0	3	42	Anlagen	.....	.....	33·114	33·114	31·021	24·443
	1	1	4	0	8	42	Aufwandskredite	.....	10·387	.....	10·387	11·212	10·629
							Summe 114 ...	1.209·577	214·746	33·114	1.457·437	1.357·298	1.284·925
	1	1	5				Besondere Einrichtungen:						
	1	1	5	0	0	22	Personalaufwand	16·219	.....	.....	16·219	13·966	13·085
	1	1	5	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·556	0·556	0·576	0·518
	1	1	5	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	1·108	.....	1·108	1·075	1·092
	1	1	5	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·994	.....	0·994	0·937	0·785
	1	1	5	0	8	22	Aufwandskredite	.....	11·059	.....	11·059	12·472	11·456
							Summe 115 ...	16·219	13·161	0·556	29·936	29·026	26·936
							Gesamtausgaben 11 ...	2.909·501	487·733	100·350	3.497·584	3.192·322	2.989·460

[1] Der Verwaltungsaufwand wird im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
[2] Im BVA 1973 bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen" veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	1	2				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:					
	1	1	2	1	4	43	Einrichtungen für die Kriegsgräberfürsorge	0·002	.....	0·002	0·002	.....
							Politische Behörden:					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....[1]	0·010	0·037
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....[2]	0·020	0·061
							Summe	.....	.....	.....	0·030	0·098
							Summe 112	0·002	.....	0·002	0·032	0·098
	1	1	3				Bundespolizei:					
	1	1	3	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V) [3]	.....	0·691	0·691	0·780	1·994
	1	1	3	0	4	42	Laufende Einnahmen	66·356	.....	66·356	62·780	60·009
	1	1	3	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·023	0·023	0·035	0·015
							Summe 113	66·356	0·714	67·070	63·595	62·018
	1	1	4				Bundesgendarmerie:					
	1	1	4	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V) [4]	.....	0·851	0·851	0·851	0·916
	1	1	4	0	4	42	Laufende Einnahmen	10·090	.....	10·090	9·490	9·995
	1	1	4	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·009	0·009	0·019	0·023
							Summe 114	10·090	0·860	10·950	10·360	10·934
	1	1	5				Besondere Einrichtungen:					
	1	1	5	0	0	22	Zweckgebundene Einnahmen [5]	0·600	.....	0·600	0·601	0·596
	1	1	5	0	4	22	Laufende Einnahmen	2·169	.....	2·169	1·768	1·879
	1	1	5	0	8	22	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·021	0·021	0·013	.....
	1	1	5	0	9	22	Darlehensrückzahlungen [6]	.....	0·141	0·141	0·142	0·153
							Summe 115	2·769	0·162	2·931	2·524	2·628
							Gesamteinnahmen 11	87·458	19·878	107·336	98·788	94·979

[1]) Im BVA 1973 bei dem Ansatz 2/11004 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1973 bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen" veranschlagt.
[3]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11303 mitveranschlagt.
[4]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11403 mitveranschlagt.
[5]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/11508 mitveranschlagt.
[6]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2					**Unterricht:**						
	1	2	0				Bundesministerium für Unterricht und Kunst:						
	1	2	0	0	0	43	Personalaufwand	60·117	.....	.....	60·117	51·744	44·999
	1	2	0	0	1		Verwaltungsaufwand	.....	174·745	.....	174·745	118·584	7·598
						11		.....	*164·725*	.....	*164·725*	*109·700*	.....
						43		.....	*10·020*	.....	*10·020*	*8·884*	*7·598*
	1	2	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·228	2·228	1·455	1·960
	1	2	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	21·013	21·013	50·841	48·336
	1	2	0	0	6	43	Förderungsausgaben	.....	31·808	.....	31·808	29·919	28·021
	1	2	0	0	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	207·100	.....	207·100	205·500	182·282
						11		.....	*8·100*	.....	*8·100*	*7·500*	.....
						14		.....	*199·000*	.....	*199·000*	*198·000*	*182·282*
	1	2	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	20·265	.....	20·265	20·176	4·857
							Summe 120	60·117	433·918	23·241	517·276	478·219	318·053
	1	2	1				(frei)						
	1	2	2				Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht: [1]						
	1	2	2	0			Allgemein-pädagogische Erfordernisse:						
	1	2	2	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	17·933	.....	17·933	12·870	18·402
	1	2	2	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	353·225	.....	353·225	277·200	.....
	1	2	2	0	8	11	Aufwandskredite	.....	11·355	.....	11·355	8·630	5·070
							Summe 1220	.....	382·513	.....	382·513	298·700	23·472
	1	2	2	1			Erwachsenenbildung:						
	1	2	2	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	49·362	.....	49·362	26·280	24·071
	1	2	2	2			Sportförderung:						
	1	2	2	2	5	11	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·289	0·289	0·288	0·200
	1	2	2	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	37·064	.....	37·064	32·675	28·592
	1	2	2	2	8	11	Aufwandskredite	.....	1·062	.....	1·062	1·049	1·075
							Summe 1222	.....	38·126	0·289	38·415	34·012	29·867
	1	2	2	3			Jugendförderung:						
	1	2	2	3	6	11	Förderungsausgaben	.....	25·623	.....	25·623	27·280	23·617
	1	2	2	4			Schulen im Ausland:						
	1	2	2	4	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·939	.....	0·939	1·081	1·157
	1	2	2	4	8	11	Aufwandskredite	.....	0·251	.....	0·251	0·238	0·217
							Summe 1224	.....	1·190	.....	1·190	1·319	1·374
	1	2	2	5			Multilaterale Bildungskontakte:						
	1	2	2	5	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·473	.....	0·473	0·545	.....
	1	2	2	5	8	11	Aufwandskredite	.....	1·288	.....	1·288	1·483	.....
							Summe 1225	.....	1·761	.....	1·761	2·028	.....
							Summe 122	.....	498·575	0·289	498·864	389·619	102·401

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/120 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	2					**Unterricht:**					
	1	2	0				Bundesministerium für Unterricht und Kunst:					
	1	2	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·570	.....	0·570	0·270	**0·511**
	1	2	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·105	0·105	0·002	**0·005**
	1	2	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	40·500	40·500	32·650	**26·624**
							Summe 120 ...	0·570	40·605	41·175	32·922	**27·140**
	1	2	1				(frei)					
	1	2	2				Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht:					
	1	2	2	0	4	11	Laufende Einnahmen	0·605	.....	0·605	0·142	**0·472**
	1	2	2	2	9	11	Einnahmen (V) [2]	.....	0·030	0·030	0·020	**0·050**
							Summe 122 ...	0·605	0·030	0·635	0·162	**0·522**

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/12207 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	3				(frei)						
	1	2	4				Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung: [1]						
	1	2	4	0			Bundesheime und Sporteinrichtungen:						
	1	2	4	0	0	11	Personalaufwand	27·440	.....	.....	27·440	19·600	18·904
	1	2	4	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	11·097	.....	11·097	9·939	9·964
	1	2	4	0	3	11	Anlagen	.....	.....	[2] 13·800	13·800	12·177	19·076
	1	2	4	0	8	11	Aufwandskredite	.....	19·300	.....	19·300	18·315	17·777
							Summe 1240 ...	27·440	30·397	13·800	71·637	60·031	65·721
	1	2	4	1			(frei)						
	1	2	4	2			Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:						
	1	2	4	2	0	11	Personalaufwand	4·410	.....	.....	4·410	3·388	3·467
	1	2	4	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·145	0·145	0·149	.....
	1	2	4	2	8	11	Aufwandskredite	.....	19·346	.....	19·346	16·830	19·602
							Summe 1242 ...	4·410	19·346	0·145	23·901	20·367	23·069
							Summe 124 ...	31·850	49·743	13·945	95·538	80·398	88·790
	1	2	5				(frei)						
	1	2	6				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:						
	1	2	6	0			Schulaufsichtsbehörden:						
	1	2	6	0	0	11	Personalaufwand	137·200	.....	.....	137·200	118·580	118·149
	1	2	6	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	18·335	.....	18·335	15·899	16·794
	1	2	6	0	3	11	Anlagen	.....	.....	1·428	1·428	1·854	0·951
	1	2	6	0	8	11	Aufwandskredite	.....	0·434	.....	0·434	0·382	0·355
							Summe 1260 ...	137·200	18·769	1·428	157·397	136·715	136·249
	1	2	6	1			Schulpsychologie — Bildungsberatung:						
	1	2	6	1	0	11	Personalaufwand	13·720	.....	.....	13·720	10·388	9·542
	1	2	6	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·629	.....	1·629	1·188	1·235
	1	2	6	1	3	11	Anlagen	.....	.....	0·193	0·193	0·198	0·305
	1	2	6	1	8	11	Aufwandskredite	.....	3·377	.....	3·377	3·093	1·949
							Summe 1261...	13·720	5·006	0·193	18·919	14·867	13·031
	1	2	6	2			Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen:						
	1	2	6	2	0	11	Personalaufwand	6·860	.....	.....	6·860	5·880	5·860
	1	2	6	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	2·219	.....	2·219	2·015	1·977
	1	2	6	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·795	0·795	0·824	0·807
	1	2	6	2	8	11	Aufwandskredite	.....	4·005	.....	4·005	3·588	3·613
							Summe 1262 ...	6·860	6·224	0·795	13·879	12·307	12·257
							Summe 126 ...	157·780	29·999	2·416	190·195	163·889	161·537

[1] Jugend- und Leibeserziehung.

[2] Hinsichtlich eines Teilbetrages von 8·0 Millionen Schilling für Bauzwecke steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	2	3				(frei)					
	1	2	4				Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung:[1]					
	1	2	4	0			Bundesheime und Sporteinrichtungen:					
	1	2	4	0	4	11	Laufende Einnahmen	28·054	.....	28·054	28·324	26·230
	1	2	4	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·012	0·012	0·070	0·057
							Summe 1240 ...	28·054	0·012	28·066	28·394	26·287
	1	2	4	1			(frei)					
	1	2	4	2			Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung:					
	1	2	4	2	4	11	Laufende Einnahmen	16·009	.....	16·009	13·100	13·413
							Summe 124 ...	44·063	0·012	44·075	41·494	39·700
	1	2	5				(frei)					
	1	2	6				Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene:					
	1	2	6	0			Schulaufsichtsbehörden:					
	1	2	6	0	4	11	Laufende Einnahmen	43·913	.....	43·913	15·734	14·882
	1	2	6	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·007	0·007	0·006	.....
							Summe 1260 ...	43·913	0·007	43·920	15·740	14·882
	1	2	6	1			Schulpsychologie — Bildungsberatung:					
	1	2	6	1	4	11	Laufende Einnahmen	0·285	.....	0·285	0·280	0·005
	1	2	6	1	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·005	0·005	0·002	.....
							Summe 1261 ...	0·285	0·005	0·290	0·282	0·005
	1	2	6	2			Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen:					
	1	2	6	2	4	11	Laufende Einnahmen	2·350	.....	2·350	2·130	1·617
	1	2	6	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·025	0·025	0·025	0·023
							Summe 1262 ...	2·350	0·025	2·375	2·155	1·640
							Summe 126 ...	46·548	0·037	46·585	18·177	16·527

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 20.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sächliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	7				Schulen I: [1]						
	1	2	7	0			Allgemeinbildende Höhere Schulen:						
	1	2	7	0	0	11	Personalaufwand [2]	1.797·876	.....	.....	1.797·876	1.403·240	1.386·191
	1	2	7	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	98·662	.....	98·662	75·240	98·345
	1	2	7	0	3	11	Anlagen	.....	.....	37·537	37·537	35·442	35·711
	1	2	7	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	5·227	.....	5·227	5·417	5·414
	1	2	7	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	14·357	.....	14·357	67·880	64·842
	1	2	7	0	8	11	Aufwandskredite	.....	24·125	.....	24·125	20·917	19·663
							Summe 1270	1.797·876	142·371	37·537	1.977·784	1.608·136	1.610·166
	1	2	7	1			Bundeserziehungsanstalten:						
	1	2	7	1	0	11	Personalaufwand	50·257	.....	.....	50·257	40·670	39·371
	1	2	7	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	5·404	.....	5·404	4·980	4·791
	1	2	7	1	3	11	Anlagen	.....	.....	1·911	1·911	1·980	1·446
	1	2	7	1	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·286	.....	0·286	0·079	0·077
	1	2	7	1	8	11	Aufwandskredite	.....	10·422	.....	10·422	9·376	8·695
							Summe 1271	50·257	16·112	1·911	68·280	57·085	54·380
	1	2	7	2			Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute:						
	1	2	7	2	0	11	Personalaufwand [3]	123·480	.....	.....	123·480	80·500	76·199
	1	2	7	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	11·484	.....	11·484	8·910	7·488
	1	2	7	2	3	11	Anlagen	.....	.....	11·560	11·560	11·088	8·865
	1	2	7	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	7·434	.....	7·434	7·704	6·194
	1	2	7	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	7·972	.....	7·972	75·870	55·259
	1	2	7	2	8	11	Aufwandskredite	.....	11·580	.....	11·580	9·405	5·099
							Summe 1272	123·480	38·470	11·560	173·510	193·477	159·104
	1	2	7	3			Bildungsanstalten:						
	1	2	7	3	0	11	Personalaufwand [4]	63·162	.....	.....	63·162	38·554	29·123
	1	2	7	3	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	5·500	.....	5·500	4·257	4·452
	1	2	7	3	3	11	Anlagen	.....	.....	3·864	3·864	2·227	4·221
	1	2	7	3	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·671	.....	0·671	0·772	0·852
	1	2	7	3	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·245	.....	0·245	5·218	5·223
	1	2	7	3	8	11	Aufwandskredite	.....	3·860	.....	3.860	3·069	2·847
							Summe 1273	63·162	10·276	3·864	77·302	54·097	46·718
	1	2	7	4			Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute:						
	1	2	7	4	0	11	Personalaufwand	19·470	.....	.....	19·470	18·228	16·605
	1	2	7	4	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	1·737	.....	1·737	1·440	1·344
	1	2	7	4	3	11	Anlagen	.....	.....	0·463	0·463	0·480	0·376
	1	2	7	4	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·140	.....	0·140	0·149	0·097
	1	2	7	4	8	11	Aufwandskredite	.....	2·509	.....	2·509	2·475	2·259
							Summe 1274	19·470	4·386	0·463	24·319	22·772	20·681

[1]) Allgemeinbildende Schulen (Höhere Schulen und Pflichtschulen, Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute, Bildungsanstalten, Konvikte und Schülerheime, Bundesanstalten für Leibeserziehung).

[2]) Für Privatschulen sind 1.478 Dienstposten mit einem Aufwand von 248,304.000 S veranschlagt.

[3]) Für Privatschulen sind 184 Dienstposten mit einem Aufwand von 36,616.000 S veranschlagt.

[4]) Für Privatschulen sind 187 Dienstposten mit einem Aufwand von 21,180.000 S veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	2	7				Schulen I: [1]					
	1	2	7	0			Allgemeinbildende Höhere Schulen:					
	1	2	7	0	4	11	Laufende Einnahmen	12·388	.....	12·388	10·944	11·911
	1	2	7	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·022	0·022	0·006	0·017
							Summe 1270 ...	12·388	0·022	12·410	10·950	11·928
	1	2	7	1			Bundeserziehungsanstalten:					
	1	2	7	1	4	11	Laufende Einnahmen	13·591	.....	13·591	9·026	10·179
	1	2	7	1	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·008	0·008	0·004	.....
							Summe 1271 ...	13·591	0·008	13·599	9·030	10·179
	1	2	7	2			Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute:					
	1	2	7	2	4	11	Laufende Einnahmen	3·294	.....	3·294	3·294	2·682
	1	2	7	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·006	0·004
							Summe 1272 ...	3·294	0·006	3·300	3·300	2·686
	1	2	7	3			Bildungsanstalten:					
	1	2	7	3	4	11	Laufende Einnahmen	2·602	.....	2·602	1·989	1·807
	1	2	7	3	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	0·001
							Summe 1273 ...	2·602	0·003	2·605	1·992	1·808
	1	2	7	4			Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute:					
	1	2	7	4	4	11	Laufende Einnahmen	2·955	.....	2·955	2·560	2·531
	1	2	7	4	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	0·001
							Summe 1274 ...	2·955	0·003	2·958	2·563	2·532

[1] Siehe Fußnote [1]) auf Seite 22.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	7	5			Allgemeinbildende Pflichtschulen:						
	1	2	7	5	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·483	.....	0·483	2·235	2·214
	1	2	7	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	6.404·190	.....	6.404·190	47·247	33·381
	1	2	7	5	8	11	Aufwandskredite	.....	55·854	.....	55·854	53·658	52·782
							Personalaufwand	.....	.....	.....	[1])	4.968·000	4.729·088
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	[1])	31·110	26·060
							Summe 1275 ...	.....	6.460·527	.....	6.460·527	5.102·250	4.843·525
	1	2	7	6			Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):						
	1	2	7	6	0	11	Personalaufwand	18·772	.....	.....	18·772	15·190	15·402
	1	2	7	6	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	4·825	.....	4·825	4·415	4·498
	1	2	7	6	3	11	Anlagen	.....	.....	2·866	2·866	2·970	1·394
	1	2	7	6	6	11	Förderungsausgaben	.....	6·140	.....	6·140	7·070	7·700
	1	2	7	6	8	11	Aufwandskredite	.....	8·396	.....	8·396	7·900	6·990
							Summe 1276 ...	18·772	19·361	2·866	40·999	37·545	35·984
	1	2	7	7			(frei)						
	1	2	7	8			Bundesanstalten für Leibeserziehung:						
	1	2	7	8	0	11	Personalaufwand	8·085	.....	.....	8·085	3·234	4·737
	1	2	7	8	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	5·211	.....	5·211	3·406	3·402
	1	2	7	8	3	11	Anlagen	.....	.....	2·410	2·410	1·663	0·678
	1	2	7	8	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·238	.....	0·238	0·247	0·240
	1	2	7	8	8	11	Aufwandskredite	.....	1·129	.....	1·129	0·574	0·622
							Summe 1278 ...	8·085	6·578	2·410	17·073	9·124	9·679
							Summe 127 ...	2.081·102	6.698·081	60·611	8.839·794	7.084·486	6.780·237
	1	2	8				Schulen II: [2])						
	1	2	8	0			Technische und gewerbliche Lehranstalten:						
	1	2	8	0	0	11	Personalaufwand [3])	587·138	.....	.....	587·138	484·160	496·067
	1	2	8	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	41·055	.....	41·055	32·544	39·197
	1	2	8	0	3	11	Anlagen	.....	.....	52·197	52·197	39·144	32·363
	1	2	8	0	6	11	Förderungsausgaben	.....	2·962	.....	2·962	3·069	0·671
	1	2	8	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·849	.....	1·849	2·523	2·040
	1	2	8	0	8	11	Aufwandskredite	.....	27·758	.....	27·758	25·722	21·751
							Summe 1280 ...	587·138	73·624	52·197	712·959	587·162	592·089

[1]) Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 in den Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

[2]) Berufsbildende Schulen (Berufspädagogische Lehranstalten und Institute, höhere und mittlere Schulen, Berufsschulen, Konvikte Lehrhaushalte und Schülerheime).

[3]) Für Privatschulen sind 125 Dienstposten mit einem Aufwand von 21,000.000 S veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	2	7	5			Allgemeinbildende Pflichtschulen:					
	1	2	7	5	4	11	Laufende Einnahmen	2·862	.....	2·862	2·820	0·882
	1	2	7	6			Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende):					
	1	2	7	6	4	11	Laufende Einnahmen	23·278	.....	23·278	21·201	19·721
	1	2	7	6	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·002	.....
							Summe 1276...	23·278	0·006	23·284	21·203	19·721
	1	2	7	7			(frei)					
	1	2	7	8			Bundesanstalten für Leibeserziehung:					
	1	2	7	8	4	11	Laufende Einnahmen	0·466	.....	0·466	0·254	0·335
	1	2	7	8	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·008	0·008	0·004	.....
							Summe 1278...	0·466	0·008	0·474	0·258	0·335
							Summe 127...	61·436	0·056	61·492	52·116	50·071
	1	2	8				Schulen II: [1]					
	1	2	8	0			Technische und gewerbliche Lehranstalten:					
	1	2	8	0	4	11	Laufende Einnahmen	16·185	.....	16·185	15·150	14·619
	1	2	8	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·065	0·065	0·060	0·015
							Summe 1280...	16·185	0·065	16·250	15·210	14·634

[1]) Siehe Fußnote [2]) auf Seite 24.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	2	8	1			Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe:						
	1	2	8	1	0	11	Personalaufwand[1]	263·508	.....	.....	263·508	162·370	163·926
	1	2	8	1	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	10·808	.....	10·808	7·524	7·484
	1	2	8	1	3	11	Anlagen	.....	.....	9·134	9·134	8·232	9·093
	1	2	8	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	1·930	.....	1·930	1·188	2·103
	1	2	8	1	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·628	.....	0·628	10·657	11·168
	1	2	8	1	8	11	Aufwandskredite	.....	7·913	.....	7·913	7·068	6·776
							Summe 1281	263·508	21·279	9·134	293·921	197·039	200·550
	1	2	8	2			Handelsakademien und Handelsschulen:						
	1	2	8	2	0	11	Personalaufwand[2]	304·045	.....	.....	304·045	217·200	222·475
	1	2	8	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	18·335	.....	18·335	11·682	16·050
	1	2	8	2	3	11	Anlagen	.....	.....	15·687	15·687	15·840	10·226
	1	2	8	2	6	11	Förderungsausgaben	.....	1·911	.....	1·911	1·980	2·906
	1	2	8	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·073	.....	1·073	3·643	2·851
	1	2	8	2	8	11	Aufwandskredite	.....	4·632	.....	4·632	3·663	3·062
							Summe 1282	304·045	25·951	15·687	345·683	254·008	257·570
	1	2	8	3			Berufspädagogische Institute:						
	1	2	8	3	0	11	Personalaufwand	5·020	.....	.....	5·020	3·136	2·466
	1	2	8	3	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·965	.....	0·965	0·644	0·548
	1	2	8	3	3	11	Anlagen	.....	.....	0·482	0·482	0·297	0·344
	1	2	8	3	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·086	.....	0·086	0·089	.....
	1	2	8	3	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·180	.....	0·180	0·099	0·166
	1	2	8	3	8	11	Aufwandskredite	.....	1·628	.....	1·628	1·040	0·839
							Summe 1283	5·020	2·859	0·482	8·361	5·305	4·363
	1	2	8	4			(frei)						
	1	2	8	5			Berufsbildende Pflichtschulen:						
	1	2	8	5	6	11	Förderungsausgaben	.....	0·058	.....	0·058	0·060	0·096
	1	2	8	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	231·453	.....	231·453	0·010	0·011
	1	2	8	5	8	11	Aufwandskredite	.....	3·518	.....	3·518	3·366	3·298
							Personalaufwand	.....	.....	.....	[3]	364·560	365·627
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	[3]	2·079	2·171
							Summe 1285	.....	235·029	.....	235·029	370·075	371·203
	1	2	8	6			Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende):						
	1	2	8	6	0	11	Personalaufwand	5·948	.....	.....	5·948	4·606	4·354
	1	2	8	6	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	4·825	.....	4·825	4·059	3·856
	1	2	8	6	3	11	Anlagen	.....	.....	3·474	3·474	4·455	0·281
	1	2	8	6	6	11	Förderungsausgaben	.....	8·755	.....	8·755	8·415	9·936
	1	2	8	6	8	11	Aufwandskredite	.....	11·580	.....	11·580	10·395	9·891
							Summe 1286	5·948	25·160	3·474	34·582	31·930	28·318
							Summe 128	1.165·659	383·902	80·974	1.630·535	1.445·519	1.454·093
							Gesamtausgaben 12	3.496·508	8.094·218	181·476	11.772·202	9.642·130	8.905·111
	1	**3**					**Kunst:**						
	1	3	0				Bundesministerium (Zweckaufwand):						
	1	3	0	0			Bildende Künste und Ausstellungen:						
	1	3	0	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	5·042	.....	5·042	3·583	3·707
	1	3	0	0	8	13	Aufwandskredite	.....	7·048	.....	7·048	5·940	4·798
							Summe 1300	.....	12·090	.....	12·090	9·523	8·505
	1	3	0	1			Musik und darstellende Kunst:						
	1	3	0	1	6	13	Förderungsausgaben	.....	104·041	.....	104·041	88·140	86·209
	1	3	0	1	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	20·810	.....	20·810	18·810	15·700
	1	3	0	1	8	13	Aufwandskredite	.....	0·422	.....	0·422	0·317	0·297
							Summe 1301	.....	125·273	.....	125·273	107·267	102·206

[1]) Für Privatschulen sind 761 Dienstposten mit einem Aufwand von 100,452.000 S veranschlagt.
[2]) Für Privatschulen sind 387 Dienstposten mit einem Aufwand von 61,920.000 S veranschlagt.
[3]) Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 in den Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	2	8	1			Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe:					
	1	2	8	1	4	11	Laufende Einnahmen	5·515	.....	5·515	5·230	4·517
	1	2	8	1	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	0·052
							Summe 1281 ...	5·515	0·010	5·525	5·240	4·569
	1	2	8	2			Handelsakademien und Handelsschulen:					
	1	2	8	2	4	11	Laufende Einnahmen	7·058	.....	7·058	6·810	5·302
	1	2	8	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	.....
							Summe 1282 ...	7·058	0·010	7·068	6·820	5·302
	1	2	8	3			Berufspädagogische Institute:					
	1	2	8	3	4	11	Laufende Einnahmen	0·758	.....	0·758	0·180	0·175
	1	2	8	3	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·005	0·008
							Summe 1283 ...	0·758	0·006	0·764	0·185	0·183
	1	2	8	4			(frei)					
	1	2	8	5			Berufsbildende Pflichtschulen:					
	1	2	8	5	4	11	Laufende Einnahmen	0·080	.....	0·080	0·720	0·075
	1	2	8	6			Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende):					
	1	2	8	6	4	11	Laufende Einnahmen	19·800	.....	19·800	17·720	18·182
	1	2	8	6	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	.....
							Summe 1286 ...	19·800	0·010	19·810	17·730	18·182
							Summe 128 ...	49·396	0·101	49·497	45·905	42·945
							Gesamteinnahmen 12 ...	202·618	40·841	243·459	190·776	176·905
	1	**3**					**Kunst:**					
	1	3	0				Bundesministerium (Zweckaufwand):					
	1	3	0	0			Bildende Künste und Ausstellungen:					
	1	3	0	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·045	.....	0·045	0·035	0·064
	1	3	0	1			Musik und darstellende Kunst:					
	1	3	0	1	4	13	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·005

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	3	0	2			Literatur:						
	1	3	0	2	6	13	Förderungsausgaben	.....	5·586	.....	5·586	5·321	5·191
	1	3	0	2	8	13	Aufwandskredite	.....	0·362	.....	0·362	0·375	0·280
							Summe 1302	.....	5·948	.....	5·948	5·696	5·471
	1	3	0	3			Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	3	0	3	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·100	0·100	0·099	0·020
	1	3	0	3	6	13	Förderungsausgaben	.....	30·240	.....	30·240	27·942	25·602
							Summe 1303	.....	30·240	0·100	30·340	28·041	25·622
	1	3	0	4			Filmwesen:						
	1	3	0	4	3	13	Anlagen	.....	.....	0·096	0·096	.....	.....
	1	3	0	4	6	13	Förderungsausgaben	.....	10·781	.....	10·781	..... [1]	..... [1]
	1	3	0	4	8	13	Aufwandskredite	.....	0·965	.....	0·965	.....	.....
							Summe 1304	.....	11·746	0·096	11·842	.....	.....
							Summe 130	.....	185·297	0·196	185·493	150·527	141·804
	1	3	1				(frei)						
	1	3	2				Hofmusikkapelle:						
	1	3	2	0	0	13	Personalaufwand	2·450	.....	.....	2·450	2·303	2·058
	1	3	2	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·351	.....	1·351	1·282	1·232
	1	3	2	0	3	13	Anlagen	.....	.....	0·204	0·204	0·288	0·268
	1	3	2	0	8	13	Aufwandskredite	.....	0·052	.....	0·052	0·049	0·043
							Summe 132	2·450	1·403	0·204	4·057	3·922	3·601
	133/134						(frei)						
	1	3	5				Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm:						
	1	3	5	0	0	13	Personalaufwand	3·371	.....	.....	3·371	3·136	3·140
	1	3	5	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·640	.....	1·640	0·877	0·706
	1	3	5	0	3	13	Anlagen	.....	.....	0·388	0·388	0·802	0·717
	1	3	5	0	8	13	Aufwandskredite	.....	6·634	.....	6·634	7·425	6·304
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	..... [2]	10·191	9·915
							Summe 135	3·371	8·274	0·388	12·033	22·431	20·782
	136/137						(frei)						
	1	3	8				Österreichische Kulturinstitute:						
	1	3	8	0	0	13	Personalaufwand	7·840	.....	.....	7·840	5·880	6·527
	1	3	8	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	22·195	.....	22·195	21·285	17·998
	1	3	8	0	3	13	Anlagen	.....	.....	2·609	2·609	3·004	1·321
	1	3	8	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	2·316	.....	2·316	2·755	2·684
	1	3	8	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·115	.....	0·115	0·149	0·112
	1	3	8	0	8	13	Aufwandskredite	.....	2·654	.....	2·654	2·376	3·279
							Summe 138	7·840	27·280	2·609	37·729	35·449	31·921
							Gesamtausgaben 13	13·661	222·254	3·397	239·312	212·329	198·108

[1]) Im BVA 1972 und 1971 beim Ansatz 1/135 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1973 beim Anzatz 1/1304 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	3	0	2			Literatur:					
	1	3	0	2	4	13	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	.....
	1	3	0	3			Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung):[1]					
	1	3	0	3	3	13	Zweckgebundene Einnahmen (V)[2]	.....	0·100	0·100	0·100	0·071
	1	3	0	4			Filmwesen:					
	1	3	0	4	4	13	Laufende Einnahmen	0·076	.....	0·076	.....	.....
	1	3	0	4	9	13	Einnahmen (V)	.....	0·100	0·100	.....	.....
							Summe 1304...	0·076	0·100	0·176	.....	.....
							Summe 130...	0·125	0·200	0·325	0·139	0·140
	1	3	1				(frei)					
	1	3	2				Hofmusikkapelle:					
	1	3	2	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·738	.....	0·738	0·709	0·758
	1	3	2	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·001	.....
							Summe 132...	0·738	0·002	0·740	0·710	0·758
	133/134						(frei)					
	1	3	5				Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm:					
	1	3	5	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·775	.....	0·775	1·510	0·830
	1	3	5	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·004	0·016
							Summe 135...	0·775	0·004	0·779	1·514	0·846
	136/137						(frei)					
	1	3	8				Österreichische Kulturinstitute:					
	1	3	8	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·756	.....	0·756	0·776	0·721
	1	3	8	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·004	0·025
							Summe 138...	0·756	0·004	0·760	0·780	0·746
							Gesamteinnahmen 13 ...	2·394	0·210	2·604	3·143	2·490

[1]) Die Eingänge aus dem Kunstförderungsbeitrag sind gemäß BGBl. Nr. 301/1968 beim Ansatz 2/52180 veranschlagt.
[2]) Im BVA 1971 als Unterteilung veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Bundesrechnungsabschluß 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	4					**Wissenschaft und Forschung:**						
	1	4	0				Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung:						
	1	4	0	0	0	43	Personalaufwand	17·552	.....	.....	17·552	11·613	11·183
	1	4	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	6·466	.....	6·466	5·232	4·346
	1	4	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·110	1·110	1·031	0·922
	1	4	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	9·129	9·129	7·804	7·728
	1	4	0	0	6	43	Förderungsausgaben	.....	7·066	.....	7·066	7·323	0·068
	1	4	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	7·328	.....	7·328	8·438	3·991
							Summe 140 ...	17·552	20·860	10·239	48·651	41·441	28·238
	1	4	1				Bundesministerium; Förderung von Wissenschaft und Forschung: [1]						
	1	4	1	0			Hochschulische Einrichtungen:						
	1	4	1	0	4	12	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	[2] 235·696	.....	235·696	167·366	.....
	1	4	1	0	5	12	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·482	0·482	.....	.....
	1	4	1	0	6	12	Förderungsausgaben	.....	85·441	.....	85·441	62·822	50·842
	1	4	1	0	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	197·507	.....	197·507	.....	.....
	1	4	1	0	8	12	Aufwandskredite	.....	4·327	.....	4·327	4·982	4·165
							Summe 1410 ...	.....	522·971	0·482	523·453	235·170	55·007
	1	4	1	1			Wissenschaftliche Einrichtungen:						
	1	4	1	1	6	12	Förderungsausgaben	.....	19·300	.....	19·300	16·159	54·376
	1	4	1	1	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	2·370	.....	2·370	1·653	1·241
							Summe 1411 ...	.....	21·670	.....	21·670	17·812	55·617
	1	4	1	2			Bibliothekarische u. wiss. Filmeinrichtungen:						
	1	4	1	2	6	12	Förderungsausgaben	.....	1·151	.....	1·151	0·693	0·485
	1	4	1	2	8	12	Aufwandskredite	.....	0·039	.....	0·039	.....	.....
							Summe 1412 ...	.....	1·190	.....	1·190	0·693	0·485
	1	4	1	3			Expertengutachten und Auftragsforschung:						
	1	4	1	3	8	12	Aufwandskredite	.....	9·795	.....	9·795	9·900	9·248
	1	4	1	4			Wissenschaftliche Forschung:						
	1	4	1	4	6	12	Förderungsausgaben	.....	120·625	.....	120·625	99·000	74·000
	1	4	1	5			Gewerbliche Forschung:						
	1	4	1	5	6	12	Förderungsausgaben	.....	154·400	.....	154·400	128·700	85·000
	1	4	1	6			Forschungseinrichtungen:						
	1	4	1	6	6	12	Förderungsausgaben	.....	16·887	.....	16·887	12·177	.....
	1	4	1	6	8	12	Aufwandskredite	.....	34·740	.....	34·740	33·113	.....
							Summe 1416...	.....	51·627	.....	51·627	45·290	.....
	1	4	1	7			Österr. Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute:						
	1	4	1	7	6	12	Förderungsausgaben	.....	62·757	.....	62·757	49·667	.....
	1	4	1	8			Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation:						
	1	4	1	8	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	72·736	.....	72·736	66·330	.....
	1	4	1	8	8	12	Aufwandskredite	.....	0·004	.....	0·004	0·004	.....
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	2·673	.....
							Summe 1418...	.....	72·740	.....	72·740	69·007	.....
	1	4	1	9			Forschungsunternehmungen:						
	1	4	1	9	8	12	Aufwandskredite	.....	2·895	.....	2·895	.....	.....
							Summe 141 ...	.....	1.020·670	0·482	1.021·152	655·239	279·357

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/140 mitveranschlagt.

[2]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 173·800 Millionen Schilling steht das Anweisungsrecht dem Bundesministerium für Bauten und Technik zu.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Bundesrechnungsabschluß 1971
								Millionen Schilling				
2	1	4					**Wissenschaft und Forschung:**					
	1	4	0				Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung:					
	1	4	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·070	.....	0·070	0·057	0·158
	1	4	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·102	0·102	0·002	.....
	1	4	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	9·380	9·380	5·780	5·188
							Summe 140 ...	0·070	9·482	9·552	5·839	5·346
	1	4	1				Bundesministerium; Förderung von Wissenschaft und Forschung:					
	1	4	1	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·050
	1	4	1	0	9	12	Einnahmen (V) [1]	.....	0·128	0·128	0·128	0·060
							Summe 141 ...	0·002	0·128	0·130	0·130	0·110

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	4	2				Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen:						
	1	4	2	0			Hochschulen:						
	1	4	2	0	0	12	Personalaufwand	1.380·459	.....	.....	1.380·459	1.138·010	1.026·191
	1	4	2	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	193·361	.....	193·361	178·374	152·336
	1	4	2	0	3	12	Anlagen	.....	.....	219·303	219·303	219·175	202·811
	1	4	2	0	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	340·026	.....	340·026	443·372	510·972
	1	4	2	0	8	12	Aufwandskredite	.....	202·567	.....	202·567	168·693	150·011
							Summe 1420	1.380·459	735·954	219·303	2.335·716	2.147·624	2.042·321
	1	4	2	1			Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	4	2	1	0	12	Personalaufwand	25·310	.....	.....	25·310	25·627	21·605
	1	4	2	1	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	13·440	.....	13·440	7·033	15·919
	1	4	2	1	3	12	Anlagen	.....	.....	3·500	3·500	2·970	2·918
	1	4	2	1	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·500	.....	0·500	0·495	0·626
	1	4	2	1	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·010	.....	0·010	0·495	0·635
	1	4	2	1	8	12	Aufwandskredite	.....	48·244	.....	48·244	28·116	50·743
							Summe 1421	25·310	62·194	3·500	91·004	64·736	92·446
	1	4	2	2			Wissenschaftliche Anstalten:						
	1	4	2	2	0	12	Personalaufwand	26·318	.....	.....	26·318	21·364	25·270
	1	4	2	2	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	4·632	.....	4·632	4·109	3·749
	1	4	2	2	3	12	Anlagen	.....	.....	4·299	4·299	4·950	2·243
	1	4	2	2	8	12	Aufwandskredite	.....	4·005	.....	4·005	4·103	6·866
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	.....	45·184
							Summe 1422	26·318	8·637	4·299	39·254	34·526	83·312

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	4	2				Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen:					
	1	4	2	0			Hochschulen:					
	1	4	2	0	4	12	Laufende Einnahmen	8·950	.....	8·950	16·150	21·658
	1	4	2	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·115	0·115	0·102	0·042
							Summe 1420 ...	8·950	0·115	9·065	16·252	21·700
	1	4	2	1			Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung):					
	1	4	2	1	0	12	Zweckgebundene Einnahmen	91·004	.....	91·004	65·654	98·940
	1	4	2	2			Wissenschaftliche Anstalten:					
	1	4	2	2	4	12	Laufende Einnahmen	1·110	.....	1·110	1·110	0·969
	1	4	2	2	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·005	0·005	0·005	.....
							Summe 1422 ...	1·110	0·005	1·115	1·115	0·969

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	4	2	3			Bibliotheken:						
	1	4	2	3	0	12	Personalaufwand	74·367	.....	.....	74·367	56·175	52·641
	1	4	2	3	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	7·720	.....	7·720	6·930	6·232
	1	4	2	3	3	12	Anlagen	.....	.....	8·521	8·521	5·367	3·168
	1	4	2	3	8	12	Aufwandskredite	.....	31·648	.....	31·648	29·772	25·187
							Summe 1423 ...	74·367	39·368	8·521	122·256	98·244	87·228
	1	4	2	4			Bundesstaatliche Hauptstelle für wiss. Kinematographie:						
	1	4	2	4	0	12	Personalaufwand	1·321	.....	.....	1·321	.....	.....
	1	4	2	4	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	0·388	.....	0·388	.....	.....
	1	4	2	4	3	12	Anlagen	.....	.....	0·212	0·212	.....	.....
	1	4	2	4	8	12	Aufwandskredite	.....	0·782	.....	0·782	.....	.....
							Summe 1424...	1·321	1·170	0·212	2·703	.....	.....
							Summe 142 ...	1.507·775	847·323	235·835	2.590·933	2.345·130	2.305·307
	1	4	3				Kunsthochschulen:						
	1	4	3	0			Kunsthochschulen:						
	1	4	3	0	0	13	Personalaufwand	124·152	.....	.....	124·152	96·618	89·277
	1	4	3	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	14·498	.....	14·498	13·024	12·049
	1	4	3	0	3	13	Anlagen	.....	.....	10·238	10·238	8·455	6·043
	1	4	3	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	3·716	.....	3·716	3·168	2·741
	1	4	3	0	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)..	.....	34·825	.....	34·825	39·105	34·278
	1	4	3	0	8	13	Aufwandskredite	.....	7·367	.....	7·367	7·227	6·478
							Summe 1430	124·152	60·406	10·238	194·796	167·597	150·866
	1	4	3	1			Kunsthochschulen (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	4	3	1	0	13	Personalaufwand	0·356	.....	.....	0·356	0·300	0·343
	1	4	3	1	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	0·168	.....	0·168	0·168	0·186
	1	4	3	1	6	13	Förderungsausgaben	.....	0·146	.....	0·146	0·149	.....
	1	4	3	1	8	13	Aufwandskredite	.....	2·170	.....	2·170	1·895	2·746
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·010	.....
							Summe 1431 ...	0·356	2·484	.....	2·840	2·522	3·275
							Summe 143 ...	124·508	62·890	10·238	197·636	170·119	154·141
	1	4	4				Museen:						
	1	4	4	0	0	13	Personalaufwand	56·159	.....	.....	56·159	47·138	44·374
	1	4	4	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	12·649	.....	12·649	11·108	10·690
	1	4	4	0	3	13	Anlagen	.....	.....	9·720	9·720	8·415	7·150
	1	4	4	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	2·514	.....	2·514	2·339	1·358
	1	4	4	0	8	13	Aufwandskredite	.....	7·431	.....	7·431	7·348	7·140
							Summe 144 ...	56·159	22·594	9·720	88·473	76·348	70·712
	1	4	5				Bundesdenkmalamt:						
	1	4	5	0	0	13	Personalaufwand	16·787	.....	.....	16·787	11·868	11·855
	1	4	5	0	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	2·991	.....	2·991	2·681	2·460
	1	4	5	0	3	13	Anlagen	.....	.....	5·198	5·198	3·762	2·243
	1	4	5	0	6	13	Förderungsausgaben	.....	20·093	.....	20·093	19·802	18·537
	1	4	5	0	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)..	.....	2·547	.....	2·547	1·346	1·180
	1	4	5	0	8	13	Aufwandskredite	.....	6·143	.....	6·143	4·851	4·451
							Summe 145 ...	16·787	31·774	5·198	53·759	44·310	40·726
							Gesamtausgaben 14 ...	1.722·781	2.006·111	271 712	4.000·604	3.332·587	2.878·481

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	4	2	3			Bibliotheken:					
	1	4	2	3	4	12	Laufende Einnahmen	3·684	.....	3·684	3·800	3·052
	1	4	2	3	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·004	0·008
							Summe 1423	3·684	0·004	3·688	3·804	3·060
	1	4	2	4			Bundesstaatliche Hauptstelle für wiss. Kinematographie:					
	1	4	2	4	4	12	Laufende Einnahmen	0·246	.....	0·246	.....	.....
	1	4	2	4	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·008	0·008	.....	.....
							Summe 1424	0·246	0·008	0·254	.....	.....
							Summe 142	104·994	0·132	105·126	86·825	124·669
	1	4	3				Kunsthochschulen:					
	1	4	3	0			Kunsthochschulen:					
	1	4	3	0	4	13	Laufende Einnahmen	24·570	.....	24·570	20·695	19·832
	1	4	3	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	.....
							Summe 1430	24·570	0·003	24·573	20·698	19·832
	1	4	3	1			Kunsthochschulen (Zweckgebundene Gebarung):					
	1	4	3	1	0	13	Zweckgebundene Einnahmen	2·840	.....	2·840	2·550	3·366
							Summe 143	27·410	0·003	27·413	23·248	23·198
	1	4	4				Museen:					
	1	4	4	0	4	13	Laufende Einnahmen	8·325	.....	8·325	7·815	7·880
	1	4	4	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·023	0·023
							Summe 144	8·325	0·004	8·329	7·838	7·903
	1	4	5				Bundesdenkmalamt:					
	1	4	5	0	4	13	Laufende Einnahmen	0·464	.....	0·464	0·333	0·231
	1	4	5	0	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·039	0·039	0·027	.....
							Summe 145	0·464	0·039	0·503	0·360	0·231
							Gesamteinnahmen 14	141·265	9·788	151·053	124·240	161·457

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5					**Soziales:**						
	1	5	0				Bundesministerium für soziale Verwaltung:						
	1	5	0	0			Ministerium:						
	1	5	0	0	0	43	Personalaufwand	63·010	.....	.....	63·010	70·300	63·878
	1	5	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	9·250	.....	9·250	10·360	8·197
	1	5	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·003	1·003	0·920	0·566
	1	5	0	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·180	.....	0·180	0·100	0·049
	1	5	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	9·370	.....	9·370	20·820	17·360
							Summe 1500	63·010	18·800	1·003	82·813	102·500	90·050
	1	5	0	1			Kriegsblindenfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	5	0	1	3	22	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	1	5	0	1	8	22	Aufwandskredite	.....	0·040	.....	0·040	0·048	0·033
							Summe 1501	.....	0·040	0·001	0·041	0·049	0·033
	1	5	0	3			Reservefonds nach dem AlVG. (Zweckgebundene Gebarung):						
	1	5	0	3	8	22	Aufwandskredite	.....	20·000	.....	20·000	30·000	20·000
	1	5	0	4	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	5·920	5·920	5·200	4·056
							Summe 150	63·010	38·840	6·924	108·774	137·749	114·139
	1	5	1				Bundesministerium; Opferfürsorge:						
	1	5	1	1	7	21	Heilfürsorge	.....	10·000	.....	10·000	8·500	9·175
	1	5	1	2	7	22	Versorgungsgebühren	.....	135·000	.....	135·000	126·010	109·969
	1	5	1	3	7	22	Entschädigungen	.....	10·000	.....	10·000	10·000	10·000
	1	5	1	4	6	22	Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	0·065	.....	0·065	0·072	0·070
	1	5	1	5	8	22	Sonstige Leistungen [1]	.....	0·280	.....	0·280	0·211	0·940
							Summe 151	.....	155·345	.....	155·345	144·793	130·154
	1	5	2				Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen:						
	1	5	2	0	7	22	Versorgungsgebühren	.....	4·800	.....	4·800	.....	.....
	1	5	2	1	7	21	Heilfürsorge	.....	0·900	.....	0·900	.....	.....
	1	5	2	2	7	22	Orthopädische Versorgung	.....	0·300	.....	0·300	.....	.....
							Summe 152	.....	6·000	.....	6·000	.....	.....
	1	5	3				(frei)						
	1	5	4				Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:						
	1	5	4	0	8	22	Schülerausspeisung [2]	.....	1·606	.....	1·606	1·785	1·731
	1	5	4	2	7	22	Kleinrentnerentschädigung	.....	13·300	.....	13·300	14·500	15·754
	1	5	4	3	6	22	Sonstige Fürsorgemaßnahmen	.....	17·000	.....	17·000	12·000	8·444
							Schulmilchaktion (Zweckgebundene Gebarung)	.....	.....	.....	.....	0·835	0·835
							Summe 154	.....	31·906	.....	31·906	29·120	26·764

[1]) Im BVA 1971 beim Ansatz 1/15127 mitveranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 1/15406 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	5					**Soziales:**					
	1	5	0				Bundesministerium für soziale Verwaltung:					
	1	5	0	0			Ministerium:					
	1	5	0	0	4		Laufende Einnahmen	1·330	.....	1·330	2·411	1·416
						22		*0·040*	.....	*0·040*	*0·040*	*0·003*
						43		*1·290*	.....	*1·290*	*2·371*	***1·413***
	1	5	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·023	0·023	0·034	0·008
							Summe 1500 ...	1·330	0·023	1·353	2·445	1·424
	1	5	0	1	0	22	Kriegsblindenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	0·024	.....	0·024	0·036	0·039
	1	5	0	3			Reservefonds nach dem AlVG. (Zweckgebundene Einnahmen):					
	1	5	0	3	0	22	Zweckgebundene Einnahmen	162·342	.....	162·342	139·633	260·713
	1	5	0	3	3	22	Zweckgebundene Einnahmen (V) [1]	.....	8·000	8·000	8·000	8·158
							Summe 1503 ...	162·342	8·000	170·342	147·633	268·871
	1	5	0	4	9	43	Bezugsvorschußersätze [2]	.....	3·670	3·670	4·300	4·282
	1	5	0	5	4	43	Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht	3·875	.....	3·875	3·400	3·164
							Summe 150...	167·571	11·693	179·264	157·814	277·780
	1	5	1				Bundesministerium; Opferfürsorge:					
	1	5	1	0	4	22	Verschiedene Einnahmen	0·251	.....	0·251	0·251	0·345
	1	5	2	0	4	22	Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen	0·001	.....	0·001	.....	.....
	1	5	3				(frei)					
	1	5	4				Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge:					
	1	5	4	9	4	22	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·000

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/15032 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/15047 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	5				Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I):						
	1	5	5	0			Landesarbeitsämter:						
	1	5	5	0	0	22	Personalaufwand	294·775	.....	.....	294·775	249·400	232·494
	1	5	5	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	43·000	.....	43·000	30·000	28·400
	1	5	5	0	3	22	Anlagen	.....	.....	9·500	9·500	2·000	0·995
							Summe 1550 ...	294·775	43·000	9·500	347·275	281·400	261·889
	1	5	5	1			LAÄ. — Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG.:						
	1	5	5	1	3	22	Anlagen	.....	.....	4·000	4·000	1·000	0·382
	1	5	5	1	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	20·000	20·000	7·664	0·206
	1	5	5	1	6	22	Förderungsausgaben	.....	431·000	.....	431·000	371·000	309·719
	1	5	5	1	8		Aufwandskredite	.....	45·000	.....	45·000	20·000	11·960
						12		.....	*0·354*	.....	*0·354*	*0·430*	*0·352*
						22		.....	*44·646*	.....	*44·646*	*19·570*	*11·608*
							Summe 1551 ...	.....	476·000	24·000	500·000	399·664	322·267
	1	5	5	4	7	22	Sonderunterstützung/Bergbau	.....	32·500	.....	32·500	25·200	21·475
	1	5	5	5	7	22	Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz	.....	1.387·200	.....	1.387·200	1.323·300	1.146·132
	1	5	5	6	7	22	Krankenversicherung für Unterstützungsbezieher	.....	243·600	.....	243·600	230·200	195·750
	1	5	5	8	7	22	Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	.....	23·700	.....	23·700	22·000	20·134
	1	5	5	9	8	22	Kostenersatz an die Gemeinden	.....	0·700	.....	0·700	2·000	2·151
							Summe 155 ...	294·775	2.206·700	33·500	2.534·975	2.283·764	1.969·798
	1	5	6				Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (II):						
	1	5	6	0	7	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Leistungen)	.....	135·000	.....	135·000	130·000	104·041
	1	5	6	1	7	22	Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (Kostenersatz)	.....	1·300	.....	1·300	1·200	1·064
	1	5	6	2	7	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete	.....	0·266	.....	0·266	0·250	0·202
	1	5	6	3	7	22	Ärztliche Untersuchung in Beschäftigung stehender Jugendlicher	.....	1·500	.....	1·500	8·000	7·000
	1	5	6	4	7	22	Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz	.....	0·500	.....	0·500	0·500	0·363
	1	5	6	5	7	22	Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz	.....	30·000	.....	30·000	31·000	28·716
	1	5	6	6	7	22	Kostenersatz für die Einhebung des Sonderbeitrages	.....	0·470	.....	0·470	0·430	0·480
							Summe 156...	.....	169·036	.....	169·036	171·380	141·866

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	5	5				Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I):					
	1	5	5	0			Landesarbeitsämter:					
	1	5	5	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·300	.....	0·300	0·380	0·280
	1	5	5	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·120	0·120	0·220	0·092
							Summe 1550 ...	0·300	0·120	0·420	0·600	0·372
	1	5	5	1			LAÄ. — Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG.:					
	1	5	5	1	4	22	Laufende Einnahmen	0·200	.....	0·200	0·180	0·170
	1	5	5	1	8	22	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·020	.....
	1	5	5	1	9	22	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	5·200	5·200	2·300	0·078
							Summe 1551 ...	0·200	5·202	5·402	2·500	0·248
	1	5	5	8			Arbeitslosenversicherung:					
	1	5	5	8	0	22	Arbeitslosenversicherungsbeiträge (Zweckgebundene Einnahmen)	2.230·000	.....	2.230·000	2.025·000	1.981·764
	1	5	5	8	1	22	ab Überweisung an den Reservefonds nach dem AlVG.	162·312	.....	162·312	139·618	260·646
							Summe 1558 ...	2.067·688	.....	2.067·688	1.885·382	1.721·118
							Summe 155 ...	2.068·188	5·322	2.073·510	1.888·482	1.721·738
	1	5	6				Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (II):					
	1	5	6	0			Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe:					
	1	5	6	0	0	22	Zweckgebundene Beiträge	128·000	.....	128·000	110·000	107·596
	1	5	6	0	4	22	Rückersätze	0·100	.....	0·100	0·050	0·035
							Summe 1560 ...	128·100	.....	128·100	110·050	107·631
	1	5	6	2	4	22	Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete	0·050	.....	0·050	0·050	0·049
	1	5	6	5	4	22	Sonderbeitrag nach dem Wohnungsbeihilfengesetz ...	47·000	.....	47·000	43·400	47·959
							Summe 156 ...	175·150	.....	175·150	153·500	155·639

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/15517 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	7				Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung: [1]						
	1	5	7	0			Landesinvalidenämter:						
	1	5	7	0	0	22	Personalaufwand	100·060	.....	.....	100·060	86·940	76·407
	1	5	7	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	8·600	.....	8·600	7·620	6·965
	1	5	7	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·423	0·423	0·320	0·361
	1	5	7	0	8	22	Aufwandskredite	.....	4·500	.....	4·500	4·440	4·385
							Summe 1570	100·060	13·100	0·423	113·583	99·320	88·118
	1	5	7	2			Prothesenwerkstätten (Betriebsähnliche Einrichtungen):						
	1	5	7	2	0	22	Personalaufwand	4·835	.....	.....	4·835	4·217	3·773
	1	5	7	2	3	22	Anlagen	.....	.....	0·110	0·110	0·130	0·133
	1	5	7	2	8	22	Aufwandskredite	.....	1·718	.....	1·718	1·543	1·415
							Summe 1572	4·835	1·718	0·110	6·663	5·890	5·321
							Landesinvalidenämter (Zweckaufwand):						
	1	5	7	3	7	21	Heilfürsorge	.....	39·000	.....	39·000	35·000	36·760
	1	5	7	4	7	22	Berufliche Ausbildung	.....	0·500	.....	0·500	0·800	0·071
	1	5	7	5			Orthopädische Versorgung:						
	1	5	7	5	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·750	.....	0·750	0·500	0·485
	1	5	7	5	7	22	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	46·700	.....	46·700	44·000	42·570
							Summe 1575	.....	47·450	.....	47·450	44·500	43·055
	1	5	7	6	7	22	Versorgungsgebühren	.....	2.884·024	.....	2.884·024	2.644·727	2.365·942
	1	5	7	7	7	22	Krankenversicherung der Hinterbliebenen [2]	.....	54·000	.....	54·000	23·500	23·027
	1	5	7	8			Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland:						
	1	5	7	8	7		Gesetzliche Leistungen	.....	4·196	.....	4·196	3·995	3·482
						21		.....	*3·556*	.....	*3·556*	*3·390*	*3·038*
						22		.....	*0·640*	.....	*0·640*	*0·605*	*0·444*
	1	5	7	8	8	22	Fahrtausweise	.....	0·006	.....	0·006	0·005	0·004
							Summe 1578	.....	4·202	.....	4·202	4·000	3·486
	1	5	7	9			Fürsorge:						
	1	5	7	9	6	22	Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	0·500	.....	0·500	0·350	0·333
	1	5	7	9	8	22	Fahrtausweise	.....	0·790	.....	0·790	0·740	0·746
							Summe 1579	.....	1·290	.....	1·290	1·090	1·079
							Kriegsinvalidenhaus Wien:						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	.....	0·515
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	0·333
							Summe	.....	.....	.....	.....	.....	0·848
							Summe 157	104·895	3.045·284	0·533	3.150·712	2.858·827	2.567·707
	1	5	8				(frei)						

[1]) Im BVA 1971 als „Einrichtungen der Kriegsopferversorgung" veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als „Krankenversicherung der Kriegshinterbliebenen" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	5	7				Einrichtungen der Kriegsopfer- u. Heeresversorgung: [1]					
	1	5	7	0			Landesinvalidenämter:					
	1	5	7	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·140	.....	0·140	0·109	0·141
	1	5	7	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 1570	0·140	0·001	0·141	0·110	0·141
	1	5	7	2			Prothesenwerkstätten (Betriebsähnliche Einrichtungen):					
	1	5	7	2	4	22	Laufende Einnahmen	6·661	.....	6·661	5·888	5·044
	1	5	7	2	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 1572	6·661	0·002	6·663	5·890	5·044
	1	5	7	8	4		Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz	2·800	.....	2·800	2·500	2·385
						21		*2·400*	.....	*2·400*	*2·150*	*2·127*
						22		*0·400*	.....	*0·400*	*0·350*	*0·258*
	1	5	7	9	4	22	Sonstige Einnahmen	15·650	.....	15·650	1·770	2·359
							Kriegsinvalidenhaus Wien:					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·129
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	0·129
							Summe 157	25·251	0·003	25·254	10·270	10·058
	1	5	8				(frei)					

[1] Im BVA 1971 als „Einrichtungen der Kriegsopferversorgung" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	5	9				Verschiedene Dienststellen:						
	1	5	9	0			Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen:						
	1	5	9	0	0	22	Personalaufwand	1·340	.....	.....	1·340	1·200	1·015
	1	5	9	0	1	22	Verwaltungsaufwand	.....	0·542	.....	0·542	0·542	0·507
	1	5	9	0	3	22	Anlagen	.....	.....	0·007	0·007	0·008	.....
							Summe 1590...	1·340	0·542	0·007	1·889	1·750	1·522
	1	5	9	2			Arbeitsinspektion:						
	1	5	9	2	0	21	Personalaufwand	40·964	.....	.....	40·964	36·062	30·433
	1	5	9	2	1	21	Verwaltungsaufwand	.....	7·227	.....	7·227	6·249	5·666
	1	5	9	2	3	21	Anlagen	.....	.....	0·273	0·273	0·303	0·226
	1	5	9	2	6	21	Förderungsausgaben	.....	0·135	.....	0·135	0·150	0·762
	1	5	9	2	8	21	Aufwandskredite [1]	.....	0·225	.....	0·225	.....	.....
							Summe 1592...	40·964	7·587	0·273	48·824	42·764	37·087
							Untersuchungsanstalten: [2]						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	54·800	46·158
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	2·243	1·817
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	11·074	8·206
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	19·696	18·305
							Summe...	.....	.....	.....	.....	87·813	74·486
							Hebammenlehranstalten: [3]						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	0·213	0·185
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·125	0·074
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·140	0·049
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	2·399	2·026
							Summe...	.....	.....	.....	.....	2·877	2·334
							Summe 159...	42·304	8·129	0·280	50·713	135·204	115·429

[1]) Im BVA 1972 und 1971 beim Ansatz 1/15327 mitveranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1973 als Ansätze 1/1790 und 1/1792 veranschlagt.
[3]) Im BVA 1973 als Ansatz 1/1794 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	5	9				Verschiedene Dienststellen:					
	1	5	9	0			Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen:					
	1	5	9	0	4	22	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	5	9	0	7	22	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 1590 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	1	5	9	2			Arbeitsinspektion:					
	1	5	9	2	4	21	Laufende Einnahmen	1·203	.....	1·203	1·102	1·249
	1	5	9	2	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·031	0·031	0·053	0·037
							Summe 1592 ...	1·203	0·031	1·234	1·155	1·286
							Untersuchungsanstalten: [1]					
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	7·831	6·676
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	21·031	23·153
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·022	0·001
							Summe...	.....	.....	.....	28·884	29·830
							Hebammenlehranstalten: [2]					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·615	0·376
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·002	.....
							Summe...	.....	.....	.....	0·617	0·376
							Summe 159 ...	1·204	0·032	1·236	30·658	31·492

[1]) Im BVA 1973 als Ansätze 2/1790 und 2/1792 veranschlagt.
[2]) Im BVA 1973 als Ansatz 2/1794 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1							Bundesministerium; Volksgesundheit: [1]						
							Krankenanstalten und Krankenpflegewesen:						
							Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz	.....	.....	.....	.....	250·000	220·000
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	5·000	1·358
							Summe	.....	.....	.....	.....	255·000	221·358
							Allgemeine Gesundheitsvorsorge:						
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·300	0·023
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	37·870	3·295
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	4·306	51·713
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	10·000	4·428
							Summe	.....	.....	.....	.....	52·476	59·459
							Strahlenschutz:						
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·320	0·169
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·300	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·030	0·011
							Summe	.....	.....	.....	.....	0·650	0·180
							Zivilschutz:						
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·001	0·102
							Förderungsausgaben	.....	.....	.....	.....	0·001	0·430
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·001	0·008
							Summe	.....	.....	.....	.....	0·003	0·540
							Arzneibuch:						
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·003	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	0·047	0·015
							Summe	.....	.....	.....	.....	0·050	0·015
							Bekämpfung der Tuberkulose	.....	.....	.....	.....	57·028	.....
							Umwelthygiene:						
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	5·000	.....
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	15·000	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	20·000	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	385·207	281·552
							Landesinvalidenämter: Heeresversorgung: [2]						
							Heilfürsorge	.....	.....	.....	.....	.....	0·658
							Berufliche Ausbildung	.....	.....	.....	.....	.....	0·337
							Orthopädische Versorgung	.....	.....	.....	.....	.....	0·099
							Versorgungsgebühren	.....	.....	.....	.....	.....	11·130
							Krankenversicherung der Hinterbliebenen	.....	.....	.....	.....	.....	0·010
							Fürsorge:						
							Sonderfürsorge in Notstandsfällen	.....	.....	.....	.....	.....	0·001
							Fahrtausweise	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe	.....	.....	.....	.....	.....	0·001
							Summe	.....	.....	.....	.....	.....	12·235
							Gesamtausgaben 15	504·984	5.661·240	41·237	6.207·461	6.146·044	5.359·644

[1]) Im BVA 1973 als Titel 1/172 bis 1/174 veranschlagt.
[2]) Im BVA 1973 und 1972 beim Titel 1/157 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2							Bundesministerium; Volksgesundheit: [1]					
							Verschiedene Einnahmen:					
							Zweckgebundene Einnahmen	...	...	...	0·075	...
							Laufende Einnahmen	...	...	...	0·714	1·434
							Einnahmen (V)	...	...	...	0·002	...
							Summe	...	...	...	0·791	1·434
							Landesinvalidenämter; Heeresversorgung [2]	...	...	...	...	0·001
							Gesamteinnahmen 15	2.437·618	17·050	2.454·668	2.241·768	2.198·487

[1] Im BVA 1973 als Titel 2/172, 2/173 und Ansatz 2/17494 veranschlagt.
[2] Im BVA 1973 und 1972 beim Titel 2/157 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	6					**Sozialversicherung:** [1]						
	1	6	0				Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag):						
	1	6	0	0	7	22	PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag	.....	4.518·500	.....	4.518·500	4.632·900	4.002·100
	1	6	0	1	7	22	Land- und Forstw. Sozialversicherungsanstalt; Bundesbeitrag	.....	1.478·800	.....	1.478·800	1.398·500	1.260·400
	1	6	0	2	7	22	VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag	.....	211·800	.....	211·800	180·000	187·078
	1	6	0	3	7	22	PVA der Angestellten; Bundesbeitrag	.....	2·500	.....	2·500	334·400	172·606
	1	6	0	4	7	22	VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag	.....	849·900	.....	849·900	756·100	681·438
	1	6	0	5	7	22	Überweisung gemäß § 27 (1) GSPVG [2]	.....	1.052·300	.....	1.052·300	629·700	521·000
	1	6	0	6	7	22	PVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag [3]	.....	731·200	.....	731·200	928·600	759·988
	1	6	0	7	7	22	Betrag gemäß § 19 (1) B-PVG [4]	.....	700·200	.....	700·200	190·000	187·000
	1	6	0	8	7	22	PVA der Bauern; Bundesbeitrag	.....	601·500	.....	601·500	888·400	513·400
							Summe 160...	.....	10.146·700	.....	10.146·700	9.938·600	8.285·010
	1	6	1				Bundesministerium; Ausgleichszulagen:						
	1	6	1	0	7	22	PVA der Arbeiter; Ausgleichszulagen	.....	1.371·900	.....	1.371·900	1.234·200	1.055·379
	1	6	1	1	7	22	Land- und Forstw. Sozialversicherungsanstalt; Ausgleichszulagen	.....	537·300	.....	537·300	486·800	414·406
	1	6	1	2	7	22	VA der österr. Eisenbahnen; Ausgleichszulagen	.....	15·000	.....	15·000	14·200	12·305
	1	6	1	3	7	22	PVA der Angestellten; Ausgleichszulagen	.....	104·000	.....	104·000	89·900	79·362
	1	6	1	4	7	22	VA des österr. Bergbaues; Ausgleichszulagen	.....	35·800	.....	35·800	33·900	30·710
	1	6	1	5	7	22	PVA der gewerbl. Wirtschaft; Ausgleichszulagen	.....	610·000	.....	610·000	553·400	491·747
	1	6	1	6	7	22	PVA der Bauern; Ausgleichszulagen	.....	700·000	.....	700·000	476·000	423·441
							Summe 161...	.....	3.374·000	.....	3.374·000	2.888·400	2.507·350
	1	6	2				Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung:						
	1	6	2	0	7	22	Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld	.....	202·000	.....	202·000	173·000	169·359
	1	6	2	1	7	22	Zuschuß nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz	.....	297·500	.....	297·500	295·000	295·000
	1	6	2	2	7	22	Zuschuß zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger	.....	50·000	.....	50·000	50·000	50·000
	1	6	2	3	7	22	Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen	.....	7·000	.....	7·000	.....	.....
							Summe 162...	.....	556·500	.....	556·500	518·000	514·359

[1]) Personal- und Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/1500 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1972 und 1971 als „PVA der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag" bezeichnet gewesen.
[3]) Im BVA 1972 und 1971 als „Überweisung gemäß § 27 (2) GSPVG" bezeichnet gewesen.
[4]) Im BVA 1972 und 1971 als „Überweisung gemäß § 19 (1) B-PVG" bezeichnet gewesen.
PVA = Pensionsversicherungsanstalt. VA = Versicherungsanstalt.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	6					**Sozialversicherung:**					
	1	6	0	0	4	22	Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)	0·001	.....	0·001	0·001	67·306
	1	6	1	0	4	22	Bundesministerium; Ausgleichszulagen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	1	6	2	0	4	22	Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung	0·001	.....	0·001	0·001	0·392

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	6	3				Bundesministerium; Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz:						
	1	6	3	0	7	22	Ersatz des WB-Aufwandes der Sozialversicherungsträger	.....	270·750	.....	270·750	272·730	266·103
	1	6	3	1	7	22	Vergütung für die Einhebung des Sonderbeitrages nach dem WBG	.....	4·250	.....	4·250	3·870	3·708
							Summe 163...	.....	275·000	.....	275·000	276·600	269·811
	1	6	4				Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung:						
	1	6	4	1	7	22	Vorschüsse auf ausländische Renten	.....	0·100	.....	0·100	0·080	0·065
	1	6	4	2	7	22	Beitrag gemäß § 72 (8) ASVG	.....	100·000	.....	100·000	88·000	63·900
	1	6	4	3	7	22	Ersatzleistungen gemäß § 117 B-KUVG	.....	0·010	.....	0·010	0·010	0·007
							Nachversicherungsbeiträge und Überweisungsbeträge	.....	.....	.....	.....	1·900	1·899
							Nachzahlungsbeträge gemäß § 502 ASVG [1]	.....	.....	.....	.....	1·000	.....
							Summe 164...	.....	100·110	.....	100·110	90·990	65·871
							Gesamtausgaben 16...	.....	14.452·310	.....	14.452·310	13.712·590	11.642·401

[1]) Im BVA 1971 beim Ansatz 1/15127 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973			Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	1	6	3	0	4	22	Bundesministerium; Sonderbeitrag/Wohnungsbeihilfengesetz	425·000	.....	425·000	387·000	370·158
	1	6	4	0	4	22	Bundesministerium; sonstige Rückersätze	0·001	.....	0·001	0·001	0·170
							Gesamteinnahmen 16	425·004	.....	425·004	387·004	438·026

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	7					**Gesundheit und Umweltschutz:**						
	1	7	0				Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz:						
	1	7	0	0			Ministerium: [1]						
	1	7	0	0	0	43	Personalaufwand	27·370	.....	.....	27·370	.....	.....
	1	7	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	5·589	.....	5·589	.....	.....
	1	7	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·410	0·410	.....	.....
	1	7	0	0	6	21	Förderungsausgaben	.....	0·018	.....	0·018	.....	.....
	1	7	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	12·338	.....	12·338	.....	.....
							Summe 1700	27·370	17·945	0·410	45·725	.....	.....
	1	7	0	1	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·330	1·330	.....	.....
							Summe 170	27·370	17·945	1·740	47·055	.....	.....
	1	7	1				(frei)						
	1	7	2				Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge:					[2]	[2]
	1	7	2	0			Vorsorgemedizin, Epidemiologische Maßnahmen:						
	1	7	2	0	3	21	Anlagen	.....	.....	0·250	0·250	*0·300*	*0·023*
	1	7	2	0	6	21	Förderungsausgaben	.....	37·583	.....	37·583	*42·870*	*4·653*
	1	7	2	0	7	21	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	4·919	.....	4·919	*2·924*	*2·138*
	1	7	2	0	8	21	Aufwandskredite	.....	27·775	.....	27·775	*9·750*	*4·128*
							Summe 1720	.....	70·277	0·250	70·527	*55·844*	*10·942*
	1	7	2	1	6	21	Krankenanstalten-Investitionsförderung	.....	240·037	.....	240·037	.....	.....
	1	7	2	3			Zivilschutz:						
	1	7	2	3	3	41	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	*0·001*	*0·102*
	1	7	2	3	6	41	Förderungsausgaben	.....	0·001	.....	0·001	*0·001*	*0·430*
	1	7	2	3	8	41	Aufwandskredite	.....	0·001	.....	0·001	*0·001*	*0·008*
							Summe 1723	.....	0·002	0·001	0·003	*0·003*	*0·540*
	1	7	2	4			Arzneibuch:						
	1	7	2	4	3	21	Anlagen	.....	.....	0·025	0·025	*0·003*	.....
	1	7	2	4	8	21	Aufwandskredite	.....	0·035	.....	0·035	*0·047*	*0.015*
							Summe 1724	.....	0·035	0·025	0·060	*0·050*	*0·015*
							Summe 172	.....	310·351	0·276	310·627	*55·897*	*11·497*

[1]) Das Ministerium wurde erst mit 1. Feber 1972 errichtet.
[2]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	7					**Gesundheit und Umweltschutz:**					
	1	7	0				Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz:					
	1	7	0	0			Ministerium: [1]					
	1	7	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·210	.....	0·210	.....	.....
	1	7	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	.....	.....
							Summe 1700...	0·210	0·004	0·214	.....	.....
	1	7	0	1	9	43	Bezugsvorschußersätze	.....	0·670	0·670	.....	.....
							Summe 170..	0·210	0·674	0·884	.....	.....
	1	7	1				(frei)					
	1	7	2				Bundesministerium, Gesundheitsvorsorge:				[2]	[2]
	1	7	2	9	4	21	Laufende Einnahmen	0·016	.....	0·016	*0·204*	***0·031***
	1	7	2	9	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	*0·002*	.....
							Summe 172...	0·016	0·002	0·018	*0·206*	***0·031***

[1]) Das Ministerium wurde erst mit 1. Feber 1972 errichtet.
[2]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	7	3				Bundesministerium; Umweltschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen:						
	1	7	3	2			Strahlenschutz:					[1])	[1])
	1	7	3	2	3	21	Anlagen	.....	.....	0·288	0·288	*0·320*	*0·169*
	1	7	3	2	8	21	Aufwandskredite	.....	0·250	.....	0·250	*0·030*	*0·011*
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	..... [2])	*0·300*	.....
							Summe 1732...	.....	0·250	0·288	0·538	*0·650*	*0·180*
	1	7	3	6			Umwelthygiene: [3])						
	1	7	3	6	3	21	Anlagen	.....	.....	13·100	13·100	*5·000*	.....
	1	7	3	6	6	21	Förderungsausgaben	.....	13·000	.....	13·000	.....	.....
	1	7	3	6	8	21	Aufwandskredite	.....	11·400	.....	11·400	*15·000*	.....
							Summe 1736...	.....	24·400	13·100	37·500	*20·000*	.....
	1	7	3	7			Veterinärwesen:						
	1	7	3	7	6	21	Bekämpfung der Rinder-Tbc	.....	0·450	.....	0·450	*0·500*	.....
	1	7	3	7	7	21	Epizootie	.....	1·875	.....	1·875	*2·230*	*1·837*
	1	7	3	7	8	21	Sonstiger Aufwand	.....	0·037	.....	0·037	.....	.....
							Summe 1737...	.....	2·362	.....	2·362	*2·730*	*1·837*
	1	7	3	8	8	21	Lebensmittelkontrolle	.....	0·352	.....	0·352	*0·250*	*0·300*
							Summe 173...	.....	27·364	13·388	40·752	*23·630*	*2·317*
	1	7	4				Bundesministerium; Übriger Zweckaufwand:						
	1	7	4	2	4	21	Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz	.....	298·140	.....	298·140	*250·000*	*220·000*
	1	7	4	3	7	21	Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	.....	48·000	.....	48·000	*57·028*	.....
	1	7	4	4	7	21	Entschädigungen	.....	4·170	.....	4·170	*3·652*	*51·034*
							Summe 174...	.....	350·310	.....	350·310	*310·680*	*271·340*
	175 bis 178						(frei)						

[1]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15 und 60).
[2]) Im BVA 1973 beim Ansatz 1/17328 mitveranschlagt.
[3]) Weitere Mittel für Umwelthygienemaßnahmen sind im BVA 1973 wie folgt vorgesehen:
Beim Ansatz 1/17007..... 800.000 S,
beim Ansatz 1/17903..... 694.900 S,
beim Ansatz 1/17923..... 2,147.000 S.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	7	3				Bundesministerium; Umweltschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen:				[1])	[1])
	1	7	3	7	4	21	Epizootie	0·283	.....	0·283	*0·303*	*0·244*
	1	7	3	9			Verschiedene Einnahmen:					
	1	7	3	9	0	21	Zweckgebundene Einnahmen	0·075	.....	0·075	*0·075*	.....
	1	7	3	9	4	21	Laufende Einnahmen	0·007	.....	0·007	.....	.....
	1	7	3	9	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	.....	.....
							Summe 1739...	0·082	0·003	0·085	*0·075*	.....
							Summe 173...	0·365	0·003	0·368	*0·378*	*0·244*
	1	7	4	9	4	21	Bundesministerium; Übrige Einnahmen	0·568	.....	0·568	*1·060*	*1·493*
	175 bis 178						(frei)					

[1]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15 und 60).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Aufgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	1	7	9				Dienststellen:					[1])	[1])
	1	7	9	0			Lebensmitteluntersuchungsanstalten:						
	1	7	9	0	0	21	Personalaufwand	19·900	...	...	19·900	...	...
	1	7	9	0	1	21	Verwaltungsaufwand	...	0·948	...	0·948	...	...
	1	7	9	0	3	21	Anlagen	...	...	5·832	5·832	...	...
	1	7	9	0	8	21	Aufwandskredite	...	5·398	...	5·398	...	...
							Summe 1790...	19·900	6·346	5·832	32·078	...	...
	1	7	9	2			Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanstalten:						
	1	7	9	2	0	21	Personalaufwand	43·480	...	...	43·480	...	...
	1	7	9	2	1	21	Verwaltungsaufwand	...	1·920	...	1·920	...	...
	1	7	9	2	3	21	Anlagen	...	...	5·735	5·735	...	...
	1	7	9	2	8	21	Aufwandskredite	...	13·228	...	13·228	...	...
							Summe 1792...	43·480	15·148	5·735	64·363	...	...
	1	7	9	4			Hebammenlehranstalten:						
	1	7	9	4	0	21	Personalaufwand	0·263	...	...	0·263	*0·213*	*0·185*
	1	7	9	4	3	21	Anlagen	...	...	0·113	0·113	*0·125*	*0·074*
	1	7	9	4	7	22	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	...	0·134	...	0·134	*0·140*	*0·049*
	1	7	9	4	8	21	Aufwandskredite	...	2·986	...	2·986	*2·399*	*2·026*
							Summe 1794...	0·263	3·120	0·113	3·496	*2·877*	*2·334*
	1	7	9	5			Veterinärmedizinische Anstalten:						
	1	7	9	5	0	21	Personalaufwand	26·002	...	...	26·002	*20·429*	*17·836*
	1	7	9	5	1	21	Verwaltungsaufwand	...	1·521	...	1·521	*1·151*	*0·977*
	1	7	9	5	3	21	Anlagen	...	...	0·645	0·645	*0·365*	*0·337*
	1	7	9	5	7	21	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	...	0·633	...	0·633	*0·542*	*0·210*
	1	7	9	5	8	21	Aufwandskredite	...	6·950	...	6·950	*6·120*	*6·414*
							Summe 1795...	26·002	9·104	0·645	35·751	[2]) *28·607*	[2]) *25·774*
	1	7	9	6			Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst:						
	1	7	9	6	0	21	Personalaufwand	0·950	...	...	0·950	*1·019*	*0·722*
	1	7	9	6	1	21	Verwaltungsaufwand	...	3·933	...	3·933	*3·576*	*3·543*
	1	7	9	6	3	21	Anlagen	...	...	0·016	0·016	*0·018*	*0·014*
							Summe 1796...	0·950	3·933	0·016	4·899	[3]) *4·613*	[3]) *4·279*
							Untersuchungsanstalten: [4])						
							Personalaufwand	...	...	...	...	*54·800*	*46·158*
							Verwaltungsaufwand	...	...	...	...	*2·243*	*1·817*
							Anlagen	...	...	...	...	*11·074*	*8·206*
							Aufwandskredite	...	...	...	...	*19·696*	*18·305*
							Summe...	...	...	...	...	*87·813*	*74·486*
							Summe 179...	90·595	37·651	12·341	140·587	*123·910*	*106·873*
							Gesamtausgaben 17...	117·965	743·621	27·745	889·331	*514·117*	*391·721*
							Gesamtausgaben 1 ...	8.975·904	31.960·312	631·167	41.567·383	36.612·299	32.318·397

[1]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15 und 60).
[2]) Ohne Bundesanstalt für künstliche Befruchtung, Wels.
[3]) Ohne Ausgaben für phytosanitäre Kontrollen.
[4]) Im BVA 1973 bei den Ansätzen 1/1790 und 1/1792 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	1	7	9				Dienststellen:					
	1	7	9	0			Lebensmitteluntersuchungsanstalten:				[1])	[1])
	1	7	9	0	0	21	Zweckgebundene Einnahmen	0·980	.....	0·980	.....	.....
	1	7	9	0	4	21	Laufende Einnahmen	4·041	.....	4·041	.....	.....
	1	7	9	0	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	.....	.....
							Summe 1790...	5·021	0·001	5·022	.....	.....
	1	7	9	2			Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten:					
	1	7	9	2	0	21	Zweckgebundene Einnahmen	7·750	.....	7·750	.....	.....
	1	7	9	2	4	21	Laufende Einnahmen	19·275	.....	19·275	.....	.....
	1	7	9	2	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	.....	.....
							Summe 1792...	27·025	0·002	27·027	.....	.....
	1	7	9	4			Hebammenlehranstalten:					
	1	7	9	4	4	21	Laufende Einnahmen	0·607	.....	0·607	*0·615*	*0·376*
	1	7	9	4	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	*0·002*	.....
							Summe 1794...	0·607	0·002	0·609	*0·617*	*0·376*
	1	7	9	5			Veterinärmedizinische Anstalten:					
	1	7	9	5	4	21	Laufende Einnahmen	8·245	.....	8·245	*7·959*	*6·595*
	1	7	9	5	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·052	0·052	*0·025*	*0·002*
							Summe 1795...	8·245	0·052	8·297	[2]) *7·984*	[2]) *6·597*
	1	7	9	6	4	21	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	17·002	.....	17·002	[3]) *15·816*	[3]) *15·303*
							Untersuchungsanstalten: [4])					
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	*7·831*	*6·676*
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	*21·031*	*23·153*
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	*0·022*	*0·001*
							Summe...	.....	.....	.....	*28·884*	*29·830*
							Summe 179...	57·900	0·057	57·957	*53·301*	*52·106*
							Gesamteinnahmen 17..	59·059	0·736	59·795	*54·945*	*53·874*
							Gesamteinnahmen 1 ...	3.376·846	89·945	3.466·791	3.066·035	3.087·346

[1]) Vergleichsbeträge (Kapitel 15 und 60).
[2]) Ohne Bundesanstalt für künstliche Befruchtung, Wels.
[3]) Ohne Einnahmen für phytosanitäre Kontrollen.
[4]) Im BVA 1973 bei den Ansätzen 2/1790 und 2/1792 veranschlagt.

	Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
									Millionen Schilling					
		2						**Auswärtige Angelegenheiten**						
1	2	**0**						**Äußeres:**						
	2	0	0					Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:						
	2	0	0	0				Ministerium:						
	2	0	0	0	0		43	Personalaufwand	49·386	.....	.....	49·386	41·918	36·739
	2	0	0	0	1		43	Verwaltungsaufwand	.....	14·476	.....	14·476	15·450	14·755
	2	0	0	0	3		43	Anlagen	.....	.....	0·792	0·792	0·801	0·828
	2	0	0	0	5		43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·805	0·805	0·650	0·595
	2	0	0	0	6			Förderungsausgaben	.....	1·151	.....	1·151	1·011	0·747
							11		.....	*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
							13		.....	*0·260*	.....	*0·260*	*0·300*	.....
							43		.....	*0·890*	.....	*0·890*	*0·710*	*0·747*
	2	0	0	0	7		43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	96·052	.....	96·052	89·715	80·504
	2	0	0	0	8		43	Aufwandskredite	.....	0·536	.....	0·536	0·611	0·625
								Summe 2000	49·386	112·215	1·597	163·198	150·156	134·793
	2	0	0	1	6		11	Amtssitz internat. Org. — Fremdsprachige Schulversorgung	.....	4·825	.....	4·825	.....	.....
	2	0	0	1	8		43	Internationales Diplomatenseminar Klesheim	.....	0·511	.....	0·511	0·470	0·473
	2	0	0	2	8		43	Presse und Information	.....	1·882	.....	1·882	2·050	1·898
	2	0	0	3	8		43	Österreichische Delegation beim Europarat	.....	1·264	.....	1·264	1·128	0·941
	2	0	0	4	8		43	Internationale Konferenzen in Wien	.....	3·262	.....	3·262	4·050	20·086
								Summe 200	49·386	123·959	1·597	174·942	157·854	158·191
	2	0	1					Vertretungsbehörden:						
	2	0	1	0				Dienststellen:						
	2	0	1	0	0		43	Personalaufwand	101·787	.....	.....	101·787	90·662	75·837
	2	0	1	0	1		43	Verwaltungsaufwand	.....	233·081	.....	233·081	220·593	184·951
	2	0	1	0	3		43	Anlagen	.....	.....	33·196	33·196	17·720	22·475
	2	0	1	0	5		43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·070	0·070	0·067	0·019
	2	0	1	0	6			Förderungsausgaben	.....	2·673	.....	2·673	2·380	1·474
							13		.....	*0·710*	.....	*0·710*	*0·800*	*0·193*
							22		.....	*1·963*	.....	*1·963*	*1·580*	*1·281*
	2	0	1	0	7		21	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·200	.....	1·200	.....[1]	.....[1]
	2	0	1	0	8			Sonstige Aufwandskredite	.....	24·159	.....	24·159	24·175	22·670
							13		.....	*0·106*	.....	*0·106*	*0·110*	*0·074*
							21		.....	*1·737*	.....	*1·737*	*3·000*	*2·754*
							43		.....	*22·316*	.....	*22·316*	*21·065*	*19·842*
								Summe 2010	101·787	261·113	33·266	396·166	355·597	307·426
	2	0	1	1	3		43	Liegenschaftserwerb	.....	.....	5·888	5·888	19·802	6·190
								Summe 201	101·787	261·113	39·154	402·054	375·399	313·616
	2	0	2					Diplomatische Akademie:						
	2	0	2	0	0		11	Personalaufwand	2·051	.....	.....	2·051	1·846	1·366
	2	0	2	0	1		11	Verwaltungsaufwand	.....	2·018	.....	2·018	2·042	1·732
	2	0	2	0	3		11	Anlagen	.....	.....	0·064	0·064	0·140	0·049
	2	0	2	0	5		11	Bezugsvorschüsse	.....	.....	0·039	0·039	0·040	0·006
	2	0	2	0	7		11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·028	.....	0·028	0·015	0·026
	2	0	2	0	8		11	Aufwandskredite	.....	0·521	.....	0·521	0·500	0·435
								Summe 202	2·051	2·567	0·103	4·721	4·583	3·614
								Gesamtausgaben 20	153·224	387·639	40·854	581·717	537·836	475·421
								Gesamtausgaben 2	153·224	387·639	40·854	581·717	537·836	475·421

[1]) Im BVA 1972 und 1971 beim Ansatz 1/20108 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	2						**Auswärtige Angelegenheiten**					
2	**2**	**0**					**Äußeres:**					
	2	0	0				Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten:					
	2	0	0	0			Ministerium:					
	2	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·419	.....	0·419	0·429	0·399
	2	0	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·026	0·021
	2	0	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·500	0·500	0·250	0·666
							Summe 200...	0·419	0·511	0·930	0·705	1·086
	2	0	1				Vertretungsbehörden:					
	2	0	1	0			Dienststellen:					
	2	0	1	0	4	43	Laufende Einnahmen	8·831	.....	8·831	10·261	9·880
	2	0	1	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·751	0·751	0·776	0·827
	2	0	1	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·035	0·035	0·425	0·028
							Summe 201...	8·831	0·786	9·617	11·462	10·735
	2	0	2				Diplomatische Akademie:					
	2	0	2	0	4	11	Laufende Einnahmen	0·928	.....	0·928	0·878	0·898
	2	0	2	0	8	11	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
	2	0	2	0	9	11	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·001	0·001	0·001	0·002
							Summe 202...	0·928	0·003	0·931	0·881	0·900
							Gesamteinnahmen 20...	10·178	1·300	11·478	13·048	12·721
							Gesamteinnahmen 2 ...	10·178	1·300	11·478	13·048	12·721

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	Laufende Ausgaben sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
	3						**Justizwesen**						
1	**3**	**0**					**Justiz:**						
	3	0	0				Bundesministerium für Justiz:						
	3	0	0	0	0	43	Personalaufwand	35·965	.....	.....	35·965	28·413	26·822
	3	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	8·618	.....	8·618	6·547	5·852
	3	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·223	0·223	0·740	6·125
	3	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	9·846	9·846	8·466	6·538
	3	0	0	0	6		Förderungsausgaben	.....	0·328	.....	0·328	0·350	0·274
						21		.....	*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
						43		.....	*0·327*	.....	*0·327*	*0·349*	*0·274*
	3	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·130	.....	0·130	0·180	0·090
	3	0	0	0	8		Aufwandskredite	.....	0·067	.....	0·067	0·065	0·007
						22		.....	*0·020*	.....	*0·020*	*0·015*	*0·007*
						43		.....	*0·047*	.....	*0·047*	*0·050*	.....
							Summe 300 ...	35·965	9·143	10·069	55·177	44·761	45·708
	3	0	1				Oberster Gerichtshof:						
	3	0	1	0	0	42	Personalaufwand	29·608	.....	.....	29·608	26·250	24·241
	3	0	1	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	1·447	.....	1·447	1·288	0·980
	3	0	1	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·195	0·195	0·130	0·232
	3	0	1	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·010	.....	0·010	0·010	.....
	3	0	1	0	8		Aufwandskredite	.....	0·027	.....	0·027	0·010	0·012
						22		.....	*0·008*	.....	*0·008*	.....	.....
						42		.....	*0·019*	.....	*0·019*	*0·010*	*0·012*
							Summe 301 ...	29·608	1·484	0·195	31·287	27·688	25·465
	3	0	2				Justizbehörden in den Ländern:						
	3	0	2	0	0	42	Personalaufwand	823·265	.....	.....	823·265	681·737	629·413
	3	0	2	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	128·653	.....	128·653	115·633	112·874
	3	0	2	0	3	42	Anlagen	.....	.....	12·071	12·071	9·518	6·242
	3	0	2	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·118	.....	0·118	0·118	0·080
	3	0	2	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	114·830	.....	114·830	101·446	95·589
	3	0	2	0	8	42	Aufwandskredite	.....	23·222	.....	23·222	21·479	21·421
							Summe 302 ...	823·265	266·823	12·071	1.102·159	929·931	865·619
	3	0	3				Justizanstalten:						
	3	0	3	0	0	42	Personalaufwand	288·383	.....	.....	288·383	245·301	208·929
	3	0	3	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	50·724	.....	50·724	47·118	39·700
	3	0	3	0	3	42	Anlagen	.....	.....	12·136	12·136	5·710	3·783
	3	0	3	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	1·050	.....	1·050	0·610	0·404
						12		.....	*0·500*	.....	*0·500*	.....	.....
						22		.....	*0·550*	.....	*0·550*	*0·610*	*0·404*
	3	0	3	0	8	42	Aufwandskredite	.....	71·010	.....	71·010	61·210	59·969
							Summe 303 ...	288·383	122·784	12·136	423·303	359·949	312·785
	3	0	4				Arbeitsbetriebe (Betriebsähnl. Einrichtungen, Zweckgeb. Geb.):						
	3	0	4	0	0	42	Personalaufwand	13·035	.....	.....	13·035	8·186	7·516
	3	0	4	0	3	42	Anlagen	.....	.....	6·390	6·390	5·640	1·902
	3	0	4	0	7	42	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·000	.....	1·000	3·040	2·800
	3	0	4	0	8	42	Aufwandskredite	.....	40·348	.....	40·348	36·092	31·462
							Summe 304 ...	13·035	41·348	6·390	60·773	52·958	43·680
	3	0	5				Bewährungshilfe:						
	3	0	5	0	0	42	Personalaufwand	9·633	.....	.....	9·633	7·013	4·076
	3	0	5	0	1	42	Verwaltungsaufwand	.....	1·623	.....	1·623	0·729	0·663
	3	0	5	0	3	42	Anlagen	.....	.....	0·130	0·130	0·077	0·054
	3	0	5	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·100	.....	0·100	0·080	0·086
	3	0	5	0	8	22	Aufwandskredite	.....	11·859	.....	11·859	10·819	7·770
							Summe 305...	9·633	13·582	0·130	23·345	18·718	12·649
							Gesamtausgaben 30 ...	1.199·889	455·164	40·991	1.696·044	1.434·005	1.305·906
							Gesamtausgaben 3 ...	1.199·889	455·164	40·991	1.696·044	1.434·005	1.305·906

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	3						**Justizwesen**					
2	3	**0**					**Justiz:**					
	3	0	0				Bundesministerium für Justiz:					
	3	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·630	.....	0·630	0·620	0·661
	3	0	0	0	7	43	Einnahmen (V) [1]	.....	0·003	0·003	0·027	.....
	3	0	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [2]	.....	6·500	6·500	6·500	5·336
							Summe 300..	0·630	6·503	7·133	7·147	5·997
	3	0	1				Oberster Gerichtshof:					
	3	0	1	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·053	.....	0·053	0·053	0·046
	3	0	1	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	0·010
							Summe 301...	0·053	0·002	0·055	0·055	0·056
	3	0	2				Justizbehörden in den Ländern:					
	3	0	2	0	0	42	Zweckgebundene Einnahmen	16·238	.....	[3] 16·238	16·238	13·671
	3	0	2	0	4	42	Laufende Einnahmen	957·362	.....	957·362	876·487	791·224
	3	0	2	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·091	0·091	0·107	0·060
							Summe 302...	973·600	0·091	973·691	892·832	804·955
	3	0	3				Justizanstalten:					
	3	0	3	0	4	42	Laufende Einnahmen	2·012	.....	2·012	1·392	1·741
	3	0	3	0	7	42	Einnahmen (V) [1]	.....	0·065	0·065	0·082	0·046
							Darlehensrückzahlung	.....	.....	.....	0·060	0·060
							Summe 303...	2·012	0·065	2·077	1·534	1·847
	3	0	4				Arbeitsbetriebe (Betriebsähnl. Einrichtungen, Zweckg. Einn.):					
	3	0	4	0	0	42	Zweckgebundene Einnahmen	61·051	.....	61·051	54·832	57·709
	3	0	4	0	2	42	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·060	0·060	0·060	0·044
							Summe 304...	61·051	0·060	61·111	54·892	57·753
	3	0	5				Bewährungshilfe:					
	3	0	5	0	4	42	Laufende Einnahmen	0·074	.....	0·074	0·074	0·200
	3	0	5	0	7	42	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 305...	0·074	0·002	0·076	0·076	0·200
							Gesamteinnahmen 30...	1.037·420	6·723	1.044·143	956·536	870·808
							Gesamteinnahmen 3 ...	1.037·420	6·723	1.044·143	956·536	870·808

[1]) Im BVA 1972 (1971) als Unterteilung 8 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[3]) Korrespondierende Ausgaben 1973 beim Ansatz 1/30206 Post 7660 und 7680 und 1/30208 Post 5633 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	4						**Landesverteidigung**						
	4	0					**Militärische Angelegenheiten:**						
1	4	0	0				Bundesministerium für Landesverteidigung:						
	4	0	0	0	0	41	Personalaufwand	201·656	.....	.....	201·656	174·328	156·631
	4	0	0	0	1	41	Verwaltungsaufwand	.....	20·807	.....	20·807	20·336	18·627
	4	0	0	0	3	41	Anlagen	.....	.....	1·970	1·970	1·970	0·266
	4	0	0	0	5	41	Bezugsvorschüsse	.....	.....	22·742	22·742	18·139	15·252
	4	0	0	0	6	41	Förderungsausgaben	.....	1·326	.....	1·326	1·473	1·464
	4	0	0	0	8	41	Aufwandskredite	.....	0·012	.....	0·012	0·012	0·012
							Summe 400...	201·656	22·145	24·712	248·513	216·258	192·252
	4	0	1				Heer und Heeresverwaltung:						
	4	0	1	0	0	41	Personalaufwand	1.878·780	.....	.....	1.878·780	1.602·368	1.486·063
	4	0	1	0	1		Verwaltungsaufwand	.....	289·799	.....	289·799	250·669	251·132
						23		.....	*20·000*	.....	*20·000*	*20·000*	*20·000*
						41		.....	*269·799*	.....	*269·799*	*230·669*	*231·132*
	4	0	1	0	7		Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	495·101	.....	495·101	492·016	384·833
						21		.....	*24·244*	.....	*24·244*	*23·500*	*22·940*
						22		.....	*107·100*	.....	*107·100*	*107·000*	*96·552*
						41		.....	*363·757*	.....	*363·757*	*361·516*	*265·341*
	4	0	1	0	8	41	Aufwandskredite	.....	1.507·814	.....	1.507·814	1.269·955	1.199·567
							Summe 401...	1.878·780	2.292·714	.....	4.171·494	3.615·008	3.321·595
5	4	0	3				Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung):						
	4	0	3	0	8	41	Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus 1962	.....	6·400	.....	6·400	14·383	6·790
	4	0	3	1	8	41	Waffen und Geräte	.....	611·035	.....	611·035	559·486	531·203
	4	0	3	2	8	41	Katastropheneinsatzgerät	.....	14·038	.....	14·038	14·000	15·539
							Summe 403...	.....	631·473	.....	631·473	587·869	553·532

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	4						**Landesverteidigung**					
2	4	0					**Militärische Angelegenheiten:**					
	4	0	0				Bundesministerium für Landesverteidigung:					
	4	0	0	0	4	41	Laufende Einnahmen	0·031	.....	0·031	0·031	0·050
	4	0	0	0	8	41	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·006	0·006	0·006	0·002
	4	0	0	0	9	41	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	15·800	15·800	15·000	14·532
							Summe 400...	0·031	15·806	15·837	15·037	14·584
	4	0	1				Heer und Heeresverwaltung:					
	4	0	1	0	0	41	Zweckgebundene Einnahmen [2]	74·534	.....	74·534	67·134	55·028
	4	0	1	0	4	41	Laufende Einnahmen	62·441	.....	62·441	23·385	21·977
							Summe 401...	136·975	.....	136·975	90·519	77·005

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/40006 Post 7666 und 1/40108 Post 4301, 4524, 4653, 4660/103 und 203, sowie 4685 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	4	0	4				Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut:						
	4	0	4	0	0	12	Personalaufwand	9·705	.....	.....	9·705	8·970	7·384
	4	0	4	0	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·060	.....	1·060	1·060	0·923
	4	0	4	0	3	12	Anlagen	.....	.....	0·144	0·144	0·160	0·176
	4	0	4	0	8	12	Aufwandskredite	.....	0·397	.....	0·397	0·441	0·466
							Summe 404 ...	9·705	1·457	0·144	11·306	10·631	8·949
	4	0	5				Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig: [1]						
	4	0	5	0	0	34	Personalaufwand	10·052	.....	.....	10·052	9·278	8·820
	4	0	5	0	3	34	Anlagen	.....	.....	0·232	0·232	2·465	2·459
	4	0	5	0	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·754	.....	1·754	1·456	1·254
	4	0	5	0	8	34	Aufwandskredite	.....	5·710	.....	5·710	6·105	5·964
							Summe 405 ...	10·052	7·464	0·232	17·748	19·304	18·497
							Gesamtausgaben 1/40 ...	2.100·193	2.323·780	25·088	4.449·061	3.861·201	3.541·293
							5/40 ...	.....	631·473	.....	631·473	587·869	553·532
							Gesamtausgaben 40 ...	2.100·193	2.955·253	25·088	5.080·534	4.449·070	4.094·825
							Gesamtausgaben 4 ...	2.100·193	2.955·253	25·088	5.080·534	4.449·070	4.094·825

[1]) Betriebsähnliche Einrichtung, Zweckgebundene Gebarung.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	4	0	4				Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut:					
	4	0	4	0	4	12	Laufende Einnahmen	0·202	.....	0·202	0·202	0·293
	4	0	4	0	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 404 ...	0·202	0·001	0·203	0·203	0·293
	4	0	5				Heeres- Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig: [1])					
	4	0	5	0	0	34	Zweckgebundene Einnahmen	16·213	.....	16·213	15·308	19·650
	4	0	5	0	2	34	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·038	0·038	0·027	0·029
							Summe 405 ...	16·213	0·038	16·251	15·335	19·679
							Gesamteinnahmen 40 ...	153·421	15·845	169·266	121·094	111·561
							Gesamteinnahmen 4...	153·421	15·845	169·266	121·094	111·561

[1]) Betriebsähnliche Einrichtung, **Zweckgebundene Einnahmen.**

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5						**Finanzen**						
1	5	**0**					**Finanzverwaltung:**						
	5	0	0				Bundesministerium für Finanzen:						
	5	0	0	0	0	43	Personalaufwand	152·060	.....	.....	152·060	123·424	110·656
	5	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	120·413	.....	120·413	86·340	63·447
	5	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	11·804	11·804	7·105	5·539
	5	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	7·764	.....	7·764	7·560	7·864
	5	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	11·961	.....	11·961	10·136	7·648
							Summe 500	152·060	140·138	11·804	304·002	234·565	195·154
	5	0	1				Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand): [1]						
	5	0	1	0	8	43	Münzregal	.....	366·164	.....	366·164	289·824	204·304
	5	0	1	2	7	43	Prämienkontensparen	.....	20·895	.....	20·895	19·790	6·589
	5	0	1	4	7	22	Erfüllung von Rückgabeansprüchen	.....	0·070	.....	0·070	0·069	0·068
	5	0	1	6	7	12	Atomprojekte (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	3·483	.....	3·483	3·465	2·858
	5	0	1	7	8	12	Sonstige Atomprojekte	.....	56·387	.....	56·387	64·924	50·606
	5	0	1	8	7	43	Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien	.....	5·000	.....	5·000	12·870	.....
	5	0	1	9	8	43	Sonstige Aufwendungen	.....	0·690	.....	0·690	0·799	0·922
							Amtshaftungsentschädigungen	.....	.....	.....	.....	.....	0·388
							Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter [2]	.....	.....	.....	.....	.....	5·016
							Vergütung an Österreichische Nationalbank	.....	.....	.....	.....	12·600	32·106
							Summe 501	.....	452·689	.....	452·689	404·341	302·857
	5	0	2				Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	5	0	2	0	4	34	Hagelversicherung	.....	16·915	.....	16·915	15·837	14·553
	5	0	2	1	4	22	Versicherungswiederaufbau	.....	0·050	.....	0·050	0·065	0·062
	5	0	2	2	4	34	Tierversicherungsförderungsgesetz	.....	0·149	.....	0·149	0·150	.....
	5	0	2	2	6		Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	.....	3·860	.....	3·860	2·650	4·173
						21		.....	*0·920*	.....	*0·920*	*0·800*	*2·169*
						22		.....	*2·940*	.....	*2·940*	*1·850*	*2·004*
	5	0	2	4	6	23	Beträge gem. § 4 (1 a) Wohnbauförd.-Gesetz 1968	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	0	2	5	6	12	Sonstige Atomprojekte	.....	25·794	.....	25·794	29·700	24·250
	5	0	2	7	6	23	Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm	.....	0·555	.....	0·555	0·569	0·631
	5	0	2	9	4	36	Zuschuß an Entw. u. Erneuerungsfonds Ges. m. b. H.	.....	3·980	.....	3·980	3·960	3·400
	5	0	2	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	24·898	24·898	20·265	17·487
	5	0	2	9	6	43	Sonstige Förderungen	.....	11·608	.....	11·608	7·600	1·115
							Familienpolitische Maßnahmen [3]	.....	.....	.....	.....	.....	0·262
							Summe 502	.....	62·912	24·898	87·810	80·797	65·933

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1973 und 1972 bei den Ressortkapiteln mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1973 und 1972 beim Ansatz 1/10046 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	5						**Finanzen**					
2	**5**	**0**					**Finanzverwaltung:**					
	5	0	0				Bundesministerium für Finanzen:					
	5	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	9·206	.....	9·206	7·868	**13·896**
	5	0	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·019	0·019	0·029	**0·118**
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	.....	**0·007**
							Summe 500 ...	9·206	0·019	9·225	7·897	**14·021**
	5	0	1				Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand):					
	5	0	1	0	4	43	Münzregal	624·931	.....	624·931	442·431	**400·584**
	5	0	1	3	4	43	Amtshaftungsrückersätze	0·010	.....	0·010	0·010	.....
	5	0	1	9	4	43	Sonstige Einnahmen	0·301	.....	0·301	0·301	**0·673**
							Amtshaftungsbeiträge	.....	.....	.....	.....	**0·035**
							Summe 501...	625·242	.....	625·242	442·742	**401·292**
	5	0	2				Bundesministerium für Finanzen (Förd.-Maßnahmen):					
	5	0	2	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	0	2	3	9	43	Einnahmen (V) [1]	.....	0·010	0·010	0·010	**0·010**
	5	0	2	9	9	43	Bezugsvorschußersätze [2]	.....	12·151	12·151	11·170	**11·687**
							Summe 502...	0·001	12·161	12·162	11·181	**11·697**

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/50207 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/50007 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	0	3				Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer): [1]						
	5	0	3	0	6	36	Zinsenstützung (ÖKB—AG)	.....	[2] 64·226	.....	64·226	37·600	10·389
	5	0	3	1	6		Projektshilfe	.....	85·730	.....	85·730	39·670	41·452
						11		.....	*58·930*	.....	*58·930*	*33·310*	*22·804*
						34		.....	*18·065*	.....	*18·065*	*1·460*	*9·120*
						36		.....	*8·735*	.....	*8·735*	*4·900*	*9·528*
	5	0	3	2	5	43	Technische Hilfe (D)	.....	.....	0·044	0·044	0·044	.....
							Summe 503 ...	.....	149·956	0·044	150·000	77·314	51·841
	5	0	4				Finanzlandesdirektionen:						
	5	0	4	0			Dienststellen:						
	5	0	4	0	0	43	Personalaufwand	2.160·020	.....	.....	2.160·020	1.803·868	1.607·809
	5	0	4	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	[3] 308·590	.....	308·590	314·492	295·181
	5	0	4	0	3	43	Anlagen	.....	.....	[4] 30·254	30·254	23·893	18·481
	5	0	4	0	8	43	Aufwand für besondere Liegenschaften	.....	0·170	.....	0·170	0·763	0·328
							Summe 5040...	2.160·020	308·760	30·254	2.499·034	2.143·016	1.921·799
	5	0	4	2	8	43	Anmietung von Beamtenwohnungen für Bundesbedienstete [5]	.....	25·500	.....	25·500	41·380	42·764
	5	0	4	3	7	38	Gebarung gemäß § 62 KFG. [5]	.....	4·378	.....	4·378	4·750	4·179
							Summe 504...	2.160·020	338·638	30·254	2.528·912	2.189·146	1.968·742
	5	0	5				Finanzprokuratur:						
	5	0	5	0	0	43	Personalaufwand	12·247	.....	.....	12·247	10·698	9·726
	5	0	5	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	4·633	.....	4·633	3·462	1·419
	5	0	5	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·355	0·355	0·235	0·034
							Summe 505...	12·247	4·633	0·355	17·235	14·395	11·179
	5	0	6				Hauptpunzierungs- und Probieramt:						
	5	0	6	0	0	43	Personalaufwand	6·345	.....	.....	6·345	5·586	4·602
	5	0	6	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·632	.....	0·632	0·514	0·448
	5	0	6	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·111	0·111	0·040	0·060
							Summe 506...	6·345	0·632	0·111	7·088	6·140	5·110
	5	0	7				Zentralbesoldungsamt:						
	5	0	7	0	0	43	Personalaufwand	58·040	.....	.....	58·040	51·000	44·109
	5	0	7	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	17·968	.....	17·968	16·751	12·891
	5	0	7	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·894	0·894	1·001	1·973
							Summe 507...	58·040	17·968	0·894	76·902	68·752	58·973
	5	0	8				Österreichisches Postsparkassenamt:						
	5	0	8	0	0	38	Personalaufwand	198·130	.....	.....	198·130	167·500	147·951
	5	0	8	0	1	38	Verwaltungsaufwand	.....	1·030	.....	1·030	1·094	0·619
							Summe 508...	198·130	1·030	.....	199·160	168·594	148·570
							Gesamtausgaben 50...	2.586·842	1.168·596	68·360	3.823·798	3.244·044	2.808·359

Fußnoten siehe Seite 67.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	0	3				Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer):					
	5	0	3	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·105	.....	0·105	0·106	4·161
	5	0	3	2	9	43	Einnahmen (V)[1]	.....	0·020	0·020	0·020	1·761
							Summe 503 ...	0·105	0·020	0·125	0·126	5·922
	5	0	4				Finanzlandesdirektionen:					
	5	0	4	0			Dienststellen:					
	5	0	4	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen	0·454	.....	[2] 0·454	0·390	0·357
	5	0	4	0	4	43	Laufende Einnahmen	62·969	.....	62·969	40·631	41·685
	5	0	4	0	5	43	Einnahmen aus Liegenschaften	0·112	.....	0·112	0·136	0·220
	5	0	4	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·499	0·499	0·493	0·591
							Summe 5040 ...	63·535	0·499	64·034	41·650	42·853
	5	0	4	2	4	43	Untervermietung von Beamtenwohnungen an Bundesbedienstete	24·690	.....	24·690	45·798	42·505
	5	0	4	3	4	38	Gebarung gemäß § 62 KFG.	4·401	.....	4·401	4·751	4·115
							Summe 504 ...	92·626	0·499	93·125	92·199	89·473
	5	0	5				Finanzprokuratur:					
	5	0	5	0	4	43	Laufende Einnahmen	1·461	.....	1·461	1·201	1·839
	5	0	5	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 505 ...	1·461	0·001	1·462	1·202	1·839
	5	0	6				Hauptpunzierungs- und Probieramt:					
	5	0	6	0	4	43	Laufende Einnahmen	12·298	.....	12·298	8·598	9·885
	5	0	6	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 506...	12·298	0·002	12·300	8·600	9·885
	5	0	7				Zentralbesoldungsamt:					
	5	0	7	0	4	43	Laufende Einnahmen	2·003	.....	2·003	1·453	1·681
	5	0	7	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	0·001
							Summe 507...	2·003	0·003	2·006	1·456	1·682
	5	0	8				Österreichisches Postsparkassenamt:					
	5	0	8	0	4	38	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	200·510	.....	200·510	169·544	148·806
							Gesamteinnahmen 50 ...	943·452	12·705	956·157	734·947	684·617

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/50307 veranschlagt gewesen.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/50401 (432.000 Schilling) und beim Ansatz 1/50403 (22.000 Schilling) mitveranschlagt.

Fußnoten zu Seite 66:

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
[2]) Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Ansatz 2/52680 44·226 Millionen Schilling.
[3]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 15·494 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
[4]) Hinsichtlich eines Teilbetrages von 5·019 Millionen Schilling ist das Bundesministerium für Finanzen anweisungsberechtigt.
[5]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/5040 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben sachliche	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
	5	1					**Kassenverwaltung:** [1])						
1	5	1	0				Effekten- und Geldverkehr des Bundes:						
	5	1	0	0	1	43	Staatlicher Postscheckverkehr	.....	59·830	.....	59·830	50·490	**52·227**
	5	1	0	1	3	43	Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke	.....	.....	127·061	127·061	134·957	**66·595**
	5	1	0	2	3	43	Verschiedene Maßnahmen der Marktpflege	.....	.....	36·330	36·330	41·550	39·418
	5	1	0	3	7	43	Kursverluste	.....	100·001	.....	100·001	50·001	64·847
	5	1	0	4	8	43	Effekten- und Geldverkehrskosten	.....	0·800	.....	0·800	0·600	0·295
							Summe 510	.....	160·631	163·391	324·022	277·598	223·382
	5	1	1	0	9	43	Zuführung an Kassenreserve	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	5	1	2				Zuführung an Rücklagen:						
	5	1	2	0	9	43	Baurücklage	.....	.....	0·001	0·001	0·001	89·754
5	5	1	2	1	9	43	Baurücklage (ao)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	218·567
1	5	1	2	2	9	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	.....	.....	0·001	0·001	0·001	38·329
5	5	1	2	3	9	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe (ao)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	131·040
1	5	1	2	4	9	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	.....	.....	[2]) 20·000	20·000	0·001	979·615
5	5	1	2	5	9	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (ao)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 512	.....	.....	20·005	20·005	0·006	1.457·305
	5	1	7				Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen:						
1	5	1	7	0	0	43	Personalaufwand	30·000	.....	.....	30·000	30·000	.....
	5	1	7	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	5·000	.....	5·000	5·000	.....
	5	1	7	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1.100·000	1.100·000	500·000	.....
5	5	1	7	0	3	43	Anlagen (ao)	.....	.....	120·000	120·000	20·000	.....
1	5	1	7	0	5	43	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	5·000	5·000	100·000	.....
	5	1	7	0	6	43	Förderungsausgaben	.....	150·000	.....	150·000	185·000	.....
	5	1	7	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	15·000	.....	15·000	10·000	.....
	5	1	7	0	8	43	Aufwandskredite	.....	175·000	.....	175·000	150·000	.....
							Summe 517	30·000	345·000	1.225·000	1.600·000	1.000·000	.....
	5	1	8	0	0	43	Pauschalvorsorge für Personalausgaben	330·000	.....	.....	330·000	0·002	.....
	5	1	9	0			Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben:						
	5	1	9	0	7	43	Maßnahmen zur Vorratsentlastung (Zinsen)	.....	200·000	.....	200·000	.....	.....
	5	1	9	0	8	43	Allgemeine Ausgaben	.....	488·000	.....	488·000	1·200	0·105
	5	1	9	0	9	43	Maßnahmen zur Vorratsentlastung (Rückzahlung)	.....	.....	0·002	0·002	.....	.....
							Summe 5190	.....	688·000	0·002	688·002	1·200	0·105
							Gesamtausgaben 1/51	360·000	1.193·631	1.288·396	2.842·027	1.258·804	1.331·185
							5/51	.....	.....	120·003	120·003	20·003	349·607
							Gesamtausgaben 51	360·000	1.193·631	1.408·399	2.962·030	1.278·807	1.680·792

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/500 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/54700.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Bundesrechnungsabschluß 1971
								Millionen Schilling				
	5	**1**					**Kassenverwaltung:**					
2	5	1	0				Effekten- und Geldverkehr des Bundes:					
	5	1	0	1	7	43	Entnahmen aus dem Bundesbesitz	.....	158·001	158·001	82·001	104·577
	5	1	0	2	7	43	Einlösung von UN-Obligationen	.....	0·779	0·779	0·836	0·836
	5	1	0	3	4	43	Kursgewinne	5·001	.....	5·001	5·001	12·885
	5	1	0	4	4	43	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	17·249	.....	17·249	13·374	37·847
							Summe 510...	22·250	158·780	181·030	101·212	156·145
	5	1	1	0	7	43	Entnahme aus der Kassenreserve	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	5	1	2				Entnahme aus Rücklagen:					
	5	1	2	0	7	43	Baurücklage	.....	150·000	150·000	40·000	27·749
6	5	1	2	1	7	43	Baurücklage (ao)	.....	200·000	200·000	85·000	70·195
2	5	1	2	2	7	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	.....	49·000	49·000	10·000	.....
6	5	1	2	3	7	43	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe (ao)	.....	150 000	150 000	10 000	16 500
2	5	1	2	4	7	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	.....	1.070 000	1.070 000	875·920	579·389
6	5	1	2	5	7	43	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage (ao)	.....	1·000	1·000	20·000	.....
							Summe 512...	.....	[1])1.620·000	1.620·000	1.040·920	693·833
	5	1	9	0			Sonstige Kassenverwaltungs-Einnahmen:					
2	5	1	9	0	4	43	Allgemeine Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·070
	5	1	9	0	9	43	Kassenverwaltungs-Einnahmen zur Vorratsentlastung	.....	8.900·000	8.900·000	.....	.....
							Summe 5190...	0·002	8.900·000	8.900·002	0·002	0·070
							Gesamteinnahmen 2/51...	22·252	10.327·781	10.350·033	1.027·135	763·353
							6/51...	.....	351·000	351·000	115·000	86·695
							Gesamteinnahmen 51...	22·252	10.678·781	10.701·033	1.142·135	850·048

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei nachfolgenden Ansätzen:

	Mill. S
1/517	1.600·000
1/53306	10·000
1/53438	10·000

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	2					**Öffentliche Abgaben:** [1]						

[1] Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5040 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	2					**Öffentliche Abgaben:**					
	5	2	0				Einkommen- und Vermögensteuern:					
	5	2	0	0	4		Veranlagte Einkommensteuer	15.458·000	.....	15.458·000	.....	.....
						22 [1]		*354·000*	.....	*354·000*	.....	.....
						23 [2]		*1.593·000*	.....	*1.593·000*	.....	.....
						37 [3]		*177·000*	.....	*177·000*	.....	.....
						43 [4]		*13.334·000*	.....	*13.334·000*	.....	.....
	5	2	0	1	4		Lohnsteuer	20.567·000	.....	20.567·000	.....	.....
						22 [1]		*471·000*	.....	*471·000*	.....	.....
						23 [2]		*2.119·500*	.....	*2.119·500*	.....	.....
						37 [3]		*235·500*	.....	*235·500*	.....	.....
						43 [4]		*17.741·000*	.....	*17.741·000*	.....	.....
	5	2	0	2	4		Kapitalertragsteuer	314·400	.....	314·400	.....	.....
						22 [1]		*7·200*	.....	*7·200*	.....	.....
						23 [2]		*32·400*	.....	*32·400*	.....	.....
						37 [3]		*3·600*	.....	*3·600*	.....	.....
						43 [4]		*271·200*	.....	*271·200*	.....	.....
	5	2	0	3	4		Körperschaftsteuer	5.371·000	.....	5.371·000	.....	.....
						22 [1]		*123·000*	.....	*123·000*	.....	.....
						23 [2]		*553·500*	.....	*553·500*	.....	.....
						37 [3]		*61·500*	.....	*61·500*	.....	.....
						43 [4]		*4.633·000*	.....	*4.633·000*	.....	.....
	5	2	0	3	5	43	Aufsichtsratsabgabe	48·000	.....	48·000	48·000	46·847
	5	2	0	4	4	43	Gewerbesteuer	4.100·000	.....	4.100·000	3.300·000	2.949·098
	5	2	0	5	4	43	Bundesgewerbesteuer	4.100·000	.....	4.100·000	3.300·000	2.949·115
	5	2	0	6	4	43	Vermögensteuer [4]	1.744·200	.....	1.744·200	1.620·000	1.401·823
	5	2	0	6	5	43	Erbschaftssteueräquivalent	510·000	.....	510·000	420·000	393·721
	5	2	0	6	6	43	Erbschafts- und Schenkungssteuer	390·000	.....	390·000	360·000	310·700
	5	2	0	7	4	43	Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	190·000	.....	190·000	190·000	185·506
	5	2	0	8	4	43	Bodenwertabgabe	17·000	.....	17·000	17·000	16·540
							Veranlagte Einkommensteuer	.....	.....	.....	9.200·000	8.237·196
							Lohnsteuer	.....	.....	.....	15.000·000	12.243·729
							Kapitalertragsteuer	.....	.....	.....	240·000	256·666
							Körperschaftsteuer	.....	.....	.....	3.600·000	3.197·056
							Sonderabgabe vom Einkommen	.....	.....	.....	2.816·000	2.406·218
							Summe 520 ...	52.809·600	.....	52.809·600	40.111·000	34.594·215
	5	2	1				Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge):					
	5	2	1	4	0		Wohnbauförderungsbeitrag	1.200·000	.....	1.200·000	930·000	1.003·123
						23 [2]		*1.080·000*	.....	*1.080·000*	*837·000*	*902·811*
						37 [3]		*120·000*	.....	*120·000*	*93·000*	*100·312*
	5	2	1	6	0		Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	4·000	.....	4·000	48·000	47·364
						23 [2]		*3·600*	.....	*3·600*	*43·200*	*42·627*
						37 [3]		*0·400*	.....	*0·400*	*4·800*	*4·737*
	5	2	1	8	0	13	Kunstförderungsbeitrag [5]	45·000	.....	45·000	42·000	41·908
							Beitrag vom Einkommen	.....	.....	.....	5.047·200	4.308·236
						22		.....	.....	.....	*841·200*	*718·039*
						23		.....	.....	.....	*3.785·400*	*3.231·177*
						37		.....	.....	.....	*420·600*	*359·020*
							Beitrag für den Katastrophenfonds	.....	.....	.....	877·200	751·200
							Summe 521...	1.249·000	.....	1.249·000	6.944·400	6.151·831
							Summe 520 und 521...	54.058·600	.....	54.058·600	47.055·400	40.746·046

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 2/52870.

[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 2/52820 bis 2/52850.

[3]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 2/52860.

[4]) Hievon zweckgebunden für den Katastrophenfonds bei
2/52004... 354·000 Millionen Schilling
2/52014... 471·000 Millionen Schilling
2/52024... 7·200 Millionen Schilling
2/52034... 123·000 Millionen Schilling
2/52064... 34·200 Millionen Schilling
insgesamt. 989·400 Millionen Schilling (Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 2/52890)

[5]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/13036, 1/50401 und 2/52804/AB 13.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	2	5				Stempelmarken:						
	5	2	5	0	1	43	Druckkosten	.....	3·000	.....	3·000	2·700	2·699
	5	2	5	1	7	43	Verschleißgebühren	.....	95·520	.....	95·520	89·057	82·608
							Summe 525	.....	98·520	.....	98·520	91·757	85·307

Fußnoten zu Seite 73.

[1]) Gemäß Art. II des Bundesgesetzes über die Einführung des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 224, in die Umsatzsteuer einbezogen.

[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/642 und 1/643.

[3]) Im BVA 1972 als ausschließliche Landesabgabe vorgesehen gewesen, jedoch gemäß BGBl. Nr. 260/1972 rückwirkend mit 1. Jänner 1972 wieder gemeinschaftliche Bundesabgabe.

[4]) Korrespondierende Ausgaben:

	1973	1972	1971
		Millionen Schilling	
Verschiedene Ausgaben	16·494	14·700	38·596
Ansatz 1/50306	44·226	33·500	10·389
Ansatz 1/50316	—	7·000	7·000
Ansatz 2/52880	467·280	424·800	381·516

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	2	2				Umsatzsteuern:					
	5	2	2	0	4	43	Umsatzsteuer	29.200·000	.....	29.200·000	18.100·000	16.155·217
	5	2	2	2	4	43	Sonderabgabe von alkoholischen Getränken	1.600·000	.....	1.600·000	1.300·000	1.262·170
							Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer	..... [1]	.....	..... [1]	9.050·000	8.077·609
							Summe 522	30.800·000	.....	30.800·000	28.450·000	25.494·996
	5	2	3				Einfuhrabgaben:					
	5	2	3	0	4	43	Zölle	6.400·000	.....	6.400·000	6.500·000	5.962·299
	5	2	3	2	4	43	Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	1·000	.....	1·000	1·000	1·617
	5	2	3	3	4	43	Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz	4·000	.....	4·000	3·000	3·777
	5	2	3	4	4	43	Ausgleichsabgaben nach den Ausgleichsabgabegesetzen	94·000	.....	94·000	84·000	68·501
	5	2	3	5	4	43	Abgaben gem. Antidumpinggesetz u. Anti-Marktstörungsgesetz	1·000	.....	1·000	1·000	0·209
							Summe 523	6.500·000	.....	6.500·000	6.589·000	6.036·403
	5	2	4				Verbrauchsteuern:					
	5	2	4	0	4	43	Tabaksteuer	4.400·000	.....	4.400·000	4.750·000	4.202·567
	5	2	4	1	4	43	Biersteuer	690·000	.....	690·000	600·000	613·438
	5	2	4	3	4	43	Mineralölsteuer	1.600·000	.....	1.600·000	1.320·000	1.291·795
	5	2	4	4	0	32	Bundesmineralölsteuer (Zweckgebundene Einnahmen) [2]	7.600·000	.....	7.600·000	6.500·000	6.118·885
	5	2	4	5	4	43	Branntweinaufschlag	120·000	.....	120·000	90·000	89·200
	5	2	4	6	4	43	Monopolausgleich (Branntwein)	68·000	.....	68·000	45·000	55·714
	5	2	4	7	4	43	Monopolabgabe Salz	0·030	.....	0·030	0·031	0·022
	5	2	4	8	4	43	Schaumweinsteuer	36·000	.....	36·000	30·000	31·626
	5	2	4	9	4	43	Abgabe auf Stärkeerzeugnisse	24·000	.....	24·000	24·000	21·922
							Weinsteuer	.....	.....	.....	0·001	2·855
							Summe 524	14.538·030	.....	14.538·030	13.359·032	12.428·024
	5	2	5				Stempel- und Rechtsgebühren:					
	5	2	5	0	4	43	In Stempelmarken entrichtete Gebühren	1.300·000	.....	1.300·000	1.080·000	1.022·824
	5	2	5	2	4	43	Übrige Gebühren	400·000	.....	400·000	340·000	336·262
							Rechnungsstempel	..... [1]	.....	..... [1]	5.110·000	4.579·377
							Summe 525	1.700·000	.....	1.700·000	6.530·000	5.938·463
	5	2	6				Verkehrsteuern:					
	5	2	6	0	4	43	Kapitalverkehrsteuern	160·000	.....	160·000	150·000	128·853
	5	2	6	3	4	43	Grunderwerbsteuer	930·000	.....	930·000	840·000	821·863
	5	2	6	4	4	43	Versicherungssteuer	940·000	.....	940·000	750·000	686·750
	5	2	6	6	4	43	Kraftfahrzeugsteuer	900·000	.....	900·000	..... [3]	783·276
	5	2	6	7	4	43	Spielbankabgabe	100·000	.....	100·000	82·000	83·281
	5	2	6	8	0	36	Außenhandelsförderungsbeitrag (Zweckgebundene Einnahmen)	528·000	.....	[4] 528·000	[4] 480·000	[4] 437·501
	5	2	6	8	4	43	Außenhandelsförderungsbeitrag	22·000	.....	22·000	20·000	18·229
							Beförderungssteuer	.....	.....	.....	1.260·000	1.209·397
							Summe 526	3.580·000	.....	3.580·000	3.582·000	4.169·150
							Summe 522 bis 526	57.118·030	.....	57.118·030	58.510·032	54.067·036

Fußnoten siehe Seite 72.

74

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	2	7	0	1	43	Kosten im Abgaben/Devisen-Straf- und Einbringungsverfahren.....	.....	1·500	.....	1·500	1·560	1·292
							Gesamtausgaben 52...	.....	100·020	.....	100·020	93·317	86·599

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	2	7	0	4	43	Nebenansprüche u. Resteingänge weggefallener Abgaben	350·000	.....	350·000	300·000	290·114
							Brutto-Gesamteinnahmen 52...	111.526·630	.....	111.526·630	105.865·432	95.103·196
	5	2	8				Ab Überweisungen:					
	5	2	8	0	4		Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	29.427·750	.....	29.427·750	26.915·232	23.806·815
						13		*12·960*	.....	*12·960*	*12·096*	*10·757*
						43		*29.414·790*	.....	*29.414·790*	*26.903·136*	*23.796·058*
	5	2	8	1	4	43	Gewerbesteuer an die Gemeinden [1a]	4.100·000	.....	4.100·000	3.300·000	2.936·083
	5	2	8	2	0	23	An die Länder für die Wohnbauförderung [1]	5.322·198	.....	5.322·198	4.613·758	3.991·807
	5	2	8	3	0	23	An Wohnhaus-Wiederaufbaufonds [1]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	2	8	4	0	23	An Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds [1]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	2	8	5	0	23	Für Wohnbauforschung [1] [2]	59·800	.....	59·800	51·840	26·225
	5	2	8	6	0	37	An Wasserwirtschaftsfonds [1].....	598·000	.....	598·000	518·400	446·355
	5	2	8	7	0	22	An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen [1] [3]	955·200	.....	955·200	841·200	718·039
	5	2	8	8	0	36	Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer [4]	467·280	.....	467·280	424·800	381·516
	5	2	8	9	0	43	An den Katastrophenfonds [5]	989·400	.....	989·400	877·200	740·002
							Summe 528 ...	41.919·630	.....	41.919·630	37.542·432	33.046·842
							Netto-Gesamteinnahmen 52 ...	69.607·000	.....	69.607·000	68.323·000	62.056·354

[1]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 2/52004, 2/52014, 2/52024, 2/52034, 2/52140 und 2/52160.
[1a]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/52044
[2]) Überweisung an Ansatz 2/64140.
[3]) Überweisung an Ansatz 2/56010.
[4]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/52680.
[5]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/52004, 2/52014, 2/52024, 2/52034 und 2/52064.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	3					**Finanzausgleich:** [1] [2]						
	5	3	0				Leistungen an Länder und Gemeinden:						
	5	3	0	0	7	43	Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder	.....	358·000	.....	358·000	395·900	313·359
	5	3	0	1	7	11	Rückzahlungen an Länder	.....	2·000	.....	2·000	.....	.....
	5	3	0	2	7	43	Salinen-Betriebsstättengemeinden	.....	2·200	.....	2·200	1·500	1·438
	5	3	0	3	7	43	Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden	.....	26·200	.....	26·200	17·000	17·000
	5	3	0	4	4	43	Theater- und Orchestergemeinden	.....	13·000	.....	13·000	3·000	3·000
	5	3	0	5	7	43	Finanzzuweisungen an Länder gemäß § 3 (2) FAG 1967	.....	0·001	.....	0·001	0·001	14·149
							Summe 530...	.....	401·401	.....	401·401	417·401	348·946
	5	3	1	0	7	43	Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds	.....	1·000	.....	[3] 1·000	1·000	1·000
	5	3	2				Zweckzuschüsse des Bundes I:						
	5	3	2	0	4	43	Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete	.....	40·000	.....	40·000	40·000	38·800
	5	3	2	1	4	11	Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand	.....	100·000	.....	100·000	100·000	100·000
	5	3	2	2	4	13	Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden	.....	50·000	.....	50·000	30·000	30·280
	5	3	2	3	4	23	Zuschüsse nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz	.....	80·000	.....	80·000	60·000	40·000
	5	3	2	4	4	33	Zuschuß zur Wiener U-Bahn-Errichtung	.....	200·000	.....	200·000	150·000	.....
	5	3	2	5	4	23	Zuschüsse nach § 36 (6) Wohnbauförderungsgesetz	.....	30·001	.....	[4] 30·001	0·002	.....
	5	3	2	6	4	23	Zuschüsse nach § 10 (2) BGBl. Nr. 336/1971	.....	55·000	.....	[4a] 55·000	0·002	.....
	5	3	2	7	4	38	Zuschüsse für Fremdenverkehrsförderung an Gemeinden	.....	30·000	.....	30·000	.....	.....
	5	3	2	8	4	21	Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden	.....	100·000	.....	100·000	.....	.....
	5	3	2	9	4	33	Zuschüsse in Nahverkehrsangelegenheiten an Gemeinden	.....	100·000	.....	100·000	.....	.....
							Summe 532...	.....	785·001	.....	785·001	380·004	209·080
	5	3	3				Zweckzuschüsse des Bundes II:						
	5	3	3	0			Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	5	3	3	0	6	43	Überweisungen an Länder	.....	11·000	.....	[5] 11·000	11·000	1·757
	5	3	3	1	4	43	Zuschüsse zur Förderung des Naturschutzes an Länder	.....	5·000	.....	5·000	.....	.....
	5	3	3	2	4	36	Zuschüsse zur Wirtschaftsförderung	.....	30·000	.....	30·000	.....	.....
							Summe 353 ...	.....	46·000	.....	46·000	11·000	1·757
	5	3	4				Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung):						
	5	3	4	0	6	43	Schäden im Vermögen privater Personen	.....	148·410	.....	148·410	131·580	14·178
	5	3	4	1	6	43	Überweisungen an Länder	.....	69·258	.....	69·258	61·404	39·487
	5	3	4	2	6	43	Schäden im Vermögen der Gemeinden	.....	49·470	.....	49·470	43·860	35·984
	5	3	4	3	8	43	Schäden im Vermögen des Bundes	.....	108·940	.....	[6] 108·940	87·720	72·780
	5	3	4	4	8	43	Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden	.....	623·322	.....	[7] 623·322	552·636	486·367
							Summe 534...	.....	999·400	.....	999·400	877·200	648·796
							Gesamtausgaben 53...	.....	2.232·802	.....	2.232·802	1.686·605	1·209·579

Fußnoten siehe Seite 77.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	3					**Finanzausgleich:**					
	5	3	0				Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden:					
	5	3	0	0	4	11	Zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen	3·000	.....	3·000	486·000	422·011
	5	3	0	1	4	11	Zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen	7·000	.....	7·000	188·000	178·324
	5	3	0	2	4	11	Zu den Besoldungskosten an landwirtschaftlichen Schulen	0·001	.....	0·001	60·000	56·361
	5	3	0	4	4	11	Ersätze von Ländern gemäß Art. II, BGBl. Nr. 171/1966	10·000	.....	10·000	10·000	7·213
							Zum Polizeiaufwand	.....	.....	.....	130·205	131·548
							Summe 530 ...	20·001	.....	20·001	874·205	795·457
	5	3	1	0	4	43	Rückzahlungen von Ländern	0·100	.....	0·100	0·100	0·168
	5	3	2				Beiträge u. Ersatzleistungen zu Zweckzuschüssen des Bundes:					
	5	3	2	3	4	23	Wohnungsverbesserungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds	40·000	.....	40·000	30·000	20·000
	5	3	2	5	4	23	Wohnbauförderungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds [1]	30·001	.....	30·001	0·002	.....
	5	3	2	6	4	23	BG. vom 16. 7. 1971, BGBl. Nr. 336; Überweisungen der Wohnbaufonds [2]	55·000	.....	55·000	0·002	.....
							Summe 532 ...	125·001	.....	125·001	30·004	20·000
	5	3	3				Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Einnahmen):					
	5	3	3	0	0	43	Dotierung des Fonds [3]	1·000	.....	1·000	1·000	1·050
	5	3	4				Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen):					
	5	3	4	0	0	43	Dotierung des Fonds [4]	989·400	.....	989·400	877·200	740·002
							Gesamteinnahmen 53 ...	1.135·502	.....	1.135·502	1.782·509	1.556·677

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/53254.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/53264.
[3]) Überweisung vom Ansatz 1/53107. Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/53306.
[4]) Überweisung vom Ansatz 2/52890. Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/53406 bis 1/53448.

Fußnoten zu Seite 76:

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5000 mitveranschlagt.
[2]) Ohne Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die bei dem Ansatz 2/52804 veranschlagt sind.
[3]) Korrespondierende Einnahmen bei dem Ansatz 2/53300.
[4]) Korrespondierende Einnahmen bei dem Ansatz 2/53254.
[4a]) Korrespondierende Einnahmen bei dem Ansatz 2/53264.
[5]) Einschließlich von 10 Millionen Schilling aus einer Rücklagenauflösung beim Ansatz 2/51247.
[6]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 2/64201 und 2/79700, die bei den Ansätzen 1/64208 und 1/79398 verausgabt werden (einschließlich von 10 Millionen Schilling aus einer Rücklagenauflösung beim Ansatz 2/51247).
[7]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 60890, 64160, 64201 und 64421, die wie folgt verausgabt werden: Ansatz 60836, 60858, 60876, 64166, 64233, 64428 und 64447.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	4					**Bundesvermögen:** [1]						
	5	4	0				Kapitalbeteiligung:						
1	5	4	0	0	3	33	Verstaatlichte Unternehmungen	.....	.....	96·500	96·500	0·001	.....
	5	4	0	1	3	36	Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft	.....	.....	96·500	96·500	113·850	.....
	5	4	0	2	2	36	Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen	.....	.....	0·995	0·995	1·980	0·002
	5	4	0	4	3	35	Sonstige Elektrizitätswirtschaft (2. Verstaatlichungsgesetz) [2]	.....	.....	289·760	289·760	316·520	163·004
5	5	4	0	5	2	38	Internationale Finanzinstitutionen	.....	.....	53·152	53·152	191·722	96·182
1	5	4	0	7	2		Sonstige Unternehmungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	30·000	30·000	0·002	93·075
						32		.....	.....	*30·000*	*30·000*	*0·001*	*93·075*
						37		.....	.....	.....	.....	*0·001*	.....
	5	4	0	8	3		Sonstige Unternehmungen (Zweckgebundene Umwandlung) [3]	.....	.....	2·524	2·524	7·204	2·144
						23		.....	.....	*1·520*	*1·520*	*1·200*	*1·364*
						33		.....	.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						34		.....	.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	.....	*1·000*	*1·000*	*6·000*	.....
						38		.....	.....	*0·002*	*0·002*	*0·002*	*0·780*
5	5	4	0	9	3		Sonstige Unternehmungen	.....	.....	69·905	69·905	133·873	207·516
						13		.....	.....	*0·800*	*0·800*	.....	.....
						21		.....	.....	*0·299*	*0·299*	*0·500*	*0·586*
						23		.....	.....	*9·920*	*9·920*	*3·606*	*3·699*
						32		.....	.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*37·808*
						33		.....	.....	*45·401*	*45·401*	*126·575*	*108·797*
						34		.....	.....	*0·081*	*0·081*	*0·090*	*0·100*
						36		.....	.....	*0·965*	*0·965*	*0·001*	.....
						37		.....	.....	*0·001*	*0·001*	*1·000*	*13·000*
						38		.....	.....	*12·437*	*12·437*	*2·100*	*42·926*
						12		.....	.....	.....	.....	.....	*0·600*
							Summe 540...	.....	.....	639·336	639·336	765·152	561·923
	5	4	1				**(frei)**						

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Titel 1/500 mitveranschlagt; falls jedoch Finanzlandesdirektionen anweisungsberechtigt sind, ist der Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/5040 mitveranschlagt.

[2]) Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Ansatz 2/54040 1972 31,400.000 S, 1973 15,700.000 S.

[3]) Korrespondierende Einnahmen bei den Ansätzen 2/54090 und 2/54263.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	5	4					**Bundesvermögen:**					
2	5	4	0				Kapitalbeteiligung (Erträge):					
	5	4	0	1	4	36	Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft	140·000	.....	140·000	140·000	.....
	5	4	0	3	4	38	Verstaatlichte Banken	95·000	.....	95·000	95·000	95·001
	5	4	0	4	0	35	Dividende VIAG (Zweckgebundene Gebarung) [1]	15·700	.....	15·700	31·400	.....
	5	4	0	4	4	35	Elektrizitätswirtschaft	1·000	.....	1·000	1·000	28·235
	5	4	0	5	4	38	Internationale Finanzinstitutionen	0·501	.....	0·501	0·500	60·614
	5	4	0	7	4	38	Oesterreichische Nationalbank	504·500	.....	504·500	504·500	721·473
	5	4	0	8	4	36	Austria-Tabakwerke AG.	36·000	.....	36·000	36·000	36·000
	5	4	0	9	0		Sonstige Unternehmungen (Umwandlung, Zweckgebundene Einnahmen) [2]	1·525	.....	1·525	1·205	2·144
						23		*1·521*	.....	*1·521*	*1·201*	*1·364*
						34		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
						38		*0·003*	.....	*0·003*	*0·003*	*0·780*
	5	4	0	9	4		Sonstige Unternehmungen	4·592	.....	4·592	2·473	6·651
						23		*2·817*	.....	*2·817*	*1·000*	*1·924*
						33		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	*0·620*
						34		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
						36		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	*0·073*
						37		*0·480*	.....	*0·480*	*0·420*	*0·900*
						38		*1·292*	.....	*1·292*	*1·050*	*3·134*
							Summe 540...	798·818	.....	798·818	812·078	950·118
	5	4	1				Kapitalbeteiligung (Erlöse):					
	5	4	1	8	7		Veräußerungserlöse	.....	0·006	0·006	0·006	5·000
						34		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*0·000*
						35		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	*0·002*	*0·002*	*0·002*	.....
						38		.....	*0·002*	*0·002*	*0·002*	*5·000*
	5	4	1	9	7		Liquidationserlöse	.....	0·004	0·004	0·434	0·451
						33		.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						36		.....	*0·003*	*0·003*	*0·002*	.....
						38		.....	.....	.....	*0·432*	*0·451*
							Summe 541...	.....	0·010	0·010	0·440	5·451

[1] Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/54043 mitveranschlagt.
[2] Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/54083 und 1/54275 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	4	2				Bundesdarlehen:						
5	5	4	2	0	5	33	Verstaatlichte Unternehmungen	...	...	16·905	16·905	19·464	19·179
1	5	4	2	5	5		Sonstige Unternehmungen [1]	...	...	37·361	37·361	49·283	147·601
						12		...	...	*6·369*	*6·369*	...	...
						13 [2]		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	...
						23		...	...	*30·986*	*30·986*	*48·234*	*133·218*
						32		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*1·481*
						33		...	...	*0·001*	*0·001*	*1·000*	...
						34		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·045*	*0·002*
						36		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	...
						38		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*2·900*
						37		...	...	...	...	...	*10·000*
	5	4	2	6	5		Sonstige Unternehmungen (Zweckgeb. Umwandlung von Zinsen) [3]	...	...	21·729	21·729	19·511	20·679
						23		...	...	*16·353*	*16·353*	*14·380*	*15·759*
						32		...	...	*5·078*	*5·078*	*4·850*	*4·645*
						33		...	...	*0·297*	*0·297*	*0·280*	*0·274*
						35		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	*0·001*
	5	4	2	7	5		Sonstige Unternehmungen (Zweckgeb. Umwandlung von Gewinnen) [4]	...	...	0·002	0·002	0·002	...
						23		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	...
						38		...	...	*0·001*	*0·001*	*0·001*	...
5	5	4	2	9	5	38	Sonstige Darlehensempfänger	...	...	10·552	10·552	12·150	...
							Summe 542...	...	...	86·549	86·549	100·410	187·459

[1]) 3,000.000 S nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/57513.
[2]) Im BVA 1971 und 1972 als Aufgabenbereich 11 veranschlagt gewesen.
[3]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/54260.
[4]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/54090.

Fußnoten zu Seite 81:

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/54207 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[3]) Im BVA 1971 und 1972 als Aufgabenbereich 11 veranschlagt gewesen.
[4]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/54265 mitveranschlagt.
[5]) Im BVA 1971 als Unterteilung 2 veranschlagt gewesen.
[6]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/54083 mitveranschlagt.
[7]) Im BVA 1971 beim Ansatz 2/54297 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	5	4	2				Bundesdarlehen:					
	5	4	2	0			Verstaatlichte Unternehmungen:					
2	5	4	2	0	4	36	Zinsen	0·001	.....	0·001	0·087	.....
6	5	4	2	0	9		Rückzahlungen [1]	.....	0·002	0·002	5·001	15·000
						33		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	*0·001*	*0·001*	*5·000*	*15·000*
						23		.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 5420	0·001	0·002	0·003	5·088	15·000
2	5	4	2	5			Sonstige Unternehmungen:					
	5	4	2	5	4		Zinsen	5·693	.....	5·693	4·320	5·649
						12		*0·001*	.....	*0·001*	.....	.....
						23		*3·610*	.....	*3·610*	*3·500*	*4·460*
						32		*0·354*	.....	*0·354*	*0·312*	*0·713*
						33		*0·042*	.....	*0·042*	*0·045*	*0·048*
						34		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
						36		*0·750*	.....	*0·750*	.....	.....
						37		*0·550*	.....	*0·550*	.....	.....
						38		*0·385*	.....	*0·385*	*0·462*	*0·428*
	5	4	2	5	9		Rückzahlungen [2]	.....	16·539	16·539	17·430	18·688
						12		.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						13 [3]		.....	*7·917*	*7·917*	*7·917*	*7·918*
						23		.....	*6·195*	*6·195*	*5·693*	*7·498*
						32		.....	*0·700*	*0·700*	*0·500*	*0·500*
						33		.....	*0·113*	*0·113*	*0·111*	*0·113*
						34		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						35		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	*0·002*	*0·002*	*1·500*	*0·500*
						37		.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						38		.....	*1·608*	*1·608*	*1·707*	*2·159*
							Summe 5425	5·693	16·539	22·232	21·750	24·337
	5	4	2	6			Sonstige Unternehmungen (Umwandlungen):					
	5	4	2	6	0		Zweckgebundene Zinsen [4]	21·729	.....	21·729	19·511	20·679
						23		*16·353*	.....	*16·353*	*14·380*	*15·759*
						32		*5·078*	.....	*5·078*	*4·850*	*4·645*
						33		*0·297*	.....	*0·297*	*0·280*	*0·274*
						35		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*
	5	4	2	6	3		Zweckgebundene Rückzahlungen [5] [6]	.....	1·001	1·001	6·001	.....
						33		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	*1·000*	*1·000*	*6·000*	.....
							Summe 5426	21·729	1·001	22·730	25·512	20·679
	5	4	2	7			Unternehmungen (mit SAC-Krediten):					
	5	4	2	7	4	36	Zinsen	3·201	.....	3·201	3·700	4·782
	5	4	2	7	9	36	Rückzahlungen [2]	.....	8·626	8·626	15·259	24·920
							Summe 5427	3·201	8·626	11·827	18·959	29·702
	5	4	2	9			Sonstige Darlehensempfänger:					
	5	4	2	9	4		Zinsen	4·919	.....	4·919	5·245	5·408
						38		*4·725*	.....	*4·725*	*5·042*	*5·195*
						43		*0·194*	.....	*0·194*	*0·203*	*0·213*
	5	4	2	9	9		Rückzahlungen [2]	.....	2·298	2;298	2·291	9·523
						38		.....	*2·000*	*2·000*	*2·000*	*9·200*
						43		.....	*0·298*	*0·298*	*0·291*	*0·323*
6	5	4	2	9	9		Rückzahlungen (ao) [7]	.....	7·001	7·001	5·201	.....
						38		.....	*7·000*	*7·000*	*5·200*	.....
						43		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
							Summe 5429	4·919	9·299	14·218	12·737	14·931
							Summe 542	35·543	35·467	71·010	84·046	104·649

Fußnoten siehe Seite 80.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	4	3				Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:						
	5	4	3	0	3	33	Flughafenbetriebsgesellschaften [1]	.....	.....	34·524	34·524	26·500	29·758
	5	4	4				(frei)						
	5	4	5				Einziehungen zum Bundesschatz:						
	5	4	5	0	7	43	Zahlungen im Zusammenhang mit den Einziehungen	.....	2·057	.....	2·057	1·642	1·532
	5	4	6				Unbewegliches Bundesvermögen:						
	5	4	6	0	1	43	Verwaltungskosten	.....	4·360	.....	4·360	15·560	14·502
	5	4	7				Haftungsübernahmen des Bundes: [2]						
	5	4	7	0			Ausfuhrförderungsgesetz (Zweckgebundene Gebarung):						
	5	4	7	0	7		Nebengebarung AFG (L)	.....	28·010	.....	28·010	[3] 113·709	[3] 104·574
						36		.....	*28·010*	.....	*28·010*	*76·737*	*68·877*
						22		.....	.....	.....	.....	*0·001*	.....
						33		.....	.....	.....	.....	*36·970*	*35·697*
						34		.....	.....	.....	.....	*0·001*	.....
	5	4	7	0	9	36	Zahlungen aus Finanzhaftungen (AFG) (V)	.....	.....	60·000	60·000	.....	.....
							Summe 5470	.....	28·010	60·000	88·010	113·709	104·574
	5	4	7	1			Sonstige Finanzhaftungen:						
	5	4	7	1	7	36	Nebengebühren (L)	.....	39·803	.....	39·803	.....	.....
	5	4	7	1	9		Zahlungen aus Finanzhaftungen (V)	.....	.....	36·952	36·952	.....	.....
						22		.....	.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						32		.....	.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						33		.....	.....	*35·250*	*35·250*	.....	.....
						34		.....	.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						36		.....	.....	*1·699*	*1·699*	.....	.....
							Summe 5471	.....	39·803	36·952	76·755	.....	.....
	5	4	7	2			Haftungen gegenüber Dritten:						
	5	4	7	2	7	12	Kernenergie [4]	.....	0·001	.....	0·001	000·1	.....
							Summe 547 [1a]	.....	67·814	96·952	164·766	113·710	104·574
	5	4	8				Besondere Zahlungsverpflichtungen:						
	5	4	8	0	9	43	Vermögensverträge	.....	.....	46·325	46·325	0·001	.....
	5	4	8	1	7		ERP-Fonds [5]	.....	18·153	.....	18·153	18·136	15·128
						36		.....	*3·153*	.....	*3·153*	*3·136*	*0·128*
						43		.....	*15·000*	.....	*15·000*	*15·000*	*15·000*
	5	4	8	3	6	33	Donaukraftwerk Ottensheim-Wilhering, Bundeszuschuß [6]	.....	153·435	.....	153·435	160·986	116·402
	5	4	8	3	7	33	Schuldübernahme AUA	.....	23·680	.....	23·680	23·600	23·268
	5	4	8	4	4	37	Zahlung an IAKW [7]	.....	250·000	.....	250·000	250·000	.....
							Summe 548	.....	445·268	46·325	491·593	452·723	154·798
							Gesamtausgaben 1/54	.....	519·499	753·172	1.272·671	1.118·488	731·669
							5/54	.....	.....	150·514	150·514	357·209	322·877
							Gesamtausgaben 54	.....	519·499	903·686	1.423·185	1.475·697	1.054·546

[1]) Nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/54300 1973 1,500.000 S, 1972 1,500.000 S und 1971 2,146.525 S.
[2]) Durch die Neugliederung dieses Titels sind die Summen der einzelnen Ansätze nicht vergleichbar.
[3]) Hievon nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/54700 und 2/54702 46,000.000 S (1972) und 53,914.420 (1971).
[4]) Im BVA 1971 und 1972 als Ansatz 1/54717 veranschlagt gewesen.
[5]) Im BVA 1971 als Unterteilung 9 veranschlagt gewesen.
[6]) Im BVA 1971 als Unterteilung 8 veranschlagt gewesen.
[7]) IAKW = Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien A. G.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	4	3				Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile:					
	5	4	3	0	0	33	Erträge (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	1·500	.....	1·500	1·500	2·146
	5	4	4				(frei)					
	5	4	5				Einziehungen zum Bundesschatz:					
	5	4	5	0			Verwertung verfallener Vermögenschaften:					
	5	4	5	0	4	43	Erträgnisse	0·001	.....	0·001	0·001	0·036
	5	4	5	0	7	43	Veräußerungserlöse	.....	0·001	0·001	0·010	0·019
							Summe 5450	0·001	0·001	0·002	0·011	0·055
	5	4	5	1	4	43	Sonstige Einziehungen	19·126	.....	19·126	15·132	19·782
							Summe 545	19·127	0·001	19·128	15·143	19·837
	5	4	6				Unbewegliches Bundesvermögen:					
	5	4	6	0			Veräußerungen:					
	5	4	6	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	65·076	65·076	64·101	34·889
	5	4	6	1	4	43	Vergütungen gemäß § 30 (3) BHV	1·800	.....	1·800	0·100	0·349
	5	4	6	2	4	43	Belastungen	0·300	.....	0·300	0·300	0·383
	5	4	6	3	4	43	Nutzungen	0·021	.....	0·021	0·022	0·021
	5	4	6	4	4	43	Sonstige Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	0·066
							Summe 546	2·123	65·076	67·199	64·525	35·708
	5	4	7				Haftungsübernahmen des Bundes: [2]					
	5	4	7	0			Ausfuhrförderungsgesetz (Zweckgebundene Gebarung): [2]					
	5	4	7	0	0	36	Zweckgebundene Einnahmen (AFG) (L)	140·011	.....	140·011	82·300	107·536
	5	4	7	0	2	36	Zweckgebundene Einnahmen (AFG) (V)	.....	3·000	3·000		
							Summe 5470	140·011	3·000	143·011	82·300	107·536
	5	4	7	1			Sonstige Finanzhaftungen:					
	5	4	7	1	4	36	Laufende Einnahmen (L)	0·001	.....	0·001	0·020	0·033
	5	4	7	1	7		Sonstige Einnahmen (V)	.....	4·538	4·538	5·637	9·132
						13 [3]		.....	*1·331*	*1·331*	*1·331*	*1·332*
						22		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						32		.....	*0·001*	*0·001*	.....	.....
						33		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						34		.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						36		.....	*3·203*	*3·203*	*4·303*	*7·800*
							Summe 5471	0·001	4·538	4·539	5·657	9·165
							Summe 547 [2]	140·012	7·538	147·550	87·957	116·701
	5	4	8				Besondere Forderungen:					
	5	4	8	3	4		Verschiedene Abfuhren	50·000	.....	50·000	70·001	84·291
						38		*50·000*	.....	*50·000*	*70·000*	*84·291*
						43		.....	.....	.....	*0·001*	.....
	5	4	8	4	4	37	IAKW-Kostenbeitrag der Gemeinde Wien	84·000	.....	84·000	84·000	.....
							Summe 548	134·000	.....	134·000	154·001	84·291
							Gesamteinnahmen 2/54	1.131·123	101·089	1.232·212	1.209·488	1.318·901
							6/54	.....	7·003	7·003	10·202	.....
							Gesamteinnahmen 54	1.131·123	108·092	1.239·215	1.219·690	1.318·901

[1] Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/54303 mitveranschlagt.

[2] Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/5470 veranschlagt. Durch die Neugliederung dieses Titels sind die Summen der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nicht vergleichbar.

[3] Im BVA 1971 und 1972 als Aufgabenbereich 11 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	5					**Pensionen (Hoheitsverwaltung):** [1]						
	5	5	0				Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:						
	5	5	0	0	0	43	Ruhebezüge	2.673·194	.....	.....	2.673·194	2.356·279	2.149·479
	5	5	0	1	0	43	Versorgungsbezüge	1.510·152	.....	.....	1.510·152	1.446·613	1.268·412
	5	5	0	2	0	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	29·672	.....	.....	29·672	29·274	25·067
	5	5	0	3	0	43	Dienstgeberbeiträge	99·098	.....	.....	99·098	95·410	81·994
	5	5	0	4	0	43	Familien- und Geburtenbeihilfen	18·492	.....	.....	18·492	17·661	15·668
							Summe 550...	4.330·608	.....	.....	4.330·608	3.945·237	3.540·620
	5	5	1				Ersätze an Länder:						
	5	5	1	0	7	43	Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	.....	1.634·784	.....	1.634·784	.....[3]	.....[3]
	5	5	2				Sonstige Bedienstete:						
	5	5	2	0	0	43	Ruhebezüge	145·532	.....	.....	145·532	149·930	129·256
	5	5	2	1	0	43	Versorgungsbezüge	37·113	.....	.....	37·113	38·101	31·391
	5	5	2	2	0	43	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	181·500	.....	.....	181·500	187·193	164·433
	5	5	2	3	0	43	Dienstgeberbeiträge	6·008	.....	.....	6·008	6·374	5·227
	5	5	2	4	0	43	Familien- und Geburtenbeihilfen	0·502	.....	.....	0·502	0·502	0·360
							Summe 552...	370·655	.....	.....	370·655	382·100	330·667
	5	5	3	0	5	43	Vorschüsse	.....	.....	2·614	2·614	4·374	0·488
	5	5	4	0	0	43	Geldaushilfen	4·705	.....	.....	4·705	5·130	3·399
	5	5	5	0	0	33	Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen [2]	1.700·000	.....	.....	1.700·000	1.700·000	1.700·000
							Landeslehrer: [4]						
							Ruhebezüge	.....	.....	.....	.....	1.326·416	1.134·564
							Versorgungsbezüge	.....	.....	.....	.....	401·361	322·107
							Außerordentliche Versorgungsgenüsse	.....	.....	.....	.....	4·123	3·074
							Dienstgeberbeiträge	.....	.....	.....	.....	38·048	34·513
							Familien- und Geburtenbeihilfen	.....	.....	.....	.....	.....	1·104
							Summe...	.....	.....	.....	.....	1.769·948	1.495·362
							Gesamtausgaben 55...	6.405·968	1.634·784	2·614	8.043·366	7.806·789	7.070·536

[1]) Verwaltungsaufwand bei den zuständigen Ressorts insbesondere Kapitel 50 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 1/79210.
[3]) Bis zum Jahre 1972 im Personalaufwand veranschlagt gewesen.
[4]) Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 in den Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	5					**Pensionen (Hoheitsverwaltung):**					
	5	5	0	0	4	43	Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete	1·000	.....	1·000	1·010	1·126
	5	5	0	0	5	43	Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	79·066	.....	79·066	78·449	66·115
							Summe 550 ...	80·066	.....	80·066	79·459	67·241
	5	5	2				Sonstige Beiträge:					
	5	5	2	0	4	43	Beitrag auf Grund des Bonner Regierungsabkommens	83·000	.....	83·000	83·000	93·117
							Beitrag auf Grund des österreichisch-italienischen Protokolles	.....	.....	..... [1]	0·001	.....
							Summe 552 ...	83·000	.....	83·000	83·001	93·117
	5	5	3	0	9	43	Vorschußersätze [2]	.....	3·215	3·215	3·188	3·130
	5	5	4				Sonstige Pensionseinnahmen:					
	5	5	4	0	4	43	Pensionsbeiträge	572·000	.....	572·000	597·462	560·292
	5	5	4	1	4	43	Überweisungen von Pensionsträgern	156·380	.....	156·380	178·353	158·768
	5	5	4	2	4	43	Verschiedene Einnahmen	0·063	.....	0·063	0·064	0·087
							Summe 554...	728·443	.....	728·443	775·879	719·147
							Gesamteinnahmen 55...	891·509	3·215	894·724	941·527	882·635

[1] Im BVA 1973 bei Kapitel 57 mitveranschlagt.
[2] Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	6					**Familienlastenausgleich:** [1]						
	5	6	0				Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgebund. Gebarung):						
	5	6	0	0	7	22	Sektion A; Familienbeihilfen [2]	.....	6.500·000	.....	6.500·000	5.740·000	5.456·957
	5	6	0	1	7	22	Sektion B; Familienbeihilfen [3]	.....	3.000·000	.....	3.000·000	2.633·000	2.287·474
	5	6	0	2	7	22	Sektion B; Geburtenbeihilfen	.....	230·000	.....	230·000	250·000	212·353
	5	6	0	3	7	22	Sektion B; Schulfahrtbeihilfen	.....	200·000	.....	200·000	350·000	140·508
	5	6	0	4	7	22	Sektion B; Schülerfreifahrten	.....	600·000	.....	600·000	.....	.....
	5	6	0	5	7	22	Sektion B; Schulbücher	.....	600·000	.....	600·000	.....	.....
	5	6	0	8	7	22	Sektion B; sonstige familienpolitische Maßnahmen	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	6	0	9	7	22	Überschuß an den Reservefonds [4]	.....	71·199	.....	71·199	310·633	1.000·732
							Summe 560	.....	11.201·200	.....	11.201·200	9.283·634	9.098·024
	5	6	1	0	7	22	Rückzahlung an den Reservefonds	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Gesamtausgaben 56	.....	11.201·201	.....	11.201·201	9.283·635	9.098·024

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/504 mitveranschlagt.

[2]) Familienbeihilfen, welche die Dienstgeber und auszahlenden Stellen gemäß § 22 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, ersetzt erhalten.

[3]) Familienbeihilfen, welche die Finanzverwaltung über die Österreichische Postsparkasse überweist oder auf dem Abgabenkonto gutbucht.

[4]) Gemäß § 40 Abs. 4 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, i. d. F. BGBl. Nr. 302/1968.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	6					**Familienlastenausgleich:**					
	5	6	0				Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgeb. Einnahmen):					
	5	6	0	0	0	22	Sektion A; Dienstgeberbeiträge	10.050·000	.....	10.050·000	8.250·000	8.187·082
	5	6	0	1	0	22	Sektion B; Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer [1]	955·200	.....	955·200	841·200	718·039
	5	6	0	2	0	22	Sektion B; Beiträge von land- und forstw. Betrieben	68·000	.....	68·000	67·600	68·069
	5	6	0	3	0	22	Sektion B; Beiträge der Länder	128·000	.....	128·000	124·834	124·834
	5	6	0	4	0	22	Ersatz vom Reservefonds [2]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Gesamteinnahmen 56	11.201·201	.....	11.201·201	9.283·635	9.098·024

[1] Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer gemäß BGBl. Nr. 000/1972. Siehe auch die Ansätze 2/52120 und 2/52870.
[2] Gemäß § 40 Abs. 5 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	5	7					**Staatsvertrag:** [1]						
1	5	7	1				Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:						
	5	7	1	0	7	43	Besatzungsschädengesetz	.....	0·030	.....	0·030	0·030	0·046
	5	7	1	1	7	43	Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	.....	0·050	.....	0·050	0·050	0·041
	5	7	1	2	7	43	Sonstiges	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Summe 571 ...	.....	0·081	.....	0·081	0·081	0·087
	5	7	2				Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:						
	5	7	2	0	7	43	11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	.....	5·800	.....	5·800	8·000	13·187
	5	7	2	3	7	43	Ungarn, BGBl. Nr. 294/1967	.....	21·547	.....	21·547	45·000	9·845
	5	7	2	4	7	43	Niederlande, BGBl. Nr. 160/1967	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	7	2	6	7	43	Polen	.....	6·000	.....	6·000	6·000	.....
	5	7	2	7	7	43	Italien	.....	36·645	.....	36·645	0·001	.....
	5	7	2	9	7	43	Sonstige Zahlungen	.....	1·010	.....	1·010	0·010	0·007
							Summe 572...	.....	71·003	.....	71·003	59·012	23·039
	5	7	3				Finanz- und Ausgleichsvertrag:						
	5	7	3	0	7	43	Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz	.....	4·928	.....	4·928	8·285	3·015
	5	7	3	1	7	43	Erweiterungsgesetz	.....	0·030	.....	0·030	0·005	.....
	5	7	3	9	7	43	Sonstige Zahlungen	.....	0·010	.....	0·010	0·030	.....
							Summe 573...	.....	4·968	.....	4·968	8·320	3·015
	5	7	4	0	7	43	Sonstige Zahlungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag	.....	0·101	.....	0·101	0·001	.....
	5	7	5				Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:						
	5	7	5	0	7	37	Liegenschaftsverwaltungen	.....	1·840	.....	1·840	1·715	1·532
5	5	7	5	1	2	37	Liegenschaftsverwaltungen, Instandsetzungskosten	.....	.....	0·010	0·010	0·010	.....
1	5	7	5	2	7	43	Abwicklungskosten	.....	1·951	.....	1·951	1·693	0·541
							Liegenschaftsverwaltungen (Anlagen)	.....	.....	.....	.....	0·012	.....
							Summe 575...	.....	3·791	0·010	3·801	3·430	2·073
							Gesamtausgaben 1/57...	.....	79·944	.....	79·944	70·834	28·214
							5/57...	.....	.....	0·010	0·010	0·010	.....
							Gesamtausgaben 57...	.....	79·944	0·010	79·954	70·844	28·214

[1] Verwaltungsaufwand bei den Titeln 1/500 und 1/504 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	7					**Staatsvertrag:**					
	5	7	1	0	4	43	Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland	0·005	.....	0·005	0·004	0·004
	5	7	2				Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:					
	5	7	2	6	0	43	Polen [1]	6·000	.....	6·000	6·000	.....
	5	7	2	7	0	43	Italien [2]	71·325	.....	71·325	0·001	.....
	5	7	2	9	4	43	Sonstige Einnahmen	0·031	.....	0·031	0·006	0·176
							Summe 572 ...	77·356	.....	77·356	6·007	0·176
	5	7	4	0	4	43	Sonstige Einnahmen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag	0·420	.....	0·420	0·421	0·417
	5	7	5				Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:					
	5	7	5	0	4	37	Liegenschaftsverwaltungen	2·187	.....	2·187	2·076	2·091
	5	7	5	1	3	43	Zweckgebundene Dahrlehensrückzahlungen [3] [4]	.....	3·000	3·000	3·000	3·000
	5	7	5	2			Sonstige Einnahmen:					
	5	7	5	2	4	43	Laufende Einnahmen	24·600	.....	24·600	24·141	35·544
	5	7	5	2	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	6·007	6·007	28·767	25·353
	5	7	5	2	9	43	Darlehensrückzahlungen [5]	.....	1·947	1·947	2·544	3·002
							Summe 5752...	24·600	7·954	32·554	55·452	63·899
							Sonstige Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 575...	26·787	10·954	37·741	60·528	68·990
							Gesamteinnahmen 57...	104·568	10·954	115·522	66·960	69·587

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/57267.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/57277 und 1/54809.
[3]) Im BVA 1971 als Unterteilung 2 veranschlagt gewesen.
[4]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/54255.
[5]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	9					**Finanzschuld:** [1]						
	5	9	0				Finanzschulden vor 1938:						
	5	9	0	0	7	43	Verzinsung	.....	10·508	.....	10·508	11·493	12·579
	5	9	0	0	9	43	Tilgung	.....	.....	33·374	33·374	34·798	28·238
							Summe 590...	.....	10·508	33·374	43·882	46·291	40·817
	5	9	1				Finanzschulden seit 1945 (Ausland):						
	5	9	1	0			Anleihen:						
	5	9	1	0	7	43	Verzinsung	.....	193·145	.....	193·145	205·435	191·037
	5	9	1	0	9	43	Tilgung	.....	.....	192·127	192·127	127·737	128·777
							Summe 5910 ...	.....	193·145	192·127	385·272	333·172	319·814
	5	9	1	1			Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite:						
	5	9	1	1	7	43	Verzinsung	.....	240·564	.....	240·564	257·358	268·365
	5	9	1	1	9	43	Tilgung	.....	.....	342·240	342·240	683·948	106·500
							Summe 5911 ...	.....	240·564	342·240	582·804	941·306	374·865
	5	9	1	2			Sonstige Kredite:						
	5	9	1	2	7	43	Verzinsung	.....	279·634	.....	279·634	327·446	420·112
	5	9	1	2	9	43	Tilgung	.....	.....	132·687	132·687	416·137	1.640·141
							Summe 5912 ...	.....	279·634	132·687	412·321	743·583	2.060·253
							Summe 591...	.....	713·343	667·054	1.380·397	2.018·061	2.754·932
	5	9	2				Finanzschulden seit 1945 (Inland):						
	5	9	2	0			Anleihen:						
	5	9	2	0	7	43	Verzinsung, Treffer und Aufgeld	.....	1.362·911	.....	1 362·911	1.129·937	1.088·828
	5	9	2	0	9	43	Tilgung	.....	.....	2.514·547	2.514·547	2.163·835	2.024·357
							Summe 5920 ...	.....	1.362·911	2.514·547	3.877·458	3.293·772	3.113·185
	5	9	2	1			Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen:						
	5	9	2	1	7	43	Verzinsung	.....	919·954	.....	919·954	848·563	665·244
	5	9	2	1	9	43	Tilgung	.....	.....	1.461·000	1.461·000	1.871·000	1.772·000
							Summe 5921 ...	.....	919·954	1.461·000	2.380·954	2.719·563	2.437·244
	5	9	2	2			Verschiedene Kredite:						
	5	9	2	2	7	43	Verzinsung und Treffer	.....	272·865	.....	272·865	202·857	155·565
	5	9	2	2	9	43	Tilgung	.....	.....	396·093	396·093	242·595	163·409
							Summe 5922 ...	.....	272·865	396·093	668·958	445·452	318·974

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/500 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	5	9					**Finanzschuld:**					
	5	9	2				Finanzschulden seit 1945 (Inland):					
	5	9	2	0			Anleihen:					
	5	9	2	0	4	13	Beiträge für Verzinsung	0·184	.....	0·184	0·442	0·704
	5	9	2	0	5	13	Beiträge für Tilgung	2·640	.....	2·640	3·795	3·795
	5	9	2	0	6	43	Zinsenersätze [1]	3·500	.....	3·500	1·500	3·711
							Summe 5920 ...	6·324	.....	6·324	5·737	8·210
							Verschiedene Kredite:					
							Beiträge für Verzinsung	.....	.....	.....	9·200	.....

[1]) Im BVA 1971 unter 2/594 „Pauschalbeiträge; Beiträge für Verzinsung" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	5	9	2	3			Notenbankschuld:						
	5	9	2	3	7	43	Verzinsung	.....	65·316	.....	65·316	71·468	94·314
	5	9	2	3	9	43	Tilgung	.....	.....	75·002	75·002	125·002	189·555
							Summe 5923	.....	65·316	75·002	140·318	196·470	283·869
	5	9	2	4			Sonstige Inlandschulden:						
	5	9	2	4	7	43	Verzinsung	.....	2·443	.....	2·443	2·973	3·237
	5	9	2	4	9	43	Tilgung	.....	.....	17·659	17·659	17·659	0·455
							Summe 5924	.....	2·443	17·659	20·102	20·632	3·692
							Summe 592	.....	2.623·489	4.464·301	7.087·790	6.675·889	6.156·964
	5	9	8				Pauschalvorsorge:						
	5	9	8	0			Für ausgelaufene, noch nicht verjährte Schulden:						
	5	9	8	0	7	43	Verzinsung und Treffer	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	5	9	8	0	9	43	Tilgung	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 5980	.....	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	5	9	8	1			Für neu aufgenommene Schulden:						
	5	9	8	1	7	43	Verzinsung	.....	305·803	.....	305·803	190·000	31·237
	5	9	8	1	9	43	Tilgung	.....	.....	0·002	0·002	0·002	.....
							Summe 5981	.....	305·803	0·002	305·805	190·002	31·237
							Summe 598	.....	305·804	0·003	305·807	190·004	31·237
	5	9	9				Sonstiger Aufwand:						
	5	9	9	0	7	43	Aufwendungen	.....	542·200	.....	542·200	446·875	305·979
							Gesamtausgaben 59	.....	4.195·344	5.164·732	9.360·076	9.377·120	9.289·929
							Gesamtausgaben 1/5	9.352·810	22.325·821	7.277·274	38.955·905	33.939·636	31.654·094
							5/5	.....	.....	270·517	270·517	377·222	672·484
							Gesamtausgaben 5	9.352·810	22.325·821	7.547·791	39.226·422	34.316·858	32.326·578

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2							Sonstige Inlandschulden:					
							Beiträge	.....	.....	.....	.....	2·880
							Abfuhren	.....	.....	.....	.....	0·455
							Summe...	.....	.....	.....	.....	3·335
							Summe 592...	6·324	.....	6·324	14·937	11·545
	5	9	9				Sonstige Einnahmen:					
	5	9	9	0	4	43	Beiträge und Verwaltungseinnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	2·914
							Gesamteinnahmen 59...	6·326	.....	6·326	14·939	14·459
							Gesamteinnahmen 2/5 ...	85.042·933	10.455·744	95.498·677	83.384·140	76.444·607
							6/5 ...	.....	358·003	358·003	125·202	86·695
							Gesamteinnahmen 5 ...	85.042·933	10.813·747	95.856·680	83.509·342	76.531·302

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	Laufende Ausgaben sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
	6						**Wirtschaft**						
	6	**0**					**Land- und Forstwirtschaft:**						
1	6	0	0				Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
	6	0	0	0			Zentralleitung:						
	6	0	0	0	0	43	Personalaufwand	67·541	.....	.....	67·541	59·911	50·862
	6	0	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	9·697	.....	9·697	7·760	7·180
	6	0	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·395	0·395	0·455	0·679
	6	0	0	0	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	5·000	5·000	3·255	3·685
	6	0	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	26·902	.....	26·902	26·837	25·349
	6	0	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	1·575	.....	1·575	0·791	0·734
							Summe 6000	67·541	38·174	5·395	111·110	99·009	88·489
	6	0	0	1	8	43	Futtermittelwesen [1]	.....	0·048	.....	0·048	0·049	0·044
	6	0	0	2	8	43	Saatgutwesen [1]	.....	0·062	.....	0·062	0·064	0·055
	6	0	0	3	8	34	Agrarpolitische Unterlagen [1]	.....	44·564	.....	44·564	35·816	27·324
	6	0	0	5			Hydrographischer Dienst: [1]						
	6	0	0	5	3	43	Anlagen	.....	.....	1·743	1·743	2·183	1·452
	6	0	0	5	8	43	Aufwandskredite	.....	4·360	.....	4·360	3·622	3·253
							Summe 6005	.....	4·360	1·743	6·103	5·805	4·705
	6	0	0	6	8	34	Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben [1]	.....	2·276	.....	2·276	2·232	1·925
	6	0	0	7			Qualitätskontrolle:						
	6	0	0	7	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·779	.....	1·779	2·044	1·436
	6	0	0	7	3	43	Anlagen	.....	.....	0·127	0·127	0·147	0·073
	6	0	0	7	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·006	.....	0·006	0·005	0·003
							Summe 6007	.....	1·785	0·127	1·912	2·196	1·512
	6	0	0	8	6	34	Förderungsausgaben [1]	.....	0·001	.....	0·001	2·901	5·976
							Epizootie	.....	.....	.....	.....[2]	3·500	2·296
							Summe 600	67·541	91·270	7·265	166·076	151·572	132·326

[1] Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.
[2] Im BVA 1973 beim Ansatz 1/17377 veranschlagt.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	6						**Wirtschaft**					
2	**6**	**0**					**Land- und Forstwirtschaft:**					
	6	0	0				Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:					
	6	0	0	0			Zentralleitung:					
	6	0	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·523	.....	0·523	0·386	0·562
	6	0	0	0	8	43	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·459	0·459	1·370	3·840
	6	0	0	0	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	3·200	3·200	3·300	2·929
							Summe 6000	0·523	3·659	4·182	5·056	7·331
	6	0	0	1	4	43	Futtermittelwesen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	0	2	4	43	Saatgutwesen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	0	3	4	34	Agrarpolitische Unterlagen	0·030	.....	0·030	0·050	0·022
	6	0	0	5			Hydrographischer Dienst:					
	6	0	0	5	4	43	Laufende Einnahmen	0·035	.....	0·035	0·070	0·020
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	.....	0·002
							Summe 6005	0·035	.....	0·035	0·070	0·022
	6	0		6	4	34	Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben	0·020	.....	0·020	0·001	0·016
	6	0	0	7			Qualitätskontrolle:					
	6	0	0	7	4	43	Laufende Einnahmen	2·156	.....	2·156	2·156	1·781
	6	0	0	7	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·010	0·010	0·010	.....
							Summe 6007	2·156	0·010	2·166	2·166	1·781
	6	0	0	8	4	34	Förderungen; Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	0·350
							Epizootie:					
							Strafgelder	.....	.....	.....	0·300	0·244
							Fleischverkauf	.....	.....	.....	0·551	0·090
							Beiträge	.....	.....	.....	0·002	.....
							Summe	.....	.....	..... [2]	0·853	0·334
							Summe 600	2·767	3·669	6·436	8·199	9·856

[1] Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[2] Im BVA 1973 als Ansatz 2/17374 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	1				Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft): [1]						
	6	0	1	3	4	11	Studienförderungs- und Schülerbeihilfengesetz [2]	.....	60·993	.....	60·993	41·141	0·807
	6	0	1	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	.....	53·795	.....	53·795	76·920	84·820
	6	0	1	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	0·087	.....	0·087	0·090	0·097
	6	0	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	2·111	.....	2·111	8·401	9·893
	6	0	1	7	6		Sozialpolitische Maßnahmen	.....	4·967	.....	4·967	5·141	5·131
						22		.....	*4·900*	.....	*4·900*	*5·000*	*5·105*
						23		.....	*0·067*	.....	*0·067*	*0·141*	*0·026*
	6	0	1	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen	.....	8·000	.....	8·000	10·000	10·670
	6	0	1	9	6	34	Sonstige Maßnahmen	.....	313·683	.....	313·683	309·144	305·100
							Summe 601	.....	443·636	.....	443·636	450·837	416·518
	6	0	2				Bundesministerium (Grüner Plan-Bergbauern-Sonderprogramm): [1]						
	6	0	2	3	6	34	Landeskulturelle forstliche Maßnahmen	.....	10·000	.....	10·000	10·000	.....
	6	0	2	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	.....	25·000	.....	25·000	25·000	.....
	6	0	2	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	215·000	.....	215·000	215·000	.....
	6	0	2	9	6	34	Sonstige Maßnahmen	.....	50·000	.....	50·000	50·000	.....
							Summe 602	.....	300·000	.....	300·000	300·000	.....
1 5	6	0	3				Bundesministerium (Grüner Plan): [1]						
1	6	0	3	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	.....	81·500	.....	81·500	58·000	56·897
5	6	0	3	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen (ao)	.....	26·000	.....	26·000	29·000	29·543
1	6	0	3	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	145·000	.....	145·000	173·000	178·211
5	6	0	3	5	6	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft (ao)	.....	134·500	.....	134·500	163·000	173·262
1	6	0	3	5	8	34	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	.....	5·000	.....	5·000	7·000	0·350
	6	0	3	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	.....	9·500	.....	9·500	10·000	7·612
5	6	0	3	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (ao)	.....	0·500	.....	0·500	5·000	5·383
	6	0	3	7	6	23	Sozialpolitische Maßnahmen (ao)	.....	40·000	.....	40·000	40·000	32·301
1	6	0	3	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen	.....	140·000	.....	140·000	124·000	110·579
5	6	0	3	8	6	34	Kreditpolitische Maßnahmen (ao)	.....	180·000	.....	180·000	150·000	137·740
1	6	0	3	9			Sonstige Maßnahmen:						
	6	0	3	9	8	12	Forschungs- und Versuchswesen	.....	18·000	.....	18·000	20·000	7·204
							Bekämpfung der Rinder-Brucellose	.....	.....	.....	..... [3]	1·000	1·000
							Summe 6039	.....	18·000	.....	18·000	21·000	8·204
							Summe 1/603	.....	399·000	.....	399·000	393·000	361·853
							5/603	.....	381·000	.....	381·000	387·000	378·229
							Summe 603	.....	780·000	.....	780·000	780·000	740·082
	6	0	4				Bundesministerium (Weinwirtschaftsfonds) [1]:						
	6	0	4	1	4	34	Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds	.....	35·820	.....	35·820	40·000	35·037

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1971 und 1972 als „Beihilfen gemäß Studienbeihilfengesetz" veranschlagt gewesen.
[3]) Im BVA 1973 beim Ansatz 1/17376 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973			Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	6	0	1				Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft):					
	6	0	1	0	4	34	Laufende Einnahmen	0·850	.....	0·850	0·861	**1·187**
	6	0	1	0	9	34	Einnahmen (V) [1]	.....	0·450	0·450	0·500	**0·691**
							Summe 601...	0·850	0·450	1·300	1·361	**1·878**
	6	0	2	0	4	34	Bundesministerium (Grüner Plan-Bergbauern-Sonderprogramm):	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	3	0	4	34	Bundesministerium (Grüner Plan)	0·001	.....	0·001	0·001	**0·001**
	6	0	4	0	4	34	Bundesministerium (Weinwirtschaftsfonds)	0·001	.....	0·001	0·001	.....

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	5				Lehr- und Versuchsanstalten:						
	6	0	5	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	5	0	0	11	Personalaufwand	67·872	.....	.....	67·872	57·550	51·096
	6	0	5	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	9·031	.....	9·031	8·159	9·514
	6	0	5	0	3	11	Anlagen	.....	.....	6·117	6·117	6·266	3·229
	6	0	5	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·595	.....	0·595	0·468	0·469
	6	0	5	0	8	11	Aufwandskredite	.....	6·244	.....	6·244	6·470	5·833
							Summe 6050	67·872	15·870	6·117	89·859	78·913	70·141
	6	0	5	1			Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten:						
	6	0	5	1	0	12	Personalaufwand	78·806	.....	.....	78·806	65·321	57·529
	6	0	5	1	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	8·685	.....	8·685	8·160	8·489
	6	0	5	1	3	12	Anlagen	.....	.....	2·034	2·034	2·008	4·909
	6	0	5	1	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·268	.....	0·268	0·334	0·197
	6	0	5	1	8	12	Aufwandskredite	.....	7·612	.....	7·612	6·946	7·446
							Summe 6051	78·806	16·565	2·034	97·405	82·769	78·570
	6	0	5	2			Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	5	2	0	11	Personalaufwand	8·785	.....	.....	8·785	7·347	6·103
	6	0	5	2	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·973	.....	0·973	0·944	0·966
	6	0	5	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·182	0·182	0·275	0·317
	6	0	5	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·043	.....	0·043	0·058	0·009
	6	0	5	2	8	11	Aufwandskredite	.....	0·303	.....	0·303	0·299	0·219
							Summe 6052	8·785	1·319	0·182	10·286	8·923	7·614
	6	0	5	3			Forstliche Bundesversuchsanstalt:						
	6	0	5	3	0	12	Personalaufwand	26·977	.....	.....	26·977	24·110	20·638
	6	0	5	3	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	6·106	.....	6·106	6·425	6·346
	6	0	5	3	3	12	Anlagen	.....	.....	0·600	0·600	0·691	0·777
	6	0	5	3	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·114	.....	0·114	0·181	0·044
	6	0	5	3	8	12	Aufwandskredite	.....	1·757	.....	1·757	1·236	1·353
							Summe 6053	26·977	7·977	0·600	35·554	32·643	29·158

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	5				Lehr- und Versuchsanstalten:					
	6	0	5	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
	6	0	5	0	4	11	Laufende Einnahmen	5·567	.....	5·567	5·054	5·271
	6	0	5	0	7	11	Einnahmen (V)	.....	1·294	1·294	1·210	1·431
							Summe 6050 ...	5·567	1·294	6·861	6·264	6·702
	6	0	5	1			Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten:					
	6	0	5	1	4	12	Laufende Einnahmen	10·648	.....	10·648	9·581	8·295
	6	0	5	1	7	12	Einnahmen (V)	.....	1·002	1·002	0·919	0·594
							Summe 6051 ...	10·648	1·002	11·650	10·500	8·889
	6	0	5	2			Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten:					
	6	0	5	2	4	11	Laufende Einnahmen	0·080	.....	0·080	0·071	0·087
	6	0	5	2	7	11	Einnahmen (V)	.....	0·008	0·008	0·016	0·008
							Summe 6052 ...	0·080	0·008	0·088	0·087	0·095
	6	0	5	3			Forstliche Bundesversuchsanstalt:					
	6	0	5	3	4	12	Laufende Einnahmen	0·400	.....	0·400	0·310	0·467
	6	0	5	3	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·050	0·050	0·050	0·064
							Summe 6053 ...	0·400	0·050	0·450	0·360	0·531

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	5	4			Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft:						
	6	0	5	4	0	12	Personalaufwand	3·144	.....	.....	3·144	2·733	1·871
	6	0	5	4	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	0·441	.....	0·441	0·426	0·357
	6	0	5	4	3	12	Anlagen	.....	.....	0·205	0·205	0·164	0·274
	6	0	5	4	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·080	.....	0·080	0·080	0·053
	6	0	5	4	8	12	Aufwandskredite	.....	2·455	.....	2·455	2·410	2·237
							Summe 6054 ...	3·144	2·976	0·205	6·325	5·813	4·792
	6	0	5	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:						
	6	0	5	5	0	12	Personalaufwand	12·066	.....	.....	12·066	9·823	8·524
	6	0	5	5	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	1·110	.....	1·110	1·032	0·943
	6	0	5	5	3	12	Anlagen	.....	.....	4·028	4·028	4·193	3·140
	6	0	5	5	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·097	.....	0·097	1·034	1·288
	6	0	5	5	8	12	Aufwandskredite	.....	80·641	.....	80·641	71·077	68·212
							Summe 6055 ...	12·066	81·848	4·028	97·942	87·159	82·107
	6	0	5	6			Pferdezuchtanstalten:						
	6	0	5	6	0	34	Personalaufwand	13·127	.....	.....	13·127	11·721	9·688
	6	0	5	6	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	1·082	.....	1·082	0·941	0·908
	6	0	5	6	3	34	Anlagen	.....	.....	1·254	1·254	1·237	1·465
	6	0	5	6	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·188	.....	0·188	0·148	0·155
	6	0	5	6	8	34	Aufwandskredite	.....	3·601	.....	3·601	3·442	3·051
							Summe 6056 ...	13·127	4·871	1·254	19·252	17·489	15·267
	6	0	5	8			Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten:						
	6	0	5	8	0	12	Personalaufwand	10·069	.....	.....	10·069	8·300	7·285
	6	0	5	8	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	2·123	.....	2·123	1·953	1·900
	6	0	5	8	3	12	Anlagen	.....	.....	0·840	0·840	0·967	0·596
	6	0	5	8	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·177	.....	0·177	0·130	0·059
	6	0	5	8	8	12	Aufwandskredite	.....	0·772	.....	0·772	0·720	0·710
							Summe 6058 ...	10·069	3·072	0·840	13·981	12·070	10·550
	6	0	5	9			Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere:						
	6	0	5	9	0	34	Personalaufwand	1·700	.....	.....	1·700	1·219	.....
	6	0	5	9	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·201	.....	0·201	0·183	.....
	6	0	5	9	3	34	Anlagen	.....	.....	0·373	0·373	0·430	.....
	6	0	5	9	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·003	.....	0·003	0·003	.....
	6	0	5	9	8	34	Aufwandskredite	.....	0·674	.....	0·674	0·605	.....
							Summe 6059...	1·700	0·878	0·373	2·951	2·440	.....
							Veterinärmedizinische Bundesanstalten:						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	20·429	19·174
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	2·505	2·688
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·365	0·778
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·542	0·213
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	4·766	5·522
							Summe ...	.....	.....	.....	..... [1]	28·607	28·375
							Summe 605 ...	222·546	135·376	15·633	373·555	356·826	326·574

[1]) Im BVA 1973 beim Paragraph 1/1795 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	5	4			Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft:					
	6	0	5	4	4	12	Laufende Einnahmen	4·180	.....	4·180	3·944	3·753
	6	0	5	4	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·026	0·026	0·011	0·009
							Summe 6054 ...	4·180	0·026	4·206	3·955	3·762
	6	0	5	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:					
	6	0	5	5	4	12	Laufende Einnahmen	93·669	.....	93·669	79·959	78·905
	6	0	5	5	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·031	0·031	0·041	0·091
							Summe 6055 ...	93·669	0·031	93·700	80·000	78·996
	6	0	5	6			Pferdezuchtanstalten:					
	6	0	5	6	4	34	Laufende Einnahmen	2·529	.....	2·529	2·061	2·542
	6	0	5	6	7	34	Einnahmen (V)	.....	1·226	1·226	1·049	1·732
							Summe 6056 ...	2·529	1·226	3·755	3·110	4·274
	6	0	5	8			Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten:					
	6	0	5	8	4	12	Laufende Einnahmen	1·719	.....	1·719	1·276	1·241
	6	0	5	8	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·016	0·030
							Summe 6058 ...	1·719	0·001	1·720	1·292	1·271
	6	0	5	9			Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere:					
	6	0	5	9	4	34	Laufende Einnahmen	2·634	.....	2·634	2·324	.....
	6	0	5	9	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·152	0·152	0·212	.....
							Summe 6059...	2·634	0·152	2·786	2·536	.....
							Veterinärmedizinische Bundesanstalten:					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	7·959	8·747
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·025	0·134
							Summe...	.....	.....	.....[1])	7·984	8·881
							Summe 605 ...	**121·426**	**3·790**	**125·216**	**116·088**	**113·401**

[1]) Im BVA 1973 beim Paragraph 2/1795 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	6				Internate (Betriebsähnliche Einrichtungen, Zweckgeb. Geb.):						
	6	0	6	0			Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten:						
	6	0	6	0	0	11	Personalaufwand	5·841	.....	.....	5·841	5·258	4·977
	6	0	6	0	3	11	Anlagen	.....	.....	0·359	0·359	0·342	0·202
	6	0	6	0	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·078	.....	0·078	0·037	0·018
	6	0	6	0	8	11	Aufwandskredite	.....	9·237	.....	9·237	8·790	8·026
							Summe 6060 ...	5·841	9·315	0·359	15·515	14·427	13·223
	6	0	6	2			Forstw. Bundeslehranstalten u. forstl. Ausbildungsstätten:						
	6	0	6	2	0	11	Personalaufwand	1·323	.....	.....	1·323	1·130	0·954
	6	0	6	2	3	11	Anlagen	.....	.....	0·100	0·100	0·095	0·077
	6	0	6	2	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·098	.....	0·098	0·043	0·041
	6	0	6	2	8	11	Aufwandskredite	.....	2·316	.....	2·316	1·993	2·005
							Summe 6062 ...	1·323	2·414	0·100	3·837	3·261	3·077
	6	0	6	5			Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft:						
	6	0	6	5	0	11	Personalaufwand	0·406	.....	.....	0·406	0·425	0·258
	6	0	6	5	3	11	Anlagen	.....	.....	0·009	0·009	0·009	0·008
	6	0	6	5	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·007	.....	0·007	0·006	0·005
	6	0	6	5	8	11	Aufwandskredite	.....	0·466	.....	0·466	0·398	0·372
							Summe 6065 ...	0·406	0·473	0·009	0·888	0·838	0·643
							Summe 606 ...	7·570	12·202	0·468	20·240	18·526	16·943

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	6				Internate (Betriebsähnliche Einrichtungen, Zweckgeb. Einn.):					
	6	0	6	0	0	11	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	15·515	.....	15·515	14·627	13·207
	6	0	6	2	0	11	Forstw. Bundeslehranstalten u. forstl. Ausbildungsstätten:	3·837	.....	3·837	3·305	3·389
	6	0	6	5	0	11	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	0·888	.....	0·888	0·851	0·667
							Summe 606	20·240	.....	20·240	18·783	17·263

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	7				Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:						
	6	0	7	0			Schulaufsicht:						
	6	0	7	0	0	11	Personalaufwand	2·060	.....	.....	2 060	2·079	1·314
	6	0	7	0	1	11	Verwaltungsaufwand	.....	0·195	.....	0·195	0·202	0·176
	6	0	7	0	8	11	Aufwandskredite	.....	0·012	.....	0·012	0·013	0·006
							Summe 6070 ...	2·060	0·207	.....	2·267	2·294	1·496
	6	0	7	1			Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:						
	6	0	7	1	6	11	Förderungsausgaben	.....	2·395	.....	2·395	2·231	1·393
	6	0	7	1	7	11	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	69·571	.....	69·571	.....	.....
	6	0	7	1	8	11	Aufwandskredite	.....	0·955	.....	0·955	0·990	0·899
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....[1]	118·454	103·876
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....[1]	3·507	3·220
							Summe 6071 ...	.....	72·921	.....	72·921	125·182	109·388
	6	0	7	2			Forstliche Ausbildungsstätten:						
	6	0	7	2	0	34	Personalaufwand	3·643	.....	.....	3·643	3·191	1·984
	6	0	7	2	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·546	.....	0·546	0·566	0·528
	6	0	7	2	3	34	Anlagen	.....	.....	0·425	0·425	0·489	0·188
	6	0	7	2	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·038	.....	0·038	0·038	0·007
	6	0	7	2	8	34	Aufwandskredite	.....	0·253	.....	0·253	0·228	0·145
							Summe 6072 ...	3·643	0·837	0·425	4·905	4·512	2·852
							Summe 607 ...	5·703	73·965	0·425	80·093	131·988	113·736

[1]) Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 in den Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	7				Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens:					
	6	0	7	0	4	11	Schulaufsicht	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	7	1			Land- und forstwirtsch. Berufs- und landwirtsch. Fachschulen:					
	6	0	7	1	4	11	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	0	7	2			Forstliche Ausbildungsstätten:					
	6	0	7	2	4	34	Laufende Einnahmen	0·284	.....	0·284	0·281	0·237
	6	0	7	2	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·016	0·016	0·009	.....
							Summe 6072 ...	0·284	0·016	0·300	0·290	0·237
							Summe 607 ...	0·286	0·016	0·302	0·292	0·237

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	8				Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung: [1]						
	6	0	8	0			Wildbachverbauungsdienst:						
	6	0	8	0	0	34	Personalaufwand	38·201	.....	.....	38·201	31·938	27·469
	6	0	8	0	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	4·200	.....	4·200	3·213	2·787
	6	0	8	0	3	34	Anlagen	.....	.....	0·387	0·387	0·474	0·269
	6	0	8	0	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·007	.....	0·007	0·007	0·005
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	0·015
							Summe 6080	38·201	4·207	0·387	42·795	35·632	30·545
	6	0	8	1	8	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Gebarung) [2]	.....	0·080	.....	0·080	0·049	0·023
	6	0	8	2			Wildbach- und Lawinenverbauung:						
	6	0	8	2	6		Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen [2]	.....	36·532	.....	36·532	37·530	61·367
						34	(aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	[5] *4·400*	.....	*4·400*	.....	.....
						34		.....	*32·132*	.....	*32·132*	.....	.....
	6	0	8	2	8	34	Verbauung der Rheinwildbäche [2]	.....	3·119	.....	3·119	3·465	2·318
							Summe 6082	.....	39·651	.....	39·651	40·995	63·685
	6	0	8	3			Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	3	6	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung) [2]	.....	194·205	.....	194·205	170·467	161·790
	6	0	8	4			Bundesflüsse:						
	6	0	8	4	8		Bauaufwand [3]	.....	79·699	.....	79·699	85·743	102·610
						34	(aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	[6] *30·745*	.....	*30·745*	*28·710*	*34·920*
						34		.....	*48·954*	.....	*48·954*	*57·033*	*67·690*
	6	0	8	5			Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	5	8	34	Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung) [3]	.....	110·646	.....	110·646	102·314	103·241
	6	0	8	6			Konkurrenzgewässer:						
	6	0	8	6	6		Bundeszuschüsse	.....	36·707	.....	36·707	44·430	51·567
						34	(aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	[7] *1·400*	.....	*1·400*	.....	.....
						34		.....	*35·307*	.....	*35·307*	.....	.....
	6	0	8	7			Konkurrenzgewässer (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	0	8	7	6	34	Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung)	.....	136·323	.....	136·323	114·452	102·490
	6	0	8	8	7	34	Internationale wasserwirtschaftliche Vereinbarungen [3]	.....	8·159	.....	8·159	8·200	7·000
							Summe 608	38·201	609·677	0·387	648·265	602·282	622·951
	6	0	9				Sonstige nachgeordnete Dienststellen:						
	6	0	9	0			Grenzbeschaudienst:						
	6	0	9	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·872	.....	1·872	5·496	5·244
	6	0	9	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·015	0·015	0·055	0·025
							Personalaufwand	.....	.....	.....	..... [4]	1·019	0·722
							Summe 6090	.....	1·872	0·015	1·887	6·570	5·991
	6	0	9	1			Weinaufsicht:						
	6	0	9	1	0	43	Personalaufwand	2·299	.....	.....	2·299	1·580	1·338
	6	0	9	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·351	.....	1·351	0·543	0·486
	6	0	9	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·238	0·238	0·054	.....
	6	0	9	1	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·003	.....	0·003	0·003	0·001
							Summe 6091	2·299	1·354	0·238	3·891	2·180	1·825

Fußnoten auf Seite 107.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	8				Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung:					
	6	0	8	0			Wildbachverbauungsdienst:					
	6	0	8	0	4	34	Laufende Einnahmen	0·004	.....	0·004	0·004	0·003
	6	0	8	0	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·030	0·030	0·024	0·011
							Summe 6080...	0·004	0·030	0·034	0·028	0·014
	6	0	8	1	0	34	Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Einnahmen)	0·080	.....	0·080	0·050	0·003
	6	0	8	2			Wildbach- und Lawinenverbauung:					
	6	0	8	2	0	34	Zweckgebundene Einnahmen [1]	4·400	.....	4·400	.....	.....
	6	0	8	2	4	34	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Summe 6082...	4·401	.....	4·401	0·001	.....
	6	0	8	4			Bundesflüsse:					
	6	0	8	4	0	34	Zweckgebundene Einnahmen [2]	30·745	.....	30·745	29·000	34·921
	6	0	8	4	4	34	Laufende Einnahmen	2·000	.....	2·000	2·000	2·451
							Summe 6084...	32·745	.....	32·745	31·000	37·372
	6	0	8	6			Konkurrenzgewässer:					
	6	0	8	6	0	34	Zweckgebundene Einnahmen [3]	1·400	.....	1·400	.....	.....
	6	0	8	6	4	34	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Summe 6086...	1·401	.....	1·401	0·001	.....
	6	0	8	9	0	34	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	441·174	.....	441·174	391·144	367·521
							Summe 608...	479·805	0·030	479·835	422·224	404·910
	6	0	9				Sonstige nachgeordnete Dienststellen:					
	6	0	9	0	4	43	Grenzbeschaudienst	3·217	.....	3·217	19·217	18·153
	6	0	9	1			Weinaufsicht:					
	6	0	9	1	4	43	Laufende Einnahmen	1·537	.....	1·537	0·437	0·380
	6	0	9	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·012	0·017
							Summe 6091...	1·537	0·001	1·538	0·449	0·397

[1]) Siehe Fußnote [5]) von Seite 106.
[2]) Siehe Fußnote [6]) von Seite 106.
[3]) Siehe Fußnote [7]) von Seite 106.

Fußnoten zu Seite 106:

[1]) Der Verwaltungsaufwand wird, soweit nicht ausgewiesen, im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.
[2]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6080 mitveranschlagt.
[3]) Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/6000 mitveranschlagt.
[4]) Im BVA 1973 als Ansatz 1/17960 veranschlagt.
[5]) 4,400.000 S Mittel der Arbeitsmarktförderung;
[6]) Hievon 600.000 S Mittel der Arbeitsmarktförderung;
[7]) 1,400.000 S Mittel der Arbeitsmarktförderung;

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	0	9	3			Bundesgärten:						
	6	0	9	3	0	37	Personalaufwand	26·565	.....	.....	26·565	23·941	20·146
	6	0	9	3	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·775	.....	0·775	0·738	0·594
	6	0	9	3	3	37	Anlagen	.....	.....	0·591	0·591	0·583	1·295
	6	0	9	3	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·527	.....	0·527	0·530	0·228
	6	0	9	3	8	37	Aufwandskredite	.....	4·371	.....	4·371	4·430	4·429
							Summe 6093 ...	26·565	5·673	0·591	32·829	30·222	26·692
	6	0	9	4			Spanische Reitschule:						
	6	0	9	4	0	13	Personalaufwand	4·725	.....	.....	4·725	4·543	3·168
	6	0	9	4	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·515	.....	1·515	1·782	1·501
	6	0	9	4	3	13	Anlagen	.....	.....	0·182	0·182	0·104	0·152
	6	0	9	4	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·637	.....	0·637	0·500	0·560
	6	0	9	4	8	13	Aufwandskredite	.....	0·579	.....	0·579	0·515	0·484
							Summe 6094 ...	4·725	2·731	0·182	7·638	7·444	5·865
	6	0	9	5			Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Einrichtungen):						
	6	0	9	5	0	34	Personalaufwand	19·133	.....	.....	19·133	16·582	15·353
	6	0	9	5	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	1·025	.....	1·025	0·993	0·902
	6	0	9	5	3	34	Anlagen	.....	.....	3·446	3·446	3·446	4·224
	6	0	9	5	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·894	.....	1·894	1·832	1·623
	6	0	9	5	8	34	Aufwandskredite	.....	16·066	.....	16·066	15·870	14·483
							Summe 6095 ...	19·133	18·985	3·446	41·564	38·723	36·585
	6	0	9	6			Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnliche Einrichtungen):						
	6	0	9	6	0	34	Personalaufwand	5·905	.....	.....	5·905	5·761	4·639
	6	0	9	6	1	34	Verwaltungsaufwand	.....	0·651	.....	0·651	0·746	0·742
	6	0	9	6	3	34	Anlagen	.....	.....	1·408	1·408	0·628	0·713
	6	0	9	6	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·823	.....	0·823	0·988	0·981
	6	0	9	6	8	34	Aufwandskredite	.....	1·033	.....	1·033	0·860	0·774
							Summe 6096 ...	5·905	2·507	1·408	9·820	8·983	7·849
	6	0	9	9			Bauhöfe (Betriebsähnliche Einrichtungen, Zweckgebundene Gebarung): [1]						
	6	0	9	9	0	34	Personalaufwand	13·490	.....	.....	13·490	11·162	12·714
	6	0	9	9	3	34	Anlagen	.....	.....	29·077	29·077	31·896	18·552
	6	0	9	9	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·223	.....	0·223	0·192	0·171
	6	0	9	9	8	34	Aufwandskredite	.....	11·808	.....	11·808	10·588	10·554
							Summe 6099 ...	13·490	12·031	29·077	54·598	53·838	41·991
							Summe 609 ...	72·117	45·153	34·957	152·227	147·960	126·798
							Gesamtausgaben 1/60 ...	413·678	2.146·099	59·135	2.618·912	2.592·991	2.152·736
							5/60 ...	.....	381·000	.....	381·000	387·000	378·229
							Gesamtausgaben 60 ...	413·678	2.527·099	59·135	2.999·912	2.979·991	2.530·965

[1]) Der Verwaltungsaufwand wird, soweit es sich nicht um Bauhöfe der Wildbach- und Lawinenverbauung handelt, von den Bundesländern getragen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	0	9	3			Bundesgärten:					
	6	0	9	3	4	37	Laufende Einnahmen	4·800	.....	4·800	4·490	4·681
	6	0	9	3	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·020	0·027
							Summe 6093 ...	4·800	0·040	4·840	4·510	4·708
	6	0	9	4			Spanische Reitschule:					
	6	0	9	4	4	13	Laufende Einnahmen	6·054	.....	6·054	5·990	6·287
	6	0	9	4	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·250	0·250	0·250	0·329
							Summe 6094 ...	6·054	0·250	6·304	6·240	6·616
	6	0	9	5			Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Einrichtungen):					
	6	0	9	5	4	34	Laufende Einnahmen	32·578	.....	32·578	31·154	29·755
	6	0	9	5	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·220	0·220	0·165	0·225
							Summe 6095 ...	32·578	0·220	32·798	31·319	29·980
	6	0	9	6			Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnl. Einrichtungen):					
	6	0	9	6	4	34	Laufende Einnahmen	8·200	.....	8·200	8·058	7·603
	6	0	9	6	7	34	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	0·034	0·015
							Summe 6096 ...	8·200	0·002	8·202	8·092	7·618
	6	0	9	9			Bauhöfe (Betriebsähnliche Einrichtungen, Zweckgebundene Einnahmen): [1]					
	6	0	9	9	0	34	Zweckgebundene Einnahmen	53·683	.....	53·683	53·176	46·669
	6	0	9	9	2	34	Zweckgebundene Einnahmen (V)	.....	0·915	0·915	1·322	0·617
							Summe 6099 ...	53·683	0·915	54·598	54·498	47·286
							Summe 609 ...	110·069	1·428	111·497	124·325	114·758
							Gesamteinnahmen 60 ...	735·446	9·383	744·829	691·275	662·304

[1] Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 60990, 60993, 60997 und 60998.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	sachliche	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
1	6	2					**Preisausgleiche:** *)						
	6	2	0				Brotgetreidepreisausgleich: [1])						
	6	2	0	0	6	22	Preisausgleichsmaßnahmen	.....	303·236	.....	303·236	303·236	419·647
	6	2	0	2	6	22	Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen (Importausgleich)	.....	47·000	.....	47·000	0·001	7·608
							Summe 620...	.....	350·236	.....	350·236	303·237	427·255
	6	2	1				Milchpreisausgleich:						
	6	2	1	0	6	22	Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch [1])	.....	993·000	.....	993·000	992·986	1.035·684
	6	2	1	1	6	22	Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einn. gemäß PAR 9 MOG [3])	.....	278·510	.....	278·510	106·403	129·676
	6	2	1	2	4	22	Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds [2])	.....	458·000	.....	458·000	457·720	462·343
	6	2	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen [1])	.....	12·000	.....	12·000	178·937	165·568
							Summe 621...	.....	1.741·510	.....	1.741·510	1.736·046	1.793·271
	6	2	2				Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten: [1])						
	6	2	2	0	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen (Lagerungskosten)	.....	0·001	.....	0·001	0·001	10·000
	6	2	2	2	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen (Lagerungskosten aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	2	2	6	6		Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen	.....	121·999	.....	121·999	120·681	179·895
						34	(aus zweckgebundenen Einnahmen)	.....	*121·999*	.....	*121·999*	*120·679*	*174·894*
						34		.....	.....	.....	.....	*0·002*	*5·001*
							Summe 622...	.....	122·001	.....	122·001	120·683	189·895

*) Preisstützungen (§§ 0 bis 2). Zuwendungen an die Wirtschaft (§§ 3 bis 9). Lagerungskosten und Transportkostenausgleiche zählen zu den Preisstützungen. Kosten von Exportstützungsmaßnahmen zählen zu den Absatz- und Verwertungsmaßnahmen.

[1]) und [2]): Das Anweisungsrecht steht zu dem Bundesministerium für

[1]) Land- und Forstwirtschaft;

[2]) Finanzen.

[3]) Im BVA 1971 und 1972 als „Erzeugerpreis, Qualitätszuschlag aus zweckgebundenen Einnahmen" veranschlagt gewesen.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	2					**Preisausgleiche:**					
	6	2	0				Brotgetreidepreisausgleich: [1]					
	6	2	0	0	4	22	Rückersätze	0·002	.....	0·002	0·002	0·557
	6	2	0	1	4	34	Verschiedene Einnahmen	5·001	.....	5·001	10·001	19·034
	6	2	0	2	0	22	Zweckgebundene Importausgleiche [2]	47·000	.....	47·000	0·001	2·507
							Summe 620 ...	52·003	.....	52·003	10·004	22·098
	6	2	1				Milchpreisausgleich: [1]					
	6	2	1	2	0	34	Zweckgebundene Einnahmen gemäß § 9 MOG [3]	278·510	.....	278·510	276·222	282·894
	6	2	1	6	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [4]	12·000	.....	12·000	12·000	26·593
							Summe 621 ...	290·510	.....	290·510	288·222	309·487
	6	2	2				Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten: [1]					
	6	2	2	2	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [5]	122·000	.....	122·000	122·000	144·012

[1]) Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu.
[2]) bis [5]): Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen der ordentlichen Gebarung:
[2]) 62026;
[3]) 62116;
[4]) 62166;
[5]) 62226 und 62266.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	2	3				Zuckerpreisausgleich: [1]						
	6	2	3	2	6	38	Frachtenausgleich aus zweckgebundenen Einnahmen	.....	41·300	.....	41·300	37·422	38·243
	6	2	5				Futtermittelpreisausgleich: [1]						
	6	2	5	0	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen	.....	61·000	.....	61·000	61·000	61·000
	6	2	5	1	6	34	Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen	.....	13·400	.....	13·400	15·000	17·119
							Transportkostenausgleichsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	.....	.....	.....	11·832	5·389
							Verbesserung der Produktionsgrundlagen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·100	.....
							Absatz- und Verwertungsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·100	.....
							Sonstige Maßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	.....	.....	.....	0·100	.....
							Summe 625	.....	74·400	.....	74·400	88·132	83·508
	6	2	6				Düngemittelpreisausgleich: [1]						
	6	2	6	0	6	34	Transportkostenzuschuß	.....	79·200	.....	79·200	79·200	110·000
							Gesamtausgaben 62	.....	2.408·647	.....	2.408·647	2.364·720	2.642·172

[1] Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	2	3				Zuckerpreisausgleich: [1]					
	6	2	3	2	0	22	Zweckgebundener Frachtenausgleich [3]	41·300	.....	41·300	37·800	39·501
	6	2	5				Futtermittelpreisausgleich: [1]					
	6	2	5	0	4	34	Rückersätze	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	2	5	2	0	34	Zweckgebundene Importausgleiche [2]	13·400	.....	13·400	27·900	22·508
							Summe 625 ...	13·401	.....	13·401	27·901	22·508
	6	2	6				Düngemittelpreisausgleich: [1]					
	6	2	6	0	4	34	Rückersätze	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Gesamteinnahmen 62 ...	519·215	.....	519·215	485·928	537·606

[1]) Das Anweisungsrecht steht dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/62516.
[3]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/62326.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	3					**Handel, Gewerbe, Industrie:**						
	6	3	0				Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:						
	6	3	0	0			Zentralleitung:						
	6	3	0	0	0	43	Personalaufwand	82·681	.....	.....	82·681	69·663	60·853
	6	3	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	14·260	.....	14·260	14·200	12·734
	6	3	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·639	0·639	0·725	0·688
	6	3	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	8·091	.....	8·091	6·846	5·650
	6	3	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·523	.....	0·523	0·660	0·489
							Summe 6300	82·681	22·874	0·639	106·194	92·094	80·414
	6	3	0	1			Außenstelle:						
	6	3	0	1	0	43	Personalaufwand	11·489	.....	.....	11·489	11·117	9·312
	6	3	0	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·320	.....	1·320	1·749	1·636
	6	3	0	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·040	0·040	0·028	0·025
	6	3	0	1	8	43	Aufwandskredite	.....	0·117	.....	0·117	0·096	0·104
							Summe 6301	11·489	1·437	0·040	12·966	12·990	11·077
	6	3	0	2	8	41	Wirtschaftliche Landesverteidigung [1]	.....	0·008	.....	0·008	0·008	0·002
							Summe 630	94·170	24·319	0·679	119·168	105·092	91·493
	6	3	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6	3	1	0	6	38	Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“	.....	[2] 72·000	.....	72·000	[2] 60·000	[2] 50·343
	6	3	1	1			Fremdenverkehr:						
	6	3	1	1	6	38	Förderungsausgaben	.....	92·318	.....	92·318	93·800	47·331
	6	3	1	1	8	38	Aufwandskredite	.....	2·000	.....	2·000	1·550	1·206
							Summe 6311	.....	94·318	.....	94·318	95·350	48·537
	6	3	1	2			Gewerbestrukturverbesserung: [3]						
	6	3	1	2	4		Zuschüsse gem. Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969	.....	147·456	.....	147·456	81·742	75·554
						36		.....	*116·456*	.....	*116·456*	*70·742*	*68·854*
						38		.....	*31·000*	.....	*31·000*	*11·000*	*6·700*
	6	3	1	3			Kohlenbergbau:						
	6	3	1	3	5	36	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	6	3	1	3	6	36	Förderungsausgaben	.....	50·480	.....	50·480	58·200	68·200
							Summe 6313	.....	50·480	0·001	50·481	58·200	68·200
	6	3	1	4			Buntmetallerzbergbau:						
	6	3	1	4	5	36	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	6	3	1	4	6	36	Förderungsausgaben	.....	8·500	.....	8·500	9·800	12·797
							Summe 6314	.....	8·500	0·001	8·501	9·800	12·797
							Summe 6313/6314	.....	58·980	0·002	58·982	68·000	80·997
	6	3	1	5			Sonstige gewerbliche und industrielle Wirtschaft:						
	6	3	1	5	5	36	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	12·300	12·300	10·880	12·085
	6	3	1	5	6	36	Förderungsausgaben	.....	65·378	.....	65·378	74·500	71·446
	6	3	1	5	8	36	Aufwandskredite	.....	2·930	.....	2·930	3·374	1·540
							Summe 6315	.....	68·308	12·300	80·608	88·754	85·071

[1]) Verwaltungsaufwand beim Titel 1/630 mitveranschlagt.
[2]) Verpflichtung nach dem Syndikatsvertrag.
[3]) Im BVA 1971 und 1972 als Unterteilung 6 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	3					**Handel, Gewerbe, Industrie:**					
	6	3	0				Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:					
	6	3	0	0			Zentralleitung:					
	6	3	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	1·120	.....	1·120	1·124	0·940
	6	3	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·040	0·040	0·035	0·026
							Summe 6300 ...	1·120	0·040	1·160	1·159	0·966
	6	3	0	1			Außenstelle:					
	6	3	0	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·074	.....	0·074	0·074	0·071
	6	3	0	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6301 ...	0·074	0·001	0·075	0·075	0·071
							Summe 630 ...	1·194	0·041	1·235	1·234	1·037
	6	3	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	3	1	1			Fremdenverkehr:					
	6	3	1	1	4	38	Laufende Einnahmen	2·072	.....	2·072	2·105	2·334
	6	3	1	1	9	38	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	6·997	6·997	6·888	6·992
							Summe 6311 ...	2·072	6·997	9·069	8·993	9·326
	6	3	1	2			Gewerbestrukturverbesserung:					
	6	3	1	2	4		Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	.....
						36		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
						38		*0·001*	.....	*0·001*	*0·001*	.....
	6	3	1	3			Kohlenbergbau:					
	6	3	1	3	4	36	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	3	1	3	9	36	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6313 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	6	3	1	4			Buntmetallerzbergbau:					
	6	3	1	4	4	36	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	3	1	4	9	36	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6314 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
							Summe 6313/6314 ...	0·002	0·002	0·004	0·004	.....
	6	3	1	5			Sonstige gewerbliche und industrielle Wirtschaft:					
	6	3	1	5	4	36	Laufende Einnahmen	1·805	.....	1·805	1·606	2·294
	6	3	1	5	9	36	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	13·600	13·600	11·330	18·528
							Summe 6315 ...	1·805	13·600	15·405	12·936	20·822

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	3	1	6			Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft:						
	6	3	1	6	6	38	Transportkostenausgleichsmaßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen	.....	18·000	.....	18·000	12·000	14·928
	6	3	1	7			Stärkeförderung:						
	6	3	1	7	4	36	Zuschüsse gemäß Stärkeförderungsgesetz	.....	25·270	.....	25·270	25·400	21·817
	6	3	1	9			Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
	6	3	1	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·590	1·590	1·258	0·961
	6	3	1	9	6	43	Sonstige Förderungen	.....	0·040	.....	0·040	0·050	.....
							Summe 6319	.....	0·040	1·590	1·630	1·308	0·961
							Summe 631	.....	484·372	13·892	498·264	432·554	378·208
	6	3	2				Einrichtungen des Patentwesens:						
	6	3	2	0			Österreichisches Patentamt:						
	6	3	2	0	0	36	Personalaufwand	36·700	.....	.....	36·700	31·720	29·323
	6	3	2	0	1	36	Verwaltungsaufwand	.....	4·600	.....	4·600	4·120	3·764
	6	3	2	0	3	36	Anlagen	.....	.....	0·315	0·315	0·357	0·338
	6	3	2	0	7	36	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	15·872	.....	15·872	12·950	12·361
	6	3	2	0	8	36	Aufwandskredite	.....	0·056	.....	0·056	0·063	0·035
							Summe 6320	36·700	20·528	0·315	57·543	49·210	45·821
	6	3	2	1	7	36	Oberster Patent- und Markensenat [1]	.....	0·300	.....	0·300	0·280	0·279
							Summe 632	36·700	20·828	0·315	57·843	49·490	46·100
	6	3	3				Bergbehörden:						
	6	3	3	0	0	43	Personalaufwand	5·700	.....	.....	5·700	5·200	4·597
	6	3	3	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·274	.....	1·274	1·210	1·097
	6	3	3	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·079	0·079	0·090	0·085
	6	3	3	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·014	.....	0·014	0·043	0·032
							Summe 633	5·700	1·288	0·079	7·067	6·543	5·811
	6	3	4				Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:						
	6	3	4	0	0	33	Personalaufwand	4·100	.....	.....	4·100	3·820	3·281
	6	3	4	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	0·784	.....	0·784	0·748	0·538
	6	3	4	0	3	33	Anlagen	.....	.....	0·079	0·079	0·090	0·040
	6	3	4	0	8	33	Aufwandskredite	.....	0·044	.....	0·044	0·050	0·020
							Summe 634	4·100	0·828	0·079	5·007	4·708	3·879
							Gesamtausgaben 63	140·670	531·635	15·044	687·349	598·387	525·491

[1]) Allgemeiner Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6320 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	3	1	6			Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft:					
	6	3	1	6	0	38	Zweckgebundene Transportkostenausgleiche	18·000	.....	18·000	12·000	18·503
	6	3	1	7	4	36	Stärkeförderung	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	3	1	9			Sonstige Förderungsmaßnahmen:					
	6	3	1	9	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·920	0·920	0·920	0·933
							Summe 631 ...	21·882	21·519	43·401	34·856	49·584
	6	3	2				Einrichtungen des Patentwesens:					
	6	3	2	0			Österreichisches Patentamt:					
	6	3	2	0	4	36	Gebühren gemäß Patent- und Markenschutzgesetz	72·300	.....	72·300	68·800	70·164
	6	3	2	0	5	36	Sonstige laufende Einnahmen	1·899	.....	1·899	1·799	2·656
	6	3	2	0	7	36	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	0·001
							Summe 632 ...	74·199	0·001	74·200	70·600	72·821
	6	3	3				Bergbehörden:					
	6	3	3	0	4	43	Montangebühren	260·925	.....	260·925	265·850	246·591
	6	3	3	0	5	43	Sonstige laufende Einnahmen	0·355	.....	0·355	0·305	0·372
	6	3	3	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·022	0·022	0·022	0·025
							Summe 633 ...	261·280	0·022	261·302	266·177	246·988
	6	3	4				Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge:					
	6	3	4	0	4	33	Laufende Einnahmen	0·105	.....	0·105	0·053	0·145
	6	3	4	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 634 ...	0·105	0·001	0·106	0·054	0·145
							Gesamteinnahmen 63 ...	358·660	21·584	380·244	372·921	370·575

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	4					**Bauten und Technik:**						
1	6	4	0				Bundesministerium für Bauten und Technik:						
	6	4	0	0			Zentralleitung:						
	6	4	0	0	0	43	Personalaufwand	67·400	.....	.....	67·400	58·800	53·409
	6	4	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	5·880	.....	5·880	5·466	4·703
	6	4	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·640	0·640	0·622	0·680
	6	4	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·705	.....	0·705	0·626	0·528
	6	4	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	0·600	.....	0·600	0·750	0·539
							Summe 6400	67·400	7·185	0·640	75·225	66·264	59·859
	6	4	0	1			Bundesmobilienverwaltung:						
	6	4	0	1	0	37	Personalaufwand	4·700	.....	.....	4·700	3·992	3·135
	6	4	0	1	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·588	.....	0.588	0·550	0·497
	6	4	0	1	3	37	Anlagen	.....	.....	0·372	0·372	0·362	0·283
	6	4	0	1	8	37	Aufwandskredite	.....	0·558	.....	0·558	0·550	0·534
							Summe 6401	4·700	1·146	0·372	6·218	5·454	4·449
	6	4	0	2			Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal:						
	6	4	0	2	0	12	Personalaufwand	28·800	.....	.....	28·800	24·400	21·266
	6	4	0	2	1	12	Verwaltungsaufwand	.....	2·760	.....	2·760	2·380	2·115
	6	4	0	2	3	12	Anlagen	.....	.....	4·910	4·910	5·080	3·505
	6	4	0	2	7	12	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·796	.....	0·796	0·800	0·250
	6	4	0	2	8	12	Aufwandskredite	.....	18·270	.....	18·270	19·500	20·594
							Summe 6402	28·800	21·826	4·910	55·536	52·160	47·730
	6	4	0	3			Beschußämter:						
	6	4	0	3	0	43	Personalaufwand	1·057	.....	.....	1·057	0·907	0·727
	6	4	0	3	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	0·190	.....	0·190	0·176	0·187
	6	4	0	3	3	43	Anlagen	.....	.....	0·134	0·134	0·130	0·096
	6	4	0	3	8	43	Aufwandskredite	.....	0·193	.....	0·193	0·185	0·163
							Summe 6403	1·057	0·383	0·134	1·574	1·398	1·173
	6	4	0	4			Technisches Museum:						
	6	4	0	4	0	13	Personalaufwand	6·400	.....	.....	6·400	5·663	4·773
	6	4	0	4	1	13	Verwaltungsaufwand	.....	1·070	.....	1·070	1·094	0·887
	6	4	0	4	3	13	Anlagen	.....	.....	0·248	0·248	0·241	0·206
	6	4	0	4	8	13	Aufwandskredite	.....	0·315	.....	0·315	0·285	0·252
							Summe 6404	6·400	1·385	0·248	8·033	7·283	6·118
	6	4	0	5			Kurheime (Betriebsähnliche Einrichtung): [1]						
	6	4	0	5	0	21	Personalaufwand	2·440	.....	.....	2·440	*2·290*	*1·852*
	6	4	0	5	1	21	Verwaltungsaufwand	.....	0·125	.....	0·125	*0·125*	*0·073*
	6	4	0	5	3	21	Anlagen	.....	.....	0·060	0·060	*0·060*	*0·006*
	6	4	0	5	7	21	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtung)	.....	0·170	.....	0·170	*0·135*	*0·220*
	6	4	0	5	8	21	Aufwandskredite	.....	2·170	.....	2·170	*2·100*	*1·505*
							Summe 6405	2·440	2·465	0·060	4·965	*4·710*	*3·656*

[1]) Bis zum BVA 1972 beim Titel 1/645 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4					**Bauten und Technik:**					
	6	4	0				Bundesministerium für Bauten und Technik:					
	6	4	0	0			Zentralleitung:					
	6	4	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	17·700	.....	17·700	16·645	14·997
	6	4	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·020	0·020	0·018	0·027
							Summe 6400 ...	17·700	0·020	17·720	16·663	15·024
	6	4	0	1			Bundesmobilienverwaltung:					
	6	4	0	1	4	37	Laufende Einnahmen	0·477	.....	0·477	0·467	0·413
	6	4	0	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6401 ...	0·477	0·001	0·478	0·468	0·413
	6	4	0	2			Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal:					
	6	4	0	2	0	12	Zweckgebundene Einnahmen [1]	6·543	.....	6·543	0·830	0·428
	6	4	0	2	4	12	Laufende Einnahmen	34·720	.....	34·720	33·240	38·453
	6	4	0	2	7	12	Einnahmen (V)	.....	0·037	0·037	0·030	0·001
							Summe 6402 ...	41·263	0·037	41·300	34·100	38·882
	6	4	0	3			Beschußämter:					
	6	4	0	3	4	43	Laufende Einnahmen	0·191	.....	0·191	0·161	0·149
	6	4	0	3	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6403 ...	0·191	0·001	0·192	0·162	0·149
	6	4	0	4			Technisches Museum:					
	6	4	0	4	4	13	Laufende Einnahmen	0·380	.....	0·380	0·303	0·316
	6	4	0	4	7	13	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Zweckgebundene Einnahmen	.....	.....	.....	0·012	.....
							Summe 6404 ...	0·380	0·001	0·381	0·316	0·316
	6	4	0	5			Kurheime (Betriebsähnliche Einrichtung): [2]					
	6	4	0	5	4	21	Laufende Einnahmen	4·963	.....	4·963	*4·705*	*3·983*
	6	4	0	5	7	21	Einnahmen (V)	.....	0·002	0·002	*0·005*	.....
							Summe 6405...	4·963	0·002	4·965	*4·710*	*3·983*
	6	4	0	6			Bäder (Betriebsähnliche Einrichtung): [2]					
	6	4	0	6	4	37	Laufende Einnahmen	2·499	.....	2·499	*2·199*	*1·621*
	6	4	0	6	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	*0·001*	.....
							Summe 6406...	2·499	0·001	2·500	*2·200*	*1·621*
	6	4	0	7			Regierungsgebäude: [2]					
	6	4	0	7	4	43	Laufende Einnahmen	0·010	.....	0·010	*0·010*	*0·001*
							Summe 640 ...	67·483	0·063	67·546	51·709	54·784

[1] Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/64021, 1/64023 und 5/64783 mitveranschlagt.
[2] Bis zum BVA 1972 beim Titel 1/645 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	0	6			Bäder (Betriebsähnliche Einrichtung): [5]						
	6	4	0	6	0	37	Personalaufwand	1·720	.....	.....	1·720	*1·450*	*1·431*
	6	4	0	6	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·080	.....	0·080	*0·080*	*0·046*
	6	4	0	6	3	37	Anlagen	.....	.....	0·050	0·050	*0·050*	*0·003*
	6	4	0	6	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·150	.....	0·150	*0·125*	*0·113*
	6	4	0	6	8	37	Aufwandskredite	.....	0·500	.....	0·500	*0·510*	*0·299*
							Summe 6406	1·720	0·730	0·050	2·500	*2·215*	*1·892*
	6	4	0	7	1	43	Regierungsgebäude [5]	.....	13·340	.....	13·340	*12·130*	*11·600*
	6	4	0	9	8	41	Zivilschutzmaßnahmen	.....	0·110	.....	0·110	0·117	0·143
							Summe 640	112·517	48·570	6·414	167·501	132·676	119·472
	6	4	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6	4	1	0	4	23	Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (Zinsen) [2]	.....	64·003	.....	64·003	77·476	91·270
	6	4	1	1	4	23	Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (Tilgung) [2]	.....	71·488	.....	71·488	91·488	93·875
	6	4	1	2			Sonstige Wohnungsfürsorge:						
	6	4	1	2	6	23	Förderungsausgaben	.....	0·401	.....	0·401	0·421	0·461
	6	4	1	2	7	23	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·091	.....	0·091	0·101	0·257
	6	4	1	2	9	23	Aufwandskredite (Vermögensgebarung)	.....	.....	0·062	0·062	0·062	.....
							Summe 6412	.....	0·492	0·062	0·554	0·584	0·718
	6	4	1	3	6	37	Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds [2]	.....	215·920	.....	215·920	70·242	21·534
	6	4	1	4			Bauforschung:						
	6	4	1	4	5	12	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	[3] 15·532	15·532	12·400	.....
	6	4	1	4	6	12	Förderungsausgaben	.....	[3] 24·155	.....	24·155	23·226	11·994
	6	4	1	4	8	12	Aufwandskredite	.....	[3] 21·898	.....	21·898	17·665	5·566
							Summe 6414	.....	46·053	15·532	61·585	53·291	17·560
	6	4	1	5	6	33	Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz)	.....	1·450	.....	1·450	1·920	0·897
	6	4	1	6	6	33	Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Geb.) [4]	.....	77·525	.....	77·525	75·012	63·100
	6	4	1	7			Technisches Versuchswesen:						
	6	4	1	7	5	12	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·270	0·270	0·275	0·320
	6	4	1	7	6	12	Förderungsausgaben	.....	9·450	.....	9·450	9·538	6·380
	6	4	1	7	8	12	Aufwandskredite	.....	0·074	.....	0·074	0·087	0·092
							Summe 6417	.....	9·524	0·270	9·794	9·900	6·792
	6	4	1	8			Energiewirtschaft und Elektrotechnik:						
	6	4	1	8	6	12	Förderungsausgaben	.....	0·004	.....	0·004	0·004	0·004
	6	4	1	8	8	12	Aufwandskredite	.....	0·120	.....	0·120	0·118	0·131
							Summe 6418	.....	0·124	.....	0·124	0·122	0·135
	6	4	1	9			Sonstige Förderungsmaßnahmen:						
	6	4	1	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	8·033	8·033	6·318	4·859
	6	4	1	9	6	43	Förderungsausgaben	.....	0·255	.....	0·255	0·294	0·030
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	.....	0·015
							Summe 6419	.....	0·255	8·033	8·288	6·612	4·904
							Summe 641	.....	486·834	23·897	510·731	386·647	300·785

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt.
[2]) Siehe Fußnote auf Seite 121.
[3]) Hievon 15,532.000, 22,968.000 und 21,300.000 S nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen beim Ansatz 2/64140.
[4]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/64160 veranschlagt.
[5]) Bis zum BVA 1972 beim Titel 1/645 mitveranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	1				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	4	1	0	4	23	Wohnbaufonds	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	4	1	2			Wohnungsfürsorge:					
	6	4	1	2	4	23	Laufende Einnahmen	0·029	.....	0·029	0·036	0·042
	6	4	1	2	9	23	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	3·361	3·361	3·459	3·775
							Summe 6412 ...	0·029	3·361	3·390	3·495	3·817
	6	4	1	3	4	37	Wasserwirtschaftsfonds	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	4	1	4			Bauforschung:					
	6	4	1	4	0	23	Zweckgebundene Beiträge für die Wohnbauforschung [2]	59·800	.....	59·800	51·840	26·225
	6	4	1	4	3	12	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	6	4	1	4	4	12	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	0·031
							Summe 6414 ...	59·801	0·001	59·802	51·842	26·256
	6	4	1	5	4	33	Wasserbau (Wasserbautenförderungsgesetz)	0·080	.....	0·080	0·080	0·474
	6	4	1	6	0	33	Wasserbau — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Einn.) [3]	77·525	.....	77·525	76·512	63·100
	6	4	1	7			Technisches Versuchswesen:					
	6	4	1	7	4	12	Laufende Einnahmen	0·002	.....	0·002	0·002	.....
	6	4	1	7	9	12	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·286	0·286	0·102	0·040
							Summe 6417 ...	0·002	0·286	0·288	0·104	0·040
	6	4	1	8			Energiewirtschaft und Elektrotechnik:					
	6	4	1	8	4	12	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	4	1	9	9	43	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	4·500	4·500	4·250	3·995
							Summe 641 ...	137·440	8·148	145·588	136·286	97·682

[1]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6414 mitveranschlagt.
[3]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64166.

Fußnote zu Seite 120:

[2]) Insgesamt werden für die Förderung des Wohnungsbaues und für die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen folgende Bundesmittel aufgewendet: *)

	Ansatz	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
		Millionen Schilling		
Anteil an die Länder für die Wohnbauförderung	2/52820	5.322·2	4.613·8	3.991·8
Wohnbauforschung gemäß WBFG. 1968	2/52850	59·8	51·8	26·2
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds:				
Beitrag zum Anleihedienst (Zinsen)	1/64104	35·8	43·0	50·2
Beitrag zum Anleihedienst (Tilgung)	1/64114	33·9	43·9	36·3
Restbeträge gemäß WBFG. 1968	2/52830	0·0	0·0	. . . . .
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds:				
Beitrag zum Anleihedienst (Zinsen)	1/64104	28·2	34·5	41·1
Beitrag zum Anleihedienst (Tilgung)	1/64114	37·6	47·6	57·6
Restbeitrage gemäß WBFG. 1968	2/52840	0·0	0·0	. . . . .
Beitrag aus Konversionsdarlehen	1/64126	0·4	0·4	0·5
Bundesbeitrag zum Wohnungsverbesserungsgesetz				
aus Haushaltsmitteln	1/53234	40·0	30·0	20·0
aus Mitteln der Wohnbaufonds	1/53234	40·0	30·0	20·0
Wohnungsbau (Summe)		5.597·9	4.895·0	4.243·7
Wasserwirtschaftsfonds:				
Anteil von der Wohnbauförderung der Länder	2/52860	598·0	518·4	446·4
Bundesbeitrag	1/64136	215·9	70·2	21·5
Wasserwirtschaftsfonds (Summe)		813·9	588·6	467·9
Gesamtsumme		6.411·8	5.483·6	4.711·6

*) Außer den angeführten Budgetmitteln sieht das Bundesfinanzgesetz 1973 die Übernahme der Bundeshaftung über einen Betrag von 1.000 Millionen Schilling vor, wobei auf diesen Betrag 500 Millionen Schilling für Kapital und 500 Millionen Schilling für Zinsen und Kosten entfallen. Weiters sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag 1973 161 Millionen Schilling enthalten.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	2				Bundesstraßenverwaltung: [1] [2]						
	6	4	2	0	8	32	Erhaltung — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgeb. Geb.)	.....	10·000	.....	10·000	0·001	0·419
	6	4	2	1	8	32	Erhaltung	.....	840·300	.....	840·300	675·000	689·864
	6	4	2	3	3		Ausbau (Anlagen)	.....	.....	3.113·153	3.113·153	2.881·276	2.691·914
						23		.....	.....	*4·700*	*4·700*	*4·478*	.....
						32		.....	.....	*3.108·453*	*3.108·453*	*2.876·798*	*2.691·914*
	6	4	2	3	8	32	Ausbau (Aufwendungen)	.....	430·700	.....	430·700	168·700	140·733
5	6	4	2	4	3	32	Ausbau (ao) [2a]	.....	.....	5·790	5·790	.....	.....
1	6	4	2	5	3	32	Geräte, Fahrzeuge und Betriebsausstattung	.....	.....	150·000	150·000	120·000	94·472
	6	4	2	6	4	32	Bundesbeiträge [3]	.....	175·000	.....	175·000	135·000	102·045
	6	4	2	7			Straßenforschung:						
	6	4	2	7	3	12	Anlagen	.....	.....	0·200	0·200	.....	.....
	6	4	2	7	5	12	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·300	0·300	0·500	.....
	6	4	2	7	6	12	Förderungsausgaben	.....	8·500	.....	8·500	27·000	.....
	6	4	2	7	8	12	Aufwandskredite	.....	29·000	.....	29·000	5·000	.....
							Summe 6427 ...	.....	37·500	0·500	38·000	32·500	.....
							Summe 642 ...	.....	1.493·500	3.269·443	4.762·943	4.012·477	3.719·447
	6	4	3				Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen): [1] [2]						
	6	4	3	1	8	32	Erhaltung	.....	136·700	.....	136·700	100·000	98·577
	6	4	3	3	3		Ausbau (Anlagen)	.....	.....	2.559·300	2.559·300	2.280·100	2.015·845
						23		.....	.....	*4·200*	*4·200*	*4·000*	.....
						32		.....	.....	*2.555·100*	*2.555·100*	*2.276·100*	*2.015·845*
	6	4	3	3	8	32	Ausbau (Aufwendungen)	.....	300·000	.....	300·000	130·000	102·280
5	6	4	3	4	3		Ausbau (ao)	.....	.....	[2b] 157·200	157·200	0·003	.....
						23		.....	.....	*0·001*	*0·001*	*0·001*	.....
						32		.....	.....	*157·199*	*157·199*	*0·002*	.....
1	6	4	3	5	3	32	Geräte, Fahrzeuge und Betriebsausstattung	.....	.....	48·000	48·000	45·000	37·688
	6	4	3	6	4	32	Bundesbeiträge [3]	.....	4·000	.....	4·000	3·000	0·004
	6	4	3	7			Autobahneigene Wohngebäude:						
	6	4	3	7	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·895	.....	0·895	0·600	0·519
	6	4	3	7	8	37	Aufwandskredite	.....	0·770	.....	0·770	0·800	0·441
							Summe 6437 ...	.....	1·665	.....	1·665	1·400	0·960
	6	4	3	8	4	32	Brenner Autobahn [3] [4]	.....	190·000	.....	190·000	160·000	160·059
	6	4	3	9	4	32	Sonstige Autobahnen (Zweckgeb. Einnahmen)	.....	0·002	.....	0·002	0·001	.....
							Summe 643 ...	.....	632·367	2.764·500	3.396·867	2.719·504	2.415·413

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) Mit Ausnahme der Ansätze 5/64243, 5/64343, 1/6437 Ausgaben nach Maßgabe der Eingänge der Bundesmineralölsteuer (Ansatz 2/52440), der zweckgebundenen Einnahmen bei den Ansätzen 2/642 und 2/643 einschließlich der Beiträge des Katastrophenfonds.

[2a]) Vorfinanzierung Katschberg Bundesstraße.

[2b]) Vorfinanzierung Autobahn Gmünd—Lieserhofen.

[3]) Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

[4]) Hievon 170,000.000 S nach Maßgabe der Eingänge an Mautgebühren beim Ansatz 2/64381.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	2				Bundesstraßenverwaltung:					
	6	4	2	0	0	32	Zweckgebundene Einnahmen [1]	107·998	.....	107·998	83·701	86·813
	6	4	2	0	1	32	Zweckgebundene Einnahmen — Mittel des Katastrophenfonds [2]	89·152	.....	89·152	70·176	43·096
	6	4	2	0	3	32	Darlehensrückzahlungen (Zweckgeb. Einnahmen) [1][3]	.....	0·002	0·002	0·002	.....
	6	4	2	0	4	32	Laufende Einnahmen	3·000	.....	3·000	2·600	5·764
	6	4	2	5	7	32	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·350	0·350	0·400	0·328
	6	4	2	7			Straßenforschung:					
	6	4	2	7	0	12	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·001	.....	0·001	.....	.....
	6	4	2	7	3	12	Darlehensrückzahlungen (Zweckgeb. Einnahmen) [1]	.....	0·001	0·001	.....	.....
	6	4	2	7	4	12	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	.....	.....
							Summe 6427	0·002	0·001	0·003	.....	.....
							Summe 642	200·152	0·353	200·505	156·879	136·001
	6	4	3				Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):					
	6	4	3	0	0	32	Zweckgebundene Einnahmen [4]	28·000	.....	28·000	25·500	19·359
	6	4	3	0	4	32	Laufende Einnahmen	4·200	.....	4·200	4·000	12·663
	6	4	3	5	7	32	Einnahmen (V)	.....	0·400	0·400	0·300	0·362
	6	4	3	8	1	32	Brenner Autobahn (Zweckgeb. Einnahmen) [5]	170·000	.....	170·000	120·000	120·059
	6	4	3	9	1	32	Sonstige Autobahnen (Zweckgeb. Einnahmen) [6]	0·002	.....	0·002	0·001	.....
							Summe 643	202·202	0·400	202·602	149·801	152·443

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/642 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64208 veranschlagt bzw. beim Ansatz 1/64233 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1971 als Unterteilung 2 veranschlagt gewesen.
[4]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/643 mitveranschlagt.
[5]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64384 veranschlagt.
[6]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/64394 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	4	4				Wasserbauverwaltung:						
	6	4	4	0			Bundesstrombauamt:						
	6	4	4	0	0	33	Personalaufwand	75·100	.....	.....	75·100	68·249	64·250
	6	4	4	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	1·860	.....	1·860	1·740	1·650
	6	4	4	0	3	33	Anlagen	.....	.....	0·110	0·110	0·107	0·090
							Summe 6440...	75·100	1·860	0·110	77·070	70·096	65·990
	6	4	4	1			Wasserbauten:						
	6	4	4	1	3	33	Anlagen	.....	.....	5·880	5·880	5·326	5·187
	6	4	4	1	7	33	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·990	.....	0·990	0·800	0·664
	6	4	4	1	8	33	Aufwandskredite	.....	14·545	.....	14·545	14·224	15·106
							Summe 6441...	.....	15·535	5·880	21·415	20·350	20·957
	6	4	4	2			Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds):						
	6	4	4	2	8	33	Vorbeugende Maßnahmen (Zweckgebundene Gebarung) [1]	.....	6·971	.....	6·971	5·700	4·600
	6	4	4	3	7	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	.....	1·000	.....	1·000	1·001	.....
	6	4	4	4	7	33	Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz (Zweckgebundene Gebarung) [1]	.....	18·500	.....	18·500	8·050	8·650
	6	4	4	5	6	33	Zahlungen an die Donaukraftwerke AG. [2]	.....	0·001	.....	0·001	0·123	2·454
							Summe 644...	75·100	43·867	5·990	124·957	105·320	102·651

[1]) Korrespondierende Einnahmen beim Ansatz 2/64421.

[2]) Im BVA 1971 als Unterteilung 8 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	4				Wasserbauverwaltung:					
	6	4	4	0			Bundesstrombauamt:					
	6	4	4	0	4	33	Laufende Einnahmen	1·211	.....	1·211	1·161	1·193
	6	4	4	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·012	0·012	0·009	0·012
							Summe 6440 ...	1·211	0·012	1·223	1·170	1·205
	6	4	4	1			Wasserbauten:					
	6	4	4	1	4	33	Laufende Einnahmen	17·000	.....	17·000	13·705	8·362
	6	4	4	1	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·024	0·024	0·030	0·009
							Summe 6441 ...	17·000	0·024	17·024	13·735	8·371
	6	4	4	2			Wasserbauten (Mittel des Katastrophenfonds):					
	6	4	4	2	1	33	Zweckgebundene Einnahmen für vorbeugende Maßnahmen [1]	25·471	.....	25·471	14·804	12·650
							Summe 644 ...	43·682	0·036	43·718	29·709	22·226

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/64428 und 1/64447 veranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben sachliche	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
1	6	4	5				Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und versch. Einrichtungen):						
	6	4	5	0			Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung:						
	6	4	5	0	0	37	Personalaufwand	306·506	.....	.....	306·506	264·433	236·747
	6	4	5	0	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	28·900	.....	28·900	26·400	23·993
	6	4	5	0	3	37	Anlagen	.....	.....	0·980	0·980	0·856	0·945
	6	4	5	0	8	37	Aufwandskredite	.....	7·328	.....	7·328	7·130	6·163
							Summe 6450...	306·506	36·228	0·980	343·714	298·819	267·848
	6	4	5	1			Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnliche Einrichtung):						
	6	4	5	1	0	37	Personalaufwand	7·800	.....	.....	7·800	6·773	5·669
	6	4	5	1	1	37	Verwaltungsaufwand	.....	0·340	.....	0·340	0·310	0·275
	6	4	5	1	3	37	Anlagen	.....	.....	0·477	0·477	0·464	0·220
	6	4	5	1	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·577	.....	0·577	0·580	0·480
	6	4	5	1	8	37	Aufwandskredite	.....	5·880	.....	5·880	5·400	4·702
							Summe 6451...	7·800	6·797	0·477	15·074	13·527	11·346
							Kurheime und Bäder[1])						
							(Betriebsähnliche Einrichtungen):						
							Personalaufwand	.....	.....	.....	.....	3·740	3·283
							21	.....	.....	.....	.....	*2·290*	*1·852*
							37	.....	.....	.....	.....	*1·450*	*1·431*
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	0·205	0·119
							21	.....	.....	.....	.....	*0·125*	*0·073*
							37	.....	.....	.....	.....	*0·080*	*0·046*
							Anlagen	.....	.....	.....	.....	0·110	0·009
							21	.....	.....	.....	.....	*0·060*	*0·006*
							37	.....	.....	.....	.....	*0·050*	*0·003*
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	0·260	0·333
							21	.....	.....	.....	.....	*0·135*	*0·220*
							37	.....	.....	.....	.....	*0·125*	*0·113*
							Aufwandskredite	.....	.....	.....	.....	2·610	1·804
							21	.....	.....	.....	.....	*2·100*	*1·505*
							37	.....	.....	.....	.....	*0·510*	*0·299*
							Summe...	.....	.....	.....	.....	6·925	5·548
							Regierungsgebäude:[1])						
							Verwaltungsaufwand	.....	.....	.....	.....	12·130	11·600
							Summe 645...	314·306	43·025	1·457	358·788	331·401	296·342

[1]) Ab BVA 1973 beim Titel 1/640 mitveranschlagt.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	5				Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und versch. Einrichtungen):					
	6	4	5	0			Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung:					
	6	4	5	0	0	37	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·850	.....	0·850	0·510	1·721
	6	4	5	0	4	37	Laufende Einnahmen	24·086	.....	24·086	23·264	23·484
	6	4	5	0	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·064	0·064	0·080	0·027
							Summe 6450 ...	24·936	0·064	25·000	23·854	25·232
	6	4	5	1			Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnliche Einrichtung):					
	6	4	5	1	0	37	Zweckgebundene Einnahmen [2]	0·200	.....	0·200	0·200	0·188
	6	4	5	1	4	37	Laufende Einnahmen	10·717	.....	10·717	10·503	8·460
	6	4	5	1	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·012	0·009
							Summe 6451 ...	10·917	0·011	10·928	10·715	8·657
							Kurheime und Bäder [3] (Betriebsähnliche Einrichtungen):					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	6·904	5·604
							21	.....	.....	.....	*4·705*	*3·983*
							37	.....	.....	.....	*2·199*	*1·621*
							Einnahmen (V)	.....	.....	.....	0·006	.....
							21	.....	.....	.....	*0·005*	.....
							37	.....	.....	.....	*0·001*	.....
							Summe ...	.....	.....	.....	6·910	5·604
							Regierungsgebäude: [3]					
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·010	0·001
							Summe 645 ...	35·853	0·075	35·928	41·489	39·494

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6450 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6451 mitveranschlagt.
[3]) Ab BVA 1973 beim Titel 2/640 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	4	6				Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung): [1] [2]						
1	6	4	6	0			Betriebskosten und Hauserfordernisse:						
	6	4	6	0	0	37	Personalaufwand	14·400	.....	.....	14·400	13·113	10·033
	6	4	6	0	3	37	Anlagen	.....	.....	0·410	0·410	0·400	0·399
	6	4	6	0	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	89·544	.....	89·544	82·170	74·911
	6	4	6	0	8	37	Aufwandskredite	.....	45·200	.....	45·200	43·000	40·812
							Summe 6460 ...	14·400	134·744	0·410	149·554	138·683	126·155
5	6	4	6	1	3	11	Ankäufe für Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	.....	69·520	69·520	62·600	49·437
	6	4	6	3	3	41	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	.....	.....	15·555	15·555	15·400	8·983
	6	4	6	6	3	43	Sonstige Liegenschaftsankäufe (ao)	.....	.....	69·805	69·805	40·400	25·757
	6	4	6	7	3	33	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	.....	.....	42·100	42·100	42·000	22·325
1	6	4	6	8	3	43	Liegenschaftserwerb im Tauschwege	.....	.....	50·100	50·100	49·500	21·819
5	6	4	6	9	8	43	Überweisungen an die Länder gem. § 1 (3) FAG 1973	.....	9·770	.....	9·770	2·000	1·640
							Summe 646 ...	14·400	144·514	247·490	406·404	350·583	256·116

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) Weitere Ausgaben für Liegenschaftsankäufe sind im Bundesvoranschlag 1973 im Bereiche der Hoheitsverwaltung bei folgenden finanzgesetzlichen Ansätzen veranschlagt bzw. mitveranschlagt:

1/13803 Österreichische Kulturinstitute,
1/20113 Äußers; Vertretungsbehörden,
1/60993 Bauhof- und Maschinenbewirtschaftung,
1/64233 Ausbau der Bundesstraßen,
5/64243 Ausbau der Bundesstraßen,
1/64333 Ausbau der Autobahnen,
5/64343 Ausbau der Autobahnen,
1/65303 Bundesamt für Zivilluftfahrt (Betriebsähnliche Einrichtung).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973			Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe		
								Millionen Schilling				
2	6	4	6				Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung):					
	6	4	6	0	4	37	Laufende Einnahmen	90·000	.....	90·000	83·000	85·218
	6	4	6	0	7	37	Einnahmen (V)	.....	0·014	0·014	0·007	0·008
							Summe 646 ...	90·000	0·014	90·014	83·007	85·226

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	6	4	7				Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung): [1]						
1	6	4	7	0	8	43	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 (3) FAG 1973	.....	14·200	.....	14·200	6·240	10·730
	6	4	7	1			Schulen der Unterrichtsverwaltung:						
5	6	4	7	1	3	11	Wertvermehrende Instandsetzung	.....	.....	161·500	161·500	143·400	139·941
1	6	4	7	1	8	11	Laufende Instandhaltung	.....	42·300	.....	42·300	43·100	48·102
							Summe 6471	.....	42·300	161·500	203·800	186·500	188·043
	6	4	7	2			Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten:						
5	6	4	7	2	3	13	Wertvermehrende Instandsetzung	.....	.....	28·000	28·000	23·800	17·195
1	6	4	7	2	8	13	Laufende Instandhaltung	.....	34·900	.....	34·900	35·600	28·869
							Summe 6472	.....	34·900	28·000	62·900	59·400	46·064
	6	4	7	3			Bauten für die Landesverteidigung:						
	6	4	7	3	8	41	Laufende Instandhaltung	.....	86·000	.....	86·000	89·100	136·493
							Gebäudeausstattung	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6473	.....	86·000	.....	86·000	89·100	136·493
	6	4	7	5			Sonstige Bundesgebäude (BGV. I):						
5	6	4	7	5	3	43	Wertvermehrende Instandsetzung	.....	.....	59·515	59·515	44·300	16·434
1	6	4	7	5	8	43	Laufende Instandhaltung	.....	116·000	.....	116·000	110·000	109·438
							Summe 6475	.....	116·000	59·515	175·515	154·300	125·872
	6	4	7	6			Sonstige Bundesgebäude (BGV. II):						
	6	4	7	6	3	43	Wertvermehrende Instandsetzung	.....	.....	3·200	3·200	0·260	0·247
	6	4	7	6	8	43	Laufende Instandhaltung	.....	17·900	.....	17·900	20·500	22·159
							Summe 6476	.....	17·900	3·200	21·100	20·760	22·406
	6	4	7	7	8	43	Baumaßnahmen für Einmietungen der Bundesdienststellen	.....	9·600	.....	9·600	9·900	13·881
5	6	4	7	8	3	12	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal [2]	.....	.....	36·000	36·000	26·800	18·029
							Summe 647	.....	320·900	288·215	609·115	553·000	561·518

[1]) Verwaltungsaufwand beim Ansatz 1/6400 und 1/6450 mitveranschlagt bzw. im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung von den Bundesländern getragen.

[2]) 1973: 11. Teilbetrag (§ 10 Abs. 2 BHV.).

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	7				Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung):					
	6	4	7	0	0	37	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·001	.....	0·001	0·001	2·182
	6	4	7	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·900	.....	0·900	0·730	0·877
							Summe 647 ...	0·901	.....	0·901	0·731	3·059

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 1/647 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
5	6	4	8				Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten) [1]:						
	6	4	8	0	8	43	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 (3) FAG 1973	.....	41·888	.....	41·888	18·400	17·749
	6	4	8	1	3	11	Schulen der Unterrichtsverwaltung	.....	.....	788·500	788·500	690·000	690·670
	6	4	8	3	8		Bauten für die Landesverteidigung	.....	66·000	.....	66·000	69·000	68·688
						23		.....	*29·000*	.....	*29·000*	*30·000*	.....
						41		.....	*37·000*	.....	*37·000*	*39·000*	*68·688*
	6	4	8	4	3		Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	.....	.....	37·700	37·700	35·800	34·686
						23		.....	.....	*1·000*	*1·000*	*0·001*	.....
						34		.....	.....	*36·700*	*36·700*	*35·799*	*34·686*
	6	4	8	5	3		Sonstige Bundesbauten	.....	.....	398·000	398·000	276·800	306·063
						23		.....	.....	*15·500*	*15·500*	*15·500*	*12·987*
						43		.....	.....	*382·500*	*382·500*	*261·300*	*293·076*
	6	4	8	6	3	43	Provisorischer Amtssitz UNIDO [2]	.....	.....	13·500	13·500	25·000	.....
							Amtssitz internationaler Organisationen	.....	.....	.....	.....	.....	19·887
							Summe 648 ...	.....	107·888	1.237·700	1.345·588	1.115·000	1.137·743
1	6	4	9				Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:						
	6	4	9	0			Einrichtungen des Eichwesens:						
	6	4	9	0	0	43	Personalaufwand	32·700	.....	.....	32·700	28·420	25·093
	6	4	9	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	3·620	.....	3·620	3·298	3·287
	6	4	9	0	3	43	Anlagen	.....	.....	1·890	1·890	1·843	1·724
	6	4	9	0	8	43	Aufwandskredite	.....	4·900	.....	4·900	4·400	4·250
							Summe 6490 ...	32·700	8·520	1·890	43·110	37·961	34·354
	6	4	9	1			Einrichtungen des Vermessungswesens:						
	6	4	9	1	0	43	Personalaufwand	211·900	.....	.....	211·900	188·750	167·060
	6	4	9	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	13·200	.....	13·200	12·330	12·350
	6	4	9	1	3	43	Anlagen	.....	.....	5·450	5·450	4·500	6·622
	6	4	9	1	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·000	.....	1·000	1·250	1·049
	6	4	9	1	8	43	Aufwandskredite	.....	24·500	.....	24·500	23·265	22·629
							Summe 6491 ...	211·900	38·700	5·450	256·050	230·095	209·710
							Summe 649 ...	244·600	47·220	7·340	299·160	268·056	244·064
							Gesamtausgaben 1/64 ...	760·923	3.251·027	5.969·761	9.981·711	8.458·961	7.716·067
							5/64 ...	.....	117·658	1.882·685	2.000·343	1.515·703	1.437·484
							Gesamtausgaben 64 ...	760·923	3.368·685	7.852·446	11.982·054	9.974·664	9.153·551

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 128.
[2]) Im BVA 1971 als „Amtssitz internationaler Organisationen" veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	4	8				Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten):					
	6	4	8	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [1]	0·001	.....	0·001	0·001	30·403
	6	4	8	0	4	43	Laufende Einnahmen	1·000	.....	1·000	0·700	1·100
							Summe 648 ...	1·001	.....	1·001	0·701	31·503
	6	4	9				Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:					
	6	4	9	0			Einrichtungen des Eichwesens:					
	6	4	9	0	4	43	Laufende Einnahmen	43·525	.....	43·525	37·525	37·470
	6	4	9	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·065	0·065	0·055	0·089
							Summe 6490 ...	43·525	0·065	43·590	37·580	37·559
	6	4	9	1			Einrichtungen des Vermessungswesens:					
	6	4	9	1	0	43	Zweckgebundene Einnahmen [2]	1·550	.....	1·550	0·001	3·310
	6	4	9	1	4	43	Laufende Einnahmen	25·900	.....	25·900	21·919	22·905
	6	4	9	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·070	0·070	0·047	0·073
							Summe 6491 ...	27·450	0·070	27·520	21·967	26·288
							Summe 649 ...	70·975	0·135	71·110	59·547	63·847
							Gesamteinnahmen 64 ...	849·689	9·224	858·913	709·859	686·265

[1]) Korrespondierende Ausgaben beim Titel 5/648 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/6491 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	5					**Verkehr:**						
	6	5	0				Bundesministerium für Verkehr:						
	6	5	0	0			Zentralleitung:						
	6	5	0	0	0	43	Personalaufwand	44·627	.....	.....	44·627	38·936	36·048
	6	5	0	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	10·520	.....	10·520	10·902	9·001
	6	5	0	0	3	43	Anlagen	.....	.....	0·444	0·444	0·511	0·483
	6	5	0	0	7	43	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	1·839	.....	1·839	2·390	2·793
	6	5	0	0	8	43	Aufwandskredite	.....	2·926	.....	2·926	3·369	2·673
							Summe 6500	44·627	15·285	0·444	60·356	56·108	50·998
	6	5	0	1			Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung:						
	6	5	0	1	0	43	Personalaufwand	59·701	.....	.....	59·701	51·538	43·960
	6	5	0	1	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	2·400	.....	2·400	2·487	2·824
	6	5	0	1	3	43	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6501	59·701	2·400	0·001	62·102	54·026	46·784
							Summe 650	104·328	17·685	0·445	122·458	110·134	97·782
	6	5	1				Bundesministerium (Zweckaufwand): [1]						
	6	5	1	0	7	33	Abgeltungen an die Österreichischen Bundesbahnen	.....	350·000	.....	350·000	350·000	350·000
	6	5	1	1	8	33	Allgemeiner Verkehr	.....	2·588	.....	2·588	2·980	3·100
	6	5	1	2			Elektrizitätswirtschaft:						
	6	5	1	2	8	35	Aufwandskredite	.....	0·404	.....	0·404	0·466	0·488
							Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	.....	.....	.....	.....	.....
							Summe 6512	.....	0·404	.....	0·404	0·466	0·488
	6	5	1	3			Zivilschutz (Elektrizitätswirtschaft):						
	6	5	1	3	3	41	Anlagen	.....	.....	0·001	0·001	0·001	0·035
	6	5	1	3	8	41	Aufwandskredite	.....	0·003	.....	0·003	0·003	0·008
							Summe 6513	.....	0·003	0·001	0·004	0·004	0·043
	6	5	1	4	3	41	Zivilschutz (Post- und Telegraphenanstalt)	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Schiffahrt	.....	.....	.....	.....	.....	7·308
							Summe 651	.....	352·995	0·002	352·997	353·451	360·939

[1]) Verwaltungsaufwand bei dem Titel 1/650 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	5					**Verkehr:**					
	6	5	0				Bundesministerium für Verkehr:					
	6	5	0	0			Zentralleitung:					
	6	5	0	0	0	43	Zweckgebundene Einnahmen[1]	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	0	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·774	.....	0·774	0·537	1·009
	6	5	0	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·033	0·033	0·033	0·039
							Summe 6500 ...	0·775	0·033	0·808	0·571	1·048
	6	5	0	1			Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung:					
	6	5	0	1	4	43	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	0	1	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6501 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
							Summe 650 ...	0·776	0·034	0·810	0·573	1·048
	6	5	1				Bundesministerium (Zweckaufwand):					
	6	5	1	1	4	33	Allgemeiner Verkehr	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	1	2			Elektrizitätswirtschaft:					
	6	5	1	2	0	35	Zweckgebundene Einnahmen[2]	0·003	.....	0·003	0·003	.....
	6	5	1	2	4	35	Laufende Einnahmen	0·006	.....	0·006	0·006	0·006
							Summe 6512...	0·009	.....	0·009	0·009	0·006
							Summe 651...	0·010	.....	0·010	0·010	0·006

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/65007 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/65128 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	5	2				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen): [1]						
	6	5	2	0			Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten (Zweckg. Geb.):						
	6	5	2	0	5	22	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·300	0·300	0·297	0·075
	6	5	2	0	6	22	Förderungsausgaben	.....	0·400	.....	0·400	0·396	0·381
							Summe 6520	.....	0·400	0·300	0·700	0·693	0·456
	6	5	2	1	6	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	.....	2·500	.....	2·500	0·792	1·174
	6	5	2	3	6	33	Zivilluftfahrt	.....	4·893	.....	4·893	3·967	3·336
	6	5	2	4	6	33	Allgemeiner Verkehr	.....	10·658	.....	10·658	1·161	1·376
	6	5	2	5			Elektrizitätswirtschaft:						
	6	5	2	5	5	35	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	3·414	3·414	4·013	3·948
	6	5	2	5	6	35	Förderungsausgaben	.....	0·040	.....	0·040	0·040	0·440
							Summe 6525	.....	0·040	3·414	3·454	4·053	4·388
	6	5	2	6			Unterstützung nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen:						
	6	5	2	6	4	33	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	64·675	.....	64·675	47·755	45·017
	6	5	2	6	6	33	Förderungsausgaben	.....	35·840	.....	35·840	29·304	17·879
							Summe 6526	.....	100·515	.....	100·515	77·059	62·896
	6	5	2	7			Verstaatlichte Unternehmungen:						
	6	5	2	7	6	33	DDSG	.....	13·240	.....	13·240	13·369	9·450
	6	5	2	9	5	43	Bezugsvorschüsse	.....	.....	1·817	1·817	1·047	1·475
							Summe 652	.....	132·246	5·531	137·777	102·141	84·551

[1] Verwaltungsaufwand bei dem Ansatz 1/650 mitveranschlagt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	5	2				Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen):					
	6	5	2	0			Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten (Zweckgeb. Einn.):					
	6	5	2	0	0	22	Zweckgebundene Einnahmen	0·400	.....	0·400	0·400	0·322
	6	5	2	0	3	22	Zweckgebundene Einnahmen (V) [1]	.....	0·300	0·300	0·300	0·187
							Summe 6520 ...	0·400	0·300	0·700	0·700	0·509
	6	5	2	1	4	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	2·213	.....	2·213	1·961	2·146
	6	5	2	2			Sonstige Schiffahrt:					
	6	5	2	2	4	33	Laufende Einnahmen	0·007	.....	0·007	0·011	0·011
	6	5	2	2	9	33	Einnahmen (V) [2]	.....	0·071	0·071	0·066	0·067
							Summe 6522 ...	0·007	0·071	0·078	0·077	0·078
	6	5	2	3			Zivilluftfahrt:					
	6	5	2	3	4	33	Laufende Einnahmen	0·003	.....	0·003	0·004	0·005
	6	5	2	3	9	33	Einnahmen (V) [2]	.....	0·027	0·027	0·025	0·025
							Summe 6523 ...	0·003	0·027	0·030	0·029	0·030
	6	5	2	4			Allgemeiner Verkehr:					
	6	5	2	4	4	33	Laufende Einnahmen	0·001	.....	0·001	0·001	.....
	6	5	2	4	9	33	Einnahmen (V) [2]	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 6524 ...	0·001	0·001	0·002	0·002	.....
	6	5	2	5			Elektrizitätswirtschaft:					
	6	5	2	5	4	35	Laufende Einnahmen	0·756	.....	0·756	0·699	0·468
	6	5	2	5	9	35	Einnahmen (V) [2]	.....	2·862	2·862	2·547	2·011
							Summe 6525 ...	0·756	2·862	3·618	3·246	2·479
	6	5	2	9	9	43	Bezugsvorschußersätze [2]	.....	1·720	1·720	1·720	1·622
							Summe 652 ...	3·380	4·981	8·361	7·735	6·864

[1] Im BVA 1971 als Unterteilung 2 veranschlagt gewesen.
[2] Im BVA 1971 als Unterteilung 7 veranschlagt gewesen.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	6	5	3				Zivilluftfahrteinrichtungen:						
	6	5	3	0			Bundesamt für Zivilluftfahrt (Betriebsähnliche Einrichtung):						
	6	5	3	0	0	33	Personalaufwand	109·427	.....	.....	109·427	93·896	89·682
	6	5	3	0	1	33	Verwaltungsaufwand	.....	12·435	.....	12·435	11·435	10·126
	6	5	3	0	3	33	Anlagen	.....	.....	37·989	37·989	45·543	28·699
	6	5	3	0	8	33	Aufwandskredite	.....	48·149	.....	48·149	44·137	42·738
							Summe 6530 ...	109·427	60·584	37·989	208·000	195·011	171·245
	6	5	3	1	3	41	Zivilschutz	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
							Summe 653 ...	109·427	60·584	37·990	208·001	195·012	171·245
	6	5	4				Amt für Schiffahrt einschl. Dienststellen der Schiffahrtspolizei:						
	6	5	4	0	0	43	Personalaufwand	6·549	.....	.....	6·549	5·384	4·150
	6	5	4	0	1	43	Verwaltungsaufwand	.....	1·144	.....	1·144	1·078	1·045
	6	5	4	0	3	43	Anlagen	.....	.....	2·987	2·987	3·558	1·980
	6	5	4	0	8	43	Aufwandskredite	.....	7·197	.....	7·197	6·288	6·425
							Summe 654 ...	6·549	8·341	2·987	17·877	16·308	13·600
							Gesamtausgaben 65 ...	220·304	571·851	46·955	839·110	777·046	728·117
							Gesamtausgaben 1/6 ...	1.535·575	8.909·259	6.090·895	16.535·729	14.792·105	13.764·583
							5/6 ...	.....	498·658	1.882·685	2.381·343	1.902·703	1.815·713
							Gesamtausgaben 6 ...	1.535·575	9.407·917	7.973·580	18.917·072	16.694·808	15.580·296
							Gesamtausgaben 1/0 bis 6 ...	23.406·721	66.585·336	14.114·371	104.106·428	91.412·639	83.258·555
							5/0 bis 6 ...	.....	1.130·131	2·153·212	3.283·343	2.867·794	3.041·729
							Gesamtausgaben 0 bis 6 ...	23.406·721	67.715·467	16.267·583	107.389·771	94.280·433	86.300·284

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	6	5	3				Zivilluftfahrteinrichtungen:					
	6	5	3	0			Bundesamt für Zivilluftfahrt (Betriebsähnliche Einrichtung):					
	6	5	3	0	4	33	Laufende Einnahmen	6·706	.....	6·706	0·640	2·260
	6	5	3	0	7	33	Einnahmen (V)	.....	0·062	0·062	0·062	0·052
							Summe 653...	6·706	0·062	6·768	0·702	2·312
	6	5	4				Amt für Schiffahrt einschl. Dienststellen der Schiffahrtspolizei:					
	6	5	4	0	4	43	Laufende Einnahmen	0·151	.....	0·151	0·107	0·077
	6	5	4	0	7	43	Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	.....
							Summe 654 ...	0·151	0·003	0·154	0·110	0·077
							Gesamteinnahmen 65 ...	11·023	5·080	16·103	9·130	10·307
							Gesamteinnahmen 6...	2.474·033	45·271	2.519·304	2.269·113	2.267·057
							Gesamteinnahmen 2/0 bis 6...	92.099·866	10.615·474	102.715·340	89.813·919	82.797·929
							6/0 bis 6...	.....	358·003	358·003	125·202	86·695
							Gesamteinnahmen 0 bis 6...	92.099·866	10.973·477	103.073·343	89.939·121	82.884·624

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
	7						**Bundesbetriebe**						
1	**7**	**0**					**Staatsdruckerei:**						
	7	0	2				Personalaufwand:						
	7	0	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	144·054	.....	.....	144·054	117·413	116·423
	7	0	2	1	0	37	Pensionsaufwand	27·906	.....	.....	27·906	26·619	24·688
							Summe 702	171·960	.....	.....	171·960	144·032	141·111
	7	0	3				Sachaufwand:						
	7	0	3	1	3	37	Anlagen	.....	.....	34·296	34·296	39·489	32·722
	7	0	3	2	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·678	0·678	0·481	0·538
	7	0	3	4	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	15·612	.....	15·612	26·225	17·842
	7	0	3	6	8	37	Aufwandskredite	.....	101·534	.....	101·534	79·403	92·551
							Summe 703	.....	117·146	34·974	152·120	145·598	143·653
							Gesamtausgaben 70	171·960	117·146	34·974	324·080	289·630	284·764

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
	7						**Bundesbetriebe:**					
2	7	0					**Staatsdruckerei:**					
	7	0	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	0	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·570	.....	0·570	0·570	0·599
	7	0	2	1	8	37	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·160	0·160	0·163	0·175
							Summe 702 ...	0·570	0·160	0·730	0·733	0·774
	7	0	3	2	9	37	Vorschußersätze [1]	.....	0·401	0·401	0·360	0·403
	7	0	4	0	4	37	Wiener Zeitung	30·400	.....	30·400	25·740	28·222
	7	0	5	0	4	37	Pensions- und Provisionsbeiträge	0·920	.....	0·920	0·820	0·899
	7	0	6				Erzeugung und Verlag: [2]					
	7	0	6	0	4	37	Erzeugung	213·500	.....	213·500	174·000	173·119
	7	0	6	1	4	37	Verlag	62·710	.....	62·710	53·600	58·168
							Summe 706 ...	276·210	.....	276·210	227·600	231·287
							Gesamteinnahmen 70 ...	308·100	0·561	308·661	255·253	261·585

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/70217 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Titel 2/703 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	324·080	289·630	284·764
Betriebseinnahmen	308·661	255·253	261·585
Betriebsabgang	15·419	34·377	23·179

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	1					**Bundestheater:**						
	7	1	0				Personalaufwand:						
	7	1	0	0	0	13	Aktivitätsaufwand	470·400	.....	.....	470·400	421·890	378·660
	7	1	0	1	0	13	Pensionsaufwand	119·592	.....	.....	119·592	94·050	91·040
							Summe 710 ...	589·992	.....	.....	589·992	515·940	469·700
	7	1	1				Sachaufwand:						
	7	1	1	3	3	13	Anlagen	.....	.....	17·600	17·600	18·550	22·779
	7	1	1	5	5	13	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	1·458	1·458	1·735	1·513
	7	1	1	6	7	13	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	2·388	.....	2·388	2·140	1·692
	7	1	1	8	8	13	Sonstige Aufwandskredite	.....	107·400	.....	107·400	102·790	102·989
							Summe 711 ...	.....	109·788	19·058	128·846	125·215	128·973
							Gesamtausgaben 71 ...	589·992	109·788	19·058	718·838	641·155	598·673

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	1					**Bundestheater:**					
	7	1	1	5	9	13	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·750	0·750	0·750	0·929
	7	1	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	1	2	0	4	13	Laufende Einnahmen	6·750	.....	6·750	6·750	9·858
	7	1	2	1	8	13	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·100	0·100	0·100	0·146
							Summe 712	6·750	0·100	6·850	6·850	10·933
	7	1	3	0	4	13	Tageseinnahmen	128·000	.....	128·000	120·000	123·803
	7	1	5	0	4	13	Pensions- und Provisionsbeiträge	24·400	.....	24·400	22·400	19·237
							Gesamteinnahmen 71	159·150	0·850	160·000	150·000	153·973

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/71217 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	718·838	641·155	598·673
Betriebseinnahmen	160·000	150·000	153·973
Betriebsabgang	558·838	491·155	444·700

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	2					**Bundesapotheken:**						
	7	2	2				Personalaufwand:						
	7	2	2	0	0	38	Aktivitätsaufwand	3·830	.....	.....	3·830	2·308	1·976
	7	2	2	1	0	38	Pensionsaufwand	0·426	.....	.....	0·426	0·490	0·418
							Summe 722	4·256	.....	.....	4·256	2·798	2·394
	7	2	3				Sachaufwand:						
	7	2	3	1	3	38	Anlagen	.....	.....	0·043	0·043	0·010	.....
	7	2	3	2	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·020	0·020	0·021	.....
	7	2	3	4	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·626	.....	0·626	0·615	1·176
	7	2	3	6	8	38	Sonstige Aufwandskredite	.....	6·609	.....	6·609	3·221	2·357
							Summe 723	.....	7·235	0·063	7·298	3·867	3·533
							Gesamtausgaben 72	4·256	7·235	0·063	11·554	6·665	5·927

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	2					**Bundesapotheken:**					
	7	2	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	2	2	0	4	38	Laufende Einnahmen	1·005	.....	1·005	1·540	1·387
	7	2	2	1	8	38	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·004	0·004	0·001	.....
							Summe 722...	1·005	0·004	1·009	1·541	1·387
	7	2	3	2	9	38	Darlehensrückzahlungen [1]	.....	0·007	0·007	0·005	.....
	7	2	4	0	4	38	Warenverkauf [2]	10·867	.....	10·867	5·271	4·389
							Gesamteinnahmen 72...	11·872	0·011	11·883	6·817	5·776

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/72217 veranschlagt gewesen.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/72304 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	11·554	6·665	5·927
Betriebseinnahmen	11·883	6·817	5·776
Betriebsüberschuß	0·329	0·152	.....
Betriebsabgang	.....	.....	0·151

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	3					**Salz (Monopol):** [1]						
	7	3	2				Personalaufwand:						
	7	3	2	0	0	36	Aktivitätsaufwand	82·554	.....	.....	82·554	76·629	77·014
	7	3	2	1	0	36	Pensionsaufwand	69·347	.....	.....	69·347	61·559	57·471
							Summe 732...	151·901	.....	.....	151·901	138·188	134·485
	7	3	3				Sachaufwand:						
	7	3	3	1	3	36	Anlagen	.....	.....	15·231	15·231	16·830	16·911
	7	3	3	2	5	36	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·620	0·620	0·715	0·297
	7	3	3	3	6	36	Förderungsausgaben	.....	0·404	.....	0·404	0·400	0·145
	7	3	3	4	7	36	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	8·389	.....	8·389	19·067	18·826
	7	3	3	5	8	36	Aufwandskredite	.....	83·428	.....	83·428	81·154	85·334
	7	3	3	7	8	36	Zweckgebundener Aufwand für Berg- und Hüttenbesuche	.....	4·200	.....	4·200	4·162	4·942
							Summe 733...	.....	96·421	15·851	112·272	122·328	126·455
							Gesamtausgaben 73...	151·901	96·421	15·851	264·173	260·516	260·940

[1]) Einschließlich Personenseilbahn Hallstatt.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	3					**Salz (Monopol):** [1]					
	7	3	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	3	2	0	4	36	Laufende Einnahmen	3·797	.....	3·797	3·518	3·946
	7	3	2	1	8	36	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·330	0·330	0·530	0·883
							Summe 732 ...	3·797	0·330	4·127	4·048	4·829
	7	3	3	0	0	36	Zweckgebundene Einnahmen [2]	5·601	.....	5·601	5·601	7·538
	7	3	3	2	9	36	Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze [3]	.....	0·703	0·703	0·514	0·698
	7	3	4	0	4	36	Produktenverschleiß	239·003	.....	239·003	249·901	248·115
	7	3	5	0	4	36	Pensions-, Provisions- und Krankenfürsorgebeiträge ...	5·566	.....	5·566	5·340	5·229
							Gesamteinnahmen 73 ...	253·967	1·033	255·000	265·404	266·409

[1]) Einschließlich Personenseilbahn Hallstatt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei den Ansätzen 1/73313, 1/73336 und 1/73378 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/73217 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	264·173	260·516	260·940
Betriebseinnahmen	255·000	265·404	266·409
Monopolsabgang	9·173	.....	.....
Monopolsertrag	.....	4·888	5·469

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	4					**Glücksspiele (Monopol):**						
	7	4	2				Personalaufwand:						
	7	4	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	10·459	.....	.....	10·459	8·853	8·271
	7	4	2	1	0	37	Pensionsaufwand	4·230	.....	.....	4·230	3·306	2·723
							Summe 742...	14·689	.....	.....	14·689	12·159	10·994
	7	4	3				Sachaufwand:						
	7	4	3	0	3	37	Anlagen	.....	.....	0·072	0·072	1·891	1·044
	7	4	3	1	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·032	0·032	0·031	0·033
	7	4	3	2	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	3·145	.....	3·145	2·781	3·181
	7	4	3	3	8	37	Regieaufwand	.....	40·825	.....	40·825	34·055	34·754
	7	4	3	4	7	37	Zahlenlotto (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	33·830	.....	33·830	31·600	30·324
	7	4	3	5	8	37	Zahlenlotto	.....	22·957	.....	22·957	21·290	23·217
	7	4	3	6	7	37	Klassenlotterie (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	214·393	.....	214·393	206·582	180·046
	7	4	3	7	8	37	Klassenlotterie	.....	61·500	.....	61·500	58·207	55·553
	7	4	3	8	7	37	Sporttoto (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	168·031	.....	168·031	153·020	175·104
	7	4	3	9	8	37	Sporttoto	.....	20·168	.....	20·168	16·888	20·127
							Summe 743...	.....	564·849	0·104	564·953	526·345	523·383
							Gesamtausgaben 74...	14·689	564·849	0·104	579·642	538·504	534·377

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	4					**Glücksspiele (Monopol):**					
	7	4	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	4	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	8·784	.....	8·784	8·865	7·719
	7	4	2	1	8	37	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·003	0·003	0·003	.....
							Summe 742...	8·784	0·003	8·787	8·868	7·719
	7	4	3	0	0	37	Verwaltungskostenbeiträge (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	0·500	.....	0·500	0·500	0·500
	7	4	3	1	9	37	Vorschußersätze [2]	.....	0·034	0·034	0·029	0·033
	7	4	5	0	4	37	Pensionsbeiträge	0·363	.....	0·363	0·320	0·288
	7	4	8	0	4	37	Zahlenlotto	85·000	.....	85·000	79·000	82·663
	7	4	8	1	4	37	Klassenlotterie	319·651	.....	319·651	305·185	283·907
	7	4	8	2	4	37	Sporttoto	231·720	.....	231·720	203·944	229·518
							Gesamteinnahmen 74...	646·018	0·037	646·055	597·846	604·628

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/74303 Post 0220 und Ansatz 1/74338 Post 6161 007 mitveranschlagt.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/74217 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	579·642	538·504	534·377
Betriebseinnahmen [1])	646·055	597·846	604·628
Monopolsertrag	[2]) 66·413	59·342	70·251

[1]) Überdies fließen der Finanzverwaltung im Jahre 1973 an 25prozentigen Gebühren von den Gewinnen im Zahlenlotto sowie an Einsatzgebühr und gestaffelter Gewinstgebühr aus dem Sporttotobetrieb 37·183 Millionen Schilling, an 25prozentigen Gebühren von Geldtreffern bei Geld- und gemischten Lotterien bzw. von den nicht in Geld bestehenden Haupttreffern von Wertlotterien, soweit sie in Bargeld abgelöst werden, ferner an Gebühren nach § 33 TP 17 Ziffer 7 lit. a des Gebührengesetzes 1957 von Ausspielungen 2 Millionen Schilling, daher in Summe 39·183 Millionen Schilling zu, welche beim Ansatz 2/525 mitveranschlagt sind, ferner die Spielbankabgabe in Höhe von 82 Millionen Schilling, die beim Ansatz 2/52674 veranschlagt wird.

	Mill. S
[2]) Monopolsertrag	66·413
hiezu: beim Titel 2/525 veranschlagte Gebühren	39·183
beim Ansatz 2/52674 veranschlagte Spielbankabgabe	82·000
Summe...	187·596
für Sportverbände verwendete Erträge	65·613
Gesamtertrag...	253·209

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	5					**Branntwein (Monopol):**						
	7	5	2				Personalaufwand:						
	7	5	2	0	0	38	Aktivitätsaufwand	7·198	.....	.....	7·198	5·820	5·120
	7	5	2	1	0	38	Pensionsaufwand	0·240	.....	.....	0·240	0·224	0·209
							Summe 752 ...	7·438	.....	.....	7·438	6·044	5·329
	7	5	3				Sachaufwand:						
	7	5	3	1	3	38	Anlagen	.....	.....	0·113	0·113	0·121	0·134
	7	5	3	2	5	38	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·070	0·070	0·055	0·020
	7	5	3	4	7	38	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	7·081	.....	7·081	37·220	68·881
	7	5	3	5	8	38	Regieaufwand	.....	0·790	.....	0·790	0·747	0·704
	7	5	3	6	8	38	Sonstige Aufwandskredite	.....	216·998	.....	216·998	197·698	203·242
							Summe 753 ...	.....	224·869	0·183	225·052	235·841	272·981
							Gesamtausgaben 75 ...	7·438	224·869	0·183	232·490	241·885	278·310

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	5					**Branntwein (Monopol):**					
	7	5	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	5	2	0	4	38	Laufende Einnahmen	1·388	.....	1·388	1·389	1·299
	7	5	2	1	8	38	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·011	0·011	0·001	0·077
							Summe 752 ...	1·388	0·011	1·399	1·390	1·376
	7	5	3	0	4	38	Branntweinverkaufserlöse	789·235	.....	789·235	704·250	756·945
	7	5	3	2	9	38	Bezugsvorschußersätze [1]	.....	0·019	0·019	0·015	0·032
							Gesamteinnahmen 75 ...	790·623	0·030	790·653	705·655	758·353

[1] Im BVA 1971 als Ansatz 2/75217 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	232·490	241·885	278·310
Betriebseinnahmen	790·653	705·655	758·353
Monopolsertrag	558·163	463·770	480·043

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	6					**Hauptmünzamt:**						
	7	6	2				Personalaufwand:						
	7	6	2	0	0	37	Aktivitätsaufwand	21·893	.....	.....	21·893	18·247	16·360
	7	6	2	1	0	37	Pensionsaufwand	4·723	.....	.....	4·723	4·534	3·577
							Summe 762...	26·616	.....	.....	26·616	22·781	19·937
	7	6	3				Sachaufwand:						
	7	6	3	1	3	37	Anlagen	.....	.....	8·377	8·377	4·306	4·131
	7	6	3	2	5	37	Förderungsausgaben (D)	.....	.....	0·096	0·096	0·111	0·019
	7	6	3	4	7	37	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	0·208	.....	0·208	1·015	0·813
	7	6	3	5	8	37	Sonstige Aufwandskredite	.....	347·504	.....	347·504	282·467	176·472
							Summe 763...	.....	347·712	8·473	356·185	287·899	181·435
							Gesamtausgaben 76...	26·616	347·712	8·473	382·801	310·680	201·372

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung	Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	6					**Hauptmünzamt:**					
	7	6	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	6	2	0	4	37	Laufende Einnahmen	0·736	.....	0·736	0·522	0·780
	7	6	2	0	8	37	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·001	0·001	0·001	0·020
							Summe 762...	0·736	0·001	0·737	0·523	0·800
	7	6	3	0	4	37	Gebühren und Erlöse	29·050	.....	29·050	28·095	54·676
	7	6	3	2	9	37	Vorschußersätze [1]	.....	0·007	0·007	0·016	0·015
	7	6	4	0	4	37	Vergütungen	366·004	.....	366·004	289·664	204·066
	7	6	5	0	4	37	Pensions- und Provisionsbeiträge	0·328	.....	0·328	0·280	0·439
	7	6	6	0	4	37	Übrige Betriebseinnahmen	11·420	.....	11·420	17·120	6·335
							Gesamteinnahmen 76 ...	407·538	0·008	407·546	335·698	266·331

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/76207 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	382·801	310·680	201·372
Betriebseinnahmen	407·546	335·698	266·331
Betriebsüberschuß	24·745	25·018	64·959

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	7					**Österreichische Bundesforste:**						
	7	7	2				Personalaufwand:						
	7	7	2	0	0	34	Aktivitätsaufwand	512·124	.....	.....	512·124	480·992	469·054
	7	7	2	1	0	34	Pensionsaufwand	67·424	.....	.....	67·424	66·503	61·963
							Summe 772...	579·548	.....	.....	579·548	547·495	531·017
	7	7	3				Sachaufwand:						
	7	7	3	0	3	34	Anlagen (Zweckgebundene Gebarung) [1] [2]	.....	.....	12·500	12·500	9·900	34·415
	7	7	3	1	3	34	Sonstige Anlagen	.....	.....	85·715	85·715	82·247	95·685
	7	7	3	2	3	34	Anlagen (Bodensicherung)	.....	.....	0·001	0·001	.....	.....
	7	7	3	2	5		Förderungsausgaben (D)	.....	.....	5·593	5·593	5·129	4·582
						23		.....	.....	*2·382*	*2·382*	*2·350*	*1·952*
						34		.....	.....	*3·211*	*3·211*	*2·779*	*2·630*
	7	7	3	3	6		Förderungsausgaben	.....	0·362	.....	0·362	0·343	0·300
						12		.....	*0·300*	.....	*0·300*	*0·300*	*0·300*
						34		.....	*0·062*	.....	*0·062*	*0·043*	.....
	7	7	3	4	7	34	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	36·682	.....	36·682	51·284	52·168
	7	7	3	6	8	34	Aufwandskredite	.....	177·996	.....	177·996	153·774	152·211
							Summe 773...	.....	215·040	103·809	318·849	302·677	339·361
							Gesamtausgaben 77...	579·548	215·040	103·809	898·397	850·172	870·378

[1] Einschließlich der Erwerbungen von Bundesdienststellen.
[2] Weitere Ausgaben können nach Maßgabe der Einnahmen beim Ansatz 2/54607 Post 0002/006 getätigt werden.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	7					**Österreichische Bundesforste:**					
	7	7	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	7	2	1	4	34	Laufende Einnahmen	909·301	.....	909·301	854·788	858·185
	7	7	2	2	8	34	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·789	0·789	0·968	1·082
							Summe 772...	909·301	0·789	910·090	855·756	859·267
	7	7	3				Übrige Einnahmen:					
	7	7	3	0	0	34	Vergütungen (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	3·500	.....	3·500	1·000	6·617
	7	7	3	0	2	34	Grundverkäufe (Zweckgebundene Einnahmen) [1]	.....	9·000	9·000	9·000	29·259
	7	7	3	2	9	34	Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze [2]	.....	4·375	4·375	3·720	3·873
	7	7	3	5	4	34	Pensionsbeiträge	0·742	.....	0·742	0·695	0·696
							Laufende Einnahmen	.....	.....	.....	0·001	.....
							Summe 773...	4·242	13·375	17·617	14·416	40·445
							Gesamteinnahmen 77...	913·543	14·164	927·707	870·172	899·712

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei dem Ansatz 1/77303 veranschlagt.
[2]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/77227 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	898·397	850·172	870·378
Betriebseinnahmen	927·707	870·172	899·712
Betriebsüberschuß	29·310	20·000	29·334

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973				Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Laufende Ausgaben		Vermögensgebarung	Summe		
								persönliche	sachliche				
								Millionen Schilling					
1	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt:**						
	7	8	2				Personalaufwand:						
	7	8	2	0	0	33	Aktivitätsaufwand	5.437·177	.....	.....	5.437·177	4.774·554	4.312·529
	7	8	2	1	0	33	Pensionsaufwand	1.787·445	.....	.....	1.787·445	1.639·529	1.529·697
							Summe 782...	7.224·622	.....	.....	7.224·622	6.414·083	5.842·226
	7	8	3				Sachaufwand:						
	7	8	3	0	3	33	Fernmeldeanlagen	.....	.....	93·162	93·162	139·660	174·652
	7	8	3	1	3	33	Sonstige Anlagen	.....	.....	194·062	194·062	174·302	129·759
	7	8	3	2	5		Förderungsausgaben (D)	.....	.....	73·738	73·738	61·832	36·146
						23		.....	.....	*16·002*	*16·002*	*15·817*	.....
						33		.....	.....	*57·736*	*57·736*	*46·015*	*36·146*
	7	8	3	3	6	33	Förderungsausgaben	.....	0·618	.....	0·618	0·337	0·130
	7	8	3	4	7	33	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	387·309	.....	387·309	319·709	300·500
	7	8	3	5	8	33	Aufwandskredite	.....	1.186·495	.....	1.186·495	1.183·751	1.153·477
	7	8	3	7	3	33	Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren [1]	.....	.....	2.743·000	2.743·000	2.238·000	2.268·337
							Summe 783...	.....	1.574·422	3.103·962	4.678·384	4.117·591	4.063·001
							Gesamtausgaben 78...	7.224·622	1.574·422	3.103·962	11.903·006	10.531·674	9.905·227

[1]) Auf Grund des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 312/1971 (Fernmeldeinvestitionsgesetz), erfolgt ab dem Jahre 1965 die Finanzierung der Ausgaben für die Vollautomatisierung und Erweiterung des österreichischen Fernsprechnetzes aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren.

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt:**					
	7	8	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	8	2	0	4	33	Laufende Einnahmen	308·567	.....	308·567	283·332	257·619
	7	8	2	1	8	33	Sonstige Einnahmen (V)	.....	0·885	0·885	0·478	0·229
							Summe 782 ...	308·567	0·885	309·452	283·810	257·848
	7	8	3	2	9	33	Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze [1]	.....	31·742	31·742	30·010	29·608
	7	8	4				Gebühren: [2] [3]					
	7	8	4	0	4	33	Gebühren/Post	2.940·000	.....	2.940·000	2.843·000	2.711·838
	7	8	4	1	4	33	Gebühren/Telegraph	100·000	.....	100·000	100·000	96·177
	7	8	4	2	4	33	Gebühren/Fernschreiber	280·000	.....	280·000	265·000	252·562
	7	8	4	3			Fernsprecher:					
	7	8	4	3	0	33	Zweckgebundene Gebühren/Fernsprecher [4]	2.743·000	.....	2.743·000	2.238·000	2.308·509
	7	8	4	3	4	33	Sonstige Gebühren/Fernsprecher	2.700·000	.....	2.700·000	2.500·000	2.000·000
							Summe 7843 ...	5.443·000	.....	5.443·000	4.738·000	4.308·509
	7	8	4	4	4	33	Gebühren/Funk	278·300	.....	278·300	272·380	262·809
							Summe 784 ...	9.041·300	.....	9.041·300	8.218·380	7.631·895
	7	8	5	0	4	33	Postauto [2] [5]	469·400	.....	469·400	392·000	417·257
	7	8	6	0	4	33	Pensionsbeiträge [6]	285·720	.....	285·720	259·960	227·292
	7	8	7	0	4	33	Vergütung seitens der Österr. Postsparkasse [7]	190·412	.....	190·412	180·125	172·881
							Gesamteinnahmen 78 ...	10.295 399	32·627	10.328·026	9.364·285	8.736·781

[1]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/78217 veranschlagt gewesen.

[2]) Für die Weitergabe von Gebührenanteilen und die Rückzahlung von Fahrtgebühren sind beim Ansatz 1/78347 Posten 7222, 7223 und 7224 folgende Beträge ausgewiesen:

	1973	1972	1971
	Millionen Schilling		
Fernmeldedienst	104·475	85·324	77·987
Postdienst	45·766	38·610	40·336
Postautodienst	1·633	1·767	1·579
Summe...	151·874	125·701	119·902

[3]) Im BVA 1971 als Titel 2/783 veranschlagt gewesen.

[4]) Korrespondierende Ausgaben beim Ansatz 1/78373.

[5]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/78404 veranschlagt gewesen.

[6]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/78504 veranschlagt gewesen.

[7]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/78604 veranschlagt gewesen.

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	11.903·006	10.531·674	9.905·227
Betriebseinnahmen	10.328·026	9.364·285	8.736·781
Betriebsabgang	1.574·980	1.167·389	1.168·446

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben persönliche	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Ausgaben sachliche	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling					
	7	9					**Österreichische Bundesbahnen:**						
1	7	9	2				Personalaufwand:						
	7	9	2	0	0	33	Aktivitätsaufwand	7.214·417	.....	.....	7.214·417	6.716·871	6.231·621
	7	9	2	1			Pensionsaufwand:						
	7	9	2	1	0	33	Gesamt-Pensionsaufwand	5.161·080	.....	.....	5.161·080	4.553·348	4.157·941
	7	9	2	1	0	33	Ab Ersatz vom Kapitel Pensionen (Hoheitsverwaltung)	1.700·000	.....	.....	1.700·000	1.700·000	1.700·000
							Summe 7921	3.461·080	.....	.....	3.461·080	2.853·348	2.457·941
							Summe 792	10.675·497	.....	.....	10.675·497	9.570·219	8.689·562
	7	9	3				Sachaufwand:						
	7	9	3	1	3	33	Anlagen	.....	.....	902·150	902·150	790·577	617·643
	7	9	3	2	5		Förderungsausgaben (D)	.....	.....	64·074	64·074	71·405	24·893
						23		.....	.....	*22·285*	*22·285*	*23·290*	.....
						33		.....	.....	*41·789*	*41·789*	*48·115*	*24·893*
	7	9	3	3	6	33	Förderungsausgaben	.....	0·048	.....	0·048	0·056	0·053
	7	9	3	4	7	33	Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	.....	737·982	.....	737·982	1.098·790	934·019
	7	9	3	5	8	33	Aufwandskredite	.....	2.221·686	.....	2.221·686	2.102·265	2.058·026
	7	9	3	8	3	33	Erhöhung der Materialvorräte	.....	.....	0·001	0·001	0·001	.....
	7	9	3	9	8	33	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)	.....	98·940	.....	98·940	86·843	72·779
							Summe 793	.....	3.058·656	966·225	4.024·881	4.149·937	3.707·413
							Summe 1/79	10.675·497	3.058·656	966·225	14.700·378	13.720·156	12.396·975
5	798/799						Außerordentliche Gebarung:						
	7	9	8	0	3	33	Elektrifizierung [1]	.....	.....	650·000	650·000	.....	.....
	7	9	8	1	3	33	Schnellbahn	.....	.....	30·000	30·000	44·550	96·701
	7	9	8	2	3	33	Sonstige Investitionen [1]	.....	.....	886·959	886·959	.....	.....
							Elektrifizierung, Fahrpark u. sonstige Investitionen	.....	.....	.....	.....	975·811	822·916
							Summe 798	.....	.....	1.566·959	1.566·959	1.020·361	919·617
							Summe 1/79 und 5/798	10.675·497	3.058·656	2·533·184	16.267·337	14.740·517	13.316·592
	7	9	9	0	3	33	Güterbahnhof Wolfurt	.....	.....	100·000	100·000	128·500	10·549
							Gesamtausgaben 1/79	10.675·497	3.058·656	966·225	14.700·378	13.720·156	12.396·975
							5/79	.....	.....	1.666·959	1.666·959	1.148·861	930·166
							Gesamtausgaben 79	10.675·497	3.058·656	2.633·184	16·367·337	14.869·017	13.327·141
							Gesamtausgaben 1/7	19.446·519	6.316·138	4.252·702	30.015·359	27.391·037	25.336·943
							5/7	.....	.....	1.666·959	1.666·939	1.148·861	930·166
							Gesamtausgaben 7	19.446·519	6.316·138	5.919·661	31.682·318	28.539·898	26.267·109
							Gesamtausgaben 1/0 bis 7	42.853·240	72.901·474	18.367·073	134.121·787	118.803·676	108.595·498
							5/0 bis 7	.....	1.130·131	3.820·171	4.950·302	4.016·655	3.971·895
							Gesamtausgaben 0 bis 7	42.853·240	74.031·605	22.187·244	139.072·089	122.820·331	112.567·393

[1]) Im BVA 1971 und 1972 als „Elektrifizierung, Fahrpark und sonstige Investitionen" veranschlagt gewesen.

www.parlament.gv.at

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Laufende Einnahmen	Bundesvoranschlag 1973 Vermögensgebarung	Bundesvoranschlag 1973 Summe	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
								Millionen Schilling				
2	7	9					**Österreichische Bundesbahnen:**					
	7	9	2				Allgemeine Betriebseinnahmen:					
	7	9	2	0	0	33	Zweckgebundene Einnahmen [1]	3·892	.....	3·892	13·030	35·480
	7	9	2	1	2	33	Zweckgebundene Einnahmen (V) [2]	.....	2·000	2·000	2·001	17·445
	7	9	2	2	4	33	Laufende Einnahmen	1.224·185	.....	1.224·185	1.141·110	1.088·605
	7	9	2	3	8	33	Sonstige Einnahmen (V)	.....	1·000	1·000	0·600	2·343
							Summe 792	1.228·077	3·000	1.231·077	1.156·741	1.143·873
	7	9	3	0	4	33	Personenverkehrseinnahmen	2.997·000	.....	2.997·000	2.624·000	2.530·312
	7	9	3	2	9	33	Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze [3]	.....	27·370	27·370	27·220	27·525
	7	9	4	0	4	33	Güterverkehrseinnahmen	6.299·600	.....	6.299·600	6.652·700	5·860·727
	7	9	5	0	4	33	Abgeltung der Sozial- und Subventions-Tarife	350·000	.....	350·000	350·000	350·000
	7	9	6	0	7	33	Verminderung der Materialvorräte	.....	0·001	0·001	0·001	0·322
	7	9	7	0	0	33	Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)	98·940	.....	98·940	87·720	72·780
	7	9	8	0	0	33	Schnellbahn (Zweckgebundene Einnahmen)	0·001	.....	0·001	0·001	.....
							Gesamteinnahmen 79	10.973·618	30·371	11.003·989	10.898·383	9.985·539
							Gesamteinnahmen 7	24.759·828	79·692	24.839·520	23.449·513	21.939·088
							Gesamteinnahmen 2/0 bis 7	116.859·694	10.695·166	127.554·860	113.263·432	104.737·017
							6/0 bis 7	.....	358·003	358·003	125·202	86·695
							Gesamteinnahmen 0 bis 7	116.859·694	11.053·169	127.912·863	113.388·634	104.823·712

Saldo

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
	Millionen Schilling		
Betriebsausgaben	14.700·378	13.720·156	12.396·975
Betriebseinnahmen	11.003·989	10.898·383	9.985·539
Betriebsabgang	3.696·389	2.821·773	2.411·436
Außerordentliche Gebarung (ohne Güterbahnhof Wolfurt)	1.566·959	1.020·361	919·617
Gesamtabgang	5.263·348	3.842·134	3·331·053
Außerordentliche Gebarung (Güterbahnhof Wolfurt)	100·000	128·500	10·549
Insgesamt	5.363·348	3.970·634	3.341·602

[1]) Korrespondierende Ausgaben bei 79313, 79823 und 59229 mitveranschlagt.
[2]) Korrespondierende Ausgaben bei 79313 mitveranschlagt.
[3]) Im BVA 1971 als Ansatz 2/79237 veranschlagt gewesen.

Anlage Ia

Gesamt

(Anlagen

Bundesvoranschlag 1973, Zusammenfassung der

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung	Ordentliche Gebarung: persönliche	sachliche Ausgaben: Laufende Ausgaben	sachliche Ausgaben: Vermögensgebarung	sachliche Ausgaben: Summe	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Zeile
			Bruttogebarung in Millionen Schilling						
0	1	Präsidentschaftskanzlei	5·999	8·831	0·356	9·187	15·186	0·007	1
	2	Bundesgesetzgebung	22·417	192·851	6·285	199·136	221·553	4·261	2
	3	Verfassungsgerichtshof	2·592	7·898	0·115	8·013	10·605	0·037	3
	4	Verwaltungsgerichtshof	20·673	1·358	0·685	2·043	22·716	0·715	4
	6	Rechnungshof	37·445	12·423	0·661	13·084	50·529	0·015	5
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	210·504	292·825	5·250	298·075	508·579	21·430	6
	1	Inneres	2.909·501	487·733	100·350	588·083	3.497·584	87·458	7
	2	Unterricht	3.496·508	8.094·218	181·476	8.275·694	11.772·202	202·618	8
	3	Kunst	13·661	222·254	3·397	225·651	239·312	2·394	9
	4	Wissenschaft und Forschung	1.722·781	2.006·111	271·712	2.277·823	4.000·604	141·265	10
	5	Soziales	504·984	5.661·240	41·237	5.702·477	6.207·461	2.437·618	11
	6	Sozialversicherung	. . . . .	14.452·310	. . . . .	14.452·310	14.452·310	425·004	12
	7	Gesundheit und Umweltschutz	117·965	743·621	27·745	771·366	889·331	59·059	13
2	0	Äußeres	153·224	387·639	40·854	428·493	581·717	10·178	14
3	0	Justiz	1.199·889	455·164	40·991	496·155	1.696·044	1.037·420	15
4	0	Militärische Angelegenheiten	2.100·193	2.323·780	25·088	2.348·868	4.449·061	153·421	16
5	0	Finanzverwaltung	2.586·842	1.168·596	68·360	1.236·956	3.823·798	943·452	17
	1	Kassenverwaltung	360·000	1.193·631	1.288·396	2.482·027	2.842·027	22·252	18
	2	Öffentliche Abgaben	. . . . .	100·020	. . . . .	100·020	100·020	69.607·000	19
	3	Finanzausgleich	. . . . .	2.232·802	. . . . .	2.232·802	2.232·802	1.135·502	20
	4	Bundesvermögen	. . . . .	519·499	753·172	1.272·671	1.272·671	1.131·123	21
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	6.405·968	1.634·784	2·614	1.637·398	8.043·366	891·509	22
	6	Familienlastenausgleich	. . . . .	11.201·201	. . . . .	11.201·201	11.201·201	11.201·201	23
	7	Staatsvertrag	. . . . .	79·944	. . . . .	79·944	79·944	104·568	24
	9	Finanzschuld	. . . . .	4.195·344	5.164·732	9.360·076	9.360·076	6·326	25
6	0	Land- und Forstwirtschaft	413·678	2.146·099	59·135	2.205·234	2.618·912	735·446	26
	2	Preisausgleiche	. . . . .	2.408·647	. . . . .	2.408·647	2.408·647	519·215	27
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	140·670	531·635	15·044	546·679	687·349	358·660	28
	4	Bauten und Technik	760·923	3.251·027	5.969·761	9.220·788	9.981·711	849·689	29
	5	Verkehr	220·304	571·851	46·955	618·806	839·110	11·023	30
7	0	Staatsdruckerei	171·960	117·146	34·974	152·120	324·080	308·100	31
	1	Bundestheater	589·992	109·788	19·058	128·846	718·838	159·150	32
	2	Bundesapotheken	4·256	7·235	0·063	7·298	11·554	11·872	33
	3	Salz (Monopol)	151·901	96·421	15·851	112·272	264·173	253·967	34
	4	Glücksspiele (Monopol)	14·689	564·849	0·104	564·953	579·642	646·018	35
	5	Branntwein (Monopol)	7·438	224·869	0·183	225·052	232·490	790·623	36
	6	Hauptmünzamt	26·616	347·712	8·473	356·185	382·801	407·538	37
	7	Österreichische Bundesforste	579·548	215·040	103·809	318·849	898·397	913·543	38
	8	Post- und Telegraphenanstalt	7.224·622	1.574·422	3.103·962	4.678·384	11.903·006	10.295·399	39
	9	Österreichische Bundesbahnen	10.675·497	3.058·656	966·225	4.024·881	14.700·378	10.973·618	40
		Kapitel 01 bis 79 (Summe)	[1] 42.853·240	72.901·474	18.367·073	91.268·547	134.121·787	116.859·694	41

[1] Aktivitätsaufwand ..... 30.895·359 Millionen Schilling.
Pensionsaufwand ..... 11.957·881 Millionen Schilling.

Anlage Ia

übersichten

Ia bis Id)

ordentlichen und außerordentlichen Gebarung

Zeile	Ordentliche Gebarung			Außerordentliche Gebarung						Gesamtabgang (—), -überschuß (+)
	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	Abgang (—), Überschuß (+)	Laufende sachliche Ausgaben	Vermögensgebarung (Ausgaben)	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	
	Bruttogebarung in Millionen Schilling									
1	0·091	0·098	— 15·088	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 15·088
2	0·126	4·387	— 217·166	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 217·166
3	0·030	0·067	— 10·538	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 10·538
4	0·177	0·892	— 21·824	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 21·824
5	0·222	0·237	— 50·292	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 50·292
6	1·442	22·872	— 485·707	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 485·707
7	19·878	107·336	— 3.390·248	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.390·248
8	40·841	243·459	—11.528·743	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 11.528·743
9	0·210	2·604	— 236·708	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 236·708
10	9·788	151·053	— 3.849·551	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.849·551
11	17·050	2.454·668	— 3.752·793	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 3.752·793
12	. . . . .	425·004	—14.027·306	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 14.027·306
13	0·736	59·795	— 829·536	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 829·536
14	1·300	11·478	— 570·239	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 570·239
15	6·723	1.044·143	— 651·901	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 651·901
16	15·845	169·266	— 4.279·795	631·473	. . . . .	631·473	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 4.911·268
17	12·705	956·157	— 2.867·641	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2.867·641
18	10.327·781	10.350·033	+ 7.508·006	. . . . .	120·003	120·003	. . . . .	351·000	351·000	+ 7.739·003
19	. . . . .	69.607·000	+69.506·980	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 69.506·980
20	. . . . .	1.135·502	— 1.097·300	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.097·300
21	101·089	1.232·212	— 40·459	. . . . .	150·514	150·514	. . . . .	7·003	7·003	— 183·970
22	3·215	894·724	— 7.148·642	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 7.148·642
23	. . . . .	11.201·201	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
24	10·954	115·522	+ 35·578	. . . . .	0·010	0·010	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 35·568
25	. . . . .	6·326	— 9.353·750	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 9.353·750
26	9·383	744·829	— 1.874·083	381·000	. . . . .	381·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2.255·083
27	. . . . .	519·215	— 1.889·432	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.889·432
28	21·584	380·244	— 307·105	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 307·105
29	9·224	858·913	— 9.122·798	117·658	1.882·685	2.000·343	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 11.123·141
30	5·080	16·103	— 823·007	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 823·007
31	0·561	308·661	— 15·419	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 15·419
32	0·850	160·000	— 558·838	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 558·838
33	0·011	11·883	+ 0·329	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 0·329
34	1·033	255·000	— 9·173	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 9·173
35	0·037	646·055	+ 66·413	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 66·413
36	0·030	790·653	+ 558·163	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 558·163
37	0·008	407·546	+ 24·745	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 24·745
38	14·164	927·707	+ 29·310	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 29·310
39	32·627	10.328·026	— 1.574·980	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.574·980
40	30·371	11.003·989	— 3.696·389	. . . . .	1.666·959	1.666·959	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 5.363·348
41	10.695·166	127.554·860	— 6.566·927	1.130·131	3.820·171	4.950·302	. . . . .	358·003	358·003	— 11.159·226

Anlage I a
(Fortsetzung)

Unterschiede des Bundesvoranschlages 1973

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung	Ordentliche Gebarung: persönliche	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Laufende Ausgaben	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Vermögensgebarung	Ordentliche Gebarung: sachliche Ausgaben – Summe	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Zeile
			Bruttogebarung in Millionen Schilling						
0	1	Präsidentschaftskanzlei	+ 0·171	+ 0·544	— 0·033	+ 0·511	+ 0·682	. . . . .	1
	2	Bundesgesetzgebung	+ 2·059	+ 68·206	+ 1·495	+ 69·701	+ 71·760	+ 1·560	2
	3	Verfassungsgerichtshof	+ 0·252	+ 4·144	— 0·170	+ 3·974	+ 4·226	. . . . .	3
	4	Verwaltungsgerichtshof	+ 1·184	+ 0·047	+ 0·035	+ 0·082	+ 1·266	+ 0·140	4
	6	Rechnungshof	+ 4·000	+ 3·063	+ 0·035	+ 3·098	+ 7·098	+ 0·002	5
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	+ 28·426	+ 105·670	+ 0·186	+ 105·856	+ 134·282	+ 2·419	6
	1	Inneres	+ 287·040	— 1·010	+ 19·232	+ 18·222	+ 305·262	+ 5·999	7
	2	Unterricht	— 4.516·720	+ 6.656·920	— 10·128	+ 6.646·792	+ 2.130·072	+ 44·740	8
	3	Kunst	+ 2·342	+ 25·437	— 0·796	+ 24·641	+ 26·983	— 0·640	9
	4	Wissenschaft und Forschung	+ 314·068	+ 344·166	+ 9·783	+ 353·949	+ 668·017	+ 23·099	10
	5	Soziales	+ 1·852	+ 52·697	+ 6·868	+ 59·565	+ 61·417	+ 210·807	11
	6	Sozialversicherung	. . . . .	+ 739·720	. . . . .	+ 739·720	+ 739·720	+ 38·000	12
	7	Gesundheit und Umweltschutz[1]	+ 117·965	+ 743·621	+ 27·745	+ 771·366	+ 889·331	+ 59·059	13
2	0	Äußeres	+ 18·798	+ 23·449	+ 1·634	+ 25·083	+ 43·881	— 1·390	14
3	0	Justiz	+ 202·989	+ 48·340	+ 10·710	+ 59·050	+ 262·039	+ 87·724	15
4	0	Militärische Angelegenheiten	+ 305·249	+ 280·257	+ 2·354	+ 282·611	+ 587·860	+ 47·361	16
5	0	Finanzverwaltung	+ 424·766	+ 139·211	+ 15·777	+ 154·988	+ 579·754	+ 220·233	17
	1	Kassenverwaltung	+ 329·998	+ 741·340	+ 511·885	+ 1.253·225	+ 1.583·223	+ 3·875	18
	2	Öffentliche Abgaben	. . . . .	+ 6·703	. . . . .	+ 6·703	+ 6·703	+ 1.284·000	19
	3	Finanzausgleich	. . . . .	+ 546·197	. . . . .	+ 546·197	+ 546·197	— 647·007	20
	4	Bundesvermögen	. . . . .	— 64·135	+ 218·318	+ 154·183	+ 154·183	+ 27·167	21
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	— 1.396·447	+ 1.634·784	— 1·760	+ 1.633·024	+ 236·577	— 46·830	22
	6	Familienlastenausgleich	. . . . .	+ 1.917·566	. . . . .	+ 1.917·566	+ 1.917·566	+ 1.917·566	23
	7	Staatsvertrag	. . . . .	+ 9·110	. . . . .	+ 9·110	+ 9·110	+ 71·919	24
	9	Finanzschuld	. . . . .	+ 500·938	— 517·982	— 17·044	— 17·044	— 8·613	25
6	0	Land- und Forstwirtschaft	— 81·849	+ 109·446	— 1·676	+ 107·770	+ 25·921	+ 54·736	26
	2	Preisausgleiche	. . . . .	+ 43·927	. . . . .	+ 43·927	+ 43·927	+ 33·287	27
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	+ 19·150	+ 68·196	+ 1·616	+ 69·812	+ 88·962	+ 4·939	28
	4	Bauten und Technik	+ 93·683	+ 875·038	+ 554·029	+ 1.429·067	+ 1,522·750	+ 148·641	29
	5	Verkehr	+ 30·550	+ 39·532	— 8·018	+ 31·514	+ 62·064	+ 6·651	30
7	0	Staatsdruckerei	+ 27·928	+ 11·518	— 4·996	+ 6·522	+ 34·450	+ 53·370	31
	1	Bundestheater	+ 74·052	+ 4·858	— 1·227	+ 3·631	+ 77·683	+ 10·000	32
	2	Bundesapotheken	+ 1·458	+ 3·399	+ 0·032	+ 3·431	+ 4·889	+ 5·061	33
	3	Salz (Monopol)	+ 13·713	— 8·362	— 1·694	— 10·056	+ 3·657	— 10·393	34
	4	Glücksspiele (Monopol)	+ 2·530	+ 40·426	— 1·818	+ 38·608	+ 41·138	+ 48·204	35
	5	Branntwein (Monopol)	+ 1·394	— 10·796	+ 0·007	— 10·789	— 9·395	+ 84·984	36
	6	Hauptmünzamt	+ 3·835	+ 64·230	+ 4·056	+ 68·286	+ 72·121	+ 71·857	37
	7	Österreichische Bundesforste	+ 32·053	+ 9·639	+ 6·533	+ 16·172	+ 48·225	+ 57·059	38
	8	Post- und Telegraphenanstalt	+ 810·539	+ 70·625	+ 490·168	+ 560·793	+ 1.371·332	+ 961·602	39
	9	Österreichische Bundesbahnen	+ 1.105·278	— 229·298	+ 104·242	— 125·056	+ 980·222	+ 105·057	40
		Kapitel 01 bis 79 (Summe)	[2]) — 1.737·694	+ 15.619·363	+ 1.436·442	+ 17.055·805	+ 15.318·111	+ 4.976·245	41

[1]) Das Ministerium wurde erst mit 1. Feber 1972 errichtet. Die echten Unterschiede gegenüber den im Jahre 1972 zur Verfügung gestandenen Ausgaben und Einnahmen können durch Vergleich mit der Spalte „Bundesvoranschlag 1972" auf den Seiten 50 bis 55 errechnet werden.

[2]) Aktivitätsaufwand ..... — 1.142·997 Millionen Schilling.
Pensionsaufwand ..... — 594·697 Millionen Schilling.

Anlage Ia

(Fortsetzung)

gegenüber Bundesvoranschlag 1972

Zeile	Ordentliche Gebarung			Außerordentliche Gebarung						Gesamtgebarung
	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	günstiger (+) ungünstiger (—)	Laufende sachliche Ausgaben	Vermögensgebarung (Ausgaben)	Ausgabensumme	Laufende Einnahmen	Vermögensgebarung (Einnahmen)	Einnahmensumme	günstiger (+) ungünstiger (—)
	Bruttogebarung in Millionen Schilling									
1	+ 0·010	+ 0·010	— 0·672	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 0·672
2	+ 0·015	+ 1·575	— 70·185	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 70·185
3	. . . . .	. . . . .	— 4·226	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 4·226
4	+ 0·003	+ 0·143	— 1·123	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1·123
5	— 0·002	. . . . .	— 7·098	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 7·098
6	+ 0·137	+ 2·556	— 131·726	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 131·726
7	+ 2·549	+ 8·548	— 296·714	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 296·714
8	+ 7·943	+ 52·683	— 2.077·389	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 2.077·389
9	+ 0·101	— 0·539	— 27·522	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 27·522
10	+ 3·714	+ 26·813	— 641·204	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 641·204
11	+ 2·093	+ 212·900	+ 151·483	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 151·483
12	. . . . .	+ 38·000	— 701·720	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 701·720
13	+ 0·736	+ 59·795	— 829·536	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 829·536
14	— 0·180	— 1·570	— 45·451	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 45·451
15	— 0·117	+ 87·607	— 174·432	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 174·432
16	+ 0·811	+ 48·172	— 539·688	+ 43·604	. . . . .	+ 43·604	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 583·292
17	+ 0·977	+ 221·210	— 358·544	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 358·544
18	+ 9.319·023	+ 9.322·898	+ 7.739·675	. . . . .	+ 100·000	+ 100·000	. . . . .	+ 236·000	+ 236·000	+ 7.875·675
19	. . . . .	+ 1.284·000	+ 1.277·297	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 1.277·297
20	. . . . .	— 647·007	— 1.193·204	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.193·204
21	— 4·443	+ 22·724	— 131·459	. . . . .	— 206·695	— 206·695	. . . . .	— 3·199	— 3·199	+ 72·037
22	+ 0·027	— 46·803	— 283·380	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 283·380
23	. . . . .	+ 1.917·566	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .
24	— 23·357	+ 48·562	+ 39·452	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 39·452
25	. . . . .	— 8·613	+ 8·431	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 8·431
26	— 1·182	+ 53·554	+ 27·633	— 6·000	. . . . .	— 6·000	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 33·633
27	. . . . .	+ 33·287	— 10·640	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 10·640
28	+ 2·384	+ 7·323	— 81·639	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 81·639
29	+ 0·413	+ 149·054	— 1.373·696	+ 28·258	+ 456·382	+ 484·640	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.858·336
30	+ 0·322	+ 6·973	— 55·091	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 55·091
31	+ 0·038	+ 53·408	+ 18·958	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 18·958
32	. . . . .	+ 10·000	— 67·683	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 67·683
33	+ 0·005	+ 5·066	+ 0·177	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 0·177
34	— 0·011	— 10·404	— 14·061	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 14·061
35	+ 0·005	+ 48·209	+ 7·071	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 7·071
36	+ 0·014	+ 84·998	+ 94·393	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 94·393
37	— 0·009	+ 71·848	— 0·273	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 0·273
38	+ 0·476	+ 57·535	+ 9·310	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	+ 9·310
39	+ 2·139	+ 963·741	— 407·591	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 407·591
40	+ 0·549	+ 105·606	— 874·616	. . . . .	+ 518·098	+ 518·098	. . . . .	. . . . .	. . . . .	— 1.392·714
41	+ 9.315·183	+14.291·428	— 1.026·683	+ 65·862	+ 867·785	+ 933·647	. . . . .	+ 232·801	+ 232·801	— 1.727·529

Anlage I b

Zusammenfassung der außerordentlichen Gebarung

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
							Millionen Schilling		
5	4					**Landesverteidigung**			
	4	0				**Militärische Angelegenheiten:**			
	4	0	3			Heer und Heeresverwaltung:			
	4	0	3	0	8	Lieferungen auf Grund von Kreditverträgen aus 1962	6·400	14·383	6·790
	4	0	3	1	8	Waffen und Geräte	611·035	559·486	531·203
	4	0	3	2	8	Katastropheneinsatzgerät	14·038	14·000	15·539
						Gesamtausgaben 40	631·473	587·869	553·532
	5					**Finanzen**			
	5	1				**Kassenverwaltung:**			
	5	1	2			Zuführung an Rücklagen:			
	5	1	2	1	9	Baurücklage	0·001	0·001	218·567
	5	1	2	3	9	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	0·001	0·001	131·040
	5	1	2	5	9	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	0·001	0·001	. . . . .
	5	1	7			Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen:			
	5	1	7	0	3	Anlagen	120·000	20·000	. . . . .
						Gesamtausgaben 51	120·003	20·003	349·607
	5	4				**Bundesvermögen:**			
	5	4	0			Kapitalbeteiligung:			
	5	4	0	5	2	Internationale Finanzinstitutionen	53·152	191·722	96·182
	5	4	0	9	3	Sonstige Unternehmungen	69·905	133·873	207·516
	5	4	2			Bundesdarlehen:			
	5	4	2	0	5	Verstaatlichte Unternehmungen	16·905	19·464	19·179
	5	4	2	9	5	Sonstige Darlehensempfänger	10·552	12·150	. . . . .
						Gesamtausgaben 54	150·514	357·209	322·877
	5	7				**Staatsvertrag:**			
	5	7	5			Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte:			
	5	7	5	1	2	Liegenschaftsverwaltungen, Instandsetzungskosten	0·010	0·010	. . . . .
	6					**Wirtschaft**			
	6	0				**Land- und Forstwirtschaft:**			
	6	0	3			Bundesministerium (Grüner Plan):			
	6	0	3	4	6	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	26·000	29·000	29·543
	6	0	3	5	6	Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	134·500	163·000	173·262
	6	0	3	6	6	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	0·500	5·000	5·383
	6	0	3	7	6	Sozialpolitische Maßnahmen	40·000	40·000	32·301
	6	0	3	8	6	Kreditpolitische Maßnahmen	180·000	150·000	137·740
						Gesamtausgaben 60	381·000	387·000	378·229
	6	4				**Bauten und Technik:**			
	6	4	2			Bundesstraßenverwaltung:			
	6	4	2	4	3	Ausbau	5·790	. . . . .	. . . . .
	6	4	3			Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):			
	6	4	3	4	3	Ausbau	157·200	0·003	. . . . .

Anlage Ib

(Fortsetzung)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Ausgaben	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
							Millionen Schilling		
5	6	4	6			Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung):			
	6	4	6	1	3	Ankäufe für Schulen der Unterrichtsverwaltung..	69·520	62·600	49·437
	6	4	6	3	3	Liegenschaftsankäufe für die Landesverteidigung	15·555	15·400	8·983
	6	4	6	6	3	Sonstige Liegenschaftsankäufe	69·805	40·400	25·757
	6	4	6	7	3	Liegenschaftsankäufe für Flugplätze	42·100	42·000	22·325
	6	4	6	9	8	Überweisungen an die Länder gem. § 1 (3) FAG 1967	9·770	2·000	1·640
	6	4	7			Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung):			
	6	4	7	1		Schulen der Unterrichtsverwaltung:			
	6	4	7	1	3	Wertvermehrende Instandsetzung	161·500	143·400	139·941
	6	4	7	2		Museen, Schlösser, Palais u. ähnliche Kulturbauten:			
	6	4	7	2	3	Wertvermehrende Instandsetzung	28·000	23·800	17·195
	6	4	7	5		Sonstige Bundesgebäude (BGV. I):			
	6	4	7	5	3	Wertvermehrende Instandsetzung	59·515	44·300	16·434
	6	4	7	8	3	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	36·000	26·800	18·029
	6	4	8			Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten):			
	6	4	8	0	8	Überweisungen an die Länder gemäß § 1 (3) FAG 1967	41·888	18·400	17·749
	6	4	8	1	3	Schulen der Unterrichtsverwaltung	788·500	690·000	690·670
	6	4	8	3	8	Bauten für die Landesverteidigung	66·000	69·000	68·688
	6	4	8	4	3	Land- und Forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	37·700	35·800	34·686
	6	4	8	5	3	Sonstige Bundesbauten	398·000	276·800	306·063
	6	4	8	6	3	Provisorischer Amtssitz UNIDO	13·500	25·000	. . . . .
						Amtssitz internationaler Organisationen	. . . . .	. . . . .	19·887
						Gesamtausgaben 64...	2.000·343	1.515·703	1.437·484
	7					**Bundesbetriebe**			
	7	9				**Österreichische Bundesbahnen:**			
	798/799					Außerordentliche Gebarung:			
	7	9	8	0	3	Elektrifizierung	650·000	. . . . .	. . . . .
	7	9	8	1	3	Schnellbahn	30·000	44·550	96·701
	7	9	8	2	3	Sonstige Investitionen	886·959	. . . . .	. . . . .
	7	9	9	0	3	Güterbahnhof Wolfurt	100·000	128·500	10·549
						Elektrifizierung, Fahrpark und sonstige Investitionen.....	. . . . .	975·811	822·916
						Gesamtausgaben 79...	1.666·959	1.148·861	930·166
						Außerordentliche Ausgaben (Summe)	4.950·302	4.016·655	3.971·895
						Einnahmen			
6	5					**Finanzen**			
	5	1				**Kassenverwaltung:**			
	5	1	2			Entnahme aus Rücklagen:			
	5	1	2	1	7	Baurücklage	200·000	85·000	70·195
	5	1	2	3	7	Anlagenrücklage der Bundesbetriebe	150·000	10·000	16·500
	5	1	2	5	7	Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage	1·000	20·000	. . . . .
						Gesamteinnahmen 51...	351·000	115·000	86·695
	5	4				**Bundesvermögen:**			
	5	4	2			Bundesdarlehen:			
	5	4	2	0	9	Verstaatlichte Unternehmungen, Rückzahlungen	0·002	5·001	. . . . .
	5	4	2	9	9	Sonstige Darlehensempfänger; Rückzahlungen..	7·001	5·201	. . . . .
						Gesamteinnahmen 54...	7·003	10·202	. . . . .
						Außerordentliche Einnahmen (Summe)	358·003	125·202	86·695

www.parlament.gv.at

Anlage I c

Kapitelweise Aufgliederung des Sachaufwandes (Ordentliche und Außerordentliche Gebarung) nach einzelnen Gebarungsgruppen

Gruppe	Kapitel	Gebarungsgruppen → / Ordentliche Gebarung	1	2	3	4	5	6	7	9	8	Summe
			Verwaltungsaufwand Ermessenskredite	Anlagen		Förderungsausgaben			Aufwandskredite			
				Gesetzliche Verpflichtungen	Ermessenskredite	Gesetzliche Verpflichtungen	Darlehen	Zuschuß	Laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Laufende Gebarung-	
							Ermessenskredite		Gesetzliche Verpflichtungen		Ermessenskredite	
			Millionen Schilling									
0	1	Präsidentschaftskanzlei	1·797	.....	0·291	.....	0·065	.....	1·724	.....	5·310	9·187
	2	Bundesgesetzgebung	15·125	.....	6·060	.....	0·225	.....	175·863	.....	1·863	199·136
	3	Verfassungsgerichtshof	1·316	.....	0·075	.....	0·040	.....	6·582	.....	.....	8·013
	4	Verwaltungsgerichtshof	1·358	.....	0·465	.....	0·220	.....	.....	.....	.....	2·043
	6	Rechnungshof	8·225	.....	0·321	.....	0·340	.....	1·948	.....	2·250	13·084
1	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	81·150	.....	3·850	38·415	1·400	3·415	109·215	.....	60·630	298·075
	1	Inneres	418·168	.....	72·500	.....	27·850	3·594	8·214	.....	57·757	588·083
	2	Unterricht	416·836	.....	160·174	.....	21·302	199·237	7.222·558	.....	255·587	8.275·694
	3	Kunst	25·186	.....	3·297	.....	0·100	158·006	20·925	.....	18·137	225·651
	4	Wissenschaft und Forschung	256·313	.....	262·101	235·696	9·611	494·596	650·021	.....	369·485	2.277·823
	5	Soziales	68·619	.....	15·317	.....	25·920	449·630	5.068·126	.....	74·865	5.702·477
	6	Sozialversicherung	.....	.....	.....	.....	.....	.....	14.452·310	.....	.....	14.452·310
	7	Gesundheit und Umweltschutz	13·911	.....	26·415	298·140	1·330	291·089	72·069	.....	68·412	771·366
2	0	Äußeres	249·575	.....	39·940	.....	0·914	8·649	97·280	.....	32·135	428·493
3	0	Justiz	191·065	.....	31·145	.....	9·846	1·596	115·970	.....	146·533	496·155
4	0	Militärische Angelegenheiten	311·666	.....	2·346	.....	22·742	1·326	496·855	.....	1.513·933	2.348·868
5	0	Finanzverwaltung	453·266	.....	43·418	21·094	24·942	191·774	41·590	.....	460·872	1.236·956
	1	Kassenverwaltung	64·830	.....	1.263·391	.....	5·000	150·000	315·001	20·005	663·800	2.482·027
	2	Öffentliche Abgaben	4·500	.....	.....	.....	.....	.....	95·520	.....	.....	100·020
	3	Finanzausgleich	.....	.....	.....	833·001	.....	278·138	389·401	.....	732·262	2.232·802
	4	Bundesvermögen	4·360	30·995	519·808	250·000	59·092	153·435	111·704	143·277	.....	1.272·671
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)	.....	.....	.....	.....	2·614	.....	1.634·784	.....	.....	1.637·398
	6	Familienlastenausgleich	.....	.....	.....	.....	.....	.....	11.201·201	.....	.....	11.201·201
	7	Staatsvertrag	.....	.....	.....	.....	.....	.....	79·944	.....	.....	79·944
	9	Finanzschuld	.....	.....	.....	.....	.....	.....	4.195·344	5.164·732	.....	9.360·076

Anlage Ic (Fortsetzung)

Gruppe	Kapitel	Gebarungsgruppen → / Ordentliche Gebarung (Fortsetzung)	1	2	3	4	5	6	7	9	8	Summe
			Verwaltungsaufwand Ermessenskredite	Anlagen		Förderungsausgaben			Aufwandskredite			
				Gesetzliche Verpflichtungen	Ermessenskredite	Gesetzliche Verpflichtungen	Darlehen	Zuschuß	Laufende Gebarung	Vermögensgebarung	Laufende Gebarung	
							Ermessenskredite		Gesetzliche Verpflichtungen		Ermessenskredite	
			Millionen Schilling									
6	0	Land- und Forstwirtschaft	53·358	.....	54·135	96·813	5·000	1.464·806	110·538	.....	420·584	2.205·234
	2	Preisausgleiche	.....	.....	.....	458·000	.....	1.950·647	.....	.....	.....	2.408·647
	3	Handel, Gewerbe, Industrie	22·238	.....	1·152	172·726	13·892	306·716	24·263	.....	5·692	546·679
	4	Bauten und Technik	71·953	.....	5.945·564	504·493	24·135	337·661	114·418	0·062	2.222·502	9.220·788
	5	Verkehr	26·499	.....	41·424	64·675	5·531	67·571	351·839	.....	61·267	618·806
7	0	Staatsdruckerei	.....	.....	34·296	.....	0·678	.....	15·612	.....	101·534	152·120
	1	Bundestheater	.....	.....	17·600	.....	1·458	.....	2·388	.....	107·400	128·846
	2	Bundesapotheken	.....	.....	0·043	.....	0·020	.....	0·626	.....	6·609	7·298
	3	Salz (Monopol)	.....	.....	15·231	.....	0·620	0·404	8·389	.....	87·628	112·272
	4	Glücksspiele (Monopol)	.....	.....	0·072	.....	0·032	.....	419·399	.....	145·450	564·953
	5	Branntwein (Monopol)	.....	.....	0·113	.....	0·070	.....	7·081	.....	217·788	225·052
	6	Hauptmünzamt	.....	.....	8·377	.....	0·096	.....	0·208	.....	347·504	356·185
	7	Österreichische Bundesforste	.....	.....	98·216	.....	5·593	0·362	36·682	.....	177·996	318·849
	8	Post- und Telegraphenanstalt	.....	.....	3.030·224	.....	73·738	0·618	387·309	.....	1.186·495	4.678·384
	9	Österreichische Bundesbahnen	.....	.....	902·151	.....	64·074	0·048	737·982	.....	2.320·626	4.024·881
		Ordentliche Gebarung (Summe)	2.761·314	30·995	12.599·512	2.973·053	408·490	6.513·318	48.780·883	5.328·076	11.872·906	91.268·547
		Außerordentliche Gebarung										
4	0	Militärische Angelegenheiten	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	631·473	631·473
5	1	Kassenverwaltung	.....	.....	120·000	.....	.....	.....	.....	0·003	.....	120·003
	4	Bundesvermögen	.....	53·152	69·905	.....	27·457	.....	.....	.....	.....	150·514
	7	Staatsvertrag	.....	0·010	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0·010
6	0	Land- und Forstwirtschaft	.....	.....	.....	.....	.....	381·000	.....	.....	.....	381·000
	4	Bauten und Technik	.....	.....	1.882·685	.....	.....	.....	.....	.....	117·658	2.000·343
7	9	Österreichische Bundesbahnen	.....	.....	1.666·959	.....	.....	.....	.....	.....	.....	1.666·959
		Außerordentliche Gebarung (Summe)	.....	53·162	3.739·549	.....	27·457	381·000	.....	0·003	749·131	4.950·302

www.parlament.gv.at

Anlage Id

Summarische Aufgliederung der ordentlichen und außer-

Unterteilung	Gebarungsgruppen [1]	Aufgabenbereich [1] 11 EU	12 FW	13 Kn	14 Kl	21 Gh	22 SW	23 Wb
		Millionen Schilling						
	Personalaufwand							
0	A/G—P	3.524·729	1.692·742	812·232	.....	133·999	417·229	.....
	Sachaufwand							
1	V	419·033	243·526	58·077	.....	15·674	52·142	20·000
2	An/G	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
3	An	1.184·297	284·966	75·283	.....	26·636	14·597	36·841
4	F/G	160·993	235·696	50·000	.....	398·140	458·050	300·492
5	F—D	0·328	22·953	1·559	.....	.....	20·782	88·009
6	F	233·580	530·694	185·445	.....	292·144	2.084·361	41·024
7	A/G—S	7.095·978	542·559	61·207	199·000	138·767	30.766·115	0·091
8	A	297·676	576·813	184·548	.....	72·633	97·232	29·000
9	A/G—V	.....	.....	.....	.....	.....	0·001	0·062
	1 bis 9 (Summe)[2]	9.391·885	2.437·207	616·119	199·000	943·994	33.493·280	515·519
	Ausgaben (Summe)	12.916·614	4.129·949	1.428·351	199·000	1.077·993	33.910·509	515·519
	Einnahmen [3]							
0, 1 4—6	Laufende Einnahmen	248·866	257·424	239·041	.....	67·415	14.146·534	209·132
2, 3 7—9	Einnahmen (Vermögensgebarung)	1·541	1·699	10·605	.....	0·095	14·069	9·556
	Einnahmen (Summe)	250·407	259·123	249·646	.....	67·510	14.160·603	218·688

[1] Erläuterung der Kennziffern und Kurzbezeichnungen siehe Seite 9.

[2] **Hievon ao. Ausgaben:**

2	An/G	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
3	An	1.019·520	36·000	28·800	.....	0·299	.....	26·421
5	F—D	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
6	F	.....	.....	.....	.....	.....	.....	40·000
8	A	.....	.....	.....	.....	.....	.....	29·000
9	A/G—V	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....
	Summe	1.019·520	36·000	28·800	.....	0·299	.....	95·421
[3] **Hievon ao. Einnahmen** (Einnahmen der Vermögensgebarung)		.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....

Anlage I d

ordentlichen Gebarung nach Gebarungsgruppen und Aufgabenbereichen

Aufgabenbereich [1]										
32 St	33 Vk	34 Lf	35 En	36 IG	37 ÖD	38 PD	41 Lv	42 SR	43 Hv	Zusammen
Millionen Schilling										
.....	19.788·746	684·799	.....	188·601	574·956	209·824	2.080·436	3.946·335	8.798·612	42.853·240
.....	15·079	7·705	.....	4·600	30·683	1·030	290·606	574·850	1.028·309	2.761·314
30·000	.....	.....	.....	0·995	0·010	53·152	.....	.....	.....	84·157
6.024·543	5.861·918	171·600	289·760	114·011	45·626	12·595	18·407	94·556	2.083·425	16.339·061
369·002	364·675	52·884	.....	175·706	250·000	61·000	.....	.....	96·415	2.973·053
5·079	116·728	3·212	3·415	12·923	0·806	10·644	22·742	0·260	126·507	435·947
.....	300·208	2.104·172	0·040	197·723	215·920	223·738	3·422	.....	481·847	6.894·318
.....	1.519·461	49·771	.....	95·527	528·752	12·085	363·757	122·422	7.285·391	48.780·883
1.717·700	3.579·418	462·525	0·404	90·614	659·095	226·397	2.264·723	170·341	2.192·918	12.622·037
0·001	35·250	0·001	.....	61·699	.....	.....	.....	.....	5.231·065	5.328·079
8.146·325	11.792·737	2.851·870	293·619	753·798	1.730·892	600·641	2.963·657	962·429	18.525·877	96.218·849
8.146·325	31.581·483	3.536·669	293·619	942 399	2.305·848	810·465	5.044·093	4.908·764	27.324·489	139.072·089
8.007·784	21.401·180	1.941·289	17·466	710·660	1.583·404	1.683·885	137·026	1.113·988	65.094·600	116.859·694
1·453	63·313	17·216	2·864	30·473	0·738	17·648	15·806	2·001	10.864·092	11.053·169
8.009·237	21.464·493	1.958·505	20·330	741·133	1.584·142	1.701·533	152·832	1.115·989	75.958·692	127.912·863
.....	.....	.....	.....	.....	0·010	53·152	.....	.....	.....	53·162
162·990	1.754·460	36·781	.....	0·965	0·001	12·437	15·555	.....	645·320	3.739·549
.....	16·905	.....	.....	.....	.....	10·552	.....	.....	.....	27·457
.....	.....	341·000	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	381·000
.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	668·473	.....	51·658	749·131
.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	.....	0·003	0·003
162·990	1.771·365	377·781	.....	0·965	0·011	76·141	684·028	.....	696·981	4.950·302
.....	0·001	.....	.....	0·001	.....	7·000	.....	.....	351·001	358·003

Anlage II

Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1973

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Konjunkturbelebungsprogramm	Mehrbedarf	Summe
								Millionen Schilling		
1	1	1					**Inneres:**			
	1	1	1	0	3	43	Flugpolizei und Flugrettungsdienst; Anlagen	0·481	.....	0·481
	1	1	3	0	3	42	Bundespolizei; Anlagen	3·019	10·649	13·668
	1	1	4	0	3	42	Bundesgendarmerie; Anlagen	5·286	.....	5·286
							Gesamtausgaben 11...	8·786	10·649	19·435
	1	2					**Unterricht:**			
	1	2	0	0	1	11	Bundesministerium für Unterricht und Kunst; Verwaltungsaufwand	17·279	15·821	33·100
	1	2	0	0	3	43	Bundesministerium für Unterricht und Kunst; Anlagen	0·229	1·462	1·691
	1	2	0	0	7	11	Bundesministerium für Unterricht und Kunst; Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	1·181	.....	1·181
	1	2	2	1	6	11	Erwachsenenbildung; Förderungsausgaben	0·378	14·750	15·128
	1	2	2	2	5	11	Sportförderung; Förderungsausgaben (D)	0·045	.....	0·045
	1	2	2	2	6	11	Sportförderung; Förderungsausgaben	1·937	13·884	15·821
	1	2	2	3	6	11	Jugendförderung; Förderungsausgaben	1·638	1·527	3·165
	1	2	4	0	3	11	Bundesheime und Sporteinrichtungen; Anlagen	1·918	.....	1·918
	1	2	4	2	3	11	Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehungg; Anlagen	0·023	.....	0·023
	1	2	6	0	3	11	Schulaufsichtsbehörden; Anlagen	0·292	.....	0·292
	1	2	6	1	3	11	Schulpsychologie-Bildungsberatung; Anlagen	0·031	.....	0·031
	1	2	6	2	3	11	Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen; Anlagen	0·129	.....	0·129
	1	2	7	0	3	11	Allgemeinbildende Höhere Schulen; Anlagen	5·582	12·560	18·142
	1	2	7	0	6	11	Allgemeinbildende Höhere Schulen; Förderungsausgaben	0·648	.....	0·648
	1	2	7	1	3	11	Bundeserziehungsanstalten; Anlagen	0·312	.....	0·312
	1	2	7	2	3	11	Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute; Anlagen	1·746	2·775	4·521
	1	2	7	2	6	11	Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute; Förderungsausgaben	0·315	.....	0·315
	1	2	7	3	3	11	Bildungsanstalten; Anlagen	0·351	3·005	3·356
	1	2	7	3	6	11	Bildungsanstalten; Förderungsausgaben	0·016	0·054	0·070
	1	2	7	4	3	11	Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute; Anlagen	0·076	.....	0·076
	1	2	7	5	6	11	Allgemeinbildende Pflichtschulen; Förderungsausgaben	0·023	.....	0·023
	1	2	7	6	3	11	Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende); Anlagen	0·468	.....	0·468
	1	2	7	6	6	11	Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende); Förderungsausgaben	0·925	.....	0·925
	1	2	7	8	3	11	Bundesanstalten für Leibeserziehung; Anlagen	0·262	1·341	1·603
	1	2	8	0	3	11	Technische und gewerbliche Lehranstalten; Anlagen	6·165	26·605	32·770
	1	2	8	0	6	11	Technische und gewerbliche Lehranstalten; Förderungsausgaben	0·480	.....	0·480
	1	2	8	1	3	11	Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe; Anlagen	1·296	.....	1·296
	1	2	8	1	6	11	Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe; Förderungsausgaben	0·180	.....	0·180
	1	2	8	2	3	11	Handelsakademien und Handelsschulen; Anlagen	2·494	3·090	5·584
	1	2	8	2	6	11	Handelsakademien und Handelsschulen; Förderungsausgaben	0·306	.....	0·306
	1	2	8	3	3	11	Berufspädagogische Institute; Anlagen	0·047	.....	0·047
	1	2	8	6	3	11	Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende); Anlagen	0·703	.....	0·703
	1	2	8	6	6	11	Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende); Förderungsausgaben	1·324	1·103	2·427
							Gesamtausgaben 12 ...	48·799	97·977	146·776
	1	3					**Kunst:**			
	1	3	0	1	6	13	Musik und darstellende Kunst; Förderungsausgaben	4·661	.....	4·661
	1	3	2	0	3	13	Hofmusikkapelle; Anlagen	0·045	.....	0·045
	1	3	5	0	3	13	Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm; Anlagen	0·127	0·675	0·802
	1	3	8	0	3	13	Österreichische Kulturinstitute; Anlagen	0·473	.....	0·473
							Gesamtausgaben 13...	5·306	0·675	5·981

Anlage II

(Fortsetzung)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Konjunkturbelebungsprogramm	Mehrbedarf	Summe
								Millionen Schilling		
1	1	4					**Wissenschaft und Forschung:**			
	1	4	0	0	3	43	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Anlagen	0·162	.....	0·162
	1	4	0	0	6	43	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Förderungsausgaben	1·103	.....	1·103
	1	4	1	0	4	12	Hochschulische Einrichtungen; Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	26·360	.....	26·360
	1	4	1	0	6	12	Hochschulische Einrichtungen; Förderungsausgaben	8·562	10·648	19·210
	1	4	1	3	8	12	Expertengutachten und Auftragsforschung; Aufwandskredite	1·634	.....	1·634
	1	4	1	4	6	12	Wissenschaftliche Forschung; Förderungsausgaben	16·335	44·565	60·900
	1	4	1	5	6	12	Gewerbliche Forschung; Förderungsausgaben	21·235	42·935	64·170
	1	4	1	6	6	12	Forschungseinrichtungen; Förderungsausgaben	2·009	4·439	6·448
	1	4	1	7	6	12	Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute; Förderungsausgaben	8·195	12·136	20·331
	1	4	2	0	3	12	Hochschulen; Anlagen	34·520	68·223	102·743
	1	4	2	1	3	12	Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung); Anlagen	0·468	.....	0·468
	1	4	2	2	3	12	Wissenschaftliche Anstalten; Anlagen	0·780	4·202	4·982
	1	4	2	3	3	12	Bibliotheken; Anlagen	0·845	6·418	7·263
	1	4	3	0	3	13	Kunsthochschulen; Anlagen	1·332	5·059	6·391
	1	4	3	0	6	13	Kunsthochschulen; Förderungsausgaben	0·121	.....	0·121
	1	4	4	0	3	13	Museen; Anlagen	1·325	5·452	6·777
	1	4	5	0	3	13	Bundesdenkmalamt; Anlagen	0·593	3·948	4·541
							Gesamtausgaben 14	125·579	208·025	333·604
	4	0					**Militärische Angelegenheiten:**			
	4	0	1	0	8	41	Heer und Heeresverwaltung; Aufwandskredite	93·830	.....	93·830
5	4	0	3	1	8	41	Heer und Heeresverwaltung; Aufwandskredite	79·744	23·856	103·600
	4	0	3	2	8	41	Heer und Heeresverwaltung; Aufwandskredite (Katastropheneinsatzgerät)	2·570	.....	2·570
							Gesamtausgaben 1/40	93·830	.....	93·830
							5/40	82·314	23·856	106·170
							Gesamtausgaben 40	176·144	23·856	200·000
	5	0					**Finanzverwaltung:**			
1	5	0	2	5	6	12	Sonstige Atomprojekte	4·010	.....	4·010
	5	0	4	0	3	43	Finanzlandesdirektion; Anlagen	4·448	.....	4·448
							Gesamtausgaben 50	8·458	.....	8·458
	5	4					**Bundesvermögen:**			
5	5	4	2	0	5	33	Bundesdarlehen; Verstaatlichte Unternehmungen	3·429	.....	3·429
1	5	4	2	5	5		Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen	7·506	.....	7·506
						23		*7·340*	.....	*7·340*
						33		*0·066*	.....	*0·066*
						36		*0·050*	.....	*0·050*
						38		*0·050*	.....	*0·050*
	5	4	3	0	3	33	Flughafenbetriebsgesellschaften	5·133	.....	5·133
	5	4	8	3	6	33	Donaukraftwerk Ottensheim-Wilhering; Bundeszuschuß	22·500	100·000	122·500
							Gesamtausgaben 1/54	35·139	100·000	135·139
							5/54	3·429	.....	3·429
							Gesamtausgaben 54	38·568	100·000	138·568

Anlage II

(Fortsetzung)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Konjunkturbelebungsprogramm	Mehrbedarf	Summe
								Millionen Schilling		
	6	0					**Land- und Forstwirtschaft:**			
1	6	0	0	0	3	43	Bundesministerium; Anlagen	0·072	0·300	0·372
	6	0	0	5	3	43	Hydrographischer Dienst; Anlagen	0·344	.....	0·344
	6	0	0	7	3	43	Qualitätskontrolle; Anlagen	0·023	.....	0·023
	6	0	1	4	6	34	Verbesserung der Produktionsgrundlagen	1·086	.....	1·086
	6	0	1	6	6	34	Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	0·016	.....	0·016
	6	0	1	7	6	23	Sozialpolitische Maßnahmen	0·022	.....	0·022
	6	0	2	3	6	34	Grüner Plan; Bergbauern-Sonderprogramm; Landeskulturelle forstliche Maßnahmen	1·575	.....	1·575
	6	0	2	4	6	34	Grüner Plan; Bergbauern-Sonderprogramm; Verbesserung der Produktionsgrundlagen	3·937	.....	3·937
	6	0	2	5	6	34	Grüner Plan; Bergbauern-Sonderprogramm; Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	33·861	.....	33·861
	6	0	3	4	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Produktionsgrundlagen	6·269	.....	6·269
5	6	0	3	4	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Produktionsgrundlagen (ao)	4·489	.....	4·489
1	6	0	3	5	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft	26·775	.....	26·775
5	6	0	3	5	6	34	Grüner Plan; Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft (ao)	25·673	.....	25·673
1	6	0	3	6	6	34	Grüner Plan; Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	0·394	.....	0·394
5	6	0	3	6	6	34	Grüner Plan; Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (ao)	0·788	.....	0·788
	6	0	3	7	6	23	Grüner Plan; Sozialpolitische Maßnahmen (ao)	6·300	.....	6·300
1	6	0	5	0	3	11	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Anlagen	0·987	.....	0·987
	6	0	5	1	3	12	Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten; Anlagen	0·316	4·500	4·816
	6	0	5	2	3	11	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Anlagen	0·043	0·189	0·232
	6	0	5	3	3	12	Forstliche Bundesversuchsanstalt; Anlagen	0·110	0·123	0·233
	6	0	5	4	3	12	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft; Anlagen	0·026	0·160	0·186
	6	0	5	5	3	12	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft; Anlagen	0·661	4·000	4·661
	6	0	5	6	3	34	Pferdezuchtanstalten; Anlagen	0·195	0·451	0·646
	6	0	5	8	3	12	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten; Anlagen	0·152	.....	0·152
	6	0	5	9	3	34	Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere; Anlagen	0·068	0·112	0·180
	6	0	6	0	3	11	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten; Internate (Zweckgeb. Geb.), Anlagen	0·053	.....	0·053
	6	0	6	2	3	11	Forstw. Bundeslehranstalten u. forstl. Ausbildungsstätten; Internate (Zweckgeb. Geb.), Anlagen	0·015	.....	0·015
	6	0	6	5	3	11	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft; Internate (Zweckgeb. Geb.), Anlagen	0·001	.....	0·001
	6	0	7	2	3	34	Forstliche Ausbildungsstätten; Anlagen	0·077	.....	0·077
	6	0	8	0	3	34	Wildbachverbauungsdienst; Anlagen	0·075	.....	0·075
	6	0	8	2	6	34	Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen	5·911	13·020	18·931
	6	0	8	2	8	34	Verbauung der Rheinwildbäche	0·546	.....	0·546
	6	0	8	3	6	34	Wildbach- und Lawinenverbauungen (Mittel des Katastrophenfonds); Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgeb. Geb.)	26·848	.....	26·848
	6	0	8	4	8	34	Bundesflüsse; Bauaufwand	13·504	.....	13·504
	6	0	8	5	8	34	Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds); Bauaufwand für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgeb. Geb.)	16·114	.....	16·114
	6	0	8	6	6	34	Konkurrenzgewässer; Bundeszuschüsse	6·998	.....	6·998
	6	0	8	7	6	34	Konkurrenzgewässer (Mittel des Katastrophenfonds); Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (Zweckgeb. Geb.)	18·026	.....	18·026
	6	0	9	0	3	43	Grenzbeschaudienst; Anlagen	0·006	.....	0·006
	6	0	9	1	3	43	Weinaufsicht; Anlagen	0·009	.....	0·009
	6	0	9	3	3	37	Bundesgärten; Anlagen	0·091	0·250	0·341
	6	0	9	4	3	13	Spanische Reitschule; Anlagen	0·017	.....	0·017
	6	0	9	5	3	34	Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnliche Einrichtung); Anlagen	0·543	0·550	1·093
	6	0	9	6	3	34	Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnliche Einrichtung); Anlagen	0·098	.....	0·098
	6	0	9	9	3	34	Bauhöfe (Betriebsähnliche Einrichtung, Zweckgeb. Geb.); Anlagen	5·023	.....	5·023
							Gesamtausgaben 1/60	170·887	23·655	194·542
							5/60	37·250	.....	37·250
							Gesamtausgaben 60	208·137	23·655	231·792

Anlage II

(Fortsetzung)

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Konjunktur-belebungs-programm	Mehrbedarf	Summe
								Millionen Schilling		
	6	4					**Bauten und Technik:**			
1	6	4	0	2	3	12	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal; Anlagen	1·000	.....	1·000
	6	4	1	3	6	37	Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds	11·000	150·000	161·000
	6	4	1	7	6	12	Technisches Versuchswesen; Förderungsausgaben	1·000	.....	1·000
5	6	4	2	4	3	32	Bundesstraßenverwaltung; Ausbau (ao)	500·000	500·000	1.000·000
	6	4	3	4	3	32	Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen); Ausbau (ao)	400·000	400·000	800·000
1	6	4	4	1	3	33	Wasserbauten; Anlagen	1·000	.....	1·000
5	6	4	7	1	3	11	Schulen der Unterrichtsverwaltung; Wertvermehrende Instandsetzung	25·000	.....	25·000
	6	4	7	2	3	13	Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten; Wertvermehrende Instandsetzung	4·000	.....	4·000
	6	4	7	5	3	43	Sonstige Bundesgebäude (BGV. I); Wertvermehrende Instandsetzung	7·000	.....	7·000
	6	4	7	8	3	12	Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	5·000	.....	5·000
	6	4	8	1	3	11	Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten); Schulen der Unterrichtsverwaltung	107·000	200·000	307·000
	6	4	8	3	8	41	Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten); Bauten für die Landesverteidigung	12·000	.....	12·000
	6	4	8	4	3	34	Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten); Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten	6·000	.....	6·000
	6	4	8	5	3	43	Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten); Sonstige Bundesbauten	66·000	100·000	166·000
1	6	4	9	0	3	43	Einrichtungen des Eichwesens; Anlagen	1·000	.....	1·000
	6	4	9	1	3	43	Einrichtungen des Vermessungswesens; Anlagen	1·000	.....	1·000
							Gesamtausgaben 1/64...	16·000	150·000	166·000
							5/64...	1.132·000	1.200·000	2.332·000
							Gesamtausgaben 64...	1.148·000	1.350·000	2.498·000
	6	5					**Verkehr:**			
	6	5	0	0	3	43	Zentralleitung; Anlagen	0·090	.....	0·090
	6	5	2	1	6	33	Länden- und Hafeneinrichtungen	0·210	.....	0·210
	6	5	2	3	6	33	Zivilluftfahrt	0·553	.....	0·553
	6	5	2	4	6	33	Allgemeiner Verkehr	0·051	.....	0·051
	6	5	2	5	5	35	Elektrizitätswirtschaft; Förderungsausgaben (D)	0·706	.....	0·706
	6	5	2	6	6	33	Unterstützung nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen; Förderungsausgaben	0·586	.....	0·586
	6	5	3	0	3	33	Bundesamt für Zivilluftfahrt (Betriebsähnliche Einrichtung); Anlagen	6·042	7·131	13·173
	6	5	4	0	3	43	Amt für Schiffahrt einschl. Dienststellen der Schiffahrtspolizei; Anlagen	0·416	.....	0·416
							Gesamtausgaben 65 ...	8·654	7·131	15·785
	7	0					**Staatsdruckerei:**			
	7	0	3	1	3	37	Anlagen	3·858	.....	3·858
	7	7					**Österreichische Bundesforste:**			
	7	7	3	1	3	34	Sonstige Anlagen	13·324	23·701	37·025
	7	8					**Post- und Telegraphenanstalt:**			
	7	8	3	1	3	33	Sonstige Anlagen	27·500	32·700	60·200
	7	8	3	2	5	23	Förderungsausgaben (D)	2·487	.....	2·487
							Gesamtausgaben 78 ...	29·987	32·700	62·687
	7	9					**Österreichische Bundesbahnen:**			
	7	9	3	1	3	33	Anlagen	328·000	260·000	588·000
							Gesamtsausgaben 1/0 bis 7...	896·607	914·513	1.811·120
							5/0 bis 7...	1.254·993	1.223·856	2.478·849
							Gesamtausgaben 0 bis 7...	2.151·600	2.138·369	4.289·969

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

I. Allgemeine verfassungsmäßige Grundlagen

Dem Nationalrat ist spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr vorzulegen (Art. 51 Abs. 1 erster Satz B-VG). Die Aufstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes obliegt dem BMF (Art. 6 Punkt VII VEG mit verfassungsmäßiger Grundlage in Art. 77 Abs. 2 B-VG). Der Inhalt des Bundesvoranschlagsentwurfes darf vor Beginn der Beratung im Nationalrat nicht veröffentlicht werden (Art. 51 Abs. 1 zweiter Satz, angefügt durch Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 155/1961). Den Bundesvoranschlag bewilligt der Nationalrat durch das Bundesfinanzgesetz. Gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Insbesondere diese Bestimmungen des B-VG in der Fassung von 1929 sowie die Auslegungen, die diese durch die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Dezember 1962, G 1/2, Slg. Nr. 4340, vom 10. Dezember 1966, G 22/66, Slg. Nr. 5421, und vom 8. Dezember 1967, G 18/67, Slg. Nr. 5636, erfahren haben, liegen dem Wortlaut des BFG/73 zugrunde.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. I

Diese Bestimmung spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben samt den zugehörigen Abgängen und dem Gesamtgebarungsabgang in der Gliederung wieder, die im VEG und in der auf dieses gegründeten Bundeshaushaltsverordnung vorgesehen ist.

Zu Art. II

Mit der Behandlung der im Art. I dargestellten Abgänge befassen sich die Art. II und VI.

Der Abs. 1 des Art. II hat den Sinn, zu ermöglichen, einen größeren als den vorgesehenen Abgang in der ordentlichen Gebarung zu unterbinden. Ein solcher Abgang kann im Laufe des Finanzjahres gegebenenfalls durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen eintreten. Zur Erzielung einer dem BFG/73 entsprechenden Gebarung können daher in Ergänzung jener Möglichkeiten, die auf dem B-VG und dem Art. 6 VEG, BGBl. Nr. 277/1925, beruhen, in der ordentlichen Gebarung in den Grenzen der Bestimmungen des Art. II Abs. 1 und 2 Ersparungsmaßnahmen (Ausgabenrückstellungen) verfügt werden.

Zum Abs. 2 ist eine weitere Ausnahme, nämlich die von Ausgaben aus der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen, von den Ausgabenrückstellungen zur Unterbindung eines höheren Abganges in der ordentlichen Gebarung hervorzuheben. Diese Ausnahme ergibt sich aus dem Zweck der Ausgaben und beeinträchtigt den Sinn des Abs. 1 nicht wesentlich.

Der Abs. 3 regelt die Bedeckung des Abganges der außerordentlichen Gebarung und der Art. VI die Bedeckung des Gesamtgebarungsabganges, soweit diese durch Kreditoperationen erfolgen soll.

Zu Art. II a

Durch diese Bestimmung werden Maßnahmen zur Abwehr von Rückschlägen in der Wirtschaftsentwicklung in Aussicht gestellt. Ob und wann diese Maßnahmen in Berücksichtigung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Voraussetzungen zu ergreifen sein werden, wird durch besonderes Bundesgesetz bestimmt werden.

Der Abs. 3 deutet durch den Hinweis auf Kreditoperationen den Weg an, auf welchem unter Umständen einen Wirtschaftsrückschlag verstärkende Ausgabenrückstellungsmaßnahmen vermieden werden könnten.

Maßnahmen zur Abwehr von Rückschlägen in der Wirtschaftsentwicklung könnten außerdem auf Grund von Budgetüberschreitungsgesetzen oder bei Erfordernis auf Grund eines Nachtragsbudgets insbesondere im außerordentlichen Haushalt getroffen werden.

Zu Art. III

Die in dieser Bestimmung enthaltenen Ermächtigungen an den BMF eröffnen die Möglichkeiten, die erforderlich sind, um bestimmte Ausgabenansätze der tatsächlichen Entwicklung im Laufe des Finanzjahres anpassen zu können. Hiezu ist die Aufstellung solcher Voraussetzungen erforderlich, damit das Verhalten des BMF entsprechend dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit des Art. 18 Abs. 1 B-VG eindeutig abgegrenzt ist. Diese Bestimmung dient also insbesondere der Verwirklichung der im Art. 126 b B-VG für die gesamte Staatswirtschaft des Bundes verankerten Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und

---

Abkürzungen im Text:

BFG/72 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972.
BFG/73 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973.
BMF = Bundesminister für Finanzen.
B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz.
VEG = Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925 in der Fassung BGBl. Nr. 7/1927 und 11/1963.

Zweckmäßigkeit; denn ohne diese Ermächtigungen müßte mit jeder, auch der kleinsten einschlägigen Anpassung eines Ausgabenansatzes der Nationalrat mit allem daraus sich für einen entsprechenden Gesetzesbeschluß ergebenden Aufwand befaßt werden.

Dies gilt insbesondere auch für die erhöhten v. H.-Sätze in Ziffer 1 lit. d des Abs. 5. Die Ermächtigungen der Ziffer 1 des Abs. 5 gestatten nur Umschichtungen innerhalb der Budgetansätze, sodaß die durch die Änderung verbesserte angemessene Beweglichkeit der Bundesverwaltung in der Bewirtschaftung der Ansätze den vorerwähnten Kriterien entspricht.

Die in Ziffer 2 des Abs. 5 neu vorgesehene gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze innerhalb der Paragraphen 6313 und 6314 ermöglicht die Gewährung von Bundesdarlehen für den Bergbau, deren Höhe derzeit nicht abschätzbar ist, zu Lasten der Ansätze für Zuschüsse. Die Ausgaben und Einnahmen für die „Kurheime und Bäder" waren im Bundesvoranschlag 1972 beim Paragraphen 6452 gemeinsam veranschlagt gewesen. Da die Ausgaben der Kurheime und Bäder im Bundesvoranschlag 1973 bei den Paragraphen 6405 und 6406 ausgewiesen werden, eine Trennung der Ausgaben der beiden Betriebszweige jedoch nur schätzungsweise möglich war, mußte die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ausgabenansätze der Paragraphen 6405 und 6406 vorgesehen werden.

Der Gesamtbetrag, bis zu dem nach Abs. 5 Z. 5 der BMF Überschreitungen gegen Bedeckung aus der Auflösung von Rücklagen die Zustimmung zu geben ermächtigt ist, wurde gegenüber dem BFG/72 von 1000 um 600 auf 1600 Millionen Schilling im BFG/73 erhöht. Im Hinblick auf den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung kann damit gerechnet werden, daß in Frage kommende Ausgabenansätze im Jahr 1972 zu erheblichen Teilen nicht in Anspruch genommen und größere Zuführungen zu Rücklagen stattfinden werden. Daher war für das Finanzjahr 1973 ein entsprechend höherer Betrag zur Bedeckung von Überschreitungen aus deren Auflösung vorzusehen.

Bei der Vollziehung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 fallen zwangsläufig bei einzelnen Ausgabenansätzen des Titels 560 Jahresansatzüberschreitungen an, deren Ausmaß erst gegen Jahresende feststellbar ist und deren Genehmigung nur durch ein Bundesgesetz (Budgetüberschreitungsgesetz) möglich wäre. Dies trifft insbesondere für die Ansätze zu, bei denen die durch die Dienstgeber auszuzahlenden Familienbeihilfen und der an den Reservefonds abzuführende Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu verrechnen sind. Die vorerwähnte bundesgesetzliche Regelung ist aus zeitlichen Gründen gegen Jahresende nicht mehr zu verwirklichen, so daß im Bundesfinanzgesetz 1973 die in Ziffer 7 Abs. 5 vorgesehene Ermächtigung neu aufgenommen werden mußte. Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen können nur nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen dieses Fonds getätigt werden; durch Ausgabenüberschreitungen tritt daher keine Erhöhung des Budgetabganges ein und Bedeckungen müssen sich auf Mehreinnahmen des Fonds und auf Ausgaben-Umschichtungen innerhalb der Fondsgebarung beschränken.

Die im Abs. 6 vorgesehene neue Bestimmung ermöglicht eine angemessene Beweglichkeit der für den Einsatz von Fahrzeugen der Bundespolizei und Bundesgendarmerie zuständigen Organe des Bundes bei der Anschaffung solcher Einsatzfahrzeuge.

Zu Art. IV

Diese Bestimmung behandelt allgemeine Voraussetzungen für die Ausgaben, Gebarungsvorschriften und die zeitliche Abgrenzung. Die hinsichtlich letzterer vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen dienen rechtlichen Klarstellungen im Sinne des schon erwähnten Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit (Art. 18 Abs. 1 B-VG) und der Sicherung der zeitgerechten Fertigstellung des Jahresabschlusses. Der spätere Durchführungstermin für die Rücklagenzuführungen und die Überschußabfuhr ergibt sich daraus, da diese Anweisungen erst nach Vorliegen der Gebarungsergebnisse anderer Ausgaben und Einnahmen ausgeführt werden können.

Zu Art. V

Der Auftrag zur Einhebung der Steuern und sonstigen Einnahmen nach den bestehenden Gesetzen ist eine Folgerung aus den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit und der doppelten gesetzlichen Bedingtheit der Finanzverwaltung (Art. 18 Abs. 1 und 51 Abs. 2 und 3 B-VG).

Zu Art. VI

Durch diese Bestimmung wird, wie schon zu Art. II erwähnt, für die Bedeckung des Gesamtgebarungsabganges vorgesorgt, soweit diese durch Kreditoperationen erfolgen soll. Sie enthält die dem erwähnten Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 18 Abs. 1 B-VG) entsprechend erforderlichen Abgrenzungen.

Auf Empfehlung des Staatsschuldenausschusses bei der Österreichischen Postsparkasse (gemäß § 5 Z. 3 Postsparkassengesetz 1969, BGBl. Nr. 458) soll bei der Determinierung der zulässigen Konditionen einer Kreditoperation auf eine unterschiedliche Begrenzung der Nominalverzinsung und der Effektivverzinsung verzichtet werden. Da aber nur die Effektivverzinsung (Gesamtbelastung) eine vollständige Aussage über die

tatsächliche Kreditbelastung ergibt, wurde von einer Begrenzung der Nominalverzinsung Abstand genommen.

Die zulässigen Konditionen wurden daher in Abs. 1 Z. 1 lit. b und c nur durch die Gesamtbelastung determiniert, und zwar unterschiedlich für Kreditoperationen in inländischer (lit. b) und ausländischer (lit. c) Währung, weil das ungleiche Niveau auf den Märkten anhält. Das Zweieinhalbfache der in lit. b und c unterschiedlich festgelegten Berechnungsgrundlagen nimmt auf diese Situation auf den Märkten Bedacht.

Die Bestimmungen der letzten zwei Sätze des Abs. 1 Z. 1 nehmen auf Besonderheiten von Kreditbedingungen Bedacht, die erst nach Kreditaufnahme wirksam werden können und daher die Gesamtbelastung zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme rechnungsmäßig nicht erfassen lassen.

Zur Klarstellung von Begriffen, die in der im Abs. 1 Z. 1 lit. b aufgestellten Formel verwendet werden, sei bemerkt, daß bei Kreditoperationen mit verschiedenen Rückzahlungskursen jener Rückzahlungskurs der Berechnung zugrunde zu legen ist, der in die mittlere Laufzeit fällt. Für die Berechnung der mittleren Laufzeit ist folgende branchenmäßig übliche Formel anzuwenden:

$$\frac{1 + \text{tilgungsfreie Zeit} + \text{Gesamtlaufzeit}}{2}$$

Ist keine tilgungsfreie Zeit vertraglich vereinbart, ist die mittlere Laufzeit folgerichtig nach der Formel

$$\frac{1 + \text{Gesamtlaufzeit}}{2}$$

zu berechnen.

Beide Formeln sind nur bei den in der Regel vorkommenden ratenweisen Tilgungen anzuwenden. Erfolgt die Tilgung am Ende der Laufzeit (Einmaltilgung), ergibt sich folgerichtig, daß nicht die mittlere Laufzeit, sondern die gesamte Laufzeit im Nenner des obigen Bruches der Formel eingesetzt wird.

Der zulässige Stand der Verpflichtungen aus den zur vorübergehenden Kassenstärkung durchzuführenden Kreditoperationen wurde in Ziffer 2 des Abs. 1 von 4 auf 8 Milliarden Schilling erhöht, da zur Bedeckung des Ausfalles an Bundeseinnahmen aus Anlaß der Einführung der Mehrwertsteuer bis zur Gewinnung eines Überblickes über die erforderlichen mittel- und langfristigen Kreditoperationen vorerst Zwischenfinanzierungen zur kurzfristigen Kassenstärkung durchzuführen sein werden.

In den letzten Haushaltsjahren mußten unter anderem auf dem EURO-Dollarmarkt mittelfristige Kredite mit marktangleichenden variablen Zinsfüßen aufgenommen werden. Die im Abs. 2 vorgesehene Ermächtigung ermöglicht die Zinskorrekturen zu den jeweils herrschenden Marktverhältnissen bis zu einem Ausmaß der Gesamtbelastung für neue Kreditoperationen in in- oder ausländischer Währung.

Die Abgrenzung des Begriffes „Nettoerlös" wurde zwecks eindeutiger Klarstellung im Gesetzestext selbst (Abs. 5) vorgenommen.

Zu Art. VIII

Die in Ziffer 1 vorgenommene Änderung dient zur rechtlichen Klarstellung, daß einer Baurücklage auch Teilbeträge eines Ansatzes dann zugeführt werden können, wenn die Ansatzbezeichnung keinen Aufschluß über die mitveranschlagten Bauausgaben gibt, jedoch aus der Postenbezeichnung die Bereitstellung von Mitteln für Bauzwecke, und zwar für Neubauten, bauliche Instandhaltungen u. ä., ersichtlich ist.

Zu Art. IX

Die Betragsgrenze für den Gesamtrahmen der Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen wurde gegenüber dem BFG/72 von 50 auf 80 Millionen Schilling erhöht. Diese Änderung dient auch der Verwirklichung der im Art. 126 b B-VG für die gesamte Staatswirtschaft des Bundes verankerten Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, da die einzelnen Verfügungen im Rahmen des Gesamtwertes durch die finanzgesetzlichen Bestimmungen genau abgegrenzt sind.

Zu Art. X

Im Abs. 1 Z. 2 und Abs. 2 a (im BFG/72 Abs. 2) wurde der Hinweis auf den § 934 ABGB durch den Hinweis auf den § 10 des Bewertungsgesetzes insbesondere deshalb ersetzt, weil in der letzteren Bestimmung der gemeine Wert eingehender umschrieben ist als im ABGB.

Für die Uferschutz- und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen, die von den Ländern ausgeführt werden, gewährt der Bund nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes Bundesbeiträge; außerdem werden den Ländern im Rahmen der Bauhof- und Maschinenbewirtschaftung des Bundes für die vorgenannten Zwecke bundeseigene Geräte zur Verfügung gestellt. Der neue Abs. 2 a bezweckt durch die Veräußerung dieser Geräte an die Länder, wie aus dem Wortlaut dieser Bestimmungen entnommen werden kann, eine Verwirklichung der im Art. 126 b B-VG verankerten Grundsätze.

Zu Art. XI

Erläuterungen zum Dienstpostenplan sind dem gesonderten Druck „Anlage III zum BFG/73 — Dienstpostenplan für das Jahr 1973" beigeheftet.

www.parlament.gv.at

Zu Art. XII und XIII

An Hand der Systemisierungspläne ist es möglich, die Voranschlagsbeträge „zu errechnen, sonst abzuschätzen, das tatsächliche Jahreserfordernis zu veranschlagen" und den „tatsächlichen Bedarf" nach diesen Ausgaben darzutun (Art. 6 P. VI und XV VEG).

Die durchgeführten Änderungen dienen der Verdeutlichung in haushaltsrechtlicher Hinsicht.

Der Systemisierungsplan 1973 für Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge zeigt gegenüber dem Vorjahresplan Zunahmen von 376 Kraftfahrzeugen und eine Verminderung um zwei Wasserfahrzeuge. Die Anzahl der systemisierten Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1972 um 74 Fahrzeuge und die der Motorräder um 61 Fahrzeuge; hingegen ist bei den Fahrzeugen für betriebliche Zwecke, den Lastkraftwagen und den Spezialfahrzeugen ein höherer Bedarf von rund 500 Fahrzeugen gegeben. Die wesentlichsten Steigerungen bei den Kraftfahrzeugen sind bei der Exekutive (+ 69), bei der Bundesstraßenverwaltung (+ 100) und bei den Bundesbetrieben Bundesforste, Post- und Telegraphenanstalt sowie Österreichische Bundesbahnen (insgesamt + 311) gegeben. Bei diesen zusätzlichen Fahrzeugen handelt es sich um Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge, die zur Bewältigung ausgeweiteter Aufgabenbereiche und zu Rationalisierungszwecken dringend erforderlich sind.

Zu den sonstigen Artikeln und den sonstigen Änderungen und Ergänzungen des Wortlautes des BFG/73 gegenüber dem des BFG/72

Die vorstehend nicht behandelten Bestimmunden des BFG/73, nämlich die

Art. VII betreffend die Ermächtigung zu Haftungsübernahmen,

Art. XIV betreffend den Wirksamkeitsbeginn des Bundesfinanzgesetzes und

Art. XV betreffend die Vollzugsklausel,

sind, von ihrer Beziehung auf das Jahr 1973 abgesehen, weder dem Inhalt noch dem Wortlaut nach geändert worden.

Die in den vorstehenden Erläuterungen nicht behandelten sonstigen Änderungen oder Ergänzungen des Wortlautes des BFG/73 gegenüber dem des BFG/72 dienen der Verdeutlichung in rechtlicher oder sprachlicher Hinsicht oder der Beziehung auf das Jahr 1973.

Zu 460 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. Gesetzgebungsperiode

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Dienstpostenplan

für das Jahr 1973

Wien 1973

Österreichische Staatsdruckerei

L61 37382

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Dienstpostenplanes

(1) Der Dienstpostenplan enthält das Dienstpostenverzeichnis und eine Aufstellung über die Dienstposten der Österreichischen Bundesbahnen.

(2) Unter Dienstposten für Vertragsbedienstete der Kategorie A sind solche für ganzjährig vollbeschäftigte und der Kategorie B solche für saison- und teilbeschäftigte Vertragsbedienstete zu verstehen. Für die Vertragsbediensteten der Kategorie B sind die Dienstposten mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Vertragsbedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Auf Rechnung eines Dienstpostens für Vertragsbedienstete der Kategorie B können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß der auf den vorgesehenen Posten entfallende Kredit nicht überschritten wird.

2. Besetzung von Dienstposten über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand

(1) Ist kein im Dienstpostenverzeichnis vorgesehener Dienstposten frei und kann auch kein anderer Dienstposten im Sinne des Punktes 3 gebunden werden, so können Vertragsbedienstete, soweit nicht Abs. 3 bis 6 anderes bestimmt, mit Zustimmung der Bundesregierung aufgenommen werden. Der Antrag ist vom zuständigen Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen zu stellen.

(2) Durch die Bestimmung des Abs. 1 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabeansätzen nicht berührt.

(3) Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Artikel 30 Abs. 3 Bundes-Verfassungsgesetz zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten seiner Kanzlei bleiben unberührt.

(4) In einem Personalstand, in dem ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung oder ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung einen Dienstposten innehat, kann für die Dauer der Dienstfreistellung ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 gilt sinngemäß.

(5) Für einen Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, Entlohnungsgruppe e, und des Entlohnungsschemas II, Entlohnungsgruppe p 6, der aus unvorhergesehenen Gründen an der Dienstleistung verhindert ist, kann bei dringendem Bedarf als Ersatz ein Vertragsbediensteter der gleichen Entlohnungsgruppe aufgenommen werden.

(6) Für einen Bundesbediensteten, der

a) zu Lasten eines freien Dienstpostens zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,

b) sich in einem Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,

c) ordentlichen Präsenzdienst leistet oder

d) zu einer Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung oder

e) zu einer Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen einer Übernahme einer Schutzmachtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,

kann für die Dauer der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes oder der Heranziehung nach lit. e unter Bindung seines Dienstpostens ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

3. Bindung von Dienstposten

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Dienstposten der Verwendungsgruppen A, B, C, D, P 1, P 2, P 3, P 4, P 5 L 1, L 2, W 1, W 2, H 1, H 2 und H 3 mit Bundesbeamten der nächst niedrigeren Verwendungsgruppe oder im gleichen Dienstzweig mit Bundesbeamten einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) besetzt werden. Ferner können freie Dienstposten für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, I L, II und II L mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe des betreffenden Entlohnungsschemas besetzt werden.

(2) Freie Dienstposten in einem Dienstzweig der Verwendungsgruppen D und E können mit Bundesbeamten der Verwendungsgruppen P 4 bis P 6 besetzt werden.

(3) Freie Dienstposten einer Standesgruppe können im gleichen Personalstand mit Richtern einer niedrigeren Standesgruppe besetzt werden.

(4) Die Bestimmung des Abs. 3 gilt sinngemäß für staatsanwaltschaftliche Beamte.

(5) Freie Dienstposten für Bundesbeamte der Allgemeinen Verwaltung, für Bundesbeamte in handwerklicher Verwendung, Hochschullehrer, Lehrer, Wachebeamte und Berufsoffiziere können zur Versehung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten besetzt werden.

(6) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter einer Bundesdienststelle zur Dienstleistung zugeteilt und trägt der Bund die Kosten des Personalaufwandes, so ist für die Dauer der Dienstzuteilung ein der dienstrechtlichen Stellung des Bediensteten entsprechender Dienstposten gebunden.

4. Umwandlung von Dienstposten

(1) Ein freier Dienstposten kann vom zuständigen Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für Finanzen in einen Dienstposten der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) einer niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

(2) Das Bundeskanzleramt kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen im Falle einer Änderung der Dienstpostenorganisation den Dienstpostenplan den Organisationsänderungen anpassen.

5. Personalreserve

(1) Die Personalreserve enthält Dienstposten, die vom Bundeskanzleramt einzelnen Personalständen über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Dienstposten zugewiesen werden können. Für jeden derart über dem Stand in einer höheren Dienstklasse (Dienststufe) besetzten Dienstposten hat ein Dienstposten einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) im gleichen Dienstzweig des Personalstandes unbesetzt zu bleiben.

(2) Ein in einem Personalstand frei werdender Dienstposten einer Dienstklasse (Dienststufe), für den aus der Personalreserve ein Dienstposten zugewiesen ist, gilt als Dienstposten der Personalreserve, solange in dieser Dienstklasse (Dienststufe) im gleichen Dienstzweig der tatsächliche Stand den systemisierten Stand im Dienstpostenverzeichnis übersteigt.

(3) Die Zahl der Dienstposten in der Personalreserve erhöht sich um die Zahl von Dienstposten, die durch ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung, ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung oder mit einem Bundesbediensteten, der zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung einen Karenzurlaub erhalten hat, besetzt sind. Hat ein vom Dienst freigestelltes Mitglied eines Organs der Gesetzgebung, ein vom Dienst freigestelltes oberstes Organ der Vollziehung oder ein zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung beurlaubter Bundesbediensteter seinen Dienst als Beamter wieder aufgenommen, oder seine Funktion beendet, so entfällt diese Erhöhung in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Personalstand ein Dienstposten der gleichen Art frei wird.

II. Dienstpostenverzeichnis

A. Dienstposten

für die Bundesbediensteten der unmittelbaren Bundesverwaltung

Oberste Organe

Präsidentschaftskanzlei

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Präsidentschaftskanzlei			
Rechtskundiger Dienst in der Präsidentschaftskanzlei (Verwendungsgruppe A)			
Kabinettsdirektor	IX	1	
Kabinettsvizedirektor	VIII	1	
Kabinettsrat	VIII	—	
Kabinettsrat	VII	2	
Kabinettssekretär	VI		
Kabinettssekretär	V	—	
Kabinettskommissär	IV		
Kabinettskommissär	III		
		4	
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	1	
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	—
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	4	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	2
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		8	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		6	
Dienst der Kuriere der Präsidentschaftskanzlei (Verwendungsgruppe D)			
Erster Kurier	IV	1	1
Zweiter Kurier	III—I	2	
Zweiter Kurier			
Zweiter Kurier			
		3	
Allgemeiner Hilfsdienst, (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	6	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		6	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Summe...		38	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Präsidentschaftskanzlei	1	—	1	1	—	3

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Präsidentschaftskanzlei	—	—	1	1	4	—	6

74

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesgesetzgebung — Nationalrat			
Rechtskundiger Dienst in der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates			
(Verwendungsgruppe A)			
Parlamentsdirektor	IX	1	
Parlamentsvizedirektor	VIII	2 3	
Parlamentsrat	VIII	4	1
Parlamentsrat	VII	3 [1]	
Parlamentssekretär	VI		
Parlamentssekretär	V	6 [2]	
Parlamentskommissär	IV		
Parlamentskommissär	III		
		17	
Höherer Dienst der Parlamentsstenographen			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2 3	
Oberrat	VII	5	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	7 5	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		14 12	
Höherer Bibliotheksdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberstaatsbibliothekar	VII	1	
Staatsbibliothekar	VI		
Staatsbibliothekar	V	1	
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		3	
Gehobener Stenographendienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Sekretär	V		
Oberrevident	IV	2 3	
Revident	III		
Assistent	II		
		3 4	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	1	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	2 3	
Wirklicher Amtsrat	VI	2 3	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	2 7	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		6 8	
Gehobener Dienst an Bibliotheken			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Bibliothekssekretär	V		
Bibliotheksoberrevident	IV	3 4	
Bibliotheksrevident	III		
Bibliotheksassistent	II		
		5 6	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	—	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	2	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	5 3	
Fachadjunkt			
		9 12	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	1	
Technischer Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor			
Technischer Kontrollor	III—I	2	
Technischer Fachadjunkt			
		4	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	1	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	12 [3]	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		13 [3]	16

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.
[2]) Für den vorübergehenden Bedarf können auf Rechnung von freien Dienstpostens Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes (Verw.Gr. A) ernannt werden.
[3]) Für den vorübergehenden Bedarf kann auf Rechnung eines freien Dienstpostens ein Beamter des Fachlichen Hilfsdienstes höherer Art (Verw.Gr. D) ernannt werden.

Bundesgesetzgebung — Nationalrat

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	2	
Offizial	III—I	7	
Adjunkt			
		9	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	21	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		21	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	4	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		4	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant		1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		127	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	—	2	—	14	17	33

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	—	3	3	—	1	14	21

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	2	—	—	—	—	2

Verfassungsgerichtshof

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verfassungsgerichtshof			
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionsrat	VII	1	
Ministerialsekretär	VI	3	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		4	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
Summe...		10	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verfassungsgerichtshof	3	—	2	3	1	9

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Verfassungsgerichtshof	—	—	1	—	—	3	4

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verfassungsgerichtshof	—	—	—	1	—	1

Verwaltungsgerichtshof

Bezeichnung	Standesgruppe (Dienstklasse)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsgerichtshof			
Richter			
Präsident	8	1	
Vizepräsident	7	1	
Senatspräsident	6	7	
Hofrat	6b	15 [1]	
Hofrat	5	13	
		38	
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	1	
Sektionsrat	VII	2	
Ministerialsekretär	VI	3	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		6	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	1	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	
Oberkontrollor	III—I		
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		6	

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		7	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	5	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		5	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe...		67	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	—	13	2	15

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	2	—	1	7 [1]	11

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Verwaltungsgerichtshof	—	—	—	1	—	1

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Rechnungshof			
Höherer Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	—
Ministerialrat	VIII	24	3
Sektionsrat	VII	11	5
Ministerialsekretär	VI	46	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		84	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	15	7
Wirklicher Amtsrat	VI	12	3
Amtssekretär	V	38	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		65	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	5
Oberkontrollor	III—I	14	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		19	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	11	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		11	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	6	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		6	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Summe...		187	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Rechnungshof	—	—	—	9	1	10

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Rechnungshof	—	—	1	1	—	6	8

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Rechnungshof	—	—	—	2	—	2

Innenverwaltung

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeskanzleramt			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	5	1
Ministerialrat	VIII	23 [1]	12
Sektionsrat	VII	20	
Ministerialsekretär	VI	49 [2]	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		102 [3][4]	
Höherer Redaktionsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	3
Oberredaktionsrat	VII	4	2
Redaktionsrat	VI	13	
Redaktionsoberkommissär	V		
Redaktionskommissär	IV		
Redaktionskommissär	III		
		17	
Höherer Dolmetsch- und Übersetzungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	2
Oberrat	VII	1	
Rat	VI	3	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		4	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	3	5
Rechnungssekretär	V	37	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		41	
Gehobener Redaktionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Redaktionssekretär	V	7	
Redaktionsoberrevident	IV		
Redaktionsrevident	III		
Redaktionsassistent	II		
		9	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	4	7
Wirklicher Amtsrat	VI	16 [5]	
Amtssekretär	V	51 [6]	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		75	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	6
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	8 [7]	14
Oberkontrollor	III—I	37	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		47	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	
Technischer Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		3	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	1	8
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	37	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		38	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	3
Offizial	III—I	4	
Adjunkt			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	29 [8]	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		30	

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes [1]) 4, [2]) 1, [3]) 2, [4]) 2, [5]) 1, [6]) 1 Dienstposten.

[3]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können [3]) 9 Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

[4]) Auf Rechnung von Freien Dienstposten können [4]) 6 Beamte des Höheren Wirtschaftsdienstes ernannt werden.

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	3	
		3	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	2	
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	6	
		6	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	9	
		9	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	3	
		3	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	3	
		3	
Summe...		397	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Staatsarchiv			
Höherer Archivdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	3	2
Archivoberrat	VII	7	
Archivrat Archivoberkommissär Archivkommissär Archivkommissär	VI V IV III	11	
		22	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	1	
Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III		
		1	
Gehobener Dienst an Archiven und Bibliotheken (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	4	2
Archivsekretär Archivoberrevident Archivrevident Archivassistent	V IV III II	12	
		17	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	
Technischer Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor Technischer Kontrollor Technischer Fachadjunkt	III—I	3	
		4	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	3	2
Oberkontrollor Kontrollor Fachadjunkt	III—I	7	
		10	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt	III—I	4	
		4	

220

Bundeskanzleramt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	2
Offizial	III—I	7	
Adjunkt			
		7	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		70	
Statistisches Zentralamt			
Höherer statistischer Dienst (Verwendungsgrupppe A)			
Präsident	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	5	
Oberrat	VII	7	
Rat	VI	24	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		37	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Gehobener statistischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	3	
Wirklicher Amtsrat	VI	26	3
Sekretär	V	35	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		64	
Statistischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	30	
Oberkontrollor	III—I	40	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		70	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer statistischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial	III—I	17	
Offizial			
Adjunkt			
		17	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	1	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	7	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		7	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	5	
		5	
Summe...		210	
Gesamtsumme...		677	

Bundeskanzleramt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	29	20	28	77	14	168
Staatsarchiv	2	5	9	21	—	37
Statistisches Zentralamt	25	97 [1])	220 [2])	400 [3])	10	852
Zusammen...	56	142	277	558	24	1057
Dazu [1]) 20 [2]) 20 [3]) 60 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.						

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	17	7	4	39	67
Staatsarchiv	—	—	3	1	4	11	19
Statistisches Zentralamt	—	—	6	2	—	42	50
Zusammen...	—	—	26	10	8	92	136

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	1	1	2	—	4
Staatsarchiv	—	—	—	1	—	1
Statistisches Zentralamt	—	2 [1])	—	8 [2])	—	126
Zusammen...	—	19	1	111	—	131
Dazu [1]) 16 [2]) 100 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.						

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung	—	—	—	—	—	2	2	—
Statistisches Zentralamt	—	—	—	—	—	10 [1])	17	—
Zusammen...	—	—	—	—	—	19	19	—
[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 7 Dienstposten.								

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Inneres			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	12	30
Sektionsrat	VII	17	10
Ministerialsekretär	VI	54	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		85 [1]	
Höherer kriminaltechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	—	2
Rat	VI	5	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		5	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	2	6
Rechnungssekretär	V	18	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		21	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V	7	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		7	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	2	32
Wirklicher Amtsrat	VI	15	36
Amtssekretär	V	133	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		150	

[1] Auf Rechnung von freien Dienstposten des Höheren Ministerialdienstes können 5 Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	6
Technischer Fachinspektor	IV	5	10
Technischer Oberkontrollor	III—I	27	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		32	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	12
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	10	25
Oberkontrollor	III—I	55	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		66	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	13
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	75	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		75	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	12	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		12	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	14	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		14	

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	17	
Offizial			
Adjunkt			
		17	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	6	
Werkstättenobermanipulant			
		6	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	6	
Werkstättengehilfe			
		6	
Summe...		503	
Bundespolizei			
Rechtskundiger Dienst bei den Bundespolizeibehörden (Verwendungsgruppe A)			
Polizeipräsident	IX	1	
Polizeivizepräsident	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	31	8
Oberpolizeirat	VII	103	
Polizeirat	VI		
Polizeioberkommissär	V	187 [1]	
Polizeikommissär	IV		
Polizeikommissär	III		
		326	
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat, Chefarzt	VIII	1	
Polizeiobersanitätsrat, Chefarzt	VII	2	
Polizeiobersanitätsrat, Chefarztstellvertreter	VII	1	
Polizeiobersanitätsrat	VII	5	25
Polizeisanitätsrat	VI		
Polizeisanitätsoberkommissär	V	49	
Polizeisanitätskommissär	IV		
Polizeisanitätskommissär	III		
		58	

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI		
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV	1	
Wirtschaftskommissär	III		
		2	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissar	V		
Wissenschaftlicher Kommissar	IV	1	
Wissenschaftlicher Kommissar	III		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	3	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III	8	
Rechnungsassistent	II		
		11	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	8	11
Wirklicher Amtsrat	VI	59	26
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	274 [2]	
Amtsassistent	II		
		343	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	124	96
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	347 [3]	
Fachadjunkt			
		472	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	7
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	446	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		446	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart			
Amtswart	III—I	110	
Amtsgehilfe			
		110	

Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes [1]) 3 [2]) 2 [3]) 1 Dienstposten.

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	6	
		6	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	14	
		14	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	32	
		32	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant Werkstättenobermanipulant	III—I	20	
		20	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant Werkstättenmanipulant	III—I	25	
		25	
Sicherheitswachdienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Polizeigeneral	VIII	—	1
Polizeioberst	VII	14	3
Polizeioberstleutnant	VI	36	11
Polizeimajor Polizeirittmeister, Polizeioberleutnant, Polizeileutnant	V IV—II	143	
		193	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Polizeigruppeninspektor	IV (3)	94	37
Polizeibezirksinspektor	III—I (2)	896	
Polizeirevierinspektor	III—I (1)	1162	[1] [5] [6]
		2167	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Polizeirayonsinspektor Polizeioberwachmann, Oberaufseher Polizeiwachmann, Aufseher	III—I	7038	[1] [5] [6]
		9413	

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kriminaldienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Kriminaloberst	VII	6	2
Kriminaloberstleutnant	VI	13	16
Kriminalmajor Kriminalhauptmann, Kriminaloberleutnant, Kriminalleutnant	V IV—II	86	
		105	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Kriminalgruppeninspektor	IV (3)	40	18
Kriminalbezirksinspektor	III—I (2)	439	
Kriminalrevierinspektor	III—I (1)	1429	
		1908	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Kriminalrayonsinspektor Kriminalbeamter Kriminalbeamter	III—I	197	
		2210	
Summe...		13489	
Bundesgendarmerie			
Gendarmeriedienst			
Leitende Beamte (Verwendungsgruppe W 1)			
Gendarmeriegeneral	VIII	1	2
Gendarmerieoberst	VII	17	7
Gendarmerieoberstleutnant	VI	30	26
Gendarmeriemajor Gendarmerierittmeister, Gendarmerieoberleutnant, Gendarmerieleutnant	V IV—II	161 [2]	
		210	
Dienstführende Beamte (Verwendungsgruppe W 2)			
Gendarmeriekontrollinspektor	IV (3)	136	15
Gendarmeriebezirksinspektor	III—I (2)	821	
Gendarmerierevierinspektor	III—I (1)	3322 [3]	
		4286	
Eingeteilte Beamte (Verwendungsgruppe W 3)			
Gendarmerierayonsinspektor Gendarmeriepatrouillenleiter Gendarm	III—I	6340 [7]	
		10844	
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten (Verwendungsgruppe A)			
Obersanitätsrat, Chefarzt	VII	—	1
Sanitätsrat Sanitätsoberkommissär Sanitätskommissär Sanitätskommissär	VI V IV III	1	
		1	

Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes [1] 15, [2] 1, [3] 7, [4] 8 Dienstposten.
Auf Rechnung freier Dienstposten können
[5] 20 Vertragsbedienstete A Entlohnungsschema I Entlohnungsgruppe c,
[6] 150 Vertragsbedienstete A Entlohnungsschema I Entlohnungsgruppe d und 150 Vertragsbedienstete A Entlohnungsschema II,
[7] 20 Vertragsbedienstete A Entlohnungsschema I Entlohnungsgruppe d aufgenommen werden.

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Inneres

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	13	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		13	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	5	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		5	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	4	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		4	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		10873	
Gesamtsumme...		24865	

226

Bundesministerium für Inneres

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	3	17	134	8	162
Bundespolizei	18	8	—	714	—	740
Bundesgendarmerie	—	—	1	31	—	32
Besondere Einrichtungen	4	21	31	20	—	76
Zusammen...	22	32	49	899	8	1010

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Besondere Einrichtungen	—	1	—	1
Zusammen...	—	1	—	1

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	2	11	9	6	32	60
Bundespolizei	—	10	31	35	5	456	537
Bundesgendarmerie	5	13	34	24	29	174	279
Besondere Einrichtungen	1	5	21	14	19	34	94[3]
Zusammen...	6	30	97	82	59	696	970

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	—	—	2	—	2
Bundespolizei	5	—	—	10	—	15
Zusammen...	5	—	—	12	—	17

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundespolizei	—	—	—	—	—	76	76	—
Bundesgendarmerie	—	—	1	—	4	352	357 [1]	103 [2]
Zusammen...	—	—	1	—	4	428	433	103

[1]) Auf Rechnung freier Dienstposten können Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften aufgenommen werden.
[2]) Auf Rechnung freier Dienstposten können auch Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II in der Entlohnungsgruppe p 6 aufgenommen werden.
[3]) An Stelle von 4 Vertragsbediensteten A Entlohnungsschema II können 2 Vertragsbedienstete nach anderen Rechtsvorschriften und 2 Vertragsbedienstete B Entlohnungsschema II aufgenommen werden.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Unterricht und Kunst			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	3
Ministerialrat	VIII	27	12
Sektionsrat	VII	23	1
Ministerialsekretär	VI	56	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		109 [1]	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	1
Wissenschaftlicher Rat	VI	1	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Rechnungssekretär	V	18	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		27	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	4	4
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Amtssekretär	V	26	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		38	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	8	
Oberkontrollor	III—I	19	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		28	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	20	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		20	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	

[1] Auf Rechnung von freien Dienstposten können 5 Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	17	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		17	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		253	
Bundesheime und Sporteinrichtungen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		4	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Direktor		—	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		1	
		6	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	
Wissenschaftlicher Rat	VI	1	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		1	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	12	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher	III—I	1	
Amtswart, Aufseher			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		26	
Außerschulische Jugenderziehung			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		6	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		3	
		9	
Summe...		9	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Schulaufsichtsbehörden			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes			
a) Allgemeinbildende höhere Schulen, Volks-, Haupt- und Sonderschulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		34	
(Verwendungsgruppe S 2)			
Bezirksschulinspektor		124	
b) Berufspädagogische Lehranstalten, und berufsbildende mittlere und höhere Schulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinpektor		16	
c) Berufsschulen:			
(Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinpektor		9	
(Verwendungsgruppe S 2)			
Berufsschulinpektor		16	
		199	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	9	
Oberrat	VII	5	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	24	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		38	
Höherer pädagogisch-administrativer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	4	4
Rat	VI		
Oberkommissär	V	18	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		22	
Gehobener pädagogisch-administrativer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	4	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	56	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		60	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	34	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		43	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	9	
Amtssekretär	V	102	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		111	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	9	
Oberkontrollor	III—I	82	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		91	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	81	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		81	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	14	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		14	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	4	
		4	
Summe...		664	
Schulpsychologie — Bildungsberatung			
Höherer schulpsychologischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Rat	VI	66[1]	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		66	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können 50 Bundeslehrer ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		67	
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		1	
Professor		18[2])	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		2	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		—	
		21	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Rat	VI	1	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	

[2]) Auf Rechnung von 2 Dienstposten der Verwendungsgruppe L 1 können 2 Beamte des wissenschaftlichen Dienstes ernannt werden.

230

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant		1	
Werkstattenobermanipulant			
		1	
Summe...		28	
Allgemeinbildende höhere Schulen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		262	
Erziehungsleiter		1	
Professor		8870	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		89	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		28	
		9250	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	7
Oberkontrollor	III—I	48	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		48	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	—
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	86	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		86	
Schulwarte Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Oberamtswart	III—I	24	
Schulwart, Amtswart			
Schulgehilfe, Amtsgehilfe			
		24	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant		92	
Werkstättenmanipulant			
		92	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	5	
Werkstättengehilfe			
		5	
Summe...		9507	
Bundeserziehungsanstalten			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		4	
Direktor-Stellvertreter		3	
Erziehungsleiter		4	
Professor		185	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		23	
		219	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	5	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Krankenpflegefachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberpfleger (Oberschwester)	IV	—	1
Pfleger (Schwester)	III—I	3	
Pfleger (Schwester)			
Pfleger (Schwester)			
		3	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		3	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	2	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		2	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Oberportier, Oberamtswart	III—I	6	
Schulwart, Portier, Amtswart			
Schulgehilfe, Portier, Amtsgehilfe			
		6	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	6	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		6	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	12	
Werkstättenobermanipulant			
		2	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	3	
Werkstättenmanipulant			
		3	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	7	
Werkstättengehilfe			
		7	
Summe...		272	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Pädagogische Akademien und Institute			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe LPA)			
Direktor		14	
Fachvorstand		4	
Professor		102	
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		6	
Fachvorstand		15	
Professor		460 [1]	
		601	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	8	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		8 [2]	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		4	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	—
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	1	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		617	

[1]) Auf Rechnung dieses Dienstzweiges können 50 Übungsschullehrer aufgenommen werden.

[2]) Auf Rechnung dieses Dienstzweiges können Beamte des Rechnungsdienstes aufgenommen werden.

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		25	
Professor		251	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Direktor		2	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer u. Übungskindergärtnerinnen		139	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptkindergärtnerin, Oberkindergärtnerin, Kindergärtnerin		20	
		437	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe		441	
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		2	
Professor		22	
Erziehungsleiter		2	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		53	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		6	
		85	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	1
Technischer Inspektor	VI	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Krankenpflegefachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Pfleger (Schwester)	III—I	1	
Pfleger (Schwester)			
Pfleger (Schwester)			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Oberamtswart, Oberaufseher	III—I	4	
Schulwart, Amtswart, Aufseher			
Schulgehilfe, Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	3	
		3	
Summe		96	
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor			
Oberkontrollor	IV	—	
Kontrollor			
Fachadjunkt	III—I	1	
Direktor			
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur			
Offizial, Monteur	III—I	2	
Adjunkt, Monteur			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstattenmanipulant			
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	3	
Werkstättengehilfe			
		3	
Summe...		9	
Bundesanstalten für Leibeserziehung			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		3	
Professor		12	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		16	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	1	
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	1
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	1
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	4	
Fachadjunkt			
		4	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	
Oberoffizial, Oberschulwart			
Offizial, Oberschulwart	III—I	1	
Adjunkt, Schulwart			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart			
Amtswart	III—I	1	
Amtsgehilfe			
		1	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		25	
Technische und gewerbliche Lehranstalten			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		46	
Fachvorstand		95	
Professor		1666	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Direktor		—	
Fachvorstand		3	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1013	
		2823	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Rat	VI		
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV	1	
Kommissär	III		
		1	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV	5	
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		5	

234

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Rechnungssekretär	V	4	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		4	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	16	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		16	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	7	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		7	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	6
Oberkontrollor	III—I	20	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		20	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	—
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	27	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		27	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	
Technischer Oberoffizial	III—I	14	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		14	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	21	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt Kanzleiadjunkt			
		21	
Werkmeister (Verwendungsgruppe D)			
Oberwerkmeister	III—I	1	
Werkmeister			
Werkmeister			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Oberlaborant, Oberportier	III—I	27	
Schulwart, Laborant, Portier			
Schulgehilfe, Laboratoriumsgehilfe, Hilfsportier			
		27	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	9	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		9	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	18	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		18	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	34	
Werkstättenmanipulant			
		34	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		3040	
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		27	
Fachvorstand		1	
Professor		636	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Direktor		53	
Fachvorstand		30	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		893	
		1640	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Rechnungssekretär	V	2	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	2
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		6	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	7	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		7	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Kanzlist			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	7	
Werkstättenmanipulant			
		7	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	6	
Werkstättengehilfe			
		6	
Summe...		1674	
Handelsakademien und Handelsschulen			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		71	
Professor		1366	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		265	
		1702	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	

236

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	6	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		6	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberschulwart, Oberamtswart	III—I	1	
Schulwart, Amtswart			
Schulgehilfe, Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	6	
Werkstättenobermanipulant			
		6	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	14	
Werkstättengehilfe			
		14	
Summe...		1733	
Berufspädagogische Institute			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		5	
Professor		13	
		18	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher	III—I	1	
Amtswart, Aufseher			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		21	
Bundeskonvikte Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende) Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	6	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		6	
Angelernte Arbeiter in qualif. Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungsgruppe (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		10	
Hofmusikkapelle Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		1	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		2	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		3	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	1
Wissenschaftlicher Rat	VI	3	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Summe...		15	
Österreichische Kulturinstitute			
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	2	1
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	6	
Wissenschaftlicher Rat	VI	15	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		23	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	5	
Amtsoberrevident	IV—III		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		3	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	3	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		3	
Summe...		35	
Gesamtsumme...		18.543	

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	5	13	12	89	11	130
Bundesheime und Sporteinrichtungen	2	20	10	19	—	51
Außerschulische Jugenderziehung	—	24	—	—	—	24
Schulaufsichtsbehörden	—	107	19	172	14	312
Schulpsychologie — Bildungsberatung	—	7	4	9	1	21
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	5	5	4	5	1	20
Allgemeinbildende höhere Schulen	—	—	129	90	65	284
Bundeserziehungsanstalten	—	—	12	15	2	29
Pädagogische Akademien und Institute	—	5	9	21	1	36
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	3	2	—	5
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	8	7	9	24
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)	—	1	14	7	4	26
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	1	2	3	3	9
Technische und gewerbliche Lehranstalten	2	171	40	105	37	355
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	5	12	19	7	43
Handelsakademien und Handelsschulen	—	29	23	16	4	72
Berufspädagogische Institute	—	—	2	4	—	6
Bundeskonvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)	—	8	9	—	1	18
Hofmusikkapelle	—	—	—	—	1	1
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	—	3	7	5	1	16
Österreichische Kulturinstitute	3	4	4	4	—	15
Zusammen	17	403	323	592	162	1497

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l 1	l 2	l 3		
Allgemeinbildende höhere Schulen	292	56	13	361	—
Bundeserziehungsanstalten	14	1	—	15	—
Pädagogische Akademien und Institute	1	—	—	1	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	9	5	4	18	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	4	14	12	30	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	5	3	—	8	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	2	4	—	6	—
Handelsakademien und Handelsschulen	1	—	—	1	—
Zusammen	328	83	29	440	—

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Zentralleitung	—	—	4	4	—	3	11	—	—
Bundesheime und Sporteinrichtungen	—	—	18	41	80	5	144	—	—
Schulaufsichtsbehörden	—	—	1	4	1	9	15	—	—
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	—	—	4	1	4	2	11	—	—
Allgemeinbildende höhere Schulen	—	—	5	178	42	228	453	—	—
Bundeserziehungsanstalten	—	2	7	13	25	51	98	—	—
Pädagogische Akademien und Institute	—	—	—	14	4	20	38	—	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	6	7	8	21	—	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	7	8	2	11	28	—	—
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)	—	—	7	13	19	90	129	—	—
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	—	2	1	8	2	13	—	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	2	14	69	58	25	126	294	—	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	1	3	12	3	54	73	—	—
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	—	16	5	34	55	—	—
Berufspädagogische Institute	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Bundeskonvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)	—	—	4	10	9	40	63	—	—
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	—	—	2	2	—	—	4	—	—
Zusammen...	2	17	133	381	234	684	1451	—	—

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Zentralleitung	—	—	—	6	—	6	—
Bundesheime und Sporteinrichtungen	—	21	—	1	—	22	—
Schulaufsichtsbehörden	3	1	—	14	—	18	5
Schulpsychologie — Bildungsberatung	—	—	—	6	—	6	—
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	—	—	—	1	—	1	—
Allgemeinbildende höhere Schulen	—	—	22	6	—	28	152
Bundeserziehungsanstalten	—	—	1	—	—	1	4
Pädagogische Akademien und Institute	—	—	1	—	—	1	8
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	3	1	—	4	7
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	—	—	—	—	—	2
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)	—	—	1	—	—	1	—
Bundesanstalten für Leibeserziehung	—	—	1	1	—	2	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	1	2	1	6	—	10	30
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	2	3	—	—	5	11
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	2	4	—	6	27
Berufspädagogische Institute	—	—	—	1	—	1	—
Bundeskonvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)	—	—	1	1	—	2	—
Hofmusikkapelle	—	1	—	—	—	1	6
Österreichische Kulturinstitute	—	2	—	2	6	10	—
Zusammen...	4	29	36	50	6	125	252

240

Bundesministerium für Unterricht und Kunst

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe				Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l pa	l 1	l 2	l 3		
Allgemeinbildende höhere Schulen	—	23	9	5	37	—
Bundeserziehungsanstalten	—	2	1	—	3	—
Pädagogische Akademien und Institute	1	1	—	—	2	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	1	—	—	1	—
Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute	—	1	1	2	4	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	—	24	7	—	31	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	9	9	—	18	—
Handelsakademien und Handelsschulen	—	9	3	—	12	—
Berufspädagogische Institute	—	4	—	—	4	—
Zusammen...	1	74	30	7	112	—

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundesheime und Sporteinrichtungen	—	—	—	—	6	17	23	—
Schulaufsichtsbehörden	—	—	—	—	1	6	7	—
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	—	—	—	—	—	3	3	—
Allgemeinbildende höhere Schulen	—	—	—	1	11	135	147	—
Bundeserziehungsanstalten	—	—	—	—	1	—	1	—
Pädagogische Akademien und Institute	—	—	—	—	—	10	10	—
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	—	—	—	—	1	3	4	—
Bundes- Blinden u. Taubstummeninst.	—	—	—	—	—	3	3	—
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)	—	—	—	1	—	3	4	—
Technische und gewerbliche Lehranstalten	—	—	—	—	—	30	30	—
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	—	—	—	—	1	9	10	—
Handelsakademien und Handelsschulen	—	—	—	1	—	20	21	—
Berufspädagogische Institute	—	—	—	—	—	2	2	—
Bundeskonvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)	—	—	—	1	—	5	6	—
Zusammen...	—	—	—	4	21	246	271	—

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wissenschaft und Forschung			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	1	1
Ministerialrat	VIII	12	2
Sektionsrat	VII	6	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	25	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		44	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	2	3
Wirklicher Amtsrat	VI	7	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	30	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		39	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		7	
Summe		90	
Hochschulen			
Hochschullehrer			
Ordentlicher Professor		1038	
Außerordentlicher Professor *)		22	
Außerordentliche Univ.- bzw. Hochschulprofessoren **)		150	
Oberassistent, Oberarzt, Hochschulassistent, Assistenzarzt		4224	
		5434	
*) gemäß § 10 HOG.			
**) gemäß § 10a HOG.			

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		9	
Fachvorstand		—	
Professor		79	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		27	
(Verwendungsgruppen L 3)			
Übungshauptkindergärtnerin, Übungsoberkindergärtnerin, Übungskindergärtnerin		1	
		116	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	6	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	30	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		36	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	—	
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	40	53
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V	222	
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		262	
Dienst der Apotheker			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor	VII	—	1
Direktor	VI		
Oberprovisor	V	2	
Provisor	IV		
Provisor	III		
		2	
Höherer landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VII	—	3
Landwirtschaftsrat	VI		
Landwirtschaftsoberkommissär	V	3	
Landwirtschaftskommissär	IV		
Landwirtschaftskommissär	III		
		3	

242

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberbaurat	VII	—	2
Baurat	VI	2	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		2	
Gehobener Gartenbaudienst (Verwendungsgruppe B)			
Gartenoberverwalter	V	2	
Gartenbauoberrevident	IV		
Gartenbaurevident	III		
Gartenbauassistent	II		
		2	
Gehobener medizinischer und veterinärmedizinisch-technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Mediz.-techn. Oberassistent	VI	—	7
Mediz.-techn. Oberassistent	V	43	
Mediz.-techn. Oberassistent	IV		
Mediz.-techn. Assistent	III		
Mediz.-techn. Assistent	II		
		43	
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgrupp B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Technischer Oberpräparator, Sekretär	V	7	
Technischer Oberpräparator, Oberrevident	IV		
Technischer Präparator, Revident	III		
Technischer Präparator, Assistent	II		
		7	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	2
Quästor, Quästursdirektor, Wirklicher Amtsrat	VI	5	7
Quästor, Rechnungssekretär	V	30	
QuästursObRev., RechnObRev.	IV		
QuästursRev., RechnRev.	III		
Quästursassistent, Rechnungsassistent	II		
		35	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	3
Technischer Inspektor	V	22	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		22	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	5	5
Amtssekretär	V	56	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		61	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	10
Technischer Fachinspektor	IV	15	32
Technischer Oberkontrollor	III—I	96	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		121	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	5
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	15	7
Oberkontrollor	III—I	54	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		69	
Medizinisch-technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Gartenbaudienst (Verwendungsgruppe C)			
Gartenbauinspektor	IV	—	8
Gartenbauoberkontrollor	III—I	9	
Gartenbaukontrollor			
Gartenbauadjunkt			
		9	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Obergartenmeister	IV	—	
Gartenmeister	III—I	3	
Obergärtner			
Gärtner			
		3	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	9
Oberoffizial	III—I	52	
Offizial			
Adjunkt			
		52	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	13
Technischer Oberoffizial	III—I	73	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		73	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	9
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	66	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		66	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberlaborant, Oberpräparator, Oberportier	III—I	71	
Amtswart, Aufseher, Laborant, Präparator, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Laboratoriumsgehilfe, Hilfspräparator, Hilfsportier			
		71	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	16	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		16	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	17	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		17	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	18	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		18	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial,	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	18	
Werkstättenobermanipulant			
		18	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	16	
		16	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	8	
		8	
Summe...		6592	
Kunsthochschulen			
Hochschullehrer			
Ordentlicher Professor		88	
Außerordentlicher Professor		116	
Oberassistent, Hochschulassistent		39	
		243	
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Professor		134	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		135	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberrat	VII	1	1
Rat	VI		
Oberkommissär	V	4	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		6	
Akademische Restauratoren			
(Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Chefrestaurator	VII	—	
Akademischer Oberrestaurator	VI		
Akademischer Oberrestaurator	V	1	
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		1	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	1
Wissenschaftlicher Rat	VI	3	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		3	
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Quästor, Quästursdirektor	VI	—	2
Quästor, Rechnungssekretär	V	6	
Quästursoberrevident	IV		
Quästursrevident	III		
Quästursassistent	II		
		6	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	4	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	4
Oberkontrollor	III—I	11	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		11	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	2
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	4	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		4	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	8	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		8	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		6	
Allgemeiner Hilfsdienst, Schulwarte (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberportier, Oberschulwart	III—I	27	
Amtswart, Aufseher, Portier, Schulwart			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfsportier, Schulgehilfe			
		27	
Spezialarbeiter in bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe...		464	
Wissenschaftliche Anstalten			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	3	23
Wissenschaftlicher Rat	VI	45	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		48	
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Sekretär	V	6	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		6	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	5
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	29	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		29	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	2	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	3
Technischer Fachinspektor	IV	—	15
Technischer Oberkontrollor	III—I	31	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		31	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		3	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Oberschulwart	IV	—	1
Oberoffizial, Oberschulwart	III—I	2	
Offizial, Oberschulwart			
Adjunkt, Schulwart			
		2	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	15	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		15	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberlaborant	III—I	3	
Amtswart, Aufseher, Laborant			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Laboratoriumsgehilfe			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe...		142	
Bibliotheksdienst			
Höherer Bibliotheksdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	8	8
Oberstaatsbibliothekar	VII	24	17
Staatsbibliothekar	VI	96	
Staatsbibliothekar	V		
Wissenschaftlicher Assistent	IV		
Wissenschaftlicher Assistent	III		
		128	
Gehobener Dienst an Bibliotheken (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	3	3
Wirklicher Amtsrat	VI	16	27
Bibliothekssekretär	V	130	
Bibliotheksoberrevident	IV		
Bibliotheksrevident	III		
Bibliotheksassistent	II		
		149	
Fachdienst an Bibliotheken (Verwendungsgruppe C)			
Bibliotheksfachoberinspektor	V	—	
Bibliotheksfachinspektor	IV	3	
Bibliotheksoberkontrollor	III—I	17	
Bibliothekskontrollor			
Bibliotheksadjunkt			
		20	
Summe...		297	

246

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bibliotheken			
Akademische Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Chefrestaurator	VII	1	
Akademischer Oberrestaurator	VI	2	
Akademischer Oberrestaurator	V		
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		3	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Rat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	2
Wissenschaftlicher Rat	VI	3	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		3	
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	4	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	3
Technischer Oberkontrollor	III—I	7	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		7	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	10
Oberkontrollor	III—I	19	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		19	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	6
Oberoffizial	III—I	25	
Offizial			
Adjunkt			
		25	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		10	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher	III—I	9	
Amtswart, Aufseher			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		9	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe ..	III—I	2	
		2	
Summe...		90	
Museen			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	8	5
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat .	VII	14	9
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär ...	V	53	
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		75	
Akademische Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Chefrestaurator	VII	—	1
Akademischer Oberrestaurator	VI		
Akademischer Oberrestaurator	V	6	
Akademischer Restaurator.....	IV		
Akademischer Restaurator.....	III		
		6	
Gehobener Dienst an Museen und Sammlungen (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat.....	VI	—	2
Technischer Oberrestaurator, Technischer Oberpräparator, Sekretär...	V		
Technischer Restaurator, Technischer Präparator, Oberrevident.....	IV	14	
Technischer Restaurator, Technischer Präparator, Revident	III		
Assistent	II		
		14	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat.....	VI	—	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	2	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor.....	VII	—	1
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	1	
Technischer Revident.....	III		
Technischer Assistent.....	II		
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat.....	VI	—	2
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	7	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		7	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	6
Technischer Fachinspektor	IV	—	8
Technischer Oberkontrollor	III—I	30	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		30	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor.....	V	—	2
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		6	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	6
Oberoffizial	III—I	30	
Offizial			
Adjunkt.....			
		30	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	2
Technischer Oberoffizial	III—I	20	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		20	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial.....			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		10	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberpräparator, Oberportier	III—I	44	
Amtswart, Aufseher, Präparator, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator, Hilfsportier			
		44	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spezialarbeiter i. bes. Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	7	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		7	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Summe...		255	
Bundesdenkmalamt			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	3
Oberrat	VII	2	15
Rat	VI	28	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		32	
Akademische Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Chefrestaurator	VII	—	2
Akademischer Oberrestaurator	VI	3	
Akademischer Oberrestaurator	V		
Akademischer Restaurator	IV		
Akademischer Restaurator	III		
		3	
Gehobener Dienst am Bundesdenkmalamt (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	I		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	5	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	3
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		5	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		5	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		59	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	1
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V	2	
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungssekretär	V	1	
Rehnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rachnungsassistent	II		
		1	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Summe...		4	
Gesamtsumme...		7993	

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	1	2	1	—	—	4
Hochschulen	119	1063	603	558	188	2531
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	6	40	20	19	1	86
Kunsthochschulen	3	15	16	46	59	139
Wissenschaftliche Anstalten	15[1])	10	11	27	—	67
Bibliotheksdienst	47[2])	125[3])	19	—	—	199
Bibliotheken	5	7	31	95	33	171
Museen	25	23	16	55	164	283
Bundesdenkmalamt	26	18	9	9	6	68
Bundesstaatl. Hauptst. f. wiss. Kinematographie	1	1	1	1	—	4
Zusammen...	255	1309	727	810	451	3552

Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes [1]) 4, [2]) 3, [3]) 5 Dienstposten.

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l 1	l 2	l 3		
Hochschulen	17	11	2	30	28
Kunsthochschulen	—	1	—	1	38
Zusammen...	17	12	2	31	66

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Hochschulen	34	87	112	65	153	241	692	—	30
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	2	1	1	2	2	4	12	—	—
Kunsthochschulen	2	—	10	3	—	27	42	—	—
Wissenschaftliche Anstalten	—	—	4	1	3	5	13	—	—
Bibliotheken	—	1	2	3	1	15	22	—	—
Museen	—	1	7	4	6	30	48	—	—
Bundesdenkmalamt	—	2	—	—	—	—	2	—	—
Bundesstaatl. Hauptst. f. wiss. Kinematographie	—	—	—	1	—	—	1	—	—
Zusammen...	38	92	136	79	165	322	832	—	30

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Hochschulen	—	49	2	49	—	100	—
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	2	4	1	1	—	8	—
Kunsthochschulen	—	—	1	—	—	1	—
Wissenschaftliche Anstalten	—	—	1	—	—	1	—
Bibliotheksdienst	2	11	—	—	—	13	—
Bibliotheken	—	—	1	1	2	4	—
Museen	7	3	—	—	15	25	—
Bundesdenkmalamt	1	1	—	1	—	3	—
Zusammen...	12	68	6	52	17	155	—

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe				Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	l pa	l 1	l 2	l 3		
Hochschulen	—	—	—	2	2	20
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	1	1	—	2	60
Kunsthochschulen	—	—	—	—	—	52
Zusammen...	—	1	1	2	4	132

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Hochschulen	—	—	1	—	2	19	22	6
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	—	1	—	—	1	2	—
Kunsthochschulen	—	—	—	1	—	10	11	—
Bibliotheken	—	—	—	—	—	3	3	—
Museen	—	—	—	—	2	3	5	—
Zusammen...	—	—	2	1	4	36	43	6

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Soziales			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	2
Ministerialrat	VIII	26	18
Sektionsrat	VII	30	
Ministerialsekretär	VI	47	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		106	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirtschaftsrat	VI	2	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		2	
Gehobener Arbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Gehobener Dienst bei den Arbeitsämtern (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	7	2
Rechnungssekretär	V	23	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		31	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	3	21
Wirklicher Amtsrat	VI	25	4
Amtssekretär	V	73	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		101	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	4
Oberkontrollor	III—I	17	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		23	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	6
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	37	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		37	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	13	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		13	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		321	
Landesarbeitsämter			
Höherer Dienst bei den Arbeitsämtern (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	9 [1]	
Oberrat	VII	16	
Rat	VI	37	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		62	

[1]) Auf Rechnung von 2 freien Dienstpostens können 2 Beamte des Höheren Dienstes der Berufsberatung ernannt werden.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Dienst der Berufsberatung			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	5
Oberrat	VII	12	15
Rat	VI	52	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		64	
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten			
(Verwendungsgruppe A)			
Obersanitätsrat, Chefarzt	VII	—	3
Sanitätsrat, Chefarzt, Oberarzt	VI	3	
Sanitätsoberkommissär, Oberarzt	V		
Sanitätskommissär, Assistent	IV		
Sanitätskommissär, Assistent	III		
		3	
Gehobener Dienst bei den Arbeitsämtern			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	12	21
Wirklicher Amtsrat	VI	70	208
Amtssekretär	V	560	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		642	
Fachdienst bei den Arbeitsämtern			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	13
Fachinspektor	IV	100	426
Oberkontrollor	III—I	734	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		834	
Mittlerer Dienst bei den Arbeitsämtern			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial	III—I	192	
Offizial			
Adjunkt			
		192	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	15	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		15	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	29	
Offizial			
Adjunkt			
		29	
Summe...		1842	
Landesinvalidenämter			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	3	3
Oberrat	VII	11	8
Rat	VI	34	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		48	
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten			
(Verwendungsgruppe A)			
Obersanitätsrat, Chefarzt	VII	1	3
Sanitätsrat, Chefarzt, Oberarzt	VI	4	
Sanitätsoberkommissär, Oberarzt	V		
Sanitätskommissär, Assistent	IV		
Sanitätskommissär, Assistent	III		
		5	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	5
Wirklicher Amtsrat	VI	15	47
Rechnungssekretär	V	111	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		127	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	11
Wirklicher Amtsrat	VI	23	52
Amtssekretär	V	177	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		200	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener medizinisch- und veterinärmedizinisch-technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Mediz.-techn. Oberassistent	V	2	
Mediz.-techn. Oberassistent	IV		
Mediz.-techn. Assistent	III		
Mediz.-techn. Assistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	28
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	22	63
Oberkontrollor	III—I	107	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		129	
Medizinisch-technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	76	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		76	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	16	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		16	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		608	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Oberverwalter	V	2	
Verwalter	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Summe...		4	
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen			
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Summe...		1	
Arbeitsinspektion			
Höherer Arbeitsinspektionsdienst und Verkehrsarbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	9	3
Oberbaurat	VII	20	8
Baurat	VI	41	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		70	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten (Verwendungsgruppe A)			
Obersanitätsrat, Chefarzt	VII	—	3
Sanitätsrat, Chefarzt, Oberarzt	VI	4	
Sanitätsoberkommissär, Oberarzt	V		
Sanitätskommissär, Assistent	IV		
Sanitätskommissär, Assistent	III		
		4	
Gehobener Arbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	4
Wirklicher Amtsrat	VI	3	28
Amtssekretär	V	77	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		80	
Arbeitsinspektionsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	1	25
Oberkontrollor	III—I	37	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		38	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	23	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		23	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	8	
Offizial			
Adjunkt			
		8	
Summe...		224	
Gesamtsumme...		3000	

Bundesministerium für soziale Verwaltung

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	17	1	13	62	4	97
Landesarbeitsämter	35	106	238	406	24	809
Landesinvalidenämter	—	67	3	107	23	200
Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	2	11	—	13
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen	—	6	—	1	1	8
Arbeitsinspektion	19	10	1	26	—	56
Zusammen...	71	190	257	613	52	1183

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung	—	—	2	—	—	1	3	—
Landesarbeitsämter	—	1	30	2	7	30	70	—
Landesinvalidenämter	—	—	2	3	—	8	13	—
Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	1	1	23
Arbeitsinspektion	—	—	8	—	—	2	10	—
Zusammen...	—	1	42	5	7	42	97	23

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Zentralleitung	—	1	—	4	—	5	—
Landesarbeitsämter	—	—	1	21	—	22	—
Landesinvalidenämter	16	—	—	—	—	16	—
Arbeitsinspektion	—	—	—	2	—	2	—
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen	—	—	—	1	—	1	—
Zusammen...	16	1	1	28	—	46	—

Bundesministerium für soziale Verwaltung

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Landesarbeitsämter	—	—	—	—	5	96	101	—
Landesinvalidenämter	—	—	—	—	2	10	12	—
Bundesstaatliche Prothesenwerkstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	1	1	—
Arbeitsinspektion	—	—	—	—	—	7	7	—
Zusammen...	—	—	—	—	7	114	121	—

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gesundheit und Umweltschutz			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	1	1
Ministerialrat	VIII	13	15
Sektionsrat	VII	12	
Ministerialsekretär	VI	26	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		52	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	6
Wirklicher Amtsrat	VI	6	
Amtssekretär	V	18	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		24	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		7	
Mittlerer Verwaltungs- und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	12	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		12	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Summe...		96	
Untersuchungsanstalten der Bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	11
Oberrat	VII	24	10
Rat	VI	42	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		67	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	9	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		9	
Gehobener Dienst an wissenschaftlichen Anstalten (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	7
Sekretär	V	24	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		24	
Gehobener Technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Gehobener medizinisch- und veterinärmedizinisch-technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Med.-techn. Oberassistent	VI	—	9
Med.-techn. Oberassistent	V	22	
Med.-techn. Oberassistent	IV		
Med.-techn. Assistent	III		
Med.-techn. Assistent	II		
		22	
Dienst der Lebensmittelrevisoren (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		4	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	5	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		5	
Verwaltungsfach- und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	3	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		3	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	6	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		6	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Summe...		152	
Veterinärmedizinische Bundesanstalten			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	2
Oberrat	VII	6	2
Rat	VI	21	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		29	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	6	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		6	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Gehobener medizinisch- und veterinärmedizinisch-technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Med.-techn. Oberassistent	VI	—	1
Med.-techn. Oberassistent	V—IV	7	
Med.-techn. Assistent	III—II		
		7	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor	III	6	
Technischer Kontrollor	II		
Technischer Fachadjunkt	I		
		7	
Wirtschaftsführer (Verwendungsgruppe C)			
Wirtschaftskontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsadjunkt			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		3	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	2
Technischer Oberoffizial	III—I	11	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		11	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	2	
		2	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	2	
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		80	
Bundeshebammenlehranstalten			
Lehrhebammen (Verwendungsgruppe C)			
Oberlehrhebamme	IV	—	1
Oberlehrhebamme Lehrhebamm	III II—I	2	
Summe...		2	
Gesamtsumme...		330	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe naRV
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	19	19	8	30	2	78
Untersuchungsanstalten der Bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung	41	65	24	81	5	216
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	2	7	19	32	—	60
Grenzbeschaudienst	5	—	—	—	—	5
Zusammen...	67	91	51	143	7	359

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Untersuchungsanstalten der Bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung	—	—	6	35	25	1	67
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	1	5	15	25	28	—	74
Zusammen...	1	5	21	60	53	1	141

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe naRV
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	1	—	—	1	—	2
Untersuchungsanstalten der Bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung	5	3	—	2	—	10
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	—	—	—	1	—	1
	6	3	—	4	—	13

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Untersuchungsanstalten der Bundesstaatlichen Sanitätsverwaltung	—	—	—	2	2	—	4
	—	—	—	2	2	—	4

Auswärtige Angelegenheiten

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Auswärtige Angelegenheiten			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Ministerialrat	VIII	3	3
Sektionsrat	VII	4	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	5	
Ministerialkommissär	IV—III		
		12 [1]	
Höherer auswärtiger Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter	IX	5	1
Außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister	VIII	45	35
Legationsrat 1. Klasse	VII	47	4
Legationsrat 2. Klasse	VI		
Legationssekretär 1. Klasse	V		
Legationssekretär 2. Klasse	IV	162	
Attaché, Legationssekretär 3. Klasse	III		
		259	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	—	
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	1	
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV	6	
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		7 [2]	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	5	25
Wirklicher Amtsrat	VI	17	11
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	126	
Amtsassistent	II		
		148	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	2	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III	—	
Technischer Assistent	II		
		2	

[1]) Auf Rechnung eines freien Dienstpostens kann ein Beamter des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

[2]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können drei Beamte des Höheren Auswärtigen Dienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	2
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	4
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	23	
Fachadjunkt			
		28	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	8
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	40	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		40	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart			
Amtswart	III—I	31	
Amtsgehilfe			
		31	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial			
Offizial	III—I	11	
Adjunkt			
		11	
Summe...		538	
Diplomatische Akademie			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	1	
Amtsassistent	I		
		1	
Summe...		1	
Gesamtsumme...		539	

Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Auswärtige Angelegenheiten	5	22	22	320	67	436
Diplomatische Akademie	1	—	—	3	2	6
Zusammen...	6	22	22	323	69	442

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Auswärtige Angelegenheiten	—	—	63	—	6	86	155
Diplomatische Akademie	—	1	1	2	5	2	11
Zusammen...	—	1	64	2	11	88	166

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Auswärtige Angelegenheiten	—	1	—	13	1	15

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Auswärtige Angelegenheiten	—	—	4	—	—	35	39

Justizwesen

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Justiz			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	2
Ministerialrat	VIII	16	12
Sektionsrat	VII	14	
Ministerialsekretär	VI	40	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		72 [1]	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	3
Wirklicher Amtsrat	VI	5	
Amtssekretär	V	11	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		17	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	
Oberkontrollor	III—I	10	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		16	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	6
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	19	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		19	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	6	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		6	
Summe...		130	

[1]) Dazu 15 zugeteilte Richter und staatsanwaltschaftliche Beamte sowie eine zugeteilte Bedienstete der Justizanstalten (Verw.Gr.A).

Bezeichnung	Standesgruppe (Dienstklasse)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Oberster Gerichtshof			
Richter			
Präsident	8	1	
Vizepräsident	7	2	
Senatsvorsitzender	6	11	
Rat	6b	16	
Rat	5	21	
Richter im Evidenzbüro	4	2	
Richter im Evidenzbüro	3	3	
Richter im Evidenzbüro	2	2	
		58	
Generalprokuratur			
Staatsanwaltschaftliche Beamte			
Generalprokurator	7	1	
Erster Stellvertreter des Generalprokurators	6	2	
Stellvertreter des Generalprokurators	6b	3	
Stellvertreter des Generalprokurators	5	6	
		12	
Gehobener Dienst bei Gericht (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Justizsekretär	V	3	
Justizoberrevident	IV		
Justizrevident	III		
Justizassistent	II		
		5	
Fachdienst bei Gericht (Verwendungsgruppe C)			
Justizoberinspektor	V	—	2
Justizinspektor	IV	—	
Justizoberkontrollor	III—I	5	
Justizkontrollor			
Justizadjunkt			
		5	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	7	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		7	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Summe...		89	

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Standesgruppe	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Justizbehörden in den Ländern			
Richter			
Präsident des Oberlandesgerichtes	7	4	
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes, Senatsvorsitzender des Oberlandesgerichtes, Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	6b	38	
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes, Senatsvorsitzender des Oberlandesgerichtes, Präsident des Gerichtshofes I. Instanz	5	29	
Rat des Oberlandesgerichtes, Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz, Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz, Vorsteher des Bezirksgerichtes	5b	235	
a) Rat des Oberlandesgerichtes, Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz	4	50	
b) Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz, Rat des Gerichtshofes I. Instanz, Vorsteher des Bezirksgerichtes, Richter des Bezirksgerichtes		292	
a) Senatsvorsitzender des Gerichtshofes I. Instanz, Präsidialsekretär des Oberlandesgerichtes	3	141	
b) Rat des Gerichtshofes I. Instanz, Vorsteher des Bezirksgerichtes, Richter des Bezirksgerichtes		100	
Rat des Gerichtshofes I. Instanz, Vorsteher des Bezirksgerichtes, Richter des Bezirksgerichtes	2	296	
Richter des Bezirksgerichtes, Richter beim Oberlandesgericht für den Sprengel des Oberlandesgerichtes	1	169	
Richteramtsanwärter		147	
		1501	
Staatsanwaltschaftliche Beamte			
Oberstaatsanwalt, Leiter der Staatsanwaltschaften am Sitz des Oberlandesgerichtes	6b	7	
Oberstaatsanwalt, Leiter der Staatsanwaltschaften am Sitz des Oberlandesgerichtes	5	2	
Erster Oberstaatsanwaltstellvertreter, Oberstaatsanwaltstellvertreter, Leitender Staatsanwalt, Gruppenleiter der Staatsanwaltschaft	5b	44	
a) Erster Oberstaatsanwaltstellvertreter, Oberstaatsanwaltstellvertreter, Leitender Staatsanwalt, Gruppenleiter der Staatsanwaltschaft	4	43	
b) Staatsanwalt		2	
Oberstaatsanwaltstellvertreter, Staatsanwalt	3	50	
Staatsanwalt	2	25	
		173	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	5	2
Wirklicher Amtsrat	VI	24	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	60	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		89	
Gehobener Dienst bei Gericht (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	25	
Wirklicher Amtsrat	VI	226	12
Justizsekretär	V		
Justizoberrevident	IV	630	
Justizrevident	III		
Justizassistent	II		
		881	
Fachdienst bei Gericht (Verwendungsgruppe C)			
Justizoberinspektor	V	6	28
Justizinspektor	IV	276	56
Justizoberkontrollor	III—I	680	
Justizkontrollor			
Justizadjunkt			
		962	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	15	28
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	605	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt, Beamter des Verwaltungshilfsdienstes, Kanzlist			
		620	
Vollstreckungsdienst und Gefangenenaufsichtsdienst bei Bezirksgerichten (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	39	6
Oberoffizial	III—I	353	
Offizial			
Adjunkt			
		392	

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	104	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		104	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	10	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		10	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	18	
Offizial			
Adjunkt			
		18	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	7	
Werkstättenobermanipulant			
		7	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	3	
Werkstättenmanipulant			
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	20	
Werkstättengehilfe			
		20	
Summe...		4782	
Justizanstalten			
Höherer Dienst in Justizanstalten (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat, Geistlicher Rektor, Obersanitätsrat	VII	5	12
Rat, Geistlicher Rektor, Sanitätsrat	VI	40	
Oberkommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätsoberkommissär	V		
Kommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätskommissär	IV		
Kommissär, Geistlicher Rektor, Sanitätskommissär	III		
		45	
Gehobener sozialer Betreuungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Sekretär	V	31	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		33	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	7	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		7	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	14	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		14	

Bundesministerium für Justiz

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppen L 2)			
Direktor		3	
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		11	
		14	
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 2)			
Haupterzieher, Obererzieher, Erzieher		4	
		4	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	6	
		6	
Justizwachdienst und Dienst der Jugenderzieher			
Leitende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 1)			
Justizwachoberst (Oberdirektor)	VII	3	5
Justizwachoberstleutnant (Direktor)	VI	17	1
Justizwachmajor (Oberpräfekt 1. Kl.)	V	64	
Justizwachhauptmann, Justizwachoberleutnant, (Oberpräfekt 2. Kl., Oberpräfekt 3. Kl.)	IV		
Justizwachhauptmann, Justizwachoberleutnant, Justizwachleutnant, (Präfekt, Oberpräfekt 2. Kl., Oberpräfekt 3. Kl.)	III—II		
		84	
Dienstführende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 2)			
Justizwachgruppeninspektor, Obererzieher	IV (3)	25	
Justizwachinspektor, Obererzieher	III—I (2)	108	
Justizwachoberkontrollor, Obererzieher	III—I (1)	420	
		553	
Eingeteilte Beamte			
(Verwendungsgruppe W 3)			
Justizwachkontrollor, Erzieher, Justizoberwachmann, Erzieher, Justizwachmann, Erzieher	III—I	2076	
		2713	
Summe		2838	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bewährungshilfe			
Höherer Dienst in Justizanstalten			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	1	
Rat, Oberkommissär, Kommissär, Kommissär	VI, V, IV, III	7	
		8	
Gehobener sozialer Betreuungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Sekretär, Oberrevident, Revident, Assistent	V, IV, III, II	68	
		70	
Summe		78	
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen			
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsinspektor, Landwirtschaftsoberrevident, Landwirtschaftsrevident, Landwirtschaftsassistent	V, IV, III, II	1	
		1	
Wirtschaftsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor, Wirtschaftskontrollor, Wirtschaftsfachadjunkt	III—I	2	
		2	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur, Offizial, Hauptmonteur, Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	2	
		2	
Summe		5	
Gesamtsumme		7922	

Bundesministerium für Justiz

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	1	7	34	3	45
Oberster Gerichtshof	—	—	2	12 [1]	—	15
Justizbehörden in den Ländern	8	89	150	954	31	1232
Justizanstalten	2	—	6	31	—	39
Bewährungshilfe	—	9	—	14	—	23
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	2	11	—	13
Zusammen...	10	99	167	1057	34	1367

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Justizanstalten	—	1	—	1
Zusammen...	—	1	—	1

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	7	—	—	2	9
Oberster Gerichtshof	—	—	4	—	—	—	4
Justizbehörden in den Ländern	—	3	20	18	10	142	193
Justizanstalten	1	—	11	7	—	1	20
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	4	3	1	—	8
Zusammen...	1	3	46	28	11	145	234

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Justizbehörden in den Ländern	—	—	6	94	—	100
Justizanstalten	10	—	—	—	—	10
Bewährungshilfe	—	—	—	2	—	2
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	2	—	2
Zusammen...	10	—	6	98	—	114

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Justizanstalten	—	8	—	8
Zusammen...	—	8	—	8

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Justizbehörden in den Ländern	—	—	—	17	3	233	253
Bewährungshilfe	—	—	—	—	—	3	3
Zusammen...	—	—	—	17	3	236	256

Landesverteidigung

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Landesverteidigung			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	—	1
Ministerialrat	VIII	14	4
Sektionsrat	VII	9	
Ministerialsekretär	VI	23	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		46	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Heereschefingenieur	IX	—	1
Wirklicher Hofrat	VIII	1	4
Oberbaurat	VII	4	
Baurat	VI	5	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		10	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberrat	VII	4	
Rat	VI	15	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		20	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	4	1
Wissenschaftlicher Rat	VI	6	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		11	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI	1	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		2	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	2	
Technischer Oberinspektor	VI	3	
Technischer Inspektor	V	6	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		11	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	3
Wirklicher Amtsrat	VI	24	
Rechnungssekretär	V	35	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		60	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	12	2
Wirklicher Amtsrat	VI	40	
Amtssekretär	V	90	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		142	
Gehobener Dienst der Heeresverwaltung			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Technischer Zentralinspektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat, Technischer Oberinspektor	VI	1	
Sekretär, Technischer Inspektor	V	—	
Oberrevident, Technischer Oberrevident	IV		
Revident, Technischer Revident	III		
Assistent, Technischer Assistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	3
Technischer Fachinspektor	IV	8	
Technischer Oberkontrollor	III—I	16	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		24	

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	8
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	40	
Oberkontrollor, Kontrollor, Fachadjunkt	III—I	68	
		109	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial, Technischer Offizial, Technischer Adjunkt	III—I	8	
		8	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	3	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial, Offizial, Kanzleioffizial, Adjunkt, Kanzleiadjunkt	III—I	85	
		88[17])	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Amtswart, Amtsgehilfe	III—I	18	
		18	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur, Offizial, Obermonteur, Adjunkt, Obermonteur	III—I	2	
		2	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur, Offizial, Obermonteur, Adjunkt, Obermonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur, Offizial, Monteur, Adjunkt, Monteur	III—I	2	
		2	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	23	
		23	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	2	
		2	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	1	
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	10	
		10	
Summe...		591	
Militärpersonen			
Offiziere des Generalstabsdienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
General der Infanterie (Artillerie)	IX	3	2
Brigadier Oberst	VIII	38	16
Oberst	VII	58	
Oberstleutnant, Major, Hauptmann	VI, V, IV	65	
		164 [1])	
Offiziere des Intendanzdienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
General des Intendantdienstes	IX	—	
Brigadier-Intendant, Oberst-Intendant	VIII	7	7
Oberst-Intendant	VII	26	
Oberstleutnant-Intendant, Major-Intendant, Hauptmann-Intendant	VI, V, IV	28	
		61 [2])	[11])
Offiziere des militärmedizinischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Brigadierarzt, Generalarzt, Oberstarzt	VIII	2	4
Oberstarzt, Oberstveterinär, Oberstapotheker	VII	41	15
Oberstleutnantarzt, Oberstleutnantveterinär, Oberstleutnantapotheker	VI	56	
Majorarzt, Majorveterinär, Majorapotheker	V		
Hauptmannarzt, Hauptmannveterinär, Hauptmannapotheker	IV		
Oberleutnantarzt, Oberleutnantveterinär, Oberleutnantapotheker	III		
		99 [3])	[12])

[17]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können bis zu 3 Beamte des Fachlichen „Hilfsdienstes höherer Art" ernannt werden.

Hievon können [1]) 71, [2]) 20, [3]) 9 Dienstposten für eine Verwendung in der Zentralstelle herangezogen werden.

[11]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

[12]) Von diesem Dienstzweig können 7 Dienstposten für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B) gebunden werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Offiziere des Militärseelsorgedienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Militärdekan, Militärprovikar	VIII	—	
Militärdekan, Militärprovikar	VII	3	2
Militärsuperior, Militäroberpfarrer	VI		
Militäroberkurat	V		
Militärkurat	IV	18	
Militärkaplan	III		
		21	
Offiziere des höheren militärtechnischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 1)			
Brigadier-Ingenieur, Generalmajor, Oberst	VIII	7	6
Oberst	VII	21	
Oberstleutnant	VI		
Major	V		
Hauptmann	IV	30	
Oberleutnant, Leutnant	III		
		58[4])	
Musikoffiziere (Verwendungsgruppe H 2)			
Militär-Kapellmeister	VII	—	
Militär-Kapellmeister	VI	1	2
Militär-Kapellmeister	V		
Militär-Kapellmeister	IV	9	
Militär-Kapellmeister	III—II		
		10	
Offiziere des technischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Brigadier, Oberst	VIII	—	1
Oberst	VII	19	3
Oberstleutnant	VI	40	15
Major	V		
Hauptmann, Oberleutnant	IV		
Hauptmann, Oberleutnant, Leutnant	III—II	140	
Fähnrich	II		
		199[5])	[13])
Offiziere des Truppendienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Brigadier, Oberst	VIII	—	13
Oberst	VII	88	57
Oberstleutnant	VI	314	
Major	V		
Hauptmann, Oberleutnant	IV		
Hauptmann, Oberleutnant, Leutnant	III—II	1475	
Fähnrich	II		
		1877[6])	[14])
Offiziere des Verwaltungsdienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Oberst	VIII	—	2
Oberst	VII	7	
Oberstleutnant	VI	—	
		7[7])	

[4]) 23, [5]) 20, [6]) 130, [7]) 5 Dienstposten für eine Verwendung in der Zentralstelle herangezogen werden.

Bezeichnung	Dienstklasse (Dienststufe)	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Offiziere des Wirtschaftsdienstes (Verwendungsgruppe H 2)			
Oberst	VII	7	24
Oberstleutnant	VI	56	
Major	V		
Hauptmann, Oberleutnant	IV	194	[15])
Hauptmann, Oberleutnant, Leutnant	III—II		[16])
Fähnrich	II		
		257[8])	
Unteroffiziere des Truppendienstes (Verwendungsgruppe H 3)			
Stabswachtmeister, Stabsfeuerwerker	7		
Oberwachtmeister, Oberfeuerwerker	6	935	
Wachtmeister, Feuerwerker	5		
		935[9])	
Unteroffiziere des technischen Dienstes (Verwendungsgruppe H 3)			
Stabswachtmeister dtD	7		
Oberwachtmeister dtD	6	130	
Wachtmeister dtD	5		
		130[10])	
Chargen und Wehrmänner (Verwendungsgruppe H 4)			
Zugsführer	4		
Korporal	3		
Gefreiter, Vormeister	2		
Schütze, Jäger, Feldjäger, Panzerschütze, Panzerjäger, Panzergrenadier, Fliegersoldat, Funker, Kanonier, Pionier, Luftschutzpionier, Sanitätssoldat, Feldzeugsoldat, Luftzeugsoldat	1	454	
		454	
Summe...		4272	
Heeresverwaltung Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberforstrat	VII	1	
Forstrat	VI		
Forstoberkommissär	V	—	
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		1	

[8]) 14, [9]) 11, [10]) 3 Dienstposten für eine Verwendung in der Zentralstelle herangezogen werden.

[13]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können bis zu 20 Beamte des Gehobenen technischen Dienstes ernannt werden.

[14]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können bis zu 80 Beamte des Gehobenen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

[15]) Hievon kann 1 Bediensteter für eine Verwendung im Heeresgeschichtlichen Museum herangezogen werden.

[16]) Auf Rechnung von freien Dienstposten dieses Dienstzweiges können bis zu 9 Beamte des Gehobenen Rechnungsdienstes ernannt werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienststufe	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	3	1
Oberbaurat	VII	7	
Baurat	VI	18	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		28	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	1	
Rat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		2	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	3	
Rat	VI	15	
Oberkommissär	V		
Kommisär	IV		
Kommisär	III		
		18	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	5	
Wissenschaftlicher Rat	VI	11	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		16	
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsoberinspektor	VI	1	
Landwirtschaftsinspektor	V	1	
Landwirtschaftsoberrevident	IV		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		2	
Gehobener Flugsicherungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Inspektor, Flugverkehrskontrollor	V	8	
Oberrevident, Flugverkehrskontrolloberrevident	IV		
Revident, Flugverkehrskontrollrevident	III		
Assistent, Flugverkehrskontrollassistent	II		
		8	
Gehobener Dienst der Heeresverwaltung (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Technischer Zentralinspektor	VII	2	
Wirklicher Amtsrat, Technischer Oberinspektor	VI	5	
Sekretär, Technischer Inspektor	V	—	
Oberrevident, Technischer Oberrevident	IV		
Revident, Technischer Revident	III		
Assistent, Technischer Assistent	II		
		7	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener medizinisch- und veterinär-medizinisch-technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Med.-techn. Oberassistent	VI	2	
Med.-techn. Oberassistent	V	15	
Med.-techn. Oberassistent	IV		
Med.-techn. Assistent	III		
Med.-techn. Assistent	II		
		17	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Rechnungssekretär	V	73	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsoberrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		81	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	2
Technischer Oberinspektor	VI	20	5
Technischer Inspektor	V	106	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		127	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	62	
Amtssekretär	V	210	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		272	
Fachdienst in der Heeresverwaltung (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	482	
Oberkontrollor	III—I	3398	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		3880 [1]	
Krankenpflegefachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberpfleger (Oberschwester)	IV	5	
Oberpfleger (Oberschwester)	III—I	30	
Pfleger (Schwester)			
Pfleger (Schwester)			
		35 [1]	
Medizinisch-technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	10	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		10 [1]	

[1]) Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppen C, D, E P 1 bis P 6 und der Entlohnungsgruppen c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis 10.714 Dienstposten mit Bediensteten, welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt oder von zvS der Verwendungsgruppe H 3 gebunden werden.

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	5
Technischer Fachinspektor	IV	290	
Technischer Oberkontrollor	III—I	846	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		1136 [1]	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	13
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	540	
Oberkontrollor	III—I	1538	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2078 [1]	
Mittlerer Dienst in der Heeresverwaltung (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	5
Oberoffizial	III—I	2602	
Offizial			
Adjunkt			
		2602 [1]	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	10
Technischer Oberoffizial	III—I	378	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		378 [1]	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	14	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1332	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1346 [1]	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberpräparator	III—I	27	
Amtswart, Aufseher, Präparator			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator			
		27 [1]	
Bundeslehrer (Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		38	
		38	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	300	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		300 [1]	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	200	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		200 [1]	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	261	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		261 [1]	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	300	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		300 [1]	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	900	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		900 [1]	
Führer von Spezialfahrzeugen im Baudienst (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	70	
Offizial			
Adjunkt			
		70 [1]	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	300	
Offizial			
Adjunkt			
		300 [1]	

[1] Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppen C, D, E, P 1 bis P 6 und der Entlohnungsgruppen c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis 10.714 Dienstposten mit Bediensteten, welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt oder von zvS der Verwendungsgruppe H 3 gebunden werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	5	
		5 [1]	
Sprengmeister (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	4	
		4 [1]	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	125	
		125 [1]	
Straßenwärter (Verwendungsgruppe P 4)			
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	12	
		12 [1]	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	40	
		40 [1]	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	61	
		61 [1]	
Summe		14.687	
Heeresgeschichtliches Museum			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	3	
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	—	
Wissenschaftlicher Rat, Wissenschaftlicher Oberkommissär, Wissenschaftlicher Kommissär, Wissenschaftlicher Kommissär	VI, V, IV, III	8	
		11	
Akademische Restauratoren (Verwendungsgruppe A)			
Akademischer Chefrestaurator	VII	—	
Akademischer Oberrestaurator, Akademischer Oberrestaurator, Akademischer Restaurator, Akademischer Restaurator	VI, V, IV, III	1	
		1	
Gehobener Dienst an Museen (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberrestaurator, Technischer Oberrestaurator, Technischer Restaurator, Technischer Restaurator	V, IV, III, II	1	
		1	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor, Technischer Oberrevident, Technischer Revident, Technischer Assistent	V, IV, III, II	2	
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	1
Amtssekretär, Amtsoberrevident, Amtsrevident, Amtsassistent	V, IV, III, II	2	
		4	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	1
Technischer Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor, Technischer Kontrollor, Technischer Fachadjunkt	III—I	2	
		3	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor, Kontrollor, Fachadjunkt	III—I	1	
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	2	
		2	

[1]) Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppen C D E, P 1 bis P 6 und der Entlohnungsgruppen c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis 10.714 Dienstposten mit Bediensteten, welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt oder von zvS der Verwendungsgruppe H 3 gebunden werden.

Bundesministerium für Landesverteidigung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial Technischer Offizial Technischer Adjunkt	III—I	2	
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt	III—I	4	
		4	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberpräparator Amtswart, Aufseher, Präparator Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfspräparator	III—I	5	
		5	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	3	
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	6	
		6	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	2	
		2	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1	
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant Werkstättengehilfe	III—I	1	
		1	
Summe...		51	
Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnliche Einrichtungen			
Höherer forsttechnischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberforstrat	VII		
Forstrat	VI		
Forstoberkommissär	V	1	
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		2	
Forstfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Forstverwalter, Forstoberinspektor	V	—	1
Oberförster	IV	2	
Oberförster Förster Förster	III—I	—	
		2	
Summe...		4	
Gesamtsumme...		19.605	

Bundesministerium für Landesverteidigung

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Zentralleitung	—	9	11	269	15	304	—
Heeresverwaltung	20	53	153 [1]	354 [1]	35 [1]	615	—
Heeresgeschichtliches Museum	—	2	—	11	21	34	—
Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	26
Zusammen...	20	64	164	634	71	953	26

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Zentralleitung	—	2	4	2	1	20	29	—
Heeresverwaltung	50 [1]	200 [1]	356 [1]	48 [1]	30 [1]	96 [1]	780	—
Heeresgeschichtliches Museum	—	1	2	—	—	3	6	—
Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	62
Zusammen...	50	203	362	50	31	119	815	62

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
Zentralleitung	—	—	—	10	—	10	—
Heeresverwaltung	5	—	—	25	—	30	30
Zusammen...	5	—	—	35	—	40	30

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Zentralleitung	—	—	—	—	—	5	5	—
Heeresverwaltung	—	—	—	—	—	20	20	—
Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	34
Zusammen...	—	—	—	—	—	25	25	34

[1] Von der Gesamtsumme der Dienstposten der Verwendungsgruppen C D E und P 1 bis P 6 und der Entlohnungsgruppen c, d, e und p 1 bis p 6 der Heeresverwaltung können bis 10.714 Dienstposten mit Bediensteten welche zur Ausübung einer UO-Funktion gemäß § 11 des Wehrgesetzes herangezogen sind, besetzt oder von zvS der Verwendungsgruppe H 3 gebunden werden.

Finanzen

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzen			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	5	1
Ministerialrat	VIII	36	74
Sektionsrat	VII	52	
Ministerialsekretär	VI		
Ministerialoberkommissär	V	104[1]	
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		206	
Höherer Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	4
Oberfinanzrat	VII	1	
Finanzrat	VI		
Finanzoberkommissär	V	3	
Finanzkommissär	IV		
Finanzkommissär	III		
		5	
Höherer technischer Finanzdienst und höherer Bodenschätzungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Technischer Oberfinanzrat	VII	1	1
Technischer Finanzrat	VI		
Technischer Finanzoberkommissär	V		
Technischer Finanzkommissär	IV	2	
Technischer Finanzkommissär	III		
		3	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirtschaftsrat	VI		
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV	1	
Wirtschaftskommissär	III		
		1	

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 6 Dienstposten.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor, Zentralkassendirektor	VII	2	6
Wirklicher Amtsrat, Kassendirektor	VI	6	10
Rechnungssekretär Hauptkassier	V		
Rechnungsoberrevident	IV	39	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		47	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	4	44
Wirklicher Amtsrat	VI	16	14
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	99	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		119	
Gehobener Zolldienst (Verwendungsgruppe B)			
Zolldirektor	VII	3	5
Wirklicher Amtsrat	VI	5	4
Zollamtmann	V		
Zolloberrevident	IV	18	
Zollrevident	III		
Zollassistent	II		
		26	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	15
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	12	18
Oberkontrollor	III—I	64	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		77	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	17
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	51	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		51	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	36	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		36	

278

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	3	
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	7	
		7	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	8	
		8	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	8	
		8	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	6	
		6	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	12	
		12	
Summe...		617	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzlandesdirektionen			
Höherer Finanzdienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	3	1
Präsident	VIII	2	
Wirklicher Hofrat	VIII	84	60
Oberfinanzrat	VII	262	
Finanzrat Finanzoberkommissär Finanzkommissär Finanzkommissär	VI V IV III	390	
		741	
Höherer Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	12	3
Oberfinanzrat	VII	76	
Finanzrat Finanzoberkommissär Finanzkommissär Finanzkommissär	VI V IV III	78	
		166	
Höherer technischer Finanzdienst und höherer Bodenschätzungsdienst Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	1
Technischer Oberfinanzrat	VII	30	1
Technischer Finanzrat Technischer Finanzoberkommissär Technischer Finanzkommissär Technischer Finanzkommissär	VI V IV III	30	
		62	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	1	
Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	2	
		3	
Gehobener Finanzdienst und gehobener Bodenschätzungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	85	160
Wirklicher Amtsrat	VI	905	159
Finanzsekretär Finanzoberrevident Finanzrevident Finanzassistent	V IV III II	2303	
		3293	
Gehobener Betriebsprüfungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	11	13
Wirklicher Amtsrat	VI	120	
Finanzsekretär Finanzoberrevident Finanzrevident Finanzassistent	V IV III II	287	
		418	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	4	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	11	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		15	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	6	2
Wirklicher Amtsrat	VI	40	15
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	66	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		112	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	11	1
Wirklicher Amtsrat	VI	13	11
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	60	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		84	
Gehobener Zolldienst (Verwendungsgruppe B)			
Zolldirektor	VII	45	
Wirklicher Amtsrat	VI	295	
Zollamtmann	V		
Zolloberrevident	IV	723	
Zollrevident	III		
Zollassistent	II		
		1063	
Finanzfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Finanzfachoberinspektor	V	56	198
Finanzfachinspektor	IV	940	
Finanzoberkontrollor	III—I	2983	
Finanzkontrollor			
Finanzadjunkt			
		3979 [1]	
Steueraufsichtsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberinspektor	V	50	5
Inspektor	IV	160	109
Oberkontrollor	III—I	250	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		460 [1]	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		4	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	9	8
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	59	
Oberkontrollor	III—I	110	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		178	
Zollfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Zollfachoberinspektor	V	9	26
Zollfachinspektor	IV	204	54
Zolloberkontrollor	III—I	316	
Zollkontrollor			
Zolladjunkt			
		529 [1]	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	9	70
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1475	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1484	
Steuereintreibungsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	9	8
Oberoffizial	III—I	113	
Offizial			
Adjunkt			
		122	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	

[1] Der Stand an Beamten des Finanzfachdienstes kann auf Rechnung freier Dienstposten des Steueraufsichtsdienstes überschritten werden.

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Zollagerdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberzollmeister	IV	—	
Oberzollmeister	III—I	10	
Zollmeister			
		10	
Zollagerhilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberzollwart	III—I	7	
Zollwart			
Zollgehilfe			
		7	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	99	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		99	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	6	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		6	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	6	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		6	
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	6	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		6	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	43	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		43	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	41	
Offizial			
Adjunkt			
		41	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	33	
		33	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	35	
		35	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	75	
		75	
Zollwachdienst			
Leitende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 1)			
Zollwachoberst	VII	5	6
Zollwachoberstleutnant	VI	10	9
Zollwachmajor	V		
Zollwachrittmeister, Zollwachoberleutnant, Zollwachleutnant	IV—III	80	
Zollwachrittmeister, Zollwachoberleutnant, Zollwachleutnant	III—II		
		95	
Dienstführende Beamte			
(Verwendungsgruppe W 2)			
Zollwachgruppeninspektor	IV (3)	84	
Zollwachinspektor	III—I (2)	301	
Zollwachoberkontrollor	III—I (1)	993	
		1378	
Eingeteilte Beamte			
(Verwendungsgruppe W 3)			
Zollwachkontrollor	III—I	2292[1])	
Zollwachoberrevisor			
Zollwachrevisor			
		3765	
Summe...		16847	

[1]) Der Stand an Zollwachbeamten der Verwendungsgruppe W 3 kann auf Rechnung von freien Dienstposten des Zollfachdienstes überschritten werden.

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Finanzprokuratur			
Finanzprokuraturdienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	12	
Oberprokuratursrat	VII	7	
Prokuratursrat	VI		
Prokuratursoberkommissär	V	20	
Prokuraturskommissär	IV		
Prokuraturskommissär	III		
		40	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	2
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	2	
Oberkontrollor	III—I	4	
Kontrollor			
Adjunkt			
		6	
Mittlerer Verwaltungsdienst Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	17	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		17	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungspersonal (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	1	
Werkstättengehilfe			
		1	
Summe...		68	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Hauptpunzierungs- und Probieramt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbergrat	VII	6	4
Bergrat	VI		
Oberwardein	V	6 [1]	
Wardein	IV		
Wardein	III		
		14	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	2	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	3	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		5	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	1	
Amtsassistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	6	
Technischer Oberkontrollor	III—I	8	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		14	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	
Technischer Oberoffizial	III—I	11	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		11	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Summe...		48	

[1]) Dazu für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.

282

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Zentralbesoldungsamt			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	1
Oberrat	VII	2	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	7	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		11	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	2	2
Wirklicher Amtsrat	VI	63	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	222	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		287	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	1
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	18	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		27	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	2
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	15	
Oberkontrollor	III—I	68	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		83	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	49	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		49	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	12	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		12	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		472	
Postsparkassenamt			
Höherer Verwaltungsdienst im Postsparkassenamt (Verwendungsgruppe A)			
Gouverneur	IX	1	
Vizegouverneur	VIII	2	
Wirklicher Hofrat	VIII	2	2
Oberdirektionsrat	VII	2	
Direktionsrat	VI		
Direktionsoberkommissär	V	10	
Direktionskommissär	IV		
Direktionskommissär	III		
		17	
Gehobener Dienst im Postsparkassenamt (Verwendungsgruppe B)			
Zentralinspektor	VII	8	10
Wirklicher Amtsrat	VI	57	
Sekretär	V		
Oberrevident	IV	165	
Revident	III		
Assistent	II		
		230	
Fachdienst im Postsparkassenamt (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	11	14
Fachinspektor	IV	275	
Oberkontrollor	III—I	314	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		600	

Bundesministerium für Finanzen

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	1	2
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		2	
Mittlerer Dienst im Postsparkassenamt (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	58	
Offizial			
Adjunkt, Kanzlist			
		58	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	10	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		10	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	5	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant	III—I	2	
Werkstättengehilfe			
		2	
Summe...		934	
Gesamtsumme...		18986	

Bundesministerium für Finanzen

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	5	8	21	133	24	191
Finanzlandesdirektionen	5	9	10	15	7	46
Finanzprokuratur	1	1	—	9	2	13
Zentralbesoldungsamt	—	9	10	12	—	31
Postsparkassenamt	—	—	283	287	1	571
Zusammen...	11	27	324	456	34	852

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	—	1	4	42	47
Finanzlandesdirektionen	1	2	20	10	10	213	256
Finanzprokuratur	—	—	—	—	—	2	2
Zentralbesoldungsamt	—	—	—	1	3	17	21
Postsparkassenamt	1	8	8	1	3	32	53
Zusammen...	2	10	28	13	20	306	379

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	—	—	6	—	6
Finanzlandesdirektionen	—	10	11	25	—	46
Finanzprokuratur	—	—	—	1	—	1
Zentralbesoldungsamt	—	—	—	1	—	1
Postsparkassenamt	—	—	—	100	—	100
Zusammen...	—	10	11	133	—	154

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Finanzlandesdirektionen	—	—	—	—	2	335	337	22
Finanzprokuratur	—	—	—	—	—	1	1	—
Hauptpunzierungs- und Probieramt	—	—	—	—	—	2	2	—
Zusammen...	—	—	—	—	2	338	340	22

Wirtschaft

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Land- und Forstwirtschaft			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	1
Ministerialrat	VIII	43	21
Sektionsrat	VII	35	
Ministerialsekretär	VI	55	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		136 [1]	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	2	1
Wirklicher Amtsrat	VI	6	1
Rechnungssekretär	V	27	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		35	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	2	8
Wirklicher Amtsrat	VI	12	
Amtssekretär	V	36	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		50	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	3
Technischer Oberinspektor	VI	2	
Technischer Inspektor	V	6	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		8	
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsoberinspektor	VI	2	
Landwirtschaftsinspektor	V	6	
Landwirtschaftsoberrevident	IV		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		8	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können 4 Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes des Bundes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Fachoberinspektor	V	—	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	14
Oberkontrollor	III—I	21	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		26	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	4
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	31	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		31	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	10	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		10	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	7	
Offizial			
Adjunkt			
		7	
Summe...		312	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		9	
Direktorstellvertreter		4	
Professor		77	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		64	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		1	
		155	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Direktor, Oberrat	VII	9	4
Direktor, Rat	VI	20	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		29	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Amtssekretär	V	8	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		10	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	2	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		3	
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsoberinspektor	VI	1	
Landwirtschaftsinspektor	V	—	
Landwirtschaftsoberrevident	IV		
Landwirtschaftsrevident	III		
Landwirtschaftsassistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		4	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	1	2
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		3	
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	2	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsfachadjunkt			
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		4	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	10	
Offizial			
Adjunkt			
		10	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		234	
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	10	
Oberrat, Direktor	VII	40	6
Rat, Direktor	VI		
Oberkommissär	V	55	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		105	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	4	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	6	1
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	49	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		55	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	4	
Technischer Oberkontrollor			
Technischer Kontrollor	III—I	6	
Technischer Fachadjunkt			
		10	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor...	V	—	1
Fachinspektor	IV	2	2
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	5	
Fachadjunkt			
		7	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	4	3
Wirtschaftsoberkontrollor			
Wirtschaftskontrollor	III—I	9	
Wirtschaftsfachadjunkt			
		13	
Gärtner in selbständiger Verwendung (Verwendungsgruppe D)			
Obergartenmeister	IV	—	2
Gartenmeister			
Obergärtner	III—I	2	
Gärtner			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	6	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		6	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	2
Technischer Oberoffizial			
Technischer Offizial	III—I	7	
Technischer Adjunkt			
		7	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur			
Offizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur			
Offizial, Obermonteur	III—I	10	
Adjunkt, Obermonteur			
		10	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur			
Offizial, Obermonteur	III—I	5	
Adjunkt, Obermonteur			
		5	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur			
Offizial, Monteur	III—I	11	
Adjunkt, Monteur			
		11	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant Werkstättengehilfe	III—I	1	
		1	
Summe...		237	
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten			
Bundeslehrer			
(Verwendungsgruppe L 1)			
Direktor		3	
Professor		10	
(Verwendungsgruppen L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		8	
		21	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV III II	2	
		2	
Forstfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Forstverwalter, Forstoberinspektor	V	—	
Oberförster	IV	—	
Oberförster Förster Förster	III—I	2	
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1	
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	2	
		2	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant Werkstättenmanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		29	
Forstliche Bundesversuchsanstalt			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	3	
Direktor, Oberrat	VII	22	4
Direktor, Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	29	
		54	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor Technischer Oberrevident Technischer Revident Technischer Assistent	V IV III II	14	
		14	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV III II	1	
		1	
Forstfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Forstverwalter, Forstoberinspektor	V	—	1
Fortsverwalter, Forstoberinspektor	IV	3	
Oberförster Förster Förster	III—I	7	
		10	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		3	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Gartenbaudienst (Verwendungsgruppe C)			
Gartenbauoberinspektor	V	—	
Gartenbauinspektor	IV	1	
Gartenbauoberkontrollor	III—I	—	
Gartenbaukontrollor			
Gartenbauadjunkt			
		1	
Mittlerer Wirtschaftsdienst und Gestütsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	4	
Offizial			
Adjunkt			
		4	
Summe...		95	
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Rat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		4	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Summe...		8	
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Oberrat	VII	3	2
Direktor, Rat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		7	

290

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		1	
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	1	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	1	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsfachadjunkt			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Summe...		15	
Pferdezuchtanstalten			
Dienst der Tierärzte bei Ämtern und Anstalten (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Regierungsoberveterinärrat	VII	2	1
Regierungsveterinärrat	VI	2	
Regierungsveterinäroberkommissär	V		
Regierungsveterinärkommissär	IV		
Regierungsveterinärkommissär	III		
		4	
Dienst der pferdezuchtkundigen Beamten (Verwendungsgruppe B)			
Gestütsoberinspektor	VII	—	
Gestütsoberinspektor	VI	—	
Gestütsinspektor	V	1	
Gestütsoberrevident	IV		
Gestütsrevident	III		
Gestütsassistent	II		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	—	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	1	
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	1	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsfachadjunkt			
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Fachdienst bei Pferdezuchtanstalten (Verwendungsgruppe C)			
Gestütsoberkontrollor	III—I	1	
Gestütskontrollor			
Gestütsadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		2	
Mittlerer Wirtschaftsdienst und Gestütsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Obergestütsmeister	IV	—	4
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial, Gestütsmeister			
Adjunkt, Gestütsmeister			
		5	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	4	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		4	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	5	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		5	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	22	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		22	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		54	
Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Rat	VI	2	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		2	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		4	
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Direktor, Oberrat	VII	9	
Direktor, Rat	VI	7	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		17	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	1	2
Technischer Inspektor	V	8	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		9	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	1	4
Technischer Oberkontrollor	III—I	8	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		9	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		38	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen			
Beamte des Schulaufsichtsdienstes Landwirtschaftliche Schulen (Verwendungsgruppe S 1)			
Landesschulinspektor		3	
(Verwendungsgruppe S 2)			
Berufsschulinspektor		8	
		11	
Summe...		11	
Forstliche Ausbildungsstätten			
Bundeslehrer (Verwendungsgruppe L 1)			
Direktoren		2	
Professor		2	
(Verwendungsgruppe L 2)			
Fachhauptlehrer, Fachoberlehrer, Fachlehrer		5	
(Verwendungsgruppe L 3)			
Hauptlehrer, Oberlehrer, Lehrer		1	
		10	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	1	
Amtsassistent	II		
		1	
Forstfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	III—I	1	
Förster			
Förster			
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	3	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		3	
Summe...		20	
Wildbachverbauungsdienst			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	6	2
Oberforstrat	VII	32	
Forstrat	VI	59	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		97	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V	6	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		7	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	5	4
Technischer Inspektor	V	13	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		18	
Forstfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Forstverwalter, Forstoberinspektor	V	—	
Oberförster	IV	6	
Oberförster	III—I	—	
Förster			
Förster			
		6	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	1	
Technischer Oberkontrollor	III—I	16	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		17	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	3
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	7	1
Oberkontrollor	III—I	11	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		18	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		10	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe		174	
Weinaufsicht			
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Kellereioberinspektor	VII	1	
Kellereioberinspektor	VI	2	
Kellereioberinspektor	V	9	
Kellereiinspektor	IV		
Kellereiinspektor	III		
Kellereiinspektor	II		
		12	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	1	
Werkstättenmanipulant			
		1	
Summe		14	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesgärten			
Höherer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Rat, Direktor	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Gartenbaudienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Gartenbaudirektor	VII	—	
Gartenoberverwalter	VI	1	1
Gartenoberverwalter	V	7	
Gartenbauoberrevident	IV		
Gartenbaurevident	III		
Gartenbauassistent	II		
		8	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Gartenbaudienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Gartenbauinspektor	IV	13	
Gartenbauoberkontrollor	III—I	4	
Gartenbaukontrollor			
Gartenbauadjunkt			
		17	
Gärtner in selbständiger Verwendung			
(Verwendungsgruppe D)			
Obergartenmeister	IV	—	2
Gartenmeister	III—I	3	
Obergärtner			
Gärtner			
		3	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	4	
Oberoffizial	III—I	—	
Offizial			
Adjunkt			
		4	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	12	
		12	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	12	
		12	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	5	
		5	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	4	
		4	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	8	
		8	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	7	
		7	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant Werkstättenobermanipulant	III—I	7	
		7	
Summe...		91	
Spanische Reitschule			
Dienst der pferdezuchtkundigen Beamten (Verwendungsgruppe B)			
Gestütsoberinspektor	VI	1	
Gestütsinspektor Gestütsoberrevident Gestütsrevident Gestütsassistent	V IV III II	2	
		3	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV III II	1	
		1	
Bereiter (Verwendungsgruppe C)			
Oberbereiter	V	1	
Oberbereiter	IV	2	2
Oberbereiter Bereiter Bereiter	III—I	5	
		8	
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Wirtschaftsoberkontrollor Wirtschaftskontrollor Wirtschaftsfachadjunkt	III—I	1	
		1	
Mittlerer Wirtschaftsdienst und Gestütsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial Offizial, Gestütsmeister Adjunkt, Gestütsmeister	III—I	2	
		2	
Summe...		15	
Landwirtschaftliche Betriebe			
Höherer landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberlandwirtschaftsrat	VII	2	
Landwirtschaftsrat Landwirtschaftsoberkommissär Landwirtschaftskommissär Landwirtschaftskommissär	VI V IV III	3	
		5	
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberforstrat	VII	1	
Forstrat Forstoberkommissär Forstkommissär Forstkommissär	VI V IV III	—	
		1	
Gehobener landwirtschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Landwirtschaftsoberinspektor	VI	1	
Landwirtschaftsinspektor Landwirtschaftsoberrevident Landwirtschaftsrevident Landwirtschaftsassistent	V IV III II	6	
		7	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Forstfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	V	—	1
Oberförster	IV	1	
Oberförster			
Förster	III—I	4	
Förster			
		5	
Wirtschaftsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	2
Fachinspektor	IV	1	
Wirtschaftsoberkontrollor	III—I	3	
Wirtschaftskontrollor			
Wirtschaftsfachadjunkt			
		4	
Mittlerer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	5	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		5	
Summe...		31	
Forstwirtschaftliche Betriebe			
Höherer forsttechnischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberforstrat	VII	—	
Forstrat	VI	2	
Forstoberkommissär	V		
Forstkommissär	IV		
Forstkommissär	III		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Forstfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberförster	IV	—	1
Oberförster	III—I	6	
Förster			
Förster			
		6	
Summe...		9	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Einrichtungen			
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Summe...		1	
Gesamtsumme...		1392	

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	12	24	13	69	—	118
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	5	12	8	26	—	51
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	25	40	75	100	—	240
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	1	5	—	—	6
Forstliche Bundesversuchsanstalt	12	16	31	32	—	91
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	2	1	1	—	—	4
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	2	4	15	9	—	30
Pferdezuchtanstalten	—	2	3	4	—	9
Bundesanstalt für künstliche Befruchtung	2	1	1	—	—	4
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	4	10	11	6	—	31
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	4	3	—	—	7
Internate der Forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalt u. forstl. Ausbildungsstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	4	—	—	4
Internate für Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	1	—	1
Forstliche Ausbildungsstätten	2	—	3	1	—	6
Wildbachverbauungsdienst	12	36	46	11	—	105
Weinaufsicht	—	3	—	—	—	3
Bundesgärten	—	—	3	4	—	7
Spanische Reitschule	—	2	2	8	—	12
Landwirtschaftliche Betriebe	—	2	13	8	1	24
Forstwirtschaftliche Betriebe	1	—	4	4	—	9
Zusammen...	79	158	241	283	1	762

A. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas I L

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	37	19	6	62
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	7	9	—	16
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	4	1	—	5
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen	10	—	—	10
Forstliche Ausbildungsstätten	1	—	—	1
Zusammen...	59	29	6	94

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Zentralleitung	—	—	1	2	1	3	7	—	—
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	1	8	39	17	14	36	115	52	—
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	9	26	59	23	19	4	140	23	—
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	1	3	1	3	2	10	—	—
Forstliche Bundesversuchsanstalt	—	2	12	4	1	3	22	12	—
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	1	—	6	2	1	—	10	—	1
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	3	7	16	12	5	2	45	—	1
Pferdezuchtanstalten	—	1	1	—	—	2	4	78	—
Bundesanstalt f. künstliche Befruchtung d. H. T.	1	—	2	2	1	—	6	—	—
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	—	1	5	3	2	1	12	—	—
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	3	4	7	17	50	81	—	—
Internate der Forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalt u. forstl. Ausbildungsstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	2	3	8	5	18	—	—
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	2	—	4	—	6	—	—
Forstliche Ausbildungsstätten	—	—	3	1	2	—	6	2	—
Wildbachverbauungsdienst	—	2	4	—	1	4	11	—	—
Bundesgärten	9	24	44	30	55	17	179	—	21
Spanische Reitschule	—	1	—	—	13	—	14	—	5
Landwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	1	—	—	—	—	1	159	3
Forstwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	47	3
Bauhöfe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	62	—
Zusammen...	24	77	203	107	147	129	687	435	34

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	—	—	2	—	2
Forstliche Bundesversuchsanstalt	—	—	—	2	—	2
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	1	—	—	1	—	2
Wildbachverbauungsdienst	—	—	2	—	—	2
Zusammen...	1	—	2	5	—	8

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

B. Vertragsbedienstete im Lehramt des Entlohnungsschemas II L (teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe			Summe
	l 1	l 2	l 3	
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2	2	1	5
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	2	—	—	2
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	2	1	—	3
Forstliche Ausbildungsstätten	1	—	—	1
Zusammen...	7	3	1	11

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	—	—	—	—	—	—	33
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	—	—	—	—	—	4	4	61
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	—	—	1	—	—	—	1	4
Forstliche Bundesversuchsanstalt	—	—	—	—	—	1	1	21
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	—	—	—	—	—	—	—	2
Pferdezuchtanstalten	—	—	—	—	—	—	—	8
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	—	—	—	—	—	1	1	—
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	1
Internate der Forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalt u. forstl. Ausbildungsstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	3
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	1
Wildbachverbauungsdienst	—	—	—	—	—	1	1	—
Wildbach- und Lawinenverbauung	—	—	—	—	—	—	—	1780
Bundesgärten	—	—	—	—	—	3	3	16
Spanische Reitschule	—	—	—	—	—	—	—	2
Landwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	84
Forstwirtschaftliche Betriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	—	—	—	—	8
Zusammen...	—	—	1	—	—	10	11	2024

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Handel, Gewerbe und Industrie			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	3	1
Ministerialrat	VIII	25	43
Sektionsrat	VII	23	4
Ministerialsekretär	VI	92	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		143[1]	
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI	2	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		3	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	2	4
Rechnungssekretär	V	27	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		30	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	2	15
Wirklicher Amtsrat	VI	3	10
Amtssekretär	V	38	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		43	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	3	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		4	

[1]) Auf Rechnung freier Dienstposten können Beamte des Rechtskundigen Verwaltungsdienstes ernannt werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Fachoberinspektor	V	1	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	11
Oberkontrollor	III—I	27	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		34	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	45	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		45	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	14	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		14	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		318	

300

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Außenstelle			
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	1	
Wirtschaftsrat	VI		
Wirtschaftsoberkommissär	V	—	
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		1	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	—	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	3	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	7	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		10	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	2	1
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		8	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		8	
Summe...		28	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Österreichisches Patentamt			
Rechtskundiger Dienst und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Vizepräsident	VIII	2	
Vorsitzender Rat	VIII	18	21
Rat	VII	14	19
Ratssekretär	VI		
Oberkommissär	V	95	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		130	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	5	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		6	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	3
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	8	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		9	
Registerführer im Patentamt			
(Verwendungsgruppe C)			
Registervorsteher	V	—	3
Registervorsteher	IV	10	4
Oberkontrollor	III—I	24	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		34	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	23	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		23	
achlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher	III—I	12	
Amtswart, Aufseher			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher			
		12	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		219	
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbaurat	VII	—	
Baurat	VI	2	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	1
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	4	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	2
Technischer Oberkontrollor	III—I	10	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		10	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	1	
Oberkontrollor	III—I	—	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	2	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		2	
Facharbeiter Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	3	
Werkstättenobermanipulant			
		3	
Summe...		27	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bergbehörden			
Höherer bergbehördlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	1
Regierungsoberbergrat	VII	5	
Regierungsbergrat	VI		
Regierungsbergoberkommissär	V	12	
Regierungsbergkommissär	IV		
Regierungsbergkommissär	III		
		19	
Gehobener bergbehördlicher Inspektionsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Bergsekretär	V		
Bergoberrevident	IV	2	
Bergrevident	III		
Bergassistent	II		
		2	
Bergbehördlicher Inspektionsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Bergoberkontrollor	III—I	1	
Bergkontrollor			
Bergfachadjunkt			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	4
Oberkontrollor	III—I	5	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		6	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	8	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		8	
Summe...		36	
Gesamtsumme...		628	

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	22	13	6	125 [1]	8	179 [1]
Außenstelle	3	11	33	25	—	72
Österreichisches Patentamt	6	—	—	11	3	20
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	1	—	5	13	—	19
Bergbehörden	4	—	—	5	—	9
Zusammen...	36	24	44	184	11	299

[1]) Dazu 5 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Zentralleitung	—	—	16	—	—	3	19
Außenstelle	—	—	4	1	1	7	13
Österreichisches Patentamt	—	—	3	1	1	8	13
Bergbehörden	—	—	3	—	—	—	3
Zusammen...	—	—	26	2	2	18	48

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Zentralleitung	—	1	—	4	—	5	—
Außenstelle	—	—	—	2	—	2	
Patentamt	—	—	—	1	—	1	
Bergbehörden	—	—	1	1	—	2	
Zusammen...	—	1	1	8	—	10	

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Außenstelle	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	—	—	—	—	—	1	1	—	—
Bergbehörden	—	—	—	—	—	2	2	—	—
Zusammen...	—	—	—	—	—	4	4	—	—

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bauten und Technik			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	18	56
Sektionsrat	VII	37	
Ministerialsekretär	VI	78	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		135	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberwirtschaftsrat	VII	—	
Wirtschaftsrat	VI	1	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		1	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	4
Oberbaurat	VII	2	
Baurat	VI	13	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		15	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	3	
Rechnungssekretär	V	18	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		21	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	12
Wirklicher Amtsrat	VI	8	
Amtssekretär	V	37	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		46	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	8
Technischer Oberinspektor	VI	2	4
Technischer Inspektor	V	17	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		20	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	7
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	
Oberkontrollor	III—I	21	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		26	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	27	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		27	
Summe...		291	
Bundesmobilienverwaltung			
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Rat	VI	1	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissar	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		3	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	2	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		2	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		2	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		18	
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	2
Oberbaurat	VII	6	
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	8	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		16	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	3	
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V	6	
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		9	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Rechnungssekretär	V	2	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	4	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	3	
Technischer Inspektor	V	10	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		13	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Oberkontrollor	III—I	10	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		10	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	3	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt Hauptmonteur			
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	2	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		2	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	10	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		10	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	9	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		9	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	1	
Werkstättenobermanipulant			
		1	
Summe...		90	
Beschußämter Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	2	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		2	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	1
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	6	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		6	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Summe...		9	
Technisches Museum für Industrie und Gewerbe in Wien Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	2	
Wissenschaftlicher Rat	VI	6	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		8	
Gehobener Dienst an Museen (Verwendungsgruppe B)			
Sekretär	V	2	
Oberrevident	IV		
Revident	III		
Assistent	II		
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	2	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Inspektor	V	1	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		1	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	
Technischer Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		2	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	2	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		2	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberportier	III—I	1	
Amtswart, Aufseher, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfsportier			
		1	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	2	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		32	
Bundesstrombauamt			
Höherer Baudienst (Verwendungsgruppe A)			
Baudirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	1	2
Regierungsoberbaurat	VII	7	
Regierungsbaurat	VI		
Regierungsbauoberkommissär	V	13	
Regierungsbaukommissär	IV		
Regierungsbaukommissär	III		
		21	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberbaurat	VII	—	2
Baurat	VI	2	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		2	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	
Oberrat	VII	1	
Rat	VI	4	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		5	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	5
Rechnungssekretär	V	16	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		17	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	3
Amtssekretär	V	10	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		10	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	2
Technischer Oberinspektor	VI	1	4
Technischer Inspektor	V	22	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		23	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	1
Technischer Fachinspektor	IV	—	7
Technischer Oberkontrollor	III—I	17	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		17	
Dienst der Kapitäne und Maschinenbetriebsleiter im Wasserdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kapitän 1. Kl. (Betriebsleiter 1. Kl.)	III	13	
Kapitän 2. Kl. (Betriebsleiter 2. Kl.)	II—I		
		13	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	3
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	1	7
Oberkontrollor	III—I	17	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		18	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	5	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		5	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	10	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		10	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	4	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		4	
Leitende Facharbeiter in der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial	III—I	10	
Offizial			
Adjunkt			
		10	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	10	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		10	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	20	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		20	
Spezialarbeiter der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial	III—I	15	
Offizial			
Adjunkt			
		15	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	60	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		60	
Führer von Spezialfahrzeugen im Baudienst (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	10	
Offizial			
Adjunkt			
		10	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	10	
Offizial			
Adjunkt			
		10	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Sprengmeister (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Taucher der Wasserbauverwaltung (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	9	
		9	
Summe		301	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesbaudienst Wien			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Baudirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	3	5
Oberbaurat	VII	15	
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	24	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		42	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Rat	VI		
Oberkommissär	V	1	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	5	4
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	15	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		21	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	5	3
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	11	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		16	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	3
Technischer Oberinspektor	VI	16	9
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	47	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		64	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	2	6
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	11	
Fachadjunkt			
		13	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	10
Technischer Fachinspektor	IV	27	6
Technischer Oberkontrollor			
Technischer Kontrollor	III—I	51	
Technischer Fachadjunkt			
		78	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	15	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		15	
Mittlerer technischer Dienst (Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial			
Technischer Offizial	III—I	9	
Technischer Adjunkt			
		9	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial			
Offizial	III—I	5	
Adjunkt			
		5	
Bau- und Gebäudeaufsichtsdienst (Verwendungsgruppe D)			
Bauoberoffizial	IV	—	5
Bauoberoffizial			
Bauoffizial	III—I	21	
Bauadjunkt			
		21	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberportier			
Amtswart, Aufseher, Portier	III—I	7	
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfsportier			
		7	
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur			
Offizial, Hauptmonteur	III—I	8	
Adjunkt, Hauptmonteur			
		8	

310

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	2	
		2	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	9	
		9	
Schichtführer in Hochdruckkesselanlagen (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	2	
		2	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	23	
		23	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	6	
		6	
Maschinisten (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	13	
		13	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	4	
		4	
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte (Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe	III—I	2	
		2	
Summe...		363	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnliche Einrichtung			
Höherer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Oberrat	VII	1	
Direktor, Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	1	
		2	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV III II	2	
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Oberkontrollor Kontrollor Fachadjunkt	III—I	1	
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt	III—I	1	
		1	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	4	
		4	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	3	
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	15	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		15	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Angelernter Arbeiter in qualifizierter Anwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		30	
Bundesgebäudeverwaltungen II			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Baudirektor, Wirklicher Hofrat	VIII	2	4
Oberbaurat	VII	7	8
Baurat	VI	25	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		34	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	1
Rechnungssekretär	V	7	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		8	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	4
Wirklicher Amtsrat	VI	11	
Amtssekretär	V	31	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		42	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	6
Technischer Oberinspektor	VI	28	14
Technischer Inspektor	V	93	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		122	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	7
Technischer Fachinspektor	IV	20	9
Technischer Oberkontrollor	III—I	80	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		100	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	2
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	18	12
Oberkontrollor	III—I	37	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		55	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	52	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		52	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	3
Technischer Oberoffizial	III—I	24	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		24	
Fachlicher Hilfsdienst höherer Art			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial	IV	—	4
Oberoffizial	III—I	7	
Offizial			
Adjunkt			
		7	
Bau- und Gebäudeaufsichtsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Bauoberoffizial	IV	6	8
Bauoberoffizial	III—I	92	
Bauoffizial			
Bauadjunkt			
		98	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart, Oberaufseher, Oberportier	III—I	5	
Amtswart, Aufseher, Portier			
Amtsgehilfe, Hilfsaufseher, Hilfsportier			
		5	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	18	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		18	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	15	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		15	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	39	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		39	
Schichtführer in Hochdruckkesselanlagen			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial	III—I	3	
Offizial			
Adjunkt			
		3	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	116	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		116	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	21	
Offizial			
Adjunkt			
		21	
Maschinisten			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	2	
Offizial			
Adjunkt			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	36	
		36	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	51	
		51	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Ungelernte Arbeiter einschließlich Reinigungskräfte			
(Verwendungsgruppe P 6)			
Hilfsmanipulant, Werkstättengehilfe ..	III—I	2	
		2	
Summe...		851	
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen			
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	2	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		2	
Summe...		2	
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen			
a) Amtsleitung			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Vizepräsident, Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	—	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		3	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	7	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		8	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	4	2
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	15	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		19	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	1
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	7	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		8	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	—	
Technischer Oberinspektor	VI	—	3
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	4	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		4	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	1
Technischer Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	1	4
Oberkontrollor	III—I	9	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		10	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	2
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	4	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		4	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Vorarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	1	
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	4	
		4	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	2	
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	1	
		1	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	1	
		1	
Summe...		66	
b) Einrichtungen des Eichwesens			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	4
Oberrat	VII	7	
Rat Oberkommissär Kommissär Kommissär	VI V IV III	15	
		23	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär Amtsoberrevident Amtsrevident Amtsassistent	V IV III II	1	
		1	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	5
Technischer Oberinspektor	VI	13	15
Technischer Inspektor Technischer Oberrevident Technischer Revident Technischer Assistent	V IV III II	89	
		103	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	3
Technischer Fachinspektor	IV	4	1
Technischer Oberkontrollor Technischer Kontrollor Technischer Fachadjunkt	III—I	18	
		22	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	1
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor Kontrollor Fachadjunkt	III—I	3	
		3	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial Offizial, Kanzleioffizial Adjunkt, Kanzleiadjunkt	III—I	3	
		3	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial Technischer Offizial Technischer Adjunkt	III—I	3	
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	1	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		1	
Facharbeiter als Partieführer			
(Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	1	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		1	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	1	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		1	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	21	
Offizial			
Adjunkt			
		21	
Summe...		183	
c) Einrichtungen des Vermessungswesens			
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	13	6
Oberrat	VII	81	32
Rat	VI	112	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		206	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Rechnungssekretär	V	3	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		3	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	1
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		3	
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	2	9
Technischer Oberinspektor	VI	60	57
Technischer Inspektor	V	328	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		390	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	1	16
Technischer Fachinspektor	IV	78	100
Technischer Oberkontrollor	III—I	381	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		460	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	—	2
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		3	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	3	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		3	

Bundesministerium für Bauten und Technik

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	IV	—	1
Technischer Oberoffizial	III—I	10	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		10	
Facharbeiter als Spezialarbeiter			
(Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	5	
Offizial			
Adjunkt			
		5	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung			
(Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	3	
		3	
Angelernte Arbeiter			
(Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	2	
		2	
Summe...		1093	
Gesamtsumme...		3329	

Bundesministerium für Bauten und Technik

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	11	12	17	93	10	143
Bundesmobilienverwaltung	—	—	—	1	—	1
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	19	36	33	14	—	102
Technisches Museum	—	2	—	6	2	10
Bundesstrombauamt	2	10	60	24	4	100
Bundesbaudienst Wien	13	31	52	145	21	262
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	1	3	9	—	13
Bundesgebäudeverwaltung II	1	31	44	184	3	263
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	1	—	—	—	1
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	4	2	9	3	18
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	1	19	23	20	1	64
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	4	96	138	65	2	305
Zusammen...	51	243	372	570	46	1.282

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundesmobilienverwaltung	4	10	9	1	—	—	24	—
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	3	8	16	5	4	3	39	—
Technisches Museum	—	1	5	—	6	6	18	—
Bundesstrombauamt	8	63	188	44	34	1	338	—
Bundesbaudienst Wien	6	10	93	33	20	37	199	—
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	1	12	7	4	3	27	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	5	48	340	121	308	36	858	—
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	1	1	1	—	3	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	—	1	2	2	12	17	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	1	—	11	—	—	2	14	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	1	34	10	8	20	73	17
Zusammen...	27	142	700	224	387	120	1610	17

Bundesministerium für Bauten und Technik

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	—	—	1	3	—	4
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	2	2	—	—	—	4
Bundesbaudienst Wien	—	2	—	8	—	10
Bundesgebäudeverwaltungen II	—	—	—	4	—	4
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	—	2	—	2
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Amtsleitung	—	—	—	1	—	1
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	—	—	—	3	—	3
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	6	3	4	—	13
Zusammen...	2	10	4	25	—	41

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Bundesmobilienverwaltung	—	—	1	—	—	—	1	—
Beschußämter	—	—	—	—	—	1	1	—
Technisches Museum	—	—	1	—	—	—	1	—
Bundesstrombauamt	—	—	1	2	3	12	18	—
Bundesbaudienst Wien	—	—	1	2	24	—	27	—
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	2	—	—	1	3	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	—	—	1	4	66	10	81	1
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	—	4	16	4	10	34	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Eichwesen	—	—	—	—	—	1	1	—
BA. f. Eich- u. Verm.-Wesen: Vermessungswesen	—	—	—	—	—	95	95	—
Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)	—	—	—	—	—	—	—	191[1])
Zusammen...	—	—	11	24	97	130	262	192

[1]) Hausbesorgergesetz BGBl. Nr. 16/1970.

Bundesministerium für Verkehr

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verkehr			
Zentralleitung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Sektionschef	IX	2	1
Ministerialrat	VIII	17	28
Sektionsrat	VII	18	
Ministerialsekretär	VI	57 [1]	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		94 [2]	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	1	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		1	
Höherer Wirtschaftsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	—	1
Wirtschaftsrat	VI	1	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommässir	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	7	3
Amtssekretär	V	27	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		35 [3]	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V	8 [4]	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		12	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	3
Technischer Oberinspektor	VI	1	
Technischer Inspektor	V	4	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		6	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	—	4
Kanzleidirektor	IV	2	7
Oberkontrollor	III—I	21	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		23	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzlеioberoffizial	IV	1	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	24	
Offizial, Kanzleioberoffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		25 [5]	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	7	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		7 [6]	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	6	
Offizial			
Adjunkt			
		6 [7]	
Summe...		210	
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung			
Höherer Ministerialdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	IX	1	
Sektionschef	IX	1	2
Ministerialrat	VIII	30	10
Sektionsrat	VII	16	2
Ministerialsekretär	VI	24	
Ministerialoberkommissär	V		
Ministerialkommissär	IV		
Ministerialkommissär	III		
		72	

[1]) Auf Rechnung freier Dienstposten kann 1 Beamter des Dienstzweiges „Rechtskundiger Verwaltungsdienst" ernannt werden.
[4]) Dazu für die Zeit vorübergehenden Bedarfes 1 Dienstposten.
Mit Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen können [2]) 20, [3]) 10, [4]) 11, [5]) 1, [6]) 4, Dienstposten besetzt werden.

320

Bundesministerium für Verkehr

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	2	
Wirklicher Amtsrat	VI	14	3
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	10	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		26	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Oberamtsrat	VII	6	25
Wirklicher Amtsrat	VI	28	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV	47	
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		81	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	
Technischer Oberkontrollor	III—I	1	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		1	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Ministerialkanzleidirektor	V	1	
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	11	
Oberkontrollor	III—I	8	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		20	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	60	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		60	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	25	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		25	
Summe...		285	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesamt für Zivilluftfahrt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	—	1
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbaurat	VII	2	
Baurat	VI		
Bauoberkommissär	V	2	
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		5	
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V	4	
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		5	
Wissenschaftlicher Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	—	1
Wissenschaftlicher Oberrat	VII	1	12
Wissenschaftlicher Rat	VI		
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V	17	
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		18	
Gehobener Flugsicherungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Oberinspektor, Flugverkehrsoberkontrollor	VII	1	
Oberinspektor, Flugverkehrsoberkontrollor	VI	10	32
Inspektor, Flugverkehrskontrollor	V		
Oberrevident, Flugverkehrskontrolloberrevident	IV	56	
Revident, Flugverkehrskontrollrevident	III		
Assistent, Flugverkehrskontrollassistent	II		
		67 [1]	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor	VII	1	4
Technischer Oberinspektor	VI	9	19
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	47	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		57 [1]	

[1]) Auf Rechnung von freien Dienstposten können Kollektivvertragsbedienstete aufgenommen werden.

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Verkehr

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		4 [1]	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachinspektor	IV	—	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	3	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		3	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	1
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	1	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		162	
Amt für Schiffahrt			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	1	
Rat	VI	—	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Amtssekretär	V	1	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		1	

[1] Auf Rechnung von freien Dienstposten können Kollektivvertragsbedienstete aufgenommen werden.

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V	2	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		2	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor	III—I	1	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		1	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	1	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		1	
Kraftwagenlenker			
(Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial	III—I	1	
Offizial			
Adjunkt			
		1	
Summe...		7	
Schiffahrtspolizei			
Fachdienst der Schiffahrtspolizei			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	2	1
Fachinspektor	IV	7	3
Oberkontrollor	III—I	14	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		23	
Mittlerer Dienst der Schiffahrtspolizei			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberstrommeister	IV	—	
Oberstrommeister	III—I	11	
Strommeister			
		11	
Summe...		34	
Gesamtsumme...		698	

www.parlament.gv.at

Bundesministerium für Verkehr

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Zentralleitung	3	8	6	17	5	39
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	14	—	14
Schiffahrtspolizei	—	—	—	6	—	6
Zusammen...	3	8	6	37	5	59

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Zentralleitung	1	1	3	1	1	4	11	—
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	—	—	8	8	—
Bundesamt für Zivilluftfahrt	—	—	—	—	—	—	—	642
Schiffahrtspolizei	—	1	14	—	—	—	15	—
Zusammen...	1	2	17	1	1	12	34	642

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	a	b	c	d	e		
Zentralleitung	—	1	—	3	—	4	—
Bundesamt für Zivilluftfahrt	—	—	—	—	—	—	2
Zusammen...	—	1	—	3	—	4	2

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	—	—	—	—	—	14	14

Bundesbetriebe

Staatsdruckerei

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Wiener Zeitung			
Höherer Redaktionsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberredaktionsrat	VII	2	1
Redaktionsrat	VI	4	
Redaktionsoberkommissär	V		
Redaktionskommissär	IV		
Redaktionskommissär	III		
		7	
Summe...		7	
Staatsdruckerei			
Höherer Verwaltungsdienst und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor	VIII	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberdirektionsrat	VII	1	
Direktionsrat	VI	1	
Direktionsoberkommissär	V		
Direktionskommissär	IV		
Direktionskommissär	III		
		4	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	6	
Rechnungssekretär	V	11	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		18	
Gehobener Verwaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V	3	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Betriebsleiter, Technischer Zentralinspektor	VII	2	
Technischer Oberinspektor	VI	11	1
Technischer Inspektor	V	26	
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		39	
Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Oberinspektor	V	1	2
Inspektor	IV	8	
Oberkontrollor	III—I	6	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		15	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	2	1
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	4	
Oberkontrollor	III—I	8	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		14	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	9	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		9	
Summe...		104	
Gesamtsumme...		111	

Staatsdruckerei

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Wiener Zeitung	5	—	—	—	—	5
Staatsdruckerei	—	16	56	29	—	101
	5	16	56	29	—	106

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6			
Staatsdruckerei	—	—	—	—	—	—	—	870	69

Bundestheater

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundestheater			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Oberrat	VII	—	
Rat	VI	1	
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV		
Kommissär	III		
		1	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	
Wirklicher Amtsrat	VI	2	1
Rechnungssekretär	V	8	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		11	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor	VII	—	3
Wirklicher Amtsrat	VI	3	
Amtssekretär	V	9	
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III		
Amtsassistent	II		
		12	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	1	5
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	5	
Oberkontrollor	III—I	11	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		17	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	3
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	11	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		11	
Allgemeiner Hilfsdienst (Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	2	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		2	
Summe...		54	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Bühnendienstvertrag
Bundestheater	—	5	16	13	—	34	1011

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—	1504

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe	Bedienstete nach Bühnendienstvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Bundestheater	—	—	—	—	—	—	—	225

Bundesapotheken

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt	Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Bundesapotheken							
Gehobener Verwaltungsdienst							
(Verwendungsgruppe B)							
Wirklicher Amtsrat	VI	—					
Amtssekretär	V	1					
Amtsoberrevident	IV						
Amtsrevident	III						
Amtsassistent	II						
		1					
Summe...		1					

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Bundesapotheken	—	—	2	8	—	10	10

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesapotheken	—	—	—	—	3	—	3

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	a	b	c	d	e		
Bundesapotheken	—	—	—	—	—	—	2

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Bundesapotheken	—	—	—	—	1	—	1

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Salz (Monopol)			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Generaldirektor der Österr. Salinen	IX	1	
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberrat	VII	—	
Rat	VI		
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV	1	
Kommissär	III		
		3	
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	2	1
Oberbergrat	VII	8	
Bergrat	VI		
Bergoberkommissär	V		
Bergkommissär	IV	2	
Bergkommissär	III		
		12	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	4	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III	6	
Rechnungsassistent	II		
		10	
Gehobener Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	1	
Amtssekretär	V		
Amtsoberrevident	IV		
Amtsrevident	III	1	
Amtsassistent	II		
		2	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	3	2
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV		
Technischer Revident	III	5	
Technischer Assistent	II		
		8	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	—	12
Technischer Fachinspektor	IV	23	
Technischer Oberkontrollor			
Technischer Kontrollor	III—I	12	
Technischer Fachadjunkt			
		35	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	—	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	15	4
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	15	
Fachadjunkt			
		30	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	1	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial			
Offizial, Kanzleioffizial	III—I	13	
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		14	
Summe...		114	
Glücksspiele (Monopol)			
Rechtskundiger Verwaltungsdienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	1
Oberrat	VII	1	
Rat	VI		
Oberkommissär	V		
Kommissär	IV	1	
Kommissär	III		
		3	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	1	2
Wirklicher Amtsrat	VI	13	2
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III	37	
Rechnungsassistent	II		
		51	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	2	
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	5	
Fachadjunkt			
		7	

Monopole

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	10	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		10	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	1	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		1	
Summe...		72	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Branntwein (Monopol)			
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Wirklicher Amtsrat	VI	—	
Rechnungssekretär	V	6	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		6	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	2	
Werkstättenmanipulant			
		2	
Summe...		8	
Gesamtsumme...		194	

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Salz (Monopol)	—	2	20	14	—	36
Glücksspiele (Monopol)	—	3	5	—	—	8
Branntwein (Monopol)	—	18	1	18	—	37
Zusammen...	—	23	26	32	—	81

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
Salz (Monopol)	—	—	—	—	—	—	—	650
Glücksspiele (Monopol)	—	—	1	—	—	—	1	—
Branntwein (Monopol)	—	—	1	3	10	2	16	—
Zusammen...	—	—	2	3	10	2	17	650

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Salz (Monopol)	4	—	—	—	—	4
Zusammen...	4	—	—	—	—	4

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe
Branntwein (Monopol)	—	—	—	—	—	4	4

Hauptmünzamt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Hauptmünzamt			
Höherer technischer Dienst (Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	1	
Oberbergrat	VII	3	
Bergrat	VI		
Obermünzwardein	V	2	
Münzwardein	IV		
Münzwardein	III		
		6	
Gehobener Rechnungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	—	2
Wirklicher Amtsrat	VI	2	
Rechnungssekretär	V		
Rechnungsoberrevident	IV	6	
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		8	
Gehobener Graveurdienst (Verwendungsgruppe B)			
Chefgraveur	VI	1	
Hauptgraveur	V		
Obergraveur	IV	2	
Graveur	III		
Graveurassistent	II		
		3	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Oberinspektor	VI	—	
Technischer Inspektor	V		
Technischer Oberrevident	IV	2	
Technischer Revident	III		
Technischer Assistent	II		
		2	
Technischer Fachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	
Technischer Fachinspektor	IV	5	1
Technischer Oberkontrollor	III—I	8	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		13	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor, Kanzleidirektor	V	—	1
Fachinspektor, Kanzleidirektor	IV	3	
Oberkontrollor	III—I	3	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		6	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst (Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	2	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		2	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur	III—I	5	
Offizial, Hauptmonteur			
Adjunkt, Hauptmonteur			
		5	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur	III—I	3	
Offizial, Obermonteur			
Adjunkt, Obermonteur			
		3	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur	III—I	2	
Offizial, Monteur			
Adjunkt, Monteur			
		2	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant	III—I	6	
Werkstättenobermanipulant			
		6	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant	III—I	7	
Werkstättenmanipulant			
		7	
Summe...		63	

Hauptmünzamt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Hauptmünzamt	—	—	7	16	—	23

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	
Hauptmünzamt	6	15	13	32	62	3	131

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Hauptmünzamt	—	—	—	—	8	—	8	—

Österreichische Bundesforste

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt	Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Österreichische Bundesforste							
Forstbetriebs- und Forstschutzdienst							
(Verwendungsgruppe C)							
Forstverwalter, Forstoberinspektor ...	V	1					
Oberförster ...	IV	—	1				
Oberförster ...	III—I	—					
Förster ...							
Förster ...							
		1					
Summe...		1					

A. Vertragsangestellte der Österreichischen Bundesforste

Unterteilung	Stand in der Verwendungsgruppe A	B	C	D	—	Summe	Forstzöglinge u. Bürolehrlinge
Generaldirektion ...	83	42 [1]	45	80 [2]	—	253	8
Forstverwaltungen ...	118	—	724	291	—	1133	10
Sägewerke ...	1	2	13	7	—	23	—
Zusammen...	202	45	782	380	—	1409	18

[1]) Dazu 1 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

[2]) Dazu 2 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe a	b	c	d	e	Summe
Generaldirektion ...	—	—	—	—	1	1
Forstverwaltungen ...	—	—	—	—	1	1
Zusammen...	—	—	—	—	2	2

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe
Generaldirektion ...	3	4	2	—	—	—	9
Forstverwaltungen ...	—	4	—	—	—	—	4
Zusammen...	3	8	2	—	—	—	13

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6	Summe	Bedienstete nach Kollektivvertrag
Generaldirektion ...	—	—	—	—	—	3	3	13
Forstverwaltungen ...	—	—	—	—	—	—	—	4424
Sägewerke ...	—	—	—	—	—	—	—	197
Zusammen...	—	—	—	—	—	3	3	4634

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Post- und Telegraphenanstalt			
Höherer Verwaltungs- und höherer technischer Dienst im Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung			
(Verwendungsgruppe A)			
Präsident	IX	1	
Präsident	VIII	4	
Wirklicher Hofrat	VIII	27	22
Oberpostrat, Oberbaurat	VII	93	5
Postrat, Baurat	VI	205	
Postoberkommissär, Bauoberkommissär	V		
Postkommissär, Baukommissär	IV		
Postkommissär, Baukommissär	III		
		330	
Höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Baurat	VI	3	
Bauoberkommissär	V		
Baukommissär	IV		
Baukommissär	III		
		3	
Höherer Wirtschaftsdienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Oberwirtschaftsrat	VII	—	2
Wirtschaftsrat	VI	5	
Wirtschaftsoberkommissär	V		
Wirtschaftskommissär	IV		
Wirtschaftskommissär	III		
		5	
Wissenschaftlicher Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Direktor, Wissenschaftlicher Oberrat	VII	1	
Wissenschaftlicher Rat	VI	1	
Wissenschaftlicher Oberkommissär	V		
Wissenschaftlicher Kommissär	IV		
Wissenschaftlicher Kommissär	III		
		2	
Gehobener Rechnungsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Rechnungsdirektor	VII	10	11
Wirklicher Amtsrat	VI	241	10
Rechnungssekretär	V	542	
Rechnungsoberrevident	IV		
Rechnungsrevident	III		
Rechnungsassistent	II		
		793	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Gehobener Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Post- u. Fernmeldezentralinspektor, Oberamtsrat	VII	53	43
Amtsdirektor, Post- u. Fernmeldeoberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VI	758	
Postamtsoberverwalter, Post- u. Fernmeldeinspektor, Amtssekretär	V	5300	
Postamtsverwalter, Post- u. Fernmeldeoberrevident, Amtsoberrevident	IV		
Post- u. Fernmelderevident, Amtsrevident	III		
Post- u. Fernmeldeassistent, Amtsassistent	II		
		6111	
Gehobener technischer Dienst (Verwendungsgruppe B)			
Technischer Zentralinspektor, Oberamtsrat	VII	3	3
Technischer Oberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VI	16	
Technischer Inspektor, Amtssekretär	V	55	
Technischer Oberrevident, Amtsoberrevident	IV		
Technischer Revident, Amtsrevident	III		
Technischer Assistent, Amtsassistent	II		
		74	
Gehobener Bau- und Erhaltungsdienst (Verwendungsgruppe B)			
Amtsdirektor, Fernmeldezentralinspektor, Oberamtsrat	VII	33	30
Amtsdirektor, Fernmeldeoberinspektor, Wirklicher Amtsrat	VI	401	
Fernmeldeinspektor, Amtssekretär	V	1360	
Fernmeldeoberrevident, Amtsoberrevident	IV		
Fernmelderevident, Amtsrevident	III		
Fernmeldeassistent, Amtsassistent	II		
		1794	
Garage- und Werkmeister im Postautodienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	15	29
Fachinspektor	IV	150	
Postoberwerkmeister	III—1	160	
Postwerkmeister			
Postwerkmeister			
		325	
Fachlicher Bau- und Erhaltungsdienst (Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	30	
Fachinspektor	IV	985	
Fernmeldeoberwerkmeister	III—1	2801	
Fernmeldewerkmeister			
Fernmeldewerkmeister			
		3816	

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Fachlicher Verkehrsdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	30	29
Oberpostmeister, Fachinspektor	IV	1700	264
Postmeister, Post- und Fernmeldeoberkontrollor	III—I	4129	
Post- und Fernmeldekontrollor			
Post- und Fernmeldefachadjunkt			
		5859	
Technischer Fachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Technischer Fachoberinspektor	V	—	1
Technischer Fachinspektor	IV	3	
Technischer Oberkontrollor	III—I	9	
Technischer Kontrollor			
Technischer Fachadjunkt			
		12	
Maschinenfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Fachoberinspektor	V	6	
Fachinspektor	IV	71	
Maschinenoberwerkmeister	III—I	185	
Maschinenwerkmeister			
Maschinenwerkmeister			
		262	
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachoberinspektor	V	1	4
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	127	
Oberkontrollor	III—I	139	
Kontrollor			
Fachadjunkt			
		267	
Mittlerer Verwaltungsdienst und Kanzleidienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	IV	—	1
Oberoffizial, Kanzleioberoffizial	III—I	216	
Offizial, Kanzleioffizial			
Adjunkt, Kanzleiadjunkt			
		216	
Mittlerer Verkehrsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Postoberoffizial	III—I	14872	
Postoffizial			
Postadjunkt			
		14872	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Mittlerer Bau- und Erhaltungsdienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Fernmeldeoberoffizial	III—I	4228	
Fernmeldeoffizial			
Fernmeldeadjunkt			
		4228	
Mittlerer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Technischer Oberoffizial	III—I	3	
Technischer Offizial			
Technischer Adjunkt			
		3	
Mittlerer Werkstättendienst			
(Verwendungsgruppe D)			
Werkstättenoberadjunkt	III—I	35	
Werkstättenoberadjunkt			
Werkstättenadjunkt, Werkstättenmonteur			
		35	
Allgemeiner Hilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Oberamtswart	III—I	172	
Amtswart			
Amtsgehilfe			
		172	
Bau- und Erhaltungshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Fernmeldeobermanipulant	III—I	162	
Fernmeldemanipulant			
Fernmeldegehilfe			
		162	
Verkehrshilfsdienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Postobermanipulant	III—I	307	
Postmanipulant			
Postgehilfe			
		307	
Einfacher Werkstättendienst			
(Verwendungsgruppe E)			
Werkstättenobermanipulant	III—I	23	
Werkstättenmanipulant, Werkstättengehilfe			
Werkstättenmanipulant, Werkstättengehilfe			
		23	

334

Post- und Telegraphenanstalt

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Facharbeiter als Partieführer (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	110	
		110	
Spezialarbeiter in besonderer Verwendung (Verwendungsgruppe P 1)			
Oberoffizial, Hauptmonteur Offizial, Hauptmonteur Adjunkt, Hauptmonteur	III—I	10	
		10	
Facharbeiter als Spezialarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	363	
		363	
Facharbeiter als Vorarbeiter (Verwendungsgruppe P 2)			
Oberoffizial, Obermonteur Offizial, Obermonteur Adjunkt, Obermonteur	III—I	249	
		249	
Facharbeiter (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial, Monteur Offizial, Monteur Adjunkt, Monteur	III—I	259	
		259	
Kraftwagenlenker (Verwendungsgruppe P 3)			
Oberoffizial Offizial Adjunkt	III—I	88	
		88	
Angelernte Arbeiter in qualifizierter Verwendung (Verwendungsgruppe P 4)			
Obermanipulant, Werkstättenobermanipulant	III—I	176	
		176	
Angelernte Arbeiter (Verwendungsgruppe P 5)			
Manipulant, Werkstättenmanipulant	III—I	100	
		100	
Summe...		41026	

Post- und Telegraphenanstalt

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Post- und Telegraphenanstalt	—	574	2314	4333	892	8113

A. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Lehrlinge
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Post- und Telegraphenanstalt	5	135	283	64	56	1135	1678	900

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas I (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe					Summe
	a	b	c	d	e	
Post- und Telegraphenanstalt	—	83	832	1359	310	2584

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Post- und Telegraphenanstalt	—	—	—	—	—	557	557	16

Tabakregie

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Tabakregie			
Höherer Verwaltungs- und höherer technischer Dienst			
(Verwendungsgruppe A)			
Wirklicher Hofrat	VIII	4	1
Oberdirektionsrat	VII	2	
Direktionsrat	VI		
Direktionsoberkommissär	V		
Direktionskommissär	IV	—	
Direktionskommissär	III		
		6	
Gehobener Verwaltungs- und Betriebsdienst			
(Verwendungsgruppe B)			
Zentralinspektor	VII	5	2
Oberinspektor	VI	—	
Inspektor	V		
Oberrevident	IV		
Revident	III	—	
Assistent	II		
		5	

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand	Aus der Personalreserve besetzt
Verwaltungsfachdienst und Rechnungsfachdienst			
(Verwendungsgruppe C)			
Kanzleidirektor, Fachinspektor	IV	—	
Oberkontrollor			
Kontrollor	III—I	1	
Fachadjunkt			
		1	
Summe...		12	

B. Personalreserve

a) Allgemeine Verwaltung

Für die Dienstzweige in den Verwendungsgruppen	Zahl der Dienstposten in den Dienstklassen					
	IX	VIII	VII	VI	V	IV
A[1])	21[2]) (5)	850 (400)	900 (775)	—	—	—
B	—	—	900	2950	—	—
C	—	—	—	—	900	4000
D	—	—	—	—	—	600

[1]) Die Zahl in der Klammer bestimmt die Dienstposten, die nicht dem Höheren Ministerialdienst vorbehalten sind.
[2]) Dazu 2 Dienstposten für den vorübergehenden Bedarf.

b) Wachebeamte

Verwendungsgruppe	In der Dienstklasse (Dienststufe)	Sicherheitswachdienst	Kriminaldienst	Gendarmeriedienst	Justizwachdienst	Zollwachdienst
W 1	VIII	1	—	2	—	—
	VII	8	4	15	7	8
	VI	45	32	40	15	10
W 2	IV	1500	1000	1750	480	871
	3	67	20	90	10	10
	2	180	100	1243	70	369

c) Militärpersonen

Für die Dienstzweige in den Verwendungsgruppen	Zahl der Dienstposten in den Dienstklassen			
	IX	VIII	VII	VI
H 1	3	46	56	—
H 2	—	21	218	389

www.parlament.gv.at

C. Dienstposten

für die Bundesbediensteten der mittelbaren Bundesverwaltung

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand
Sanitätsdienst		
Amt der Kärntner Landesregierung		
Dienst der Ärzte bei Ämtern und Anstalten		
(Verwendungsgruppe A)		
Regierungsobersanitätsrat	VII	1
		1
Summe...		1
Gesamtsumme...		1
Bundesbaudienst		
Amt der oberösterreichischen Landesregierung		
Straßenwärter in besonderer Verwendung		
(Verwendungsgruppe P 3)		
Oberoffizial, Offizial, Adjunkt	III—I	1
		1
Summe...		1

Bezeichnung	Dienstklasse	Stand
Amt der Kärntner Landesregierung		
Höherer Baudienst		
(Verwendungsgruppe A)		
Wirklicher Hofrat	VIII	—
Regierungsoberbaurat	VII	1
Regierungsbaurat, Regierungsbauoberkommissär, Regierungsbaukommissär, Regierungsbaukommissär	VI, V, IV, III	1
		2
Summe...		2
Gesamtsumme...		3

B. Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II (saison- oder teilbeschäftigt)

Unterteilung	Stand in der Entlohnungsgruppe						Summe	Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften
	p 1	p 2	p 3	p 4	p 5	p 6		
Gebäudeverwaltung Liegenschaftsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	35

Österreichische

Dienstzweig	Bundesbahnbeamte: Dienstposten der Gehaltsgruppe											
	X	IX b	IX a	VIII	VII b	VII a	VI b	VI a	V b	V a	IV—I	Summe
Zentraldienst (GD, Zentr. St., BBD)	76	207	290	507	738	633	427	44	291	265	502	3.980
Bau- und Bahnerhaltungsdienst	—	26	38	46	136	188	255	1	166	86	7.426	8.338
Sicherungs- und Fernmeldedienst	—	7	10	21	65	73	95	156	185	130	1.600	2.342
Bahnhof- und Zugbegleitdienst	—	—	18	75	210	579	1.355	909	1.740	1.080	16.674	22.840
Zugförderungs- und Werkstättendienst	—	19	37	70	92	145	440	2.221	363	368	11.089	14.844
Schiffahrtsdienst	—	—	1	—	—	—	1	5	5	—	28	40
Elektrobetriebs- und Kraftwerksdienst	—	7	12	18	30	82	68	21	50	122	1.399	1.799
Elektrifizierungsbaudienst	—	7	12	25	38	22	22	—	5	3	44	178
Vorratslagerdienst	—	—	—	6	6	22	45	—	85	28	396	588
Kraftwagendienst	—	—	7	7	16	22	62	17	64	56	1.670	1.921
Summe ...	76	273	425	775	1.331	1.766	2.770	3.374	2.954	2.138	40.818	56.700

Nichtständige oder teilbeschäftigte Bedienstete

	A. Vollbeschäftigte Bedienstete	B. Saison- oder teilbeschäftigte Bedienstete
Bahnärzte	—	57
Pauschalbedienstete	—	2.300
Lehrlinge	1.250	—
Summe...	1.250	2.357

Bundesbahnen

Vertragsbedienstete: Dienstposten der Gehaltsgruppe										Lohn-bedienstete	Gesamt-summe ständiges Personal
IX b	IX a	VIII	VII b	VII a	VI b	VI a	V b	V a	Summe		
—	4	10	3	—	3	—	15	—	35	531	4.546
—	—	—	—	5	9	—	53	—	67	2.881	11.316
—	—	—	—	—	3	—	21	—	24	407	2.773
—	—	—	—	—	—	—	129	—	129	6.348	29.117
—	—	—	—	—	5	—	80	—	85	3.279	18.208
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40
—	—	—	—	—	3	—	6	—	9	190	1.998
—	—	—	—	—	3	—	4	—	7	15	200
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113	701
—	—	—	—	—	1	—	3	—	4	440	2.365
—	4	10	3	5	27	—	311	—	360	14.204	71.264

Zusammenstellung

	Bundesbahn-beamte	Vertrags-bedienstete	Lohn-bedienstete	Nichtständige oder teilbeschäftigte Bedienstete		Gesamt-summe
				voll-beschäftigt	saison- oder teilbeschäftigt	
Betrieb	56.700	360	14.204	1.250	2.357	74.871

Abschnitt IX

Erläuternde Bemerkungen

zum

Dienstpostenplan 1973

Abschnitt I

Dem Bundesfinanzgesetz 1973 ist als Anlage III der Dienstpostenplan angeschlossen, der einen Allgemeinen Teil, das Dienstpostenverzeichnis und eine Aufstellung über die Dienstposten der Österreichischen Bundesbahnen enthält.

Der **Allgemeine Teil** enthält Bestimmungen über die Gliederung des Dienstpostenplanes (Punkt 1), die Besetzung von Dienstposten [1]) über den im Dienstpostenverzeichnis festgesetzten Stand (Punkt 2), die Bindung und die Umwandlung von Dienstposten (Punkt 3 und 4) sowie die Personalreserve (Punkt 5).

Im **Dienstpostenverzeichnis** ist die Zahl der Dienstposten für die Bundesbediensteten der unmittelbaren und der mittelbaren Bundesverwaltung festgesetzt, und zwar getrennt für Beamte, für Vertragsbedienstete, deren Dienstverhältnis sich nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 richtet, für solche, deren Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag, durch Bühnendienstvertrag oder nach anderen Rechtsvorschriften geregelt ist, für Lehrlinge und für Zöglinge.

Das Dienstpostenverzeichnis unterscheidet hinsichtlich der Vertragsbediensteten Dienstposten der „Kategorie A", das sind solche für ganzjährige vollbeschäftigte und der „Kategorie B", das sind solche für saison- und teilbeschäftigte Bedienstete. Für die Vertragsbediensteten der Kategorie B sind die Dienstposten mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Der Dienstpostenplan ermächtigt die Ressorts, Vertragsbedienstete der Kategorie B im Rahmen des Jahreskredites in einer der Vollbeschäftigtenanzahl entsprechenden Anzahl zu verwenden.

Die Zahl der **Dienstposten für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen** ist — außerhalb des Dienstpostenverzeichnisses — getrennt für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete (Lohnbedienstete und sonstige Bedienstete) festgesetzt.

[1]) Siehe auch das Bundesgesetz vom 17. April 1963, BGBl. Nr. 82, über die Mitwirkung des Bundeskanzleramtes bei der Besetzung von Dienstposten im Bereiche des Bundes und die hiezu ergangenen Verordnungen.

Abschnitt II

Gegenüber dem Dienstpostenplan 1972 wird in materieller Hinsicht folgendes hervorgehoben:

Die Ressorts wurden auch für das Jahr 1973 eingeladen, die Bestrebungen der Bundesregierung nach Senkung des Dienstpostenstandes ungeachtet der Auswirkung der am 1. 1. 1972 wirksam gewordenen Arbeitszeitverkürzung zu unterstützen.

Beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung war eine Vermehrung des Dienstpostenstandes um 500 Dienstposten für den Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen und unter Bedachtnahme auf das Ansteigen der Hörerzahlen an den Hochschulen unbedingt erforderlich.

Beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst mußte eine Vermehrung um 2000 Dienstposten vorgenommen werden, die überwiegend auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung zur Übernahme des Personalaufwandes der konfessionellen Schulen, sowie zufolge des Ansteigens der Schüler- und Klassenzahlen, unumgänglich war.

In allen übrigen Ressortbereichen ist eine Gesamtvermehrung von 753 Dienstposten vorgesehen. Hiebei ist zu beachten, daß die mit 1. 1. 1972 wirksam gewordene Arbeitszeitverkürzung eine Zusystemisierung von etwa 4500 Dienstposten erfordert hätte, die aber zum Teil infolge von Rationalisierungsmaßnahmen vermieden werden konnte.

Wesentliche Vermehrungen sind bei der Post- und Telegraphenanstalt vorgesehen, und zwar zum Ausbau der Fernmeldeeinrichtungen; auch konnte hier die Arbeitszeitverkürzung nicht zur Gänze aufgefangen werden.

Beim Bundesministerium für Justiz ist die Vermehrung durch eine weitere Etappe der Änderung des Strafvollzuges bedingt.

(2)

Im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist eine Vermehrung auf Grund der Errichtung weiterer Vertretungsbehörden unumgänglich.

Beim Rechnungshof erfolgte die Vermehrung im Interesse einer weiteren Intensivierung der Prüfungstätigkeit.

Die Vermehrungen in anderen Verwaltungsbereichen beruhen darauf, daß die Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung nicht zur Gänze durch Rationalisierungsmaßnahmen kompensiert werden konnte.

Die Dienstpostenstände des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien für Inneres, für Landesverteidigung und für Land- und Forstwirtschaft wurden gesenkt.

Die Gesamtvermehrung im Dienstpostenplan 1973 beträgt 3253 Dienstposten.

Die Dienstpostenstände des Bundes gliedern sich folgendermaßen:

Verwaltungszweig	Dienstpostenplan 1972	Dienstpostenplan 1973	Prozent des Gesamtstandes
1. Allgemeine Bundesverwaltung:			
a) Zentralstellen	6.388	6.544	2·33
b) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.999	22.057	7·88
c) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.265	8.309	2·97
d) Besondere Verwaltungszweige	2.560	2.458	0·88
Summe a—d	39.212	39.368	14·06
2. Sicherheitswesen	27.481	27.307	9·76
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	9.634	9.836	3·51
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	37.825	40.337	14·41
5. Heerwesen	20.410	20.434	7·30
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.175	1.201	0·43
7. Bundesbetriebe und Monopole	140.957	141.464	50·53
Gesamtsumme	276.664	279.947	100·00

Abschnitt III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Dienstpostenstände und der in Aussicht genommenen Dienstpostenvermehrungen bzw. -verminderungen bei den einzelnen Dienstzweigen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die **Anlage A** enthält eine Zusammenstellung der für das Jahr 1973 vorgesehenen Dienstposten, getrennt nach den einzelnen Ressortbereichen.

Die **Anlage B 1** enthält eine Gegenüberstellung der Dienstpostenpläne für 1972 und 1973, getrennt nach den einzelnen Ressortbereichen.

Die **Anlage B 2** enthält eine Übersicht über die den einzelnen Ressorts bis zum 1. August 1972 aus der Personalreserve zugewiesenen Dienstposten; die im Dienstpostenverzeichnis enthaltene Spalte „Aus der Personalreserve besetzt" bezieht sich ebenfalls auf diesen Zeitpunkt.

Die **Anlage C** enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Dienstpostenstände in den Jahren 1938, 1947, 1954, 1959, 1965, 1966, 1968, 1971, 1972 und 1973.

Die **Anlage D** enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Dienstpostenstände in den einzelnen Verwaltungszweigen (anteilsmäßige Aufgliederung der Dienstposten).

Die **Anlage E** enthält eine Übersicht zum Dienstpostenplan 1973 über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts.

(4)

Anlage A

Dienstpostenplan für das

	Oberste Organe					Innenverwal-			
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht u. Kunst	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
A. Bundesverwaltung									
Beamte der Allg. Verwaltung.....	33	108	9	26	185	636	2.245	1.172	1.938
Beamte in handwerklicher Verwendung	5	19	1	3	2	41	152	276	127
Richter	—	—	—	38	—	—	—	—	—
Staatsanwaltschaftliche Beamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochschullehrer	—	—	—	—	—	—	—	—	5.677
Bundeslehrer	—	—	—	—	—	—	—	15.896	252
Beamte des Schulaufsichtsdienstes ..	—	—	—	—	—	—	—	199	—
Wachebeamte	—	—	—	—	—	—	22.467	—	—
Angehörige des Bundesheeres.....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsbedienstete Entl. Sch. I	3	33	9	15	10	1057	1.010	1.497	3.553
Vertragsbedienstete Entl. Sch. IL...	—	—	—	—	—	—	1	440	31
Vertragsbedienstete Entl. Sch. II ...	6	21	4	11	8	136	971	1.451	831
Kollektivvertrag	—	—	—	—	—	—	—	—	—
nach anderen Rechtsvorschriften ...	—	—	—	—	—	—	—	—	96
Lehrlinge	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I teilbesch....	—	2	1	1	2	131	17	125	154
Vertr. Bed. Entl. Sch. II/L teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	112	4
Vertr. Bed. Entl. Sch. II teilbesch. ..	—	—	—	—	—	19	433	271	43
Kollektivvertrag teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	—	—
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.....	—	—	—	—	—	—	103	252	138
Summe A...	47	183	24	94	207	2.020	27.399	22.691	12.844
B. Bundesbetriebe (Monopole)									
Beamte der Allg. Verwaltung.....	—	—	—	—	—	111	—	54	—
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I	—	—	—	—	—	105	—	34	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. II	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kollektivvertrag	—	—	—	—	—	871	—	1.504	—
nach anderen Rechtsvorschriften ...	—	—	—	—	—	—	—	1.011	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—	69	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. I teilbesch. ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertr. Bed. Entl. Sch. II teilbesch. ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kollektivvertrag teilbesch.	—	—	—	—	—	—	—	225	—
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe B...	—	—	—	—	—	1.156	—	2.828	—
Summen A und B									
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	38	127	10	67	187	788	24.864	18.597	7.994
Vertragsbedienstete.....	9	54	13	26	18	2.238	1.982	5.937	4.511
Vertragsbedienstete teilbesch.....	—	2	1	1	2	150	553	985	339
Zusammen...	47	183	24	94	207	3.176	27.399	25.519	12.844

(5)

Jahr 1973 (Zusammenstellung)

Anlage A

tung						Wirtschaft				
Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr	Zusammen
2.954	317	545	3.383	12.662	14.905	1.021	621	2.671	690	46.121
46	13	11	68	2.633	316	173	7	658	8	4.559
—	—	—	1.559	—	—	—	—	—	—	1.597
—	—	—	185	—	—	—	—	—	—	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.677
—	—	—	14	38	—	187	—	—	—	17.387
—	—	—	—	—	—	11	—	—	—	210
—	—	—	2.713	—	3.765	—	—	—	—	28.945
—	—	—	—	4.272	—	—	—	—	—	4.272
1.183	359	436	1.367	953	855	762	299	1.274	59	14.734
—	—	—	1	—	—	94	—	—	—	567
96	141	155	234	815	379	687	48	1.618	34	7.646
24	—	—	—	62	—	435	—	—	642	1.163
—	—	—	—	26	—	—	—	—	—	122
—	—	—	—	—	—	34	—	17	—	51
46	13	15	114	40	151	8	10	41	4	875
—	—	—	8	—	—	11	—	—	—	135
121	4	39	256	25	340	11	4	262	14	1.842
—	—	—	—	34	—	2.024	—	—	—	2.058
—	—	—	—	30	22	—	—	192	2	739
4.470	847	1.201	9.902	21.590	20.733	5.458	989	6.733	1.453	138.885
—	1	—	—	—	243	1	—	—	39.671	40.081
—	—	—	—	—	26	—	—	—	1.355	1.381
—	—	—	—	—	104	2	—	—	8.113	8.358
—	10	—	—	—	148	13	—	—	1.678	1.849
—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	2.378
—	—	—	—	—	650	1.409	—	—	—	3.070
—	10	—	—	—	—	18	—	—	900	997
—	—	—	—	—	4	—	—	—	2.584	2.588
—	1	—	—	—	12	3	—	—	557	573
—	—	—	—	—	—	4.634	—	—	—	4.859
—	2	—	—	—	—	—	—	—	16	18
—	27	—	—	—	1.187	6.080	—	—	54.874	66.152
3.000	330	556	7.922	19.605	19.255	1.393	628	3.329	41.724	150.414
1.303	540	591	1.602	1.856	2.136	3.454	347	2.909	11.426	40.952
167	4	54	378	129	529	6.691	14	495	3.177	13.671
4.470	874	1.201	9.902	21.590	21.920	11.538	989	6.733	56.327	205.037

(6)

Anlage A
(Fortsetzung)

	Oberste Organe					Innenverwaltung			
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht u. Kunst	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Übertrag Summen A und B									
Öffentlich-rechtlich Bedienstete	38	127	10	67	187	788	24.864	18.597	7.994
Vertragsbedienstete.....	9	54	13	26	18	2.238	1.982	5.937	4.511
Vertragsbedienstete teilbesch.....	—	2	1	1	2	150	553	985	339
Zusammen...	47	183	24	94	207	3.176	27.399	25.519	12.844
C. Bundesbedienstete der mittelbaren Bundesverwaltung									
Beamte der Allg. Verwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsbedienstete.....	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe C...	—	—	—	—	—	—	—	—	—
D. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Lehrlinge	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete teilbesch. ..	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe D...	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbedienstete									
Gesamtzahl der Dienstposten der öffentlich-rechtlichen Bediensteten	38	127	10	67	187	788	24.864	18.597	7.994
Gesamtzahl der Dienstposten der Vertragsbediensteten	9	56	14	27	20	2.388	2.535	6.922	4.850
Summe...	47	183	24	94	207	3.176	27.399	25.519	12.844
Bundesbahnen:									
Bundesbahnbeamte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bundesbahnbedienstete	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe...	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dienstpostenplan Insgesamt...	47	183	24	94	207	3.176	27.399	25.519	12.844

(7)

Anlage A
(Fortsetzung)

Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Wirtschaft				Zusammen
						Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr	
3.000	330	556	7.922	19.605	19.255	1.393	628	3.329	41.724	150.414
1.303	540	591	1.602	1.856	2.136	3.454	347	2.909	11.426	40.952
167	4	54	378	129	529	6.691	14	495	3.177	13.671
4.470	874	1.201	9.902	21.590	21.920	11.538	989	6.733	56.327	205.037
1	—	—	—	—	—	—	—	3	—	4
—	—	—	—	—	—	—	—	35	—	35
1	—	—	—	—	—	—	—	38	—	39
—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.700	56.700
—	—	—	—	—	—	—	—	—	360	360
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.250	1.250
—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.561	16.561
—	—	—	—	—	—	—	—	—	74.871	74.871
3.001	330	556	7.922	19.605	19.255	1.393	628	3.332	41.724	150.418
1.470	544	645	1.980	1.985	2.665	10.145	361	3.439	14.603	54.658
4.471	874	1.201	9.902	21.590	21.920	11.538	989	6.771	56.327	205.076
—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.700	56.700
—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.171	18.171
—	—	—	—	—	—	—	—	—	74.871	74.871
4.471	874	1.201	9.902	21.590	21.920	11.538	989	6.771	131.198	279.947

Anlage B_1

Übersicht zum Dienstpostenplan 1973 (Gesamtüberblick)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Präsidentschaftskanzlei	37	9	—	46	38	9	—	47	+ 1	—	—	+ 1
Bundesgesetzgebung — Nationalrat	115	57	2	174	127	54	2	183	+ 12	— 3	—	+ 9
Verfassungsgerichtshof	9	15	—	24	10	13	1	24	+ 1	— 2	+ 1	—
Verwaltungsgerichtshof	67	26	1	94	67	26	1	94	—	—	—	—
Rechnungshof	174	19	2	195	187	18	2	207	+ 13	— 1	—	+ 12
Bundeskanzleramt	642	1.108	358	2.108	677	1.193	150	2.020	+ 35	+ 85	— 208	— 88
Inneres	25.079	1.951	541	27.571	24.865	1.981	553	27.399	— 214	+ 30	+ 12	— 172
Unterricht und Kunst	16.727	3.267	704	20.698	18.543	3.388	760	22.691	+ 1.816	+ 121	+ 56	+ 1.993
Wissenschaft und Forschung	7.359	4.595	382	12.336	7.993	4.511	340	12.844	+ 634	— 84	— 42	+ 508
Soziale Verwaltung	3.204	1.648	178	5.030	3.000	1.303	167	4.470	— 204	— 345	— 11	— 560
Gesundheit und Umweltschutz	—	—	—	—	330	500	17	847	+ 330	+ 500	+ 17	+ 847
Auswärtige Angelegenheiten	519	602	54	1.175	539	608	54	1.201	+ 20	+ 6	—	+ 26
Justiz	7.702	1.620	368	9.690	7.922	1.602	378	9.902	+ 220	— 18	+ 10	+ 212
Landesverteidigung	19.595	1.887	111	21.593	19.605	1.856	129	21.590	+ 10	— 31	+ 18	— 3
Finanzen	18.619	1.559	500	20.678	18.986	1.231	516	20.733	+ 367	— 328	+ 16	+ 55
Land- und Forstwirtschaft	1.421	2.167	2.033	5.621	1.392	2.012	2.054	5.458	— 29	— 155	+ 21	— 163
Handel, Gewerbe und Industrie	629	333	14	976	628	347	14	989	— 1	+ 14	—	+ 13
Bauten und Technik	3.262	2.941	495	6.698	3.329	2.909	495	6.733	+ 67	— 32	—	+ 35
Verkehr	704	700	19	1.423	698	735	20	1.453	— 6	+ 35	+ 1	+ 30
Summe...	105.864	24.504	5.762	136.130	108.936	24.296	5.653	138.885	+ 3.072	— 208	— 109	+ 2.755
Bundesbetriebe (Monopole)	42.020	15.186	7.548	64.754	41.462	16.652	8.038	66.152	— 558	+ 1.466	+ 490	+ 1.398
Mittelbare Bundesverwaltung	4	—	35	39	4	—	35	39	—	—	—	—
Bundesbahnen	60.219	1.710	13.842	75.771	56.700	15.814	2.357	74.871	— 3.519	+14.104	—11.485	— 900
Dienstpostenplan (Gesamtsumme)	208.107	41.400	27.187	276.694	207.102	56.762	16.083	279.947	— 1.005	+15.362	—11.104	+ 3.253

www.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Übersicht zum Dienstpostenplan 1973 (Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Präsidentschaftskanzlei	37	9	—	46	38	9	—	47	+ 1	—	—	+ 1
Bundesgesetzgebung-Nationalrat	115	57	2	174	127	54	2	183	+ 12	— 3	—	+ 9
Verfassungsgerichtshof	9	15	—	24	10	13	1	24	+ 1	— 2	+ 1	—
Verwaltungsgerichtshof	67	26	1	94	67	26	1	94	—	—	—	—
Rechnungshof	174	19	2	195	187	18	2	207	+ 13	— 1	—	+ 12
Bundeskanzleramt												
Zentralleitung — Allgemeine Sektionen	299	187	6	492	397	235	6	638	+ 98	+ 48	—	+ 146
Zentralleitung — Wirtschaftliche Koordination	55	30	—	85	—	—	—	—	— 55	— 30	—	— 85
Zentralleitung — Verstaatlichte Unternehmen	36	1	—	37	—	—	—	—	— 36	— 1	—	— 37
Staatsarchiv	72	53	2	127	70	56	1	127	— 2	+ 3	— 1	—
Statistisches Zentralamt	180	837	350	1.367	210	902	143	1.255	+ 30	+ 65	— 207	— 112
Summe...	642	1.108	358	2.108	677	1.193	150	2.020	+ 35	+ 85	— 208	— 88
Inneres												
Zentralleitung	483	212	2	697	503	222	2	727	+ 20	+ 10	—	+ 30
Bundespolizei	13.821	1.261	89	15.171	13.489	1.277	91	14.857	— 332	+ 16	+ 2	— 314
Bundesgendarmerie	10.775	309	450	11.534	10.873	311	460	11.644	+ 98	+ 2	+ 10	+ 110
Besondere Einrichtungen	—	169	—	169	—	171	—	171	—	+ 2	—	+ 2
Summe...	25.079	1.951	541	27.571	24.865	1.981	553	27.399	— 214	+ 30	+ 12	— 172
Unterricht und Kunst												
Zentralleitung	255	135	6	396	253	141	6	400	— 2	+ 6	—	+ 4
Bundesheime und Sporteinrichtungen	22	184	45	251	26	195	45	266	+ 4	+ 11	—	+ 15
Außerschulische Jugenderziehung	9	24	—	33	9	24	—	33	—	—	—	—
Schulaufsichtsbehörden	656	325	30	1.011	664	327	30	1.021	+ 8	+ 2	—	+ 10
Schulpsychologie—Bildungsberatung	56	14	5	75	67	21	6	94	+ 11	+ 7	+ 1	+ 19
Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen	26	31	3	60	28	31	4	63	+ 2	—	+ 1	+ 3
Allgemeinbildende höhere Schulen	8.774	1.072	332	10.178	9.507	1.098	364	10.969	+ 733	+ 26	+ 32	+ 791
Bundeserziehungsanstalten	252	140	9	401	272	142	9	423	+ 20	+ 2	—	+ 22
Pädagogische Akademien und Institute	508	58	21	587	617	75	21	713	+ 109	+ 17	—	+ 126
Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher	331	40	15	386	441	44	16	501	+ 110	+ 4	+ 1	+ 115
Blinden- und Taubstummeninstitute	90	81	6	177	96	82	9	187	+ 6	+ 1	+ 3	+ 10
Bundeskonvikte (Allgemeinbildende)	8	152	5	165	9	155	5	169	+ 1	+ 3	—	+ 4
Bundesanstalten für Leibeserziehung	20	8	2	30	25	22	2	49	+ 5	+ 14	—	+ 19

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Technische und gewerbliche Lehranstalten	2.811	624	97	3.532	3.040	657	101	3.798	+ 229	+ 33	+ 4	+ 266
Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe	1.338	126	41	1.505	1.674	122	44	1.840	+ 336	— 4	+ 3	+ 335
Handelsakademien und Handelsschulen	1.500	116	58	1.674	1.733	128	66	1.927	+ 233	+ 12	+ 8	+ 253
Berufspädagogische Institute	18	7	6	31	21	7	7	35	+ 3	—	+ 1	+ 4
Bundeskonvikte Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)	10	83	7	100	10	81	8	99	—	— 2	+ 1	— 1
Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	15	26	—	41	15	20	—	35	—	— 6	—	— 6
Österreichische Kulturinstitute	28	19	9	56	35	15	10	60	+ 7	— 4	+ 1	+ 9
Hofmusikkapelle	—	2	7	9	1	1	7	9	+ 1	— 1	—	—
Summe...	16.727	3.267	704	20.698	18.543	3.388	760	22.691	+ 1.816	+ 121	+ 56	+ 1.993
Wissenschaft und Forschung												
Zentralleitung	61	5	—	66	90	4	—	94	+ 29	— 1	—	+ 28
Hochschulen	6.071	3.493	198	9.762	6.592	3.311	150	10.053	+ 521	— 182	— 48	+ 291
Hochschulen — Zweckgebundene Gebarung	—	98	72	170	—	98	72	170	—	—	—	—
Wissenschaftliche Anstalten	142	69	1	212	142	80	1	223	—	+ 11	—	+ 11
Bibliotheksdienst	278	169	9	456	297	199	13	509	+ 19	+ 30	+ 4	+ 53
Bibliotheken	90	187	7	284	90	193	7	290	—	+ 6	—	+ 6
Museen	254	311	29	594	255	331	30	616	+ 1	+ 20	+ 1	+ 22
Bundesdenkmalamt	56	65	3	124	59	70	3	132	+ 3	+ 5	—	+ 8
Kunsthochschulen	407	198	63	668	464	220	64	748	+ 57	+ 22	+ 1	+ 80
Bundesstaatliche Hauptstelle für wissenschaftliche Kinematographie	—	—	—	—	4	5	—	9	+ 4	+ 5	—	+ 9
Summe...	7.359	4.595	382	12.336	7.993	4.511	340	12.844	+ 634	— 84	— 42	+ 508
Soziale Verwaltung												
Zentralleitung	395	151	6	552	321	100	5	426	— 74	— 51	— 1	— 126
Landesarbeitsämter und Arbeitsämter	1.834	878	117	2.829	1.842	879	123	2.844	+ 8	+ 1	+ 6	+ 15
Landesinvalidenämter	593	232	28	853	608	213	28	849	+ 15	— 19	—	— 4
Kriegsinvalidenhaus Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Prothesenwerkstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	4	36	2	42	4	37	1	42	—	+ 1	— 1	—
Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen	1	8	1	10	1	8	1	10	—	—	—	—
Arbeitsinspektion	223	60	10	293	224	66	9	299	+ 1	+ 6	— 1	+ 6
Bundesstaatliche Untersuchungsanstalten	152	283	14	449	—	—	—	—	— 152	— 283	— 14	— 449
Bundeshebammenlehranstalten	2	—	—	2	—	—	—	—	— 2	—	—	— 2
Summe...	3.204	1.648	178	5.030	3.000	1.303	167	4.470	— 204	— 345	— 11	— 560

www.parlament.gv.at

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe	Beamte	Vertragsbedienstete		Summe
		A	B			A	B			A	B	
	Anzahl der Dienstposten											
Gesundheit und Umweltschutz												
Zentralleitung	—	—	—	—	96	78	2	176	+ 96	+ 78	+ 2	+ 176
Bundesstaatliche Udtersuchungsanstalten	—	—	—	—	152	283	14	449	+ 152	+ 283	+ 14	+ 449
Veterinärmedizinische Bundesanstalten	—	—	—	—	80	134	1	215	+ 80	+ 134	+ 1	+ 215
Bundeshebammen Lehranstalten	—	—	—	—	2	—	—	2	+ 2	—	—	+ 2
Grenzbeschaudienst	—	—	—	—	—	5	—	5	—	+ 5	—	5
Auswärtige Angelegenheiten	519	602	54	1.175	330 539	500 608	17 54	847 1.201	+ 330 + 20	+ 500 + 6	+ 17 —	+ 847 + 86
Justiz												
Zentralleitung	117	57	—	174	130	54	—	184	+ 13	— 3	—	+ 10
Oberster Gerichtshof	89	17	—	106	89	19	—	108	—	+ 2	—	+ 2
Justizbehörden	4.702	1.445	343	6.490	4.782	1.425	353	6.560	+ 80	— 20	+ 10	+ 70
Justizanstalten	2.728	58	18	2.804	2.835	60	18	2.913	+ 107	+ 2	—	+ 109
Bewährungshilfe	61	23	5	89	81	23	5	109	+ 20	—	—	+ 20
Arbeitsbetriebe — Betriebsähnliche Einrichtungen	5	20	2	27	5	21	2	28	—	+ 1	—	+ 1
Summe	7.702	1.620	368	9.690	7.922	1.602	378	9.902	+ 220	— 18	+ 10	+ 212
Landesverteidigung												
Zentralleitung	648	303	15	966	591	333	15	939	— 57	+ 30	—	— 27
Militärpersonen	4.228	—	—	4.228	4.272	—	—	4.272	+ 44	—	—	+ 44
Heeresverwaltung	14.664	1.456	62	16.182	14.687	1.395	80	16.162	+ 23	— 61	+ 18	— 20
Heeresgeschichtliches Museum	51	40	—	91	51	40	—	91	—	—	—	—
Heeres-Land-und ForstwirtschaftsbetriebAllentsteig — Betriebsähnliche Einrichtungen	4	88	34	126	4	88	34	126	—	—	—	—
Summe	19.595	1.887	111	21.593	19.605	1.856	129	21.590	+ 10	— 31	+ 18	— 3
Finanzen												
Zentralleitung	609	240	6	855	617	238	6	861	+ 8	— 2	—	+ 6
Finanzlandesdirektionen	16.514	611	389	17.514	16.847	305	402	17.554	+ 333	— 306	+ 13	+ 40
Finanzprokuratur	68	15	2	85	68	15	2	85	—	—	—	—
Hauptpunzierungs- und Probieramt	48	—	2	50	48	—	2	50	—	—	—	—
Zentralbesoldungsamt	445	70	1	516	472	52	1	525	+ 27	— 18	—	+ 9
Postsparkassenamt	935	623	100	1.658	934	624	100	1.658	— 1	+ 1	—	—
Summe	18.619	1.559	500	20.678	18.986	1.234	513	20.733	+ 367	— 325	+ 13	+ 55

www.parlament.gv.at

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Land- und Forstwirtschaft												
Zentralleitung	316	130	2	448	312	125	2	439	— 4	— 5	—	— 9
Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	221	281	37	539	234	280	38	552	+ 13	— 1	+ 1	+ 13
Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	227	406	49	682	237	403	65	705	+ 10	— 3	+ 16	+ 23
Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	27	33	7	67	29	32	7	68	+ 2	— 1	—	+ 1
Forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt	88	131	24	243	95	125	24	244	+ 7	— 6	—	+ 1
Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	7	15	—	22	8	15	—	23	+ 1	—	—	+ 1
Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft	12	82	5	99	15	81	5	101	+ 3	— 1	—	+ 2
Pferdezuchtanstalten	54	91	8	153	54	91	8	153	—	—	—	—
Bundesamt für künstliche Befruchtung	79	148	1	228	4	10	—	14	— 75	— 138	— 1	— 214
Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	38	40	2	80	38	43	3	84	—	+ 3	+ 1	+ 4
Schulaufsicht für landwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen	11	10	—	21	11	10	—	21	—	—	—	—
Forstliche Ausbildungsstätten	20	13	1	34	20	15	1	36	—	+ 2	—	+ 2
Wildbachverbauungsdienst	164	116	3	283	174	116	1.783	2.073	+ 10	—	+ 1.780	+ 1.790
Weinaufsicht	10	3	—	13	14	3	—	17	+ 4	—	—	+ 4
Bundesgärten	91	207	14	312	91	207	19	317	—	—	+ 5	+ 5
Spanische Reitschule	15	31	2	48	15	31	2	48	—	—	—	—
Landwirtschaftliche Betriebe	31	187	84	302	31	187	84	302	—	—	—	—
Forstwirtschaftliche Betriebe	9	59	8	76	9	59	8	76	—	—	—	—
Internate für landwirtschaftliche Bundeslehranstalten — Betriebsähnliche Einrichtungen	1	86	1	88	1	88	1	90	—	+ 2	—	+ 2
Internate der Forstwirtschaftlichen Bundeslehranstalt und forstliche Ausbildungsstätten — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	23	4	27	—	22	3	25	—	— 1	— 1	— 2
Internate für Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	8	1	9	—	7	1	8	—	— 1	—	— 1
Grenzbeschaudienst	—	5	—	5	—	—	—	—	—	— 5	—	— 5
Bauhöfe — Betriebsähnliche Einrichtungen	—	62	—	62	—	62	—	62	—	—	—	—
Wildbach- und Lawinenverbauung	—	—	1.780	1.780	—	—	—	—	—	—	— 1.780	— 1.780
Summe	1.421	2.167	2.033	5.621	1.392	2.012	2.054	5.458	— 29	— 155	+ 21	— 163

www.parlament.gv.at

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Handel, Gewerbe und Industrie												
Zentralleitung	319	185	5	509	318	198	5	521	— 1	+ 13	—	+ 12
Außenstelle	28	88	3	119	28	85	3	116	—	— 3	—	— 3
Österreichisches Patentamt	219	29	1	249	219	33	1	253	—	+ 4	—	+ 4
Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	27	19	1	47	27	19	1	47	—	—	—	—
Bergbehörden	36	12	4	52	36	12	4	52	—	—	—	—
Summe...	629	333	14	976	628	347	14	989	— 1	+ 14	—	+ 13
Bauten und Technik												
Zentralleitung	283	145	4	432	291	143	4	438	+ 8	— 2	—	+ 6
Bundesmobilienverwaltung	18	25	1	44	18	25	1	44	—	—	—	—
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	80	151	4	235	90	141	4	235	+ 10	— 10	—	—
Beschußämter	7	2	1	10	9	—	1	10	+ 2	— 2	—	—
Technisches Museum	32	26	2	60	32	28	1	61	—	+ 2	— 1	+ 1
Bundesstrombauamt	269	472	18	759	301	438	18	757	+ 32	— 34	—	— 2
Bundesbaudienst Wien	360	464	39	863	363	461	37	861	+ 3	— 3	— 2	+ 2
Tiergarten Schönbrunn — Betriebsähnliche Einrichtungen	22	48	3	73	30	40	3	73	+ 8	— 8	—	—
Bundesgebäudeverwaltungen II	836	1.136	86	2.058	851	1.121	86	2.058	+ 15	— 15	—	—
Kurheime und Bäder — Betriebsähnliche Einrichtungen	2	4	36	42	2	4	36	42	—	—	—	—
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:												
a) Amtsleitung	66	36	2	104	66	35	1	102	—	— 1	— 1	— 2
b) Eichwesen	183	76	4	263	183	78	4	265	—	+ 2	—	+ 2
c) Vermessungswesen	1.104	356	110	1.570	1.093	395	108	1.596	— 11	+ 39	— 2	+ 26
Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)	—	—	185	185	—	—	191	191	—	—	+ 6	+ 6
Summe...	3.262	2.941	495	6.698	3.329	2.909	495	6.733	+ 67	— 32	—	+ 35

www.parlament.gv.at

324 von 728 460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

Anlage B_1
(Fortsetzung)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Fortsetzung)

Verwaltungsbereich	Dienstpostenplan 1972				Dienstpostenplan 1973				Unterschied gegenüber 1972			
	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe	Beamte	Vertragsbedienstete A	Vertragsbedienstete B	Summe
	Anzahl der Dienstposten											
Verkehr												
Zentralleitung	210	51	3	264	210	50	4	264	—	— 1	+ 1	—
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	285	22	14	321	285	22	14	321	—	—	—	—
Bundesamt für Zivilluftfahrt	168	606	2	776	162	642	2	806	— 6	+ 36	—	+ 30
Amt für Schiffahrt	7			7	7	—	—	7	—	—	—	—
Schiffahrtspolizei	34	21		55	34	21	—	55	—	—	—	—
Summe...	704	700	19	1.423	698	735	20	1.453	— 6	+ 35	+ 1	+ 30
Bundesbetriebe (Monopole):												
Staatsdruckerei	111	1.024	—	1.135	111	1.045	—	1.156	—	+ 21	—	+ 21
Bundestheater	54	2.550	225	2.829	54	2.549	225	2.828	—	— 1	—	— 1
Bundesapotheken	1	16	3	20	1	23	3	27	—	+ 7	—	+ 7
Salz (Monopol)	116	713	4	833	114	686	4	804	— 2	— 27	—	— 29
Glücksspiele (Monopol)	69	9	—	78	72	9	—	81	+ 3	—	—	+ 3
Branntwein (Monopol)	—	61	4	65	8	53	4	65	+ 8	— 8	—	—
Hauptmünzamt	63	114	48	225	63	154	8	225	—	+ 40	— 40	—
Österreichische Bundesforste	2	1.441	4.857	6.300	1	1.442	4.637	6.080	— 1	+ 1	— 220	— 220
Post- und Telegraphenanstalt	41.590	9.258	2.407	53.255	41.026	10.691	3.157	54.874	— 564	+ 1.433	+ 750	+ 1.619
Österreichische Tabakregie	14	—	—	14	12	—	—	12	— 2	—	—	— 2
Summe...	42.020	15.186	7.548	64.754	41.462	16.652	8.038	66.152	— 558	+ 1.466	+ 490	+ 1.398
Mittelbare Bundesverwaltung												
Gesundheit und Umweltschutz	1	—	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—
Bauten und Technik	3	—	35	38	3	—	35	38	—	—	—	—
Summe...	4	—	35	39	4	—	35	39	—	—	—	—
Österreichische Bundesbahnen	60.219	1.710	13.842	75.771	56.700	15.814	2.357	74.871	— 3.519	+14.104	—11.485	900

(16)

Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts (Personalreserve)

Anlage B,

Stand 1. August 1972

Verwaltungsbereich	Personalreserve		Über den Stand aus der Personalreserve zugewiesene Dienstposten									
			A (H 1)			B (W 1, H 2)		C (W 2)		W 2		D
			IX	VIII	VII	VII	VI	V	IV	3	2	IV
Präsidentschaftskanzlei	Allgemeine Verwaltung		—	—	1	1	—	—	2	—	—	2
Bundesgesetzgebung-Nationalrat	Allgemeine Verwaltung		—	3	1	—	—	—	3	—	—	—
Verfassungsgerichtshof	Allgemeine Verwaltung		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verwaltungsgerichtshof	Allgemeine Verwaltung		—	1	—	—	—	1	—	—	—	1
Rechnungshof	Allgemeine Verwaltung		—	5	6	8	—	—	5	—	—	1
Bundeskanzleramt	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	19	5	11	11	6	15	—	—	11
		sonstige Dienststellen	—	4	4	3	13	7	12	—	—	6
Inneres	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	31	12	35	42	18	35	—	—	13
		sonstige Dienststellen	—	7	25	11	25	4	92	—	—	7
	Wachebeamte		—	—	—	3(VIII) 12	53	—	—	76	—	—
Unterricht und Kunst	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	3	18	1	8	—	4	1	—	—	2
		sonstige Dienststellen	—	3	11	8	17	8	25	—	—	15
Soziale Verwaltung	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	40	—	28	16	3	3	—	—	6
		sonstige Dienststellen	—	24	57	52	369	58	516	—	—	13
Gesundheit und Umweltschutz	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	15	—	6	—	3	—	—	—	2
		sonstige Dienststellen	—	13	12	—	17	3	7	—	—	2
Auswärtige Angelegenheiten	Allgemeine Verwaltung		1	38	4	25	11	2	4	—	—	8
Justiz	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	16	—	3	—	—	1	—	—	6
		sonstige Dienststellen	—	—	14	12	30	26	132	—	—	62
	Wachebeamte		—	—	—	5	1	—	—	—	—	—
Landesverteidigung	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	2	8	1	5	5	11	—	—	—	1
		sonstige Dienststellen	—	1	—	—	3	19	1	—	—	18
	Militärpersonen		2	31	20	16(VIII) 78	15	—	—	—	—	—
Finanzen	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	79	1	53	29	15	18	—	—	17
		sonstige Dienststellen	1	67	2	214	270	286	99	—	—	81
	Wachebeamte		—	—	—	6	9	—	—	16	—	—
Land- und Forstwirtschaft	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	27	—	13	1	1	15	—	—	4
		sonstige Dienststellen	—	14	49	—	24	14	42	—	—	22
Handel, Gewerbe und Industrie	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	43	4	17	15	4	12	—	—	—
		sonstige Dienststellen	—	23	19	3	3	3	13	—	—	2
Bauten und Technik	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	61	—	21	7	7	—	—	—	3
		sonstige Dienststellen	—	25	44	31	126	46	157	—	—	32
Verkehr	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	38	3	5	3	4	7	—	—	—
		sonstige Dienststellen	3	24	20	131	81	99	380	—	—	1
Wissenschaft und Forschung	Allgemeine Verwaltung	Zentralleitung	1	6	1	3	—	—	2	—	—	—
		sonstige Dienststellen	—	25	143	9	75	28	103	—	—	55

Anlage C

Entwicklung der Dienstpostenstände in den Jahren 1938, 1947, 1954, 1959, 1965, 1966, 1968, 1971, 1972 und 1973

	Dienstpostenstände der Bundesbediensteten in den Jahren										Unterschied gegenüber 1972
	1938	1947	1954	1959*)	1965	1966	1968	1971	1972	1973	
A. Bundesverwaltung.											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	20.691	20.392	22.416	32.630	35.827	39.708	41.061	44.976	45.509	46.121	+ 612
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	3.999	4.082	4.391	4.559	+ 168
Richter	1.460	1.251	1.394	1.409	1.488	1.518	1.534	1.524	1.547	1.597	+ 50
Staatsanwaltschaftliche Beamte	120	123	123	131	155	155	160	169	175	185	+ 10
Hochschullehrer	1.011	1.035	1.062	1.385	2.989	3.242	4.249	4.943	5.165	5.677	+ 512
Bundeslehrer	3.606	3.896	4.644	6.732	11.082	11.595	13.169	14.532	15.534	17.387	+ 1.853
Beamte des Schulaufsichtsdienstes	118	137	153	179	191	192	199	202	206	210	+ 4
Wachebeamte	21.147	28.944	29.447	29.253	29.544	29.261	29.125	28.909	29.109	28.945	— 164
Angehörige des Bundesheeres	*28.351*	—	—	8.175	11.176	7.812	6.660	5.164	4.228	4.272	+ 44
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I	4.758	12.643	12.937	17.274	17.290	17.957	17.698	14.606	14.844	14.734	— 110
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I L			1.708	2.143	762	933	563	567	568	567	— 1
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II			5.080	11.583	11.104	11.185	7.775	7.588	7.580	7.646	+ 66
Kollektivvertrag				818	606	617	593	1.126	1.123	1.163	+ 40
nach anderen Rechtsvorschriften				754	175	179	182	255	340	122	— 122
Lehrlinge	*14.670*	*16.353*		97	71	71	68	48	49	51	+ 2
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I teilbesch.			*14.179*	244	470	562	621	806	995	875	— 120
Vertragsbedienstete Entl-Sch. II L teilbesch.				576	409	258	353	209	135	135	—
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II teilbesch.				1.356	1.618	1.610	1.827	1.727	1.798	1.842	+ 44
Kollektivvertrag teilbesch.				3.249	2.974	2.928	2.383	2.042	2.039	2.058	+ 19
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.				136	694	932	797	791	795	739	— 56
Summe A	*95.932*	*84.774*	*93.143*	118.124	128.625	130.715	133.016	134.266	136.130	138.885	+ 2.755
B. Bundesbetriebe (Monopole).											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung	21.910	20.282	27.059	28.831	30.614	31.742	32.103	39.068	40.640	40.081	— 559
Beamte in handwerklicher Verwendung	—	—	—	—	—	—	877	1.180	1.380	1.381	+ 1
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I	2.808	9.333	6.644	7.464	15.177	15.373	15.145	8.158	7.014	8.358	+ 1.344
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II			3.912	4.024	1.868	2.052	3.510	1.809	1.809	1.849	+ 40
Kollektivvertrag				1.901	2.208	2.208	833	2.202	2.356	2.378	+ 22
nach anderen Rechtsvorschriften				3.345	3.376	3.320	2.326	3.123	3.100	3.070	— 30
Lehrlinge				712	972	1.062	1.020	937	907	997	+ 90
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. I teilbesch.	*13.405*	*22.996*	*13.770*	2.037	2.573	2.652	2.612	1.838	1.838	2.588	+ 750
Vertragsbedienstete Entl.-Sch. II teilbesch.				677	512	530	617	566	566	573	+ 7
Kollektivvertrag teilbesch.				6.607	6.219	6.229	5.710	5.376	5.127	4.859	— 268
nach anderen Rechtsvorschriften teilbesch.				6	—	15	15	16	17	18	+ 1
Forstzöglinge				65	15	—	—	—	—	—	—
Summe B	*38.123*	*52.611*	*51.385*	55.669	63.534	65.183	64.768	64.273	64.754	66.152	+ 1.398

+ Vermehrungen
— Verminderungen
} gegenüber dem Jahre 1972

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die in den Dienstpostenplänen der früheren Jahre nicht ausgewiesen wurden, ist in Kursivschrift dargestellt.

www.parlament.gv.at

460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original) 327 von 728

Anlage C
(Fortsetzung)

Entwicklung der Dienstpostenstände in den Jahren 1938, 1947, 1954, 1959, 1965, 1966, 1968, 1971, 1972 und 1973 (Fortsetzung)

	Dienstpostenstände der Bundesbediensteten in den Jahren										Unterschied gegenüber 1972
	1938	1947	1954	1959*)	1965	1966	1968	1971	1972	1973	
Summe A und B:											
Öffentlich-rechtliche Bedienstete . . .	*98.414*	76.060	86.298	108.725	123.066	125.225	133.136	144.749	147.884	150.414	+ 2.530
Vertragsbedienstete	*35.641*	*61.325*	*58.230*	65.068	69.093	70.673	64.648	53.790	53.000	54.623	+ 1.623
Zusammen .	*134.055*	*137.385*	*144.528*	173.793	192.159	195.898	197.784	198.539	200.884	205.037	+ 4.153
C. Bundesbedienstete der mittelbaren Bundesverwaltung.											
Beamte der Allgemeinen Verwaltung . .	3.309	2.210	467	179	51	41	22	5	4	4	—
Vertragsbedienstete	228	1.627	—	—	18	18	18	33	35	35	—
Summe C .	3.537	3.837	467	179	69	59	40	38	39	39	—
D. Bundesbahnen.											
Bundesbahnbeamte	*49.996*	*34.546*	*63.126*	62.890	65.903	66.060	65.822	62.294	60.219	56.700	— 3.519
Bundesbahnbedienstete	*7.200*	*366*	*6.612*	6.047	2.270	1.923	924	542	480	360	— 120
Lehrlinge	—	—	—	270	975	975	810	1.080	1.230	1.250	+ 20
Bundesbahnbedienstete teilbesch. . . .	*7.230*	*49.888*	*4.485*	10.358	11.846	12.036	12.435	13.855	13.842	16.561	+ 2.719
Summe D .	*64.426*	*84.800*	*74.223*	79.565	80.994	80.994	79.991	77.771	75.771	74.871	— 900
Bundesbedienstete.											
Gesamtzahl der Dienstposten											
für öffentlich-rechtliche Bedienstete . .	*101.723*	*78.270*	*86.765*	108.904	123.117	125.266	133.158	144.754	147.888	150.418	+ 2.530
für Vertragsbedienstete	*35.869*	*62.952*	*58.230*	65.068	69.111	70.691	64.666	53.823	53.035	54.658	+ 1.623
für Bundesbahnbeamte und für Bundesbahnbedienstete	*64.426*	*84.800*	*74.223*	79.565	80.994	80.994	79.991	77.771	75.771	74.871	— 900
Gesamtsumme A—D .	*202.018*	*226.022*	*219.218*	253.537	273.222	276.951	277.815	276.348	276.694	279.947	+ 3.253

+ Vermehrungen
— Verminderungen
} gegenüber dem Jahre 1972.

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die in den Dienstpostenplänen der früheren Jahre nicht ausgewiesen wurden, ist in Kursivschrift dargestellt.

www.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at

Anlage D

Übersicht

über die Entwicklung der Dienstpostenstände in den einzelnen Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	1959	1963	1965	1968	1971	1972	1973	% *)	Differenz gegenüber 1972
1. Allgemeine Bundesverwaltung									
a) Zentralstellen	5.468	5.764	6.050	6.209	6.328	6.388	6.544	2·33	+ 156
b) Verwaltung in administrativer Hinsicht	22.418	21.935	22.398	22.214	22.015	21.999	22.057	7·88	+ 58
c) Verwaltung in technischer Hinsicht	8.606	8.429	8.763	8.628	8.287	8.265	8.309	2·97	+ 44
d) Besondere Verwaltungszweige	1.702	2.110	2.108	2.302	2.504	2.560	2.458	0·38	— 102
Summe a—d	38.194	38.238	39.319	39.353	39.134	39.212	39.368	14·06	+ 156
2. Sicherheitswesen	28.232	28.403	28.466	28.140	27.476	27.481	27.307	9·76	— 174
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.838	9.029	9.099	9.368	9.634	9.836	3·51	+ 202
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.046	24.625	27.589	32.845	35.737	37.825	40.337	14·41	+ 2.512
5. Heerwesen	20.177	21.468	21.775	21.673	21.006	20.410	20.434	7·30	+ 24
6. Auswärtige Angelegenheiten	803	964	1.068	1.126	1.148	1.175	1.201	0·43	+ 26
7. Bundesbetriebe	137.173	143.640	145.976	145.579	142.479	140.957	141.464	50·53	+ 507
Gesamtsumme	253.538	266.176	273.222	277.815	276.348	276.694	279.947	100·00	+ 3.253

*) Anteil am Gesamtdienstpostenstand ohne „Landesbedienstete (-lehrer) und sonstige Bedienstete, deren Bezüge der Bund trägt", nach Hundertsatz.

(20)

Anlage E

Übersicht über die nach Verwendungsgruppen auf-

	Oberste Organe					Innenverwaltung			
	Präsidentschaftskanzlei	Bundesgesetzgebung — Nationalrat	Verfassungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	Rechnungshof	Bundeskanzleramt	Bundesministerium für Inneres	Bundesministerium für Unterricht und Kunst	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Beamte (Angestellte) der Verwendungs(Entlohnungs)-gruppen									
A (a)	6	34	7	6	84	254	500	288	915
B (b)	5	20	1	2	65	427	565	794	1.758
C (c)	9	13	4	6	19	496	621	580	1.069
D (d)	10	36	4	20	20	670	1.434	894	1.144
E (e)	6	38	2	7	7	62	135	265	605
Beamte in handwerklicher Verwendung (Arbeiter) der Verwendungs(Entlohnungs)-gruppen									
P 1—P 6 (p 1—p 6)	11	40	5	14	10	177	1.123	1.729	959
Richter (einschließlich Richteramtsanwärter)	—	—	—	38	—	—	—	—	—
Staatsanwälte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hochschullehrer									
o. Professoren	—	—	—	—	—	—	—	—	1.125
ao. Professoren	—	—	—	—	—	—	—	—	289
Assistenten (Vertragsassistenten)	—	—	—	—	—	—	—	—	4.263
Lehrer (Vertragslehrer) der Verwendungs(Entlohnungs)-gruppen									
LPA (lpa)	—	—	—	—	—	—	—	120	—
L 1 (l 1)	—	—	—	—	—	—	—	14.412	240
L 2 (l 2)	—	—	—	—	—	—	1	2.654	41
L 3 (l 3)	—	—	—	—	—	—	—	84	2
Beamte des Schulaufsichtsdienstes der Verwendungsgruppen									
S 1	—	—	—	—	—	—	—	59	—
S 2	—	—	—	—	—	—	—	140	—
S 3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wachebeamte der Verwendungsgruppen									
W 1	—	—	—	—	—	—	508	—	—
W 2	—	—	—	—	—	—	7.398	—	—
W 3	—	—	—	—	—	—	14.561	—	—
Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten der Verwendungsgruppen									
H 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
H 2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
H 3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
H 4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Vertragsangestellte der österreichischen Bundesforste (einschließlich Forstadjunkte und Forstzöglinge)	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Saison- und teilbeschäftigte Vertragsbedienstete (Kategorie B)	—	2	1	1	2	150	450	508	201
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kollektivvertrag)	—	—	—	—	—	871	103	2.992	233
Lehrlinge	—	—	—	—	—	69	—	—	—
Summe ...	47	183	24	94	207	3.176	27.399	25.519	12.844

(21)

gegliederten Dienstpostenstände der einzelnen Ressorts

Anlage E

Bundesministerium für soziale Verwaltung	Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	Bundesministerium für Justiz	Bundesministerium für Landesverteidigung	Bundesministerium für Finanzen	Wirtschaft				Zusammen
						Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie	Bundesministerium für Bauten und Technik	Bundesministerium für Verkehr	
435	215	284	135	188	1.310	543	336	589	540	6.669
1.378	188	173	1.197	800	5.874	427	134	1.216	9.645	24.669
1.285	85	50	1.159	7.442	6.381	427	140	1.217	12.933	33.936
942	190	363	2.105	5.064	2.341	369	273	864	23.828	40.571
97	9	100	146	121	201	20	37	61	1.593	3.512
142	157	177	302	3.448	869	873	55	2.277	3.075	15.443
—	—	—	1.559	—	—	—	—	—	—	1.597
—	—	—	185	—	—	—	—	—	—	185
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.125
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	289
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.263
—	—	—	—	—	—		—	—	—	120
—	—	—	—	—	—	166	—	—	—	14.818
—	—	—	19	38	—	107	—	—	—	2.860
—	—	—	—	—	—	8	—	—	—	94
—	—	—	—	—	—	3	—	—	—	62
—	—	—	—	—	—	8	—	—	—	148
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	84	—	95	—	—	—	—	687
—	—	—	553	—	1.268	—	—	—	—	9.219
—	—	—	2.076	—	2.402	—	—	—	—	19.039
—	—	—	—	403	—	—	—	—	—	403
—	—	—	—	2.350	—	—	—	—	—	2.350
—	—	—	—	1.065	—	—	—	—	—	1.065
—	—	—	—	454	—	—	—	—	—	454
—	—	—	—	—	—	1.427	—	—	—	1.427
167	18	54	378	65	507	33	14	303	3.158	6.012
24	12	—	—	152	672	7.093	—	227	660	13.039
—	—	—	—	—	—	34	—	17	900	1.020
4.471	874	1.201	9.902	21.590	21.920	11.538	989	6.771	56.327	205.076

Zu 460 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP.

Anlage zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1973

Systemisierungsplan

der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1973

Wien 1973
Österreichische Staatsdruckerei

L61 37402

II

Inhalt

Seite

I. Allgemeiner Teil 204

Anlagenplan:

1. Plan der systemisierten Datenverarbeitungsanlagen ..... 205—206
2. Anmerkungen zum Plan der systemisierten Datenverarbeitungsanlagen ..... 207—208

I. Allgemeiner Teil

§ 1. (1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Anlagenplan zusammengefaßten Anzahl und Type der Datenverarbeitungsanlagen ergeben.

(2) Einer Systemisierung bedürfen sowohl bundeseigene als auch angemietete Anlagen.

§ 2. (1) Tritt im Laufe des Jahres 1973 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen, der das Einvernehmen mit dem Bundeskanzler herzustellen hat, die Ausgaben für eine gegenüber dem Systemisierungsplan zusätzlich gekaufte oder gemietete Datenverarbeitungsanlage dann bestritten werden, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die anfallenden Arbeiten können auf einer systemisierten Datenverarbeitungsanlage einer anderen Dienststelle des gleichen oder auch eines anderen Ressortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;

2. seitens des die Systemisierung beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung des Kaufes oder der Anmietung und des Betriebes der Anlage sichergestellt.

Im übrigen wird die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung nicht berührt.

(2) Der Bundesminister für Finanzen hat über die gemäß § 2 Abs. 1 getroffenen Maßnahmen dem Nationalrat zumindest einmal jährlich zu berichten.

§ 3. (1) An Stelle der Ausgaben für eine systemisierte bundeseigene Datenverarbeitungsanlage dürfen die Ausgaben für eine gemietete Datenverarbeitungsanlage der gleichen Typenkategorie bestritten werden.

(2) Weiters dürfen an Stelle der Ausgaben für eine systemisierte Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine solche Anlage einer kleineren Type bestritten werden. Als Reihenfolge für die Größe der Typen gilt:

1. Type C,
2. Type B,
3. Type A.

(3) Zur Type C zählen kommerziell-administrative und technisch-wissenschaftliche Anlagen, wenn von den nachstehenden sechs Voraussetzungen mindestens vier dieser Voraussetzungen zutreffen:

a) Großraumspeicher (Großraumplatten- oder Trommelspeicher, Magnetkarten- oder Streifenspeicher),
b) mehr als vier Bandstationen oder mehr als zwei Platteneinheiten,
c) Kernspeicher ab 64 K Bytes,
d) Datenfernverarbeitung,
e) mindestens 15 Bedienstete,
f) Mietwert des Anlagensystems monatlich mindestens 500.000 Schilling oder Kaufwert ab 25,000.000 Schilling.

(4) Zur Type B zählen jene kommerziell-administrativen und technisch-wissenschaftlichen Anlagen, die die Mindesterfordernisse der Type C nicht erfüllen und jene Anlagen, die die Erfordernisse der Type A durch Anschluß einer Bandstation oder Platteneinheit übersteigen.

(5) Zur Type A zählen kommerizell-administrative und technisch-wissenschaftliche Anlagen ohne Großraumspeicher, Bandstation, Platteneinheit und Datenfernverarbeitung, jedoch mit einer oder mehreren der folgenden Einheiten: Lochkartenein- und -ausgabe, Lochstreifenein- und -ausgabe, Schnelldrucker, Magnetschrift-, Klarschrift- oder Markierungsleser.

II. Anlagenplan

1. Plan der systemisierten Datenverarbeitungsanlagen

Ansatz des Bundesvoranschlages		Type [1]) der Anlagen						Summe 1973	Summe 1972
Ansatz	Bezeichnung	A (Kleinanlagen)		B (Mittel- und Großanlagen)		C (Sonderanlagen)			
		bundeseigene	gemietete	bundeseigene	gemietete	bundeseigene	gemietete		
		Anzahl der systemisierten Anlagen							
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**								
10201	Statistisches Zentralamt	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1	1	1
11	**Inneres:**								
11301	Bundespolizei	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[2]) 2	2	1
12	**Unterricht:**								
12801	Technische und gewerbliche Lehranstalten	[3]) 4	. . . . .	. . . . .	[3]) 1	. . . . .	. . . . .	5	5
12821	Handelsakademien und Handelsschulen	[4]) 3	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	3	3
14	**Wissenschaft und Forschung:** [5])								
14208	Hochschulen	[6]) 1	. . . . .	[6]) 2	[6]) 4	[6]) 3	[6]) 3	13	13
40	**Militärische Angelegenheiten:**								
40108	Heer und Heeresverwaltung	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[7]) 1	1	1
50	**Finanzverwaltung:**								
50001	Bundesministerium für Finanzen	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[8]) 4	4	3
50701	Zentralbesoldungsamt	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[9]) 1	[9]) 1	2	2
60	**Land- und Forstwirtschaft:** [10])								
60511	Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten	. . . . .	[11]) 1	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1	. . . . .
60531	Forstliche Bundesversuchsanstalt	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[12]) 1	. . . . .	. . . . .	1	1
60801	Wildbachverbauungsdienst	[13]) 1	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1	. . . . .
64	**Bauten und Technik:** [14])								
64021	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	1	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1	. . . . .
64918	Einrichtungen des Vermessungswesens	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[15]) 1	. . . . .	. . . . .	1	1

Anmerkungen siehe Seite 207/208.

www.parlament.gv.at

460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original) 335 von 728

Ansatz des Bundesvoranschlages		Type [1]) der Anlagen						Summe 1973	Summe 1972
Ansatz	Bezeichnung	A (Kleinanlagen)		B (Mittel- und Großanlagen)		C (Sonderanlagen)			
		bundeseigene	gemietete	bundeseigene	gemietete	bundeseigene	gemietete		
		Anzahl der systemisierten Anlagen							
65	**Verkehr:**								
65308	Bundesamt für Zivilluftfahrt	. . . . .	. . . . .	[16]) 4	. . . . .	. . . . .	. . . . .	4	4
77368	**Österreichische Bundesforste**	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[17]) 1	1	1
78358	**Post- und Telegraphenanstalt**	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[18]) 4	4	3
79358	**Österreichische Bundesbahnen**	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	[19]) 2	2	2
	Kapitel 01 bis 79 (Summe) [20]) ...	10	1	6	7	4	19	47	41

Anmerkungen siehe Seite 208.

336 von 728 460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

www.parlament.gv.at

2. Anmerkungen zum Plan der systemisierten Datenverarbeitungsanlagen

[1]) Hinsichtlich der Zuordnung der Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen siehe Allgemeinen Teil § 3 Abs. 3 bis 5.

[2]) Die Anlagen sind vorwiegend für Zwecke der Bundespolizeidirektion Wien, aber auch für solche des Bundesministeriums für Inneres unmittelbar, bestimmt.

[3]) Die Anlagen sind für folgende Anstalten bestimmt:

	Type A (bundeseigene)	Type B (gemietete)
Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V. ..	—	1
Höhere technische Bundesanstalt Graz	1	—
Höhere technische Bundesanstalt Salzburg	1	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X.	1	—
Höhere Bundes-Lehr- u. Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII.	1	—

[4]) Die Anlagen sind für folgende Handelsakademien bestimmt:
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Braunau am Inn,
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Innsbruck,
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bregenz.

[5]) Der EDV-Bedarf an der Universität und der Technischen Hochschule Graz wird durch das Rechenzentrum Graz erfüllt. Bei diesem handelt es sich um ein privatrechtlich geführtes Unternehmen (kooperatives Institut), mit dem die Bundesverwaltung einen Mietvertrag für Rechenstunden zur Deckung des EDV-Bedarfes an den Grazer Hochschulen abgeschlossen hat, mit denen jedoch nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann. Im wissenschaftlich-akademischen Bereich bestehen noch in Seibersdorf das Rechenzentrum der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie Ges. m. b. H. und in Wien das Rechenzentrum im Institut für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung. Die Anlagen dieser drei Rechenzentren sind nicht im Systemisierungsplan enthalten, da die Rechtsträger privatrechtlich bzw. vereinsrechtlich konstituiert sind.

[6]) Es handelt sich um folgende Anlagen:

	Type A		Type B		Type C		Summe
	bundes-eigene	gemietete	bundes-eigene	gemietete	bundes-eigene	gemietete	
	Anzahl der Anlagen						
Technische Hochschule Wien, interfakultäres Rechenzentrum:							
Digitalrechenanlage *)	—	—	—	—	—	**) 1	1
Prozeßrechenanlage	—	—	—	—	—	1	1
Hybridrechenanlage	—	—	—	—	***) 1	—	1
Universität Wien, interfakultäres Rechenzentrum:							
Rechenanlage am Institut für Statistik *)	—	—	—	—	†) 1	—	1
Rechenanlage am Extraordinariat für medizinische Computerwissenschaften	—	—	—	—	—	1	1
Rechenanlage der Hochschule für Welthandel ...	—	—	—	1	—	—	1
Rechenzentrum der Hochschule für Bodenkultur	—	—	—	1	—	—	1
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.	—	—	2	—	—	—	2
Interfakultäres Rechenzentrum der Montanistischen Hochschule	—	—	—	1	—	—	1
Interfakultäres Rechenzentrum der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften Linz .	—	—	—	1	—	—	1
Interfakultäres Rechenzentrum der Universität Innsbruck	1	—	—	—	1	—	2
Summe ...	1	—	2	4	3	3	13

*) Die Rechner dieser Anlagen werden Ende 1973 durch Rechner der gleichen Systemisierungstypen, die im Computerverbund betrieben werden, ersetzt.

**) Umreihung von der Type B in Type C, da der Mietwert ohne Educational Allowance über 500.000 S beträgt.

***) Umzureihen von der Type B in Type C, da es sich um eine Sonderanlage handelt, und die auf reine Digitalrechenanlagen zugeschnittenen 6 Kriterien zwar nicht wörtlich, jedoch sachlich zutreffen.

†) Ende 1972 wird ein Ausbau der IBM 360/44 erfolgen.

[7]) Die für den Bereich des Heeres und der Heeresverwaltung eingesetzte Anlage ist für folgende Arbeitsgebiete bestimmt: Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentationssystem, verschiedene Statistiken und Personalinformationssystem.

[8]) Zwei der Anlagen sind für Zwecke der Automatisierung der Abgabeneinhebung des Bundes bestimmt. Im Jahre 1973 stehen von diesen beiden Anlagen ca. 2·5% der Gesamtmaschinenbenützungszeit für das „Versuchsprojekt zur Speicherung und Wiederauffindung von Rechtsstoff-Verfassungsrecht" des Bundeskanzleramtes zur Verfügung.
Die dritte Anlage ist für die Verrechnung der Bundesgebarung sowie für verschiedene Budgetauswertungen bestimmt.
Die vierte Anlage ist für das Bundesamt für Besoldung und Verrechnung bestimmt.

[9]) Die beiden Anlagen sind für folgende Zwecke bestimmt:

Betrifft Aufgabenbereich des	
a) Bundesministeriums für soziale Verwaltung	Verrechnung der Rentengebühren nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, Opferfürsorgegesetz, Kleinrentnergesetz und Heeresversorgungsgesetz. Verrechnung der Ausgleichstaxen nach dem Invalideneinstellungsgesetz und dem Opferfürsorgegesetz sowie Erledigung diesbezüglicher statistischer Arbeiten. Erstellung von Arbeitsmarktprognosen nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz.
b) Zentralbesoldungsamtes	Verrechnung von Geldleistungen für aktive Bundesbedienstete und Pensionisten des Bundes im Sinne des § 2 Abs. 1 des Zentralbesoldungsamtgesetzes, BGBl. Nr. 186/1964.

[10]) Der EDV-Bedarf des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wird zum größten Teil durch das auf Vereinsbasis arbeitende Land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum in Wien I erfüllt. Die Anlage dieses Rechenzentrums ist nicht im Systemisierungsplan enthalten.

[11]) Die Anlage ist für Zwecke der Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg bestimmt.

[12]) Die Anlage ist für spezielle Zwecke der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Wien-Schönbrunn bestimmt.

[13]) Die Anlage ist für Zwecke der Sektion Oberösterreich der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung bestimmt.

[14]) Über drei weitere Anlagen verfügen die Wohnbaufonds (Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und Wohnhaus-Wiederaufbaufonds) und der Wasserwirtschaftsfonds.
Die Anlagen dieser Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit sind nicht im Systemisierungsplan enthalten.

[15]) Diese Anlage des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen ist für Vermessungszwecke bestimmt.

[16]) Je zwei Anlagen sind für die Wetterfernmeldezentrale und die Flugfernmeldezentrale bestimmt, die als Dualanlagen ausgebildet sind.

[17]) Die Datenverarbeitungsanlage ist für Zwecke der Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste und ihrer nachgeordneten Dienststellen (Forstverwaltungen, Bauhöfe und Sägewerke) bestimmt.

[18]) Die Datenverarbeitungsanlagen sind für Zwecke des Gesamtbereiches der Post- und Telegraphenverwaltung bestimmt.

[19]) Die Datenverarbeitungsanlagen sind für Zwecke des Gesamtbereiches der Österreichischen Bundesbahnen bestimmt.

[20]) Die Datenverarbeitungsanlagen der Österreichischen Postsparkasse, die gemäß BGBl. Nr. 458/1969 seit 1. Jänner 1970 mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet ist, sind in diesem Systemisierungsplan nicht enthalten.

Zu 460 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP.

Anlage zum Bundesvoranschlag für das Jahr 1973

Systemisierungsplan

der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes für das Jahr 1973

Wien 1973
Österreichische Staatsdruckerei

L6137372

II

Inhalt

Seite

I. Allgemeiner Teil ..... 174—175

II. Fahrzeugpläne

1. Plan der systemisierten Kraftfahrzeuge ..... 176—184
2. Plan der systemisierten Luftfahrzeuge 185
3. Plan der systemisierten Wasserfahrzeuge 186

4. Anmerkungen
   zum Plan der systemisierten Kraftfahrzeuge ..... 187—199
   zum Plan der systemisierten Luftfahrzeuge 200
   zum Plan der systemisierten Wasserfahrzeuge ..... 201—202

I. Allgemeiner Teil

1. (1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben.

(2) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind

a) die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung. Der Bundesminister für Landesverteidigung ist ermächtigt, die entsprechenden Ausgaben dann zu bestreiten, wenn aus Ersparungsgründen an Stelle von militärischen Führungsfahrzeugen handelsübliche Fahrzeuge eingesetzt werden;

b) die anderen Rechtsträgern zur Verfügung gestellten Fahrzeuge des Bundes, wenn deren Aufwand von diesen Rechtsträgern getragen wird. In den Anmerkungen zu den Plänen der systemisierten Fahrzeuge sind diese bundeseigenen Fahrzeuge darzustellen.

2. Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Systemisierungsplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallende Ausgaben für solche Fahrzeuge, wenn die Bestimmungen der Ziffer 5 Abs. 1 eingehalten werden.

3. Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Fahrzeuge des Systemisierungsplanes für das Jahr 1973 entsprechen, dürfen im Jahre 1973 bei dem gleichen Organ des Bundes bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Fahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

4. Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Kraftfahrzeuges dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Kraftfahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

5. (1) Tritt im Laufe des Jahres 1973 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Kraftfahrzeuges bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hiefür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

a) ein gegenüber dem Systemisierungsplan zusätzliches Kraftfahrzeug in Dienst gestellt werden muß,

b) ein systemisiertes Kraftfahrzeug eines anderen Organes des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und

c) seitens des Organes des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Kraftfahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Kraftfahrzeuges sichergestellt wird. Der Bundesminister für Finanzen hat hierüber dem Nationalrat zumindest einmal im Jahre zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines systemisierten Kraftfahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Kraftfahrzeugkategorie gemäß Ziffer 6 Abs. 1 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das systemisierte Kraftfahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

(3) Die Bestimmungen des Abs. 1 sind sinngemäß auch bei Luft- und Wasserfahrzeugen anzuwenden.

6. (1) An Stelle der Ausgaben für ein systemisiertes Kraftfahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Kraftfahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Als Reihenfolge der Kategorien gilt:

1. Personenkraftwagen Kategorie III,
2. „ „ II a,
3. „ „ II b,
4. „ „ I a,
5. „ „ I b,
6. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke,
7. Motorräder über 125 ccm mit Beiwagen,
8. Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen,
9. Motorräder über 50 ccm bis einschließlich 125 ccm,

oder

1. Lastkraftwagen,
2. Spezialfahrzeuge.

(2) Zu den „Personenkraftwagen Kategorie III" zählen die Dienstkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates, den Vorsitzenden des Bundesrates, den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre und die Landeshauptmänner. Außerdem sind Fahrzeuge der Kategorie III für einen Teil der Vertretungen Österreichs im Ausland und je ein Fahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

(3) „Personenkraftwagen der Kategorie II a und II b" dürfen als Dienstkraftwagen nur bei den Bundesdienststellen vorgesehen werden, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen, Fahrzeuge der Kategorie II a aber nur bei Bundesministerien und bei Dienststellen mit Dienstposten der Dienstklasse IX oder vergleichbaren Dienstpostenkategorien, jedoch unabhängig von der Anzahl dieser Dienstposten.

(4) Die Dienstkraftwagen der Bundesverwaltung werden je nach Fassungsvermögen als „Personenkraftwagen Kategorie I a" oder bei geringerem Fassungsvermögen als „Personenkraftwagen Kategorie I b" bezeichnet.

(5) Zu den „Fahrzeugen für betriebliche Zwecke" sind folgende Kraftfahrzeuge zu zählen:

a) Kombinationskraftwagen gemäß § 2 Z. 6 des Kraftfahrgesetzes 1967, BGBl. Nr. 267, das sind mehrspurige Kraftfahrzeuge, die zur wahlweisen Beförderung von Personen oder Gütern eingerichtet sind, wenn diese die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien Ib, Ia, IIb und IIa erfüllen;
b) Lastkraftwagen bis zu einer Nutzlast von einschließlich 1000 kg;
c) Personenkraftwagen der Kategorie Ia und Ib, die für betriebliche oder betriebsähnliche Zwecke dienen und als solche gekennzeichnet sind, wobei aber Streifen(Patrouillen)wagen auf Grund ihrer Sonderausstattung nicht einer zusätzlichen Kennzeichnung bedürfen.

(6) „Motorräder mit Beiwagen" werden aus Gesundheitsgründen nur mehr in den Bereichen der Verwaltung benützt, in denen die Erfüllung der jeweiligen Verwaltungsaufgaben durch den Einsatz von Personenkraftwagen nicht gewährleistet wäre. Lastenroller sind ohne Rücksicht auf ihr Hubvolumen bei dieser Kategorie zu systemisieren.

(7) Als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke (Spezialfahrzeuge) kommen neben Fahrzeugen für spezielle straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Streifen-(Patrouillen)wagen im Sinne des Abs. 5 lit. c erfaßt werden, u. a. in Betracht:

Omnibusse gemäß § 2 Z. 7 Kraftfahrgesetz 1967,
Lastkraftwagen gemäß § 2 Z. 8 leg. cit. mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen u. dgl.,
Zugmaschinen (Radschlepper, Kettenschlepper und Traktoren) gemäß § 2 Z. 9 leg. cit.,
Transportkarren (auch mit Elektroantrieb) gemäß § 2 Z. 19,
Einachszugmaschinen gemäß § 23 leg. cit.

Nicht aufzunehmen sind selbstfahrende Arbeitsmaschinen gemäß § 2 Z. 21 und Anhänger-Arbeitsmaschinen gemäß § 2 Z. 22 leg. cit.

(8) Motorräder bis einschließlich 50 ccm (Mopeds) unterliegen nicht der Systemisierung.

7. Ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten kann nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Benützung eines bundeseigenen Fahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten erforderlich ist und das privateigene Fahrzeug an Steile eines bundeseigenen benützt wird.

II. Fahrzeugpläne

1. Plan der systemisierten Kraftfahrzeuge

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
01001	**Präsidentschaftskanzlei**	. . .	. . .	. . .	. . .	5 [1]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	5	5
02	**Bundesgesetzgebung:**													
02101	Nationalrat	. . .	. . .	. . .	1	6	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	7	7
02201	Bundesrat [2]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .
	Kapitel 02 (Summe)	. . .	. . .	. . .	1	6	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	7	7
03001	**Verfassungsgerichtshof**	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	1
04001	**Verwaltungsgerichtshof**	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	1
06001	**Rechnungshof**	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	2	2
10	**Bundeskanzleramt mit Dienststellen:**													
10001	Bundeskanzleramt	. . .	. . .	. . .	4	12 [3]	1	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	17	9
10201	Statistisches Zentralamt	. . .	. . .	. . .	1	. . .	1	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	2	2
	Kapitel 10 (Summe)	. . .	. . .	. . .	5	12	2	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	19	11

Anmerkungen siehe Seite 187

www.parlament.gv.at

460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
11	**Inneres:**													
11001	Bundesministerium für Inneres	. . .	2	. . .	5	1	15	. . . .	. . . .	. . . .	4	9	36	34
11161	Österreichisches Polizeikontingent in Cypern	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	1
11301	Bundespolizei	. . .	7	18	. . .	. . .	569	. . . .	235	. . . .	24	136	989	1.002
11401	Bundesgendarmerie	. . .	. . .	9	. . .	. . .	1.843	3	366	. . . .	14	98	2.333	2.327
11508	Besondere Einrichtungen [5]	. . .	1	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	3	1	10	10
	Politische Behörden	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[4]	8
	Kapitel 11 (Summe)	. . .	10	27	5	1	2.432	3	601	. . . .	45	245	3.369	3.382
	Hievon für Zwecke des Zivilschutzes	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	*278*	. . . .	. . . .	. . . .	*3*	*2*	*283*	*281*
12	**Unterricht:**													
12001	Bundesministerium für Unterricht und Kunst	. . .	. . .	. . .	3	1	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
12401	Bundesheime und Sporteinrichtungen [6]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	17	. . . .	. . . .	. . . .	1	2	20	20
12601	Schulaufsichtsbehörden [7]	. . .	2	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
12621	Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen [8]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	4
12711	Bundeserziehungsanstalten [9]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	4	4
12761	Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende) [10]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
12781	Bundesanstalten für Leibeserziehung	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
12801	Technische und gewerbliche Lehranstalten [11]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	12	. . . .	. . . .	. . . .	5	2	19	19
12811	Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe [12]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	1
12861	Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende) [13]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 12 (Summe)	. . .	2	. . .	3	1	41	. . . .	. . . .	. . . .	6	6	59	59

Anmerkungen siehe Seiten 187 und 188

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
13	**Kunst:**													
13501	Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm	. . .	1	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	3
13801	Österreichische Kulturinstitute [14])	. . .	1	1	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	6	6
	Kapitel 13 (Summe)	. . .	2	1	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	1	. . . .	1	9	9
14	**Wissenschaft und Forschung:**													
14001	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	. . .	. .	. . .	2	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
14201	Hochschulen [15])	. . .	1	. . .	3	. . .	19	. . . .	. . . .	3	2	15	43	43
14211	Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung) [16])	. . .	4	2	. . .	. . .	18	. . . .	. . . .	2	2	6	34	34
14221	Wissenschaftliche Anstalten [17])	. . .	2	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	3	3
14231	Bibliotheken [18])	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	4
14311	Kunsthochschulen (Zweckgeb. Gebarung) [19])	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
14401	Museen [20])	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	5	5
14501	Bundesdenkmalamt	. . .	5	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	8	8
	Kapitel 14 (Summe)	. . .	12	2	5	1	50	. . . .	. . . .	5	6	21	102	102
15	**Soziales:**													
15001	Bundesministerium für soziale Verwaltung	. . .	. . .	. . .	4	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
15501	Landesarbeitsämter [21])	. . .	. . .	9	. . .	. . .	119	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	128	128
15921	Arbeitsinspektion	. . .	15 [22])	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	15	15
	Untersuchungsanstalten	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[23])	6
	Kapitel 15 (Summe)	. . .	15	9	4	1	119	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	148	154

Anmerkungen siehe Seiten 188 bis 190

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
17	**Gesundheit und Umweltschutz:**													
17001	Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . .
17368	Umwelthygiene	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	4	. . .
17908	Lebensmitteluntersuchungsanstalten [24]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2	[26]
17928	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten [25]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	5	[26]
17958	Veterinärmedizinische Anstalten [27]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	5	2	12	[28]
	Kapitel 17 (Summe)	. . .	. . .	. . .	. . .	1	6	. . . .	. . . .	. . . .	5	12	24	. . .
20	**Äußeres:**													
20001	Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten	. . .	. . .	. . .	3	1 [29]	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
201	Vertretungsbehörden:													
20101	Dienststellen	. . .	. . .	. . .	19 [30]	44 [30]	2 [31]	. . . .	. . . .	. . . .	1 [32]	. . . .	66	64
20201	Diplomatische Akademie	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 20 (Summe)	. . .	. . .	. . .	22	45	4	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	72	70
30	**Justiz:**													
30001	Bundesministerium für Justiz	. . .	. . .	. . .	4	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
30101	Oberster Gerichtshof	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
30201	Justizbehörden in den Ländern [33]	. . .	9	10	4	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	28	28
30301	Justizanstalten [34]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	37	. . . .	1	. . . .	14	3	55	50
30408	Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Einrichtungen) [35]	1	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	1	2	5	23	34	33
	Kapitel 30 (Summe)	1	9	10	8	2	44	. . . .	2	2	19	26	123	117

Anmerkungen siehe Seiten 190 und 191

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
40	**Militärische Angelegenheiten:**													
40001	Bundesministerium für Landesverteidigung	. . .	4	6	2	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	13	13
40101	Heer und Heeresverwaltung [36]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	. . .
40508	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig *)	. . .	1	. . .	. . .	. . .	15	. . . .	13	2	6	7	44	44
	Kapitel 40 (Summe)	. . .	5	6	2	1	15	. . . .	13	2	6	7	57	57
50	**Finanzverwaltung:**													
50001	Bundesministerium für Finanzen	. . .	. . .	. . .	4	1	2	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	6
50401	Finanzlandesdirektionen [37] [38]	7	14	2	5	. . .	276	. . . .	. . . .	. . . .	8	2	314	316
50501	Finanzprokuratur	. . .	. . .	. . .	1	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
50601	Hauptpunzierungs- und Probieramt	. . .	1	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
50701	Zentralbesoldungsamt	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
	Kapitel 50 (Summe)	7	15	2	10	1	279	. . . .	. . . .	. . . .	8	2	324	325

*) Betriebsähnliche Einrichtung.
Anmerkungen siehe Seiten 191 und 192

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
60	**Land- und Forstwirtschaft:**													
60001 / 60071	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft [39]	3	3	. . .	5	1	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	16	17
60501 / 60508	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten [40]	1	1	. . .	. . .	. . .	19	. . . .	. . . .	. . . .	1	18	40	39
60511 / 60518	Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten [41]	. . .	3	. . .	. . .	. . .	25	. . . .	. . . .	. . . .	4	25	57	57
60521	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten [42]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	7	. . . .	. . . .	. . . .	. . .	. . . .	7	7
60531 / 60538	Forstliche Bundesversuchsanstalt	. . .	. . .	1	. . .	. . .	17	. . . .	2	1	1	2	24	24
60548	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	2	. . . .	6	6
60551 / 60558	Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft [43]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	2	. . . .	. . . .	. . . .	4	. . . .	6	6
60561 / 60568	Pferdezuchtanstalten [44]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	11	12	12
60588	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten [45]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	5
60598	Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	2	2
60721 / 60728	Forstliche Ausbildungsstätten [46]	. . .	1	. . .	. . .	. . .	3	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	4
60801	Wildbachverbauungsdienst [47]	. . .	. . .	7	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
60911	Weinaufsicht [48]	. . .	3	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	4	3
60938	Bundesgärten [49]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	7	7	19	16
60951 / 60958	Landwirtschaftliche Betriebe [50] *)	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	6	. . . .	5	2	5	63	81	81
60961 / 60968	Forstwirtschaftliche Betriebe [51] *)	. . .	2	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	2	5	14	13
60998	Bauhöfe [52] *)	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	113	. . . .	. . . .	. . . .	36	19	168	168
	Veterinärmedizinische Bundesanstalten	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[23]	11
	Kapitel 60 (Summe) [53]	4	13	8	5	1	216	. . . .	8	3	63	151	472	478

*) Ansätze mit dem Zusatz „Betriebsähnliche Einrichtung". Anmerkungen siehe Seiten 190, 192 bis 195

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
Ansatz	Bezeichnung	Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
		I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
63	**Handel, Gewerbe, Industrie:**													
630	Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie:													
63001	Zentralleitung [54]	. . .	. . .	1	5	2	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	10	11
63201	Österreichisches Patentamt	. . .	. . .	. . .	1	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	2	2
63301	Bergbehörden [55]	. . .	6	1	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	7	7
63401	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	. . .	1	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	3
	Kapitel 63 (Summe)	. . .	7	2	6	2	3	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	22	23

Anmerkungen siehe Seite 195

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
64	**Bauten und Technik:**													
640	Bundesministerium für Bauten und Technik:													
64001	Zentralleitung	. . .	. . .	1	4	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	6	6
64011	Bundesmobilienverwaltung	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	2	2
64021	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	7	7
64058	Kurheime (Betriebsähnliche Einrichtung) [55a]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . .
642	Bundesstraßenverwaltung:													
64218	Erhaltung [56]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	344	. . . .	. . . .	. . . .	647	288	1.279	1.189
643	Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen):													
64318	Erhaltung [57]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	90	. . . .	2	. . . .	143	47	282	272
644	Wasserbauverwaltung:													
64401	Bundesstrombauamt [58]	. . .	. . .	2	. . .	. . .	6	. . . .	5	. . . .	. . . .	. . . .	13	14
64418	Wasserbauten [59]	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	11	. . . .	. . . .	. . . .	9	1	21	20
645	Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und verschiedene Einrichtungen):													
64501	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung [60]	5	10	3	. . .	. . .	44	. . . .	1	10	20	6	99	99
64511	Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnliche Einrichtung)	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	1	3	5	5
64901	Einrichtungen des Eichwesens [62]	. . .	. . .	1	. . .	. . .	4	. . . .	. . . .	. . . .	11	21	37	37
64911	Einrichtungen des Vermessungswesen [63]	. . .	. . .	2	1	. . .	58	. . . .	. . . .	. . . .	3	. . . .	64	60
	Kurheime und Bäder (Betriebsähnliche Einrichtung)	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	[61]	1
	Kapitel 64 (Summe)	5	10	9	5	1	565	. . . .	8	10	836	367	1.816	1.712

Anmerkungen siehe Seiten 195 bis 197

www.parlament.gv.at

Ansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen					Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Motorräder			Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge	Summe 1973	Summe 1972
		Kategorie						über 125 ccm		über 50 ccm bis einschl. 125 ccm				
Ansatz	Bezeichnung	I b	I a	II b	II a	III		mit Beiwagen	ohne Beiwagen					
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge												
65	**Verkehr:**													
650	Bundesministerium für Verkehr:													
65001	Zentralleitung	. . .	. . .	5	3	1	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	10	11
65011	Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung	. . .	. . .	3	5	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	8	9
65301 65308	Bundesamt für Zivilluftfahrt [64]	. . .	1	1	1	. . .	36	. . . .	. . . .	. . . .	1	6	46	46
65401	Amt für Schiffahrt einschl. Dienststellen der Schiffahrtspolizei [65]	. . .	. . .	1	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	2	4
	Kapitel 65 (Summe)	. . .	1	10	9	1	37	. . . .	. . . .	1	1	6	66	70
70368	**Staatsdruckerei**	. . .	1	. . .	1	. . .	6	. . . .	. . . .	. . . .	4	. . . .	12	11
71188	**Bundestheater**	. . .	. . .	. . .	3	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	5	7 [66]	15	16
73358	**Salz (Monopol)** [67]	. . .	. . .	. . .	1	. . .	. . . .	. . . .	2	. . . .	17	7	27	27
74338	**Glücksspiele (Monopol)**	. . .	1	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
75358	**Branntwein (Monopol)**	. . .	. . .	1	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	1
76358	**Hauptmünzamt**	. . .	. . .	. . .	. . .	. . .	. . . .	. . . .	. . . .	. . . .	1	. . . .	1	1
77368	**Österreichische Bundesforste** [68] [69]	. . .	. . .	4	3	. . .	328	1	63	12	102	140	653	584
78358	**Post- und Telegraphenanstalt** [70]	. . .	13	3	4	. . .	2.280	8	120	720	360	2.535	6.043	5.849
79358	**Österreichische Bundesbahnen** [71]	11	6	4	15	. . .	374	. . . .	2	1	163	777	1.353	1.353
	Kapitel 01 bis 79 (Summe)	28	122	98	117	86	6.805	12	819	757	1.649	4.311	14.804	14.428

Anmerkungen siehe Seiten 197 bis 199

www.parlament.gv.at

2. Plan der systemisierten Luftfahrzeuge

Ansatz des Bundesvoranschlages		Segelflugzeuge		Motorflugzeuge				Hubschrauber bis Abflug-gewicht 2000 kg	Summe 1973	Summe 1972
		Sitzplatzklassen [1])		Gewichtsklassen [2])						
Ansatz	Bezeichnung	a	b	A	B	C	D—F			
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge								
11	**Inneres:**									
111	Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand):									
11108	Flugpolizei und Flugrettungsdienst	. . . .	. . . .	6 [3])	. . . .	. . . .	. . . .	11	17	17
	Hievon für Zwecke des Zivilschutzes	. . . .	. . . .	*1*	. . . .	. . . .	. . . .	. . . . .	*1*	*1*
12	**Unterricht:**									
12401	Bundesheime und Sporteinrichtungen [4])	10	6	9	. . . .	. . . .	. . . .	. . . . .	25	25
12801	Technische und gewerbliche Lehranstalten [5])	. . . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . . .	1	1
	Kapitel 12 (Summe)	10	6	10	. . . .	. . . .	. . . .	. . . . .	26	26
64	**Bauten und Technik:**									
64918	Einrichtungen des Vermessungswesens	. . . .	. . . .	. . . .	1	1	. . . .	. . . . .	2	2
65	**Verkehr:**									
65008	Bundesministerium für Verkehr	. . . .	. . . .	1	. . . .	. . . .	. . . .	. . . . .	1	1
65308	Bundesamt für Zivilluftfahrt	. . . .	. . . .	2	. . . .	1	1	1	5	5
	Kapitel 65 (Summe)	. . . .	. . . .	3	. . . .	1	1	1	6	6
	Kapitel 01 bis 79 (Summe)	10	6	19	1	2	1	12	51	51

Anmerkungen siehe Seite 200

www.parlament.gv.at

3. Plan der systemisierten Wasserfahrzeuge

Ansatz des Bundesvoranschlages		Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb [1]					Summe 1973	Summe 1972
Ansatz	Bezeichnung	Passagier- und Transportschiffe	Spezialwasserfahrzeuge	Innenbord-Motorboote	Außenbord-Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor		
		Anzahl der systemisierten Fahrzeuge						
11	**Inneres:**							
11308	Bundespolizei [2]	. . . . .	. . . . .	7	. . . . .	20	27	27
11408	Bundesgendarmerie [3]	. . . . .	. . . . .	30	18	22	70	62
	Kapitel 11 (Summe)	. . . . .	. . . . .	37	18	42	97	89
12	**Unterricht:**							
12801	Technische und gewerbliche Lehranstalten [4]	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1	1	1
14	**Wissenschaft und Forschung:**							
14221	Wissenschaftliche Anstalten [5]	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	2	2	2
50	**Finanzverwaltung:**							
50401	Finanzlandesdirektionen [6]	. . . . .	. . . . .	9	6	6	21	21
60	**Land- und Forstwirtschaft:**							
60548	Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft	. . . . .	. . . . .	5	5	. . . . .	10	10
60588	Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1 [7]	. . . . .	1	1
60728	Forstliche Ausbildungsstätten	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	1 [8]	1	1
60998	Bauhöfe	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	2 [9]	2	2
	Kapitel 60 (Summe) [10]	. . . . .	. . . . .	5	6	3	14	14
64	**Bauten und Technik:**							
64418	Wasserbauten [11]	. . . . .	31	5	. . . . .	24	60	63
65	**Verkehr:**							
65408	Amt für Schiffahrt einschließlich Dienststellen der Schiffahrtspolizei	. . . . .	7 [12]	12	2	25	46	53
77368	**Österreichische Bundesforste**	. . . . .	2	1	1	16	20	20
79358	**Österreichische Bundesbahnen**	12	. . . . .	. . . . .	. . . . .	. . . . .	12	12
	Kapitel 01 bis 79 (Summe)	12	40	69	33	119	273	275

Anmerkungen siehe Seiten 201 und 202

www.parlament.gv.at

460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

4. Anmerkungen zum Plan der systemisierten Kraftfahrzeuge

[1]) Hievon 3 Fahrzeuge für offizielle repräsentative Zwecke.

[2]) Der jeweilige Vorsitzende erhält statt der Zurverfügungstellung eines Dienstwagens eine Entschädigung, da halbjährlich ein Wechsel im Vorsitz des Bundesrates eintritt und der Vorsitzende sich nicht ständig in Wien aufhält. Von der Systemisierung eines Dienstwagens für diese Zwecke wird daher derzeit abgesehen.

[3]) Hievon 8 Fahrzeuge für die Landeshauptmänner (ohne Wien) (bis einschließlich BVA 1972 bei Kapitel 11 „Inneres" systemisiert) sowie 1 Fahrzeug bei der Österreichischen Delegation bei der OECD in Paris.

[4]) Auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt" systemisiert.

[5]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesministerium für Inneres	1	—	—	—
Flüchtlingslager Traiskirchen einschließlich Transitlager (Schubstation) und Auswanderungsstelle	—	3	2	1
Flüchtlingslager Bad Kreuzen	—	1	1	—
Pflegeanstalt für chronische Kranke in Thalham	—	1	—	—
Zusammen ...	1	5	3	1

[6]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesheim- und Sportverwaltung	1	1	1
Bundesheime:			
Hintermoos	1	—	—
Obertraun	1	—	—
Schielleiten	1	—	—
Spitzerberg	2	—	1 *)
Obergurgl	1	—	—
Faakersee	1	—	—
Josefsberg/Niederösterreich	1	—	—
Mariazell	1	—	—
Raach bei Gloggnitz	1	—	—
Radstadt	1	—	—
Sankt Christoph/Arlberg	1	—	—
Saalbach	1	—	—
Kitzsteinhorn	1	—	—
Bundesstadion Graz-Liebenau	1	—	—
Bundesstadion Südstadt	1	—	—
Zusammen ...	17	1	2

*) Traktor.

[7]) Für den Stadtschulrat in Wien und für den Landesschulrat für Salzburg.

[8]) Für den bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten für Niederösterreich, Salzburg und Tirol sowie für das Bundesheim für Erwachsenenbildung-St. Wolfgang je 1 Fahrzeug für betriebliche Zwecke.

[9]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

Bundeserziehungsanstalten:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Spezialfahrzeuge
Graz-Liebenau	1	—
Schloß Traunsee/Altmünster	1	—
Saalfelden	1	1
Zusammen ...	3	1

[10]) Je 1 Fahrzeug für das Bundeskonvikt Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII) und das Bundeskonvikt Lienz.

[11]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Omnibusse	Spezialfahrzeuge: Traktoren
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Waidhofen/Ybbs	1	—	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Kapfenberg	1	—	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien I	1	—	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling	1	1 *)	—	1
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt und Berufspädagogische Bundeslehranstalt Wien IX	2 **)	—	—	—
Bundesfachschule für Holz-, Stein- und Metallbearbeitung Hallein	1	—	—	—
Bundesfachschule für Holzbearbeitung Hallstatt	1	—	—	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Krems	—	1 **)	1	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Salzburg	—	1 *)	—	—
Höhere technische Bundeslehranstalt Steyr	1	1 *)	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting	—	1 *)	—	—
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck	1 *)	—	—	—
Bundesfachschule für Textilindustrie Dornbirn	1	—	—	—
Fachschule für Technik Wien	1	—	—	—
Zusammen ...	12	5	1	1
				2

*) Dient auch als Unterrichtsbehelf.
**) Ein Fahrzeug dient auch als Unterrichtsbehelf.

[12]) Bundesfachschule für wirtschaftliche Frauenberufe Türnitz.

[13]) Für die Expositur des Bundeskonviktes der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Krems.

[14]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

Österreichisches Kulturinstitut in	Personenkraftwagen Kategorie Ia	Personenkraftwagen Kategorie IIb	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm
London	1	—	—	—
Rom	—	1	—	1
Kairo	—	—	2	—
Warschau	—	—	1	—
Zusammen ...	1	1	3	1

[15]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie Ia	Personenkraftwagen Kategorie IIa	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Universität Wien	—	1	2	—	—	2*)
Österreichisches Archäologisches Institut Athen	—	—	1	—	—	—
Atominstitut Wien	—	—	1	—	—	—
Universitätssternwarte Schöpfl	—	—	1	—	—	—
Technische Hochschule Wien	1	1	1	—	1	—
Tierärztliche Hochschule Wien	—	1	2	—	—	2
Lehr- und Forschungsgut Merkenstein der Tierärztlichen Hochschule	—	—	1	3	—	7
Hochschule für Bodenkultur Wien	—	—	1	—	1	—
Versuchsgut Großenzersdorf der Hochschule für Bodenkultur Wien	—	—	—	—	—	4
Hochschule für Welthandel Wien	—	—	1	—	—	—
Technische Hochschule Graz	—	—	1	—	—	—
Montanistische Hochschule Leoben	—	—	2	—	—	—
Universität Graz	—	—	3	—	—	—
Universität Innsbruck	—	—	1	—	—	—
Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz	—	—	1	—	—	—
Zusammen ...	1	3	19	3	2	15

*) Autobusse.

[16]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie Ia	Personenkraftwagen Kategorie IIb	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Universität Wien	—	—	2	—	—	—
1. Chirurgische Universitätsklinik der Universität Wien	—	—	1	—	—	—
Anatomisches Institut der Universität Wien	—	—	1	—	—	—
Archäologisches Institut der Universität Wien	—	—	1	—	—	4*)
Hochschule für Bodenkultur (Wien)	—	1	1	—	—	—
Institut für Obst- und Gartenbau der Hochschule für Bodenkultur Wien	—	—	1	—	—	1*)
Institut für Waldbau der Hochschule für Bodenkultur Wien	1	—	—	—	—	1*)
Technische Hochschule Wien	—	—	1	—	—	—
Institut für mechanische Technologie II und Betriebstechnik der Technischen Hochschule Wien	1 **)	—	—	—	—	—
Technische Versuchs- und Forschungsanstalt der Technischen Hochschule Wien	1	—	—	—	1	—
Institut für Verbrennungskraftmaschinen der Technischen Hochschule Wien	—	—	2	—	—	—
Technische Hochschule Graz	—	—	2	1	1	—
Universität Salzburg	1	1	—	—	—	—
Universität Graz	—	—	1	1	—	—
Universität Innsbruck	—	—	1	—	—	—
Montanistische Hochschule Leoben	—	—	3	—	—	—
Hochschule für Bildungswissenschaften Klagenfurt	—	—	1	—	—	—
Zusammen ...	4	2	18	2	2	6

*) Traktoren.
**) Dient auch als Unterrichtsbehelf.

[17]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Geologische Bundesanstalt	1	1
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	1	—
Zusammen ...	2	1

[18]) Je ein Fahrzeug für die Österreichische Nationalbibliothek, für die Österreichische Phonothek sowie für die Universitätsbibliotheken in Wien und Innsbruck.

[19]) Für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien und für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz, Expositur Oberschützen.

[20]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen
Kunsthistorisches Museum	1	1
Naturhistorisches Museum	1	—
Graphische Sammlung Albertina	1	—
Museum für Angewandte Kunst	1	—
Zusammen...	4	1

[21]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II b	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bereich Landesarbeitsamt Wien	1	5
„ „ Niederösterreich	1	33
„ „ Oberösterreich	1	23
„ „ Salzburg	1	8
„ „ Tirol	1	9
„ „ Vorarlberg	1	1
„ „ Steiermark	1	22
„ „ Kärnten	1	10
„ „ Burgenland	1	8
Zusammen...	9	119

[22]) 3 Fahrzeuge für die Arbeitsinspektion Wien und je 1 Fahrzeug für die Arbeitsinspektorate in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck, Bregenz und Eisenstadt.

[23]) Auf Grund des Bundesgesetzes vom 21. Jänner 1972, BGBl. Nr. 25, bei Kapitel 17 „Gesundheit und Umweltschutz" systemisiert.

[24]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Spezialfahrzeuge	
Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung:	Laboratoriumswagen	Sonstige
Wien	—	1
Graz	1 *)	—
Zusammen...	1	1

*) Dieses Fahrzeug wird im Rahmen des Zivilschutzes und der Umwelthygiene eingesetzt.

[25]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

		Spezialfahrzeuge	
Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalt:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Laboratoriumswagen	Sonstige
Wien	1	2	—
Linz	—	1	—
Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen	—	—	1
Zusammen...	1	3	1
		4	

[26]) Im BVA 1972 bei Kapitel 15 „Soziales" systemisiert gewesen.

[27]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung Mödling	1	1	—
Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien-Hetzendorf	2 *)	4	1
Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen:			
Graz	1	—	—
Linz	1	—	—
Innsbruck	—	—	1
Zusammen...	5	5	2

*) Eines dieser Fahrzeuge wird im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.

[28]) Im BVA 1972 bei Kapitel 60 „Land- und Forstwirtschaft" systemisiert gewesen.

[29]) Dieses Fahrzeug dient auch für offizielle Repräsentationszwecke.

[30]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: je 1 Fahrzeug für die diplomatischen Vertretungsbehörden in Abidjan, Addis Abeba, Algier, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, New Delhi, Den Haag, Djakarta, Djedda, Dublin, Helsinki, Islamabad, Kabul, Kairo, Kinshasa, Kopenhagen, Lagos, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mexiko, Moskau, Nairobi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pretoria, Rabat, Rom, Rom-Vatikan, Santiago de Chile, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tunis, Warschau, Washington und 2 Fahrzeuge für die Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York (hievon auch 1 Fahrzeug für das österreichische Generalkonsulat in New York). Ferner je 1 Fahrzeug für die Ständige Delegation Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf sowie für die Vertretung Österreichs beim Europarat in Straßburg und für die Österreichische Delegation in Berlin.

[31]) Je 1 Fahrzeug für die Botschaft in Peking und das Generalkonsulat in Hongkong.

[32]) Für die Botschaft in Moskau.

[33]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	Personenkraftwagen Kategorie II b	Personenkraftwagen Kategorie II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Oberlandesgerichte: Wien	—	—	1	2
Graz	—	—	1	1
Linz	—	—	1	1
Innsbruck	—	—	1	1
Gerichtshöfe I. Instanz:				
Landesgerichte für Zivilrechtssachen: Wien	—	1	—	—
Graz	—	1	—	—
Landesgerichte für Strafsachen: Wien	—	1	—	—
Graz	—	1	—	—
Übrige Landesgerichte in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck, Feldkirch und Eisenstadt je 1 Personenkraftwagen	—	6	—	—
Jugendgerichtshof Wien	1	—	—	—
Kreisgerichte in St. Pölten, Wiener Neustadt, Leoben, Korneuburg, Krems, Wels, Ried im Innkreis und Steyr je 1 Personenkraftwagen	8	—	—	—
Zusammen...	9	10	4	5

[34]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Gefangenentransportwagen	Schneeräumgeräte
16 Gerichtshofgefängnisse (Wien I, II und Jugendgerichtshof Wiener Neustadt, St. Pölten, Graz, Klagenfurt, Korneuburg, Leoben, Linz, Salzburg, Wels, Innsbruck, Feldkirch, Eisenstadt, Krems)	24	1	6	2	1
Strafvollzugsanstalten (Stein, Garsten, Graz, Schwarzau)	5	—	5	—	—
Arbeitshäuser (Suben, Göllersdorf, Lankowitz)	4	—	2	—	—
Sonderanstalt Mittersteig	1	—	—	—	—
Sonderanstalt für Jugendliche Gerasdorf	1	—	—	—	—
Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige in Kaiser-Ebersdorf, Wiener Neudorf	2	—	1	—	—
Zusammen...	37	1	14	2	1

[35]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

Ökonomien:	Personenkraftwagen Kategorie I b	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren
Schwarzau	—	—	1	—	—	3
Gerasdorf	—	—	—	1	1	1
Rottenstein	1	—	—	—	—	3
Asten	—	—	—	—	1	1
Meidling im Tal und Oberfucha	—	—	—	—	—	1
Münchendorf	—	1	—	1	—	4
Suben (Karlgut)	—	—	—	—	—	1
Sonnberg	—	—	—	—	—	2
Lankowitz	—	—	—	—	—	2
Göllersdorf	—	—	—	—	—	1
Unterstrassergut	—	—	—	—	—	1
Innsbruck	—	—	—	—	—	2
Hirtenberg	—	—	—	—	—	1
Arbeitsbetriebe:						
Ziegelwerk Innsbruck	—	—	—	—	1	—
Stein	—	—	—	—	1	—
Hirtenberg	—	1	—	—	1	—
Zusammen...	1	2	1	2	5	23

[36]) Im Sinne der Ermächtigung der Ziffer 1 Abs. 2 lit. a des „Allgemeinen Teiles" (Seite 174) können im Jahre 1973 an Stelle von 160 militärischen Führungsfahrzeugen auch handelsübliche Kraftfahrzeuge eingestellt werden.

[37]) Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates.

[38]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen der Kategorie I b	I a	II b	II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Zollwachegeneralinspektorat	—	—	—	—	167	1	2
Finanzlandesdirektion für:							
Wien, Niederösterreich und Burgenland	7	1	—	1	40	2	—
Oberösterreich	—	—	—	1	20	1	—
Salzburg	—	2	—	1	6	1	—
Steiermark	—	5	—	1	21	1	—
Kärnten	—	2	1	—	9	1	—
Tirol	—	2	—	1	9	1	—
Vorarlberg	—	2	1	—	4	—	—
Zusammen...	7	14	2	5	276	8	2

[39]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen der Kategorie I b	I a	II a	III	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Spezialfahrzeuge
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:						
Zentralleitung	—	1	5	1	1	—
Zivilschutz	—	—	—	—	—	1
Qualitätskontrolle	3	2	—	—	2	—
Zusammen...	3	3	5	1	3	1

[40]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I b	Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum in Weinzierl	—	—	2	—	1
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg	—	—	2	1	4
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Sitzenberg	—	—	1	—	2
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels	—	—	3	—	3
Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen in Wien-Ober St. Veit	—	—	2	—	—
Agrarwirtschaftliches Institut	—	1	—	—	—
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für ländliche Hauswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb	—	—	1	—	2
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Bienenkunde in Wien	—	—	2	—	—
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien	1	—	1	—	—
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Elmberg/Oberösterreich	—	—	1	—	1
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Kematen/Tirol	—	—	1	—	2
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Ursprung/Elixhausen	—	—	1	—	3
Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian	—	—	2	—	—
Zusammen...	1	1	19	1	18

[41]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt in Wien	1	5	1	3
Landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt in Linz	—	3	—	—
Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung in Wien	—	7	1	7 *)
Bundesanstalt für Pflanzenschutz in Wien	1	2	1	2
Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein mit Wirtschaftsbetrieb	—	4	1	6 *)
Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg	1	4	—	7 *)
Zusammen...	3	25	4	25

*) Traktoren.

[42]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bundesförsterschule in Ort/Gmunden	1
Bundesförsterschule in Bruck an der Mur	1
Bundesförsterschule in Waidhofen an der Ybbs	2
Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Gainfarn	3
Zusammen...	7

[43]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Milchwirtschaft in Wolfpassing mit Molkereibetrieb	2	—
Bundeslehr- und Versuchsanstalt für alpenländische Milchwirtschaft in Rotholz mit Sennerei- und Molkereibetrieb	—	4
Zusammen...	2	4

[44]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen	Spezialfahrzeuge	
		Traktoren	Sonstige
Bundesgestüt Piber	1	7	2
Bundeshengstenstallamt Stadl	—	—	2
Zusammen...	1	7	4

[45]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Bundesversuchsanstalt für Kulturtechnik und technische Bodenkunde in Petzenkirchen	2
Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung in Wien	2
Speläologisches Institut	1
Zusammen...	5

[46]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie Ia	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke
Forstliche Ausbildungsstätten in:		
Ossiach	1	2
Ort/Gmunden	—	1
Zusammen...	1	3

[47]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie IIb
Forsttechnische Abteilungen für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion für:	
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	1
Oberösterreich in Linz	1
Salzburg in Salzburg	1
Steiermark in Graz	1
Kärnten in Villach	1
Tirol in Innsbruck	1
Vorarlberg in Bregenz	1
Zusammen...	7

[48]) Je 1 Personenkraftwagen für die Tätigkeitsgebiete:

I (Wien 1., 6., 7., 8. und 9. Bezirk sowie die politischen Bezirke Hollabrunn, Korneuburg und Mistelbach).

II (Wien 2., 11., 20., 21. und 22. Bezirk sowie die politischen Bezirke Bruck an der Leitha, Gänserndorf und ein Teil des politischen Bezirkes Wien-Umgebung).

III (Wien 16. bis 19. Bezirk, die Großgemeinde Klosterneuburg sowie die politischen Bezirke Gmünd, Horn, Krems [Stadt und Land], Tulln, Waidhofen an der Thaya und Zwettl).

[49]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge Traktoren	Spezialfahrzeuge Sonstige
Verwaltung der Bundesgärten in Wien-Schönbrunn	4	6	3	2
Verwaltung der Bundesgärten in Innsbruck	1	1	—	2
Zusammen...	5	7	3	4
			7	

[50]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Traktoren
Bundesversuchswirtschaft Wieselburg an der Erlauf	2	1	1	2	24
Bundesversuchswirtschaft Fuchsenbigl im Marchfeld	1	—	1	1	13
Bundesversuchswirtschaft Königshof bei Bruck an der Leitha	3	4	—	2	22
Bundesversuchswirtschaft Fohlenhof bei Wr. Neustadt	—	—	—	—	4
Zusammen...	6	5	2	5	63

[51]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge Traktoren	Spezialfahrzeuge Sonstige
Bundeslehr- und Versuchsforst in Merkenstein	1	2	2	2	1
Bundeslehr- und Versuchsforst in Lahnhube	1	1	—	—	1
Bundeslehr- und Versuchsforst Ulmerfeld	—	2	—	—	—
Bundeslehr- und Versuchsforst Kollerhube	—	—	—	—	1
Zusammen...	2	5	2	2	3
				5	

[52]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge Traktoren	Spezialfahrzeuge Sonstige
Forsttechnische Abteilungen für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion für:				
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	8	4	2	—
Oberösterreich in Linz	15	6	1	3
Salzburg in Salzburg	20	4	—	1
Steiermark in Graz	14	8	—	1
Kärnten in Villach	20	6	—	6
Tirol in Innsbruck	25	8	—	4
Vorarlberg in Bregenz	11	—	1	—
Zusammen...	113	36	4	15
			19	

[53]) Außer diesen für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft systemisierten Fahrzeugen sind bei den Ämtern der Landesregierungen die nachstehend angeführten bundeseigenen Fahrzeuge eingesetzt, deren Aufwand von diesen Stellen getragen wird und die gemäß Absatz 2 lit. b der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 174) nicht systemisiert wurden:

Bauhöfe für Schutz- und Regulierungsbauten bei den Ämtern der Landesregierung für: *)	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge: Traktoren	Spezialfahrzeuge: Sonstige
Kärnten	5	2	2	6	1	—
Oberösterreich	9	—	—	7	—	3
Salzburg	10	1	2	7	—	—
Steiermark	4	—	—	5	1	—
Tirol	5	—	—	6	—	2
Zusammen...	33	3	4	31	2	5
					7	

*) Diese Bauhöfe stehen in der Verwaltung der Länder, die auch die Betriebskosten in ihrer Gebarung ausweisen. Hingegen erfolgen die Wiederanschaffungen aus den Amortisationsquoten des Bundes.

[54]) Hievon 1 Fahrzeug bei der Österreichischen Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

[55]) Je 1 Personenkraftwagen der Kategorie Ia für die Berghauptmannschaften Wien, Graz, Leoben, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck sowie 1 Personenkraftwagen der Kategorie II b für die Berghauptmannschaft Wien.

[55a]) Für das Kurhaus Semmering (bis einschließlich 1972 beim Ansatz 1/64528 „Kurheime und Bäder" systemisiert gewesen).

[56]) Die systemisierten Fahrzeuge, deren Aufwand die Budgetmittel belastet, verteilen sich wie folgt:

Bundesstraßenverwaltungen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge (Zugmaschinen)	Selbstfahrende Spezial-Schneeräumgeräte
Burgenland	17	47	14	10
Kärnten	95	98	32	7
Niederösterreich	86	170	46	—
Oberösterreich	31	105	40	4
Salzburg	9	36	13	10
Steiermark	64	115	22	16
Tirol	42	64	22	30
Vorarlberg	—	12	9	13
Zusammen...	344	647	198	90
			288	

Außerdem ist im Bereiche der Bundesstraßenverwaltung in Tirol 1 bundeseigenes Fahrzeug für betriebliche Zwecke vorhanden, dessen Aufwand vom Land getragen wird und das gemäß Absatz 2 lit. b der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles" (siehe Seite 174) nicht systemisiert wurde.

[57]) Die systemisierten Fahrzeuge, deren Aufwand die Budgetmittel belastet, verteilen sich wie folgt:

Bundesstraßenverwaltungen:	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Wien	2	—	—	—
Niederösterreich	37	—	45	15
Oberösterreich	15	1	29	9
Salzburg	13	1	21	8
Steiermark	3	—	10	2
Tirol	10	—	16	6
Vorarlberg	3	—	4	3
Kärnten	7	—	18	4
Zusammen...	90	2	143	47

[58]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II b	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiwagen
Bundesstrombauamt, Betriebsbauleitung und Strombauleitung in Wien	2	1	1
Strombauleitung Aschach	—	1	2
„ Linz	—	1	—
„ Grein.....	—	—	1
„ Ybbs	—	—	—
„ Krems	—	—	1
„ Greifenstein	—	1	—
„ Deutsch-Altenburg	—	1	—
Marchbauleitung	—	1	—
Zusammen...	2	6	5

*) Siehe auch Fußnote [59]).

[59]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: *)

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last-kraftwagen	Spezial-fahrzeuge
Bundesstrombauamt, Betriebsbauleitung und Strombauleitung in Wien	1	2	—
Strombauleitung Aschach	2	1	1
„ Linz	—	1	—
„ Grein.....	1	—	—
„ Ybbs	1	2	—
„ Krems	2	—	—
„ Greifenstein	1	1	—
„ Deutsch-Altenburg	1	2	—
Marchbauleitung	2	—	—
Zusammen...	11	9	1

*) Siehe auch Fußnote [58]).

[60]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I b	Personenkraftwagen Kategorie I a	Personenkraftwagen Kategorie II b	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Last-kraftwagen	Spezial-fahrzeuge
Bundesgebäudeverwaltung I Wien	—	2	1	4	—	—	8	—
Bundesgebäudeverwaltung II:								
Wien	2	1	1	13	—	4	4	1
Linz.....	—	1	—	6	—	2	2	—
Salzburg	1	—	1	9	—	1	2	—
Graz.....	1	2	—	3	1	—	1	1
Klagenfurt	1	2	—	3	—	1	2	—
Innsbruck	—	2	—	4	—	1	1	1
Schloßhauptmannschaft Schönbrunn	—	—	—	2	—	1	—	2
Burghauptmannschaft Wien	—	—	—	—	—	—	—	1
Zusammen...	5	10	3	44	1	10	20	6

[61]) Ab BVA 1973 beim Ansatz 1/64058 „Kurheime (Betriebsähnliche Einrichtung)“ systemisiert.

[62]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen-kraftwagen Kategorie II b	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last-kraftwagen	Spezial-fahrzeuge
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen Gruppe Eichwesen.....	1	2	1	10
Eichamt Wien	—	1	—	3
Eichämter Niederösterreich.....	—	1	2	—
Eichämter Oberösterreich	—	—	2	4
Eichämter Salzburg	—	—	1	1
Eichämter Tirol/Vorarlberg.....	—	—	2	1
Eichämter Steiermark.....	—	—	2	1
Eichämter Kärnten.....	—	—	1	1
Zusammen...	1	4	11	21

[63]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II b	Personenkraftwagen Kategorie II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:				
Präsidium	1	1	1	—
Gruppe K:				
Leitung	1	—	—	—
Abteilung K 1	—	—	1	2
„ K 2	—	—	1	—
„ K 3	—	—	14	—
„ K 4	—	—	—	—
„ K 7	—	—	1	—
„ K 9	—	—	2	—
Inspektorat für Wien, Niederösterreich und Burgenland	—	—	11	—
Inspektorat für Oberösterreich und Salzburg	—	—	8	—
Inspektorat für Steiermark und Kärnten	—	—	8	—
Inspektorat für Tirol und Vorarlberg	—	—	5	—
Gruppe L:				
Leitung	—	—	1	—
Abteilung L 6	—	—	—	1
„ L 1	—	—	5	—
Zusammen...	2	1	58	3

[64]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie Ia	Personenkraftwagen Kategorie II b	Personenkraftwagen Kategorie II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Bundesamt für Zivilluftfahrt	1	1	1	2	1	—
Flughafen in						
Schwechat (Wien)	—	—	—	16	—	3
Hörsching (Oberösterreich)	—	—	—	4	—	1
Salzburg (Salzburg)	—	—	—	3	—	1
Thalerhof (Steiermark)	—	—	—	5	—	—
Innsbruck-Kranebitten (Tirol)	—	—	—	3	—	—
Klagenfurt-Annabichl (Kärnten)	—	—	—	3	—	1
Zusammen...	1	1	1	36	1	6

[65]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II b	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm
Amt für Schiffahrt	1	—
Dienststelle der Schiffahrtspolizei in Wien (Prater)	—	1

[66]) Zugmaschinen.

[67]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II a	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Lastkraftwagen	Traktoren	Elektrokarren
Generaldirektion	1	—	—	—	—
Salinenverwaltungen:					
Hallein	—	—	3	2	2
Bad Ischl	—	—	3	1	—
Bad Aussee	—	1	4	—	—
Hallstatt	—	1	4	—	—
Ebensee	—	—	3	2	—
Zusammen...	1	2	17	5	2
				7	

[68]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie II b	II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm mit Beiw.	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Generaldirektion	1	3	1	—	1	—	—	—
Inspektion Salzburg	2	—	—	—	—	—	—	—
Inspektion Innsbruck	1	—	—	—	—	—	—	—
Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe in								
Wien	—	—	36	—	—	—	24	13
Niederösterreich	—	—	43	—	9	4	4	38
Burgenland	—	—	1	—	1	—	—	—
Oberösterreich	—	—	106	1	10	5	52	53
Salzburg	—	—	49	—	15	—	5	6
Steiermark	—	—	50	—	17	2	10	18
Kärnten	—	—	3	—	—	1	—	2
Tirol	—	—	36	—	10	—	7	8
Sägewerk in Neuberg/Mürz	—	—	1	—	—	—	—	—
Waidhofen/Ybbs	—	—	1	—	—	—	—	1
Gußwerk	—	—	1	—	—	—	—	1
Zusammen...	4	3	328	1	63	12	102	140 *)

*) Hievon 67 Normalschlepper, 42 Knickschlepper, 31 Unimog.

[69]) Außerdem sind im Bereich der Österreichischen Bundesforste 4 Fahrzeuge für betriebliche Zwecke vorhanden, deren Aufwand vom Österreichischen Verkehrsbüro als Pächter des Kurhauses Goisern getragen wird und die gemäß Absatz 1 Ziffer 2 lit. b des „Allgemeinen Teiles“ (siehe Seite 174) nicht systemisiert wurden.

[70]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie I a	II b	II a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm mit Beiw.	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
Direktionsbereich Wien	5	—	1	770	4	25	311	83	719
„ Linz	2	—	1	359	1	10	80	65	464
„ Graz	2	—	1	395	3	69	177	60	359
„ Klagenfurt	2	1	—	198	—	13	124	54	331
„ Innsbruck	1	1	1	293	—	—	11	56	408
Inspektoratsbereich Salzburg	1	1	—	265	—	3	17	42	254
Zusammen...	13	3	4	2280	8	120	720	360 *)	2535**)

*) Ohne Zugmaschinen und Tankwagen.
**) Hievon 1576 Omnibusse, 415 Paketkraftwagen mit Verbrennungsmotor, 150 Paketkraftwagen mit Elektromotor, 30 Zugmaschinen, 11 Tankwagen, 118 Elektrokarren, 54 Dieselkarren und 181 Lastkraftwagen mit Spezialaufbauten.

[71]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie				Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm ohne Beiw.	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	Lastkraftwagen	Spezialfahrzeuge
	Ib	Ia	IIb	IIa					
Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen	—	—	—	8	1	—	—	2	1
Ämter und Außendienststellen der Generaldirektion	—	—	—	—	57	1	—	14	16
Bundesbahndirektion Wien	3	—	1	1	1	—	—	1	—
Außendienststellen der BB.-Dion Wien	—	—	—	—	68	—	—	3	9
Bundesbahndirektion Linz	3	—	1	1	—	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Linz	—	—	—	—	46	1	—	3	5
Bundesbahndirektion Innsbruck	2	—	1	1	—	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Innsbruck	—	—	—	—	18	—	—	1	10
Bundesbahndirektion Villach	3	—	1	1	1	—	—	—	—
Außendienststellen der BB.-Dion Villach	—	—	—	—	43	—	—	2	1
Elektrodienst	—	—	—	1	—	—	—	—	—
Außendienststellen des Elektrobetriebsdienstes	—	—	—	—	84	—	—	9	17
Außendienststellen des Elektro-Baudienstes *)	—	1	—	—	21	—	—	3	—
Kraftwagendienst	—	2	—	1	—	—	—	—	3
Außendienststellen des Kraftwagendienstes	—	—	—	—	27	—	1	122	715
Werkstätte und Unfallreserve	—	3	—	1	7	—	—	3	—
Zusammen...	11	6	4	15	374***)	2	1	163	777**)

*) Systemisierung nur für die Dauer der Elektrifizierung.
**) Hievon 55 Zugmaschinen, 657 Omnibusse, 22 E-Karren und 43 Sonderfahrzeuge.
***) Hievon 7 Fahrzeuge für den Zivilschutz.

Anmerkungen
zum Plan der systemisierten Luftfahrzeuge

[1]) Sitzplatzklassen: a = einsitzige Segelflugzeuge,
b = zweisitzige Segelflugzeuge.

[2]) Gewichtsklassen gemäß § 4 Abs. 3 lit. a der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV.), BGBl. Nr. 219/1958:
einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2000 kg (Gewichtsklasse A),
einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2000 kg bis 5700 kg (Gewichtsklasse B),
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5700 kg (Gewichtsklasse C),
ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5700 kg bis 14.000 kg (Gewichtsklasse D),
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14.000 kg bis 20.000 kg (Gewichtsklasse E) und
mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20.000 kg (Gewichtsklasse F).

[3]) 5 zweisitzige Flugzeuge und 1 viersitziges Flugzeug.

[4]) Für die Bundessportschule Spitzerberg.

[5]) Höhere Technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt, Wien I.

Anmerkungen
zum Plan der systemisierten Wasserfahrzeuge

[1]) Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM*)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme, Plätten	222
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord-Motorboote Außenbord-Motorboote	Motorboote, (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachenverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

[2]) Strom- und Seepolizei.

[3]) Der Einsatz dieser Fahrzeuge erfolgt auf Flüssen und Seen.

[4]) Für die Bundesfachschule für Holzbearbeitung in Hallstatt.

[5]) Für die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.

[6]) Die Fahrzeuge unterstehen dem Zollwachegeneralinspektorat im Bundesministerium für Finanzen.

[7]) Für die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung in Wien.

[8]) Für die Forstliche Ausbildungsstätte in Ossiach.

[9]) Für die Bauhöfe der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung:

Sektion Wien	1
Sektion Linz	1

[10]) Außer diesen für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft systemisierten Wasserfahrzeuge sind bei den Ämtern der Landesregierungen die nachstehend angeführten bundeseigenen Wasserfahrzeuge eingesetzt, deren Aufwand von diesen Stellen getragen wird und die gemäß Absatz 2 lit. b der Ziffer 1 des „Allgemeinen Teiles“ (siehe Seite 174) nicht systemisiert wurden:

	Außenbord-Motorboote	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor
Hydrographischer Dienst:		
Amt der Steiermärkischen Landesregierung	1	—
Bauhöfe für Schutz- und Regulierungsbauten bei den Ämtern der Landesregierung für: *)		
Kärnten	1	12
Oberösterreich	—	3
Salzburg	—	3
Steiermark	—	2
Tirol	—	1
Summe...	1	21
Zusammen...	2	21

*) Diese Bauhöfe stehen in der Verwaltung der Länder, die auch die Betriebskosten in ihrer Gebarung ausweisen. Hingegen erfolgen die Wiederanschaffungen aus den Amortisationsquoten des Bundes.

[11]) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Spezialwasserfahrzeuge			Motorboote (Innenbord)	Boote mit Außenbordmotor
	Zugschiffe				
	unter 200 PS	über 200 PS	Bagger		
Donau	11	8*)	11**)	3	24
March—Thaya	1	—	—	2	—
Zusammen...	12	8	11	5	24

*) 6 Schleppschiffe und 2 Steintransportschiffe.

**) Großbagger (Selbstfahrer) 2
Schutenentleerer (Selbstfahrer) 2
Schwimmgreifer 1
Kleineimerbagger 2
Saugbagger 1
Kleingreifbagger 3

[12]) 7 Schleppschiffe. Außerdem 17 Prahmen (Anlegepontons) und 8 Schleppboote (Ankerplätten).

www.parlament.gv.at

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

1973

Wien 1973
Österreichische Staatsdruckerei

L61 37392

Inhalt

Seite

Abschnitt A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1973 ..... 6 — 9

Abschnitt B. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1973 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1972 und 1971:

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei 10
„ 02: Bundesgesetzgebung 11
„ 03: Verfassungsgerichtshof 12
„ 04: Verwaltungsgerichtshof 13
„ 06: Rechnungshof 14
„ 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen ..... 15— 17
„ 11: Inneres ..... 18— 23
„ 12: Unterricht ..... 24— 40
„ 13: Kunst ..... 41— 44
„ 14: Wissenschaft und Forschung ..... 45— 54
„ 15: Soziales ..... 55— 65
„ 16: Sozialversicherung ..... 68— 72
„ 17: Gesundheit und Umweltschutz ..... 73— 79
„ 20: Äußeres ..... 80— 82
„ 30: Justiz ..... 83— 86
„ 40: Militärische Angelegenheiten ..... 87— 89
„ 50: Finanzverwaltung ..... 90— 99
„ 51: Kassenverwaltung ..... 100—104
„ 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u ä.) ..... 105—116
Öffentliche Abgaben (Allgemeines) und Unterschiede der Gebarung ..... 117—121
Übersicht über die im Budget 1973 veranschlagten Ertragsanteile ..... 121—122
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes (1937, 1963 bis 1973) ..... 268b—268f
„ 53: Finanzausgleich ..... 123—128
„ 54: Bundesvermögen (Allgemeines) und Unterschiede der Gebarung ..... 129—147
Verstaatlichte Unternehmungen (Allgemeines) ..... 132—135
Kapitalbeteiligungen des Bundes im Jahre 1971 136
Erträge der Anteilsrechte des Bundes im Jahre 1971 ..... 136—137
Kapitalbeteiligungen des Bundes (Nominalwert, Reinvermögen) ..... 137—138
Bundesdarlehen (Veränderungen im Jahre 1971) ..... 138—142
Haftungen des Bundes ..... 142—146
„ 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines) ..... 148—150
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien (1967 bis 1971 und 1973) 150
„ 56: Familienlastenausgleich ..... 151—154
„ 57: Staatsvertrag ..... 155—157
„ 59: Finanzschuld ..... 157—165
„ 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines) ..... 168—189
Grüner Plan ..... 175—181
„ 62: Preisausgleiche (Preisstützungen) ..... 190—193
„ 63: Handel, Gewerbe, Industrie ..... 194—200
„ 64: Bauten und Technik (Allgemeines) ..... 201—240
Aufwendungen für den Ausbau der Bundesstraßen (1969 bis 1973) ..... 213—230
„ 65: Verkehr ..... 241—246
„ 70: Staatsdruckerei 247
„ 71: Bundestheater 248
„ 72: Bundesapotheken 249
„ 73: Salz (Monopol) 250
„ 74: Glücksspiele (Monopol) 251
„ 75: Branntwein (Monopol) ..... 252—253
„ 76: Hauptmünzamt 254
„ 77: Österreichische Bundesforste ..... 255—257
„ 78: Post- und Telegraphenanstalt ..... 258—263
„ 79: Österreichische Bundesbahnen ..... 264—268a

Abschnitt C. Sonstiges (Punkt I bis VIII b)

Seite

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1973:

Hauptüberblick, Steigerungssätze und Aufgabenstellung ..... 269—273
Änderungen in der Höhe der Gebarungsgruppen (1973 gegenüber 1972) ..... 273—274
Gebarungsunterschiede (1973 gegenüber 1972) ..... 274—278
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1973 278
Laufende Gebarung und Vermögensgebarung (1973) 279
Starrheit des Bundeshaushaltes (1971 bis 1973) 279
Investitionen und Investitionsförderung (1971 bis 1973) ..... 280—281
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1971 bis 1973) 280, 282
Bereinigte Budgetgebarung (1971 bis 1973) ..... 280—284

II. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1973 ..... 285—286
Erfolg 1971 ..... 287—290
Voranschlag 1972 290
Budgetvorschauen ..... 291—295

III. Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich:

Konjunkturentwicklung 1971/1972 (Internationale und in Österreich) ..... 296—298
Preise und Löhne, Arbeitsmarkt, Kredit und Währung (1971/1972) ..... 298—303
Das Wirtschaftsprogramm der Bundesregierung und seine Realisierung ..... 303—306

IV. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte (1964 bis 1973) ..... 307—308
Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften und des Bundes (1964 bis 1971) ..... 308—309
Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors (1964 bis 1973) ..... 309—310
Volkseinkommen, Brutto-Nationalprodukt, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1964 bis 1973) 310—312
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1964 bis 1973) ..... 313—315
Öffentliche Vermögensrechnung (1964 bis 1973) ..... 315—316
Bruttoinvestitionen (1964 bis 1973) 317
Öffentliches Sparen (1964 bis 1971) 317

V. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz 318
Bundesrechnungsabschluß 318
Neugestaltung des Haushaltsrechtes des Bundes 318

VI. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushalts- und Anlehensgebarung, Ordentliche und außerordentliche Gebarung ..... 319—320
Gliederung des Bundesvoranschlages ..... 320—321
Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes 321
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen) ..... 321—323
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) ..... 323—325
Laufende Gebarung und Vermögensgebarung 325
Neuer Kontenplan für die Bundesverwaltung ..... 325—326
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ..... 326—330
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige u. ä.) 330
Mehrjährige Vorhaben 330
Zweckgebundene Einnahmen 331
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe 331
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Ausländische Zahlungsmittel) ..... 331—333

VII. Aufwendungen des Bundes für soziale Wohlfahrt:

Ausgaben für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt" 334
Verteilung der Aufwendungen 334
Finanzierung 335
Die Aufwendungen im einzelnen (Beiträge des Bundes zur Sozialversicherung, Familienlastenausgleich, Kriegsopfer- und Heeresversorgung, Opferfürsorge) ..... 335—341

VIII a. Die österreichische Finanzschuld und deren Struktur:

Kreditoperationen im Jahre 1971 ..... 342—345
Struktur und Entwicklung der österreichischen Finanzschuld ..... 345—347
Die einzelnen Finanzschulden seit 1961 ..... 348—356

VIII b. Die Haftungsübernahmen des Bundes ..... 357—360

A. Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

I. Allgemeine verfassungsmäßige Grundlagen

Dem Nationalrat ist spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr vorzulegen (Art. 51 Abs. 1 erster Satz B-VG). Die Aufstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes obliegt dem BMF (Art. 6 Punkt VII VEG mit verfassungsmäßiger Grundlage in Art. 77 Abs. 2 B-VG). Der Inhalt des Bundesvoranschlagsentwurfes darf vor Beginn der Beratung im Nationalrat nicht veröffentlicht werden (Art. 51 Abs. 1 zweiter Satz, angefügt durch Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 155/1961). Den Bundesvoranschlag bewilligt der Nationalrat durch das Bundesfinanzgesetz. Gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG).

Insbesondere diese Bestimmungen des B-VG in der Fassung von 1929 sowie die Auslegungen, die diese durch die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 19. Dezember 1962, G 1/2, Slg. Nr. 4340, vom 10. Dezember 1966, G 22/66, Slg. Nr. 5421, und vom 8. Dezember 1967, G 18/67, Slg. Nr. 5636, erfahren haben, liegen dem Wortlaut des BFG/73 zugrunde.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. I

Diese Bestimmung spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages durch den Nationalrat im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG aus und gibt die Schlußsummen der Einnahmen und Ausgaben samt den zugehörigen Abgängen und dem Gesamtgebarungsabgang in der Gliederung wieder, die im VEG und in der auf dieses gegründeten Bundeshaushaltsverordnung vorgesehen ist.

Zu Art. II

Mit der Behandlung der im Art. I dargestellten Abgänge befassen sich die Art. II und VI.

Der Abs. 1 des Art. II hat den Sinn, zu ermöglichen, einen größeren als den vorgesehenen Abgang in der ordentlichen Gebarung zu unterbinden. Ein solcher Abgang kann im Laufe des Finanzjahres gegebenenfalls durch Mehrausgaben oder Mindereinnahmen eintreten. Zur Erzielung einer dem BFG/73 entsprechenden Gebarung können daher in Ergänzung jener Möglichkeiten, die auf dem B-VG und dem Art. 6 VEG, BGBl. Nr. 277/1925, beruhen, in der ordentlichen Gebarung in den Grenzen der Bestimmungen des Art. II Abs. 1 und 2 Ersparungsmaßnahmen (Ausgabenrückstellungen) verfügt werden.

Zum Abs. 2 ist eine weitere Ausnahme, nämlich die von Ausgaben aus der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen, von den Ausgabenrückstellungen zur Unterbindung eines höheren Abganges in der ordentlichen Gebarung hervorzuheben. Diese Ausnahme ergibt sich aus dem Zweck der Ausgaben und beeinträchtigt den Sinn des Abs. 1 nicht wesentlich.

Der Abs. 3 regelt die Bedeckung des Abganges der außerordentlichen Gebarung und der Art. VI die Bedeckung des Gesamtgebarungsabganges, soweit diese durch Kreditoperationen erfolgen soll.

Zu Art. II a

Durch diese Bestimmung werden Maßnahmen zur Abwehr von Rückschlägen in der Wirtschaftsentwicklung in Aussicht gestellt. Ob und wann diese Maßnahmen in Berücksichtigung der in dieser Bestimmung vorgesehenen Voraussetzungen zu ergreifen sein werden, wird durch besonderes Bundesgesetz bestimmt werden.

Der Abs. 3 deutet durch den Hinweis auf Kreditoperationen den Weg an, auf welchem unter Umständen einen Wirtschaftsrückschlag verstärkende Ausgabenrückstellungsmaßnahmen vermieden werden könnten.

Maßnahmen zur Abwehr von Rückschlägen in der Wirtschaftsentwicklung könnten außerdem auf Grund von Budgetüberschreitungsgesetzen oder bei Erfordernis auf Grund eines Nachtragsbudgets insbesondere im außerordentlichen Haushalt getroffen werden.

Zu Art. III

Die in dieser Bestimmung enthaltenen Ermächtigungen an den BMF eröffnen die Möglichkeiten, die erforderlich sind, um bestimmte Ausgabenansätze der tatsächlichen Entwicklung im Laufe des Finanzjahres anpassen zu können. Hiezu ist die Aufstellung solcher Voraussetzungen erforderlich, damit das Verhalten des BMF entsprechend dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit des Art. 18 Abs. 1 B-VG eindeutig abgegrenzt ist. Diese Bestimmung dient also insbesondere der Verwirk-

Abkürzungen im Text:
BFG/72 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972.
BFG/73 = Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973.
BMF = Bundesminister für Finanzen.
B-VG = Bundes-Verfassungsgesetz.
VEG = Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925 in der Fassung BGBl. Nr. 7/1927 und 11/1963.

lichung der im Art. 126 b B-VG für die gesamte Staatswirtschaft des Bundes verankerten Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit; denn ohne diese Ermächtigungen müßte mit jeder, auch der kleinsten einschlägigen Anpassung eines Ausgabenansatzes der Nationalrat mit allem daraus sich für einen entsprechenden Gesetzesbeschluß ergebenden Aufwand befaßt werden.

Dies gilt insbesondere auch für die erhöhten v.-H.-Sätze in Ziffer 1 lit. d des Abs. 5. Die Ermächtigungen der Ziffer 1 des Abs. 5 gestatten nur Umschichtungen innerhalb der Budgetansätze, so daß die durch Änderung verbesserte angemessene Beweglichkeit der Bundesverwaltung in der Bewirtschaftung der Ansätze den vorerwähnten Kriterien entspricht.

Die in Ziffer 2 des Abs. 5 neu vorgesehene gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze innerhalb der Paragraphen 6313 und 6314 ermöglicht die Gewährung von Bundesdarlehen für den Bergbau, deren Höhe derzeit nicht abschätzbar ist, zu Lasten der Ansätze für Zuschüsse. Die Ausgaben und Einnahmen für die „Kurheime und Bäder" waren im Bundesvoranschlag 1972 beim Paragraphen 6452 gemeinsam veranschlagt gewesen. Da die Ausgaben der Kurheime und Bäder im Bundesvoranschlag 1973 bei den Paragraphen 6405 und 6406 ausgewiesen werden, eine Trennung der Ausgaben der beiden Betriebszweige jedoch nur schätzungsweise möglich war, mußte die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ausgabenansätze der Paragraphen 6405 und 6406 vorgesehen werden.

Der Gesamtbetrag, bis zu dem nach Abs. 5 Z. 5 der BMF Überschreitungen gegen Bedeckung aus der Auflösung von Rücklagen die Zustimmung zu geben ermächtigt ist, wurde gegenüber dem BFG/72 von 1000 um 600 auf 1600 Millionen Schilling im BFG/73 erhöht. Im Hinblick auf den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung kann damit gerechnet werden, daß in Frage kommende Ausgabenansätze im Jahr 1972 zu erheblichen Teilen nicht in Anspruch genommen und größere Zuführungen zu Rücklagen stattfinden werden. Daher war für das Finanzjahr 1973 ein entsprechend höherer Betrag zur Bedeckung von Überschreitungen aus deren Auflösung vorzusehen.

Bei der Vollziehung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 fallen zwangsläufig bei einzelnen Ausgabenansätzen des Titels 560 Jahresansatzüberschreitungen an, deren Ausmaß erst gegen Jahresende feststellbar ist und deren Genehmigung nur durch ein Bundesgesetz (Budgetüberschreitungsgesetz) möglich wäre. Dies trifft insbesondere für die Ansätze zu, bei denen die durch die Dienstgeber auszuzahlenden Familienbeihilfen und der an den Reservefonds abzuführende Überschuß des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu verrechnen sind. Die vorerwähnte bundesgesetzliche Regelung ist aus zeitlichen Gründen gegen Jahresende nicht mehr zu verwirklichen, so daß im Bundesfinanzgesetz 1973 die in Ziffer 7 Abs. 5 vorgesehene Ermächtigung neu aufgenommen werden mußte. Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen können nur nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen dieses Fonds getätigt werden; durch Ausgabenüberschreitungen tritt daher keine Erhöhung des Budgetabganges ein und Bedeckungen müssen sich auf Mehreinnahmen des Fonds und auf Ausgaben-Umschichtungen innerhalb der Fondsgebarung beschränken.

Die im Abs. 6 vorgesehene neue Bestimmung ermöglicht eine angemessene Beweglichkeit der für den Einsatz von Fahrzeugen der Bundespolizei und Bundesgendarmerie zuständigen Organe des Bundes bei der Anschaffung solcher Einsatzfahrzeuge.

Zu Art. IV

Diese Bestimmung behandelt allgemeine Voraussetzungen für die Ausgaben, Gebarungsvorschriften und die zeitliche Abgrenzung. Die hinsichtlich letzterer vorgenommenen Änderungen und Ergänzungen dienen rechtlichen Klarstellungen im Sinne des schon erwähnten Grundsatzes der Gesetzmäßigkeit (Art. 18 Abs. 1 B-VG) und der Sicherung der zeitgerechten Fertigstellung des Jahresabschlusses. Der spätere Durchführungstermin für die Rücklagenzuführungen und die Überschußabfuhr ergibt sich daraus, da diese Anweisungen erst nach Vorliegen der Gebarungsergebnisse anderer Ausgaben und Einnahmen ausgeführt werden können.

Zu Art. V

Der Auftrag zur Einhebung der Steuern und sonstigen Einnahmen nach den bestehenden Gesetzen ist eine Folgerung aus den Grundsätzen der Gesetzmäßigkeit und der doppelten gesetzlichen Bedingtheit der Finanzverwaltung (Art. 18 Abs. 1 und Art. 51 Abs. 2 und 3 B-VG).

Zu Art. VI

Durch diese Bestimmung wird, wie schon zu Art. II erwähnt, für die Bedeckung des Gesamtgebarungsabganges vorgesorgt, soweit diese durch Kreditoperationen erfolgen soll. Sie enthält die dem erwähnten Grundsatz der Gesetzmäßigkeit (Art. 18 Abs. 1 B-VG) entsprechend erforderlichen Abgrenzungen.

Auf Empfehlung des Staatsschuldenausschusses bei der Österreichischen Postsparkasse (gemäß § 5 Z. 3 Postsparkassengesetz 1969, BGBl. Nr. 458) soll bei der Determinierung der zulässigen Konditionen einer Kreditoperation auf eine unterschiedliche Begrenzung der Nominalverzinsung und der Effektivverzinsung verzichtet werden.

Da aber nur die Effektivverzinsung (Gesamtbelastung) eine vollständige Aussage über die tatsächliche Kreditbelastung ergibt, wurde von einer Begrenzung der Nominalverzinsung Abstand genommen.

Die zulässigen Konditionen wurden daher in Abs. 1 Z. 1 lit. b und c nur durch die Gesamtbelastung determiniert, und zwar unterschiedlich für Kreditoperationen in ausländischer (lit. b) und ausländischer (lit. c) Währung, weil das ungleiche Niveau auf den Märkten anhält. Das Zweieinhalbfache der in lit. b und c unterschiedlich festgelegten Berechnungsgrundlagen nimmt auf diese Situation auf den Märkten Bedacht.

Die Bestimmungen der letzten zwei Sätze des Abs. 1 Z. 1 nehmen auf Besonderheiten von Kreditbedingungen Bedacht, die erst nach Kreditaufnahme wirksam werden können und daher die Gesamtbelastung zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme rechnungsmäßig nicht erfassen lassen.

Zur Klarstellung von Begriffen, die in der im Abs. 1 Z. 1 lit. b aufgestellten Formel verwendet werden, sei bemerkt, daß bei Kreditoperationen mit verschiedenen Rückzahlungskursen jener Rückzahlungskurs der Berechnung zugrunde zu legen ist, der in die mittlere Laufzeit fällt. Für die Berechnung der mittleren Laufzeit ist folgende branchenmäßig übliche Formel anzuwenden:

$$\frac{1 + \text{tilgungsfreie Zeit} + \text{Gesamtlaufzeit}}{2}$$

Ist keine tilgungsfreie Zeit vertraglich vereinbart, ist die mittlere Laufzeit folgerichtig nach der Formel

$$\frac{1 + \text{Gesamtlaufzeit}}{2}$$

zu berechnen.

Beide Formeln sind nur bei den in der Regel vorkommenden ratenweisen Tilgungen anzuwenden. Erfolgt die Tilgung am Ende der Laufzeit (Einmaltilgung), ergibt sich folgerichtig, daß nicht die mittlere Laufzeit, sondern die gesamte Laufzeit im Nenner des obigen Bruches der Formel eingesetzt wird.

Der zulässige Stand der Verpflichtungen aus den zur vorübergehenden Kassenstärkung durchzuführenden Kreditoperationen wurde in Ziffer 2 des Abs. 1 von 4 auf 8 Milliarden Schilling erhöht, da zur Bedeckung des Ausfalles an Bundeseinnahmen aus Anlaß der Einführung der Mehrwertsteuer bis zur Gewinnung eines Überblickes über die erforderlichen mittel- und langfristigen Kreditoperationen vorerst Zwischenfinanzierungen zur kurzfristigen Kassenstärkung durchzuführen sein werden.

In den letzten Haushaltsjahren mußten unter anderem auf dem EURO-Dollarmarkt mittelfristige Kredite mit marktangleichenden variablen Zinsfüßen aufgenommen werden. Die im Abs. 2 vorgesehene Ermächtigung ermöglicht die Zinskorrekturen zu den jeweils herrschenden Marktverhältnissen bis zu einem Ausmaß der Gesamtbelastung für neue Kreditoperationen in in- oder ausländischer Währung.

Die Abgrenzung des Begriffes „Nettoerlös" wurde zwecks eindeutiger Klarstellung im Gesetzestext selbst (Abs. 5) vorgenommen.

Zu Art. VIII

Die in Ziffer 1 vorgenommene Änderung dient zur rechtlichen Klarstellung, daß einer Baurücklage auch Teilbeträge eines Ansatzes dann zugeführt werden können, wenn die Ansatzbezeichnung keinen Aufschluß über die mitveranschlagten Bauausgaben gibt, jedoch aus der Postenbezeichnung die Bereitstellung von Mitteln für Bauzwecke, und zwar für Neubauten, bauliche Instandhaltungen u. ä., ersichtlich ist.

Zu Art. IX

Die Betragsgrenze für den Gesamtrahmen der Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen wurde gegenüber dem BFG/72 von 50 auf 80 Millionen Schilling erhöht. Diese Änderung dient auch der Verwirklichung der im Art. 126 b B-VG für die gesamte Staatswirtschaft des Bundes verankerten Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, da die einzelnen Verfügungen im Rahmen des Gesamtwertes durch die finanzgesetzlichen Bestimmungen genau abgegrenzt sind.

Zu Art. X

Im Abs. 1 Z. 2 und Abs. 2 a (im BFG/72 Abs. 2) wurde der Hinweis auf den § 934 ABGB durch den Hinweis auf den § 10 des Bewertungsgesetzes insbesondere deshalb ersetzt, weil in der letzteren Bestimmung der gemeine Wert eingehender umschrieben ist als im ABGB.

Für die Uferschutz, und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen, die von den Ländern ausgeführt werden, gewährt der Bund nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes Bundesbeiträge; außerdem werden den Ländern im Rahmen der Bauhof- und Maschinenbewirtschaftung des Bundes für die vorgenannten Zwecke bundeseigene Geräte zur Verfügung gestellt. Der neue Abs. 2 a bezweckt durch die Veräußerung dieser Geräte an die Länder, wie aus dem Wortlaut dieser Bestimmungen entnommen werden kann, eine Verwirklichung der im Art. 126 b B-VG verankerten Grundsätze.

Zu Art. XI

Erläuterungen zum Dienstpostenplan sind dem gesonderten Druck „Anlage III zum BFG/73 — Dienstpostenplan für das Jahr 1973" beigeheftet.

Zu Art. XII und XIII

An Hand der Systemisierungspläne ist es möglich, die Voranschlagsbeträge „zu errechnen, sonst abzuschätzen, das tatsächliche Jahreserfordernis zu veranschlagen" und den „tatsächlichen Bedarf" nach diesen Ausgaben darzutun (Art. 6 P. VI und XV VEG.)

Die durchgeführten Änderungen dienen der Verdeutlichung in haushaltsrechtlicher Hinsicht.

Der Systemisierungsplan 1973 für Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge zeigt gegenüber dem Vorjahresplan Zunahmen von 376 Kraftfahrzeugen und eine Verminderung um zwei Wasserfahrzeuge. Die Anzahl der systemisierten Personenkraftwagen verringerte sich gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1972 um 74 Fahrzeuge und die der Motorräder um 61 Fahrzeuge; hingegen ist bei den Fahrzeugen für betriebliche Zwecke, den Lastkraftwagen und den Spezialfahrzeugen ein höherer Bedarf von rund 500 Fahrzeugen gegeben. Die wesentlichsten Steigerungen bei den Kraftfahrzeugen sind bei der Exekutive (+ 69), bei der Bundesstraßenverwaltung (+ 100) und bei den Bundesbetrieben Bundesforste, Post- und Telegraphenanstalt sowie Österreichische Bundesbahnen (insgesamt + 311) gegeben. Bei diesen zusätzlichen Fahrzeugen handelt es sich um Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge, die zur Bewältigung ausgeweiteter Aufgabenbereiche und zu Rationalisierungszwecken dringend erforderlich sind.

Zu den sonstigen Artikeln und den sonstigen Änderungen und Ergänzungen des Wortlautes des BFG/73 gegenüber dem des BFG/72

Die vorstehend nicht behandelten Bestimmungen des BFG/73, nämlich die

Art. VII betreffend die Ermächtigung zu Haftungsübernahmen,

Art. XIV betreffend den Wirksamkeitsbeginn des Bundesfinanzgesetzes und

Art. XV betreffend die Vollzugsklausel,

sind, von ihrer Beziehung auf das Jahr 1973 abgesehen, weder dem Inhalt noch dem Wortlaut nach geändert worden.

Die in den vorstehenden Erläuterungen nicht behandelten sonstigen Änderungen oder Ergänzungen des Wortlautes des BFG/73 gegenüber dem des BFG/72 dienen der Verdeutlichung in rechtlicher oder sprachlicher Hinsicht oder der Beziehung auf das Jahr 1973.

B. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1973 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1972 und 1971

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei

	Personal-aufwand	Sach-	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	4·8	7·8	12·6	0·1
1972 **)	5·8	8·7	14·5	0·1
1973 **)	6·0	9·2	15·2	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1972 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete sowie auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

Die höheren Sachaufwendungen gegenüber 1971 sind überwiegend durch die Aufwendungen für offizielle Staatsbesuche, ab 1973 auch durch die Auswirkung des Bezügegesetzes BGBl. Nr. 273/1972 bedingt.

Bezüge

Die Bezüge des Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, geregelt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Aufgaben

Der Wirkungskreis des Bundespräsidenten ist in Artikel 65 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 geregelt.

Ehrenzeichenkanzlei

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei. Die bei der Verleihung von Ehrenzeichen zu entrichtenden Verwaltungsabgaben regelt die Verordnung BGBl. Nr. 198/1956.

Das Statut für das Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich enthält die Verordnung BGBl. Nr. 54/1953 in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 199/1954 und 197/1956. Das Statut für das Österreichische Ehrenzeichen (Ehrenkreuz) für Wissenschaft und Kunst ist durch die Verordnung BGBl. Nr. 180/1956 geregelt.

Für Orden und Ehrenzeichen sind beim Ansatz 01008 0·83 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Titel 021 Nationalrat

	Personal-aufwand	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Mill. S		
1971 *)	15·3	100·8	116·1	2·2
1972 **)	20·4	115·8	136·2	2·5
1973 **)	22·4	174·2	196·6	3·8

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1972 ist auf die Erhöhung der Bezüge für die Bundesbediensteten und auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

Der vermehrte Sachaufwand ab 1972 ist im wesentlichen durch die Auswirkungen des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, durch die Erhöhung der Entschädigungen der Abgeordneten zum Nationalrat im Zusammenhang mit den Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten, die Intensivierung der parlamentarischen Tätigkeit und durch die höheren Beiträge zum Personal- und Sachaufwand sowie zur Öffentlichkeitsarbeit der parlamentarischen Klubs bedingt.

Ferner ist die Steigerung ab 1972 auch auf die Neufestsetzung der Mitgliederzahl des Nationalrates auf Grund der Nationalrats-Wahlordnung 1971, BGBl. Nr. 391/1970, zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Die Entschädigungen der Mitglieder des Nationalrates sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273 geregelt.

Die Beiträge zum Personal- und Sachaufwand der Parlamentarischen Klubs sind durch BGBl. Nr. 286/1963, in der Fassung BGBl. Nr. 108/1966, 50/1967 und 6/1971 geregelt.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemäß Artikel 24 Bundes-Verfassungsgesetz gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzesändernden Inhaltes sind, berufen und hat das Interpellations- und Resolutionsrecht. Ferner bedarf die Festsetzung von Eisenbahntarifen, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren und Preisen von Monopolgegenständen sowie von Bezügen der in Betrieben des Bundes ständig beschäftigten Personen der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates. Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Interparlamentarische Union (IPU)

Als Beitrag zur Interparlamentarischen Union, die ihren Sitz in Genf hat und der die Parlamente zahlreicher europäischer und außereuropäischer Staaten angehören, ist bei den gesetzlichen Verpflichtungen ein Betrag von 50.000 Schilling veranschlagt.

Zur Bestreitung der mit der Teilnahme österreichischer Parlamentarier an den Arbeiten der IPU verbundenen Kosten ist ein Betrag von 700.000 Schilling vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 022 Bundesrat

	Personal-aufwand	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Mill. S		
1971 *)	—	12·0	12·0	0·4
1972 **)	—	13·6	13·6	0·4
1973 **)	—	24·9	24·9	0·6

Unterschiede der Gebarung

Bei diesem Titel wird lediglich der Sachaufwand veranschlagt, der den Bundesrat im besonderen betrifft. Die übrigen Sachaufwendungen werden ebenso wie der gesamte Personalaufwand beim Titel 021 mitveranschlagt.

Die Mehrausgaben ab 1972 sind im wesentlichen auf die Auswirkungen des Bezügegesetzes und auf die Erhöhung der Entschädigungen der Mitglieder des Bundesrates im Zusammenhang mit den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Entschädigungen der Mitglieder des Bundesrates gelten dieselben gesetzlichen Bestimmungen wie für Mitglieder des Nationalrates.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemäß Art. 24 Bundes-Verfassungsgesetz gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Einspruchserhebung zu den vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüssen mit Ausnahme der in Art. 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzesändernden Inhaltes sind, zu.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	1·7	3·3	5·0	0·1
1972 **)	2·4	4·0	6·4	0·1
1973 **)	2·6	8·0	10·6	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ab 1972 ist auf die Bezugserhöhung für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand ab 1972 ist im wesentlichen durch die umfangreichere Aktenvorbereitung und die dadurch bedingte längere Dauer der Verhandlungsperioden sowie durch die Einrichtung der Amtsräume im Zuge der Generalsanierung des Amtsgebäudes Wien I, Judenplatz 11, ab 1973 insbesondere durch die höheren Entschädigungen der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes gemäß BGBl. Nr. 275/1972 verursacht.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit des Verfassungsgerichtshofes fußt auf den Artikeln 126 a und 137 bis 148 [1]) des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und auf folgenden einschlägigen Verfassungsgesetzen, Gesetzen, Verordnungen und Kundmachungen:

Verfassungsgerichtshofgesetz 1953, BGBl. Nr. 85/1953, in der Fassung BGBl. Nr. 11/1955, BGBl. Nr. 171/1956, BGBl. Nr. 18/1958, BGBl. Nr. 185/1964, BGBl. Nr. 297/1964 und BGBl. Nr. 275/1972, Unvereinbarkeitsgesetz, BGBl. Nr. 294/1925 (Novelle: BGBl. Nr. 100/1931) und Kundmachung des Bundeskanzleramtes, betreffend die Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Die Aufgaben des Verfassungsgerichtshofes sind sehr vielseitig. Er entscheidet

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder oder Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg ausgetragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde erledigt werden können,

über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Staatsverträgen sowie über die Gesetzmäßigkeit von Verordnungen,

nach Erschöpfung des Instanzenzuges über Beschwerden wegen Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte der Parteien,

über die Anfechtung von Wahlen in die allgemeinen Vertretungskörper und in die Kammern sowie über Anträge auf Erklärung von Mandatsverlusten,

über Ministeranklagen,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verwaltungsgerichtshof und allen anderen Gerichten (auch zwischen sich selbst und dem Verwaltungsgerichtshof) sowie zwischen Bund und Ländern und Ländern untereinander,

bei Meinungsverschiedenheiten über die Einschaubefugnisse des Rechnungshofes.

Auf Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung hat der Verfassungsgerichtshof festzustellen, ob ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Letzte Novellierung: BGBl. Nr. 212/1964.

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Ein-nahmen
		Mill. S		
1971 *)	16·2	2·0	18·2	0·9
1972 **)	19·5	2·0	21·5	0·7
1973 **)	20·7	2·0	22·7	0·9

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1972 ist auf die Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand in den Jahren 1972 und 1973 ist im wesentlichen durch Mehrausgaben für Brennstoffe und durch Ausgaben im Zusammenhang mit dem geplanten Fernheizwerk sowie dem dringend notwendigen Nachholbedarf bei den veralteten Einrichtungsgegenständen bedingt.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofes sind Artikel 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 und folgende einschlägige Bundesgesetze, beziehungsweise sonstige Normen maßgebend:

Bundesverfassungsgesetz vom 9. Oktober 1946 über die Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, BGBl. Nr. 211, in der Fassung der Bundesverfassungsgesetze vom 12. Juli 1962, BGBl. Nr. 205, und vom 18. Juli 1962, BGBl. Nr. 215, sowie des Bundesverfassungsgesetzes vom 15. Juli 1964, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz neuerlich abgeändert wird, BGBl. Nr. 212, Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965, BGBl. Nr. 2, in der Fassung BGBl. Nr. 459/1969, einschließlich der Verordnung des Bundeskanzleramtes vom 4. Jänner 1965, BGBl. Nr. 4, die Bundesgesetze vom 1. Februar 1946 und vom 10. Dezember 1947, womit Bestimmungen über die Altersgrenze der Mitglieder des Verwaltungsgerichtshofes getroffen werden, BGBl. Nr. 57/1946 und Nr. 13/1948, sowie die Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 9. März 1965, betreffend die Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Ihm obliegt gemäß Artikel 130 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Entscheidung über Beschwerden — mit Ausnahme der in Artikel 133 des Bundes-Verfassungsgesetzes angeführten Angelegenheiten —, mit denen Rechtswidrigkeit von Bescheiden der Verwaltungsbehörden oder Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden behauptet wird.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 06 Rechnungshof

	Personal-aufwand	Sach-	Summe	Ein-nahmen
		Mill. S		
1971 *)	26·1	8·8	34·9	0·2
1972 **)	33·4	10·0	43·4	0·2
1973 **)	37·4	13·1	50·5	0·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1972 hat seine wesentlichen Ursachen in den Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, in einer Zunahme der Anzahl der Prüfungsbeamten und in der Neuregelung des Zulagenwesens.

Der höhere Sachaufwand ab 1972 ist hauptsächlich auf die Mehrerfordernisse bei den Inlandreisen infolge verstärkter Prüfungstätigkeit, höhere Aufwandsentschädigungen und auf zusätzliche Kosten der Anmietung weiterer Büroräume, ab 1973 auch noch auf die Auswirkung des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, zurückzuführen.

Beim Ansatz 1/06008 „Generalsekretariat der INTOSAI" (bis zum Jahre 1972 als „Sekretariat der Obersten Rechnungskontrollbehörden" bezeichnet) sind die Kosten eines weiteren UN-INTOSAI-Seminars für leitende Rechnungshofbeamte in Entwicklungsländern im Jahre 1973 mit 1·3 Millionen Schilling vorgesehen.

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Bezüge des Präsidenten und Vizepräsidenten

Die Bezüge des Präsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273 (Bezügegesetz), geregelt.

Der Vizepräsident des Rechnungshofes ist gemäß § 21 des Rechnungshofgesetzes 1948 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 22. Juli 1959, BGBl. Nr. 179, in den Bezügen den Staatssekretären gleichgestellt.

Gesetzliche Grundlagen

Der Rechnungshof übt seine Tätigkeit auf Grund des Bundesgesetzes vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, aus.

Die Funktion des Vizepräsidenten des Rechnungshofes wurde mit Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 171/1959, geschaffen.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung der gesamten Wirtschaft des Bundes und der Gebarung des selbständigen Wirkungskreises der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mehr als 20.000 Einwohnern) sowie der Gebarung der Träger der Sozialversicherung.

Der Rechnungshof hat auch die Gebarung jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu erstellen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Die Kosten des Generalsekretariates der INTOSAI [1]) (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden), mit dessen ständiger Führung der österreichische Rechnungshof vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut wurde, werden seit 1966 unter dem gesonderten Ansatz 1/06008 veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Titel 100 Bundeskanzleramt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	60·0	133·4	193·4	12·3
1972 **)	66·1	116·4	182·5	17·3
1973 **)	81·0	221·8	302·8	19·6

Unterschiede der Gebarung

Der Mehrbedarf beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung des veranschlagten Standes um fünfundzwanzig Bedienstete, die allgemeinen Bezugserhöhungen sowie die Auswirkung der Neugestaltung des Nebengebührenrechtes zurückzuführen.

Die Unterschiede beim Sachaufwand sind der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Bezugsvorschüsse	1·1	1·3	1·4
Leistungen gemäß BGBl. Nr. 272/1972	—	—	32·3
Sondermaßnahmen der Bundesregierung	9·8	5·3	1·6
Bezüge für die Regierungsmitglieder	8·2	10·2	18·4
Ausgaben für Landeshauptmänner	— [1])	— [1])	14·1
Ruhe- und Versorgungsgenüsse gemäß BGBl. Nr. 297/1964 und 273/1972	10·9	12·5	23·5
Amtssitzabkommen IAEO und UNIDO	21·0	23·4	33·2
OECD-Beitrag	7·8	8·7	12·4
Repräsentationsausgaben ..	3·5	2·0	2·8
Kurzwellenfunk	29·0	10·0	32·0
Austria Presse Agentur	2·7	2·9	3·1
Austria Wochenschau	2·0	2·0	3·0
Bundespressedienst	13·6	8·4	10·0
Raumordnungskonferenz ..	0·5	0·9	1·1
Bundesgesetzblatt	6·0	6·4	6·8
Familienpolitik	—	1·2	1·4
Übrige Gebarung	17·3	21·2	24·7
Summe ...	133·4	116·4	221·8

Der Mehrbetrag im Jahre 1973 gegenüber 1972 bei der „Übrigen Gebarung" ergibt sich im wesentlichen aus dem Aufwand für Experten aus der Wirtschaft, für Fragen des Einsatzes von EDV-Anlagen im Bundesbereich im Betrage von 0·90 Millionen Schilling, für die Einrichtung und den Betrieb der Verwaltungsschule des Bundes und des Büros für Raumplanung im Betrage von 0·35 bzw. 1·30 Millionen Schilling. Die Aufwandsentschädigungen (einschließlich Auslandszulagen) werden um 0·35 Millionen Schilling über dem im Vorjahr veranschlagten Betrag liegen, für die Mikroverfilmung von Aktenmaterial sind erstmalig 0·50 Millionen Schilling vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Bis zum Inkrafttreten des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, bei Kapitel 11 verrechnet.

Verwaltungsaufwand

Dieser Ansatz berücksichtigt die Aufwendungen aller Sektionen des Bundeskanzleramtes einschließlich der österreichischen Delegation bei der OECD in Paris. Des weiteren sind hier auch die Aufwendungen aus der Funktion der Geschäftsführung des auf Grund des ERP-Fonds-Gesetzes, BGBl. Nr. 207/1962, am 1. Juli 1962 errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten ERP-Fonds berücksichtigt. Diese werden dem Bund gemäß § 23 Abs. 1 des vorgenannten Gesetzes ersetzt und beim Ansatz 2/10004 vereinnahmt.

Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind neben den Rückzahlungsraten des Investitionskredites für die Erste Wiener Hotel AG (provisorischer Amtssitz der IAEO) 32·30 Millionen Schilling für Leistungen nach BGBl. Nr. 272/1972 (Bundesgesetz über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik) vorgesehen.

Förderungsausgaben

Die „Förderungsausgaben" in der Höhe von 2·00 Millionen Schilling betreffen eine Vorsorge für Sondermaßnahmen der Bundesregierung, sowie Subventionen für den Österreichischen Presseklub, den Verband der Auslandspresse, das Internationale Institut für Menschenrechte, die Gesellschaft für Statistik und Informatik und schließlich für IAEO-Stipendien.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Die unter diesem Ansatz veranschlagten Entschädigungen des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers, der Bundesminister und der Staatssekretäre in der Höhe von 18·47 Millionen Schilling sind im Bundesgesetz über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Bundes, BGBl. Nr. 273/1972 (Bezügegesetz), geregelt.

Weiters ist für die Verpflichtungen der Bundesregierung aus dem Amtssitzabkommen mit der „Internationalen Atomenergie-Organisation" (IAEO), BGBl. Nr. 82/1958 (ergänzende Vereinbarung: BGBl. Nr. 82/1965) und aus dem mit der „Organisation der Vereinten Nationen

für Industrielle Entwicklung" (UNIDO), BGBl. Nr. 245/1967, ein Betrag von 27·05 Millionen Schilling veranschlagt. Die Steigerung gegenüber den Vorjahren ergibt sich aus der Vorsorge für den erhöhten Raumbedarf der IAEO und durch Zahlungen an die Gemeinde Wien für Aufwendungen für die UNIDO.

Hier sind auch noch die Ruhebezüge und Versorgungsgenüsse gemäß BGBl. Nr. 273/1972 für ehemalige Präsidenten des Rechnungshofes, Landeshauptmänner und Mitglieder der Bundesregierung bzw. deren Angehörige und die Ruhe- und Versorgungsgenüsse an ehemalige Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes bzw. deren Angehörige gemäß BGBl. Nr. 297/1964, veranschlagt. Der Mehrbetrag gegenüber den Vorjahren ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 275/1972 begründet.

Für den Mitgliedsbeitrag Österreichs für OECD [2]) ist mit 12·43 Millionen Schilling vorgesorgt. Er wurde auf Grund des im Zeitpunkt des Budgeterstellung für Österreich maßgebenden prozentmäßigen Kostenanteils an den einzelnen Budgetgruppen dieser Organisationen errechnet. Für eine fällig werdende Nachzahlung zu den Betriebskosten der EUROCHEMIC [3]) sind 2·20 Millionen Schilling vorgesehen.

Erstmalig sind hier die Bezüge der Landeshauptmänner, die Ersätze an Länder für deren Kraftwagenlenker und die Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 273/1972, § 13, veranschlagt.

Sonstige Aufwandskredite

In den unter „Sonstige Aufwandskredite" vorgesehenen 53·80 Millionen Schilling ist der Aufwand für den Bundespressedienst in Höhe von 10·00 Millionen Schilling, der Aufwand für die Repräsentationsausgaben der Bundesregierung mit 2·80 Millionen Schilling, ein Entgelt für Leistungen der Austria-Wochenschau-Ges.m.b.H. mit 3·00 Millionen Schilling, die Abonnementgebühr an die Austria Presse Agentur mit 3·10 Millionen Schilling, der Kostenanteil des Bundes für die Organe der Raumordnungskonferenz mit 1·13 Millionen Schilling und eine Entschädigung für den Auslandsdienst des Kurzwellenfunks (gemäß Rundfunkgesetz BGBl. Nr. 195/1966) in Höhe von 32·00 Millionen Schilling enthalten. Der Aufwand für die Bibliothekserfordernisse der Administrativen Bibliothek im Bundeskanzleramt ist mit 0·48 Millionen Schilling und die Aufwendungen für die Anmietung von Wohnungen für Bundesbedienstete mit 0·30 Millionen Schilling veranschlagt. Weiters sind für Leistungen im Rahmen des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Verwendung der Atomenergie (BGBl. Nr. 85/1970) 0·79 Millionen Schilling veranschlagt. Diese Kosten werden von den Leistungsempfängern dem Bund zur Gänze ersetzt und beim Ansatz 2/10004 vereinnahmt.

Die Administrative Bibliothek wurde im Jahre 1849 beim Innenministerium gegründet und ressortiert seit 1923 zum Bundeskanzleramt. Sie ist die Amtsbibliothek des Bundeskanzleramtes, steht jedoch auch allen anderen Wiener Behörden zur Verfügung. Sie enthält vor allem Gesetzessammlungen und verwaltungswissenschaftliche Werke. Sie hat ebenso wie die Nationalbibliothek und die Wiener Universitätsbibliothek Anspruch auf ein Pflichtexemplar [4]) von jedem in Österreich erscheinenden Buch.

Der Aufwand für den Bundespressedienst betrifft unter anderem Informationsaufgaben im Ausland, die vom Bundeskanzleramt (Bundespressedienst) durchgeführt werden. Die den Vertretungsbehörden im Ausland für allgemeine Informationszwecke zugewiesenen Ausgabenbeträge sind bei Kapitel 20 veranschlagt.

Ansatz 10038 Bundesgesetzblatt

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben, die mit der Herausgabe und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes zusammenhängen, veranschlagt. Der Druck und Vertrieb des Bundesgesetzblattes erfolgt durch die Österreichische Staatsdruckerei.

Das Bundesgesetz vom 7. Dezember 1920, BGBl. Nr. 33 [5]), enthält die entsprechenden Bestimmungen über das Bundesgesetzblatt.

Ansatz 10046 Familienpolitische Maßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die zur Förderung von Verbänden und Institutionen, die auf dem Gebiet der Familienpolitik tätig werden, vorgesehenen Mittel veranschlagt.

Die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes ergibt sich aus dem Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, Abschnitt VIII § 20.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	12·1	1·9	14·0	0·3
1972 **)	13·0	1·9	14·9	0·3
1973 **)	15·4	1·9	17·3	0·3

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist durch Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete und die Neugestaltung des Nebengebührenrechtes bedingt.

[2]) OECD = Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).

[3]) European Company for the Chemical Processing of Irradiated Fulls.

*) Erfolg.

**) Bundesvoranschlag.

[4]) Gemäß BGBl. Nr. 218/1922.

[5]) In der derzeit geltenden Fassung, wiederverlautbart BGBl. Nr. 293/1972.

Allgemeines

Das Österreichische Staatsarchiv besteht aus fünf Abteilungen, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv, dem Allgemeinen Verwaltungsarchiv, dem Finanz- und Hofkammerarchiv, dem Verkehrsarchiv und dem früheren Kriegsarchiv.

Die Archive der mittelbaren Bundesverwaltung in den Ländern werden ab 1948 nach dem Finanzausgleich von den Ländern erhalten.

Örtlich und persönlich beim Österreichischen Staatsarchiv wird das Archivamt geführt, das das Denkmalschutzgesetz hinsichtlich der Archivalien vollzieht. Es hat seine rechtliche Grundlage in den Bestimmungen des Kulturgüterschutzgesetzes, StGBl. Nr. 90/1918, § 13, in der Fassung BGBl. Nr. 282/1958 sowie des Denkmalschutzgesetzes, BGBl. Nr. 533/1923, § 7 Abs. 2 letzter Satz und § 16, in der Fassung der EGVG.-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, Art. 3.

Förderungsausgaben

Für die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind, ist ein Betrag von 0·01 Millionen Schilling vorgesehen.

Sonstige Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz ist für die dem Archivamt obliegende behördliche Tätigkeit zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen bei in privatem Eigentum stehenden Archivalien budgetär vorgesorgt. 0·02 Millionen Schilling sind für den Ankauf von Archivstücken veranschlagt.

Titel 102 Statistisches Zentralamt

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	89·1	48·6	137·7	2·4
1972 **)	103·0	73·9	176·9	2·8
1973 **)	114·1	74·4	188·5	3·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ergibt sich aus der Bezugserhöhung für Bundesbedienstete und der Auswirkung der Neugestaltung des Nebengebührenrechtes vermindert um den Aufwand von 114 Bediensteten.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist im wesentlichen auf die Miet- und Adaptierungskosten für ein leistungsfähigeres Datenverarbeitungssystem und die Aufwendungen für den Kongreß des Internationalen Statistischen Institutes zurückzuführen, welchen Minderausgaben bei den Mietkosten für zusätzliche Räumlichkeiten und bei den „Gesetzlichen Verpflichtungen" betreffend Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 148/1972 gegenüberstehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Aufgaben

Für die Tätigkeit des Statistischen Zentralamtes sind folgende Gesetze und Verordnungen maßgebend: BGBl. Nr. 11/1947, 21/1947, 40/1948, 159/1950, 52/1951, 28/1953, 130/1954, 223/1955, 137/1958, 188/1958, 215/1958, 54/1963, 91/1965 (Bundesstatistikgesetz), 3/1966, 5/1966, 12/1966, 31/1966, 301/1967, 334/1967, 383/1967, 67/1968 und 161/1968. Im Statistischen Zentralamt werden zentral die meisten Zweige der Statistik bearbeitet, insbesondere auch die Außenhandelsstatistik, die Agrarstatistik, die Finanzstatistik, die Wohnbaustatistik, die gewerbliche Produktionsstatistik und die Statistik des Volkseinkommens.

Neben den laufenden Arbeiten werden jeweils auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen statistische Erhebungen besonderer Art durchgeführt.

Gesetzliche Verpflichtungen

Gemäß BGBl. Nr. 91/1965, § 7 Abs. 7, hat der Bund den Gemeinden auf Antrag, die ihnen bei der Mitwirkung an statistischen Erhebungen entstehenden Kosten in Form eines Pauschalbetrages abzufinden.

Für Restzahlungen gemäß BGBl. Nr. 148/1972, § 4 sind im Jahre 1973 noch 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Handelsstatistische Gebühren

Für Anmeldungen zum Zwecke der amtlichen Handelsstatistik sind Gebühren in Bundesstempelmarken auf Grund des Gebührengesetzes, BGBl. Nr. 267/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 137/1958, 115/1963 und 87/1965 zu entrichten. Diese werden bei dem Ansatz 2/525 „Stempel- und Rechtsgebühren" verrechnet. Die Höhe der Gebühr ist im Abschnitt IV des Handelsstatistischen Gesetzes, BGBl. Nr. 137/1958 und den Bundesgesetzen BGBl. Nr. 115/1963 und 87/1965 geregelt; dieser Abschnitt ergänzt das Gebührengesetz (BGBl. Nr. 267/1957) und wurde im § 14 als Tarifpost 16 eingebaut.

Kapitel 11 Inneres

Titel 110 Bundesministerium für Inneres

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	97·1	33·4	130·5	15·4
1972 **)	109·5	39·3	148·8	15·7
1973 **)	134·1	55·5	189·6	18·5

Der Voranschlag umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums für Inneres (Zentralstelle) einschließlich der Gebarung aus Bezugsvorschüssen.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ab 1972 ist auf die gesetzlich festgesetzten Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten, auf die Veranschlagung der Dienstgeberbeiträge zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter beim Ressortkapitel, ab 1973 auch auf die Einführung der Verwaltungsdienstzulage zurückzuführen.

Die Steigerung des Sachaufwandes im Jahre 1973 ergibt sich im wesentlichen durch die allgemeinen Kosten für die Isolierung der im Steinfeld lagernden Kampfstoffgranaten sowie durch die Einrichtung einer Verkehrsinformationszentrale, weiters durch die Abhaltung der Generalversammlung der INTERPOL in Wien, außerdem durch eine höhere Festsetzung der Bezugsvorschüsse sowie der Aufwandskredite/Gesetzliche Verpflichtungen.

Durch höhere Bezugsvorschußersätze tritt eine Einnahmensteigerung ein.

Förderungsausgaben

Im Rahmen des Sachaufwandes sind 1973 Förderungszuwendungen in Höhe von 359.000 S vorgesehen.

Gesetzliche Verpflichtungen

Bei diesem Ansatz sind die Beiträge Österreichs zur Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol, 863.000 S) und zur Internationalen Zivilstandskommission (25.000 S) veranschlagt.

Aufwandskredite

Diese Ausgaben dienen zum Betrieb des kriminaltechnischen Labors. Außerdem sind hier erstmals Ausgaben für die Sicherheitsverwaltung veranschlagt, die früher unter der Budgetpost Zentralausgaben bei den Aufwandskrediten für die Bundespolizei und die Bundesgendarmerie vorgesehen waren.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	26·9	3·9
1972 **)	29·9	6·6
1973 **)	28·2	7·9

Im einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1971[*])	1972**)	1973**)
	Mill. S		
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	6·3	7·3	8·2
Zivilschutz: [1])			
Bereich Inneres	2·8	[2])4·4	[2])5·3
Vorsorge für alle Ressorts	—		
Wahlkosten	11·7	10·8	6·3
Wanderungswesen	0·2	0·2	0·5
Entminungsdienst	0·2	0·2	1·1
Grenzangelegenheiten	0·1	0·1	0·1
Österreichisches Polizeikontingent in Cypern	5·6	6·9	6·7
Summe ...	26·9	29·9	28·2

Unterschiede der Gebarung

Bei der Flugpolizei und dem Flugrettungsdienst sind die Anlagenbeträge gegenüber den Vorjahren höher veranschlagt, da 1973 mehr Ersatzteile für Luftfahrzeuge angeschafft werden.

Die höhere Veranschlagung der Ausgaben des Zivilschutzes im Jahre 1973 ergibt sich durch Einrichtung einer Ringleitung für den Alarm- und Warndienst.

Die Verminderung bei den Wahlkosten ist darauf zurückzuführen, daß 1973 nur mehr Restkosten für die Wahl des Bundespräsidenten im Jahre 1971 und für die Nationalratswahl im Jahre 1971 zu leisten sind.

Der Mehraufwand beim Wanderungswesen ist für Darlehen an heimzubefördernde Österreicher bestimmt. Die höheren Ausgaben des Entminungsdienstes dienen zur Anschaffung verschiedener Anlagegüter, die zur Isolierung der Kampfstoffgranaten im Steinfeld benötigt werden.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Ansatz 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen finanziellen Ausgleiche bei den Ressorts, und zwar im wesentlichen bei folgenden Ansätzen des ordentlichen Haushaltes:
1733 6409 6513
6000 6514
[2]) Vergleichbarer Erfolgsbetrag 1971: 4·6 Mill. S.

Der Mehraufwand für das Österreichische Polizeikontingent in Cypern ab 1972 ist auf die Erhöhung des Personalstandes zurückzuführen.

Die Einnahmensteigerung ab 1972 ist im wesentlichen auf höhere Ersätze der Vereinten Nationen für das Österreichische Polizeikontingent in Cypern zurückzuführen.

Ansatz 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst

Unter „Flugpolizei" ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits- und ordnungspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst" hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 10 Hubschrauber, 6 Motorflugzeuge (5 Einsatzflugzeuge, 1 Schulflugzeug) und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die sechs Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Ansatz 1111 Zivilschutz

Der für 1973 vorgesehene Betrag von 5,275.000 S ist der Gesamtbetrag für alle mit Zivilschutzangelegenheiten befaßten Ressorts.

Im Bereiche des Bundesministeriums für Inneres soll die Ausrüstung der Strahlenspürtrupps mit technischen Geräten weiter fortgesetzt werden. Weiters sind ebenso wie in den Jahren 1971 und 1972 Förderungsmaßnahmen vorgesehen. Bei den Aufwandskrediten sind erstmalig die Mietkosten für die Ringleitung für den Alarm- und Warndienst veranschlagt. Ansonsten dienen die Aufwandskredite hauptsächlich zur Fortsetzung der Aufklärungs-, Kurs- und Lehrtätigkeit im Bereiche des Bundesministeriums für Inneres.

Ansatz 11127 Wahlkosten

Bei diesem Ausgabenansatz ist für die restlichen Ersätze an Gemeinden für die Nationalratswahl am 10. Oktober 1971 BGBl. Nr. 391/70, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 194/1971) und die Wahl des Bundespräsidenten am 25. April 1971 gemäß § 24 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971, BGBl. Nr. 57, vorgesorgt. Weiters sind hier Ersätze an Gemeinden gemäß § 12 des Wählerevidenzgesetzes 1970, BGBl. Nr. 60 (in der Fassung BGBl. Nr. 289/1971) sowie das Volksabstimmungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 248/62 (in der Fassung BGBl. Nr. 230/1972) vorgesehen.

Ansatz 1113 Wanderungswesen

Für das Wanderungswesen ist laut Art. 10 Abs. 1, Z. 3 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Bund zuständig.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben werden vornehmlich Ausgaben für die Rückführung bedürftiger Österreicher aus dem Ausland nach Österreich und Rücksiedlungshilfen für Südtiroler Optanten veranschlagt. Für diese Ausgaben sowie für die Auswandererfürsorge sind insgesamt 32.000 S vorgesehen. Hiezu kommen noch 482.000 S, die für Darlehen an heimzubefördernde Österreicher bestimmt sind.

Aufwandskredite

Der veranschlagte Betrag von 4000 S dient der Beschaffung und Auswertung von Informationen über die Verhältnisse in jenen Ländern, welche für eine Auswanderung in Frage kommen sowie zur Bestreitung sonstiger Ausgaben im Zusammenhang mit Heimbeförderungen.

Einnahmen

Hier sind die Rückzahlungen der Darlehen für Heimbeförderungskosten veranschlagt.

Ansatz 11143 Entminungsdienst

Dem Entminungsdienst obliegt die Bergung und allfällige Vernichtung von Kriegsmunition aller Art, die über der Erde, in der Erde und in Gewässern vorgefunden wird.

Im Bundesgebiet verfügt der Entminungsdienst über Einsatzkommandos in Wien (Zentrale für Wien, Niederösterreich und das nördliche Burgenland), Graz (für Steiermark, Kärnten und das südliche Burgenland) und Linz (für Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg).

Ansatz 11158 Grenzangelegenheiten

Die Ausgaben dieses Ansatzes dienen im Sinne des Art. 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Kenntlichmachung der Staatsgrenze für die Allgemeinheit.

Ansatz 1116 Österreichisches Polizeikontingent in Cypern

Österreich wirkt an den friedenserhaltenden Operationen der Vereinten Nationen auf der

Insel Cypern unter anderem durch die Beistellung eines Polizeikontingentes mit. Derzeit beträgt der Stand des Kontingentes 55 Mann.

Die Entsendung österreichischer Einheiten in das Ausland zur Hilfeleistung auf Ersuchen internationaler Organisationen wurde mit Bundes-Verfassungsgesetz vom 30. Juni 1965, BGBl. Nr. 173, geregelt. Das Abkommen mit den Vereinten Nationen über die Entsendung von Einheiten nach Cypern ist am 28. Februar 1966 in Kraft getreten (BGBl. Nr. 60/1966).

Titel 112 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	9·7	0·1
1972 **)	11·0	0·1
1973 **)	2·0	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Verminderung gegenüber dem Vergleichzeitraum ist im wesentlichen durch den Wegfall des Ansatzes 1120 „Politische Behörden", welcher auf Grund des Bundesgesetzes vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, erstmalig bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt" vorgesehen wurde, bedingt.

Ansatz 1121 Kriegsgräberfürsorge

Die Aufgaben der Kriegsgräberfürsorge werden von den Ämtern der Landesregierungen wahrgenommen. Die Ausgaben betreffen die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des ersten und des zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ.-, Anhalte- und Arbeitslager.

Auf die Bundesgesetze über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem ersten und zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948, und über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, sowie auf Artikel 19 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, wird verwiesen.

Titel 113 Bundespolizei

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	1.293·3	217·2	1.510·5	62·0
1972 **)	1.388·8	227·4	1.616·2	63·6
1973 **)	1.549·6	240·7	1.790·3	67·1

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1972 ist auf Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, auf die Veranschlagung der Dienstgeberbeiträge zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter beim Ressortkapitel, ab 1973 auch auf die Einführung der Verwaltungsdienstzulage zurückzuführen.

1973 tritt eine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes ein, die — ebenso wie die Erhöhung 1972 gegenüber 1971 — durch den weiteren Ausbau der elektronischen Datenverarbeitungsanlage bei der Polizeidirektion Wien und durch die Errichtung von Datenstationen für EKIS [3]) in drei Landeshauptstädten verursacht wird. Außerdem werden im Jahre 1973 zusätzlich Mittel für die Ausstattung des neuen Polizeidirektionsgebäudes in Wien mit Möbeln und sonstigen Einrichtungsgegenständen benötigt.

Die Anlagenbeträge für 1973 wurden gegenüber 1972 um 10,810.000 Schilling erhöht. Die Erhöhung resultiert in erster Linie aus der Anschaffung von Amtsausstattung und Fernmeldeeinrichtungen für das neue Polizeidirektionsgebäude in Wien.

Die Einnahmen setzen sich im wesentlichen aus Verwaltungsstrafgeldern, Bundes-Überwachungsgebühren, Erlösen aus dem Verkauf von Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge, Einnahmen der Dienstküchen und aus den Kostenbeiträgen für die wiederkehrende Überprüfung von Kraftfahrzeugen zusammen.

Aufgaben

In den wichtigeren Städten werden die Polizeiagenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen. Der Wirkungsbereich dieser Bundespolizeibehörden richtet sich nach den von der Bundesregierung gemäß Artikel 102, Absatz 6 Bundesverfassungsgesetz erlassenen Verordnungen. [4])

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 7 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt und Eisenstadt sowie in 7 Bundespolizeikommissariate: Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 13 Grenzpolizeistellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

Einnahmen

Die Einnahmen an Verwaltungsstrafen und Verfallserlösen ergeben sich vor allem auf Grund des Verwaltungsstrafgesetzes 1925, BGBl.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[3]) EKIS = Elektronisches kriminalpolizeiliches Informationssystem.
[4]) Siehe BGBl. Nr. 103/1970.

Nr. 275 [5]), ferner auf Grund des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1925, BGBl. Nr. 274 [5]), des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes 1925, BGBl. Nr. 276 [5]), und des Devisengesetzes 1946, BGBl. Nr. 162. Die Kommissionsgebühren werden auf Grund der Bundeskommissionsgebührenverordnung 1954, BGBl. Nr. 102, die Überwachungsgebühren auf Grund des Bundes-Überwachungsgebührengesetzes, BGBl. Nr. 214/1964 [6]), eingehoben. Die Einhebung der Kostenbeiträge für die wiederkehrende Überprüfung von Kraftfahrzeugen erfolgt auf Grund des KFG. 1967, BGBl. Nr. 267/1967, in der Fassung Kraftfahrgesetz-Novelle 1971, BGBl. Nr. 285.

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.	20·0
Sonstiges	0·3
Zusammen ..	20·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Mill. S
Beschaffung von Massasorten	20·1
Fondsaufwand	0·2
Zuführung an Rücklagen	—
Zusammen ..	20·3

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen	0·003
Sonstiges	0·256
Zusammen ..	0·259

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Mill. S
Unterstützungen	0·206
Zuführung an Rücklagen	0·053
Zusammen ..	0·259

Titel 114 Bundesgendarmerie

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	1.056·8	228·1	1.284·9	10·9
1972 **)	1.110·2	247·1	1.357·3	10·3
1973 **)	1.209·6	247·8	1.457·4	10·9

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ab 1972 ist auf Bezugserhöhungen für Bundesbedienstete, auf die Veranschlagung der Dienstgeberbeiträge zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter beim Ressortkapitel, ab 1973 auch auf die Einführung der Verwaltungsdienstzulage zurückzuführen.

Im Sachaufwand 1973 tritt gegenüber den Aufwendungen in den Vorjahren bei den Anlagen eine Erhöhung ein. Die erhöhten Anlagenbeträge dienen dem Ausbau der technischen Ausstattung der Bundesgendarmerie. Die Ausgabenbeträge des Verwaltungsaufwandes und die Aufwandskredite wurden gegenüber dem Vorjahr geringfügig vermindert.

Die Einnahmenentwicklung zeigt in den einzelnen Jahren nur geringfügige Veränderungen.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen. Sie wurde auf Grund des § 20 des Behördenüberleitungsgesetzes 1945, StGBl. Nr. 94, und der 2. Behördenüberleitungsgesetznovelle 1946, BGBl. Nr. 64, als bewaffneter Wachkörper eingerichtet.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden (mit 9 Technischen Gendarmerieabteilungen, 8 Schulabteilungen, 8 Gendarmerieverkehrsabteilungen, 8 Gendar-

[5]) Wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 172/1950.
[6]) Verordnung: BGBl. Nr. 113/1965 in der Fassung BGBl. Nr. 415/1972.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

merieerhebungsabteilungen, 10 Gendarmerieerhebungsexposituren), 40 Gendarmerieabteilungskommanden, 88 Bezirksgendarmeriekommanden, 1131 Gendarmerieposten und Gendarmerieexposituren sowie 1 Gendarmeriezentralschule.

Massafonds der Bundesgendarmerie

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	22·7
Entnahmen aus Rücklagen	2·1
Sonstiges	0·3
Zusammen	25·1

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Mill.
Beschaffung von Massasorten	24·7
Fondsaufwand	0·4
Zusammen	25·1

Titel 115 Besondere Einrichtungen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	13·1	13·8	26·9	2·6
1972 **)	14·0	15·0	29·0	2·5
1973 **)	16·2	13·7	29·9	2·9

Unterschiede der Gebarung

Im Jahre 1973 tritt eine Erhöhung des Personalaufwandes ein, die auf die neuerliche Bezugserhöhung der Bundesbediensteten sowie auf die Einführung der Verwaltungsdienstzulage zurückzuführen ist.

Infolge Verringerung des Flüchtlingsstandes wurde der Sachaufwand für die Flüchtlingslager um 1·4 Millionen Schilling vermindert. Bei der Pflegeanstalt Thalheim blieben die Ausgaben infolge Sinkens des Patientenstandes trotz Preiserhöhungen unverändert. Beim Öffentlichen Denkmal und Museum Mauthausen treten infolge der vermehrten Instandsetzungsarbeiten Mehraufwendungen von 0·1 Millionen Schilling ein.

Die Erhöhung der Einnahmen ist vor allem auf den Kostenersatz der im Lager Kreuzen untergebrachten Gendarmerieschüler zurückzuführen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Im einzelnen teilen sich die Ausgaben wie folgt auf:

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Flüchtlingslager	19·8	21·4	21·2
Pflegeanstalt Thalham	5·9	6·3	7·2
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen	1·2	1·3	1·5
Summe	26·9	29·0	29·9

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. Nr. 55/1955 und BGBl. Nr. 126/1968).

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948, sowie der Artikel 19 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955.

Förderungsausgaben

Vorgesehen ist ein Beitrag von 780.000 Schilling zu den Programmen des UN-Flüchtlingshochkommissars und ein Beitrag von 328.000 Schilling zu den Kosten der Flüchtlingstransporte des ICEM (Zwischenstaatliches Komitee für Europäische Auswanderung).

Beiträge

Die Beitragsquote zum Administrativaufwand des ICEM wurde für Österreich für 1973 mit 1·25% festgesetzt; sie beträgt 862.000 Schilling. Darüber hinaus ist 1973 ein Pflichtbeitrag zum Operationsbudget von 132.000 Schilling zu leisten.

Einnahmen

Die in den Lagern und in der Pflegeanstalt Thalham untergebrachten Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Kost und Quartier zu entrichten.

Die Besucher des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen bezahlen Eintrittsgebühren, die für die Instandhaltung des Denkmals verwendet werden.

Lager und Insassen

Die Zahl der Lager und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1970	1971	1972
Lager	3	2	2
Insassen	792	659	550

Anstalten

Im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung wird vom Bundesministerium für Inneres die Pflegeanstalt für chronisch Kranke in Thalham, Oberösterreich, geführt.

Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt in dieser Anstalt untergebrachten Personen betrug:

1970	105
1971	98
1972	78

Anlagen

Der Betrag in Höhe von 556.000 Schilling ist für den Austausch zweier Kraftfahrzeuge und für Nachschaffungen an Maschinen, Geräten und Einrichtungsgegenständen in den Flüchtlingslagern, in der Anstalt Thalham sowie im Öffentlichen Denkmal und Museum Mauthausen bestimmt.

Kapitel 12 Unterricht

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht und Kunst

	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	45·0	273·1	318·1	27·1
1972 **)	51·7	426·5	478·2	32·9
1973 **)	60·1	457·2	517·3	41·2

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 bzw. gegenüber dem Erfolg 1971 basiert auf den gesetzlichen Bezugserhöhungen für die Bundesbediensteten.

Die Steigerung des Sachaufwandes ergibt sich durch den Mehrbedarf für Schulraumbeschaffung, das Hallenbäder- und Schülerheimprogramm und durch die Erhöhung der gesetzlichen Verpflichtungen des Bundes gegenüber den gesetzlich anerkannten Kirchen- und Religionsgemeinschaften.

Bei den Einnahmen ist eine Steigerung — bedingt durch höhere Bezugsvorschußersätze — zu verzeichnen.

Verwaltungsaufwand

Programm zur Schulraumbeschaffung

Die Erhöhung ergibt sich aus den 1973 voll anlaufenden Leasingprojekten des Projektsprogrammes 1971/72. Weiters durch die Neuaufnahme der Projekte Jennersdorf, Baden und Deutschlandsberg in das Leasingprogramm, sowie einer weiteren Ausweitung des Leasingprogrammes mit noch zu vereinbarenden Projekten aus dem Bau- und Projektsprogramm 1972/73.

Hallenbäderprogramm

Für das bereits genehmigte und ab 1972 laufende Hallenbäderprogramm sind für 1973 22,000.000 Schilling vertraglich gebunden.

Schülerheimprogramm

Durch das laufende Schülerheimprogramm sind für 1973 17,200.000 Schilling vertraglich gebunden.

Allgemeines

Durch den Ankauf des Objektes Wien VIII., Strozzigasse, ergibt sich zwangsläufig ein höherer Verwaltungsaufwand.

Anlagen

Der erforderliche Ausbau bzw. die notwendige Modernisierung der Büroeinrichtung und der Ankauf verschiedener Maschinen zwecks Rationalisierung macht einen Mehrbedarf erforderlich.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

Förderungsausgaben

Diese Förderungsausgaben betreffen Zwecke der „Geistigen Landesverteidigung", „Mädchen- und Frauenbildung", sowie „Sonstige gemeinnützige Einrichtungen", worunter Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiete der allgemeinen Kulturpolitik zu verstehen sind.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Auf Grund der Bestimmungen der Gebührenordnung 1957 gelten die Leasing-Verträge als Mietverträge und unterliegen der Vergebührung.

Die Staatsleistungen für Kultuszwecke gehen auf Entschädigungsmaßnahmen im Grund des Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

In dem vorgesehenen Gesamtbetrag ist für die einmaligen Zahlungen sowie für die wiederkehrenden Zahlungen an die katholische, die evangelische Kirche A. und HB., die altkatholische Kirche und an die israelitische Religionsgesellschaft vorgesorgt. Es handelt sich durchwegs um Leistungen auf Grund von gesetzlichen Verpflichtungen auf Grund der unten angeführten Gesetze bzw. der genannten Verträge.

Der Globalbetrag der ständigen (wiederkehrenden) Leistungen in der Höhe von 199·00 Millionen Schilling teilt sich einerseits in einen fixen Sachbeitrag, andererseits in einen Betrag für Personalleistungen an insgesamt 1358 Bedienstete der Religionsgemeinschaften, wobei die Republik Österreich gesetzlich verpflichtet ist, bei einer allgemeinen Steigerung der Bezüge, diese aus vorliegender Post zusätzlich zu leisten.

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 20. Dezember 1955, womit Bestimmungen zur Durchführung des Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, hinsichtlich kirchlicher Vermögensrechte getroffen werden, BGBl. Nr. 269, in der geltenden Fassung;

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970.

§ 20 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1961 über äußere Rechtsverhältnisse der evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1969, BGBl. Nr. 5/1970.

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1969, BGBl. Nr. 4/1970.

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1969, BGBl. Nr. 6/1970.

Aufwandskredite

Die Erhöhung gegenüber den Vergleichsjahren resultiert aus dem gesteigerten Bedarf für Einmietung von Bundesdienststellen. Durch das starke Anwachsen der Schülerzahlen sind zur räumlichen Vorsorge Einmietungen in größerem Umfang notwendig.

Titel 122 Bundesministerium; Förderung von Erziehung und Unterricht

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	102·4	0·5
1972 **)	389·6	0·2
1973 **)	498·9	0·6

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung gegenüber 1971 ergibt sich im Jahre 1972 durch erstmalige Veranschlagung von Mitteln zur Durchführung des Schülerbeihilfengesetzes gemäß BGBl. Nr. 253/1971 in der Fassung BGBl. Nr. 285/1972. Die weitere Steigerung im Jahre 1973 erfolgt vor allem durch die Umstellung der Studienförderungen gemäß BGBl. Nr. 421/1969 für die Studierenden der Pädagogischen Akademien, Berufspädagogischen Lehranstalten und Lehranstalten für gehobene Sozialberufe. Außerdem erfolgt im Allgemeinen eine erhöhte Förderungstätigkeit.

Allgemein-pädagogische Erfordernisse

Förderungsausgaben

Die Zuschüsse zur Herausgabe neuer Lehrbücher ermöglichen den Verlagen eine Ermäßigung des Ladenpreises. Förderungszuwendungen für Publikationen für Lehrer zur Medienerziehung, für das Theater der Jugend, die Österreichische Länderbühne, das Englische Theater, den Buchklub der Jugend und sonstige gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst nicht selbst durchgeführt werden können.

Obwohl das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Schülergruppen Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes verleiht, ist eine Förderungsmöglichkeit für jene Schüler vorzusehen, die vom Schülerbeihilfengesetz nicht erfaßt werden, aber allgemeinbildende höhere Schulen (Unterstufe) oder die ersten Jahrgänge berufsbildender Schulen (9. Schulstufe) besuchen.

Die Teilnahme aller Schüler an Schulveranstaltungen kann nur dann erwartet werden, wenn den Bedürftigen ein Kostenzuschuß gewährt wird.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier ist für die Erfüllung des Schülerbeihilfengesetzes und des Studienförderungsgesetzes vorgesorgt.

Aufwandskredite

Dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, für die Durchführung der Studienprogramme der Massenmedien, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend im Schileistungssport und bei Schulwettkämpfen.

Tagungen und Veranstaltungen, die sich seit Jahren in der staatsbürgerlichen Erziehung, bei Projekten des Europarates und der OECD sowie beim Austausch von Fachbüchern und Lehrbüchern und beim Schülerbriefwechsel mit dem Ausland bewährt haben, werden weitergeführt.

Für Lehrbuchapprobationen sind Ausgaben- und Einnahmeposten vorgesehen.

Erwachsenenbildung

Förderungsausgaben

Hier werden Subventionen für Volkshochschulen, Bildungswerke, Bildungsheime, Volksbüchereien und ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung gewährt.

Weiters gelangen durch den Bund alljährlich zu Lasten dieses Ansatzes Förderungspreise für besonders hervorragende Arbeiten auf dem Gebiete der Erwachsenenbildung zur Verleihung.

Die Teilnehmer der Bildungskurse im Bundesheim für Erwachsenenbildung-St. Wolfgang sind in der Mehrzahl nicht in der Lage, die vollen Kosten für die Kurse zu leisten. Ihnen wird die Teilnahme durch Stipendien ermöglicht. Auch die Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Volksbibliothekare wird gefördert.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Des weiteren wird hier der Aufwand für Kurse und für die Ausbildung im Medienverbund veranschlagt.

Sportförderung

Förderungsausgaben

Gemäß § 1 Bundessportförderungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 2, sind hieraus insbesondere zu fördern:

a) Sportveranstaltungen von internationaler Bedeutung, wie Olympische Spiele, Weltmeisterschaften und Europameisterschaften, oder von gesamtösterreichischer Bedeutung, wie Österreichische Meisterschaften;

b) Auslandsbeziehungen des Sportes von gesamtösterreichischer Bedeutung;

c) Einrichtungen, die dem internationalen oder gesamtösterreichischen Sport dienen;

d) sportärztliche und sportwissenschaftliche Forschungs-, Beratungs-, Untersuchungs- und Behandlungsstellen von gesamtösterreichischer Bedeutung;

e) Tätigkeiten von Vereinigungen im Rahmen internationaler oder gesamtösterreichischer Sportanliegen;

f) gesamtösterreichische Sporttagungen;

g) Sportpublikationen von internationaler und gesamtösterreichischer Bedeutung.

Darüber hinaus ist der Bund ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwandskredite

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für Tagungen und Veranstaltungen.

Jugendförderung

Förderungsausgaben

Die Förderung der Jugendgemeinschaften, des Österreichischen Bundsjugendringes (Österreichischer Bundesjugendplan), der Jugendherbergsorganisationen, des Österreichischen Institutes für Jugendkunde [1]) und anderer Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung werden aus diesem Ansatz finanziert. Außerdem sind die Investitionsmittel des Österreichischen Bundesjugendplanes für die Förderung des österreichischen Jugendherbergswesens (Österreichischer Jugendherbergsverband und Österreichisches Jugendherbergswerk) veranschlagt. Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen finden hier die Bedeckung, sowie Aufwendungen für bilaterale Jugendbegegnungen.

[1]) Institutionen auf Vereinsbasis.

Schulen im Ausland

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsausgaben werden Subventionen gewährt für:

„Schulen im Ausland": St. Georgs-Kolleg in Istanbul, Instituto Austriaco Guatemalteco, Fachschule Reza Pahlavi in Teheran u. a.;

Austausch von Schülern und Klassen mit dem Ausland;

Ferienaufenthalt bedürftiger ausländischer Kinder in Österreich;

Ausbildungs- und Beratungshilfe für Entwicklungsländer.

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz ist u. a. vorgesorgt für: Austausch von Sprachassistenten, Lehramtskandidaten und Lehrern.

Multilaterale Bildungskontakte

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsausgaben werden u. a. Subventionen gewährt für IMDT (Internationales Institut für Musik, Tanz und Theater in den audiovisuellen Medien), zur Betreuung administrativer und künstlerisch pädagogischer Aufgaben sowie für internationale Jugendbegegnungen.

Aufwandskredite

Veranschlagt sind Beträge für die Durchführung von Untersuchungen, Fragebogenbeantwortungen, für das Einholen von Expertisen, für Symposien, Expertentagungen und Seminare, die entweder von UN-Organisationen, den Fachkomitees des Europarates, einschließlich des CCC und von der UNESCO oder von diesen nahestehenden, in deren Auftrag arbeitenden multilateralen Institutionen im Wege des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der Ständigen Vertretung Österreichs beim Europarat, bzw. bei der UNESCO oder auch im direkten Wege an die Gruppe für Kulturelle Auslandsangelegenheiten herangetragen werden. Der Verwaltungsaufwand für die UNESCO-Kommission ist beim Ansatz 1/12001 „Bundesministerium für Unterricht und Kunst" mitveranschlagt. Weiters sind Beträge veranschlagt für die Durchführung der Europa-Aktion sowie für die außerkulturpolitischen Aktivitäten und den Betriebsaufwand der Österreichischen UNESCO-Kommission. Das bereits für 1972 geplante Sonder-

projekt, nämlich das Kolloquium „Forschung auf dem Jugendsektor", muß auf das Jahr 1973 verschoben werden, da die im Auftrag des Europarates durchgeführten Forschungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Titel 124 Bundesministerium; Einrichtungen für außerschulische Erziehung

Ansatz 1240 Bundesheime und Sporteinrichtungen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	18·9	46·8	65·7	26·3
1972 **)	19·6	40·4	60·0	28·4
1973 **)	27·4	44·2	71·6	28·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist durch die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Die Erhöhung der Aufwandskredite im Jahre 1972 und 1973 ergeben sich durch den erweiterten Betrieb im Bundessportheim St. Christoph am Arlberg.

Die Verminderung des Gesamtsachaufwandes im Jahre 1972 ergab sich durch eine geringere Veranschlagung der Ausgaben für Anlagen.

Die Einnahmen richten sich nach der zu erwartenden Besucheranzahl.

Gebarung

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für folgende Bundesheime und -sportanlagen veranschlagt:

Das „Haus des Sportes" als Verwaltungsstelle des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst hat in Wien derzeit folgende Spielplätze zu betreuen: Wasserwiese im Prater, Jahnwiese, Schloßwiese, Auwiese und Sportwiese im Augarten, einen Spielplatz in der Schönbrunner Schloßstraße und die Sportplätze der offenen Tür, ferner den Turn- und Spielplatz in Wien X., Ettenreichgasse, sowie die Verwaltung des Schi- und Schischuh-Verleihes.

Bundessportschule Obertraun in Oberösterreich.

Bundessportschule Schielleiten in Steiermark.

Bundessportheim Obergurgl.

Bundessportschule Hintermoos in Salzburg.

Bundessportheim Wien, III., Blattgasse 6.

Bundesstadion und Kunsteisstadion Graz-Liebenau in Steiermark.

Bundessportheim Faakersee in Kärnten.

Bundessportschule Spitzerberg in Niederösterreich.

Bundessportheim Kitzsteinhorn.

Bundessportzentrum Wien-Südstadt.

Bundesschullandheim Josefsberg in Niederösterreich.

Bundesheim Raach am Hochgebirge in Niederösterreich.

Bundesschullandheim Mariazell in der Steiermark.

Bundesschullandheim Schloß Tandalier bei Radstadt in Salzburg.

Bundesschullandheim Saalbach-Hinterglemm in Salzburg.

Bundessportheim St. Christoph am Arlberg in Tirol.

Verwaltungsaufwand

Veranschlagt sind hier die Administrations- und Betriebskosten sämtlicher Institutionen.

Anlagen

Diese Unterteilung beinhaltet die Ausgaben für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und den Neubau bzw. Ausbau der Sporteinrichtungen.

Aufwandskredite

Diese Ausgaben dienen zur Anschaffung von Sportgeräten, von Leistungsabzeichen sowie zur Bedeckung der Verpflegsausgaben. Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 veranschlagt.

Ansatz 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	3·5	19·6	23·1	13·4
1972 **)	3·4	17·0	20·4	13·1
1973 **)	4·4	19·5	23·9	16·0

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Der höhere Sachaufwand im Jahre 1973 ist durch eine Intensivierung der „Wien-Aktion" bedingt.

Die Einnahmen richten sich jeweils nach den zu erwartenden Ersätzen für die „Wien-Aktion".

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Gebarung

Die Ausgaben dieses Ansatzes dienen Zwecken der außerschulischen Jugenderziehung, die ein breites Tätigkeitsfeld von der staatsbürgerlichen Erziehung über die Probleme der jungen Generation bis zu den verschiedenen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung umfaßt.

Anlagen

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse vorgesorgt.

Aufwandskredite

Die Durchführung der Jugendaktionen des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, so zum Beispiel die staatsbürgerliche Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen" [2]), sowie verschiedene Lehrgänge für praktische Jugendarbeit, Jugendliteratur und Jugendfilmkurse, die Österreichischen Förderungspreise für Kleinkinderbücher, Kinder- und Jugendliteratur, sowie der Staatspreis für journalistische Leistungen im Interesse der Jugend werden hier veranschlagt.

Jugendschriftenkommission

Die Österreichische Jugendschriftenkommission beim Bundesministerium für Unterricht und Kunst hat statutengemäß die Aufgabe, der Jugend guten Lesestoff zugänglich zu machen und die Verbreitung minderwertiger Druckwerke möglichst zu verhindern.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene

Ansatz 1260 Schulaufsichtsbehörden

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahme
		Mill. S		
1971 *)	118·1	18·1	136·2	14·9
1972 **)	118·6	18·1	136·7	15·7
1973 **)	137·2	20·2	157·4	43·9

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ergibt sich durch die Bezugserhöhung der Bundesbediensteten und dem Personalmehrbedarf für die Durchführung des Schülerbeihilfengesetzes.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist hauptsächlich durch den Mehrbedarf im Verwaltungsaufwand bedingt. Vor allem aber entsteht bei allen Landesschulräten, die für die Durchführung des Schülerbeihilfengesetzes, sowie der Schülerfreifahrt und der unentgeltlichen Beistellung von Schulbüchern Vorsorge zu treffen haben, ein beträchtlicher Verwaltungsmehraufwand. Ebenso wirkt sich die Erhöhung des Reisekostenpauschales für Schulaufsichtsorgane aus.

Der Bedarf an Amtseinrichtung wächst proportional zu der oberwähnten Ausweitung.

Die erhöhten Einnahmen ergeben sich durch die Ersätze der Länder (§ 20 Abs. 3 SchAG).

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962 (SchAG).

Gebarung

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht und Kunst üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulaufsicht und Schulverwaltung aus. Im Rahmen der Landesschulräte und der Bezirksschulräte sind nach Artikel 81 a Abs. 3 lit. a Bundes-Verfassungsgesetz Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 SchAG).

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für die Anschaffung der notwendigen Amtseinrichtung, zumal insbesondere die Bezirksschulräte noch vielfach mit fremder Einrichtung ausgestattet sind.

Aufwandskredite

Es sind vor allem Aufwendungen für Bildungszulagen und Reisekostenzuschüsse veranschlagt.

Ansatz 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	9·5	3·5	13·0	0·0
1972 **)	10·4	4·5	14·9	0·3
1973 **)	13·7	5·2	18·9	0·3

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und das Hinzukommen neuer Dienstposten bedingt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Im Schuljahr 1971/72 besuchten im Rahmen dieser Aktion 1.131 Gruppen mit 33.036 Jugendlichen die Bundeshauptstadt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Die Erhöhung des Sachaufwandes in den Jahren 1973 und 1972 ergibt sich durch die Errichtung weiterer schulpsychologischer Beratungsstellen und die Erweiterung der Aufgabengebiete der Schulpsychologen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier ist für die notwendige Amtseinrichtung vorgesehen.

Aufwandskredite

Das Kerngebiet der Arbeit umfaßt die Maßnahmen zur Bereitstellung des als Lehrmittel und Unterrichtsmittel in Verwendung stehenden berufskundlichen Materials (Schriften und Anschauungsmittel), Informationen zur Studienwahlvorbereitung für Maturanten, die Vorbereitung und Durchführung von Eignungsuntersuchungen sowie die Heranbildung von geeigneten Lehrern an allgemeinbildenden Pflicht- und allgemeinbildenden Höheren Schulen als Schülerberater. Das Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abteilung II in Graz befaßt sich mit pädagogisch-psychologischer Grundlagenforschung. Es arbeitet für die allgemeinbildenden Höheren Schulen (Schulbahnberatung) und für die allgemeinbildenden Pflichtschulen (Schulreife, Sonderschulbedürftigkeit usw.).

Ansatz 1262 Bundesstaatliche Volksbildungseinrichtungen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	5·9	6·4	12·3	1·6
1972 **)	5·9	6·4	12·3	2·2
1973 **)	6·9	7·0	13·9	2·4

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

Der erhöhte Sachaufwand im Jahre 1973 ist durch vermehrte Ausgaben im Wirtschaftsbereich des Bundesheimes für Erwachsenenbildung Sankt Wolfgang bedingt.

Die vermehrten Einnahmen gegenüber dem Jahre 1971 sind durch steigende Verpflegseinnahmen des Bundesheimes gegeben.

Gebarung

Die allgemeinen Angelegenheiten der Kulturpflege und gegenwartsnahen Erwachsenenbildung werden im Bundesministerium für Unterricht und Kunst bearbeitet. Dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst sind auf dem Gebiete des Volksbildungswesens die Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten in den einzelnen Bundesländern und die Direktion des Bundesheimes für Erwachsenenbildung nachgeordnet. Die Gebarung der nachgeordneten Dienststellen (Bundesstaatliche Volksbildungsreferenten) mit ihren Buchberatungsstellen und Wanderbüchereien ist hier veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Bundesheim für Erwachsenenbildung-St. Wolfgang

Im Bundesheim für Erwachsenenbildung-St. Wolfgang finden in den Wintermonaten Bildungskurse statt, in denen der Schwerpunkt besonders auf Sozialkunde, Wirtschaftskunde und Staatsbürgerliche Erziehung gelegt wird. In Seminaren werden die Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung aus- und weitergebildet und vor allem in praktischen Übungen mit den zeitgemäßen Methoden der Erwachsenenbildung vertraut gemacht. Jährlich finden auch mehrere Studienwochen zur Ausbildung von Volksbibliothekaren statt. Regelmäßige Arbeitswochen dienen dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch der verantwortlichen Mitarbeiter in den Volksbildungsverbänden und den Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten. Im Sommer ist das Heim durch 6 Wochen von der „Sommerhochschule der Universität Wien“ [3]) belegt.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier ist für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse vorgesehen.

Aufwandskredite

Hier werden die Kosten der zentralen Veranstaltungen der Erwachsenenbildung veranschlagt. Außerdem werden aus diesen Mitteln Veranstaltungen der Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten, die der Ausbildung und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern und Volksbibliothekaren dienen, sowie Seminare und Tagungen im Bundesheim für Erwachsenenbildung-St. Wolfgang mitfinanziert.

Auch die Kosten für die Hand- und Wanderbüchereien der Bundesstaatlichen Volksbildungsreferenten einschließlich der Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“ sowie der „Schriftenreihe zur Erwachsenenbildung“ belasten diesen Ansatz.

[3]) Institution auf Vereinsbasis.

Titel 127 Schulen I [4])

Ansatz 1270 Allgemeinbildende Höhere Schulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	1.386·2	224·0	1.610·2	11·9
1972 **)	1.403·2	204·9	1.608·1	10·9
1973 **)	1.797·9	179·9	1.977·8	12·4

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ergibt sich einerseits aus einer Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten, anderseits aus erfolgter Personalvermehrung und Übernahme der Personalkosten für Lehrer an Privatschulen. [5])

Der höhere Sachaufwand im Jahre 1971 ergab sich durch einen Mehraufwand des Verwaltungsaufwandes.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1973 resultiert aus dem Wegfall der Post „Beiträge gemäß § 19 (3) Privatschulgesetz" bei den Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen). Die diesem Aufwand derzeit entsprechenden Ausgaben sind im Bundesvoranschlag 1973 im Personalaufwand mitveranschlagt.

Der Unterschied in der Einnahmengebarung ist durch nicht vorhersehbare Absetzungen der liquidierenden Stellen gegeben.

Gebarung

Öffentliche allgemeinbildende Höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Mädchen, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Musisch-pädagogische Realgymnasien und Gymnasien und Realgymnasien für Berufstätige, sowie die an den angeführten Schulen auslaufenden Mittelschulformen.

Die Zahl der öffentlichen allgemeinbildenden Höheren Schulen mit den Exposituren (ohne Bundeserziehungsanstalten) und deren Schüler ist folgende:

Schuljahr	Schulen	Schüler
1970/71	188	123.231
1971/72	188	132.634
1972/73 [6])	216	143.000

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[4]) Allgemeinbildende Schulen (Höhere Schulen und Pflichtschulen, Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute, Bildungsanstalten, Konvikte und Schülerheime, Bundesanstalten für Leibeserziehung).

[5]) Siehe BGBl. Nr. 244/1962 in der Fassung BGBl. Nr. 290/1972.

[6]) Aufgliederung nach Schultypen und Bundesländern siehe die Übersicht auf Seite 31 (Schätzung).

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

An den meisten allgemeinbildenden Höheren Schulen des Bundes besteht noch ein Nachholbedarf an Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln. Darüber hinaus fällt in das Jahr 1973 die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen, Lehrmittelsammlungen und Lehrerbibliotheken für die Neubauten der allgemeinbildenden Höheren Schulen des Bundes in Judenburg, Köflach, Graz, Leibnitz, Stainach, Gmunden, Steyr, Wien XV, Wien VI und Wien XXIII sowie zahlreiche Umbauten, Zubauten und Generalsanierungen.

Förderungsausgaben

Vor allem sind Beträge vorgesehen für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen.

Für den Ausbau und für die Modernisierung sind Beträge vorgesehen:

Für das öffentliche Gymnasium der Stiftung „Theresianische Akademie", einen Schulversuch, der eine weitgehende finanzielle Förderung durch den Bund erfährt,

für den Neubau des privaten musisch-pädagogischen Realgymnasiums in Mittersill,

sowie Baukostenzuschüsse für den Ausbau anderer privater Schulen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwandskredite

Vor allem werden hier die Bildungszulagen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für den Ausbau bzw. die Fortführung kultureller Aktionen für die Schuljugend der allgemeinbildenden Höheren Schulen im Rahmen der Schule vorgesehen.

Von den im Rahmen des Aufwandes für die allgemeinbildenden Höheren Schulen veranschlagten Gebarungen sind außerdem noch besonders erwähnenswert:

Durch die Einführung der neuen Lehrpläne ist eine Intensivierung der Lehrerfortbildung auf allen Gebieten erforderlich; damit im Zusammenhang stehen höhere Ausgaben für die Seminare für Berufspraxis an höheren Schulen, für Reisekostenzuschüsse u. ä.

Außerdem sind Beträge für Schul- und Unterrichtsversuche vorgesehen.

Für den notwendigen Aufwand der Leibeserziehung an den Schulen sind Mittel für Beschaffung und Instandhaltung von Turn- und Spielgeräten, Durchführung von Lehrgängen auf dem Gebiete der Leibeserziehung für die Lehrerschaft und Durchführung von Schülerwettkämpfen erforderlich.

Tagesschulheime sind Einrichtungen an allgemeinbildenden Höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler außerhalb der Unterrichtszeit zu beaufsichtigen und zu betreuen. Derzeit bestehen an insgesamt 20 allgemeinbildenden Höheren Schulen Tagesschulheime, davon 15 in Wien, 2 in Niederösterreich, 1 in Oberösterreich, 1 in der Steiermark und 1 in Vorarlberg.

Schultypen	Wien	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Kärnten	Tirol	Vorarlberg	Burgenland	zus.
Allgemeinbildende Höhere Schulen	57	31	24	11	25	12	11	5	6	182
Musisch-pädagogische Realgymnasien	3	5	3	2	7	4	1	1	1	27
Bundesrealgymnasium an der Militärakademie	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Aufbaugymnasien	—	1	—	—	—	—	—	—	1	2
Gymnasien für Berufstätige	1	—	1	—	1	—	1	—	—	4
Summe (1972/73)	61	38	28	13	33	16	13	6	8	216
Gesamtschülerzahl im Schuljahr 1972/73	41.000	21.700	19.500	8.000	23.300	11.500	9.000	5.000	4.000	143.000

Ansatz 1271 Bundeserziehungsanstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	39·4	15·0	54·4	10·2
1972 **)	40·7	16·4	57·1	9·0
1973 **)	50·3	18·0	68·3	13·6

Unterschiede der Gebarung

Die Zunahme beim Personalaufwand ist vor allem durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

Die Erhöhung des Sachaufwandes in den Jahren 1973 und 1972 ist durch einen vermehrten Bedarf des Verwaltungsaufwandes sowie der Aufwandsansätze bedingt.

Die verminderten Einnahmen im Jahre 1972 ergaben sich aus einer geringeren Budgetierung der Verpflegseinnahmen, da die geplante Erhöhung erst im Jahre 1973 voll wirksam wird.

Gebarung

Bundeserziehungsanstalten sind vom Bund erhaltene allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Die Bundeserziehungsanstalten sind für begabte Kinder, vor allem solche, die unter einem Schul-, Erziehungs- oder wirtschaftlichen Notstand leiden.

Im Schuljahr 1972/73 sind folgende 4 Anstalten in Betrieb: für Knaben in Graz-Liebenau und in Saalfelden, für Mädchen auf Schloß Traunsee bei Gmunden und in Wien III, Boerhaavegasse 15.

Die Zahl der Klassen und der Schüler ist folgende:

Schuljahr	Klassen	Schüler
1970/71	56	1.473
1971/72	60	1.641
1972/73	60	1.658

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwandskredite

Vor allem werden hier die Bildungszulagen sowie Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

Außerdem sind Beträge für Schul- und Unterrichtsversuche und für die Fortbildung der Lehrer und Erzieher vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1272 Pädagogische Akademien und Pädagogische Institute

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	76·2	82·9	159·1	2·7
1972 **)	80·5	113·0	193·5	3·3
1973 **)	123·5	50·0	173·5	3·3

Allgemeines

Es werden die 8 pädagogischen Akademien des Bundes und 6 private Pädagogische Akademien geführt.

Im Studienjahr 1972/73 bleibt die Studierendenzahl annähernd gleich. Im März 1973 werden die Studierenden des Zwischensemesters (Maturanten der letzten 9. Klasse der musisch-pädagogischen Realgymnasien) die Lehramtsprüfung ablegen und von den Pädagogischen Akademien ausscheiden. Dadurch wird sich die Studierendenzahl an den Pädagogischen Akademien um rund 1.400 vermindern.

Außerdem sind ab dem Studienjahr 1971/72 an 3 Pädagogischen Akademien des Bundes und an einer privaten Pädagogischen Akademie sechssemestrige Schulversuche zur Institutionalisierung der Hauptschullehrerausbildung eingerichtet.

Ab dem Studienjahr 1972/73 wird ein solcher Schulversuch auch an der Stiftung der Pädagogischen Akademie Burgenland aufbauend geführt. Im Studienjahr 1972/73 werden die im Jahre 1971/72 aufgenommenen Schulversuche bereits 4 Semester und ab Herbst 1973, die im Schulorganisationsgesetz vorgesehenen 6 Semester umfassen.

Weiters sind bei diesem Ansatz die Ausgaben für die Fortbildung der Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen, die pädagogische Tatsachenforschung und Einnahmen der Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen, der Polytechnischen Lehrgänge sowie für die Lehrbefähigungsprüfungen für Volksschulen veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist vor allem durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten und Übernahme der Personalkosten für Lehrer an privaten Pädagogischen Akademien bedingt.

Mehrausgaben beim Sachaufwand im Jahre 1972 ergaben sich durch den Ausbau der Pädagogischen Akademien in Wien und Klagenfurt, durch eine bedeutende Erhöhung für die Ausgaben der Lehrerfortbildung und die Führung der Hauptschullehrerschulversuche an nunmehr 5 Pädagogischen Akademien sowie den Ausbau des hiefür erforderlichen Übungsschulwesens.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1973 resultiert aus dem Wegfall der Posten „Beiträge gemäß § 19 Abs. 3 Privatschulgesetz" (siehe Ansatz 1270 3. Absatz) und „Studienförderung" (siehe Titel 122) bei den Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen).

Gebarung

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß Schulorganisationsgesetz 1962 die Aufgabe, in vier Semestern, aufbauend auf dem Bildungsgut einer Höheren Schule, Volksschullehrer heranzubilden. Jeder Pädagogischen Akademie ist eine Übungsschule eingegliedert.

Auf Grund der 4. Novelle zum SCHOG werden an den Pädagogischen Akademien ab dem Studienjahr 1971/72 Schulversuche zur sechssemestrigen Hauptschullehrerausbildung geführt.

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß Schulorganisationsgesetz 1962 der Fortbildung der Lehrer, zur Vorbereitung auf die Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen und die Lehramtsprüfungen für Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgänge sowie der pädagogischen Tatsachenforschung.

Außer den 8 Pädagogischen Akademien des Bundes besteht die Pädagogische Akademie Burgenland als Stiftung (wobei deren Lehrerpersonalaufwand zur Gänze und der Sachaufwand zu 50% vom Bund zu tragen ist). Schätzungsweise werden im Studienjahr 1972/73 insgesamt 7.950 Studierende für das Volksschullehramt, davon 1.330 Studierende für das Hauptschullehramt erwartet.

Ab März 1973 vermindert sich die Studierendenzahl mit dem Abgang des Zwischensemesters auf 6.550.

In den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Burgenland und Vorarlberg bestehen Pädagogische Institute des Bundes, in den Ländern Kärnten, Tirol und Wien Pädagogische Institute der Länder.

Verwaltungsaufwand

Beim Verwaltungsaufwand sind außer dem laufenden Aufwand für den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und den Schulbetrieb der Übungsschulen auch die Verwaltungsausgaben der Kuratorien erfaßt. Hiezu kommen der Aufwand der Pädagogischen Institute des Bundes in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Burgenland und Vorarlberg und der Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und an Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

Anlagen

Das neue Gebäude der Pädagogischen Akademie in Kärnten ist einzurichten. Insbesondere die Schulversuche zur Hauptschullehrerausbildung bedingen den Ausbau des didaktischen Apparates (Anschauungsmittel, Büchereien, Instrumente, Turngeräte, audio-visuelle Geräte, Schreibmaschinen für Unterrichtszwecke, Physik- und Naturgeschichtslehrmittel, Unterrichtsmittel für die Werkerziehung usw.). Dies trifft auch für die den Pädagogischen Akademien eingliederten Übungsschulen zu.

Förderungsausgaben

Bei der Post „Stiftung Pädagogische Akademie Burgenland" ist jener Betrag veranschlagt, der auf Grund des Vertrages zwischen dem Bund und der Diözese Eisenstadt vom Bund zu leisten ist. Für das im Lehrplan vorgeschriebene Land- und Stadtpraktikum sowie für die Ausbildung an den Minderheitenschulen im Burgenland und Kärnten ist für die Studierenden zur teilweisen Abdeckung ihrer Aufenthalts- und Fahrtkosten ein entsprechender Betrag vorzusehen. Die übrigen veranschlagten Beträge dienen für pädagogische, soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten an allen Pädagogischen Akademien bzw. für die mit den Akademien zusammenhängenden Einrichtungen (z. B. Studentenheime für die evangelischen Studierenden an der Pädagogischen Akademie des Bundes in der Steiermark).

Weiters sind hier die Förderungsausgaben für Pädagogische Institute der Länder präliminiert.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Prüfungsgebühren für die Prüfungskommissionen, die Honorare für Gastvortragende und die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten in Durchführung des Versuches zur Hauptschullehrerausbildung veranschlagt.

Aufwandskredite

Die Aufgaben, die den Lehrerbildner an der Pädagogischen Akademie erwarten, erfordern besondere Vorkehrungen für seine fachliche Fort- und Weiterbildung. Weiters wurde für Unterrichtserfordernisse, für den Ankauf von Fachliteratur für die bestehenden Studienbibliotheken, die Sportwettkämpfe und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung und der Aufwand für die Fortbildung der Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer, der Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen, an Übungsschulen und den Pädagogischen Akademien veranschlagt. Die Schulversuche gemäß der 4. Novelle zum Schulorganisationsgesetz erfordern eine Intensivierung der Lehrerfortbildung. Der Bedarf an geprüften Hauptschullehrern zwingt zur Vermehrung der Lehramtsvorbereitungskurse.

Außerdem sind Beträge für Schul- und Unterrichtsversuche vorgesehen.

Ansatz 1273 Bildungsanstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	29·1	17·6	46·7	1·8
1972 **)	38·6	15·5	54·1	2·0
1973 **)	63·2	14·1	77·3	2·6

Unterschiede der Gebarung

Das Ansteigen beim Personalaufwand ergibt sich aus der Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und Vermehrung des Lehrerpersonals sowie der Übernahme der Personalkosten für Lehrer an privaten Bildungsanstalten.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1972 ergab sich im Verwaltungsaufwand durch eine Verminderung der Ausgaben für Mietenvorauszahlungen sowie aus einer geringeren Veranschlagung bei den Anlagenansätzen.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1973 resultiert aus dem Wegfall der Post „Beiträge gemäß § 19 Abs. 3 Privatschulgesetz" bei den Aufwandskrediten (Gesetzliche Verpflichtungen). Die diesem Aufwand entsprechenden Ausgaben sind im Bundesvoranschlag 1973 im Personalaufwand mitveranschlagt.

Anzahl der Anstalten:

1972/73: 20 Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen, davon sind 9 Anstalten des Bundes und 11 private. Die Klassenanzahl an den Bundesbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen ist von 49 im Jahre 1971/72 auf 62 im Schuljahr 1972/73 angestiegen. 13 Bildungsanstalten für Arbeitslehrerinnen, davon 6 des Bundes und 7 private. 2 Bildungsanstalten für Erzieher, davon eine des Bundes.

Verwaltungsaufwand

Der erhöhte Verwaltungsaufwand ergibt sich vor allem aus der Fertigstellung des Neubaues der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Wien X., im Herbst 1972, den beabsichtigten Anmietungen zur Errichtung von Parallelklassen an Bundesbildungsanstalten für Kindergärtnerinnen und den vermehrten Ausgaben für Reinigungsfirmen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

Anlagen

Neben der Neueinrichtung der Bundesbildungsanstalt für Kindergärtnerinnen in Klagenfurt sind in den meisten Bildungsanstalten für zusätzliche Klassen (bei den Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen auch für zusätzliche Gruppen der Übungskindergärten) entsprechende Einrichtungsgegenstände und Unterrichtsmittel anzuschaffen.

Förderungsausgaben

Es sind vor allem Ausgaben für Fortbildungs- und Ausbildungsaktionen für die lehrplanmäßig vorgesehene Praxisausbildung, Ausstattung der Hospitierkindergärten und -horte mit entsprechenden Lehr- und Bildungsmitteln, sowie Subventionen für die Ausstattung privater Internate, die insbesondere Schülerinnen der Bildungsanstalten für Kindergärtnerinnen aufnehmen, veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Prüfungskommissionen für Befähigungs- und Externistenbefähigungsprüfungen veranschlagt.

Aufwandskredite

Die einheitliche und zeitgemäße Ausbildung der Kindergärtnerinnen, Arbeitslehrerinnen und Erzieher setzt eine Intensivierung der fachlichen Fort- und Weiterbildung der Lehrerbildner voraus. Außerdem wurde besonders für den Aufwand an Unterrichtserfordernissen — vor allem für Hauswirtschafts- und Kindergartenbeiträge —, Verpflegsausgaben für das Bundesinstitut für Heimerziehung, Bildungszulagen und Entgelte für die Praxis an anstaltsfremden Kindergärten, Horten und Heimen Vorsorge getroffen.

Ansatz 1274 Bundes-Blinden- und Taubstummeninstitute

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	16·6	4·1	20·7	2·5
1972 **)	18·2	4·6	22·8	2·6
1973 **)	19·5	4·8	24·3	3·0

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung beim Personalaufwand ergibt sich aus Erhöhungen der Bezüge der Bundesbediensteten.

Der höhere Sachaufwand in den Jahren 1973 und 1972 ist durch die notwendige Erhöhung der Ansätze für den Verwaltungsaufwand und für Aufwandskredite gegeben.

Gebarung

Unter „Blinden- und Taubstummeninstitute" werden die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und für taubstumme Kinder in Wien verstanden.

Die Zöglingszahlen betrugen im Bundesinstitut für

	Blinde	Taubstumme
1970/71	125	220
1971/72	135	225
1972/73 [7])	160	245

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse für beide Schulen und Internate sowie für die Berufsbildungseinrichtungen, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind u. a. Beiträge für die Zeitschriften der Selbsthilfeverbände und der Fürsorgeorganisationen.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien, Verpflegsausgaben und Bildungszulagen.

Außerdem sind Beträge für Schul- und Unterrichtsversuche vorgesehen.

Ansatz 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	4.729·1	114·4	4.843·5	0·9
1972 **)	4.968·0	134·2	5.102·2	2·8
1973 **)	—	6.460·5	6.460·5	2·9

Gebarung

Ab 1973 wird der Personalaufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 im Personalaufwand der Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt. Der Bund ist verpflichtet, für den gesamten Personalaufwand bzw. für die Reise- und Übersiedlungsgebühren für die Lehrer der Volks-, Haupt- und Sonderschulen bzw. der Polytechnischen Lehrgänge zur Gänze (100%) aufzukommen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[7]) Schätzungen nach Anmeldungen.

Die Zahl der öffentlichen Schulen, deren Klassen und Schüler ist folgende:

	Schuljahr		
	1970/71	1971/72	1972/73
Volksschulen	4.010	3.877	3.797
Hauptschulen	900	1.034	1.057
Sonderschulen	190	210	231
Polytechnischer Lehrgang	90	99	111
Insgesamt ...	5.190	5.220	5.196

	Schuljahr		
	1970/71	1971/72	1972/73
Klassen	33.900	34.639	35.404
Volksschüler	599.900	568.890	548.272
Hauptschüler	311.393	321.959	350.493
Sonderschüler	29.373	32.219	34.236
Schüler des Polytechnischen Lehrganges	29.242	28.916	28.912
Insgesamt ...	969.908	951.984	961.913

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeträge sind für Konfessionelle Schulen, Privatschulen, Kinder- und Schülerheime und verschiedene gemeinnützige Organisationen vorgesehen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlußzeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie ab 1973 die laufenden Transferzahlungen an die Länder für den Landeslehrer-Personalaufwand bzw. für die diesen gebührenden Reise- und Übersiedlungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Hier sind die Bildungszulagen und die Kosten für die Veranstaltung sportlicher Wettkämpfe veranschlagt.

Außerdem sind Beträge für Schul- und Unterrichtsversuche vorgesehen.

Ansatz 1276 Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	15·4	20·6	36·0	19·7
1972 **)	15·2	22·3	37·5	21·2
1973 **)	18·8	22·2	41·0	23·3

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

Bei diesem Ansatz werden die Schülerheime der allgemeinbildenden höheren Schulen verrechnet.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand im Jahre 1972 ergab sich aus dem gesteigerten Bedarf an Anlagenkrediten und Verpflegsausgaben.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1973 ergibt sich durch einen geringeren Anfall an Förderungsausgaben.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber 1971 ist durch vermehrte Verpflegseinnahmen bedingt.

Gebarung

Bundeskonvikte sind staatliche Erziehungsheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1973 stehen insgesamt 12 Bundeskonvikte in Betrieb, die zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist nur der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen (Zöglingsräume, Erzieherzimmer, Küchentrakte, Eßräume, Freizeiträume usw.) wurde hier vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Förderung und Unterstützung der privaten Konvikte, Internate und Schülerheime.

Außerdem sind diverse Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Aufwandskredite

Die Aufwandskredite umfassen die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben, sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Konviktsveranstaltungen.

Ansatz 1278 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	4·7	5·0	9·7	0·3
1972 **)	3·2	5·9	9·1	0·3
1973 **)	8·1	9·0	17·1	0·5

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Die geringfügige Verminderung beim Personalaufwand im Jahre 1972 ist durch die Nachbesetzung von Dienstposten durch dienstjüngere Bedienstete erklärbar.

Der höhere Sachaufwand in den Jahren 1973 und 1972 ist durch die Fertigstellung des Neubaues und der Sportanlagen für die Bundesanstalt für Leibesübungen in Wien XVI sowie für die Bundesanstalt für Leibesübungen Innsbruck in der Höttinger Au bedingt.

Gebarung

Es sind sämtliche Erfordernisse der Bundesanstalten für Leibeserziehung in Wien, Graz und Innsbruck veranschlagt, sofern es sich nicht um reine Angelegenheiten der Institute für Leibeserziehung der Universitäten Wien, Graz und Innsbruck handelt, die weiterhin im Rahmen der Hochschulansätze (Kapitel 14) berücksichtigt sind.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der Bundesanstalten für Leibeserziehung erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind finanzielle Zuwendungen für die im Auftrage des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst herausgegebene und im In- und Ausland allseits anerkannte Fachzeitschrift „Leibesübungen und Leibeserziehung" und für Fachbände der Schriftenreihe dieser Zeitschrift notwendig. Ferner ist für Ausbildungsaktionen vorgesehen.

Aufwandskredite

Darunter fallen u. a. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Reisekostenzuschüsse, Bildungszulagen, Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 128 Schulen II [8])

Ansatz 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	496·1	96·0	592·1	14·6
1972 **)	484·2	103·0	587·2	15·2
1973 **)	587·1	125·9	713·0	16·2

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ergibt sich aus Erhöhungen der Bezüge und Lehrerpersonalvermehrungen, sowie durch die Übernahme der Personalkosten für Lehrer an Privatschulen.

Die Höhe des Sachaufwandes ist bedingt durch die Entwicklung des berufsbildenden Schulwesens und des damit verbundenen notwendigen Schulbauprogramms. Zwei große im Bau befindliche berufsbildende Lehranstalten (Höhere technische Bundeslehranstalten in St. Pölten und Wr. Neustadt) benötigen erhebliche Budgetmittel für die weitere Einrichtung. Außerdem wird bestehender Schulraum erweitert.

Auch ist für neues Inventar vorzusorgen und Mittel für zusätzliche Betriebskosten sind bereitzustellen. Die rasante technische Entwicklung und die sichtbar werdende Umstellung der Wirtschaft auf die Automation machen die Anschaffung immer kostspieligerer Maschinen notwendig, um eine zeit- und wirtschaftsnahe Ausbildung an den technischen und gewerblichen Lehranstalten zu gewährleisten. Ferner erweist es sich als notwendig, den höheren technischen Lehranstalten Maschinen und Geräte für die moderne Rechentechnik und Datenverarbeitung im Wege des Kaufes bzw. der Miete zur Verfügung zu stellen.

Die Erhöhung der Einnahmen in den Jahren 1973 und 1972 ergibt sich durch die Erwartung höherer Eingänge bei den Posten „Prüfungsgebühren", „Versuchsanstalten" und „Schülerarbeiten".

Gebarung

Hier ist die Gebarung folgender Lehranstalten veranschlagt:

1. Höhere technische und gewerbliche Lehranstalten, inklusive der zugehörigen Versuchsanstalten. Sie sind fünfjährig mit Reifeprüfung.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[8]) Berufsbildende Schulen (Berufspädagogische Lehranstalten und Institute, höhere und mittlere Schulen, Berufsschulen, Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime).
[9]) (frei).

2. Technische, gewerbliche und kunstgewerbliche Fachschulen.

3. Sonderformen der höheren und mittleren berufsbildenden Lehranstalten nach dem Schulorganisationsgesetz.

Die Fachschule für Uhrmacher in Karlstein ist mit der Bundesberufsschule für Uhrmacher verbunden.

Als Zentralanstalten gemäß § 3, Abs. 4 des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes, BGBl. Nr. 240/1962, unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst unmittelbar:

1. die Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V,

2. das Technologische Gewerbemuseum (Höhere Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt) Wien IX,

3. die Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Wien XIV,

4. die Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII.

Nachfolgende Lehranstalten sind unmittelbar mit einer Versuchsanstalt verbunden, was auch in der Anstaltsbezeichnung zum Ausdruck kommt: Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie in Wien V, Höhere Graphische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien XIV, Höhere Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt (TGM) in Wien IX [10], Höhere Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie in Wien XVII [11]; ferner: Die Höhere Technische Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien I (Bodentechnisches Laboratorium), Mödling (Holzindustrie), Villach (Baustoffprüfungsstelle), Salzburg (Chemisch-Technische Prüfstelle), Innsbruck (Baustoffe), Graz-Gösting (Materialprüfung und Elektrotechnik) und Bregenz.

Zahl der staatlichen Anstalten und deren Schüler:

	Schuljahr 1970/71	1971/72	1972/73
Anstalten	32	36	37
Schüler	22.000	23.000	29.000

[10]) 11 Versuchsanstalten, u. zw. für Papierprüfung, Elektrotechnik, Maschinenmaterial, Baustoffe, Radiotechnik, Chemisch-Technische Materialuntersuchungen und Materialschutz, Arbeits- und Kraftmaschinen, Werkzeugmaschinen, Werkzeuge und Betriebstechnik, Wärme- und Schalltechnik, Heizung und Lüftung sowie Röntgentechnik.

[11]) 3 Versuchsanstalten, u. zw. für Chemie, Lederindustrie und Schädlingsbekämpfung.

Nach Ländern geordnet für 1972/73:

	Techn. u. gew. Lehranstalten
Wien	8
Niederösterreich	7
Oberösterreich	6
Salzburg	3
Steiermark	3
Kärnten	2
Tirol	3
Vorarlberg	3
Burgenland	2
	37

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der technischen und gewerblichen Lehranstalten erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernissen sind Ausgaben für Maschinen und maschinelle Anlagen sowie für die Neuanschaffung von sonstigen Kraftfahrzeugen vorgesehen.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Förderungszuwendungen und diverse Baukostenzuschüsse.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Versuchsanstalten, Hilfsstoffe, Bildungszulagen, Aufnahmeuntersuchungen, sowie Tagungen, Schüleraktionen und Fortbildungs- und Ausbildungskurse.

Ansatz 1281 Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	163·9	36·6	200·5	4·6
1972 **)	162·4	34·6	197·0	5·2
1973 **)	263·5	30·4	293·9	5·5

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[12]) (frei).

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist auf Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten und Lehrerpersonalvermehrungen, sowie durch die Übernahme der Personalkosten für Lehrer an Privatschulen zurückzuführen.

Der geringere Sachaufwand im Jahre 1973 ergibt sich durch die Novellierung des Privatschulgesetzes und den Wegfall der Studienförderung (siehe Titel 122).

Gebarung

Hier ist die Gebarung folgender Lehranstalten veranschlagt:

1. Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe. Sie sind fünfjährig mit Reifeprüfung.

2. Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe und für Bekleidungsgewerbe.

3. Berufspädagogische Lehranstalten für den hauswirtschaftlichen und bekleidungsgewerblichen Fachunterricht.

Zahl der staatlichen Anstalten und deren Schüler:

	Schuljahr 1970/71	1971/72	1972/73
Anstalten	15	16	16
Schüler	6.460	6.800	7.500

Nach Ländern geordnet für 1972/73:

Wien	5	
Niederösterreich	2	dazu 1 Expositur
Burgenland	1	
Oberösterreich	2	dazu 1 Expositur
Salzburg	2	dazu 1 Expositur
Steiermark	2	dazu 1 Expositur
Kärnten	2	dazu 1 Expositur
Tirol	1	dazu 2 Exposituren
	16	

(mit insgesamt 18 einjährigen Haushaltungsschulen, 5 Hauswirtschaftsschulen, 13 dreijährigen Fachschulen für wirtschaftliche Frauenberufe, 12 drei- oder vierjährigen Fachschulen für Bekleidungsgewerbe sowie 11 Höheren Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe).

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernissen sind Aufwendungen für Maschinen und maschinelle Anlagen vorgesehen.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Förderungszuwendungen und verschiedene Baukostenzuschüsse.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer und die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Koch- und Werkstättenunterricht, Verpflegsausgaben, Bildungszulagen sowie für Tagungen und Veranstaltungen.

Ansatz 1282 Handelsakademien und Handelsschulen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	222·5	35·1	257·6	5·3
1972 **)	217·2	36·8	254·0	6·8
1973 **)	304·0	41·7	345·7	7·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist auf Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und Lehrerpersonalvermehrungen, sowie durch die Übernahme der Personalkosten für Lehrer an Privatschulen zurückzuführen.

Der höhere Sachaufwand in den Jahren 1973 und 1972 ist durch die Errichtung neuer kaufmännischer Schulen bzw. die Übernahme bestehender Schulen in die Bundesverwaltung bedingt.

Gebarung

Bei diesem Ansatz wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt [13]). Es gibt derzeit 29 Bundes-Handelsakademien und 30 Bundes-Handelsschulen, zusammen 59 Bundesanstalten, sowie 25 Handelsakademien und 58 Handelsschulen, zusammen 83 Anstalten der Länder, Gemeinden usw. Die Gesamtzahl der Anstalten beträgt 142. Die an der Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie bestehende Höhere Abteilung textil-kaufmännischer Richtung (Textil-Handelsakademie) und die

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[13]) Die Handelsakademie des österreichischen („Avusturya") St. Georgs-Kollegs in Istanbul ist als österreichische Handelsakademie zu bezeichnen, wird jedoch in der obigen Ziffernangabe nicht berücksichtigt.

Fachschule textil-kaufmännischer Richtung (Textil-Handelsschule) sowie die 1957 gegründete Abteilung für Bürotechnik wurden bei den gewerblichen Lehranstalten mitgerechnet.

Zahl der Anstalten und deren Schüler:

Schuljahr	Anstalten	Schüler
1970/71	131	27.670
1971/72	161	35.000
1972/73	170	38.000

In diesen Zahlen sind die Hörer der hochschulähnlich organisierten Abiturientenkurse (für Maturanten mit Hochschulberechtigung), die an den Handelsakademien geführt werden und der elf 2jährigen Büro- und Verwaltungsschulen sowie 1jährigen Büroschulen eingeschlossen. Neu eröffnet werden im Schuljahr 1972/73 10 Bundes-Handelsakademien und Bundes-Handelsschulen.

Daneben gibt es noch zahlreiche Handelsschulen, Büro- und Verwaltungsschulen, Stenotypistenschulen und Schulen für fremdsprachliche Handelskorrespondenz und Stenographie, Sekretärschulen und Werbefachschulen, die derzeit noch kein Öffentlichkeitsrecht besitzen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben der Einrichtung neuer Schulen sind besonders maschinelle Ausstattungen der Kaufmännischen Lehrbüros mit Rechen- und Buchungsmaschinen sowie Datenverarbeitungsanlagen vorgesehen.

Förderungsausgaben

Veranschlagt sind Beträge für Förderungszuwendungen und verschiedene Baukostenzuschüsse.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die Unterhaltsbeiträge der Probelehrer sowie die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Bildungszulagen, Rechenanlagen sowie für Tagungen und Veranstaltungen.

Ansatz 1283 Berufspädagogische Institute

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	2·5	1·9	4·4	0·2
1972 **)	3·1	2·2	5·3	0·2
1973 **)	5·0	3·4	8·4	0·8

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ergibt sich aus Erhöhungen der Bezüge und Lehrerpersonalvermehrung.

Durch den weiteren Ausbau der Berufspädagogischen Institute in Wien, Graz, Innsbruck, Linz, Feldkirch und Eisenstadt sowie die Errichtung eines neuen Berufspädagogischen Institutes in Salzburg und die notwendige Forcierung der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung ist eine Erhöhung des Sachaufwandes erforderlich. Dazu kommt die Übernahme der Expositur Wien-Mauer (Ausbildung der Werkstättenlehrer an technischen und gewerblichen Lehranstalten), die bis 1972 beim Ansatz 1286 mitveranschlagt war.

Gebarung

Aufgabe der Berufspädagogischen Institute ist gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Schulorganisationsgesetzes die Fortbildung aller Lehrer des berufsbildenden Schulwesens, die Vorbereitung auf bestimmte Lehramtsprüfungen und die berufspädagogische Tatsachenforschung.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Im wesentlichen ist für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für die audiovisuellen Notwendigkeiten vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeträge sind für die Teilnehmer an den Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Lehramtsprüfung für Stenotypie und Phonotypie an mittleren und höheren Schulen vorgesehen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind nur die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere Aufwendungen für Tagungen und Veranstaltungen, für Lehrgänge zur Fortbildung und Ausbildung der Lehrer und für die pädagogische Tatsachenforschung sowie die Verpflegsausgaben für die in der Expositur Wien-Mauer internatsmäßig untergebrachten Werkstättenlehrer.

Ansatz 1285 Berufsbildende Pflichtschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	365·6	5·6	371·2	0·1
1972 **)	364·6	5·5	370·1	0·7
1973 **)	—	235·0	235·0	0·1

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Gebarung

Ab 1973 wird der Personalaufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 im Personalaufwand des Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

Der Bund ist verpflichtet für den gesamten Landeslehrer-Personalaufwand bzw. für die Reise- und Übersiedlungsgebühren der Berufsschullehrer zu 50 v. H. aufzukommen.

Die Zahl der Berufsschulen und deren Schüler ist folgende:

Schuljahr	Schulen	Schüler
1970/71	258	144.441
1971/72	254	150.703
1972/73	247	154.354

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeträge sind für gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind die den Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie ab 1973 die laufenden Transferzahlungen an die Länder für den Landeslehrer-Personalaufwand bzw. für die den Berufsschullehrern gebührenden Reise- und Übersiedlungsgebühren veranschlagt.

Aufwandskredite

Darunter fallen vor allem Aufwendungen für Bildungszulagen und Fortbildungsveranstaltungen.

Ansatz 1286 Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime (Berufsbildende)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	4·3	24·0	28·3	18·2
1972 **)	4·6	27·3	31·9	17·7
1973 **)	5·9	28·7	34·6	19·8

Allgemeines

Bei diesem Ansatz sind die Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen, die Lehrhaushalte der Lehranstalten für Frauenberufe und Bekleidungsgewerbe, die Schülerheime der höheren technischen Bundeslehranstalten und der Bundeshandelsschule in Wien V, sowie die Bundesheime Krieglach und Türnitz — soweit es den Heimbetrieb dieser beiden Anstalten betrifft — veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben im Personalaufwand sind durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der höhere Sachaufwand betrifft vor allem den Verwaltungsaufwand und die Aufwandskredite.

Die unterschiedlichen Einnahmen sind durch die jeweiligen Verpflegseinnahmen bedingt.

Gebarung

Bundeskonvikte sind staatliche Erziehungsheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1973 stehen insgesamt 4 Bundeskonvikte in Betrieb, von denen 1 zu einer Handelsakademie und 3 zu Höheren technischen und gewerblichen Lehranstalten in Verbindung stehen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist nur der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Für notwendige Erstausstattungen bzw. Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vor allem vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen der Förderung und Unterstützung der privaten Konvikte, Lehrhaushalte und Schülerheime. Die veranschlagten Baukostenzuschüsse sind für die Investitionsförderung bei zwingend notwendigem Ausbau privater Internate vorgesehen.

Aufwandskredite

Darunter fallen insbesondere die Aufwendungen für Betriebsmaterialien, Verpflegsausgaben und für Tagungen und Veranstaltungen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 13 Kunst

Titel 130 Bundesministerium

(Zweckaufwand und Förderungsmaßnahmen)

Ansatz 1300 Bildende Künste und Austellungen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	8·5	0·1
1972 **)	9·5	0·0
1973 **)	12·1	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Sachaufwandes ergibt sich aus erhöhten Förderungsmaßnahmen, sowie aus einem Mehrbedarf bei den Aufwandskrediten für erhöhte Mittel für bedeutende Ausstellungen und für den Künstlerhilfefonds.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind vorgesehen:

1. Die Förderung der bedeutenden Vereinigungen bildender Künstler in Österreich.

2. Die Gewährung von Zuschüssen an österreichische Institutionen für die Beteiligung an repräsentativen internationalen Ausstellungen sowie für die Durchführung repräsentativer Ausstellungen in Ländern, die kulturpolitisch von besonderer Bedeutung sind.

3. Die Gewährung von Zuschüssen für die Veranstaltung repräsentativer Auslandsaustellungen im Inland.

4. Die Verleihung der Staats-, Würdigungs- und Förderungspreise.

5. Die Ankäufe und Aufträge des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst.

6. Die Nachwuchsförderung sowie — auch bei reiferen Künstlern — die Gewährung von Arbeits- und Reisestipendien, die für ihr Schaffen von besonderer Bedeutung sind.

Aufwandskredite

Die 4. GSPVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960, sieht vor, daß Zahlungen, die von einer Einrichtung zur wirtschaftlichen Selbsthilfe auf Grund einer Vereinbarung mit der Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft geleistet werden, auf den Beitrag der Pflichtversicherten anzurechnen sind. Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche „Künstlerhilfe-Fonds" solche Zahlungen in der Höhe von 50 v. H. der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtung an die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. In Fortführung der bis zur 4. GSPVG-Novelle bestandenen gesetzlichen Verpflichtung des Bundes (§ 27 Abs. 2 GSPVG in der Fassung des Künstler-Sozialversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 157/1958) leistet der Bund nunmehr an den Fonds Beiträge, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Pensionsversicherungsanstalt einzuhalten.

Außerdem sind die Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen, die anläßlich von Preisverleihungen und Ehrungen erfolgen, veranschlagt.

Weiters sind hier Ausgaben für Ausstellungen des Bundes — u. a. Triennale Mailand — vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1301 Musik und darstellende Kunst

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	102·2	0·0
1972 **)	107·3	0·0
1973 **)	125·3	0·0

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Sachaufwand ist bedingt durch höhere — an Zahl und Ausmaß ständig zunehmende — Förderungsausgaben.

Förderungsausgaben

Die Förderungsausgaben betreffen Subventionen auf dem Gebiete der Musik und darstellenden Kunst, insbesondere an die Privattheater, Musikvereinigungen, Orchester und sonstige gemeinnützige Einrichtungen sowie die Wiener Festwochen, Bregenzer und Burgenländischen Festspiele. Weiters sind bei der Budgetpost „Kulturbauten" Bundesbeiträge für Theater- und Konzerthausbauten in verschiedenen Bundesländern vorgesehen.

Außerdem sind für die Erhaltung von Kunstschulen Beträge veranschlagt.

Weiters gewährt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst folgende Staatspreise:

Österreichischer Staatspreis [1]), (früher „Großer Österreichischer Staatspreis").

Würdigungspreise.

Förderungspreise.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Dient der Auszeichnung des gesamten bisherigen Lebenswerkes hervorragender österreichischer Künstler aller Kulturbereiche.

Bezüglich Nachwuchsförderung, Reise- und Arbeitsstipendien gilt das gleiche wie bei der bildenden Kunst (Ansatz 1300).

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Als gesetzliche Verpflichtung ist der Bundesbeitrag für den Salzburger Festspielfonds mit 20,810.000 Schilling veranschlagt; nach dem Bundesgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 v. H. des Abganges zu übernehmen.

Aufwandskredite

Hier sind die Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen, die anläßlich von Preisverleihungen und Ehrungen erfolgen, veranschlagt.

Ansatz 1302 Literatur

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	5·5	0·0
1972 **)	5·7	0·0
1973 **)	5·9	0·0

Unterschiede der Gebarung

Da die Druckkostenzuschüsse und Buchankäufe nicht in jedem Kalenderjahr gleich sind, änderten sich auch die Förderungsausgaben.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind vorgesehen:

1. Druckkostenzuschüsse und Buchankäufe durch die öffentliche Hand, die die Herausgabe wertvoller, aber schwer absetzbarer Werke ermöglichen.

2. Reise- und Arbeitsstipendien, die für Dichter und Schriftsteller von ganz besonderer Bedeutung sind; Nachwuchsförderung.

3. Gewährung von Zuschüssen zur Werbung für österreichische Literatur im Ausland.

4. Verleihung der Staats-, Würdigungs- und Förderungspreise für Literatur.

5. Subventionen für literarische Vereinigungen.

Aufwandskredite

Hier sind Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendungen, die anläßlich von Preisverleihungen und Ehrungen erfolgen, veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1303 Kunstförderungsbeiträge (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	25·6	0·1
1972 **)	28·0	0·1
1973 **)	30·3	0·1

Allgemeines

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge je Rundfunkteilnehmer, die als jährliche Abgabe in der Höhe von 20 Schilling eingehoben werden, beim Ansatz 2/52180 veranschlagt.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung der Einhebungsvergütung (4 v. H.) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 aufgeteilt (BGBl. Nr. 301/1968).

Förderungsausgaben

Das Erträgnis aus dem Bundesanteil am Kunstförderungsbeitrag wird vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung verwendet; u. a. werden auch Beträge für die Ansätze „Denkmalpflege" und „Museen" des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung bei diesem Ansatz verausgabt.

Die Förderung erfolgt zum Teil auch durch Gewährung von zinsenlosen Darlehen, deren Gebarung gleichfalls bei diesem Ansatz zur Verrechnung gelangt.

Zur Beratung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

Ansatz 1304 Filmwesen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1973 **) [2]	11·8	0·2

Gebarung

Dieser Ansatz wurde neu geschaffen und die entsprechenden Posten aus dem Titel 135 herausgelöst.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für den Ausbau der Filmsammlungen.

Förderungsausgaben

Hier sind vor allem Ausgaben für die Filmförderung sowie für gemeinnützige Einrichtungen und Drehbuchprämien vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Im BVA 1973 erstmals als eigener Ansatz veranschlagt.

Aufwandskredite

Vor allem werden hier Beträge für Filmbegutachtungen, Filmberichterstattungen und Ehrengaben vorgesehen.

Titel 132 Hofmusikkapelle

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	2·1	1·5	3·6	0·8
1972 **)	2·3	1·6	3·9	0·7
1973 **)	2·5	1·6	4·1	0·7

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Höhe des Personal- und Sachaufwandes ist durch die Anzahl der jeweils durchgeführten Veranstaltungen sowie der Erhöhung der Personalbezüge bestimmt.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der Hofmusikkapelle erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse.

Aufwandskredite

Hier sind Aufwendungen für Betriebsmaterialien präliminiert.

Titel 135 Bundesstaatliche Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	3·1	17·7	20·8	0·8
1972 **)	3·1	19·3	22·4	1·5
1973 **)	3·4	8·6	12·0	0·8

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrausgaben beim Personalaufwand sind durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Der höhere Sachaufwand im Jahre 1972 ergab sich aus einer verstärkten Förderungstätigkeit, aus dem weiteren Ausbau der Filmsammlungen und erhöhter Mittel für den audio-visuellen Bereich.

Die Verminderung des Sachaufwandes im Jahre 1973 ergibt sich durch den Wegfall der Förderungsausgaben (ab 1973 beim Ansatz 1304 veranschlagt).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Gebarung

Der Bundesstaatlichen Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm obliegt die Beschaffung und teilweise auch die Herstellung audio-visueller Unterrichtsmittel und deren Verteilung im Wege der Landesbildstellen (und der diesen unterstehenden 93 Bezirksbildstellen) an die Schulen und die Unterstützung der einschlägigen volksbildnerischen Arbeit.

Für die Vorführung von Medien steht in der Sensengasse ein Saal mit entsprechenden Geräten zur Verfügung.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den schon bisher für Einrichtungserfordernisse vorgesehenen Beträgen sind auch die durch den Umzug der Dienststelle bedingten zusätzlichen Ausgaben berücksichtigt.

Aufwandskredite

Es sind besonders die notwendigen Ausgaben für die audio-visuellen Medien für Schulen vorgesehen.

Titel 138 Österreichische Kulturinstitute

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	6·5	25·4	31·9	0·7
1972 **)	5·9	29·5	35·4	0·8
1973 **)	7·8	29·9	37·7	0·8

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1973 ergibt sich aus einer Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und aus erfolgter Personalvermehrung.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist bedingt durch vermehrte Ausgaben für das fällige Revirement und Wirksamwerden neuer bindender Verpflichtungen aus Kulturabkommen.

Gebarung

Die Gebarung folgender Kulturinstitute ist hier veranschlagt:
Kulturinstitut Rom
Kulturinstitut Paris
Kulturinstitut London
Kulturinstitut New York
Kulturinstitut Kairo

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kulturinstitut Teheran
Kulturreferat Istanbul
Kulturinstitut Warschau
Lesehalle Zagreb.

Verwaltungsaufwand

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind entsprechende Beträge für Kursverluste und Auslandzulagen veranschlagt.

Für notwendige Übersiedlungen infolge fälliger Umbesetzungen ist hier ebenfalls vorgesorgt.

Anlagen

Außer den notwendigen laufenden Amtseinrichtungen und Einrichtungserfordernissen sind Ausgaben für den Bau eines Kulturinstitutsgebäudes in Budapest und Adaptierung des Kulturinstitutes in Warschau vorgesehen.

Förderungsausgaben

Die Förderungsausgaben umfassen:

a) Notwendige laufende Unterstützungen von privaten Institutionen und Vorhaben, die der zwischenstaatlichen Kulturentwicklung dienen, wie Österreich-Haus, Neues Forum, Paulusgesellschaft und Pro Oriente oder im Ausland das österreichische Kulturzentrum Triest, das Zentrum für Österreichkunde in Rouen, das Institut d'Echanges Franco-Européens.

b) Kulturelle Auslandsveranstaltungen, wie z. B. österreichisch-ausländische Wanderausstellungen, Erweiterung von Künstlertourneen über den Kreis der Kulturinstitute hinaus, Förderungen ausländischer Gegenveranstaltungen dieser Art.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Veranschlagt sind Beiträge für internationale Organisationen, wie BIRPI, Rom-Center und Internationale Film-Association.

Aufwandskredite

Durchführung von Veranstaltungen, Vorträgen, Konzerten, Symposien und Ausstellungen in den Kulturinstituten.

Erfüllung der Verpflichtungen aus den 12 bilateralen Kulturabkommen..

Ankauf von Büchern, Schallplatten und Bildmaterial über Österreich für die Verteilung an Interessenten zum Zwecke einer Kulturwerbung im Ausland. Fortführung und Einrichtung mehrerer staatlicher Wanderausstellungen, Betreuung von Kulturprojekten der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland sowie Vorsorge für in- und ausländische Gastbesuche, insbesondere Erst- und Gegenbesuche von Erziehungs- und Kulturministern.

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	11·2	17·0	28·2	5·3
1972 **)	11·6	29·8	41·4	5·8
1973 **)	17·6	31·1	48·7	9·6

Unterschiede der Gebarung

Die wesentlichen Erhöhungen ergeben sich am Personalsektor durch dienst- und besoldungsrechtliche Maßnahmen, durch Mehrausgaben im Verwaltungsaufwand und durch größere Vorsorge für Bezugsvorschüsse.

Verwaltungsaufwand

Die Steigerung ergibt sich vor allem durch die mit dem Ankauf des Gebäudes Strozzigasse zwangsläufig anfallenden Mehrausgaben sowie einen steigenden Bürobedarf durch Ausweitung der Aktivitäten.

Anlagen

Die Erhöhung dieser Unterteilung ergibt sich durch notwendige Ankäufe zur Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen und die Ausstattung des neuen Amtsgebäudes Strozzigasse.

Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

Förderungsausgaben

Bei diesem Ansatz sind Ausgaben für Zwecke der allgemeinen Kulturförderung sowie für „Baukostenzuschüsse BUWOG (IF)" zur Schaffung von Dienstwohnungen für Hochschullehrer vorgesehen.

Aufwandskredite

Standort- und Raumprogramm für Hochschulen, Einschaltung der elektronischen Datenverarbeitung in die verschiedensten Bereiche der Hochschulverwaltung, Aufgaben der Forschungsdokumentation sowie Mittel für die Adaptierung von Hochschul-Mietobjekten (Schaffung von Hochschulinstituten in Fremdgebäuden, um die drückende Raumnot an den österreichischen Hochschulen durch wirksame Sofortmaßnahmen zu bekämpfen).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 141 Bundesministerium; Förderung von Wissenschaft und Forschung

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	279·4	0·1
1972 **)	655·2	0·1
1973 **)	1.021·2	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die höheren Ausgaben im Jahre 1973 kommen vor allem durch die Umschichtung der Ausgabenbeträge aus dem Studienförderungsgesetz zum Ansatz „Hochschulische Einrichtungen" zustande. Außerdem erfolgte eine beträchtliche Aufstockung der Fonds für wissenschaftliche und gewerbliche Forschung.

Hochschulische Einrichtungen

Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Aufwand für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses wird je zur Hälfte von der Stadt Wien und dem Bunde getragen.

Zu den Klinikneubauten in Graz und Innsbruck leistet der Bund einen Beitrag von 40% der Bauaufwendungen.

Förderungsausgaben (D)

Hier ist für ein Darlehen an den Verein der Freunde der Sommerhochschule der Universität Wien vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen;

Studienunterstützungen für sozial bedürftige Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 421/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 330/1971 und BGBl. Nr. 286/1972, einen Anspruch nicht geltend machen können.

Zuschüsse an die Österreichische Hochschülerschaft (Ausschüsse) und an private Vereine, für eine Selbstversicherung der bisher nicht sozialversicherten Studierenden im Rahmen des ASVG, zur Anschaffung von Lehrmitteln durch die Österreichische Hochschülerschaft sowie für studentische Aufgaben kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Art und ähnliches;

Neubau von Studentenheimen und Mensen, Ausbau und Renovierung von bestehenden Studentenheimen und Mensen, die von der Österreichischen Hochschülerschaft oder von privaten Vereinen verwaltet werden.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Außerdem wird die Vortrags- und Studientätigkeit österreichischer Gelehrter und Lektoren im Ausland gefördert. Für Spezialstudien und Forschungsarbeiten in Österreich werden Stipendien an ausländische Akademiker sowie an Auslandsösterreicher und an österreichische Studenten und absolvierte Akademiker für Spezialstudien in Ländern, mit denen kein Austauschprogramm besteht, gewährt.

Linzer Hochschulfonds

Dieser wurde mit BGBl. Nr. 189/1962, errichtet. Mit 1. Oktober 1972 wurden die Gebäude der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz vom Bund übernommen. Der bis zu diesem Zeitpunkt entstandene Errichtungsaufwand wird vom Bund zur Hälfte getragen. Auf diesen Anteil sind noch rund 20 Millionen Schilling ausständig, die im Jahre 1973 refundiert werden. Darüber hinaus übernimmt der Linzer Hochschulfonds die Bauherrschaft für den Neubau des sogenannten „Chemieturmes". Einen Teil der Baukosten mit 29 Millionen Schilling tragen das Land Oberösterreich und die Stadt Linz, für den Rest der Kosten dieses Gebäudes kommt der Bund in Form von jährlichen Bauraten auf.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt	34·0
Von anderen Gebietskörperschaften	26·0
Zusammen ...	60·0

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Baurate Chemieturm	40·0
Rückzahlung	20·0
Zusammen ...	60·0

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wurde die Bearbeitung der bisher an den einzelnen Hochschulen bearbeiteten Studienbeihilfenansuchen bei der Studienbeihilfenbehörde zentralisiert. Damit ergibt sich auch die Notwendigkeit, die Beihilfenbeträge der wissenschaftlichen und der Kunsthochschulen bei einem aus der Systematik notwendigen neuen Ansatz zu konzentrieren.

Aufwandskredite

Vorsorge für Hochschullehrer- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kurse, Vorträge, wissenschaftlich-technische Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Wissenschaftliche Einrichtungen

Förderungsausgaben

Die Förderungsbeiträge für wissenschaftliche Einrichtungen fließen teils namentlich in der Postenbezeichnung genannten Institutionen zu, teils werden sie Subventionswerbern für Einzelvorhaben (u. a. wissenschaftliche Vereine, Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse, Beiträge für wissenschaftliche Filme, Forschungsstipendien) gewährt. Den gestiegenen Aufwendungskosten und der Ausweitung von Forschungsvorhaben wird durch die Ansatzerhöhung Rechnung getragen.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Internationale Beitragsleistungen sind vorgesehen für folgende Institutionen:

Internationales Sozialwissenschaftliches Koordinations- und Dokumentationszentrum in Wien (siehe BGBl. Nr. 337/1963).

Weltorganisation für Meteorologie (WMO) (Beitragsleistung: Art. 24 BGBl. Nr. 64/1958).

Internationales Zentrum für medizinische Wissenschaften.

Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaften.

Verschiedene, durch Ministerratsbeschlüsse übernommene, kleine Mitgliedsbeiträge der Österreichischen Akademie der Wissenschaften für internationale Vereinigungen.

Bibliothekarische und wissenschaftliche Filmeinrichtungen

Förderungsausgaben

Hier sind Beträge für die Österreichische Bibliographie, für das Österreichische Institut für Bibliotheksforschung, die Teßmann-Bibliothek in Bozen u. ä.. sowie für wissenschaftliche Filmvorhaben veranschlagt.

Aufwandskredite

Vorsorge für den Austausch von Bibliothekaren auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Expertengutachten und Auftragsforschung

Aufwandkredite

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Ansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notweniger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken (in den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung; in Österreich ist sie jedoch im Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, bisher ausgeklammert worden und kann daher nicht vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung angewandt werden).

Wissenschaftliche Forschung

Förderungsausgaben

Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung

Das Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, sieht zwei Fonds vor. Aufgabe des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung ist die Förderung von Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen, wofür Darlehen oder Beiträge des Fonds gewährt werden. Als Koordinierungsorgan ist der Österreichische Forschungsrat vorgesehen.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill.
Aus dem Bundeshaushalt	120·6
Sonstige Beträge Dritter	0·0
Sonstiges	0·0
Zusammen	120·6

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Zuschüsse für Forschungsvorhaben	120·6
Fondsaufwand	0·0
Zusammen	120·6

Gewerbliche Forschung

Förderungsausgaben

Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft

Zur Förderung der Forschung im Bereiche der gewerblichen Wirtschaft in Österreich wurde gemäß Bundesgesetz vom 25. Oktober 1967, BGBl. Nr. 377, ein „Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft" errichtet.

Dieser Fonds wurde auf Grund des Gesetzes am 31. Jänner 1968 konstituiert und hat den im § 11 (1 c) des Bundesgesetzes vorgesehenen Bericht über die Lage der Forschung im Bereiche der gewerblichen Wirtschaft sowie auf diesem Gebiet für das jeweils nächste Kalenderjahr zu erwartende Bedürfnisse einschließlich einer längerfristigen Vorausschau dem Bundesminister für Wissenschaft und Forschung vorzulegen. In diesem Bericht wurde für das Jahr 1973 ein Gesamtbedarf des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft in der Höhe von 400 Millionen Schilling ermittelt. Wegen der überaus angespannten Budgetlage war es nicht möglich, für diesen errechneten Betrag Vorsorge zu treffen, immerhin bedeutet die Veranschlagung von 54·4 Millionen Schilling für diesen Zweck eine weitere Verbesserung. Der erhöhte Ansatz im Bundesvoranschlag 1973 entspricht auch der Entschließung des Nationalrates vom 25. Oktober 1967, wonach im Hinblick auf die Bedeutung der Forschungsförderung für die Weiterentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft künftig auf Grund der nach dem Forschungsförderungsgesetz zu erstattenden Berichte mehr und steigende Budgetmittel für die Forschungsförderung bereitzustellen sind.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill.
Zuschuß des Bundes	154·4
Sonstige Beiträge Dritter	0·0
Sonstiges	3·0
Zusammen	157·4

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt:

Für Forschungsaufträge: Zuschüsse	115·4
Darlehen	39·0
Fondsaufwand	3·0
Zusammen	157·4

Forschungseinrichtungen

Förderungsausgaben

In diesem Ansatz sind die Bundeszuwendungen an die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft veranschlagt.

Der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft, die bis zur Gründung des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung Anteile an den Beträgen für den „Forschungsrat (Forschungsstiftung)" erhalten hat, werden Förderungsmittel zur Durchführung ihrer Forschungsaufgaben zur Verfügung gestellt.

Aufwandskredite

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne For-

schungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser finanzgesetzliche Ansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Aufwendungen für die Hydrologische Dekade, das Internationale Biologische Programm, das Internationale Geodynamische Projekt, das UNESCO-Projekt Man and Biosphere, der Beitrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung für die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie und Aufwandskredite für die friedliche Anwendung der Atomenergie enthalten.

Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute

Förderungsausgaben

Die Österreichische Akademie der Wissenschaften und ihre Forschungsinstitute, die bis 1971 bei Ansatz 1/14116 budgetiert wurden, wurde aus diesem Ansatz herausgelöst und in einem neuen Ansatz veranschlagt. Damit soll die eigene Rechtspersönlichkeit als Körperschaft (BGBl. Nr. 569/1921 in der Fassung BGBl. Nr. 115/1947) besser zum Ausdruck kommen, weiters wird dadurch die Autonomie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften verstärkt, weil die Akademie bei der Verteilung der verfügbaren Mittel auf die Forschungsinstitute mitbefaßt werden kann.

Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Dieser Ansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EMBC) und zum Laborprojekt der EMBC. Über Beschluß des Ministerrates vom 23. Feber 1971, Pkt. 29 des Beschlußprotokolls Nr. 42, wird sich Österreich am OECD-Institut für Führungsaufgaben der Technik, das in Mailand errichtet werden soll, beteiligen. Die hiezu erforderlichen Mittel werden nach Inkrafttreten des Gründungsvertrages hier budgetiert werden.

Aufwandskredite

Österreich wurde im November 1969 vom Präsidenten des Ministerrates der Europäischen Gemeinschaft eingeladen, auf verschiedenen Gebieten der wissenschaftlich-technischen Forschung mitzuarbeiten. Österreich hat diese Einladung angenommen. Die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften erteilten Forschungsaufträge sehen eine mindestens 40%ige Beteiligung der am speziellen Projekt mitarbeitenden Industrie vor. Der Ansatz soll die finanziellen Voraussetzungen für eine österreichische Mitarbeit an den verschiedenen Vorhaben der Europäischen Gemeinschaft sicherstellen.

Forschungsunternehmungen

Aufwandskredite

Über Empfehlung der Beratenden Kommission für Weltraumfragen hat der Ministerrat im Juni 1971 beschlossen, eine Einrichtung für den Space-Contact in Österreich zu schaffen. Die auf diesem Beschluß basierenden Beratungen führten 1972 zur Schaffung einer österreichischen Gesellschaft für Weltraumfragen Ges. m. b. H., die folgende Aufgaben wahrnehmen soll:

1. Systematische Aufbereitung und Vermittlung industriell verwertbarer Informationen und Daten der Weltraumtechnik an die österreichische Industrie.
2. Ausbildung von österreichischen Fachleuten auf dem Gebiet der Erforschung und Nutzung des Weltraumes und der Weltraumtechnik im Zusammenwirken mit in- und ausländischen Hochschulinstituten und Forschungsinstitutionen.
3. Erfüllung der Funktionen als österreichische Verbindungsstelle zu ausländischen und internationalen Weltraumorganisationen.
4. Beratung der österreichischen Bundesregierung in Angelegenheiten der Erforschung und Nutzung des Weltraumes und der Weltraumtechnik.
5. Leistung von Öffentlichkeitsarbeit durch Organisation und Durchführung zweckdienlicher Veranstaltungen.

Die unter diesem Ansatz budgetierten Mittel stellen den Beitrag des Bundes zu den Betriebskosten der Gesellschaft dar.

Titel 142 Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen

Ansatz 1420 Hochschulen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *) ..	1.026·2	1.016·1	2.042·3	21·7
1972 **) ..	1.138·0	1.009·6	2.147·6	16·3
1973 **) ..	1.380·5	955·2	2.335·7	9·1

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist im wesentlichen durch die Vorsorge für zusätzliche Dienstposten für Hochschulprofessoren und

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

-assistenten sowie sonstige wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Bedienstete, weiters durch Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt.

Die Einnahmen verringern sich 1973 erneut durch den teilweisen Wegfall der Refundierung des Aufwandes der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz durch den Linzer Hochschulfonds (siehe auch BGBl. Nr. 189/1962). Die geringen Einnahmen im Jahre 1972 sind bedingt durch den Wegfall der Kollegiengeldeinhebung.

Wesentliche gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966.

Hochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 154/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 92/1959, 188/1962, 195/1965, 180/1966, 151/1972 und 276/1972.

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962.
Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972.

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, 2. Teil, Hauptstück D (betr. Kostenersätze für den klinischen Mehraufwand).

Hochschulassistentengesetz 1962, BGBl. Nr. 216/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 261/1963, 315/1963, 156/1964, 166/1965, 112/1966, 72/1967, 239/1967, 6/1969 und 220/1972.

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 421/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 330/1971 und 286/1972.

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studieneinrichtungen, BGBl. Nr. 179/1966.

Gewährung von Teuerungszulagen zu den Remunerationen für Lehrbeauftragte, BGBl. Nr. 440/1968.

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1970 betreffend die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970.

Bundesgesetz über technische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 290/1969.

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969.

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969.

Bundesgesetz über Katholisch-Theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969.

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971.

Verwaltungsaufwand

Hier sind die für den administrativen Betrieb der Hochschulen erforderlichen Aufwendungen und die nicht dem Personalaufwand zuzurechnenden Entschädigungen, wie die Aufwandsentschädigung für Hochschullehrer und wissenschaftliche Beamte, veranschlagt. Die Erhöhung ist bedingt durch den Ausbau der Hochschulen, die Inbetriebnahme der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt und den Wegfall der zweckgebundenen Einnahmen aus dem Hochschultaxengesetz 1972, der hier einen budgetären Ausgleich (Druckkosten) notwendig macht.

Anlagen

Hier sind die Investitionsausgaben (Einrichtung und apparative Ausstattung) für die Hochschulen veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Klinischer Mehraufwand

Der Bund ersetzt gemäß §§ 55 und 56 des Krankenanstaltengesetzes den Mehraufwand, der sich bei Krankenanstalten aus der Verwendung für Unterrichtszwecke der medizinischen Fakultäten ergibt. Diese Kostenersätze betragen:

1971 *)	183·0
1972 **)	226·4
1973 **)	249·6

Gesundheitsuntersuchungen

Für die im Allgemeinen Hochschulstudiengesetz § 6, Abs. 2, lit. e, BGBl. Nr. 177/1966, vorgesehenen Gesundheitsuntersuchungen der Hochschüler wurde ein Betrag von 1·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Remunerationen

88·962 Millionen Schilling sind für die Remunerationen für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende gemäß § 12 (1) des Hochschultaxengesetzes vorgesehen.

Aufwandskredite

Hier sind in erster Linie die Betriebsaufwendungen der Hochschulen, die aus Unterricht und Forschung entspringen, veranschlagt. Neben der Investition stellen diese Aufwendungen einen wesentlichen Faktor zur Verbesserung des Hochschulbetriebes dar. Wichtige Schwerpunkte im Unterricht und in der Forschung sind in gesonderten Posten dargestellt. Weitere Bedeutung fällt dem Ausbau der Großrechenanlagen zu. Darüber hinaus sind Beiträge für Veranstaltungen repräsentativen Charakters und sportliche Veranstaltungen hier veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1421 Hochschulen (Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	21·6	70·8	92·4	98·9
1972 **)	25·6	39·1	64·7	65·7
1973 **)	25·3	65·7	91·0	91·0

Unterschiede der Gebarung

Die Verminderung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist durch den Wegfall der Anteile der Hochschullehrkräfte an Taxen bedingt.

Die Verringerung der Einnahmen und der Sachaufwandsansätze im Jahre 1972 erfolgt durch den Wegfall der zweckgebundenen Einnahmen aus dem inzwischen novellierten Hochschultaxengesetz.

Nach Wirksamwerden des Hochschultaxengesetzes 1972 entfallen ab dem 4. Quartal 1972 eine Anzahl von Verrechnungsposten und damit zweckgebundene Einnahmenbeträge, hingegen ist für neue Verrechnungsposten, die sich aus dem Hochschultaxengesetz ergeben, Vorsorge zu treffen.

Wesentliche gesetzliche Grundlagen

Hochschultaxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer, BGBl. Nr. 000/1972.

Verwaltungsaufwand

Bei diesem Ansatz sind Aufwendungen für die administrativen Belange der Hochschulen bzw. deren Institute veranschlagt.

Anlagen

Hier sind Ersatzkosten für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Hochschulinstituten und Labors vorgesehen, soweit sie auf Grund des Hochschultaxengesetzes anfallen.

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind Beträge für Studienbeihilfen und -unterstützungen veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Hier sind nur Ausgaben für den Klinischen Aufwand vorgesehen.

Aufwandskredite

Hier sind die Regieaufwendungen oder Ersatzkosten der Hochschulen für Unterricht und Forschung veranschlagt. Ihre Ausgabenhöhe muß Bedeckung finden aus den Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes 1972 bzw. aus Spenden und sonstigen Zuwendungen durch Dritte.

Außerdem sind auch die Erlöse aus Stiftungen und aus Beiträgen Dritter (Spenden) zweckgebunden und finden nur für den Widmungszweck Verwendung.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1422 Wissenschaftliche Anstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	25·3	58·0	83·3	1·0
1972 **)	21·4	13·1	34·5	1·1
1973 **)	26·3	13·0	39·3	1·1

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand im Jahre 1973 ist durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten bedingt. Die Verminderung des Personalaufwandes im Jahre 1972 war durch eine Reduzierung der Dienstposten eingetreten.

Durch den Wegfall der Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) bei diesem Ansatz verringert sich der Sachaufwand.

Gebarung

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für folgende wissenschaftliche Institutionen veranschlagt:

1. Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in Wien.
2. Geologische Bundesanstalt in Wien.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Außer der laufenden Nachschaffung von Geräten für die beiden wissenschaftlichen Anstalten ist heuer für die 2. Stufe der Einrichtung des neuen Gebäudes der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik vorgesorgt.

Aufwandskredite

Im wesentlichen sind hier die Mittel für Entschädigungen an Personen, sie dienen zur Bedeckung der Remunerationen für den nichtamtlichen Wetterbeobachtungsdienst, und der Regieaufwand für die beiden wissenschaftlichen Anstalten veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1423 Bibliotheken

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	52·6	34·6	87·2	3·1
1972 **)	56·2	42·0	98·2	3·8
1973 **)	74·4	47·9	122·3	3·7

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes im Jahre 1973 ist durch die Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Die Erhöhung des Sachaufwandes im Jahre 1972 ergibt sich durch eine höhere Veranschlagung des Verwaltungsaufwandes sowie der Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes im Jahre 1973 ergibt sich vor allem aus einem Nachholbedarf für Bibliothekserfordernisse und aus den Erfodernissen für die Ausstattung von Bibliotheksneu- und Bibliotheksumbauten.

Gebarung

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für folgende Bibliotheken veranschlagt:

1. Österreichische Nationalbibliothek.

2. Bundesstaatliche Studienbibliothek Linz.

3. Universitätsbibliotheken in Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg.

4. Bibliothek der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz.

5. Studienbibliotheken der übrigen Hochschulen.

6. Zentralbibliothek der Physikalischen Institute der Universität Wien.

7. Österreichische Phonothek.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für Amtseinrichtung und Einrichtungserfordernisse sowie für die Ausstattung neuer Räume der Universitätsbibliothek Salzburg und des Neubaues der Bibliothek der Technischen Hochschule in Graz.

Aufwandskredite

Es sind hauptsächlich Aufwendungen für Materialien für Mikrofilme und Photokopien, Druckaufträge und Druckwerke sowie Mittel für Zwecke der Bibliotheksplanung veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1424 Bundesstaatliche Hauptstelle für wiss. Kinematographie

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1973 **) [1]	1·3	1·4	2·7	0·3

Gebarung

Im Sinne des Bundesgesetzes vom 9. Juli 1970 über die Errichtung eines Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und über die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien, BGBl. Nr. 205/1970, wurde die Abteilung „Wissenschaftlicher Film" der Bundesstaatlichen Hauptstelle für Lichtbild und Bildungsfilm aus dem Ressortbereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst herausgelöst und wird im Ressortbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung als „Bundesstaatliche Hauptstelle für wiss. Kinematographie" weitergeführt. Dieser obliegt die Beschaffung und Herstellung von wissenschaftlichen Filmen für Lehr- und Forschungszwecke der wissenschaftlichen Hochschulen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Hier sind die Ausgaben für die notwendige Amtseinrichtung sowie für Einrichtungserfordernisse und Filmsammlungen vorgesehen.

Aufwandskredite

Im Rahmen dieser Ausgabenbeträge sind insbesondere Ausgaben für die Herstellung wissenschaftlicher Filme vorgesehen.

Titel 143 Kunsthochschulen

Ansatz 1430 Kunsthochschulen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	89·3	61·6	150·9	19·8
1972 **)	96·6	71·0	167·6	20·7
1973 **)	124·2	70·6	194·8	24·6

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten zurückzuführen.

Der steigende Sachaufwand ist auf Mehranforderungen im Verwaltungsaufwand, auf die Erhöhung der Beträge für Förderungsausgaben und auf eine notwendige Erhöhung der Aufwandskredite zurückzuführen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Bis einschließlich 1972 beim Titel 135 mitveranschlagt.

Die Einnahmen ergeben sich vor allem aus den Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften zum Gebarungsabgang für die Kunsthochschulen in Salzburg, Graz sowie ab 1. Oktober 1973 für die Hochschule für Gestaltung in Linz.

Gesetzliche Grundlagen

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 237/1955, für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien und die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz.

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971.

Kunsthochschul-Dienstordnung, BGBl. Nr. 77/1972, in der Fassung BGBl. Nr. 219/1972.

Gebarung

Die Gebarung folgender Kunsthochschulen ist hier veranschlagt:

1. Akademie der bildenden Künste in Wien.
2. Hochschule für angewandte Kunst in Wien.
3. Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien.
4. Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg.
5. Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz — einschließlich der Expositur Oberschützen.
6. Hochschule für Gestaltung in Linz.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der Kunsthochschulen erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amtseinrichtungen und Einrichtungserfordernisse.

Förderungsausgaben

An Förderungsmaßnahmen sind u. a. vorgesehen:

Die Gewährung von Stipendien, außerordentlichen Studienbeihilfen und Abgangspreisen an die Studierenden aller Kunsthochschulen und der Akademie der bildenden Künste, Stipendien für Postgraduierte sowie Subventionen an besonders begabte Studierende als Zuschuß für Ausstellungen bzw. Konzerte, ferner von Subventionen für die Errichtung, Einrichtung und Adaptierung von Studentenheimen. Diese Zuwendungen erfolgen wie bisher auf freiwilliger Basis.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Veranschlagt sind Ausgaben für Lehrbeauftragte und Gastvortragende.

Aufwandskredite

Darunter fallen vor allem Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Bildungszulagen, Tagungen und Veranstaltungen sowie Exkursionen und Austauschaktionen.

Ansatz 1431 Kunsthochschulen

(Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	0·3	3·0	3·3	3·4
1972 **)	0·3	2·2	2·5	2·5
1973 **)	0·4	2·4	2·8	2·8

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Höhe des Sachaufwandes und der Einnahmen richtet sich jeweils nach dem Volumen der Veranstaltungen.

Gebarung

Im Bereiche der Kunsthochschulen wird ein gewisser Anteil der Gebarung als „Zweckgebundene Gebarung" ausgewiesen.

Verwaltungsaufwand

Teile des Erlöses aus dem Drucksortenverkauf und der Taxen der Studierenden werden für Zwecke des Verwaltungsaufwandes herangezogen.

Förderungsausgaben

Hier wird nur für Studienbeihilfen und Schülerunterstützungen vorgesorgt.

Aufwandskredite

Die Taxen der Studierenden sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse zu verwenden. Ebenso finden Teile des Erlöses aus dem Drucksortenverkauf Verwendung.

Ferner ist hier die Gebarung der Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum" in Salzburg und der Versuchsanstalt der Hochschule für angewandte Kunst veranschlagt.

---

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 144 Museen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	44·4	26·3	70·7	7·9
1972 **)	47·1	29·2	76·3	7·8
1973 **)	56·2	32·3	88·5	8·3

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ergibt sich durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten.

Der erhöhte Sachaufwand ist vor allem durch die notwendige Erhöhung der Ausgabenansätze für Anlagen, Aufwendungen und Förderungen bedingt.

Gebarung

Im Personalaufwand sind auch die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde, welche dem Verein für Volkskunde als lebende Subvention zur Verfügung gestellt werden, enthalten.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb der nachstehend genannten Museen erforderliche Aufwand veranschlagt:

Kunsthistorisches Museum,
Naturhistorisches Museum,
Museum für Völkerkunde,
Österreichische Galerie,
Graphische Sammlung „Albertina",
Österreichisches Museum für angewandte Kunst,
Museum des 20. Jahrhunderts.

Anlagen

Neben den notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernissen sind vor allem Ausgaben für Anschaffung, Herstellung und Ausbau von Sammlungen sowie die Fortführung der Einrichtung von mechanischen Sicherheitsvorkehrungen und von Brandschutzanlagen vorgesehen. Besonders bedeutende Vorhaben in diesem Budgetjahr sind die Fertigstellung der Neueinrichtung der großen Schauhalle der Wagenburg des Kunsthistorischen Museums, die Neuaufstellung der ägyptisch-orientalischen Schausammlung des Kunsthistorischen Museums sowie die Modernisierung von Schausälen im Naturhistorischen Museum.

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Ansatz ist auch der Bundesbeitrag für die Freilichtmuseen veranschlagt.

Aufwandskredite

Der Ansatz dient der Bedeckung der Kosten für den wissenschaftlichen Betrieb, die Feldforschung der Museen, für die nichtständigen Ausstellungen sowie für Kataloge und sonstige Publikationen. Ferner sind hier die Aufwendungen für das Österreichische Museum für Volkskunde, für das Österreichische Theatermuseum und für das Museum im Augarten veranschlagt. Auch der Aufwand für die Dependancen der Museen (Schloßmuseen) ist bei diesem Ansatz zu bedecken.

Titel 145 Bundesdenkmalamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	11·8	28·9	40·7	0·2
1972 **)	11·9	32·4	44·3	0·4
1973 **)	16·8	37·0	53·8	0·5

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ergibt sich durch die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten.

Die Erhöhung des Sachaufwandes in den Jahren 1973 und 1972 erfolgt vor allem bei den Ausgabenansätzen für Anlagen, Förderungen und Aufwendungen.

Gebarung

Die gesetzliche Grundlage ergibt sich aus:

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBl. Nr. 90, in der Fassung BGBl. Nr. 282/1958;

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, in der Fassung BGBl. Nr. 92/1959.

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, die Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb des Bundesdenkmalamtes erforderliche Aufwand veranschlagt.

Anlagen

Neben den notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernissen sind vor allem Ausgaben für die Wiederherstellung von bundeseigenen Kunstdenkmälern sowie für den Zivilschutz der Kulturgüter vorgesehen.

Förderungsausgaben

Aus den Förderungsbeträgen werden vor allem Subventionen zur Wiederherstellung von Kunst-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

denkmälern, die sich nicht im Eigentum des Bundes befinden, gewährt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Veranschlagung auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut im Falle eines bewaffneten Konfliktes, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwandskredite

Es sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten, für die Drucklegung von Publikationen sowie für die Beteiligung Österreichs an den internationalen Rettungsaktionen veranschlagt.

Kapitel 15 Soziales

Titel 150 Bundesministerium für soziale Verwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	63·9	50·2	114·1	277·8
1972 **)	70·3	67·4	137·7	157·8
1973 **)	63·0	45·8	108·8	179·3

Unterschiede der Gebarung

Ein echter Vergleich mit den Ausgabenansätzen des Bundesvoranschlages 1972 bzw. mit dem Erfolg 1971 ist nicht möglich, da in diesen Beträgen die Aufwendungen für das erst mit 1. Februar 1972 neu errichtete Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mitenthalten waren.

Die unterschiedliche Einnahmengebarung wird nahezu ausschließlich durch das jeweilige Gebarungsergebnis der Arbeitslosenversicherung bestimmt.

Verwaltungsaufwand

Dieser Ansatz berücksichtigt u. a. auch die Aufwendungen für das Obereinigungsamt, den Beirat für Arbeitsmarktpolitik, den Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung und die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes.

Für Forschungsaufträge auf dem Gebiete der Sozialversicherung sowie für die Herausgabe einer „ASVG-Fibel" sind insgesamt 1,500.000 Schilling vorgesehen.

Anlagen

Hier ist insbesondere für die Anschaffung von Maschinen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, mit 100.000 Schilling die Förderung der Errichtung eines Europäischen Zentrums für Weiterbildung und Forschung auf dem Gebiete der Sozialarbeit in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Österreich. Dieses Zentrum soll sich insbesondere mit Schulung und Forschung in bezug auf Familien- und Kinderwohlfahrt, Betriebsfürsorge, Wohlfahrt für Gastarbeiter und deren Familien, Sozialschutz, Gemeinschaftsentwicklung u. ä. befassen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen" erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen (Internationale Arbeitsorganisation, Internationaler Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen u. ä.).

Kriegsblindenfonds

Der Kriegsblindenfonds ist ein Verwaltungsfonds zur Fürsorge für Kriegsblinde, dem Mieteinnahmen und freiwillige Zuwendungen zufließen.

Reservefonds nach dem AlVG

Die gesetzliche Grundlage für den Reservefonds ist das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, BGBl. Nr. 199, §§ 64 und 65.

Die Gebarung des Reservefonds zeigt folgendes Bild:

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	20·0	268·9
1972 **)	30·0	147·6
1973 **)	20·0	170·3

Die veranschlagten Ausgaben betreffen bauliche Adaptierungen im Rahmen der Ausgestaltung der Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung, zu einem modernen Arbeitsmarktservice im Sinne des vom Beirat für Arbeitsmarktpolitik gebilligten arbeitsmarktpolitischen Konzeptes.

Die Einnahmen des Reservefonds bestehen neben dem Gebarungsüberschuß der Arbeitslosenversicherung aus einer weiteren Rückzahlungsrate des gemäß Artikel V Absatz 2 des Bundesfinanzgesetzes 1962 an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gewährten Darlehens und aus den Geldstrafen. Der Gebarungsüberschuß der Arbeitslosenversicherung ist gegenüber dem Voranschlag 1972 infolge höherer Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen trotz des Mehraufwandes für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie für Unterstützungsleistungen nach dem AlVG höher. Gegenüber dem Erfolg 1971 ist der Gebarungsüberschuß infolge höherer Unterstützungsleistungen nach dem AlVG und Erhöhung des Aufwandes nach dem AMPG jedoch geringer.

Bundesaufsicht in Angelegenheiten der Sozialen Verwaltung

Träger der Sozialversicherung

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG (BGBl. Nr. 189/1955), des Gewerblichen

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetzes — GSPVG (BGBl. Nr. 292/1957), des Bauern-Pensionsversicherungsgesetzes — B-PVG (BGBl. Nr. 28/1970), des Bauern-Krankenversicherungsgesetzes — B-KVG (BGBl. Nr. 219/1965), des Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetzes — GSKVG (BGBl. Nr. 167/1966), des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG (BGBl. Nr. 200/1967) und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 (BGBl. Nr. 66) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Derzeit werden beaufsichtigt:

I. Versicherungsträger nach dem ASVG

A. Krankenversicherungsträger

Je eine Gebietskrankenkasse in den einzelnen Bundesländern.
Je eine Landwirtschaftskrankenkasse in den einzelnen Bundesländern.

Betriebskrankenkassen:

Österreichische Staatsdruckerei,
Austria Tabakwerke AG,
Wiener Verkehrsbetriebe,
Semperit AG,
Neusiedler AG für Papierfabrikation,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Hütte Donawitz,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Werk Zeltweg,
Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft, Hütte Kindberg,
Gebr. Böhler & Co.,
Fa. Johann Pengg.

Sonstige Krankenversicherungsträger:

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen,
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues.

B. Unfallversicherungsträger

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz und Salzburg),
Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz, Salzburg und Klagenfurt),
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen.

C. Pensionsversicherungsträger

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten,
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter (Hauptstelle und Landesstelle Wien sowie je eine Landesstelle in Linz, Graz und Salzburg),
Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt,
Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen,
Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues.

D. Zuschußkassen

Pensionsinstitut der österreichischen Privatbahnen,
Pensionsinstitut der Linzer Elektrizitäts- und Straßenbahn AG.

E. Verbände

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

II. Versicherungsträger nach dem GSPVG

Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (Hauptstelle Wien und Außenstellen in jedem Bundesland).

III. Versicherungsträger nach dem B-PVG

Pensionsversicherungsanstalt der Bauern (Hauptstelle Wien, zugleich als Außenstelle für Wien, Niederösterreich und Burgenland, und Außenstellen in Linz, Graz, Salzburg und Klagenfurt).

IV. Versicherungsträger nach dem B-KVG

Österreichische Bauernkrankenkasse (Hauptstelle und Landeskassen für jedes Bundesland).

V. Versicherungsträger nach dem GSKVG

Je eine Gewerbliche Selbständigenkrankenkasse für Wien, Niederösterreich/Burgenland, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten,
Selbständigenkrankenkasse des Fremdenverkehrs für Wien, Niederösterreich und Burgenland,
Selbständigenkrankenkasse des Handels,
Verband der Gewerblichen Selbständigenkrankenkassen.

VI. Versicherungsträger nach dem B-KUVG (Kranken- und Unfallversicherung)

Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (Hauptgeschäfts- und Landesgeschäftsstelle Wien sowie je eine Landesgeschäftsstelle in Linz, Graz, Salzburg, Klagenfurt, Innsbruck und Bregenz).

VII. Versicherungsträger nach dem NVG 1972 (Pensionsversicherung)

Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates.

Die Kosten der von der Aufsichtsbehörde angeordneten Maßnahmen belasten den Versicherungsträger. Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden sonstigen Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen, deren Höhe das Bundesministerium für soziale Verwaltung nach Anhörung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes) bestimmt. Die von den Versicherungsträgern zu entrichtende Aufsichtsgebühr beträgt zur Zeit 0·000085% (das sind 8·5 Groschen für je 1000 Schilling) der tatsächlich vereinnahmten Sozialversicherungsbeiträge.

Bauarbeiter-Urlaubskasse

Gemäß § 12 der Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 114/1946, in der derzeit geltenden Fassung, zum Bauarbeiter-Urlaubsgesetz, BGBl. Nr. 81/1946 (wiederverlautbart unter BGBl. Nr. 128/1957), in der derzeit geltenden Fassung, ist mit der obersten Aufsicht über die Urlaubskasse der Arbeiter in der Bauwirtschaft der Bundesminister für soziale Verwaltung betraut.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	130·2	0·3
1972 **)	144·8	0·3
1973 **)	155·3	0·3

Gesetzliche Grundlagen

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, in der geltenden Fassung;

Verordnung über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1973, BGBl. Nr. 000/1972.

Ansatz 1/15117 Heilfürsorge

Der Ansatz berücksichtigt die steigenden Verpflegskosten und Heilmittelpreise.

Ansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Von dem mit 135·000 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen
83·750 Mill. S auf Rentengebühren für Opfer,
49·000 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene,
1·400 Mill. S auf Familienbeihilfen [1]) und
0·850 Mill. S auf Sterbegeld und Abfertigungen.

Übersicht über den Stand der Rentenempfänger:

	1. Juli 1970	1. Juli 1971	1. Juli 1972
Opfer	4·620	4·539	4·343
Hinterbliebene	2·706	7·182	2·611
Summe...	7·326	7·182	6·954

Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 1972 berücksichtigt die Erhöhungen der Versorgungsleistungen ab 1. Jänner 1973 auf Grund der Rentenanpassung (Faktor 1·090) sowie Rentenerhöhungen auf Grund der 22. OFG-Novelle, BGBl. Nr. 164/1972, und im Zusammenhang mit entsprechenden Änderungen im Bereiche der Kriegsopferversorgung, BGBl. Nr. 163/1972.

Ansatz 1/15137 Entschädigungen

Mehraufwand infolge Aufstockung der Entschädigungen für Freiheitsbeschränkungen auf Grund der 22. OFG-Novelle.

Ansatz 1/15146 Sonderfürsorge in Notstandsfällen

Für einmalige Unterstützungen an in Not geratene Anspruchsberechtigte nach dem OFG sind 65.000 Schilling bereitgestellt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Für 140 Anspruchsberechtigte.

Ansatz 1/15158 Sonstige Leistungen

Dieser Ansatz betrifft die im Zusammenhang mit der ärztlichen Begutachtung anfallenden Kosten.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1973 **)	6·0	0·0

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972.

Ansatz 1/15207 Versorgungsleistungen

Von dem mit 4·800 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen:
2·650 Mill. S auf laufende Leistungen für Opfer,
2·000 Mill. S auf laufende Leistungen für Hinterbliebene und
0·150 Mill. S auf Bestattungskostenersatz.

Ansatz 1/15217 Heilfürsorge

In diesem Ansatz ist für die notwendige Behandlung in Krankenanstalten, Heilstätten, für Kuren in verschiedenen Kurorten Österreichs, ferner für ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Beistellung von Heilmitteln und Heilbehelfen vorgesorgt.

Ansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	26·8	0·0
1972 **)	29·1	0·0
1973 **)	31·9	0·0

Ansatz 1/15408 Schülerausspeisung

Die seit 1951 bestehende Schülerausspeisung wird im Jahre 1973 rund 13 Millionen Essensportionen an bedürftige Kinder in Schulen und Heimen verabreichen.

Neben Budgetmitteln des Bundes werden beachtliche Zuschüsse der Bundesländer, der in Betracht kommenden Gemeinden und der Eltern zur Durchführung dieser Aktion geleistet.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Gesetzliche Grundlagen

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, in der geltenden Fassung;

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, in der geltenden Fassung;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 420/1969.

Gebarung

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieser Personen ständig ab. Am 1. Juli 1972 standen 973 Personen im Rentenbezug (gegenüber 1744 am 30. Juni 1969, 1431 am 30. Juni 1970 und 1180 am 30. Juni 1971). Der mit 10·0 Millionen Schilling geschätzte Rentenaufwand im Jahre 1973 (gegenüber 10·8 Millionen Schilling im Jahre 1972) berücksichtigt einen weiteren Rückgang der Zahl der Rentenempfänger und eine Erhöhung der Kleinrentensätze ab 1. Jänner 1973 im Hinblick auf die jährliche Pensionsanpassung in der Sozialversicherung (Anpassungsfaktor für 1973: 1·090). Für die aus Bundesmitteln zu tragenden Krankenversicherungsbeiträge sind 1·0 Millionen Schilling erforderlich.

Die Zahl der Empfänger von außerordentlichen Hilfeleistungen wird sich auch im Jahre 1973 weiter verringern (1. Juli 1972: 1218 Personen), so daß der Aufwand bei dieser Post mit 2·3 Millionen Schilling gegenüber 2·5 Millionen Schilling im Jahre 1972 geschätzt wurde.

Ansatz 1/15436 Sonstige Fürsorgemaßnahmen

Diese Ausgabenbeträge sind für unbedingt erforderliche Subventionierungen der Fürsorge vorgesehen. Gefördert werden insbesondere die Erholungsfürsorge und die Schaffung und Wiedereinrichtung von Wohlfahrtsinstitutionen aller Art einschließlich Wohlfahrtseinrichtungen zugunsten bedürftiger alter oder behinderter Menschen.

Die von den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege im ganzen Bundesgebiet geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen leisten eine äußert wertvolle, vielseitige und umfangreiche Arbeit und stellen eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen dar. Durch zweckmäßigen Einsatz von Subventionsmitteln des Bundes sollen sie dazu in die Lage versetzt werden.

Titel 155 Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	232·5	1.737·3	1.969·8	1.721·7
1972 **)	249·4	2.034·4	2.283·8	1.888·5
1973 **)	294·8	2.240·2	2.535·0	2.073·5

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der Sachaufwand ist gegenüber dem Voranschlag 1972 um 205·8 Millionen Schilling angestiegen. Die ist vor allem auf die höheren Unterstützungsleistungen nach dem AlVG (84·6 Millionen Schilling einschließlich Krankenversicherung) und auf den Mehraufwand für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (100·3 Millionen Schilling) zurückzuführen.

Der Sachaufwand ist auch gegenüber dem Erfolg 1971 um 502·9 Millionen Schilling höher. Von diesen Mehraufwendungen entfällt der größere Teil auf die wesentlich höheren Unterstützungsleistungen (299·9 Millionen Schilling einschließlich Krankenversicherung) und auf die bedeutend höheren Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Förderungsmaßnahmen (177·7 Millionen Schilling).

Die Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen sind wegen der zu erwartenden Steigerung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage infolge höherer Löhne sowie einer geringfügigen Zunahme der Versichertenanzahl mit 2·230 Millionen Schilling veranschlagt. Dieser Betrag ist gegenüber dem Voranschlag 1972 um 205·0 Millionen Schilling und gegenüber dem Erfolg 1971 um 248·2 Millionen Schilling höher.

	Mill. Schilling
Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden aus den Gesamteingängen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen von	2230·0
folgende Ausgaben lt. Bundesvoranschlag 1973 geleistet werden (in Klammer ist der vom Bund zu tragende Teilaufwand angeführt):	
§ 1550 Landesarbeitsämter	173·4*)(173·4)
§ 1551 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	494·6*) (—)
§ 1554 Sonderunterstützung/ Bergbau	16·3 (16·2)

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

	Mill. S	
§ 1555 Post 7623 und § 1556 Post 7626 Karenzurlaubsgeld einschließlich Krankenversicherung	162·3	(280·0)
Übrige Ansätze des Titels 155 ..	1212·9	(—)
Titel 155 (Ausgaben-Summe) ..	2059·5	(469·6)
	2529·1*)	
§§ 1560/1561 Beitrag zur Schlechtwetterentschädigung [5])	8·2	(—)
Verbleibt an den Reservefonds nach dem AlVG abzuführen .	162·3	(—)

Der Bund hat den zu tragenden Teilaufwand gemäß den nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen in Form von Beiträgen zu leisten:

a) Nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz — BGBl. Nr. 31/1969 (§ 51 Abs. 3) — einen Beitrag zu den Verwaltungskosten der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter im Betrag von rund 173·4 Millionen Schilling.

b) Nach dem Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung an im Bergbau beschäftigte Personen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit — BGBl. Nr. 117/1967 (§ 13) — einen Beitrag von rund 16·2 Millionen Schilling.

c) Nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 — BGBl. Nr. 199 (§ 60 Abs. 2 lit. b in der Fassung BGBl. Nr. 3/1971) — einen Beitrag zur Abdeckung des Aufwandes für das Karenzurlaubsgeld einschließlich der hierauf entfallenden Krankenversicherungsbeiträge von rund 280·0 Millionen Schilling.

Gesetzliche Grundlagen

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958, BGBl. Nr. 199, in der geltenden Fassung;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung an im Bergbau beschäftigte Personen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit, BGBl. Nr. 117/1967, in der geltenden Fassung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/1550 Landesarbeitsämter

Die Durchführung sämtlicher Agenden der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung einschließlich des Karenzurlaubsgeldes und der Sonderunterstützung für im Bergbau beschäftigte Personen im Falle ihrer Arbeitslosigkeit sowie aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der Arbeitsmarktbeobachtung und der Schlechtwetterentschädigung obliegt 9 Landesarbeitsämtern, 97 Arbeitsämtern und 23 Arbeitsamtsneben- bzw. -zweigstellen mit einem Personalstand von 2844 Bediensteten.

Diese Dienstbehörden und Dienststellen verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt:

Bundesland	Landesarbeitsämter	Arbeitsämter	Arbeitsamts-Neben- bzw. -Zweigstellen
Burgenland	1	6	— 1
Kärnten	1	8	— —
Niederösterreich	1	25	— 8
Oberösterreich	1	14	— 3
Salzburg	1	5	— 1
Steiermark	1	15	2 6
Tirol	1	8	— 1
Vorarlberg	1	4	— 1
Wien	1	12	— —
Summe.	9	97	2 21

Ansatz 1/1551 LAÄ — Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG

Die Vielzahl der Beihilfenmöglichkeiten, die zur Erfüllung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik geschaffen wurden, bedingen einen erhöhten Aufwand.

Im Ansatz 1/1551 sind im wesentlichen enthalten:

95·6 Mill. S für Ausbildungsbeihilfen gemäß § 19 (1) lit. a AMFG (davon 91·9 Mill. S für Lehrlingsbeihilfen und 3·7 Mill. S für sonstige Berufsausbildung),

176·7 Mill. S für Schulungsmaßnahmen (Vor-, Um- und Nachschulung) gemäß § 19 (1) lit. b AMFG (davon 98·1 Mill. S für Individualbeihilfen, 29·4 Mill. S für Betriebsschulungen und 49·2 Mill. S für kursmäßige Schulungsveranstaltungen),

16·6 Mill. S für Mobilitäts- und Arbeitsantrittsförderung gemäß § 19 (1) lit. c bis g (davon 14·5 Mill. S in Form von Zuschüssen und 2·1 Mill. S in Form von Darlehen),

151·8 Mill. S für Maßnahmen zum Ausgleich kurzfristiger Beschäftigungsschwankungen gemäß §§ 27 bis 34 AMFG (darunter 134·9 Mill. S für Zuschüsse und 16·9 Mill. S für Darlehen der Produktiven Arbeitsplatzförderung),

*) Nettoausgaben.

[5]) Gemäß § 12 Abs. 1 lit. b des Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetzes 1957, Fassung BGBl. Nr. 4/1971.

3·9 Mill. S für Kurzarbeiterunterstützung gemäß § 27 (1) lit. d AMFG,

20·6 Mill. S für Beihilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei längerfristiger Unterbeschäftigung und struktureller Arbeitslosigkeit gemäß §§ 35 bis 39 AMFG (davon 19·6 Mill. S in Form von Zuschüssen und 1·0 Mill. S in Form von Darlehen),

1·7 Mill. S für sonstige Maßnahmen nach dem AMFG (davon 1·6 Mill. S für Arbeitslosenfahrscheine und 0·1 Mill. S für Rentenbeihilfen) und

33·0 Mill. S für den Ausbau eines modernen Arbeitsmarktservices sowie für Information und Berufsaufklärung.

Ansatz 1/15547 Sonderunterstützung/Bergbau

Angenommen wurden 600 Anspruchsberechtigte, die eine Sonderunterstützung von durchschnittlich 3680 Schilling monatlich und zwei Sonderzahlungen erhalten. Der Ansatz beinhaltet auch die Krankenversicherungsbeiträge.

Ansatz 1/15557 Unterstützungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 40.000 Bezieher von Arbeitslosengeld und 7000 Bezieher von Notstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 22.320 Schilling pro Jahr (1860 Schilling monatlich), die durchschnittliche Notstandshilfe mit 15.600 Schilling pro Jahr (1300 Schilling monatlich) veranschlagt. Der Ansatz für das Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 12.840 Schilling pro Jahr (1070 Schilling monatlich) für 30.000 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt.

Ansatz 1/15567 Krankenversicherung für Unterstützungsbezieher

Für die Krankenversicherung der unterstützten Arbeitslosen wurden rund 7·3 v. H. des doppelten Unterstützungsaufwandes (siehe Ansatz 1/15557) veranschlagt. Für den 50%igen Ersatz des Aufwandes an Wochengeld für Arbeitslose wird ein gegenüber 1972 um 13·4 Millionen Schilling höherer Betrag benötigt werden.

Ansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rund 1·1 v. H. der mit 2230 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Ansatz 2/15580).

Ansatz 1/15598 Kostenersatz an die Gemeinden

Der Ansatz berücksichtigt die Kosten des Verwaltungsmehraufwandes, der den Gemeinden für ihre Mitwirkung bei der Durchführung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gemäß § 55 AlVG 1958 vergütet wird.

Ansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag beträgt 2 v. H. der für die Krankenversicherung geltenden Beitragsgrundlage, wobei diese im Jahre 1973 bis zu einem Höchstbetrag von 160 Schilling kalendertäglich (4800 Schilling monatlich) zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 2,035.000 für den Fall der Arbeitslosigkeit Versicherte mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von rund 4570 Schilling monatlich zugrunde gelegt.

Die Verrechnung erfolgt wie nachstehend aufgezeigt:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (brutto)	1.981·8	2.025·0	2.230·0
2/15581 ab Überweisung an den Reservefonds nach dem AlVG .	260·7	139·6	162·3
verbleiben .	1.721·1	1.885·4	2.067·7

Titel 156 Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (II)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	141·9	155·6
1972 **)	171·4	153·5
1973 **)	169·0	175·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis gegenüber dem Erfolg 1971 ist im wesentlichen durch die Lohnentwicklung im Baugewerbe bedingt.

Die sowohl gegenüber dem Voranschlag 1972 als auch gegenüber dem Erfolg 1971 höheren Einnahmen betreffen den Schlechtwetterentschädigungsbeitrag.

Gesetzliche Grundlagen

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, in der geltenden Fassung;

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 22/1964;

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, BGBl. Nr. 146/1948, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 103/1969;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 94/1969;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 76/1957, in der geltenden Fassung;

Wohnungsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 229/1951, in der geltenden Fassung.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/1560, 1/1561 und 2/1560 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben. Der Ansatz beinhaltet auch den Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages.

Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1·2 v. H. des Arbeitsverdienstes, wobei dieser jedoch nur bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1973 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen wurden auf Grund des Erfolges 1971 und unter Berücksichtigung der eingetretenen Lohnerhöhungen und der angenommenen Erhöhung der Anzahl der beschäftigten Bauarbeiter mit rund 128 Millionen Schilling errechnet.

Ansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Ansatz 1/15637 Ärztliche Untersuchung in Beschäftigung stehender Jugendlicher

Restgebarung betreffend die Kosten der im Jahre 1972 erfolgten ärztlichen Untersuchung Jugendlicher, die nach § 25 des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen und § 7 Abs. 2 des Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetzes durchzuführen ist (siehe auch Ansatz 1/16237).

Ansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Ansatz 1/15657 Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz

Hier ist der Aufwand an Wohnungsbeihilfen für Arbeitslose während des Bezuges von Arbeitslosengeld und während des Bezuges von Notstandshilfe sowie für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld veranschlagt.

Die Unterschiede zwischen dem Erfolg 1971 und den veranschlagten Ausgaben in den Jahren 1972 und 1973 stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Zahl der Unterstützungsbezieher in diesen Jahren.

Ansatz 1/15667 Kostenersatz für die Einhebung des Sonderbeitrages

Der Ansatz sieht den anteilmäßigen Kostenersatz an die Krankenversicherungsträger für die Einhebung des auf die Arbeitslosenversicherung entfallenden Anteiles von 47 Millionen Schilling an dem besonderen Beitrag gemäß § 12 des Bundesgesetzes über Wohnungsbeihilfen, BGBl. Nr. 229/1951, vor (siehe auch die Erläuterungen zum Titel 1/163).

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsopfer- und Heeresversorgung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	80·7	2487·0	2567·7	10·1
1972 **)	91·1	2767·7	2858·8	10·3
1973 **)	104·9	3045·8	3150·7	25·3

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der Sachmehraufwand — abgesehen von den Versorgungsgebühren und der Krankenversicherung der Hinterbliebenen — betrifft in erster Linie die Heilfürsorge und die orthopädische Versorgung; er ergibt sich aus der zunehmenden Inanspruchnahme von Leistungen sowie aus allgemeinen Kostensteigerungen.

Gesetzliche Grundlagen

Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, in der geltenden Fassung;

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 1973, BGBl. Nr. 000/1972;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, in der geltenden Fassung;

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1973, BGBl. Nr. 000/1972.

Behörden und Werkstätten

Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Prothesenwerkstätte in Wien;

Landesinvalidenamt für Oberösterreich in Linz, Prothesenwerkstätte in Linz;

Landesinvalidenämter für Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/1570 Landesinvalidenämter

Dieser Ansatz umfaßt den Personal- und Verwaltungsaufwand, die Aufwandskredite und die Ausgaben für Anlagen aller Landesinvalidenämter.

Ansatz 1/1572 Prothesenwerkstätten

Die Prothesenwerkstätten in Wien und Linz gliedern sich in je eine Mechaniker- und Bandagistenwerkstätte. Der Linzer Werkstätte ist außerdem eine Schuhmacherwerkstätte für die Erzeugung orthopädischer Schuhe angeschlossen.

Landesinvalidenämter (Zweckaufwand)

Ansatz 1/15737 Heilfürsorge

Ziel der Heilfürsorge ist, die Gesundheit und Erwerbsfähigkeit der Beschädigten möglichst wieder herzustellen, den Eintritt einer Verschlimmerung zu verhüten und die durch die Gesundheitsstörung bedingten Beschwerden zu lindern. In diesem Ansatz ist für die notwendige Behandlung in Krankenanstalten, Heilstätten und ähnlichen Einrichtungen, für Kuren in verschiedenen Kurorten Österreichs, ferner für ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Beistellung von Heilmitteln und Heilbehelfen vorgesorgt.

Ansatz 1/15747 Berufliche Ausbildung

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben, wenn die Maßnahmen der Heilfürsorge und der orthopädischen Versorgung zur Erreichung dieses Zieles nicht ausreichen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann für 1973 mit durchschnittlich 11 Umschulungsfällen im Monat und einem monatlichen Durchschnittsaufwand von 3300 Schilling (Rentenaufwand, Sozialversicherung der Umschüler, Kosten für Ausbildung und Lernbehelfe) gerechnet werden.

Ansatz 1/1575 Orthopädische Versorgung

Förderungsausgaben

Diese Ausgaben betreffen den Beitrag des Bundes zum Verein „Forschungsinstitut für Orthopädie-Technik" und die Förderung des „Internationalen Kongresses für Prothesentechnik und funktionelle Rehabilitation".

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Das Erfordernis berücksichtigt die laufend ansteigenden Preise — insbesondere für Halbfabrikate — und die fortschreitende technische Entwicklung auf dem Gebiete der Prothetik (bioelektrische Armprothesen, Gießharzerzeugnisse). Außerdem ist die jährliche Anpassung des Kleider- und Wäschepauschales berücksichtigt (1973: Faktor 1·090).

Ansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Von den mit 2.884·024 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

28·000 Mill. S auf Familienbeihilfen [6]),
1.220·000 Mill. S auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV),
13·500 Mill. S auf Rentengebühren für Beschädigte (HV),
1.605·932 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene (KOV),
0·900 Mill. S auf Rentengebühren für Hinterbliebene (HV),
9·400 Mill. S auf Sterbegeld (KOV),
0·040 Mill. S auf Sterbegeld (HV),
4·500 Mill. S auf Abfertigung von Witwenrenten (KOV),
0·150 Mill. S auf Abfertigung von Witwenrenten (HV),
1·600 Mill. S auf Rentenumwandlung (KOV),
0·001 Mill. S auf Rentenumwandlung (HV) und
0·001 Mill. S auf Hilfeleistungen an Spätheimkehrer.

[6]) Für 3700 Anspruchsberechtigte.

Übersicht über den Stand der Rentenempfänger:

Rentenempfänger nach dem KOVG	Stand 1. Juli 1970	1. Juli 1971	1. Juli 1972
Kriegsbeschädigte	127.147	123.677	120.204
Witwen	97.597	95.584	93.567
Waisen	4.888	4.485	4.432
Eltern (Kopfzahlen)	41.853	38.263	34.551
Summe	271.485	262.009	252.754
Rentenempfänger nach dem HVG			
Beschädigte	502	522	542
Witwen	8	6	10
Waisen	18	17	22
Eltern	24	32	26
Summe	552	557	600

Der Mehraufwand gegenüber dem Voranschlag 1972 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen mit 1. Jänner 1973 auf Grund der Rentenanpassung (Faktor 1·090) und Rentenerhöhungen auf Grund der Novelle zum KOVG vom 26. April 1972, BGBl. Nr. 163.

Ansatz 1/15777 Krankenversicherung der Hinterbliebenen

Die Zahl der pflichtversicherten Hinterbliebenen hat betragen:

nach dem KOVG	Stand 1. Juli 1970	1. Juli 1971	1. Juli 1972
Hauptversicherte	33.912	32.303	28.598
Zusatzversicherte	2.465	2.184	1.913
Summe	36.377	34.487	30.511

Auch für 1973 wird ein weiterer Rückgang der Zahl der Versicherten erwartet.

Am 1. Juli 1972 betrug die Zahl der pflichtversicherten Hinterbliebenen nach dem HVG 14 Hauptversicherte und 3 Zusatzversicherte.

Ab 1. Jänner 1973 beträgt der Versicherungsbeitrag für Hauptversicherte 153 Schilling und für Zusatzversicherte 29 Schilling. Der Bund trägt den gesamten Beitrag für Haupt- und Zusatzversicherte. Auf Grund der Novelle zum KOVG vom 26. April 1972, BGBl. Nr. 163, hat der Versicherte einen Anteil von 3 v. H. der Hinterbliebenenrente dem Bund zu ersetzen (siehe Ansatz 2/15794 Post 8821).

Ansatz 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages, BGBl. Nr. 218/1964, betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung und berufliche Ausbildung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 3,152.000 Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in Deutschland mit 1,050.000 Schilling veranschlagt.

Ansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Gemäß Artikel 11 des Vertrages, BGBl. Nr. 218/1964, erstatten die Vertragsstaaten einander den Aufwand des Vorjahres aus der Durchführung des Vertrages. Für 1973 wurde ein Kostenersatz an Österreich in der Höhe von 2,800.000 Schilling angenommen.

Ansatz 1/1579 Fürsorge

Der beim Ansatz 1/15796 vorgesehene Kredit dient zur Gewährung von Sonderfürsorgeleistungen in Notstandsfällen. Es handelt sich um freiwillige Förderungsbeiträge.

Die beim Ansatz 1/15798 veranschlagten Entschädigungen an die Österreichischen Bundesbahnen für die Gewährung von Fahrpreisermäßigungen an Beschädigte [7]) mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 v. H. an sind Pflichtleistungen. Nach den Meldungen der Landesinvalidenämter wurden im Jahre 1971 ausgegeben:

5249 Fahrtausweise für Beschädigte o h n e Begleitperson und

1747 Fahrtausweise für Beschädigte m i t Begleitperson.

Der Veranschlagung für 1973 liegen 5100 einfache Fahrtausweise (zu 100 Schilling; hievon Bundesbeitrag 50 Schilling) und 1600 Fahrtausweise für Beschädigte mit Begleitperson (zu 175 Schilling; hievon Bundesbeitrag 125 Schilling) zugrunde.

Dem Aufwand von 790.000 Schilling stehen Einnahmen (Beiträge der Beschädigten) in der Höhe von 335.000 Schilling gegenüber.

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Invalideneinstellungsgesetz 1969 und dem Opferfürsorgegesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen, auch aus den Erträgnissen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des

[7]) Siehe Erlaß des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 7. März 1951, Zl. IV-29.170-15/1951.

Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Invalideneinstellungsgesetz begünstigten Personen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Invaliden, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen, sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und die Kinder dieser Personengruppen zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet, in dem außer den organisierten Kriegsbeschädigten und den sonstigen begünstigten Personen auch die gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer und Dienstgeber vertreten sind.

Dem Fonds fließen keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zu.

Kriegsopferfonds

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960 und wird vom Bundesministerium für soziale Verwaltung unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsenfreier Darlehen.

Dem Fonds fließen keine Mittel aus dem Bundeshaushalt zu.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	31·4	7·2	38·6	1·3
1972 **)	37·3	7·2	44·5	1·2
1973 **)	42·3	8·4	50·7	1·2

Unterschiede der Gebarung

Das Ansteigen des Personalaufwandes ist im wesentlichen durch Bezugserhöhungen bedingt.

Der Sachmehraufwand ist vor allem auf allgemeine Preissteigerungen sowie auf Tarif- und Gebührenerhöhungen zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Kollektivvertragsgesetz, BGBl. Nr. 76/1947, in der geltenden Fassung;

Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961;

Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 264/1969;

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 176/1960;

Arbeitsinspektionsgesetz 1956, BGBl. Nr. 147;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969;

Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972.

Ansatz 1/1590 Einigungsämter, Heimarbeitskommissionen

Organisation

Anzahl der Ämter:

14 Einigungsämter, u. zw. 1 in Wien, 5 in Niederösterreich, 2 in Steiermark und je 1 in den übrigen Bundesländern;

5 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 4 in Wien und 1 in Vorarlberg.

Gebarung

Hinsichtlich der Einigungsämter sind veranschlagt: die Aufwandsentschädigungen für die Vorsitzenden, deren Stellvertreter und die Kanzleibediensteten; die Entschädigungen der Mitglieder und Ersatzmänner sowie der Sachverständigen, ferner noch andere Verwaltungsaufwendungen.

Die Kanzleigeschäfte der Einigungsämter werden von den Kanzleien der am gleichen Ort befindlichen Arbeitsgerichte besorgt.

Der Sachaufwand für die Heimarbeitskommissionen ist in annähernd gleicher Höhe wie in den Vorjahren veranschlagt.

Ansatz 1/1592 Arbeitsinspektion

Aufgaben und Organisation

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 147, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Dienstnehmer (Lehrlinge) wahrzunehmen. Es bestehen 19 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 2 Arbeitsinspektoraten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich, während das Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten hinsichtlich der Ingenieurbauten das gesamte Gebiet von Niederösterreich zu betreuen hat) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt.

Verwaltungsaufwand

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 222 Dienstposten für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die Tätigkeit dieser

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Dienstnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen 59% des Verwaltungsaufwandes auf Inlandreisen.

Anlagen

Von den 15 zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen müssen 2 im Jahre 1973 durch neue ersetzt werden. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungsausgaben

Der Ansatz dient der Förderung von Untersuchungen der durch die Entwicklung auftretenden neuen Probleme des Dienstnehmerschutzes auf technischem, arbeitsmedizinischem und arbeitsphysiologischem Gebiet sowie sonstiger einschlägiger Maßnahmen im Interesse des Dienstnehmerschutzes.

Aufwandskredite

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes sowie der Strahlenschutzverordnung muß der Bund einen Teil der Kosten der ärztlichen Untersuchung von Dienstnehmern tragen.

www.parlament.gv.at

Kapitel 16 Sozialversicherung

Gesamtgebarung

Die Gesamtgebarung des Kapitels 16 zeigt für die Jahre 1971 (Erfolg), 1972 und 1973 (Voranschlag) folgendes Bild:

Ausgaben:	11.642·4	13.712·6	14.452·3
			Millionen Schilling
Einnahmen:	438·0	387·0	425·0
			Millionen Schilling

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1973 gegenüber den Vorjahren ist auf die natürliche Zunahme der Pensionslast, auf die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz, auf die Erhöhung der Richtsätze der Ausgleichszulagen und auf die finanziellen Auswirkungen der in parlamentarischer Behandlung stehenden Novellen zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, in der derzeit geltenden Fassung (28. Novelle), BGBl. Nr. 162/1972;

Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz (GSPVG), BGBl. Nr. 292/1957, in der derzeit geltenden Fassung (20. Novelle), BGBl. Nr. 288/1971;

Gewerbliches Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz 1971 (GSKVG 1971), BGBl. Nr. 287/1971;

Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (B-PVG), BGBl. Nr. 28/1970, in der derzeit geltenden Fassung (1. Novelle), BGBl. Nr. 389/1970;

Pensionsanpassungsgesetz (PAG), BGBl. Nr. 96/1965 (für 1973 Richtzahl und Anpassungsfaktor je 1·090 gemäß BGBl. Nr. 189 und 245/1972);

Finanzausgleichsgesetz 1973 (FAG 1973), BGBl. Nr. 000/1972;

Bauern-Krankenversicherungsgesetz (B-KVG), BGBl. Nr. 219/1965, in der derzeit geltenden Fassung (5. Novelle), BGBl. Nr. 474/1971;

Wohnungsbeihilfengesetz, BGBl. Nr. 229/1951, in der derzeit geltenden Fassung, BGBl. Nr. 475/1971;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, in der derzeit geltenden Fassung (3. Novelle), BGBl. Nr. 388/1970.

Außerdem wurden in parlamentarischer Behandlung stehende Novellen zum ASVG, GSPVG, GSKVG 1971, B-PVG und B-KVG sowie zum Wohnungsbeihilfengesetz berücksichtigt (siehe Erläuterungen zu den Titeln 160 bis 164).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	8.285·0	67·3
1972**)	9.938·6	0·0
1973**)	10.146·7	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Bundesbeitrages gegenüber den Vorjahren ist im wesentlichen auf die durch das PAG begründete Pensionsdynamik, auf die finanzielle Auswirkung weiterer Novellen zum ASVG, GSPVG und B-PVG sowie auf die Erhöhung des Beitragssatzes der Krankenversicherung der Pensionisten in den Novellen zum ASVG, GSKVG 1971 und B-KVG zurückzuführen.

Aufwand

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund auf Grund der 29. Novelle zum ASVG für das Jahr 1973 einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen) die Einnahmen (ausgenommen den Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen) übersteigen. Außerdem hat die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt im Jahre 1973 der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter einen Betrag von 50 Millionen Schilling zu überweisen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSPVG hat der Bund nach § 27 Abs. 1 der 21. Novelle zum GSPVG für das Jahr 1973 aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge nach § 18 zu überweisen. Nach § 27 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen) die Einnahmen einschließlich der Einnahmen nach Abs. 1 (ausgenommen den Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen) übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem B-PVG hat der Bund nach § 19 Abs. 1 der 2. Novelle zum B-PVG für das Jahr 1973 einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge nach § 12 zu überweisen. Hiefür ist vor allem das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 166/1960 zu verwenden. Nach § 19 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen) die Einnahmen einschließlich der Einnahmen nach Abs. 1 (ausgenommen den Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen) übersteigen.

In der 29. Novelle zum ASVG ist ab 1. Jänner 1973 die Einführung eines Zuschlages zur Alterspension und eines Bonus zur Alterspension, die Erhöhung des Beitrages zur Krankenversicherung der Pensionisten von 9·75 v. H. auf 10·0 v. H. und ab 1. Juli 1973 eine Milderung der Ruhensbestimmungen für Witwen im § 264 Abs. 2 durch Erhöhung des Grenzbetrages von 1.569 S auf 1.800 S vorgesehen.

In der 21. Novelle zum GSPVG ist ab 1. Jänner 1973 die Einführung einer vorzeitigen Alterspension und einer Bemessungsgrundlage nach Vollendung des 55. Lebensjahres sowie ab 1. Juli 1973 eine Milderung der Ruhensbestimmungen für Witwen entsprechend der 29. Novelle zum ASVG enthalten. Außerdem wird ab 1. Jänner 1973 der Begriff der Beitragsgrundlage erweitert und die Mindest- und die Höchstbeitragsgrundlage erhöht.

Die 2. Novelle zum B-PVG sieht ebenfalls entsprechend der 29. Novelle zum ASVG eine Milderung der Ruhensbestimmungen für Witwen vor, außerdem beginnt die Pflichtversicherung der im Betrieb mittätigen Kinder bereits ab Vollendung des 15. Lebensjahres.

Die Erhöhung des Beitrages zur Krankenversicherung der Pensionisten (Rentner) nach dem GSPVG bzw. nach dem B-PVG von 9·75 v. H. auf 10·0 v. H. ist in der 1. Novelle zum GSKVG 1971 bzw. in der 6. Novelle zum B-KVG enthalten.

Berechnungsgrundlagen:

Beim Ansatz 1/16007 Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	674.300
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1,310.000
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	Mill. S 19.990·4
ab: Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	15.471·9
Bundesbeitrag für 1973	4.518·5

Beim Ansatz 1/16017 Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	90.050
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	45.500
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	Mill. S 1.946·8
ab: Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	468·0
Bundesbeitrag für 1973	1.478·8

Beim Ansatz 1/16027 Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	15.600
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	24.500
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	Mill. S 495·3
ab: Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	283·5
Bundesbeitrag für 1973	211·8

Beim Ansatz 1/16037 Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	252.400
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	820.000
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	Mill. S 12.149·5
ab: Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	12.147·0
Bundesbeitrag für 1973	2·5

Beim Ansatz 1/16047 Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	30.000
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	18.500
101·5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen	Mill. S 1.276·9
ab: Einnahmen ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen und ohne Bundesbeitrag	427·0
Bundesbeitrag für 1973	849·9

Beim Ansatz 1/16057 Überweisung gemäß § 27 (1) GSPVG

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	114.950
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	187.500
	Mill. S
Überweisungen aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer in der Höhe der für 1973 fällig gewordenen Beiträge nach § 18 GSPVG	1.052'3

Beim Ansatz 1/16067 Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft; Bundesbeitrag

	Mill. S
101'5 des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen	2.877'5
ab: Einnahmen einschließlich der Einnahmen nach § 27 (1) GSPVG, jedoch ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und ohne Bundesbeitrag	2.146'3
Bundesbeitrag für 1973	731'2

Beim Ansatz 1/16077 Betrag gemäß § 19 (1) B-PVG

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen und Renten	155.900
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	227.500
	Mill. S
Überweisung eines Betrages in der Höhe der für 1973 fällig gewordenen Beiträge nach § 12 B-PVG	700'2

Beim Ansatz 1/16087 Pensionsversicherungsanstalt der Bauern; Bundesbeitrag

	Mill. S
101'5 v. H. des Aufwandes ohne Ausgleichszulagen	2.011'7
ab: Einnahmen einschließlich der Einnahmen nach § 19 (1) B-PVG, jedoch ohne Ersätze für Ausgleichszulagen und ohne Bundesbeitrag	1.410'2
Bundesbeitrag für 1973	601'5

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	2.507'3	—
1972 **)	2.888'4	0'0
1973 **)	3.374'0	0'0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1973 gegenüber den Vorjahren ist vor allem auf die Pensionsdynamik und auf zusätzliche Richtsatzerhöhungen zurückzuführen.

Aufwand

Auf Grund des Artikels I § 2 des Finanzausgleichsgesetzes 1973 trägt der Bund die nach dem ASVG, nach dem GSPVG und nach dem B-PVG ausbezahlten Ausgleichszulagen. Bei der Ermittlung der Ansätze wurde auf die derzeitige Handhabung der Refundierung der Ausgleichszulagen Bedacht genommen.

Nach den Bestimmungen der Novellen zum ASVG, GSPVG und B-PVG beträgt der Richtsatz:

	ab 1. 1. 1973 Schilling
a) für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
1. wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	2.575
2. wenn die Voraussetzungen nach 1. nicht zutreffen	1.800
b) für Pensionsberechtigte auf Witwen(Witwer)pension	1.800
c) für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
1. bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	672
falls beide Elternteile verstorben sind	1.010
2. nach Vollendung des 24. Lebensjahres	1.194
falls beide Elternteile verstorben sind	1.800

Der Richtsatz nach lit. a erhöht sich für jedes Kind um 194 Schilling.

Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung

	Sachaufwand Mill. S.	Einnahmen
1971 *)	514'4	0'4
1972 **)	518'0	0'0
1973 **)	556'5	0'0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Ausgaben 1973 gegenüber den Vorjahren ist auf die wesentliche Steigerung der Aufwendungen für das Wochengeld und den neuen Ansatz „Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen" zurückzuführen.

Aufwand

Auf Grund des § 168 ASVG hat der Bund den Trägern der Krankenversicherung 50 v. H. des Aufwandes an Wochengeld zu ersetzen.

Nach § 18 Abs. 1 B-KVG hat der Bund für das Jahr 1973 einen Beitrag in der Höhe der Summe der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 17 zu leisten. In dieser Summe sind jedoch die Beiträge der Pensionsversicherungsanstalt der Bauern zur Krankenversicherung gemäß § 17 Abs. 6 nicht zu berücksichtigen.

Gemäß § 447 a Abs. 3 ASVG beträgt der Beitrag des Bundes zum Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger 50 Millionen Schilling.

Auf Grund der § 132 a Abs. 4 ASVG in der Fassung der 29. Novelle hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen ab 1. Jänner 1973 den Trägern der Krankenversicherung 50 v. H. der Untersuchungskosten und 60 v. H. der Fahrtkosten zu ersetzen.

Berechnungsgrundlagen:

Beim Ansatz 1/16207 Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld

Die Berechnung des Aufwandes erfolgte auf Grund der bisherigen Abrechnungen unter Berücksichtigung der Zahl der Wochengeldfälle und der stark steigenden Beitragsgrundlagen. Für das Jahr 1973 wurde der Aufwand mit 202 Millionen Schilling veranschlagt.

Beim Ansatz 1/16217 Zuschuß nach dem Bauern-Krankenversicherungsgesetz

Die im Jahre 1973 eingezahlten Beiträge, ausgenommen die Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten (Rentner), wurden auf 297·5 Millionen Schilling geschätzt. Demnach ergibt sich für 1973 ein Bundesbeitrag nach § 18 Abs. 1 B-KVG in der gleichen Höhe.

Beim Ansatz 1/16237 Teilersatz der Aufwendungen für Jugendlichenuntersuchungen

Unter Bedachtnahme auf die halbjährige, im nachhinein zu erfolgende Refundierung wurde für 1973 ein Betrag von 7 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 163 Bundesministerium; Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz bzw. Sonderbeitrag/Wohnungsbeihilfengesetz

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	269·8	370·1
1972 **)	276·6	387·0
1973 **)	275·0	425·0

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung der Einnahmen 1973 gegenüber den Vorjahren ist auf die Steigerung der Beitragsgrundlagen zurückzuführen.

Aufwand

Auf Grund der Novelle zum Wohnungsbeihilfengesetz sind für das Geschäftsjahr 1973 aus den Eingängen an Sonderbeiträgen (Ansatz 2/16304) den Sozialversicherungsträgern die Aufwendungen für Wohnungsbeihilfen zu ersetzen. Diese Aufwendungen wurden für 1973 mit rund 270·8 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen

Nach § 12 Abs. 1 Wohnungsbeihilfengesetz haben die Dienstgeber zur Deckung des Aufwandes für die Wohnungsbeihilfen einen Sonderbeitrag von 0·45 v. H. der für die Krankenversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage — höchstens jedoch von 4800 S monatlich — zu leisten. Nach § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes erhalten die Träger der Krankenversicherung zur Abgeltung der Einhebungskosten eine Vergütung von 1 v. H. der abgeführten Beiträge.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung bzw. sonstige Rückersätze

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	65·9	0·2
1972 **)	91·0	0·0
1973 **)	100·1	0·0

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung der Ausgaben ist auf die Erhöhung des Bundesbeitrages zur Unfallversicherung bei der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt zurückzuführen.

---

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/16417 Vorschüsse auf ausländische Renten

Nach § 18 des ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung nach vorheriger Zustimmung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen gewähren. Der Aufwand an Vorschüssen und der die Versicherungsträger belastende Aufwand für die Krankenversicherung der Vorschußempfänger ist den Versicherungsträgern vom Bund zu ersetzen.

Für 1973 wird mit 8 Vorschußfällen gerechnet; der durchschnittliche Monatsaufwand einschließlich der Nebenkosten wird mit rund 900 Schilling pro Fall angenommen.

Ansatz 1/16427 Beitrag gemäß § 72 Abs. 8 ASVG

Nach der 29. Novelle zum ASVG hat der Bund zu der von der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt durchgeführten Unfallversicherung für das Jahr 1973 einen Beitrag von 100 Millionen Schilling zu leisten.

Ansatz 1/16437 Ersatzleistungen gemäß § 117 B-KUVG

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Kapitel 17 Gesundheit und Umweltschutz

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wurde erst mit 1. Feber 1972 errichtet (BGBl. Nr. 25). Die für 1972 erforderlichen Mittel wurden im Wege der 1. Bundesfinanzgesetz-Novelle 1972, BGBl. Nr. 26, zur Verfügung gestellt.

Die Gliederung des Kapitels berücksichtigt den organisatorischen Aufbau des neuen Ressorts.

Den Titelsummen des Voranschlages 1973 — ausgenommen Titel 170 — wurden die vergleichbaren Beträge des Bundesvoranschlages 1972 bzw. des Erfolges 1971 der Kapitel 15 und 60 gegenübergestellt.

Unterschiedsbegründungen basieren auf diesen Vergleichszahlen.

Gesetzliche Grundlagen

Bazillenausscheidergesetz, StGBl. Nr. 153/1945, in der Fassung BGBl. Nr. 131/1964;

Bundesgesetz über Schutzimpfungen gegen Pocken, BGBl. Nr. 156/1948;

Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, in der Fassung BGBl. Nr. 185/1961 und 116/1967;

Bundesgesetz über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 150/1967 und 346/1970;

Bundesgesetz über Schutzimpfungen gegen Tuberkulose, BGBl. Nr. 76/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 347/1970;

Geschlechtskrankheitengesetz, StGBl. Nr. 152/1945, in der Fassung BGBl. Nr. 54/1946;

Reichssanitätsgesetz vom 30. April 1870, RGBl. Nr. 68;

Apothekengesetz, RGBl. Nr. 5/1907, in der Fassung des Verwaltungsentlastungsgesetzes BGBl. Nr. 68/1955, 2/1957, 86/1960, 56/1965 und 348/1970;

Lebensmittelgesetz 1951, BGBl. Nr. 239, in der Fassung des Art. IX der II. Strafgesetznovelle 1952, BGBl. Nr. 160/1952, 245/1960, 235/1966 und 268/1968;

Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, in der Fassung BGBl. Nr. 348/1934, 441/1935, 122/1949, 128/1954 und 96/1968;

Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957 in der Fassung BGBl. Nr. 115/1960;

Bangseuchenverordnung, BGBl. Nr. 280/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 22/1961;

Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1969;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969;

Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968;

Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1958.

Titel 170 Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1973 **)	27·4	19·7	47·1	0·9

Verwaltungsaufwand

Dieser Ansatz berücksichtigt u. a. die Kosten der Einmietung (Stubenring 6 und Georg Coch-Platz 3), für die Regionaltagung der WHO in Wien und für die Tagung des Koordinationskomitees der Region Europa der Codex Alimentarius Kommission der FAO/WHO in Wien.

Anlagen

Hier ist im wesentlichen für die Anschaffung von Maschinen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und von Mobiliar vorgesorgt.

Förderungsausgaben

Die Ausgaben sind für den Expertenaustausch im Rahmen des Österreichisch-Rumänischen Kulturabkommens und weiterer Kulturabkommen mit Ungarn und Polen bestimmt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen" erwachsen aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation und anderen internationalen Organisationen; weiters ist ein Sonderbeitrag von 800.000 Schilling an die OECD zur Erlangung internationaler Meßergebnisse auf dem Gebiete des Umweltschutzes vorgesehen.

Titel 172 Bundesministerium; Gesundheitsvorsorge

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	11·5	0·0
1972 **)	55·9	0·2
1973 **)	310·6	0·0

Unterschiede der Gebarung

Der vergleichbare Mehraufwand ist, wie die nachstehende Übersicht zeigt, vor allem auf das sprunghafte Ansteigen der Ausgaben für Vorsorgemedizin und weitere Förderungsmaßnahmen für Krankenanstalten zurückzuführen.

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Gesetzliche Epidemiologische Maßnahmen	2·1	2·9	4·9
Vorsorgemedizin usw. ..	4·1	9·8	27·8
Förderungsmaßnahmen .	4·7	42·9	277·6
Zivilschutz	0·5	0·0 [1])	0·0 [1])
Sonstige Ausgaben	0·1	0·3	0·3
Summe ...	11·5	55·9	310·6

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Verrechnungsansätze. Siehe auch Erläuterungen zum Ansatz 1111 (Zivilschutz) Seite 19.

Ansatz 1/1720 Vorsorgemedizin, Epidemiologische Maßnahmen

Anlagen

Bei diesem Ansatz ist die Anschaffung von Aufklärungsmaterial (Filme über Alkoholmißbrauch und Drogensucht, Filme aus der ORF-Sendereihe „Gesundheit für jeden") vorgesehen, weiters der Erwerb von Übersichtskarten für die Beurteilung der Seuchenlage und der Verteilung von Gesundheitseinrichtungen.

Förderungsausgaben

Der Voranschlag beinhaltet Subventionen an notleidende Krankenanstalten, Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten.

Vorgesehen ist die Unterstützung von Maßnahmen der Krankenanstalten für Erweiterungsbauten, Modernisierungen und Ausstattungen. Dies jedoch mit der Maßgabe, daß eine solche Unterstützung nicht gemäß § 57 Krankenanstaltengesetz bzw. gemäß Ansatz 1/17216 möglich ist.

In Zusammenarbeit mit den medizinischen Gesellschaften, Vereinigungen und Organisationen sowie sonstigen Einrichtungen, die auf dem Gebiet der Volksgesundheit tätig sind, werden Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Bevölkerung durchgeführt. Vor allem ist die Aufklärungsarbeit betreffend Gesundheitserziehung und gesundheitliche Gefahren (Krebs, Diabetes, Unfallgefahren), die Bekämpfung der Herz- und Kreislauferkrankungen und die Bekämpfung der Drogensucht zu nennen. Dem Österreichischen Institut für Gesundheitswesen obliegt die Erarbeitung von Methoden zur Erfassung von für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wesentlichen Daten, die Durchführung von Studien und Forschungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und ihre Koordinierung, die Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und die Organisation von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für Personen, die im Dienste der Volksgesundheit tätig sind.

Außerdem soll das Rettungswesen, die Informationsarbeit über die Bedeutung von Leibesübungen zur Gesunderhaltung und das Studium epidemiologischer Probleme (besonders Tropenkrankheiten) gefördert werden. Auch die Gründung eines Instituts für Selbstmordverhütung ist vorgesehen.

Nach wie vor ist es dringend notwendig, die Bekämpfungsmaßnahmen betreffend Säuglings- und Kindersterblichkeit zu intensivieren, u. zw. liegt das Hauptgewicht wieder bei der Schwangerenfürsorge und Bekämpfung der perinatalen Kindersterblichkeit. Die Ausrüstung von Säuglingsstationen und insbesondere von Stationen zur Behandlung von Frühgeborenen ist weiter zu verbessern.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Die Grundimmunisierung gegen Poliomyelitis erfolgt auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 18. Dezember 1969, BGBl. Nr. 21/1970, in drei Teilimpfungen. Zwischen den ersten beiden Teilimpfungen liegt ein Mindestabstand von sechs Wochen, die dritte Teilimpfung wird im folgenden Jahr verabreicht.

Anläßlich einer Konferenz mit den leitenden Sanitätsbeamten bei den Ämtern der Landesregierungen wurde zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung folgendes Impfschema beschlossen:

1. Komplette Grundimmunisierung (3 Teilimpfungen des neugeborenen Jahrganges),
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung in der 8. Schulstufe.

Durch Hindernisse und Notstandssituationen im Herstellungsland, in den Transitländern sowie auch in Österreich selbst könnte die Auslieferung des Polio-Oralimpfstoffes behindert werden, wodurch folgenschwere Impflücken im Immunitätsstatus der österreichischen Bevölkerung hervorgerufen werden könnten. Um dies zu verhindern, wird ein Impfstoffvorrat angelegt, der ausreicht, Notstandssituationen zu überbrücken.

So wie bisher werden serologische Untersuchungen zur Feststellung des Immunitätszustandes der Bevölkerung an der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Wien vorgenommen. Die Kosten der Entnahme und des Versandes des Untersuchungsmaterials werden vom Bund getragen.

Vom Standpunkt der Seuchenbekämpfung ist es notwendig, Vorräte an Hyperimmunglobulin bzw. Vakzineantigen anzulegen, um bei Einschleppung von Pocken sofort eine Vorimpfung des in Betracht kommenden Personenkreises (Jugendliche und Erwachsene, die noch nie gegen Pocken geimpft wurden bzw. Personen, deren letzte Pockenimpfung Jahrzehnte zurückliegt) vornehmen zu können. Für die Bevorratung dieser Präparate wurde finanziell vorgesorgt.

Bei Todesfällen, bei denen angeblich ein Zusammenhang mit der Pockenimpfung besteht, müssen eingehende Untersuchungen vorgenommen werden, um zu klären, ob es sich tatsächlich um einen Impfzwischenfall gehandelt hat.

Die Mittel für die vom neurologischen Institut der Universität Wien vorzunehmenden Untersuchungen sind hier vorgesehen. Die einwandfreie Klärung sogenannter Impfzwischenfälle ist notwendig, um dem Bund nennenswerte Ausgaben für die Leistung von Schadensvergütungen zu ersparen.

Im übrigen ist für die Anschaffung von Tuberkulin für die Durchführung von Schutzimpfungen gegen Tuberkulose finanziell vorgesorgt.

Aufwandskredite

Einen breiten Raum nehmen die Arbeiten auf dem Gebiete der Vorsorgemedizin ein, die insbesondere der Früherkennung von bestimmten Erkrankungen wie Krebs, Herz- und Kreislaufschäden und ähnlichem dienen. Von diesen Untersuchungen sollen Personen im Alter über 35 Jahren erfaßt werden. Von der Früherkennung solcher Krankheiten hängen im wesentlichen die Aussichten auf Heilung oder Besserung ab. Mit der Vornahme der Untersuchungen werden freipraktizierende Ärzte und Laboratorien befaßt.

Sehr wesentlich sind die Ermittlungsarbeiten in der öffentlichen Gesundheitsverwaltung wie z. B. Spitalsplanung, Erarbeitung von Richtlinien in Aufgabengebieten des öffentlichen Gesundheitswesens und die Mitbeteiligung an internationalen Forschungsvorhaben, die zum Teil bereits begonnen wurden.

Die Impfaktionen der Länder gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis werden so wie bisher durch Beistellung von Impfstoffen insbesondere für Kinder unterstützt.

Die Bekämpfung der Zahnkaries durch Verabreichung von Fluortabletten hat bisher gute Erfolge gezeigt, weshalb die Aktion fortgesetzt wird.

Ebenso werden die Maßnahmen zur Früherkennung des Diabetes fortgesetzt.

Die Ausgabe von Notfallkarten wurde im Jahre 1972 begonnen und soll 1973 weitergeführt werden. Außerdem ist die Auflage von Gesundheits- und Schwangerenpässen beabsichtigt.

Durch großangelegte Aufklärungsaktionen soll die Bevölkerung über Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen entsprechend informiert werden. Abgesehen von Fernsehspots und Druckschriften wird die Zeitschrift „Gesundheit sichern" weiterhin herausgebracht und einem möglichst großen Personenkreis zugänglich gemacht werden.

An der I. Medizinischen Universitätsklinik in Wien wird eine Giftinformationszentrale eingerichtet, die einschlägige Untersuchungen und Dokumentationen vornimmt, um bei Vergiftungen sofort entsprechende Unterlagen liefern zu können.

Die Auswertung der Geschwulstkrankenmeldeblätter im Institut für Krebsforschung der Universität Wien wird weitergeführt.

Für die Auswertung der Unterlagen betreffend die Medizinal- und Gesundheitsstatistik soll in Zukunft die elektronische Datenverarbeitung eingesetzt werden.

Weiters sind auch Kosten einer Übersichtsarbeit über die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung, der Unfallursachenforschung und wissenschaftlicher Untersuchungen zur Feststellung des Effektes der Aufklärung und der Prävention auf dem Gebiet des Alkohol- und Drogenmißbrauches berücksichtigt.

Ansatz 1/17216 Krankenanstalten-Investitionsförderung

Bei diesem Ansatz sind Förderungsmittel des Bundes für Investitionen in Krankenanstalten im Rahmen des Krankenanstaltenplanes vorgesehen.

Ansatz 1/1723 Zivilschutz

Die Mittel für den gesamten Zivilschutz sind beim Ansatz 1/1111 veranschlagt. Für die Verrechnung der vom Ressort „Gesundheit und Umweltschutz" zu treffenden Zivilschutzmaßnahmen wurden jedoch Verrechnungsansätze belassen.

Ansatz 1/1724 Arzneibuch

Für das Jahr 1973 wurden die für die Ergänzung der Betriebsausstattung und für die Aufrechterhaltung des Betriebes des Laboratoriums der Arzneibuchkommission erforderlichen Beträge berücksichtigt.

Titel 173 Bundesministerium; Umweltschutz, Lebensmittel-Veterinärwesen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	2·3	0·2
1972 **)	23·6	0·4
1973 **)	40·8	0·4

Unterschiede der Gebarung

Das vergleichbare Mehrerfordernis ist, wie die nachfolgende Übersicht zeigt, in erster Linie auf die Inangriffnahme der im Gesundheits- und Umweltschutzplan vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere jener auf dem Gebiet der Umwelthygiene, zurückzuführen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Strahlenschutz	0·2	0·7	0·5
Umwelthygiene	—	20·0	37·5
Veterinärwesen	1·8	2·7	2·4
Lebensmittelkontrolle	0·3	0·2	0·4
Summe ...	2·3	23·6	40·8

Ansatz 1/1732 Strahlenschutz

Anlagen

Bei diesem Ansatz ist für die Anschaffung von Geräten zur Sammlung und Messung von Radioaktivitätsproben im Zuge der Erweiterung des österreichischen Überwachungsnetzes Vorsorge getroffen.

Aufwandskredite

Neben den erforderlichen Mitteln für die Reparatur der hochempfindlichen Meßgeräte zur Überwachung der Luft- und Niederschlagsaktivitäten sowie die Anschaffung von Ersatzteilen und Verbrauchsgütern, ist für die Fortsetzung der Ausarbeitung einer Strahlenkarte Österreichs, die Veröffentlichung des Berichtes über Radioaktivitätsmessungen in Österreich, die ärztlichen und physikalischen Kontrollen zur gesundheitlichen Eignung strahlenexponierter Personen und die Erprobung von Atomwarngeräten (Prototypen, die sich sowohl auf Apparaturen für die Warnung bei erhöhter Luftradioaktivität wie auch für die Warnung bei erhöhter äußerer Strahlendosisleistung erstrecken) vorgesorgt.

Ansatz 1/1736 Umwelthygiene

Im Sinne des Gesundheits- und Umweltschutzplanes kommt den Maßnahmen auf dem Gebiete der Umwelthygiene in Verfolg der bereits in den Jahren 1971 und 1972 in Angriff genommenen Vorhaben noch umfangreichere Bedeutung zu. Darüber hinaus wird es aber auch erforderlich sein, Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes finanziell zu fördern und sich dort, wo dem Ressort die Möglichkeit zur Durchführung verschiedener Vorhaben fehlt, einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen, Organisationen und sonstiger Einrichtungen zu bedienen. Aus diesen Gründen war die Eröffnung eines entsprechenden Förderungsansatzes notwendig.

Anlagen

Die unbedingt erforderliche weitgestreute Datenermittlung bedarf des weiteren Ausbaues des Überwachungsnetzes und der Ausstattung der einzelnen Untersuchungsstellen mit entsprechenden Kontrollgeräten.

Daneben wird es notwendig sein, schädigende Umwelteinflüsse an Ort und Stelle festzustellen. Dazu soll eine „Umweltschutz-Einsatzgruppe" geschaffen werden, die über mit modernsten Meßgeräten ausgestattete Fahrzeuge zu verfügen haben wird. Der Einsatz dieser Fahrzeuge wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie erfolgen. Vorerst ist die Anschaffung und Ausstattung von 4 Einsatzfahrzeugen in Aussicht genommen. Die Auswertung der Meßergebnisse, die erst im Jahre 1974 zum Tragen kommen wird, wird vorerst durch die Abteilung für Lufthygiene an der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Wien erfolgen.

Förderungsausgaben

Hier handelt es sich um die bereits eingangs genannten Vorhaben.

Aufwandskredite

Neben den Instandhaltungskosten der Meß- und Kontrollgeräte enthält dieser finanzgesetzliche Ansatz die erforderlichen Mittel für die Vergabe von Forschungsaufträgen, die Datenermittlung und die damit im Zusammenhang stehende Dokumentation. Darüber hinaus wurden auch die Kosten der Erzielung von Meßergebnissen, die internationalen Organisationen zur Verfügung gestellt werden müssen, berücksichtigt.

Weitere Mittel zur Erlangung internationaler Meßergebnisse wurden beim Ansatz 1/17007 mitveranschlagt.

Ansatz 1/1737 Veterinärwesen

Bekämpfung der Rinder-Tbc

Die Tilgung der Rindertuberkulose ist an sich abgeschlossen. Um den bisherigen Erfolg nicht zu gefährden, muß der Bund für die Bereinigung allfälliger Re-Infektionen aufkommen.

Epizootie

Bei diesem Ansatz wurden die Kosten der auf Grund der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes amtlich angeordneten Schutzimpfungen und der sonstige Aufwand der dem Bund für die Vorkehrungen gegen Tierseuchen erwächst, berücksichtigt. Außerdem werden aus den bereitgestellten Mitteln auch die Kosten getragen, die im Zuge des Untersuchungs- und Feststellungsverfahrens auf Grund der Bestimmungen des Deckseuchengesetzes entstehen.

Die auf Grund der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909, sowie des Bangseuchengesetzes, BGBl. Nr. 147/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 115/1960, gewährten staatlichen Entschädigungen werden ab 1973 beim Ansatz 1/17447 verrechnet.

Für einen allfälligen Seuchenausbruch wurde kreditmäßig vorgesorgt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Sonstiger Aufwand

Im Sinne des Gesundheits- und Umweltschutzplanes und zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen ist es erforderlich geworden, die Amtstierärzte entsprechend aus- und weiterzubilden. Im Jahre 1973 ist daher erstmalig die Abhaltung von Fortbildungskursen für Amtstierärzte vorgesehen.

Ansatz 1/17388 Lebensmittelkontrolle

Dieser Ansatz beinhaltet die Ersätze für durchgeführte Probenuntersuchungen an die Landeslebensmitteluntersuchungsanstalten und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Herausgabe des Österreichischen Lebensmittelbuches.

Titel 174 Bundesministerium; Übriger Zweckaufwand

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	271·0	1·5
1972 *)	310·7	1·1
1973 **)	350·3	0·6

Unterschiede der Gebarung

Das vergleichbare Mehrerfordernis ist, wie nachstehend dargestellt, überwiegend auf den steigenden Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz (höhere Spitalsbehandlungskosten) zurückzuführen:

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz	220·0	250·0	298·1
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	51·0	57·0	48·0
Entschädigungen		3·7	4·2
Summe ...	271·0	310·7	350·3

Ansatz 1/17424 Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz

Die vom Bund gemäß § 57 des Krankenanstaltengesetzes BGBl. Nr. 1/1957, zu leistenden Zweckzuschüsse betragen 10% der für die betreffende Krankenanstalt amtlich festgesetzten Pflegegebühr der niedrigsten Gebührenklasse, höchstens jedoch 18·75% des gesamten Betriebsabganges.

Ansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Die Aufwendungen nach dem Tuberkulosegesetz liegen trotz höherer Ausgaben für Sachleistungen und Verpflegskosten und Erhöhung der Richtsätze für Geldbeihilfen infolge Dynamisierung unter dem Ansatz für 1972. Maßgebend ist hiefür, daß die Zahl von Anträgen auf Leistungen weiter zurückgehen wird. Ferner können durch die Festlegung sicherer Aktivitätszeichen der Tuberkulose Einsparungen erzielt werden. Weiters wird Wirtschaftshilfe über den Zeitpunkt der Stabilisierung hinaus nicht mehr gewährt.

Ansatz 1/17447 Entschädigungen

Mit der Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurden auch die Entschädigungsleistungen nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen übernommen.

Im Hinblick auf die Erfahrungen anläßlich der immer wieder auftretenden Paratyphusepidemien mußte für Aufwendungen nach dem Epidemiegesetz ausreichend Vorsorge getroffen werden.

Der Ansatz enthält die Aufwendungen für Entschädigungsleistungen nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen, dem Epidemie-, Pokkenimpf-, Geschlechtskrankheiten- und Lebensmittelgesetz.

Titel 179 Dienststellen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	64·9	42·0	106·9	52·1
1972 **)	76·5	47·4	123·9	53·3
1973 **)	90·6	50·0	140·6	58·0

Unterschiede der Gebarung

Der vergleichbare Personalmehraufwand ist durch generelle Bezugsregelungen bedingt. Die Erhöhung beim Sachaufwand ist im allgemeinen auf die steigenden Verwaltungs- und Betriebskosten und die Ergänzung der apparativen Ausstattung vor allem der Untersuchungsanstalten, im besonderen auch auf die Errichtung einer Zweigstelle Salzburg der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz zurückzuführen.

Ansatz 1/1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Dieser Ansatz umfaßt den Personal- und Sachaufwand der Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung in Wien, Linz, Graz und Innsbruck.

Neben der durch die fortschreitende Technisierung und Modernisierung der Untersuchungsmethoden erforderlichen apparativen Ausrüstung der Anstalten und den durch den akuten Personalmangel bedingten Rationalisierungsmaßnahmen ergibt sich vor allen Dingen die Notwendigkeit, für das Bundesland Salzburg durch Errichtung einer Zweigstelle der Bundesanstalt

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

für Lebensmitteluntersuchung in Linz wieder eine umfassende Lebensmittelkontrolle zu schaffen. Nach Auflassung der autorisierten Landesanstalt in Salzburg mußten sämtliche im Bundesland Salzburg gezogene Proben an die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz eingesandt werden. Dieser Zustand ist jedoch gerade bei leicht verderblichen Lebensmitteln, die einer raschen Untersuchung zugeführt werden müssen, um die zum Schutze der Bevölkerung erforderlichen genauen Untersuchungsergebnisse erzielen zu können, nicht mehr vertretbar. Es wird daher der Aufwand für die erforderliche apparative Ausrüstung, die notwendige Einrichtung und den laufenden Betrieb für die Zweigstelle Salzburg zu bestreiten sein.

Überdies ist auch der Aufwand für die apparative und sonstige Ausstattung von zwei zusätzlichen Räumen der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck berücksichtigt.

Ansatz 1/1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten

Dieser Ansatz betrifft den Personal- und Sachaufwand der bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck, der Bundesstaatlichen Impfstoffgewinnungsanstalt, der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen, der Bundesstaatlichen Anstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen und des Bundesstaatlichen Serumprüfungsinstitutes.

Der akute Personalmangel wirkt sich von Jahr zu Jahr stärker aus. Die Aufrechterhaltung des Betriebes und die Bewältigung der Aufgaben unter Berücksichtigung des jeweiligen Standes der Wissenschaft und der fortschreitenden Industrialisierung und Technisierung kann daher vielfach nur durch gezielte Rationalisierungsmaßnahmen erfolgen. Die Ausstattung der Anstalten mit den modernsten und personal- und arbeitsparenden Geräten ist daher vordringlich.

Im Jahre 1973 sind Ersatzanschaffungen von Geräten in größerem Umfang, aber auch den Erfordernissen entsprechende Neuausrüstungen notwendig.

Die Anstalten sind beim Auftreten von Epidemien mit der Durchführung der einschlägigen Untersuchungen befaßt, von deren Exaktheit und Schnelligkeit weitere Dispositionen abhängen. Die Vornahme der immer diffiziler werdenden Untersuchungen verursacht hohe Betriebsausgaben.

Die „Umwelthygiene" bringt vor allem für die Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Wien und das radiologische Laboratorium der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Linz erhebliche Mehrbelastungen. Besonders hervorzuheben sind die Arbeiten zur Feststellung und Analyse von Luftverunreinigungen, Staub, Lärm, Erschütterungen und anderen schädigenden Umwelteinflüssen. Das Meßprogramm der Abteilung für Lufthygiene der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Wien erfordert auch die Anschaffung eines weiteren Meßwagens.

Nach wie vor steht die Frage der Neuunterbringung der Anstalten zur Behebung des Raummangels im Vordergrund. Im Jahre 1973 werden für die Neuunterbringung der Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalt in Salzburg und Klagenfurt auf Grund der geschlossenen Verträge die in Betracht kommenden Anteile an der Mietenvorauszahlung fällig.

Ansatz 1/1794 Hebammenlehranstalten

Der Bund unterhält derzeit je eine Hebammenlehranstalt in Graz und Innsbruck in Verbindung mit der Universitätsklinik, eine Anstalt in Wien in Verbindung mit der Semmelweis-Frauenklinik sowie je eine Anstalt in Linz, Salzburg und Klagenfurt in Verbindung mit den dort befindlichen Landeskrankenhäusern.

Die veranschlagten Kredite sind zur Ergänzung der Lehrmittel und zur besseren Ausstattung der Internatsräume sowie zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes, zur Durchführung von Wiederholungskursen für praktizierende Hebammen sowie für die Anschaffung von Hebammentagebüchern und Geburtenausweisen bestimmt.

Der Ersatz der Portospesen für die durch die Hebammen gemäß § 1 Abs. 6 des Hebammengesetzes zu erstattenden Geburtsanzeigen wurde mit 30.000 Schilling und die gemäß § 11 Abs. 5 dieses Gesetzes zu leistende Entschädigung für den entstehenden Ausfall an Berufseinkommen für 118 an den Fortbildungskursen teilnehmende Hebammen mit 104.000 Schilling veranschlagt. Der pro Hebamme zugrundezulegende Entschädigungsbetrag ist mit 885 Schilling gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Ansatz 1/1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Dieser Ansatz betrifft den Personal- und Sachaufwand der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung in Mödling, der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren in Wien-Hetzendorf, der Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen in Linz, Graz und Innsbruck sowie den Aufwand für die Seuchenschlachtstätten.

Während die Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen in Linz, Graz und Innsbruck nur mit diagnostischen Aufgaben befaßt sind, wird an der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren auch Impfstoff produziert.

Die von allen Anstalten durchgeführte Diagnostik bedarf stets neuer Untersuchungsmethoden, die einen ständig steigenden Aufwand verursachen.

Die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren muß von der bisherigen Züchtung des für die Herstellung von Maul- und Klauenseuchevakzine benötigten Virus auf Zungenepithel von Lebendrindern wegen Anlieferungsschwierigkeiten auf die Züchtung auf Hamsternieren übergehen. Dies wird sich sowohl bei der apparativen Ausstattung als auch im Betrieb dieser Anstalt erheblich auswirken.

Die Seuchenschlachtstätten dienen der Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen. Durch die Tötung von seuchenkranken und seuchenverdächtigen Tieren in diesen Schlachtstätten soll einerseits die Weiterverbreitung der Tierseuchen weitgehend verhindert und andererseits die bestmögliche Verwertung der getöteten Tiere gewährleistet werden.

Ansatz 1/1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Der bei diesem Ansatz veranschlagte Betrag dient zur Deckung des Aufwandes, der durch die Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten entsteht.

Kapitel 20 Äußeres

Titel 200 Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	36·7	121·5	158·2	1·1
1972 **)	41·9	115·9	157·8	0·7
1973 **)	49·4	125·5	174·9	0·9

Unterschiede gegenüber den Vorjahren

Die wesentlichsten Unterschiede ergeben sich bei den nachstehend näher erläuterten Positionen wie folgt:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Personalaufwand	36·7	41·9	49·4
Internationale Beitragszahlungen	80·5	89·7	96·0
Übrige Gebarung	41·0	26·2	29·5
Summe ...	158·2	157·8	174·9

Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber 1972 ist auf die allgemeinen Bezugsregelungen sowie auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

Internationale Beitragszahlungen

Der für internationale Beitragszahlungen Österreichs vorgesehene Ausgabenbetrag von 96,052.000 S gliedert sich wie folgt:

	Schilling
Beitrag zur IAEO [1]) (Beitrittsjahr 1958, BGBl. Nr. 23/1958, 1972: 2,300.000 S)	2,575.000
Beitrag zum Budget der UN (Beitrittsjahr 1956, BGBl. Nr. 120/1956, 1972: 24,500.000 S)	24,500.000
Beitrag zum UNDP [2]) (1972: 44,300.000 S)	46,450.000
Beitrag für internationale Hilfsmaßnahmen (1972: 625.000 S)	814.000
Beitrag für UN-Sonderaktionen (1972: 4,000.000 S)	4,650.000
Beitrag zur UNESCO [3]) (Beitrittsjahr 1949, BGBl. Nr. 49/1949, 1972: 5,400.000 S)	6,100.000
Beitrag zum Europarat (Beitrittsjahr 1956, BGBl. Nr. 121/1956, 1972: 7,000.000 S)	9,110.000
Europäisches Jugendwerk des Europarates (1972: 0)	298.000
Beitrag zur Donaukommission (Beitrittsjahr 1960, BGBl. Nr. 40/1960, 1972: 850.000 S)	775.000
Beitrag zum ständigen Schiedshof (Beitrittsjahr 1913, RGBl. Nr. 177/1913, 1972: 10.000 S)	10.000
Beitrag zum Trustfonds für Südafrika (1972: 150.000 S)	141.000
Beitrag zur UNITAR [4]) (1972: 125.000 S)	167.000
Internationale Universität der Vereinten Nationen (1972: 325.000) .	71.000
International Peace Academy Commitee (1972: 130.000)	180.000
UN-Erziehungsprogramm für das südliche Afrika (1972: 0)	117.000
Beitrag zur UNFPA [5]), (1972: 0) ..	47.000
Internationales Sekretariat für freiwillige Entwicklungshelfer (1972: 0)	47.000
Insgesamt ...	96,052.000

Die Beitragsquote Österreichs zum Budget der Vereinten Nationen beträgt seit 1971 0·55 von Hundert des Gesamtbudgets der Vereinten Nationen.

Übrige Gebarung

Der Mehrbedarf gegenüber 1972 ist darauf zurückzuführen, daß 1973 bei dem neueröffneten Ansatz 1/20016 erstmals ein Beitrag zur Schulversorgung der Kinder von Beamten der in Wien etablierten internationalen Organisationen vorgesehen wird. Die Minderausgaben gegenüber 1971 erklären sich daraus, daß in diesem Jahre besonders hohe Kosten im Zusammenhang mit der Abhaltung internationaler Konferenzen in Wien aufgelaufen sind.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet. Seine Zuständigkeit richtet sich nach den Bestimmungen der Bundesgesetze BGBl. Nr. 70/1966 und BGBl. Nr. 205/1970.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) IAEO = Internationale Atomenergie Organisation.
[2]) UNDP = United Nations Development Program.
[3]) UNESCO = United Nations Educational Scientific and Cultural Organization
[4]) UNITAR = United Nations Institute for Training and Resurch.
[5]) UNFPA = United Nations Fund for Population Activites.

Stipendienfonds

Der Stipendienfonds der Diplomatischen Akademie, ein Fonds mit Rechtspersönlichkeit, wurde mit stiftungsbehördlicher Genehmigung mit Wirkung vom 17. Dezember 1964 errichtet.

Der Fonds hat ein Stammkapital von 100.000 Schilling und wird durch freiwillige Beiträge öffentlich-rechtlicher Körperschaften und privater Organisationen bzw. Personen dotiert.

Im Jahre 1971 sind ihm an Beiträgen rund 680.000 Schilling zugeflossen; das Kuratorium wird für das Studienjahr 1972/73 rund 35 Stipendien an bedürftige und würdige Hörer der Diplomatischen Akademie (mit österreichischer und ausländischer Staatsangehörigkeit) verleihen.

Dies bedeutet für drei Studiensemester eine Belastung von rund 2 Millionen Schilling.

Österreichische Delegation beim Europarat

Bei diesem Ansatz werden die Kosten für Abgeordnete und Mitglieder der Delegation verrechnet. Als voraussichtlicher Bedarf wurden 1·264 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 201 Vertretungsbehörden

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	75·8	237·8	313·6	10·7
1972 **)	90·6	284·8	375·4	11·5
1973 **)	101·8	300·2	402·0	9·6

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes im Jahre 1973 gegenüber 1972 ist zum Großteil auf die allgemeinen Bezugsregelungen und zu einem geringeren Teil auf Personalvermehrungen zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist auf die notwendige Nachziehung der Auslandszulagen infolge der steigenden Lebenshaltungskosten im Auslande, den rasch ansteigenden Mietkosten und auf die Kosten der in Bau befindlichen Hochbauten von Residenz- und Amtsgebäuden für Vertretungen im Ausland zurückzuführen.

Die unterschiedlichen Einnahmen sind durch die Kursschwankungen im Zusammenhang mit der Gebarung mit ausländischen Zahlungsmitteln bedingt.

Förderungszuwendungen

Die hier veranschlagten 2·673 Millionen Schilling sind im wesentlichen für Auslandsösterreicher, davon 1·500 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an den gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland" (1972: 1·250 Millionen Schilling), für sonstige Unterstützungen von Österreichern im Ausland und für kulturelle Auslandsveranstaltungen vorgesehen.

Liegenschaftserwerb

Im Jahre 1973 ist der Ankauf einer weiteren Liegenschaft im Ausland vorgesehen.

Dienststellen im Ausland

Derzeit bestehen 77 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 56 diplomatische, 16 konsularische und 5 Dienststellen besonderer Art.

Für 1973 ist die Eröffnung einer diplomatischen Vertretungsbehörde sowie eines Berufskonsulates geplant.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Addis Abeba, Algier, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Bern, Bogotá, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, New Delhi, Den Haag, Djakarta, Djedda, Dublin, Helsinki, Islamabad, Kabul, Kairo, Kopenhagen, Lagos, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Mexico, Moskau, Nairobi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pretoria, Rabat, Rom, Santiago de Chile, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tunis, Vatikan, Warschau und Washington.

In New York besteht die Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Straßburg die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat, in Genf die Ständige Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen und bei den Spezialorganisationen, in Paris die Ständige Vertretung Österreichs bei der UNESCO und in Berlin eine Österreichische Delegation.

Ferner ist zur Wahrung der Interessen der CSSR, Jugoslawiens und Bulgariens gegenüber Israel durch Österreich bei der Österreichischen Botschaft in Tel Aviv ein Schutzmachtbüro eingerichtet.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Agram, Chikago, Düsseldorf, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Laibach, Los Angeles, Mailand, München, New York, Preßburg, Rio de Janeiro, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1973 etwa 170 Honorarkonsulate amtieren.

In New York besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz, BGBl. Nr. 380/1967 (Durchführungsver-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

ordnungen hiezu BGBl. Nr. 40, 106/1968, 137/1968, 222/1969 und 481/1971) erhoben, in Stempelmarken entrichtet und an die Finanzlandesdirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland überwiesen.

Titel 202 Diplomatische Akademie

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	1·4	2·2	3·6	0·9
1972 **)	1·8	2·8	4·6	0·9
1973 **)	2·1	2·6	4·7	0·9

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Österreich besaß bis zum Jahre 1938 die bekannte Konsularakademie. Im Jahre 1964 wurde die Diplomatische Akademie errichtet und im Konsulartrakt Wien IV, Favoritenstraße 15, untergebracht. Ihre gesetzliche Grundlage und ihr Aufgabengebiet ergeben sich aus dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 379/1967.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes gegenüber 1972 ist durch Bezugserhöhungen bedingt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus Schulgeldern.

Kapitel 30 Justiz

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	26·8	18·9	45·7	6·0
1972 **)	28·4	16·4	44·8	7·1
1973 **)	36·0	19·2	55·2	7·1

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand in den Jahren 1972 und 1973 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie auf die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist im wesentlichen auf die nach der Übersiedlung des Bundesministeriums für Justiz in ein eigenes Amtsgebäude anfallenden Kosten für Brennstoffe, Energiebezüge und Reinigung zurückzuführen.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

Internationale Beitragszahlungen

Die Verpflichtung zur Beitragszahlung ergibt sich aus der Teilnahme Österreichs an folgenden internationalen Institutionen:

Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (Beitritt auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 15. Juni 1954).

Internationales Institut für die Vereinheitlichung des Privatrechtes in Rom (Beitritt auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 11. Mai 1948).

Förderungsausgaben

Als Förderungsausgaben sind Zuschüsse für die Herausgabe einschlägiger Zeitschriften, Broschüren und Bücher sowie Subventionen an Vereinigungen, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt, veranschlagt.

Titel 301 Oberster Gerichtshof

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	24·2	1·3	25·5	0·1
1972 **)	26·3	1·4	27·7	0·1
1973 **)	29·6	1·7	31·3	0·1

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand in den Jahren 1972 und 1973 ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und auf die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand in den Jahren ab 1972 ist auf höhere Ausgaben im Zusammenhang mit der Adaptierung zusätzlicher Amtsräume im Justizpalast, die durch die Übersiedlung des Bundesministeriums für Justiz frei wurden, und auf notwendige Anschaffungen für die Zentralbibliothek zurückzuführen.

Aufgaben [1])

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen (Art. 92 Abs. 1 Bundesverfassungsgesetz). Ihm obliegt auch die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission, das Kartellobergericht und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Generalprokuratur

Der Aufgabenbereich der Generalprokuratur beim Obersten Gerichtshof umfaßt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	629·4	236·2	865·6	805·0
1972 **)	681·7	248·2	929·9	892·8
1973 **)	823·3	278·9	1.102·2	973·7

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1972 und 1973 beim Personalaufwand ist auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie auf Personalvermehrungen und die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes in den Jahren 1972 und 1973 ist auf die Erhöhung der Unterstützungsbeiträge für Rechtspraktikanten und der Entlohnung der staatsanwaltschaftlichen Funktionäre, Mietzinsvorauszahlungen für die Unterbringung der Bezirksgerichte Hietzing, Klosterneuburg und Bezau, Mehraufwendungen für Entschädigungen nach dem Gebührenanspruchsgesetz, höhere Pauschalvergütungen an

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe BGBl. Nr. 328/1968.

die Rechtsanwaltskammern, sowie auf die Neueinrichtung der Gerichtsgebäude in Innsbruck, Klosterneuburg und Güssing zurückzuführen.

Die für 1973 veranschlagten Einnahmen tragen der Entwicklung in den Jahren 1971 und 1972 Rechnung.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Judikatur in Zivilrechts- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anläßlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Die Justizschule in Schwechat dient zur Ausbildung des richterlichen und nichtrichterlichen Nachwuchses.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

4 Oberlandesgerichte,
4 Oberstaatsanwaltschaften,
20 Gerichtshöfe I. Instanz,
17 Staatsanwaltschaften,
228 Bezirksgerichte,
61 Arbeitsgerichte.

Gesetzliche Grundlagen

Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896,

ASVG., BGBl. Nr. 189/1955 (Soziale Schiedsgerichte),

Richterdienstgesetz 1961, BGBl. Nr. 305, in der Fassung BGBl. Nr. 68/1968 und 283/1971,

Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren, BGBl. Nr. 289/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 119/1963 und 47/1968,

Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962,

Gerichtskostenmarkenverordnung, BGBl. Nr. 77/1950, in der Fassung BGBl. Nr. 246/1963 und 316/1968,

Gebührenanspruchsgesetz (Wiederverlautbarung), BGBl. Nr. 179/1965, in der Fassung BGBl. Nr. 124/1966, 262/1966 und 110/1971,

Zehr- und Ganggelderverordnung 1947, BGBl. Nr. 229, in der Fassung BGBl. Nr. 8/1948, 146/1964 und 79/1970,

Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, in der Fassung BGBl. Nr. 118/1963, 155/1965 und 46/1968,

Bundesgesetz über die Erhöhung der Wertgrenzen und Geldstrafen in den Strafgesetzen, BGBl. Nr. 175/1963,

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 480/1971,

Pauschalvergütung für die Tätigkeit von Rechtsanwälten als Armenvertreter in gerichtlichen Verfahren, BGBl. Nr. 69/1972,

Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104,

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969,

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren und Ausfertigungskosten, BGBl. Nr. 315/1968.

Fonds nach § 7 StPO

Den bei den Strafgerichten nach § 7 Strafprozeßordnung 1960, BGBl. Nr. 98, gebildeten Fonds fließen die von den Gerichten verhängten Ordnungsgeldstrafen zu.

Von den Präsidenten der Gerichtshöfe I. Instanz bzw. von den Vorstehern der Bezirksgerichte werden diese Gelder nach Anhörung des Leiters der Gefangenhausverwaltung zur Unterstützung bedürftiger Gefangener verwendet oder einem Sträflingsfürsorgeverein überwiesen.

Titel 303 Justizanstalten

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	208·9	103·9	312·8	1·8
1972 **)	245·3	114·6	359·9	1·5
1973 **)	288·4	134·9	423·3	2·1

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis in den Jahren 1972 und 1973 beim Personalaufwand ist auf die durch das Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes bedingten Personalvermehrungen, insbesondere im Bereiche der Justizwache, auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und auf die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand ist auf das Strafvollzugsgesetz zurückzuführen, das neue Einrichtungen und Verbesserungen im Strafvollzug vorsieht und eine wesentliche Erhöhung der Vergütungen für Gefangenenarbeiten gemäß § 52 Abs. 2 StVG bedingt. Besondere Aufwendungen sind für die Sicherheitsvorkehrungen in den Justizanstalten und für die Forschung auf dem Gebiete des Straf- und Erziehungsvollzuges sowie Öffentlichkeitsarbeit betreffend Strafvollzug erforderlich.

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft, Arbeitshausanhaltungen und die Erziehung von verwahrlosten Jugendlichen in Anstalten für Erziehungsbedürftige.

Der Justizwachschule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

18 Gerichtshofgefängnisse mit 5 angeschlossenen Anstalten mit beschränkter Sicherheit;
6 bezirksgerichtliche Gefangenenhäuser, die von Justizanstalten verwaltet werden;
4 Strafvollzugsanstalten mit 1 Sonderabteilung für Erstbestrafte, 3 angeschlossene Anstalten mit beschränkter Sicherheit, 1 Sonderabteilung für weibliche Jugendliche;
3 Arbeitshäuser mit 1 angeschlossenen Anstalt mit beschränkter Sicherheit;
1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
1 Sonderanstalt für Strafgefangene, die wegen ihrer psychischen Auffälligkeiten für den Normalvollzug ungeeignet sind;
1 Lungenheilstätte für an Lungen-Tbc erkrankte Gefangene;
1 Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige (Burschen) mit 2 Außenstellen und
1 Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige (Mädchen).

Gesetzliche Grundlagen

Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 480/1971.

Förderungsausgaben

Unter den Förderungsausgaben sind Subventionen für Sträflingsfürsorgevereine sowie sonstige Subventionen, insbesondere für die Ausgestaltung der Schutzaufsicht als erster Schritt zur beabsichtigten Erweiterung der Bewährungshilfe für Erwachsene, veranschlagt.

Weiters erfolgte die Veranschlagung einer Subvention für das Institut für Kriminalsoziologie im Rahmen der Ludwig-Boltzmanngesellschaft, welches im Jahre 1973 Forschungsaufgaben auf dem Gebiete des Straf- und Erziehungsvollzuges durchführen wird.

Massafonds der Justizwache

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwachdienst und Dienst der Jugenderzieher" zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	6·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Beschaffung von Massasorten	6·2
Fondsaufwand	0·1
Zusammen...	6·3

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten und den unter ihrer Verwaltung stehenden bezirksgerichtlichen Gefangenenhäusern beträgt:

	Gefangene und Arbeitshausinsassen	Zöglinge
1971	3,159.142	68.683
1972 [2])	3,350.000	105.000
1973 [2])	3,300.000	100.000

Titel 304 Arbeitsbetriebe (Betriebsähnliche Einrichtungen)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	7·5	36·2	43·7	57·8
1972 **)	8·2	44·8	53·0	54·9
1973 **)	13·0	47·8	60·8	61·1

Allgemeines

Die Ausgaben können nur nach Maßgabe der Einnahmen des laufenden Jahres, die zweckgebunden sind, und der zweckgebundenen Einnahmenüberschüsse aus den Vorjahren getätigt werden.

Aus den zweckgebundenen Einnahmen werden neben den laufenden Aufwendungen auch bauliche Maßnahmen finanziert, die dem Ausbau der Arbeitsbetriebe und der Intensivierung des Arbeitseinsatzes der Insassen dienen (Werkstättengebäude, Betriebsräume).

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand im Jahre 1973 ist auf Personalvermehrung und auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten sowie auf die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Die Erhöhung im Sachaufwand berücksichtigt die Auswirkungen des Strafvollzugsgesetzes, BGBl. Nr. 144/1969, die Erhöhung der Arbeitsvergütung für Strafgefangene gemäß § 52 Abs. 2 StVG und die allgemeine Preisentwicklung für die in den Anstaltsbetrieben benötigten Maschinen und Materialien.

Bei den Einnahmen des Jahres 1973 wurde die voraussichtliche Entwicklung berücksichtigt.

Aufgaben

In den Arbeitsbetrieben werden die Gefangenen, Arbeitshausinsassen und Zöglinge mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Der Veranschlagung zugrunde gelegte Verpflegstage.

eine Berufsausbildung, um sie nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben zurückführen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Organisation

An größeren auf betriebswirtschaftlicher Basis geführten Arbeitsbetrieben bestehen: Das Ziegelwerk in Innsbruck, die Korbflechterei in Suben, der Kunstgewerbebetrieb, die Kuverterzeugung und die Druckerei in Stein und mehrere größere Landwirtschaftsbetriebe, wie Schwarzau, Gerasdorf, Rottenstein, Meidling i. T., Asten, Sonnberg, Göllersdorf, Lankowitz und Suben sowie die landwirtschaftliche Lehrabteilung in Münchendorf.

Titel 305 Bewährungshilfe

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	4·1	8·5	12·6	0·2
1972 **)	7·0	11·7	18·7	0·1
1973 **)	9·6	13·7	23·3	0·1

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand in den Jahren 1972 und 1973 ist auf die Personalvermehrungen, auf die Erhöhung der Bezüge der Bundesbediensteten und die Neuregelung der Nebengebühren zurückzuführen.

Der erhöhte Sachaufwand beruht auf den Ausbau der bereits bestehenden Geschäftsstellen und Außenstellen dieser Geschäftsstellen und deren Vermehrung ab 1973.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung bedingt entlassener oder bedingt verurteilter Jugendlicher, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Bis zum Abschluß des Aufbaues der Bewährungshilfe werden die im Bewährungshilfegesetz vorgesehenen Aufgaben von privaten Vereinigungen besorgt, die sich schon bisher mit Aufgaben der Bewährungshilfe und Sozialarbeit befaßt haben.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend wurden bisher in Eisenstadt, Wr. Neustadt, St. Pölten, Krems, Korneuburg, Linz, Wels, Salzburg, Innsbruck, Feldkirch, Klagenfurt, Graz und Wien Geschäftsstellen der Bewährungshilfe errichtet, die nach Beendigung des Ausbaues der Bewährungshilfe im gesamten Bundesgebiet in Dienststellen umzuwandeln sein werden. Neben diesen Geschäftsstellen wurden in Wien drei und im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe in Salzburg und Eisenstadt je eine Außenstelle (und zwar in Bischofshofen und Oberwart) errichtet. Die Errichtung weiterer Geschäftsstellen in Steyr, Ried und Krems sowie von je einer weiteren Außenstelle in Wien, Villach und Wörgl ist in Vorbereitung. Außerdem wird von einer der mit Angelegenheiten der Bewährungshilfe befaßten privaten Vereinigungen ein Heim für Obdachlose oder in ihrer bisherigen Umgebung gefährdete männliche Schützlinge der Bewährungshilfe geführt; ein entsprechendes Mädchenheim befindet sich im Aufbau.

Gesetzliche Grundlagen

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 278/1961.

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	156·6	35·6	192·2	14·6
1972 **)	174·3	41·9	216·2	15·0
1973 **)	201·7	46·8	248·5	15·8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf die Vorsorge für die ab 1. Juli 1972 in Kraft getretenen sowie ab 1. Juli 1973 in Kraft tretenden Bezugserhöhungen (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung), auf die im Jahre 1972 vorgenommenen Nebengebührenregelungen, wie Zuerkennung der Heeresdienstzulage gemäß Bundesgesetz vom 17. April 1972, BGBl. Nr. 168 (23. Gehaltsgesetz-Novelle) und der Verwaltungsdienstzulage gemäß Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 214 (24. Gehaltsgesetz-Novelle) sowie die ab 1. Jänner 1973 in Kraft tretende Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der ASVG-Krankenversicherung (29. Novelle zum ASVG) zurückzuführen.

Beim Verwaltungsaufwand wurden bei den Posten „Brennstoffe", „Aufwandsentschädigungen" und „Energiebezüge" gegenüber dem Voranschlag 1972 höhere Kosten berücksichtigt.

Beim Ansatz 40005 „Bezugsvorschüsse" wurden für das Jahr 1973 22·742 Millionen Schilling veranschlagt.

Förderungszuwendungen

Die Mittel für „Förderungsausgaben" sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Fliegerausbildung von Reservisten, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinen und zur Unterstützung von Vereinigungen gedacht, die sich mit der geistigen Landesverteidigung als Teil der umfassenden Landesverteidigung befassen.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	1.486·1	1.835·5	3.321·6	77·0
1972 **)	1.602·4	2.012·6	3.615·0	90·5
1973 **)	1.878·8	2.292·7	4.171·5	137·0

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand wurde infolge der ab 1. Juli 1972 in Kraft getretenen sowie der ab 1. Juli 1973 in Kraft tretenden Bezugserhöhung (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung), der im Jahre 1972 vorgenommenen Nebengebührenregelungen wie Zuerkennung der Heeresdienstzulage gemäß Bundesgesetz vom 17. April 1972, BGBl. Nr. 168 (23. Gehaltsgesetz-Novelle) und der Verwaltungsdienstzulage gemäß Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 214 (24. Gehaltsgesetz-Novelle) sowie der ab 1. Jänner 1973 in Kraft tretenden Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der ASVG-Krankenversicherung (29. Novelle zum ASVG) erhöht. Das Mehrerfordernis der Ausgaben für Mehrleistungsvergütungen ergibt sich aus der Erfolgsziffer 1971 sowie auf Grund der im Jahre 1972 erfolgten Neuregelung einiger Nebengebühren.

Beim Verwaltungsaufwand ergeben sich bei einigen Posten, wie „Brennstoffe", „Inlandreisen", und „Energiebezüge" infolge Preis- und Tariferhöhungen Mehrkosten gegenüber dem Jahre 1972. In der Post „Inlandsreisen" sind alle Gebühren, die nach der Reisegebührenvorschrift 1955 anfallen, zu veranschlagen; das sind Gebühren für Dienstreisen, Zuteilungsgebühren, Übersiedlungsgebühren, Trennungsgebühren und -zuschüsse, Reisebeihilfen, Übungs- und Einsatzgebühren und Fahrtkostenzuschüsse. Ein Mehraufwand ergibt sich außerdem bei der Post „Auslandzulagen", bedingt durch die Entsendung eines UN-Bataillons nach Zypern; in diesem Zusammenhang wurden auch die Auslandzulagen für das in Zypern eingesetzte Sanitätskontingent und die UN-Beobachter am Suezkanal erhöht. Die Erhöhung der Post „Aufwandsentschädigungen" ergibt sich aus der Erfolgsziffer 1971 sowie auf Grund der im Jahre 1972 erfolgten Neuregelung einiger Nebengebühren. Infolge Errichtung neuer Naturalwohnungen sowie Erhöhung einzelner Positionen der Natural-Wohnungsgrundvergütung mußte die Post „Miet- und Pachtzinse für Wohnzwecke" erhöht werden.

Bei den Aufwandskrediten „Gesetzliche Verpflichtungen" ergeben sich Verschiebungen auf Grund geänderter Ständeannahmen. Daraus resultiert eine Verminderung bei der Post „Krankenfürsorge für Wehrpflichtige" sowie bei der Post „Taggeld". Die Novelle zum Heeresgebührengesetz (Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 221) bedingt eine Erhöhung von Familienunterhalt und Mietzinsbeihilfe sowie der Begräbniskosten für Wehrpflichtige. Die Heranziehung von Reservisten für den Sicherungseinsatz eines UN-Bataillons in Zypern erfordert einen wesentlichen Mehraufwand bei der Post „Geldleistungen für Auslandeinsätze".

Tapferkeitsmedaillen-Zulagen

An die Besitzer von Tapferkeitsmedaillen werden gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 9. Juni 1971, BGBl. Nr. 237, folgende Zulagen gezahlt:

	S monatlich
Für die goldene Tapferkeitsmedaille	400
Für die silberne Tapferkeitsmedaille 1. Klasse	200
Für die silberne Tapferkeitsmedaille 2. Klasse	100

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Die Höhe des Ehrensoldes für Träger des Militär-Maria-Theresien-Ordens beträgt 2400 Schilling monatlich.

Kärntner Kreuz-Zulagen

An die Besitzer des allgemeinen Kärntner Kreuzes für „Tapferkeit" oder des besonderen Kreuzes für „Tapferkeit" werden gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 12. Mai 1971, BGBl. Nr. 196, folgende Zulagen gezahlt:

	S monatlich
Für das besondere Kärntner Kreuz für „Tapferkeit"	200
Für das allgemeine Kärntner Kreuz für „Tapferkeit"	100

Bei den Aufwandskrediten wurden entsprechend den militärischen Zielsetzungen schwerpunktmäßig einige Posten erhöht. Auf das langfristige Investitionsprogramm des Bundes wurde Bedacht genommen.

Einnahmen

Im Jahre 1973 wurden die Einnahmen gegenüber 1972, bedingt vor allem durch den Sicherungseinsatz eines UN-Bataillons in Zypern, für welchen bei den Vereinten Nationen Kostenersatz angesprochen werden kann, erhöht.

Gesetzliche Grundlagen

Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes in Angelegenheiten der Landesverteidigung, BGBl. Nr. 142/1955;

Errichtung eines Bundesministeriums für Landesverteidigung, BGBl. Nr. 134/1956;

Wehrgesetz, BGBl. Nr. 181/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 310/1960, 221/1962, 185/1966, 96/1969, 272/1969, 184/1970, 344/1970 und 272/1971;

Heeresdisziplinargesetz, BGBl. Nr. 151/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 264/1957, 234/1965 und 272/1971;

Heeresgebührengesetz, BGBl. Nr. 152/1956 (maßgebend für die Zweckausgaben wie Verpflegung, Taggeld, Krankenversicherung usw.), in der Fassung BGBl. Nr. 140/1957, 116/1962, 185/1966, 12/1967, 272/1969, 272/1971 und 221/1972;

Ansprüche aus der Ableistung freiwilliger Waffenübungen, BGBl. Nr. 311/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 185/1966 und 272/1971;

Bundesgesetz über militärische Sperrgebiete, BGBl. Nr. 204/1963;

Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland, BGBl. Nr. 233/1965 [1]) in der Fassung BGBl. Nr. 272/1971;

Bundesgesetz über militärische Munitionslager, BGBl. Nr. 197/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 265/1972;

Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968;

Gehaltsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1947, in der Fassung BGBl. Nr. 55/1956, 16/1967, 235/1967 (Heeresdienstzweigeordnung), 296/1968, 28/1969, 243/1970, 244/1970, 279/1971 und 167/1972;

Sozialversicherungsrechtlicher Schutz der den Präsenzdienst leistenden Wehrpflichtigen, BGBl. Nr. 153/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 297/1960, 325/1963, 170/1966, 116/1968 und 23/1969;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, BGBl. Nr. 154/1956;

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957 (Festlegung der Zuständigkeit für den Bereich der Militärluftfahrt);

Kraftfahrgesetz 1967 (KFG 1967), BGBl. Nr. 267/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 285/1971;

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 197/1964, 196/1965, 266/1966, 271/1969 und 237/1971;

Bundesheerdienstzeichen, BGBl. Nr. 202/1963 in der Fassung BGBl. Nr. 97/1969 und 272/1971;

Wehrdiensterinnerungsmedaille, BGBl. Nr. 203/1963 in der Fassung BGBl. Nr. 98/1969 und 272/1971;

Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194/1970 in der Fassung BGBl. Nr. 196/1971;

EGVG [2])-Novellen, BGBl. Nr. 92/1959 (betr. Ergänzungskommandos) und 143/1969;

Geschäftsordnung des Landesverteidigungsrates, BGBl. Nr. 230/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 376/1970 und 185/1972;

Militärluftfahrt - Personalverordnung, BGBl. Nr. 395/1968;

Militärluftfahrzeugkennzeichen-Verordnung, BGBl. Nr. 173/1961;

Verordnung über die Einrichtung von Militärkommanden, BGBl. Nr. 201/1968;

Verordnung über die Verwendung von Geldbußen, BGBl. Nr. 302/1972.

---

[1]) Siehe auch BGBl. Nr. 60/1966.
[2]) Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen.

Titel 403 Heer und Heeresverwaltung (Außerordentliche Gebarung)

	Sachaufwand Mill. S
1971 *)	553·5
1972 **)	587·9
1973 **)	631·5

Im Jahre 1971 wurden für Lieferungen von Waffen und Gerät auf Grund von Kreditverträgen aus 1962 Warenwerte im Betrage von 6·8 Millionen Schilling verrechnet. Im Jahre 1972 sind 14·4 Millionen Schilling vorgesehen. Die Lieferungen auf Grund dieser Kreditverträge laufen mit Ende des Jahres 1972 aus. Die im Jahre 1973 budgetierten 6·4 Millionen Schilling ergeben sich auf Grund eines Zinsenguthabens und müssen, dem Vertrag entsprechend, ebenfalls zur Beschaffung von militärischem Gerät verwendet werden. Für andere Waffen- und Gerätekäufe sind rund 611·0 Millionen Schilling veranschlagt.

Für das Katastropheneinsatzgerät wurden 14·0 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum; Militärwissenschaftliches Institut

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	7·4	1·6	9·0	0·3
1972 **)	9·0	1·6	10·6	0·2
1973 **)	9·7	1·6	11·3	0·2

Unterschiede der Gebarung

Das Mehrerfordernis beim Personalaufwand ist auf die Vorsorge für die ab 1. Juli 1972 in Kraft getretene sowie ab 1. Juli 1973 in Kraft tretende Bezugserhöhung (Reallohnsteigerung und Teuerungsabgeltung), auf die Zuerkennung der Verwaltungsdienstzulage gemäß Bundesgesetz vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 214, (24. Gehaltsgesetz-Novelle) sowie die ab 1. Jänner 1973 in Kraft tretende Erhöhung der Höchstbeitragsgrundlage in der ASVG-Krankenversicherung (29. Novelle zum ASVG) zurückzuführen.

Allgemeines

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärwissenschaftlichen Abteilung werden alle militärwissenschaftlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *)	8·8	9·7	18·5	19·7
1972 **)	9·3	10·0	19·3	15·3
1973 **)	10·0	7·7	17·7	16·3

Unterschiede der Gebarung

Der Bundesvoranschlag 1973 enthält infolge der allgemeinen Wirtschaftssituation keine wesentlichen Investitionen. Der Abgang ist vor allem auf die steigende Tendenz des Personalaufwandes, die sich bereits 1972 stark auswirkt, zurückzuführen.

Zur Deckung des Gebarungsabganges werden die vorhandenen Einnahmenrücklagen des Betriebes aus den Vorjahren herangezogen.

Allgemeines

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig-Döllersheim wird die Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt. Die Einnahmen dieses Betriebes sind für dessen Aufgabenerfüllung zweckgebunden.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw. sowie die Rekultivierung jener Grundstücke, die als Truppenübungsgelände nicht mehr benötigt werden.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflege, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *) ..	110·7	84·5	195·2	14·0
1972 **) ..	123·4	111·1	234·5	7·9
1973 **) ..	152·1	151·9	304·0	9·2

Gebarung

Bei diesem Ansatz ist neben den Ausgaben und Einnahmen des Ministeriums auch der Aufwand für den Bundesschätzungs-[1]) und Bewertungsbeirat[2]) mitveranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Der steigende Personalaufwand ab 1972 ist durch Erhöhungen der Bezüge und Nebengebühren der Bundesbediensteten gegeben.

Im Sachaufwand des Jahres 1971 traten in der Automatisierung der Haushalts- und Abgabenverrechnung infolge der überaus komplexen und schwierigen Materie zeitliche Verzögerungen ein. Dies führte zu einer Ersparnis (8 Millionen Schilling).

Die Steigerung des Sachaufwandes für 1973 ist hauptsächlich durch ständige regionale Ausweitung des Einsatzes der elektronischen Datenverarbeitung im Bereiche der Abgabenverrechnung (12·8 Millionen Schilling) und durch höhere Leitungs- und Mietkosten im Bereiche der elektronischen Haushaltsverrechnung (20·1 Millionen Schilling) zurückzuführen. Außerdem sind u. a. höhere Ausgaben für Arbeiten des Institutes für Wirtschaftsforschung für den Bund und für Leistungen des Österreichischen Produktivitätszentrums im Interesse von Bundeseinrichtungen vorgesehen.

Bundesaufsicht

Die Kosten der Kreditpolitischen Bundesaufsicht, der Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung und die Ausgaben für Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen bei Unternehmungen zur Wahrung der Interessen des Bundes sind im Personal- und Verwaltungsaufwand mitveranschlagt, wobei die den Bundesbediensteten gewährten Entschädigungen im Personalaufwand vorgesehen sind. Im einzelnen ist hiezu zu bemerken:

Das Bundesministerium für Finanzen übt die kreditpolitische Bundesaufsicht über Kreditunternehmungen, Börsen und Spielbanken auf Grund der nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen aus:

Nationalbankgesetz 1955, BGBl. Nr. 184.
Ges. m. b. H.-Gesetz, RGBl. Nr. 58/1906 (§ 103).
Girozentralegesetz, BGBl. Nr. 146/1958.
Hypothekenbankgesetz, DRGBl. I S. 375/1899, in der Fassung des DRGBl. I S. 97/1926, 491/1927 und 108/1930.
Investmentfondsgesetz BGBl. Nr. 192/1963 (§ 2).
Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962 (§§ 21 und 29).
Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen von öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, DRGBl. I S. 492/1927. RGBl. Nr. 67/1875 (§§ 1 und 4).

Der Aufwand für die Bundesaufsicht über die Vertragsversicherung wird gemäß Versicherungsaufsichtsgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 134/1953 mit 9/10 von den Versicherungsunternehmungen erstattet.

Zur Wahrung der Interessen des Bundes an Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, oder aus anderen berücksichtigungswürdigen Gründen entsendet der Bund Bundesbedienstete in die Organe verschiedener Unternehmungen. Die von diesen Unternehmungen für die Tätigkeit vorgenannter Bundesbediensteter zu leistenden Entgelte (Tantiemen) sind an den Bund abzuführen. Der Bund gewährt den Bundesbediensteten für diese Nebentätigkeit Entschädigungen gemäß § 25 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institutionen:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahr 1973 rund 400.000 Schilling (1972: 300.000 Schilling).

Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS — International Social Security Association, ISSA), Genf; Beitragsleistung auf Grund des 1957 erfolgten Beitrittes derzeit rund 30.000 Schilling im Jahr.

Weiters ist hier mit einem Betrag von 7·1 Millionen Schilling für die vom Bund zu zahlende Kapitalertragssteuer für die Dividende der Austria Tabakwerke AG., mit 280.000 Schilling für sonstige öffentliche Abgaben vorgesorgt.

Aufwandskredite

Die hier mitveranschlagten Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung und Institut für Raumplanung beziehen sich auf alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrage von Bundesdienststellen leisten. Weiters ist hier auch das Entgelt für die Leistungen des Österreichischen Produktivitätszen-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.
[2]) Siehe Bewertungsgesetz 1955, BGBl. Nr. 148, § 41, Geschäftsordnung des Beirates siehe BGBl. Nr. 263/1971.

trums im Interesse von Bundeseinrichtungen vorgesehen. Außerdem sind die Mitgliedsbeiträge für die Gesellschaft für das öffentliche Haushaltswesen, für das Institut für Raumplanung und für die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin hier veranschlagt. Weiters ist hier für die Kosten aus der Bundesvermögensverwaltung vorgesorgt.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	5·0	297·9	302·9	401·3
1972 **)	—	404·3	404·3	442·7
1973 **)	—	452·7	452·7	625·2

Beim Titel 501 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
0 Münzregal	204·3	289·8	366·1
2 Prämienkontensparen	6·6	19·8	20·9
4 Erfüllung von Rückgabeansprüchen	0·1	0·1	0·1
6/7 Atomprojekte	53·5	68·4	59·9
8 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien.....	—	12·8	5·0
9 Sonstige Aufwendungen	0·9	0·8	0·7
Vergütung an Oesterreichische Nationalbank	32·1	12·6	—
Amtshaftungsentschädigungen....	0·4	—	—
Beitrag zur Unfallversicherung öffentlich Bediensteter [3].....	5·0	—	—
Summe...	302·9	404·3	452·7

Von den Einnahmen sind nur folgende Beträge von Bedeutung:

§	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
0 Münzregal	400·6	442·4	624·9
1 Amtshaftungs-Rückersätze ...	0·0	0·0	0·0
Sonstige Einnahmen	0·7	0·3	0·3
Summe...	401·3	442·7	625·2

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 5010 Münzregal

Gebarung 1973

Die Ausgaben enthalten hauptsächlich den Ersatz der Kosten der Ausmünzungen an das Hauptmünzamt in der Höhe von 366 Millionen Schilling. Der Betrag von 366 Millionen Schilling scheint beim Hauptmünzamt als Einnahme auf.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[3]) Personalaufwand.

Die Einnahmen betreffen den Gegenwert der vom Hauptmünzamt laut Prägeprogramm 1973 auszuprägenden Scheidemünzen der Schillingwährung im Betrag von 624·8 Millionen Schilling.

Unterschiede der Gebarung

Die Nettoeinnahmen aus dem Münzregal betragen: 1971 196·3, 1972 152·6 und 1973 258·8 Millionen Schilling. Im Jahre 1973 ist die Ausprägung von 23·5 Millionen Stück Silbermünzen zu 10 S, 25 S und 50 S im Nennbetrag von 512·5 Millionen Schilling sowie von insgesamt 167·1 Millionen Stück aus unedlem Metall der anderen Münzsorten im Nennbetrag von 112·3 Millionen Schilling vorgesehen. Daraus ergibt sich nachstehende Übersicht über die Einnahmenüberschüsse aus dem Münzregal:

	1971 *)	1972 **)	1973**)
		Mill. S	
Einziehung von Scheidemünzen: [4])			
Zahlung an die Nationalbank [4])	0·3	0·2	0·2
Kostenersatz vom Hauptmünzamt für eingezogene Münzsorten	0·1	0·1	0·1
Ausprägung von Scheidemünzen:			
Kostenersatz an das Hauptmünzamt	204·0	289·6	365·9
Gegenwert der ausgeprägten Scheidemünzen [4])	400·5	442·3	624·8

Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 1 des Scheidemünzengesetzes 1963, BGBl. Nr. 178, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 331/1970, ist das Bundesministerium für Finanzen ermächtigt, Münzen aus unedlen Metallen und Silbermünzen bis zum Betrag von 600 Schilling je Kopf der Bevölkerung auszuprägen und in den Verkehr zu setzen.

Am 30. Juni 1972 hat der Nennbetrag der im Umlauf befindlichen Münzen 4.024,198.000 Schilling betragen.

Ansatz 50127 Prämienkontensparen

Gemäß § 4 Abs. 1 des Prämiensparförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 143/1962, vergütet der Bund die Hälfte der von den Kreditunternehmungen

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[4]) Die ausgeprägten Scheidemünzen werden vom Staat der Oesterreichischen Nationalbank übergeben, die den Gegenwert in die Staatskasse überweist. Bei der Einziehung von Scheidemünzen vollzieht sich der umgekehrte Vorgang.

an die Prämienkontensparer geleisteten Sparprämien. Im Jahre 1967 gelangten erstmalig Sparprämien zur Auszahlung. Für 1973 wurde hiefür ein Betrag von 20·9 Millionen Schilling präliminiert.

Gemäß den §§ 7 und 8 des eingangs genannten Gesetzes kann der Bund die Ausfallsbürgschaft für Kredite, die Kreditunternehmungen an Sparer unter gewissen Voraussetzungen gewähren, übernehmen. Gemäß § 8 sind solche Haftungsübernahmen des Bundes bereits ab dem Jahre 1965 in bescheidenem Ausmaß erfolgt. Haftungsübernahmen des Bundes gemäß § 7 erfolgten ab Mitte 1967.

Ansatz 50147 Erfüllung von Rückgabeansprüchen

Der für 1973 veranschlagte Betrag dient wie in den Vorjahren zur Erfüllung von Rückgabe- und Regreßansprüchen auf Grund der Rückgabegesetze, insbesondere für Verpflichtungen gemäß BGBl. Nr. 208/1949. Die Abgeltung dieser Ansprüche erfolgt in Rentenform auf Lebensdauer der 10 Berechtigten.

Ansatz 50167 und 50178 Atomprojekte

a) Atomprojekt Dragon

Beim Ansatz 50167 „Atomprojekte (Gesetzliche Verpflichtungen)" handelt es sich um die Beiträge Österreichs zu einem Forschungsprojekt auf dem Gebiete der friedlichen Anwendung der Atomenergie, das von den OECD-Staaten aus Gründen der Kostenersparnis gemeinsam durchgeführt wird (Hochtemperatur-Reaktor mit Gaskühlung in Winfrith, England, sogenanntes Projekt „Dragon").

Auf Grund der Beitragsleistungen ist Österreich berechtigt, Österreicher zum Studium und zur Weiterbildung zu diesem Reaktor zu entsenden. Außerdem stehen Österreich die Ergebnisse dieser Forschungsstätte zur Auswertung zur Verfügung. Für 1973 sind Beiträge in der Höhe von 3·483 Millionen Schilling vorgesehen.

b) Betriebskostenzuschuß an ÖSGAE

Außerdem ist für die vom Bund zu tragenden Betriebskosten der Österreichischen Studiengesellschaft für Atomenergie Ges. m. b. H. (Reaktorzentrum in Seibersdorf) beim Ansatz 50178 „Sonstige Atomprojekte" vorgesorgt. Alle Gesellschafter mit Ausnahme des Bundes werden im Jahre 1973 voraussichtlich wie in den Vorjahren jährliche Kostenbeiträge in der Höhe ihrer übernommenen Stammanteile, das sind rund 3·2 Millionen Schilling, leisten. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bezahlt als Entgelt für die Benützung des Reaktorzentrums durch die Hochschulen zu Lasten des Ansatzes 1/12308 jährlich 25 Millionen Schilling. Die restlichen Betriebskosten werden mit rund 56 Millionen Schilling vom Bundesministerium für Finanzen getragen.

c) Atomprojekt Halden

Für die Beteiligung der Republik Österreich am OECD-Schwerwasserprojekt „Halden" in Norwegen wurden 450.000 Schilling veranschlagt.

d) Lebensmittelbestrahlungsprojekt

Die OECD/ENEA hat nach Abschluß des in Seibersdorf durchgeführten internationalen Fruchtsaftbestrahlungsprogramms ein Projekt zur Ausführung von Verträglichkeitsuntersuchungen in Übereinstimmung mit einer gemeinsamen FAO/IAEO/WHO-Expertengruppe für Kartoffel-, Weizen und Weizenerzeugnissen beschlossen. Österreich beteiligt sich ab 1. Jänner 1971 auf die Dauer von drei Jahren mit einem Jahresbeitrag von 5000 $.

Ansatz 50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten.

Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der veranschlagte Betrag ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe (Hauptmünzamt, Staatsdruckerei, Bundesapotheken, Salinen, Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung, Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols, Österreichische Bundesforste) bestimmt.

Ansatz 50198 Sonstige Aufwendungen

Für die Abwicklung der SAC-Kredite [5]) stehen den eingeschalteten Kreditunternehmungen sowie der Oesterreichischen Nationalbank als Treuhänder des Bundes von den eingehenden Zinsen Anteile von je einem halben Prozent vertraglich als Dienstleistungsentgelt zu. Für das Jahr 1973 wurden 0·7 Millionen Schilling hiefür veranschlagt.

Ansatz 2/50134 Amtshaftung-Rückersätze

Bei diesem Ansatz sind die Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen veranschlagt.

---

[5]) SAC = Surplus Agricultural Commodities. Aus den Gegenwerten von Überschußgütern, die seinerzeit der Republik Österreich übereignet wurden, wurden Kredite im Wege des Bundeshaushaltes gewährt.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen".

Ansatz 2/50194 Sonstige Einnahmen

Der höhere Erfolg des Jahres 1971 ist auf verschiedene nicht regelmäßig eingehende und daher nicht vorausschätzbare Einnahmen zurückzuführen.

Die im Voranschlag 1973 vorgesehenen Beträge werden aus Pönalzinsen auf Grund der mit den Kreditunternehmungen abgeschlossenen Kreditkontrollabkommen erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	65·9	11·7
1972 **)	80·8	11·2
1973 **)	87·8	12·2

Beim Titel 502 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§		1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
0	Hagelversicherung	14·5	15·8	16·9
1	Versicherungswiederaufbau ..	0·1	0·1	0·1
2	Tierversicherungsförderungsgesetz	—	0·2	0·2
2	Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen	4·2	2·6	3·8
4	Beiträge gemäß § 4 (1 a) Wohnbauförderungsgesetz 1968.....	0·0	0·0	0·0
5	Sonstige Atomprojekte.....	24·2	29·7	25·8
7	Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm	0·6	0·6	0·5
9	Zuschuß an die Entwicklungs- und Erneuerungsfonds Ges. m. b. H.	3·4	4·0	4·0
9	Bezugsvorschüsse	17·5	20·2	24·9
9	Sonstige Förderungen.....	1·1	7·6	11·6
	Familienpolitische Maßnahmen..	0·3	—	—
	Summe...	65·9	80·8	87·8

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 50204 Hagelversicherung

Das Hagelversicherungs - Förderungsgesetz (BGBl. Nr. 64/1955 in der Fassung BGBl. Nr. 186/1961 und 289/1963) bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Bundesmitteln eine Beihilfe gewährt wird, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Die jährlich steigende Vorsorge ist bedingt durch die erhöhte Inanspruchnahme der Hagelversicherung.

Ansatz 50214 Versicherungswiederaufbau

Hilfsfonds für Phönixpensionisten

Gemäß § 21 des Versicherungswiederaufbaugesetzes, BGBl. Nr. 185/1955, sind dem Hilfsfonds für ehemalige Pensionisten der Lebensversicherungsgesellschaft „Phönix" für die von ihm nach Maßgabe der Satzung zu gewährenden Unterstützungen, für seine Abwicklungskosten und für seine Verbindlichkeiten laufend die erforderlichen Mittel bis zu einem Gesamtbetrag von 3 Millionen Schilling in barem zur Verfügung zu stellen. Hievon wurde bis 31. Dezember 1971 ein Teilbetrag von 2,757.147 Schilling in Anspruch genommen. Im Jahre 1971 wurden hiefür 62.200 Schilling verausgabt.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes	0·050

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Unterstützungen	0·048
Fondsaufwand	0·002
Zusammen ...	0·050

Ansatz 50224 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 442/1969 soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren oftmals existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Ansatz 50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (z. B. Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen, Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige sowie für die Gewährung von Schulbeihilfen. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt u. a. in jenen Fällen,

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Das Mehrerfordernis gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 ist durch die ständig größerwerdende Zahl der Förderungswerber bedingt.

Ansatz 50246 Beiträge gemäß § 4 (1 a) Wohnbauförderungsgesetz 1968.

Gemäß § 4 (1) lit. b des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 280/1967, können die Förderungsmittel für den Wohnbau unter anderem auch durch Zuwendungen nach Maßgabe der Ansätze im jeweiligen Bundesfinanzgesetz aufgebracht werden. Für das Jahr 1973 ist hiefür nur ein Verrechnungssatz von 1000 Schilling vorgesehen.

Ansatz 50256 Sonstige Atomprojekte

In den Jahren 1964 bis 1972 wurden der ÖSGAE rund 287·90 Millionen Schilling als Investitionszuschuß gewährt. Für 1973 ist ein Investitionskostenzuschuß von 25·794 Millionen Schilling vorgesehen, um die für den Betrieb notwendigen Investitionen durchführen zu können.

Alle Zuwendungen, die der Bund der ÖSGAE in einem höheren Ausmaße leistet als die übrigen Gesellschafter, werden in der Bilanz als eigene Rücklagengruppe („B") ausgewiesen. Der Gesellschaftsvertrag sieht vor, daß im Falle einer Liquidation der ÖSGAE vor der anteilmäßigen Aufteilung des Vermögens diese Beträge bzw. ihr Gegenwert in Anlagegütern der Republik Österreich bevorzugt rückzuerstatten sind.

Ansatz 50276 Zuschuß für Lagerauflösungsprogramm

Mit Rücksicht auf die kurze Zeitspanne, innerhalb der das Flüchtlings-Lagerauflösungsprogramm des Bundesministeriums für Inneres verwirklicht wurde, war eine Vorfinanzierung mit Hilfe von Kapitalmarktkrediten erforderlich. Die Finanzierungsmittel wurden mit den auch beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds üblichen Bedingungen (2% Annuität bei 1% Zinsen) den gemeinnützigen Bauträgern zur Verfügung gestellt. Diese Annuität wird auch in die Mietenberechnung einbezogen. Hingegen kann die über 1% hinausgehende Verzinsung der Zwischenkredite in der Miete nicht berücksichtigt werden, da diese sonst untragbar hoch würde.

Diese in den Mieten nicht gedeckten Zwischenkreditzinsen und die im Zusammenhang mit der Abwicklung des Lagerauflösungsprogramms entstehenden Verwaltungskosten wurden bis 1966 aus den von den USA aus der sogenannten „Maisspende" beigestellten Spendenmitteln gedeckt. Infolge Erschöpfung dieser Spendenmittel werden ab 1967 die Zuschüsse aus Budgetmitteln getragen. 1973 sind hiefür 0·55 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 50294 Zuschuß an die Entwicklungs- und Erneuerungsfonds Ges. m. b. H.

Zur Abdeckung von Verlusten in den Anlaufjahren kann der Bund in den Haushaltsjahren 1969 bis 1976 der Gesellschaft gemäß BGBl. Nr. 56/1969 in der Fassung der Novellen BGBl. Nr. 54 und 461/1971 Zuschüsse bis zu einem Höchstausmaß von 4 Millionen Schilling jährlich gewähren. Da anzunehmen ist, daß die Gesellschaft im Jahre 1973 Verluste in diesem Höchstausmaß aufweisen wird, werden 3·980 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 50295 Bezugsvorschüsse

Gebarung

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrage von 40.000 S gewährt.

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Für Bezugsvorschüsse für aktive Bedienstete werden 1·250 v. H. der Dienstbezüge bereitgestellt. Die Mehrausgaben werden durch die Anhebung des Berechnungsprozentsatzes und die durch die höheren Bezüge bedingte höhere Berechnungsgrundlage hervorgerufen.

Ansatz 50296 Sonstige Förderungen

An Förderungszuwendungen sind u. a. Beiträge an das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien (9,700.000 Schilling), an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (1,000.000 Schilling) für dessen Institut für Ostwirtschaft, an die Vereinigung der Finanzakademiker Österreichs (241.000 Schilling), an das Österreichische Institut für Sportmedizin (241.000 Schilling), an das Österreichische College (193.000 Schilling), an den Compaß-Verlag und an die Österreichische Gesellschaft für Arbeitsmedizin vorgesehen.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen (Entwicklungsländer)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	51·8	5·9
1972 **)	77·3	0·1
1973 **)	150·0	0·1

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 50306 Zinsenstützung (ÖKB)

Die im Rahmen des allgemeinen Ausfuhrförderungsverfahrens zur Vergebung gelangenden Kredite bedeuten für Entwicklungsländer bei Entwicklungshilfevorhaben auf Grund langfristiger Planung eine Belastung der Zahlungsbilanz. Die Finanzierung derartiger Vorhaben ist daher nur möglich, wenn die Kredite zu besonders günstigen Bedingungen bereitgestellt werden. Dies wird durch die Gewährung von Zinsenstützungen erreicht. Wenn Österreich auch bis jetzt nicht in der Lage war, die durch die Beschlüsse des OECD-DAC gestellten Ziele hinsichtlich Laufzeit und Verzinsung derartiger Kredite zu erreichen, wird doch auf diesem Wege die Ausfuhr insbesondere von Investitionsgütern nach Entwicklungsländern ermöglicht, die andernfalls von den Entwicklungsländern auf anderen Märkten bezogen werden müßten. Die Berechnung des Erfordernisses erfolgt durch die Österreichische Kontrollbank. Da es sich hier um die Erfüllung bereits in den Vorjahren eingegangener Verpflichtungen handelt, mußte der Betrag in voller Höhe in den Voranschlag aufgenommen werden. Die Bedeckung erfolgt durch einen Teil der Außenhandelsförderungsbeiträge [6]) sowie ab 1973 durch zusätzliche 20 Millionen Schilling aus Bundesmitteln.

Ansatz 50316 Projektshilfe

Projekte der Technischen Hilfe können sich auf alle Lebensgebiete erstrecken; sie können wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Art sein. Man kann daher zwei Hauptgruppen der Projekte unterscheiden: Solche, bei denen die wirtschaftliche Zielsetzung und solche, bei denen die Vermittlung von Wissen und Können, hauptsächlich durch Bildung und Ausbildung von Personen, im Vordergrund steht. Diese Projekte unterscheiden sich auch insofern untereinander, als Projekte mit wirtschaftlicher Zielsetzung in der Regel höhere Aufwendungen erfordern und nur durch Lieferungen von Ausrüstungsgütern verwirklicht werden können, was für das Lieferland einen Ausfuhrförderungseffekt hat, während die Vorhaben der Bildung und Ausbildung vorwiegend Personalaufwand und geringen Sachaufwand verursachen.

Gegenüber 1972 wurde eine Erhöhung um rund 46 Millionen Schilling vorgenommen.

Ansatz 50325 Technische Hilfe (D)

Der hier veranschlagte Betrag soll zur Gewährung von Darlehen für die Durchführung von Entwicklungshilfeprojekten verwendet werden. Es handelt sich hiebei um die Förderung von Projekten, bei denen die Projektsträger Eigenmittel in höherem Ausmaß einsetzen. Da die Mittel wieder an den Bund zurückfließen, ist diese Art der Entwicklungshilfe vom Standpunkt des Bundesschatzes besonders günstig.

[6]) Siehe Ansatz 2/52684.

Titel 504 Finanzlandesdirektionen

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *) ...	1.607·8	361·0	1.968·8	89·5
1972 **) ...	1.803·9	385·2	2.189·1	92·2
1973 **) ...	2.160·0	368·9	2.528·9	93·1

Bei Titel 504 werden folgende Ausgaben verrechnet:

§	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
0 Dienststellen	1.921·8	2.143·0	2.499·0
2 Anmietung von Beamtenwohnungen	42·8	41·4	25·5
3 Gebarung gemäß § 62 KFG.	4·2	4·7	4·4
Summe...	1.968·8	2.189·1	2.528·9

Die Einnahmen zeigen folgendes Bild:

0 Dienststellen	42·9	41·7	64·0
2 Anmietung von Beamtenwohnungen	42·5	45·8	24·7
3 Gebarung gemäß § 62 KFG.	4·1	4·7	4·4
Summe...	89·5	92·2	93·1

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen bzw. Teuerungszulagen bedingt.

Die Verminderung des Sachaufwandes ist hauptsächlich auf die Überstellung der Ausgaben für Hausbeschaugebühren in den Personalaufwand und auf die geringeren Ausgaben für die Anmietung von Beamtenwohnungen zurückzuführen.

Im einzelnen ist noch zu bemerken:

Ansatz 5040 Dienststellen

Aufwand

Beim Verwaltungsaufwand ist die Erhöhung im Jahre 1973 vor allem auf die organisatorischen Auswirkungen der Lohn- und Einkommensteuerreform bzw. der Einführung der Mehrwertsteuer, durch die zügig fortschreitende Automatisierung der Finanzkassen und durch die Steigerung des Mietaufwandes infolge Zunahme der Betriebskosten und Anmietung weiterer Diensträume bedingt. Weiters wirken sich die im Laufe des Jahres 1972 eingetretenen Preis- und Tariferhöhungen ausgabenvermehrend aus.

Bei den Anlagen wurde im Voranschlag 1973 für die vermehrte Ausstattung der Dienststellen mit modernen Rechenmaschinen vorgesorgt. Fer-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

ner wurde auf die Ausstattung mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen sowie auf die Ersatznachschaffungen von Kraftfahrzeugen Bedacht genommen.

Die Zunahme der Einnahmen ist vor allem auf die höheren Einhebungsvergütungen bei den Abgaben infolge der zu erwartenden Steigerung des Aufkommens zurückzuführen.

Besondere Liegenschaften

Beim Ansatz 1/50408 werden die Verwaltungskosten (Betriebs- und Instandsetzungskosten) von im Eigentum der Republik Österreich stehenden Liegenschaften, die von der Finanzverwaltung betreut werden (Heimfälligkeiten gemäß § 760 ABGB, der Republik Österreich auf Grund des DOSAG-Abkommens zugefallene Liegenschaften, BGBl. Nr. 176/1964) veranschlagt.

Nach Abschluß der in den letzten Jahren erforderlich gewesenen Instandsetzungsarbeiten konnte der Ausgabenbedarf wesentlich gesenkt werden. (1971: 328.027, 1972: 763.000 und 1973: 170.000 Schilling).

Durch Veräußerung von Liegenschaften ergibt sich beim Einnahmeansatz 2/50405 ein geringerer Verwaltungserlös (Mietzinsanfall).

Organisation

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 86 Finanzämtern, 182 Zollämtern und Zollzweigstellen, 25 Zollwachabteilungsinspektoraten, 301 Zollwachabteilungen und verschiedenen sonstigen Dienststellen besorgt. Diesbezüglich siehe auch BGBl. Nr. 149/1954 (in der Fassung BGBl. Nr. 12/1955).

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gemäß §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift)	8·2
Sonstiges	0·1
Zusammen ...	8·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Mill. S
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV)	8·0
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges)	0·1
Betriebsmittelerweiterung (Rücklagen)	0·2
Zusammen ...	8·3

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Auszahlung des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe, die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 [7]), die Durchführung des Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes, die Vermögenssicherung, die Liegenschaftsverwaltung und die Erhebung verschiedener Kammerumlagen.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich an der Bundesfinanzschule in Wien.

Ansatz 50428 Anmietung von Beamtenwohnungen

Von der Finanzverwaltung werden Wohnobjekte oder Einzelwohnungen angemietet. Der dadurch zur Verfügung stehende Wohnraum wird Bediensteten der gesamten Bundesverwaltung (ohne Post- und Bahnverwaltung, die eigene Wohnobjekte errichten) gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der angemieteten Wohnungen wird im Jahre 1973 5105 betragen. Die Verminderung der Anzahl der Wohnungen gegenüber dem Vorjahr (8285) ist auf die teilweise Umwandlung von Natural- in Mietwohnungen im Bereich der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H. (BUWOG) zurückzuführen.

Der Unterschied zwischen Ausgaben und Einnahmen ist auf den auf die Mieter nicht überwälzbaren Vergebührungsaufwand für die mit der Anmietung in Zusammenhang stehenden Verträge zurückzuführen.

Ansatz 50437 Gebarung gemäß § 62 KFG

Der § 62 des Kraftfahrgesetzes (KFG) 1967, BGBl. Nr. 267, ist mit 1. Jänner 1968 in Kraft getreten. Er ermöglicht, daß Kraftfahrzeuge und Anhänger mit ausländischem Kennzeichen in

[7]) BGBl. Nr. 376/1967.

www.parlament.gv.at

Österreich zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen bei jeder Einreise ohne „grüne Karte" durch Bezahlung von jeweils 40 S an das Zollamt gegen Aushändigung eines Vordruckes (des Fremdenverkehrs wegen vereinfachter Vertragsabschluß) zu versichern sind. 90 v. H. dieser beim Ansatz 2/5043 einzunehmenden Beträge werden über den gleichen Ausgabenansatz dem Verband der Versicherungsunternehmungen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 v. H. dieser Beträge entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Titel 505 Finanzprokuratur

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	9·7	1·5	11·2	1·8
1972 **)	10·7	3·7	14·4	1·2
1973 **)	12·2	5·0	17·2	1·5

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen bzw. Teuerungszulagen bedingt.

Das innerhalb des Sachaufwandes sich ergebende Mehrerfordernis gegenüber dem Voranschlag 1972 ist auf den steigenden Arbeitsanfall, die gestiegenen Material- und Arbeitspreise und die sich daraus ergebende Erhöhung sowie auf die für 1973 vorgesehene Adaptierung von Räumen der Österreichischen Postsparkasse für Amtsräume der Finanzprokuratur zurückzuführen.

Aufgaben

Die Wirksamkeit der Prokuratoren in den österreichischen Ländern wird schon am Anfange des 15. Jahrhunderts festgestellt. In neuerer Zeit ergangene Dienstinstruktionen datieren vom 16. Feber 1855, RGBl. Nr. 34, und vom 9. März 1898, RGBl. Nr. 41. Nach Aufhebung im Jahre 1939 wurde die Prokuratur mit Gesetz vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94 (§ 30), wieder errichtet. Nach dem Gesetz vom 12. September 1945, StGBl. Nr. 172 (Prokuraturgesetz), novelliert durch das Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 154, ist die Prokuratur berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, ferner Stiftungen, soweit es sich um ihre Konstituierung oder um die Einbringung des gestifteten Vermögens zum Zwecke der Konstituierung handelt, und die öffentlichen Pfarrarmeninstitute zu vertreten. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes vorgesehen.

Auf Grund dieser Ermächtigung wurde die Vertretungsbefugnis durch mehrere „Prokuratursverordnungen" ausgedehnt, von denen folgende noch aktuell sind: BGBl. Nr. 94/1948 (Theresianische Akademie), BGBl. Nr. 165/1951 Austria Tabakwerke AG vormals Österreichische Tabakregie), BGBl. Nr. 18/1953 (Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst), BGBl. Nr. 88/1961 (Österreichische Akademie der Wissenschaften), BGBl. Nr. 368/1968 (Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen, Wien), BGBl. Nr. 155/1969 (Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Österreich), BGBl. Nr. 330/1969 (Österreichische Hochschülerschaft) und BGBl. Nr. 99/1972 (Wirtschaftsgenossenschaft der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bediensteten).

Eine Reihe von gesetzlichen Sonderbestimmungen ergänzt den Aufgabenbereich der Prokuratur, die in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964 auf Seite 130, rechte Spalte, 3. Absatz, nachgelesen werden können; dazu tritt noch die Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104, mit welcher der Finanzprokuratur eine Mitwirkung an dem Entschädigungsverfahren wie bei der Durchführung des Amtshaftungsgesetzes zugeteilt wurde. Hierher gehört auch die ausdrückliche Regelung der Vertretungsbefugnis nach dem Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 137/1969.

Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hiefür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Zum Einschreiten der Prokuratur vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten bedarf sie keines Nachweises ihrer Vollmacht. Vor

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

Titel 506 Hauptpunzierungs- und Probieramt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	4·6	0·5	5·1	9·9
1972 **)	5·6	0·5	6·1	8·6
1973 **)	6·3	0·7	7·0	12·3

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch die Abgeltung von Preissteigerungen, sowie die Vorsorge für personelle Erfordernisse bedingt.

Der höhere Sachaufwand ist auf steigenden Arbeitsanfall und allgemeine Preiserhöhungen zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

a) Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, in den Fassungen der Bundesgesetze BGBl. Nr. 184/1965 und 222/1967;

b) Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967 in den Fassungen BGBl. Nr. 117/1969 und BGBl. Nr. 17/1972.

Organisation

Veranschlagt ist der Aufwand des Hauptpunzierungs- und Probieramtes mit den ihm unterstellten Punzierungsämtern Wien (I) und Wien (II), Linz samt Punzierungsstätte Salzburg, Graz samt Punzierungsstätte Klagenfurt und Innsbruck samt Punzierungsstätte Dornbirn, wobei das Punzierungsamt Linz noch Amtstage in Wels abhält. Diese nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Im Jahre 1971 wurden 2,795.386 Stück Schmuckgegenstände aus Edelmetall im Gewicht von 25.565·042 Kilogramm und 65.491 Uhren aus Edelmetall geprüft und punziert.

Titel 507 Zentralbesoldungsamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	44·1	14·8	58·9	1·7
1972 **)	51·0	17·8	68·8	1·5
1973 **)	58·0	18·9	76·9	2·0

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen bzw. Teuerungszulagen bedingt.

Die Steigerung des Sachaufwandes ist im wesentlichen durch die im Zusammenhang mit der Erweiterung des Aufgabenbereiches des Zentralbesoldungsamtes, erhöhten Material- und Betriebskosten sowie durch vermehrte Instandhaltungskosten für Maschinen begründet.

Aufgaben

Das Zentralbesoldungsamt (ZBA) untersteht gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 186/1964, dem Bundesministerium für Finanzen. Ihm obliegt die Zahlung und Verrechnung der im Dienstrecht der Bundesbediensteten vorgesehenen Geldleistungen sowie der vom Bundespräsidenten gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse. Hievon sind ausgenommen Geldleistungen für Bedienstete und nach Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Reisegebühren und Entschädigungen für Nebentätigkeiten. Ferner obliegt dem Zentralbesoldungsamt auf Grund der 2. ZBA-Verordnung, BGBl. Nr. 96/1970, ab dem Finanzjahr 1970 auch die Führung der Buchhaltungsgeschäfte für die anweisende Stelle „Österreichisches Postsparkassenamt." Ferner wurde das Zentralbesoldungsamt vom Bundesministerium für Finanzen beauftragt, ab 1. Jänner 1972 die Bezüge für Bedienstete des Dienststandes im Bereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung flüssig zu machen.

Das Zentralbesoldungsamt ist gegenwärtig für rund 202.000 Personen bezugszuständig; hievon entfallen rund 67.000 auf Empfänger von Ruhe(Versorgungs)genüssen.

Weiters obliegt dem ZBA seit 1. Jänner 1969 die Ermittlung und die Liquidierung der Rentenbezüge nach dem Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, dem Kriegsopferversorgungsgesetz, BGBl. Nr. 152/1957, und dem Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929.

Vom ZBA werden nach dem Opferfürsorgegesetz rund 5200 monatlich und rund 1900 halbjährlich fällige Renten, nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz rund 189.000 monatlich und rund 63.000 halbjährig fällige Renten sowie nach dem Kleinrentnergesetz rund 900 monatlich und rund 1200 jeden 2. Monat fällige Renten verarbeitet.

Darüber hinaus werden im Jahre 1973 die Aufgaben, die dem ZBA im Bereiche der Bundesverrechnung zukommen, im verstärkten Umfange ausgebaut.

Titel 508 Österreichisches Postsparkassenamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	147·9	0·6	148·5	148·8
1972 **)	167·5	1·1	168·6	169·5
1973 **)	198·1	1·1	199·2	200·5

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

Am 26. November 1969 hat der Nationalrat das Postsparkassengesetz 1969 beschlossen. Es wurde im Bundesgesetzblatt Nr. 458 vom 19. Dezember 1969 kundgemacht und ist am 1. Jänner 1970 in Kraft getreten. Durch dieses Gesetz ist die Österreichische Postsparkasse mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattet worden. Das bisherige Postsparkassenamt blieb lediglich als Dienststelle für die Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes bestehen, ihr geschäftlicher Wirkungsbereich ist mit Ablauf des Jahres 1969 auf die Österreichische Postsparkasse übergegangen.

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen bzw. Teuerungszulagen bedingt.

Der Sachaufwand weist ein Erfordernis von 1·0 Millionen Schilling aus; er enthält lediglich die Erfordernisse für In- und Auslandsreisen und Fahrtkostenzuschüsse, für Aufwandsentschädigungen und Rückersatz von Einnahmen aus Vorjahren sowie sonstige Entgelte an Einzelpersonen.

Unter den Einnahmen wurden im Sinne des § 7, Abs. 4, des Postsparkassengesetzes 1969 die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für den Personalaufwand sowie für die zugehörigen Ausgaben (Bezugsvorschüsse und Verwaltungsaufwand) und Einnahmen (Bezugsvorschußersätze und verschiedene Einnahmen) mit 200·5 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 51 Kassenverwaltung

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	223·4	156·1
1972 **)	277·6	101·2
1973 **)	324·0	181·0

Beim Titel 510 werden folgende Gebarungen verrechnet:

§	Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
			Mill. S	
0	Staatlicher Postscheckverkehr	52·2	50·5	59·8
1	Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke	66·6	135·0	127·1
2	Verschiedene Maßnahmen der Marktpflege	39·4	41·5	36·3
3	Kursverluste	64·9	50·0	100·0
4	Effekten- und Geldverkehrskosten ...	0·3	0·6	0·8
	Summe.	223·4	277·6	324·0
	Einnahmen			
1	Entnahmen aus dem Bundesbesitz	104·6	82·0	158·0
2	Einlösung von UN-Obligationen	0·8	0·8	0·8
3	Kursgewinne	12·9	5·0	5·0
4	Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	37·8	13·4	17·2
	Summe.	156·1	101·2	181·0

Ansatz 51001 Staatlicher Postscheckverkehr

Die Kosten des staatlichen Postscheckverkehrs setzen sich zusammen:

1. Aus den Auszahlungs-, Buchungs- und Drucksortengebühren der Österreichischen Postsparkasse für die über die Postscheckkonten der Hoheitsverwaltung, der Bundesbetriebe und betriebsähnlichen Einrichtungen des Bundes mit Ausnahme der Österreichischen Bundesbahnen abgewickelten Zahlungen;
2. aus den vom Bund übernommenen Postzustellgebühren für Zahlungsanweisungen.

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Veranschlagung im Jahre 1973 gegenüber 1972 und 1971 ist darauf zurückzuführen, daß der Gesamtumsatz der über die staatlichen Postscheckkonten abgewickelten Zahlungen eine weitere Steigerung erfahren. Weiters sind die Umstellung auf neue Drucksorten sowie die Einbeziehung weiterer Aufgabengebiete (Arbeitslosenunterstützung, Schülerbeihilfen, Schülerfreifahrten, Schulfreibuch u ä.) als Begründung für die Kostensteigerung anzuführen. Die Verminderung der veranschlagten Ausgaben für das Jahr 1972 gegenüber 1971 ist im Rückgang des Anteiles der Zahlungsanweisungen am Umsatz sowie in der Übernahme der Auszahlung der Familienbeihilfen auf die zentrale elektronische Datenverarbeitungsanlage begründet.

Ansatz 1/51013 Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke bzw. Ansatz 2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz

Ansatz 1/51023 Verschiedene Maßnahmen der Marktpflege

Die Beträge für den Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes werden vornehmlich im Rahmen der Vorsorgen zur Erfüllung der planmäßigen Tilgungsquoten bei den einzelnen Anleihen, soweit freie Rückkäufe nach den Anleihebedingungen möglich sind, bzw. in dem Maße als Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen.

Die erworbenen Schuldverschreibungen werden beim Ansatz 1/51013 mit ihrem tatsächlichen Kaufpreis (einschließlich eventuellen Spesen) verrechnet. In der Bestandsverrechnung werden derart erworbene Schuldverschreibungen zum Nennwert verrechnet. Die Unterschiede zwischen dem Ankaufspreis und dem Nennwert werden auf einem Konto der Erfolgsverrechnung (Bestandskonto) ausgebucht.

Im Zeitpunkt der Heranziehung der vorerwähnten Effekten für Tilgungszwecke werden diese der Finanzschuldbuchhaltung übergeben und in der Voranschlagswirksamen Verrechnung (Ansatz 2/51017) mit dem Nennbetrag vereinnahmt. Dementsprechend wird auch die Tilgung bei dem zuständigen Ansatz des Kapitels 59 „Finanzschuld" zum Nennbetrag in Ausgabe verrechnet.

Beim Ansatz Marktpflege fallen ähnlich wie beim Ansatz 1/51013 Ausgaben aus dem Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes an; der Erwerb dient aber nicht unmittelbaren Tilgungszwecken, sondern Kursstützungen und Interventionen.

Die sich im Zusammenhang mit diesem Erwerb ergebenden Verrechnungen im Bundeshaushalt sind, vom Ausgabenansatz abgesehen, die gleichen wie bei den Ausgaben zu Lasten des Ansatzes 1/51013. Im Falle einer Veräußerung solcher Wertpapiere werden in der Voranschlagswirksamen Verrechnung die tatsächlich erzielten Einnahmen, abzüglich eventueller Spesen verrechnet. In der Bestandsverrechnung erfolgt die Verrechnung zum Nennwert und die Unterschiede zwischen Veräußerungswert und Nennwert werden

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

ebenso wie bei den Ausgaben auf einem Konto der Erfolgsverrechnung (Bestandskonto) ausgebucht.

Gebarung 1973

Für Tilgungskäufe bei in- und ausländischen Bundesanleihen, die sich bereits im Tilgungsstadium befinden, wurden 127·1 Millionen Schilling, für Kurssützungen (Marktpflege) 36·3 Millionen Schilling veranschlagt.

Gebarung 1971 und 1972

Im Jahre 1971 wurden von den insgesamt veranschlagten 119·0 Millionen Schilling rund 106·0 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

Für das Jahr 1972 wurden für Tilgungskäufe 135·0 Millionen Schilling und für Kursstützungen 41·5 Millionen Schilling veranschlagt, weil entsprechend der Lage auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt mit Tilgungskäufen und mit Interventionen im veranschlagten Ausmaß zu rechnen ist.

Ansatz 2/51027 Einlösung von UN-Obligationen

Bei diesem Ansatz ist der Betrag veranschlagt, der sich aus der tilgungsplanmäßigen Einlösung der im Jahre 1962 von der UN durch den Bund erworbenen und sich derzeit im Bundesbesitz befindlichen UN-Obligationen ergibt.

Ansatz 5103 Kursverluste (-gewinne)

Bei diesen Ansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln [gegenüber dem Kassenwert [1])] bzw. aus dem Erwerb von Effekten für Tilgungszwecke [2]) (gegenüber dem Nominalwert) veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Die für das Jahr 1971 ausgewiesene Netto-Ausgabe von 52·0 Millionen Schilling ist überwiegend auf den Zinsen- und Tilgungsdienst für Fremdwährungsschulden zurückzuführen.

Der für das Jahr 1972 veranschlagte Netto-Kursverlust in der Höhe von 45·0 Millionen Schilling wird bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln erwartet.

Der für das Jahr 1973 erwartete Netto-Kursverlust in der Höhe von 95 Millionen Schilling ist auf Kursverluste bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln zurückzuführen.

[1]) Siehe die Ausführungen über „Ausländische Zahlungsmittel" im Abschnitt C, Punkt VI.
[2]) Siehe Ansatz 51013.

Ansatz 1/51048 Effekten- und Geldverkehrskosten und 2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (z. B. Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Fremdwährungsbeträgen) anfallen, sind diese bei diesem Ansatz zu verrechnen.

Zinsen aus Effekten

Die Zinseneinnahmen aus im Bundesbesitz befindlichen Effekten (hauptsächlich Bundesschuldverschreibungen) können jeweils nur geschätzt werden, weil diese Einnahmen von den jeweiligen Beständen abhängen. Je nach Marktlage oder Tilgungserfordernissen ändern sich diese Bestände; sie sind daher auch keine festbleibenden Vermögensteile des Bundes.

Der Erfolg des Jahres 1971 betrug 13·2 Millionen Schilling; für das Jahr 1972 wurde für Zinseneingänge ein Betrag von rund 8·4 Millionen Schilling präliminiert, für das Jahr 1973 ein Betrag von rund 12·2 Millionen Schilling.

Titel 511 Zuführung an bzw. Entnahme aus der Kassenreserve

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	—	—
1972 **)	0·0	0·0
1973 **)	0·0	0·0

Für den Fall, daß sich ein effektiver kassamäßiger Überschuß aus der Gesamtgebarung des Bundeshaushaltes ergeben sollte, ist der Titel 511 als Verrechnungsstelle vorgesehen.

Titel 512 Zuführung an bzw. Entnahme aus Rücklagen

	Ordentliche Gebarung		Außerordentliche Gebarung	
	Sachaufwand	Einnahmen	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *) ..	1.107·7	607·1	349·6	86·7
1972 **) ..	0·0	925·9	0·0	115·0
1973 **) ..	20·0	1.269·0	0·0	351·0

Die Gebarung des Titels 512 gliedert sich wie folgt auf:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **
	Mill. S		
Baurücklage:			
ordentliche Gebarung	89·8	0·0	0·0
außerordentliche Gebarung	218·6	0·0	0·0
Anlagenrücklage der Bundesbetriebe:			
ordentliche Gebarung	38·3	0·0	0·0
außerordentliche Gebarung	131·0	0·0	0·0
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage:			
ordentliche Gebarung	979·6	0·0	20·0
außerordentliche Gebarung	—	0·0	0·0
Summe...	1.457·3	0·0	20·0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1971 *)	1972 *)	1973 **)
		Mill. S	
Baurücklage:			
ordentliche Gebarung	27·7	40·0	150·0
außerordentliche Gebarung	70·2	85·0	200·0
Anlagenrücklage der Bundesbetriebe:			
ordentliche Gebarung	—	10·0	49·0
außerordentliche Gebarung	16·5	10·0	150·0
Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage:			
ordentliche Gebarung	579·4	875·9	1.070·0
außerordentliche Gebarung	—	20·0	1·0
Summe	693·8	1.040·9	1.620·0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 5120/5121 Baurücklage

Im Artikel VIII Z. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1973 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für bundeseigene oder bundesgeförderte Bauvorhaben eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes	Ausgabe: Ansätze 1/5120 5/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Ansätze 2/5120 6/5121	Ausgabe: rückgestellter Erlag
	Ausgabe: z. B. Kapitel 64 „Bauten und Technik"	—

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 5122/5123 Anlagenrücklage der Bundesbetriebe

Im Artikel VIII Z. 2 des Bundesfinanzgesetzes 1973 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung der Gruppe 7 „Bundesbetriebe" sowie der betriebsähnlichen Einrichtungen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Diese Ermächtigung dient wie einige andere Maßnahmen der Erleichterung und Kommerzialisierung der Betriebsführung der staatlichen Betriebe.

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung entsprechende Verrechnungsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den Baurücklagen.

Ansatz 5124/5125 Zweckgebundene Einnahmen-Rücklage

Im Artikel VIII Z. 3 des Bundesfinanzgesetzes 1973 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile zweckgebundener Einnahmen eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen.

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung entsprechende Verrechnungsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den Baurücklagen.

Gebarung 1962 bis 1971

In den Jahren 1962 bis 1971 wurden Ausgaben- bzw. zweckgebundene Einnahmenreste folgender Verwaltungszweige Rücklagen zugeführt:

	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
a) Baurücklagen					Mill. S					
Hochbau (Neubauten)	36·0	216·6	3·9	2·1	0·9	—	—	—	75·7	160·5
Bundesgebäudeerhaltung	8·5	14·1	21·6	15·4	17·9	20·8	6·6	—	1·1	65·9
Wasserbauverwaltung	1·2	—	—	—	—	—	—	—	—	0·4
Bauten für die Landesverteidigung	0·7	8·2	8·5	5·0	—	—	—	—	27·5	—
Grüner Plan	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20·0
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16·6
Sonstige	—	7·3	7·3	1·5	—	—	—	—	0·1	45·0
Summe a)	46·4	246·2	41·3	24·0	18·8	20·8	6·6	—	104·4	308·4
b) Anlagenrücklagen										
Anlagen der Bundesbahnen	35·0	—	—	—	13·6	—	—	—	0·1	131·0
Anlagen der Bundesforste	0·4	—	—	0·0	0·1	0·1	1·5	—	—	6·0
Anlagen der Bundesapotheken	—	—	0·1	—	—	—	—	—	—	—
Anlagen der Glücksspiele	—	—	—	0·1	0·1	0·1	—	—	—	—
Anlagen des Branntweinmonopols	—	—	—	—	0·0	—	—	—	—	—
Anlagen der Salinen	—	—	—	—	—	2·5	—	—	—	—
Anlagen des Hauptmünzamtes	—	—	—	—	—	—	—	0·7	—	0·5
Anlagen der Staatsdruckerei	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2·3
Anlagen der Post	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21·3
Betriebsähnliche Einrichtungen der Hoheitsverwaltung	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8·2
Summe b)	35·4	—	0·1	0·1	13·8	2·7	1·5	0·7	16·5	169·3
c) Nicht verbrauchte zweckgebundene Einnahmen-Rücklagen	—	—	—	584·6	385·9	582·4	440·5	422·5	815·0	979·6
d) Rücklagen für die Landesverteidigung	—	—	—	—	—	—	—	42·2	—	—
Summe a) bis d)	81·8	246·2	41·4	608·7	418·5	605·9	448·6	465·4	935·9	1.457·3

Titel 517 Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen

	Personalaufwand	Sachaufwand Ordentliche Gebarung	Sachaufwand Außerordentliche Gebarung
		Mill. S	
1971 *)	—	—	—
1972 **)	30·0	950·0	20·0
1973 **)	30·0	1.450·0	120·0

Seit Jahren sehen die Bundesfinanzgesetze vor, daß in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Bauvorhaben und Anlagen der Bundesbetriebe sowie zweckgebundener Einnahmen Rücklagen angelegt werden können. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden oder späteren Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen (Titel 512) und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Im Zeitpunkt der jeweiligen Budgeterstellung ist die genaue Höhe der Rücklagenzuführungen, die am Ende des Budgeterstellungsjahres voraussichtlich vorgenommen werden, nicht bekannt. Dementsprechend ist auch unbekannt, bei welchen Ausgabenansätzen und in welcher Höhe eine Gebarung aus Rücklagenauflösungen anfallen wird. Es wurden daher geschätzte Beträge der Einnahmen aus den voraussichtlichen Rücklagenauflösungen und der Ausgaben aus diesen Auflösungen vorgesehen, u. zw. 1600 Millionen Schilling (Voranschlag 1972: 1000 Millionen Schilling) in Einnahme beim Titel 512 und in Ausgabe beim Titel 517 „Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen". Art. III Abs. 5 Z. 5 des Bundesfinanzgesetzes ermächtigt den Bundesminister für Finanzen, die Zustimmung zu Überschreitungen von Ausgabenansätzen zu Lasten des Titels 517 in jener Höhe zu geben, in der in Vorjahren zugunsten dieser Ansätze Beträge einer Rücklage zugeführt wurden.

Im Bundesvoranschlag 1972 und 1973 wurden die Einnahmen aus Rücklagenauflösungen auf 1000 bzw. 1600 Millionen Schilling geschätzt. Den darüber hinaus beim Titel 512 veranschlagten Rücklagenentnahmen von 40,920.000 Schilling (1972) bzw. von 20,000.000 Schilling (1973) stehen Ausgaben bei folgenden Ansätzen gegenüber (in Millionen Schilling):

Bundesvoranschlag 1972:		
	1/50306	4·100
	1/53306	10·000
	5/64863	25·000
	1/74303	1·820
Bundesvoranschlag 1973:		
	1/53306	10·000
	1/53438	10·000

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 1/518 Pauschalvorsorge für Personalausgaben

	Personalaufwand Mill S
1971 *)	—
1972 **)	0·0
1973 **)	330·0

Die Pauschalvorsorge des Bundesvoranschlages 1973 ist für den Aufwand aus dem Bundesgesetz vom 14. Juni 1972 über die Gewährung von Nebengebühren an Bundesbeamte, BGBl. Nr. 214/1972 (24. Gehaltsgesetz-Novelle) (100 Millionen Schilling), weiters für den Mehraufwand des Bundes als Selbstträger im Rahmen einer vorgesehenen Erhöhung der Familienbeihilfen ab 1. Jänner 1973 (70 Millionen Schilling), weiters für den Mehraufwand des Bundes als öffentlicher Dienstgeber aus einer Erhöhung des Beitragssatzes der Krankenversicherung öffentlich Bediensteter auf Grund einer 4. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (33 Millionen Schilling) sowie für die Abgeltung zusätzlicher Arbeitsbelastungen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer, den grundlegenden Änderungen des Einkommensteuergesetzes sowie den Auswirkungen des EWG-Arrangements vorgesehen.

Der Aufwand von 330 Millionen Schilling mußte als Pauschalvorsorge veranschlagt werden, da im Zeitpunkt der Budgeterstellung nur Gesamtschätzungen vorlagen und eine Aufteilung auf einzelne finanzgesetzliche Ansätze noch nicht möglich war.

Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen Mill. S
1971 *)	0·1	0·1
1972 **)	1·2	0·0
1973 **)	688·0	8.900·0

Beim Titel 519 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Allgemeine Ausgaben	0·1	1·2	488·0
Maßnahmen zur Vorratsentlastung (Zinsen).....	—	—	200·0
Maßnahmen zur Vorratsentlastung (Rückzahlung) ...	—	—	0·0
Summe...	0·1	1·2	688·0
Einnahmen			
Allgemeine Einnahmen.....	0·1	0·0	0·0
Kassenverwaltungs-Einnahmen zur Vorratsentlastung	—	—	8.900·0
Summe...	0·1	0·0	8.900·0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Maßnahmen zur Vorratsentlastung

Gemäß Art. XI des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1972, BGBl. Nr. 224, über die Einführung des Umsatzsteuergesetzes 1972 („Mehrwertsteuergesetz") können vom Bundesminister für Finanzen zur Zwischenfinanzierung der im Zuge der Mehrwertsteuereinführung durchzuführenden Vorratsentlastungen Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite bei inländischen und ausländischen Gläubigern bis zu einem Gesamtbetrag von 10 Milliarden Schilling aufgenommen werden. Die sich im Zusammenhang mit diesen Kreditoperationen ergebenden Einnahmen und Ausgaben werden beim Titel 519 veranschlagt. Im einzelnen ist noch zu bemerken:

Ansatz 1/51907

Bei diesem Ansatz wird die Zinsenbelastung aus der Sonderkreditaktion zur Abdeckung der Zahlungen für die Vorratsentlastung verrechnet.

Ansatz 1/51908

Bei diesem Ansatz werden die Begebungskosten (Emmissionsverluste, Provisionen und sonstige Spesen) der Sonderkreditaktion zur Abdeckung der Zahlungen für die Vorratsentlastung verrechnet.

Ansatz 1/51909

Bei diesem Ansatz werden die Schuldtilgungen im Rahmen der Sonderaktion zur Abdeckung der Zahlungen für die Vorratsentlastung verrechnet. Im Jahre 1973 ist nur ein Verrechnungsansatz vorgesehen, da voraussichtlich noch keine Tilgungszahlungen anfallen.

Ansatz 2/51909

Bei diesem Ansatz werden die Erlöse der Sonderaktion zur Abdeckung der Zahlungen für die Vorratsentlastung vereinnahmt.

Durch die Einnahmeverrechnung dieser Krediterlöse im ordentlichen Haushalt soll ein zusätzlicher Ausgabenüberhang im Bundeshaushalt vermieden und die Vergleichbarkeit der Bundeshaushalte mit den Gebarungen der Vor- und Nachjahre gewährleistet werden.

Die nach Ausstattung der Vorratsentlastung verbleibende Erlöse aus der Selbstverbrauchsteuer sind für die Tilgung und Zinsen der Schuldverpflichtungen aus der Sonderkreditaktion zweckgebunden.

Sonstige Ausgaben und Einnahmen

Außerdem werden beim Titel 519 sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hiebei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben [1])

Sachlicher Überblick

Vor der Erläuterung der für die einzelnen öffentlichen Abgaben veranschlagten Beträge wird nachstehend ein sachlicher Überblick über diese gegeben:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

Einkommensteuer

Die Einkommensteuer [2]) ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb, aus selbständiger Arbeit, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Für die Bemessung der Einkommensteuer werden die Steuerpflichtigen in zwei Steuergruppen eingereiht. In die Steuergruppe A gehören Unverheiratete, die nicht mindestens vier Monate vor Ende des Veranlagungszeitraumes das 46. Lebensjahr (gilt für die Veranlagungszeiträume 1973 und 1974) vollendet haben; in die Steuergruppe B gehören alle anderen Steuerpflichtigen. Zur Berücksichtigung der Aufwendungen für Kinder werden Kinderfreibeträge gewährt, die für die jeweils ersten beiden Kinder je 7000 Schilling, ab dem dritten Kind je 8000 Schilling jährlich betragen. Erzielt nur ein Ehegatte (Lebensgefährte) Einkünfte aus Erwerbstätigkeit oder übersteigen derartige Einkünfte bei dem anderen Ehegatten (Lebensgefährten) nicht 3000 Schilling im Kalenderjahr, dann wird vom Einkommen ein Alleinverdienerfreibetrag abgezogen. Beide Freibeträge (Kinderfreibeträge und Alleinverdienerfreibetrag) erhöhen das im Tarif vorgesehene steuerliche Existenzminimum. Die Höhe der Einkommensteuer bemißt sich nach einem für die Steuergruppe B festgesetzten Staffeltarif. Der Steuersatz beginnt mit 7 v. H. des Mehrbetrages über 14.000 Schilling und nähert sich asymptotisch dem Satz von 48 v. H. bei Einkommen über 1 Million Schilling. Der Steuersatz der Steuergruppe A beträgt bis zu einem Einkommen von 40.000 Schilling das 1,45fache der Einkommensteuer der Steuergruppe B; für Mehrbeträge über 40.000 Schilling sind die um 7 Schilling je 100 Schilling der Mehrbeträge vermehrten Steuersätze der Steuergruppe B anzuwenden. Die Einkommensteuer der Steuergruppe A darf aber 52 v. H. des Einkommens nicht übersteigen.[2a])

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Lohnsteuer) und auf inländische Kapitalerträge (Kapitalertragsteuer).

Lohnsteuer

Die Lohnsteuer wird nach dem Taglohn und nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt abzuführen.

Kapitalertragsteuer

Die Kapitalertragsteuer wird insbesondere erhoben von inländischen Kapitalerträgen, u. zw. von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen (insbesondere Aktiengesellschaften und Ges. m. b. H.) sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 15 v. H. von den vollen Kapitalerträgen.

Körperschaftsteuer

Die Körperschaftsteuer [3]) ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt bei einem Einkommen bis 100.000 Schilling 24 v. H. und steigert sich bis auf 44 v. H. bei einem Einkommen von über 1,000.000 Schilling.[3a])

Aufsichtsratsabgabe

Aufsichtsratsabgabe [4]). Vergütungen jeder Art, die den Aufsichtsratsmitgliedern von Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Per-

---

[1]) Wegen „Bundesverwaltungsabgaben" siehe die Ausführungen auf Seite 108 unter „Verwaltungsabgaben".

[2]) Siehe Einkommensteuergesetz 1967, BGBl. Nr. 268, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 9/1969, 194/1969, 9/1970, 325/1970, 370/1970, 228/1971, 370/1971, 460/1971 und 274/1972.

[2a]) Der Entwurf eines Einkommensteuergesetzes 1972 (EStG 1972) sieht mit Wirkung ab 1. Jänner 1973 den Übergang von der sogenannten Haushaltsbesteuerung zur Individualbesteuerung und außerdem einen Bruttotarif vor; der Bruttotarif soll alle bisherigen Zuschläge zur Einkommensteuer umfassen.

[3]) Körperschaftsteuergesetz 1966, BGBl. Nr. 156, in der Fassung des Abgabenänderungsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 44, und des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 278/1969.

[3a]) Der Entwurf einer Körperschaftsteuergesetznovelle 1972 sieht analog zum Entwurf des Einkommensteuergesetzes 1972 für die Zeit ab 1. Jänner 1973 einen Bruttotarif vor, der alle bisherigen Zuschläge zur Körperschaftsteuer umfassen soll.

[4]) Gesetz vom 28. März 1934, DRGBl. I S. 253, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1946.

sonenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechtes, bei denen die Gesellschafter nicht als Unternehmer anzusehen sind, für die Überwachung der Geschäftsführung gewährt werden, sind abgabepflichtig. Die Abgabe beträgt 30 v. H., wenn der Empfänger die Abgabe selbst trägt, und 42·857 v. H., wenn das Unternehmen die Abgabe übernimmt.

Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer[5]) ist eine bundesgesetzlich geregelte Gemeindesteuer, der jeder stehende Gewerbebetrieb und Wandergewerbebetriebe, soweit sie im Inland betrieben werden, unterliegen. Besteuerungsgrundlagen sind der Gewerbeertrag und das Gewerbekapital und daneben wahlweise die Lohnsumme. Bei der Berechnung der Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerbekapital wird von einem einheitlichen Steuermeßbetrag ausgegangen, der durch Zusammenrechnung der Steuermeßbeträge, die sich nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital ergeben, gebildet wird. Die Steuermeßbeträge ergeben sich durch Anwendung eines Hundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den Gewerbeertrag und eines Tausendsatzes (Steuermeßzahl) auf das Gewerbekapital. Von diesem so gebildeten einheitlichen Steuermeßbetrag wird die Gewerbesteuer durch Anwendung des Hebesatzes (Hundertsatzes des Meßbetrages) von 150 v. H.[6]) errechnet. Von der Bundesfinanzverwaltung wird nur die Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag und vom Gewerbekapital für die Gemeinden eingehoben.

Bundesgewerbesteuer

Außerdem wird nach den gleichen Grundsätzen wie die Gewerbesteuer der Gemeinden eine Bundesgewerbesteuer (ausschließliche Bundesabgabe) im Ausmaß von 150 v. H. des einheitlichen Steuermeßbetrages erhoben[6]).

Lohnsummensteuer

Für die Lohnsummensteuer ist Besteuerungsgrundlage die Lohnsumme, die in jedem Kalendermonat an die Arbeitnehmer der in der Gemeinde befindlichen Betriebsstätte gezahlt worden ist. Die Lohnsummensteuer wird von den hiezu berechtigten Gemeinden ausgeschrieben und eingehoben. Ihr Ertrag fließt den Gemeinden zu. Die Berechnung erfolgt ähnlich der Gewerbesteuer durch Festsetzung eines Steuermeßbetrages (Steuermeßzahl 2 v. T. der Lohnsumme), auf den der jeweilige Hebesatz der hebeberechtigten Gemeinde angewendet wird, der durch das FAG 1967 mit 1000 v. H. begrenzt ist. Die Lohnsummensteuer ist keine Bundeseinnahme und ist daher im Bundesvoranschlag nicht vorgesehen. Sie wird hier nur wegen der Vollständigkeit und wegen ihres Zusammenhanges mit der Gewerbesteuer nach dem Ertrag und dem Kapital erwähnt.

Vermögensteuer

Der Vermögensteuer[7]) unterliegt das Gesamtvermögen bzw. das Inlandsvermögen, das nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes[8]) ermittelt wird.

Bei der Festsetzung der Vermögensteuer für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen sind ab 1. Jänner 1969 Freibeträge in Höhe von 80.000 Schilling vorgesehen[9]).

Die Vermögensteuer beträgt 5 v. T. des steuerpflichtigen Vermögens.

Sonderabgabe vom Vermögen

Die Sonderabgabe vom Vermögen[9]) wird in Höhe von 50 v. H. der Vermögensteuer für die Jahre 1969 bis einschließlich 1972 erhoben.

Erbschaftssteueräquivalent

Das Erbschaftssteueräquivalent[10]) ist eine Abgabe zum Ausgleich der erbschaftssteuerlichen Belastung natürlicher Personen. Abgabepflichtig sind juristische Personen, die nach dem Vermögensteuergesetz 1954, BGBl. Nr. 192, in der geltenden Fassung unbeschränkt oder beschränkt vermögensteuerpflichtig sind. Von der Abgabe ausgenommen sind u. a. die nach § 3 des Vermögensteuergesetzes befreiten juristischen Personen. Gegenstand der Abgabe ist bei unbeschränkter Vermögensteuerpflicht das Gesamtvermögen der abgabepflichtigen juristischen Personen. Das Gesamtvermögen (Inlandsvermögen) von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Agrargemeinschaften unterliegt nur insoweit der Abgabe, als nicht unmittelbar oder mittelbar im Wege einer Gesellschaft, bei der die Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen

[5]) Siehe Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 191/1954, 59/1955, 303/1959, 194/1961, 160/1966, 2/1967, 44/1968, 278/1969, 439/1969 und 374/1971, sowie der Kundmachungen BGBl. Nr. 11/1961, 266/1963 und 265/1964.

[6]) Finanzausgleichsgesetz 1973, BGBl. Nr. 000/1972.

[7]) Vermögensteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, in der Fassung der Vermögensteuergesetznovelle 1957, BGBl. Nr. 33, sowie Abgabenänderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 44, des Gesetzes vom 27. Juni 1968 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes und des Familienlastenausgleiches, BGBl. Nr. 302, und des Gesetzes vom 9. Juli 1969 über abgabenrechtliche Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, BGBl. Nr. 278.

[8]) Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 145/1963, der Bewertungsgesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 181 und der Bewertungsgesetz-Novellen 1971, BGBl. Nr. 172 und 276.

[9]) Gemäß Bundesgesetz vom 27. Juni 1968 über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes und des Familienlastenausgleiches, BGBl. Nr. 302, in der Fassung des Bundesgesetzes vom 27. November 1970, BGBl. Nr. 367.

[10]) Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286.

sind, physische Personen beteiligt sind, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben. Dies gilt nur, wenn auf die Beteiligungen dieser physischen Personen mehr als 10 v. H. des Gesamtvermögens (Inlandsvermögens) entfallen. Die Abgabe beträgt jährlich 5 v. T. des auf 1000 Schilling abgerundeten abgabepflichtigen Gesamtvermögens (Inlandsvermögens).

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer[11]) eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 v. H. bis 15 v. H. und für die übrigen Steuerklassen 4 v. H. bis 60 v. H. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben", BGBl. Nr. 166/1960, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 159/1968, wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die rückwirkend ab 1. Jänner 1968 mit 345 v. H. des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Bodenwertabgabe

Gegenstand der Bodenwertabgabe[12]) sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 v. H. des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 100.000 Schilling übersteigt.

Die Bodenwertabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe.

Sonderabgabe vom Einkommen

Neben dem Beitrag vom Einkommen zur Förderung des Wohnbaues und für Zwecke des Familienlastenausgleiches (siehe unten) und neben dem Beitrag vom Einkommen für den Katastrophenfonds (siehe Seite 102) wird für die Kalenderjahre 1969 bis einschließlich 1972 von allen einkommensteuerpflichtigen natürlichen und körperschaftsteuerpflichtigen juristischen Personen durch die Finanzämter eine Sonderabgabe vom Einkommen[13]) erhoben, die 10 v. H. der Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer beträgt.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge)

Beitrag vom Einkommen

Zur Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen[15]) und zur Familienförderung (Familienlastenausgleich) wird von allen einkommensteuerpflichtigen natürlichen und körperschaftsteuerpflichtigen juristischen Personen durch die Finanzämter ein Beitrag[16]) (vom Einkommen) erhoben, der 18 v. H. der Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer beträgt. Ab 1. Jänner 1968 werden $^{15}/_{18}$ der eingehobenen Beiträge für die Wohnbauförderung 1968 (Überweisung an die Länder) und $^{3}/_{18}$ zur Familienförderung (Überweisung an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen) verwendet.

Vom obenangeführten Beitrag werden, soweit er für Zwecke der Wohnbauförderung 1968 zufließt, 10% abgezweigt und dem Wasserwirtschaftsfonds[17]) überwiesen.

Wohnbauförderungsbeitrag

Zur Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen ist ein Wohnbauförderungsbeitrag[18]) zu leisten, der ab 1. Jänner 1968 dem Bund zufließt und den Ländern

[11]) Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, in der Fassung der Erbschafts- und Schenkungssteuergesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 15/1968.

[12]) BGBl. Nr. 285/1960, 4/1962, 226/1962 und 183/1965.

[13]) BGBl. Nr. 302/1968 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 27. November 1970, BGBl. Nr. 367.
Da ab 1. Jänner 1973 die Tarife der Einkommensteuer und auch der Körperschaftsteuer durch Bruttotarife ersetzt werden sollen (siehe Seite 105 Fußnoten 2 a und 3 a), ist eine Verlängerung des Bundesgesetzes über die Sonderabgabe vom Einkommen nicht vorgesehen.

[14]) (frei).

[15]) Bundesgesetz BGBl. Nr. 280/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972.

[16]) BGBl. Nr. 152/1954.
Da die bisherigen Tarife der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ab 1. Jänner 1973 durch Bruttotarife ersetzt werden sollen (siehe Seite 105 Fußnoten 2 a und 3 a), sieht ein entsprechender Gesetzentwurf vor, daß an die Stelle der bisherigen Beiträge vom Einkommen entsprechende Anteile an der nach dem Bruttotarif erhobenen Einkommensteuer und Körperschaftsteuer weiterhin der Wohnbauförderung und dem Familienlastenausgleich zufließen.

[17]) BGBl. Nr. 34/1948, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964, 170/1965 und 299/1969.

[18]) BGBl. Nr. 13/1952, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 155/1954, 164/1956, 91/1960 und 285/1963.

für Zwecke der Wohnbauförderung zugeteilt wird [19]). Von den Eingängen ist ein Anteil von 10% an den Wasserwirtschaftsfonds zu überweisen [17]).

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

a) der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 v. T. der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;

b) der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 v. T. des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 v. T. der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Kunstförderungsbeitrag

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 20 Schilling jährlich zu entrichten [20]).

Das nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder dem Bund verbleibende Erträgnis ist zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung zu verwenden.

Beitrag vom Einkommen und vom Vermögen für den Katastrophenfonds

Neben dem Beitrag vom Einkommen (siehe Seite 101) wird für die Kalenderjahre 1967 bis einschließlich 1974 ein Beitrag vom Einkommen und vom Vermögen zur Schaffung der Mittel für den Katastrophenfonds [21]) von allen einkommensteuerpflichtigen, körperschaftsteuerpflichtigen und vermögensteuerpflichtigen Personen durch die Finanzämter erhoben, der 3 v. H. der Einkommen-, Lohn-, Kapitalertrag-, Körperschaft- und Vermögensteuer beträgt.

Titel 522 Umsatzsteuern

Umsatzsteuer

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1973 ist das bisher geltende System der kumulativen Allphasen-Bruttoumsatzsteuer durch eine Nettoumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug ersetzt worden. Diese Maßnahme ist insbesondere im Hinblick auf die Integrationsbestrebungen mit der EWG, aber auch im Hinblick auf die durch die Bruttoumsatzsteuer geschaffenen innerstaatlichen Wettbewerbsverzerrungen notwendig geworden.

Die Umsatzsteuer [23]) (Mehrwertsteuer) ist als eine allgemeine Verkehrsteuer anzusehen und umfaßt wie das bisher geltende Umsatzsteuerrecht grundsätzlich jeden Umsatz auf jeder Wirtschaftsstufe. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt, ferner der Eigenverbrauch und die Einfuhr von Waren im Sinne des Zollgesetzes in das Zollgebiet (Einfuhrumsatzsteuer).

Die Mehrwertsteuer knüpft an den Bruttoumsatz als Bemessungsgrundlage an, gehört jedoch selbst nicht zur Bemessungsgrundlage. Jeder Unternehmer, der im Inland Lieferungen oder sonstige Leistungen ausführt oder im Inland seinen Sitz oder eine Betriebsstätte hat, ist berechtigt, den von ihm für seinen Umsatz geschuldeten Steuerbetrag um die Steuerbeträge zu kürzen, die ihm von seinen Vorlieferanten für ihre Lieferungen und sonstigen Leistungen in den Eingangsrechnungen offen überwälzt werden. Ebenso kann die anläßlich der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer als Vorsteuer abge-

---

[19]) BGBl. Nr. 280/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972.

[20]) BGBl. Nr. 131/1950 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 301/1968.

[21]) Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 10/1969, 441/1969, 369/1970, 310/1971 und 000/1972.

Da die bisherigen Tarife der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer ab 1. Jänner 1973 durch Bruttotarife abgelöst werden sollen (siehe Seite 105 Fußnoten 2 a und 3 a) sieht der Entwurf einer Novelle zum Katastrophenfondsgesetz vor, daß an die Stelle der bisherigen Beiträge vom Einkommen entsprechende Anteile am Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer dem Katastrophenfonds bis Ende 1974 zugeführt werden. Der Beitrag vom Vermögen soll ab 1974 entfallen.

[22]) (frei).

[23]) Umsatzsteuergesetz 1972, BGBl. Nr. 223/1972, in Zusammenhalt mit dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1972 über die Einführung des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 224/1972.

setzt werden. Dadurch wird erreicht, daß in jeder Phase nur der Nettoumsatz besteuert und die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird. Die Mehrwertsteuer stellt daher eine nur beim Umsatz an den Letztverbraucher sich realisierende Verbrauchsteuer bzw. Einzelhandelssteuer dar. Aus wirtschaftlichen, fiskalischen, steuertechnischen und psychologischen Gründen wurden jedoch sämtliche Unternehmer in den Besteuerungsprozeß eingeschaltet, sodaß eine Fraktionierung der Steuerzahlung auf allen Wirtschaftsstufen erfolgt.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 16 v. H. Die Steuer ermäßigt sich auf 8 v. H. für die Lieferungen, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von in der Anlage dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie u. a. für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, für die Beherbergungen samt Nebenleistungen, die Leistungen der Wohnungseigentümergemeinschaften an ihre Mitglieder, die Leistungen aus der Tätigkeit der meisten freien Berufe, die Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, die Umsätze der Kranken- und Pflegeanstalten und die Leistungen gemeinnütziger Institutionen.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen), wie die Befreiung der Ausfuhrlieferungen, der Lohnveredlungen und bestimmter im Gesetz aufgezählter Leistungen für ausländische Auftraggeber, sowie die Beförderung von Gegenständen und Personen im grenzüberschreitenden Verkehr, die Umsätze der Träger der Sozialversicherung und ihrer Verbände, sowie die Umsätze der Krankenfürsorgeeinrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Z. 2 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, und Befreiungen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Unter letztere fallen insbesondere Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrssteuern (z. B. Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Versicherungssteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden, die Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, als Schriftsteller, Journalist oder Komponist sowie die Umsätze gemeinnütziger Sportvereine.

Unternehmer, deren Umsätze im Veranlagungszeitraum 40.000 S nicht übersteigen, sind von der Entrichtung der Steuer bzw. Abgabe von Voranmeldungen und der Steuererklärung — die Einfuhrumsatzsteuer ausgenommen — befreit. Ein Vorsteuerabzug kommt nicht zur Anwendung.

Unternehmer, deren Gesamtumsatz 150.000 Schilling nicht übersteigt, sind berechtigt, die für den Veranlagungszeitraum zu entrichtende Steuer bei einem Gesamtumsatz von nicht mehr als 50.000 Schilling um 20 v. H., von mehr als 50.000 Schilling, aber nicht mehr als 100.000 Schilling um 15 v. H. und von mehr als 100.000 Schilling, aber nicht mehr als 150.000 Schilling um 10 v. H. zu kürzen.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 6 v. H. festgesetzt. Die diesen Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist jedoch eine zusätzliche Steuer von 10 v. H. bzw. 2 v. H. zu entrichten.

Der Unternehmer kann das am 31. Dezember 1972 vorhandene Vorratsvermögen um die darin enthaltene kumulative Bruttoumsatzsteuer entlasten. Da die tatsächliche Belastung mit kumulativer Bruttoumsatzsteuer nicht genau berechnet werden kann, wurde in Ermangelung anderer geeigneter Abgrenzungskriterien die Entlastung von der Zugehörigkeit der Gegenstände zu einer der Vergütungsgruppen der Anlage F zum Umsatzsteuergesetz 1959 [24]) abhängig gemacht. Zwecks Vermeidung besonderer Härten und einer Vielzahl von Entlastungsgruppen wurde eine Zusammenziehung der Gruppen der Anlage F in drei Gruppen vorgenommen. Der Entlastungssatz beträgt je nach Gruppe zwischen 1·75 v. H. und 7 v. H. des nach einkommensteuerlichen Vorschriften ermittelten Wertes bzw. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dieser Gegenstände. Soweit der Unternehmer die Gegenstände im Inland steuerpflichtig erworben und nicht be- oder verarbeitet hat, wird ein weiterer Entlastungsbetrag in Höhe von 1·7 v. H. bzw. 5·5 v. H. gewährt. Ebenso ist eine Entlastung der Gegenstände von anläßlich deren Einfuhr entrichteter Ausgleichsteuer vorgesehen.

In der Zeit vom 1. Jänner 1973 bis zum 31. Dezember 1977 unterliegt auch der Selbstverbrauch (Zuführung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens) der Umsatzsteuer. Die Steuer beträgt 1973 12 v. H. und ermäßigt sich in den Folgejahren auf 9, 6, 4 und 2 v. H. Bemessungsgrundlage ist der nach den bei Berechnung der Absetzung für Abnutzung maßgeblichen einkommensteuerrechtlichen Vorschriften für diese Wirtschaftsgüter anzusetzende Wert.

Unternehmer, die Ausfuhrumsätze tätigen, können für ihre am Schluß des Kalender-

[24]) Siehe Amtsblatt der Österreichischen Finanzverwaltung, 27. Stück, laufende Nummer 147.
[25]) und [26]): (frei).

jahres 1972 im Inland vorhandenen Gegenstände des Anlagevermögens frühestens für den ersten Voranmeldungszeitraum des Kalenderjahres 1974 anteilsmäßig im Verhältnis der im Jahre 1973 bewirkten Ausfuhrumsätze zu den steuerbaren Umsätzen des Jahres 1973 einen Vorsteuerabzug in Höhe von 5 v. H. von den nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes ermittelten Werten geltend machen. Darüber hinaus ermäßigt sich für solche Unternehmer die Steuer für den Teil des Selbstverbrauches, der jeweils anteilsmäßig den Ausfuhrumsätzen der Kalenderjahre 1973 und 1974 zuzurechnen ist, für diese Jahre auf 6 v. H..

Sonderabgabe von alkoholischen Getränken

Die Lieferungen alkoholischer Getränke, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens an Letztverbraucher ausführt, sowie der Eigenverbrauch und die Einfuhr solcher Getränke unterliegen einer Sonderabgabe [27]). Diese beträgt 10 v. H. des für Lieferungen vereinnahmten Entgeltes, des Teilwertes des entnommenen Gegenstandes bzw. des Erwerbspreises oder Wertes des eingeführten Gegenstandes. Abgabefrei sind Ausfuhrlieferungen, ferner die üblichen Naturalleistungen, die ein Unternehmer seinen Arbeitnehmern als Vergütung für geleistete Dienste gewährt, sowie der Eigenverbrauch bei landwirtschaftlichen Betrieben im Mindestbetrage von 5000 Schilling jährlich.

Titel 523 Einfuhrabgaben

Zölle [28])

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach näherer Anordnung des Zolltarifs [29]) erhoben (Einfuhrzölle). Die im Zolltarif festgesetzten allgemeinen Zölle können durch Verträge mit anderen Staaten ermäßigt oder aufgehoben werden (Vertragszölle) [30]). Die Zölle werden nach dem Wert [31]), nach dem Gewicht [32]) oder nach der Stückzahl der Waren bemessen.

Die Gewichts- und Stückzollsätze sind in der Schillingwährung festgelegt. Die Höhe der Schilling-Zollsätze und der im Zolltarif festgelegten Zollwerte beruht auf der vom Internationalen Währungsfonds im Einvernehmen mit der österreichischen Bundesregierung mit Wirksamkeit vom 4. Mai 1953 mit 0·0341796 Gramm Feingold festgelegten Parität des Schillings.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer, Verbrauchsteuern und die Monopolabgaben sowie der Außenhandelsförderungsbeitrag und die handelsstatische Anmeldegebühr nach den hiefür geltenden Vorschriften (letztere nach dem Gebührengesetz) zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation [33]) [EFTA; Finnland ist der EFTA assoziiert [34])] werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung, Herkunft und Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) keine Zölle erhoben. Von dieser Zollfreiheit sind die meisten Waren der Kapitel 1 bis 24 des Zolltarifs ausgenommen.

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über

---

[27]) BGBl. Nr. 000/1972.

[28]) Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1955), BGBl. Nr. 129, in der Fassung BGBl Nr. 142/1957, 68/1959, 78/1968 und 230/1971, sowie Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen zur Durchführung des Zollgesetzes 1955 (Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1968), BGBl. Nr. 202/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 400/1970, 242/1971 und 208/1972.

[29]) Bundesgesetz über die Einführung eines neuen der Fassung von acht Zolltarifnovellen, BGBl. Zolltarifs (Zolltarifgesetz 1958), BGBl. Nr. 74, in Nr. 169/1961, 123/1963, 278/1964, 107/1966, 49/1967, 136/1969, 454/1971 und 455/1971. Die Systematik des Zolltarifs 1958 baut auf der sogenannten „Brüsseler Nomenklatur 1955" auf, welche in der Konvention über das Zolltarifschema für die Einreihung der Waren in die Zolltarife (BGBl. Nr. 103/1960) niedergelegt ist.

[30]) Im Rahmen des multilateralen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) hat Österreich seit 1951 den Vertragsstaaten zahlreiche Zollkonzessionen eingeräumt. Die den Beitritt Österreichs zum GATT betreffende Kundmachung wurde im Bundesgesetzblatt vom 10. Dezember 1951 unter Nr. 254 verlautbart. Die seither erfolgten Ergänzungen und Novellierungen zum GATT einschließlich der Konzessionslisten wurden in der Folge im Bundesgesetzblatt laufend veröffentlicht. Die GATT-Vertragszölle werden seit 1. Jänner 1971 auf alle Einfuhren angewendet (Bundesgesetz vom 19. Dezember 1970, BGBl. Nr. 419).

[31]) Bundesgesetz über die Wertverzollung (Wertzollgesetz 1955), BGBl. Nr. 60, in der Fassung BGBl. Nr. 64/1971. Die Definition des Zollwertes beruht auf der sogenannten „Brüsseler Begriffsbestimmung des Zollwertes", die in der Konvention über den Zollwert von Waren (BGBl. Nr. 146/1972) niedergelegt ist.

[32]) Bundesgesetz über die Verzollung nach dem Gewicht (Taragesetz), BGBl. Nr. 130/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 191/1963.

[33]) Das Übereinkommen zur Errichtung der EFTA wurde im BGBl. Nr. 100/1960 verlautbart; seine Abänderungen und Ergänzungen (Ratsbeschlüsse) wurden in der Folge laufend im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

[34]) Das Übereinkommen zur Schaffung einer Assoziierung zwischen den Mitgliedstaaten der EFTA und der Republik Finnland wurde im BGBl. Nr. 193/1961 verlautbart; seine Abänderungen und Ergänzungen (Beschlüsse des Gemeinsamen Rates) wurden in der Folge laufend im Bundesgesetzblatt veröffentlicht.

Ursprung und Herkunft) Vorzugszölle erhoben.[35])

Bei der Einfuhr von Waren, die aus der durch die Beitrittsabkommen erweiterten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) ermäßigte Zölle nach einem stufenweisen Zollabbauschema und soweit es sich um Beitrittsstaaten handelt (ehemalige drei EFTA-Staaten) keine Zölle erhoben.[35a])

Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz[36])

Bei der Einfuhr von Waren der Zolltarifnummern, 12.04 A, 17.01, 17.02 E bis H, 17.03 und 17.05 wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht.

Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gemäß Stärkegesetz[37])

Bei der Einfuhr von Waren der Zolltarifnummern ex 07.06, 11.05, 11.06 und 11.08 wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Bei der Einfuhr von Waren nach Zolltarifnummern 17.02 A, 17.02 B, 19.04, 38.19 C 1 und 39.06 C 2 b wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe erhoben.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement), der 20 v. H. des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund des Stärkeeinsatzes festzulegen ist, zusammen.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages bzw. der Ausgleichsabgabe im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze bzw. die beweglichen Teilbeträge der Ausgleichsabgabe (variable Komponente) werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht.

Ausgleichsabgaben nach den Ausgleichsabgabegesetzen[38])

Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz

Bei der Einfuhr von Waren mit bestimmten landwirtschaftlichen Rohstoffeinsätzen, die im Ausgleichsabgabegesetz nach ihren Zolltarifnummern angeführt sind, wird an Stelle des Zolles, sofern nicht eine Ausgleichsabgabe nach dem EFTA-Ausgleichsabgabegesetz zu erheben ist, als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz erhoben.

Weiters besteht die Möglichkeit, die in einer Anlage zum Ausgleichsabgabegesetz angeführten Waren bei Vorliegen der im Gesetz im einzelnen näher umschriebenen Voraussetzungen im Verordnungswege in die Ausgleichsabgaberegelung einzubeziehen.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement), der je nach Warenart derzeit 4 bis 20% des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund von Durchschnittsrezepturen der für die Herstellung der Ware üblicherweise benötigten Mengen von Zucker, Melasse, Getreide, Grieß, Getreidemehl, Stärke, Milch und Erzeugnissen aus Milch festzulegen ist, zusammen. Die für die Berechnung der Ausgleichsabgaben im Einzelfall maßgeblichen beweglichen Teilbeträge (variable Komponente) werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht.

Ausgleichsabgabe nach dem EFTA-Ausgleichsabgabegesetz

Anläßlich der Einfuhr von Waren

aus 17.04 Zuckerwaren ohne Zusatz von Kakao, ausgenommen Fondantmasse, Zuckerpasten, Crememasse und ähnliche Zwischenerzeugnisse, mit einem Süßstoffgehalt von 80 Gewichtsprozent oder mehr,

18.06 Schokolade und andere kakaohaltige Nahrungsmittelzubereitungen,

---

[35]) Bundesgesetz über die Gewährung von Vorzugszöllen (Präferenzzollgesetz), BGBl. Nr. 93/1972.

[35a]) Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) samt gesetzlichen Durchführungsvorschriften.

[36]) Bundesgesetz über die Erhebung eines Abschöpfungsbetrages bei der Einfuhr von Zuckerrüben, Melasse und Zucker (Zuckergesetz), BGBl. Nr. 217/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 462/1971.

[37]) Bundesgesetz über die Erhebung eines Abschöpfungsbetrages und einer Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von Stärke und von Stärkeprodukten (Stärkegesetz), BGBl. Nr. 218/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 150/1969 und 463/1971.

[38]) Bundesgesetz über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe (Ausgleichsabgabegesetz), BGBl. Nr. 219/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 151/1969 und 464/1971 sowie Bundesgesetz über die Erhebung einer Ausgleichsabgabe anläßlich der Einfuhr bestimmter Waren aus der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA-Ausgleichsabgabegesetz), BGBl. Nr. 418/1970.

aus 19.08 Biskuitwaren (Keks), Waffeln, auch gefüllt und getunkt, Zwieback; andere mehlhaltige Bäckereien, nicht mit Hefe hergestellt, weder gefüllt noch überzogen; Backwaren aus Blätterteig, mit Hefe hergestellt,

auf die die Bestimmungen des EFTA- und FIN-EFTA-Abkommens Anwendung finden, wird an Stelle der gegenüber den Mitgliedstaaten anzuwendenden vertragsmäßigen Zölle als ausschließliche Bundesabgabe eine EFTA-Ausgleichsabgabe erhoben.

Der für die Berechnung der EFTA-Ausgleichsabgabe im Einzelfall maßgebliche Ausgleichsabgabesatz ergibt sich aus dem Unterschied der Auslands- und Inlandspreise der zur Herstellung der Waren verwendeten Vormaterialien Milch, Stärkesirup, Weizenmehl und Zucker entsprechend den für Warenhauptgruppen festgestellten Durchschnittsrezepturen.

Die EFTA-Ausgleichsabgabesätze werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen in Schilling je 100 kg Eigengewicht festgesetzt und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" kundgemacht. Ändern sich die für die Festsetzung der Ausgleichsabgabesätze maßgeblichen Ermittlungsgrundlagen soweit, daß sich daraus eine Änderung des Ausgleichsabgabesatzes ergibt, so ist dieser jeweils mit Wirkung vom 1. Jänner oder 1. Juli neu festzusetzen.

Abgaben gemäß Antidumpinggesetz und Anti-Marktstörungsgesetz [39])

Abgabe gemäß Antidumpinggesetz

Nach dem Antidumpinggesetz 1971 wird bei bestimmten Waren, die in Verordnungen des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und gegebenenfalls mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft kundzumachen sind, ein Antidumpingzoll in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen dem Ausfuhrpreis und dem in der betreffenden Verordnung festgestellten normalen Wert der Ware oder ein Ausgleichszoll in Höhe der in der betreffenden Verordnung festgestellten Prämie oder Subvention erhoben.

[39]) Bundesgesetz vom 24. Juni 1971 über Maßnahmen betreffend die Einfuhr von Waren, die Gegenstand eines Dumpings sind oder für die im Zollausland Prämien oder Subventionen gewährt werden (Antidumpinggesetz 1971), BGBl. Nr. 384, und Bundesgesetz vom 24. Juni 1971 über Maßnahmen zur Vermeidung von Schädigungen der österreichischen Wirtschaft durch marktstörende Einfuhren (Anti-Marktstörungsgesetz), BGBl. Nr. 393.

[40]) (frei).

Abgabe gemäß Anti-Marktstörungsgesetz

Nach dem Anti-Marktstörungsgesetz wird bei bestimmten Waren, die in Verordnungen des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und gegebenenfalls mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft kundzumachen sind, eine Abgabe in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen dem Einfuhrpreis, frei österreichische Grenze, unverzollt, und dem in der betreffenden Verordnung festgesetzten Richtpreis der Ware erhoben.

Titel 524 Verbrauchsteuern

Tabaksteuer

Der Tabaksteuer [41]) unterliegen Tabakwaren, d. s. Zigarren, Zigaretten und anderer verarbeiteter Tabak. Die Tabaksteuer wird vom Verkaufspreis der Tabakwaren berechnet und beträgt für Zigarren (auch Stumpen und Zigarillos) 34%, für Zigaretten 55%, für Feinschnitt und Rauchtabak, der mehr als 50 Gewichtsprozent Feinschnitt enthält, 47% und für anderen verarbeiteten Tabak (Pfeifentabak, Kautabak, Schnupftabak) 34%.

Biersteuer [42])

Steuergegenstand ist Bier. Die Biersteuer beträgt pro Hektoliter für Normalbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt bis einschließlich 14 v. H.) 83 Schilling, für Starkbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 14 v. H. bis einschließlich 20 v. H.) 166 Schilling und für Sonderbier (Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 20 v. H.) 11 Schilling für jede angefangene Einheit im Hundertsatz des Stammwürzegehaltes. Für im Inland hergestelltes Normalbier ermäßigt sich die Biersteuer für die ersten 3500 hl, für welche die Steuerschuld innerhalb eines Kalenderjahres bei der einzelnen Brauerei entstanden ist, um 40 v. H. und unter der jeweils gleichen Bedingung für die zweiten 3500 hl um 30 v. H., für die dritten 3500 hl um 20 v. H. und für die vierten 3500 hl um 10 v. H.

Mineralölsteuer

Gegenstand der Mineralölsteuer [45]) sind jene flüssigen Kohlenwasserstoffe, Kohlenwasserstoffgemische und kohlenwasserstoffhaltigen Produkte, die sich allein oder in Verbindung mit anderen Stoffen zum Antrieb von Motoren

[41]) Tabaksteuergesetz 1962, BGBl. Nr. 107, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 404/1967, 44/1968, 302/1968 und 224/1972.

[42]) Biersteuergesetz 1956, BGBl. Nr. 264/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 83/1963.

[43]) und [44]) (frei).

[45]) Mineralölsteuergesetz 1959, BGBl. Nr. 2/1960, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 248/1960 und 114/1969.

www.parlament.gv.at

eignen. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Mineralöle, die zum Antrieb von Motoren, zum Heizen oder zum Beleuchten verwendet werden. Die Steuer beträgt für Petroläther, Benzine, Benzol, Toluol und Xylole sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 51 Schilling, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (z. B. für Petroleum oder Dieselöl) 22 Schilling für 100 kg Eigengewicht.

Bundesmineralölsteuer

Die Bundesmineralölsteuer[46]), welche ab 1. Juni 1966 an die Stelle des früheren Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer getreten ist, ist eine zweite Verbrauchsteuer auf Mineralöle, deren Ertrag zur Gänze dem Bund zufließt und für die Bedeckung der Erfordernisse des Ausbaues und der Erhaltung der Bundesstraßen zweckgebunden ist. Der Bundesmineralölsteuer unterliegen alle Mineralöle, die Gegenstand der Mineralölsteuer sind. Sie beträgt für Mineralöle, die dem höheren Mineralölsteuersatz unterliegen, 231 Schilling und für Mineralöle, die dem niedrigeren Mineralölsteuersatz unterliegen, 191 Schilling für 100 kg Eigengewicht.

Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Bundesmineralölsteuer auf 35 Schilling für 100 kg ermäßigt[47]).

Branntweinaufschlag

Ablieferungspflichtiger Branntwein wird zu einem vom Bundesministerium für Finanzen jährlich festgesetzten Übernahmepreis von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernommen. Für ablieferungspflichtigen Branntwein, der nicht abgeliefert wurde, und für ablieferungsfreien Branntwein (hauptsächlich in Obstbrennereien aus Obststoffen hergestellter Trinkbranntwein) ist eine Verbrauchsabgabe, der Branntweinaufschlag zu entrichten[48]). Der Branntweinaufschlag entspricht im allgemeinen dem regelmäßigen Verkaufspreis vermindert um einen besonderen Abschlag, der sich nach der Art der Brennerei (zum Beispiel Abfindungsbrennerei, Brennerei mit Brennrecht) und der verarbeiteten Stoffe (Steinobst, Beeren, Enzianwurzeln einerseits, andere Obststoffe anderseits) richtet.

Monopolausgleich (Branntwein)

Bei der Einfuhr aus dem Ausland unterliegen Branntwein, weingeisthaltige Erzeugnisse, Äther und ätherhaltige Erzeugnisse außer den sonstigen Eingangsabgaben dem Monopolausgleich, einer der Belastung des inländischen Branntweines entsprechenden Abgabe.[48])

Monopolabgabe (Salz)

Für aus dem Ausland eingeführtes Salz ist neben den sonstigen Eingangsabgaben eine Monopolabgabe[49]) zu entrichten, die für feinstes Kristallsalz und für feinstes Tafelsalz 3200 Schilling, für sonstiges Speisesalz 1900 Schilling, für Viehsalz, 700 Schilling und für anderes Salz 380 Schilling je Tonne Eigengewicht beträgt.

Schaumweinsteuer

Der Schaumweinsteuer[50]) unterliegen Traubenschaumwein (dieser ist außerdem Gegenstand der Weinsteuer, die allerdings derzeit nicht erhoben wird) und Obstschaumwein. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 12 Schilling und für Obstschaumwein 6 Schilling pro Liter.

Abgabe auf Stärkeerzeugnisse

Der Abgabe auf Stärkeerzeugnisse[51]) unterliegen Dextrine, Dextrinleime, lösliche oder geröstete Stärke und Klebstoffe (Leime) aus Stärke der Nummer 35.05 des Zolltarifs, verschiedene Stärke oder Stärkederivate enthaltende Waren der Nummern 38.12, 38.19 C und 38.19 L sowie wasserlösliche Stärkeäther und Stärkeester der Nummer 39.06 C 2 b des Zolltarifs. Die Abgabe beträgt 220 Schilling für 100 kg Eigengewicht.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957[52]) erschöpfend aufgezählten Schriften

---

[46]) Bundesmineralölsteuergesetz, BGBl. Nr. 67/1966, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 372/1970.

[47]) Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz, BGBl. Nr. 259/1966.

[48]) Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922, DRGBl. I S. 405, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 265/1955. Über die Höhe des Branntweinaufschlages siehe BGBl. Nr. 248/1963.

[49]) BGBl. Nr. 77/1969.

[50]) Schaumweinsteuergesetz 1960, BGBl. Nr. 247, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 224/1972.

[51]) BGBl. Nr. 152/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 465/1971.

[52]) BGBl. Nr. 267/1957, abgeändert durch das Finanzstrafgesetz, BGBl. Nr. 129/1958, durch das Handelsstatistische Gesetz 1958, BGBl. Nr. 137, durch das Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 111/1960, durch die Kundmachung BGBl. Nr. 121/1961, durch die Gebührennovelle 1962, BGBl. Nr. 106, durch die Kundmachung BGBl. Nr. 45/1963, durch die Gebührengesetz-Novelle 1963, BGBl. Nr. 115, durch die Gebührengesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 87, durch die Kundmachung BGBl. Nr. 63/1966, durch das Abgabenänderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 44, Art. II, durch das Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, und durch das Außenhandelsgesetz 1968, BGBl. Nr. 314.

www.parlament.gv.at

(zum Beispiel Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zum Beispiel Bestandverträge, Darlehensverträge, Dienstverträge, Gesellschaftsverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anläßlich sportlicher Veranstaltungen (zum Beispiel der Sporttoto, Pferdetoto, die Totalisateurwette) und Ausspielungen (zum Beispiel Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0·50 Schilling bis 4800 Schilling) oder Hundersatzgebühren (1/16 v. H. bis 2 v. H. vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Die letzteren sind bis zu einem Betrag von 300 Schilling in der Regel in Stempelmarken, darüber hinaus durch Einzahlung zu entrichten. Die Gewinstgebühren bei Sportwetten, Ausspielungen und Zahlenlotto betragen 1 v. H. bis 25 v. H. und sind ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG., BGBl. Nr. 172/1950 in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968 [53]) sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken zu entrichten [54]) und werden im Bundeshaushalt beim Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren" verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

Als Kapitalverkehrsteuern [55]) werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Gesellschaftsteuer

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden. Die Steuer beträgt 2 v. H. und ermäßigt sich in begünstigten Fällen auf 1 v. H.

Wertpapiersteuer

Der Wertpapiersteuer unterliegt der erste Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen ausländischen Schuldner, wenn der Erwerb im Inlande erfolgt und sich die Wertpapiere im Inlande befinden. Die Steuer beträgt 2 v. H. Für den ersten Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen inländischen Schuldner wird die Steuer nach dem 31. Dezember 1967 nicht mehr erhoben.

Börsenumsatzsteuer

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren, der der Wertpapiersteuer unterliegt. Die Steuer beträgt 0·02 v. H. bis 0·5 v. H., wobei Händlergeschäfte und gewisse Wertpapiere begünstigt sind.

Grunderwerbsteuer

Gegenstand der Grunderwerbsteuer [56]) ist der entgeltliche Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremdem Boden gleichstehen. Die Steuer beträgt 2 v. H. bis 8 v. H. vom Werte der Gegenleistung, zum Beispiel bei einem Kauf vom Kaufpreis. Zur Gänze steuerfrei ist der Erwerb von Grundstücken für gewisse Siedlungszwecke.

Versicherungssteuer

Der Versicherungssteuer [57]) unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes (Leistung an den Versicherer) auf Grund eines Versicherungsverhältnisses, wenn der Versicherungsnehmer seinen Aufenthalt im Inlande hat oder eine im Inlande gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 v. H., bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 3 v. H., bei anderen 7 v. H. des

[53]) Siehe auch Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1968, BGBl. Nr. 53 in der Fassung BGBl. Nr. 3/1972.

[54]) Siehe „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung", Jahrgang 1950, 2. Stück, lfd. Nr. 8.

[55]) Kapitalverkehrsteuergesetz vom 16. Oktober 1934, DRGBl. I S. 1058, in der Fassung des StGBl. Nr. 99/1945, der Verkehrsteuernovelle 1948, BGBl. Nr. 57, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 158/1966, der Kundmachung BGBl. Nr. 282/1969 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 131/1972.

[56]) Grunderwerbsteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 140, in der Fassung der Grunderwerbsteuernovelle 1956, BGBl. Nr. 178, der Grunderwerbsteuergesetznovelle 1962, BGBl. Nr. 225, der Kundmachung BGBl. Nr. 175/1964 und der Grunderwerbsteuergesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 277.

[57]) Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, in der Fassung der Versicherungssteuernovelle 1954, BGBl. Nr. 180, des Versicherungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 181/1954, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 159/1966 und des Abgabenänderungsgesetzes, BGBl. Nr. 44/1968, Art. VII.

[58]) (frei).

Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen und ähnlichen 20 Groschen für je 1000 Schilling Versicherungssumme.

Kraftfahrzeugsteuer

Der Kraftfahrzeugsteuer[60]) unterliegen die in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge sowie die nicht in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge, die auf öffentlichen Straßen im Inland benützt werden. Die Steuer ist eine Jahressteuer. Zu entrichten ist sie jedoch monatlich durch Aufkleben von Stempelmarken auf die Steuerkarte. Von der Steuer befreit sind Kraftfahrzeuge der Exekutive, der Feuerwehren und des Rettungsdienstes, Arbeitsmaschinen und landwirtschaftliche Zugmaschinen, Autotaxi, Motorräder bis 100 cm^3 sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärungen oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird bei den Personenkraftfahrzeugen in der Regel nach dem Hubraum berechnet und beträgt 444 bis 2700 Schilling für das Kraftfahrzeug. Bei Lastkraftwagen richtet sich die Steuer nach der Nutzlast und beträgt 60 bis 900 Schilling. Auch eine Pauschalierung der Steuer ist vorgesehen.

Spielbankabgabe

Die Spielbankabgabe[61]), die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Außenhandelsförderungsbeitrag

Für Zwecke der Förderung des Warenverkehrs mit dem Ausland ist auf Grund des Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetzes[62]) ein Außenhandelsförderungsbeitrag von 3 v. T. vom Wert der aus- oder eingeführten Waren zu entrichten. Beitragspflichtig sind die Absender und Empfänger der Waren. Befreiungen sind vorgesehen für den Vormerkverkehr, Lohnveredlungsverkehr und für Durchfuhrsendungen. Der Beitrag ist anläßlich der zollamtlichen Abfertigung zu entrichten.

Sühne- und Vermögensabgaben

Hinsichtlich der Sühneabgaben, von denen nur mehr Restzahlungen eingehen, sowie der Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe siehe die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1958, Seite 87.

Allgemeine und Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine und Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO.), BGBl. Nr. 194/1961, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 201/1965, 134/1969, 224 und 262/1972 und der Kundmachung BGBl. Nr. 141/1966. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, z. .B Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die örtliche Zuständigkeit, das Zustellungswesen, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabenfestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

2. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes, BGBl. Nr. 149/1954, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 12/1955. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

3. Abgabenexekutionsordnung

Abgabenexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, in der Fassung der Gesetze BGBl. Nr. 1/1952, 159/1961 und 53/1963. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Die Ahndung von Finanzvergehen ist für die Zeit ab 1. Jänner 1959 im Bundesgesetz vom 26. Juni 1958, betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstraf-

---

[59]) (frei).

[60]) Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952, BGBl. Nr. 110, in der Fassung der Kraftfahrzeugsteuernovelle 1954, BGBl. Nr. 179, des Heereskraftfahrgesetzes 1958, BGBl. Nr. 52, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 83/1963, Art. V, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 227/1965 und der Kraftfahrzeugsteuergesetz-Novelle 1967, BGBl. Nr. 223.

[61]) Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, in der Fassung der Glücksspielgesetz-Novelle 1964, BGBl. Nr. 288/1963, der Glücksspielgesetz-Novelle 1965, BGBl. Nr. 171/1965, des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 58/1969 und des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 226/1972.

[62]) BGBl. Nr. 214/1954 in der Fassung des Handelsstatistischen Gesetzes 1958, BGBl. Nr. 137. Verordnung: BGBl. Nr. 263/1960.

gesetz), BGBl. Nr. 129/1958 in der Fassung der Kundmachung BGBl. Nr. 21/1959 und der Bundesgesetze BGBl. Nr. 92/1959, 111/1960, 194/1961, 145/1969 und 224/1972, geregelt.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögenschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 145/1963, 181/1965, 172/1971 und 276/1971.

Dieses Gesetz enthält gemeinsame Bewertungsvorschriften für die bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge, insbesondere für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233/1970.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1955), BGBl. Nr. 129/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 142/1957, 68/1959, 78/1968 und 230/1971, sowie Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollgesetzes 1955 (Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1968), BGBl. Nr. 202/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 400/1970, 242/1971 und 208/1972.

Das Zollgesetz 1955 enthält neben allgemeinen Bestimmungen, die sich u. a. mit dem Zollgebiet, den Arten der Zölle, den neben diesen zu erhebenden Abgaben und den Ermittlungsgrundsätzen für die Zölle befassen, die Organisation, die Rechte und Pflichten der Zollverwaltung, die Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen, allgemeine und besondere Bestimmungen über das Zollverfahren sowie das Zollschuldrecht.

Die Zollgesetz-Durchführungsverordnung enthält Ausführungsbestimmungen auf Grund von Verordnungsermächtigungen im Zollgesetz 1955.

Allgemeines zur Veranschlagung

Zur Veranschlagung der öffentlichen Abgaben des Bundes — Einnahmen-Kapitel 52 — für das Jahr 1973 ist an wesentlichem zu sagen:

Der günstige Wirtschaftsablauf der Jahre 1970 und 1971 wird auch im Jahre 1972 weiterhin anhalten, sodaß gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 mit Mehreinnahmen von brutto etwa 3·6 Milliarden Schilling gerechnet werden kann. Für das Jahr 1973 wird mit einer weiteren Fortsetzung des günstigen Wirtschaftsablaufes gerechnet und eine Zuwachsrate des Bruttonationalproduktes von über 10% nominell erwartet. Den Auswirkungen dieser Entwicklung bzw. der Einführung der Mehrwertsteuer und dem Wirksamwerden der Einkommensteuerreform 1972 sowie den Einnahmenausfällen auf Grund des Abkommens mit den Europäischen Gemeinschaften und des neuen Finanzausgleiches wurde bei der Veranschlagung der öffentlichen Abgaben entsprechend Rechnung getragen. [63])

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben des Bundes für das Jahr 1973 wurden demgemäß mit rund 111·5 Milliarden Schilling und die Nettoeinnahmen mit rund 69·6 Milliarden Schilling geschätzt, das entspricht gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 bei den Bruttoeinnahmen einer Steigerung von 5·4% und bei den Nettoeinnahmen einer solchen von 1·9%.

Nach der Entwicklung der Einnahmen aus öffentlichen Abgaben in den Jahren 1971 und 1972 kann angesichts der voraussichtlichen nominellen Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes für 1973 mit Steigerungen von rund 14% brutto und etwa 13% netto gerechnet werden. Wenn man vom geschätzten voraussichtlichen Erfolg für 1972 ausgeht, den für 1973 auf dieser Basis errechneten theoretischen Zuwachs hinzurechnet und die Summen daraus mit den Ansätzen des Bundesvoranschlages 1973 vergleicht, ergibt sich für 1973 ein Einnahmenausfall, im wesentlichen aus den bereits aufgezeigten vier Maßnahmen, von etwa 14·2 Milliarden Schilling brutto und 11·4 Milliarden Schilling netto.

Die nachfolgende Übersicht zeigt verschiedene Daten über die Einnahmen des Bundes aus den öffentlichen Abgaben in den Jahren 1971 bis 1973 (weitere Vergleichsziffern siehe Seite 268 b bis 268 f):

	1971 *)	1972**)	1973 **)
Bruttogesamteinnahmen in Mlld. S	95·1	105·8	111·5
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	13·4	11·3	5·4
Überweisungen in Mlld. S	33·0	37·5	41·9
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	15·0	13·6	11·7
Nettogesamteinnahmen in Mlld. S	62·1	68·3	69·6
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	12·6	10·1	1·9

Gesamtgebarung

Die Gesamtausgaben und -einnahmen des Kapitels 52 betragen:

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	86·6	62.056·4
1972 **)	93·3	68.323·0
1973 **)	100·0	69.607·0

Ausgaben

Bei Ausgaben-Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens).

Der Personal- und Sachaufwand aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung" veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

[63]) Siehe die Ausführungen auf Seite 272/273 unter „Aufgabenstellung."

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titelweise Gliederung der Einnahmen

Titel	Bezeichnung	1971 *)	1972 **)	1973 **)
			Mill. S	
	Einkommen- u. Vermögensteuern (Titel 0 und 1)			
0	Einkommen- und Vermögensteuern	34.594	40.111	52.810
1	Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge)	6.152	6.944	1.249
	Summe Titel 0 und 1	40.746	47.055	54.059
2	Umsatzsteuern	25.495	28.450	30.800
3	Einfuhrabgaben	6.036	6.589	6.500
4	Verbrauchsteuern	12.428	13.359	14.538
5	Stempel- und Rechtsgebühren	5.939	6.530	1.700
6	Verkehrsteuern	4.169	3.582	3.580
	Summe Titel 2 bis 6	54.067	58.510	57.118
7	Nebenansprüche usw.	290	300	350
	Brutto-Gesamteinnahmen	95.103	105.865	111.527
8	Überweisungen	—33.047	—37.542	—41.920
	Netto-Gesamteinnahmen	62.056	68.323	69.607
	Steigerung gegenüber Vorjahr in %	12·6	10·1	1·9

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Veranlagte Einkommensteuer	8.237	9.200	15.458
Lohnsteuer	12.244	15.000	20.567
Kapitalertragsteuer	257	240	315
Körperschaftsteuer	3.197	3.600	5.371
Aufsichtsratsabgabe	47	48	48
Gewerbesteuer	2.949	3.300	4.100
Bundesgewerbesteuer	2.949	3.300	4.100
Vermögensteuer	1.402	1.620	1.744
Erbschaftssteueräquivalent	394	420	510
Erbschafts- und Schenkungssteuer	311	360	390
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	185	190	190
Bodenwertabgabe	16	17	17
Sonderabgabe vom Einkommen	2.406	2.816	—
Summe	34.594	40.111	52.810
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	13·6	15·9	31·7

Ansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Bei der veranlagten Einkommensteuer wird der im Bundesvoranschlag 1972 mit 9200 Millionen Schilling veranschlagte Betrag um voraussichtlich 800 Millionen Schilling überschritten werden. Im Jahre 1973 lassen die zur Veranlagung kommenden höheren Gewinne der Jahre 1971 und 1972 vermindert um den Ausfall auf Grund des EStG. 1972 eine Veranschlagung in Höhe von 11.800 Millionen Schilling gerechtfertigt erscheinen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 18·0% gegenüber den voraussichtlichen Einnahmen 1972.

Zuzüglich der ab 1973 in den Tarif einbezogenen bisher bei eigenen Ansätzen verrechneten Sonderabgabe und Beiträge in Höhe von 31 v. H. sind 15.458 Millionen Schilling zu veranschlagen.

Ansatz 2/52014 Lohnsteuer

Im Jahre 1972 wird der Ansatz in Höhe von 15.000 Millionen Schilling um etwa 1.000 Millionen Schilling unterschritten werden. Dies ist im wesentlichen auf die gemäß BGBl. Nr. 222/1972 erfolgte einmalige Lohnsteuerermäßigung um maximal 360 Schilling zurückzuführen.

Für das Jahr 1973 wurde einerseits der Ausfall auf Grund des EStG 1972, BGBl. Nr. 000/1972 andererseits eine weitere Zunahme des Lohnvolumens berücksichtigt, wobei die bisher gesondert verrechnete Sonderabgabe vom Einkommen bzw. die Beiträge vom Einkommen in den veranschlagten Gesamtbetrag in Höhe von 20.567 Millionen Schilling miteinbezogen wurden.

Ansatz 2/52034 Körperschaftsteuer

Der im Bundesvoranschlag 1972 veranschlagte Ansatz von 3600 Millionen Schilling wird voraussichtlich geringfügig überschritten werden. Bei Berücksichtigung der Einschleifung der Beiträge in den Steuertarif und einer Steigerung des Aufkommens infolge Veranlagung höherer Gewinne ist die Veranschlagung mit 5.371 Millionen Schilling gerechtfertigt.

Ansatz 2/52044, 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer

Bei diesen Abgaben wurde die Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer und Körperschaftsteuer berücksichtigt.

Ansatz 2/52064 Vermögensteuer

Die Vermögensteuer ohne Sonderabgabe und Beitrag wird im Jahre 1972 den im Bundesvoranschlag vorgesehenen Ansatz von 1080 Millionen Schilling erreichen. Im Jahre 1973 wurde unter Berücksichtigung einer geringfügigen Erhöhung der Betriebsvermögen und der gemäß Bundesgesetz vom 00. November 1972, BGBl. Nr. 000, erfolgten Einschleifung der Sonderabgabe vom Vermögen und des Beitrages zum Katastrophenfonds in den Tarif 1744 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent

Die Veranschlagung berücksichtigt einen weiteren Zuwachs bei den Vermögen der juristischen Personen.

Ansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer

Bei diesem Ansatz wurde ein weiterer Einnahmenzuwachs infolge steigender Vermögenswerte angenommen.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge)

	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Wohnbauförderungsbeitrag	1.003	930	1.200
Beitrag nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	48	48	4
Kunstförderungsbeitrag	42	42	45
Beitrag vom Einkommen	4.308	5.047	—
Beitrag für den Katastrophenfonds	751	877	—
Summe	6.152	6.944	1.249
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	15·4	12·9	—82·0

Ansatz 2/52140 Wohnbauförderungsbeitrag

Die Veranschlagung für 1973 berücksichtigt vor allem die weitere Ausdehnung des Lohnvolumens und damit einen Zuwachs an Beiträgen derjenigen Arbeitnehmer, welche die Höchstbeitragsgrundlage noch nicht erreicht haben.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag

Der Kunstförderungsbeitrag wurde in der voraussichtlichen Höhe einer monatlichen Rundfunkgebührensumme veranschlagt.

Titel 522 Umsatzsteuern

	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Umsatzsteuer	16.155	18.100	29·200
Sonderabgabe von alkoholischen Getränken	1.262	1.300	1.600
Bundeszuschlag zur Umsatzsteuer	8.078	9.050	—
Summe...	25·495	28.450	30.800
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	15·7	11·6	8·3

Ansatz 2/52204 Umsatzsteuer

Die Veranschlagung ist auf die Summe der voraussichtlichen Erfolge 1972 der bisher getrennt veranschlagten und nunmehr ab 1. Jänner 1973 in der Umsatzsteuer zusammengefaßten Abgaben aufgebaut, wobei einerseits eine sowohl mengen- wie auch wertmäßige Ausweitung des gesamten Umsatzvolumens und andererseits die durch die Umstellung auf das Umsatzsteuergesetz 1972 vom 15. Juni 1972, BGBl. Nr. 223, bedingten Ausfälle berücksichtigt sind.

Ansatz 2/52224 Sonderabgabe von alkoholischen Getränken

Mit dem Bundesgesetz vom 27. Juni 1968, BGBl. Nr. 302, über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes und des Familienlastenausgleiches, wird ab 1. September 1968 die Sonderabgabe von alkoholischen Getränken als gemeinschaftliche Bundesabgabe eingehoben. Mit dem Bundesgesetz vom 2. Dezember 1971, BGBl. Nr. 459, wurde die Einhebung dieser Abgabe über das Jahr 1971 hinaus verlängert. Auf Grund der günstigen Einnahmenentwicklung kann im Jahre 1972 mit einem Aufkommen von 1450 Millionen Schilling gerechnet werden. Für das Jahr 1973 wurde ein Anhalten dieser Entwicklung unterstellt und unter Berücksichtigung der Auswirkung des Bundesgesetzes vom XXXXXXXXX 1972, BGBl. Nr. 000, 1600 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 523 Einfuhrabgaben

	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Zölle	5.962	6.500	6.400
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	2	1	1
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gem. Stärkegesetz	4	3	4
Ausgleichsabgaben nach den Ausgleichsabgabegesetzen	68	84	94
Abgaben gem. Antidumpinggesetz u. Anti-Marktstörungsgesetz	0	1	1
Summe...	6.036	6.589	6.500
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	12·3	9·2	—1·3

Ansatz 2/52304 Zölle

Im Bundesvoranschlag 1973 wurde einerseits eine weitere wert- und mengenmäßige Ausweitung des Einfuhrvolumens, andererseits die erheblichen Einnahmenausfälle durch die Zollsenkung im Zuge des EWG-Abkommens berücksichtigt und 6400 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 2/52324, 2/52334, 2/52344 und 2/52354 Abschöpfungsbeträge und Ausgleichsabgaben

Die Veranschlagung für 1973 basiert auf den voraussichtlichen Erfolgen dieser Abgaben für 1972.

Titel 524 Verbrauchsteuern

	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Tabaksteuer	4.202	4.750	4.400
Biersteuer	613	600	690
Mineralölsteuer	1.292	1.320	1.600
Bundesmineralölsteuer	6.119	6.500	7.600
Branntweinaufschlag	89	90	120
Monopolausgleich (Branntwein)	56	45	68
Monopolabgabe Salz	0	0	0
Schaumweinsteuer	32	30	36
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse	22	24	24
Weinsteuer	3	0	—
Summe...	12.428	13.359	14.538
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	14·8	7·5	8·8

Ansatz 2/52404 Tabaksteuer

Die Mindereinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß die Tabaksteuersätze durch das Einführungsgesetz zum Umsatzsteuergesetz 1972, BGBl. Nr. 224, gesenkt wurden, um den Preis derTabakwaren nach Einführung der Mehrwertsteuer unverändert zu belassen.

Ansatz 2/52434 und 52440 Mineralölsteuer und Bundesmineralölsteuer

Bei diesen Abgaben ist gegenüber den im Bundesvoranschlag 1972 veranschlagten Beträgen

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

mit Mehreinnahmen von etwa 800 Millionen Schilling zu rechnen. Die Veranschlagung für 1973 berücksichtigt eine etwa 8%ige Ausweitung der Motorisierung und des Massentourismus.

Übrige Verbrauchsteuern des Titels 524

Die übrigen Ansätze der Verbrauchsteuern wurden in Angleichung an die Einnahmenentwicklung des Jahres 1972 veranschlagt.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Sachaufwand	85	92	99
Einnahmen:			
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	1.023	1.080	1.300
Übrige Gebühren	336	340	400
Rechnungsstempel	4.580	5.110	—
Summe	5.939	6.530	1.700
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	15·2	9·9	—74·0

Ansatz 1/525

Als Ausgaben sind die mit dem Druck und der Verteilung der Stempelmarken [64]) in Zusammenhang stehenden Kosten veranschlagt. Entsprechend den höheren Stempelmarkenumsätzen steigen diese Ausgaben von Jahr zu Jahr.

Ansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren

Die Veranschlagung stützt sich auf ein weiteres Wirtschaftswachstum.

Titel 526 Verkehrsteuern

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Kapitalverkehrsteuern	129	150	160
Grunderwerbsteuer	822	840	930
Versicherungssteuer	687	750	940
Spielbankabgabe	83	82	100
Außenhandelsförderungsbeitrag (Zweckgebundene Einnahmen)	438	480	528
Außenhandelsförderungsbeitrag	18	20	22
Kraftfahrzeugsteuer	783	[65])	900
Beförderungssteuer	1.209	1.260	—
Summe	4.169	3.582	3.580
Steigerung gegenüber Vorjahr in %	—5·4	—14·1	—0·1

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[64]) Stempelmarkengesetz, siehe BGBl. Nr. 24/1964.
[65]) Diese Abgabe war im Zeitpunkt der Budgeterstellung 1972 ausschließlich Landesabgabe. Die Verrechnung erfolgte ab 1. Jänner 1972 in der durchlaufenden Gebarung. Gemäß Finanzausgleichsgesetz 1973, BGBl. Nr. 000/1972, ist jedoch rückwirkend mit 1. Jänner 1972 diese Steuer wieder eine gemeinschaftliche Bundesabgabe.
[66]) (frei).

Ansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer

Die Veranschlagung für 1973 berücksichtigt eine weitere Zunahme des Grundstückverkehrs.

Ansatz 2/52644 Versicherungssteuer

Mehreinnahmen sind auf Grund einer weiteren Zunahme der Versicherungsfälle und Erhöhung des Versicherungsentgeltes zu erwarten.

Ansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer

Diese Abgabe erreicht im Jahre 1972 voraussichtlich 840 Millionen Schilling. Die steigende Tendenz der abgelaufenen Jahre wird im Hinblick auf die weitere Zunahme der Motorisierung auch im Jahre 1973 anhalten, sodaß die Veranschlagung mit 900 Millionen Schilling vertretbar erscheint.

Übrige Verkehrsteuern des Titels 526

Die Veranschlagung der übrigen Verkehrsteuern erfolgte entsprechend dem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum.

Titel 527 Kosten im Abgaben/Devisen-Straf- und Einbringungsverfahren bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	1·0	290
1972 **)	1·6	300
1973 **)	1·0	350

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersätze und Verfallserlöse.

Titel 2/528 Ab Überweisungen	Mill. S
1971 *)	33.047
1972 **)	37.542
1973 **)	41.920

Überweisungen:

1. der Ertragsanteile der Länder und Gemeinden,
2. der Gewerbesteuer an die Gemeinden,
3. an die Länder für die Wohnbauförderung:
   a) 10·1905% der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
   b) 89 v. H. der Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz,
   zu a) und b): vermindert um die Bundesleistung an den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemäß § 36 Abs. 4 Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Fassung BGBl. Nr. 232/ 1972,
   c) 89 v. H. des Wohnbauförderungsbeitrages, vermindert um die Bundesleistung an den Bundes-Wohn- und Siedlungs-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

fonds gemäß § 36 Abs. 4 Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972,

4. von Bundesleistungen an den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gemäß § 36 Abs. 4 Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972,
5. von Bundesleistungen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds gemäß § 36 Abs. 4 Wohnbauförderungsgesetz 1968 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972,
6. an das Bundesministerium für Bauten und Technik für Wohnbauforschung,
7. an den Wasserwirtschaftsfonds:
   a) 1·145% der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
   b) 10 v. H. des Wohnbauförderungsbeitrages,
8. des Beitrages vom Einkommen: 3/31 für den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen [67]),
9. eines Anteiles des Außenhandelsförderungsbeitrages (zweckgebundene Einnahmen) an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft,
10. an den Katastrophenfonds:
    a) 2·29% der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer,
    b) 1·96% der Einnahmen an Vermögensteuer.

Gesetzliche Grundlagen:

Zu 1 und 2: Finanzausgleichsgesetz 1973, BGBl. Nr. 000/1972;

Zu 3: BGBl. Nr. 152/1954;
Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972;
BGBl. Nr. 13/1952 in der Fassung BGBl. Nr. 155/1954, Nr. 164/1956, Nr. 91/1960 und Nr. 285/1963.

Zu 4 bis 6: Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972.

Zu 7: BGBl. Nr. 295/1958 in der Fassung BGBl. Nr. 310/1964 und 299/1969;
Wohnbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 280/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 232/1972.

Zu 8: BGBl. Nr. 152/1954.

Zu 9: Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetz, BGBl. Nr. 214/1954.

Zu 10: Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966, in der Fassung BGBl. Nr. 10/1969, BGBl. Nr. 441/1969, BGBl. Nr. 369/1970, BGBl. Nr. 310/1971 und BGBl. Nr. 000/1972;
Einkommensteuergesetz 1967, BGBl. Nr. 268 in der Fassung BGBl. Nr. 000/1972.

[67]) Verrechnet im Bundeshaushalt bei dem Ansatz 2/56010.

Den Gemeinden fließen 50% der Gewerbesteuereingänge (Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital sowie Bundesgewerbesteuer) zu. Da jedoch diese Steuer weiter vom Bund eingehoben wird, ist die Überweisung an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Veranschlagte Ertragsanteile

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile gibt die Tabelle auf Seite 122 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderweise auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

a) bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder nach dem örtlichen Aufkommen, auf die Gemeinden zu drei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital;

b) bei der Lohnsteuer auf die Länder nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;

c) bei der Kapitalertragsteuer auf die Länder und Gemeinden, bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer und bei der Kraftfahrzeugsteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;

d) bei der Umsatzsteuer auf die Länder 17·758 Hundertteile nach der Volkszahl und 0·538 Hundertteile zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechsteln auf die Länder ohne Wien nach der Volkszahl; auf die Gemeinden 4·844 Hundertteile nach der Volkszahl, 6·189 Hunderteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und 1·345 Hundertteile nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital);

e) bei der Biersteuer auf die Länder und Gemeinden nach dem länderweisen Verbrauch von Bier;

f) bei der Sonderabgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volkszahl;

g) bei der Mineralölsteuer wird zunächst hinsichtlich von 35 Hundertteilen ein Vorzugsanteil von einem Viertel zugunsten der Länder Burgenland, Niederösterreich und Steiermark ausgeschieden. Der diesbezügliche restliche Länderanteil wird auf alle Länder zu je einem Viertel nach der Volkszahl und der Gebietsfläche und zu je einem Sechstel

aa) nach dem länderweisen Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer,

bb) nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital) und schließlich

cc) unter Zugrundelegung folgender Straßenkilometer des befestigten und unbefestigten Straßennetzes — ohne Bundesstraßen und ohne Geh- und Wanderwege — und zwar: Burgenland 3436, Kärnten 5398, Niederösterreich 22.278, Oberösterreich 14.215, Salzburg 3051, Steiermark 11.472, Tirol 5022, Vorarlberg 1862 und Wien 2068, sohin zusammen 68.802 Kilometer, aufgeteilt; der Vorzugsanteil von einem Viertel ist auf die Länder Burgenland, Niederösterreich und Steiermark im Verhältnis ihrer Anteile an den restlichen drei Vierteln aufzuteilen. Die übrigen 39 Hundertteile der Länder und 24 Hundertteile der Gemeinden werden nach dem vorstehenden Schlüssel — jedoch ohne Ausscheidung eines Vorzugsanteiles — aufgeteilt;

h) bei der Spielbankabgabe auf die Länder und Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen. Die Aufteilung der Spielbankabgabe ist auf jene Länder und Gemeinden zu beschränken, in denen eine Spielbank betrieben wird;

i) beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl.

Übersicht über Abgabenerfolge 1937, 1963 bis 1973

Die Übersicht auf den Seiten 268 b bis 268 f zeigt die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes in den Jahren 1937 sowie 1963 bis 1973.

Abgaben	Ansatz des Bundesvoranschlages 1973	Teilungsverhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Länder	Gemeinden	Bundes	Länder	Gemeinden	Länder und Gemeinden
	in Mill. S	in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommensteuer .	[68] 12.980·000	43	30	27	5.581·400	3.894·000	3.504·600	7.398·600
Lohnsteuer	[69] 17.270·000	59·091	22·727	18·182	10.205·016	3.924·953	3.140·031	7.064·984
Kapitalertragsteuer	[70] 264·000	10	15	75	26·400	39·600	198·000	237·600
Erbschafts- und Schenkungssteuer	390·000	70	30	—	273·000	117·000	—	117·000
Bodenwertabgabe	16·000	4	—	96	0·640	—	15·360	15·360
Summe . . .	30.920·000				16.086·456	7.975·553	6.857·991	14.833·544
Kunstförderungsbeitrag	[71] 43·200	70	30	—	30·240	12·960	—	12·960
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer	29.200·000	69·326	18·296	12·378	20.243·192	5.342·432	3.614·376	8.956·808
Sonderabgabe von alkoholischen Getränken	1.600·000	40	30	30	640·000	480·000	480·000	960·000
Biersteuer	690·000	17	57	26	117·300	393·300	179·400	572·700
Mineralölsteuer	1.600·000	2	74	24	32·000	1.184·000	384·000	1.568·000
Grunderwerbsteuer	930·000	4	—	96	37·200	—	892·800	892·800
Kraftfahrzeugsteuer	900·000	4	96	—	36·000	864·000	—	864·000
Summe . . .	34.920·000				21.105·692	8.263·732	5.550·576	13.814·308
Spielbankabgabe	100·000	70	15	15	70·000	15·000	15·000	30·000
Insgesamt . . .	65.983·200				37.292·388	16.267·245	12.423·567	28.690·812
Hiezu: Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1972								736·938
							Zusammen .	29.427·750

[68]) 83·97% der Einnahmen beim Ansatz 2/52004.
[69]) 83·97% der Einnahmen beim Ansatz 2/52014.
[70]) 83·97% der Einnahmen beim Ansatz 2/52024.
[71]) 96% der Einnahmen beim Ansatz 2/52180.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl. Nr. 45, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften (Finanz-Verfassungsgesetz 1948 [1]) in Geltung —, und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe erfüllt zurzeit das Finanzausgleichsgesetz 1973 (FAG 1973), BGBl. Nr. 000, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1973 bis 1978 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden. Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

[1]) Gemäß § 3 (1) dieses Gesetzes werden Finanzzuweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 (2) dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

Gebarungsübersichten

Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur österreichischen Statistik" in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Derzeit liegen bereits 16 Jahrgänge in lückenloser Folge vor.

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

Gebarung 1971 bis 1973

Beim Titel 530 werden folgende Gebarungen verrechnet:

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder	313·4	395·9	358·0
Rückzahlungen an Länder	—	—	2·0
Salinen-Betriebsstättengemeinden	1·4	1·5	2·2
Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden	17·0	17·0	26·2
Theater- und Orchestergemeinden	3·0	3·0	13·0
Finanzzuweisung an Länder gemäß § 3 (2) FAG 1967	14·1	0·0	0·0
Ausgaben (Summe)	348·9	417·4	401·4

Beiträge von Ländern	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen	422·0	486·0	3·0
zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen	178·3	188·0	7·0
zu den Besoldungskosten an landwirtschaftlichen Schulen	56·4	60·0	0·0
Ersätze von Ländern gemäß Art. II, BGBl. Nr. 171/1966	7·2	10·0	10·0
Beiträge von Gemeinden zum Polizeiaufwand	131·5	130·2	—
Einnahmen (Summe)	795·4	874·2	20·0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/53004 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1973 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Er-

tragsanteile für das Jahr 1972 im Jahre 1973 voraussichtlich anfällt, ist mit 358 Millionen Schilling zu erwarten.

Die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten zeigt die nachstehende Übersicht:

Ertragsanteile-kopfquote für nebenstehende Jahre:	1965	1966	1967	1968
		Schilling		
niedrigste	857	964	1.078	1.190
höchste	1.215	1.344	1.463	1.583
im Durchschnitt.....	933 [5])	1.030 [5])	1.160 [5])	1.266 [5])

Ertragsanteile-kopfquote für nebenstehende Jahre:	1969	1970	1971 [3])	1972 [4])
			Schilling	
niedrigste	1.300	1.478	1.730	1.799
höchste	1.669	1.922	2.244	2.192
im Durchschnitt.....	1.477 [5])	1.698 [5])	1.970 [6])	2.012 [6])

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten -Ausgleich in den Jahren 1966 bis 1973 beträgt:

	Mill. S		Mill. S
1966	280·412	1970	288·056
1967	286·300	1971	312·767
1968	289·953	1972	357·294 [3])
1969	286·394	1973	358·000 [4])

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1973 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe Ansatz 2/52804).

Ansatz 1/53017 Rückzahlungen an Länder

Die bis Ende 1972 geleisteten Vorschüsse der Länder gemäß § 3 Abs. 1 FAG 1967 sind noch abzurechnen. Zuviel einbehaltene Vorschüsse auf die Beiträge werden an die Länder rückerstattet.

Ansatz 1/53027 Salinen-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen an Gemeinden mit Salinenbetrieben werden gemäß § 17 Abs. 2 FAG in gleichartiger Weise wie bis 1972 gewährt, jedoch ab 1973 unter Aufstockung des Betrages je Beschäftigten und Jahr in den in Betracht kommenden Gemeinden von 1800 Schilling auf 2.772 Schilling.

Nachstehende Gemeinden erhalten solche Zuweisungen:

Altaussee, Bad Aussee, Bad Ischl, Ebensee, Hallein und Hallstatt.

[2]) (frei).
[3]) Vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung.
[4]) Schätzung.
[5]) Länder mit Wien, vermindert um 2 Schilling.
[6]) Länder mit Wien.

Ansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrage von 26·2 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 17 Abs. 4 FAG gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettelung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1973 sieht eine Grenze von 18.000 Schilling jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. In den Jahren 1967 bis 1972 wurden solche Finanzzuweisungen an 107 Gemeinden gewährt.

Ansatz 1/53044 Theater- und Orchestergemeinden [7])

Nach der Regelung im § 17 Abs. 3 FAG sind Finanzzuweisungen an Theater- und Orchestergemeinden im Gesamtausmaß von 13 Millionen Schilling vorgesehen. Nachstehende Gemeinden erhielten im Jahre 1972 solche Zuweisungen:

Bad Hall, Baden bei Wien, Bregenz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg.

Ansatz 1/53057 Finanzzuweisung an Länder gemäß § 3 (2) FAG 1967

Gemäß § 3 (2) FAG 1967, der gemäß § 21 Abs. 7 FAG 1973 weiter anzuwenden ist, hat der Bundesminister für Finanzen länderweise auf den Stichtag 1. Jänner 1972 festzustellen, ob 10 v. H. des tatsächlichen Besoldungsaufwandes (der Aktivitätsbezüge) des Kalenderjahres 1971 für Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen 3·5 v. H. der Beteiligung der einzelnen Länder (ein Sechstel Wien, fünf Sechstel Länder ohne Wien nach der Volkszahl) an den Umsatzsteuereingängen des Kalenderjahres 1971 entsprechen. Verneinendenfalls ist die Finanzausgleichsleistung des Bundes an die Länder in einem solchen Ausmaß zu erhöhen, daß sich die beiden vorstehend bezeichneten Beträge gegeneinander ausgleichen. Für diesen Zweck ist im Jahr 1973 mit einem Verrechnungsansatz vorgesorgt. Diese Leistung an die Länder ist eine Finanzzuweisung im Sinne des § 12 (1) des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 zum Ausgleich von Härten, die sich durch den vorerwähnten Besoldungsaufwand in einzelnen Ländern ergeben können.

Ansatz 2/53004 Beiträge der Länder zu den Besoldungskosten an allgemeinbildenden Pflichtschulen

Die Länder hatten bis einschließlich 1972 zu den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge)

[7]) Außerdem sind Zuschüsse gemäß § 18 Abs. 1 Z. 4 FAG bei dem Ansatz 1/53224 veranschlagt.

der unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen nach § 3 FAG 1967, in Zusammenhalt mit Art. IV Abs. 1 des Bundesverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 215/1962, betreffend Abänderung des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 hinsichtlich des Schulwesens einen 10%igen Beitrag zu leisten.

Die geleisteten Vorschüsse sind noch abzurechnen. Zuwenig geleistete Vorschüsse auf die Beiträge werden von den Vorschüssen auf die Ertragsanteile der Länder im Jahre 1973 einbehalten.

Ansatz 2/53014 und 2/53024 Beiträge von Ländern zu den Besoldungskosten an berufsbildenden Pflichtschulen und an landwirtschaftlichen Schulen

Die Länder hatten bis einschließlich 1972 zu den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen im Sinne des Schulorganisationsgesetzes, BGBl. Nr. 142/1962, in der jeweiligen Fassung, sowie an landwirtschaftlichen Schulen (landwirtschaftliche Fortbildungsschulen und landwirtschaftliche und gartenbauliche Fachschulen) nach § 3 FAG 1967 im Zusammenhalt mit § 5 des Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetzes, BGBl. Nr. 88/1948, einen 50%igen Beitrag zu leisten.

Die geleisteten Vorschüsse sind noch abzurechnen. Zuwenig geleistete Vorschüsse auf die Beiträge werden von den Vorschüssen auf die Ertragsanteile der Länder im Jahre 1973 einbehalten.

Ansatz 2/53044 Ersätze von Ländern gemäß Art. II, BGBl. Nr. 171/1966

Die Länder haben im Sinne des Art. II der 3. Novelle zum LaDÜG 1962, BGBl. Nr. 171/1966, dem Bund jenen Mehraufwand zu ersetzen, der durch eine Verwendung von Berufsschullehrern als Erzieher unter Einrechnung des Erzieherdienstes in die Lehrverpflichtung von Berufsschullehrern entsteht. Derzeit leisten die Länder Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol solche Ersätze an den Bund.

Titel 531 Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds bzw. Rückzahlungen von Ländern

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	1·0	0·1
1972 **)	1·0	0·1
1973 **)	1·0	0·1

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/53107 Mittel für den Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds

Für die Jahre 1971, 1972 und 1973 ist jeweils ein Stammbetrag von je 1 Million Schilling veranschlagt. Die Mittel erhöhen sich jedoch um je 10 Millionen Schilling, die beim Ansatz 2/51247 als zweckgebundene Einnahmen-Rücklage veranschlagt sind.

Die Gebarung des Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds ist bruttomäßig im Titel 533 (Ansatz 1/53306 und 2/53300) besonders dargestellt.

Ansatz 2/53104 Rückzahlungen von Ländern

Auf Grund der mit den Bundesländern abgeschlossenen Vereinbarungen fließen aus den nach dem Hochwasserschädengesetz 1954, BGBl. Nr. 148, zur Verfügung gestellten Bundesmitteln Beträge in ausgewiesenem Ausmaß zurück.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

Beim Titel 532 werden folgende Gebarungen dargestellt:

Ausgaben	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete	38·8	40·0	40·0
Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand	100·0	100·0	100·0
Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden	30·3	30·0	50·0
Zuschüsse nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz	40·0	60·0	80·0
Zuschuß zur Wiener U-Bahn-Errichtung	—	150·0	200·0
Zuschüsse nach § 36 (6) Wohnbauförderungsgesetz.....	—	0·0	30·0
Zuschüsse nach § 10 (2) BGBl. Nr. 336/1971	—	0·0	55·0
Zuschüsse für Fremdenverkehrsförderung an Gemeinden	—	—	30·0
Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden	—	—	100·0
Zuschüsse in Nahverkehrsangelegenheiten an Gemeinden	—	—	100·0
Summe...	209·1	380·0	785·0

Einnahmen			
Wohnungsverbesserungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds:			
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds ..	10·0	15·0	20·0
Bundes-Wohn- u. Siedlungsfonds.	10·0	15·0	20·0
Summe...	20·0	30·0	40·0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Wohnbauförderungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds:			
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds...	—	0·0	30·0
Bundes-Wohn- u. Siedlungsfonds.	—	0·0	0·0
Summe...	—	0·0	30·0
Bundesgesetz vom 16. Juli 1971, BGBl. Nr. 336; Überweisungen der Wohnbaufonds:			
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds ...	—	0·0	35·0
Bundes-Wohn- u. Siedlungsfonds.	—	0·0	20·0
Summe...	—	0·0	55·0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/53204 Zuschüsse an österreichische Entwicklungsgebiete

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 18 Abs. 1 Z. 1 FAG zur Förderung von wirtschaftlich entwicklungsbedürftigen Gebieten ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich 40 Millionen Schilling.

Ansatz 1/53214 Zuschüsse zum Pflichtschulbauaufwand

Auf Grund des § 19 FAG gewährt der Bund ab 1973 Gemeinden und Gemeindeverbänden, die gesetzliche Schulerhalter sind, zur Erleichterung des ihnen aus der Beseitigung der Schulraumnot auf dem Gebiet der öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen erwachsenden Bauaufwandes finanzielle Hilfe, die auch in Form von Zinsenzuschüssen gewährt werden kann.

In den Jahren 1971 und 1972 wurden je 100 Millionen Schilling gewährt.

Der für 1973 mit 100 Millionen Schilling veranschlagte Betrag ist an die einzelnen Länder wie in den Vorjahren auf Grund der Schülerzahlen an den obengenannten Schulen zu verteilen.

Die Verteilung an die in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgt durch das zuständige Land, insbesondere unter Bedachtnahme auf das Schulraumerfordernis im Verhältnis zu den Pflichtschülern an diesen Schulen.

Ansatz 1/53224 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt gemäß § 18 Abs. 1 Z. 4 FAG Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, u. zw. zur teilweisen Deckung eines solchen Betriebsabganges sowie zu den erforderlichen Baukosten, Zweckzuschüsse.

In Betracht kamen hiefür im Jahre 1972 die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater und das Stadttheater Baden, NÖ.

Ab dem Jahre 1973 beträgt dieser Bundeszuschuß jährlich 50 Millionen Schilling.

Ansatz 1/53234 Zuschüsse nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz

Ansatz 2/53234 Wohnungsverbesserungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds

Das Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 426/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 337/1971 und 268/1972, sieht öffentliche Mittel zur Förderung der Verbesserung der Wohnverhältnisse von Klein- und Mittelwohnungen in im Gesetz näher bezeichneten Häusern vor. Aufgabenträger sind die Länder, denen zur Verstärkung ihrer bereitzustellenden Eigenmittel Zuschüsse des Bundes gewährt werden.

Für das Jahr 1971 bzw. 1972 wurden 40 bzw. 60 Millionen Schilling an die Länder und von den Fonds je 10 bzw. 15 Millionen Schilling an den Bund überwiesen. Die endgültige Zuweisung dieser Bundesmittel an die Länder ist an die Bedingung geknüpft, daß jedes Land selbst aus Landesmitteln Beträge innerhalb des Kalenderjahres bereitstellt, die mindestens der Hälfte der Bundesmittel entsprechen.

Für das Jahr 1973 sind je 20 Millionen Schilling Überweisung der beiden Wohnbaufonds an den Bund vorgesehen. Der Bund seinerseits überweist bei Erfüllung der vorstehend genannten Bedingungen 80 Millionen Schilling an die Länder.

Ansatz 1/53244 Zuschuß zur Wiener U-Bahn-Errichtung

Gemäß BGBl. Nr. 355/1970 gewährt der Bund der Stadt Wien in den Jahren 1972 bis 1981 zur Förderung der Errichtung eines innerstädtischen U-Bahnnetzes einen zweckgebundenen Zuschuß in Höhe von insgesamt 2400 Millionen Schilling.

Im Jahre 1972 wurden 150 Millionen Schilling an Wien überwiesen.

Im Jahre 1973 ist die Überweisung einer Rate von 200 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/53254 Zuschüsse nach § 36 (6) Wohnbauförderungsgesetz

Ansatz 2/53254 Wohnbauförderungsgesetz; Überweisungen der Wohnbaufonds

Gemäß § 36 Abs. 6 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 280/1967 in der Fas-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

sung BGBl. Nr. 232/1972, sind, soweit die Rückflüsse aus Fondshilfemaßnahmen zur Erfüllung der jeweils fällig werdenden Verpflichtungen der Fonds nicht benötigt werden, den Ländern diese bis 10. Mai eines jeden Jahres zu überweisen.

Im Jahre 1972 wurden an nichtbenötigten Rückflüssen an die Länder überwiesen:

für 1970	23,134.942·61 S
für 1971	75,800.000·00 S
Zusammen ...	98,934.942·61 S

Im Jahre 1973 ist die Überweisung von 30·001 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/53264 Zuschüsse nach § 10 Abs. 2 BGBl. Nr. 336/1971

Ansatz 2/53264 Bundesgesetz vom 16. Juli 1971, BGBl. Nr. 336; Überweisungen des Wohnbaufonds

Die rückfließenden Beträge für Darlehen nach § 10 Abs. 2 BGBl. Nr. 336/1971 gelten als Leistungen des Bundes im Sinne des § 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, BGBl. Nr. 280/1967, in der jeweils geltenden Fassung, und sind gemäß § 5 des vorbezeichneten Bundesgesetzes den Ländern zuzuteilen.

Im Jahre 1972 wurden an die Länder die für die Zeit vom 1. Jänner 1972 bis einschließlich 26. September 1972 rückgeflossene Beträge für Darlehen im Ausmaße von 177,375.059·79 Schilling überwiesen.

Im Jahre 1973 ist die Überweisung von 55 Millionen Schilling vorgesehen.

Ansatz 1/53274 Zuschüsse für Fremdenverkehrsförderung an Gemeinden

Der Bund gewährt Gemeinden gemäß § 18 Abs. 1 Z. 6 FAG zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs, sofern es sich nicht um gesamtösterreichische Belange handelt, ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich 30 Millionen Schilling.

Ansatz 1/53284 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden gemäß § 18 Abs. 1 Z. 5 FAG zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich je 50 Millionen Schilling.

Ansatz 1/53294 Zuschüsse in Nahverkehrsangelegenheiten an Gemeinden

Der Bund gewährt Gemeinden gemäß § 18 Abs. 1 Z. 7 FAG zur Förderung von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich 100 Millionen Schilling.

Titel 533 Zweckzuschüsse des Bundes II

Beim Titel 533 werden folgende Gebarungen dargestellt:

Ausgaben	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Überweisungen an Länder..	1·8	11·0	11·0
Zuschüsse zur Förderung des Naturschutzes an Länder.	—	—	5·0
Zuschüsse zur Wirtschaftsförderung	—	—	30·0
Summe...	1·8	11·0	46·0
Einnahmen			
Dotierung des Fonds.....	1·0	1·0	1·0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/53306 Naturkatastrophen - Verwaltungsfonds (Zweckgebundene Gebarung); Überweisungen an Länder

Ansatz 2/53306 Dotierung des Fonds

Der vom Bund jährlich vorgesehene Betrag wird aus dem Ansatz 1/53107 zur Verfügung gestellt und dem Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds zugeführt. Die Einnahmen dieses Fonds sind zweckgebunden und können im Bedarfsfalle auch erst im Nachjahr in Anspruch genommen werden. Nach Maßgabe der Bestimmungen des FAG können aus dem Fonds Zweckzuschüsse an die Länder zu der von ihnen durchzuführenden Förderung der Behebung von Katastrophenschäden im Vermögen physischer Personen zugeteilt werden. Die im Jahre 1971 zur Verfügung gestandenen Beträge wurden nicht zur Gänze zur Förderung der Behebung von Katastrophenschäden benötigt. Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte zweckgebundene Zuschußrest betrug zum 31. Dezember 1971 14,508.782 Schilling.

Ansatz 1/53314 Zuschüsse zur Förderung des Naturschutzes an Länder

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 18 Abs. 1 Z. 3 FAG zur Förderung des Naturschutzes, insbesondere der Errichtung und Erhaltung von Naturschutzgebieten, ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich 5 Millionen Schilling.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 1/53324 Zuschüsse zur Wirtschaftsförderung

Der Bund gewährt den Ländern gemäß § 18 Abs. 1 Z. 2 FAG zur Förderung der Wirtschaft ab dem Jahre 1973 einen Zweckzuschuß von jährlich 30 Millionen Schilling.

Titel 534 Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	648·8	740·0
1972 **)	877·2	877·2
1973 **)	999·4	989·4

Ansätze 1/53406 bis 1/53448 Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

Ansatz 2/53400 Dotierung des Fonds

Die Mittel des Katastrophenfonds nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 207/1966, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 10/1969, 441/1969, 369/1970, 310/1971 und 000/1972, sind ausschließlich für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von außergewöhnlichen Hochwasser-, Erdrutsch-, Vermurungs- und Lawinenschäden im Vermögen des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie als Zuschüsse an die Länder zur Förderung der Behebung solcher Schäden im Vermögen physischer Personen und juristischer Personen mit Ausnahme von Gebietskörperschaften und zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden bestimmt.

Der im jeweiligen Bundesvoranschlag vorgesehene Betrag wird aus dem Ansatz 2/52890 zur Verfügung gestellt.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1971 betrug 492,495.351 Schilling.

	Schilling
Von den Ausgaben 1971 entfallen:	
1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften	14,178.078
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden des Bundes	
im Vermögen der Österreichischen Bundesbahnen	72,780.000
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	28,713.000
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	10,774.151
5. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden	35,984.000
6. Für Maßnahmen des Schutzwasserbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden	
im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
als Bundeszuschuß für Wildbach- und Lawinenverbauung	161,790.000
als Bauaufwand für Bundesflüsse	103,241.000
als Bundeszuschuß für Konkurrenzgewässer	102,490.000
zusammen ...	367,521.000
im Bereiche des Bundesministeriums für Bauten und Technik	
als Aufwandskredit für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	63,100.000
als Aufwandskredite für Wasserbauten	4,000.000
als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	8,650.000
für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	43,096.000
	118,846.000
	648,796.229

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

Kapitel 54 Bundesvermögen

Titel 1 und 5/540 Kapitalbeteiligung und Titel 2/540 Kapitalbeteiligung (Erträge)

	Ordentliche Gebarung	Sachaufwand Ao. Gebarung	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *) ..	258·2	303·7	561·9	950·1
1972 **) ..	439·6	325·6	765·2	812·1
1973 **) ..	516·3	123·0	639·3	798·8

Beim Titel 540 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Kapitalbeteiligungen an verstaatlichten			
Industrieunternehmungen und ÖIAG	—	113·9	193·0
Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft [1]	163·0	316·5	289·8
Barentschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen	0·0	2·0	1·0
Sonstige Kapitalbeteiligungen:			
Internationale Finanzinstitutionen	96·2	191·7	53·1
Sonstige Unternehmungen [1] . .	302·7	141·1	102·4
Ausgaben (Summe) [2] .	561·9	765·2	639·3

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) Hievon Umwandlungen von Bundesdarlehen und Gewinnausschüttungen in Beteiligungen:

	Verst. Elektr. Ges.	Sonstige Ges.
	Mill. S	
1971	15·7	2·1
1972	31·4	7·2
1973	15·7	2·5

[2]) Hievon außerordentliche Gebarung:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Internationale Finanzinstitutionen	96·2	191·7	53·1
Sonstige Gesellschaften	207·5	133·9	69·9
	303·7	325·6	123·0

Einnahmen	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Erträge der Anteilsrechte des Bundes an verstaatlichten			
Industrieunternehmungen bzw. ÖIAG	—	140·0	140·0
Banken	95·0	95·0	95·0
Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft	28·2	32·4	16·7
Sonstige Erträge:			
Internationale Finanzinstitutionen	60·6	0·5	0·5
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	721·5	504·5	504·5
Austria-Tabakwerke AG. . . .	36·0	36·0	36·0
Sonstige Unternehmungen . .	8·8	3·7	6·1
Einnahmen (Summe) .	950·1	812·1	798·8

Im einzelnen ist zu bemerken:

Erwerb von Beteiligungen

Für den Erwerb von Beteiligungen an Unternehmungen (Kapitalgesellschaften u. dgl.) ist in allen Fällen das Bundesministerium für Finanzen zuständig. Ausgaben für derartige Beteiligungen werden daher ausschließlich beim Ansatz 540 verrechnet.

Beteiligungen im Jahre 1973

Der im Jahre 1973 für Beteiligungen veranschlagte Betrag dient der Erhöhung des Gesellschaftskapitals von Unternehmungen, an denen der Bund bereits beteiligt ist, sowie der Beteiligung an neuen Gesellschaften, deren Gründung im Jahre 1973 in Frage kommt.

Folgende Beträge sind für Beteiligungen im Voranschlag 1973 vorgesehen:

Für Kapitalaufstockung bei der ÖIAG sind 96·5 Millionen Schilling vorgesehen:

Für den weiteren Ausbau der Kraftwerke Ottensheim, Rosegg und Korneuburg sowie des Gemeinschaftskernkraftwerkes Tullnerfeld sind 274·06 Millionen Schilling vorgesehen. Weiters werden in den Geschäftsjahren 1969/70 bis 1978/79 die Dividenden der Vorarlberger Illwerke A. G. für eine Kapitalaufstockung bei der Verbundgesellschaft zweckgewidmet (1973: 15·7 Millionen Schilling).

An sonstigen Kapitalbeteiligungen sind 69·905 Millionen Schilling für Unternehmungen bei denen bereits Kapitalerhöhungsbeschlüsse vorliegen bzw. zu erwarten sind (wie insbesondere bei der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H.,

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

„Eurofima", Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Hucketrans, Huckepack-Transportges. m. b. H., Salzach Kohlenbergbau Ges. m. b. H., Österreichisches Verkehrsbüro Ges. m. b. H., Österr. Rundfunk Ges. m. b. H., Gesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb des Internationalen Patentdokumentationszentrum Ges m. b. H. und den Eisenbahnsiedlungsgesellschaften), vorgesehen.

Schließlich werden bei verschiedenen Gesellschaften Bundesdarlehen oder Gewinnausschüttungen von insgesamt 2·524 Millionen Schilling in Neubeteiligungen umgewandelt, davon sind je 1 Million Schilling für die Wohnungs AG Linz und die Salzach-Kohlenbergbau-Ges. m. b. H. vorgesehen.

Internationale Finanzinstitutionen

Aus der Beteiligung des Bundes an internationalen Finanzinstitutionen ergibt sich folgende Gebarung:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Internationaler Währungsfonds...	—	0·0	0·0
Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung	43·1	44·7	32·5
Internationale Entwicklungsorganisation	53·1	138·0	0·0
Asiatische Entwicklungsbank	—	0·0	11·6
Europäischer Fonds	—	9·0	9·0
Summe.	96·2	191·7	53·1

Im Jahre 1973 ist seitens der internationalen Finanzinstitutionen mit Aufrufen zur Beitragsleistung in der veranschlagten Höhe zu rechnen.

Beitragsleistungen an die Internationale Entwicklungsorganisation werden jedoch auf Grund eines vom Nationalrat mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 51/1963, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 109/1964, genehmigten, zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der Oesterreichischen Nationalbank am 22. März 1963 geschlossenen Übereinkommens wegen Gewährung eines Kredites an die Republik Österreich zwecks Einlösung der zugunsten des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Entwicklungsorganisation gemäß § 1 des 3. Schatzscheingesetzes in der jeweiligen Fassung begebenen Bundesschatzscheine von der Oesterreichischen Nationalbank refinanziert [3]).

Im einzelnen ist über die Institutionen zu bemerken:

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[3]) Die Kredit(Refinanzierungs)beträge werden in der Anlehensgebarung des Bundes, nach den österreichischen Haushaltsvorschriften eine hauptsächlich für Anleiheerlöse bestimmte Sonderverrechnung, vereinnahmt.

Internationaler Währungsfonds [4])

Anläßlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden.

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Die Quote der Republik Österreich wurde mit Wirkung vom 24. September 1971 von bisher 175 Millionen Dollar auf 270 Millionen Dollar erhöht. Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Quotenerhöhung und zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben.

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich hat am 31. Jänner 1966 das Abkommen über die Asiatische Entwicklungsbank unterzeichnet und sich am Kapital der Bank mit einem Betrag von 5 Millionen US-Dollar beteiligt.

Nähere Einzelheiten über die Aufgaben der Bank können dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Seite 125 und 126 entnommen werden.

Auf Grund des im Abkommen über die Asiatische Entwicklungsbank vorgesehenen Einzahlungsmodus hatte Österreich 2·5 Millionen US-Dollar, das waren 65 Millionen Schilling, ab 1966 in 5 Jahresraten à 500.000 US-Dollar, das waren 13 Millionen Schilling, zu leisten und zwar zur Hälfte in Gold oder konvertierbarer Währung und zur Hälfte in Landeswährung oder in Bundesschatzscheinen.

Gemäß BGBl. Nr. 149/1972 wurde eine Kapitalerhöhung vorgenommen, wovon auf Österreich ein Betrag von 7·5 Millionen US-Dollar entfällt. Von diesem Betrag sind 20%, d. s. 1·5 Millionen US-Dollar, einzuzahlen u. zw. zu 40%, d. s. 600.000 US-Dollar, in Gold oder konvertierbaren Währungen, und zu 60%, d. s. 900.000 US-Dollar, in Landeswährung. Die Zahlungen in den Jahren 1973, 1974 und 1975 mit je 500.000 US-Dollar, das sind je 11,650.000 Schilling zu leisten.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung [5])

Nähere Einzelheiten über den Beitritt Österreichs zum Abkommen von Bretton Woods sowie über die bisher geleisteten Zahlungen an

[4]) Sonderorganisation der Vereinten Nationen, „Weltbank".
Änderung und Ergänzung des Abkommens: BGBl. Nr. 345/1969.
[5]) Sonderorganisation der Vereinten Nationen, „Weltbank".

die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958, Seite 106, für das Jahr 1959, Seite 124, und dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Seite 126, entnommen werden.

Als Folge der von Österreich vorgenommenen Quotenerhöhung beim Internationalen Währungsfonds wurde auch der österreichische Kapitalanteil bei der Weltbank von bisher 186·7 Millionen US-Dollar auf 230·4 Millionen US-Dollar erhöht. Von dem Erhöhungsbetrag von 43·7 Millionen US-Dollar sind 1%, das sind 437.000 US-Dollar, in Gold oder US-Dollar und 9%, das sind 3,933.000 US-Dollar, in Landeswährung zu zahlen; für den in Landeswährung zu zahlenden Teil können Bundesschatzscheine begeben werden, die von der Weltbank in drei gleichen Raten in den Jahren 1971, 1972 und 1973 eingelöst werden.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Nähere Einzelheiten über die Aufgaben dieser Organisation sowie über die Beteiligung der Republik Österreich an ihrem Kapital und an den ihr darüber hinaus zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mitteln sind dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Seite 126 und 127, zu entnehmen.

Die der Internationalen Entwicklungsorganisation angehörenden Industriestaaten (Part. I Länder), zu denen auch Österreich zählt, sowie 3 Part. II Länder haben beschlossen, der Organisation weitere Mittel in Höhe von jährlich 800 Millionen Dollar in den Jahren 1971 bis 1973 zur Verfügung zu stellen. Österreich wird sich an dieser Aktion mit einem Betrage von 16,320.000 US-Dollar beteiligen, der in drei gleichen Jahresraten durch Übergabe unverzinslicher Schatzscheine geleistet werden kann. Die gesetzliche Voraussetzung für diese weitere Beitragsleistung wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 374/1970 geschaffen. Die Refinanzierung für die von der Internationalen Entwicklungsorganisation aufgerufenen Bundesschatzscheine erfolgt durch die Oesterreichische Nationalbank.

Europäischer Fonds

Das mit der Einführung der Ausländerkonvertibilität zur Jahreswende 1958/59 in Kraft getretene Europäische Währungsabkommen (BGBl. Nr. 75/1960) [6]), das an die Stelle der Europäischen Zahlungsunion getreten ist, sieht gleichzeitig die Errichtung eines EUROPÄISCHEN FONDS vor. Der Fonds hat zur Aufgabe, seinen Mitgliedern zwecks Überbrückung vorübergehender Zahlungsbilanzschwierigkeiten Hilfe zu gewähren und damit auch gleichzeitig das Funktionieren des multilateralen Zahlungssystems zu erleichtern. Der österreichische Beitrag zum Fonds beträgt höchstens 5 Millionen US-Dollar, die nach Bedarf aufgerufen werden. Die Ermächtigung zur Beitragsleistung leitet sich aus § 3 des Bundesgesetzes, betreffend Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 74/1959, ab.

Der in Gold im Gegenwert von Verrechnungseinheiten (US-Dollar) zu erlegende Beitrag ist jeweils nach Aufruf zur Beitragsleistung durch den Europäischen Fonds diesem zur Verfügung zu stellen. In den Jahren 1959/1960 wurden Beiträge in der Höhe von 16·5 Millionen Schilling geleistet. In den Jahren 1961 bis 1970 erfolgte kein Aufruf zur Beitragsleistung. Für die Jahre 1971 und 1972 wird mit einem Aufruf zur Beitragsleistung in der veranschlagten Höhe gerechnet.

Der Artikel 6 des Europäischen Währungsabkommens sieht eine Verzinsung der Beitragsleistungen an den Europäischen Fonds vor. Der Prozentsatz der Zinsen wurde durch die Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit mit 2% p. a. festgelegt.

Bei der Berechnung des Zinsenertrages wurden die seit 1959 über Aufruf vollzogenen Beitragsleistungen berücksichtigt [7]).

Entschädigungen

§ 1 Abs. 2 des 1. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 168/1946, und § 2 des 2. Verstaatlichungsgesetzes, BGBl. Nr. 81/1947, besagen, daß für die nach diesen Gesetzen verstaatlichten Unternehmen, Betriebe und Anlagen eine angemessene Entschädigung zu leisten ist (siehe Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1945, und Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960, die sich fast ausschließlich nur auf das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, beziehen).

Für die noch nicht abgewickelten Fälle wurden 995.000 Schilling veranschlagt.

Erträge der Anteilsrechte verstaatlichter Unternehmungen bzw. der ÖIAG

Zufolge der ÖIG-Gesetz-Novelle, BGBl. Nr. 47/1970, sind die Anteilsrechte der verstaatlichten Industrieunternehmungen auf eine Aktiengesellschaft mit der Firma „Österreichische Industrie-Verwaltungs Aktiengesellschaft" (ÖIAG) übergegangen. Die Dividenden dieser

[6]) Änderungen: BGBl. Nr. 238/1960 in der Fassung BGBl. Nr. 156 und 157/1962, sowie 165/1966.

[7]) Verrechnung der Erträge beim Ansatz 2/54054.

Unternehmen fließen daher nicht mehr an den Bund, sondern an die ÖIAG. Die ÖIAG selbst wird im Jahre 1973 für das Geschäftsjahr 1972 eine 4%ige Dividende in Höhe von 140 Millionen Schilling an den Bund ausschütten.

Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes.

Dividende der Austria Tabakwerke A. G.

Die Verschleißentwicklung der Austria Tabakwerke A.G. im Jahre 1972 läßt erwarten, daß 1973 neben den Einnahmen aus der Verbrauchsbesteuerung des Tabakkonsums, die beim Ansatz 2/524 „Verbrauchsteuern" veranschlagt sind, wieder eine Dividende in Höhe von 36 Millionen Schilling zur Ausschüttung gelangt. Dieser Betrag ist beim Ansatz 2/54084 veranschlagt. Von dieser Dividende ist vom Bund gemäß § 85 Einkommensteuergesetz die Kapitalerstragsteuer im Betrage von rund 7·1 Millionen Schilling zu zahlen, die beim Ansatz 1/50007 Post 7101 als Ausgabe veranschlagt wird.

Austria Tabakwerke A. G.

Tabak ist gemäß § 1 des Bundesgesetzes vom 11. Jänner 1968, BGBl. Nr. 38 (Tabakmonopolgesetz 1968), Gegenstand eines Staatsmonopols, dessen Verwaltung gemäß § 4 des zitierten Gesetzes der Austria Tabakwerke A. G., vorm. Österreichische Tabakregie obliegt. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform einer A. G. seit 1939. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 1200 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Der Generaldirektion der Austria Tabakwerke A. G. mit dem Sitz in Wien unterstehen sechs Tabakfabriken, eine in Wien, zwei in Niederösterreich (Hainburg und Stein), eine in Oberösterreich (Linz), eine in der Steiermark (Fürstenfeld) und eine in Tirol (Schwaz). Der Einlagerung der Rohtabake dient neben den in den Tabakfabriken bestehenden Lagern das Tabakmagazin in Klagenfurt.

Verschleiß der Tabakwaren

Im April 1972 wurden die Lizenzzigaretten „Benson & Hedges", „Pall Mall", „Camel Filter", „Lord Extra" und „Krone" in das Verkaufsprogramm aufgenommen. Von der Tabakwarenerzeugung entfällt der weitaus größte Anteil auf Zigaretten.

Das Erzeugungsprogramm umfaßt derzeit 42 Zigarettenmarken, 26 Zigarrenmarken, 3 Marken Zigarettentabak (Feinschnitt), 13 Marken Pfeifentabak, 2 Marken Kautabak und 2 Marken Schnupftabak.

Für den Verkauf der Tabakwaren bestehen vier regionale Verkaufsleitungen, die sich in Wien, Leoben, Salzburg und Klagenfurt (vereinigt mit dem dortigen Tabakmagazin) befinden. Außerdem sind den Tabakfabriken in Stein, Linz, Fürstenfeld und Schwaz Verkaufsleitungen angegliedert.

Von den Verkaufsleitungen erfolgt die Belieferung der insgesamt 212 Tabakverläge (Stand 30. April 1972), von denen die Tabaktrafiken die Tabakwaren beziehen. Für den Verkauf an die Konsumenten bestehen im ganzen Bundesgebiet derzeit 14.602 Tabaktrafiken. Hievon sind 4908 selbständige Tabaktrafiken, 194 in Verbindung mit einem Verlag geführte Tabaktrafiken, 9079 Tabaktrafiken in Verbindung mit einem Gewerbe und 421 Saison- und Schutzhüttentrafiken.

Verstaatlichte Unternehmungen

1. Gesetzliche Grundlagen der Verstaatlichung [8])

Durch das Verstaatlichungsgesetz vom 26. Juli 1946, BGBl. Nr. 168 [9]), wurde die Eisenerzgewinnung, die Roheisen- und Rohstahlerzeugung, die Erdöl- und Erdgasförderung, die Buntmetallerzgewinnung, fast die gesamte Kohlenförderung, die Donauschiffahrt, ferner bedeutende Teile der Aluminiumproduktion, der Elektro- und Stickstoffindustrie, des Maschinen- und Schiffsbaues sowie des Erdölvertriebes verstaatlicht. Neben diesen rund 70 Unternehmungen wurden auch die Anteilsrechte der drei größten österreichischen Kreditinstitute — nämlich der Creditanstalt-Bankverein, der Österreichischen Länderbank AG. und der Österreichischen Credit-Institut AG. — gegen spätere Entschädigung der bisherigen Besitzer in das Eigentum der Republik Österreich übergeführt.

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1956 betreffend den Verkauf von Aktien verstaatlichter Banken, BGBl. Nr. 274, veräußerte der Bund 40% der Aktien der Creditanstalt-Bankverein und der Österreichischen Länderbank AG. Von den Aktien wurde der

[8]) Bezüglich der durch das Inkrafttreten der ÖIG-Gesetz-Novelle 1969 eingetretenen neuen Rechtslage siehe BGBl. Nr. 47/1970.

[9]) Siehe auch die zugehörige Verordnung BGBl. Nr. 199/1946.

größte Teil (je 30% des Gesamtkapitals) als stimmrechtlose Vorzugsaktien ausgegeben.

Das 2. Verstaatlichungsgesetz vom 26. März 1947, BGBl. Nr. 81 [10]), bot die gesetzliche Grundlage für die Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, wobei die kleinen Stromlieferungsunternehmungen mit einer Nennleistung bis zu 200 kW und die industriellen Eigenversorgungsanlagen, die im Jahr nicht mehr als 100.000 kWh an betriebsfremde Verbraucher abgeben, ausgenommen sind. Die Stromversorgung in den Bundesländern wurde Landesgesellschaften übertragen. Außerdem wurden Sondergesellschaften gegründet, die zumindest zu 50% im Bundeseigentum stehen. Die „Österreichische Elektrizitätswirtschafts-AG." (Verbundgesellschaft), deren Anteile zu 100% dem Bunde gehören, verwaltet treuhändig die Bundesbeteiligungen an diesen Sondergesellschaften.

Im Laufe der Jahre hat die Zahl der verstaatlichten Unternehmungen durch Verschmelzungen, Liquidationen, Rückstellungen in Durchführung des Wiener Memorandums und Maßnahmen des Rekonzernierungsgesetzes, BGBl. Nr. 112/1960, sowie des 1. Verstaatlichungs-Organisationsgesetzes, BGBl. Nr. 208/1963 [11]), Veränderungen erfahren.

Der Schwerpunkt des Sektors der verstaatlichten Industrie liegt in der Grundindustrie, reicht aber auch weit in den Bereich der Investitionsgüterindustrie und sogar in geringerem Ausmaß in jenen der Konsumgüterindustrie hinein.

Die Verstaatlichungsgesetze sehen eine angemessene Entschädigung für die verstaatlichten Unternehmungen vor. Nähere Bestimmungen sind im Ersten und Zweiten Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz (BGBl. Nr. 189/1954 und BGBl. Nr. 3/1960) enthalten. Der Großteil dieser Entschädigungen ist bereits durch die Ausgabe von Bundesschuldverschreibungen geleistet worden, wobei für den Schuldendienst letztmalig im Jahre 1965 Zahlungen angefallen sind. Sämtliche dafür ausgegebene Bundesschuldverschreibungen sind bereits getilgt. Für die restlichen Barentschädigungen ist im Bundesvoranschlag 1973 Vorsorge getroffen. [12]).

2. Aufbau und Struktur der verstaatlichten Unternehmungen

Durch das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 24/1950, wurde die Verwaltung der Anteilsrechte an den verstaatlichten Unternehmungen dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und jene der Anteilsrechte der verstaatlichten Banken dem Bundesministerium für Finanzen übertragen. Die ressortmäßige Zuständigkeit bezüglich der verstaatlichten Banken und der verstaatlichten Elektrizitätsunternehmungen hat bis heute im wesentlichen keine Veränderung erfahren.

Mit der Verwaltung der verstaatlichten Industrieunternehmungen wurde hingegen gemäß Bundesgesetz vom 11. Juli 1956, BGBl. Nr. 134, die Bundesregierung betraut. In weiterer Folge wurde die Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an den verstaatlichten Unternehmungen der „Österreichischen Industrie- und Bergbauverwaltungs-Ges. m. b. H., Wien" übertragen. Das Bundesgesetz vom 22. Juli 1959, BGBl. Nr. 173, regelte die Kompetenzen neu: Die Verwaltung der verstaatlichten Unternehmungen wurde dem Vizekanzler übertragen und gleichzeitig im Bundeskanzleramt die Sektion IV „Verstaatlichte Unternehmungen" errichtet.

Eine neuerliche Kompetenzänderung erfolgte mit Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70. Die Verwaltung der gesamten verstaatlichten Industrieunternehmungen wurde dem Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zugewiesen.

Durch das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1966 über die Ausübung der Anteilsrechte des Bundes an verstaatlichten Unternehmungen, BGBl. Nr. 23/1967 („ÖIG-Gesetz"), wurden die gesetzlichen Voraussetzungen zur Neuordnung der verstaatlichten Unternehmungen geschaffen. Die in der Anlage zum ÖIG-Gesetz genannten Unternehmungen blieben zwar im direkten Eigentum des Bundes, doch wurden die Anteilsrechte treuhändig von der ÖIG ausgeübt.

Die Rechtsform und die Organisation der einzelnen verstaatlichten Unternehmungen selbst wurde durch diese Konstruktion nicht berührt.

Die ÖIG-Gesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 47/1970, und das Bundesverfassungsgesetz über die Mitwirkung des Hauptausschusses des Nationalrates bei Angelegenheiten der in der Anlage zum ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, angeführten Gesellschaften und die Prüfungsbefugnis des Rechnungshofes (BGBl. Nr. 46/1970) brachten folgende Änderungen:

a) Umwandlung der Österreichischen Industrieverwaltungs-Ges. m. b. H. in eine Aktiengesellschaft mit der Firma „Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft" (= ÖIAG) und einem Kapital von 3500 Millionen Schilling.

[10]) Abänderung betreffend Burgenländische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft: BGBl. Nr. 43/1964.
[11]) In der Fassung BGBl. Nr. 329/1963.
[12]) Siehe Ausgabenansatz 1/54022 „Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen".

b) Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an den verstaatlichten Industrieunternehmungen auf die Österreichische Industrie-Verwaltungs-Aktiengesellschaft.

c) Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an den in der Anlage zum ÖIG-Gesetz unter B angeführten gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften an jene verstaatlichten Industrieunternehmungen, denen sie sachlich zugeordnet sind, bzw. an die ÖIAG.

d) Auflösung des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen und unentgeltliche Übertragung seines Barvermögens und seiner Forderungen auf die ÖIAG per 31. Dezember 1969, soweit letztere sich gegen die neuen Tochtergesellschaften der ÖIAG richten.

e) Mitwirkung des Hauptausschusses des Nationalrates bei gewissen Verfügungen über Anteilsrechte an verstaatlichten Industrieunternehmungen.

Die Aufgaben auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen werden gemäß BGBl. Nr. 205/1970 über die Errichtung eines Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und über die Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien vom Bundeskanzler ausgeübt.

3. Finanzielle Zusammenhänge mit dem Bundeshaushalt

Nach den Intentionen des Gesetzgebers bestehen die verstaatlichten Unternehmungen als Kapitalgesellschaften weiter. Sie sind somit eigene juristische Personen und nicht ident mit der juristischen Person „Bund". Es ist daher ihre Gesamtgebarung in den Bundeshaushalt nicht einbezogen. Soweit sie nicht Tochtergesellschaften der ÖIAG geworden sind, besteht weiter eine direkte Beteiligung des Bundes.

Ein Zusammenhang zwischen den verstaatlichten Unternehmungen und dem Bundeshaushalt ist derzeit nur dadurch gegeben, daß im Bundeshaushalt auf der Einnahmenseite die von den im direkten Bundeseigentum stehenden Unternehmungen an den Staat abgeführten Dividenden sowie Darlehensrückzahlungen (samt Zinsen), auf der Ausgabenseite die Zuführung von Kapital an verstaatlichte Unternehmungen oder die ÖIAG aus Budgetmitteln unter den Titeln „Bundesdarlehen" und „Kapitalbeteiligungen" beziehungsweise auch unter „Zuschüssen" aufscheinen. Ferner werden noch Entschädigungszahlungen des Bundes aus dem Titel der Verstaatlichung ausgewiesen.

Soweit finanzielle Zusammenhänge mit dem Bundeshaushalt bestehen, wird dies in der nachstehenden Übersicht aufgezeigt:

*) Ansatz		Erfolg 1971 [18])	BVA. 1972	BVA. 1973
		Mill. S		
	Ausgaben des Bundeshaushaltes für verstaatlichte			
	a) Industrieunternehmungen und ÖIAG:			
1/54003 } 1/54013 }	Kapitalbeteiligungen aus: Allgemeinen Budgetmitteln (Sonstige)	—	113·9	193·0
5/54205	Darlehen aus: Allgemeinen Budgetmitteln	19·2	19·5	16·9
1/54083	*Zweckgebundene Umwandlung*	—	6·0	—
	b) Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft:			
1/54043	Kapitalbeteiligungen aus: Allgemeinen Budgetmitteln	163·0	316·5	289·8
	c) Industrie und Elektrizitätswirtschaft:			
1/54022	Entschädigungen für Verstaatlichung	0·0	2·0	1·0
	Ausgaben (Summe)	182·2	457·9	500·7
	Außerdem sind noch folgende Zahlungen an verstaatlichte Unternehmungen veranschlagt:			
1/54719 } Post 7574/100 }	Zahlungen aus Finanzhaftungen für die DDSG	34·6	35·2	34·8
1/54836	Zuschuß an die Österreichische Donaukraftwerke AG (Ottensheim-Wilhering)	116·4	161·0	153·4
1/64264 } Post 7461 }	Kostenersatz an die Donaukraftwerke A. G.	73·0	53·0	55·0
1/64456	Kostenersatz an die Donaukraftwerke A. G.	2·5	0·1	0·0
1/65108	*Kostenbeiträge an die Donaukraftwerke A. G*	7·3	—	—
1/65276 } Post 7410 }	Zuschuß an die DDSG	9·5	13·4	13·2

Hinweis *) siehe Seite 135.

*) Ansatz		Erfolg 1971 [13]	BVA. 1972	BVA. 1973
		Mill. S		
	Einnahmen des Bundeshaushaltes von verstaatlichten			
	a) Banken:			
2/54034	Erträge der Anteilsrechte	95·0	95·0	95·0
	b) Industrieunternehmungen: [14]			
2/54014	Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft	—	140·0	140·0
	Rückflüsse von Darlehen aus:			
2/54204	Allgemeinen Budgetmitteln: Zinsen	—	0·1	0·0
6/54209	Tilgung	15·0	5·0	0·0
2/54274	SAC-Mitteln: Zinsen	0·2	0·0	—
2/54279	Tilgung	5·1	2·8	—
2/54263	*Zweckgebundene Umwandlung (ÖIAG)*	—	6·0	—
	c) Gesellschaften der Elektrizitätswirtschaft:			
2/54040	Dividende VIAG	— [15]	31·4	15·7
2/54044	Erträge der Anteilsrechte	28·2	1·0	1·0
	Rückflüsse von Darlehen aus:			
2/54274	SAC-Mitteln: Zinsen	3·6	3·1	2·9
2/54279	Tilgung	4·2	4·7	5·0
	Einnahmen (Summe)	151·3	289·1	259·6

*) Ansätze des Bundesvoranschlages 1973.

[13]) Gebarung der Vorjahre — Erläuterungen (Arbeitsbehelf) zum Bundesfinanzgesetz

	Jahr	Seite
bis einschließlich 1965	1968	702/Fußnote [1])
1966	1968	701/702
1967	1969	505/506
1968	1970	512/513
1969	1971	130/131
1970	1972	134/135

[14]) Durch die Auflösung des Investitionsfonds für verstaatlichte Unternehmungen mit 1. Jänner 1970 fließen die Erträge der Anteilsrechte verstaatlichter Industrieunternehmungen ab diesem Zeitpunkt der ÖIAG zu.

[15]) Im BVA 1971 beim Ansatz 2/54044 mitveranschlagt.

Kapitalbeteiligungen des Bundes im Jahre 1971

Im Jahre 1971 erfolgten bei nachstehenden Unternehmungen Kapitalbeteiligungen des Bundes:

aus Ansatz 1/54043 [16])

Tauernkraftwerke Aktiengesellschaft, Salzburg	76·3
Österreichische Draukraftwerke Aktiengesellschaft, Klagenfurt	17·0
Österreichische Elektrizitätswirtschaft-Aktiengesellschaft, Wien	15·7
Österreichische Donaukraftwerke A. G., Wien	54·0
Summe	163·0

aus Ansatz 5/54052

Internationale Entwicklungs-Association (IDA), Washington	53·1
Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Washington	43·1
Summe	96·2

aus Ansatz 1/54072

Tauernautobahn Aktiengesellschaft, Salzburg	64·9
Brenner Autobahn Aktiengesellschaft, Innsbruck	28·2
Summe	93·1

aus Ansatz 1/54083 [17])

Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Linz	0·1
Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige Ges. m. b. H., Wien	0·1
Gem. Eisenbahnsiedl. Ges. in Villach GmbH., Villach	0·1
Wohnungsaktiengesellschaft, Linz	1·0
Intercontinental Hotel-Betriebsges. m. b. H., Wien	0·8
Summe	2·1

aus Ansatz 5/54093

Austrian Airlines — Österreichische Luftverkehrs-AG., Wien	90·6
Großglockner-Hochalpenstraßen-Aktiengesellschaft, Salzburg	4·0
Gleinalm-Autobahn Aktiengesellschaft, Graz	30·0
Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, Lienz	3·8
Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft, Wien	13·0
Flughafen Wien, Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien	15·0
Österreichische Sprengmittel-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Wien	1·5
Neusiedlersee Planungsgesellschaft m. b. H., Eisenstadt	0·6
Österreichisches Verkehrsbüro, Gesellschaft m. b. H., Wien (Geschäftsanteileankauf von Dosag)	0·2
Österreichische Verkehrskreditbank Aktiengesellschaft, Wien	17·9
„Österreichischer Exportfonds" Gesellschaft m. b. H., Wien	23·3
Tiroler Flughafenbetriebsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	1·2
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Gesellschaft m. b. H. in Villach	1·2
Hucketrans Huckepack Transport Gesellschaft m. b. H., Wien	2·0
Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Wien	1·1
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Gesellschaft m. b. H., Linz	1·4
Olympia-Stadion-Betriebsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·6
Verschiedene Genossenschaften	0·1
Summe	207·5
Gesamtsumme	561·9

Erträge von Anteilsrechten des Bundes im Jahre 1971

An Erträgen von Anteilsrechten des Bundes gingen im Jahre 1971 ein:

	Dividende in %	für die Jahre	Mill. S
bei Ansatz 2/54034 [16])			
Creditanstalt-Bankverein, Wien	10	1970	60·0
Österreichische Länderbank A. G., Wien	10	1970	30·0
Österreichisches Creditinstitut A. G., Wien	10	1970	5·0
Summe			95·0
bei Ansatz 2/54044			
Österreichisch-Bayerische Kraftwerke A. G., Simbach	4	1970	11·3
Donaukraftwerk Jochenstein A. G., Passau	0·4	1970	1·2
Vorarlberger Illwerke A. G., Bregenz	4	1969/70	15·7
Summe			28·2
bei Ansatz 2/54054			
Internationaler Währungsfonds, Washington			46·7
Europäischer Fonds, Paris			0·5
Internationale Entwicklungs-Association (IDA), Washington			10·3
Asiatische Entwicklungsbank, Manila			3·1
Summe			60·6

[16]) Verstaatlichte Unternehmungen.
[17]) Umwandlung von Gewinnausschüttungen und Bundesdarlehen.

	Dividende in %	für die Jahre	Mill. S
bei Ansatz 2/54074			
Oesterreichische Nationalbank: Ertrag der Anteilsrechte	6	1970	4·5
Gewinn			717·0
Summe ...			721·5
bei Ansatz 2/54084			
Austria-Tabakwerke A. G.	3	1970	36·0
bei Ansatz 2/54090			
Wohnungsaktiengesellschaft, Linz	1·99	1970	1·0
Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	4	1970	0·1
Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges. Linz, Ges. m. b. H., Linz	4	1970	0·1
Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges., Ges. m. b. H. in Villach	4	1969	0·1
Intercontinental Hotel-Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien	zirka 13	1970	0·8
Summe ...			2·1
bei Ansatz 2/54094			
Radio Austria A. G., Wien	4	1969	0·4
	4	1970	0·5
Intercontinental Hotel-Betriebsgesellschaft m. b. H., Wien	zirka 37·55	1970	2·3
Wohnungsaktiengesellschaft, Linz	1·99	1970	1·0
Österreichische Sprengmittel-Vertriebsges. m. b. H., Wien	80	1970	0·4
Alpenländische Heimstätte, gemeinn. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	4	1970	0·6
Österreichisches Verkehrsbüro Ges. m. b. H., Wien	10	1970	0·2
Lagereibetriebe Gesellschaft m. b. H., Wien	zirka 7·02	1970	0·2
„Kärntner Heimstätte" Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigung, Gesellschaft m. b. H., Klagenfurt	4	1969	0·3
	4	1970	
Oberösterreichische Kühlhaus Aktiengesellschaft, Linz	4	1970	0·1
„Eurofima", Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial, Basel	4	1970	0·6
Verschiedene Kleinbeteiligungen nach dem Reststückegesetz			0·1
Summe ...			6·7
Gesamtsumme ...			950·1

Beteiligungen

Nominalwert

Laut Beilage N im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1972 beträgt der Nominalwert der Bundesbeteiligungen:

	Mill. S
Verstaatlichte Unternehmungen	6.985
Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft [18])	3.500
Sonstige inländische Unternehmungen	3.011
Ausländische Unternehmungen	10.298
Summe ...	23.794
Weitere zwischenzeitliche Beteiligungen [19])	387
Im Bundesvoranschlag 1973 vorgesehene weitere Beträge für Beteiligungen, deren Aufteilung im Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht möglich ist	571
Zusammen ...	24.752

Reinvermögen

Das den Bundesbeteiligungen entsprechende Reinvermögen der einzelnen Unternehmungen entspricht laut Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1972, soweit es erfaßbar war, folgenden Beträgen:

	Mill. S
Verstaatlichte Unternehmungen	12.059
Österreichische Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft [18])	12.495
Sonstige inländische Unternehmungen	rd. 7.128
Ausländische Unternehmungen	6.509
Zusammen ...	rd. 38.191

Titel 2/541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	5·5
1972 **)	0·4
1973 **)	0·0

Verfügung über Beteiligungen des Bundes

Gemäß Artikel X des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Ver-

[18]) Siehe Beilage N, Seite 483 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1972.
[19]) Siehe Seite 499 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1972.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[18]) Siehe Beilage N, Seite 483 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1972.

staatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt oder bei einer Gewinnverteilung in den letzten 5 Jahren vor der Veräußerung mehr als 5 v. H. an Gewinn ausgeschüttet wurden.

Titel 542 Bundesdarlehen

	Ordentliche Gebarung	Sachaufwand Ao. Gebarung	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *) ..	168·3	19·2	187·5	104·6
1972 **) ..	68·7	31·7	100·4	84·0
1973 **) ..	59·1	27·4	86·5	71·0

Beim Titel 2 werden folgende Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1971 *)	1972 **) Mill. S	1973 **)
Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist:			
DDSG [20])	19·2	19·5	16·9
Wohnungsbau für Flüchtlinge [21])	6·8	7·0	4·2
Sonstige Unternehmungen [21])	161·5	61·7	54·9
Übrige Bundesdarlehen [20])	—	12·2	10·5
Ausgaben (Summe)	187·5	100·4	86·5

Einnahmen	1971 *)	1972 **) Mill. S	1973 **)
Verstaatlichte Industrieunternehmungen:			
Zinsen	—	0·1	0·0
Rückzahlungen	15·0	5·0 [20])	0·0 [20])
Sonstige Unternehmungen:			
Zinsen [22])	26·3	23·8	27·4
Rückzahlungen [22])	18·7	23·4	17·6

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[20]) Außerordentliche Gebarung.
[21]) Hievon buchmäßige Umwandlung von Zinsen oder Gewinnausschüttungen in Darlehen:

	Mill. S
1971 *)	20·7
1972 **)	19·5
1973 **)	21·7

[22]) Hievon Umwandlung von Zinsen in Darlehen und von Darlehensrückzahlungen in Kapitalbeteiligungen:

	Mill. S
1971 *)	20·7
1972 **)	25·5
1973 **)	22·7

Einnahmen (Fortsetzung)	1971 *)	1972 **) Mill. S	1973 **)
Unternehmungen (mit SAC-Krediten): [23])			
Zinsen	4·8	3·7	3·2
Rückzahlungen	24·9	15·3	8·6
Sonstige Darlehensempfänger:			
Zinsen	5·4	5·2	4·9
Rückzahlungen	9·5	7·5 [24])	9.3 [24])
Einnahmen (Summe)	104·6	84·0	71·0

Darlehen an verstaatlichte Unternehmungen

Für die DDSG sind 16·905 Millionen Schilling veranschlagt.

Wohnungsbau für Flüchtlinge

Im Rahmen des Lagerauflösungsprogramms des Bundesministeriums für Inneres wurden 3186 Wohnungen errichtet.

Die für die Lagerauflösung vorgesehenen Finanzierungsbeiträge des Bundes im Gesamtbetrage von etwa 241 Millionen Schilling wurden in Form von Bundesdarlehen weitergegeben, mit denen die BUWOG die für diesen Zweck aufgenommenen Bankkredite abdeckte. Für 1972 waren zur Abrechnung der Spitzenbeträge noch 1 Million Schilling vorgesehen. Im Jahre 1973 wird nur mehr eine Umwandlung von Zinsen und Darlehen stattfinden.

An der Finanzierung des Wohnbauprogrammes für Flüchtlinge mit deutscher Staatsangehörigkeit beteiligte sich auch die Bundesrepublik Deutschland mit einem unverzinslichen Rahmenkredit in der Gesamthöhe von 13 Millionen DM und einer Laufzeit von 15 Jahren [25]). Im Jahre 1971 sind hievon noch rund 1·9 Millionen Schilling in Anspruch genommen worden. Im Jahre 1973 findet ebenfalls nur mehr eine Umwandlung von Zinsen in Darlehen statt.

Darlehen an sonstige Unternehmungen

Für sonstige Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, wurden im wesentlichen nur Mittel für die BUWOG-Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete GesmbH. zwecks Errichtung von Wohnungen für

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[23]) Hievon von verstaatlichten Unternehmungen:

	1971 *)	1972 **) Mill. S	1973 **)
E-Wirtschaft:			
Zinsen	3·6	3·1	2·9
Darlehensrückzahlungen	4·2	4·7	5·0
Industrie:			
Zinsen	0·2	0·0	—
Darlehensrückzahlungen	5·1	2·8	—

[24]) Hievon außerordentliche Gebarung 5·2 Millionen (Anlage 2).
Schilling (1972) und 7·0 Millionen Schilling (1973).
[25]) Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, BGBl. Nr. 283/1962

Bundesbedienstete, für die Entwicklungsgesellschaft Aichfeld-Murboden Ges. m. b. H. zur Verbesserung der Struktur dieses Raumes, sowie für die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Ges. m. b. H. zur Finanzierung der Errichtung der Safeguards-Laboratories der IAEO in Seibersdorf vorgesehen.

Weiters werden auf Grund bestehender vertraglicher Verpflichtungen bei verschiedenen Bundesdarlehen die Zinsen kapitalisiert. Den hiebei entstehenden buchmäßigen Ausgaben stehen gleichhohe zweckgebundene Einnahmen gegenüber.

Übrige Bundesdarlehen

Österreich ist Mitglied verschiedener Konsortien der OECD. Für die Gewährung eines Bundesdarlehens im Rahmen der Programme dieser Konsortien wurden 10·552 Millionen Schilling vorgesehen.

Einnahmen

Unterschiede

Die Ursache der unterschiedlichen Höhe der Einnahmen in den Jahren 1971 bis 1973 ist aus nachstehender Übersicht zu ersehen:

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Umwandlungen:			
Zinsen in Darlehen . . .	20·7	19·5	21·7
Darlehensrückzahlungen in Beteiligungen . . .	—	6·0[26])	1·0
Übrige Gebarung	83·9	58·5	48·3
Zusammen .	104·6	84·0	71·0

Die niedrigeren Einnahmen sind in der vollständigen Tilgung einiger größerer Darlehensfälle begründet.

Bundesdarlehen im Jahre 1971

Im Jahre 1971 wurden folgende Bundesdarlehen gewährt:

aus Ansatz 5/54205 [27])

	Mill. S
Erste Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft, Wien . .	19·1

aus Ansatz 1/54255

	Mill. S
Buwog—Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wien . .	57·1
Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, reg. Gen. m. b. H., Wien V	27·3
Wohnbaugesellschaft der Österr. Bundesbahnen, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	10·9
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Ges. m. b. H. in Villach	3·9
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Linz	3·6
Alpenländische Heimstätte, gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·9
Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, Lienz	1·5
Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, Aktiengesellschaft, Wien	10·0
Österreichische Sprengmittel-Vertriebsgesellschaft m. b. H., Wien	1·4
„Wien-Film" Gesellschaft m. b. H., Wien	1·5
Obstbauring Innsbruck, reg. Gen. m. b. H., Innsbruck	0·0
Erste gemeinnützige Wohnungsgesellschaft „Heimstätte Gesellschaft m. b. H.", Wien	0·1
Zwischensumme a) ...	118·2
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungs-Aktiengesellschaft „Schwarzatal", Wien	3·6
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft in Wien XIII, reg. Gen. m. b. H., Wien	9·2
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgen. „Atlas", r. Gen. m. b. H., Wien	2·8
Österreichische Wohnbaugenossenschaft gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz	4·7
Allgemeine Heimstättengenossenschaft Gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz	1·6
Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m. b. H., Salzburg	2·0
Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	1·6
Gemeinnützige (O.Ö.) Wohn- und Siedlergemeinschaft, reg. Gen. m. b. H., Linz	0·1
Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Familie" in Linz, e. Gen. m. b. H., Linz	0·8
Gemeinnützige Grazer Wohnbaugenossenschaft, Graz	1·2
Wohnbau-Genossenschaft Bergland, reg. Gen. m. b. H., Zell am See	1·6
„Neue Heimat" Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Tirol, Ges. m. b. H., Innsbruck	0·1
„Neue Heimat" Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Oberösterreich, Ges. m. b. H., Linz Gemeinnütziges Wohnungswerk, Ges. m. b. H., Innsbruck	0·1
Zwischensumme b) ...	29·4
Summe ...	147·6

aus Ansatz 1/54265 [28])

	Mill. S
Buwog—Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wien . .	14·0
Großglockner-Hochalpenstraßen-AG., Salzburg . .	4·6
Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach	0·4

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[26]) Rückzahlung eines Darlehens des szt. Investitionsfonds.
[27]) Verstaatlichte Unternehmungen.
[28]) Buchmäßige Umwandlung von Zinsen in Darlehen.

	Mill. S
Gemeinnützige Allgemeine Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft, reg. Gen. m. b. H., Wien V	0·4
„Dachstein" Fremdenverkehrs-AG., Linz	0·3
Wohnbaugesellschaft der Österr. Bundesbahnen, gemeinn. Ges. m. b. H., Wien	0·2
Alpenländische Heimstätte, gemeinn. Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·1
Gemeinn. Eisenbahnsiedlungsges. Linz, Ges. m. b. H., Linz	
Lichtgenossenschaft St. Jakob in Defereggen	
Zwischensumme a)	20·0
Allgemeine Heimstättengenossenschaft Gemeinn. reg. Gen. m. b. H., Graz und Wien	0·1
Gebös, Gemeinnützige Baugenossenschaft österreichischer Siedler und Mieter, e. Gen. m. b. H., Wien	0·1
Gemeinnützige Salzburger Wohnbaugesellschaft m. b. H., Salzburg	0·1
Österreichische Wohnbaugenossenschaft gemeinnützige reg. Gen. m. b. H., Graz	0·4
Tiroler gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·1
Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft e. Gen. m. b. H., St. Pölten	
Österreichisches Volkswohnungswerk, Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Wien	
„Neue Heimat", Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft in Wien, Ges. m. b. H., Wien	
Gemeinnützige Hauptgenossenschaft des Siedlerbundes, r. Gen. m. b. H., Salzburg	
Gemeinnützige O.Ö. Wohn- und Siedlergemeinschaft, reg. Gen. m. b. H., Linz	
Gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft der Post- und Telegraphenbediensteten für Kärnten in Villach, reg. Gen. m. b. H., Villach	
Wohnbauvereinigung für öffentlich Bedienstete, Ges. m. b. H., Wien	
Zwischensumme b)	0·8
Summe	20·8

aus Ansatz 5/54295

Keine

Gesamtsumme ... 187·5

Darlehensrückflüsse und -verminderungen im Jahre 1971

Im Jahre 1971 sind folgende Rückzahlungen von Bundesdarlehen erfolgt:

1. Durch Umwandlung in Kapitalbeteiligungen:
Unternehmungen mit Bundesbeteiligung: [29]) — Mill. S

Keine

[29]) Ansatz 2/54262.

2. Übrige Rückzahlungen:

	Mill. S
a) Verstaatlichte Unternehmungen [30])	
Simmering-Graz-Pauker Aktiengesellschaft für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau, Wien	15·0
Summe a)	15·0
b) Unternehmungen mit Bundesbeteiligung: [31])	
Österreichischer Rundfunk, Gesellschaft m. b. H., Wien	7·9
Verschiedene Wohnbaudarlehen	3·1
Intercontinental Hotel-Betriebsges. m. b. H., Wien	1·5
Salzach-Kohlenbergbau-Ges. m. b. H., Trimmelkam	0·5
Heimstätte Graz, gemeinn. Wohnbau- und Siedlungsges. m. b. H., Graz	0·4
Internationales Studentenhaus, gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., Innsbruck	0·0
Axamer Lizum Aufschließungs-Aktiengesellschaft, Innsbruck	0·1
Buwog-Gemeinn. Wohnungsges. für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wien	0·0
„AUSTROPLAN"-Österreichische Planungsgesellschaft m. b. H. (Austrian Engineering Co. Ltd.), Wien	0·7
Timmelsjoch-Hochalpenstraßen-Aktiengesellschaft, Lienz	0·5
Summe b)	14·7
c) Sonstige Unternehmen: [31])	
Verschiedene Wohnbaudarlehen	4·0
Summe c)	4·0
d) Unternehmungen (mit SAC-Krediten): [32])	
Verschiedene Kapitalsrückzahlungen aus SAC-Krediten	24·9
Summe d)	24·9
e) Sonstige Rechtsträger: [33])	
Dorotheum, Wien	5·0
Finanzhilfe an die Türkische Republik	4·2
Verschiedene Kapitalrückzahlungen von Darlehen aus staatlichen Mitteln in den Jahren 1938 bis 1945	0·3
Summe e)	9·5
Summe 2 (a—e)	68·1
Gesamtsumme	68·1

[30]) Ansatz 2/54207.
[31]) Ansatz 2/54257.
[32]) Ansatz 2/54277.
[33]) Ansatz 2/54297.

Weiters sind im Jahre 1971 fällige Darlehenszinsen im Betrage von 20·7 Millionen Schilling in Bundesdarlehen umgewandelt worden. Diese Zinsen sind bei dem Ansatz 2/54260 vereinnahmt worden und entsprechen den bei dem Ansatz 1/54265 ausgewiesenen gleichhohen Darlehensbeträgen.

Darlehensforderungen des Bundes sind im Jahre 1971 in Kapitalbeteiligungen nicht umgewandelt worden.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	29·8	2·1
1972 **)	26·5	1·5
1973 **)	34·5	1·5

Leistungen für Miteigentumsanteile bei Flughafenbetriebsgesellschaften

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung mit Ausnahme des Flughafens Wien werden in der Form finanziert, daß der Bund und das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungsgebäude) errichten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Sobald die Flughafenbetriebsgesellschaften finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, wird dieses sogenannte Treuhandvermögen von ihnen zum Teil oder zur Gänze erworben oder wie bei der Flughafen Wien Betriebsgesellschaft in das Betriebsvermögen eingebracht.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren aus Zinsen, die durch die nicht sofortige Verwendung einzelner Teilbeträge der oben erwähnten Miteigentumsanteile infolge langsameren Baufortschrittes auflaufen. Diese Zinsen werden mit den jeweiligen Einzahlungsverpflichtungen der drei Gesellschafter aufgerechnet.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	1·5	19·8
1972 **)	1·6	15·1
1973 **)	2·1	19·1

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 2/5450 Verwertung verfallener Vermögenschaften

Ehem. NS-Vermögen

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, StGBl. Nr. 13/1945, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu und werden wie folgt verrechnet: Erlöse aus unbeweglichem Vermögen beim Ansatz 2/54607 Post 0001/002 und 0002/002, Erlöse aus beweglichem Vermögen beim Ansatz 2/54507. Ebenso werden die Erträgnisse aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Einnahmen gemäß WSchG

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1956, BGBl. Nr. 275, lebten gewisse Forderungen des Bundes gegen Kreditinstitute und Versicherungsunternehmungen wieder auf.

Aus Restforderungen wird im Jahre 1973 mit Einnahmen in der Höhe von 0·1 Millionen Schilling gerechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Im Zusammenhang damit fallen Ausgaben aus der Rückzahlung von bereits zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen und aus der Abdeckung von Nachlaßpassiven bei der Naturalübernahme erbloser Grundstücke an, deren genaue Höhe sich nur schwer abschätzen läßt.

Titel 546 Unbewegliches Bundeseigentum

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	14·5	35·7
1972 **)	15·6	64·5
1973 **)	4·5	67·2

Unterschiede der Gebarung

Über die unterschiedliche Höhe der Einnahmen in den Jahren 1971 bis 1973 gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Militärische Liegenschaften .	7·0	3·0	2·0
Liegenschaftstausch	16·7	50·0	52·0
Sonstige Veräußerungen .	11·2	11·1	11·1
Sonstige Einnahmen . . .	0·8	0·4	2·1
Summe .	35·7	64·5	67·2

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Einnahmen

Alle Rechtsgeschäfte über Verfügungen (Veräußerung und Belastung) über unbewegliches Bundesvermögen bedürfen nach der derzeitigen Rechtslage, sofern nicht eine gesetzliche Verfügungsermächtigung erforderlich ist, im Sinne des Art. IX des Bundesfinanzgesetzes der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

Gemäß Art. IX Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen über unbewegliches Bundesvermögen sowohl an bestimmte Wertgrenzen als auch an bestimmte Verwendungszwecke gebunden. Bei dem für die Wertgrenzen im Sinne des Art. IX Abs. 2 maßgebenden Schätzwert können allfällige Aufwendungen des Erwerbers oder hypothekarische Belastungen berücksichtigt werden. Die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen nach Art. IX Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes umfaßt das Recht zu entgeltlichen und unentgeltlichen Verfügungen.

Weitere Ermächtigungen für die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen enthalten das Vermögensverfallsgesetz, BGBl. Nr. 213/1947 in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955, und die Vermögensverfallsamnestie, BGBl. Nr. 155/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 45/1958, 7/1962 und 173/1962.

Die Einnahmen aus unbeweglichem Bundesvermögen beim Titel 2/546 ergeben sich aus Veräußerungserlösen und aus Vergütungen gemäß § 30 Abs. 3 der Bundeshaushaltsverordnung (BGBl. Nr. 118/1926), in beiden Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung, weiters aus im Bereich des Finanzressorts anfallenden Entgelten für Belastungen von Grundstücken und Bestandzinsen (Nutzungen usw.). Der institutionellen Gliederung des Budgets entsprechend werden Einnahmen aus solchen Belastungen und Bestandzinsen bei den die zugehörigen Liegenschaften verwaltenden Ressorts (Bundesbetrieben) veranschlagt.

Als „Belastungen" sind nachstehende Einnahmen aus bundeseigenen Liegenschaften zu verrechnen:

- Bauzinse infolge Belastung unbeweglichen Bundeseigentums mit Baurechten;
- Einnahmen aus der Belastung mit Dienstbarkeiten.

Als „Nutzungen" sind Einnahmen aus bundeseigenen Grundstücken o h n e Gebäudezugehörigkeit zu verrechnen:

- Bestandzinse ohne Rücksicht auf die Vertragsdauer (Miet- und Pachtzinse, Benützungszinse, Anerkennungszinse);
- Erlöse aus dem Verkauf von Gras, Obst, Holz, Flußkies u. dgl.;
- Inanspruchnahme von Bundesstraßengrund durch Dritte.

Ausgaben

Bei diesem Titel sind die mit der Veräußerung von unbeweglichem Bundeseigentum zusammenhängenden Kosten (z. B. Schätzkosten, Abgaben) sowie Rückersätze für Veräußerungen aus den Vorjahren veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Titel Vergütungen gemäß § 30 (3) BHV zu veranschlagen, d. s. Zahlungen für Übertragungen von unbeweglichem Bundesvermögen aus der Benützung und Verwaltung der Bundesbetriebe in jene der Hoheitsverwaltung, mit Ausnahme der Übertragung in die Benützung und Verwaltung der Bundesstraßenverwaltung.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen Mill. S
1971 *)	104·6	116·7
1972 **)	113·7	88·0
1973 **)	164·8	147·5

Für eine Haftungsübernahme durch den Bund ist jeweils eine sondergesetzliche Grundlage erforderlich, soweit nicht das jeweilige Bundesfinanzgesetz für bestimmte Haftungsübernahmen (z. B. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972, BGBl. Nr. 1, Artikel VII) eine entsprechende Regelung trifft.

Mit Stichtag 31. Dezember 1971 ergibt sich folgendes Bild:

	Mill. S
Gültiger Rahmen (auf Grund diverser gesetzlicher Ermächtigungen)	91.929
Übernommene Haftungen	55.178
Für weitere Haftungsübernahmen noch zur Verfügung	36.751
Das Haftungsobligo des Bundes per 31. Dezember 1970 in Höhe von	47.086
hat sich im Jahre 1971 durch neue Haftungsübernahmen um	21.285
erhöht und durch Teilrückzahlungen der Kredite um	13.195
vermindert, sodaß das Haftungsobligo des Bundes per 31. Dezember 1971 beträgt.	55.178

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Gesetzliche Grundlagen

Haftungen des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen der Elektrizitätswirtschaft (Energieanleihen):

BGBl. Nr.	Nominale Mill. S	BGBl. Nr.	Nominale Mill. S
50/1953	662	287/1963	500
58/1955	1.000	291/1964	400
75/1957[34])....	594	168/1965	600
48/1958	546	93/1966	1.500
176/1959 } 269/1959 }	[35]) 1.026	153/1967	1.700
		230/1968 ..[36])	3.200
223/1960	1.000	110/1969 ..[36])	3.000
273/1961	780	326/1970 ..[36])	4.200
197/1962	600	225/1972 ..[36])	4.800

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 insgesamt: 13.035,987.262'31 Schilling;

BGBl. Nr. 87/1955, betreffend die Übernahme von Ausfallshaftungen durch den Bund für Kredite zur Errichtung von Zollfreizonen, u. zw. als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB (Ge- 200,000.000 Schilling. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 48,076.822'02 Schilling;

BGBl. Nr. 159/1955 (Garantiegesetz 1955), betreffend Ausfallshaftung des Bundes als Bürge gemäß § 1346 ABGB Haftungslimit 800,000.000 Schilling. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 54.462.949'55 Schilling;

BGBl. Nr. 239/1958 für Haftungen des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB (Gesetzliches Limit gemäß BGBl. Nr. 66/1959 350,000.000 US-Dollar. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 98,302.013'58 US-Dollar = 2.359,248.325'86 Schilling);

BGBl. Nr. 283/1958, betreffend die Haftung des Bundes für ein Darlehen bis zur Höhe von 40 Millionen Schilling für Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten (derzeit noch nicht in Anspruch genommen);

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Ausmaß von 50 bzw. 60%, ab dem Jahre 1968 ausschließlich 50%, des aushaftenden Kreditbetrages:

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S	BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1959	300	87/1966	800
1/1960	600	1/1967	800
1/1961	900	1/1968	800
1/1962	700	1/1969	800
94/1963	700	1/1970	800
1/1964	700	1/1971	800
1/1965	800	1/1972	800
		0/1973	800

[34]) In der Fassung 175/1957.

[35]) Hievon für die 5¼%ige Energie-Konversionsanleihe 1959 126 Millionen Schilling.

[36]) In die Haftungssumme sind die Zinsen und Kosten einzurechnen; es entfällt sohin die Hälfte der Haftungssumme auf das Kapital und die Hälfte auf Zinsen und Kosten.

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 insgesamt: 1.281,545.158'40 Schilling;

BGBl. Nr. 1/1960, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB bis zur Höhe von 500 Millionen Schilling für Darlehen, die von verstaatlichten Unternehmen und Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, aufgenommen werden (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 109,398.554'12 Schilling);

Haftungen für Darlehen, die von Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, aufgenommen wurden:

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S	BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1961	200	94/1963	150
1/1962	150	1/1964	150

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 insgesamt: 100,040.479'25 Schilling;

Haftungen des Bundes für Anleihen der Wohnbaufonds:

BGBl. Nr.	Nominale Mill. S	BGBl. Nr.	Nominale Mill. S
1/1962	240	1/1967	700
1/1964	400	1/1968 ....[37])	500
1/1965	600	1/1969 ....[38])	300
87/1966	700		

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 insgesamt: 1.849,371.500 Schilling;

BGBl. Nr. 74/1962, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB (Gesetzliches Limit 120,000.000 US-Dollar. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 22,495.984'95 US-Dollar = 539,903.638'88 Schilling);

BGBl. Nr. 143/1962, betreffend die Ausfallsbürgschaft für Kredite, die einem Sparer gemäß §§ 7 und 8 des obigen Gesetzes von Kreditunternehmungen gewährt werden; Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 5,324.959'32 Schilling;

BGBl. Nr. 158/1963 (§ 2), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für eine Anleihe an die „Ver-

[37]) In Art. VII Abs. 1 Z. 3 und 4 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1968 sind für die beiden Wohnbaufonds Haftungsermächtigungen von zusammen 1000 Millionen Schilling enthalten, wovon 500 Millionen Schilling auf das Kapital und 500 Millionen Schilling auf Zinsen und Kosten entfallen.

[38]) In Art. VII Abs. 1 Z. 3 und 4 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1969 sind für die beiden Wohnbaufonds Haftungsermächtigungen von zusammen 600 Millionen Schilling enthalten, wovon 300 Millionen Schilling auf das Kapital und 300 Millionen Schilling auf Zinsen und Kosten entfallen.

einigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke" im Betrage von 10,000.000 US-Dollar (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 7,539.000 US-Dollar = 180,936.000 Schilling);

BGBl. Nr. 159/1963 (§ 1), betreffend die Rückbürgschaft des Bundes gegenüber dem Land Baden-Württemberg für ein Darlehen an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG. (Verbundgesellschaft) bis zu einem Höchstbetrag von 25,000.000 Deutsche Mark (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 23,239.620'61 Deutsche Mark = 169,649.230'45 Schilling);

BGBl. Nr. 159/1963 (§ 2), betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für eine Anleihe an die „Tauernkraftwerke AG." bis zu einem Höchstbetrag von 50,000.000 Schweizer Franken, sowie für einen von der gleichen Gesellschaft zur Vorfinanzierung dieser Anleihe aufzunehmenden Kredit bis zur Höhe von 30,000.000 Schweizer Franken (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 224,742.300 Schilling);

BGBl. Nr. 117/1964 (Atomhaftpflichtgesetz), betreffend die Schadloshaltung des Haftpflichtigen durch den Bund (Schadloshaltung bis 500 Millionen Schilling);

BGBl. Nr. 135/1964 in der Fassung BGBl. Nr. 224/1967, 443/1969 und 306/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für von der „Brennerautobahn AG." aufzunehmende Kredite bis zu einem Betrag von 6.400,000.000 Schilling [39]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 2.980,923.851'71 Schilling);

BGBl. Nr. 168/1964 (§ 1) in der Fassung BGBl. Nr. 415/1969, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen oder Kredite an die „Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft" bis zu einem Gegenwert von insgesamt 600,000.000 Schilling in fremder oder in inländischer Währung (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 565,400.000 Schilling);

BGBl. Nr. 200/1964 (Ausfuhrförderungsgesetz 1964), in der Fassung BGBl. Nr. 65/1972, betreffend die Haftung des Bundes für Ausfuhrgeschäfte von Erzeugungs- und Handelsunternehmungen bzw. als Bürge für den Akzeptanten für Wechselkredite von Kreditinstituten (Haftungslimit 35 Milliarden Schilling. Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 19.910, 100.900 Schilling).

BGBl. Nr. 196/1967 (Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967), in der Fassung BGBl. Nr. 187/1970, betreffend die Haftung des Bundes in Form von Garantien für von der „Österreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft" durchzuführende Kreditoperationen zur Erleichterung der Finanzierung mittel- und langfristiger Ausfuhrgeschäfte, für die eine Haftung des Bundes gemäß Ausfuhrförderungsgesetz 1964, BGBl. Nr. 200, in der Fassung BGBl. Nr. 65/1972 übernommen wurde (Haftungslimit: 7 Milliarden Schilling [39]). Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 4.789,840.259'41 Schilling);

Haftung des Bundes für Darlehen der „Austrian Airlines — Österreichische Luftverkehrs-AG":

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
335/1970	1900 [40])

(Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 917,941.152'80 Schilling);

Haftungen des Bundes für Darlehen der „1. Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft":

BGBl. Nr.	Darlehensrahmen Mill. S
1/1965	50
87/1966	50
1/1967	50
232/1968	120[39])

Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971 insgesamt: 198,916.872'24 Schilling;

BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 81/1967, 206/1967 und 256/1968, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für von der „Felbertauernstraße AG." aufzunehmende Kredite bis zu einem Betrag von 354,000.000 Schilling (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 364,510.168'14 Schilling);

BGBl. Nr. 83/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 211/1969 und 26/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie" bis zu einem Betrag von 1580 Millionen Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 851, 415.130'75 Schilling);

BGBl. Nr. 252/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 414/1969, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Finanzoperationen der „Österreichi-

[39]) In die Haftungssumme sind die Zinsen und Kosten einzurechnen; auf die ausgewiesene Haftungssumme entfällt sohin die Hälfte auf das Kapital und die Hälfte auf Zinsen und Kosten.

[40]) Von der ausgewiesenen Haftungssumme entfällt ungefähr 60% auf das Kapital und 40% auf Zinsen und Kosten.

[41]) In die Haftungssumme sind die Zinsen und Kosten einzurechnen; auf die ausgewiesene Haftungssumme entfällt sohin die Hälfte auf das Kapital und die Hälfte auf Zinsen und Kosten.

www.parlament.gv.at

schen Stickstoffwerke Aktiengesellschaft" bis zu einem Betrag von 1.400,000.000 Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 732,994.984·43 Schilling);

Haftungen des Bundes für Finanzoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds":

BGBl. Nr.	Haftungssumme Mill. S
1/1968	300 [41])
1/1969	600 [41])
1/1970	700 [41])
1/1971	800 [41])
1/1972	1000 [41])
0/1973	1000 [41])

(Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 1.405,327.273·25 Schilling);

BGBl. Nr. 231/1968, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Dachstein-Fremdenverkehrs-Aktiengesellschaft" bis zu einem Gesamtbetrag (Gegenwert) von 45 Millionen Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 31,900.055·53 Schilling);

BGBl. Nr. 233/1968 in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft" bis zu einem Gesamtbetrag (Gegenwert) von 1330 Millionen Schilling [41]);

BGBl. Nr. 234/1968, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Österreichischen Automobil-Fabriks-Aktiengesellschaft" bis zu einem Gesamtbetrag (Gegenwert) von 50 Millionen Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 34,143.604·17 Schilling);

BGBl. Nr. 396/1968 in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Österreichischer Rundfunk Gesellschaft mbH." bis zu einem Gesamtbetrag (Gegenwert) von 1200 Millionen Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 300,229.432·49 Schilling);

BGBl. Nr. 56/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 54/1971 und 461/1971, betreffend die Übernahme von Bürgschaften (Nachbürgschaften) des Bundes gegenüber diversen Kreditgebern für Ausfallsbürgschaften (Vorbürgschaften), die die „Entwicklungs- und Erneuerungsfonds-Gesellschaft mbH." für von diesen Kreditgebern an

a) inländische private oder verstaatlichte Unternehmungen,
b) Unternehmungen und Einrichtungen der inländischen Fremdenverkehrswirtschaft und
c) Unternehmungen und Einrichtungen der inländischen Verkehrswirtschaft

gewährte Darlehen und Kredite in Schillingwährung übernimmt.

Der ausstehende Gesamtbetrag der Nachbürgschaften einschließlich Zinsen und Kosten (Gesamthaftungsbetrag) darf für Kreditnehmer a) und c) 2000 Millionen Schilling, für Kreditnehmer b) 500 Millionen Schilling nicht übersteigen (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 359,164.736·10 Schilling);

BGBl. Nr. 115/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 25/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für von der „Tauernautobahn AG." aufzunehmende Kredite bis zu einem Betrag von 6900 Millionen Schilling [41]) (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 1.747,395.520 Schilling);

BGBl. Nr. 210/1969, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Darlehen und sonstige Kredite der „Schoeller-Bleckmann Stahlwerke Aktiengesellschaft" bis zu einem Betrag von 150 Millionen Schilling [41]);

BGBl. Nr. 298/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 233/1971, betreffend Ausfallsbürgschaften des Bundes für Darlehen und Kredite zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe bis zu einem Betrag von 500 Millionen Schilling; (Haftungsobligo des Bundes zum 31. Dezember 1971: 28,816.800 Schilling);

BGBl. Nr. 23/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 47/1970, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft" bis zu einem Betrag von 2000 Millionen Schilling [41]);

BGBl. Nr. 435/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Oesterreichisch-Alpine Montangesellschaft" bis zu einem Betrag von 1330 Millionen Schilling [41]);

[41]) In die Haftungssumme sind die Zinsen und Kosten einzurechnen; auf die ausgewiesene Haftungssumme entfällt sohin die Hälfte auf das Kapital und die Hälfte auf Zinsen und Kosten.

BGBl. Nr. 479/1971, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB für von der „Gleinalm-Autobahn AG" aufzunehmenden Kredite bis zu einem Betrag von 6600 Millionen Schilling [41]);

BGBl. Nr. 150/1972, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Finanzoperationen der „Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG." bis zu einem Betrag von 6000 Millionen Schilling [41]).

BGBl. Nr. 174/1972, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen der „Intercontainer" — Internationale Gesellschaft für den Transcontainer Verkehr bis zu einem Betrag (Gegenwert) von 75 Millionen belgische Francs [41]);

BGBl. Nr. 263/1972, betreffend die Haftung des Bundes als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB. für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Vereinigte Metallwerke Ranshofen-Berndorf AG." bis zu einem Betrag von 665 Millionen Schilling an Kapital und 505·5 Millionen Schilling an Zinsen und Kosten.

Unterschiede der Gebarung

Für Inanspruchnahmen auf Grund der übernommenen Haftungen wurden gegenüber 1972 um rund 51 Millionen Schilling mehr veranschlagt.

Die im Jahr 1971 für Haftungsinanspruchnahmen nach dem AFG auf Grund von übernommenen Haftungen eingesetzten Voranschlagsbeträge wurden bereits überschritten. Infolge neuerlicher Erhöhung des Haftungsrahmens nach der Ausfuhrförderungsgesetznovelle 1972 muß daher für das kommende Jahr mit einem Mehrerfordernis gerechnet werden.

Für Inanspruchnahmen auf Grund des Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetzes ist für Kursverluste, die sich nach der DM-Aufwertung im Jahre 1969 und nach der sfrs-Aufwertung sowie der Freigabe des Wechselkurses für DM im Mai 1971 infolge Paritätsänderung bei Finanztransaktionen in Fremdwährung ergeben werden, eine Vorsorge von rund 40 Millionen Schilling erforderlich.

Allerdings wurden auch die Einnahmen, die im Zusammenhang mit Bundeshaftungen anfallen, gegenüber dem Voranschlag 1972 um rund 55·6 Millionen Schilling höher veranschlagt, weil wegen Erhöhung des Haftungsrahmens nach dem Ausfuhrförderungsgesetz höhere Einnahmen an Haftungsentgelten zu erwarten sind.

Gebarung 1971 bis 1973

Haftungsinanspruchnahmen für	1971 *) Ausgaben	1971 *) Einnahmen	1972 **) Ausgaben	1972 **) Einnahmen	1973 **) Ausgaben	1973 **) Einnahmen
	Mill. S		Mill. S		Mill. S	
Ausfuhrförderungsgesetze	56·6	115·2	63·7	86·4	107·8	146·0
Garantiegesetz 1955 [42])	—	0·2	3·0	0·3	1·7	0·2
Verstaatlichte Unternehmungen	34·6	—	35·2	0·0	34·8	0·0
Sonstige Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist	1·1	1·3	1·8	1·3	0·5	1·3
Agrarinvestitionskredite	—	—	0·0	0·0	0·0	0·0
AUA	—	—	—	—	—	—
Übrige	—	—	0·0	0·0	0·0	0·0
Bankanteil an Haftungsentgelten	12·3	—	10·0	0·0	20·0	0·0
Summe ...	104·6	116·7	113·7	88·0	164·8	147·5

[42]) Für ehemalige USIA-Betriebe.

Abschreibungen

Im Jahr 1971 wurden aus Haftungsübernahmen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz Regreßansprüche in Höhe von 3,300.000 Schilling abgeschrieben.

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	154·8	84·3
1972 **)	452·7	154·0
1973 **)	491·6	134·0

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Ursachen der unterschiedlichen Höhe der Ausgaben in den Jahren 1971 bis 1973 können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden:

Verpflichtungen	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
aus Vermögensverhandlungen	—	0·0	46·3
an ERP-Fonds	15·1	18·1	18·2
Schuldübernahme AUA	23·3	23·6	23·7
Donaukraftwerk Ottensheim-Wilhering; Bundeszuschuß	116·4	161·0	153·4
Zahlung an IAKW	—	250·0	250·0
Summe...	154·8	452·7	491·6

Vermögensverträge

Bei den Ausgaben von 46,325.000 Schilling beim Ansatz 1/54809 „Vermögensverträge" han-

delt es sich um eine buchmäßige Durchführung, die auf Grund des Vermögensvertrages mit der spondierende Einnahmesatz lautet 2/57270.
Republik Italien notwendig wurde. Der korre-

Übergabe des ERP-Vermögens an ERP-Fonds

Nach der gemäß BGBl. Nr. 207/1962 erfolgten Übergabe des ERP-Sondervermögens an den ERP-Fonds verblieb aus der vorhergegangenen Abwicklung der ERP-Hilfe durch den Bund eine noch offene Verwaltungsschuld des Bundes in Höhe von 261·9 Millionen Schilling. Von dieser Schuld wurden bisher 186·0 Millionen Schilling an den Fonds rückerstattet.

Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 237/1965 an den ERP-Fonds

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50-Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als achte Rate werden für 1973 128.000 Schilling benötigt werden.

Mit Unterstützung des Fachverbandes haben die drei österreichischen Kohlenbergbaubetriebe Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbaugesellschaft m. b. H., Salzach-Kohlenbergbau Ges. m. b. H. und Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks A. G. den Antrag gestellt, der Bund möge ähnlich wie hinsichtlich der mit Bundesgesetz vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 237, getroffenen Maßnahme für drei andere Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues ihre ERP-Verbindlichkeiten mit schuldbefreiender Wirkung übernehmen.

Den antragstellenden Unternehmungen wurden die Rückzahlungen der fälligen ERP-Darlehen während der vergangenen sechs Jahre wegen der schwierigen Lage des österreichischen Kohlenbergbaues jeweils gestundet. Nachdem auch für die Zukunft keine Aussicht für eine Rückzahlung dieser Kredite besteht, soll als Hilfsmaßnahme für den österreichischen Kohlenbergbau der Bund diese Schulden übernehmen. Das finanzielle Erfordernis beträgt 3,040.000 Schilling jährlich während eines Zeitraumes von 50 Jahren.

Bundeszuschuß für Donaukraftwerk Ottensheim-Wilhering

Zur Durchführung des Ausbauprogrammes der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaftern jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie z. B. Schleusen entstehen. Dieser Zuschuß beträgt beim Kraftwerk Ottensheim der Österreichischen Donaukraftwerke A. G. 560 Millionen Schilling, die in den Jahren 1971 bis 1974 zu bezahlen sind. Für 1973 wurden einschließlich verschiedener Nebenkosten 153·435 Millionen Schilling veranschlagt.

Schuldübernahme AUA

Das AUA-Finanzierungsgesetz BGBl. Nr. 335/1970 sieht vor, daß der Bund die Verpflichtungen aus bundesverbürgten Krediten der AUA mit einem Kapitalbetrag von 46,225.000 DM samt Zinsen übernimmt.

Für 1973 wurden einschließlich der Überweisungsspesen 23,680.000 Schilling veranschlagt.

Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, A.G.

Diese Gesellschaft soll für den Bund den Amtssitz zweier internationaler Organisationen und ein Konferenzzentrum errichten; die für den Bau notwendigen Finanzierungsmittel sollen, soweit erforderlich, mit Bundeshaftung auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden. Das Bundesministerium für Finanzen hat auf Grund des IAKW-Finanzierungsgesetzes, BGBl. Nr. 150/1972, der Gesellschaft gegenüber jährliche Beträge leisten, mit denen die Kosten der Planung, Errichtung, Finanzierung, Erhaltung und Verwaltung in einem längeren Zeitraum abgedeckt werden sollen. Der im zitierten Bundesgesetz festgelegte Jahresbetrag 1973 von 250 Millionen Schilling wurde beim Ansatz 1/54844 Post 7474 budgetiert. Die Stadt Wien hat sich gegenüber dem Bund verpflichtet, 35% der Errichtungs- und Finanzierungskosten (ohne Verwaltungskosten der Gesellschaft) zu refundieren. Bei angenommenen Verwaltungskosten von 10 Millionen Schilling ergibt sich somit eine Refundierungsverpflichtung der Stadt Wien von 84 Millionen Schilling, die beim Ansatz 2/54844 Post 8554 budgetiert sind.

Reingewinnabfuhr gemäß Postsparkassengesetz

Nach den Bestimmungen des Postsparkassengesetzes, BGBl. Nr. 458/1969, war für das Jahr 1971 erstmalig der Anteil des Bundes am Reingewinn der Österreichischen Postsparkasse des Geschäftsjahres 1970 zu veranschlagen, während bis 1969 die Ausgaben und Einnahmen des Österreichischen Postsparkassenamtes im Bundesvoranschlag bei Kapitel 80 brutto veranschlagt wurden. Für diese Reingewinnabfuhr wurde der neue Ansatz 2/54834 vorgesehen. Auf Grund der bisherigen Geschäftsergebnisse der Österreichischen Postsparkasse im Jahre 1972 wird diese Reingewinnabfuhr mit 50 Millionen Schilling angenommen.

Infolge erhöhter Personalausgaben, vermehrter Investitionen und Nebenausgaben im Sachaufwand sowie Zuführung zu Rücklagen, denen die Zinseneinnahmen nur beschränkt folgen können, ist im Jahre 1973 mit einer geringeren Reingewinnabfuhr als 1972 zu rechnen.

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Ausgaben	Personalaufwand 1971*)	1972**)	1973**)
	Mill. S		
Titel			
1/550: Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes	3.540·6	3.945·2	4.330·6
1/552: Sonstige Bedienstete [1]	330·7	382·1	370·6
Summe	3.871·3	4.327·3	4.701·2

Unterschiede der Gebarung

Der Unterschied (Mehrerfordernis) des Voranschlages 1973 gegenüber dem Voranschlag 1972 ist durch die gemäß BGBl. Nr. 214/1972 ab 1. Juli 1972 geregelten sowie ab 1. Juli 1973 zu erwartenden Bezugserhöhungen verursacht.

Weiters wurde der auf Grund des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, zu erwartende Mehraufwand berücksichtigt.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Erstellung des Pensionsaufwandes [2]) sind die Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340 in der Fassung der 3. Pensionsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 216/1972, des Pensionsüberleitungsgesetzes, BGBl. Nr. 187/1949, des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 [3]), sowie der Teuerungszulagenverordnung, BGBl. Nr. 188/1972 ,maßgebend. Überdies sind die Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte, BGBl. Nr. 295/1969, sowie die Bestimmungen des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, berücksichtigt.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions-(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung [4]) mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz [4]) geregelt.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

Dienstgeberbeitrag

Der Dienstgeberbeitrag zur Krankenversicherung der Pensionsparteien beträgt nach § 22 Abs. 1 und 3 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 200/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 388/1970, 2·9 v. H. der Pensionsleistung — ohne Hilflosenzulage — unter Berücksichtigung einer Mindestbeitragsgrundlage von 1300 Schilling [5]) und einer Höchstbeitragsgrundlage von 6200 Schilling monatlich.

Anzahl der Pensionsempfänger

Über die Pensions- und Provisionsempfänger, die der Veranschlagung bei Kapitel 55 zugrunde liegen, sowie deren Anzahl mit Ende der Jahre 1967 bis 1971 gibt die Übersicht auf Seite 150 Auskunft.

Titel 1/551 Ersätze an Länder

	Personalaufwand	Sachaufwand
	Mill. S	
1971 *)	1.495·3	—
1972 **)	1.769·9	—
1973 **)	—	1.634·8

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1973 BGBl. Nr. 000/1972 ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthoheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Ab dem Jahre 1973 werden die vom Bund zu tragenden Kosten der Landeslehrer als Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) im Sachaufwand veranschlagt.

Titel 1/553 Vorschüsse

	Sachaufwand
	Mill. S
1971 *)	0·5
1972 **)	4·4
1973 **)	2·6

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Bei diesem Ansatz ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanbeamte, Montanrentner, Theresianische Militärakademie, Mozarteum, Krankenpflegerinnen, Taubstummeninstitut, Hofzahlamt, Hofmarschallamt, Heeresarbeiter, Südtiroler, Kanaltaler, Bahningenieure, Donauregulierungskommission, Kartographisches Institut, Kriegsgeschädigtenfonds, Pensionen der gemeinsamen Ministerien, Burgenländische Pensionen, Bosnische Pensionen, Landwirtschaftliche Betriebe, Stadtschutzwache, Vertragspensionen, Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke AG. sowie außerordentliche Versorgungsgenüsse für Volksdeutsche und Heimatvertriebene.
[2]) Todesfallbeiträge sind beim Pensionsaufwand mitveranschlagt.
[3]) In der Fassung BGBl. Nr. 278/1972.
[4]) BGBl. Nr. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963 und 255/1967.
[5]) § 19 Abs. 5 des B-KUVG, BGBl. Nr. 200/1967 in der Fassung BGBl. Nr. 388/1970.

Vorschüsse können an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 gewährt werden. Sie sind längstens binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Titel 1/554 Geldaushilfen

	Personalaufwand Mill. S
1971 *)	3·4
1972 **)	5·1
1973 **)	4·7

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Absatz 4 des Pensionsgesetzes 1965, BGBl. Nr. 340, auf Antrag eine Geldaushilfe gewährt werden.

Titel 1/555 Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen

	Personalaufwand Mill. S
1971 *)	1.700·0
1972 **)	1.700·0
1973 **)	1.700·0

Beitrag zum Pensionsaufwand der Österreichischen Bundesbahnen gemäß § 17 des Bundesbahngesetzes, BGBl. Nr. 137/1969.

Ansatz 2/55004 Beiträge von Gemeinden für ehemalige Polizeibedienstete

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	1·1
1972 **)	1·0
1973 **)	1·0

Bei dem Ansatz 2/55004 sind jene Einnahmen zu verrechnen, die sich aus der anteilsmäßigen Tragung der Pensionslast auf Grund von Verbundlichungsübereinkommen in Ansehung jener Personen ergeben, die aus dem städtischen Polizeidienst in den Bundespolizeidienst übernommen worden waren. Im Jahre 1973 werden Beiträge von Leoben und Wiener Neustadt eingehen.

Ansatz 2/55005 Ersätze der Österreichischen Postsparkasse

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	66·1
1972 **)	78·4
1973 **)	79·1

Gemäß § 7 Abs 4 des Postsparkassengesetzes BGBl. Nr. 458/1969 hat die Österreichische Postsparkasse den Personalaufwand des Österreichischen Postsparkassenamtes dem Bund zu ersetzen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 2/552 Sonstige Beiträge

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	93·1
1972 **)	83·0
1973 **)	83·0

Ansatz 2/55204 Beitragsleistung auf Grund des Bonner Regierungsabkommens

Die Bundesrepublik Deutschland leistet an die Republik Österreich nach dem Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 zur Versorgung bestimmter Gruppen von Heimatvertriebenen einen jährlichen Beitrag in der im vorhinein festgesetzten Höhe von höchstens 5·6 Millionen DM.

Darüber hinaus leistet die Bundesrepublik Deutschland nach Feststellung des Gesamtjahresaufwandes im nachhinein gegebenenfalls einen weiteren Beitrag, der jeweils im Verhandlungswege festgesetzt wird.

Gebarung

Für das Jahr 1973 ist wie in den Vorjahren mit dem festen Beitrag von 5·6 Millionen DM, das sind 40 Millionen Schilling, zu rechnen. Darüber hinaus wird sich auf Grund der Abrechnung für das Jahr 1972 ein Nachzahlungsbetrag von rund 43 Millionen Schilling ergeben.

Im Jahre 1971 sind über den festen Beitrag hinaus rund 53 Millionen Schilling eingegangen.

Titel 2/553 Vorschußersätze

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	3·1
1972 **)	3·2
1973 **)	3·2

Die Vorschußersätze werden im Wege der Aufrechnung abgestattet.

Titel 2/554 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Mill. S
1971 *)	719·1
1972 **)	775·9
1973 **)	728·4

Ansatz 2/55404 Pensionsbeiträge

Gesetzliche Grundlagen

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Jänner 1960 nach § 22 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, in der Fassung der 3. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 297/1959, in der Höhe von 5 v. H. vom

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, werden Pensionsbeiträge auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Außerdem werden bei diesem Ansatz die besonderen Pensionsbeiträge verrechnet, die nach § 56 des Pensionsgesetzes 1965 zu leisten sind.

Gebarung

Die geringeren Einnahmen im Bundesvoranschlag 1973 (572·0 Millionen Schilling) gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 (597·5 Millionen Schilling) sind darauf zurückzuführen, daß die seitens der Bundesländer bisher für die Landeslehrer an den Bund abzuführenden Pensionsbeiträge auf Grund der Bestimmung des § 3 Finanzausgleichsgesetzes 1973 von den Ländern vereinnahmt werden.

Ansatz 2/55414 Überweisungen von Pensionsträgern

Gesetzliche Grundlagen

Die Beiträge der Pensionsversicherungsträger und sonstigen öffentlich-rechtlichen Dienstgeber werden nach § 6 Abs. 3 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 177/1948 sowie nach den §§ 308, 311 und 529 ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, geleistet.

Gebarung

Die Einnahmen betragen:	Mill. S
1971 *)	158·8
1972 **)	178·3
1973 **)	156·4

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Anzahl der Pensionisten

Ansatz	Finanzgesetzliche Ansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1973			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensionsparteien	Provisionsparteien	Zusammen	1967	1968	1969	1970	1971
		Anzahl							
550	Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes:			[1]					
55000	Ruhebezüge	24.589	. . .	24.589	21.574	21.711	22.033	22.865	[4]23.920
55010	Versorgungsbezüge	27.369	. . .	27.369	27.288	27.192	27.045	27.019	[4]27.322
55020	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	677	. . .	677	906	825	771	719	[4] 715
	Titel 550 (Summe)	52.635	. . .	52.635	49.768	49.728	49.849	50.603	[4]51.957
551	Landeslehrer:								
55100	Ruhebezüge	. . .	. . .	. . .	11.615	11.521	11.568	11.557	11.493
55110	Versorgungsbezüge	. . .	. . .	. . .	5.346	5.601	5.625	5.726	5.692
55120	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	. . .	. . .	. . .	224	117	114	114	114
	Titel 551 (Summe)	. . .	. . .	. . .	17.185	17.239	17.307	17.397	17.299
552	Sonstige Bedienstete: [2]								
55200	Ruhebezüge	365	3.243	3.608	[3] 4.847	[3] 4.579	[3]4.250	[3] 3.921	[3] 3.844
55210	Versorgungsbezüge	429	670	1.099	[3] 1.275	[3] 1.248	[3]1.233	[3] 1.160	[3] 1.141
55220	Außerordentliche Versorgungsgenüsse	3.420	21	3.441	[3] 4.409	[3] 4.224	[3]3.982	[3] 3.727	[3] 3.593
	Titel 552 (Summe)	4.214	3.934	8.148	[3]10.531	[3] 10.051	[3] 9.465	[3] 8.808	[3] 8.578
	Kapitel 55 (Summe)	56.849	3.934	60.783	77.484	77.018	76.621	76.808	77.834

[1]) Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge..... 74
Versorgungsbezüge 113

[2]) Bei diesem Ansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der „Austria" Tabakwerke A. G. enthalten.

	1967	1968	1969	1970	1971
[3]) Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge	4.426	4.269	3.839	3.668	3.250
Versorgungsbezüge	769	780	735	735	670
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	32	24	21	26	21
Summe	5.227	5.073	4.595	4.429	3.941

[4]) Einschließlich Österreichische Postsparkasse (1260 Pensionisten).

Kapitel 56 Familienlastenausgleich

Titel 560 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Zweckgebundene Gebarung)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	9.098·0	9.098·0
1972 **)	9.283·6	9.283·6
1973 **)	11.201·2	11.201·2

Gesetzliche Grundlagen

Die Veranschlagung der Ausgaben und der Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen gründet sich auf die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 24. Oktober 1967, betreffen den Familienlastenausgleich durch Beihilfen, BGBl. Nr. 376, in der Fassung BGBl. Nr. 302/1968, 195/1969, 10/1970, 415/1970, 116/1971, 229/1971 und 284/1972 (Familienlastenausgleichsgesetz 1967 = FLAG 1967).

Unterschiede der Gebarung

Im Jahre 1973 werden sich die Ausgaben des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen gegen 1972 aus folgenden Gründen erhöhen:

1. Die Zunahme der Anzahl der in Ausbildung befindlichen Kinder;

2. die Vorsorge für die steigende Anzahl anspruchsberechtigter Gastarbeiter;

3. die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen und die Finanzierung der Schülerfreifahrten auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 284/1972;

4. die Finanzierung der Schulbücher gemäß dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 284/1972;

5. die Erhöhung der Familienbeihilfe für jedes Kind um monatlich 20 Schilling ab 1. Jänner 1973 sowie die Erhöhung der Familienbeihilfe für behinderte Kinder.

Die Erhöhung der Einnahmen ist insbesondere durch die zu erwartende Steigerung der Lohnsumme, von der 6% als Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten sind, bedingt.

Gebarungsansätze

Seit 1. Jänner 1968 wird die gesamte Beihilfengebarung über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geführt. Dieser Fonds besitzt keine Rechtspersönlichkeit. Nach Art der Flüssigmachung der Beihilfen bzw. nach Art der Einhebung der Beiträge gliedert sich der Fonds in zwei Sektionen (Sektion A und B).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ausgaben

Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:

	1971*)	1972**) Mill. S	1973**)
Sektion A:			
Familienbeihilfen	5.457	5.740	6.500
Sektion B:			
Familienbeihilfen	2.287	2.633	3.000
Geburtenbeihilfen.....	212	250	230
Schulfahrtbeihilfen.....	—	150	200
Schülerfreifahrten.....	141	200	600
Schulbücher.....	—	—	600
Sonstige familienpolitische Maßnahmen	—	—	—
Überschuß an den Reservefonds	1.001	311	71
Gesamtsumme 560...	9.098	9.284	11.201

Familienbeihilfe

Seit 1. Jänner 1968 gibt es nur eine einzige laufende Beihilfe, nämlich die Familienbeihilfe.

In der Sektion A werden die Familienbeihilfen ausgewiesen, die von den Dienstgebern und auszahlenden Stellen auszuzahlen und gemäß § 22 des zit. Bundesgesetzes aus Fondsmitteln zu ersetzen sind.

In der Sektion B werden jene Familienbeihilfen ausgewiesen, die die Finanzverwaltung dem Anspruchsberechtigten über die Österreichische Postsparkasse überweist oder auf dessen Abgabenkonto beim Finanzamt gutbucht.

Ausmaß der Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe beträgt seit 1. Juli 1971 monatlich

für ein Kind	240 S,
für zwei Kinder	540 S,
für drei Kinder	975 S,
für vier Kinder	1.305 S
und für jedes weitere Kind	360 S

mehr.

Die Familienbeihilfe wird vierzehnmal im Jahr gewährt. Die 13. und 14. Monatsgebühr wird in vier Raten, u. zw. in den Monaten Februar, Mai, August und November ausgezahlt.

Ab 1. Jänner 1973 ist eine Erhöhung der Familienbeihilfe für jedes Kind um monatlich 20 Schilling sowie eine Erhöhung der Familienbeihilfe für behinderte Kinder beabsichtigt. Ab 1. Juli 1973 soll die Familienbeihilfe um weitere 10 Schilling je Kind erhöht werden.

Bedeckung des Aufwandes

Der Aufwand der Familienbeihilfen wird für die Mehrzahl der Anspruchsberechtigten aus Mitteln des Ausgleichsfonds bedeckt.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen nicht getragen, die

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

a) der Bund, die Länder oder die Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern (mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds), die Österreichischen Bundesbahnen, die Post- und Telegraphenanstalt sowie die gemeinnützigen Krankenanstalten ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und

b) den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresverwaltung, aus der Opferfürsorge sowie Kleinrentnern ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Kapitel 56 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Anzahl der Anspruchsberechtigten auf Familienbeihilfe

Aus nachstehender Übersicht sind die Verrechnungspositionen für den Aufwand an Familienbeihilfe sowie die Anzahl der anspruchsberechtigten Personen zu ersehen:

Verrechnungspositionen	Anzahl der Anspruchsberechtigten [1]) mit einem Kind	zwei	drei Kindern	vier	fünf und weiteren	zusammen
1. Kapitel 56 des Bundeshaushaltes (Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion A) [2])	371.300	248.000	113.200	51.400	44.300	828.200
Kapitel 56 des Bundeshaushaltes (Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B)	79.000	70.000	42.500	21.100	17.400	230.000
Fondsverwaltung (Summe)	450.300	318.000	155.700	72.500	61.700	1,058.200
2. Kapitel 01 bis 65 — ohne Kapitel 15 und 56 —, 78 und 79 des Bundeshaushaltes (Hoheitsverwaltung, Post und Bahn)	53.600	40.800	17.300	6.100	4.000	121.800
Kapitel 15 des Bundeshaushaltes (betr. Opferfürsorge bzw. Kriegsopfer- und Heeresversorgung)	2.180	1.000	450	480	520	4.630
Haushalte der Länder und der Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern	54.000	33.000	14.400	5.400	4.200	111.000
Selbstträger (Summe)	109.780	74.800	32.150	11.980	8.720	237.430
Gesamtsumme	560.080	392.800	187.850	84.480	70.420	1,295.630

Geburtenbeihilfe

Aus Anlaß der Geburt eines Kindes wird die Geburtenbeihilfe gewährt.

Höhe der Geburtenbeihilfe

Die Geburtenbeihilfe beträgt
für jedes Kind ..... 2.000 S,
im Falle einer Totgeburt ..... 800 S.

Anzahl der Geburten

Die Anzahl der Geburten kann nur annähernd geschätzt werden.

Die Durchschnittszahlen der in den letzten acht Jahren statistisch erfaßten Geburten sind:
123.437 lebendgeborene Kinder,
1.370 totgeborene Kinder.

Träger des Aufwandes

In 99 von Hundert der Geburtenfälle trägt der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen den Aufwand an Geburtenbeihilfe; nur 1 Prozent des Gesamtaufwandes wird von den Gebietskörperschaften (für ihre weiblichen Dienstnehmer und Empfänger von Ruhe- und Versorgungsgenüssen) gemäß § 35 FLAG 1967 getragen.

Schulfahrtbeihilfe

Für die Zeit ab dem Schuljahr 1972/73 wird Schulfahrtbeihilfe für Kinder gewährt, die eine öffentliche oder eine mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Schule im Inland, eine gleichartige Schule im grenznahen Gebiet im Ausland, eine im Krankenpflegegesetz geregelte Schule oder eine Bundeshebammenlehranstalt besuchen, wenn der Schulweg mindestens 3 km lang ist. Die Höhe der pauschalierten Schulfahrtbeihilfe richtet sich nach der Entfernung zwischen Wohnort und Schule bzw. Zweitunterkunft des Schülers am Schulort.

[1]) Die Anzahl der Anspruchsberechtigten ist nicht identisch mit der Kinderanzahl, für die Familienbeihilfen gezahlt werden. Es sind Familienbeihilfen für insgesamt 2,584.000 Kinder vorgesehen (einschließlich 253.000 Kinder der Gastarbeiter).

[2]) Einschließlich der Anzahl der anspruchsberechtigten Gastarbeiter (gemäß § 3 FLAG 1967) und der Anzahl der anspruchsberechtigten Grenzgänger (Ausgleichszahlungen gemäß § 4 FLAG 1967).

Die Anzahl der anspruchsberechtigten Gastarbeiter, gegliedert nach der Kinderanzahl, hat in den Jahren 1970 und 1971 betragen:

	Anzahl der anspruchsberechtigten Gastarbeiter mit einem Kind	zwei	drei Kindern	vier	fünf und weiteren	zusammen
Zählung:						
1970	16.409	16.774	11.694	8.667	11.054	64.598
1971	22.506	22.229	14.857	10.604	13.498	83.694
Schätzung:						
1972	27.300	26.900	18.000	12.800	16.400	101.400
1973	32.800	32.500	21.700	15.400	19.800	122.200

Die Anzahl der Grenzgänger, die den Anspruch auf Ausgleichszahlungen geltend machten, betrug im Jahre 1968 insgesamt 2.576, im Jahre 1969 insgesamt 3.791 und im Jahre 1970 insgesamt 7.044.

Schülerfreifahrten

Für die Zeit ab dem Schuljahr 1972/73 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Verträge über die unentgeltliche Beförderung von Schülern sowohl im Linienverkehr als auch im Gelegenheitsverkehr abzuschließen, sowie den Gemeinden und Schulerhaltern die ihnen durch die Schülerbeförderung im Gelegenheitsverkehr entstehenden Kosten zu ersetzen. Der Fahrpreis bzw. Fahrpreisersatz wird aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet.

Für die Bedeckung des Aufwandes sind vorgesehen:

	1971/1972	1972/1973
a) Linienverkehr	320 Mill. S	400 Mill. S
b) Gelegenheitsverkehr	—	200 Mill. S

Die Auflage- und Versendungskosten der für die Erlangung eines Freifahrausweises im Linienverkehr erforderlichen Vordrucke (Schulbestätigungen) sind zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, zu verrechnen. Der voraussichtliche Aufwand beträgt 485.000 Schilling.

Schulbücher

Ab dem Schuljahr 1972/73 werden Schülern, die eine öffentliche oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Pflichtschule, mittlere oder höhere Schule im Inland als ordentliche Schüler besuchen, die für den Unterricht notwendigen Schulbücher unentgeltlich zur Verfügung gestellt (§ 31 Abs. 1 FLAG 1967 in der Fassung des Bundesgesetz BGBl. Nr. 284/1972). Die Schulbücher gehen in das Eigentum der Schüler über.

Die Schulbücher sind von den Schulerhaltern durch Ausfolgung der vom Bundesministerium für Finanzen aufgelegten Schulbuchgutscheine, die jeweils auf ein bestimmtes Buch lauten und von den Schülern oder Erziehungsberechtigten beim Buchhändler gegen ein verlagsneues Schulbuch eingelöst werden können, zur Verfügung zu stellen. Die Buchhändler rechnen die eingelösten Gutscheine im Wege der Österreichischen Postsparkasse zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, ab.

In bestimmten Ausnahmefällen können die Schulerhalter auch zur Anschaffung der Schulbücher zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, von den Finanzlandesdirektionen ermächtigt werden. Ferner können nur für das Schuljahr 1972/73 Schulbücher aus Beständen der Schulerhalter (z. B. Schülerladen) den Schülern ins Eigentum übertragen werden. Hiefür ist von der Finanzlandesdirektion zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, den Schulerhaltern ein Ablösebetrag in der Höhe von 50 v. H. der seinerzeitigen Anschaffungskosten der Schulbücher zu leisten (Art. II des BG vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 284/1972).

Die Anzahl der Schüler, die erstmals im Schuljahr 1972/73 die für den Unterricht notwendigen Schulbücher unentgeltlich erhalten, wird auf 1,403.000 geschätzt.

Der im Jahre 1973 anfallende Gesamtaufwand wurde mit 600 Millionen Schilling angenommen.

Reservefonds

Die aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Sektion A und B) anfallenden Überschüsse sind gemäß § 40 FLAG 1967 einem Reservefonds mit eigener Rechtspersönlichkeit zuzuführen. Aus dem Reservefonds sollen allfällige künftige Abgänge des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen bedeckt werden.

Zur Ausweisung der Überschußabfuhr an den Reservefonds und der Einnahmen vom Reservefonds bei Abgängen wurden die Verrechnungsansätze 1/56097 und 2/56040 in den Bundeshaushalt aufgenommen.

Der Reservefonds weist mit Stand vom 31. Dezember 1971 ein Vermögen von 4408 Millionen Schilling aus. [3])

Der Überschuß der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen des Rechnungsjahres 1971 im Betrage von 1.000·7 Millionen Schilling wurde dem Reservefonds für Familienbeihilfen in bar zugeführt (Kündigungsgeldkonto bei der Österreichischen Postsparkasse). Das übrige Vermögen des Reservefonds besteht in einer Forderung gegen den Bund in Höhe von 3.407·3 Millionen Schilling.

Einnahmen

Die Zweckgebundenen Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zeigt die nachfolgende Übersicht:

	1971*)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Sektion A:			
Dienstgeberbeiträge	8.187	8.250	10.050
Sektion B:			
Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer	718	841	955
Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben.	68	68	68
Beiträge der Länder	125	125	128
Ersatz vom Reservefonds.	—	—	—
Gesamteinnahmen 56...	9.098	9.284	11.201

Dienstgeberbeiträge

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfe beträgt 6 v. H. der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[3]) Summe der Überschüsse der Rechnungsjahre 1952 bis 1970.

Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Diensgeberbeitrages sind befreit:

a) der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die Österreichischen Bundesbahnen und die Post- und Telegraphenanstalt;

b) die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von ihnen verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2000 übersteigt. Die Einwohnerzahl der Gemeinden bestimmt sich nach dem Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung. Dieses Ergebnis wird mit dem Beginn des dem Stichtag der Volkszählung nächstfolgenden Kalenderjahres wirksam (§ 42 Abs. 2 FLAG 1967);

c) die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 Krankenanstaltsgesetz, BGBl. Nr. 1/1957).

Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer

Ab 1. Jänner 1973 werden nach einem in parlamentarischer Beratung stehenden Bundesgesetz über die „Zuweisung von Ertragsanteilen der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für Zwecke der Wohnbauförderung und des Familienlastenausgleiches" die Beiträge vom Einkommen durch einen Anteil i. H. v. 2·29 v. H. an dem Aufkommen der genannten Stammsteuern ersetzt. Diese Anteile werden bei den Ansätzen 2/52004 bis 2/52034 in Einnahme und beim Ansatz 2/52870 in Ausgabe und schließlich beim Ansatz 2/56010 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sektion B, verrechnet.

Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Die Beiträge von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben betragen 125 v. H. der Beitragsgrundlage.

Die Beitragsgrundlage ist der von allen land- und forswirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z. 1 des Grundsteueregesetzes 1955 BGBl. Nr. 149, für Zwecke der Grundsteuer ermittelte Meßbetrag.

Von den Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z. 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden, bildet die Beitragsgrundlage ein besonderer Meßbetrag, der sich nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes 1955 ergeben würde, wenn das Grundstück als land- und forstwirtschaftliches Vermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes bewertet worden wäre.

Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 Schilling pro Jahr und Landeseinwohner im Alter von über 18 Jahren.

Das Aufkommen an Beiträgen der Länder zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird sich im Jahre 1973 gegenüber dem Vorjahresergebnis auf Grund der Volkszählungsergebnisse 1971 um ungefähr 3 bis 4 Millionen Schilling erhöhen. Die genaue Festsetzung der Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer im Verordnungswege entsprechend den Bestimmungen des § 45 Abs. 3 FLAG 1967 kann erst nach Bekanntgabe der Ergebnisse der letzten Volkszählung 1971 erfolgen. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung betreffend „Wohnbevölkerung im Alter von 18 Jahren und darüber" ist erst im Frühjahr 1973 zu erwarten.

Titel 561 Rückzahlung an den Reservefonds

	Sachaufwand Mill. S
1971 *)	0·0
1972 **)	0·0
1973 **)	0·0

In dem Ansatz 1/56107 wird für den Fall Vorsorge getroffen, daß der Bund allenfalls Rückzahlungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten außerhalb der nach § 40 Abs. 6 FLAG 1967 vorgesehenen Kompensation zu erbringen hat.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 57 Staatsvertrag

Titel 571 Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	0·1	0·0
1972 **)	0·1	0·0
1973 **)	0·1	0·0

Gesetzliche Grundlagen

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 571 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen angeführt.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgabenziffern 1971 bis 1973 setzen sich aus folgenden Erfolgs- bzw. Voranschlagsbeträgen zusammen:

	1971 *)	1972**)	1973**
	Mill. S		
Besatzungskosten (Besatzungsschädengesetz, BSG.)	0·0	0·0	0·0
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, KVSG.	0·0	0·1	0·1
Sonstiges (Zahlungen auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen und Sonstige Zahlungen)	0·0	0·0	0·0

Die Entschädigungsaktionen nach dem Besatzungsschädengesetz und nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz sind abgeschlossen. Die veranschlagten Beträge stellen nur mehr Eventualerfordernisse für den Fall dar, daß in besonders gelagerten Ausnahmefällen Ansprüche geregelt werden müssen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 1/57107 Besatzungsschädengesetz

Gesetzliche Grundlagen

Besatzungsschädengesetz (BSG.), BGBl. Nr. 126/1958, in der Fassung BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung zur Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG., BGBl. Nr. 317/1961.

Gebarung 1973

Der veranschlagte Betrag von 0·03 Millionen Schilling stellt ein Eventualerfordernis für die Regelung von Entschädigungsansprüchen nach dem Besatzungsschädengesetz im Jahre 1973 dar.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 418·2 Millionen Schilling.

Ansatz 1/57117 Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz

Gesetzliche Grundlagen

BGBl. Nr. 127/1958 in der Fassung BGBl. Nr. 99 und 305/1959.

Gebarung 1972

Das veranschlagte Erfordernis von 0·1 Millionen Schilling stellt ebenso wie das Erfordernis beim Ansatz 1/57107 ein Eventualerfordernis dar.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten betragen 1.436·1 Millionen Schilling.

Ansatz 1/57127 Sonstiges

Gesetzliche Grundlagen

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955;
Reichsleistungsgesetz, Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939. Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 53/1956 in der Fassung BGBl. Nr. 168/1957.

Gebarung 1973

Bei diesem Ansatz ist nur mehr ein Betrag von 1000 Schilling vorgesehen, weil Ansprüche nach dem Vergütungsgesetz nicht mehr zu erwarten sind und ein vor mehreren Jahren angekündigter Entschädigungsanspruch auf Grund des österreichisch-amerikanischen Regierungsabkommens bisher nicht geltend gemacht worden ist.

Titel 572 Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	23·0	0·2
1972 **)	59·0	6·0
1973 **)	71·0	77·3

Gesetzliche Grundlagen

11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 195/1962, BGBl. Nr. 292/1964 und BGBl. Nr. 64/1972;

Verteilungsgesetz Niederlande, BGBl. Nr. 160/1967;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik zur Regelung offener finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 293/1967;

Verteilungsgesetz Ungarn, BGBl. Nr. 294/1967;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 000/1973;

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Anmeldegesetz Polen, BGBl. Nr. 235/1971;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Italien zur Regelung offener finanzieller Fragen, BGBl. Nr 000/1973.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgabenziffern 1971 bis 1973 setzen sich aus folgenden Erfolgs- bzw. Voranschlagsbeträgen zusammen:

	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz (Jugoslawien)	13·2	8·0	5·8
Ungarn	9·8	45·0	21·6
Niederlande	0·0	0·0	0·0
Polen	—	6·0	6·0
Italien	—	0·0	36·6
Sonstige Zahlungen	0·0	0·0	1·0
Ausgaben (Summe)	23·0	59·0	71·0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Vom Voranschlagsbetrag für das 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz sind im Jahr 1973 3·4 Millionen Schilling für Entschädigungen für eingezogenes österreichisches Vermögen in Jugoslawien und 2·4 Millionen Schilling für damit im Zusammenhang stehende Zinsen veranschlagt. Weiters ist auch in dem Voranschlagsbetrag für die Kosten der Novelle vorgesorgt.

Der Voranschlagsbetrag von 21·5 Millionen Schilling bei Ungarn setzt sich zusammen aus dem Restbetrag von 1·5 Millionen Schilling, der für das Jahr 1973 zur Auszahlung vorgesehen war, und aus dem Teilbetrag der Quote 1972, der zwar im Voranschlag vorgesehen war, aber nicht verausgabt werden konnte.

Mit dem in Vorbereitung befindlichen zweiten Verteilungsgesetz Niederlande sollen die verbliebenen zweckgebundenen restlichen Mittel von 3·985 Millionen Schilling verteilt werden. Es ist daher erforderlich, für die auf Grund des zweiten Verteilungsgesetzes zu leistenden Zahlungen, welche zu Lasten der einer Rücklage zugeführten Restmittel erfolgen werden, einen Verrechnungsansatz zu schaffen.

Für den Abschluß eines Vermögensvertrages mit der Volksrepublik Polen wurden auf der Einnahmenseite 6·0 Millionen Schilling veranschlagt, weil bei Ratifizierung durch die beiden Vertragsstaaten die erste Rate von 6·0 Millionen Schilling der Globalsumme, welche Polen zu entrichten hat, 1973 fällig werden würde. Das in gleicher Höhe veranschlagte Ausgabenerfordernis ist für den Fall bestimmt, daß die ersten Vorschüsse auf die Entschädigungen für Vermögensverluste in Polen bezahlt werden müssen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Mit dem Voranschlagsbetrag von 36·6 Millionen Schilling wurde für die Zahlungsverpflichtungen der Republik Österreich aus dem Vermögensvertrag mit der Republik Italien vorgesorgt. Die Einnahmen wurden mit 71·3 Millionen Schilling veranschlagt. Bei diesem Vermögensvertrag werden die gegenseitigen Forderungen durch Kompensation und nur der Saldo durch Barleistung der Republik Italien geregelt. Der Differenzbetrag von 34·7 Millionen Schilling zwischen den Entschädigungszahlungen und den Einnahmen dient zur endgültigen Bereinigung gewisser offener Forderungen gegenüber der Republik Italien.

Gesamtgebarung

Die voraussichtlichen Gesamtkosten des 11. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes werden derzeit mit 614·1 Millionen Schilling angenommen. Die auf Grund der Verteilungsgesetze insgesamt verfügbaren Mittel betragen bei Ungarn rund 87·5 Millionen Schilling.

Titel 573 Finanz- und Ausgleichsvertrag

	Sachaufwand Mill. S
1971 *)	3·0
1972 **)	8·3
1973 **)	5·0

Allgemeines

Die Veranschlagung der Ausgaben und Einnahmen aus dem Finanz- und Ausgleichsvertrag erfolgt auf Grund der Mitte 1961 in Bad Kreuznach zustande gekommenen Einigung über Art und Höhe der Leistungen, welche die Republik Österreich erbringt und die Beiträge, welche die Bundesrepublik Deutschland leistet. Bei Titel 573 ist nur jener Teil dieser Ausgaben veranschlagt, der die gemäß Teil I und Teil II zu verrechnenden Entschädigungsleistungen für Sachschäden der Vertriebenen und Umsiedler sowie der Verfolgten betrifft.

Gesetzliche Grundlagen

Österreichisch-Deutscher Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG.), BGBl. Nr. 177/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Bundesgesetz vom 13. Juni 1962, mit dem das Hilfsfondsgesetz ergänzt wird, BGBl. Nr. 178;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Gebarung

Die Ausgaben betragen:

	1971 *)	1972**)	1973**)
		Mill. S	
Für Umsiedler und Vertriebene..	3·0	8·3	4·9
Sonstige Zahlungen	0·0	0·0	0·0

Dem Voranschlag liegt das Erfordernis für Restzahlungen auf Grund des Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes und für Zahlungen auf Grund der Novelle zum Anmeldegesetz zugrunde.

Im Voranschlagsbetrag von 0·040 Millionen Schilling ist für etwaige Leistungen auf Grund des Erweiterungsgesetzes (0·030 Millionen Schilling) und für Leistungen gemäß Artikel 4 des Finanz- und Ausgleichsvertrages, betreffend den Wohnungsbau für die Unterbringung von deutschen Staatsangehörigen (0·010 Millionen Schilling) vorgesorgt.

Gesamtgebarung

Die Gesamtkosten auf Grund des Artikels 2 des Finanz- und Ausgleichsvertrages werden mit 1·1 Milliarden Schilling, die Gesamtkosten auf Grund des Artikels 8 mit 80·2 Millionen Schilling und die sonstigen Zahlungen im Zusammenhang mit dem Finanz- und Ausgleichsvertrag mit 32·0 Millionen Schilling angenommen.

Titel 574 Sonstige Zahlungen bzw. Einnahmen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	0·0	0·4
1972 **)	0·0	0·4
1973 **)	0·1	0·4

Gebarung 1973

Bei diesem Ansatz wurde für die Kosten, die durch Restitutionen von jugoslawischen Kulturgütern erwachsen, auf Grund eines Regierungsabkommens zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Durchführung mit dem Staatsvertrag vorgesorgt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Titel 575 Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte

	Sachaufwand		Einnahmen
	Ordentl. Gebarung	Außerordentl.	
		Mill. S	
1971 *)	2·1	0·0	69·0
1972 **)	3·4	0·0	60·5
1973 **)	3·8	0·0	37·7

Gesetzliche Grundlagen und Gebarung

Die Sachaufwendungen, welche sich im Zusammenhang mit der Verwaltung der ehemaligen deutschen Vermögenswerte ergeben, sind durch das 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz (BGBl. Nr. 165/1956) bedingt.

Die durch den Abschluß des Staatsvertrages (BGBl. Nr. 152/1955) und des österreichisch-deutschen Vermögensvertrages (BGBl. Nr. 119/1958) in das Eigentum der Republik Österreich übergegangenen Vermögenswerte sind, soweit eine Verwertung dieser Vermögenswerte vorgesehen war, weitgehend veräußert worden. Die mit der Veräußerung dieser Vermögenswerte — neben Bundesdienststellen — befaßt gewesene Österreichische Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. Wien ist mit der Veräußerung weiterhin betraut.

Unterschiede der Gebarung

Die Ausgaben von 3·8 Millionen Schilling sind gegenüber dem Voranschlag für 1972 nur geringfügig gestiegen. Sie beinhalten mit 1·3 Millionen Schilling die Vorsorge für die Verpflichtungen aus der Inkamerierung des Liquidationserlöses für das NITAG-Vermögen.

Die Verminderung der veranschlagten Einnahmen aus der Verwaltung und Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte von 60·5 Millionen Schilling im Jahre 1972 auf 37·7 Millionen Schilling im Jahre 1973 ist darauf zurückzuführen, daß der größte Teil des ehemals deutschen Vermögens bereits verkauft oder anderwärtig verwertet worden ist. Die Erträgnisse der Liegenschaftsverwaltungen sind im wesentlichen durch höher veranschlagte Mieteingänge bedingt. Die veranschlagten Erträgnisse aus Darlehensrückzahlungen sind gegenüber 1972 um 0·6 Millionen Schilling gesunken.

Gesamteingänge

Im Bundeshaushalt wurden seit dem Jahre 1955 bis einschließlich 1971 Bareingänge aus ehemals deutschen Vermögenswerten von rund 3·006 Milliarden Schilling verrechnet, denen weitaus höhere Barausgabenbeträge für die Ablöse des Deutschen Eigentums gemäß Artikel 22 Staatsvertrag sowie des Französischen und Wiener Memorandums gegenüberstehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 59 Finanzschuld

Zuständigkeit

Für den Dienst der Finanzschuld ist ausschließlich das Bundesministerium für Finanzen anweisende Stelle im Sinne des Verwaltungsentlastungsgesetzes vom 21. Juli 1925, BGBl. Nr. 277.

Gesetzliche Grundlagen

Die Ermächtigungen des Bundesministeriums für Finanzen zur Durchführung von Kreditoperationen sind im jeweiligen Bundesfinanzgesetz [1]) enthalten oder werden in Sondergesetzen, die in den nachstehenden Erläuterungen in Fußnoten festgehalten sind, ausgesprochen.

Titel 590 Finanzschulden vor 1938

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	40·8	—
1972 **)	46·3	—
1973 **)	43·9	—

Schuldenregelungen ab 1954

Gemäß den Beschlüssen der internationalen Konferenz von Rom zur Regelung der österreichischen Vorkriegs-Auslandschulden im Dezember 1952 (siehe BGBl. Nr. 182/1956) hat Österreich den Dienst für die Schuldverpflichtungen aus der Zeit vor 1938 im Jahre 1954 wieder aufgenommen. Ferner wird der im Jahre 1956 wieder aufgenommene Dienst der Vorkriegs-Inlandschulden fortgeführt.

Gebarung

Beim Titel 590 ist für In- und Auslandschulden vorgesorgt.

Unterschiede der Gebarung

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1973 bei nachstehenden Anleihen Unterschiede gegenüber 1971 bzw. 1972:

4½%-Internationale Bundesanleihe 1930:

Minderaufwand für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mehraufwand für Tilgung wegen steigender planmäßiger Tilgungsquoten.

4½%-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934:

Minderaufwand für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Steigende planmäßige Tilgungsquote gegenüber 1971, aber Wegfall des Tilgungserfordernisses für die tschechoslowakische Teilausgabe gegenüber 1972.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Zinsen- und Tilgungsaufwand

Der Gesamtaufwand des Kapitels 59 dient folgenden Zwecken:

	1963*)	1964*)	1965*)	1966*)	1967*)	1968*)	1969*)	1970*)	1971*)	1972**)	1973**)
						Mill. S					
Zinsen	1.163·7	1.229·7	1.383·1	1.435·9	1.535·3	2.028·5	2.311·6	2.726·8	2·930·5	3·247·5	3.653·2
Kapitalsrückzahlung	1.479·8	1.811·2	2.719·9	2.569·1	2.378·4	2.908·2	4.977·0	4.978·9	6·053·4	5.682·7	5.164·7
Sonstiges	93·2	153·5	91·9	96·2	176·6	126·2	214·9	214·6	306·0	446·9	542·2
Summe	2.736·7	3.194·4	4.194·9	4.101·2	4.090·3	5.062·9	7.503·5	7.920·3	9.289·9	9.377·1	9.360·1

Sonstige Auslandschulden:

Das Erfordernis für die Tilgung von DOSAG-Obligationen kann nur geschätzt werden. Es wurde wie im Vorjahr angesetzt.

Inlandschulden:

Die Posten für Zinsen und Tilgung dienen nur der Verrechnung bereits bestehender Zahlungsrückstände. Neue Verpflichtungen können sich nicht mehr ergeben.

Titel 591 Finanzschulden seit 1945 (Ausland)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	2.754·9	—
1972 **)	2.018·1	—
1973 **)	1.380·4	—

Ansatz 1/5910 Anleihen

Das Mehrerfordernis im Jahre 1973 ergibt sich wie folgt:

5½%-Dollar-Anleihe 1958: [26])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mindererfordernis für Tilgung wegen Kassenwertverminderung des Dollars.

5%-Schweizer Franken-Anleihe 1961: [7])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen Kassenwertverminderung des Schweizer Franken.

6%-Dollar-Anleihe 1964: [10])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mindererfordernis für Tilgung wegen Kassenwertverminderung des Dollars.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Z. B. Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1972, BGBl. Nr. 1.
Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

6 3/4 %-Dollar-Anleihe 1967: [13])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mindererfordernis für Tilgung wegen Kassenwertverminderung des Dollars.

7 %-Deutsche Mark-Anleihe 1968: [14])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Neuerfordernis für Tilgung wegen Beginn des planmäßigen Tilgungsdienstes.

6 1/2 %-Deutsche Mark-Anleihe 1969: [15])

Mehrerfordernis für Verzinsung wegen Kassenwerterhöhung der Deutschen Mark.

6 1/2 %-Schweizer Franken-Anleihe 1971: [17])

Neuerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 wegen Aufnahme der Anleihe im Jahre 1971. Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 wegen geringeren Kassenwertes des Schweizer Franken.

Ansatz 1/5911 Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite

Das Mindererfordernis gegenüber 1972 bzw. Mehrerfordernis gegenüber 1971 ergibt sich wie folgt:

6 1/2 %-Schweizer Schatzwechsel-Kredit 1967/III: [13]) Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

6 3/4 % und 7 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1968/I: [14])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mehrerfordernis für Tilgung wegen höheren Kassenwertes der Deutschen Mark.

6 3/4 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1968/II: [14])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mehrerfordernis wegen höheren Kassenwertes der Deutschen Mark.

6 3/4 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1968/III: [14])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Mehrerfordernis für Tilgung wegen höheren Kassenwertes der Deutschen Mark.

6 1/2 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1968/IV: [14])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Neuerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 wegen Beginn des planmäßigen Tilgungsdienstes im Jahre 1972. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1972 wegen höheren Kassenwertes der Deutschen Mark.

6 1/2 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1969/I: [15])

Mehrerfordernis für Verzinsung wegen Kassenwerterhöhung der Deutschen Mark.

Schweizer Schatzwechsel-Kredit 1969: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Neuerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 wegen Beginn des planmäßigen Tilgungsdienstes im Jahre 1972. Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1972 wegen geringeren Kassenwertes des Schweizer Franken.

6 1/2 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1969/II: [15])

Mehrerfordernis für Verzinsung wegen Kassenwerterhöhung der Deutschen Mark.

6 1/2 %-Deutsche Mark-Schatzwechsel-Kredit 1969/III: [15])

Mehrerfordernis für Verzinsung wegen Kassenwerterhöhung der Deutschen Mark.

6 1/2 %-Schweizer Schatzschein-Kredit 1969/I: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 wegen Kassenwertverminderung des Schweizer Franken.

7 3/4 %-Hollandgulden-Schatzwechsel-Kredit 1969: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Neuerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 wegen Beginn des planmäßigen Tilgungsdienstes im Jahre 1972. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1972 wegen höherer planmäßiger Tilgungsquote.

6 3/4 %-Schweizer Schatzschein-Kredit 1969/II: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen Kassenwertverminderung des Schweizer Franken.

9 3/4 %-Dollar-Schatzwechsel-Kredit 1970: [16])

Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

7 %-Schweizer Franken-Schatzschein-Kredit 1971 [17])

Neuerfordernis für Verzinsung.

Ansatz1/5912 Sonstige Kredite

Das Mindererfordernis ergibt sich wie folgt:

3 % (4 %)-1. Kredit der Export-Import-Bank: [27])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Steigende planmäßige Tilgungsquote.

3 % (4 %)-2. Kredit der Export-Import-Bank: [27])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Steigende planmäßige Tilgungsquote.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

3% (4%)-3. Kredit der Export-Import-Bank: [27])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen geringeren Schuldenstandes. Steigende planmäßige Tilgungsquote.

4 7/8%-Schweizer Regierungskredit 1957: [3])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961: [28])

Steigende planmäßige Tilgungsquote.

US-Kredite 1962/II: [8]), [10]) bis [18])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1967/IV: [13])
Der Kredit wurde im Jahre 1971 konvertiert.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1968/II: [14])
Der Kredit wurde im Jahre 1971 vorzeitig getilgt bzw. konvertiert.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1968/III: [14])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

7 3/4%-Schweizer Franken-Kommerzbank-Kredit 1969/I: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen Kassenwertverminderung des Schweizer Franken.

10 5/16%-Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/I: [16])

Mindererfordernis für Verzinsung wegen Kassenwertverminderung des Dollars.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/II: [16])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 konvertiert.

9 3/4%-Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/III: [16])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

9 3/4%-Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/IV: [16])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

9 1/2%-Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/V [16])
Der Kredit wurde im Jahre 1972 getilgt.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1970/VI: [16])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 wegen vermutlich höheren Zinssatzes. Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 wegen geringeren Kassenwertes des Dollars. Neuerfordernis für Tilgung.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1971/I: [17])

Neuerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971. Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber dem Jahr 1972, dessen Erfordernis nur grob geschätzt werden konnte.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1971/II: [17])

Neuerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971. Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber dem Jahr 1972, dessen Erfordernis nur grob geschätzt werden konnte.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1971/III: [17])

Neuerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971. Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber dem Jahr 1972, dessen Erfordernis nur grob geschätzt werden konnte.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1971: IV: [17])

Neuerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971. Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber dem Jahr 1972, dessen Erfordernis nur grob geschätzt werden konnte.

Dollar-Kommerzbank-Kredit 1972: [18])

Neuerfordernis für Verzinsung.

Titel 592 Finanzschulden seit 1945 (Inland)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	6.156'9	14'5
1972 **)	6.675'9	14'9
1973 **)	7.087'8	6'3

Unterschiede der Gebarung

Mehrerfordernisse aus diesem Titel gegenüber dem Voranschlag 1972 sowie Bundesrechnungsabschluß 1971 sind im wesentlichen:

a) Erhöhtes Erfordernis für die Tilgung der 5%-Aufbauanleihe 1949, 6 1/2%-Bundesanleihe 1963 (A+B) gegenüber 1971, der 6%-Bundesanleihe 1964 gegenüber 1971, der 6%-Investitionsanleihe 1967 gegenüber 1971, der 6%-Investitionsanleihe 1967/II gegenüber 1971, der 6 1/2%-Investitionsanleihe 1968 (A+B) gegenüber 1971, der 6 3/4%-Investitionsanleihe 1970 (B), der 7%- und 6 3/4%-Investitionsanleihe 1970/II (A+B), des Anteiles des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953, der 6%-Bundesanleihe 1966 gegenüber 1971, der 6 1/2%-Investitionsanleihe 1969 (A+A/2), der Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten, des 6 3/4%-Darlehens der Girozentrale 1969 gegenüber 1971, des 6 3/4%-Darlehens der Ersten Österreichischen Spar-Casse 1969 gegenüber 1971, der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen gegenüber 1971, der 6 3/4%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1968 gegenüber 1971, des Schnellbahnkredites der Gemeinde Wien 1971 gegenüber 1971, der 7%-Bundesanleihe 1962, der 7%-Investitionsanleihe 1971 (A) gegenüber 1971, der 6 3/4%-Investitionsanleihe 1971 (B+B/2), der 7%-Investitionsanleihe 1971 (A/2) gegenüber 1971, der 7%- und 6 3/4%-Investitionsanleihe 1971 (A/3+B/3), der Restforderungen gemäß § 14 Währungsschutzgesetz gegenüber 1971, der 6 3/4%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1969 sowie des 1%-Darlehens des

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

www.parlament.gv.at

Landes Kärnten — Wohnbauförderung gegenüber 1971;

b) erstmalig veranschlagtes Tilgungserfordernis für die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972 (A+B), die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/II (A+B), die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/III (A+B), das 7½%-Darlehen der Girozentrale 1970 sowie das 7½%-Darlehen der Genossenschaftlichen Zentralbank AG 1970;

c) erstmalig veranschlagte Zinsenerfordernisse für die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972 (A + B), die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/II (A+B), die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/III (A+B), die 6¾%- und 7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1972, das 7½%-Darlehen der Girozentrale 1972, das 7%-Darlehen der Girozentrale 1972, das 7%-Darlehen der Girozentrale 1971/II, die 6¾%-Bundesobligationen 1972, das 6¾%-Darlehen der Österreichischen Postsparkasse 1972, das 6¾%-Darlehen der Oberösterreichischen Landeshypothenkenanstalt 1972, den 3%-Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Wien, den 3%-Kredit der Landeshypothekenanstalt Linz für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Oberösterreich die 6¾%-Bundesobligationen 1972/II, den 3%-Kredit der Hypothekenbank des Landes Vorarlberg für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Vorarlberg, den 3%-Kredit des Landes Tirol für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Tirol, das 7½%-Darlehen der Girozentrale 1972/II sowie den 3%-Kredit der Landesregierung Niederösterreich für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Niederösterreich.

d) erhöhter Aufwand an Verzinsung für die 6¾%-Investitionsanleihe 69 (A+A/2) gegenüber 1972, die 7%- und 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1970 gegenüber 1971, für Bundesschatzscheine gegenüber 1971 und 1972, die 6¾%-Investitionsanleihe 1970 (B) gegenüber 1972, die 7%-Investitionsanleihe 1971/A gegenüber 1971, die 6¾%-Investitionsanleihe 1971 (B+B/2), die 7%-Investitionsanleihe 1971 (A/2) gegenüber 1971, die 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1971 (A/3+B/3), die Restforderungen gemäß § 14 Währungsschutzgesetz gegenüber 1971, den 5%-Kredit des Landes Tirol (Inntal-Autobahn) gegenüber 1971, die 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971, die 7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971 gegenüber 1971, das 7%-Darlehen der Girozentrale 1971 gegenüber 1971, den 4%-Kredit der Österreichischen Apothekerkammer (Chemisch-pharmazeutisches Institut) gegenüber 1971, den 3%-Schulbaukredit der Gemeinde Wien, den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Bank für Kärnten) gegenüber 1971, den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Kärntner Sparkasse), den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Kärntner Landeshypothekenanstalt) sowie den sonstigen Zinsenaufwand gegenüber 1971 und 1972.

Diesen Mehrerfordernissen stehen im wesentlichen Minderausgaben bei nachstehenden Ansätzen gegenüber:

a) Minderaufwand bei Tilgung der 6½%-Investitionsanleihe 1956 gegenüber 1971, der 7%-HWSF-Anleihe 1961 gegenüber 1971, der 7%-HWSF-Anleihe 1962 gegenüber 1971, der Restforderungen gemäß § 14 WSchG gegenüber 1972, des Darlehens des Wohnhauswiederaufbaufonds an die ÖBB, der 2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank gegenüber 1971 und 1972, der 6½%-Salzburger Festspielhausanleihe, der 7%-Verkehrsanleihe 1957, der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B), der 6%-Bundesanleihe 1965/II, des Baukredites der Tauernkraftwerke AG gegenüber 1971, für Bundesschatzscheine sowie des 1%-Darlehens des Landes Kärnten — Wohnbauförderung gegenüber 1972;

b) Mindererfordernisse für Verzinsung der 3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen, des Anteiles des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953, der 5%-Aufbauanleihe 1949, der 6½%-Investitionsanleihe 1956 gegenüber 1971, der 6½%-Salzburger Festspielhausanleihe, der 7%-Verkehrsanleihe 1957, der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B), der 6%-Trefferanleihe 1958, der 7%-Investitionsanleihe 1958/II, der 7%-Bundesanleihe 1959, der 6¼%-Bundesanleihe 1959, der 7%-Bundesanleihe 1960, der verschiedenen Baukredite, der 7%-Bundesanleihe 1961, der 7%-Bundesanleihe 1962, der 6%-Bundesobligationen 1962, der 6¾%-Bundesanleihe 1963, der 6½%-Bundesanleihe 1963 (A+B), der 6¼%-Bundesobligationen 1963, der 6%-Bundesanleihe 1964, der 6%-Konversionsanleihe 1964, der 6%-Bundesanleihe 1964/II, der 6%-Bundesanleihe 1965, der 6%-Bundesanleihe 1965/II, der 6%-Bundesanleihe 1966, der 6%-Bundesanleihe 1966/II, der 6%-Investitionsanleihe 1967, der 6%-Investitionsanleihe 1967/II, der 6½%-Investitionsanleihe 1968 (A+B), der 6½%-Investitionsanleihe 1969 (A+A/2) gegenüber 1971, der 6½%-Investitionsanleihe 1969 (B+C), der 7%-Investitions-

www.parlament.gv.at

anleihe 1970 (A) gegenüber 1971, der 6¾%-Investitionsanleihe 1970 (B) gegenüber 1971, der 7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1970/II gegenüber 1971, der 7%-Investitionsanleihe 1971 (A) gegenüber 1972, der 7%-Investitionsanleihe 1971 (A/2) gegenüber 1972, der 7%-HWSF-Anleihe 1961 gegenüber 1971, der 7%-HWSF-Anleihe 1962, der 6½%-HWSF-Anleihe 1963, der Restforderungen gemäß § 14 WSchG gegenüber 1972, der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1968, des 6¾%-Darlehens der Girozentrale 1969, des 6¾%-Darlehens der Ersten Österreichischen Spar-Casse 1969, der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1969, der 7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971 gegenüber 1972, der 2%-Kredite der Oesterreichischen Nationalbank I und II, der 2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank, der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966, der Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten, der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967, des 6¾%-Darlehens der Girozentrale 1968, der 6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1969, des 6¾%-Darlehens der Girozentrale 1969/II, des Baukredites der Tauernkraftwerke AG, des 1%-Darlehens des Landes Kärnten — Wohnbauförderung, des 7%-Darlehens der Girozentrale 1970, des 7½%-Darlehens der Girozentrale 1970, des 7½%-Darlehens der Genossenschaftlichen Zentralbank AG 1970, des 5%-Kredites des Landes Tirol (Inntal-Autobahn) gegenüber 1972, den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Bank für Kärnten) gegenüber 1972, den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Kärntner Sparkasse) gegenüber 1972, den 6½%-Hochschulkredit Klagenfurt (Kärntner Landeshypothekenanstalt) gegenüber 1972 sowie des 6¼%-Darlehens der Verbundgesellschaft 1963.

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1973 nur bei den nachfolgenden Ansätzen Unterschiede gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 sowie dem Bundesrechnungsabschluß 1971.

Ansatz 1/5920 Anleihen

Im einzelnen zeigen die Erfordernisse für 1973 bei nachfolgenden Anleihen Unterschiede gegenüber 1972 bzw. 1971:

5%-Aufbauanleihe 1949: [29])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes durch planmäßige Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung infolge planmäßiger Steigerung der Tilgungsquote.

6½%-Investitionsanleihe 1956: [2])

Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung infolge Auslaufens der Anleihe.

6½%-Salzburger-Festspielhausanleihe: [3])

Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung infolge Auslaufens der Anleihe.

7%-Verkehrsanleihe 1957: [3])

Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung infolge Auslaufens der Anleihe.

7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B): [4])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes und für Tilgung infolge kleinerer letzter Tilgungsrate.

6%-Trefferanleihe 1958: [4])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

7%-Investitionsanleihe 1958/II: [4])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

7%-Bundesanleihe 1959: [5])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6¼%-Bundesanleihe 1959: [5])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

7%-Bundesanleihe 1960: [6])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

7%-Bundesanleihe 1961: [7])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

7%-Bundesanleihe 1962: [8])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung infolge Einsetzens der erhöhten Tilgungsquoten.

6%-Bundesobligationen 1962: [8])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6½%-Bundesobligationen 1963 (A+B): [9])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6¾%-Bundesanleihe 1963 (A+B): [9])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien.

6¼%-Bundesobligationen 1963: [9])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

6%-Bundesanleihe 1964: [10])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien.

6%-Konversionsanleihe 1964: [10])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6%-Bundesanleihe 1964/II: [10])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6%-Bundesanleihe 1965: [11])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6%-Bundesanleihe 1965/II: [11])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1971 und 1972 infolge Ziehung der ungleichen Tilgungsserie im Jahre 1972.

6%-Bundesanleihe 1966: [12])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien.

6%-Bundesanleihe 1966/II: [12])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6%-Investitionsanleihe 1967: [13])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien.

6%-Investitionsanleihe 1967/II: [13])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien. Mehrerfordernis für Aufgeld gegenüber 1971.

6½%-Investitionsanleihe 1968 (A+B): [14])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge ungleicher Tilgungsserien.

6½%-Investitionsanleihe 1969 (A+A/2): [15])

Mehraufwand für Verzinsung gegenüber 1972, da die Rückkäufe im Jahre 1971 nicht in vollem Ausmaß durchgeführt wurden sowie Mehraufwand für Tilgung gegenüber 1971 und 1972 infolge freihändiger Rückkäufe.

6½%-Investitionsanleihe 1969, Ausgabe B und C: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

7%-Investitionsanleihe 1970 (A): [16])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6¾%-Investitionsanleihe 1970 (B): [16])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Rückkauf. Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1972, da die Rückkäufe im Jahre 1971 nicht in vollem Ausmaß durchgeführt wurden und Tilgung gegenüber 1971 und 1972 infolge Einsetzen der planmäßigen Tilgung.

7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1970/II (A+B): [16])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge planmäßiger Tilgung der Serie A. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 und 1972 infolge Einsetzen der planmäßigen Tilgung der Serie B.

7%-Investitionsanleihe 1971 (A): [17])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1971. Minderaufwand an Verzinsung gegenüber 1972 infolge planmäßiger Tilgung.

6¾%-Investitionsanleihe 1971 (B+B/2): [17])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1971.

7%-Investitionsanleihe 1971 (A/2): [17])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1971. Minderaufwand an Verzinsung gegenüber 1972 infolge planmäßiger Tilgung.

7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1971 (A/3+B/3): [17])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1971. Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1972 infolge Aufstockung der Anleihe.

6¾%-Bundesobligationen 1972: [18])

Mehraufwand für Verzinsung infolge Neuaufnahme im Jahre 1972.

7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972 (A+B): [18])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1972.

7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/II (A+B): [18])

Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1972.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/III (A+B): [18])
Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung infolge Neuaufnahme der Anleihe im Jahre 1972.

6¾%-Bundesobligationen 1972/II: [18])
Mehraufwand für Verzinsung infolge Neuaufnahme im Jahre 1972.

7%-HWSF-Anleihe 1961: [30])
Minderaufwand für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1971 infolge Auslaufens der Anleihe.

7%-HWSF-Anleihe 1962: [30])
Minderaufwand für Verzinsung und Tilgung infolge Auslaufens der Anleihe.

6½%-HWSF-Anleihe 1963: [30])
Minderaufwand für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Sonstiger Zinsenaufwand
Vorsorge für Zinsenzahlungen, die über die Gebühr aus verlosten Effekten anfallen (Rückverrechnung anläßlich der Einlösung des Kapitals beim Einnahmen-Ansatz 2/59206).

Ansatz 1/5921 Bundesschatzscheine und sonstige Verpflichtungen [32])
Mehrerfordernis für Verzinsung und Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1972 und 1971 infolge Erhöhung des Schuldenstandes durch Begebung von Kassenstärkerschatzscheinen in den Jahren 1973 und 1972 sowie Wechsel der Höhe der Tilgungsfälligkeiten.

Ansatz 1/5922 Verschiedene Kredite
Restforderungen gemäß § 14 WSchG: [33])
Mindererfordernis gegenüber 1972 sowie Mehrerfordernis gegenüber 1971 für Verzinsung und Tilgung für die nicht durch 2%-Bundesschuldverschreibungen 1947 abgegoltenen Forderungen aus dem Währungsschutzgesetz.

Anteil des Bundes an der 5%- und 7%-Energieanleihe 1953: [8])
Minderaufwand an Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 und 1972 infolge Inkrafttretens der Wertsicherungs-Klausel. Mindererfordernis für Treffer infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Baukredit der Tauernkraftwerke AG: [8])
Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes.

Tiroler Straßenbaukredit 1968: [14]) [31])
Keine Veränderung.

Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten: [34])
Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis gegenüber 1971 und 1972 infolge ungleicher Tilgungsquoten.

6¼%-Darlehen der Verbundgesellschaft 1963: [9])
Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971 infolge planmäßiger Tilgung.

Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen

Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds an die ÖBB: [10])
Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1972 und 1971.

Darlehen der Gemeinde Wien an die ÖBB: [11])
Keine Veränderung.

6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966: [12])
Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971 infolge planmäßiger Tilgung.

6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967: [13])
Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1968: [14])
Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971.
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge Einsetzens der vollen planmäßigen Tilgung.

6¾%-Darlehen der Girozentrale 1968: [14])
Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1968: [35])
Keine Veränderung.

6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1969: [15])
Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung. Mehrerfordernis für Tilgung infolge Einsetzens der vollen planmäßigen Tilgung.

Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1969: [36b])
Keine Veränderung.

6¾%-Darlehen der Girozentrale 1969: [15])
Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971 infolge planmäßiger Tilgung.
Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge vollem Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

6¾%-Darlehen der Ersten Österreichischen Spar-Casse 1969: [15])
Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971 infolge planmäßiger Tilgung.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge vollem Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

1%-Darlehen des Landes Kärnten — Wohnbauförderung: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung und Tilgung gegenüber 1972 infolge Umstellung auf anticipative Verzinsung.

6 3/4%-Darlehen der Girozentrale 1969/II: [15])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge planmäßiger Tilgung.

6 3/4%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1970: [16])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge teilweise verkürzten Zinsenzeitraumes im Jahre 1971.

7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1970: [16])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge teilweise verkürzten Zinsenzeitraumes im Jahre 1971.

7 1/2%-Darlehen der Girozentrale 1970: [16]) [36])

Mindererfordernis für Verzinsung sowie Mehrerfordernis für Tilgung infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

7 1/2%-Darlehen der Genossenschaftlichen Zentralbank AG 1970: [16]) [36])

Mindererfordernis für Verzinsung sowie Mehrerfordernis für Tilgung infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung.

5%-Kredit des Landes Tirol (Inntal-Autobahn): [16])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1970. Mindererfordernis für Verzinsung gegegenüber 1972.

6 3/4%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971 sowie Inanspruchnahme eines höheren Begebungsnominales.

7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971. Minderaufwand für Verzinsung gegenüber 1972 infolge Inanspruchnahme eines geringeren Begebungsnominales.

7%-Darlehen der Girozentrale 1971: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1971: [17])

Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971 infolge Einsetzens der planmäßigen Tilgung im Jahre 1972.

4%-Kredit der Österreichischen Apothekerkammer (Chemisch-pharmazeutisches Institut): [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

6 1/2%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Bank für Kärnten): [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

6 1/2%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Kärntner Sparkasse): [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

6 1/2%-Hochschulkredit Klagenfurt 1971 (Kärntner Landeshypothekenanstalt): [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

3%-Schulbaukredit der Gemeinde Wien: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

7 1/2%-Darlehen der Girozentrale 1971: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

7 1/2%-Darlehen der Girozentrale 1971/II: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

6 3/4%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1972: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1972: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

3%-Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Wien: [17])

Mehrerfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1971.

6 3/4%-Darlehen der Österreichischen Postsparkasse 1972: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

Fußnoten [2]) bis [39]) auf Seite 166.

6³/₄%-Darlehen der Oberösterreichischen Landeshypothekenanstalt 1972: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

3%-Kredit der Landeshypothekenanstalt Linz für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Oberösterreich: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

3%-Kredit der Landesregierung Niederösterreich für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Niederösterreich: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

7¹/₂%-Darlehen der Girozentrale 1972: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

3%-Kredit der Hypotheken-Bank der Landes Vorarlberg für Fernsprech-Sonderfinanzierung-Vorarlberg: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

3%-Kredit des Landes Tirol für Fernsprech-Sonderfinanzierung-Tirol: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

7¹/₂%-Darlehen der Girozentrale 1972/II: [18])

Mehrerfordernis für Verzinsung infolge Neuaufnahme der Schuld im Jahre 1972.

Ansatz 1/5923 Notenbankschuld

2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I: [37])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Verringerung der Schuld.

2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II: [38])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1971 infolge Verringerung der Schuld.

2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank: [39])

Mindererfordernis für Verzinsung gegenüber 1972 und 1971 infolge Verringerung der Schuld.

Mindererfordernis für Tilgung gegenüber 1972 und 1971 infolge geringerer Gewinnabfuhr der Oesterreichischen Nationalbank im Jahre 1973.

Ansatz 1/5924 Sonstige Inlandschulden

3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen: [40])

Mindererfordernis für Verzinsung infolge Verringerung des Schuldenstandes. Mehrerfordernis für Tilgung gegenüber 1971.

Unterschiede der Einnahmen

Im Bundesvoranschlag 1973 sind Mindereinnahmen gegenüber 1972 und 1971 zu verzeichnen. Diese Unterschiede setzen sich zusammen einerseits aus geringeren Beitragsleistungen gegenüber 1972 und 1971, der Salzburger Stellen für

---

[2]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1956, BGBl. Nr. 12.
[3]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1957, BGBl. Nr. 6.
[4]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1958, BGBl. Nr. 1.
[5]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1959, BGBl. Nr. 1.
[6]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1960, BGBl. Nr. 1.
[7]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1961, BGBl. Nr. 1.
[8]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1962, BGBl. Nr. 1.
[9]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1963, BGBl. Nr. 94.
[10]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1964, BGBl. Nr. 1.
[11]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes 1965, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovellen 1965, BGBl. Nr. 205, 206 und 286.
[12]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1966, BGBl. Nr. 87.
[13]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1967, BGBl. Nr. 1, in der Fassung der Bundesfinanzgesetznovellen 1967, BGBl. Nr. 80, 349 und 356.
[14]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1968, BGBl. Nr. 1, in der Fassung BGBl. Nr. 91.
[15]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1969, BGBl. Nr. 1.
[16]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1970, BGBl. Nr. 1.
[17]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1971, BGBl. Nr. 1.
[18]) Gemäß Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1972, BGBl. Nr. 1.
[19]) bis [25]) (frei).
[26]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 239/1958.
[27]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 154/1946, in der Fassung BGBl. Nr. 47/1958.
[28]) Gemäß Finanz- und Ausgleichsvertrag vom 27. November 1961, BGBl. Nr. 283/1962.
[29]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1949.
[30]) Gemäß § 9 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 210/1959.
[31]) Bis zum Jahre 1970 als „Baukredit der Tauernkraftwerke A.G. 1968" veranschlagt gewesen.
[32]) Schatzscheine zur Kassenstärkung gemäß jeweiligem Bundesfinanzgesetz. Die Besatzungskosten-Schatzscheine gemäß BGBl. Nr. 122/1946 und 24/1947 wurden im Jahre 1964 in die Schuld des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank umgewandelt.
[33]) Gemäß § 14 Abs. 1 WSchG 1947, BGBl. Nr. 250.
[34]) Gemäß Artikel V des Bundesfinanzgesetzes BGBl. Nr. 1/1960, 1/1961, 1/1962, 1/1963, 1/1964, 1/1965 und Artikel VI des Bundesfinanzgesetzes 1966, BGBl. Nr. 87/1966.
[35]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 236/1968.
[36]) Im Jahre 1970 als „Sonstige Kredite 1970" verrechnet.
[37]) Kredit für Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen.
Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 74/1959 können auch Zahlungen zum „Europäischen Währungsabkommen" geleistet werden.
[38]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 51/1963, 109/1964 und 158/1968.
Kredit zur Einlösung der zugunsten internationaler Finanzinstitutionen begebenen Bundesschatzscheine.
[39]) Gemäß Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 122/1946.
[40]) Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 183/1955.

Verzinsung der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (B) und der 7%-Bundesanleihe 1959, das Auslaufen der Beitragsleistungen für die 6½%-Salzburger Festspielhausanleihe, sowie den Wegfall der Beiträge gemäß § 6 (4), § 7, § 8 (1) und § 8 (4) des Bankenrekonstruktionsgesetzes und andererseits aus höheren Leistungen für sonstige Zinsenrückersätze.

Die Beiträge werden im einzelnen von folgenden Stellen geleistet:

	Mill. S	
I. Salzburger Stellen:		
1. für den Dienst der 7%-Investitionsanleihe 1958/I (B):		
a) Land Salzburg	0·8	
b) Stadt Salzburg	0·4	
c) Fremdenverkehrsförderungsfonds	0·1	1·3
2. für den Dienst der 7%-Bundesanleihe 1959:		
a) Land Salzburg	0·9	
b) Stadt Salzburg	0·4	
c) Fremdenverkehrsförderungsfonds	0·1	1·4
II. Zinsenersätze [41])		
	Mill. S	
Sonstige Zinsenrückersätze		3·5

Titel 1/598 Pauschalvorsorge

Ansatz 1/5980 Für ausgelaufene, noch nicht verjährte Schulden

	Sachaufwand Mill. S
1971 *)	0·0
1972 **)	0·0
1973 **)	0·0

Bei diesem Ansatz wird innerhalb der gesetzlichen Verjährungsfrist die Einlösung bereits verloster, aber noch nicht zur Rückzahlung eingereichter Stücke und Zinsscheine verrechnet.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[41]) Bis zum Jahre 1971 unter 2/594 „Pauschalbeiträge" verrechnet.

Ansatz 1/5981 Für neu aufgenommene Schulden

	Sachaufwand Mill. S
1971 *)	31·2
1972 **)	190·0
1973 **)	305·8

Gebarung

Bei diesem Ansatz wird der Zinsen- und Tilgungsdienst für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlages noch durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen verrechnet, da für diese neuen Kreditoperationen im Voranschlag keine gesonderten Ansätze vorgesehen werden können.

Unterschiede

Der Mehraufwand für Verzinsung gegenüber 1971 und 1972 ist bedingt durch ein voraussichtlich höheres Kreditoperations-Volumen.

Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	306·0	2·9
1972 **)	446·9	0·0
1973 **)	542·2	0·0

Ausgaben

Bei diesem Ansatz werden u. a. Emissionsverluste, Provisionen und Spesen im Zusammenhange mit der Schuldengebarung verrechnet.

Der Mehraufwand ist bedingt durch ein voraussichtlich höheres Kreditoperations-Volumen.

Einnahmen

Ins Gewicht fallende Beiträge Dritter zum Verwaltungsaufwand des Bundes bzw. Verwaltungseinnahmen aus Formularverkauf u. ä. gehen nicht ein.

Überblick und Übersicht über die Finanzschulden

Einen Überblick über die österreichische Finanzschuld und deren Struktur, sowie über den Stand der Finanzschulden der Republik Österreich mit Ende der Jahre 1961 bis 1972 geben die Ausführungen im Abschnitt C Punkt VIII a.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	50·9	81·4	132·3	9·9
1972 **)	59·9	91·7	151·6	8·2
1973 **)	67·6	98·5	166·1	6·4

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung beim Personalaufwand ist vor allem durch Bezugserhöhungen der Bundesbediensteten bedingt.

Trotz Wegfall der Mittel für die Epizootie, die durch die Abtretung des Veterinärwesens an das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bei Kapitel 17 veranschlagt sind, ergibt sich eine Erhöhung beim Sachaufwand, verursacht vor allem durch höhere Kosten für den Lagebericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes, durch den erstmalig veranschlagten Aufwand für die Ertrags- und Kostenerhebungen in der Forstwirtschaft, Mehraufwendungen für den Wasserwirtschaftskataster sowie infolge der allgemeinen Kostensteigerungen beim Verwaltungsaufwand der Zentralleitung.

Der Rückgang bei den Einnahmen ergibt sich dadurch, daß im Jahre 1973 nur mehr geringe Verkaufserlöse für die an die Länder veräußerten Baumaschinen erwartet werden und durch den Wegfall der Eingänge aus der Epizootie (Strafgelder, Fleischerlöse).

Ansatz 6000 *Zentralleitung*

Gebarung

Der Ansatz 6000 umfaßt die Gebarung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen und der Bezugsvorschüsse. Weiters ist bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat [1]), für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen [2]) und für die Staubeckenkommission [3]) vorgesehen.

Für das Jahr 1973 ist erstmalig der Aufwand für die am Sitz des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft eingerichtete Bundesprüfungskommission veranschlagt. Die Kommission hat als beratendes Organ die Aufgabe, am reibungslosen Ablauf der land- und forstwirtschaftlichen Förderung mitzuwirken. Die veranschlagten Mittel dienen zur Abgeltung der anfallenden Reise- und Aufenthaltskosten der Kommissionsmitglieder.

Die Bundesaufsicht über den Milchwirtschaftsfonds, den Getreidewirtschaftsfonds und den Viehverkehrsfonds wird auf Grund der Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [4]), vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Internationale Institutionen

Weiters ist bei diesem Ansatz für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO = Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (20·2 Millionen Schilling), für das Internationale Weinamt, Internationale Tierseuchenamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation u. a. m.

Allgemeines

Am 12. Feber 1868 wurde das „Ackerbauministerium" errichtet, das alle Agenden der Landeskultur umfaßte. Die Verwaltung der Staatsforste, der Staatsdomänen und verschiedene andere wichtige Belange wurden erst im Jahre 1872 in den Ressortbereich dieses Ministeriums einbezogen.

Ansatz 1/60018 Futtermittelwesen

Die Budgetmittel dienen zur Bestreitung der Aufwendungen für die Fachkommission (§ 5 des Futtermittelgesetzes, BGBl. Nr. 97/1952, 42/1957, 180/1970, 466/1971) einschließlich der Anschaffung der erforderlichen Formulare.

Ansatz 1/60028 Saatgutwesen

Der Zweck des Saatgutgesetzes (BGBl. Nr. 236/1937 beziehungsweise 34/1947, 114/1953, 195/1964, 180/1965) ist in erster Linie, die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut an die Landwirte zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerläßlich.

Ansatz 1/60038 Agrarpolitische Unterlagen

Aus diesem Ansatz werden Beiträge zu den Kosten für die betriebsstatistische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Bearbeitung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebskarte geleistet. Weiters sind diese Mittel auch für die Verarbeitung und Auswertung der dabei anfallenden Erhebungsdaten, vor allem hinsichtlich betriebs-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Gemäß BGBl. Nr. 1/1951.
[2]) Gemäß BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947.
[3]) Errichtet gemäß BGBl. Nr. 82/1948.
[4]) In der Fassung BGBl. Nr. 448/1968, 452/1969, 175/1970, 411/1970 und 492/1971.

und marktwirtschaftlicher Aufgabenstellungen heranzuziehen. Außerdem werden die Mittel der Post „Lagebericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes" insbesondere zur Beschaffung von Unterlagen für den Grünen Bericht im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 (in der geltenden Fassung), verwendet. In diesem Zusammenhang werden Aufarbeitungs- und Auswertungskosten getragen und den buchführenden Betrieben in Form einer Anerkennungsprämie für die freiwillige Mitarbeit ein Anreiz geboten. Ferner sind aus diesen Mitteln die Druckkosten für den Lagebericht und die Reisekosten der Mitglieder der Kommission gemäß § 7 des Landwirtschaftsgesetzes zu tragen.

Die Mittel unter der Post „Forstpolitische Unterlagen" dienen der Erforschung der Ertragslage der Forstwirschaft. Vorgesehen sind die Erfassung von Ertrag und Aufwand im größeren und im bäuerlichen Waldbesitz.

Weiters wird hier der Aufwand für die landtechnischen Grundlagenarbeiten verrechnet. Die hiefür vorgesehenen Mittel dienen zur Untersuchung praxisnaher Probleme im Zusammenhang mit der zunehmenden Mechanisierung und den baulichen Veränderungen in der Landwirtschaft, sowie zur Prüfung neuzeitlicher, zeitsparender Arbeitsmethoden und zur Durchführung arbeitsteiliger Versuchsprogramme. Weiters werden damit die Sammlung und der Austausch landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse mit dem Ausland finanziert.

Ferner werden hier die Kosten für die Aufstellung des Wasserwirtschaftskatasters [5]) gemäß § 59 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215 [6]) für die Erstellung mathematisch hydraulischer Modelle wasserwirtschaftlich bedeutender Gewässer und für wasserwirtschaftliche Planungen und Untersuchungen bestritten. Damit sollen bereits vor Verwirklichung von Maßnahmen alle jene Faktoren erfaßt werden, die das Abflußregime beeinflussen, um eine optimale wasserwirtschaftliche Ausführung zu ermöglichen.

Weiters dienen die Mittel dieses Ansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an das Land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum.

Ansatz 6005 Hydrographischer Dienst

Allgemeines

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Artikel 10 Absatz 1 Ziffer 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache.

Gebarung

Für das im Rahmen des Bundesministeriums für Land- und Fostwirtschaft geführte Hydrographische Zentralbüro (Organisationsstatut vom Dezember 1894) sind die Ausgaben für dessen Veröffentlichungen hier veranschlagt. Besonders zu erwähnen ist das Hydrographische Jahrbuch.

Darüber hinaus sind hier auch Beträge für die Anschaffung und Instandhaltung bundeseigener hydrogaphischer Geräte, unter anderem auch für die Errichtung und Erweiterung von Pegelanlagen, für Beobachtervergütungen und für den hydrographischen Nachrichten- und Meßdienst vorgesehen. Außerdem sind hier für die Durchführung der Internationalen hydrologischen Dekade (1965 bis 1974) [8]), zu der die UNESCO ihre Mitgliedsländer aufgerufen hat, Mittel vorgesehen, um die gewässerkundliche Grundlagenforschung zu intensivieren.

Aufgaben

Der hydrographische Dienst der Länder besorgt in der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Richtlinien des Hydrographischen Zentralbüros Grundlagen für die Wasserbau-, Wasserkraft- und für die land- und forstwirtschaftlichen Planungen, Bodenverbesserungen, Grundwassernutzung und Trinkwasserversorgung sowie für sonstige hydrographische Untersuchungen zum Zwecke der zusammenfassenden Bearbeitung durch das Hydrographische Zentralbüro für das gesamte Bundesgebiet.

Ferner führt der hydrographische Dienst den nationalen und internationalen Nachrichten- und Vorhersagedienst durch.

Ansatz 1/60068 Land- und forstwirtschaftliche Sonderaufgaben

Der gegenständliche finanzgesetzliche Ansatz sieht Ausgaben für Sonderaufgaben auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft, des Wasserbaues, der Wasserwirtschaft und der Marktwirtschaft vor. Ferner ist hier vorgesorgt für Vorträge und Informationstätigkeit, sowie die Durchführung von Sonderschauen und Sonderveranstaltungen, einschließlich der Anschaffung von Informationsmaterial. Schließlich sind hier Mittel veranschlagt für Honorare und für Druckkosten bzw. Druckkostenbeiträge zu einschlägigen publizistischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und statistischen Arbeiten. Aus diesem Ansatz werden auch noch Aufwendungen für den Berghöfekataster bedeckt.

Ansatz 1/6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes vom 17. Mai 1967, BGBl.

---

[5]) Verordnung über die Einrichtung und Führung des Wasserkraftkatasters, BGBl. Nr. 34/1969.
[6]) In der Fassung BGBl. Nr. 207/1969.
[7]) (frei).

[8]) Für die hydrologische Dekade sind weitere Mittel beim Ansatz 1/12308 vorgesehen.

Nr. 161, in der Fassung BGBl. Nr. 468/1971, durchzuführen. Auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 26. März 1968, BGBl. Nr. 136/1968, über die Durchführung des Qualitätsklassengesetzes erfolgt die Qualitätskontrolle bei Äpfel und Birnen, seit 1. Juli 1968, bei Eiern gemäß BGBl. Nr. 303/1970 seit 1. März 1971 und soll im Jahre 1973 auf Zitrusfrüchte und auf weitere Produkte des Obst- und Gartenbaues ausgedehnt werden. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch bei Produzenten, Genossenschaften sowie beim Groß- und Detailhandel durchzuführen.

Ansatz 1/60086 Förderungsausgaben

Bei diesem Ansatz ist eine Verrechnungspost für die Abwicklung der Gebarung des Besitzstrukturfonds vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	416·5	1·9
1972 **)	450·8	1·4
1973 **)	443·6	1·3

Unterschiede der Gebarung

Obwohl für die Vollziehung des Studienförderungs- und Schülerbeihilfengesetzes, für das Beratungswesen und für die Abwicklung der Treibstoffverbilligungsaktion größere Beträge vorgesehen werden mußten, ergibt sich gegenüber 1972 ein Minderaufwand dadurch, daß u. a. die Mittel zur Durchführung von Produktivitätsverbesserungen in der pflanzlichen und tierischen Produktion zur Gänze und für das Beratungswesen zum Teil in den Grünen Plan überstellt wurden.

Allgemeines

Die der österreichischen Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel dienen der im allgemeinen Interesse gelegenen Produktivitäts- und Qualitätsverbesserung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung und damit der Sicherung der Ernährung des österreichischen Volkes sowie auch der Vorbereitung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft auf die Entwicklung von Großmärkten. Im Rahmen der marktgerechten Orientierung der landwirtschaftlichen Erzeugung gewinnt die Förderung des Absatzes zunehmende Bedeutung.

Die Mittel zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft sind von den die Förderung durchführenden Stellen grundsätzlich den zu fördernden Betrieben der land- und forstwirtschaftlichen Urproduktion unmittelbar zuzuwenden.

Muß sich der Land- und Forstwirt zur Erreichung des Förderungszieles zum Bezug oder Absatz einer Ware oder bei Inanspruchnahme einer Dienstleistung einer Unternehmung bedienen, so darf er hiebei in der freien Wahl seiner Geschäftspartner nur dann eingeschränkt werden, wenn dies zur Erreichung des betreffenden Förderungszieles unbedingt notwendig ist.

In den Fällen einer mittelbaren Förderung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe durch Bereitstellung von Mitteln an Betriebe einer anderen Wirtschaftsstufe ist die Auswahl unter den fachlich und örtlich in Betrach kommenden Betrieben ohne Rücksicht auf ihre handelsrechtliche Rechtsform zu treffen.

Ansatz 1/60134 Studien- und Schülerbeihilfen

Aus diesen Mitteln werden gewährt:

1. Studienbeihilfen und Begabtenstipendien an die Studierenden am Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen in Wien-Ober St. Veit (Land- und forstwirtschaftliche berufspädagogische Lehranstalt) gemäß Studienförderungsgesetz 1969, BGBl. Nr. 421,

2. Schul- und Heimbeihilfen an die Studierenden der höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten gemäß Schülerbeihilfengesetz 1971, BGBl. Nr. 253,

3. Schul- und Heimbeihilfen an Schüler und Schülerinnen der landwirtschaftlichen Fachschulen gemäß Schülerbeihilfengesetz 1971, BGBl. Nr. 253.

Ansatz 1/60146 Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Beratungswesen

Gebarung 1973

Die veranschlagten Bundesmittel sind zum größten Teil für die Gewährung von Beihilfen an die Landwirtschaftskammern für die Durchführung der Beratung vorgesehen.

Im einzelnen werden den Landwirtschaftskammern Beiträge gewährt

zum Personalaufwand (einschließlich Reisekosten) der Beratungskräfte,

zu den Kosten der fachlichen Weiterbildung der im Förderungsdienst eingesetzten Fachkräfte,

zu den Maßnahmen der Gruppenberatung und Massenberatung (Fachvorträge, Kurse Lehrfahrten, Vorführung, Presse, Rundfunk usw.),

zur Herstellung und Anschaffung von Beratungsmitteln, -behelfen und -geräten,

für die Errichtung, den Ausbau und die Ausgestaltung von Beratungsstützpunkten (Häuser der Bäuerin, örtliche Beratungsstützpunkte).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Im Jahre 1973 sind auch beim Ansatz 1/60346 Mittel hiefür veranschlagt.

Zum geringen Teil sind die Mittel vorgesehen für Zuschüsse an Verbände, Vereine und Genossenschaften für Maßnahmen zur Information und Beratung der Landwirte sowie für die fachliche Fortbildung der Fachkräfte dieser Organisationen.

Gebarung 1971

Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wurden bezuschußt:

Personal- und Reisekosten von 773 Beratungskräften, 53 Fortbildungsveranstaltungen mit 1178 Teilnehmern; 16.627 Veranstaltungen der land- und hauswirtschaftlichen Beratung mit 595.168 Teilnehmern; die Errichtung von 1 Beratungsstützpunkt und die weitere Ausgestaltung von 56 Beratungsstützpunkten, sowie Veranstaltungen landwirtschaftlicher Institutionen, des Vereines „Hans Kudlich Volkshochschule" und des genossenschaftlichen Bildungswesens.

Bildungswesen
Gebarung 1973

Die Bundesmittel stellen Beiträge zur Weiterbildung von Lehrkräften und zu Maßnahmen der außerschulischen Jugendarbeit dar. (Exkursionen, in- und ausländische Lehrgänge und Seminarien, Fortbildungs- und Volkshochschulkurse, Pflege bäuerlichen Brauchtums.) Zur Ergänzung und Vertiefung der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit werden die Zeitschrift „Landjugend" und Broschüren sowie verschiedene Drucksorten herausgegeben und zur Verfügung gestellt.

Gebarung 1971

Die Mittel des Jahres 1971 wurden u. a. für Zuschüsse zu 12 Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer auf Bundesebene und einer Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer auf Landesebene verwendet. Die außerschulische Bildungsarbeit (Fachvorträge, Kurse, Lehrfahrten und insbesondere Wettbewerbe mit über 120.000 Teilnehmern aus den Landjugendgruppen), wurde durch Zuschüsse und Bereitstellung von Druckwerken, Arbeitsbehelfen und Preisen unterstützt.

Kammereigene Schulen
Gebarung 1973

Die veranschlagten Bundesmittel sind für die Gewährung von Beihilfen an die Landwirtschaftskammern für die von diesen geführten landwirtschaftlichen Schulen und sonstigen Bildungsstätten vorgesehen, und zwar für Zuschüsse zum Personalaufwand der Lehrkräfte und für Investitionsbeihilfen für die Errichtung, den Ausbau und die Ausgestaltung landwirtschaftlicher Bildungsstätten.

Gebarung 1971

Mit den zur Verfügung gestandenen Mitteln wurde im Schuljahr 1970/71 an 18 landwirtschaftlichen Fachschulen und sonstigen Bildungsstätten der Landwirtschaftskammern die fachliche Weiterbildung von 12.185 Schülern und Kursteilnehmern ermöglicht.

Slowenische Schulen

Mit dem hier veranschlagten Betrag sollen im Sinne des Art. 68 des Staatsvertrages von St. Germain und des Art. 7 § 4 des Staatsvertrages 1955 in gleicher Weise wie für die kammereigenen Schulen Zuschüsse zum Personalaufwand der landwirtschaftlichen Fachschule in Förderlach für die slowenisch sprechende Minderheit in Kärnten gewährt werden.

Lernbeihilfen
Gebarung 1973

Mit Hilfe des hier veranschlagten Betrages soll minderbemittelten Jugendlichen die Möglichkeit zur fachlichen Ausbildung an land- bzw. forstwirtschaftlichen Fachschulen und an höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten geboten werden, soweit diese Schüler nicht unter die Bestimmungen des Schülerbeihilfengesetzes fallen. Diese Ausbildung ist wegen der internatsmäßigen Unterbringung der Studierenden mit erheblichen Kosten verbunden.

Gebarung 1971

Aus den verfügbaren Mitteln des Jahres 1971 wurden 2659 Lernbeihilfen an Schüler landwirtschaftlicher Lehranstalten und 75 Stipendien an Schüler forstwirtschaftlicher Lehranstalten gewährt.

Produktivitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion
Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 die Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (Siehe 1/60346).

Gebarung 1971

Von den im Jahre 1971 durchgeführten Maßnahmen seien hervorgehoben:

In der Düngerwirtschaft bezogen 5544 Betriebe für 33.970 ha 32.855 t verbilligte Handelsdünger mit gestaffelten Beitragssätzen. Das hohe Düngebedürfnis der Grünlandflächen in den Umstellungsgebieten bedingt, daß der Anteil an Phosphorsäuredüngern mit 16.608 t überwiegt. Insgesamt wurden 4·9 Millionen Schilling an Verbilligungen gewährt. In dieser Summe sind die Zuschüsse für die Errichtung von 5 Düngekalksilos und die Anschaffung von 8 Düngekalkstreuern eingeschlossen.

Im Pflanzen- und Futterbau wurden vor allem rund 1036 t ausländisches Zuchtsaatgut für den Vermehrungsanbau verbilligt und Beiträge zu 25 Trocknungseinrichtungen für Mais, zur Untersuchung von 65 Silo- und 55.700 Bodenproben sowie für die Anlage von 108 Schau- und Ertragsversuchen in der Acker- und Grünlandwirtschaft geleistet.

Im Gartenbau wurden mit Hilfe von Förderungsmitteln (AI-/Krediten) [9]) u. a. die Neuerrichtung von 133 Hochglashäusern mit einer Fläche von 73.581 m² und der Neubau von 101 modernen Heizanlagen ermöglicht. Die technische Ausstattung mit Spezialgeräten wurde ebenfalls gefördert. Bei 309 Schulungs- und Aufklärungsveranstaltungen wurden rund 15.300 Interessenten erfaßt.

Im Obstbau lag der Schwerpunkt der Förderung bei der Schulung und Beratung zur Erzielung einer marktgerechten Produktion. Neben den Förderungsorganen der Landwirtschaftskammern waren 8 speziell ausgebildete Obstbaumwärter in der Betriebsberatung tätig, die über 15.900 Einzel- bzw. Betriebsberatungen durchführten. An 1156 Kursen, Versammlungen, Vorträgen und Fachtagungen nahmen 27.347 Obstbauern teil.

14.723 Weinbauern wurden in zahlreichen Kursen, Lehrfahrten, Weingartenbegehungen und Einzelberatungen mit den modernen Produktionsmethoden vertraut gemacht. Zur Erzielung einer marktgerechten Produktion wurden an 17 einschlägige Marktorganisationen, die Mitarbeiter mit entsprechender Vorbildung zusätzlich anstellen und für den Beratungsdienst einsetzen, monatliche Prämien aus Bundes- und Landesmitteln gewährt. Weiters wurden bei 23 Winzergenossenschaften die Verarbeitungseinrichtungen weiter ausgebaut bzw. der Lagerraum um 79.007 hl auf nunmehr 931.713 hl vergrößert.

Im Pflanzenschutz wurde im Jahre 1971 vor allem die Modernisierung der Warndienststationen weiterbetrieben. In rund 860 Kursen, in Demonstrationsübungen und in Einzelberatungen wurden rund 29.400 Teilnehmer in die neuen Methoden eines rationellen Pflanzenschutzes praktisch eingeführt. Rund 2350 ha Kartoffel-Anbaufläche wurden gegen Viruskrankheiten behandelt und 2400 Bodenproben auf Nematoden untersucht. 200 Warndienststationen sind nunmehr im Einsatz, um auf Grund der Biologie der Schädlinge sowie der Witterungsverhältnisse die optimalen Bekämpfungstermine zu ermitteln und somit einen gezielten Pflanzenschutz auf rationeller Basis zu ermöglichen.

[9]) Zinsenzuschüsse für Agrarinvestitionskredite siehe Ansatz 1/60186, 1/60386 und 5/60386.

Landwirtschaftliches Maschinenwesen

Gebarung 1973

Mit dem für das landwirtschaftliche Maschinenwesen bestimmten Betrag werden allgemeine Förderungsmaßnahmen, wie die Abhaltung von Landmaschinenpflege- und Traktorenführerkursen, Maschinenvorführungen, sowie die Anschaffung von Kursmaterial und die Errichtung von Kursstätten unterstützt. Zur Intensivierung der organisierten Nachbarschaftshilfe wird an bestellte Geschäftsführer oder an auf Dorfebene für den überbetrieblichen Maschineneinsatz Verantwortliche eine Finanzierungshilfe gewährt. Desgleichen kann die Anschaffung von Maschinen in Umstellungsbetrieben und zum Zweck der überbetrieblichen Verwendung gefördert werden.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurden 290 Maschinenkurse abgehalten, an denen 6585 Interessenten teilnahmen; 19 Maschinenvorführungen wurden von 6000 Teilnehmern besucht. Zur Errichtung von Maschinenringen wurden Starthilfen gegeben und an 131 Geschäftsführer solcher Maschinenringe Pauschalbeiträge gewährt.

Alm- und Weidewirtschaft

Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 nur Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (siehe 1/60356 bzw. 5/60356 — Landwirtschaftliche Regionalförderung).

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurde mit den zur Verfügung gestellten Bundesbeiträgen einschließlich der Mittel aus dem Grünen Plan (Ansatz 60356) die Durchführung von Verbesserungsmaßnahmen mit einem Gesamtaufwand von rund 36·6 Millionen Schilling auf 1157 Almen ermöglicht.

Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft

a) Pferdezucht

Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 die Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (Siehe 1/60346).

Gebarung 1971

Die Jungpferde-Qualitäts-Fesselungsaktion hat sich auch im Jahre 1971 als besonders wichtige Förderungsmaßnahme erwiesen. Sie hat wesentlich zur Hebung der Qualitäts- und Leistungszucht beigetragen. Der Hengstenbestand konnte durch den Ankauf von Junghengsten bester Qualität aus den genossenschaftlichen Hengstaufzuchthöfen ergänzt werden. Die Qualität der österreichischen Pferde kommt in den Exportzahlen zum Ausdruck. So wurden im Jahre 1971

wieder 6600 Pferde im Werte von 57,900.000 Schilling ausgeführt.

b) Rinderzucht und übrige Viehwirtschaft

Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 die Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (Siehe 1/60346 und 5/60346).

Gebarung 1971

Die im Jahre 1971 bewilligten Förderungsmittel wurden für die Qualitätsverbesserung und Produktivitätssteigerung in der Tierzucht verwendet. Insbesondere konnten die Schulung und Aufklärung, Fütterungsberatung und die Leistungsprüfungen bei den einzelnen Zweigen der Tierzucht weiter intensiviert werden (Ausbau des zentralen Abschlusses der Milchleistungsergebnisse, Ausbau von Besamungsanstalten und diverse züchterische Maßnahmen in der Kleintierzucht).

c) Milchwirtschaft

Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 die Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (Siehe 1/60346).

Gebarung 1971

Die im Jahre 1971 bewilligten Förderungsmittel wurden für die apparative Ausgestaltung von Untersuchungslaboratorien, für die Ausbildung von milchwirtschaftlichen Lehr- und Beratungsorganen, für Kursbeihilfen, sowie für die Beschaffung von Beratungs- und Aufklärungsmaterial und zu einem geringen Teil für die bauliche und technische Sanierung von genossenschaftlichen Milchsammelstellen im Zuge von Zusammenlegungen verwendet.

Forstliche Maßnahmen

Gebarung 1973

Für diese Maßnahmen sind im Jahre 1973 die Mittel beim Grünen Plan vorgesehen (Siehe 1/60346).

Gebarung 1971

Mit den bei diesem Ansatz zur Verfügung gestandenen Mitteln wurden im Rahmen der forstlichen Aufklärung, Beratung und Betreuung bäuerliche Waldbesitzer, Forstarbeiter, Landjugend und sonstige forstlich interessierte Kreise mit den forstlichen Grundfragen vertraut gemacht und in zahlreichen mehrtägigen Kursen, Lehrgängen, Exkursionen und verschiedenen sonstigen Veranstaltungen geschult.

Mit den im Jahre 1971 erstmals unter der eigenen Post „Schutzwaldsanierung und Hochlagenaufforstung" zur Verfügung gestandenen Mittel wurden dringend notwendige Hochlagenaufforstungen auf ehemaligen Waldböden oberhalb des derzeitigen Wirtschaftswaldes und Maßnahmen zur Verjüngung überalteter Schutzwälder zum Schutz des Siedlungsraumes und Vorbereitungs- sowie Sicherungsmaßnahmen durchgeführt.

Außerdem wurden notwendig gewordene Forstschutzmaßnahmen durch die Bereitstellung von Bekämpfungsmitteln unterstützt und für freiwillige bäuerliche Waldgemeinschaften Zuschüsse für das Forstpersonal gewährt und Holzvermarktungs-, Holzverwertungs- und Holzwerbemaßnahmen gefördert.

Ansatz 1/60156 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Landwirtschaftliches Bauwesen

Gebarung 1973

Die hiefür vorgesehenen Mittel sollen zur Förderung des landwirtschaftlichen Bauwesens, insbesondere zur Erstellung von Beispielsanlagen, zur Ausarbeitung von Normen und Musterplänen und Baumerkblättern, zur Erprobung von neuen Baumaterialien, zur Abhaltung von Kursen, für Vorträge, zur Durchführung von Lehrfahrten, zur Anschaffung von Filmen, Bildmaterial und von Modellen aufgewendet werden.

Gebarung 1971

Die Mittel des Jahres 1971 dienten der Erarbeitung von Merkblättern und für die Anfertigung von Modellen.

Ansatz 1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

Für die Förderung der Absatz- und Verwertungsmaßnahmen von Produkten des Wein-, Obst- und Gartenbaues, und sonstigen landwirtschaftlichen und tierischen Produkten sowie für Maßnahmen der Werbung und Markterschließung sind vornehmlich Mittel beim Grünen Plan (Ansatz 60366) vorgesehen.

Die unter dem Ansatz 1/60166 veranschlagten Mittel dienen folgenden Zwecken:

Ausstellungswesen

Gebarung 1973

Die veranschlagten Mittel sind für Beiträge zu den wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Sonderschauen (z. B. auf der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, Rieder Messe, Grazer Messe, Kärntner Holzmesse und Dornbirner Messe) vorgesehen. Durch diese Sonderschauen sollen die Landwirte auf breiter Basis Anregungen für betriebliche und hauswirtschaftliche Belange erhalten. Zugleich besteht auch die Möglichkeit, die breite Öffentlichkeit mit den Problemen der

Land- und Forstwirtschaft vertraut zu machen und einen Beitrag zur Werbung für den Absatz land- und forstwirtschaftlicher Produkte zu leisten.

Zur Erhaltung der bisherigen und Erschließung neuer Absatzgebiete auf dem Mastrinder- und Fleischsektor werden bei Beteiligung an ausländischen Messen mit entsprechend guten Ausstellungskollektionen Zuschüsse gewährt.

Gebarung 1971

Die Bundesbeiträge des Jahres 1971 wurden zur finanziellen Unterstützung land- und forstwirtschaftlicher Sonderschauen auf der Grazer Frühjahrsmesse, der Rieder Messe, der Kärntner Holzmesse, der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse sowie der Dornbirner Messe verwendet.

Viehabsatz und Viehverkehr

Gebarung 1973

Der Absatz von Zucht-, Nutz-, Mast- und Schlachtvieh (Rinder und Kälber, Schweine und Ferkel, Schafe, Pferde und Fohlen), wird durch Beihilfen gefördert. Weiters sind für den Neu- und Ausbau von Anlagen, die den Viehabsatz, die Vermarktung und Verwertung erleichtern bzw. überhaupt ermöglichen, Bundesbeiträge und Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten [9]) vorgesehen.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurden aus Österreich rund 133.000 Rinder, 5300 t Rindfleisch und 6600 Pferde mit einem Gesamtwert von rund 1500 Millionen Schilling ausgeführt, während sich der Schlachtviehumsatz im Inland auf rund 435.000 Rinder, 286.000 Kälber, 3 Millionen Schweine, 2200 Pferde und 13.000 Schafe belief, was einem Wert von rund 9·4 Milliarden Schilling entspricht.

Ansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Gebarung 1973

Mit den veranschlagten Mitteln werden sozialpolitische Maßnahmen gefördert, die der Erhaltung eines guten land- und forstwirtschaftlichen Facharbeiterstandes dienen. So wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz BGBl. Nr. 177/1952, und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung der Land- und Forstarbeiter durch Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert. Außerdem erhalten Land- und Forstarbeiter anläßlich von Berufsjubiläen Treueprämien für ihre langjährige Dienstleistung. Bis 1972 erhielten die Land- und Forstarbeiter auch zur Erleichterung der Familiengründung Beihilfen für die Anschaffung von Hausratsgegenständen. Zu einem geringen Teil dienen diese Mittel hier auch zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues. Vorwiegend wird diese Maßnahme jedoch aus Mitteln des Grünen Planes gefördert. Nähere Erläuterungen hierüber beim Ansatz 5/60376.

Gebarung 1971

Für die Durchführung dieser Förderungsmaßnahmen wurden im Jahre 1971 Bundesmittel in der Höhe von 5·1 Millionen Schilling verausgabt, womit 232 Familiengründungsbeihilfen, 3184 Treueprämien und 16.304 Ausbildungsbeihilfen gewährt werden konnten.

Ansatz 1/60186 Kreditpolitische Maßnahmen

Zinsenzuschüsse

Gebarung 1973

Seit dem Jahre 1954 werden für bestimmte vordringliche Investitionsmaßnahmen Kredite zu einem verbilligten, für die Land- und Forstwirtschaft tragbaren Zinsfuß über die Raiffeisenkreditinstitute, die Landes-Hypothekenanstalt, die Sparkassen und in Tirol auch über den Landeskulturfonds für Tirol vergeben.

Aus diesem Ansatz sollen die Zinsenzuschüsse für die Agrarsonderkredite (roulierendes Kreditvolumen 500 Millionen Schilling) und die auslaufenden Kredite zur Errichtung nichtkommunaler Abwasserreinigungsanlagen sowie für die bis einschließlich 1960 vergebenen Agrarinvestitionskredite bestritten werden. Der Zinsenzuschuß zu den Agrarinvestitionskrediten war in den Jahren unterschiedlich, da die Zinsbelastung des Kreditnehmers mit 3% gleich gehalten worden ist. Der Zinsenzuschuß ist bei den Agrarsonderkrediten unverändert mit 2% festgesetzt.

Die Mittel für Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten, die seit dem Jahre 1961 vergeben werden, sind beim Grünen Plan (Titel 603) mitveranschlagt.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurden für zinsverbilligte Agrarkredite Zinsenzuschüsse in der Höhe von insgesamt rund 259 Millionen Schilling verausgabt, wovon 250 Millionen Schilling aus Mitteln des Grünen Planes (Titel 603) zur Verfügung standen. Mit diesen Beträgen wurde das Zinsenzuschußerfordernis für die per 31. Dezember 1970 aushaftenden Agrarkredite in der Gesamthöhe von 5303 Millionen Schilling sowie für die im Jahre 1971 neu bewilligten Darlehen im Betrag von rund 1400 Millionen Schilling abgedeckt. Für 1971 betrug der Zinsenzuschuß für

Agrarinvestitionskredite 4³/₄% (6³/₄% bei Aufforstung).

Ansatz 1/60196 Sonstige Maßnahmen

Unter diesem Ansatz ist neben den Mitteln für die Treibstoffverbilligung noch ein Bundesbeitrag zum Bergbauernhilfsfonds vorgesehen.

Der Bergbauernhilfsfonds wurde als juristische Person durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 233/1937 geschaffen. Er wird von einer Verwaltungskommission verwaltet. Der Fonds und seine Organe unterstehen der unmittelbaren Aufsicht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft (§ 2 lit. c).

Weiters ist ein Beitrag für die Arbeiten der Österreichischen Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung vorgesehen. Den mit der Raumordnung zusammenhängenden Problemen und deren Lösung wird von landwirtschaftlicher Seite deshalb größte Bedeutung beigemessen, da sie — soweit sie den ländlichen Raum betreffen — mit der Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in engem Zusammenhang stehen. Außerdem sind Beiträge für die Österreichische Gesellschaft für Statistik und Informatik, für die Förderung des Naturschutzes und der Jagd, für die Internationalen Vereinigung für theoretische und angewandte Limnologie für ein europäisches Tierzuchtsymposium, für forstliche Symposien, für die Internationale Lebensmittelausstellung und ein Beitrag für die Internationale Gartenschau WIG 74 veranschlagt.

Treibstoffverbilligung

Gebarung 1973

Die hiefür veranschlagten Mittel dienen zur Verbilligung der Treibstoffkosten für Antriebs- und Arbeitsmaschinen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Damit soll die Verwendung von motorisch betriebenen Maschinen wirtschaftlicher gestaltet und die Umstellung auf neuzeitliche Arbeitsmethoden erleichtert werden. Gleichzeitig ist damit beabsichtigt, den für die landwirtschaftliche Produktion benötigten Treibstoff kostenmäßig dem Niveau der übrigen Länder in Europa anzugleichen und auf diesem Gebiet der Betriebsmittel annähernd gleiche Wettbewerbsverhältnisse zu schaffen.

Die Treibstoffverbilligung für 1973 wird in Form eines Pauschalbetrages nach einem bundeseinheitlich festgelegten Punktesystem auf Grund des im Jahre 1972 erhobenen Bestandes an treibstoffverbrauchenden Maschinen gewährt.

Gebarung 1971

Bedingt durch die Erhöhung des Dieselölpreises mit 1. Jänner 1971 wurde der Punktewert von 75 Schilling im Jahre 1970 auf 105 Schilling im Jahre 1971 angehoben. Für rund 252.300 landwirtschaftliche Betriebe konnte eine Verbilligung der Treibstoffkosten gewährt werden, wofür ein Betrag von rund 302·8 Millionen Schilling verausgabt wurde. Damit konnten die Treibstoffkosten der Landwirtschaft im Bundesdurchschnitt um etwa 23% verbilligt werden.

Titel 602 Bundesministerium (Grüner Plan — Bergbauern-Sonderprogramm)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1972 **)	300·0	0·0
1973 **)	300·0	0·0

Allgemeines

Durch die hier veranschlagten Maßnahmen sollen in den Berggebieten und den übrigen entsiedlungsgefährdeten Gebieten wirtschaftlich gesunde und gesellschaftlich und kulturell lebendige Räume erhalten bleiben.

Die nachhaltige Existenzsicherung der bäuerlichen Betriebe zur Erhaltung einer den regionalen Erfordernissen angepaßten Besiedlung und Bodenbewirtschaftung ist hiefür Voraussetzung.

Die erstmals 1972 unter diesem Titel veranschlagten Bundesmittel sollen im Rahmen des vorerst auf 5 Jahre abgestellten Bergbauern-Sonderprogrammes diesen Zielsetzungen dienen.

1/60236 Landeskulturelle forstliche Maßnahmen

Die hiefür veranschlagten Mittel sollen zur Hochlagenaufforstung und zur Schutzwaldsanierung verwendet werden.

1/60246 Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Im Rahmen dieses Ansatzes sollen Zuschüsse für landwirtschaftliche Geländekorrekturen sowie für die Aufforstung landwirtschaftlicher Grenzertragsböden bzw. für forstliche Bestandesumwandlungen gewährt werden.

1/60256 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Die veranschlagten Mittel sind für die Gewährung von Beiträgen im Rahmen der „Landwirtschaftlichen Regionalförderung" zur Modernisierung und Rationalisierung der bäuerlichen Betriebe und Almen sowie für die Schaffung von Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung des bäuerlichen Fremdenverkehrs, des Kleingewerbes und der Heimarbeit vorgesehen. Weiter sollen Beiträge für die ländliche Verkehrserschließung und den Forstwegebau sowie für die Restelektrifizierung, Netzverstärkung und die Errichtung von Telephonanschlüssen gewährt werden.

1/60296 Sonstige Maßnahmen

Bei diesem Ansatz sind für Extrembetriebe leistungsgebundene Zuschüsse vorgesehen.

**) Bundesvoranschlag.

Titel 603 Bundesministerium (Grüner Plan)

	Ordentliche Gebarung	Sachaufwand Ao. Gebarung	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	361·9	378·2	740·1	0·0
1972 **)	393·0	387·0	780·0	0·0
1973 **)	399·0	381·0	780·0	0·0

Unterschiede der Gebarung

1961 wurden auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes erstmals 200 Millionen Schilling veranschlagt.

Allgemeines

Die unter diesem Titel veranschlagten Mittel haben den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 [10]), zu dienen.

Im Sinne des von der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes erstatteten „Berichtes über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft" sollen die Mittel für die nachstehenden Schwerpunktmaßnahmen insbesondere auch dazu dienen, die Wettbewerbsfähigkeit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unter dem Gesichtspunkt des Überganges zu einer europäischen Großraumwirtschaft zu heben.

Gebarung 1971

Im Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl. Nr. 155/1960 [10]), wird nachgewiesen, wie die gemäß § 10 Abs. 1 dieses Gesetzes beim Grünen Plan (Titel 603) bereitgestellten Mittel verwendet wurden.

Ansatz 1/60346 Verbesserung der Produktionsgrundlagen

Ansatz 5/60346 Verbesserung der Produktionsgrundlagen (ao)

Produktivitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion

Gebarung 1973

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, Garten-, Obst- und Weinbau, sonstige Spezialkulturen sowie den Pflanzenschutz.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse und der Erhöhung der Produktivität gesichert werden.

Schwerpunktsmäßig sollen die Maßnahmen folgendes umfassen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen, Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzengut, Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen und Vorratslager vor pflanzlichen und tierischen Schädlingen sowie produktionsschädigenden Natureinflüssen, Erzielung weiterer Fortschritte in der Haltbarmachung und Konservierung pflanzlicher Produkte für die innerbetriebliche Verwertung, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion (z. B. Erzeugergemeinschaften).

Landwirtschaftliche Geländekorrekturen (Kultivierungen)

Gebarung 1973

Die für landwirtschaftliche Geländekorrekturen vorgesehenen Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für die Beseitigung von Geländehindernissen auf landwirtschaftlich genutzten Grundstücken, die einer maschinellen Bearbeitung entgegenstehen, um eine Verbesserung der Arbeitswirtschaft zu erreichen. Als Folgemaßnahme nach Grundstückzusammenlegungen und Entwässerungen wird die Beseitigung aufzulassender Feld- und Hohlwege, Gräben, Böschungen und dergleichen finanziert. Weiters werden die veranschlagten Mittel zur strukturellen Bereinigung und Entsteinung von landwirtschaftlich genutzten Flächen verwendet.

Gebarung 1971

Durch diese Maßnahme konnte im Jahre 1971 eine Fläche von 9329 ha strukturell bereinigt werden, woran 13.560 Interessenten beteiligt waren.

Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft

a) Pferdezucht

Gebarung 1973

Die vorgesehenen Mittel werden für Schwerpunktmaßnahmen in der Pferdezucht zur Hebung der Qualitäts- und Leistungszucht verwendet, u. zw. für die Jungpferde-Qualitäts-Fesselungsaktion, für die Förderung der Hengstaufzucht in den Hengstaufzuchthöfen, für den Ausbau der Zuchtbuchführung, für die Förderung des ländlichen Reit- und Fahrwesens sowie für Ausstellungen und Nachzuchtbewertungen, für die Förderung von züchterischen Vereinigungen und für Werbemaßnahmen.

b) Rinderzucht und übrige Viehwirtschaft

Gebarung 1973

Die vorgesehenen Mittel sind für die weitere Verbesserung der Qualität und Steigerung der

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[10]) In der Fassung BGBl. Nr. 79/1963, 215/1964, 449/1968, 412/1970 und 493/1971.

Produktivität bei den einzelnen Zweigen der Tierzucht (Rinderzucht, Schweinezucht, Geflügelzucht und übrige Kleintierzucht) bestimmt. Als wichtigste Förderungsmaßnahmen sind vor allem die Schulung und Aufklärung, ferner die Durchführung der Leistungsprüfungen, die genetische Verbesserung, wichtige Investitionen zur Förderung von Züchtung, Haltung und Fütterung sowie Maßnahmen für Werbung und Markterschließung anzuführen.

Bei diesen Maßnahmen kommen vor allem in Betracht: Der weitere Ausbau der Schulung und Aufklärung durch den viehwirtschaftlichen Beratungsdienst sowie Lehrschauen, Tierzucht- und Fütterungsversuche und die Förderung von züchterischen Vereinigungen; der weitere Ausbau der Leistungsprüfungen als Grundlage für die Selektion und Fütterungsberatung sowie deren Auswertung (zu den genetischen Verbesserungsmaßnahmen gehören vor allem der weitere Ausbau der künstlichen Besamung und die Aufstellung hochwertiger Vatertiere, der Ausbau und die technische Ausgestaltung von Besamungs- und Leistungsprüfstationen, sowie Anschaffungen für die Durchführung von Tierzucht- und Fütterungsversuchen); fallweise absatzfördernde Maßnahmen bei den Kleintiersparten.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung der Tierhaltung erforderlichen Einrichtungen Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten zur Verfügung.

c) Milchwirtschaft

Gebarung 1973

Die Maßnahmen zur Förderung der Milchwirtschaft beziehen sich nicht auf die Steigerung der Produktion, sondern vielmehr auf die Hebung der Qualität, die Rationalisierung der Be- und Verarbeitung, die Verbesserung der Marktstruktur sowie auf die Heranbildung und Schulung von Fachpersonal aller Kategorien. Die vorgesehenen Mittel werden vornehmlich für die Schulung und Aufklärung, für Absatz- und Verwertungseinrichtungen sowie für die Ausgestaltung von Einrichtungen zum Zwecke der Qualitätsprüfung und Untersuchung verwendet. Für größere Vorhaben der Be- und Verarbeitungsbetriebe werden im Zuge der Rationalisierung und Strukturverbesserung in erster Linie ERP-, AI- und AS-Kredite zur Verfügung gestellt.

Die Förderung erstreckt sich ferner auf praxisnahe Forschungsarbeiten.

Landwirtschaftlicher Wasserbau

Gebarung 1973

Zur Ermöglichung des Einsatzes von Landmaschinen auf landwirtschaftlichen Kulturflächen mit gestörtem Wasserhaushalt, zur Besitzfestigung und Strukturverbesserung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Bekämpfung von Bodenrutschungen werden Bundesbeiträge zu den Kosten von Bodenent- und Bodenbewässerungen nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes [11]) gewährt.

Auch Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten [9]) werden gegeben. Maßnahmen im Zusammenhang mit Kommassierungen und die Kleinanlagen zur Existenzsicherung und Besitzfestigung stehen im Vordergrund.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurden für den landwirtschaftlichen Wasserbau 21·5 Millionen Schilling verausgabt und damit ein Bauaufwand von rund 163 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurden 56 km Bäche und Gräben reguliert, 107 km Betonrohrkanäle verlegt, 1573 ha gegen Hochwasser geschützt, 6370 ha entwässert und 1642 ha zur Bewässerung eingerichtet. Sohin wurde der Bodenwasserhaushalt von 8012 ha Kulturfläche den Erfordernissen der Bewirtschaftung mit Maschinen angepaßt und eine Verbesserung der wasserwirtschaftlichen Gestaltung des ländlichen Raumes im gesamtwirtschaftlichen Interesse erreicht.

Forstliche Maßnahmen

Gebarung 1973

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für die Erstellung von Einrichtungsplänen, für Forstschutzmaßnahmen, für forstliche Aufklärungs- und Beratungstätigkeit. Weiters dienen diese Mittel zur Durchführung von Holzvermarktungs-, Holzverwertungs- und Holzwerbemaßnahmen, außerdem zur Durchführung von Aufforstungen auf landwirtschaftlichen Grenzertragsböden, sowie für Maßnahmen der Standortsmelioration und der Bestandesumwandlung sowie der Hochlagenaufforstung.

Gebarung 1971

Mit Hilfe der im Jahre 1971 verfügbaren Mittel wurden Wiederaufforstungen von rund 1500 ha Katastrophenflächen, die Neuaufforstung von rund 4400 ha landwirtschaftlichen Grenzertragsböden und eine Bestandsumwandlung auf rund 2150 ha gefördert. Zur Vorbereitung der Aufforstung von Grenzertrags- und zum Teil unproduktiven Böden wurden auf rund 492 ha Ackerungen und auf 41 ha Pflanzlochbohrungen durchgeführt.

Außerdem sind bei diesen Ansätzen Mittel für Maßnahmen im Pflanzenbau und für die Viehwirtschaft vorgesehen. Nähere Erläuterun-

[11]) BGBl. Nr. 34/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964, 170/1965, 299/1969 und 46/1971.

www.parlament.gv.at

gen über diese Maßnahmen wurden beim Ansatz 1/60146 (Verbesserung der Produktionsgrundlagen im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft) gegeben.

Ansatz 1/60356 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Ansatz 5/60356 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft (ao)

Landwirtschaftliche Regionalförderung

Im Jahre 1971 wurden die Förderungssparten Besitzfestigung, Umstellung sowie Alm- und Weidewirtschaft in einer Post zusammengefaßt.

Gebarung 1973

Die hiefür vorgesehenen Mittel sollen im Sinne einer echten Existenzförderung im Zusammenwirken mit anderen Maßnahmen und Stellen zur Durchführung umfassender Förderungsmaßnahmen auf der Grundlage von Regionalprogrammen in jenen Gebieten eingesetzt werden, deren wirtschaftliche Entwicklung für die Erhaltung einer ausreichenden Siedlungsdichte und der alpenländischen Kulturlandschaft von Bedeutung sind. Die Mittel stehen aber auch für eine Regionalförderung außerhalb der Bergregionen zur Verfügung. Hiebei stehen vor allem Maßnahmen zur Rationalisierung, Modernisierung und Marktanpassung der Betriebe, Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Betriebsstruktur, bauliche Maßnahmen, Maßnahmen zur Technisierung und Mechanisierung, Maßnahmen zur Verbesserung der Hauswirtschaft einschließlich der Gästebeherbergung, forstliche Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Bodennutzung und der Viehwirtschaft im Vordergrund. Die „Landwirtschaftliche Regionalförderung" soll somit einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Alpenraumes darstellen.

Gebarung 1971

Im Rahmen der landwirtschaftlichen Regionalförderung wurde bei 14.319 landwirtschaftlichen Betrieben vor allem der Um- und Neubau sowie die Verbesserung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Qualitätsverbesserung in der Viehwirtschaft und in der Bodennutzung, sowie der Ausbau von Gästezimmern, bei 853 Almen eine nachhaltige Verbesserung der Ertragslage bzw. eine Rationalisierung der Alm- und Weidewirtschaft unter Berücksichtigung der Raumordnung in der Almregion sowie eine entsprechende Erschließung der Almen durch Almwege gefördert.

Verkehrserschließung ländlicher Gebiete (früher „Güterwege und Seilaufzüge")

Gebarung 1973

Die für den Bau von Güterwegen und landwirtschaftlichen Materialseilbahnen vorgesehenen Mittel dienen der dringend notwendigen Verkehrserschließung bäuerlicher Betriebe. Diese Maßnahme wird auch durch Agrarinvestitionskredite [9]) gefördert.

Die Verkehrserschließung bäuerlicher Betriebe und deren Wirtschaftsflächen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung. Darüber hinaus schafft die Verkehrserschließung des ländlichen Raumes eine Voraussetzung für die allgemeine Belebung der Wirtschaft, die verstärkte Mobilität der Arbeitskräfte, den Ausbau des Fremdenverkehrs, die Erhaltung einer notwendigen Siedlungsdichte und nicht zuletzt für die Existenzfestigung landwirtschaftlicher Betriebe.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrserschließung ländlicher Gebiete wurden u. a. durch das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz vom 9. Juni 1967, BGBl. Nr. 198, geschaffen. Die Durchführungsgesetze werden von den Ländern erlassen. Außerdem werden die jeweiligen Landesstraßengesetze angewendet.

Gebarung 1971

Mit den im Jahre 1971 zur Verfügung gestandenen 177·9 Millionen Schilling Bundesförderungsbeiträgen wurden mit einem Gesamtaufwand von 591·8 Millionen Schilling 1300 km Wege und 226 Brücken gebaut bzw. mit einem Aufwand von 6·3 Millionen Schilling 28·9 km Materialseilbahnen hergestellt. Mit diesen Aufwänden konnte für 2708 Höfe (davon 1717 Bergbauern) eine ordentliche Zufahrt hergestellt werden und für 37 bäuerliche Betriebe eine erleichterte Bewirtschaftung mit Seilbahnen erreicht werden.

Elektrifizierung ländlicher Gebiete

Gebarung 1973

Durch die für die Restelektrifizierung und Netzverstärkung vorgesehenen Bundesförderungsbeiträge wird die Stromversorgung der noch nicht versorgten und der schlecht versorgten bäuerlichen Betriebe erreicht und dadurch die dringend notwendige Mechanisierung der Außen- und Innenwirtschaft ermöglicht. In diese Maßnahme werden auch alle im Versorgungsbereich liegenden sonstigen ländlichen Anwesen einbezogen. Die Vorhaben dieser Förderungssparte werden auch durch Agrarinvestitionskredite [9]) und ERP-Darlehen gefördert. Diese Maßnahme stellt eine weitere Voraussetzung für die wirtschaftliche Belebung dieser Gebiete dar.

Gebarung 1971

Mit einem Bundesförderungsbeitrag von 16·2 Millionen Schilling und einem festgestellten Gesamtaufwand von 145 Millionen Schilling wurden im Jahre 1971 716 km Leitungen und 270 Trafostationen gebaut. Es konnte die ausreichende Stromversorgung für 12.114 ländliche Anwesen (5973 Bauern und 6141 sonstige Anwesen) hergestellt werden.

Nach der Statistik beträgt per 1. Jänner 1972 die Zahl der bäuerlichen Betriebe ohne Stromversorgung rund 3900 und die Zahl der Betriebe mit nicht ausreichender Stromversorgung rund 48.700.

Agrarische Operationen

Gebarung 1973

Die für die Förderung agrarischer Operationen vorgesehenen Mittel sind für die Gewährung von Beiträgen zu den Kosten der technischen Arbeiten wie Vermessung und Vermarkung, Durchführung und Herstellung gemeinsamer Maßnahmen und Anlagen, Vereinödung und Dorfauflockerung im Zuge der Verfahren bestimmt. Weiters stehen diese Mittel für die Grundlagenerhebung einer gezielten agrarischen Bodenreform, die Verbesserung ihrer Verfahren und für aufklärende Maßnahmen zur Verfügung. Diese Maßnahmen werden auch durch zinsverbilligte Darlehen (Agrarinvestitionskredite) [9]) gefördert.

Die gesetzliche Grundlage für diese Maßnahmen bilden das Flurverfassungsgrundsatzgesetz 1951, BGBl. Nr. 103, die Flurverfassungsnovelle 1967, BGBl. Nr. 78, und die von den Ländern zu erlassenden Ausführungsgesetze.

Die Durchführung der agrarischen Operationen, besonders die Zusammenlegung und Flurbereinigung, ist die wertvollste Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur und Voraussetzung für jede Melioration. Sie ist darüber hinaus ein bestens geeignetes Instrument zur Ordnung des ländlichen Raumes in Verbindung mit öffentlichen Maßnahmen wie Autobahn- und Schnellstraßenbau, Schaffung von Siedlungsräumen u. ä. m.

Gebarung 1971

Mit dem zur Verfügung gestandenen Betrag von 49·3 Millionen Schilling und einem Gesamtaufwand von 175·4 Millionen Schilling wurden 27.631 ha Grundflächen für 14.001 Parteien zusammengelegt und flurbereinigt, 12.769 ha für 3427 Parteien in Teilungs- und Regulierungsverfahren behandelt. Es wurden 850 km Wirtschaftswege, 84 km Gräben und 42 Brücken gebaut, 334 ha entwässert und zur Vereinödung von 16 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden Zuschüsse geleistet.

Zum 1. Jänner 1972 war in Österreich noch eine Fläche von rund 820.500 ha zusammenlegungsbedürftig. Die Behandlung von 328.700 ha ist vordringlich.

Siedlungswesen

Gebarung 1973

Die für die Förderung von landwirtschaftlichen Siedlungsmaßnahmen vorgesehenen Bundesmittel sind zur Gewährung von Beiträgen zu den Kosten landwirtschaftlicher Hochbauten im Zuge von Siedlungsmaßnahmen, wie Auflösung materieller Teilungen, Aus- und Umsiedlungen usw. erforderlich.

Die gesetzliche Grundlage zur Durchführung von Siedlungsverfahren ist im Landwirtschaftlichen Siedlungsgrundsatzgesetz vom 15. Feber 1967, BGBl. Nr. 79 [12]), festgelegt. Diese Baumaßnahmen können auch mit Zinsenzuschüssen zu Agrarinvestitionskrediten gefördert werden.

Die Aufstockung von bäuerlichen Betrieben durch Ankauf von Grundstücken, Gebäuden, von Anteils- und Nutzungsrechten, sowie die Umwandlung von Pacht in Eigentum, und der Erwerb von auslaufenden Betrieben durch weichende Bauernkinder oder Land- und Forstarbeiter wird nur mit Zinsverbilligungen zu Agrarinvestitionskrediten unterstützt.

Das Ziel der landwirtschaftlichen Siedlungsmaßnahmen ist die Schaffung und Erhaltung bäuerlicher Betriebe, deren Erträgnisse allein oder in Verbindung mit einem Zuerwerb einer bäuerlichen Familie einen angemessenen Lebensunterhalt nachhaltig sichern.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurden mit den zur Verfügung gestandenen 4·8 Millionen Schilling Baumaßnahmen bei 253 Vorhaben mit einem Gesamtaufwand von 83·1 Millionen Schilling zur Ausführung gebracht.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Gebarung 1973

Die bei diesem Ansatz veranschlagten Mittel sind zur Förderung der Holzbringung aus unaufgeschlossenen oder nicht nach modernen forsttechnischen Gesichtspunkten erschlossenen Waldgebieten vorgesehen.

Gebarung 1971

Mit Hilfe der im Jahre 1971 zur Verfügung gestandenen Mittel wurden rund 720 km für LKW befahrbare Forstwege gebaut, wobei es sich größtenteils um Aufschließungen in Gebirgslagen handelt.

---

[12]) In der Fassung BGBl. Nr. 279/1969 und 358/1971.

Ansatz 1/60358 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Gebarung 1973

Bei diesem Ansatz sind die Bundesmittel für den Besitzstrukturfonds veranschlagt.

Gemäß Bundesgesetz vom 9. Juli 1969, BGBl. Nr. 298 [13]), wurde der „Bäuerliche Besitzstrukturfonds" beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft errichtet. Die gemäß § 5 Abs. 2 vorgesehenen Richtlinien, in denen die näheren Bedingungen für die Gewährung von Zweckzuschüssen bzw. für die Übernahme der Ausfallsbürgschaften festgelegt sind, wurden gemeinsam von den Bundesministern für Land- und Forstwirtschaft und für Finanzen mit Erlaß des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Zl. 30.000-II/5 e/70, mit Wirksamkeitsbeginn 1. Jänner 1970 erlassen und mit Erlaß Zl. 41.000-II/5 e/71 abgeändert und weiter verlängert.

Der Besitzstrukturfonds hat die Aufgabe, durch die Gewährung von Zuschüssen an die Siedlungsträger der Länder (gemeinnützige Genossenschaften, Gesellschaften und Fonds) diese in die Lage zu versetzen, anfallenden Grund und Boden durch Kauf oder Pacht aufzufangen und ihn zur Verbesserung der Besitzstruktur an bäuerliche Betriebe weiterzugeben. Es werden dadurch vermehrte Voraussetzungen für die Abwicklung der Maßnahme „Besitzaufstockung" geschaffen.

Für die Erleichterung der Besitzaufstockung werden auch Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten [9]) bewilligt.

Gebarung 1971

Von den im Jahre 1971 zur Verfügung gestandenen Mitteln wurden in 28 Fällen Verpachtungsprämien gewährt. Damit konnte eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 281 ha zur Aufstockung von 52 bäuerlichen Betrieben verwendet werden.

Im Rahmen der Besitzaufstockung wurden im Jahre 1971 auch Zinsenzuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten gewährt. Mit einem Gesamtaufwand von 242 Millionen Schilling konnten 1292 bäuerliche Betriebe mit 6604 ha aufgestockt werden. Das entspricht einer durchschnittlichen Aufstockungsfläche pro Betrieb von rund 5·2 ha. Weiters wurde der Ankauf von 70 auslaufenden Betrieben bzw. Pachtbetrieben sowie der Ankauf von 33 landwirtschaftlichen Gebäuden unterstützt.

[13]) In der Fassung BGBl. Nr. 233/1971.

Ansatz 1/60366 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

Ansatz 5/60366 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen (ao)

Bei diesen Ansätzen sind Mittel für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für pflanzliche und tierische Erzeugnisse veranschlagt. Es werden hier gefördert: Bauliche und technische Investitionen bei der Errichtung von Sammel-, Sortierstellen, Lagerräumen und Verwertungseinrichtungen, Vermarktungszusammenschlüsse, Maßnahmen zur Markterschließung und Absatzsicherung (einschließlich des Ausstellungswesens) sowie Maßnahmen der Marktinformation und Werbung.

Für die genannten Maßnahmen ist besonders auch die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten in Aussicht genommen.

Ansatz 5/60376 Sozialpolitische Maßnahmen (ao)

Gebarung 1973

Unter diesem Ansatz sind Mittel zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues vorgesehen. Sie dienen der Erhaltung der in der Land- und Forstwirtschaft benötigten Arbeitskräfte. Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer werden Baukostenzuschüsse für die Errichtung oder Erwerb von Eigenheimen und für die Herstellung oder Verbesserung von Dienstwohnungen gewährt.

Gebarung 1971

Für die Durchführung dieser Förderungsmaßnahme wurden zu Lasten der Ansätze 1/60176 und 5/60376 im Jahre 1971 Bundesmittel in der Höhe von insgesamt 32·3 Millionen Schilling verausgabt. Mit diesen Bundesmitteln und den für den Landarbeiterwohnungsbau zur Verfügung gestandenen Agrarinvestitionskrediten von 30·2 Millionen Schilling konnten im Jahre 1971 750 Land- und Forstarbeiter mit dem Bau ihrer Eigenheime beginnen und die Beihilfenwerber des Vorjahres ihre Bauvorhaben fortsetzen bzw. fertigstellen. Außerdem wurde im Jahre 1971 die Errichtung und Verbesserung von Dienstwohnungen in 274 Fällen gefördert. Das Bauvolumen betrug für sämtliche im Jahre 1971 geförderten Eigenheime und Dienstwohnungen rund 254 Millionen Schilling.

Ansatz 1/60386 Kreditpolitische Maßnahmen

Ansatz 5/60386 Kreditpolitische Maßnahmen (ao)

Bei diesen Ansätzen sind die Zinsenzuschüsse zu den seit dem Jahre 1961 vergebenen Agrarinvestitionskrediten veranschlagt. Für 1973 ist

ein Kreditvolumen von 1500 Millionen Schilling vorgesehen. Ab 1971 werden auch Zinsenzuschüsse zur Bereinigung der Molkereistruktur (Kreditvolumen bis zu 200 Millionen Schilling) innerhalb des genannten Kreditrahmens gewährt.

Die Besicherung der Darlehen soll in tunlichst einfacher Form erfolgen, damit auch wirtschaftlich schwächere Darlehensnehmer sowie Pächter an den Darlehensaktionen teilnehmen können. Aus diesem Grund kann vom Bund zufolge entsprechender Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes für Agrarinvestitionskredite eine Ausfallhaftung bis zur Höhe von 50% übernommen werden. Nähere Angaben hinsichtlich Zinsfuß und Kreditinstitute siehe Ansatz 1/60186 (Kreditpolitische Maßnahmen im Rahmen der Förderung der Land- und Forstwirtschaft).

Darüber hinaus sind ab dem Jahre 1970 auch Zinsenzuschüsse für Darlehen des Besitzstrukturfonds (Kreditvolumen 100 Millionen Schilling) vorgesehen.

Ansatz 1/6039 Sonstige Maßnahmen

Ansatz 1/60398 Forschungs- und Versuchswesen

Die hiefür vorgesehenen Mittel dienen dazu, die landwirtschaftliche Forschungs- und Versuchstätigkeit auf eine breitere Basis zu stellen und die notwendige Intensivierung derselben zu ermöglichen. Besonders berücksichtigt werden hiebei praxisnahe Forschungsarbeiten und das angewandte Forschungs- und Versuchswesen.

Titel 604 Bundesministerium (Weinwirtschaftsfonds)

1/60414 Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	35·0	0·0
1972 **)	40·0	0·0
1973 **)	35·8	0·0

Zur Durchführung der Aufgaben nach dem Weinwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 296/1969, wurde der Weinwirtschaftsfonds errichtet. Aufgabe dieses Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit ist es, durch Marktentlastungs- und Werbemaßnahmen zur Stabilisierung des Weinmarktes beizutragen. Die erforderlichen Mittel bestehen aus Zuwendungen des Bundes.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Aus dem Bundeshaushalt	35·82
Sonstige Einnahmen	0·04
Zusammen	35·86

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

Marktentlastungs- und Werbemaßnahmen	34·36
Verwaltungsaufwand	1·50
Zusammen	35·86

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten [15])

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	181·9	144·7	326·6	113·4
1972 **)	208·5	148·3	356·8	116·1
1973 **)	222·6	151·0	373·6	125·2

Unterschiede der Gebarung

Trotz des Wegfalles des Aufwandes für die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, der nun bei Kapitel 17 veranschlagt ist, ergeben sich Erhöhungen beim Personal- und Sachaufwand.

Die Mehrausgaben beim Personalaufwand beruhen auf Bezugserhöhungen. Beim Sachaufwand und auch bei den Einnahmen ergibt sich die Steigerung in erster Linie bei den Molkereibetrieben der milchwirtschaftlichen Lehranstalten durch die eingetretene Milchpreiserhöhung. Ein weiterer Mehraufwand beruht auf den höheren Regien infolge der allgemeinen Kostensteigerungen.

Ansatz 1/6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Anstalten

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen und die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Bienenkunde.

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau.

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum" in Weinzierl, die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[14]) (frei).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[15]) Siehe auch land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966 in der Fassung BGBl. Nr. 332/1971.

für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg sowie die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:
Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:
Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:
Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:
Die Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Die Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten (einschließlich dem Bundesseminar) weisen im Schuljahr 1972/1973 insgesamt 60 Klassen auf und werden von 1639 Schülern besucht (1971/72 59 Klassen mit 1604 Schülern).

Gesetzliche Grundlagen

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966.

Ansatz 1/6051 Landwirtschaftliche Bundesversuchsanstalten

Aufgaben

Die landwirtschaftlichen Bundesversuchsanstalten haben die Aufgabe, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, landwirtschaftliches Maschinenwesen, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Desgleichen ist ihnen durch gesetzliche Vorschriften die Untersuchung von Saatgut [16]), Futter-, Dünge- [17]) und Pflanzenschutzmitteln [18]) übertragen.

[16]) Gemäß BGBl. Nr. 236/1937 bzw. 34/1947 und 114/1953.
[17]) Gemäß BGBl. Nr. 97/1952, 42/1957 und 180/1970.
[18]) Gemäß BGBl. Nr. 124/1948, 147/1949 und 181/1970.

Anstalten

Diesen Zwecken dienen folgende Anstalten:

Die Bundesanstalt für Pflanzenbau und Samenprüfung, die Bundesanstalt für Pflanzenschutz, die landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt mit dem Institut für Bodenkartierung und Bodenwirtschaft in Wien, die landwirtschaftlich-chemische Bundesversuchsanstalt in Linz, die Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Wieselburg (Niederösterreich) und die Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein (Steiermark).

Ansatz 1/6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten [19])

Bei diesem Ansatz ist der Aufwand für die Försterschulen in Bruck an der Mur, in Ort bei Gmunden, in Waidhofen an der Ybbs, sowie für die ab dem Schuljahr 1972/73 geführte Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) in Gainfarn vorgesehen.

Durch die Novelle zum land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 332/1971 wurde als weitere Organisationsform die Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft geschaffen und durch Verordnung vom 7. Dezember 1971, BGBl. Nr. 51/1972, in Gainfarn, mit einer Expositur in Bruck/Mur, errichtet. Der bisherige Typ einer Försterschule wird auslaufend weitergeführt, daher voraussichtlich mit 1975 beendet. Der letzte Grundlehrgang wurde im Schuljahr 1971/72 in Gainfarn geführt.

Die Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft vermittelt die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und gibt die Voraussetzung für den Besuch einer Hochschule einer gleichen oder verwandten Fachrichtung.

Ansatz 1/6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt [21])

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Versuche und Untersuchungen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung für die forstwirtschaftliche Praxis auszuwerten und zu vermitteln, damit diese in ihrem Bestreben, die Leistungen der Forstwirtschaft zu steigern und zu verbessern und den Wald gegen schädigende Einwirkungen zu schützen, unterstützt wird.

Im besonderen ist der Aufwand für die forstliche Standortskartierung und die nachfolgend angeführten Aufgaben veranschlagt.

Aufgabe der Forstinventur ist die Erfassung der jährlichen tatsächlichen Holznutzungen für

[19]) Gemäß BGBl. Nr. 222/1962.
[20]) (frei).
[21]) Gemäß BGBl. Nr. 222/1962. Tarif BGBl. Nr. 182/1966.

den gesamten Wald des Bundesgebietes und die Ermittlung von Holzvorrat und Zuwachs sowie der nachhaltigen Nutzungsmöglichkeiten als Grundlage für die Forst- und Handelspolitik. Die Durchführung erfolgt als laufende Stichprobeninventur, die bereits wertvolle Ergebnisse geliefert hat.

Die forstliche Standortskartierung erfaßt kartenmäßig die naturgegebenen Grundlagen für die anzustrebende Holzzuwachs- und Ertragssteigerung. Die Forschung- und Versuchstätigkeit erstreckt sich u. a. auch auf die Erarbeitung von Waldbaugrundlagen, auf die Forstpflanzenzüchtung und Genetik, sowie im Rahmen des Forstschutzes auf die Prüfung von forstlichen Pflanzenschutzmitteln. Auf dem Gebiete der forstlichen Arbeitstechnik werden Werkzeug- und Geräteprüfungen durchgeführt. Von großer Bedeutung ist weiters die Erarbeitung betriebswirtschaftlicher Grundlagen als Instrument für Rationalisierungs- und Strukturmaßnahmen. Wichtig sind ferner Abtragsforschung und Lawinenkunde und andere Arbeiten für die Wildbach- und Lawinenverbauung auf dem Forschungs- und Versuchssektor.

Auf Grund des Forstsaatgutgesetzes, BGBl. Nr. 114/1960, hat die Forstliche Bundesversuchsanstalt als begutachtende Stelle der Forstbehörden, insbesondere bei der Erfassung und Anerkennung von geeigneten Beständen für die generative Saatgutgewinnung und von Ausgangsbäumen für die vegetative Vermehrung mitzuwirken, sowie forstliche Klenganstalten und Samenhandlungen zu überwachen.

Allen diesen Aufgaben dient die Forstliche Bundesversuchsanstalt mit der zugeordneten Außenstelle für Subalpine Waldforschung (früher Forschungsstelle für Lawinenvorbeugung) in Innsbruck; in deren Aufgabenbereich fällt auch die Untersuchung der Ursachen des Waldrückganges im Gebirge und seine Auswirkungen.

Ansatz 1/6054 Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft

Bei diesem Ansatz sind die Ausgaben für das Bundesinstitut für Gewässerforschung und Fischereiwirtschaft in Scharfling am Mondsee und für die Fischzuchtanlagen in Kreuzstein und am Wallersee veranschlagt. Das Institut hat die Aufgabe, wissenschaftliche Grundlagen für eine intensive und rationelle Fischereiwirtschaft in Österreich zu schaffen bzw. dieser durch theoretische und praktische Schulung, fachliche Beratung von Fischern und Fischzuchtbetrieben, durch Auswahl entsprechender Fischarten, Weiterbildung der Fangtechnik, Entwicklung neuer züchterischer Verfahren, Bereitstellung von Besatzmaterial usw. zu dienen.

Ansatz 1/6055 Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft

Gebarung

Unter diesem Ansatz sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Milchwirtschaft mit Molkereibetrieb in Wolfpassing (Niederösterreich) und die Bundeslehr- und Versuchsanstalt für alpenländische Milchwirtschaft in Rotholz (Tirol) mit Sennerei- und Molkereibetrieb veranschlagt.

Aufgaben

Den Anstalten obliegt die Ausbildung milchwirtschaftlichen Personals, die Veranstaltung von Kursen, die Durchführung bakteriologischer, chemischer, maschinentechnischer Untersuchungen und einschlägiger Forschungsarbeiten sowie die Herstellung und der Vertrieb von einschlägigen Reinkulturen.

Ansatz 1/6056 Pferdezuchtanstalten

Anstalten

Es bestehen zwei Pferdezuchtanstalten:

1. Bundeshengstenstallamt Stadl bei Lambach (Oberösterreich):

Das Bundeshengstenstallamt Stadl, das einzige staatliche Hengstendepot in Österreich, hat die Aufgabe, die Junghengste aus der eigenen Gestütszucht und die auf Hengstmärkten angekauften Zuchthengste zu übernehmen und nach entsprechender Vorbereitung auf die staatlichen Deckstationen zu verteilen. Mit der Überwachung der Haltung und Zuchtverwendung der staatlichen Deckhengste sind die Landstallmeister betraut. Bei diesem Ansatz ist auch das Gelderfordernis für den Ankauf von Zuchthengsten zur Versorgung der staatlichen Deckstationen, der Haltezuschüsse für Zuchthengsten und Mittel zur Durchführung von Leistungsprüfungen veranschlagt.

2. Bundesgestüt Piber bei Köflach (Steiermark):

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, ist das Lipizzanergestüt, ein Warmblutgestüt und eine Aufzuchtstation für Zuchthengste der Warmblutrasse untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Das Warmblutgestüt und die Warmbluthengste dienen der österreichischen Landespferdezucht.

Ansatz 1/6058 Wasserbauliche Bundesversuchsanstalten

Unter diesem Ansatz sind die Ausgaben für die drei wasserbaulichen Versuchsanstalten und für das Speläologische Institut veranschlagt.

1. Die Bundes-Versuchsanstalt für Wasserbau in Wien.

Diese untersucht durch Modellversuche die zweckmäßige Gestaltung projektierter Wasserbauwerke sowie Absturz- und Rampenbauwerke für den Flußbau. Ferner obliegt ihr die Prüfung und Eichung der zur Bestimmung der Abflußmengen unentbehrlichen hydrometrischen Meßgeräte.

2. Die Bundesanstalt für Wasserbiologie und Abwasserforschung in Wien.

Sie führt den die Wassergüte betreffenden Teil des Wasserwirtschaftskatasters und bearbeitet die damit zusammenhängenden Fragen zur Beseitigung der Gefahren in den durch die Abwässer verunreinigten Wasserläufen. Hiebei wird den Untersuchungen der Radioaktivität der Oberflächengewässer ein besonderes Augenmerk zugewendet.

Insbesondere wird sie in diesem Zusammenhang über Auftrag der Wasserrechtsbehörde gutachtlich tätig.

3. Das Bundesversuchsinstitut für Kulturtechnik und technische Bodenkunde in Petzenkirchen (Niederösterreich).

Dieses Institut hat die Aufgabe, durch Bodenuntersuchungen und Forschungen die bodenkundlichen Grundlagen für eine sparsame und rationelle Projektierung und Bauausführung von Ent- und Bewässerungsanlagen zu beschaffen, Untersuchungen für eine zweckmäßige Gestaltung des Wasserhaushaltes im Boden anzustellen und kulturtechnische Arbeitsgeräte und Apparate zu überprüfen und zu verbessern.

4. Speläologisches Institut.

Diesem Institut obliegt gemäß § 14 Abs. 4 des Naturhöhlengesetzes vom 26. Juni 1928, BGBl. Nr. 169, die wissenschaftliche und technische Begutachtung der sich aus diesem Gesetz ergebenden Einzelfragen sowie die wissenschaftliche und technische Bearbeitung des Karstproblems im Interesse der Erhaltung und des Schutzes der heimischen Landeskultur, Wasserwirtschaft usw., beziehungsweise zur Verhütung drohender und fortschreitender Verkarstung.

Ansatz 1/6059 Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere

An der Bundesanstalt für künstliche Befruchtung der Haustiere in Wels-Thalheim werden die Tierärzte und Besamungstechniker für die Durchführung der künstlichen Besamung bei Haustieren ausgebildet und die wissenschaftlichen Fragen auf dem Gebiete der künstlichen Besamung der Haustiere bearbeitet. Weiters wird an der Anstalt Tiersamen produziert.

Die gesetzliche Grundlage bildet der § 3 a des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909, in der Fassung des Gesetzes vom 12. Mai 1949, BGBl. Nr. 122/1949, und § 3 Abs. 1 Z. 3 lit. a des Bundesgesetzes vom 21. Jänner 1972, BGBl. Nr. 25.

Titel 606 Internate (Betriebsähnliche Einrichtungen, Zweckgebundene Gebarung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	6·2	10·7	16·9	17·3
1972 **)	6·8	11·7	18·5	18·8
1973 **)	7·6	12·6	20·2	20·2

Unterschiede der Gebarung

Der höhere Personalaufwand ist durch Bezugserhöhungen für die Bundesbediensteten bedingt.

Die Steigerung des Sachaufwandes und der Einnahmen bei diesem Titel ist auf allgemeine Kostensteigerungen zurückzuführen.

Ansatz 1/6060 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate bestimmt, die den beim Ansatz 1/6050 veranschlagten höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten und dem Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen angeschlossen sind.

Ansatz 1/6062 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten und Forstliche Ausbildungsstätten

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate bestimmt, die den beim Ansatz 1/6052 angeführten Försterschulen und beim Ansatz 1/6072 angeführten Ausbildungsstätten angeschlossen sind.

Ansatz 1/6065 Bundeslehr- und Versuchsanstalten für Milchwirtschaft

Dieser Ansatz ist für die Verrechnung der Gebarung der Internate vorgesehen, die den beim Ansatz 1/6055 angeführten milchwirtschaftlichen Lehranstalten angeschlossen sind.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	107·2	6·5	113·7	0·2
1972 **)	123·7	8·3	132·0	0·3
1973 **)	5·7	74·4	80·1	0·3

Unterschiede der Gebarung

Bisher wurde bei diesem Ansatz der Personalaufwand und die Reisekosten der Lehrkräfte an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen veranschlagt, wovon gemäß Finanzausgleichgesetz 1967 dem Bund 50 v. H. durch die Länder ersetzt wurden. Gemäß § 3 Abs. 1 lit. b Finanzausgleichsgesetz 1973

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

ersetzt nunmehr der Bund den Ländern 50 v. H. der Kosten. Die Verminderung beim Personalaufwand und die Erhöhung beim Sachaufwand ist auf die geänderte Veranschlagung zurückzuführen.

Ansatz 1/6070 Schulaufsicht

Die Aufsicht über die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen und die landwirtschaftlichen Fachschulen wird durch Landes- bzw. Berufsschulinspektoren, sowie durch Lehrer, die mit der Fachinspektion einzelner Gegenstände betraut sind, ausgeübt. Diese haben ihren Sitz beim jeweiligen Amte der Landesregierung (Abteilung Landwirtschaft). Die Aufsicht über die höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten wird vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unmittelbar wahrgenommen.

Für die bestehenden 127 Fachschulen (öffentliche und private) und die 508 Berufsschulklassen ist die Verwendung von 3 Landesschulinspektoren (S 1), 8 Berufsschulinspektoren (S 2) und von 12 Lehrern, welche mit der Fachinspektion einzelner Gegenstände betraut sind, vorgesehen.

Die Schulaufsichtsbeamten sind gemäß Bundesverfassungsgesetz vom 21. April 1948, BGBl. Nr. 88 (Lehrerdienstrechts-Kompetenzgesetz), Beamte des Bundes.

Ansatz 1/6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen [22])

Gemäß § 3 Abs. 1 lit. b Finanzausgleichsgesetz 1973 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen 50 v. H. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Außerdem ist im Sachaufwand ein Betrag von 2,395.000 Schilling für Subventionen an konfessionelle landwirtschaftliche Fachschulen auf Grund der Bestimmungen des Vertrages der Republik Österreich mit dem Heiligen Stuhl [23]) vorgesehen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Im Schuljahr 1970/1971 wurden 81 landwirtschaftliche Fachschulen der Länder von 4610 Schülern und Schülerinnen besucht; in 434 landwirtschaftlichen Berufsschulklassen wurden 8.955 Schüler und Schülerinnen unterrichtet.

Ansatz 1/6072 Forstliche Ausbildungsstätten [24])

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben in erster Linie die Aufgabe, bäuerliche Waldbesitzer, Landjugend und Forstarbeiter, sowie Waldaufseher, Heger, Forstwarte und sonstiges Forstpersonal in Fachkursen auszubilden und mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut zu machen. Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben. Weiters werden dort Spezialkurse für das Personal der Wildbach- und Lawinenverbauung, sowie REFA-Kurse durchgeführt.

Die Kursdauer beträgt eine bis drei Wochen, die Teilnehmerzahl pro Kurs rund 25 Personen.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *) ..	27·5	595·5	623·0	409·9
1972 **) ..	31·9	570·4	602·3	422·2
1973 **) ..	38·2	610·1	648·3	479·8

[22]) Siehe auch land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 176/1966.

[23]) BGBl. Nr. 273/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 289/1972.

*) Erfolg.

**) Bundesvoranschlag.

[24]) Betreffend Försterschulen siehe §§ 60 uff. des Forstrechtsbereinigungsgesetzes, BGBl. Nr. 222/1962.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes für den Wildbachverbauungsdienst gegenüber dem Vorjahr ist auf Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Die Steigerung beim Sachaufwand beruht vor allem auf der Bereitstellung größerer Mittel aus dem Katastrophenfonds und auf der erstmaligen Veranschlagung der beim Schutzwasserbau zum Einsatz kommenden Mittel gemäß Arbeitsmarktförderungsgesetz (PAF) bei Kapitel 60.

Ansatz 1/6080 Wildbachverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbachverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Gesetzliche Grundlagen

Für die Arbeit dieses Dienstzweiges ist das Gesetz, betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. Nr. 117/1884, in der Fassung BGBl. Nr. 54/1959 grundlegend.

Aufgaben und Organisation

Der Wildbachverbauungsdienst hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft technisch und kostenmäßig überprüft und nach ihrer Ausführung kommissioniert werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch durchzuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz mit.

Die Projektsverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Sektionen der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung. Für Wien, Niederösterreich und das Burgenland besteht eine gemeinsame Sektion mit dem Sitze in Wien.

Die Sektionen verwalten auch die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, d. s. die auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 34/1948 in der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964 und 170/1965) jeweils bewilligten, bei dem Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds [25]) 1/60836, sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

1973 wurden erstmals Mittel für die planmäßige Anlegung eines Wildbach- und Lawinenkatasters mit Gefahrenzonenplänen veranschlagt. Dies ist eine notwendige Grundlage für raumordnende Maßnahmen und behördliche Verfahren (insbesondere bei Baugenehmigungen), besonders dringlich bei der zunehmenden Bautätigkeit in den Tälern und der Sportausübung im Alpenbereich für die unumgänglichen Maßnahmen des passiven Hochwasser- und Lawinenschutzes.

Ansatz 1/6081 Klausenkofelbach-Verwaltung (Zweckgebundene Gebarung)

Der im Einzugsgebiet des Klausenkofelbaches liegende Aurewald wurde seinerzeit dem Bund zur Deckung der laufenden Instandhaltungskosten des genannten Baches übereignet. Den voraussichtlichen Kosten für diese Instandhaltung stehen gleichhohe zweckgebundene Einnahmen gegenüber.

Ansatz 1/6082 Wildbach- und Lawinenverbauung

Ansatz 1/60826 Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinenverbauungen

Gebarung 1973

Mit den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge zu den Kosten der im § 7 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [26]), angeführten Maßnahmen gewährt, um Kulturböden, Verkehrswege, Produktionsstätten und Siedlungen vor Wildbach- und Lawinenschäden zu schützen bzw. derartigen Schäden vorzubeugen.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 standen aus diesem Ansatz einschließlich der Mittel aus dem Katastrophenfonds insgesamt rund 223·1 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit wurde ein Bauaufwand von rund 363·8 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurden u. a. 1675 Querwerke und Längswerke im Ausmaß von rund 30·8 km gebaut bzw. indstandgesetzt, Bachgerinne von rund 26·2 km reguliert, Lawinenstützwerke von rund 6·7 km Länge errichtet und Verwehungsverbauungen durchgeführt. Außerdem wurden rund 181 ha Hochgebirgskahlflächen neu aufgeforstet.

Ansatz 1/60828 Verbauung der Rheinwildbäche

Der Bundesbeitrag zur Verbauung der Rheinwildbäche (Staatsvertrag vom 10. April 1954, BGBl. Nr. 178/1955) wird gesondert ausgewiesen.

Die Durchführung der Verbauungen obliegt dem Wildbachverbauungsdienst.

Ansatz 1/6083 Wildbach- und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1972 170·5 Millionen Schilling und im Voranschlag 1973 194·2 Millionen Schilling veranschlagt.

[25]) Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 207/1966 in der Fassung BGBl. Nr. 10/1969, 441/1969, 369/1970 und 310/1971.

Ansatz 1/6084 Bundesflüsse

Gebarung 1973

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Regulierungs- und Instandhaltungskosten für die im § 6 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [26]), angeführten Gewässer bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya bis km 19·0, die zufolge Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien (BGBl. Nr. 70/1966) in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik fallen.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurde durch Bundesleistung und die Beiträge der Nutznießer nach § 44 des Wasserrechtsgesetzes 1959, BGBl. Nr. 215 [27]) (einschließlich der Bundesleistung aus Mitteln des Katastrophenfonds), ein Bauaufwand von 231·5 Millionen Schilling erreicht. Mit diesen Mitteln wurden Gewässerstrecken im Ausmaße von rund 44·4 km reguliert, rund 94·7 km instandgesetzt und damit rund 1658 ha Siedlungs- Verkehrs- und Kulturflächen vor Hochwasserschäden geschützt bzw. die Vorflut für eine rund 673 ha große Kulturfläche verbessert.

Ansatz 1/6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Baumaßnahmen. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1972 102·3 Millionen Schilling und im Voranschlag 1973 110·6 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 1/6086 Konkurrenzgewässer

Gebarung 1973

Aus den bei diesem Ansatz vorgesehenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu Uferschutz- und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen gewährt, soweit es sich nicht um Grenzgewässer und sonstige vom Bunde betreute Gewässer handelt und jener, deren Aufwand nach wie vor beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagt ist. Die Baumaßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrs- und landwirtschaftlichen Kulturflächen außerordentlich wichtig. Die Höhe dieser Bundesbeiträge richtet sich nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948 [26]).

[26]) In der Fassung BGBl. Nr. 295/1958, 310/1964, 170/1965 und 299/1969.

[27]) In der Fassung BGBl. Nr. 207/1969.

Gebarung 1971

Im Jahre 1971 wurde mit den Mitteln dieses Ansatzes einschließlich der Mittel aus dem Katastrophenfonds ein Bauaufwand von rund 349 Millionen Schilling finanziert. Mit diesen Mitteln wurden Gewässerstrecken im Ausmaße von rund 118·6 km reguliert, 150·8 km instandgesetzt und damit zirka 4369 ha Siedlungs-, Verkehrs- und Kulturflächen vor Hochwasserschäden geschützt bzw. die Vorflut für eine rund 1316 ha große Kulturfläche verbessert.

Ansatz 1/6087 Konkurrenzgewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1972 114·4 Millionen Schilling und im Voranschlag 1973 136·3 Millionen Schilling veranschlagt.

Ansatz 1/60887 Internationale wasserwirtschaftliche Vereinbarungen

Der hier veranschlagte Betrag ist für die Internationale Rheinregulierung und für Leistungsersätze für wasserbauliche Maßnahmen eines fremden Staates vorgesehen, soweit zwischenstaatliche Verpflichtungen bestehen [28]).

Ansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Ansätzen 1/60836, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *) ..	58·1	68·7	126·8	114·8
1972 **) ..	64·6	83·4	148·0	124·3
1973 **) ..	72·1	80·1	152·2	111·5

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung beim Personalaufwand ist auf die Bezugserhöhungen zurückzuführen.

Die Verminderung beim Sachaufwand und bei den Einnahmen ist darauf zurückzuführen, daß der tierärztliche Grenzbeschaudienst nun bei Kapitel 17 veranschlagt ist.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[28]) Z. B. Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Regelung der wasserwirtschaftlichen Fragen im Grenzgebiet, BGBl. Nr. 225/1959.

Ansatz 6090 Grenzbeschaudienst

Bei diesem Ansatz erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenteilen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, bzw. von Holz auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anläßlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, entstehen. Diese sind durch die beim Einnahmenansatz 2/60904 veranschlagten Kontrollgebühren gedeckt.

Ansatz 6091 Weinaufsicht

Der Weinaufsicht obliegt die Kontrolle des Weinverkehrs auf Grund des Weingesetzes [29]) und die fachliche Beratung der Weinbautreibenden. Die Kellereiinspektoren fungieren auch als gerichtliche Sachverständige.

Als weitere Aufgabe kommt der Weinaufsicht auf Grund einer Vereinbarung mit den Ländern Niederösterreich und Burgenland auch die Überwachung der dortigen Weinbaugesetze, die eine Stabilisierung der Weingartenfläche zum Ziel haben, zu. Der Aufwand, für die dazu eingesetzten drei und allenfalls weiterer dazu verwendeter Kellereiinspektoren wird von den Ländern ersetzt.

Gemäß § 19 a der Weingesetznovelle 1971, BGBl. Nr. 334/1971, obliegt es dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, die Bewilligung zur Verwendung des Weingütesiegels zu erteilen.

Der Aufwand für die Vollziehung dieses Gesetzes, für die chemische Untersuchung der Siegelweine, für die Kostkommissionen und für die verwaltungsmäßige Abwicklung des Bewilligungsverfahrens ist erstmalig für das Jahr 1973 bei diesem Ansatz veranschlagt.

Ansatz 6093 Bundesgärten

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn, Belvedere, Augarten und Hetzendorf, weiters der Burggarten, der Volksgarten und die kleinen Bundesgärten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras.

Der Bundesgarten Schönbrunn dient überdies der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau als Lehr- und Demonstrationsbetrieb.

Ansatz 6094 Spanische Reitschule

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule.

[29]) BGBl. Nr. 187/1961 in der Fassung BGBl. Nr. 198/1964.

Ansatz 6095 Landwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnliche Einrichtung)

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg a. d. Erlauf, Fuchsenbigl im Marchfeld, Königshof und Fohlenhof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit den Bundesanstalten für Pflanzenbau und Samenprüfung, für Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesversuchsanstalt in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der vier Betriebe der Bundesversuchs- und Prüfungsanstalt für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Auf allen vier Betrieben werden wichtige Versuchs- und Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion unter zentraler Leitung durchgeführt.

Die Bundesversuchswirtschaften Königshof und Fohlenhof stehen darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplätze zur Verfügung, so daß diese Betriebe in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dienen.

Ansatz 6096 Forstwirtschaftliche Betriebe (Betriebsähnliche Einrichtung)

Bei diesem finanzgesetzlichen Ansatz ist der Aufwand für die Bundeslehr- und -versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhube und Kollerhube veranschlagt. Der Bundeslehr- und -versuchsforst Merkenstein dient gleichzeitig der Forstlichen Bundesversuchsanstalt in Schönbrunn als Versuchsforst wie auch der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Bundesförsterschule Waidhofen a. d. Y., das Forstgut Lahnhube Lehrforst der Bundesförsterschule Bruck a. d. M. und das Forstgut Kollerhube Lehrforst der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach ist.

Ansatz 6099 Bauhöfe (Betriebsähnliche Einrichtung; Zweckgebundene Gebarung)

Bei den Schutz- und Regulierungsbauten an Flüssen und Bächen und bei der Wildbach- und Lawinenverbauung werden bundeseigene Maschi-

nen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen sowie der Aufwand für die Errichtung und Instandhaltung der Bauhöfe sind bei dem gegenständlichen finanzgesetzlichen Ansatz veranschlagt, die aus den zweckgebundenen Einnahmen (Amortisationsquoten, Mietgebühren, Verkaufserlöse) bestritten werden.

Seit dem Jahre 1972 ist unter „Forstliche Ausbildungsstätte Ossiach — Maschinenversuchshof" der Aufwand für Leihmaschinen (forstliche Großgeräte wie Seilkrananlagen, Entrindungsmaschinen u. ä.) veranschlagt, die bei der praktischen Schulung an der Forstlichen Ausbildungsstätte gegen Entrichtung einer Mietgebühr seitens der Waldbesitzer eingesetzt werden sollen. Aus den Mieteingängen sind sämtliche Kosten des Maschinenversuchshofes zu bestreiten.

Kapitel 62 Preisausgleiche

Titel 620 Brotgetreidepreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	427·3	22·1
1972 **)	303·2	10·0
1973 **)	350·2	52·0

Unterschiede der Gebarung

Die wesentlichsten Unterschiede gehen aus folgender Übersicht hervor:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Brotgetreidestützung .	121·6	116·5	116·5
Kosten für Lagerung und Verwertung	303·4	183·7	218·7
Sonstiges	2·3	3·0	15·0
	427·3	303·2	350·2

Im Zusammenhang mit den im Jahre 1973 notwendigen Einfuhren an Qualitätsweizen sind gegenüber 1972 erhöhte Einnahmen an Importausgleichsbeträgen zu erwarten. Diese zweckgebundene Einnahmen stehen 1973 als zusätzliche Bedeckung für die Kosten der Lagerung und Verwertung zur Verfügung.

Unter der Post „Kosten für Lagerung und Verwertung" werden Maßnahmen verrechnet, die zur Aufrechterhaltung der wesentlichsten Notwendigkeiten der Getreidemarktordnung erforderlich sind. Diese Maßnahmen werden beispielsweise in der Fortführung von marktentlastenden Aktionen bestehen.

Gebarung 1973

Die für 1973 vorgesehenen Ausgaben-Beträge umfassen folgende Preisausgleichsmaßnahmen:

	Mill. S
1. Stützung für Brotgetreide: Für Weizen, Roggen und Fracht für eingeführten Durumweizen	116·527
2. Kosten für Lagerung und Verwertung .	218·709
3. Transportausgleich für inländischen Qualitätsweizen	3·000
4. Sonstiges	12·000
	350·236

Einnahmen

Bei den Einnahmen des Jahres 1973 handelt es sich vorwiegend um zweckgebundene Importausgleiche gemäß § 32 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) In der Fassung BGBl. Nr. 452/1969, 411/1970 und 492/1971.

Unter „Verschiedene Einnahmen" werden Abfuhren des Getreidewirtschaftsfonds und Qualitätsweizenzuschläge verrechnet.

Für das Jahr 1973 wird eine Abfuhr von Geldmitteln des Getreidewirtschaftsfonds gemäß Bundesgesetz vom 28. Mai 1953, BGBl. Nr. 73, in der Höhe von 5 Millionen Schilling erwartet.

Für die gemäß den Bestimmungen der Kundmachung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 8. Mai 1966, Zl.48.107-16/66 („Wiener Zeitung" Nr. 111 vom 13. Mai 1966), in der geltenden Fassung, bei eingeführtem Qualitätsweizen an den Bund abzuführenden Qualitätszuschläge ist kein Betrag veranschlagt, da deren Höhe im Zeitpunkt der Budgeterstellung nicht abschätzbar ist.

Titel 621 Milchpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	1.793·3	309·5
1972 **)	1.736·0	288·2
1973 **)	1.741·5	290·5

Unterschiede der Gebarung

Die wesentlichsten Unterschiede gehen aus folgender Übersicht hervor:

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch	1.035·7	993·0	993·0
Qualitätsbezahlung	129·7	106·4	117·1
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen	165·6	178·9	173·4
Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds	462·3	457·7	458·0
Summe...	1.793·3	1.736·0	1.741·5

Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch

Der Zweck der staatlichen Milchpreisstützung liegt in der Erhaltung eines kostendeckenden Erzeugerpreises.

Seit dem Jahre 1956 erhielten die landwirtschaftlichen Milchproduzenten je Liter abgelieferter Milch eine Stützung von 50 Groschen. Dieser Stützungsbetrag wurde im Jahr 1963 und wieder im Jahr 1965 um je 20 Groschen erhöht, so daß der Stützungsbetrag von da ab bis Ende 1968 insgesamt 90 Groschen betrug. Die Bedeckung der diesbezüglichen Erfordernisse erfolgte aus Haushaltsmitteln des Bundes, aus gemäß § 9 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]),

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

zweckgebundenen Mitteln sowie aus nicht budgetierten Beiträgen der Konsumenten.

Im Interesse einer Verwaltungsvereinfachung wurde der erwähnte Konsumentenbeitrag mit Wirkung vom 1. Jänner 1969 beseitigt und mit gleicher Wirkung der Produzentenmilchpreis von bisher 1·40 Schilling auf 1·78 Schilling pro Liter bei einem Fettgehalt von 3·5% erhöht (Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 23. Dezember 1968, Zl. 91.794-19/1968, verlautbart im amtlichen Teil der Wiener Zeitung Nr. 301 vom 31. Dezember 1968). Seit 1. Jänner 1969 sind daher im Wege der staatlichen Milchpreisstützung nur mehr 52 Groschen pro Liter Milch vorgesehen.

Der Erzeugerpreis erfuhr ab 1. Juni 1971 über den gleichbleibenden Basispreis von 1·78 Schilling hinaus einen nach der Qualität der Anlieferungsmilch abgestuften Zuschlag von 25, 17 bzw. 5 Groschen; die staatliche Milchpreisstützung wird durch diese Preiszuschläge nicht berührt.

Zur Erfüllung des eingangs erwähnten Zweckes ist im Jahre 1973 beim Ansatz 1/62106 für den Zuschlag zum Erzeugerpreis der Milch aus allgemeinen Haushaltsmitteln ein Betrag von 993·0 Millionen Schilling vorgesehen.

Seit 1. Jänner 1969 wird den Milchproduzenten, neben der staatlichen Milchpreisstützung, für Rohmilch I. Qualität auch ein Qualitätszuschlag aus Bundesmitteln von 7 Groschen je Kilogramm gewährt. Im Jahre 1973 werden für eine Qualitätsbezahlung rund 80% der angelieferten Rohmilch in Betracht kommen. Das Erfordernis für die Ausbezahlung des Qualitätszuschlages beträgt rund 117·1 Millionen Schilling. Die Bedeckung hiefür ist beim Ansatz 1/62116 aus Mitteln gemäß § 9 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]), vorgesehen.

Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds

Die vom Milchwirtschaftsfonds im Rahmen der zu seinem Aufgabenkreis zählenden Ausgleichsverfahren von den milchwirtschaftlichen Betrieben eingehobenen Ausgleichsbeiträge sind seit Jahren infolge von Lohnerhöhungen und der Verteuerung der Betriebsmittel unzureichend. Da diese Beiträge aber ohne Erhöhung der gesetzlich festgesetzten Verbraucherpreise für Milch und Erzeugnisse aus Milch nicht erhöht werden können, ergeben sich jährlich Abgänge in der Ausgleichsgebarung, die seit dem Jahre 1954 aus Bundesmitteln im Wege sondergesetzlicher Regelung abgedeckt werden.

Der staatliche Zuschuß zum Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds ist im Jahre 1973 mit 458 [1a]) Millionen Schilling veranschlagt. Eine im Jahre 1973 gegenüber dem Vorjahr zu erwartende Steigerung der Ausgabenbelastung des Fonds wird durch einschneidende Rationalisierungs- und Einsparungsmaßnahmen aufzufangen sein, so daß zu erwarten ist, daß der Gebarungsabgang des Milchwirtschaftsfonds auch im Jahre 1973 mit dem veranschlagten Bundeszuschuß ausgeglichen werden kann.

Die Entwicklung der Milchmarktleistung zeigt die nachstehende Übersicht:

	Mill. t		Mill. t
1956 ...	1·212	1964 ...	1·822
1957 ...	1·410	1965 ...	1·912
1958 ...	1·431	1966 ...	1·964
1959 ...	1·431	1967 ...	2·107
1960 ...	1·486	1968 ...	2·102
1961 ...	1·651	1969 ...	2·067
1962 ...	1·739	1970 ...	2·101
1963 ...	1·788	1971 ...	2·017
		1972 ...	2·098

Milchwirtschaftsfonds

Zweck des mit BGBl. Nr. 276/1958 errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Milchwirtschaftsfonds ist der Schutz der inländischen Milchwirtschaft, die Sicherung eines möglichst einheitlichen Erzeuger- und Verbraucherpreises, die Erreichung einer möglichst wirtschaftlichen Anlieferung, Bearbeitung, Verarbeitung und Verteilung, die Erzielung der aus volkswirtschaftlichen Gründen gebotenen Gleichmäßigkeit in der Belieferung der Märkte, die Bereitstellung von Milch und Erzeugnissen aus Milch in einwandfreier guter Beschaffenheit und die Anpassung der Produktion an die Aufnahmefähigkeit des in- und ausländischen Marktes.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Transportausgleichsbeiträge gemäß § 7 Marktordnungsgesetz	275·0
Preisausgleichsbeiträge gemäß § 4 Marktordnungsgesetz	457·7
Zuschuß des Bundes	458·0
Zusammen ...	1.190·7

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill S.
Verarbeitungs- und Preisausgleichszuschüsse gemäß § 6 Abs. 2 Marktordnungsgesetz	778·0
Transportkostenzuschüsse gemäß § 7 Abs. 3 Marktordnungsgesetz	381·4
Zuschüsse gemäß § 6 Abs. 5 Marktordnungsgesetz	31·3
Fondsaufwand	—
Zusammen ...	1.190·7

[1a]) Vorjahr gemäß BGBl. Nr. 32/1972 457·7 Millionen Schilling.

[2]) Schätzung.

Sonstige Verbilligungsmaßnahmen bei Milchprodukten

Die gemäß § 9 Abs. 4 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]), an den Bund abzuführenden Beträge werden mit 278·51 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon sind schätzungsweise 161·41 Millionen Schilling für marktentlastende Maßnahmen und 117·1 Millionen Schilling für die Qualitätsbezahlung vorgesehen.

Einnahmen

Die auf der Einnahmenseite vorgesehenen Beträge gründen sich auf Importausgleiche gemäß §§ 17 bis 21 sowie auf Einnahmen gemäß § 9 Abs. 4 des Marktordnungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]); sie sind zweckgebundene Einnahmen.

Die Einnahmen gemäß § 9 Abs. 4 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]), stammen aus Abfuhren der Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebe sowie Milchgenossenschaften und -sammelstellen, die für die Zeit vom 1. Jänner bis 30. April 1963 für jedes Liter Milch 20 Groschen abzuführen hatten und für die Zeit ab 1. Mai 1963 für jedes Liter Vollmilch, auf einen bestimmten Fettgehalt eingestellte Milch oder Sauermilch einen Betrag von 40 Groschen, für jedes Liter Schlagobers 2·20 Schilling, für jedes Liter Kaffeeobers und Sauerrahm 1 Schilling und für jedes Kilogramm Butter 1·60 Schilling an den Bund abzuführen haben, wobei alle diese Beträge ab 1. Mai 1963 um die Umsatzsteuer zu vermindern sind.

Titel 622 Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	189·9	144·0
1972 **)	120·7	122·0
1973 **)	122·0	122·0

Unterschiede der Gebarung

Die unterschiedliche Höhe der Ausgaben in den Jahren 1971 bis 1973 ist bedingt durch die großen Schwankungen der jeweiligen Anlieferungen von Schlachttieren im Inland sowie durch die wechselnden Abschöpfungen, welche sich bei der Lieferung in den EWG-Raum ergeben.

Gebarung

Für Stabilisierungsmaßnahmen auf dem Sektor für Schlachtvieh und Fleisch sind zur Aufrechterhaltung einer gleichmäßigen Versorgung mit Fleisch sowie zum Ausgleich der saisonbedingten Schwankungen im Laufe eines Jahres verschiedene Maßnahmen erforderlich, z. B. Interventionskäufe, Einlagerungen, Absatzwerbung und Exportförderung. Diese Ausgaben werden aus zweckgebundenen Mitteln gemäß § 40 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]), bestritten. Im Jahre 1973 sind für diese Zwecke 19·3 Millionen Schilling und für die Förderung des Exportes von Schlachttieren und Fleisch 7·7 Millionen Schilling vorgesehen. An zweckgebunden Mitteln gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1969 sind für die Förderung des Exportes von Schlachttieren und Fleisch sowie zur Produktivitätsverbesserung in der Rindermast und für eine Kälbervermittlungsaktion 95 Millionen Schilling veranschlagt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Viehverkehrsfonds

Zweck des gemäß BGBl. Nr. 36/1968 [1]) errichteten und mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Viehverkehrsfonds ist der Schutz der inländischen Viehwirtschaft, die Stabilisierung der Preise für Schlachttiere und deren Produkte sowie die Gewährleistung einer ausreichenden Versorgung.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Verwaltungskostenbeiträge und sonstiges	4·0
Aus dem Bundeshaushalt	19·3
Zusammen	23·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Ausgaben gemäß § 41 Marktordnungsgesetz	19·3
Fondsaufwand	3·8
Überschuß	0·2
Zusammen	23·3

Einnahmen

Die vorgesehenen Einnahmen gründen sich auf Importausgleiche gemäß § 40 Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968 [1]), bzw. auf Importausgleiche bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1969 in der Fassung BGBl. Nr. 467/1971.

Titel 623 Zuckerpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	38·2	39·5
1972 **)	37·4	37·8
1973 **)	41·3	41·3

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

www.parlament.gv.at

Die Ausgaben für den Frachtenausgleich bei Zucker dienen zum Ausgleich unterschiedlicher Frachtbelastungen bei verkauftem Weißzucker. Sie können nur nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen getätigt werden. Die Einnahmen aus dem Frachtenausgleich bei Zucker stammen aus einem im Zuckerpreis enthaltenen Frachtenausgleichsbetrag von 13·20 Schilling je 100 kg (Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 7. Juli 1972, Zl. 61.160-19/72, verlautbart im amtlichen Teil der Wiener Zeitung Nr. 156 vom 8. Juli 1972 sowie der Anordnung Nr. 131, betreffend die Errichtung eines Frachtenausgleiches für Silier- und Futterzucker, verlautbart im Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 109 vom 12. Mai 1971). Für die Errechnung des Zuckerfrachtenausgleiches für das Jahr 1973 ist ein Zuckerverbrauch von rund 3,125.000 q zugrunde zu legen. Die kalkulierte Zuckermenge ist um die Menge des Silier- und Futterzuckers, der gemäß Anordnung Nr. 131 in den Frachtenausgleich einbezogen worden ist, höher als in den Vorjahren. Für diese Menge sind Einnahmen in Höhe von 41·3 Millionen Schilling zu veranschlagen, die zur Deckung der tatsächlichen Zuckerfrachten zur Verfügung stehen.

Die Einnahmen und Ausgaben des Zuckerfrachtenausgleiches werden von der Zuckerindustrie monatlich mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abgerechnet.

Titel 625 Futtermittelpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	83·5	22·5
1972 **)	88·1	27·9
1973 **)	74·4	13·4

Beim Titel 625 werden die aus der nachstehenden Übersicht ersichtlichen Gebarungen verrechnet:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Stützung, Lagerungs- und Frachtkosten	61·0	61·0	61·0
Preisausgleichsmaßnahmen aus zweckgebundenen Einnahmen Lagerungs- und Frachtkosten.	22·5	27·1	13·4
Ausgaben (Summe) ...	83·5	88·1	74·4
Einnahmen			
Rückersätze von Stützungsbeträgen	—	0·0	0·0
Importausgleiche	22·5	27·9	13·4
Einnahmen (Summe) ...	22·5	27·9	13·4

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Unterschiede in den Einnahmen und den davon abhängigen Ausgaben des Jahres 1971 gegenüber 1972 und 1973 sind in unterschiedlichen Weltmarktpreisen, Frachten und Anlieferungsmengen begründet.

Gebarung 1973

Der Transportausgleich [3]) für importiertes Futtergetreide dient der Einhaltung eines einheitlichen Verbraucherpreises für das gesamte Bundesgebiet. Dieser Transportausgleich ist durch die ab 1. Juni 1961 eingetretene Preisänderung bei importiertem Futtergetreide notwendig geworden.

Über die aus den Importausgleichen [4]) durchzuführenden Verbilligungsmaßnahmen und Förderungen wird jeweils nach Bedarf während des Jahres entschieden.

Für die notwendige Sperrlagerhaltung von Futtergetreide und für den Transportausgleich bei Futtergetreide sind 61 Millionen Schilling veranschlagt.

Titel 626 Düngemittelpreisausgleich

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	110·0 [5])	—
1972 **)	79·2	0·0
1973 **)	79·2	0·0

Gebarung 1973

Die gewährten Stützungen für Warenwert und Frachtkosten beschränkten sich ab 1971 auf einen Transportkostenzuschuß für Handelsdünger. Im Jahre 1973 sind für diesen Zweck 79·2 Millionen Schilling veranschlagt. Auch durch diese Maßnahme kann ein einheitlicher Verbraucherpreis für die bisher gestützten Handelsdünger in Österreich aufrechterhalten werden.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[3]) Vorgesehen im Marktordnungsgesetz 1967, BGBl. Nr. 36/1968, und Preisregelungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 151, jeweils in der geltenden Fassung.

[4]) Ausgleichsbeträge aus Futtermittelimporten (Importausgleiche) gemäß § 32 des Marktordnungsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 36/1968.

[5]) Gestützt wurden rund 1·1 Millionen Tonnen Düngemittel.

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie

Titel 630 Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	70·2	21·3	91·5	1·0
1972 **)	80·8	24·3	105·1	1·2
1973 **)	94·2	25·0	119·2	1·2

Gebarung 1971 bis 1973

Die Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Zentralleitung	80·4	92·1	106·2
Außenstelle	11·1	13·0	13·0
Wirtschaftliche Landesverteidigung	0·0	0·0	0·0
Ausgaben (Summe)...	91·5	105·1	119·2
Einnahmen			
Zentralleitung	0·9	1·1	1·1
Außenstelle	0·1	0·1	0·1
Einnahmen (Summe)...	1·0	1·2	1·2

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, für Vorrückungen u. dgl.

Die Erhöhung des Sachaufwandes bei der Zentralleitung gegenüber 1972 ist im wesentlichen auf die Erhöhung des EFTA-Beitrages und auf eine Steigerung der Mietzinse für Gebäude der Auslandsdienststellen zurückzuführen.

Außenstelle

Der Außenstelle obliegt in erster Linie die Entscheidung über die Ein- und Ausfuhranträge in Vollziehung des Bundesgesetzes über die Durchführung des Warenverkehrs mit dem Ausland (Außenhandelsgesetz 1968), BGBl. Nr. 314.

Zur Bedeckung ihres Aufwandes dient gemäß § 5 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 214, ein Teil der beim Ansatz 2/52680 als zweckgebundene Einnahmen veranschlagten Außenhandelsförderungsbeiträge.

Außenhandelsstellen

Der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft fließen aus dem beim Ansatz 2/52680 veranschlagten Außenhandelsförderungsbeitrag [1] zu Lasten des Einnahmenansatzes 2/52880 467·3 Millionen Schilling für die Exportförderung zu. Diese Überweisung stützt sich auf § 5 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Einhebung eines Beitrages für die Außenhandelsförderung (Außenhandelsförderungsbeitragsgesetz), BGBl. Nr. 214/1954, in der Fassung BGBl. Nr. 137/1958; auf Grund dieses Gesetzes ist ein Teil des Gesamtjahresaufkommens an Außenhandelsförderungsbeiträgen der Bundeskammer zur Deckung der Kosten ihrer im Interesse der Außenhandelsförderung entfalteten Tätigkeit, insbesondere der zu diesem Zweck im Auslande unterhaltenen Einrichtungen [77 Außenstützpunkte am 1. Jänner 1971 [2]] zur Verfügung zu stellen.

Wirtschaftliche Landesverteidigung

Dieser Ansatz bleibt in Vorsorge des Anlaufens einer Bevorratung bestehen.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	378·2	49·6
1972 **)	432·6	34·8
1973 **)	498·3	43·4

Unterschiede der Gebarung

Die Förderungsansätze des Ressorts wurden gegenüber dem Vorjahr um 65·7 Millionen Schilling erhöht.

Die bedeutsamste Erhöhung, 65·8 Millionen Schilling, erfuhr die Gewerbestrukturverbesserung infolge Erhöhung des Anteiles am Aufkommen der Bundesgewerbesteuer auf 5% sowie der Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" um 12·0 Millionen Schilling. Ferner wurde die Vorsorge für den Preisausgleich in der Mineralölsteuer um 6·0 Millionen und die Bezugsvorschüsse um 0·3 Millionen erhöht.

Hingegen ergibt sich bei allen anderen Förderungsansätzen eine Verminderung von insgesamt 18·4 Millionen Schilling.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber dem Jahre 1972 ist auf eine höhere Veranschlagung bei den Darlehensrückflüssen, die im Jahre 1972 offensichtlich zu gering dotiert waren, sowie auf eine höhere Veranschlagung des Transportkostenausgleichs in der Mineralölwirtschaft zurückzuführen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Nähere Einzelheiten siehe Seite 115.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Laut Österreichischem Amtskalender für das Jahr 1971 69 Außenhandelsstellen, 4 Exposituren und 2 Ehrenamtliche Korrespondenzstellen und 2 Zweigbüros.

Gebarung 1971 bis 1973

Die Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung"	50·3	60·0	72·0
Fremdenverkehr	48·5	95·4	94·3
Gewerbestrukturverbesserung ..	75·6	81·7	147·5
Bergbau	81·0	68·0	59·0
Sonstige gewerbliche und industrielle Wirtschaft	85·1	88·8	80·6
Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft	14·9	12·0	18·0
Stärkeförderung	21·8	25·4	25·3
Sonstige Förderungsmaßnahmen	1·0	1·3	1·6
Ausgaben (Summe)...	378·2	432·6	498·3
Einnahmen			
Fremdenverkehr	9·4	9·0	9·1
Gewerbestrukturverbesserung ..	0·0	0·0	0·0
Bergbau	0·0	0·0	0·0
Sonstige gewerbliche und industrielle Wirtschaft.....	20·8	12·9	15·4
Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft.....	18·5	12·0	18·0
Stärkeförderung	0·0	0·0	0·0
Bezugsvorschußersätze	0·9	0·9	0·9
Einnahmen (Summe)...	49·6	34·8	43·4

Ansatz 6310 Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" [3])

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" obliegt satzungsgemäß die Auslandswerbung für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr.

Einleitend wird auf folgendes statistisches Material im Bereich des österreichischen Fremdenverkehrs hingewiesen:

Deviseneingänge:

	Mill. S		Mill. S
1937	235·0	1970	25.969·0
1950	392·4	1971	31.756·0
1953	1.574·4	1972 [4]) [5]) ..	36.000·0

Ausländernächtigungen:

	Anzahl		Anzahl
1937	6,831.400	1970	59,068.000
1950	4,571.250	1971	67,406.000
1953	7,686.349	1972 [4]) ..	78,200.000

Ankünfte:

	Personen		Personen
1937	1,222.900	1970	8,866.000
1950	865.055	1971	9,588.000
1953	1,601.079	1972 [6]) ..	10,400.000

Die Bedeutung, die der weiteren Intensivierung dieses Wirtschaftszweiges zukommt, kann daraus ermessen werden, daß es durch die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr möglich ist, das österreichische Handelsbilanzpassivum auszugleichen. 1971 deckten die Fremdenverkehrsdevisen 86·4% des Handelsbilanzpassivums. Werden die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr den Exporterlösen der wichtigsten Ausfuhrgüter Österreichs gegenübergestellt, so nahmen diese seit 1967 die erste Stelle ein.

Wenn es Österreich in den vergangenen Jahren gelungen ist, innerhalb des internationalen Fremdenverkehrs einen außergewöhnlich guten Ruf zu erwerben, so zielt das Werbeprogramm für 1973 dahin, diesen Ruf der touristischen Nachfrage immer wieder vor Augen zu führen und diese durch intensivste Werbung zu verbreitern.

Zu bemerken ist, daß dem Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" aus den Beiträgen der Bundesländer und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft weitere Geldmittel zufließen.

Innerhalb der Fremdenverkehrswerbung kommt dem Pressedienst besondere Bedeutung zu. Unmittelbaren Kontakt mit der In- und Auslandspresse stellt die Österreichische Fremdenverkehrswerbung durch wöchentliche Mitteilungen an die Presse sowie durch die monatlich erscheinenden „Reisenachrichten aus Österreich" mit dem beigefügten Veranstaltungskalender her. Dem Pressedienst obliegt weiter die Betreuung und Versorgung von Journalisten, Reiseschriftstellern, Rundfunkleuten mit Informationsmaterial und Pressephotos. Hieher gehört auch die Betreuung von ausländischen Reisebüroangestellten bei Studienaufenthalten in Österreich.

Die für das Jahr 1973 beabsichtigte Teilnahme an 20 ausländischen Messen und Ausstellungen ergibt die Möglichkeit, durch Errichtung von Kojen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung einen großen Personenkreis direkt anzusprechen.

Eines der wichtigsten Gebiete der modernen Werbung ist die Insertion. Als weitere Werbemaßnahme ist die Beteiligung unter anderem an der gemeinsamen Alpenraumwerbung vorgesehen. Nicht zu vergessen ist hier die Drucklegung von mehrsprachigen Werbe- und Informations-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[3]) Institution auf Vereinsbasis.
[4]) Die Ziffer für 1972 stellt eine Schätzung auf Grund durchgeführter Trendberechnungen unter gleichbleibenden Bedingungen dar.
[5]) Zu den Deviseneingängen ist zu bemerken, daß in der berechneten Ziffer die bereits im Ausland im Rahmen der Freigrenze umgewechselten Schillingbeträge nicht enthalten sind.
[6]) Die Ziffer für 1972 stellt eine Schätzung auf Grund durchgeführter Trendberechnungen unter gleichbleibenden Bedingungen dar.

material, wie z. B. Prospekte, Broschüren und Plakate sowie die Herstellung von Werbefilmen.

Die Auslandsstellen des Vereines „Österreichische Fremdenverkehrswerbung" erfüllen die wichtigsten Funktionen der Werbung im Ausland. Ihnen fällt die Aufgabe zu, den Kontakt mit dem reiselustigen Publikum herzustellen und die Reisebüros in jeder Hinsicht über den Reiseverkehr zu informieren.

Ansatz 6311 Fremdenverkehr

Förderungsausgaben

Im Sinne des Finanzausgleichsgesetzes 1973, § 18 Abs. 2 Z. 6, wird für die Bereitstellung von zweckgebundenen Zuschüssen an Länder und Gemeinden zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs, sofern es sich nicht um gesamtösterreichische Belange handelt, vorgesorgt.

Im Rahmen des Fremdenverkehrsförderungsprogramms 1971 bis 1980 sind im Jahre 1973 vorgesehen: Vermehrte Zuschüsse für die im Jahre 1972 begonnene „Aktion Komfortzimmer", für die besondere Förderung der Wintersaisonen und der fremdenverkehrsmäßig unterentwickelten Gebiete Österreichs und für Fremdenverkehrs-Studien und Untersuchungen.

Im Rahmen dieser Förderung werden auch in bedeutendem und gemäß dem Fremdenverkehrsförderungsprogramm 1971 bis 1980 erweiterten Umfang Stützungsaktionen durchgeführt, die unter Heranziehung von Bankenkapital eine Kreditkostensenkung für Fremdenverkehrsvorhaben bewirken sollen, welche für eine Fremdenverkehrsgemeinde oder ein Fremdenverkehrsgebiet von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind (Schwimmbäder, Schlepplifte, Kuranlagen, Ortsverschönerungsmaßnahmen, Rationalisierungsmaßnahmen im Gast- und Hotelgewerbe sowie Neu- und Erweiterungsbauten).

Aufwandskredite

Bei diesem Ansatz ist Vorsorge zur Begleichung von Dienstleistungsgebühren im Rahmen der vorhin erwähnten Kreditaktionen getroffen, ferner für die Durchführung von Maßnahmen, die Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs ermöglichen sollen.

Einnahmen

Hier sind im wesentlichen die Zinsen- und Tilgungsrückzahlungen aus gegebenen Darlehen sowie die Eingänge aus der Vermietung bundeseigener Werbefilme veranschlagt.

Ansatz 6312 Gewerbestrukturverbesserung

Die Novelle zum Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BGBl. Nr. 453, sieht die Aufbringung von Förderungsmitteln in Höhe von 5% des Aufkommens an Bundesgewerbesteuer vor. Damit soll den klein- und mittelständischen gewerblichen Unternehmen — auch des Fremdenverkehrs — der Anreiz und die Möglichkeit geboten werden, durch Inanspruchnahme von Krediten, für die Kreditkostenzuschüsse nach diesem Gesetz gewährt werden, eine Strukturverbesserung im Bereich der gewerblichen Wirtschaft, insbesondere bei Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen oder beim Zusammenschluß von Unternehmungen, zu erleichtern.

Ferner sollen mit diesen Mitteln auch juristische Personen gefördert werden, zu deren durch Bundesgesetz festgelegtem Aufgabenbereich die Förderung von Unternehmungen gemäß § 1 Abs. 1 dieses Gesetzes zählt, wenn und insoweit diese juristischen Personen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmungen durchführen.

Ansatz 6313/14 Bergbau (Kohlenbergbau, Buntmetallerzbergbau)

Der ausgewiesene Betrag ist zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen. Gesetzliche Grundlage ist das Bergbauförderungsgesetz 1973 und die in dessen Durchführung jährlich ergehenden Verordnungen.

Ansatz 6315 Sonstige gewerbliche und industrielle Wirtschaft

Dieser Ansatz umfaßt Ausgaben und Einnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Industrie, des Exportes, der Management-Ausbildung und der Wirtschaftswerbung.

Förderungsausgaben

Die vorgesehenen Darlehenskredite dienen der Fortsetzung der seit 1954 durchgeführten Darlehensaktionen (z. B. Kleingewerbekreditaktion) für gewerbliche Betriebe. Es werden insbesondere solche Betriebe berücksichtigt, für die eine Kreditbeschaffung im Wege der Banken nicht möglich ist. Diese kleingewerblichen Betriebe sind in volkswirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung und bedürfen der Kredithilfe.

Die für Zuschüsse angesprochenen Haushaltsmittel werden vor allem dazu verwendet, die bestehenden Zinsenzuschußverpflichtungen zu erfüllen und Vorhaben von wirtschaftlich erwünschter Produktionsausweitung, Produktivitätssteigerung, Absatzsicherung und Absatzwerbung zu fördern.

Zum Zwecke der Industrieförderung stehen im Jahre 1973 12 Millionen Schilling zur Verfügung, die entsprechend den Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialbeirates der Paritätischen Kommission („Vorschläge zur Industriepolitik") zur Schwerpunktbildung nach gesamtwirtschaftlichen Kriterien sowie zur stärkeren Konzentration und größeren Vereinheitlichung der Maßnahmen im Zusammenwirken mit den Bundesländern vergeben werden sollen.

Auch zur Förderung des gewerblichen Ausstellungswesens und des österreichischen Kunsthandwerkes werden nach Möglichkeit Budgetmittel verwendet, da diese auf Grund der Marktbeobachtungen von besonderer Bedeutung für die Exportwirtschaft sind.

Weitere Haushaltsmittel werden zur Unterstützung des Schulvereines der Berg- und Hüttenwerke Österreichs und der Österreichischen Staub(Silikose)bekämpfungsstelle verwendet. Auch für die Herausgabe der Leobner Grünen Hefte ist zur Förderung des bergmännischen Brauchtums und für verschiedene Fachveröffentlichungen eine entsprechende Unterstützung vorgesehen.

Aufwandskredite

Aus diesem Ansatz werden Dienstleistungsgebühren an Bankinstitute im Rahmen der erwähnten Kreditaktionen, ferner Exportwerbemaßnahmen bestritten.

Im übrigen ist hier finanzielle Vorsorge für verschiedene Vorhaben auf dem Gebiet der Industriepolitik getroffen, die Kosten für wissenschaftliche Forschungsarbeiten und Druckarbeiten verursachen.

Zur Durchführung einer gezielten und koordinierten Industriepolitik ist es notwendig, auf wissenschaftlicher Basis mit Befassung der berührten Verwaltungsstellen ein Industrieförderungskonzept zu erstellen. Dieses Konzept soll nicht nur ein Entscheidungsbehelf für Verwaltungsmaßnahmen sein, sondern auch einen Anreiz für in- und ausländische Investoren bieten, sich an der langfristigen Industriepolitik zu orientieren und in Wachstumsbranchen zusätzliches Produktionskapital zu investieren.

Einnahmen

Die veranschlagten Einnahmen ergeben sich aus den zu erwartenden Rückzahlungen auf Grund der bisher abgeschlossenen Darlehensverträge.

Ansatz 6316 Preisausgleich in der Mineralölwirtschaft

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	14·9	18·5
1972 **)	12·0	12·0
1973 **)	18·0	18·0

Zur Erzielung von bundeseinheitlichen Gasöl- bzw. Petroleumpreisen für Letztverbraucher wird ein Transportkostenausgleich zwischen lieferfernen und liefernahen Konsumgebieten durchgeführt.

Die Gebarung bei diesem Ansatz wird ausschließlich nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen aus dem Preisausgleich und nichtverbrauchten derartigen Einnahmen der Vorjahre abgewickelt.

Der Ansatz für 1973 wurde gegenüber dem Jahr 1972 um 6 Millionen Schilling erhöht.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Ansatz 6317 Stärkeförderung

Die Förderung wird insbesondere den Produzenten des Waldviertels zukommen, aber auch der Österreichischen Agrarwirtschaft dienen, die ihre Produkte bei der gegebenen Marktsituation nicht mehr in einem ihre Existenz erhaltenden Ausmaß absetzen kann. Überdies bedingen sowohl die geographische Lage als auch die klimatischen Gegebenheiten gerade des erwähnten Kartoffelanbaugebietes derartige Förderungsmaßnahmen.

Für den Bund ergeben sich in diesem Zusammenhang nicht nur wirtschaftliche, sondern auch bevölkerungspolitische Probleme, zu deren Lösung die vorgesehenen Förderungen beitragen sollen. Die Ausschüttung der Förderung ist für die Stärkeerzeugung vorgesehen, da diese den wesentlichsten Teil der Kartoffelernte der industriellen Verarbeitung zuführt. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Erhaltung des Bauernstandes, insbesondere in dem erwähnten grenznahen Gebiet und damit auch der Erhaltung der Stärkeerzeugung, mußte diese Förderung auf Basis des Stärkeförderungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 154, aus allgemeinen Bundesmitteln vorgesehen werden.

Ansatz 6319 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Bezugsvorschüsse für die Bediensteten im Bereich des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie sowie die Bezugsvorschußersätze veranschlagt.

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrag von 40.000 S gewährt.

Außerdem ist bei diesem Ansatz ein kleiner Betrag für Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	29·3	16·8	46·1	72·8
1972 **)	31·7	17·8	49·5	70·6
1973 **)	36·7	21·1	57·8	74·2

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete.

Beim Sachaufwand verursacht die teilweise Unterbringung des Amtes in privateigenen Gebäuden erhebliche Kosten, ferner ergibt sich aus der für die Vorprüfung lebenswichtigen Notwendigkeit, die in- und ausländische Fachliteratur stets auf dem neuesten Stand zu halten, sowie, bedingt durch die ständige Zunahme der Patenterteilungen, vor allem aus der gesetzlichen Verpflichtung der Patentschriftendrucklegung, ein ständig steigender Aufwand.

Die Einnahmen entwickeln sich entsprechend der Aufrechterhaltung von Patent- und Markenschutzrechten sehr günstig.

Gesetzliche Grundlagen

Patentgesetz 1950, Wiederverlautbarung BGBl. Nr. 259/1970.

Markenschutzgesetz 1953, Wiederverlautbarung BGBl. Nr. 260/1970.

Musterschutzgesetz 1953, Wiederverlautbarung BGBl. Nr. 216/1970.

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967.

Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr.386/1969.

Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969.

Patentangelegenheiten

Im Jahre 1971 sind 11.307 Patentanmeldungen eingereicht worden (1970: 11.786, 1969: 12.150), wobei der Anteil des Auslandes 80% betragen hat (1970: 81%, 1969: 80%).

Die Zahl der im österreichischen Patentregister eingetragenen und aufrechterhaltenen Patente ist von 54.988 im Jahre 1969 über 57.431 im Jahre 1970 auf 58.695 im Jahre 1971 weiterhin angestiegen.

Diese Entwicklung ist dem hohen Ansehen zu verdanken, welches das österreichische Vorprüfungsverfahren in aller Welt genießt. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß diese Vorprüfung, welche immer mehr unter dem Mangel an Fachkräften zu leiden hat, in Anbetracht der immer rascher fortschreitenden technischen Entwicklung von Jahr zu Jahr schwieriger und zeitraubender wird, weil die zu berücksichtigenden Patentbeschreibungen und die ergänzende Fachliteratur ständig an Umfang zunehmen. Allein im Jahre 1971 sind im Tausch mit österreichischen Patentschriften 857.000 Patentschriften aus dem Ausland eingelangt.

Markenangelegenheiten

Im Jahre 1971 sind 2923 Markenanmeldungen eingereicht worden (1970: 2912, 1969: 3186).

Die Zahl der im österreichischen Markenregister eingetragenen und aufrechterhaltenen Marken ist von 44.163 im Jahre 1969 über 44.763 im Jahre 1970 auf 46.066 im Jahre 1971 angestiegen.

Musterangelegenheiten

Im Jahre 1971 sind 6310 Muster mit je einem Doppel bei den zuständigen Kammern der gewerblichen Wirtschaft und beim Zentralmusterarchiv des Österreichischen Patentamtes hinterlegt worden (1970: 4226, 1969: 6574).

Oberster Patent- und Markensenat

Während im Jahre 1971 die Zahl der von der Nichtigkeitsabteilung des Österreichischen Patentamtes zu behandelnden Fälle in Patentangelegenheiten 14 (1970: 23, 1969: 13) und in Markenangelegenheiten 94 (1970: 82, 1969: 108) betragen hat, ist in Patentangelegenheiten in 7 Fällen (1970: 12, 1969: 5) und in Markenangelegenheiten in 9 Fällen (1970: 6, 1969: 11) Berufung an den Obersten Patent- und Markensenat ergriffen worden.

Titel 633 Bergbehörden

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	4·6	1·2	5·8	247·0
1972 **)	5·2	1·3	6·5	266·2
1973 **)	5·7	1·4	7·1	261·3

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete.

Die Ausgaben für den Sachaufwand sind gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht.

Die Einnahmen an Montangebühren [7]) (Flächen-, Feld- und Förderzins) für das Jahr 1973 hängen weitgehend vom Fördervolumen und insbesondere von der Preisentwicklung auf dem Erdöl- und Erdgassektor ab.

Diese Einnahmen betrugen 1971 247 Millionen Schilling, im Voranschlag 1972 sind 266 Millionen Schilling und 1973 261 Millionen Schilling vorgesehen. Sie werden auf Grund des Maßen- und Freischurfgebührengesetzes [8]) für verliehene Grubenmaße und angemeldete Freischürfe eingehoben. Die Entrichtung der Flächen-, Feld- und Förderzinse erfolgt auf Grund von Vereinbarungen mit den Erdölgesellschaften.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[7]) Siehe BGBl. Nr. 90/1948.
[8]) BGBl. Nr. 28/1947 in der Fassung BGBl. Nr. 90/1948.

Organisation

Der Obersten Bergbehörde im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie unterstehen die Berghauptmannschaften Wien, Leoben, Graz, Salzburg, Klagenfurt und Innsbruck. Diese sechs Berghauptmannschaften beaufsichtigen rund 100 in Betrieb befindliche und rund 300 außer Betrieb befindliche Bergbaue und 5 Erdölunternehmungen.

Aufgaben

Der Bergbau, dessen wirtschaftliche Pflege den Bergbehörden obliegt, stellt mit einer Wertschöpfung von rund 6·7 Milliarden Schilling (Wert der Bergbauproduktion) im Jahre 1971 bei einer Beschäftigtenzahl von 17.700 Arbeitern und Angestellten einen der bedeutendsten Wirtschaftszweige auf dem Gebiete der Urproduktion dar.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze (Blei, Zink, Kupfer und Antimon) sowie Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen nordöstlich Wiens und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf, bei Ried i. I. und bei Kremsmünster gefördert. Die Produktion betrug im Jahre 1971 2·5 Millionen Tonnen Erdöl und 1·9 Milliarden Normalkubikmeter verwertetes Erdgas. An Braunkohle wurden insgesamt 3·8 Millionen Tonnen gefördert, wobei die Schwerpunktbetriebe in Fohnsdorf, Köflach, Thomasroith und Trimmelkam in Oberösterreich liegen. An Magnesit konnte Österreich seine Weltgeltung behalten. Die Förderung betrug 1·6 Millionen Tonnen. Die wichtigsten österreichischen Magnesitbergbaue liegen in Radenthein, Breitenau und Hochfilzen. Die Eisenerzförderung betrug im Jahre 1971 4·2 Millionen Tonnen. Die Soleerzeugung bei den Österreichischen Salinen betrug im Jahre 1971 1·7 Millionen Kubikmeter.

Die Oberste Bergbehörde hat im Hinblick auf die Bedeutung des Bergbaues für die österreichische Volkswirtschaft große Aufgaben zu bewältigen. Abgesehen von den Aufgaben der Hoheitsverwaltung und der volkswirtschaftlichen Pflege des Bergbaues obliegt ihr auch die Bergwerksinspektion und damit die Überwachung der Erhaltung der sicherheitspolizeilichen Vorschriften, schließlich die Lenkung der Einfuhr von festen und flüssigen Brennstoffen sowie die Erstellung des Energiekonzeptes.

Die Hauptaufgabe der Berghauptmannschaften besteht darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen. Im Jahre 1971 setzte sich die rückläufige Bewegung der im Bergbau Beschäftigten und damit die Anzahl der insgesamt verfahrenen Schichten fort. Von den im Berichtsjahre zu verzeichnenden 2373 Unfällen endeten 10 Unfälle tödlich. Hievon ereigneten sich 5 Unfälle im Erzbergbau, 3 im Kohlenbergbau und 2 Unfälle in Bergbauen auf grundeigenen Mineralien.

Gesetzliche Grundlagen

Die einschlägigen Gesetze und Bestimmungen sind: Berggesetz vom 10. März 1954, BGBl. Nr. 73, in der Fassung der Berggesetznovelle 1967, BGBl. Nr. 162, und der Berggesetznovelle 1969, BGBl. Nr. 67, Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959 in der Fassung BGBl. Nr. 185/1969 und 22/1972, Bergpolizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 287/1937, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 125/1961, Bergbauförderungsgesetz 1968, BGBl. Nr. 17, Verordnung über die Standorte und Amtsbezirke der Berghauptmannschaften, BGBl. Nr. 3/1968.

Titel 634 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	3·3	0·6	3·9	0·1
1972 **)	3·8	0·9	4·7	0·1
1973 **)	4·1	0·9	5·0	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete.

Die Ausgaben für den Sachaufwand sind gegenüber dem Vorjahr in gleicher Höhe veranschlagt.

Arbeitsgebiete

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge untersteht nach dem Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267, als Anstalt ohne Rechtspersönlichkeit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie. Sie erfüllt auf dem Gebiet des Kraftfahrwesens mehrere bedeutungsvolle Aufgaben, insbesondere für die Sicherheit des Straßenverkehrs.

Ihre wesentlichen Arbeitsgebiete sind:

1. Das kraftfahrtechnische Prüf- und Versuchswesen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag

2. Die Erstellung der technischen Unterlagen für die Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugzubehör- und Ausrüstungsteilen.

3. Die Überprüfung der Kraftfahrzeuge der Bundeshauptstadt auf ihre Verkehrssicherheit (täglich werden zirka 200 Kraftfahrzeuge überprüft).

4. Auswertung der dabei gewonnenen Erfahrungen bei der Entstehung und fallweisen Änderung der Straßenverkehrsvorschriften.

5. Beistellung von Sachverständigen und Instrumenten bei der Begutachtung von Verkehrsunfällen.

6. Überprüfung von Kraftfahrzeug-Zubehörteilen auf ihre vorschriftsmäßige Ausführung und sichere Funktion.

7. Überprüfung von Straßenverkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen, insbesondere auf ihre Rückstrahlfähigkeit.

8. Betreuung der Kraftfahrzeuge der Zentralstellen der Bundesverwaltung.

9. Aufrechterhaltung der Verbindung mit ausländischen Kraftfahrzeugprüfstellen.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Titel 640 Bundesministerium für Bauten und Technik

	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen
		aufwand	Mill. S	
1971 *)	83·3	36·2	119·5	54·8
1972 **)	93·8	38·9	132·7	51·7
1973 **)	112·5	55·0	167·5	67·6

Gebarung 1971 bis 1973

Die Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1971*)	1972**)	1973**
		Mill. S	
Zentralleitung	59·9	66·3	75·2
Bundesmobilienverwaltung	4·5	5·4	6·2
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	47·7	52·2	55·6
Beschußämter	1·2	1·4	1·6
Technisches Museum	6·1	7·3	8·0
Kurheime	—	—	5·0
Bäder	—	—	2·5
Regierungsgebäude	—	—	13·3
Zivilschutzmaßnahmen	0·1	0·1	0·1
Ausgaben (Summe)...	119·5	132·7	167·5
Einnahmen			
Zentralleitung	15·0	16·6	17·7
Bundesmobilienverwaltung	0·4	0·5	0·5
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	38·9	34·1	41·3
Beschußämter	0·2	0·2	0·2
Technisches Museum	0·3	0·3	0·4
Kurheime.....	—	—	5·0
Bäder	—	—	2·5
Regierungsgebäude	—	—	0·0
Einnahmen (Summe)...	54·8	51·7	67·6

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, Vorrückungen u. dgl.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist auf die vermehrte Vorsorge für geplante Untersuchungen, Studien und Fortbildungskurse sowie auf die erhöhten Reisegebühren und vermehrten Mitgliedsbeiträge sowie durch die erstmalige Veranschlagung der betriebsähnlichen Einrichtungen Kurheime und Bundesbäder sowie des Aufwandes für das Regierungsgebäude bei diesem Titel (überstellt vom Titel 645), zurückzuführen.

Ansatz 6401 Bundesmobilienverwaltung

Aufgaben

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;

2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilien, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und Regierungsveranstaltungen.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88, wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Weiters ist die Bundesmobilienverwaltung berechtigt, Möbel an Bundesbeamte, Filmgesellschaften und Theater sowie an sonstige, fallweise sich um Gegenstände bewerbende Leihteilnehmer (Bälle und Messen) zu verleihen.

Gebarung 1973

Die vorgesehenen Budgetmittel werden zur Erhaltung der in eigenen Inventaren festgehaltenen rund 154.000 Gegenstände verwendet.

Ansatz 6402 Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal

Aufgabengebiet

Aufgabe der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal ist es, in den einschlägigen Fachgebieten

für Auftraggeber spezielle Forschungs-, Entwicklungs- und Versuchsaufträge durchzuführen;

für Auftraggeber als unparteiische Anstalt Erzeugnisse zu überprüfen und Gutachten abzugeben;

Forschungsarbeiten durchzuführen und diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;

im Normenwesen mitzuarbeiten;

bei Hoheitsaufgaben, insbesondere auch bei legislatorischen Maßnahmen mitzuwirken und bei Sicherheitsfragen mitzuarbeiten.

Es ist heute allgemein bekannt, daß der rasche Fortschritt in allen Zweigen der Technik das Ergebnis intensiver wissenschaftlicher Forschung ist und daß die Gewährleistung der Zuverlässigkeit der technischen Einrichtungen bedeutende Aufwendungen für deren Erprobung erfordert. Der Reichtum aller Länder und die Sicherung ihres Wirtschaftswachstums hängen heutzutage im wesentlichen von den personellen und materiellen Mitteln ab, die sie der Forschung zur Verfügung stellen.

Eine besondere Aufgabe fällt in der Zweckforschung und im Versuchswesen den staatlichen Instituten und Anstalten zu, die auf bestimmten Gebieten der Forschung und des Versuchswesens spezialisiert sind und engen Kontakt zur Industrie und zur gewerblichen Wirtschaft halten.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Daß Österreich in der wissenschaftlichen Forschung und technischen Entwicklung einen ernsten Rückstand aufweist, der Gefahren für die künftige wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes in sich birgt, ist unbestreitbar. Die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal war vom Anfang an dazu bestimmt, den für die industrielle Geltung des Landes wichtigsten Industriezweigen, dem Maschinenbau und der Elektrotechnik, zu dienen (Elektrotechnikgesetz, BGBl. Nr. 57/1965). Obwohl Österreich bedeutende Beiträge zum technischen Fortschritt auf diesem Gebiet geleistet hat, sind dennoch diese Industriezweige nicht genügend entwickelt und weisen Strukturschwächen auf, die eine staatliche Förderung der Forschungstätigkeit geboten erscheinen lassen.

Erwähnt muß auch noch werden, daß die Versuchsanstalt einen Teil ihres Arbeitsaufwandes für die Mitarbeit der Normen, technischen Vorschriften für Gutachten u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat, der nicht honoriert wird.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch eigene Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

Zusammenfassend kann daher gesagt werden, daß die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal ein wichtiges Forschungs- und Versuchszentrum in Österreich bildet, daß deren Ausbau notwendig und gerechtfertigt ist und daß die aufgewendeten Mittel als produktiv anzusehen sind.

Gliederung

Die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (BVFA) gliedert sich in
das Grundlageninstitut (GI),
die Elektrotechnische Versuchsanstalt (ETVA),
die Maschinenbautechnische Versuchsanstalt (MBVA) und
das Fernheizkraftwerk Arsenal (FHKW).

Der ETVA ist der Meßplatz für Datenübertragung und der MBVA die Fahrzeugversuchsanlage Wien-Arsenal (FVA) angeschlossen. Sowohl der Meßplatz für Datenübertragung, als auch die FVA werden auf Grund von Übereinkommen mit den Österreichischen Bundesbahnen unter finanzieller Beteiligung des Forschungs- und Versuchsamtes ORE des Internationalen Eisenbahnverbandes (UIC) betrieben.

Fernheizkraftwerk

Das Fernheizkraftwerk Arsenal beliefert nicht nur viele Objekte im Arsenalgelände mit Wärme, sondern gibt diese auch an Industriebetriebe, den Wiener Südbahnhof, ein Postamt und Wohnhausanlagen ab. In der Heizperiode liefert es auch Spitzenstrom an das Netz der Wiener Stadtwerke.

Fahrzeugversuchsanlage und Meßplatz für Datenübertragung

Die Fahrzeugversuchsanlage (FVA) und der Meßplatz für Datenübertragung wurden auf Grund von Übereinkommen errichtet, die mit dem Internationalen Eisenbahnverband (UIC) abgeschlossen wurden.

Die FVA besteht aus einer Fahrversuchs- und einer Standversuchskammer und dient zur Lösung von jenen Problemen, die mit dem Betrieb von Fahrzeugen, insbesondere von Eisenbahnwaggons zusammenhängen, wobei die zu prüfenden Fahrzeuge extremen Temperaturen, Wind- und Strahlungsverhältnissen ausgesetzt werden.

Der Meßplatz für Datenübertragung bildet eine Übertragungsrichtung einer Übertragungsstrecke nach, die den im Fernsprechnetz der Eisenbahnverwaltung vorgefundenen wesentlichen Eigenschaften angenähert entspricht. Gegenstand der Untersuchungen können Datenübertragungsgeräte, Datenbehandlungsgeräte, bestehende Fernmeldeleitungen und anderes einschlägiges Material sein.

Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, Vorrückungen u. dgl.

Der Verwaltungsaufwand ist im Jahre 1973 auf Grund der Erhöhung der Reisegebühren, wegen der enormen Steigerung der Kosten für Brennstoffe für das Fernheizwerk und der vermehrten Inanspruchnahme der Anstalt höher veranschlagt.

Die Verminderung des Anlagenansatzbetrages ergibt sich durch die geringer zu erwartenden Beiträge des ORE für die Fahrzeugversuchsanlage.

Einnahmen

Die Erhöhung der Preise für die Brennstoffe wirkt sich auch bei den Einnahmen aus, da die erhöhten Kosten weiterverrechnet werden. Die Einnahmen aus der Versuchstätigkeit wurden dem tatsächlich erreichbaren Ausmaß angepaßt.

Weitere Einnahmen ergeben sich aus den Rückvergütungen sowohl des Personal- als auch des Sachaufwandes seitens des Internationalen Eisenbahnverbandes (UIC) für die Fahrzeugversuchsanlage Wien-Arsenal und den Meßplatz für Datenübertragung.

Ansatz 6403 Beschußämter

Gesetzliche Grundlagen, Tätigkeit

Die Beschußämter Wien und Ferlach üben ihre Tätigkeit auf Grund des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1951 über die obligatorische Erprobung aller Handfeuerwaffen und Patronen aus (Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951 in der Fassung

BGBl. Nr. 241/1971). Die zugehörigen Verordnungen (BGBl. Nr. 224/51, BGBl. Nr. 58/1958 und BGBl. Nr. 59/62) regeln die nähere Vorgangsweise bei der Erprobung und amtlichen Kennzeichnung der Waffen nach bestandener Probe. Militärwaffen sind von der Erprobung ausgenommen.

Die obligatorischen Erprobungen werden aus Sicherheitsgründen in den meisten Staaten durchgeführt und eine internationale Vereinbarung, die Brüsseler Konvention, der auch Österreich angehört, ermöglicht die gegenseitige Anerkennung von Beschußzeichen. Hiedurch wird der Export österreichischer Waffen sehr erleichtert.

Neben der amtlichen Beschußtätigkeit führen die beiden Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten auf ihrem Fachgebiet durch. Weiters betreiben sie je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr zu ziehen.

Ausgaben

Die Sachausgaben beim Verwaltungsaufwand und bei den Anlagen haben sich gegenüber den Ansätzen des Vorjahres nur geringfügig geändert.

Einnahmen

Die Beschußämter heben für ihre beschußamtliche Tätigkeit Taxen ein, die als Verwaltungsabgaben gemäß der Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1968, BGBl. Nr. 53, an die Finanzverwaltung abgeführt und dort beim Ansatz 2/525 „Stempel- und Rechtsgebühren" in Empfang verrechnet werden. Die beim Ansatz 2/6403 zu erwartenden Einnahmen umfassen nur die Ersatzkosten für Beschußmaterial und die Vergütungen für die Erprobungstätigkeit. Sie werden im Jahre 1973 in ihrer Höhe den Gegebenheiten angepaßt.

Ansatz 6404 Technisches Museum

Das Technische Museum, eines der größten Museen seiner Art in Europa, nahm seinen Anfang im k. u. k. Fabriksproduktenkabinett im Jahre 1816 und umfaßt heute 30 Abteilungen aus allen Zweigen der Industrie und des Gewerbes.

Durch Schaustellungen, Vorträge und die reichgegliederte Bibliothek sowie durch Herausgabe der Blätter für die Technikgeschichte ist es eine wichtige Stätte der Belehrung der technisch interessierten Besucher des In- und Auslandes.

Im Jahre 1971 wurden rund 118.000 Besucher verzeichnet.

Die Erhöhung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung der Bundesbediensteten.

Erhöhte Sachausgaben mußten wegen der Preissteigerung bei Brennstoffen und für den Neudruck des Ausstellungskataloges vorgesehen werden.

Auch die Einnahmen konnten in Erwartung eines vermehrten Katalogverkaufes höher veranschlagt werden.

Ansatz 6405 Kurheime (Betriebsähnliche Einrichtungen)

Badeschloß Badgastein

Der Aufwand für das Badeschloß Badgastein, ein Kurheim für Bundesbedienstete, betrifft die Kosten des Betriebspersonals, die Auslagen für den Betrieb und die Verpflegung der Heimgäste. Die vorgesehenen Einnahmen decken den Gesamtaufwand.

Kurhaus Semmering

Das Kurhaus Semmering dient ebenfalls ausschließlich zur Unterbringung von Bundesbediensteten. Der Gesamtaufwand findet in den veranschlagten Einnahmen seine Bedeckung.

Ansatz 6406 Bundesbäder (Betriebsähnliche Einrichtungen)

Vom Bundesministerium für Bauten und Technik betriebene Bäder gibt es in Wien (Alte Donau und Schönbrunn), Wr. Neustadt und Graz. Der präliminierte Aufwand für das Betriebspersonal und die Betriebsauslagen ist ebenfalls durch die Einnahmen gedeckt.

Ansatz 1/6407 Regierungsgebäude

Unter diesem Paragraph wird der Aufwand für die Hausverwaltung Regierungsgebäude veranschlagt.

Ansatz 64098 Zivilschutzmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Kosten für die Ausarbeitung bundeseinheitlicher Richtlinien für den Schutzraumbau, für Forschungsaufträge, Untersuchungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen u. dgl. auf dem Gebiet der bautechnischen Angelegenheiten des Zivilschutzes sowie für die Überprüfung von bestehenden Schutzräumen veranschlagt.

Titel 641 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	300·8	97·7
1972 **)	386·6	136·3
1973 **)	510·7	145·6

Gebarung 1971 bis 1973

Die Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds (Zinsen und Tilgung)	185·2	169·0	135·5
Sonstige Wohnungsfürsorge	0·7	0·6	0·5
Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds	21·5	70·2	215·9
Bauforschung	17·6	53·3	61·6
Wasserbau	64·0	76·9	79·0
Technisches Versuchswesen	6·8	9·9	9·8
Energiewirtschaft und Elektrotechnik	0·1	0·1	0·1
Sonstige Förderungsmaßnahmen	4·9	6·6	8·3
Ausgaben (Summe)	300·8	386·6	510·7

Einnahmen	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Wohnungsfürsorge	3·8	3·5	3·4
Bauforschung	26·3	51·8	59·8
Wasserbau	63·6	76·6	77·6
Technisches Versuchswesen	0·0	0·1	0·3
Bezugsvorschußersätze	4·0	4·3	4·5
Einnahmen (Summe)	97·7	136·3	145·6

Unterschiede der Gebarung

Der Beitrag des Bundes zum Anleihedienst der Wohnbaufonds ist mit dem für den Tilgungs- und Zinsendienst erforderlichen Betrag veranschlagt. Der Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds ist für Zwecke des Umweltschutzes um 145·7 Millionen Schilling bedeutend erhöht worden. Der Ausgabenansatz für die Bauforschung ist gegenüber 1972 durch die aus der zweckgebundenen Gebarung (Wohnbauforschung) entstandene Erhöhung vermehrt eingesetzt.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 ist ab dem Jahre 1968 1 v. H. der Wohnbauförderungsmittel beim Bundesministerium für Bauten und Technik für Zwecke der Wohnbauforschung zu binden. Der sich daraus ergebende Betrag wird mit 59·8 Millionen Schilling beziffert.

Die Förderungsmittel für Wasserbauvorhaben an der Donau sind gegenüber dem Vorjahre etwas erhöht veranschlagt. Sie enthalten für den Hochwasserschutz Wien 60 Millionen Schilling; weiters ist für die Förderungen der Ausbauarbeiten im Donauhafen Linz und für den Hochwasserschutzdamm an der March vorgesorgt.

Für Forschungsvorhaben im Rahmen des Technischen Versuchswesens konnte ein fast gleich hoher Förderungsbeitrag eingesetzt werden.

Die Steigerung der Einnahmen gegenüber 1972 entspricht im wesentlichen der höheren Dotierung der entsprechenden korrespondierenden Ausgaben (z. B. Wohnbauförderung, Mittel des Katastrophenfonds für Wasserbauten).

Ansatz 1/64104 und 1/64114 Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds

Auf Grund der Ermächtigung des Artikels V Absatz 1 Ziffer 15 des Bundesfinanzgesetzes 1962, des Artikels VI Absatz 3 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1964, des Artikels VI Absatz 2 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1965 bzw. Artikel VII Absatz 2 Ziffer 1 und 2 des Bundesfinanzgesetzes 1967 hat das Bundesministerium für Finanzen die Verpflichtung übernommen, dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds jene Beträge zu ersetzen, die die Fonds für den Zinsen- und teilweise auch für den Tilgungsdienst für aufgenommene Anleihen leisten müssen.

Der Aufwand im Jahre 1973 beträgt 135,490.250 Schilling, wovon 64,002.750 Schilling den Zinsendienst und 71,487.500 Schilling den Tilgungsdienst betreffen.

Insgesamt wurden einschließlich 1968 Anleihen der Wohnbaufonds im Nominale von 2.640 Millionen Schilling begeben. Der Zinsenbeitrag des Bundes erstreckt sich auf 1.940 Millionen Schilling; die Tilgung betrifft ein begebenes Volumen von 700 Millionen Schilling.

Wohnhaus-Wiederaufbaufonds

Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gründet sich auf nachstehende gesetzliche und administrative Maßnahmen:

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130, in der Fassung der Bundesgesetze vom 15. Dezember 1950, BGBl. Nr. 26/1951, vom 27. Mai 1952, BGBl. Nr. 106, vom 9. Juli 1953, BGBl. Nr. 117, vom 7. Juli 1954, BGBl. Nr. 154, vom 13. Juli 1955, BGBl. Nr. 156, vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 154, vom 25. Jänner 1967, BGBl. Nr. 54 und vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280.

Gemäß § 36 Abs. 8 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), ist der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds vom Bundesministerium für Bauten und Technik im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen durch eine mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates zu erlassende Verordnung aufzulösen, wenn nach Durchführung seiner Aufgaben die Abrechnung ergibt, daß alle Verpflichtungen des Fonds berichtigt sind.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Die Verpflichtungen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds sind gemäß § 36 Abs. 5 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), zunächst aus dem Vermögen des Fonds und den Tilgungen zu decken. Reichen diese Mittel nicht aus, so sind die hiefür benötigten Mittel vom Bundesministerium für Finanzen aus den Eingängen gemäß § 4 Abs. 1 lit. b bis e leg. cit. bereitzustellen.

Der Zweck des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds war die Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkung beschädigten oder zerstörten Wohnhäuser und der Ersatz des durch Kriegseinwirkung zerstörten Hausrates.

Der Fonds besitzt Rechtspersönlichkeit und hat seinen Sitz in Wien. Er wird gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet und nach außen durch den Bundesminister für Bauten und Technik vertreten.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes zum Anleihedienst des WWF	69·7 [2])
Restbeiträge an den WWF	—
Rückflüsse aus Darlehen, die der Fonds gewährte, und Zinsenerträgnisse	300·0
Eingänge nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz (BGBl. Nr, 336/1971	35·0
Zusammen...	404·7

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Anleihedienst und Darlehensrückzahlungen	245·2
Beitrag zum Wohnungsverbesserungsgesetz	20·0
Fondsaufwand	8·0
Tilgung in Anleihepapieren und Sonstiges	35·0
Überweisungen an das Bundesministerium für Finanzen (gemäß BGBl. Nr. 336/1971	35·0
Überschuß	61·5
Zusammen...	404·7

Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hat seine rechtlichen Grundlagen in dem Bundesgesetz vom 15. April 1921, BGBl. Nr. 252, bzw. in dem Statut, Kundmachung BGBl. Nr. 187/1925, BGBl. Nr. 55/1967, und in dem Bundesgesetz vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280. Er besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und wird gemäß Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70, vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet.

Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds hatte die Aufgabe, an Gebietskörperschaften und gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsvereinigungen zur Errichtung von Wohnhäusern mit Kleinwohnungen Fondshilfe durch Gewährung von Darlehen, durch Übernahme von Bürgschaften und Zusicherung von Zinsen- und Annuitätenzuschüssen für aufgenommene normal verzinsliche Hypothekardarlehen, insbesondere von Geld- und Kreditinstituten, zu leisten.

Gemäß § 36 Abs. 8 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), ist der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds vom Bundesministerium für Bauten und Technik im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen durch eine mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates zu erlassende Verordnung aufzulösen, wenn nach Durchführung seiner Aufgaben die Abrechnung ergibt, daß alle Verpflichtungen des Fonds berichtigt sind.

Die Verpflichtungen des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds sind gemäß § 36 Abs. 5 des Bundesgesetzes vom 29. Juni 1967, BGBl. Nr. 280 (Wohnbauförderungsgesetz 1968), zunächst aus dem Vermögen des Fonds und den Tilgungen zu decken. Reichen diese Mittel nicht aus, so sind die hiefür benötigten Mittel vom Bundesministerium für Finanzen aus den Eingängen gemäß § 4 Abs. 1 lit. b bis e leg. cit. bereitzustellen.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 vermutlich zufließen:

	Mill. S
Beitrag des Bundes zum Anleihedienst des BWSF	65·8 [6])
Restbeiträge an den BWSF	—
Rückflüsse aus gewährten Fondsdarlehen und Erträgnisse	200·0
Rückflüsse aus Konversionsdarlehen	0·4 [7])
Eingänge nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz (BGBl. Nr. 336/1971)	20·0
Auflösung von Fondsvermögen	79·1
Zusammen ..	365·3

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

	Mill. S
Bereits zugesagte Zinsen- und Annuitätenzuschüsse	120·0
Darlehensrückzahlungen	17·3
Anleihedienst	163·0
Beitrag zum Wohnungsverbesserungsgesetz	20·0
Fondsaufwand	5·0
Tilgung in Anleihepapieren und Sonstiges	20·0
Überweisungen an das Bundesministerium für Finanzen (gemäß BGBl. Nr. 336/1971)	20·0
Zusammen ..	365·3

[1]) (frei).
[2]) Siehe Ausgabenansatz 1/64104 und 1/64114.
[3]) bis [5]) (frei).
[6]) Siehe Ausgabenansatz 1/64104 und 1/64114.
[7]) Siehe Ausgabenansatz 1/64126.

Ansatz 6412 Sonstige Wohnungsfürsorge

Die unter Förderungsausgaben veranschlagten Kredite betreffen die unter Einnahmenansatz 6412 vereinnahmten Rückflüsse aus Konversionsdarlehen (Zinsen und Tilgung) in der Höhe von 50 v. H., die an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Sinne der zwischen dem Bundesministerium für Finanzen (Zl. 12.964-4/1954) und dem Bundesministerium für soziale Verwaltung (Zl. IV-169.095-13/1953) getroffenen Vereinbarung zu überweisen sind.

Die Bundeszuschüsse für Wohnbauförderung betreffen einen gemäß den Bestimmungen des § 7 Absatz 1 I. Abschnitt des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes, BGBl. Nr. 200/1929, begründeten Anspruch auf Leistung von laufenden Regiebeiträgen als Entgelt für die laufende Kontrolle der Wohnbauförderungsbauten an die in Betracht kommenden Hypothekenanstalten.

Die Verpflichtung zur Einlösung der Anleihereste der Wohnbauanleihe-Emission 1931 und 1936 ist begründet in der V. Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 81/1931, und der VII. Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 78/1936.

Der öffentliche Verwalter für das in Österreich befindliche Vermögen der „Deutschen Bau- und Bodenbank A. G., Berlin" in Wien hat zur verstärkten Tilgung der von der Republik Österreich an verschiedene gemeinnützige Wohnungsunternehmen gewährten Konversionsdarlehen Tilgungsraten von an diese Unternehmen seinerzeit vergebene Reichsdarlehen zur Verfügung gestellt. Zum Ausgleich für den hiedurch bedingten Zinsenentgang wurde auf Grund des im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen ergangenen Erlasses vom 4. Feber 1954, Zl. IV-169.095-13/1953, eine Vergütung in der Höhe von 1 v. H. der zur Verfügung gestellten Reichsdarlehenstilgungsraten gewährt. Die Abrechnung erfolgt dreijährig und ist für den Zeitraum 1. Jänner 1968 bis 31. Dezember 1970 im Jahre 1971 durchgeführt worden.

Die Einnahmenansätze betreffen Eingänge an Tilgungsbeiträgen nach den Bestimmungen des I. Abschnittes des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes 1929, die sich aus Zinsen, ordentlichen und außerordentlichen Kapitaltilgungszahlungen ergeben. Weiters Rückflüsse aus Konversionsdarlehen, das sind Annuitätenzahlungen aus Darlehen der Republik Österreich, die verschiedenen gemeinnützigen Bauvereinigungen am 1. Jänner 1954 zur Konversion von zur Fertigstellung ehemals reichsgeförderter sozialer Wohnhausbauten aufgenommenen Fertigstellungs(Restfinanzierungs)darlehen gewährt wurden.

Ansatz 1/6413 Beitrag zum Wasserwirtschaftsfonds

Wasserwirtschaftsfonds

Mit Bundesgesetz vom 17. Dezember 1958, BGBl. Nr. 295, wurde ein Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit und dem Sitz in Wien zum Zwecke der Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen geschaffen. Er wird gemäß § 10 a des Wasserbautenförderungsgesetzes in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 299/1969 vom Bundesministerium für Bauten und Technik verwaltet und nach außen durch den Bundesminister für Bauten und Technik vertreten. Auf Grund der Wasserbautenförderungsgesetz-Novelle 1969, BGBl. Nr. 299, sind mindestens zwei Drittel der zur Verfügung stehenden Mittel für öffentliche Abwässerbeseitigungs- oder betriebliche Abwässerreinigungsinvestitionen zu verwenden.

Die Mittel des Fonds werden nach Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes durch das Bundesgesetz vom 25. November 1964, BGBl. Nr. 310, bzw. vom 10. Juli 1969, BGBl. Nr. 299, durch Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt und aus den Eingängen an Wohnbauförderungsmitteln sowie durch Rückzahlungen von gewährten Darlehen, durch Zinsen von gewährten Darlehen, durch Aufnahme von Anleihen und durch sonstige Zuwendungen aufgebracht.

Für die Reinigung betrieblicher Abwässer und für den gesamten Umweltschutz ist durch die Erhöhung des Bundesbeitrages in vermehrtem Ausmaß Bedacht genommen worden.

Insgesamt wurden einschließlich 1972 Anleihen des Wasserwirtschaftsfonds im Nominale von 1.900,000.000 Schilling begeben, hievon 1.700,000.000 Schilling mit Bundeshaftung.

Dem Fonds werden im Jahre 1973 voraussichtlich zufließen:

	Mill. S
Bundesbeitrag	215·9
Anleihe-Ermächtigung (netto)	500·0
Konjunkturausgleich (oder Anleihe ohne Bundeshaftung) [8]	161·0
Beitrag aus Wohnbauförderungsmitteln	598·0
Darlehenstilgung einschließlich Zinsenertrag und Sonstiges	223·1
Zusammen	1.698·0

[8]) Diese Anleihe wird nur aufzunehmen sein, wenn der Kassenstand es erfordert.
[9]) (frei).

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:

		Mill. S
Vorgriffe auf verzinsliche Darlehen für 1973		965·8
Noch zu vergebende verzinsliche Darlehen		
a) für kommunale und Einzelwasserversorgungsanlagen	146·9	
b) für kommunale Abwasserbeseitigung (Ableitung und Reinigung) und betriebliche Abwasserreinigung (Umweltschutz) [d. s. $^2/_3$ von 440·7 Mill. S]	293·8	440·7
Anleihedienst		231·1
Anleiheemissionsaufwand und Reserve		55·1
Fondsaufwand		5·3
Zusammen		1.698·0

Ansatz 6414 Bauforschung

Die unter Wohnbauforschung veranschlagten Mittel dienen zur Förderung oder Subventionierung von Einrichtungen, die sich mit der Forschung auf dem Gebiet des Wohnungswesens befassen, wie Untersuchungen, Ausstellungen, baukünstlerische Wettbewerbe, Veröffentlichungen, Demonstrativ- und Versuchsbauten, Dokumentationen, Beteiligungen an internationalen Organisationen u. dgl. auf dem Gebiet des Wohnungswesens, des Städtebaues, der Erneuerung der Städte, Märkte und Dörfer sowie der Raumordnung; Erteilung von Forschungsaufträgen. Die Förderung kann auch in Form von Darlehensgewährungen erfolgen.

Die übrigen bei diesem Ansatz veranschlagten Mittel dienen zur Förderung von Einrichtungen auf dem Gebiet der Bauforschung (mit Ausnahme der Wohnbauforschung), zur Forschungsförderung auf diesem Sektor sowie auf den Gebieten der Bauwirtschaft, der Raumordnung, der Normung und der Dokumentation, insbesondere durch Untersuchungen, Gutachten, Ausstellungen, Studienreisen und Ausbildungsaufenthalte sowie durch Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse.

Die zweckgebundenen Beiträge für die Wohnbauforschung sind beim Ansatz 2/64140 veranschlagt.

Ansatz 6415 und 6416 Wasserbau

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes 1958 kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten. Im Jahre 1973 sind solche Beiträge für die Häfen und Hochwasserschutzanlagen in Linz und Wien, für vorbeugende Maßnahmen im Raume Linz und für den Hochwasserschutzdamm an der March vorgesehen. Hiefür werden 1·5 Millionen Schilling aus Budgetmitteln und 77·5 Millionen Schilling aus den Mitteln des Katastrophenfonds herangezogen. Als Bundesbeitrag für den Hochwasserschutz im Raum von Wien sind 60 Millionen Schilling enthalten.

Ansatz 1/6417 Technisches Versuchswesen

Nach dem Kompetenzänderungsgesetz, BGBl. Nr. 70/1966, ressortieren die Angelegenheiten des technischen Versuchswesens und damit auch die Förderung des technischen Versuchswesens zum Bundesministerium für Bauten und Technik.

Alljährlich wird der Bundesregierung auf Grund des Forschungsförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 377/1967, ein Bericht über die Lage der Forschung im Bereiche des Bundesministeriums für Bauten und Technik vorgelegt. Diese Berichte umfassen auch das technische Versuchswesen.

Beim Ansatz 1/64175 werden in geringem Umfange Darlehen für die Durchführung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren, für die Anschaffung von Geräten und für die Durchführung von baulichen Adaptierungen veranschlagt. In den überwiegenden Fällen werden jedoch Darlehen nicht zielführend sein, da die meisten Versuchsanstalten und Forschungsinstitute ohne Gewinn arbeiten. Für diese Zwecke ist beim Ansatz 1/64176 die Gewährung von Zuschüssen für An-, Zu- und Umbauten, für Neubauten von Versuchsanstalten sowie für die Entwicklung von Meß-, Prüf- und Versuchsverfahren vorgesehen. Darüber hinaus ist die Anschaffung neuer Apparate und Geräte aus diesem Ansatz möglich.

Für bestimmte Zwecke wird auch die Gewährung eines Zinsenzuschusses für einen in Anspruch genommenen Bank- oder sonstigen Kredit zum Ziele führen (Post 7432).

Bei Post 7680 sind jene Ausgaben veranschlagt, die im Rahmen des Austausches von technischen Fachkräften entstehen.

Bei den Aufwandskrediten wurde auch für jene Fälle vorgesorgt, in denen es zweckmäßig ist, anstelle von Zuschüssen direkt Aufträge an Einzelpersonen oder Unternehmungen zu vergeben. Dies kann dann der Fall sein, wenn öffentliche Interessen vorliegen, z. B. bei gesetzgeberischen Maßnahmen oder zur Klärung von sicherheitstechnischen Fragen.

Ferner sind bei den Posten 7270 bzw. 7280 die Ausgaben für die Verbreitung technischer Erkenntnisse, seien es Ausstellungen, Konferenzen usw. enthalten. Der wirtschaftliche Effekt der Förderung des technischen Versuchswesens ist nämlich nur dann in vollem Umfang gewährleistet, wenn sichergestellt wird, daß die gewonnenen Erkenntnisse den für deren Verwertung zuständigen Betrieben und Institutionen zugänglich gemacht werden.

Bei der Post 7274 wurde für Verpflichtungen aus internationalen wissenschaftlich-technischen Abkommen vorgesorgt.

Bei den übrigen Ausgaben (Post 7297) sind u. a. auch die Kosten für die Heranziehung eines Expertenkomitees zur Begutachtung der eingelangten Projekte enthalten.

Ansatz 1/6418 Energiewirtschaft und Elektrotechnik

Förderungsausgaben

Im Aufgabenkreis der elektrotechnischen Sicherheitsmaßnahmen können gelegentlich Zuwendungen zur Bewältigung spezieller Themen vergeben werden.

Aufwandskredite

Die veranschlagten Mittel stellen Ausgaben dar, die für die Vollziehung der Sicherheitsmaßnahmen auf dem Gebiete der Elektrotechnik als Bundessache laut Bundesverfassungsgesetz und auf Grund des Elektrotechnikgesetzes, BGBl. Nr. 57/1965, samt den Durchführungsverordnungen notwendig sind. Die österreichischen elektrotechnischen Sicherheitsvorschriften müssen in Anpassung an den Stand von Technik und Wissenschaft erarbeitet und ständig überarbeitet und hiebei insbesondere mit einschlägigen internationalen Bestimmungen harmonisiert werden, um insgesamt der Sicherheit und der Wirtschaft dienlich zu sein.

Ansatz 6419 Sonstige Förderungsmaßnahmen

Bei diesem Ansatz sind die Bezugsvorschüsse für die Bediensteten im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik sowie die Bezugsvorschußersätze veranschlagt. Außerdem sind kleine Beträge für Zuwendungen an gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Erläuterungen bezüglich der Bezugsvorschüsse siehe beim Ansatz 6319 auf Seite 197.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung

	Ordentliche Gebarung	Sachaufwand außerordentliche Gebarung	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	3.719·4	—	3.719·4	136·0
1972 **)	4.012·5	—	4.012·5	156·9
1973 **)	4.757·1	5·8	4.762·9	200·5

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesgesetz vom 16. Juli 1971, BGBl. Nr. 286, betreffend die Bundesstraßen (Bundesstraßengesetz 1971 — BStG 1971) legt die Grundsätze für den Bau und die Erhaltung von Bundesstraßen und der in ihrem Zuge befindlichen Brücken und sonstigen zur Straße gehörigen Anlagen fest.

Im Bundesstraßengesetz sind alle jene Straßenzüge angeführt, die zu Bundesstraßen erklärt wurden.

Dieses Bundesgesetz trat nach Maßgabe des § 33 Abs. 3 am 1. September 1971 in Kraft. Mit diesem Zeitpunkt trat das Bundesgesetz vom 18. Feber 1948, betreffend die Bundesstraßen (Bundesstraßengesetz — BStG), BStG Nr. 59, zuletzt geändert durch die Bundesstraßengesetznovelle 1968, BGBl. Nr. 113, außer Kraft.

Das Bundesgesetz vom 24. Mai 1966, BGBl. Nr. 67, Bundesmineralölsteuergesetz, in der Fassung des Bundesgesetzes Nr. 372 vom 30. November 1970, mit dem das Bundesmineralölsteuergesetz abgeändert wurde, bildet die gesetzliche Grundlage für die Finanzierung des Ausbaues und der Erhaltung der Bundesstraßen und der Autobahnen.

Bundesstraßennetz

Das Bundesstraßennetz [10]) umfaßt 12.370 km und verteilt sich nach Arten der Bundesstraßen auf die Bundesländer wie folgt:

Land	Bundesstraßen A (Autobahnen)	Bundesstraßen S (Schnellstraßen)	Bundesstraßen B
	km	km	km
Wien	108	26	138
Niederösterreich ..	421	307	2.853
Burgenland	73	134	435
Oberösterreich ...	321	135	1.455
Salzburg.....	144	143	529
Steiermark	302	243	1.540
Kärnten	256	6	1.129
Tirol.....	193	239	820
Vorarlberg.....	66	37	317
	1.884	1.270	9.216

Die Übernahme weiterer Straßen durch den Bund, die eine Bedeutung für den Durchzugsverkehr erlangen, ist ebenso wie der Bau neuer Bundesstraßen nur auf Grund eines Bundesgesetzes möglich.

Der Bau und die Erhaltung der Bundesstraßen erfolgt aus Bundesmitteln, insoweit nicht durch das Bundesstraßengesetz oder auf Grund eines besonderen Rechtstitels andere verpflichtet sind, Leistungen für diese Zwecke zu erbringen.

Organisation

Bundesstraßenbehörden sind nach dem Bundesstraßengesetz der Landeshauptmann (mittelbare Bundesverwaltung) und das Bundesministerium für Bauten und Technik als oberste Bundesstraßenbehörde.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[10]) Die Länge der Landesstraßen beträgt zirka 22.000 km und die der Gemeindestraßen zirka 150.000 km.

Die Verwaltung und den Ausbau der Bundesstraßen besorgt der Landeshauptmann des betreffenden Bundeslandes, der seine Befugnisse ganz oder teilweise auf die ihm nachgeordneten Dienststellen (Bauämter) übertragen kann. Bei Durchführung dieser Aufgaben sind die vom Bundesministerium für Bauten und Technik gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes aufgestellten Grundsätze und erteilten Dienstanweisungen zu beachten [11]).

Gebarung

Die für Bundesstraßen aufzuwendenden Mittel der ordentlichen Gebarung sind abhängig von den zweckgebundenen Einnahmen aus der Bundesmineralölsteuer und dem Katastrophenfonds sowie verschiedenen zweckgebundenen [12]) mit der Gebarung der Bundesstraßenverwaltung zusammenhängenden Verwaltungseinnahmen (zum Beispiel Geldstrafen, Beiträge).

Allgemeines

Der motorisierte Verkehr in Österreich steigt weiterhin sprunghaft an. Auch der internationale Verkehr spielt auf den österreichischen Straßen eine hervorragende Rolle. Den Bundesstraßen kommt dabei ähnlich wie den Hauptstrecken der Bahn in der Hauptsache die Aufgabe zu, den Fern- und Durchgangsverkehr leicht und sicher durch mehrere Bundesländer zu leiten und den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten.

Ansatz 1/64208 Erhaltung — Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

Bei diesem Ansatz ist im Jahre 1973 ein Betrag von 10 Millionen Schilling für die rasche Behebung kleinerer Schäden vorgesehen.

Ansatz 1/64218 Erhaltung

Die für die Erhaltung der Bundesstraßen erwachsenden Lohnkosten, die gemäß Finanzausgleichsgesetz 1973 § 1 Abs. 2 dem Lande rückzuvergüten sind, wurden in der Post 7300 als Überweisung an die Länder zusammengefaßt.

Der übrige Erhaltungsaufwand wurde in Materialaufwand und Aufwand für Fremdleistungen eingeteilt, wobei darauf geachtet wurde, daß die Aufwendungen für den Betrieb und die Instandhaltung der Geräte und Fahrzeuge sowie für die einzelnen Erhaltungssparten wie:

Erhaltung der Straßen und Brücken
Winterdienst
Straßenausrüstung
Behebung von Katastrophenschäden
Erhaltung der Hochbauten

in Kontenuntergliederungen zusammengefaßt werden können.

Ansatz 1/64233 Ausbau (Anlagen) und 1/64238 Ausbau (Aufwendungen)

Aus den bei diesen Ansätzen zur Verfügung stehenden Mitteln werden die Kosten für die Baumaßnahmen und die Aufwendungen für den notwendigen Liegenschaftserwerb bedeckt.

Die „Baumaßnahmen auf Bundesstraßen" umfassen den Vollausbau, d. s. alle jene Baumaßnahmen, die auf lange Sicht entsprechende Anlageverhältnisse der Straße mit einem tragfähigen und frostsicheren Oberbau schaffen, die Belagsarbeiten, die der ausschließlichen Herstellung oder Verbesserung eines Fahrbahnbelages dienen, wobei fallweise auch Profilberichtigungen notwendig sein können, die Ausbaumaßnahmen, d. s. sämtliche Arbeiten zur Verbesserung der Anlage- und Sichtverhältnisse, zur Verbesserung schienengleicher Bahnübergänge, zur Frostsanierung, Verbesserung der Wasserabflußverhältnisse, zur Böschungssicherung und Rutschungssicherung sowie Mauerungsarbeiten, Objektausbesserungen und dergleichen, sowie die Brückenbauten.

Im Zuge der Bundesstraßen liegen rund 5980 Brücken. Ihre Zahl ist durch die laufende Neutrassierung von Straßenzügen im Steigen begriffen. Dagegen sinkt die Zahl jener in der Gesamtsumme enthaltenen Bauwerke, welche hinsichtlich ihrer Breite, Tragfähigkeit und ihres Zustandes dem heutigen Verkehr nicht mehr entsprechen. Der Verkehr verlangt — wenn nicht in besonderen Fällen 4 Fahrstreifen erforderlich sind — den Ausbau mit 2 Fahrstreifen, wobei je nach Bedeutung des Straßenzuges die Regelbreite der Fahrfläche einschließlich der Rand- und Seitenstreifen dann 9·50 m, 8·50 m oder 7·00 m beträgt. Als Tragfähigkeit wird in der Regel die Brückenklasse I der ÖNORM B 4002 vorgeschrieben (maximales Einzelgewicht 60 t Raupenfahrzeug).

Derzeit weisen eine größere Anzahl von Brücken eine unzureichende Breite und noch rund 710 Brücken eine Tragfähigkeit von weniger als 16 Tonnen (maximal zulässiges Gesamtgewicht eines Kraftfahrzeuges mit zwei Achsen gemäß KFG 1967) auf. Die vorgesehenen Bud-

[11]) Die Verordnung BGBl. Nr. 131/1963 lautet: „Gemäß Artikel 104 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 wird die Besorgung der Geschäfte der Bundesstraßenverwaltung in den Bundesländern nach Maßgabe der gemäß § 4 Abs. 2 des Bundesstraßengesetzes, BGBl. Nr. 59/1948, vom Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau aufgestellten Grundsätze und erteilten Dienstanweisungen dem Landeshauptmann und den ihm unterstellten Behörden im Land übertragen."

[12]) Siehe Einnahmen-Ansatz 2/64200, 2/64201 und 2/64203 auf Seite 210.

[13]) (frei).

getmittel werden dazu aufgewendet, möglichst viele der nicht mehr entsprechenden Objekte ehest den heutigen Verkehrserfordernissen anzupassen.

Als „Hochbauten" der Bundesstraßenverwaltung gelten: Der Neu- oder Umbau von Bauhöfen, Winterstützpunkten, Einstellhallen und anderen Gebäuden, die zur Betreuung der Bundesstraßen dienen.

Auf Grund des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 369 vom 27. November 1970, mit dem das Katastrophenfondsgesetz abgeändert wird, stehen in den Jahren 1971 bis 1974 8 v. H. der Mittel des Katastrophenfonds für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen zur Verfügung.

Die in den Jahren 1971 bis 1973 auf die einzelnen Bundesstraßen entfallenden Teilbeträge für den Ausbau einschließlich größerer Instandsetzungen können der Übersicht auf den Seiten 211 bis 228 entnommen werden.

Ansatz 64253 Geräte, Fahrzeuge und Amtsausstattung

Der dauernd zunehmende Kraftfahrzeugverkehr erfordert immer mehr eine Mechanisierung der Straßenerhaltung, um trotz Personalmangels die notwendigen Arbeiten durchführen zu können. Außerdem gestattet eine Mechanisierung Gruppenarbeit, wodurch das Personal im Straßenverkehr besser geschützt werden kann. Aus diesen Gründen werden laufend geeignete Straßenerhaltungsgeräte angekauft.

Der moderne Straßenverkehr erfordert auch eine gute Befahrbarkeit der Straßen im Winter. Deshalb werden jährlich Winterdienstfahrzeuge mit Geräten sowohl zur Schneeräumung als auch zur Streuung von Sand und Salz angekauft. Für besonders gefährdete Straßenabschnitte werden Spezialschneeräummaschinen, wie Schneefräsen und Schneeschleudern, angeschafft.

Ansatz 1/64264 Bundesbeiträge

Im Rahmen der Bundesbeiträge sind auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen (z. B. nach dem Wasserrechtsgesetz vom 8. September 1959, BGBl. Nr. 215) oder von freiwilligen, im besonderen Interesse der Bundesstraßenverwaltung gelegenen Vereinbarungen Beiträge für Gewässerregulierungen, Wildbach- und Lawinenverbauungen, Bodenentwässerungen und -bewässerungen, Wasserversorgungen und Kanalisationen von der Bundesstraßenverwaltung zu leisten. An die Donau-Kraftwerke AG ist im Jahre 1973 für Straßenbauten im Raum von Kraftwerken ein Ersatzbetrag in der Höhe von 55·0 Millionen Schilling zu bezahlen.

Ansatz 1/6427 Straßenforschung

Die unter Straßenforschung veranschlagten Mittel dienen der Förderung von Forschungsvorhaben und der Erteilung von zweckgerichteten Forschungsaufträgen auf dem Gebiete des Straßenwesens. Es werden hiebei insbesondere Untersuchungen und Gutachten, Anschaffungen von Geräten und anderen Hilfsmitteln zur Durchführung von Forschungsaufträgen, Ausarbeitungen von Grundlagen für die Normung, die Vereinheitlichung der Bauweisen und die Dokumentation, Versuchsdurchführungen im Labor, Mehrkosten für die Durchführung von praktischen Versuchen in der Natur einschließlich Haftungsübernahmen, Studienreisen, Beteiligungen an internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie die Veröffentlichung und Verbreitung der entsprechenden Forschungsergebnisse finanziert.

Ansatz 2/64200, 2/64201, 2/64203 Zweckgebundene Einnahmen

Die ausgewiesenen Zweckgebundenen Einnahmen sind im wesentlichen:

Beiträge, die gemäß § 9 des Bundesstraßengesetzes 1971 zum Aufwand für die Bundesstraßen zu leisten sind, u. zw. von den Gemeinden für bestimmte Kosten bei Ortsdurchfahrten und von den Unternehmungen für die Mehrkosten, die infolge der besonderen Art der Benützung von Bundesstraßen durch diese Unternehmungen der Bundesstraßenverwaltung erwachsen.

Geldstrafen gemäß § 31 des Bundesstraßengesetzes und § 100 der Straßenverkehrsordnung (BGBl. Nr. 159/1960).

Ansatz 2/64204, 2/64207 Sonstige Einnahmen

Bei diesen Ansätzen gelangen nicht zweckgebundene Einnahmen aus Erlösen aus der Veräußerung beweglichen Bundesvermögens, Miet- und Pachtzinsen, Vergütungen sowie Miet- und Pachtzinsersätze zur Verrechnung.

Titel 643 Bundesstraßenverwaltung (Autobahnen)

	Sachaufwand			
	Ordentliche Gebarung	Außerordentliche Gebarung	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *) ..	2.415·4	0·0	2.415·4	152·4
1972 **) ..	2.719·5	0·0	2.719·5	149·8
1973 **) ..	3.239·7	157·2	3.396·9	202·6

Unterschiede der Gebarung

Die Dotierung des Autobahnbaues im Jahre 1973 erfolgt fast zur Gänze aus den Erträgnissen der Bundesmineralölsteuer. Weiters ist zur Vorfinanzierung der Autobahn Gmünd—Lieserhofen ein Betrag von 157·2 Millionen Schilling aus der außerordentlichen Gebarung vorgesehen.

Im Jahre 1973 ist wie in den Jahren 1971 und 1972 auf der Einnahmen- und Ausgabenseite die Verrechnung der Mautgebühren von der

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Brenner-Autobahn dargestellt. Diese Gebühren sind nach den §§ 1 und 2 des Bundesgesetzes über den Bau der Brenner-Autobahn (BGBl. Nr. 135/1964) zunächst vom Bund zu vereinnahmen und sodann der Brenner-Autobahn-AG. zu überlassen.

Ausbau

Die im Bundesstraßengesetz BGBl. Nr. 286, betreffend die Bundesstraßen (Bundesstraßengesetz 1971 — BStG 1971) festgelegten Autobahnen werden nach und nach geplant und abschnittweise gebaut.

Von dem derzeit festgelegten Autobahnnetz mit einer Gesamtlänge von 1884 km entfallen

34·7 km auf die Brenner-Autobahn (Innsbruck/Amras—Brenner/Staatsgrenze), deren Herstellung, Erhaltung und Finanzierung durch die „Brenner-Autobahn-AG" auf Grund eines eigenen Finanzierungsgesetzes (BGBl. Nr. 135/1964 in der Fassung BGBl. Nr. 224/1967, 443/1969 und 306/1971) erfolgt und

rund 53 km auf die Strecke Eben i. Pongau—Rennweg der Tauernautobahn, deren Herstellung, Erhaltung und Finanzierung durch die „Tauernautobahn AG" ebenfalls auf Grund eines eigenen Finanzierungsgesetzes (BGBl. Nr. 115/1969) und rund 32 km auf die Strecke St. Micheal—Deutschfeistritz der Pyhrn-Autobahn, deren Herstellung, Erhaltung und Finanzierung durch die „Gleinalm-Autobahn AG" ebenfalls auf Grund eines eigenen Finanzierungsgesetzes (BGBl. Nr. 479/1971) erfolgt.

Am 1. Jänner 1973 stehen dem Verkehr die folgenden Autobahnstrecken (mit definitiver bzw. provisorischer Fahrbahndecke) zur Verfügung:

		km	km
A 1	Westautobahn:		
	Wien/Auhof—Salzburg/Staatsgrenze		292·0
A 2	Südautobahn:		
	Wien/Inzersdorf—Altmannsdorf	2·1	
	Wien/Inzersdorf—Wr. Neustadt	46·0	
	Gleisdorf—Graz/Ost	19·0	
	Klagenfurt/West—Zauchen/Villach	31·6	98·7
A 7	Mühlkreisautobahn:		
	Linz/Freindorf—Hummelstraße	7·5	
	Linz/VÖEST—Knoten Urfahr	4·4	11·9
A 9	Pyhrnautobahn:		
	Graz/Nord—Raach		0·9
A 10	Tauernautobahn:		
	Salzburg—Golling		26·6
A 12	Inntalautobahn:		
	Kufstein/Staatsgrenze—Innsbruck/Amras		74·3
A 13	Brennerautobahn:		
	Innsbruck/Amras—Brenner/Staatsgrenze		34·7
A 14	Rheintalautobahn:		
	Dornbirn/Nord—Rankweil	21·3	
	Bludenz/Ost—Bludenz/West	5·2	26·5
A 20	Wiener Gürtelautobahn:		
	Wien/Prater—Kaisermühlen		3·0
A 21	Wiener Außenringautobahn:		
	Steinhäusl—Klausenleopoldsdorf	13·5	
	Vösendorf—Brunn a. G.	2·1	15·6
A 23	Autobahnverbindung Wien/Süd:		
	Wien/Inzersdorf—Favoriten		4·4
	insgesamt		588·6

Das Tempo des weiteren Baues der Autobahnen und der Zeitpunkt der Fertigstellung der einzelnen Strecken und Bauabschnitte sind durch die jährlich zur Verfügung stehenden Geldmittel bestimmt.

Die beim Titel 643 für die Bundesstraßenverwaltung—Autobahnen im Jahre 1973 vorgesehenen Mittel sind für nachstehende Autobahnstrecken und Maßnahmen vorgesehen:

A 1 Westautobahn:
Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen sowie Restzahlungen.

A 2 Südautobahn:
Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen in den dem Verkehr übergebenen Strecken sowie Restarbeiten und Restzahlungen.
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Wr. Neustadt—Seebenstein (12·3 km).
Bauarbeiten und Bau einzelner Brücken im anschließenden Baulos „Gleissenfeld" (5·5 km).
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Graz/Ost—Mooskirchen (20·7 km) mit dem Ziel der Verkehrsfreigabe Ende 1973.
Bau der Brücken für eine Richtungsfahrbahn, sowie Herstellung des Assingberg-Tunnels (300 m lang) und Fertigstellung des Mitterberg-Sondierstollens (1100 m lang) im Abschnitt Mooskirchen—Pack (32·5 km).
Bau des Autobahnkörpers und der Brükken im Abschnitt Zauchen (Knoten Villach)—Villach/Süd (8·8 km).

A 3 Südostautobahn:
Bauarbeiten und Inangriffnahme von Brückenbauten im Abschnitt Wien/Landstraße—Arsenal (1·5 km).
Weiterführung der Brückenbauten im Abschnitt Landesgrenze bei Ebreichsdorf—Knoten Wulkaprodersdorf (13·0 km).

A 4 Ostautobahn:
Grunderwerb, Bauvorarbeiten und Brükkenbauten im Abschnitt Wien/Prater—Schwechat-Flughafen (13·0 km).

A 7 Mühlkreisautobahn:
Belagserneuerung auf dem unter Verkehr stehenden Abschnitt Linz/Freindorf—Linz/Süd.
Restarbeiten an den Brückenköpfen Linz und Urfahr.
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Linz/Hummelstraße—Prinz Eugen-Straße (1·7 km).

A 9 Pyhrnautobahn [14])
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Graz/West—Bachsdorf (21·0 km).
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Graz/West—Kärntnerstraße (4·3 km) mit dem Ziel der Verkehrsfreigabe Ende 1973.
Bau des Autobahnkörpers und der Brükken im Abschnitt Graz/Nord—Deutschfeistritz (12·1 km).

A 10 Tauernautobahn:
Restarbeiten in dem unter Verkehr stehenden Abschnitt Niederalm—Golling und Restzahlungen.
Weiterführung der Bauarbeiten für den Ofenauer-Tunnel (1·4 km lang) und Hiefler-Tunnel (2·0 km lang) mit je einer Tunnelröhre sowie in den Freilandstrekken zwischen Golling und Anschlußstelle Paß Lueg (2·6 km) mit dem Ziel der Verkehrsfreigabe Ende 1973.
Inangriffnahme der Bauarbeiten im Abschnitt Anschlußstelle Paß Lueg—Werfen (9·0 km) einschließlich des Brentenberg-, Zetzenberg- und Helbersberg-Tunnels.
Weiterführung der Bauarbeiten in der „Umfahrung Spittal" (Spittal/Ost—Lieserhofen—Lendorf) (13·0 km) mit dem Ziel der Verkehrsfreigabe Ende 1973.
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Lieserhofen—Gmünd (10·0 km).

A 12 Inntalautobahn:
Fertigstellungs- und Restarbeiten in der dem Verkehr übergebenen Strecke und Restzahlungen.
Inangriffnahme von Bauvorarbeiten im Abschnitt Innsbruck/West—Zirl (9·0 km).

A 14 Rheintalautobahn:
Restarbeiten in der dem Verkehr übergebenen Strecke Dornbirn/Nord—Rankweil und Restzahlungen.
Bau des Autobahnkörpers und der Brükken sowie des Steinwald-Tunnels im Abschnitt Rankweil—Feldkirch (5·4 km).
Baueinleitungsmaßnahmen in der Teilstrecke Dornbirn/Nord—Bregenz (5·5 km).

A 15 Bodenseeautobahn:
Bau des Grenzüberganges im Ast Lauterach—Höchst.

A 20 Wiener Gürtelautobahn:
Restarbeiten in dem unter Verkehr stehenden Abschnitt Knoten Prater—Kaisermühlen und Restzahlungen.
Bau der Brücken (Hochstraße) im Abschnitt Landstraße—Knoten Prater (1·7 km).

A 21 Wiener Außenringautobahn:
Fertigstellungs- und Restarbeiten in der dem Verkehr übergebenen Strecke Steinhäusl—Klausenleopoldsdorf und Restzahlungen.
Weiterführung der Bauarbeiten zwischen Klausenleopoldsdorf und Alland (4·0 km).

A 23 Autobahnverbindung Wien Süd:
Restarbeiten in dem unter Verkehr stehenden Abschnitt Wien/Inzersdorf—Favoriten und Restzahlungen.
Weiterführung der Bauarbeiten im Abschnitt Favoriten—Arsenal (1·6 km).

A 25 Linzer Autobahn:
Weiterführung der Brückenbauten zwischen Nettingsdorf und Wels (19·0 km).

Bau der autobahneigenen, drahtgebundenen Fernmelde- und Notrufanlagen in den Autobahnabschnitten Gleisdorf—Graz, Pörtschach—Zauchen, Kuchl—Stegenwald, Umfahrung Spittal, Kufstein—Jenbach und Einrichtung von BASA-Anschlüssen an bereits bestehenden Fernmeldeanlagen.

Rest- und Ergänzungsarbeiten für Hochbauten und Einrichtungen für den Straßendienst in den unter Verkehr stehenden Autobahnstrecken.

Bau der Autobahnmeistereien in Wien/Inzersdorf, Golling, Graz, Zauchen/Villach, Innsbruck-Reichenau, Vomp, Wörgl und Hohenems.

Für die Erhaltung der unter Verkehr stehenden Autobahnstrecken von 588·6 km Länge und für die Anschaffung der hiezu erforderlichen Maschinen, Geräte und Fahrzeuge usw. ist ebenfalls bei diesem Titel vorgesorgt.

Die Aufwendungen für die autobahneigenen Wohngebäude und Liegenschaften, enthalten im wesentlichen Betriebskosten und Hauserfordernisse sowie die Instandhaltung, Herstellungen am Baubestand, Instandsetzungen u. ä.

Beim Ansatz 64384 „Brennerautobahn" sind für die Erhaltung der Straße sowie für den Anleihedienst 170 Millionen Schilling Mauteinnahmen und 20 Millionen Schilling aus Mitteln der Bundesmineralölsteuer eingesetzt.

[14]) Finanzierungsgesetz: BGBl. Nr. 479/1971.

Ausgaben für den Ausbau der Bundesstraßen in den Jahren 1969 bis 1971.

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
			Bundesstraßen (ausschließlich Autobahnen).[15]			[16]
1	Wiener	649·0	von Straße Nr. 17 in Wien/Neuerlaa—Linz—Salzburg—(Reichenhall)—Innsbruck—Staatsgrenze Lindau	86·215	129·237	120·522
	Rechtsufrige Wiener	7·0	von Völser Landesstraße bei Völs zur Straße Nr. 1 bei Zirl	. . . . .	. . . . .	. . . . .
1a	Obere Lindauer	3·0	von Straße Nr. 1 in Lochau zur Staatsgrenze bei Oberhochsteg	. . . . .	. . . . .	. . . . .
1b	Liechtensteiner	3·3	von Straße Nr. 1 in Feldkirch zur Staatsgrenze bei Tisis	. . . . .	. . . . .	1·850
2	Znaimer	65·0	Wiener Stadtgrenze bei Langenzersdorf—Korneuburg—Stockerau—Hollabrunn—Staatsgrenze bei Klein Haugsdorf	14·112	39·468	18·714
	Znaimer Autostraße		Wien—Stockerau	77·148	. . . . .	. . . . .
2a	Guntersdorf-Retzer	14·5	von Znaimer Straße bei Guntersdorf bis zur Retzer Straße bei Retz	2·283	0·975	0·099
3	Stockerau-Kremser	46·5	von Straße Nr. 4 bei Stockerau zur Straße Nr. 34 in Krems a. d. Donau	48·463	42·154	56·382
4	Horner	112·2	von Straße Nr. 2 in Stockerau zur Staatsgrenze bei Nagelberg	76·468	48·732	59·117
5	Waidhofener	41·9	von Straße Nr. 4 nächst Göpfritz zur Staatsgrenze bei Grametten	2·565	3·873	2·590
6	Laaer	49·9	von Straße Nr. 2 in Korneuburg zum Thaya-Mühlbach (Richtung Höflein a. d. Thaya)	2·453	1·438	1·843
7	Brünner	62·9	von Stadtgrenze bei Stammersdorf zur Staatsgrenze gegen Drasenhofen	10·088	12·401	17·877
8	Angerner	31·1	vom Brückenkopf der Reichsbrücke 1·225 km bis Schüttaustraße und Stadtgrenze bei Süßenbrunn bis Staatsgrenze bei Angern	6·913	4·102	5·098
9	Preßburger	48·3	von Stadtgrenze bei Schwechat bis Staatsgrenze gegen Preßburg	3·308	6·263	8·401
9a	Kittseer	6·1	von Straße Nr. 9 nächst Wolfsthal zur Staatsgrenze gegen Karlburg	0·272	. . . . .	2·539
10	Budapester	57·7	von Straße Nr. 9 in Schwechat zur Staatsgrenze bei Nickelsdorf	11·088	5·992	9·525
16	Ödenburger	50·6	ehem. Stadtgrenze bei Rothneusiedl—Ebreichsdorf—Staatsgrenze bei Klingenbach	6·598	6·857	12·325
17	Triester	366·6	Wiener Stadtgrenze bei Inzersdorf—Semmering—Leoben—Klagenfurt—Staatsgrenze bei Thörl	84·411	94·573	109·292
18	Hainfelder	55·8	von Straße Nr. 17 in Günselsdorf zur Straße Nr. 20 in Scheiblmühl	19·859	13·833	9·808
19	Hainfeld-Göllersdorfer	66·0	von Straße Nr. 18 bei Hainfeld zur Straße Nr. 2 in Göllersdorf	4·151	9·591	9·870
20	Mariazeller	135·2	von Straße Nr. 1 in St. Pölten—Mariazell—zur Straße Nr. 17 in Kapfenberg	23·306	44·241	77·892
21	Gutensteiner	66·3	von Straße Nr. 17 in Sollenau—Gutenstein—zur Straße Nr. 22 nächst Haidenhof	24·870	7·900	0·426
22	Kernhofer	37·1	von Straße Nr. 20 in Freiland—Kernhof—zur Straße Nr. 23 in Terz	1·546	2·195	7·340
23	Lahnsattel	51·1	von Straße Nr. 17 in Mürzzuschlag zur Straße Nr. 20 in Mariazell	13·084	12·696	12·629
24	Dreimärkter	52·0	von Straße Nr. 20 in Gußwerk zur Straße Nr. 25 bei Palfau	14·391	7·512	5·464
25	Erlauftal	83·6	von Straße Nr. 1 in Kolm bei Erlauf zur Straße Nr. 115 in Lainbach	13·319	31·973	36·802
25a	Persenbeug-Wieselburger	9·9	von Mauthausener Straße bei Persenbeug zur Erlauftalstraße bei Wieselburg	. . . . .	. . . . .	1·091
26	Puchberg	33·4	von Straße Nr. 21 bei Oed—Puchberg am Schneeberg—Straße Nr. 17	1·151	1·672	0·226
27	Höllental	38·8	von Straße Nr. 21 in Richtung Schwarzau zur Straße Nr. 17 bei Gloggnitz	3·009	18·058	9·044

[15]) Die Verrechnung erfolgt beim Ansatz 1/642.
[16]) Beträge für die Jahre 1972 und 1973 in der Neugliederung der Bundesstraßen siehe Seite 220 bis 230.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
28	Neubruck-Wienerbrucker	28·0	von Straße Nr. 25 bei Neubruck zur Straße Nr. 20 bei Wienerbruck	1.529	. . . .	2·880 [16]
29	Wachauer (früher Stein-Emmersdorfer)	32·9	von Straße Nr. 32 in Stein a. d. Donau zur Mauthausener Straße nächst Emmersdorf	11·017	20·731	38·385
30	Horn-Drosendorfer	35·7	von Straße Nr. 4 bei Horn zur Staatsgrenze bei Drosendorf	2·593	1·526	0·157
31	Ybbstal	44·7	von Straße Nr. 121 in Waidhofen a. d. Ybbs zur Straße Nr. 25 in Göstling	16·585	7·961	3·400
32	St. Pölten-Kremser	28·1	von Straße Nr. 1 in St. Pölten zur Straße Nr. 34 in Krems a. d. Donau	19·733	53·868	80·143
33	Aggsteiner (früher Wachauer)	32·0	von Straße Nr. 1 in Melk a. d. Donau zur Straße Nr. 32 in Mautern	3·569	10·669	12·112
34	Kamptal	34·1	von Straße Nr. 4 bei Horn über Langenlois z. Straße Nr. 3 b. Hadersdf.	. . . .	. . . .	. . . .
35	Retzer	32·6	von Straße Nr. 4 in Horn zur Staatsgrenze bei Mitter-Retzbach	3·979	4·219	3·543
36	Weitenegg-Zwettler	58·3	von Straße Nr. 123 in Weitenegg zur Straße Nr. 38 in Zwettl	4·265	9·687	5·956
37	Krems-Waidhofener	80·5	von Straße Nr. 32 in Krems a. d. Donau zur Straße Nr. 5 in Waidhofen a. d. Thaya	4·761	5·626	4·643
38	Horn-Freistädter	91·9	von Straße Nr. 4 in Horn zur Straße Nr. 125 in Freistadt	14·019	2·108	0·689
39	Eggenburger	32·2	von Straße Nr. 2 in Schöngrabern—Eggenburg—Straße Nr. 4 nächst Horn	3·251	2·734	0·831
40	Mistelbacher	73·8	von Straße Nr. 2 in Hollabrunn—Mistelbach—Dürnkrut	. . . .	0·607	1·481
41	Schrems-Karlstifter	39·1	von Straße Nr. 4 bei Schrems zur Freistädter Straße bei Karlstift	0·404	14·680	15·443
46	Staatzer	31·7	von Straße Nr. 7 in Schrick zur Straße Nr. 6 in Laa a. d. Thaya	0·624	3·727	3·756
47	Lundenburger	22·4	von Straße Nr. 40 in Wilfersdorf zur Staatsgrenze bei Unter-Themenau	0·049	. . . .	. . . .
48	Erdöl	19·3	von Straße Nr. 47 bei Bullendorf bis Hohenau	. . . .	1·480	1·912
49	Bernstein	43·7	von Straße Nr. 8 in Angern zur Staatsgrenze bei Unter-Themenau	7·679	2·362	0·007
50	Eisenstädter	217·6	von der Staatsgrenze gegen Preßburg—Eisenstadt—Straße Nr. 66 bei Feldbach	37·029	51·191	64·352
50a	Abzweigung von der Eisenstädter	4·8	von Straße Nr. 50 in Eisenstadt zur Straße Nr. 16 bei Großhöflein	. . . .	. . . .	. . . .
51	Neusiedler	19·4	von Straße Nr. 50 nächst Parndorf—Neusiedl a. See—Staatsgrenze nächst Halbthurn	0·603	3·183	7·974
51a	Abzweigung von der Neusiedler	2·5	von Straße Nr. 51 in Neusiedl a. See zur Straße Nr. 50 bei Jois	. . . .	. . . .	. . . .
52	Frauenkirchener	23·6	von Straße Nr. 51 in Mönchhof—Frauenkirchen—Staatsgrenze bei Pamhagen	5·820	1·279	1·416
53	Wiener Neustädter	27·2	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt zur Staatsgrenze bei Baumgarten	3·883	1·820	3·802
54	Wechsel	109·2	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt—Aspang—Straße Nr. 65 in Gleisdorf	65·201	57·495	70·264
55	Kirchschlager	62·8	von Straße Nr. 54 bei Edlitz—Kirchschlag—Straße Nr. 63 bei Schachendorf	10·549	13·507	7·895
61	Rabnitztal	30·8	von Straße Nr. 55 in Kirchschlag zur Staatsgrenze bei Lutzmannsburg	16·724	5·509	14·920
62	Günser	34·0	von der Staatsgrenze bei Neckenmarkt—Unterpullendorf—Mannersdorf—Liebing zur Straße Nr. 55 in Lockenhaus	6·275	6·533	7·472
62a	Abzweigung von der Günser	0·9	von Straße Nr. 62 in Liebing zur Staatsgrenze	. . . .	. . . .	. . . .
62b	Abzweigung von der Günser	2·4	von Straße Nr. 62 in Mannersdorf zur Staatsgrenze	. . . .	. . . .	. . . .
63	Steinamangerer	45·4	von Straße Nr. 54 bei Friedberg zur Staatsgrenze bei Schacheldorf	3·046	9·658	9·844
64	Großpetersdorfer	18·9	von Straße Nr. 63 in Großpetersdorf zur Straße Nr. 50 in St. Michael	2·845	7·962	5·199
65	Fürstenfelder	74·4	von Straße Nr. 67 in Graz—Fürstenfeld—Staatsgrenze bei Heiligenkreuz im Lafnitztal	4·246	1·116	0·308

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
66	Gleichenberger	54·4	von Straße Nr. 65 in Gleisdorf—Bad Gleichenberg—Straße Nr. 68 bei Halbenrain	4·970	15·336	2·402 [16]
67	Grazer	101·3	von Straße Nr. 17 nächst Bruck a. d Mur—Graz—Staatsgrenze bei Spielfeld	17·595	33·793	72·172
67a	Abzweigung von der Grazer	0·1	von Straße Nr. 67 nächst Bruck a. d. Mur zur Straße Nr. 17	. . . . .	. . . . .	. . . . .
68	Untere Murtal	34·6	von Straße Nr. 67 in Straß zur Staatsgrenze bei Radkersburg	8·561	0·751	0·375
69	Südsteirische Grenz	35·8	von Straße Nr. 67 in Straß zur Straße Nr. 76 in Eibiswald	0·006	0·829	0·009
70	Packer	151·0	von Straße Nr. 67 in Graz zur Straße Nr. 17 in Klagenfurt	10·881	21·684	13·336
76	Radlpaß	49·3	von Straße Nr. 70 bei Lieboch zur Staatsgrenze auf dem Radlpaß	9·723	15·316	9·744
77	Sobother	39·8	von Straße Nr. 76 bei Eibiswald—St. Oswald—St. Jakob in der Soboth—St. Magdalena—zur Straße Nr. 80 bei Lavamünd	32·797	26·192	34·343
78	Obdacher	40·1	von Straße Nr. 17 in Judenburg—Obdach—Straße Nr. 70 in Twimberg	2·413	1·057	0·168
79	St. Pauler	16·2	von Straße Nr. 70 bei St. Andrä—St. Paul i. Lavanttal—Straße Nr. 80 bei Lavamünd	2·554	2·361	1·865
80	Unterdrauburger	32·6	von Straße Nr. 70 bei Völkermarkt zur Staatsgrenze bei Rabenstein	2·468	0·559	0·010
81	Eberndorf-Lavamünder	31·5	von Straße Nr. 82 in Eberndorf zur Straße Nr. 80 in Lavamünd	6·141	0·913	1·774
82	Eisenkappler	39·1	von Straße Nr. 70 in Völkermarkt—Eisenkappel—Staatsgrenze auf dem Seebergsattel	10·102	12·427	12·230
83	St. Veit-Völkermarkter	27·2	von Straße Nr. 17 in St. Veit zur Straße Nr. 70 in Völkermarkt	. . . . .	. . . . .	. . . . .
84	Grafensteiner	21·5	von Straße Nr. 70 bei Rain—Grafenstein—Straße Nr. 82 bei Miklauzhof	0·380	3·307	1·339
85	Rosental	64·7	von Straße Nr. 17 bei Fürnitz—Rosental—zur Straße Nr. 84 bei Wildenstein	2·275	0·431	1·063
85a	Abzweigung von der Rosental	1·0	von Straße Nr. 85 bei Fürnitz zur Straße Nr. 17 in Federaun	. . . . .	. . . . .	. . . . .
85b	Abzweigung von der Rosental	1·7	von Straße Nr. 85 über Abriach zur Straße Nr. 84 in Gallizien	. . . . .	. . . . .	. . . . .
91	Loiblpaß	28·4	von Straße Nr. 17 in Klagenfurt zur Staatsgrenze am Loibltunnel	10·152	13·277	23·727
91a	Abzweigung von der Loiblpaß	3·0	von Straße Nr. 91 auf den Loiblpaß	. . . .	. . . .	. . . .
92	Görtschitztal	67·8	von Straße Nr. 17 bei Neumarkt zur Straße Nr. 70 in Klagenfurt	10·881	10·230	13·345
93	Gurktal	47·3	von Straße Nr. 17 in Zwischenwässern—Gurk—Straße Nr. 95 in Feldkirchen	10·573	11·929	4·760
94	Ossiacher	52·5	von Straße Nr. 17 in St. Veit a. d. Glan zur Straße Nr. 98 in Seebach bei Villach	. . . . .	. . . . .	. . . . .
94a	Abzweigung von der Ossiacher	0·5	von Straße Nr. 94 bei Seebach zur Straße Nr. 17	. . . . .	. . . . .	. . . . .
95	Turracher	79·4	von Straße Nr. 17 in Klagenfurt—Turrach—Straße Nr. 96 in Predlitz	11·541	22·165	50·728
96	Obere Murtal	70·3	von Straße Nr. 17 über Murau zur Straße Nr. 99 in Mauterndorf	14·180	12·451	5·616
97	Mooshamer	11·2	von Straße Nr. 96 bei Tamsweg zur Straße Nr. 99 bei St. Michael	. . . . .	. . . . .	. . . . .
98	Millstätter	48·5	von Straße Nr. 99 in Seebach bei Spittal a. d. Drau—Millstatt—Straße Nr. 17 in Seebach bei Villach	0·137	2·700	3·205
99	Katschberg	91·2	von Straße Nr. 112 in Radstadt—Katschberghöhe—zur Straße Nr. 100 in Spittal a. d. Drau	66·404	17·685	10·340
100	Drautal	153·2	von Straße Nr. 17 in Villach zur Staatsgrenze bei Sillian	42·550	33·776	16·421
106	Mölltal	50·7	von Straße Nr. 100 in Möllbrücke zur Straße Nr. 107 in Winklern	0·186	0·040	0·028
106a	Mallnitzer	7·9	von Straße Nr. 106 in Obervellach zum Bahnhof in Mallnitz	2·401	0·003	. . . . .
107	Großglockner	35·0	von Heiligenblut über Winklern—Iselsberg zur Straße Nr. 100 bei Dölsach	8·354	0·980	4·350
107a	Abzweigung von der Großglockner	2·0	von Straße Nr. 107 in Dölsach zur Straße Nr. 100 bei Lienz	. . . . .	0·529	. . . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
108	Iseltal	27·5	von Straße Nr. 100 in Lienz nach Matrei in Osttirol	2·752	10·967	1·375 [16]
109	Wurzenpaß	8·4	von Straße Nr. 17 in Riegersdorf zur Staatsgrenze auf dem Wurzenpaß	2·145	. . . . .	. . . . .
110	Plöckenpaß	27·7	von Straße Nr. 100 in Oberdrauburg zur Staatsgrenze auf dem Plöckenpaß	2·537	3·476	4·342
111	Gailtal	115·9	von Straße Nr. 17 bei Thörl—St. Jakob—Straße Nr. 100 bei Sillian	25·286	22·189	27·330
111a	Abzweigung von der Gailtal	0·8	von Straße Nr. 111 zur Straße Nr. 17 bei Thörl	0·608	. . . . .	. . . . .
112	Ennstal	135·2	von Straße Nr. 159 bei Bischofshofen zur Straße Nr. 115 in Hieflau	45·856	45·774	31·613
113	Schoberpaß	70·1	von Straße Nr. 17 in St. Michael in Steiermark zur Straße Nr. 112 in Liezen	15·846	9·851	7·467
114	Tauern	46·1	von Straße Nr. 113 in Trieben—Hohentauern—zur Straße Nr. 17 in St. Georgen	3·941	3·145	0·096
114a	Abzweigung von der Tauern	4·3	von Straße Nr. 114 bei Pölshals zur Straße Nr. 17 bei Furth	. . . . .	. . . . .	. . . . .
115	Eisen	150·5	von Straße Nr. 1 in Enns zur Straße Nr. 17 in Leoben	28·756	32·812	47·582
121	Amstetten-Weyer	44·0	von Straße Nr. 1 in Amstetten zur Straße Nr. 115 in Weyer	12·710	5·733	8·932
122	Voralpen	99·8	von Straße Nr. 121 bei Aschbach zur Straße Nr. 145 in Gmunden	0·993	0·792	10·590
122a	Aschbach-Oeder	6·2	von Straße Nr. 122 in Aschbach zur Straße Nr. 1 in Oed	. . . . .	. . . . .	1·458
123	Mauthausener	94·1	von der Melker Donaufähre zur Straße Nr. 125 in Katzbach	10·881	4·878	8·736
124	Königswiesener	75·8	von Straße Nr. 125 in Unterweitersdorf zur Straße Nr. 38 in Merzenstein	1·544	5·251	5·517
125	Prager	51·6	von Straße Nr. 129 in Linz zur Staatsgrenze bei Wullowitz	16·648	60·975	60·058
126	Leonfeldener	32·4	von Straße Nr. 125 in Urfahr zur Staatsgrenze bei Weigetschlag	6·740	5·892	13·123
127	Krumauer	65·2	von Straße Nr. 125 in Urfahr zur Staatsgrenze bei Aigen im Mühlkreis	13·337	12·671	14·553
128	Sternwald	65·1	von der Staatsgrenze bei Kollerschlag zur Straße Nr. 125 in Freistadt	3·656	0·100	0·413
129	Passauer	98·8	von Straße Nr. 1 in Linz zur Staatsgrenze gegen Passau	4·149	10·553	42·221
129a	Abzweigung von der Passauer	0·4	von Straße Nr. 129 in Schärding zur Staatsgrenze	. . . . .	. . . . .	. . . . .
130	Nibelungen	55·4	von Straße Nr. 129 in Eferding zur Staatsgrenze gegen Passau	3·967	12·336	23·519
136	Sauwald	31·3	von Straße Nr. 129 bei Schärding zur Straße Nr. 130 in Engelhartszell	1·019	. . . . .	. . . . .
137	Pramtal (früher Schallerbacher)	38·3	von Straße Nr. 141 bei Stritzing zur Straße Nr. 129 bei Weeg	7·643	3·844	. . . . .
138	Pyhrnpaß	90·0	von Straße Nr. 1 in Wels zur Straße Nr. 112 in Liezen	24·148	13·350	24·514
139	Kremstal	32·8	von Straße Nr. 129 in Linz zur Straße Nr. 122 in Kremsmünster	0·644	2·397	0·847
140	Steyrtal	28·3	von Straße Nr. 122 in Sierninghofen zur Straße Nr. 138 bei Klaus	6·163	1·533	1·151
141	Innviertler (früher Braunauer)	88·5	von Straße Nr. 1 bei Wels zur Staatsgrenze bei Braunau a. Inn	17·477	35·263	40·385
142	Obernberger	40·3	von Straße Nr. 157 bei Uttendorf zur Straße Nr. 129 nächst Suben	1·314	1·384	0·012
143	Hausruck	71·7	von Straße Nr. 142 nächst Antiesenhofen zur Straße Nr. 145 in Gmunden	7·751	12·171	3·986
144	Sattledter	20·3	von Straße Nr. 122 in Kremsmünster zur Straße Nr. 1 in Lambach	0·074	. . . . .	. . . . .
145	Salzkammergut	114·1	von Straße Nr. 1 in Lambach—Bad Ischl—Straße Nr. 112 bei Neuhaus	47·795	45·051	65·559
151	Attersee	58·4	von Straße Nr. 1 in Oberthalheim über Attersee zur Straße Nr. 158 bei Hof	5·757	6·542	8·146
152	Seeleiten	25·1	von Straße Nr. 151 in Seewalchen zur Straße Nr. 151 in Unterach a. Attersee	10·630	8·712	13·899
153	Weißenbach-Mitterweißenbach	13·7	von Straße Nr. 152 in Weißenbach zur Straße Nr. 145 in Mitterweißenbach	. . . . .	. . . . .	. . . . .
154	Mondsee	31·6	von Straße Nr. 1 bei Straßwalchen—Mondsee—Straße Nr. 158 in St. Gilgen	6·612	6·069	1·966
155	Münchener	4·4	von Straße Nr. 1 in Salzburg zur Staatsgrenze bei Freilassing	0·120	. . . . .	. . . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
						[16])
156	Lamprechtshausener	59·2	von Straße Nr. 1 in Salzburg—Lamprechtshausen—Straße Nr. 157 bei Braunau a. Inn	0·709	5·320	13·891
157	Mattighofener	38·6	von Straße Nr. 1 in Straßwalchen—Mattighofen—Straße Nr. 141 in Braunau am Inn	0·624	1·738	0·002
158	Wolfgangsee	52·1	von Straße Nr. 1 in Salzburg zur Straße Nr. 145 bei Bad Ischl	10·554	2·545	3·845
159	Salzachtal-Paß Thurn	161·0	von Straße Nr. 1 in Salzburg—Paß Thurn—Straße Nr. 1 in St. Johann i. Tirol	22·531	69·743	94·865
159a	Berchtesgadener	4·5	von Straße Nr. 159 bei Anif zur Staatsgrenze gegen Berchtesgaden beim Hangenden Stein	. . . . .	1·357	0·143
166	Paß Gschütt	50·5	von Straße Nr. 159 bei Golling—Paß Gschütt zur Straße Nr. 145 bei Goisern	39·954	25·059	19·790
167	Gasteiner	28·5	von Straße Nr. 159 in Lend—Badgastein—Bahnhof Böckstein	10·715	10·157	30·730
168	Mittelpinzgauer	40·7	von Straße Nr. 1 in Lofer zur Straße Nr. 159 in Bruckberg	14·983	11·230	37·468
169	Gerlos	81·0	von Straße Nr. 1 in Straß zur Straße Nr. 159 nächst Mittersill	18·143	30·009	15·285
	Rechtsufrige Gerlos		von Straße Nr. 1 nach Zell am Ziller	. . . . .	. . . . .	. . . . .
170	Brixental	30·4	von Straße Nr. 1 in Wörgl zur Straße Nr. 159 in Kitzbühel	3·728	0·470	2·260
171	Kössener	31·3	von Straße Nr. 1 bei Erpfendorf—Kössen—Staatsgrenze bei Niederndorf	0·027	2·023	7·439
171a	Abzweigung von der Kössener	3·3	von Straße Nr. 171 in Kössen zur Staatsgrenze bei Reith im Winkel	. . . . .	0·420	0·507
171b	Abzweigung von der Kössener	3·7	von Straße Nr. 171 in Kössen zur Staatsgrenze bei Klobenstein	. . . . .	1·045	. . . . .
172	Kufsteiner	14·8	von Straße Nr. 1 nächst Wörgl—Kufstein—Staatsgrenze bei Kiefersfelden	4·654	0·003	4·891
173	Eiberg	10·1	von Straße Nr. 1 in Bocking—Eiberg—Straße Nr. 172 bei Kufstein	0·821	4·938	13·686
174	Thiersee	17·5	von Straße Nr. 172 in Kufstein—Thiersee—Staatsgrenze auf dem Ursprungpaß	10·305	1·270	0·370
175	Wildbichler	17·1	von Straße Nr. 172 in Kufstein—Wildbichl—Staatsgrenze gegen Sachrang	10·158	0·961	0·359
181	Achensee	33·6	von Straße Nr. 1 in Jenbach zur Staatsgrenze auf dem Achenpaß	. . . . .	5·036	15·204
182	Brenner	37·9	von Straße Nr. 1 in Innsbruck zur Staatsgrenze auf dem Brennerpaß	13·461	12·512	2·727
183	Stubaital	14·1	von Straße Nr. 182 in Schönberg nach Neustift i. Stubaital	5·870	2·996	0·335
184	Ellbögener	24·4	von Straße Nr. 1 in Hall i. Tirol zur Straße Nr. 182 in Matrei a. Brenner	0·495	0·655	11·027
185	Scharnitzer	19·4	von Straße Nr. 1 in Zirl zur Staatsgrenze bei Scharnitz	2·049	2·125	1·782
186	Ötztal	41·8	von Straße Nr. 1 bei Ötz nach Zwieselstein	3·569	1·076	1·490
187	Vintschgauer	47·0	von Straße Nr. 1 in Landeck zur Staatsgrenze bei Reschenscheideck	16·373	10·883	8·545
187a	Abzweigung von der Vintschgauer	2·8	von Straße Nr. 187 in Stuben zur Staatsgrenze bei Schalklhof	. . . . .	. . . . .	. . . . .
187b	Abzweigung von der Vintschgauer	7·7	von Straße Nr. 187 in Nauders zur Staatsgrenze bei Martinsbruck	. . . . .	. . . . .	0·031
188	Paznauntal	34·8	von Straße Nr. 1 in Pians nach Galtür	13·945	12·389	10·880
189	Reuttener	75·3	von Straße Nr. 1 in Telfs—Reutte—Staatsgrenze bei Füssen	33·321	18·037	8·828
189a	Abzweigung von der Reuttener	2·4	von Straße Nr. 189 in Lermoos zur Straße Nr. 190	. . . . .	1·407	. . . . .
190	Ehrwalder	11·8	von Straße Nr. 189 in Biberwier—Ehrwald—Staatsgrenze bei Griesen	3·893	2·405	2·639
196	Vilser	5·8	von Straße Nr. 189—Vils—Staatsgrenze bei Schönbichl	2·767	2·654	1·819
197	Imst-Nassereither	12·5	von Straße Nr. 1 in Imst zur Straße Nr. 189 in Nassereith	1·407	3·560	4·345
198	Lechtal	76·8	von Straße Nr. 1 nächst Stuben a. Arlberg zur Straße Nr. 189 in Reutte	7·130	5·572	4·899

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
						[16]
199	Tannheimer	22·8	von Straße Nr. 198 in Weißenbach—Tannheim—Staatsgrenze bei Schattwald	0·245	0·099	2·403
200	Bregenzerwald	66·3	von Straße Nr. 1 nächst Dornbirn zur Straße Nr. 198 in Warth	19·769	12·354	18·496
201	Kleinwalsertal	13·6	von Straße Nr. 200 in Hochkrummbach zur Staatsgrenze bei Walserschanz	2·674	13·321	4·175
202	Schweizer	11·2	von Straße Nr. 1 in Bregenz zur Staatsgrenze gegen St. Margrethen	4·831	1·095	16·102
203	Rhein	15·4	von Straße Nr. 1 nächst Götzis zur Straße Nr. 202 in Höchst	8·114	12·998	12·790
210	Marchegger	56·4	von Groß Enzersdorf—Orth—Marchegg—Straße Nr. 8 bei Angern	2·551	43·595	54·877
211	Gänserndorfer	41·4	von der Marchegger Straße in Orth—Gänserndorf—Straße Nr. 7 in Kollnbrunn	2·685	7·996	1·642
212	Pulkautal	40·1	von Straße Nr. 35—Rohrendorf—Straße Nr. 6 bei Laa an der Thaya	0·013	. . . . .	. . . . .
213	Ziersdorf-Hohenwarther	30·3	von der Pulkautalstraße in Straß—Ziersdorf—Straße Nr. 3 in Hollabrunn	. . . . .	. . . . .	3·271
214	Eggenburg-Hadersdorfer	34·9	von Straße Nr. 35—Eggenburg—Straße Nr. 3 bei Hadersdorf	2·667	1·684	0·612
215	Geras-Retzer	30·9	von Straße Nr. 30 in Geras zur Straße Nr. 35 in Retz	. . . . .	1·674	2·151
216	Thayatal	60·5	von Straße Nr. 30 in Drosendorf—Heidenreichstein—Straße Nr. 4 in Schrems	2·202	2·674	0·904
217	Gföhler	24·6	von Straße Nr. 38 in Neu Pölla—Gföhl—Straße Nr. 37 in Königsalm	0·694	1·682	5·100
218	Ottenstein-Allentsteiger	17·9	von Straße Nr. 38 bei Ottenstein—Allentsteig—Straße Nr. 5 nächst Göpfritz	1·928	2·500	1·714
218a	Zwettler	12·8	von Straße Nr. 37 in Rudmanns—Rastenfeld—Straße Nr. 37 nächst Marbach	. . . . .	. . . . .	. . . . .
219	Yspertal	25·2	von Straße Nr. 36 in Würnsdorf—Altenmarkt—Straße Nr. 123 in Ysperdorf	. . . . .	0·379	0·005
220	Wr. Neustadt-Schwadorfer	42·4	von Straße Nr. 17 bei Wr. Neustadt—Pottendorf—Reisenberg—Straße Nr. 10 östlich Schwadorf	2·586	1·195	3·947
221	Wr. Neustadt-Grünbacher	26·0	von Straße Nr. 17 in Wr. Neustadt zur Straße Nr. 26 bei Puchberg (Bruck)	1·812	0·224	1·088
222	Berndorf-Hernsteiner	46·9	von Straße Nr. 1—Baden—Hernstein—Wr. Neustadt—Grünbacher Straße	. . . . .	2·040	3·033
223	Badener	31·3	von der Mödling—Altenmarkter Straße in Alland—Baden—Straße Nr. 16 in Ebreichsdorf	. . . . .	1·559	18·040
224	Mödling-Altenmarkter	36·4	von Straße Nr. 16—Mödling—Heiligenkreuz—Straße Nr. 18 bei Altenmarkt	8·117	11·615	3·431
225	Klosterneuburg-Tullner	28·5	von Wien/Heiligenstadt—Klosterneuburg—Gugging—Straße Nr. 19 in Tulln	8·356	21·866	51·085
226	Tulln-Mauterner	37·1	von Straße Nr. 19—Asparn—Traismauer—Straße Nr. 32 bei Mautern	1·787	1·881	5·489
227	Purkersdorf-St.-Pöltener	44·8	von Straße Nr. 1 in Purkersdorf—Neulengbach—Straße Nr. 20 in St. Pölten	3·443	4·017	11·491
228	Herzogenburg-Böheimkirchener	40·1	von Straße Nr. 32—Herzogenburg—Böheimkirchen—Straße Nr. 19 in Laaben	0·704	0·729	0·840
229	Aggsbacher	23·0	von Straße Nr. 1 in St. Pölten—Weyersdorf—Gansbach—Straße Nr. 33 bei Dorf Aggsbach	2·558	3·506	2·217
230	Spratzern-Manker	43·2	von Straße Nr. 20 in Spratzern—Mank—Matzleinsdorf—Straße Nr. 1	. . . . .	. . . . .	. . . . .
231	Pielachtal	38·7	von der Spratzern-Manker-Straße in Obergrafendorf zur Straße Nr. 28 bei Winterbach	9·918	3·006	1·435
232	Melktal	17·8	von der Spratzern-Manker-Straße in St. Leonhard am Forst zur Straße Nr. 25 in Purgstall	0·381	0·592	0·823

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1969	Bundesrechnungsabschluß 1970	Erfolg 1971
				Millionen Schilling		
						[16])
233	Grestener	28·8	von Straße Nr. 25 in Saffen—Gresten—Straße Nr. 31 in Gstadt	5·829	2·046	3·483
234	Ardagger	13·3	von Straße Nr. 1 in Amstetten—Ardagger—Donauufer bei Tiefenbach	1·230	4·803	5·293
235	Strengberg-Steyr	21·2	von Straße Nr. 1 bei Strengberg—Haag—Straße Nr. 22 bei Steyr	2·103	3·277	1·368
235a	Haag-Weistracher	8·1	von der Strengberg-Steyr-Straße bei Haag—Weistrach—Straße Nr. 22	0·565	0·424	. . . . .
			Allgemeine Ausgaben	325·411	348·452	415·707
		9.258·9	Bundesstraßen (ausschließlich Autobahnen) (Summe)	2.104·432	2.254·284	2.691·914
			Autobahnen[16a])			
A	West-Autobahn	310·1	Wien/Auhof—Salzburg/Staatsgrenze einschließlich Äste	268·172	171·202	145·129
A	Süd-Autobahn	74·3	Wien/St. Marx—Wr. Neustadt—Grimmenstein einschließlich Äste	62·457	91·902	124·527
		77·1	Gleisdorf—Graz—Mooskirchen—Pack einschließlich Äste	253·756	248·960	283·912
		40·4	Klagenfurt/West—Villach/Süd	240·130	211·910	218·886
A	Inntal-Autobahn	74·3	Kufstein/Staatsgrenze—Innsbruck/Amras	261·316	230·279	521·341
A	Tauern-Autobahn	42·3	Salzburg—Werfen	87·530	127·409	170·800
		12·0	Umfahrung Spittal/Drau	7·543	59·090	147·777
A	Rheintal-Autobahn	27·1	Dornbirn/Nord—Rankweil	100·219	138·465	270·040
A	Nordost-Autobahn	9·7	Wien/St. Marx—Kaisermühlen—Hirschstetten	202·034	120·082	58·876
A	Ostautobahn	13·0	Wien/Prater—Flughafen Schwechat	10·352	5·606	9·841
A	Pyhrnautobahn	47·3	Deutschfeistritz—Graz—Bachsdorf	. . . . .	22·038	56·855
A	Andere Autobahnstrecken	1.052·4	Laut Bundesstraßengesetznovellen 1958, 1964 und 1968	40·332	0·684	7·861
		1.780·0	Autobahnen (Summe)	1.528·841	1.427·627	2.015·845
		11.038·9	Gesamtsumme	3.633·273	3.681·911	4.707·759

[16a]) Die Verrechnung erfolgt bei den Ansätzen 1/643 und 5/643.

www.parlament.gv.at

Ausgaben für den Ausbau der Bundesstraßen in den Jahren 1972 und 1973

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
			Bundesstraßen B [16b])		[16c])		
B 1	Wiener Straße		Wien/Urania (S 2)—Wienzeile—Wien/Gaudenzdorf—Wien/Auhof—Purkersdorf—St. Pölten—Melk—Amstetten—Linz—Wels—Vöcklabruck—Straßwalchen—Eugendorf—Salzburg—Staatsgrenze am Walserberg			13·540	35·340
B 1 a	Wiener Straße Abzweigung St. Pölten		St. Pölten (B 1)—St. Pölten (S 33)			[17])	0·500
B 1 b	Wiener Straße Abzweigung Linz		Linz (B 1)—Linz (A 7)			[17])	. . . .
B 1 c	Wiener Straße Abzweigung Salzburg		Salzburg/Maxglan (B 1)—Salzburg/Lehen (B 155)			[17])	. . . .
B	Znaimer Straße		Hollabrunn (S 3)—Staatsgrenze bei Klein Haugsdorf			37·910	4·700
B 3	Donau Straße		Wien/Aspern (A 21)—Wien/Stadlau—Wien/Erzherzog Karl-Straße—Wien/Kagran—Wien/Prager Straße—Langenzersdorf—Stockerau—Kollersdorf—Krems—Emmersdorf—Persenbeug—Mauthausen—Steyregg—Donaubrücke—Linz (A 7) (—Katzbach (B 125))			43·130	45·640
B 3 a	Melker Straße		Melk (A 1, B 1)—Donaubrücke—Emmersdorf (B 3)			5·000	7·400
B 4	Horner Straße		Stockerau (S 3)—Maissau (B 35)—Horn—Geras (B 30)			20·226	6·410
B 5	Waidhofener Straße		Allwangspitz (S 3)—Waidhofen/Thaya—Heidenreichstein—Staatsgrenze bei Grametten			0·200	10·300
B 6	Laaer Straße		Korneuburg (B 3)—Ernstbrunn—Hanfthal bei Laa/Thaya (B 45)			3·500	. . . .
B 7	Brünner Straße		Wien/Floridsdorf (B 3)—Wien/Stammersdorf—Wolkersdorf—Poysdorf—Staatsgrenze bei Drasenhofen			16·600	14·700
B 8	Angerner Straße		Wien/Urania (S 2)—Wien/Reichsbrücke—Wien/Wagramer Straße—Gänserndorf—Staatsgrenze bei Angern			6·250	10·400
B 8 a	Angerner Straße Abzweigung Zwerndorf		Weikersdorf (B 8)—Zwerndorf (B 49)			[17])	. . . .
B 9	Preßburger Straße		Kledering (A 2 1)—Kugelkreuz—Flughafen Schwechat—Hainburg—Staatsgrenze bei Berg			16·100	11·400
B 10	Budapester Straße		Wien/Donaukanal (S 2, B 14)—Wien/Handelskai—Schwechat—Kugelkreuz—Bruck/Leitha—Parndorf (S 4) und Neudorf bei Parndorf (S 4)—Gattendorf—Staatsgrenze bei Nickelsdorf			15·250	28·900
B 10 a	Budapester Straße Abzweigung Schwechat		Kugelkreuz (B 9, B 10)—Schwechat (A 4)			[17])	. . . .
B 11	Mödlinger Straße		Schwechat (B 10)—Maria Lanzendorf—Achau—Wiener Neudorf—Mödling—Gaaden—Alland—Weißenbach/Triesting (B 18)			[17])	11·850

[16b]) In der Neugliederung der Bundesstraßen.
[16c]) Beträge in der früheren Gliederung der Bundesstraßen siehe Seite 213 bis 219.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 12	Brunner Straße		Wien/Margaretengürtel (B 221)—Wien/Atzgersdorf—Brunn/Gebirge—Mödling (B 11)		[166]	[17]	2·500
B 13	Laaber Straße		Brunn/Maria Enzersdorf (B 12)—Wien/Rodaun—Wien/Kalksburg—Laab/Walde—Preßbaum (B 44)			[17]	. . . .
B 14	Klosterneuburger Straße		Wien/Donaukanal (S 2, B 10)—Wien/Nußdorf—Klosterneuburg—St. Andrä—Tulln (B 19)			59·910	50·200
B 15	Mannersdorfer Straße		Leopoldsdorf (B 16)—Himberg—Ebergassing—Mannersdorf—Hof—Donnerskirchen (S 4)			[17]	1·400
B 16	Ödenburger Straße		Wien/Favoriten (A 23)—Wien/Rothneusiedl—Ebreichsdorf—Hornstein—Wulkaprodersdorf (S 31)			23·362	11·400
B 17	Wiener Neustädter Straße		Wien/Inzersdorf (A 2)—Vösendorf—Wiener Neustadt—Gloggnitz (S 6)			17·650	9·800
B 18	Hainfelder Straße		Günselsdorf (B 17)—Berndorf—Hainfeld—Traisen (B 20)			4·350	0·400
B 19	Tullner Straße		Altlengbach (A 1)—Neulengbach—Tulln—Göllersdorf (S 3)			0·785	. . . .
B 20	Mariazeller Straße		St. Pölten (B 1)—Traisen—Freiland—Annaberg—Mariazell—Gußwerk—Seeberg—Aflenz—Kapfenberg (B 116)			74·106	37·900
B 21	Gutensteiner Straße		Wiener Neustadt (B 17)—Wöllersdorf—Gutenstein—Rohr/Gebirge—Walkmühle—Terz—Mariazell (B 20)			. . . .	4·600
B 21 a	Felixdorfer Straße		Felixdorf (B 17)—Wöllersdorf (B 21)			. . . .	. . . .
B 22	Grestener Straße		Saffen (B 25)—Gresten—Ybbsitz—Gstadt (B 31)			1·260	2·200
B 23	Lahnsattel Straße		Mürzzuschlag (S 6)—Mürzsteg—Frein—Lahnsattel—Terz (B 21)			2·300	2·300
B 24	Hochschwab Straße		Gußwerk (B 20)—Wildalpen—Palfau (B 25)			10·000	10·300
B 25	Erlauftal Straße		Persenbeug (B 3)—Wieselburg—Scheibbs—Lunz—Göstling/Ybbs—Palfau—Lainbach (B 115)			25·810	24·100
B 26	Puchberger Straße		Wiener Neustadt (B 17)—Weikersdorf—Grünbach—Puchberg—Ternitz—Neunkirchen (B 17)			0·226	17·200
B 27	Höllental Straße		Nöster (B 21)—Schwarzau/Gebirge—Reichenau—Gloggnitz (B 17)			2·035	2·050
B 28	Puchenstubener Straße		Neubruck (B 25)—Winterbach—Puchenstuben—Reith (B 20)			3·550	7·300
B 29	Manker Straße		Obergrafendorf (B 39)—Mank—Oberndorf—Scheibbs (B 25)			1·000	0·660
B 30	Thayatal Straße		Guntersdorf (B 2)—Retz—Geras—Drosendorf—Raabs—Dobersberg—Heidenreichstein—Schrems (S 3)			. . . .	5·700
B 31	Ybbstal Straße		Waidhofen/Ybbs (B 121)—Gstadt—Hollenstein—Göstling/Ybbs (B 25)			3·750	0·200
B 32	Gföhler Straße		Königsalm (B 37)—Gföhl—Neupölla—S 3			5·070	1·900
B 33	Aggsteiner Straße		Melk (B 1)—Aggsbach/Dorf—Mautern—Krems/Süd (S 33)			5·410	1·560
B 34	Kamptal Straße (Teil der Nordwald Straße)		Kollersdorf (B 3)—Fels/Wagram—Hadersdorf/Kamp—Horn—Neupölla—Rastenfeld (B 37). (Die Strecke Horn—Rastenfeld ist ein Teil der Nordwald Straße)			. . . .	1·000

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 35	Retzer Straße		Krems (B 3)—Hadersorf/Kamp—Maissau—Eggenburg—Pulkau—Retz—Staatsgrenze bei Mitterretzbach		[16c]	2·900	3·370
B 36	Zwettler Straße		Persenbeug (B 3)—Altenmarkt/Ysper—Würnsdorf—Ottenschlag—Zwettl (B 37)			3·500	7·400
B 37	Kremser Straße (Teil der Nordwald Straße)		Krems (B 35)—Marbach—Rastenfeld—Rudmanns—Zwettl—Vitis—Waidhofen/Thaya—Dobersberg (B 30) (Die Strecke Rastenfeld—Zwettl ist ein Teil der Nordwald Straße)			7·980	9·000
B 38	Karlstifter Straße (Teil der Nordwald Straße)		Merzenstein (B 124)—Karlstift (B 41) (Die gesamte Strecke ist ein Teil der Nordwald Straße)			1·900	3·300
B 39	Pielachtal Straße		Spratzern (B 20)—Obergrafendorf—Kirchberg/Pielach—Winterbach (B 28)			0·108	2·000
B 40	Mistelbacher Straße		Hollabrunn (B 2)—Ernstbrunn—Mistelbach—Zistersdorf—Staatsgrenze bei Dürnkrut			0·100	1·000
B 41	Gmünder Straße (Teil der Nordwald Straße)		Schrems (S 3)—Gmünd—Weitra—Karlstift—Sandl—Freistadt (B 125) (Die Strecke Karlstift—Freistadt ist ein Teil der Nordwald Straße)			13·180	7·140
B 42	Haager Straße		Haag (A 1)—Vestenthal—Wachtberg (B 122)			. . . .	2·200
B 43	Traismauerer Straße		Mitterndorf (B 1)—Gemeinlebarn—Traismauer—S 33			2·500	. . . .
B 44	Neulengbacher Straße		Purkersdorf (B 1)—Preßbaum—Neulengbach (B 19)			2·930	. . . .
B 45	Pulkautal Straße		Horn (S 3)—Pulkau—Laa/Thaya (B 46)			2·000	4·500
B 46	Staatzer Straße		Schrick (B 7)—Mistelbach—Staatz—Laa/Thaya—Staatsgrenze bei Laa/Thaya			. . . .	1·500
B 47	Lundenburger Straße		Wilfersdorf (B 7)—Großkrut—Staatsgrenze bei Reinthal			2·800	2·100
B 48	Erdöl Straße		Bullendorf (B 47)—Dobermannsdorf—Staatsgrenze bei Hohenau			4·800	2·300
B 49	Bernstein Straße		Deutsch Altenburg (B 9)—Donaubrücke—Groissenbrunn—Marchegg—Angern—Dürnkrut—Hohenau—Staatsgrenze bei Bernhardsthal			41·100	7·000
B 50	Oberwarter Straße		Lockenhaus (S 31)—Oberwart—Allhau—Hartberg (B 54)			4·000	8·300
B 51	Neusiedler Straße		Neusiedl (S 4)—Mönchhof—Frauenkirchen—St. Andrä—Staatsgrenze bei Pamhagen			6·000	6·000
B 52	Seewinkel Straße		Eisenstadt (B 59)—St. Margarethen—Rust—Mörbisch—Illmitz—St. Andrä (B 51)			[17]	8·000
B 53	Mattersburger Straße		Sauerbrunn (S 4)—Mattersburg (S 31)			2·110	0.500
B 54	Wechsel Straße		Wiener Neustadt (B 17)—Seebenstein—Aspang—Mönichkirchen—Pinggau—Lafnitz—Hartberg—Kaindorf—Gleisdorf (B 65)			53·100	22·230
B 55	Kirchschlager Straße		Grimmenstein (B 54)—Edlitz—Krumbach—Kirchschlag—Pilgersdorf—Lockenhaus—Rattersdorf (B 61)			3·210	7·450
B 56	Geschriebenstein Straße		Lockenhaus (B 55)—Rechnitz—Schachendorf—Eisenberg—Edlitz i. Bgld.—Moschendorf—Güssing (B 57)			[17]	16·000
B 57	Güssinger Straße		Oberwart (B 50)—Kemeten—St. Michael—Güssing—Heiligenkreuz (S 7)— und Eltendorf (S 7)—Jennersdorf—Welten—Schiefer—Fehring—Feldbach (B 66)			9·000	19·000
B 58	Doiber Straße		Doiber (B 57)—Staatsgrenze bei Bonisdorf			[17]	. . . .

www.parlament.gv.at

460 der Beilagen und Zu 460 der Beilagen XIII. GP - Regierungsvorlage (gescanntes Original)

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 59	Eisenstädter Straße		Groß Höflein (A 3)—Eisenstadt—Tiergarten (S 4)		[16c]	. . . .	5·000
B 59 a	Eisbacher Straße		Eisenstadt (S 31)—Eisenstadt (B 59)			[17]	5·800
B 60	Leitha Straße		Wiener Neustadt (B 17)—Weigelsdorf—Götzendorf a. d. Leitha—Schwadorf—Fischamend (B 9)			10·100	9·600
B 61	Günser Straße		St. Martin (S 31)—Oberpullendorf—Unterpullendorf—Staatsgrenze bei Rattersdorf			4·500	0·500
B 62	Deutschkreutzer Straße		Weppersdorf (S 31)—Horitschon—Staatsgrenze bei Deutschkreutz			[17]	10·200
B 63	Steinamangerer Straße		Pinggau (B 54)—Pinkafeld—Oberwart—Großpetersdorf—Staatsgrenze bei Schachendorf			9·300	10·700
B 64	Rechberg Straße		Frohnleiten (S 36)—Passail—Weiz—Gleisdorf (B 65)			[17]	15·800
B 65	Gleisdorfer Straße		Graz (B 67 a)—Gleisdorf—Ilz (A 2, S 7)			[17]	. . . .
B 66	Gleichenberger Straße		Ilz (B 65)—Riegersburg—Feldbach—Bad Gleichenberg—Halbenrain (B 69)			7·500	21·900
B 67	Grazer Straße		Peggau (S 35)—Graz—Leibnitz—Staatsgrenze bei Spielfeld			9·168	30·700
B 67 a	Grazer Ring Straße		Graz/Andritz (B 67)—Graz/Waltendorf—Graz/St. Peter—Graz/Zentralfriedhof (B 67)			[17]	1·200
B 67 b	Eggenberger Gürtel Straße		Graz/Eggenberg (A 9)—Graz/Kalvariengürtel—Graz/Grabengürtel (B 67 a)			[17]	6·500
B 67 c	Wetzelsdorfer Straße		Graz/Wetzelsdorf (A 9)—Graz/Waltendorf (B 67 a)			[17]	. . . .
B 68	Feldbacher Straße		Gleisdorf (B 65)—Studenzen—Feldbach (B 66)			7·500	1·900
B 69	Südsteirische Grenz Straße		Lavamünd (B 80)—Soboth—Eibiswald—Leutschach—Straß—Mureck—Staatsgrenze bei Radkersburg			22·800	33·400
B 70	Packer Straße		Graz/Zentralfriedhof (B 67)—Lieboch—Köflach—Pack—Twimberg—Wolfsberg—Völkermarkt—Klagenfurt (B 83)			6·000	21·500
B 71	Zellerrain Straße		B 25—Maierhöfen—Langau—Zellerrain—Mariazell (B 20)			[17]	. . . .
B 72	Weizer Straße		Graz (B 67 a)—Weiz—Birkfeld—Krieglach (S 6)			[17]	18·800
B 73	Kirchbacher Straße		Graz (B 67 a)—Hausmannstätten—Kirchbach—Neugralla (B 67)			[17]	2·500
B 74	Sulmtal Straße		Neugralla (B 67)—Heimschuh—Gleinstätten—Deutschlandsberg (B 76)			[17]	2·800
B 75	Glattjoch Straße		Neuhaus (S 8)—Glattjoch—Oberwölz—Niederwölz (B 96)			[17]	. . . .
B 76	Radlpaß Straße		Lieboch (B 70)—Deutschlandsberg—Eibiswald (B 69)—Staatsgrenze am Radlpaß			7·100	23·600
B 77	Gaberl Straße		Judenberg (S 36)—Weißkirchen—Gaberl—Köflach (B 70)			[17]	10·000
B 78	Obdacher Straße		Zeltweg (S 36)—Weißkirchen—Obdacher Sattel—Bad St. Leonhard—Twimberg (B 70)			5·500	8·500
B 80	Lavamünder Straße		(Lindenhof (B 70)—) Ruden (A 2)—Lavamünd—Staatsgrenze bei Rabenstein			. . . .	2·000
B 81	Bleiburger Straße		Sittersdorf (B 82)—Bleiburg—Lavamünd (B 80)			. . . .	4·000
B 82	Seeberg Straße		St. Veit/Glan (B 83)—Brückl—Völkermarkt—Eisenkappel—Staatsgrenze am Seeberg			5·000	7·000
B 83	Kärntner Straße		Scheifling (B 96)—Neumarkt—Friesach—St. Veit/Glan—Klagenfurt—Pörtschach—Villach—Staatsgrenze bei Thörl			24·700	20·000

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 84	Faakersee Straße		Villach (B 83)—Egg—Ledenitzen (B 85)		[16])	1·000	3·000
B 85	Rosental Straße		Hart (B 83)—Ledenitzen—Feistritz—Ferlach—Miklauzhof (B 82)			12·500	11·000
B 86	Villacher Straße		Untere Fellach (B 100)—Auen (B 83)			[17])	. . . .
B 87	Weißensee Straße		Greifenburg (B 100)—Weißbriach—Hermagor (B 111)			[17])	1·000
B 88	Kleinkirchheimer Straße		Radenthein (B 98)—Bad Kleinkirchheim—Patergassen (B 95)			2·500	4·000
B 90	Naßfeld Straße		Tröpolach (B 111)—Staatsgrenze am Naßfeld			2·500	8·000
B 91	Loiblpaß Straße		Klagenfurt (B 83)—Unterloibl—Staatsgrenze im Loibltunnel			26·800	51·000
B 92	Görtschitztal Straße		Klagenfurt (A 2)—Pischelsdorf—Brückl—Hüttenberg—Neumarkt/Stmk. (B 83)			16·000	14·000
B 93	Gurktal Straße		Zwischenwässern (B 83)—Gurk—Feldkirchen (B 94)			2·900	8·000
B 94	Ossiacher Straße		St. Veit/Glan (B 83)—Feldkirchen—Bodensdorf—Villach (B 83)			. . . .	5·000
B 95	Turracher Straße		Klagenfurt (B 83)—Feldkirchen—Patergassen—Turrach—Predlitz—Tamsweg—Mauterndorf (B 99)			43·300	25·000
B 96	Murtal Straße		Thalheim bei Judenburg (S 36)—Scheifling—Murau—Seethal—Tamsweg—St. Michael—Unterweißburg (A 10)			10·400	3·800
B 97	Murauer Straße		Murau (B 96)—St. Georgen—Stadl—Predlitz (B 95)			. . . .	. . . .
B 98	Millstätter Straße		Seebach (B 99)—Millstatt—Radenthein—Treffen (B 94)			16·100	7·000
B 99	Katschberg Straße		Bischofshofen (B 159)—Radstadt—Obertauern—Tweng—Mauterndorf—St. Michael (B 96)—Katschberg—Rennweg—Gmünd—Spittal/Drau (B 100)			24·350	85·890*)
B 100	Drautal Straße		Villach (B 94)—Spittal/Drau—Möllbrücke—Oberdrauburg—Lienz—Staatsgrenze bei Sillian			18·600	14·200
B 105	Mallnitzer Straße		Obervellach (B 106)—Mallnitz/Bahnhof			. . . .	. . . .
B 106	Mölltal Straße		Möllbrücke (B 100)—Obervellach—Winklern (B 107)			3·000	1·000
B 107	Großglockner Straße		Heiligenblut/Mautstraße—Winklern—Dölsach (B 100)			7·800	2·000
B 107 a	Großglockner Straße Abzweigung Lienz		Dölsach (B 107)—Dölsach (B 100)			0·500	. . . .
B 108	Felbertauern Straße		Lienz (B 100)—Matrei/Mautstraße			1·100	1·300
B 109	Wurzenpaß Straße		Hart (B 83)—Staatsgrenze am Wurzenpaß			1·000	. . . .
B 110	Plöckenpaß Straße		Oberdrauburg (B 100)—Kötschach—Staatsgrenze am Plöckenpaß			4·100	3·500
B 111	Gailtal Straße		Arnoldstein (B 83)—Hermagor—Kötschach—Maria Luggau—Straßen (B 100)			21·200	31·700
B 112	Gesäuse Straße		Liezen (A 9, S 8)—Admont—Hieflau (B 115)			26·000	11·000
B 113	Schoberpaß Straße		St. Michael (B 116)—Traboch—Wald am Schoberpaß—Trieben—Liezen (S 8)			12·300	11·300
B 114	Triebener Straße		Trieben (B 113)—Hohentauern—Pöls—Thalheim bei Judenburg (B 96)			2·100	5·200
B 114 a	Triebener Straße Abzweigung Pöls		Pöls (B 114)—St. Georgen (B 96)			. . . .	. . . .
B 115	Eisen Straße		Steyr (S 37)—Großraming—Altenmarkt—Hieflau—Eisenerz—Trofaiach—Traboch (B 113)			44·500	71·700
B 115 a	Donawitzer Straße		Trofaiach (B 115)—Donawitz—Leoben (B 116)			[17])	13·000

*) Einschließlich 5·79 Millionen Schilling aus der außerordentlichen Gebarung.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 116	Leobener Straße		St. Marein (S 6)—Kapfenberg—Bruck/Mur—Leoben (Göss)—St. Michael (B 113)		[16])	16·800	2·000
B 117	Buchauer Straße		Altenmarkt (B 115)—St. Gallen—Weng—Admont (B 112)			[17])	. . . .
B 119	Greiner Straße		Oiden (B 1)—Ardagger—Donaubrücke (B 3) und Grein (B 3)—Dimbach—St. Georgen—Arbesbach—Großgerungs—Weitra (B 41)			15·360	2·300
B 119 a	Greiner Straße Abzweigung Königswiesen		St. Georgen (B 19)—Königswiesen (B 124)			[17])	3·000
B 120	Scharnsteiner Straße		Gmunden (B 145)—Scharnstein—Pettenbach—Inzersdorf im Kremstal (B 138)			17·900	5·700
B 121	Weyrer Straße		Amstetten West (A 1, B 1)—Waidhofen/Ybbs—Gaflenz—Weyer (B 115)			15·490	18·150
B 121 a	Weyrer Straße Abzweigung Amstetten		B 121—Amstetten (B 1)			3·000	. . . .
B 122	Voralpen Straße		Weißes Kreuz (B 121)—Aschbach Markt—Seitenstetten—Steyr—Bad Hall—Kremsmünster—Sattledt (B 138)			20·900	18·700
B 123	Mauthausener Straße		Enns (A 1)—Ennsdorf—Donaubrücke—Mauthausen—Pregarten (B 124)			7·400	. . . .
B 123 a	St. Valentiner Straße		St. Valentin (A 1)—Rems—Pyburg (B 123)			[17])	. . . .
B 124	Königswiesener Straße (Teil der Nordwald Straße)		Unterweitersdorf (B 125)—Pregarten—Mönchdorf—Königswiesen—Arbesbach Merzenstein——Zwettl (B 36) (Die Strecke Merzenstein—Zwettl ist ein Teil der Nordwald Straße)			2·400	2·800
B 125	Prager Straße		Linz (A 7)—Gallneukirchen—Freistadt—Staatsgrenze bei Wullowitz			15·000	7·000
B 126	Leonfeldener Straße		Linz (A 7)—Bad Leonfelden—Staatsgrenze bei Weigetschlag			15·700	6·800
B 127	Rohrbacher Straße		Linz (A 7)—Ottensheim—Neufelden—Rohrbach (B 128) und Oepping (B 128)—Aigen			28·580	25·300
B 128	Sternwald Straße (Teil der Nordwald Straße)		Freistadt (B 125)—Bad Leonfelden—Rohrbach—Kollerschlag—Staatsgrenze bei Kollerschlag (Die gesamte Strecke ist ein Teil der Nordwald Straße)			2·100	1·000
B 129	Eferdinger Straße		Linz (B 127)—Linz/Nibelungenbrücke—Alkoven—Eferding—Waizenkirchen—Peuerbach—Teufenbach (B 137)			45·200	2·500
B 130	Nibelungen Straße		Eferding (B 129)—Engelhartszell—Staatsgrenze bei Passau			8·300	11·000
B 131	Aschacher Straße		Ottensheim (B 127)—Aschach—Hartkirchen (B 130)			[17])	. . . .
B 132	Mühllackener Straße		Mühllacken (B 131)—Lacken (B 127)			[17])	. . . .
B 133	Theninger Straße		Neubau—Alkoven (B 129)			[17])	. . . .
B 134	Wallerner Straße		Eferding (B 129)—Wallern—Pichl (A 8)			[17])	. . . .
B 135	Gallspacher Straße		Grieskirchen (B 137)—Schwanenstadt—Roitham (B 144)			[17])	. . . .
B 136	Sauwald Straße		Schärding (B 137)—Engelhartszell (B 130)			. . . .	. . . .
B 137	Innviertler Straße		Wels (B 1)—Grieskirchen—Zell/Pram—Schärding—Staatsgrenze auf Innbrücke			12·000	17·900
B 137 a	Innviertler Straße Abzweigung Stritzing		Stritzing (B 137)—A 8			4·000	. . . .

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 137b	Innviertler Straße Abzweigung Passau		Schärding (B 137)—Staatsgrenze gegen Passau		[16c]	. . . .	. . . .
B 138	Pyhrnpaß Straße		Wels (B 1)—Sattledt—Kirchdorf/Krems—Klaus—Windischgarsten—Spital/Pyhrn—Liezen (S 8)			8·000	25·100
B 139	Kremstal Straße		Linz (B 129)—Traun—Kematen—Rohr (B 122)			. . . .	2·400
B 140	Steyrtal Straße		Sierning (B 122)—Klaus (B 138)			. . . .	1·300
B 142	Obernberger Straße		Uttendorf (S 10)—Mauerkirchen—Obernberg—Suben—Pramerdorf (B 137)			. . . .	0·400
B 143	Hausruck Straße		[Antiesenhofen (B 142)—] Ort (A 8)—Ried—Ampflwang—B 1			. . . .	10·000
B 144	Gmundener Straße		Lambach (B 1)—Steyrermühl—Gmunden (B 120)			. . . .	0·100
B 145	Salzkammergut Straße		Vöcklabruck (B 1)—Altmünster—Ebensee—Bad Ischl—Bad Goisern—Pötschen—Bad Aussee—Neuhaus (S 8)			68·300	34·400
B 151	Attersee Straße		Timelkam (B 1)—Seewalchen—Attersee—Unterach—Mondsee (B 154)			7·640	11·400
B 152	Seeleiten Straße		Seewalchen (B 151)—Weyregg—Weißenbach—Unterach (B 151)			. . . .	17·800
B 153	Weißenbacher Straße		Weißenbach (B 152)—Mitterweißenbach (B 145)			. . . .	0·100
B 154	Mondsee Straße		S 10—Straßwalchen—Zell a. Moos—Mondsee—Scharfling—St. Gilgen (B 158)			. . . .	1·500
B 155	Münchener Straße		Salzburg-Schallmoos (B 1)—Staatsgrenze bei Freilassing			. . . .	. . . .
B 156	Lamprechtshausener Straße		Salzburg (B 1)—Oberndorf—Lamprechtshausen—Braunau (S 9)			17·090	0·752
B 156a	Lamprechtshausener Straße Abzweigung Oberndorf		Oberndorf (B 156)—Staatsgrenze auf Salzachbrücke			. . . .	. . . .
B 158	Wolfgangsee Straße		Salzburg (B 1)—Fuschl—St. Gilgen—Strobl—Aigen—Bad Ischl (B 145)			18·000	14·300
B 159	Salzachtal Straße		Anif (S 41)—Hallein—Golling—Bischofshofen (S 11)			44·670	45·290
B 160	Berchtesgadener Straße		Anif (A 10)—Staatsgrenze bei Hangendenstein			. . . .	. . . .
B 161	Paß Thurn		Mittersill (B 168)—Paß Thurn—Kitzbühel—St. Johann/Tirol (S 12)			20·000	2·000
B 162	Lammertal Straße		Golling (B 159)—Abtenau—B 166			10·640	35·400
B 163	Wagrainer Straße		Altenmarkt bei Radstadt (B 99)—Wagrain—St. Johann/Pongau (S 11)			[17]	. . . .
B 164	Hochkönig Straße		Bischofshofen (S 11)—Saalfelden—Hochfilzen—St. Johann/Tirol (S 12)			[17]	. . . .
B 165	Gerlos Straße		Mittersill (B 168)—Gerlospaß—Zell/Ziller (B 169)			18·880	4·158
B 166	Paß Gschütt Straße		Niedernfritz (B 99)—Annaberg—Paß Gschütt—Gosau—Bad Goisern (B 145)			10·650	4·081
B 167	Gasteiner Straße		Lend (S 11)—Hofgastein—Badgastein—Böckstein/Bahnhof			126·300	124·130
B 168	Pinzgauer Straße		S 11—Mittersill (B 165)			20·000	2·550
B 169	Zillertal Straße		Straß (B 171)—Zell/Ziller—Mayrhofen—Dornauberg—Schlegeissperre—Staatsgrenze am Pfitscherjoch			25·880	10·400
B 170	Brixental Straße		Wörgl (B 171)—Hopfgarten—Gundhabing (S 42)			11·500	1·000
B 171	Tiroler Straße		Staatsgrenze bei Kufstein—Wörgl—Rattenberg—Schwaz—Solbad Hall—Innsbruck—Telfs—Landeck—Pians (S 16)			25·180	16·300
B 171a	Tiroler Straße Abzweigung Solbad Hall		Solbad Hall (B 171)—Solbad Hall (A 12)			10·000	1·500

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 171b	Tiroler Straße Abzweigung Völs		Kranebitten (B 171)—Völs (A 12)		[16]	[17]	. . . .
B 172	Walchsee Straße		Staatsgrenze bei Reit im Winkl—Kössen—Walchsee—Staatsgrenze auf Niederndorfer Innbrücke			1·000	0·850
B 173	Eiberg Straße		Bocking (S 12)—Kufstein (B 171)			6·500	1·850
B 174	Innsbrucker Straße		Innsbruck/Rumerhof (B 171)—Innsbruck/Höttingerau (B 171)			[17]	
B 175	Wildbichler Straße		Kufstein (B 171)—Niederndorf—Staatsgrenze bei Wildbichl			4·800	0·120
B 176	Kössener Straße		St. Johann/Tirol (S 12)—Kössen (B 172)—Staatsgrenze bei Klobenstein			1·000	0·250
B 181	Achensee Straße		Rotholz (B 171)—Achenkirch—Staatsgrenze am Achenpaß			5·300	1·550
B 182	Brenner Straße		Innsbruck (B 174)—Steinach—Staatsgrenze am Brennerpaß			1·000	0·900
B 183	Stubaital Straße		Schönberg (B 182)—Neustift/Stubaital			7·000	3·000
B 184	Engadiner Straße		Pfunds (S 15)—Staatsgrenze bei Schalkl			3·000	3·000
B 185	Martinsbrucker Straße		Nauders (S 15)—Staatsgrenze bei Martinsbruck			. . . .	. . . .
B 186	Ötztal Straße		Ötztal Bahnhof (B 171)—Ötz—Sölden—Untergurgl/Mautstraße			6·600	5·000
B 187	Ehrwalder Straße		Lermoos (S 14)—Staatsgrenze bei Griesen			0·800	0·100
B 188	Silvretta Straße		Pians (B 171)—Galtür/Mautstraße und Partenen/Mautstraße—Schruns—Bludenz (S 16)			9·500	10·800
B 189	Mieminger Straße		Telfs (B 171)—Nassereith (S 14)			16·500	. . . .
B 190	Vorarlberger Straße		Bludenz (S 16)—Feldkirch—Dornbirn—Bregenz—Staatsgrenze bei Unterhochsteg			28·100	32·000
B 191	Liechtensteiner Straße		Feldkirch (B 190)—Staatsgrenze bei Tisis			7·300	6·000
B 192	Gargellener Straße		St. Gallenkirch (B 188)—Staatsgrenze bei Klosters			[17]	. . . .
B 193	Faschina Straße		Bludenz (B 190)—Ludesch—Damüls—Rehmen (B 200)			[17]	11·000
B 197	Arlberg Straße		St. Anton/Arlberg (S 16)—Arlberg—S 16			12·100	3·600
B 198	Lechtal Straße		Alpe Rauz (B 197)—Warth—Lechleiten—Elmen—Weißenbach/Lech—Reutte (S 14)			26·000	44·500
B 199	Tannheimer Straße		Weißenbach/Lech (B 198)—Tannheim—Staatsgrenze am Oberjoch			3·000	1·000
B 200	Bregenzerwald Straße		Dornbirn (B 190)—Bezau—Schoppernau—Schröcken—Warth (B 198)			15·800	40·300
B 201	Kleinwalsertal Straße		Staatsgrenze bei Walserschanz—Mittelberg—Schoppernau (B 200)			1·500	2·100
B 202	Schweizer Straße		Bregenz (B 190)—Staatsgrenze bei Höchst			5·300	1·300
B 203	Rhein Straße		Götzis (B 190)—Lustenau—Hard (B 202)			0·500	. . . .
B 204	Lustenauer Straße		Dornbirn (B 190)—Lustenau (B 203)—Staatsgrenze auf Rheinbrücke			[17]	. . . .
B 205	Hittisauer Straße		Müselbach (B 200)—Hittisau—Staatsgrenze bei Aach			[17]	1·000
B 211	Rohrauer Straße		Bruck/Leitha (B 10)—Rohrau—Petronell (B 9)			[17]	. . . .
B 212	Bad Vöslauer Straße		Guntramsdorf (B 17)—Baden—Berndorf (B 18)			20·700	. . . .
B 213	Tullnerfeld Straße		Tulln (B 19)—Staasdorf—Ried am Riederberg (B 1)			[17]	. . . .
B 214	Hohenberger Straße		Freiland (B 20)—Hohenberg—Walkmühle (B 21)			4·500	1·800
B 215	St. Leonharder Straße		Mank (B 29)—St. Leonhard/Forst—Matzleinsdorf (B 1)			1·000	3·000

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
B 216	Weitental Straße		Weitenegg (B 3)—Würnsdorf (B 36)		[16]	3·000	7·000
B 217	Ottenschlager Straße		Spitz/Donau (B 3)—Ottenschlag (B 36)			[17]	. . . .
B 218	Langenloiser Straße		Krems (B 37)—Langenlois (B 34)			[17]	. . . .
B 219	Poysdorfer Straße		Staatz (B 46)—Poysdorf (B 7)			[17]	. . . .
B 220	Gänserndorfer Straße		Gänserndorf (B 8)—Raggendorf—Kollnbrunn (B 7)			. . . .	. . . .
B 221	Wiener Gürtel Straße		Wien/Gürtelbrücke (S 2)—Wien/Gürtel—Wien/Schlachthausgasse—Wien/Stadionbrücke (S 2)			1·400	4·000
B 222	Wiener Vororte Straße		Wien/Heiligenstädterbrücke (S 2)—Wien/Vorortelinie—Wien/Penzing—Wien/Rosenhügel—Wien/Altmannsdorfer Straße (A 2, B 224)			[17]	1·800
B 223	Flötzersteig Straße		Wien/Gürtel (B 221)—Wien/Ottakring—Wien/Flötzersteig—Wien/Hütteldorf (B 1)			[17]	. . . .
B 224	Altmannsdorfer Straße		Wien/Schönbrunn (B 1)—Wien/Grüner Berg—Wien/Altmannsdorf—Wien/Neu Erlaa (B 17)			50·000	50·600
B 225	Wienerberg Straße		Wien/Philadelphiabrücke (B 12)—Wien/Wienerbergstraße—Wien/Raxstraße—Wien/Simmering (A 4)			[17]	. . . .
			Pauschalvorsorge			270·000	8·300
			Bundesstraßen S (Bundesschnellstraßen) [15] [18]				
S 1	Marchfelder Schnellstraße		Wien/Kaisermühlen (A 20, A 22, A 24)—Groß Enzersdorf—Staatsgrenze bei Schloßhof			. . . .	42·120
S 2	Donaukanal Schnellstraße		Wien/Prater (A 4, A 20)—Donaukanal—Wien/Floridsdorf (A 22)—Wien/Stammersdorf (A 5)			5·600	20·000
S 3	Waldviertler Schnellstraße		Korneuburg (A 21, A 22)—Stockerau—Hollabrunn—Horn—Staatsgrenze bei Neunagelberg			10·500	38·750
S 4	Eisenstädter Schnellstraße		Parndorf (A 4)—Eisenstadt (A 3, S 31)—Wiener Neustadt (A 2)			12·800	39·000
S 5	Badener Schnellstraße		Heiligenkreuz (A 21)—Ebreichsdorf (A 3)			. . . .	24·900
S 6	Semmering Schnellstraße		Seebenstein (A 2)—Semmering—Bruck/Mur—St. Michael bei Leoben (A 9)			6·000	44·900
S 7	Fürstenfelder Schnellstraße		Ilz (A 2)—Fürstenfeld—Staatsgrenze bei Heiligenkreuz			. . . .	. . . .

[16]) Zum Zeitpunkt der Budgeterstellung war eine Veranschlagung nicht möglich, da es sich in erster Linie um neue Straßenzüge gemäß Bundesstraßengesetz 1971 handelt. Für Baumaßnahmen auf diesen Bundesstraßen wurde ein Pauschalbetrag reserviert.

[17]) Sofern Bundesstraßen S an Stelle von Bundesstraßen nach dem Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 59/1948 in seiner zuletzt geltenden Fassung treten, gelten sie als Bundesstraßen B, bis sie durch Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik gemäß § 4 Bundesstraßengesetz 1971 auf die neue, die Voraussetzungen des § 2, Abs. 1, lit. b erfüllende Straßentrasse umgelegt werden.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
S 8	Ennstal Schnellstraße		Altenmarkt bei Radstadt (A 10)—Radstadt—Schladming—Liezen (A 9)		160)	2·400	18·800
S 9	Innviertler Schnellstraße		A 8—Ried/Innkreis—Staatsgrenze bei Braunau/Inn			21·000	19·000
S 10	Braunauer Schnellstraße		Salzburg (A 1)—Mattighofen—Braunau/Inn (S 9)			. . . .	. . . .
S 11	Pinzgauer Schnellstraße		Bischofshofen (A 10)—Bruck a. d. Großglocknerstraße—Lofer (S 12)			26·500	73·060
S 12	Loferer Schnellstraße		Wörgl (A 12)—St. Johann/Tirol—Lofer—Staatsgrenze bei Unken			. . . .	4·400
S 13	Seefelder Schnellstraße		Zirl (A 12)—Staatsgrenze bei Scharnitz			20·000	18·000
S 14	Fernpaß Schnellstraße		Imst (A 12)—Lermoos—Staatsgrenze bei Vils			10·000	28·200
S 15	Reschen Schnellstraße		Landeck (A 12)—Staatsgrenze am Reschenpaß			18·100	23·000
S 16	Arlberg Schnellstraße		Pians bei Landeck (A 12)—Arlberg—Bludenz (A 14)			23·300	35·000
S 17	Liechtensteiner Schnellstraße		Feldkirch (A 14)—Staatsgrenze bei Tisis			. . . .	. . . .
S 30	Kagraner Schnellstraße		Wien/Kaisermühlen (A 20, A 21)—Kagran (B 3)			. . . .	. . . .
S 31	Burgenland Schnellstraße		Eisenstadt (S 4)—Mattersburg—St. Martin—Lockenhaus (B 55)			21·500	. . . .
S 32	Ödenburger Schnellstraße		Eisenstadt (A 3, S 4)—Staatsgrenze bei Klingenbach			2·800	. . . .
S 33	Kremser Schnellstraße		St. Pölten (A 1)—Traismauer—Krems/Nord (B 35)			71·000	64·770
S 34	Traisental Schnellstraße		St. Pölten (A 1)—Rotheau bei Traisen (B 20)			. . . .	. . . .
S 35	Brucker Schnellstraße		Peggau (A 9)—Bruck/Mur (S 6)			82·000	121·100
S 36	Murtal Schnellstraße		St. Michael bei Leoben (A 9)—Thalheim bei Judenburg			0·500	58·000
S 37	Steyrer Schnellstraße		Enns (A 1)—Steyr			. . . .	. . . .
S 38	Welser Schnellstraße		Linz (A 7)—Wels			. . . .	. . . .
S 39	Grazer Schnellstraße		Graz (A 2)—Graz/Liebenau (B 67 a)			. . . .	31·500
S 40	Lurnfelder Schnellstraße		Lieserhofen (A 10)—Lendorf (B 100)			. . . .	. . . .
S 41	Salzburger Schnellstraße		Salzburg/Süd (A 10)—Salzburg/Nonntal (B 1)			. . . .	1·500
S 42	Paß Thurn Schnellstraße		Going (S 12)—Kitzbühel (B 161)			. . . .	20·000
S 43	Wienerwald Schnellstraße		Korneuburg (A 21, A 22)—Donaubrücke—Klosterneuburg—Wiental (A 1)			. . . .	. . . .
			Allgemeine Ausgaben			360·000	463·300
			Bundesstraßen (ausschließlich Autobahnen) (Summe)			2.881·276	3.115·521
							*)

*) Einschließlich 5·79 Millionen Schilling beim Ansatz 5/64243.

www.parlament.gv.at

(Fortsetzung)

Straße Nr.	Name der Straße	Länge in km	Verlauf der Bundesstraße	Bundesrechnungsabschluß 1970	Bundesrechnungsabschluß 1971	Geändertes Bauprogramm 1972	Voraussichtliches Bauprogramm 1973
				Millionen Schilling			
			Bundesstraßen A (Bundesautobahnen) [16]		[16c]		
A 1	West Autobahn		Wien/Gaudenzdorf (A 20)—Wien/Auhof—St. Pölten—Linz/Freindorf—Sattledt—Salzburg—Staatsgrenze am Walserberg			85·000	52·000
A 2	Süd Autobahn		Wien/Matzleinsdorf (A 20)—Wien/Inzersdorf—Wiener Neustadt—Wechsel—Hartberg—Graz—Pack—Klagenfurt—Villach—Staatsgrenze bei Arnoldstein			660·000	734·600
A 3	Südost Autobahn		Wien/Landstraße (A 20)—Himberg—Ebreichsdorf—Eisenstadt (S 4)			30·000	33·000
A 4	Ost Autobahn		Wien/Prater (A 20)—Flughafen Schwechat—Parndorf—Staatsgrenze bei Nickelsdorf			100·000	70·000
A 7	Mühlkreis Autobahn		Linz/Freindorf (A 1)—Staatsgrenze bei Freistadt			30·000	85·900
A 9	Pyhrn Autobahn		Sattledt (A 1, A 8)—Liezen—St. Michael bei Leoben—Graz—Staatsgrenze bei Spielfeld			120·000	95·800
A 10	Tauern Autobahn		Salzburg (A 1)—Altenmarkt bei Radstadt—Katschberg—Spittal/Drau—Villach (A 2)			460·000	680·200[18a])
A 12	Inntal Autobahn		Staatsgrenze bei Kufstein—Innsbruck—Pians bei Landeck (S 16)			410·000	480·000
A 14	Rheintal Autobahn		Staatsgrenze bei Hörbranz—Bregenz—Feldkirch—Bludenz (S 16)			270·000	170·000
A 15	Bodensee Autobahn		Lauterach (A 14)—Staatsgrenze Höchst			. . . .	10·000
A 20	Wiener Gürtel Autobahn		Wien/Donaupark (A 5, A 22)—Wien/Gaudenzdorf (A 1)—Wien/Matzleinsdorf (A 2)—Wien/Landstraße (A 3)—Wien/Prater (A 4)—Wien/Kaisermühlen (A 22, A 24)			60·000	65·000
A 21	Wiener Außenring Autobahn		Steinhäusl (A 1)—Vösendorf (A 2)—Kledering (A 3)—Wien/Kaiserebersdorf (A 4)—Wien/Lobau (A 22)—Aderklaa (A 24)—Eibesbrunn (A 5)—Korneuburg (A 22)			25·000	55·000
A 22	Donauufer Autobahn		Wien/Lobau (A 21)—Wien/Kaisermühlen (A 20, A 24)—Wien/Donaupark (A 5, A 20)—Langenzersdorf—Korneuburg			. . . .	20·000
A 23	Autobahnverbindung Wien Süd		Wien/Inzersdorf (A 2)—Wien/Arsenal (A 3)			30·000	50·000
A 25	Linzer Autobahn		Linz (A 1)—Wels (A 8)			. . . .	115·000
			Andere Autobahnstrecken laut Bundesstraßengesetz 1971			0·100	. . . .
			Autobahnen (Summe)			2.280·100	2.716·500
						5.161·376	5.832·021

[18a]) Hierin 157·20 Millionen Schilling außerordentliche Gebarung (5/64343).

www.parlament.gv.at

Titel 644 Wasserbauverwaltung

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	64·3	38·4	102·7	22·2
1972 **)	68·2	37·1	105·3	29·7
1973 **)	75·1	49·9	125·0	43·7

Gebarung 1971 bis 1973

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Bundesstrombauamt	66·0	70·0	77·1
Wasserbauten	25·6	26·1	28·4
Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.....	8·6	9·1	19·5
Zahlungen an die Donaukraftwerke A. G.....	2·5	0·1	0·0
Ausgaben (Summe)...	102·7	105·3	125·0
Einnahmen			
Bundesstrombauamt	1·2	1·2	1·2
Wasserbauten	21·0	28·5	42·5
Einnahmen (Summe)...	22·2	29·7	43·7

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, Vorrückungen und dergleichen.

Bei den Wasserbauten sind Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Behebung von aufgetretenen Hochwasserschäden enthalten.

Die erhöhten Aufwendungen bei der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz im Jahre 1973 sind durch den vorwiegend höheren Personalaufwand begründet. Für die Durchführung vorbeugender Maßnahmen gegen Hochwasserschäden werden vorwiegend erhöhte Mittel aus dem Katastrophenfonds bereitgestellt.

Die Beiträge aus dem Katastrophenfonds werden aus den bei dem Ansatz 2/64160 veranschlagten zweckgebundenen Mitteln entnommen.

Ansatz 6440 Bundesstrombauamt

Ansatz 6441 und 6442 Wasserbauten

Dem Bundesstrombauamt obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schiffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donaustrecke.

Hiefür stehen die Strombauleitungen in Aschach, Linz, Grein, Ybbs, Krems, Greifenstein, Wien, Bad Deutsch-Altenburg und die Marchbauleitung sowie die Betriebsbauleitung zur Verfügung.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0·0 bis 19·4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern vom 7. Dezember 1967, BGBl. Nr. 106/1970, ausgeführt.

Ansatz 1/64437 und 1/64447 Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz

Das Bundesstrombauamt ist geschäftsführende Stelle der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz entsprechend dem Bundesgesetz vom 16. Dezember 1927, BGBl. Nr. 372, und dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1934, BGBl. Nr. 95/II.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich von Krems bis zur österreichisch-tschechoslowakischen Staatsgrenze, Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen sowie Erhaltungsarbeiten an der Alten Donau.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung (Dienststellen und verschiedene Einrichtungen)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	245·7	50·6	296·3	39·5
1972 **)	274·9	56·5	331·4	41·5
1973 **)	314·3	44·5	358·8	35·9

Gebarung 1971 bis 1973

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	267·9	298·8	343·7
Tiergarten Schönbrunn	11·3	13·6	15·1
Kurheime und Bäder	5·5	6·9	— [19])
Regierungsgebäude	11·6	12·1	— [19])
Ausgaben (Summe)...	296·3	331·4	358·8
Einnahmen	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	25·2	23·9	25·0
Tiergarten Schönbrunn	8·7	10·7	10·9
Kurheime und Bäder	5·6	6·9	— [19])
Einnahmen (Summe)...	39·5	41·5	35·9

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[19]) Ab BVA 1973 beim Titel 1/640 veranschlagt.

Gebarung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltungen I und II sowie für die betriebsähnliche Einrichtung Tiergarten Schönbrunn veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes beruht auf der Vorsorge für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete, Vorrückungen u. dgl.

Der Sachaufwand für die Dienststellen und für die betriebsähnliche Einrichtung Tiergarten Schönbrunn ist höher veranschlagt, weil durch die steigenden Kosten, insbesondere für Brennstoffe, Treibstoffe, Reisegebühren, Aufwandsentschädigungen, Energiebezüge usw. bedeutende Mehrerfordernisse entstehen.

Die Gebarung der Kurheime, der Bundesbäder und der Aufwand für das Regierungsgebäude werden im Bundesvoranschlag 1973 erstmals beim Titel 1/640 veranschlagt.

Ansatz 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung I sind in Wien die Bundesgebäudeverwaltung I Wien, die Burghauptmannschaft (einschließlich Fernheizwerk und Kongreßzentrum), die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn und in Innsbruck die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II sind in Wien die Bundesgebäudeverwaltung II Wien für Wien, Niederösterreich und Burgenland, in den übrigen Bundesländern die Bundesgebäudeverwaltungen II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz.

Ansatz 6451 Tiergarten Schönbrunn (Betriebsähnliche Einrichtung)

Die Erhöhung der Ausgaben beruht im wesentlichen auf der Vorsorge für den Personalaufwand und die allgemeinen Preiserhöhungen, die nur bei den Tierhaltungskosten, und zwar durch die Eigenaufbringung von Futtermitteln zum Teil abgefangen werden können.

Da sowohl das Niveau des Tierbestandes erhalten werden muß als auch eine entsprechende Besetzung der fertig werdenden Tierhäuser und Freigehege im Erweiterungsbau notwendig ist, sind Tierankäufe unerläßlich. Da der Tierankauf zum überwiegenden Teil aus dem Erlös des Verkaufes von im Tiergarten geborenen Jungtieren bedeckt werden muß (zweckgebundene Einnahmen), muß dem Aufbau von Zuchtgruppen besonderer Vorrang eingeräumt werden.

Nur ein attraktiver Tierbestand wird den internationalen Ruf des Tiergartens Schönbrunn erhalten und Voraussetzung für einen entsprechenden Besuch sein.

Im Jahre 1971 besuchten rund 757.000 Personen den Tiergarten.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)

	Personalaufwand	Sachaufwand [20])	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	10·0	246·1	256·1	85·2
1972 **)	13·1	337·5	350·6	83·0
1973 **)	14·4	392·0	406·4	90·0

Gebarung 1971 bis 1973

	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Betriebskosten und Hauserfordernisse	126·2	138·7	149·5
Liegenschaftserwerb	128·3	209·9	247·1
Überweisungen an die Länder gem. § 1(3) FAG 1973	1·6	2·0	9·8
Summe...	256·1	350·6	406·4

Unterschiede der Gebarung

Die höhere Dotierung bei Betriebskosten und Hauserfordernissen (Ansatz 6460) gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Steigerung der gesetzlichen Verpflichtungen (Grundsteuer, Kanalgebühren usw.), auf den gesteigerten Aufwand für Reparaturen durch die allgemeinen Preiserhöhungen und den weiteren hohen Bedarf für Freimachungen von bundeseigenen Liegenschaften zurückzuführen.

Verwaltungsdienststellen

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I wird in erster Instanz von 31 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen.

Hievon sind 23 bundesunmittelbare und 8 bundesmittelbare Gebäudeverwaltungsdienststellen.

Die bundesunmittelbaren Gebäudeverwaltungsdienststellen sind:

Die Bundesgebäudeverwaltung I Wien, die Burghauptmannschaft in Wien, die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn, die Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras, die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[20]) Hievon außerordentliche Gebarung:

1971	108·1 Mill. S
1972	162·4 Mill. S
1973	206·7 Mill. S

Acht Landesregierungen (ohne Wien) üben die Funktion von bundesmittelbaren Gebäudeverwaltungsdienststellen aus (Landesbauämter, Referate für Bundesgebäude I).

Sämtliche 31 Gebäudeverwaltungsdienststellen verwalten Bundesgebäude in folgenden Bereichen:

Die Bundesgebäudeverwaltung I Wien:
Sämtliche in die Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I fallenden Bundesgebäude in Wien, ohne die Bereiche der Burg- und Schloßhauptmannschaft in Wien.

Die Burghauptmannschaft in Wien:
Die Bereiche der Hofburg in Wien, des Schlosses Belvedere, des Schlosses Augarten und der Museen am Ring.

Die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn:
Die Bereiche der Schlösser Schönbrunn und Hetzendorf.

Die Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras:
Die Hofburg in Innsbruck und das Schloß Ambras.

Die Finanzlandesdirektionen:
Die von der Finanzverwaltung benützten Bundesgebäude.

Die Oberlandesgerichtspräsidien:
Die von der Justizverwaltung benützten Bundesgebäude (ohne Strafanstalten).

Die Landesschulräte:
Die von den höheren und mittleren Bundeslehranstalten benützten Bundesgebäude, sofern der Landesschulrat dort schuldienstliche Instanz ist.

Die Ämter der Landesregierungen (ohne Wien):
Alle übrigen in die Verwaltung der Bundesgebäudeverwaltung I fallenden Bundesgebäude (Polizei, Gendarmerie, Arbeitsämter usw.).

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung II wird von den beim Ansatz 645 genannten Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II wahrgenommen.

Aufgaben

Der Bundesgebäudeverwaltung I obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von rund 3000 staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften (Einlagezahlen), dazu kommen weitere rund 3000 Einmietungen, die demselben Zweck dienen, aber, weil sie von den Mietern verwaltet werden, von der Bundesgebäudeverwaltung I nur baulich zu betreuen sind. Maßgebend sind hier neben den speziellen Ressortbedürfnissen die Verpflichtungen des Bundes aus den Mietverträgen, auf die die Bundesgebäudeverwaltung keinen Einfluß hat.

Für die von ihr verwalteten Liegenschaften trägt die Bundesgebäudeverwaltung I neben allen sogenannten „Hauserfordernissen" alle Betriebskosten, wie Grundsteuern, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rattenvertilgung usw. Den Ausgaben für die „Betriebskosten und Hauserfordernisse" und für die sonst auflaufenden Kosten der baulichen Erhaltung der Objekte stehen, wie sich aus der Natur der Aufgabe ergibt, die Behörden-, Amts- und Anstaltsgebäude der Bundesverwaltung zu betreuen, naturgemäß relativ nur geringe Einnahmen aus Miet- und Pachtzinsen gegenüber.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung, deren Aufwendungen bei Titel 647 veranschlagt werden, umfaßt alle Regierungs- und Ministerialgebäude, alle Hochschulgebäude, alle Gebäude für höhere Schulen und alle Mittel- und Gewerbeschulgebäude, ferner alle sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich aller bundeseigenen Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien, Salzburg und Innsbruck, alle Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner alle Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, alle Arbeits- und Invalidenämter und alle Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Bauten der beiden zuletzt genannten Verwaltungen belasten allerdings deren Budget (Kapitel 71 beziehungsweise Ansatz 12403). Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung I auch die Bauleitung der Bundesbetriebe Österreichische Staatsdruckerei und Österreichische Branntweinmonopol nicht zu Lasten der Bauansätze des hier erläuterten Kapitels 64, sondern auf Rechnung dieser Bundesbetriebe.

Der Bundesgebäudeverwaltung II obliegt die Verwaltung und bauliche Betreuung (deren Aufwendungen ebenfalls bei Titel 647 veranschlagt werden) aller militärischen und auch ehemals militärischen Anlagen und Liegenschaften, die heute anderen Zwecken dienen, das sind rund 200 Liegenschaften mit ungefähr 3000 großen Objekten, darunter die Kaserne Siezenheim mit 200 Objekten und der Truppenübungsplatz Döllersheim.

Gesetzliche Grundlagen für das Bestehen der Bundesgebäudeverwaltung

Das Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920 in seiner gegenwärtigen Fassung (unter Berücksichtigung des Bundesverfassungsgesetzes vom 7. Dezember 1929: Art. 15 Abs. 5, Art. 17 Abs. 1 und 2, Art. 103 Abs. 1, Art. 104 Abs. 2.

Behörden-Überleitungsgesetz vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94/1945: § 3 Abs. 1 und 2 Ziffer 5, § 29 Abs. 2, § 65.

Gesetzliche (Gesetze, Verordnungen) und sonstige (Ministerratsbeschlüsse) Bestimmungen über den Aufgabenbereich der Bundesgebäudeverwaltung und sonstige wesentliche Umstände:

Gesetz vom 27. Juni 1908, RGBl. Nr. 123; Kundmachung des Gesamtministeriums vom 6. Juli 1908; hiezu: RGBl. Nr. 124.

Allerhöchste Entschließung vom 16. März 1835, Hofkammerdekret vom 19. März 1835, Zl. 12.117/1027.

Finanzministerialerlaß vom 7. Oktober 1865, Zl. 47.258.

Ferner:

Gesetz vom 14. März 1919, StGBl. Nr. 180.

Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920, StGBl. Nr. 451, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung.

Verordnung der Bundesregierung vom 9. April 1923, BGBl. Nr. 199.

Gesetz vom 25. Juli 1946 über die Geschäfte der obersten Bundesverwaltung, BGBl. Nr. 120.

Gehaltsüberleitungsgesetz 1946, BGBl. Nr. 22/1947, § 23 beziehungsweise Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54/1956, § 24 (Dienst- und Naturalwohnungen).

„Grundzüge der Bundesgebäudeverwaltung" (Ministerratsbeschluß), niedergelegt in Zl. 121.185/R aus 1032 des Bundesministeriums für Handel und Verkehr.

„Dienstvorschrift für die Gebäudeverwalter der Bundesgebäudeverwaltung", niedergelegt in Zl. 121.185/R aus 1932 des Bundesministeriums für Handel und Verkehr.

Bundesgesetz vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70 (Kompetenzgesetz 1966).

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 19. Oktober 1967, BGBl. Nr. 344, mit der die Besorgung von Geschäften der Verwaltung bundeseigener Liegenschaften und des staatlichen Hochbaues dem Landeshauptmann übertragen wird.

Liegenschaftsankauf und Liegenschaftserwerbung im Tauschwege

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen finanzgesetzlichen Ansätzen vorgesehen sind, bei den Ansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Nur für den Erwerb von Liegenschaften für die Kulturinstitute und österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland, für die Bauhöfe nach Maßgabe des Einganges zweckgebundener Einnahmen sowie für die Bundesstraßenverwaltung (einschließlich für Autobahnzwecke) ist weiterhin bei Kapitel 13, 20, 60 und 65 bzw. Titel 642/643 vorgesorgt (1973: 605·0, 1972: 524·4 Millionen Schilling). Der Erfolg 1971 betrug 494·2 Millionen Schilling.

Für die Erstellung von Neubauten ist naturgemäß die Bereitstellung ausreichend großer und zweckentsprechender Baugründe erforderlich. Sofern solche nicht von den Gemeinden kostenlos gewidmet werden, müssen sie käuflich erworben werden. Weiters erfolgt die Unterbringung von Dienststellen häufig in angekauften Gebäuden, sofern günstige Ankaufsangebote vorliegen und die Zweckadaptierung keine zu großen Kosten erfordert.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesem Ansatz auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften sowie Rückersätze für Veräußerungen aus den Vorjahren, die sich durch Rückstellungsentscheidungen usw. ergeben können, veranschlagt.

Unter dem Ansatz 5/64698 werden 9 v. H. der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1973 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Bauten und Technik für Liegenschaftsankäufe gründet sich auf § 3 Abs. 2 Z. 5 lit. a Behördenüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 94/1945, und auf das Bundesgesetz über die Errichtung eines Bundesministeriums für Bauten und Technik und Neuordnung des Wirkungsbereiches einiger Bundesministerien vom 25. Mai 1966, BGBl. Nr. 70.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Gebäudeerhaltung)

	Sachaufwand [21]) Mill. S	Einnahmen Mill. S
1971 *)	561·5	3·1
1972 **)	553·0	0·7
1973 **)	609·1	0·9

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[21]) Hievon außerordentliche Gebarung:

1971	191·6 Mill. S
1972	238·3 Mill. S
1973	285·0 Mill. S

Gebarung

Unter diesem Titel wird der Bedarf für Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz 1973, für die Bauarbeiten in Schulen der Unterrichtsverwaltung, Schlössern, Museen, Palais usw., Bauten für die Landesverteidigung, sonstigen Bundesgebäuden und den Einmietungen von Bundesdienststellen, sowie für den Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal zusammengefaßt. Es handelt sich dabei um Gebäudeerhaltungsarbeiten, somit um die laufende Instandhaltung bzw. wertvermehrende Investitionen (Generalsanierung) in diesen Objekten.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung um insgesamt rund 56 Millionen Schilling gegenüber dem Jahre 1972 ist vor allem auf Grund des höheren Prozentsatzes von Überweisungen an die Länder gemäß des Finanzausgleichsgesetzes, sowie auf die weitere Übernahme von Schulen der Unterrichtsverwaltung, von Museen, Schlössern, Palais und ähnlichen Kulturbauten und sonstigen Bundesgebäuden in die bautechnische Betreuung der Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung notwendig geworden. Ferner ist in dieser Erhöhung ein Betrag von rund 10 Millionen Schilling für den raschen Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal veranschlagt.

Bautechnische Betreuung

Die bautechnische Betreuung der Bundesgebäude wird im Rahmen der Bundesgebäudeverwaltung I von der Bundesgebäudeverwaltung I Wien, der Burghauptmannschaft in Wien, der Schloßhauptmannschaft Schönbrunn und der Schloßverwaltung Innsbruck und Ambras für die in ihren Verwaltungsbereich fallenden Bundesgebäude wahrgenommen.

Die Ämter der Landesregierungen (ohne Wien) betreuen bautechnisch die Bundesgebäude ihres Verwaltungsbereiches und diejenigen Bundesgebäude, welche im jeweiligen Bundesland von einer Finanzlandesdirektion, einem Oberlandesgerichtspräsidium (einschließlich der nicht verwalteten Strafanstalten) oder einem Landesschulrat verwaltet werden.

Die bautechnische Betreuung der Bundesgebäude im Rahmen der Bundesgebäudeverwaltung II wird von den beim Ansatz 645 genannten Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung II wahrgenommen.

Aufgaben

Ansatz 1/6470 Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 FAG 1973

Unter diesem Paragraph werden 9 v. H. des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1973 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Ansatz 1/6471 Schulen der Unterrichtsverwaltung

Der veranschlagte Betrag ist für die laufende Instandhaltung der Schulen der Unterrichtsverwaltung sowie für den zur Erhaltung dieser Gebäude notwendigen Nachholbedarf, insbesondere für Adaptierungen und Modernisierungen, vorgesehen.

Ansatz 1/6472 Museen, Schlösser, Palais und ähnliche Kulturbauten

Unter diesem Paragraph wird der Bedarf für die Instandhaltung und den Aufholbedarf von Museen, Schlössern, Palais und ähnlichen kulturell wertvollen Gebäuden gesondert von der Instandhaltung der Amtsgebäude veranschlagt.

Ansatz 1/6473 Bauten für die Landesverteidigung

Die Ausgaben betreffen entsprechende und angemessene Vorsorgen für die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen sowie Zweckadaptierungen an denselben.

Die nach Abschluß des Staatsvertrages von den Besatzungsmächten übernommenen Objekte befinden sich zum Teil noch in beschädigtem Zustande. Diese Gebäude sind für Zwecke des Bundesheeres instandzusetzen bzw. instandzuhalten und dienen zur Unterbringung von Truppen und Kommandostellen, Übungs- und Schießplätzen, Anstalten und Werkstätten. Einige Objekte wurden auch für Wohnzwecke adaptiert.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Kasernen hinsichtlich der sanitären Verhältnisse und der wirtschaftsbetrieblichen Notwendigkeiten nicht immer den Anforderungen ganz entsprechen. Weiters sind zahlreiche Baumaßnahmen notwendig, um behördlichen Vorschreibungen nachzukommen.

Ansatz 1/6475 Sonstige Bundesgebäude (BGV I)

Der veranschlagte Kredit ist für die laufende Instandhaltung der Amts- und Dienstwohngebäude, der land- und forstwirtschaftlichen Schulen, der Bundesanstalten und der Amtssitze internationaler Organisationen, sowie für den zur Erhaltung dieser Gebäude notwendigen Nachholbedarf vorgesehen.

Ansatz 1/6476 Sonstige Bundesgebäude (BGV II)

Der veranschlagte Betrag ist für die Instandhaltung der in Verwendung der Bundesgebäudeverwaltung II befindlichen zivilen Objekte bestimmt.

Ansatz 1/6477 Baumaßnahmen für Einmietungen der Bundesdienststellen

Unter diesem Paragraph wird der Bedarf für die bautechnische Betreuung der von den Ressorts gemieteten Objekte veranschlagt.

Ansatz 5/64783 Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal

Der veranschlagte Betrag ist für den weiteren Ausbau der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal bestimmt.

Titel 648 Bundesgebäudeverwaltung (Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	1.137·7	31·5
1973 **)	1.115·0	0·7
1973 **)	1.345·6	1·0

Gebarung

Aus den Beträgen dieses Titels sind die Kosten der Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten zu bedecken, die von elf Ressorts als erforderlich beansprucht werden.

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung der Ausgaben ist bedingt bei den Schulbauansätzen durch den Neubau dreier Wiener Mittelschulen, sowie durch den Ausbau des Bundessportzentrums Südstadt und bei den „Sonstigen Bundesbauten" durch den forcierten Ausbau des Bundesamtes für Besoldung und Verrechnung.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einnahmenhöhe ist auf zweckgebundene Beiträge zu Bundesbauten zurückzuführen, deren Ausmaß zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung nicht genau bekannt ist.

Es wurden veranschlagt:

Beim Ansatz 5/6480 Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 3 FAG 1973

Unter diesem Paragraph werden 9 v. H. des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1973 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Beim Ansatz 5/6481 Schulen der Unterrichtsverwaltung

A. Hochschulen:

Hochschulen, Kunstakademien, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

B. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (z. B. Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeninstitut Wien.

C. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere technische und gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen);

Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen);

die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein;

Alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

D. Bundessporteinrichtungen:

Bundessportzentrum Südstadt.

Beim Ansatz 5/6483 Bauten für die Landesverteidigung

Bauten der Landesverteidigung sind alle militärischen Objekte (z. B. Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen und militärische Wohnbauten).

Beim Ansatz 5/6484 Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten

Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten, Bundesgüter und zugehörige Landarbeiterwohnhäuser.

Beim Ansatz 1/6485 Sonstige Bundesbauten

Bundeskanzleramt: für Dienststellen des Bundeskanzleramtes.

Finanzen: Für Finanzlandesdirektionen, Finanzämter und Zolldienst- und Wohngebäude.

Justiz: für Gerichtsgebäude und Strafanstalten.

Soziale Verwaltung: Für Arbeits- und Invalidenämter.

Inneres: für Polizei- und Gendarmeriedienststellen.

Land- und Forstwirtschaft: für Amtsgebäude.

Handel, Gewerbe und Industrie: für Patentamt, Berghauptmannschaften und andere Dienststellen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Bauten und Technik: für Dienstgebäude des Eich- und Vermessungswesens, Beschußamt und sonstige Dienststellen.

Beim Ansatz 5/64863 Provisorischer Amtssitz UNIDO

Baukosten für die notwendigen Provisorien für die UNIDO. Die Überweisungen an die Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien-AG. werden ab 1972 beim Kapitel 54 mitverrechnet.

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	192·2	51·9	244·1	63·8
1972 **)	217·2	50·9	268·1	59·5
1973 **)	244·6	54·6	299·2	71·1

Gebarung 1971 bis 1973

Die Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Ausgaben	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Einrichtungen des Eichwesens.	34·4	38·0	43·1
Einrichtungen des Vermessungswesens	209·7	230·1	256·1
Ausgaben (Summe)...	244·1	268·1	299·2
Einnahmen			
Einrichtungen des Eichwesens.	37·5	37·6	43·6
Einrichtungen des Vermessungswesens	26·3	21·9	27·5
Einnahmen (Summe)...	63·8	59·5	71·1

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes ist auf die Vorsorge für die fälligen Vorrückungen und Beförderungen sowie für die Bezugsregelung für Bundesbedienstete zurückzuführen.

Der Sachaufwand wurde wegen der Erhöhung der Reisegebühren und wegen der notwendigen Anpassung an die gegebenen Erfordernisse erhöht veranschlagt.

Die Einnahmen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen sind gegenüber dem Vorjahre infolge Erhöhung sowohl der Eich- als auch der Vermessungsgebühren höher eingesetzt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ansatz 6490 Einrichtungen des Eichwesens

Aufgaben

Die Öffentlichkeit hat das Recht, zu verlangen, daß im öffentlichen Verkehr, im Gesundheits- und im Sicherheitswesen nur richtige Meßgeräte verwendet werden. Das Maß- und Eichgesetz schafft die Grundlagen zur Erfüllung dieser Forderung; die Gruppe Eichwesen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen ist beauftragt, für Ordnung im Maß- und Eichwesen und damit für die Schaffung der nötigen Vertrauensgrundlage für das Funktionieren der Gesamtwirtschaft Österreichs zu sorgen.

Der Gruppe Eichwesen obliegt es daher:

1. die Etalons der gesetzlichen Einheiten zu verwahren und zu überwachen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;

2. die einschlägigen Vorschriften dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt anzupassen und auch den Fortschritt im Prüfungs- und Normungswesen zu berücksichtigen;

3. für die eichpflichtigen Meßgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen auszuarbeiten und zu erlassen;

4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;

5. Meßgeräte zu eichen;

6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;

7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen;

8. die Eichämter Österreichs einheitlich auszurüsten sowie die Normalgeräte der Eichämter und der Abfertigungsstellen zu prüfen und zu beglaubigen.

Organisation

Die Gruppe Eichwesen gliedert sich in vier Abteilungen, die im bundeseigenen Gebäude, Wien 16, Arltgasse 35, untergebracht sind.

Die Abteilung „Technisch-administrative Angelegenheiten" besorgt insbesondere die Ausrüstung und Überwachung der Eichämter in den Bundesländern im Wege der drei Inspektoren der Eichaufsichtsbezirke [22]); es gibt derzeit 15 Stammeichämter und 55 Nebeneichämter (einschließlich Faßeichstellen). Ferner stehen 4 „fahrbare Eichämter", d. s. Sattelschlepper mit Anhänger, in denen die Meßgeräte eines Eichamtes eingebaut sind, für Eichungen zur Verfügung.

Die Tätigkeiten der übrigen Abteilungen der Gruppe Eichwesen, u. zw. „Allgemeines Meßwesen", „Elektrisches Meßwesen" und „Indu-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[22]) Näheres über den Bereich dieser Aufsichtsbezirke siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1961, Seite 182.

strielles Meßwesen" sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964, Seite 218, näher beschrieben.

Gesetzliche Grundlagen [23])

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950.

Verordnung über den Sitz der Eichämter und den Umfang ihrer fachlichen Befugnisse, BGBl. Nr. 230/1965 in der Fassung BGBl. Nr. 106/1971.

Eich-Zulassungsordnung, BGBl. Nr. 162/1953.

Eichstempelverordnung, BGBl. Nr. 239/1950.

Eichgebührenordnung 1972, BGBl. Nr. 292.

Schankgefäßeverordnung, BGBl. Nr. 122/1953 in der Fassung des BGBl. Nr. 139/1958 und des BGBl. Nr. 296/1961.

Flaschenverordnung, BGBl. Nr. 123/1953.

Verordnung betreffend eichpflichtige Meßgeräte, die nur geeicht in den Handel gebracht werden dürfen, BGBl. Nr. 47/1953.

Verordnung betreffend die wissenschaftlich-technische Untersuchung des Dauerverhaltens von Gaszählern, BGBl. Nr. 35/1954.

Ansatz 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Organisation

Unter diesem Ansatz wird der Aufwand des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen für die Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Bundesgrenzen" und die Gruppe „Landesaufnahme" veranschlagt.

Die Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Bundesgrenzen" gliedert sich in zehn Abteilungen, außerdem unterstehen ihr vier Vermessungsinspektoren mit dem Sitz in Wien, Linz, Graz und Innsbruck, denen die Aufsicht über die 68 nachgeordneten Vermessungsämter obliegt.

Die Gruppe „Landesaufnahme" umfaßt sechs Abteilungen.

Die Dienststellen in Wien sind untergebracht:
Wien 8, Friedrich Schmidt-Platz 3,
Wien 8, Krotenthallergasse 3,
Wien 18, Schopenhauerstraße 32—Theresiengasse Nr. 66,
Wien 1, Bellariastraße 8,
Wien 1, Hofburg, Schweizertrakt,
Wien 1, Hohenstaufengasse 3,
Wien 3, Hetzgasse 2,
Wien 3, Metternichgasse 4,
Wien 3, Vordere Zollamtsstraße 3,
Wien 10, Quellenstraße 72,
Wien 12, Vivenotgasse 53,
Wien 20, Gasteigergasse 2—4.

[23]) Siehe auch das „Übereinkommen über die Gründung einer internationalen Organisation für das gesetzliche Meßwesen (Eichwesen)", BGBl. Nr. 171/1958.

Aufgaben

Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Bundesgrenzen"

Die von den Dienststellen der Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Bundesgrenzen" und den nachgeordneten Vermessungsämtern auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — z. B. für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform — im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesonders:

1. Die Grundlagenvermessungen, u. zw.
   a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Feldes von Festpunkten,
   b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und zur Erforschung der Erdgestalt,
   c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und
   d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;
2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters (grundstückweise Umwandlung des Grundsteuerkatasters in einen Grenzkataster);
3. Die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters (bisher gehandhabte Neuvermessung aller Grundstücke);
4. die Führung des Katasters;
5. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Kataster (z. B. Grenzvermessungen, Erhebung der Benützungsarten);
6. die Vermarkung und Vermessung der Bundesgrenzen.

Die unter Ziffer 2, 4 und 5 angeführten Aufgaben obliegen den Vermessungsämtern, die übrigen Aufgaben den Abteilungen dieser Gruppe.

Technisch-administrative Angelegenheiten

Der Abteilung K 1 obliegen die organisatorischen, administrativen, budgetären und allgemeinen technischen Angelegenheiten, Ausbildungsangelegenheiten, technische Fragen der einschlägigen Gesetzgebung, die Koordinierung der Neuanlegung sowie der Führung des Katasters und darüber hinaus die Ausrüstung der Dienststellen und der 68 Vermessungsämter in den Bundesländern mit technischen Geräten.

Erdmessung

Der Abteilung K 2 obliegen die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und zur Erforschung der Erdgestalt, das Präzisionsnivellement und diesem nachgeordnete Nivellements sowie die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkraftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme.

Triangulierung

Der Abteilung K 3 sind die Schaffung und Erhaltung von Festpunkten für Zwecke der Erdmessung, der Landesaufnahme und des Grenzkatasters sowie für sonstige Zwecke übertragen.

Photogrammetrische Auswertung für den Kataster

Der Abteilung K 4 obliegt die Reambulierung der Katastralmappen auf Grund von Luftbildaufnahmen, die Durchführung des Feldvergleiches aus Luftbildern vor der Bodenschätzung sowie die Mitwirkung bei der Schaffung von Einschaltpunkten.

Elektronische Datenverarbeitung

Der Abteilung K 5 sind die maschinelle Bearbeitung des Schriftoperates, die geodätischen Rechenarbeiten, die automatische Punktauftragung und Kartierung sowie die Programmierung übertragen.

Allgemeine Neuanlegung

Der Abteilung K 6 obliegt die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters (ausgenommen nach einem Verfahren der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform).

Katastrale Bearbeitung agrarischer Operationen

Den der Abteilung K 7 unterstellten vier Katasterdienststellen für agrarische Operationen in Wien, Linz, Graz und Innsbruck sind die Vorbereitungsarbeiten zur Übernahme der Ergebnisse agrarischer Operationen in den Kataster sowie die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters nach Verfahren der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform übertragen.

Plankammer

Der Abteilung K 8 obliegt die kartographische Bearbeitung der Plan- und Kartenwerke des Katasters einschließlich Maßstabsänderungen, die Mikroarchivierung sowie die Archivierung aller Katastermappen und technischer Originalunterlagen der Neuvermessung durch das angegliederte Katastralmappenarchiv.

Bundesgrenzen

Der Abteilung K 9 ist die Vermarkung und Vermessung der Bundesgrenzen, die Darstellung des Verlaufes der Bundesgrenzen im Kataster und das Bundesgrenzarchiv übertragen.

Katastrale Bearbeitung der Bodenschätzungsergebnisse

Der Abteilung K 10 obliegt die Mitwirkung bei der Programmerstellung für den Feldvergleich und für die Schätzung. Weiters die Vorbereitungsarbeiten zur Übernahme der Bodenschätzungsergebnisse in den Kataster sowie die Planung des Feldvergleiches aus Luftbildern vor der Bodenschätzung.

Aufsicht über die Vermessungsämter in den Bundesländern

Den Vermessungsinspektoren in Wien, Linz, Graz und Innsbruck obliegt die Dienstaufsicht über die Vermessungsämter einschließlich der Mitwirkung bei den Fragen der technischen Planung, der Bodenschätzung, des Personaleinsatzes sowie der Ausrüstung und Unterbringung der Vermessungsämter.

Führung des Grenzkatasters

Den 68 Vermessungsämtern obliegt die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters und dessen Führung sowie die damit in Zusammenhang stehenden Amtshandlungen, insbesonders die katastrale Bearbeitung von neu gebauten und regulierten Straßen- und Wasserbauanlagen sowie Überprüfung und Bescheinigung der von den Vermessungsbefugten verfaßten Pläne.

Gruppe „Landesaufnahme"

Die Gruppe Landesaufnahme führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenzhaltung und Vervielfältigung der österreichischen Landkartenwerke durch.

Photogrammetrie

Die Abteilung L 1 ist mit Flugplanung und Befliegung für die topographische Neuaufnahme und Kartenrevision von Österreich befaßt. Weiters mit Aerotriangulierung, Beschaffung der Unterlagen für Auswertung und Entzerrung von Luftbildern, Luftbildaufnahmen für Bodenschätzung, Neuvermessung, Katasterfortführung, agrarische Zwecke sowie für diverse technische Projekte mit amtseigenen Vermessungsflugzeugen, Type „Aero-Commander" und Type „Pilatus-Turbo-Porter", im Umfang von jährlich zirka 12.000 Photokilometern. Numerisch-photogrammetrischer Koordinatenbestimmung von Punkten des E.P.-Netzes.

Topographie

Der Abteilung L 2 sind die stereoskopische Auswertung der von der Abteilung Photogrammetrie aufgenommenen Luftbildern für die topographischen Staatlichen Karten und für Arbeiten an den Bundesgrenzen übertragen. Wei-

ters mit der topographischen Neuaufnahme für die Karte 1 : 50.000 im Ausmaß von jährlich 3200 km² und Luftbildkrokierung im Ausmaß von jährlich 1000 km². Der topographischen Neuaufnahme kommt mit Rücksicht auf den Bedarf des Bundesministeriums für Landesverteidigung erhöhte Bedeutung und besondere Dringlichkeit zu.

Kartographie und Kartenrevision

Der Abteilung L 3 obliegt die kartographische Bearbeitung aller staatlichen Kartenwerke der Maßstäbe 1 : 50.000, 1 : 200.000 und 1 : 500.000 sowie deren Evidenzhaltung. Darüber hinaus werden jährlich etwa sieben Kartenblätter (3640 km²) im Gelände revidiert, wobei in erster Linie auf die Bedürfnisse der Landesverteidigung Rücksicht zu nehmen ist. Durch die starke Bautätigkeit und die damit verbundene rasche Veränderung des Karteninhaltes ist ein ständig steigender Arbeitsanfall in der Laufendhaltung der Karten festzustellen.

Gravur und Reprokartographie

Der Abteilung L 4 obliegt die Gravur der amtlichen topographischen Karten, Durchführung der Kartenrevision und Gravur der Sonderkarten.

Reproduktion und Druck

Der Abteilung L 5 sind die Herstellung von Kontaktkopien, Diapositiven und Luftbildvergrößerungen für Luftbildauswertung, für Anfertigung von Luftbildskizzen und Luftbildplänen übertragen. Der Umfang dieser Arbeiten wird durch Intensivierung des Einsatzes der Photogrammetrie immer größer. Außerdem ist durch die verstärkte Kartenrevision der Neu- und Nachdruck von Karten für das Bundesheer wesentlich zu beschleunigen. Hiezu kommen noch die Reproduktion für den Kataster, die sich insbesondere durch das Vermessungsgesetz und die Anforderungen öffentlicher Stellen für Planungsaufgaben, Flächenwidmungspläne und Ingenieurbauten bedeutend vermehrt haben. Pro Jahr fallen zirka 110.000 Reproduktionen und 9 Millionen Drucke an, wobei mit diesen Arbeiten auch umfangreiche Buchbinderarbeiten verbunden sind.

Technisch-wirtschaftliche Angelegenheiten

Die Abteilung L 6 hat die Ausrüstung des technischen Personals mit Geräten, Instrumenten und Materialien, die Führung der Inventar- und Materialgebarung, weiters die Bearbeitung der Gebäudeangelegenheiten im Zusammenwirken mit der Bundesgebäudeverwaltung I über.

Ferner obliegt es ihr, Bestellungen von Druckaufträgen, Luftbildern und Luftbildauswertungen entgegenzunehmen, die zugehörige Vorkalkulation und Ausarbeitung der Kostenvoranschläge vorzunehmen sowie den Kartenverlag und Kartenverkauf zu besorgen.

Schließlich hat die der Abteilung unterstellte Rechnungsstelle noch, soweit in den Kompetenzbereich der Abteilung gehörig, die Überwachung der gesamten Einnahmen- und Ausgabengebarung, die Betriebsabrechnungen und Nachkalkulationen durchzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

1. Die Vollzugsanweisung der Staatsregierung, StGBl. Nr. 380/1919, betreffend einheitliche Regelung des gesamten staatlichen Vermessungswesens (neuerlich in Geltung getreten laut BGBl. Nr. 85/1946);

2. Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968;

3. Verordnung mit der die Sprengel der Vermessungsämter bestimmt werden, BGBl. Nr. 386/1968;

4. Vermessungsverordnung, BGBl. Nr. 53/1969;

5. Vermessungsgebührenverordnung 1972, BGBl. Nr. 255/1972.

www.parlament.gv.at

Kapitel 65 Verkehr

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Verkehr [1]) umfaßt die Angelegenheiten der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenanstalt, der See- und Flußschiffahrt, des zivilen Luftverkehrs, die Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, Angelegenheiten des Personen-Kraftfahrlinienwesens, die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen) und der Post- und Telegraphenanstalt sowie die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft (Atomenergie) und deren Planung, die Förderung der Elektrifizierung und die Angelegenheiten der Bewirtschaftung von elektrischer Energie.

Titel 650 Bundesministerium für Verkehr

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	80·0	17·8	97·8	1·0
1972 **)	90·5	19·6	110·1	0·6
1973 **)	104·3	18·1	122·4	0·8

Unterschiede der Gebarung

Die ständige Steigerung der Personalaufwendungen ist bei fast gleichbleibenden Personalständen auf die den Bundesbediensteten zugestandenen Bezugserhöhungen und Teuerungszuschläge sowie auf die ab 1. Dezember 1972 wirksam werdende Zulagen- und Überstundenregelung zurückzuführen.

Die Steigerungen des Sachaufwandes gegenüber dem Jahre 1971 sind auf die Veranschlagung von Entschädigungen für die Beseitigung von Schiffahrtshindernissen (Höherlegung von die Donau überspannenden Rollfährenseilen) ab dem Jahre 1972 zurückzuführen. Das Absinken des Sachaufwandes im Jahre 1973 ist insbesondere auf einmalige Ausgaben im Jahre 1972 (z. B. öffentliche Abgaben) zurückzuführen.

Die Schwankungen bei den Einnahmen beruhen auf den jährlich nicht gleichbleibenden Erlösen aus dem Verkauf von Druckwerken (Fliegerkarten usw.) bzw. von nicht mehr einsatzbereiten Dienstkraftwagen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Neue Bezeichnung laut BGBl. Nr. 205/1970.

Gebarung

Veranschlagt sind unter Titel 650 neben der Zentralsektion und der Sektion II „Oberste Eisenbahnbehörde" die Gebarung der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung sowie die Gebarungen der Sektion IV (Elektrizitätswirtschaft) soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen. Unter den sachlichen Ausgaben sind an gesetzlichen Verpflichtungen für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, ECAC-Paris, ITA-Paris, AIPCN-Brüssel, CIGRE-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern, OITAF-Rom sowie an die OECD-Paris für die CEMT insgesamt 1·838 Millionen Schilling vorgesehen. Weiters wurden für die verkehrspolitische Bundesaufsicht 0·053 Millionen Schilling beim Personalaufwand veranschlagt.

Außerdem werden die Kosten der Lastverteilung [2]) (nach Maßgabe der Einnahmen) bei einer entsprechenden Post verrechnet.

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)

	Sachaufwand	Einnahmen
	Mill. S	
1971 *)	360·9	0·0
1972 **)	353·5	0·0
1973 **)	353·0	0·0

Unterschiede der Gebarung

Der Gebarungsrückgang in den Jahren 1972 und 1973 beruht darauf, daß die Schuld des Bundes bei der Österreichischen Donaukraftwerke AG (Errichtung zusätzlicher Schleusenanlagen bei Kraftwerken für die Schiffahrt) im Jahre 1971 zur Gänze getilgt werden konnte.

Abgeltungen an die Österreichischen Bundesbahnen

Die zur Abgeltung von Einnahmeausfällen aus Tarifermäßigungen im Eisenbahnverkehr der Österreichischen Bundesbahnen, die nicht aus betriebswirtschaftlichen Rücksichten gewährt werden (Sozial- und Subventionstarife), vorgesehenen Mittel sind gemäß § 18 des Bundesbahngesetzes (BGBl. Nr. 137/1969) im Jahre 1973 in Höhe von 350 Millionen Schilling veranschlagt.

Allgemeiner Verkehr

Die veranschlagten Kosten für allgemeine Werbemaßnahmen für Verkehrseinrichtungen im Wege der Österreichischen Verkehrswerbung

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[2]) Siehe BGBl. Nr. 207/1952 (Lastverteilungsgesetz) in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 131/1954, 108/1955, 279/1955, 258/1956, 278/1957, 280/1958, 285/1959, 303/1960, 314/1961, 121/1963, 328/1965, 309/1966, 405/1968, 410/1970 und 491/1971.

Ges. m. b. H. sind bei den Ansätzen 65118, 78358 und 79358 mit entsprechenden Teilbeträgen vorgesehen und sollen folgenden Zwecken zugeführt werden:

Die bisher mit Erfolg eingeführten Werbeaktionen und Standardwerbemittel sollen wegen der Kontinuität des Werbeerfolges und unter Bedachtnahme auf den wirtschaftlich bestmöglichen Einsatz der Geldmittel beibehalten werden. Aus Gründen des Wettbewerbs mit anderen weitaus werbeintensiveren westeuropäischen Ländern ist es aber auch notwendig, neue Werbemaßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Frequenzsteigerung bei den öffentlichen Verkehrseinrichtungen und damit zu einer Verbesserung des Betriebsergebnisses führen sollen. Neben der Bestreitung der Kosten für die Abhaltung der alljährlich stattfindenden Verkehrstagung, der im Interesse einer gesamtösterreichischen Zusammenarbeit auf dem Verkehrssektor größte Bedeutung zukommt, dient der Aufwandskredit weiters zur Bestreitung der Kosten im Zusammenhang mit der Beteiligung an Kongressen, Tagungen usw. sowie für den Ankauf von Werbepublikationen und für verschiedene der Werbung in allen Sparten des Verkehrssektors dienende Maßnahmen.

Elektrizitätswirtschaft

Die hier veranschlagten Aufwandskredite dienen der Finanzierung von Studien über die Entwicklung des Strombedarfes und sonstige wissenschaftliche, technische und rechtliche Fragen der österreichischen Elektrizitätswirtschaft sowie zur Herausgabe von Veröffentlichungen über die österreichische Elektrizitätswirtschaft (Bauprogramm, Bundesstatistik, Schriftenreihe „Österreichische Kraftwerke in Einzeldarstellungen" und ähnliches). Ferner sollen Untersuchungen über Rationalisierungsmaßnahmen an Kraftwerks- und Leitungsbaustellen, Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Unfallsverhütung auf Baustellen und Anlagen von Kraftwerken, Untersuchungen für die Elektrifizierung der Landwirtschaft, Rahmenplanungen und Beteiligungen an Ausstellungen finanziert werden.

Außerdem werden nach Maßgabe der Einnahmen die Aufwendungen im Vorprüfungsverfahren, betreffend Anträge auf Neufestsetzung von Strompreisen, bei den entsprechenden Posten mitverausgabt.

Zivilschutz (Elektrizitätswirtschaft)

Bei diesem „Verrechnungsansatz" ist die Verrechnung der Kosten für Flutwellenberechnungen und sonstige Untersuchungen sowie für den Aufbau eines Warn- und Alarmschutzes für die auf Grund der Flutwellenberechnungen als gefährdet anzusehenden Gebiete vorgesehen. Die Veranschlagung der hiezu notwendigen Kredite erfolgt beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111), während die Verrechnung beim Ressortansatz vorgenommen wird.

Zivilschutz (Post- und Telegraphenverwaltung)

Für den Zivilschutz ist im Bundesvoranschlag 1973 wie im Vorjahr beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111) vorgesorgt. Die Verrechnung der Zivilschutzgebarung erfolgt jedoch nach Genehmigung der erforderlichen Ausgaben im Wege eines finanziellen Ausgleiches bei der Ressortgebarung.

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)

	Sachaufwand Mill. S	Einnahmen
1971 *)	84·6	6·9
1972 **)	102·1	7·7
1973 **)	137·8	8·4

Unterschiede der Gebarung

Das Ansteigen der Förderungsausgaben ist begründet durch die erforderliche Leistung erhöhter Sozialtarifentschädigungen (Schülerfreifahrten) auf Grund des Privatbahnunterstützungsgesetzes 1959 und von Investitionszuschüssen an die nicht bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen, weiters durch die Bereitstellung vermehrter Mittel für die Gewährung von Zinsenzuschüssen zur Kreditverbilligung auf dem Verkehrssektor sowie letztlich durch die Zurverfügungstellung höherer Beträge für Investitionen im Bereiche der Donauhäfen Wien und Linz.

Auf der Einnahmenseite entspricht die Steigerung den vereinbarten Darlehensrückzahlungen sowie den Einnahmenanteilen gemäß § 5 des Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetzes.

Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten

Der Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. An freiwilligen Förderungsausgaben sind 0·7 Millionen Schilling, denen Einnahmen in gleicher Höhe gegenüberstehen, vorgesehen. Dem Fonds fließen Anteile von Zuschlägen zu Sonderpostmarken [3]) zu. Diese werden gemäß den Bestimmungen des Statuts zur Gewährung von zinsenlosen Darlehen und Unterstützungen an sozial bedürftige Post- und Telegraphenbedienstete verwendet.

---

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[3]) Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag fließen aus dem Zuschlagerlös 10% dem Hilfsfonds der Post- und Telegraphenbediensteten zu.

Länden- und Hafeneinrichtungen

Als Beitragsleistung des Bundes zur verkehrstechnischen Ausgestaltung der Häfen Linz und Wien sind 2·500 Millionen Schilling vorgesehen. Die Rechtsgrundlage für diese Beitragsleistung bildet das Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955.

Zivilluftfahrt

Der ständige technische Fortschritt auf allen Gebieten der internationalen Zivilluftfahrt erfordert es, daß sich auch Österreich diesem Trend anschließt und alle Anstrengungen unternimmt, um gegenüber anderen hochentwickelten luftfahrttreibenden Staaten nicht zurückzufallen.

Der vielfältige Einsatz von Luftfahrzeugen erfordert eine erhöhte Bedachtnahme auf die Sicherheit in der Luftfahrt. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die mit den geographischen Gegebenheiten Österreichs ursächlich im Zusammenhang stehende Errichtung bestausgestatteter Zivilflugplätze nach verkehrspolitischen Gesichtspunkten zu richten. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß anläßlich der 6. Europäischen Luftfahrtkonferenz der ICAO (International Civil Aviation Organization) im November 1971 in Genf Österreich aufgefordert wurde, neben seinen Flughäfen nunmehr auch vier Flugfelder, und zwar Hohenems—Dornbirn, Zell am See, St. Johann i. T. und Wels als öffentliche Flugplätze bis zum Jahre 1975 auszubauen. Diese Plätze sind nun in dem ICAO-Regionalplan aufgenommen, und müssen bis zu diesem Zeitpunkt in ihrer Ausstattung den ICAO-Normen angepaßt werden. Desgleichen muß danach getrachtet werden, den Funksprechverkehr und dessen Ausbildung zur Sicherheit der Piloten besonders bei auftretenden Gefahren weiter auszubauen.

Ebenso ist jenem Personenkreis, dem die Heranbildung eines erstklassigen fliegerischen Nachwuchses übertragen ist, aber auch dem Bodenpersonal durch zweckentsprechende Maßnahmen eine geeignete Fortbildungsmöglichkeit zu bieten. Wie in all diesen Fällen ist eine Förderung auch dort angebracht, wo durch den freiwilligen Einsatz von Organisationen der Rettungsflugwacht die Allgemeinheit in Flugnot- und Katastrophenfällen Hilfeleistungen erwarten kann.

Allgemeiner Verkehr

Gesetzliche Grundlagen

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 25. Juli 1946, BGBl. Nr. 120/1946, ist das Bundesministerium für Verkehr für Angelegenheiten der Fremdenverkehrsförderung, soweit sie sich auf die öffentlichen Verkehrsbetriebe beziehen, zuständig.

Gebarung

Entsprechend der besonderen Bedeutung, welche den öffentlichen Verkehrsträgern insbesondere im Rahmen des Fremdenverkehrs zukommt, sollen jene bisher mit Erfolg durchgeführten Maßnahmen, welche vornehmlich die Gewährung von Zuschüssen zu Investitionskosten oder Beiträge zur Erleichterung der Zinsenlast der aufgenommenen Fremdmittel beinhalten, ermöglicht werden. Diese Unterstützungen dienen nicht nur der Errichtung von neuen Projekten, sondern auch der Modernisierung bestehender Anlagen und haben speziell die Verbesserung der Infrastruktur unseres Landes zum Ziele. Die aus dem ERP-Fonds für den Verkehrssektor zur Verfügung stehenden Mittel zur Abdeckung der eingereichten Projekte reichen bei weitem nicht aus. Zur Gleichstellung der Konditionen des Zinsendienstes für die auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommenen Investitionskredite mit den aus dem ERP-Fonds gewährten Darlehen ist ein zusätzlicher Betrag in entsprechender Höhe für Zinsenzuschüsse vorgesehen.

Neben diesen unmittelbar der Verkehrswirtschaft zugute kommenden Unterstützungen bedürfen noch verschiedene andere Aufgabenbereiche, wie z. B. der Umweltschutz (Lärmbekämpfung) und Institutionen, deren Tätigkeit eine Verbesserung der Auslastung der Verkehrseinrichtungen herbeiführt, finanzieller Zuwendungen, um ihren gesamtösterreichischen Zielsetzungen gerecht werden zu können.

Elektrizitätswirtschaft

Bei diesem Ansatz sind, um die Stromversorgung auch in abgelegenen Gebieten sicherzustellen, Beträge für die Darlehensgewährung an kleinere private und kommunale Elektrizitätswerke mitveranschlagt.

Diesen Unternehmungen, die der öffentlichen Stromversorgung von begrenzten Versorgungsgebieten dienen, soll die Erfüllung der elektrizitätswirtschaftlichen Aufgaben erleichtert bzw. sogar erst ermöglicht werden.

Gemäß einem Beschluß des Ministerrates vom 24. Mai 1956 ist auch für das Jahr 1973 Vorsorge zu treffen, daß den Hinterbliebenen der beim Lawinenunglück in Kaprun am 5. Dezember 1955 Verunglückten, insbesondere an Waisenkinder, Beihilfen gewährt werden. Es ist weiters beabsichtigt, Fachleuten der Elektrizitätswirtschaft und auch Schülern technischer Fachschulen, die Durchführung von Exkursionen zu Kraftwerks- und Leitungsanlagen durch Gewährung von Zuschüssen zu ermöglichen.

Unterstützung nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen

Dieser Kredit dient der Gewährung von Unterstützungen an nicht bundeseigene Unterneh-

mungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, gemäß Privatbahnunterstützungsgesetz 1959, in der Fassung BGBl. Nr. 330/1963 und 442/1968, sowie gemeinsam mit den interessierten Bundesländern zur Gewährung von Subventionen zwecks Durchführung notwendiger Investitionen der Privatbahnen.

Verstaatlichte Unternehmungen

Der Bund ersetzt der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDSG) nach Möglichkeit den Abgang aus der Personenschiffahrt und den Aufwand für einen Teil der sogenannten „Altpensionen". Hiefür ist insgesamt ein Betrag von 13·240 Millionen Schilling veranschlagt.

Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl Nr. 54, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln gewährt werden. Für die Wohnraumbeschaffung werden im Einzelfall Vorschüsse bis zum Betrag von 40.000 S gewährt.

Titel 653 Zivilluftfahrteinrichtungen

Ansatz 6530 Bundesamt für Zivilluftfahrt (Betriebsähnliche Einrichtung)

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *) ..	89·7	81·5	171·2	2·3
1972 **) ..	93·9	101·1	195·0	0·7
1973 **) ..	109·4	98·6	208·0	6·8

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes wurde durch die Erhöhung der Bezüge laut Kollektivvertrag für die Bediensteten des Bundesamtes für Zivilluftfahrt ab 1. September 1971, durch neuerliche Bezugsregelungen für Beamte sowie durch den Personalzuwachs um 23 Bedienstete bewirkt.

Die Steigerung des Sachaufwandes gegenüber 1971 ist bedingt durch die Errichtung neuer Flugsicherungsanlagen bzw. Verbesserung bestehender Anlagen und der damit verbundenen Erhöhung des Betriebskostenaufwandes des Bundesamtes für Zivilluftfahrt, und durch Lohn- und Preissteigerungen. Die Aufwendung für die Beschaffung neuer Anlagen sind allerdings nunmehr auf einen längeren Zeitraum verteilt, sodaß im Jahre 1973 gegenüber 1972 ein leichter Rückgang des Sachaufwandes eintritt.

Die Steigerung der Einnahmen ist auf den zwischen der Republik Österreich und der EURO-CONTROL abgeschlossenen Vertrag über die Gebühren für die Bereitstellung von Streckennavigationseinrichtungen und -diensten zurückzuführen.

Aufgaben

Auf Grund des Luftfahrtgesetzes 1957, BGBl. Nr. 253 und der nach diesem Gesetz erlassenen Verordnungen obliegt dem Bundesamt für Zivilluftfahrt u. a. die Flugsicherung (§§ 119 und 120) und die Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen (§ 95 [2]).

Ferner ist, besonders hinsichtlich der technischen und verfahrensmäßigen Richtlinien für die Ausübung des Flugsicherungsdienstes im einzelnen, das Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt mit seinen in „Annexen" und sonstigen Dokumenten festgelegten Empfehlungen maßgebend.

Die Flugsicherung umfaßt (§ 119):

a) die Luftverkehrsregelung einschließlich der Bewegungslenkung auf Flugplätzen,
b) die Unterstützung der Luftfahrzeugführung durch Ortungshilfen (Luftnavigationshilfe),
c) die Flugberatung,
d) den Flugwetterdienst,
e) die Überwachung der Einhaltung der für Luftfahrzeuge geltenden Sicherheitsvorschriften,
f) die luftfahrtbehördliche Abfertigung der Luftfahrzeuge einschließlich ihrer Besatzung,
g) den Fernmeldeverkehr für Flugsicherungszwecke und
h) die Mitwirkung an dem der Luftfahrt dienenden Such- und Rettungsdienst, insbesondere dem Alarmdienst.

Nach diesen gesetzlichen Grundlagen ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt verpflichtet, die Leistungen der Flugsicherungsdienste für die gesamte Luftfahrt — außerhalb der Ausnahmebereiche gemäß § 121 LFG auch für die Militärluftfahrt — zu erbringen und die hiefür erforderlichen technischen Anlagen zu errichten und zu betreiben.

Die Kosten der Errichtung und Erhaltung von Flugsicherungsanlagen, die ausschließlich der Sicherheit des Abfluges oder der Landung dienen, sind endgültig von den Flugplatzhaltern zu tragen und werden diesen zur Refundierung vorgeschrieben.

Für die Überflüge können nach den derzeitigen Regelungen (BGBl. Nr. 56/1972, 57/1972 und 58/1972), Gebühren eingehoben werden, durch die 15% der Kosten für den entsprechenden Anteil der Flugsicherung gedeckt werden. Die Einhebung erfolgt seit November 1971 über „EURO-

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

CONTROL" in dem erwähnten, für eine Reihe von westeuropäischen Staaten einheitlichen Ausmaß. Für spätere Perioden ist eine allmähliche Anhebung des Prozentsatzes bis auf 100% in Aussicht genommen. Dabei werden auch Verzinsung und Abschreibung für die jetzt zu errichtenden Anlagen in Rechnung gestellt werden, sodaß es sich nicht mehr um einen verlorenen Aufwand handelt.

Verwaltungsaufwand

Hier ist der für den administrativen Betrieb erforderliche Aufwand veranschlagt. Die gegenüber dem Erfolg 1971 und dem Bundesvoranschlag 1972 erhöhte Anforderung ist bedingt durch die Neueinrichtung bzw. Ausstattung des neuen Amtsgebäudes in der Schnirchgasse, sowie durch die Auswirkungen des 9. Nachtrages zum Kollektivvertrag für die Bediensteten des Bundesamtes für Zivilluftfahrt in bezug auf die Reisegebühren und Aufwandsentschädigungen.

Anlagen

Der stetig zunehmende Luftverkehr erfordert, neben der Fertigstellung im Bau befindlicher Flugsicherungsanlagen und dem Ausbau bereits bestehender Anlagen, die Neuanschaffung einer Wetterradaranlage im Raum Salzburg, welche die von Genf bis Wien reichende Alpenwetterradarkette schließen wird. Die Errichtung der beiden VOR-DME-Anlagen in Bruck bzw. Villach dient der Streckennavigation und ist von internationaler Bedeutung. Für die Automation der Flugverkehrskontrolle sind auch für 1973 nur Mittel zur Durchführung von Versuchen und Studien vorgesehen.

Aufwandskredite

Die gegenüber dem Erfolg 1971 erhöhten Anforderungen in den Jahren 1972 und 1973 sind auf die stetig zunehmende Anzahl in Betrieb stehender Flugsicherungsanlagen zurückzuführen. Hiezu kommt die Notwendigkeit der beschleunigten Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen, deren Instandhaltung, sowie fallweise deren Beseitigung auf Grund der von der Obersten Zivilluftfahrtbehörde erlassenen Bescheide.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetzliche Grundlage ist das Luftfahrtgesetz (BGBl. Nr. 253/1957) und die zu seiner Durchführung erlassenen Verordnungen, und zwar BGBl. Nr. 66/1958 (Luftfahrzeugregister- und Kennzeichenverordnung), 67/1958 (betr. Nachweis der Lufttüchtigkeit durch ausländische Lufttüchtigkeitszeugnisse), 111/1958 (betr. Überfliegen der Bundesgrenze), 219/1958 (Zivilluftfahrt-Personalverordnung), 74/1960 und 217/1965 (Zivilluftfahrt-, Such- und Rettungsdienstverordnung), 106/1961 (betr. Zivile Segelflugzeug-Erprobungsbereiche), 13/1966 und 384/1969 (betr. Festlegung von Flugbeschränkungsgebieten und von Gebieten, auf die sich die Flugsicherung nicht erstreckt) und 56/1967, 42/1968, 383/1969, 22/1971 und 115/1972 (betr. Luftverkehrsregeln).

Ferner sind als gesetzliche Grundlagen auch das Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt sowie die Konvention der meteorologischen Weltorganisation (WMO) anzusehen, denen Österreich beigetreten ist (BGBl. Nr. 97/1949 bzw. BGBl. Nr. 64/1958). Demnach ist Österreich verpflichtet, die von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) beschlossenen Richtlinien sowie die Beschlüsse der meteorologischen Weltorganisation (WMO) zu beachten.

Grundlage zur Einhebung der Gebühren für die Bereitstellung von Streckennavigationseinrichtungen und -diensten (Flugsicherungsstreckengebühren) sind die Bestimmungen des Vertrages mit der EUROCONTROLL, BGBl. Nr. 56/1972, des Bundesgesetzes betreffend Flugsicherungsstrekkengebühren, BGBl. Nr. 57/1972, sowie der Verordnung betreffend die Höhe der Flugsicherungsstreckengebühren, BGBl. Nr. 58/1972 in der Fassung BGBl. Nr. 212/1972.

Zivilschutz

Für den Zivilschutz ist im Bundesvoranschlag 1973 wie im Vorjahr beim Bundesministerium für Inneres (Ansatz 1111) vorgesorgt. Die Verrechnung der Zivilschutzgebarung erfolgt jedoch nach Genehmigung der erforderlichen Ausgaben im Wege eines finanziellen Ausgleiches bei der Ressortgebarung.

Titel 654 Amt für Schiffahrt einschließlich Dienststellen der Schiffahrtspolizei

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	4·1	9·5	13·6	0·1
1972 **)	5·4	10·9	16·3	0·1
1973 **)	6·6	11·3	17·9	0·1

Unterschiede der Gebarung

Die Steigerung des Personalaufwandes in den Jahren 1972 und 1973 ist einerseits auf die Zuweisung von Dienstposten für das auf Grund des Bundesgesetzes vom 17. Feber 1971, BGBl. Nr. 91, errichtete Amt für Schiffahrt und anderseits auf die den Bundesbediensteten zugestandenen Bezugserhöhungen und Teuerungszuschlägen sowie auf die ab 1. Dezember 1972 wirksam werdende

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Zulagen- und Überstundenregelung zurückzuführen.

Die Ausweitung des Sachaufwandes hängt insbesondere damit zusammen, daß im Bereiche der Schleuse Ottensheim der Einbau einer Schiff-Abfangvorrichtung vorgesehen ist, wodurch Beschädigungen der Schleusentore durch auffahrende Schiffe verhindert und somit hohe Reparaturkosten vermieden werden können. Außerdem wurde die Verwaltung der der Schiffahrt dienenden Liegenschaften und Objekte mit 1. Jänner 1972 dem Amt für Schiffahrt übertragen und muß der damit zusammenhängende Aufwand von diesem Amt bestritten werden.

Aufgaben

Das Amt für Schiffahrt übt seine Tätigkeit ab 20. September 1971 auf Grund des Schiffahrtspolizeigesetzes, BGBl. Nr. 91/1971, aus. Dem Amt für Schiffahrt und den Dienststellen der Schiffahrtspolizei obliegen die Wahrnehmung der in diesem Gesetz der Behörde auf Wasserstraßen übertragenen Aufgaben einschließlich des Verwaltungsstrafverfahrens. Die Schiffahrtspolizeidienststellen (Strom-, Hafen- und Schleusenaufsichten) befinden sich in Wien, Hainburg, Wildungsmauer, Höflein, Tulln, Zwentendorf, Krems/Donau, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Mauthausen, Linz, Aschach und Engelhartszell.

Gebarung

Der Anlagenansatz ist überwiegend für die Beschaffung von Wasserfahrzeugen, von Sonderanlagen (z. B. Radaranlage Wallsee), für die Errichtung öffentlicher Länden zwecks Unterstützung der Schiffahrt sowie für die Anschaffung und Aufstellung von Signalanlagen entsprechend den Empfehlungen der Donaukommission vorgesehen. Außerdem muß für die Bediensteten der Schleuse beim Kraftwerk Ottensheim ein Wohnhaus errichtet werden.

Die unter den Aufwandskrediten (Ermessenskredite) vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schiffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffahrtspolizeidienststellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für die Bedürfnisse der Schiffseichung, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Jochenstein, Wallsee, Ottensheim und Aschach sowie für Aufwendungen infolge des Beitrittes der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Schleuse Ybbs-Persenbeug

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Verbundgesellschaft werden die Betriebskosten der Schleuse Ybbs-Persenbeug je zur Hälfte vom Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke AG getragen.

Schleuse Jochenstein

Auf Grund des Regierungsübereinkommens über das Kraftwerk Jochenstein sind die Kosten des Betriebes und der Erhaltung für die auf österreichischem Staatsgebiet liegenden Schiffahrtsanlagen von der Republik Österreich zu tragen.

Schleusen Aschach, Wallsee und Ottensheim

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke AG werden die Verwaltungs- und Betriebskosten zu 45% vom Bund und zu 55% von der Österreichischen Donaukraftwerke AG getragen.

Für die Schleuse Ottensheim, die im September 1972 in Betrieb genommen wird, fallen erstmals im Jahre 1973 derartige Kosten an. Außerdem sind auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke AG die Anschaffungskosten für die Schiff-Abfangvorrichtung ebenfalls im Rahmen der Betriebskosten zu verrechnen.

Kapitel 70 Staatsdruckerei

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *) ..	141·1	143·7	284·8	261·6
1972 **) ..	144·0	145·6	289·6	255·3
1973 **) ..	172·0	152·1	324·1	308·7

Allgemeines

Die Staatsdruckerei, gegründet 1804, ist seit fast 170 Jahren die führende graphische Anstalt des Staates. Sie ist ein dem Bundeskanzleramt unmittelbar unterstellter Betrieb.

Unterschiede der Gebarung

Der Mehraufwand beim Personalaufwand gegenüber 1972 ist vor allem auf die Bezugserhöhungen der öffentlich Bediensteten zum 1. Juli 1972 und 1. Juli 1973 gemäß der 24. Gehaltsgesetz-Novelle bzw. der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle sowie auf die Erhöhung der Kollektivvertragslöhne der Arbeiter zum 31. Jänner 1972 und 4. September 1972 und die Erhöhung der Anzahl der Dienstposten für Kollektivvertragsarbeiter zurückzuführen. Bei den Dienstgeberbeiträgen wurde die Erhöhung der Löhne und Gehälter berücksichtigt sowie für Überweisungsbeträge an Pensionsversicherungsträger infolge zu erwartender Entlobung von angelobten Arbeitern vorgesorgt.

Im Sachaufwand sind bei den Anlagen die Ausgaben hauptsächlich für den Ankauf einer Lichtsatzanlage, einer Formularrotationsmaschine, für die Neueinrichtung der Galvanoplastik und für den Ausbau technischer Einrichtungen zur Deckung des vermehrten Energiebedarfes sowie infolge eingetretener und zu erwartender Preissteigerungen notwendig. Bei den Aufwandskrediten (Gesetzlichen Verpflichtungen) mußten die Auswirkungen der Umstellung der Umsatzsteuer auf Mehrwertsteuer berücksichtigt werden. Die Erhöhung der Aufwandskredite ist hauptsächlich auf den vermehrten Bedarf an teurerem Papier für die Herstellung automatisch verwendbarer Drucksorten sowie auf Preiserhöhungen bei den Roh- und Hilfsstoffen und den Leistungen durch Dritte zurückzuführen.

Die Einnahmen wurden unter der Voraussetzung der weiteren Vollbeschäftigung des Betriebes und unter Berücksichtigung der erhöhten Produktionskapazität sowie der gestiegenen Produktionskosten, welche bei den Verkaufspreisen einkalkuliert werden, angesetzt.

Betriebswirtschaftliche Situation

Unter Berücksichtigung der Pensionslasten (1971 ... 24·7 Millionen Schilling), welche die Staatsdruckerei zu tragen hat, der Steuerleistungen (1971 ... 17·8 Millionen Schilling) infolge der vollen Steuerpflicht und der vorgenommenen vorzeitigen Abschreibungen (1971 ... 13·1 Millionen Schilling) kann das Bilanzergebnis der letzten Jahre als sehr günstig bezeichnet werden. Dieser Wirtschaftserfolg wird in den nächsten Jahren nur beibehalten oder sogar noch ausgebaut werden können, wenn die Staatsdruckerei die staatlichen Großaufträge möglichst vollzählig erhält und durch gezielte Investitionen in der Lage ist, die in Umstellung befindliche Verwaltung mit den im Zusammenhang mit der modernen Bürotechnik (Datenverarbeitungsanlagen usw.) erforderlichen Druckerzeugnissen zu versorgen. Hiedurch kann auch das Produktionsvolumen noch gesteigert werden.

Aufgabenbereich

Den Großteil der Produktion bilden die von den einzelnen Zweigen der Bundesverwaltung benötigten Druckarbeiten der verschiedensten Art. Bei der Staatsdruckerei wird auch das Publikationsorgan der Österreichischen Bundesregierung, die „Wiener Zeitung“ [1]), hergestellt, weiters das Bundesgesetzblatt der Republik Österreich und die verschiedenen Verordnungsblätter sowie alle Vorschriften und Dienstbehelfe der Ämter und Behörden. Eine wichtige Gruppe des Arbeitsgebietes dieses Bundesbetriebes bilden die dem staatlichen und privaten Zahlungsverkehr dienenden Druckarbeiten für die Postverwaltung und das Postsparkassenamt. Ein eigener Verlag sorgt für das Erscheinen kommentierter Gesetzesausgaben und sonstiger Dienstvorschriften. Eine Monopolstellung in der graphischen Industrie Österreichs nimmt die Staatsdruckerei durch die Herstellung von geldwerten Drucken, das sind Stempel- und Briefmarken, Obligationen, Aktien und sonstige Wertzeichen, ein.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

[1]) Gegründet im Jahre 1703.

Kapitel 71 Bundestheater

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *) ..	469·7	129·0	598·7	154·0
1972 **) ..	516·0	125·0	641·0	150·0
1973 **) ..	590·0	128·8	718·8	160·0

Allgemeines

Das Burgtheater, als Nachfolgerin des k. k. Hofburgtheaters, kann auf einen 196jährigen Bestand zurücksehen. Die Staatsoper wurde in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet. Das Akademietheater, das gleichzeitig der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien [1]) für Unterrichtszwecke dient, begann seine Spielzeit im Jahre 1923. Die Volksoper wird von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt.

Unterschiede der Gebarung

Die Zunahme der Ansätze für den Personalaufwand in den Jahren 1972 und 1973 ist auf die Auswirkungen des Arbeitszeitgesetzes und die bewilligten Bezugserhöhungen zurückzuführen. Die Steigerung beim Sachaufwand gegenüber dem Jahre 1972 beruht im wesentlichen auf den Erfordernissen für Baumaßnahmen und Instandsetzungen bei den Bundestheatergebäuden sowie auf der Berücksichtigung verschiedener Kostensteigerungen.

Ermäßigungen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde berücksichtigt, daß an das Theater der Jugend, den Kulturring der Stadt Wien, den Österreichischen Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen abgegeben werden.

Organisation

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst.

Auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, Zl. A.E. 984-Präs/71, wurde die Bundestheaterverwaltung in den Österreichischen Bundestheaterverband umgewandelt. Die Leitung dieses Verbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper, dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten und dem Generalsekretär.

Spielordnung

Es bestehen vier ständig bespielte Bundestheater: das Burgtheater, das Akademietheater, die Staatsoper und die Volksoper. Die Staatsoper bespielt auch gelegentlich den Redoutensaal. Außerdem werden Gastspiele im In- und Ausland absolviert.

Stellenplan

Im Stellenplan 1973 sind beim Österreichischen Bundestheaterverband folgende Dienstposten vorgesehen:

Burg- und Akademietheater	807
Staatsoper	1.257
Volksoper	701
Generalsekretariat	80
Summe ...	2.845

hievon bei:

Unterricht und Kunst, Gruppe „Österreichische Kulturinstitute“ ..	1
Bauten und Technik, Gruppe „Bundesbaudienst Wien“	16

Besucherzahlen

In den Jahren 1968 bis 1971 wiesen die Bundestheater folgende Besucherzahlen auf:

	1968	1969	1970	1971
Burgtheater	359.894	365.917	386.336	386.625
Akademietheater.	136.992	143.565	138.637	140.006
Staatsoper [2])	539.991	580.688	564.319	552.923
Volksoper	425.282	440.807	407.831	404.685
Redoutensaal [3]) .	—	5.683	8.576	—

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe Titel 143.

[2]) Die Staatsoper hat in der Zeit vom 29. September bis 14. Oktober 1971 wegen des Austauschgastspieles in Moskau nur 9 Vorstellungen gegeben.
[3]) Die Besucherzahlen des Redoutensaales sind von der Anzahl der Vorstellungen abhängig, da dieser nur fallweise bespielt wird.

Kapitel 72 Bundesapotheken

	Personal-	Sach-	Summe	Einnahmen
	aufwand		Mill. S	
1971 *)	2·4	3·5	5·9	5·8
1972 **)	2·8	3·9	6·7	6·8
1973 **)	4·3	7·3	11·6	11·9

Unterschiede der Gebarung

Die zunehmenden Ausgaben und Einnahmen sind durch die Beendigung der zwischenzeitlichen Verpachtung der Bundesapotheke „Zur Mariahilf" (1. Mai 1970 bis 31. März 1972), durch generelle Bezugserhöhungen (auch hinsichtlich der von der Pharmazeutischen Gehaltskasse entlohnten Bediensteten) und durch die Umsatzentwicklung bedingt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Allgemeines

An Bundesapotheken bestehen in Wien die Alte Hofapotheke, die Schönbrunner und die Mariahilfer Apotheke. Die ehemalige „Hof-Apotheke", die mit Unterbrechungen seit dem Jahre 1564 und ununterbrochen seit 1797 als im Hof- bzw. hofärarischen Besitz befindlich anzusehen war, ist samt ihren damaligen Filialen am 10. April 1919 in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, RGBl. Nr. 5/1907, in der Fassung der Apothekengesetznovelle 1965, BGBl. Nr. 56;

Gesetz, betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, StGBl. Nr. 209/1919.

Kapitel 73 Salz (Monopol)

	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *) ..	134·5	126·4	260·9	266·4
1972 **) ..	138·2	122·3	260·5	265·4
1973 **) ..	151·9	112·3	264·2	255·0

Allgemeines

Schon im Mittelalter zog der Staatsschatz in Österreich aus der Erzeugung und dem Umsatz von Salz auf Grund des „Salzregales", eines Staatshoheitsrechtes, ein Einkommen, das sogenannte „Salzgefälle". Später übernahm der Staat die Erzeugung von Salz in eigener Regie und errichtete zur Verwaltung der Betriebe „Kammerhöfe". Da zum Sudbetrieb Holz der umliegenden Wälder als Feuerungsmaterial verwendet wurde, standen Forste und Salzerzeugung unter gemeinsamer Verwaltung. Gemäß der Zoll- und Staatsmonopolordnung vom 11. Juli 1835 bildet Salz in Österreich einen Gegenstand der Staatsmonopole.

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand mußte gegenüber dem Jahr 1970 und 1971 trotz Verminderung des Personalstandes erhöht angesetzt werden, um die den öffentlich Bediensteten allgemein ab 1. Juli 1972 und 1. Juli 1973 gewährten Bezugserhöhungen sowie die ab 1. Dezember 1972 zu verrechnenden Zulagen bedecken zu können. Eine entsprechende Regelung mußte auch beim Pensionsaufwand vorgesehen werden

Der Sachaufwand 1973 wurde gegenüber dem Erfolg 1971 im Hinblick auf die Einführung der Mehrwertsteuer vermindert angesetzt.

Auch die Einnahmen wurden niedriger veranschlagt, da die bisher in den Preisen enthaltene Umsatzsteuer mit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetezes 1972 in der voranschlagswirksamen Verrechnung des Monopols nicht mehr aufscheint.

Anlagen

Die Ausgaben für Anlagen sind mit 15·2 Millionen Schilling niedriger als im Bundesvoranschlag 1972 (16·8 Millionen Schilling) angesetzt.

Den Schwerpunkt der geplanten Vorhaben bildet, nach Erreichung einer wesentlich vergrößerten Kapazität der Erzeugungsanlagen, die Finanzierung der notwendigen Ersatzbeschaffungen des älteren Maschinenbestandes und der Soleleitungen.

Organisation

Zufolge Ministerratsbeschlusses vom 21. August 1925 wurde die Verwaltung des Salzmonopols ab 1. Jänner 1926 neu organisiert und die Generaldirektion der Österreichischen Salinen errichtet. Der Generaldirektion der Österreichischen Salinen unterstehen sechs Salinen, wovon drei in Oberösterreich (Ebensee, Hallstatt und Bad Ischl) sowie je eine in der Steiermark (Bad Aussee), in Salzburg (Hallein) und in Tirol (Solbad Hall) liegen. Der Bergbau- und Sudhüttenbetrieb in Hall i. T. wurde im August 1967 eingestellt.

Aufgaben

Die Verwaltung des Salzmonopols obliegt der Generaldirektion der Österreichischen Salinen, die dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellt ist. Die Verwaltung umfaßt im wesentlichen den Betrieb der Österreichischen Salinen und den Absatz des erzeugten Salzes an Wiederverkäufer. Die Monopolverwaltung ist ermächtigt, Salz an einzelne Verarbeitungsbetriebe und Sole für Badezwecke auch unmittelbar an die Verbraucher abzugeben.

Verschleißpreise

Die Verschleißpreise für die aus den staatlichen Salinen zum Verkauf gelangenden Produkte (Salz, Sole) werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 19. Feber 1969, BGBl. Nr. 77, verlautbart. Die Preise für Speisesalz sind seit 1949 (BGBl. Nr. 128/1949) und für Vieh- und Gewerbesalz seit 1951 (BGBl. Nr. 19/1951) unverändert.

Förderungsausgaben

Im Rahmen der Förderungsausgaben ist auch ein Betrag von 380.000 Schilling für freiwillige soziale Aufwendungen für die Bediensteten nach Maßgabe der Eingänge aus Berg- und Hüttenbesuchen vorgesehen.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 74 Glücksspiele (Monopole)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *) ..	11·0	523·4	534·4	604·6
1972 **) ..	12·2	526·3	538·5	597·8
1973 **) ..	14·7	564·9	579·6	646·1

Allgemeines

Die Glücksspiele standen ursprünglich nur unter staatlicher Aufsicht. Der Gedanke einer Verstaatlichung der Glücksspiele war bereits um 1770 gefaßt, aber erst im Jahre 1787 durch Errichtung der Lottogefällsdirektion verwirklicht worden. Mit dem Lottopatent vom 13. März 1813 wurde das Lottoregal erstmalig gesetzlich verankert.

Die „k.k. Lotto-Gefälls-Direktion" umfaßte eine Abteilung „Staatslotterie" in Wien, der etliche Lottoämter in den Kronländern unterstanden.

Im Laufe der Zeit wurde aus der Lottogefällsdirektion die „Generaldirektion der Staatslotterien" (1913 bis 1925), die „Dienststelle für Staatslotterien" (bis 1960) und schließlich die „Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung", die mit dem Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 111/1960, errichtet wurde.

Unterschiede der Gebarung

Die Mehrkosten beim Personalaufwand sind auf Bezugserhöhungen und Vermehrung der Dienstposten um 3 Bedienstete zurückzuführen. Die Erhöhung des Dienstpostenstandes ist dadurch bedingt, daß im Zusammenhang mit der Aufnahme des 8. Spielbetriebes in Riezlern zusätzlich 3 Kontrollorgane benötigt werden.

Die Erhöhung des Sachaufwandes beim Zahlenlotto um 3·9, bei der Klassenlotterie um 11·1 und beim Sporttoto um 18·3 Millionen Schilling steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Mehreinnahmen beim Zahlenlotto um 6·0, bei der Klassenlotterie um 14·5 und beim Sporttoto um 27·8 Millionen Schilling.

Der übrige Aufwand erhöht sich um 5·3 Millionen Schilling und steht im Zusammenhang mit den höheren Regiekosten als Folge der eingetretenen Teuerungen, insbesondere bei Druckaufträgen und der höheren Kosten für die Vergütung an die Österreichische Postsparkasse für deren Mithilfe bei der betriebsmäßigen Abwicklung des Sporttotos.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Die Nebeneinanderstellung der Gebarung 1971 bis 1973 zeigt folgendes Bild:

Sachaufwand	1971 *)	1972 **)	1973 **)
		Mill. S	
Zahlenlotto [1]	53·6	52·9	56·8
Klassenlotterie [1]	235·6	264·8	275·9
Sporttoto [1]	195·2	169·9	188·2
Übrige Gebarung	39·0	38·7	44·0
Summe ..	523·4	526·3	564·9
Einnahmen			
Zahlenlotto	82·7	79·0	85·0
Klassenlotterie	283·9	305·2	319·7
Sporttoto	229·5	203·9	231·7
Übrige Gebarung	8·5	9·7	9·7
Summe..	604·6	597·8	646·1

Aufgaben

Die Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellt und verwaltet die für Rechnung des Bundes betriebenen Glücksspiele:

a) Zahlenlotto;
b) Klassenlotterie;
c) Sporttoto.

Außerdem übt sie aufsichtsbehördliche Kontrollrechte aus über:

a) Spielbanken [2];
b) alle Arten von Ausspielungen [3].

Organisation

Ihre Aufgabe erfüllt sie für das gesamte Bundesgebiet mit einer Expositur in Graz sowie mit Hilfe der Lottokollekturen, Geschäftsstellen der Klassenlotterie sowie der Sporttoto-Annahmestellen. Bei der betriebsmäßigen Abwicklung des Sporttotos bedient sich die Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung der Mithilfe von Einrichtungen der Österreichischen Postsparkasse.

Gesetzliche Grundlagen

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 288/1963, 171/1965, 58/1969 und 226/1972.

Sporttotogesetz, BGBl. Nr. 55/1949, 52/1963, 3/1970.

Förderungsausgaben

Bei diesem Ansatz ist für die an die Bediensteten zu gewährenden Bezugsvorschüsse vorgesorgt.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Der Regieaufwand ist nicht in den nebenstehenden Ausgabenbeträgen, sondern bei „Übrige Gebarung" enthalten.
[2]) Spielbanken bestehen derzeit: Ganzjährig geöffnet in Wien („Cercle Wien"), Baden bei Wien, Velden am Wörther See und Salzburg; Saisonbetrieb in Badgastein, Kitzbühel, Seefeld und Riezlern.
[3]) Z. B. Tombolas, Lotterien von privaten Institutionen.

Kapitel 75 Branntwein (Monopol)

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
			Mill. S	
1971 *)	5·3	273·0	278·3	758·4
1972 **)	6·1	235·8	241·9	705·7
1973 **)	7·4	225·1	232·5	790·7

Allgemeines

Das in Österreich derzeit in Geltung stehende Gesetz über das Branntweinmonopol wurde in Österreich erst durch die Verordnung vom 20. August 1939 eingeführt. Bis dahin war der Branntwein zwar auch in Österreich Gegenstand der Besteuerung, jedoch erfolgte diese nicht in Form eines Fiskalmonopols. Seit dem ersten Weltkrieg bestand wohl auch in Österreich eine staatliche Spiritusbewirtschaftung, die zwar faktisch aber nicht formell den Charakter eines Monopols hatte und die Erhebung einer Verbrauchsabgabe von Branntwein nicht berührte. Die Überschüsse der Österreichischen Spiritusstelle wurden seinerzeit an den Bundeshaushalt abgeführt.

Unterschiede der Gebarung

Der Personalaufwand weist im Voranschlag 1973 sowohl durch die ab 1. Juli 1972 und 1. Juli 1973 wirksam werdenden Bezugserhöhungen und durch die Einführung der Verwaltungsdienstzulage ab 1. Dezember 1972 als auch wegen Abfertigungszahlungen eine Steigerung auf.

Der Sachaufwand ist gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 um 10·7 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Der geringere Aufwand resultiert einerseits aus einer Verminderung, da mit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972 diese Steuer nicht mehr in der voranschlagswirksamen Verrechnung des Monopols aufscheint und anderseits aus einer Erhöhung infolge größerer Rohspiritusübernahmen, höherer Übernahmspreise und höherer Reinigungslöhne ab 1. Oktober 1972.

Die höheren Einnahmen im Voranschlag 1973 sind auf die Veranschlagung eines höheren Spiritusabsatzes und auf einen höheren Verkaufspreis für Extraprimasprit zur Trinkbranntweinerzeugung zurückzuführen.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das aus dem Deutschen Reichsrecht stammende Branntweinmonopolgesetz 1922 geregelt. Im Jahre 1945 sind durch das Gesetz vom 16. November 1945, StGBl. Nr. 236, für das Gebiet der Republik Österreich die dem Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein und die dem Reichsmonopolamte zustehenden Aufgaben auf das Bundesministerium für Finanzen, die der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein obliegenden Aufgaben auf die neu geschaffene „Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols" übergegangen. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellte, zur Führung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernimmt den in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien sowie in den Monopolbrennereien (Sulfitlaugenbrennereien) erzeugten Branntwein, veranlaßt dessen Reinigung, trifft die Dispositionen bezüglich Versand und Lagerung der Raffinadeprodukte und verwertet die letzteren durch Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den von den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien abgelieferten Rohspiritus fest und regelt die Übernahmepreise für Rohspiritus aus den Monopolbrennereien, die Reinigungslöhne sowie die Entgelte für den Lagerverkehr und für den Vertrieb des Branntweins durch Vereinbarungen mit den in die Spirituswirtschaft eingeschalteten Unternehmen.

Brennereien

Die Eigenbrennereien (§ 20 des Branntweinmonopolgesetzes) werden gemäß §§ 24 bis 28 leg. cit. in landwirtschaftliche, gewerbliche und Obstbrennereien eingeteilt. In den nicht abgefundenen landwirtschaftlichen Brennereien werden nur Kartoffel und Getreide, in den gewerblichen Brennereien hauptsächlich Melasse zu hochprozentigem Rohspiritus verarbeitet, der an die Monopolverwaltung gegen Bezahlung des Übernahmegeldes abzuliefern ist. Daneben bestehen sechs Monopolbrennereien, die auf Grund einer von der Monopolverwaltung für jedes Betriebsjahr erteilten „Gestattung" die Ablaugen aus der Zellstoffgewinnung zu Rohspiritus verarbeiten. In den Obstbrennereien wird aus Obststoffen Trinkbranntwein erzeugt. Letztere Brennereien sind von der Ablieferung des Branntweins befreit, dafür haben sie für den gewonnenen Branntwein eine Verbrauchsabgabe, den Branntweinaufschlag, zu entrichten, der beim Ansatz 2/52454 veranschlagt wird.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Brennrechte

Den landwirtschaftlichen, gewerblichen und den Obstbrennereien (letztere nur insoweit, als sie unter Verschluß stehen) sind gemäß Art. IV §§ 1 bis 3 der Verordnung zur Einführung des Gesetzes über das Branntweinmonopol in der Ostmark vom 20. August 1939, RGBl. I S. 1449, sogenannte „Brennrechte" zugewiesen, das heißt, es wird für jede einzelne Brennerei die Erzeugung einer bestimmten Spiritus- beziehungsweise Branntweinmenge festgesetzt. Die regelmäßigen Brennrechte können für die jährliche Betriebsperiode unter Berücksichtigung der angesammelten Bestände und des voraussichtlichen Verbrauches an Branntwein von der Monopolverwaltung erhöht oder verkürzt werden (Jahresbrennrecht). Wird Branntwein über die Brennrechtsmenge hinaus abgeliefert, wird nicht der volle Übernahmepreis bezahlt, sondern ein Überbrandabzug in Rechnung gestellt. Bei Obstverschlußbrennereien wird in diesem Falle ein höherer Branntweinaufschlagsatz erhoben.

Verkaufspreise

Die Großverkaufspreise für unverarbeiteten Branntwein (Spiritus) werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind in den Kundmachungen vom 30. November 1959, BGBl. Nr. 263, 9. April 1963, BGBl. Nr. 74, und vom 14. Juni 1972, BGBl. Nr. 199, verlautbart.

Die Kleinverkaufspreise des von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols abgegebenen Branntweins (Spiritus) enthalten die Kundmachungen des Bundesministeriums für Finanzen, die im Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung vom 31. Dezember 1959, laufende Nummer 302, 30. April 1963, laufende Nummer 97, und vom 30. Juni 1972, laufende Nummer 177, verlautbart sind.

Die gemäß § 315 Abs. 4 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, eingehobene Überwachungsgebühr für die monopolabgabefreie Branntweinerzeugung zum Hausbedarf wird beim Ansatz 2/52704 vereinnahmt.

Kapitel 76 Hauptmünzamt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe Mill. S	Einnahmen
1971 *) ..	19·9	181·4	201·3	266·3
1972 **) ..	22·8	287·9	310·7	335·7
1973 **) ..	26·6	356·2	382·8	407·5

Allgemeines

Die Münze wurde im Jahre 1194 gegründet. Die heutige Münzstätte befindet sich seit dem Jahre 1837 am derzeitigen Standort. Die Tätigkeit des Hauptmünzamtes wurde seinerzeit im Finanzministerial-Erlaß Z. 55.734 ex 1896 festgelegt. Die Wiederaufnahme des österreichischen münzamtlichen Betriebes im Jahre 1945 erfolgte auf Grund der Bestimmungen des § 38 des Behörden-Überleitungsgesetzes vom 20. Juli 1945, StGBl. Nr. 94.

Unterschiede der Gebarung

Die Erhöhung des Personalaufwandes ist auf die Bezugserhöhungen auf Grund der 24. Gehaltsgesetz-Novelle und der 20. Vertragsbediensteten-gesetz-Novelle sowie auf die Teuerungsabgeltung zurückzuführen.

Die Erhöhung des Sachaufwandes ist auf den größeren Bedarf für Münzmaterial zurückzuführen. Überdies werden zur Kapazitätsausweitung des Betriebes höhere Ausgaben für Anlagenbeschaffungen erforderlich.

Bei den Einnahmen werden wegen der vermehrten Ausprägung österreichischer Scheidemünzen höhere Einnahmen bei den Ersätzen für Ausmünzungen für Rechnung des Bundes erwartet.

Gesetzliche Grundlagen

Die Ausprägung der Scheidemünzen erfolgt auf Grund des § 1 des Scheidemünzengesetzes, BGBl. Nr. 178/1963 in der Fassung BGBl. Nr. 154/1967. Die Ausprägung der Goldmünzen (einfache und vierfache Dukaten, 4fl., 8fl., 10 K, 20 K und 100 K) wird gemäß dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 133/1964 durchgeführt.

Daneben befaßt sich das Hauptmünzamt noch mit anderen Prägearbeiten.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Kapitel 77 Österreichische Bundesforste

	Personalaufwand	Sachaufwand	Summe	Einnahmen
		Mill. S		
1971 *)	531·0	339·4	870·4	899·7
1972 **)	547·5	302·7	850·2	870·2
1973 **)	579·5	318·9	898·4	927·7

Allgemeines

Auf Grund des Wiederaufbaugesetzes aus dem Jahre 1922, das die Trennung staatlicher Betriebe von der Hoheitsverwaltung und ihre Umwandlung in eigene Wirtschaftskörper vorsah, wurde mit Bundesgesetz vom 28. Juli 1925, BGBl. Nr. 282, im Jahre 1925 unter der Bezeichnung „Österreichische Bundesforste" ein eigener Wirtschaftskörper gebildet. Dieser wurde mit der Führung des Betriebes der bisher vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft verwalteten Forste und Domänen beauftragt, wobei die Bewirtschaftung bei strengster Wahrung und Sicherung der mit der Forstwirtschaft verbundenen allgemeinen öffentlichen Interessen unter Erhaltung der Waldsubstanz und der Bodenkraft zu erfolgen hat. Bei der Verwertung der Forstprodukte und sonstigen Erträgnisse sind die Grundsätze kaufmännischer Betriebsführung zu beobachten.

Unterschiede der Gebarung

Gegenüber dem Rechnungsabschluß 1971 sind Mehrausgaben für Gehälter und Löhne von 43·1 Millionen Schilling, für Ruhe- und Versorgungsbezüge von 5·4 Millionen Schilling und für den Sachaufwand Minderausgaben von 20·5 Millionen Schilling vorgesehen, sodaß sich die Gesamtausgaben um 28·0 Millionen Schilling erhöhen.

Die Mehrausgaben von 48·2 Millionen Schilling gegenüber dem Voranschlag 1972 beruhen auf einer Erhöhung des Betriebsaufwandes (10·1 Millionen Schilling), auf einer Ausweitung des Investitionsvolumens (6·1 Millionen Schilling) sowie auf einem um 32·0 Millionen Schilling höheren Personalaufwand.

Personalaufwand

Die Erhöhung des Personalaufwandes 1973 gegenüber dem Rechnungsabschluß 1971 beträgt 48·5 Millionen Schilling. Bedingt durch die allgemeine Bezugserhöhung, entfallen hievon auf Gehälter 32·0 Millionen Schilling, während die Arbeiterlöhne infolge Erhöhung der Kollektivvertragslöhne um 11·1 Millionen Schilling höher veranschlagt werden mußten. Der restliche Mehraufwand von 5·4 Millionen Schilling entfällt auf Ruhe- und Versorgungsbezüge.

Im Vergleich zum Voranschlag 1972 sind auf Grund von Bezugs- und Lohnerhöhungen die Ausgaben sowohl für den Aktivitätsaufwand (31·1 Millionen Schilling) als auch für den Pensionsaufwand (0·9 Millionen Schilling) höher veranschlagt worden.

Sachaufwand

Im Bundesvoranschlag 1973 wurden um 16·2 Millionen Schilling mehr veranschlagt als 1972, was einer Ausweitung um zirka 5% des gesamten veranschlagten Sachaufwandes entspricht. Dieser Mehraufwand ist für Investitionen (6·1 Millionen Schilling), für Wohnbaudarlehen und Bezugsvorschüsse an Arbeiter und Angestellte (0·5 Millionen Schilling) sowie für den sonstigen Betriebsaufwand 24·2 Millionen Schilling) zur Sicherung der Produktion und der bisher durchgeführten Investitionen vorgesehen. Die gesetzlichen Verpflichtungen konnten niedriger veranschlagt werden (14·6 Millionen Schilling), da die Umsatzsteuer mit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972, in der voranschlagswirksamen Verrechnung des Betriebes nicht mehr aufscheint.

Einnahmen

Im Bundesvoranschlag 1973 sind um 57·5 Millionen Schilling mehr Einnahmen veranschlagt als 1972. Diese Einnahmenerwartung geht allerdings davon aus, daß die Holzpreise keinen Rückgang erleiden werden. Positive Auswirkungen auf den Einnahmenverlauf werden weiters dadurch erwartet, daß durch die verstärkten Investitionen der letzten Jahre (Forststraßenbau und Maschinenpark) Altholzreserven erschlossen, der operatsmäßige Hiebssatz um 29.000 fm gesteigert sowie eine rasche Vermarktung des Holzes erreicht werden konnten. Außerdem wird noch bemerkt, daß sich auch bei der Veranschlagung der Einnahmen das Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972 in der unter Sachaufwand, letzter Satz, aufgezeigten Weise auswirkt.

Organisation

Gemäß dem Bundesgesetz vom 28. Juli 1925, BGBl. Nr. 282, über die Bildung eines Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste" obliegt die Führung der Österreichischen Bundesforste der Generaldirektion, die dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist. Unter ihrer Leitung wird die Betriebsführung von 89 Forstverwaltungen besorgt. Von diesen liegen in Niederösterreich 18, Oberösterreich 18, Salzburg 22, Tirol 16, Steiermark 11, Kärnten 3 und im Burgenland 1 Forstverwaltung.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Bau- und Maschinenhöfe in Wien-Hütteldorf, in Ebensee, in St. Johann i. P. und in Kramsach in T., die Sägeverwaltungen in Gußwerk, in Neuberg, in Waidhofen a. d. Ybbs und in Kramsach sowie das an das Österreichische Verkehrsbüro verpachtete Kurhotel Jodschwefelbad Goisern.

Liegenschaften

Das Flächenausmaß der von den Bundesforsten verwalteten Liegenschaften beträgt nach dem letzten Stande:

Waldfläche ..... (hievon Schutzwald 110.415 ha)	485.740 ha,
Produktive Gründe	40.326 ha,
Unproduktive Gründe	299.309 ha,
zusammen ..	825.375 ha.

Betrieb

Der Hauptbetrieb — die Forstwirtschaft — wird grundsätzlich in Eigenregie geführt. Die Land- und Almwirtschaft ist fast durchwegs, die Jagd zu 84% und die Fischerei größtenteils verpachtet. Vier Seen und eine Reihe größerer Bach- und Flußfischereien werden selbst bewirtschaftet. Außerdem werden als Nebenbetriebe die Sägewerke Gußwerk, Neuberg, Waidhofen a. d. Ybbs und Kramsach sowie das Kurhaus Gastein geführt.

Gebarung

Personalaufwand

Im Personalaufwand sind die Ausgaben für die Bezüge der aktiven Arbeiter und Angestellten, der Provisions- und Pensionsparteien sowie für die Dienstgeberbeiträge zum Familienbeihilfenfonds und zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung vorgesehen.

Anlagen

Bei den Anlagen der Forstbetriebe sind 98·2 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar für Liegenschaften nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 10·0 Millionen Schilling, für Aufschließungsbauten 30·1 Millionen Schilling, für Maschinen und sonstige Werkzeuge 21·6 Millionen Schilling, für Hochbauten 11·3 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 19·0 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrende Vorhaben 6·2 Millionen Schilling.

Die ständige Kostenprogression zwingt zu besonderen Rationalisierungsmaßnahmen des Betriebsablaufes. Dem stetigen Ansteigen der Personalkosten wird auf Dauer bei den Österreichischen Bundesforsten nur durch intensiven Maschineneinsatz im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten sowohl bei der Kultur als auch bei der Holzernte sowie durch Verwaltungskonzentration und -automation zu begegnen sein.

Weiters kann sowohl auf der Kosten- als auch auf der Ertragsseite nur durch eine großzügige Forstaufschließung eine Besserung erreicht werden. Bei sehr bescheidener Schätzung fehlen den Österreichischen Bundesforsten derzeit noch rund 4000 km Forststraßen, um die Holzproduktion bei niedrigsten Kosten zu besten Preisen vermarkten zu können. Die veranschlagten Mittel sollen dazu dienen, diesem Ziel ein Stück näher zu kommen.

Förderungsausgaben

Zu den Förderungsausgaben zählen die Bezugs- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für kulturelle bzw. wissenschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten.

Aufwandskredite

Bei den Aufwandskrediten sind veranschlagt: Die „Gesetzlichen Verpflichtungen", u. zw. die Grundsteuer, Vermögensabgabe, landwirtschaftliche Kammerbeiträge, sonstige Abgaben, die Beiträge zum Ausgleichsfonds zur Familienbeihilfe und die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gemäß BGBl. Nr. 166/1960. Bei den „Aufwandskrediten" sind neben den für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben auch die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten und Aufwandsentschädigungen erfaßt. Für das Jahr 1973 mußten beim Ansatz „Aufwandskredite" höhere Aufwendungen veranschlagt werden (24·2 Millionen Schilling), da einerseits die laufenden Preissteigerungen bei allen für den Betrieb notwendigen Gütern und Dienstleistungen eine entsprechende Vorsorge erforderten und andererseits auf dem Instandhaltungssektor ein fühlbarer Nachholbedarf entstanden ist. Der finanzielle Engpaß, in dem sich die Österreichischen Bundesforste jahrelang infolge von Elementarereignissen befanden, zwang zu einem weitgehenden Drosseln der Instandhaltungsaufwendungen, da alle vorhandenen Mittel für die Schadensbehebung herangezogen werden mußten. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß die Österreichischen Bundesforste insbesondere in den westlichen Bundesländern einen starken Abgang an qualifizierten Arbeitern zu verzeichnen haben, sodaß auch für die Schlägerung in verstärktem Umfange Aufträge an Dritte vergeben werden müssen.

Holzeinschlag

Der vorgesehene Einschlag 1973 beträgt rund 1.793.000 fm. Hievon werden rund 205.000 fm als Servitutsholz abgegeben werden müssen, sodaß rund 1,588.000 fm frei verfügbar bleiben.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1971 betrug 1,741.950 fm, hievon in der Endnutzung 1,454.400 fm und in der Vornutzung 287.550 fm.

www.parlament.gv.at

Vom freien Einschlag mit rund 1,588.000 fm sollen im Jahre 1973 rund 1,273.000 fm (1,189.000 fm Nutzholz und 84.000 fm Brennholz) in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 15.000 fm (4000 fm Nutzholz und 11.000 fm Brennholz) vorgesehen. Für Abgaben am Stock sind 315.000 fm geplant; hievon entfallen auf den Eigenbedarf (Deputathölzer für Arbeiter) 32.000 fm und auf den Verkauf 283.000 fm. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den Sägewerken (einschließlich den Kleinsägewerken) ist ein Verschnitt von rund 132.000 fm Rundholz vorgesehen.

Einnahmen

Die Betriebseinnahmen ergeben sich mit rund 91 v. H. durch Erlöse aus der Holzverwertung.

Die Erträgnisse der Land- und Almwirtschaft bestehen vorwiegend aus den Pachtschillingen für verpachtete Grundstücke.

Die Einnahmen aus der Jagd und Fischerei durch Verpachtungen, Abschußvergebungen, Verkauf von Wildbret und ähnlichen können gegenüber dem Erfolg 1971 um 5·0 Millionen Schilling gesteigert werden. Dieses günstige Ergebnis ist auf das stetige Bemühen der Generaldirektion zurückzuführen, durch laufende Valorisierung der Jagdpachtzinse sowie durch die Verpachtung weiterer Regiejagdflächen den größtmöglichen Nutzen aus der Jagd zu ziehen. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß diesen Bestrebungen gewisse natürliche Grenzen waldbaulicher und auch jagdlicher Art gesetzt sind.

Bei den anderen Nebenwirtschaften ergeben sich die Einnahmen aus der Verwertung von Sand- und Schottergruben, sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

Bei den Sägewerken ergibt sich der Großteil der Einnahmen aus den Schnittholzerlösen.

Grundverkehr

Die Erlöse aus Grundverkäufen werden im Rahmen einer zweckgebundenen Gebarung wieder für Grundankäufe verwendet, womit dem Auftrag zur Erhaltung des Bundesforstbesitzes in seiner Substanz entsprochen wird.

Einforstungsrechte

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Leistungen im Rahmen der Einforstungsrechte zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert dieser Leistungen im Jahre 1971 stellt sich wie folgt dar:

			Schilling
Nutzholz	149.472 fm	im Werte von	67,168.957
Brennholz	51.635 fm	„ „ „	2,570.232
Zusammen	201.107 fm	„ „ „	69,739.189
Elementarholz	2.603 fm	„ „ „	1,364.074
Streu	11.626 rm	„ „ „	126.000
Weide	47.108 Rindergräser	im Werte von	4,917.826
		Gesamtwert	76,147.089

Die gegenüber dem Jahre 1970 niedrigere Bewertung ist auf das Sinken der Holzpreise zurückzuführen.

Außerdem haben die Österreichischen Bundesforste noch Pensionslasten von 55·9 Millionen Schilling zu tragen, die noch aus der Zeit vor der Schaffung des eigenen Wirtschaftskörpers datieren.

Infolge der Rationalisierungsbestrebungen, durch größte Sparsamkeit bei den Sachausgaben und unter der Voraussetzung eines weiterhin günstigen Holzpreises glauben die Österreichischen Bundesforste, für 1973 einen Gebarungsüberschuß von 29·3 Millionen Schilling prognostizieren zu können.

www.parlament.gv.at

Kapitel 78 Post- und Telegraphenanstalt

	Personal-aufwand	Sach-aufwand	Summe	Einnahmen
	Mill. S			
1971 *)	5.842·2	4.063·0	9.905·2	8.736·8
1972 **)	6.414·1	4.117·6	10.531·7	9.364·3
1973 **)	7.224·6	4.678·4	11.903·0	10.328·0

Allgemeines

Das gesamte Post-, Telegraphen- und Telephonwesen unterstand als Regal ursprünglich dem Finanzministerium. Im Jahre 1862 wurden diese Agenden auf das Handelsministerium, im Jahre 1919 auf das Staatsamt für Verkehrswesen [1]) übertragen. Im Sinne der Entschließung der Nationalversammlung vom 20. Mai 1920 wurde für staatliche Wirtschaftsbetriebe die kaufmännische Buchführung mit 1. Jänner 1922 vorübergehend eingeführt, worauf sich die derzeitige Darstellung der gegenständlichen Betriebsgebarung im Bundeshaushalt zurückführen läßt.

Unterschiede der Gebarung

Personalaufwand

Die Steigerung des Personalaufwandes gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 ist im wesentlichen auf die Auswirkungen der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972 und der 20. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, BGBl. Nr. 215/1972, sowie der im Jahr 1973 wirksamen Teuerungszulagenverordnungen zurückzuführen.

Sachaufwand

Die Dotierung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze zeigt folgendes Bild:

Die Verminderung der Ausgabenbeträge bei den Fernmeldeanlagen ist darauf zurückzuführen, daß ab 1973 praktisch sämtliche Fernmeldeinvestitionen (mit Ausnahme jener für fremde Rechnung) zu Lasten des Ansatzes „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren" bestritten werden.

Bei den Sonstigen Anlagen sind insbesondere für die Beschaffung von Omnibussen höhere Kredite vorgesehen.

Die Förderungsausgaben (D), mit denen dringliche Bezugs- und Pensionsvorschüsse sowie Darlehen für Wohnbauförderung bestritten werden, weisen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1972 auf Grund der erhöhten Bezugsansätze eine Steigerung auf. Gegenüber dem Erfolg 1971 ergibt sich eine Steigerung auch aus der mit Jahresende 1971 erfolgten Überstellung des Erfolges bei der Position „Darlehen für Wohnbauförderung" auf den Ansatz 1/54255 „Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen".

Die Förderungsausgaben, mit denen die Postsportvereine und die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg" unterstützt werden, wurden geringfügig erhöht.

Die Erhöhung der Dotierung der Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen) steht im Zusammenhang mit der Verkehrssteigerung (die auch auf der Einnahmenseite ihren Niederschlag findet).

Die Aufwandskredite weisen gegenüber den Vorjahren eine Steigerung auf, die auf den höheren Ausgabenbedarf für Reisegebühren und Aufwandsentschädigungen zurückzuführen ist.

Die Erhöhung bei den Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren beruht auf dem Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 312/1971 (Fernmeldeinvestitionsgesetz). Die gemäß § 2 des zitierten Gesetzes im Jahr 1973 über den Betrag von 2700 Millionen Schilling sich ergebenden Mehreinnahmen aus Fernsprechgebühren sind für Fernmeldeinvestitionen zu verwenden.

Einnahmen

Die Erhöhung bei den Betriebseinnahmen ergibt sich insbesondere aus der Einnahmensteigerung auf dem Fernmeldesektor.

Bei den Fernsprechgebühren ist der über den Betrag von 2700 Millionen Schilling hinausgehende Teilbetrag von 2743 Millionen Schilling im Sinne des § 2 des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 312/1971 (Fernmeldeinvestitionsgesetz), zweckgebunden.

Weiters ergeben si chvor allem Einnahmensteigerungen bei den Postgebühren, bei den Postautoeinnahmen und bei den Pensionsbeiträgen.

Organisation

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für Verkehr eingegliedert ist.

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.
[1]) Siehe StGBl. Nr. 378/1919.

Der Generaldirektion unterstehen die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen unterstehen die Dienststellen des ausübenden Dienstes, u. zw. 2302 Post- und Telegraphenämter, 394 Posthilfsstellen, 12 Telegraphenbauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter, 6 Postautobetriebsleitungen und 3 Postverkehrsbüros (Stand 1. Juni 1972).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien gibt es ferner das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien (selbständige Dienststelle), die Telegraphenzentralstation, das Kabelbauamt, das Fernsprechgebührenamt sowie die Fernmeldemonteurschule und Kraftfahrzeuglehrwerkstätte.

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar unterstellt sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Postautohauptwerkstätte, die Postzeugverwaltung, die Telegraphenzeugverwaltung und das Post- und Telegraphenmuseum.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

a) Auf dem Inlandspostsektor:

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung der Gesetze BGBl. Nr. 36/1964 und BGBl. Nr. 338/1971.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, erlassen. Änderungen der Postordnung erfolgten mit BGBl. Nr. 6/1960, 278/1963, 291/1968 und 340/1971.

b) Auf dem Auslandspostsektor:

Die Urkunden des Weltpostvereines (Tokio 1969), BGBl. Nr. 399/1971 und BGBl. Nr. 400/1971; die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950 [2]) erlassene Verordnung vom 19. Oktober 1971 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirkung vom 1. Juli 1971, BGBl. Nr. 401.

c) Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

Das Fernmeldegesetz, BGBl. Nr. 170/1949, und die gemäß Bundesgesetz vom 5. Juli 1972, BGBl. Nr. 267, auf Gesetzesstufe stehenden Verordnungen:

Die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Amateurfunkstellen, BGBl. Nr. 30/1954, in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 326/1962; die Verordnung über die Aussendung und den Empfang von Funknachrichten an mehrere Empfänger, BGBl. Nr. 132/1955; die Verordnung über die Benützung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Fernschreibanlagen und über die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von privaten Fernschreibanlagen, BGBl. Nr. 216/1955, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 113/1958 und BGBl. Nr. 111/1965; die Verordnung über Privatfernmeldeanlagen, BGBl. Nr. 239/1961; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Rundfunk- und Fernsehrundfunk-Empfangsanlagen, BGBl. Nr. 333/1965, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 371/1967, BGBl. Nr. 76/1968, BGBl. Nr. 420/1968 und BGBl. Nr. 14/1969; die Verordnung über Funker-Zeugnisse, BGBl. Nr. 139/1967;

das Fernmeldegebührengesetz, BGBl. Nr. 170/1970, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 339/1971;

das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 20/1970.

d) Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

Der Internationale Fernmeldevertrag (Montreux 1965), BGBl. Nr. 100/1969, samt Schluß- und Zusatzprotokollen, die Vollzugsordnungen für den internationalen Fernsprechdienst, den internationalen Telegraphendienst und den internationalen Telexdienst, die Vollzugsordnung und die Zusatzvollzugsordnung für den Funkdienst sowie die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 2. Juli 1969 [2]) erlassene „Kundmachung der Gesamtgebühren im Fernmeldeverkehr mit dem Ausland".

[2]) § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, StGBl. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Aufnahms- und Sprechgebühren innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

c) Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Postautoverkehr):

Für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrliniengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 206/1954, und

für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952.

Aufgaben

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr der Österreichischen Postsparkasse sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes, BGBl. Nr. 58/1957, in der Fassung der Gesetze BGBl. Nr. 36/1964 und 338/1971; die Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß und die Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Wahrung der Fernmeldehoheit des Bundes, die Bewilligung von Fernmeldeanlagen; die Aufsicht über sämtliche Fernmeldeanlagen; Regelung des Dienstes und Betriebes der Funkanlagen und der dem öffentlichen Verkehr dienenden sonstigen Fernmeldeanlagen; Ahndung der Verletzungen des Fernmeldehoheitsrechtes; Bereitstellung und Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; Abschluß und Durchführung der internationalen Verträge auf dem Gebiete des Fernmeldewesens; Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

Postautodienst

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung im Überlandverkehr, der Postbeförderung und Postvermittlung zwischen den Postdienststellen, dem Einsammel-, Abhol- und Zustelldienst von Postsendungen sowie dem Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst im Post- und Fernmeldesektor.

Im Betriebsjahr 1971 wurden im Inland 575 Postautolinien, davon 30 Saisonlinien, betrieben. Mit den 42 zwischenstaatlichen Linien (20 nach Deutschland, 8 nach Italien, 10 nach Jugoslawien, 2 nach der Schweiz, 1 nach der ČSSR und 1 nach Ungarn) betrug die Gesamtzahl der Linien 617. Die einfache Streckenlänge dieser Linie betrug rund 27.900 Kilometer.

Im gleichen Jahr wurden im Liniendienst bei einer Leistung von rund 46 Millionen Kilometern knapp über 89 Millionen Personen befördert. Die Gesamtfahrleistung aller Omnibusse unter Einbeziehung der Fahrten im Gelegenheitsverkehr und der Regieleistungen betrug 49·5 Millionen Kilometer. Von den Fahrgästen entfielen fast 50% auf Schüler mit einer 75%-igen Fahrpreisermäßigung. Das sprunghafte Ansteigen bei der Beförderungsleistung ist ausschließlich auf Grund der Einführung der Schülerfreifahrten bei der Schülerbeförderung eingetreten.

Im Post- und Fernmeldedienst wurden Leistungen von rund 52·5 Millionen Kilometern erbracht. Die Gesamtfahrleistung im Postautodienst betrug demnach 102 Millionen Kilometer.

Verkehrsentwicklung

Siehe Seite 261.

Verwendung des Sachaufwandes

Fernmeldeanlagen

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
93·2	139·7	174·7	—46·5	—81·5

Die Ausgaben werden im wesentlichen für die Errichtung kostenpflichtiger Fernmeldeanlagen verwendet.

Verkehrsentwicklung

Post- und Fernmeldedienst

	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
				Anzahl in Tausend			
a) Postsendungen (Inland, Ausland und Flugpostverkehr) [3]	1,592.089	1,625.144	1,579.206	1,577.100	1,604.378	1,650.228	1,689.530
b) Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr [3]	119.255	117.696	116.047	116.664	116.112	115.363	115.673
c) Telegraph:							
Inland:							
Telegramme	2.672	2.646	2.425	2.308	2.216	2.034	1.948
Wörter	45.746	45.446	42.312	42.200	41.167	38.370	37.331
Ausland:							
Telegramme	2.514	2.419	2.230	2.179	2.114	1.992	— [4]
Wörter	47.424	46.425	43.732	44.102	44.042	42.519	— [4]
d) Fernschreiber:							
Inland:							
Gebühreneinheiten zu S 0·50	58.065	59.819	—	—	—	—	—
Ausland:							
Minuten	15.582	16.450	—	—	—	—	—
Selbstwählverkehr Inland und Ausland (Gebühreneinheiten zu S 0·65)	—	—	132.757	148.612	160.230	181.249	190.627
e) Fernsprecher:							
Inland:							
Handvermittelter Verkehr -							
Gespräche	19.846	18.678	16.478	14.166	10.846	7.126	2.829
Minuten	72.230	68.227	60.087	51.510	39.539	25.809	10.038
Selbstwählverkehr [5] -							
Gespräche	129.911	154.754	166.852	190.934	221.268	263.753	293.084
Gebührenstunden	94.684	109.877	124.049	134.951	151.922	175.427	204.336
Ausland:							
Minuten	49.366	55.500	62.840	74.965	91.936	111.691	— [4]

[3]) Stückzahl.
[4]) Aus Gründen der internationalen Abrechnung noch nicht erfaßbar.
[5]) Einschließlich des Ortsverkehrs und des Grenznah- und Weitverkehrs nach der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland.

Fortsetzung von Seite 260.

Sonstige Anlagen

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
194·1	174·3	129·8	+19·8	+64·3

Postautobetrieb

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrparkes ist die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch soll das Ausscheiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht werden. Alle Omnibusse werden bei österreichischen Firmen in Auftrag gegeben. Der Stand an Fahrzeugen aller Art, die älter als zehn Jahre sind, beträgt 3306, davon 941 Omnibusse (gegenüber 1037 Omnibussen im Vorjahr).

Hochbauwesen

Mit den vorgesehenen Beträgen sollen zunächst Restzahlungen für die in den Vorjahren fertiggestellten Hochbauten geleistet werden; laufende Bauvorhaben, darunter der Neubau für das Postamt 1103 Wien (Südbahnhof) sollen weitergeführt und zum Teil fertiggestellt werden. Außerdem sollen betriebsdienstlich dringend notwendige Neubauten begonnen werden.

Für die fertiggestellten Neubauten und für eine Anzahl in neue Mieträume zu verlegender Dienststellen sind die notwendigen Einrichtungsgegenstände zu beschaffen.

Weiters sollen für bereits durchgeführte Grundkäufe Restzahlungen geleistet und eine Anzahl schon eingeleiteter Grundkäufe für Betriebsgebäude abgeschlossen werden.

Maschinen, Betriebsmittel und nichtmotorisierte Fahrzeuge

In Weiterführung der für den Zustelldienst vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen sind Anschaffungen von Hausbrieffachanlagen vorgesehen. Außerdem wird in Berücksichtigung der Beschleunigung des Reisezugsverkehrs die Umstellung der Bahnpostwagen auf schnellaufende Fahrzeuge fortgesetzt. Ferner sollen Fahrkartengeber für den Omnibusdienst beschafft werden.

Förderungsausgaben (D)

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
73·7	61·9	36·1	+11·8	+37·6 [6])

Bezugs- und Pensionsvorschüsse

Für dringliche Bezugs- und Pensionsvorschüsse sind die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Darlehen für Wohnbauförderung

Aus den vorgesehenen Beträgen werden zur Teilfinanzierung von Wohnungsbauten für Post- und Telegraphenbedienstete Darlehen an gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften (-gesellschaften) gegeben.

Förderungsausgaben

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
0·6	0·3	0·1	+0·3	+0·5

Die der Freizeitgestaltung und der körperlichen Ertüchtigung der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsportvereine werden in bescheidener Höhe finanziell unterstützt. Des weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg" vorgesehen.

[6]) Der Jahresaufwand an Darlehen für Wohnbauförderung wurde mit Jahresschluß auf den Ansatz 1/54255 „Bundesdarlehen; Sonstige Unternehmungen" überstellt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
387·3	319·7	300·5	+67·6	+86·8

Die vorgesehenen Beträge berücksichtigen u. a. die Erfordernisse für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Postautodienst, die öffentlichen Abgaben, die Verschleißeranteile und die Vergütung an die Österreichischen Bundesbahnen für die Postbeförderung.

Aufwandskredite

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
1186·5	1183·7	1153·5	+2·8	+33·0

Allgemeine Betriebsausgaben

Die veranschlagten Beträge werden insbesondere für Beleuchtung und Beheizung, für die Herstellung von Briefmarken, für den Druck der Amtlichen Telephonbücher, für die Mietung der EDV-Anlage sowie für die Beschaffung und Instandhaltung der Betriebsmittel und der Dienstkleider verwendet. Größere Beträge sind auch für Reisegebühren und Aufwandsentschädigungen vorgesehen. Die Ausgaben an Miet- und Pachtzinsen, die Provisionen für Werbungen im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisanmietungen in den Transatlantikkabeln werden ebenfalls zu Lasten des Ansatzes bestritten.

Postautobetrieb

Die zur Verfügung stehenden Aufwandskredite sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und Bereifung, für Ladestromkosten, für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Kraftwagenmieten und Fahrkonzessionen.

Übertragungstechnische Fernmeldeanlagen

Mit diesen Beträgen ist die Beschaffung jenes Telegraphenbauzeuges (Kabel samt Zubehör, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste, Träger, Isolatoren, Reserveröhren u. dgl.) sowie jener Werkzeuge, Geräte und Ersatzteile vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes der gesamten Koaxial-, Fern- und Netzgruppenkabelanlagen, der oberirdischen Fernleitungsanlagen, sämtlicher Ortsnetze, sämtlicher Verstärker-, Trägerfrequenz-, Richtfunk- und Drahtrundfunkanlagen benötigt werden.

Ferner dienen die Kredite zur Deckung des laufenden Aufwandes für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme.

Vermittlungstechnische Fernmeldeanlagen

Bei den vermittlungstechnischen Fernmeldeanlagen sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprech-, Telegraphie- und Fernschreibanlagen erforderlich sind.

Hochbauwesen

Die vorgesehenen Beträge dienen der Instandhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung, dem betriebsbedingten Umbau posteigener Objekte, der Durchführung von Generalreparaturen sowie der Adaptierung und Einrichtung von angemieteten Räumen zwecks Verlegung derzeit unzureichend untergebrachter Dienststellen.

Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren

Voranschlag 1973	Voranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied gegenüber Voranschlag 1972	Unterschied gegenüber Erfolg 1971
		Mill. S		
2743·0	2238·0	2268·3	+505·0	+474·7

Ab dem Jahre 1965 wird die Vollautomatisierung und die Erweiterung des österreichischen Fernsprechnetzes gemäß dem Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetz, BGBl. Nr. 26/1964, in der Fassung des Gesetzes BGBl. Nr. 312/1971 (Fernmeldeinvestitionsgesetz), finanziert. Die gemäß dem Gesetz zur Verfügung stehenden Mittel dienen ab 1973 der Durchführung sämtlicher Fernmeldeinvestitionsvorhaben der Post- und Telegraphenverwaltung.

Im einzelnen sind im Voranschlag 1973 für den übertragungstechnischen Sektor (Ausbau der Ortsnetze, Ausbau des Weitverkehrsnetzes usw.) rund 1016 Millionen Schilling für den vermittlungstechnischen Sektor (Ausbau der Wählämter usw.) 860 Millionen Schilling, für den Hochbausektor 383 Millionen Schilling und für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst 24 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Tilgung und die Verzinsung der Zwischenfinanzierung nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz sind rund 460 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 79 Österreichische Bundesbahnen

	Betriebsausgaben Personalaufwand	Betriebsausgaben Sachaufwand	Betriebsausgaben Summe	Einnahmen	Ausgaben Ao. Gebarung
			Mill. S		
1971 *)	8.689·6	3.707·4	12.397·0	9.985·6	930·2
1972**)	9.570·2	4.149·9	13.720·1	10.898·4	1.148·9
1973**)	10.675·5	4.024·9	14.700·4	11.004·0	1.666·9

Allgemeines

Durch das Bundesbahngesetz vom 6. März 1969, BGBl. Nr. 137/1969, wurde aus den bisher vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, verwalteten Vermögensschaften des Bundes der Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesbahnen" gebildet.

Unterschiede der Gebarung

Ein Vergleich des Voranschlages der Österreichischen Bundesbahnen für 1973 gegenüber dem Voranschlag 1972 bzw. gegenüber dem Rechnungsabschluß 1971 zeigt hinsichtlich der ordentlichen Gebarung folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1973	Voranschlag 1972 Mill. S		Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete	7.214·4	6.716·9	+	497·5
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse	3.461·1	2.853·3	+	607·8
Sachaufwand	4.024·9	4.149·9	—	125·0
Betriebsausgaben	14.700·4	13.720·1	+	980·3
Betriebseinnahmen	11.004·0	10.898·4	+	105·6
Betriebsabgang	3.696·4	2.821·7	+	874·7

	Voranschlag 1973	Rechnungsabschluß 1971 Mill. S		Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete	7.214·4	6.231·6	+	982·8
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsgenüsse	3.461·1	2.458·0	+	1.003·1
Sachaufwand	4.024·9	3.707·4	+	317·5
Betriebsausgaben	14.700·4	12.397·0	+	2.303·4
Betriebseinnahmen	11.004·0	9.985·6	+	1.018·4
Betriebsabgang	3.696·4	2.411·4	+	1.285·0

Betriebsabgang

Der Betriebsabgang weist für 1973 eine Höhe von rund 3696·4 Millionen Schilling auf und erfährt damit gegenüber dem Voranschlag 1972 eine Erhöhung um 874·7 Millionen Schilling. Die Ursachen für die Erhöhung liegen ausschließlich in der stärkeren Ausweitung der Personalausgaben (Bezugs- und Nebengebührenerhöhungen).

*) Erfolg.
**) Bundesvoranschlag.

Personalaufwand

Der Personalaufwand weist im Voranschlag 1973 hauptsächlich durch die ab 1. Juli 1972 in Kraft getretene und durch die ab 1. Juli 1973 wirksam werdende neuerliche Bezugsregelung der öffentlich Bediensteten eine Steigerung auf. Daneben wirken sich der höhere Anfall an Überstunden, die 9. Novelle zur Besoldungsordnung und die 4. Novelle zur Pensionsordnung aufwandvermehrend aus.

Sachaufwand

Der Sachaufwand wurde gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1972 in Summe um 125·0 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Bei den einzelnen Ansätzen ergeben sich folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1973	Voranschlag 1972 Mill. S		Unterschied
a) Anlagen	902·2	790·6	+	111·6
b) Förderungsausgaben	64·1	71·4	—	7·3
c) Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	738·0	1.098·8	—	360·8
Aufwandskredite	2.221·7	2.102·3	+	119·4
Aufwandskredite — Mittel des Katastrophenfonds	98·9	86·8	+	12·1
Zusammen	4.024·9	4.149·9	—	125·0

Anlagen

Für die Erneuerung der Anlagen der Österreichischen Bundesbahnen stehen im Bundesvoranschlag 1973 rund 902·2 Millionen Schilling, somit um 111·6 Millionen Schilling mehr als im Bundesfinanzgesetz 1972 zur Verfügung.

Die veranschlagten Beträge werden für die laufende Erneuerung des Fahrweges (Oberbau, Unterbau und Brücken), der Sicherungs- und Fernmeldeanlagen, der sonstigen baulichen Anlagen, sowie für die Beschaffung von Reisezugwagen, Diesellokomotiven, Kraftfahrzeugen, Inventarien für den Transportdienst und Werkstättendienst verwendet.

Förderungsausgaben

Unter diesem finanzgesetzlichen Ansatz sind im wesentlichen Ausgaben für die Mitfinanzierung von Wohnungsbauten gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und für Bezugs- und Pensionsvorschüsse veranschlagt.

Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen)

Auf Grund des Umsatzsteuergesetzes 1972 (Mehrwertsteuergesetz) sind die Abfuhren der Steuerbeträge nicht mehr erfolgswirksam zu verrechnen. Hieraus resultiert ein Minderaufwand für öffentliche Abgaben von 325·8 Millionen Schilling. Ferner verringern sich die Mieten für sonstige Fahrzeuge um 44·7 Millionen Schilling zufolge der geänderten Mietabrechnung für die Reisezugwagen im internationalen Verkehr. Dagegen sind als Auswirkung der Tariferhöhung im Personenverkehr vom März 1972 um 8·8 Millionen Schilling höhere Entgelte für den Fahrkartenverkauf veranschlagt worden. Das restliche Mehrerfordernis von 0·9 Millionen Schilling setzt sich aus einem Saldo von Mehr- und Minderausgaben bei kleineren Posten zusammen.

Aufwandskredite

Die Ausweitung der Aufwandskredite betrifft mit 75·8 Millionen Schilling das Betriebsmaterial, vorwiegend durch die Verteuerung und den höheren Bedarf an elektrische Energie und Dieselkraftstoff für die Zugförderung. Hiebei ist die Einsparung von 23·9 Millionen Schilling, die durch verringerten Einsatz der Dampflokomotiven erreicht wird, bereits berücksichtigt.

Für die Beschaffung der im Verlade- und Versandgeschäft gebräuchlichen kurzlebigen Wirtschaftsgüter (Paletten, Decken, Seile und Behälter) sind auf Grund des hohen Verschleißes dieser Inventarien Mehrausgaben von 7·8 Millionen Schilling vorgesehen. Der Erhaltungsaufwand für rollendes Material, bauliche Anlagen und Inventarien wurde in unveränderter Höhe veranschlagt.

Auf Grund der höheren Betriebsleistungen steigt der Aufwand für Nebengebühren um 19·5 Millionen Schilling. Bedingt durch das höhere Frachtaufkommen mußten die Ersätze für Verlust und Beschädigung von Transportgütern um 4·0 Millionen höher präliminiert werden. Ferner entstehen Mehrausgaben für Miet- und Pachtzinsen in der Höhe von 4·5 Millionen Schilling durch zusätzliche Anmietung von EDV-Geräten, von 2·6 Millionen Schilling zufolge Anhebung der Vergütungssätze für angemietete Omnibusse und von 1·4 Millionen Schilling durch die höheren Leistungen auf Rechnung Fremder. Die Erhöhung der Ausgaben für Druckwerke um 9·0 Millionen Schilling ist auf die bruttomäßige Verrechnung der Gebarung der verkäuflichen Drucksorten zurückzuführen. Zufolge höherer Betriebsleistungen wurden verschiedene kleinere Posten in Summe um 1·3 Millionen Schilling höher veranschlagt.

Dagegen konnten die Mieten für Schienenfahrzeuge durch die bessere Dotierung der Anlagenkredite um 5·5 Millionen Schilling niedriger veranschlagt werden und die Ausgaben für Bekleidung und Ausrüstung erfahren im Zusammenhang mit der Reduzierung des Dienstpostenplanes eine Senkung um 1·0 Millionen Schilling.

Mittel des Katastrophenfonds (Zweckgebundene Gebarung)

Die vorgesehenen Mittel dienen der zusätzlichen Finanzierung von Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden im Sinne des Katastrophenfondsgesetzes, BGBl. Nr. 207/1966 in der Fassung BGBl. Nr. 369/1970. Im Jahre 1972 wird eine Zuteilung von 98·9 Millionen Schilling erwartet.

Einnahmen

Bei den für 1973 veranschlagten Betriebseinnahmen ergeben sich gegenüber dem Voranschlag der Österreichischen Bundesbahnen im Bundesfinanzgesetz 1972 bzw. gegenüber dem Erfolg 1971 folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1973	Voranschlag 1972 Mill. S	Unterschied
Allgemeine Betriebseinnahmen	1.231·1	1.156·8	+ 74·3
Personenverkehrseinnahmen	2.997·0	2.624·0	+ 373·0
Darlehensrückzahlungen	27·4	27·2	+ 0·2
Güterverkehrseinnahmen	6.299·6	6.652·7	— 353·1
Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife	350·0	350·0	—
Verminderung der Materialvorräte	—	—	—
Mittel des Katastrophenfonds .	98·9	87·7	+ 11·2
Summe ...	11.004·0	10.898·4	+ 105·6

	Voranschlag 1973	Rechnungsabschluß 1971 Mill. S		Unterschied
Allgemeine Betriebseinnahmen	1.231·1	1.143·9	+	87·2
Personenverkehrseinnahmen	2.997·0	2.530·3	+	466·7
Darlehensrückzahlungen	27·4	27·5	—	0·1
Güterverkehrseinnahmen	6.299·6	5.860·8	+	438·8
Abgeltung der Sozial- und Subventionstarife	350·0	350·0		—
Verminderung der Materialvorräte	—	0·3	—	0·3
Mittel des Katastrophenfonds .	98·9	72·8	+	26·1
Summe ...	11.004·0	9.985·6	+	1.018·4

Die Allgemeinen Betriebseinnahmen wurden gegenüber dem Voranschlag 1972 um 74·3 Millionen Schilling höher veranschlagt. Die Mehreinnahmen resultieren vor allem aus den höheren Pensionsbeiträgen als Folge der Bezugserhöhungen, aus der Umsatzsteigerung in den gewerblichen Nebenbetrieben, aus dem Verkauf von Drucksorten und dem größeren Leistungsumfang auf Rechnung Dritter. Dagegen werden geringere zweckgebundene Beitragsleistungen zu Bauvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen erwartet.

Die Personenverkehrseinnahmen wurden auf Grund des Umsatzsteuergesetzes 1972 netto veranschlagt. Trotz der Ausschaltung der nicht ertragswirksamen Steueranteile werden insbesondere durch die ganzjährige Auswirkung der Tariferhöhung vom 1. März 1972 und zufolge Frequenzsteigerung Mehreinnahmen in der ausgewiesenen Höhe erwartet.

Die Güterverkehrseinnahmen mußten bei annähernd gleichhohem Frachtaufkommen niedriger veranschlagt werden, da auf Grund des Gesetzes über die Mehrwertsteuer die bisher nach dem Bruttoverrechnungsprinzip in den Einnahmen enthaltene Beförderungssteuer nicht mehr erfolgwirksam verrechnet werden darf und die Tarife außerdem von kumulativen Vorsteuern entlastet werden sollen.

Für die Abgeltung von Einnahmenausfällen durch Gewährung von Sozial- und Subventionstarifen wurden auf Grund des § 18 (1) des Bundesgesetzes vom 6. März 1969 über die Bildung des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen" (BGBl. Nr. 137) 350 Millionen Schilling veranschlagt.

Auf Grund des Katastrophenfondsgesetzes erwarten die Österreichischen Bundesbahnen Fondsmittel von 98·9 Millionen Schilling. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim Ansatz „Aufwandskredite-Mittel des Katastrophenfonds" veranschlagt.

Außerordentliche Gebarung

Elektrifizierung

Die vorgesehenen Mittel dienen dem Ausbau der Energieversorgungsanlagen (Speichervergrößerung Tauernmoos und Umformerwerk St. Michael), der Errichtung von Fahrleitungen in den Strekken Linz—Selzthal, Linz—Summerau, Meidling—Wampersdorf—Wr. Neustadt, Wien—Gramatneusiedl—Wampersdorf und Lokalstrecken im Wiener Raum sowie der Beschaffung von elektrischen Lokomotiven.

Schnellbahn

Von dem bei diesm Ansatz veranschlagten Betrag von 30·0 Millionen Schilling entfallen 25·5 Millionen Schilling auf Fahrparkbeschaffungen und 4·5 Millionen Schilling auf bauliche Maßnahmen.

Sonstige Investitionen

Von dem veranschlagten Betrag sollen 375 Millionen Schilling für die Beschaffung von Güterwagen und Diesellokomotiven verwedet werden. Weitere Schwerpunkte auf dem Investitionssektor sind die Errichtung von Zentralstellwerken, Mittelswerken und automatischen Blockstellen sowie der zweigleisige Ausbau der Tauernbahn, der Teilstrecken Zirl—Telfs und Feldkirch—Rankweil, und die Verstärkung des Oberbaues auf Hauptstrecken zur Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit. Sonstige größere Einzelvorhaben, wie z. B. Bahnhofsumbau Leoben, Schwarzach—Sankt Veit, Verschiebebahnhof Solbad Hall, Bau von Personalunterkünften, Erweiterung der Zentralschule Wörth und der Ausbau der Umschlaganlagen für Frachtgüter können planmäßig fortgesetzt werden.

Güterbahnhof Wolfurt

Für den Bau des Güterbahnhofes Wolfurt wurde auf dem gesonderten Ansatz 5/79903 mit 100·0 Millionen Schilling vorgesorgt. Die ansatzmäßige Trennung dieses Vorhabens von den Investitionsvorhaben der Österreichischen Bundesbahnen liegt im Umstand begründet, daß der Güterbahnhof Wolfurt nicht im eigenwirtschaftlichen Interesse der Österreichischen Bundesbahnen errichtet wird. Für seinen Bau sind vielmehr überwiegend Bundes- und Landesinteressen maßgebend.

Organisation

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 6. März 1969, BGBl. Nr. 137 (Bundesbahngesetz), betreibt der Bund die Geschäfte des aus den Be-

trieben und den sonstigen Vermögenschaften des Bundes, die bei Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, verwaltet wurden, gebildeten Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesbahnen".

Der Wirtschaftskörper ist ein Zweig der Betriebsverwaltung des Bundes. Mit der obersten Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen ist der Bundesminister für Verkehr betraut.

Organe der Österreichischen Bundesbahnen sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand bedient sich bei der Führung der Geschäfte der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen.

Gliederung der Generaldirektion:
Vorstand
Sekretariat des Vorstandes

Administrationsdienst
Innerbetriebliche Revision und Erfolgsprüfung
Syndikus
Sanitätschef
Elektronische Datenverarbeitung
Planungsstelle
Betriebswirtschaft
I. Personaldirektion
II. Finanzielle Direktion
III. Betriebsdirektion
IV. Kommerzielle Direktion
V. Maschinendirektion
VI. Baudirektion
VII. Beschaffungsdienst
VIII. Elektrotechnischer Dienst
IX. Kraftwagendienst

Der Generaldirektion sind neun Zentralstellen (Elektronische Datenverarbeitung — Rechenzentrum, Zentrale Personalstelle, Pensionsstelle, Zentrale Rechnungsstelle, Zentrale Wagenstelle, Zentrale Verkehrseinnahmenstelle, Zentrale Reklamations- und Ausforschungsstelle, Zentralstelle für Materialbeschaffung und Materialverwaltung, Kraftwerk-Zentralstelle, und vier Bundesbahndirektionen (Wien, Linz, Innsbruck und Villach) nachgeordnet.

Rechtsgrundlagen

Für die Tätigkeit der Österreichischen Bundesbahnen sind insbesondere nachstehende Rechtsvorschriften von Bedeutung:

Bundesbahngesetz vom 6. März 1969 [1]),
Eisenbahngesetz [2]),
Eisenbahn-Verkehrsordnung (EVO) [3]),
Internationale Berner Übereinkommen (CIM und CIV) *) [5]),

Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 19. Feber 1951, BGBl. Nr. 56, über den Beitritt der Republik Österreich zur „Technischen Einheit im Eisenbahnwesen, Fassung 1938",

Gesetz vom 13. April 1920, StGBl. Nr. 180, über die Mitwirkung des Nationalrates (Hauptausschusses) an der Regelung von Eisenbahntarifen,

Kundmachungen gemäß §§ 3 [6]) und 4 [7]) des vorzitierten Gesetzes über die Neufestsetzung der Tarifgrundlagen der Österreichischen Bundesbahnen für den Personen- und den Reisegepäckverkehr, für Fracht- und Expreßstückgut sowie für die allgemeinen Wagenladungsklassen, über die Ermächtigung des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zur Festsetzung besonderer Tarife für bestimmte Strecken der Österreichischen Bundesbahnen sowie über die Neufestsetzung der nicht durch Gesetz zu regelnden Bezügen von Betriebsangehörigen,

Internationales Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende, Gepäck und Waren im Eisenbahnverkehr [8]),

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung einerseits und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anderseits über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch das Staatsgebiet der Republik Österreich [9]),

Eisenbahn-Kreuzungs-Verordnung, BGBl. Nr. 2/1961 und 288/1964,

Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz — EKHG, BGBl. Nr. 48/1959 und 69/1968.

Betriebliche Daten

Die Österreichischen Bundesbahnen verfügen über folgendes Schienennetz (Stand Ende 1971):

*) CIM = Internationales Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, CIV = Internationales Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und -Gepäckverkehr.

[1]) BGBl. Nr. 137/1969.
[2]) BGBl. Nr. 60/1957, 113/1963, 20/1970, 274/1971.
[3]) BGBl. Nr. 170/1967 und Durchführungsverordnungen BGBl. Nr. 386/1967 und 387/1967.
[4]) (frei).
[5]) BGBl. Nr. 266/1964, 267/1964, 268/1964, 269/1964, 270/1964, 394/1968;
Anlage I in BGBl. Nr. 137/1967, 375/1967;
Anlage VII in BGBl. Nr. 35/1956, 138/1960 und 22/1962;
Anlage VIII in BGBl. Nr. 36/1956 und 139/1960.
[6]) BGBl. Nr. 33/1972, 34/1972 und 35/1972.
[7]) BGBl. Nr. 36/1972.
[8]) BGBl. Nr. 188/1956 und 244/1959.
[9]) BGBl. Nr. 63/1958 und 254/1961.

C. Sonstiges

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1973

Das Bundesfinanzgesetz 1973 weist nachstehende Schlußsummen aus, die gegenüber dem Bundesfinanzgesetz 1972 bzw. voraussichtlichen Gebarungserfolg 1972 folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Voraussichtlicher Gebarungserfolg 1972	Unterschied BVA 1973 gegenüber voraussichtlichem Gebarungserfolg 1972	
	Millionen Schilling			Mill. S	%
Ordentliche und außerordentliche Gebarung:					
Ausgaben	139.072	122.820	127.600	+ 11.472	+ 9·0
Einnahmen	127.913	113.388	118.200	+ 9.713	+ 8·2
Gesamtgebarungsabgang	11.159	9.432	9.400	+ 1.759	
Die Aufgliederung nach ordentlicher und außerordentlicher Gebarung zeigt folgendes Bild:					
Ordentliche Gebarung:					
Ausgaben	134.122	118.803			
Einnahmen	127.555	113.263			
Abgang	6.567	5.540			
Außerordentliche Gebarung:					
Ausgaben	4.950	4.017			
Einnahmen	358	125			
Abgang	4.592	3.892			
Gesamtgebarungsabgang	11.159	9.432			

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Steigerungssätze einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

Einnahmen (ordentliche und außerordentliche Gebarung):	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied BVA 1973 gegenüber BVA 1972
	Milliarden Schilling			
A. Öffentliche Abgaben: [1]				
Einkommen- und Vermögensteuern [2]	27·0	24·3	21·5	+ 2·7
Übrige [3]	42·6	44·0	40·6	— 1·4
Summe A	69·6	68·3	62·1	+ 1·3
B. Abgabenähnliche Einnahmen [4]	14·4	12·2	12·0	+ 2·2
C. Sonstige Einnahmen:				
Monopole	1·7	1·6	1·6	+ 0·1
Post- und Telegraphenanstalt	10·3	9·4	8·7	+ 0·9
Österreichische Bundesbahnen	11·0	10·9	10·0	+ 0·1
Übrige Bundesbetriebe	1·8	1·5	1·6	+ 0·3
Übrige Hoheitsverwaltung	19·1	9·5	8·8	+ 9·6
Summe C	43·9	32·9	30·7	+11·0
Einnahmen (Summe)	127·9	113·4	104·8	+14·5
ab: Zahlungen aus dem Ausland, die die Nachfrage im Inland nicht vermindern:				
Internationale Finanzinstitutionen [4a]	0·00	0·00	0·06	—
Beitragsleistung auf Grund des Bonner Regierungsabkommens [5]	0·08	0·08	0·09	—
Vertrag m. d. BRD über Kriegsopferversorgung u. Beschäftigung Schwerbeschädigter [6]	0·00	0·00	0·00	—
Einnahmen aus Vermögensverträgen [7]	0·08	0·01	0·00	+ 0·07
Sonstige Zahlungen aus dem Ausland [8]	0·06	0·03	0·02	+ 0·03
Entnahme aus Rücklagen [9]	1·62	1·04	0·69	+ 0·58
Überweisungen an den Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz [10]	—0·16	—0·14	—0·26	+ 0·02
Verbleibende Einnahmen	126·22	112·38	104·20	+13·84

[1]) Kapitel 52.
[2]) Titel 520 und 521 sowie die Posten 8324 und 8380 des Ansatzes 2/52704, abzüglich der entsprechenden Überweisungen des Titels 528.
[3]) Titel 522 bis 526 sowie die Post 8480 des Ansatzes 2/52704, abzüglich der entsprechenden Überweisungen des Titels 528.
[4]) Ansatz 15004/Post 8442, 15580, 15600, 15654, 16304, 51904/Post 8471, 56000, 56010, 56020, 62020, 62120, 62160, 62220, 62320, 62520, 63160.
[4a]) Ansatz 54054.
[5]) Ansatz 55204.
[6]) Ansatz 15784.
[7]) Ansatz 572..
[8]) Siehe volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundesvoranschlages, Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz, Beilage O4: Position 14.1 und 14.2.
[9]) Titel 512.
[10]) Ansatz 15581. Die Mittel dieses Fonds liegen auf einem gesonderten Konto der Österreichischen Postsparkasse, sodaß sie vor Abberufung von diesem Konto nicht inlandwirksam werden. Da die Überweisungen an den Fonds im Bundesvoranschlag als Absetzung auf der Einnahmenseite ausgewiesen werden, mußten sie hier als Minuspost dargestellt werden.

	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971	Unterschied BVA 1973 gegenüber BVA 1972
	Milliarden Schilling			
Ausgaben (ordentliche und außerordentliche Gebarung):				
A. Hoheitsverwaltung (Gruppe 0 bis 6)	107·4	94·3	86·3	+13·1
B. Betriebsverwaltung (Gruppe 7):				
Monopole	1·1	1·0	1·1	+ 0·1
Post- und Telegraphenanstalt	11·9	10·5	9·9	+ 1·4
Österreichische Bundesbahnen	16·4	14·9	13·3	+ 1·5
Übrige Bundesbetriebe	2·3	2·1	2·0	+ 0·2
Summe B...	31·7	28·5	26·3	+ 3·2
Ausgaben (Summe)...	139·1	122·8	112·6	+16·3
ab: Nachfrageunwirksame Ausgaben:				
Internationale Finanzinstitutionen [11])	0·05	0·19	0·10	— 0·14
Käufe der Landesverteidigung im Ausland [12]).	0·94	0·86	0·39	+ 0·08
Beiträge an internationale Institutionen und sonstige Überweisungen an das Ausland [8]) .	0·29	0·25	0·22	+ 0·04
Zuführung an Rücklagen [13])	0·02	0·00	1·46	+ 0·02
Finanzschuldenverwaltung:				
Tilgungszahlungen [14])	5·17	5·68	6·05	— 0·51
Zinsen und sonstiger Aufwand an das Ausland [15])	1·11	1·12	0·94	— 0·01
Sonstige Tilgungszahlungen [16])	0·13	0·16	0·12	— 0·03
Überschuß an den Reservefonds für Familienbeihilfen [17])	0·07	0·31	1·00	— 0·24
Verbleiben Ausgaben...	131·32	114·23	102·32	+17·09
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß ...	5·10	1·85	—	+ 3·25
Inlandwirksamer Einnahmenüberschuß...	—	—	1·88	—

[11]) Ansatz 5/54052.
[12]) Ansatz 40108, 4030 und 4031, soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 0·74 Milliarden Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.
[13]) Titel 512.
[14]) Kapitel 59/Vermögensgebarung.
[15]) Siehe volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundesvoranschlages, Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz, Beilage O4: Position 4.2 sowie die beim Ansatz 59907 mit „Ausland" bezeichneten Beträge.
[16]) Titel 547 (netto), 54817, 54837, 56107, 64114.
[17]) Ansatz 56097. Die Mittel dieses Fonds liegen auf einem gesonderten Konto bei einem Geldinstitut, sodaß sie vor Abberufung von diesem Konto nicht inlandwirksam werden.

Nachfrageunwirksame Ausgaben

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgabensumme der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditinstitute verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringernde Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditinstitute, Kapitalsammelstellen, Unternehmen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland veranlagt werden.

Aufgabenstellung

Voranschlag 1973

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das Jahr 1973 mußte berücksichtigt werden, daß dieses Jahr für die Wirtschafts- und Finanzpolitik Österreichs die wohl tiefgreifendsten Reformen und damit einschneidendsten Veränderungen innerhalb der letzten Jahrzehnte mit sich bringt.

Es sind dies vor allem:

a) Der Ersatz des kumulativen Allphasen-Umsatzsteuersystems durch die Mehrwertsteuer, verbunden mit einer Entlastung der Altvorräte und einer befristeten Besteuerung von Investitionen sowie sonstigen flankierenden Maßnahmen (Finanzierungslücke 1973 etwa 9 Milliarden Schilling);

b) eine einschneidende Änderung im System der österreichischen Einkommensbesteuerung, verbunden mit einer fühlbaren Steuerprogressionsmilderung, die insgesamt einen Einnahmensausfall von rund 5·3 Milliarden Schilling zur Folge haben wird (Nettoausfall 1973 etwa 1·7 Milliarden Schilling);

c) ein Abkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, das u. a. auch eine beträchtliche Belastung des Bundeshaushaltes mit sich bringt, nämlich Einnahmenausfälle bei den Zöllen in einer Größenordnung von insgesamt etwa 6 Milliarden Schilling (1973: etwa 1·4 Milliarden Schilling);

d) der Abschluß eines längerfristigen Finanzausgleiches, der gleichfalls bestimmte Budgetbelastungen (Mehrausgaben und Mindereinnahmen) bewirkt (1973 insgesamt etwa 1·5 Milliarden Schilling).

Angesichts der Unsicherheitsfaktoren, die mit solchen Veränderungen verbunden sind und insbesondere Auswirkungen auf dem Preissektor zur Folge haben können, waren vor allem im Sinne einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik Maßnahmen zu treffen.

Als Orientierungshilfe für die mögliche Steigerungsrate des Ausgabenrahmens für das Budget 1973 mußte die Größenordnung der nominellen Zuwachsrate des Sozialproduktes herangezogen werden. Unter Zugrundelegung der diesbezüglichen Schätzungen bedeutete dies im Zeitpunkt der Budgeterstellung eine vertretbare Ausweitung um etwa 10%.

Durch eine niedrig angesetzte Ausgangsbasis für die Budgetverhandlungen bei den kürzungsfähigen Ermessensansätzen (rund 10% unter den Voranschlagsansätzen 1972), durch Anlegung strengster Maßstäbe bei der Bewilligung zusätzlicher Dienstposten und Durchführung eines 2%igen Ersparungsabstriches vom Personalaufwand, durch eine entsprechende Zurückhaltung bei der Vorsorge für zusätzliche bauliche Maßnahmen, durch Vorziehung von Finanzschulden-Tilgungszahlungen in das Jahr 1972 sowie durch Kassenstärkungsmaßnahmen in Höhe von rund 9 Milliarden Schilling zur Schließung der Budgetlücke aus der Vorratsentlastung im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer sollte eine Limitierung des nominellen Ausgabenüberhanges des Budgets 1973 mit 11·2 Milliarden Schilling erreicht werden. Dieses Defizit konnte noch als staatsfinanziell und ökonomisch vertretbar angesehen werden, weil dadurch der Finanzschuldenstand (ohne die kurzfristige Verschuldung aus den Kassenstärkungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer) im Jahre 1973 auch nur um etwa 10 bis 11% steigen würde.

Bei Finanzschuldentilgungen von rund 5·2 Milliarden Schilling und Berücksichtigung sonstiger nicht im Inland wirksamwerdender Ausgaben und Einnahmen entspricht der vorerwähnte nominelle Ausgabenüberhang von 11·2 Milliarden Schilling einem inlandswirksamen Ausgabenüberschuß von rund 5 Milliarden Schilling.

Dieses Konzept mußte naturgemäß auch berücksichtigen, daß zusätzliche Mittel für Schwerpunktbildungen, vor allem für Umweltschutz, Gesundheitspolitik und ÖBB-Investitionen, aber auch für Unterricht, Wissenschaft und Forschung sowie für Landesverteidigung bereitgestellt werden müssen.

Für den Fall, daß eine massive Abschwächung der Konjunktur im Jahre 1973 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel zur Konjunkturbelebung erfordern sollte, wurde ein Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehen, der rund 4·3 Milliarden Schilling für Investitions- und Investitionsförderungsausgaben umfaßt.

Die nachfolgenden Ausführungen zeigen, daß die Bundesregierung — auf die Basis Bundesvoranschlag 1972 bezogen — bei der Beschlußfassung über den Bundesvoranschlagsentwurf 1973 vor folgende Aufgaben gestellt war:

1. Mehrausgaben von 10·6 Milliarden Schilling für „Gesetzliche Verpflichtungen" mußten in erster Linie berücksichtigt werden, die sich wie folgt zusammensetzen: Im Personalaufwand ergaben sich aus Bezugs- und Nebengebührenregelungen sowie geringen Personalvermehrungen echte Mehrausgaben von 5·5 Milliarden Schilling [1]). Im Sachaufwand betragen die Mehrausgaben bei den „Gesetzlichen Verpflichtungen" 5·1 Milliarden Schilling, hievon rund 1·9 Milliarden Schilling beim Familienlastenausgleich, 1·4 Milliarden Schilling für den Unterrichts- und Wissenschaftssektor, 1·1 Milliarden Schilling für Sozialversicherung sowie Kriegsopfer- und Heeresversorgung, 0·5 Milliarden Schilling für den Finanzausgleich und 0·2 Milliarden Schilling beim Schuldendienst für die Kassenstärkungsmaßnahmen.

2. Mehrausgaben von rund 1·8 Milliarden Schilling nach Maßgabe gleichhoher zweckgewidmeter Mehreinnahmen für den Bundesstraßenbau und die Fernsprechautomatisierung sowie rund 0·8 Milliarden Schilling durch die Ausweitung von Rücklagen-, Fonds- und sonstigen Durchlaufer-Gebarungen mußten gleichfalls zwangsläufig einbezogen werden.

3. Weitere unabweisliche, zur Fortführung der Hoheits- und Betriebsverwaltung notwendige sowie im Zuge von Umstrukturierungen sich ergebende Mehrerfordernisse von netto rund 3·1 Milliarden Schilling, vor allem für die bereits erwähnten Schwerpunktbildungen (Umweltschutz und Gesundheitspolitik 0·5 Milliarden Schilling, ÖBB-Investitionen 0·7 Milliarden Schilling), für Beschaffungskosten der Kassenstärkungsmittel im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer (0·5 Milliarden Schilling), für bauliche Maßnahmen (0·4 Milliarden Schilling), für Unterricht, Wissenschaft und Forschung (0·3 Milliarden Schilling), für die Landesverteidigung (0·3 Milliarden Schilling) und für Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung (0·1 Milliarden Schilling), mußten im tragbaren Budgetrahmen ihre Bedeckung finden.

Für die Bedeckung der Mehrausgaben boten sich Mehreinnahmen wie folgt an:

Bei den öffentlichen Abgaben nur 1·3 Milliarden Schilling, da im Jahre 1973 durch die bereits erwähnten Maßnahmen (Einführung der Mehrwertsteuer, EWG-Beitritt, Systemänderung bei der Einkommensteuer und neuer Finanzausgleich) mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen ist; für den Ausfall bei der Umsatzsteuer infolge der Vorratsentlastung im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer sind Einnahmen von 8·9 Milliarden Schilling aus Kassenstärkungsmaßnahmen veranschlagt. Weiters bedingen Rücklagen-, Fonds- und sonstige Durchlaufer-Gebarungen wie bei den Ausgaben ein Plus von 0·8 Milliarden Schilling. An sonstigen Mehreinnahmen stehen 3·5 Milliarden Schilling zur Verfügung, hievon beim Familienlastenausgleich 1·9 Milliarden Schilling und bei den Bundesbetrieben 1·4 Milliarden Schilling.

Insgesamt betragen die Mehreinnahmen 14·5 Milliarden Schilling. Soweit durch diese Mehreinnahmen, durch die die Gesamteinnahmen 1973 — auf Basis des voraussichtlichen Jahresergebnisses 1972 bezogen — nur etwas mehr als 8% höher liegen, die vorerwähnten Mehrausgaben von 16·3 Milliarden Schilling nicht bedeckt werden konnten, mußte durch Hinnahme eines um 1·6 Milliarden Schilling höheren, aber staatsfinanziell und ökonomisch noch vertretbaren Budgetabganges eine Lösung gefunden werden.

Änderungen in der Betragshöhe der Gebarungsgruppen

Über die wesentlichen Veränderungen auf der Ausgabenseite zwischen den einzelnen Gebarungsgruppen gibt die nachstehende Übersicht Auskunft.

[1]) Zufolge bundesgesetzlicher Bestimmungen ist der Aufwand für Landeslehrer vom Bund zu tragen. Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 nicht mehr im Personalaufwand des Bundes, sondern im Personalaufwand der Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt. Diese gesetzliche Neuregelung bedingte im Bundesbudget 1973 die Überstellung der für diese Zwecke im Bundesbudget 1972 veranschlagt gewesenen 7·2 Milliarden Schilling vom Personalaufwand in den Sachaufwand, sodaß der Personalaufwand des Bundesbudgets 1973 sich nettomäßig um 1·7 Milliarden Schilling verminderte.

Änderungen in der Betragshöhe der Gebarungsgruppen

Kennziffer	Gebarungsgruppen	Bundesvoranschlag 1973 ordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1973 außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1972 ordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1972 außerordentliche Gebarung	Unterschied BVA 1973 gegen BVA 1972 [1] ordentliche und außerordentliche Gebarung
		Millionen Schilling				
0	**Personalaufwand**	42.853	—	37.370 [2]	—	+ 5.483 [2]
	Sachaufwand:					
1	Verwaltungsaufwand	2.761	—	2.490	—	+ 271
	Anlagen:					
2	Gesetzliche Verpflichtungen.	31	53	2	192	— 110
3	Ermessenskredite	12.600	3.740	10.744	2.729	+ 2.867
	Förderungsausgaben:					
4	Gesetzliche Verpflichtungen.	2.973	—	2.085	—	+ 888
5	Darlehen	409	27	502	31	— 97
6	Sonstige Ermessenskredite..	6.513	381	5.939	387	+ 568
	Aufwandskredite:					
7	Gesetzliche Verpflichtungen.	48.781	—	44.166 [2]	—	+ 4.615 [2]
8	Laufende Gebarung — Ermessenskredite	11.873	749	9.823	677	+ 2.122
9	Vermögensgebarung — Gesetzliche Verpflichtungen	5.328	0	5.683	0	— 355
	Sachaufwand (Summe) ..	91.269	4.950	81.434	4.016	+10.769
	Gesamtausgaben (Summe) ..	134. 122	4.950	118.804	4.016	+16.252
		139.072		122.820		

[1]) Siehe die nachstehenden Ausführungen auf Seite 274 bis 276.

[2]) Zufolge bundesgesetzlicher Bestimmungen ist der Aufwand für Landeslehrer vom Bund zu tragen. Ab 1973 wird dieser Aufwand auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 nicht mehr im Personalaufwand des Bundes, sondern im Personalaufwand der Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt. Diese gesetzliche Neuregelung bedingte die Überstellung der hiefür im Bundesbudget 1972 veranschlagten 7·221 Millionen Schilling vom Personalaufwand in den Sachaufwand, sodaß der Personalaufwand des Bundesbudgets 1973 sich nettomäßig um 1·738 Millionen Schilling verminderte. Daher wurde zwecks Erreichung vergleichbarer Werte der BVA 1972 analog dem BVA 1973 dargestellt.

Nachstehend sind die Unterschiede zwischen den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1973 und denen des Bundesvoranschlages 1972 kurz erläutert:

Personalaufwand

Zum Unterschied beim Personalaufwand ist folgendes zu bemerken:

Die Aktivitätsbezüge und Pensionen der Landeslehrer werden, soweit der Bund diese Kosten den Ländern zu ersetzen hat, ab 1973 zu Lasten des Sachaufwandes verrechnet. Um den Personalaufwand der Jahre 1972 und 1973 vergleichen zu können, ist es erforderlich, den Personalaufwand 1972 um die Personalausgaben für die Landeslehrer zu verringern. Nach Vornahme dieses Abzuges belaufen sich die Mehrausgaben beim Personalaufwand auf 5.483 Millionen Schilling. Hievon entfallen auf die ganzjährige Auswirkung der 1. Etappe der in der 24. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 214/1972, verankerten Besoldungsregelung und der damit verbundenen Regelung der Teuerungszulagen rund 1.100 Millionen Schilling. Die am 1. Juli 1973 in Kraft tretende 2. Etappe dieser Neuregelung wird Mehrausgaben von rund 1.400 Millionen Schilling zur Folge haben. Die Einführung einer Verwaltungsdienstzulage und die Neuregelung des Nebengebührenrechts, soweit der Aufwand hiefür geschätzt werden konnte, erfordern rund 1.000 Millionen Schilling. Die Durchführung des Nebengebührenzulagengesetzes, BGBl. Nr. 485/1971, und einer ähnlichen Regelung für die Bundesbahnbeamten kostet rund 200 Millionen Schilling. Dienstpostenvermehrungen auf dem Schulsektor sowie bei der Post- und Telegraphenanstalt werden Mehrausgaben von rund 400 Millionen Schilling erfordern. Die Pauschalvorsorge, die die Ausgaben für die Erhöhung der Familienbeihilfen und der Dienstgeberbeiträge sowie für Nebengebührenregelungen geringeren Ausmaßes decken soll, sieht 330 Millionen Schilling vor.

Weitere Mehrausgaben in einer Größenordnung von 500 Millionen Schilling sind darauf zurückzuführen, daß die Auswirkung verschiedener in den Jahren 1971 und 1972 wirksam gewordener besoldungsrechtlicher Maßnahmen bei der Erstellung des Bundesvoranschlages 1972 unterschätzt wurde.

Für durch Beförderungen, Vorrückungen und Überstellungen bedingte Strukturänderungen sowie andere besoldungsrechtliche Maßnahmen werden rund 550 Millionen Schilling erforderlich sein.

Verwaltungsaufwand

Die höheren sachlichen Verwaltungsaufwendungen ergeben sich bei fast allen Ressorts aus der Ausweitung ihrer Tätigkeit oder infolge Tarif- und Preissteigerungen, insbesondere aber beim Unterrichtsressort (+ 79 Millionen Schilling), beim Wissenschaftsressort (+ 28 Millionen Schilling), sowie bei den Kapiteln Bundeskanzleramt (+ 21 Millionen Schilling), Inneres (+ 13 Millionen Schilling), Äußeres (+ 11 Millionen Schilling), Justiz (+ 20 Millionen Schilling), Militärische Angelegenheiten (+ 40 Millionen Schilling) und Finanzverwaltung (+ 31 Millionen Schilling).

Anlagen

Die Minderausgaben bei den gesetzlichen Verpflichtungen ergeben sich bei den Kapitalbeteiligungen des Bundes.

Die Anlagen-Ermessenskredite erhöhten sich bei fast allen Ressorts auf Grund des 10jährigen Bundesinvestitionsprogrammes; nennenswerte Mehrausgaben für Anlagen sind zu verzeichnen beim Kapitel Inneres (+ 17 Millionen Schilling), im Ressortbereich Unterricht (+ 19 Millionen Schilling), beim Kapitel Gesundheit und Umweltschutz (+ 20 Millionen Schilling), im Bereich des Bundesministeriums für Bauten und Technik um 1.006 Millionen Schilling (davon Bundesstraßenverwaltung + 707, Liegenschaftsverwaltung + 45, Gebäudeerhaltung + 50, Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten + 210), ferner bei der Post- und Telegraphenanstalt (+ 478 Millionen Schilling) und den Österreichischen Bundesbahnen (+ 630 Millionen Schilling).

Weitere Mehrausgaben ergeben sich bei der Kassenverwaltung durch die Erhöhung der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen (+ 700 Millionen Schilling), denen Minderausgaben beim Effekten- und Geldverkehr des Bundes (— 13 Millionen Schilling) gegenüberstehen.

Förderungsausgaben

Die Mehrausgaben bei den Förderungsausgaben-Gesetzliche Verpflichtungen ergeben sich beim Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz (+ 48 Millionen Schilling), beim Bundeskanzleramt (+ 32 Millionen Schilling), beim Wissenschaftsressort (+ 68 Millionen Schilling), beim Finanzausgleich mit 520 Millionen Schilling, davon 50 Millionen Schilling Zuschuß zur Wiener U-Bahn-Errichtung und 365 Millionen Schilling Zweckzuschüsse des Bundes aufgrund des neuen Finanzausgleichsgesetzes 1973 (hievon 70 Millionen Schilling Überstellung von den Förderungsausgaben — Zuschüsse), bei der Land- und Forstwirtschaft (+ 16 Millionen Schilling), beim Kapitel Handel, Gewerbe, Industrie (+ 147 Millionen Schilling Überstellung von den Ermessenskrediten, + 65 Millionen Schilling gegen Vorjahr), beim Kapitel Verkehr (+ 17 Millionen Schilling) und beim Bautenressort mit 38 Millionen Schilling.

Die Minderausgaben bei den Förderungsausgaben — Darlehen sind auf die Herabsetzung der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen zurückzuführen (— 95 Millionen Schilling).

Die Förderungsausgaben-Zuschüsse erhöhten sich beim Unterrichtsressort (+ 50 Millionen Schilling), im Ressortbereich Wissenschaft und Forschung (+ 89 Millionen Schilling), beim Kapitel Soziales (+ 66 Millionen Schilling), beim Kapitel Gesundheit und Umweltschutz (+ 248 Millionen Schilling, davon Krankenanstalten — Investitionsförderung + 240), beim Kapitel Finanzverwaltung (+ 74 Millionen Schilling), beim Kapitel Land- und Forstwirtschaft (+ 12 Millionen Schilling), bei den Preisausgleichen (+ 44 Millionen Schilling), bei der zweckgebundenen Gebarung des Katastrophenfonds (Kapitel Finanzausgleich + 30 Millionen Schilling), beim Kapitel Bauten und Technik (+ 130 Millionen Schilling) und beim Kapitel Verkehr (+ 19 Millionen Schilling). Diesen Mehrausgaben stehen Minderausgaben aus der Herabsetzung der Pauschalvorsorge für Rücklagenauflösungen (— 35 Millionen Schilling), sowie aus der Überstellung zu den Förderungsausgaben — Gesetzliche Verpflichtungen beim Kapitel Finanzausgleich (— 70 Millionen Schilling) und beim Kapitel Handel, Gewerbe, Industrie (— 83 Millionen Schilling) gegenüber.

Aufwandskredite

Die Steigerung der gesetzlichen Verpflichtungen erreicht bei den Aufwandskrediten wie in den Vorjahren ein besonders hohes Ausmaß. Der überwiegende Anteil an der Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß ab 1973 der Aufwand für die Aktivitätsbezüge und Pensionen der Landeslehrer aufgrund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 im Personalaufwand der Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt wird (+ 8.340 Millio-

nen Schilling; + 1.082 Millionen Schilling gegen Vorjahr, davon Kapitel Unterricht + 1.269 Millionen Schilling, Kapitel Land- u. Forstwirtschaft — 52 Millionen Schilling und Kapitel Pensionen — 135 Millionen Schilling). Von den übrigen Mehrausgaben entfallen auf die soziale Verwaltung 1.099 Millionen Schilling, und zwar wurde im wesentlichen beim Kapitel Sozialversicherung um 740, für Zwecke der Kriegsopferversorgung um 276 Millionen Schilling und für Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung um rund 83 Millionen Schilling mehr als 1972 veranschlagt. Die Ausgaben für den Familienlastenausgleich erhöhten sich um 1.918 Millionen Schilling. Außerdem haben sich noch die gesetzlichen Verpflichtungen beim Bundeskanzleramt (+ 32 Millionen Schilling), bei der Bundesgesetzgebung (+ 64 Millionen Schilling), beim Kapitel Gesundheit und Umweltschutz (+ 15 Millionen Schilling), beim Wissenschaftsressort (+ 98 Millionen Schilling), bei der Kassenverwaltung (+ 275 Millionen Schilling), beim Bauten-Kapitel (+ 18 Millionen Schilling), bei den Kapiteln Bundesvermögen (+ 98 Millionen Schilling), Glücksspiele (+ 25 Millionen Schilling), bei der Post- und Telegraphenanstalt (+ 68 Millionen Schilling) und darüber hinaus bei zahlreichen anderen Ressorts in geringerem Ausmaß erhöht. Diesen Mehrausgaben stehen wesentliche Minderausgaben beim Kapitel Unterricht (— 106 Millionen Schilling), bei der Finanzverwaltung (— 20 Millionen Schilling), beim Finanzausgleich (— 26 Millionen Schilling), beim Branntweinmonopol (— 30 Millionen Schilling), bei den Bundesforsten (— 15 Millionen Schilling) sowie bei den Österreichischen Bundesbahnen (— 361 Millionen Schilling) gegenüber.

Die Mehrausgaben bei den sonstigen Aufwandskrediten-Ermessenskrediten ergeben sich beim Bundeskanzleramt (+ 25 Millionen Schilling), im Unterrichtsressort (+ 25 Millionen Schilling), beim Kapitel Wissenschaft und Forschung (+ 61 Millionen Schilling), bei Gesundheit und Umweltschutz (+ 35 Millionen Schilling), bei Justiz (+ 17 Millionen Schilling), bei den militärischen Angelegenheiten (+ 281 Millionen Schilling), bei der Finanzverwaltung (+ 53 Millionen Schilling), bei der Kassenverwaltung (+ 512 Millionen Schilling), beim Finanzausgleich (+ 92 Millionen Schilling), bei der Land- und Forstwirtschaft (+ 22 Millionen Schilling), beim Bautenressort (+ 712 Millionen Schilling, davon 668 Millionen Schilling Bundesstraßenverwaltung), bei der Staatsdruckerei (+ 22 Millionen Schilling), bei den Glücksspielen (+ 15 Millionen Schilling), beim Branntweinmonopol (+ 19 Millionen Schilling), beim Hauptmünzamt (+ 65 Millionen Schilling), bei den Bundesforsten (+ 24 Millionen Schilling) und bei den Österreichischen Bundesbahnen (+ 132 Millionen Schilling).

Unterschiede der Gebarung 1973 gegenüber 1972

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlages 1973 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1972 hervorgehoben:

A. Ordentliche Gebarung.

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1973 Mill. S	Unterschied gegen 1972
Öffentliche Abgaben:		
Einkommen- und Vermögensteuern	52.809·6	+12.698·6 [1]
Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge)	1.249·4	— 5.695·0 [1]
Umsatzsteuern	30.800·0	+ 2.350·0
Einfuhrabgaben	6.500·0	— 89·0
Tabaksteuer	4.400·0	— 350·0
Bundesmineralölsteuer	7.600·0	+ 1.100·0
Übrige Verbrauchsteuern	2.538·0	+ 429·0
Stempel- und Rechtsgebühren	1.700·0	— 4.830·0 [2]
Verkehrsteuern	3.580·0	— 2·0
Übrige Einnahmen	349·6	+ 49·6
Zusammen	111.526·6	+ 5.661·2
Ab:		
Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern	41.919·6	+ 4.377·2
Verbleiben	69.607·0	+ 1.284·0
Unterricht und Kunst	246·1	+ 52·2
Wissenschaft und Forschung	151·1	+ 26·9
Soziales:		
Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (hpsl. Arbeitslosenversicherungsbeiträge)	2.248·7	+ 206·7
Reservefonds nach dem AlVG.	170·3	+ 22·7
Übrige Einnahmen	35·7	— 16·5
Sozialversicherung	425·0	+ 38·0
Gesundheit und Umweltschutz	59·8	+ 59·8
Justiz	1.044·1	+ 87·6
Militärische Angelegenheiten	169·3	+ 48·2
Finanzverwaltung:		
Münzregal	624·9	+ 182·5
Österreichisches Postsparkassenamt	200·5	+ 31·0
Übrige Gebarung	130·8	+ 7·8
Kassenverwaltung:		
Entnahme aus Rücklagen	1.269·0	+ 343·1
Maßnahmen zur Vorratsentlastung	8.900·0	+ 8.900·0
Übrige Gebarung	181·0	+ 79·8
Finanzausgleich:		
Beiträge von Ländern und Gemeinden zum Personalaufwand des Pflichtschulwesens	20·0 [3]	— 714·0
Katastrophenfonds	989·4	+ 112·2
Übrige Gebarung	126·1	— 45·2
Fürtrag	86.598·8	+ 10.706·8

[1]) Die Veranschlagung der Beiträge erfolgt ab dem BVA 1973 bei den entsprechenden Stammsteuern.

[2]) Bedingt durch die Einbeziehung des Rechnungsstempels in die Umsatzsteuer.

[3]) Auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1973 ersetzt der Bund den Ländern den Personalaufwand unter Berücksichtigung zu leistender Beiträge der Länder. Daher fallen ab 1973 nur Restzahlungen für Vorjahre an.

Unterschiede der Gebarung 1973 gegenüber 1972

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1973	Unterschied gegenüber 1972
	Mill. S	
Übertrag..	86.598·8	+ 10.706·8
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteiligung (Erträge):		
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	504·5	—
Sonstige Erträge	294·3	— 13·3
Bundesdarlehen (Zinsen und Rückzahlungen)	64·0	— 9·8
Unbewegliches Bundeseigentum, Veräußerungen	65·1	+ 1·0
Haftungsübernahmen des Bundes	147·6	+ 59·6
Reingewinnabfuhr gemäß Postsparkassengesetz	50·0	— 20·0
IAKW-Kostenbeitrag der Gemeinde Wien	84·0	—
Übrige Gebarung	22·7	+ 5·2
Pensionen (Hoheitsverwaltung):		
Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	79·1	+ 0·7
Pensionsbeiträge	572·0	— 25·5 [1]
Übrige Einnahmen	243·6	— 22·0
Familienlastenausgleich	11.201·2	+ 1.917·6
Staatsvertrag	115·5	+ 48·5
Land- und Forstwirtschaft:		
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	441·2	+ 50·1
Übrige Gebarung	303·6	+ 3·4
Preisausgleiche:		
Brotgetreidepreisausgleich	52·0	+ 42·0
Milchpreisausgleich	290·5	+ 2·3
Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten	122·0	—
Futtermittelpreisausgleich	13·4	— 14·5
Übrige Gebarung	41·3	+ 3·5
Montangebühren	260·9	— 5·0
Bauten und Technik:		
Brenner-Autobahn	170·0	+ 50·0
Straßen- und Wasserbau (Mittel des Katastrophenfonds)	192·1	+ 30·6
Übrige Gebarung	496·8	+ 68·4
Glücksspiele (Monopol)	646·1	+ 48·3
Branntwein (Monopol)	790·7	+ 85·0
Hauptmünzamt	407·5	+ 71·8
Österreichische Bundesforste	927·7	+ 57·5
Post- und Telegraphenanstalt	10.328·0	+ 963·7
Österreichische Bundesbahnen	11.004·0	+ 105·6
Übrige Bundesbetriebe	735·5	+ 58·1
Übrige Einnahmen	289·2	+ 21·9
Summe..	127.554·9	+ 14.291·5

[1]) Auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1973, BGBl. Nr. 000/1972, wird der Aufwand der Landeslehrer zur Gänze im Personalaufwand der Länder veranschlagt und vom Bund zu Lasten des Sachaufwandes den Ländern ersetzt.

Ausgaben: [1])	Bundesvoranschlag 1973	Unterschied gegenüber 1972
	Mill. S	
Inneres:		
Polizei und Gendarmerie	3.247·7	+ 274·2
Übrige Gebarung	249·9	+ 31·1
Unterricht:		
Ersätze für Landeslehrer	6.635·6	+ [2]) 1.269·9
Übrige Gebarung	5.136·6	+ 860·2
Kunst	239·3	+ 27·0
Wissenschaft und Forschung	4.000·6	+ 668·0
Soziales:		
Volksgesundheit	—	— [3]) 385·2
Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung	2.704·0	+ 248·8
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	3.150·7	+ 291·9
Übrige Gebarung	352·8	— 94·0
Sozialversicherung	14.452·3	+ 739·7
Gesundheit und Umweltschutz:		
Förderung von Krankenanstalten	538·2	+ 538·2
Übrige Gebarung	351·1	+ 351·1
Äußeres	581·7	+ 43·9
Justiz	1.696·0	+ 262·0
Militärische Angelegenheiten	4.449·1	+ 587·9
Finanzverwaltung:		
Bundesministerium f. Finanzen einschl. elektronische Datenverarbeitungsanlagen	304·0	+ 69·4
Münzregal	366·2	+ 76·4
Finanzlandesdirektionen	2.528·9	+ 339·8
Österreichisches Postsparkassenamt	199·2	+ 30·6
Förderung der Entwicklungsländer	150·0	+ 72·7
Übrige Gebarung	275·5	— 9·1
Kassenverwaltung:		
Effekten- und Geldverkehr	324·0	+ 46·4
Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen	1.480·0	+ 500·0
Pauschalvorsage für Personalausgaben	330·0	+ 330·0
Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben	688·0	+ 686·8
Übrige Gebarung	20·0	+ 20·0
Finanzausgleich:		
Leistungen an Länder und Gemeinden	401·4	— 16·0
Zweckzuschüsse des Bundes	831·0	+ 440·0
Katastrophenfonds	999·4	+ 122·2
Übrige Gebarung	1·0	—
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteiligung:		
Verstaatlichte Unternehmungen	97·5	+ 95·5
Elektrizitätswirtschaft	289·8	— 26·7
Österreichische Industrieverwaltungs-AG	96·5	— 17·4
Sonstige Unternehmungen	32·5	+ 25·3
Bundesdarlehen	59·1	— 9·6
Haftungsübernahmen	164·8	+ 51·1
Besondere Zahlungsverpflichtungen	491·6	+ 38·9
Übrige Gebarung	40·9	— 2·9
Fürtrag...	57.956·9	+ 8.578·1

[1]) Einschließlich Personalaufwand.
[2]) Im BVA 1972 wurde der Aufwand für die Landeslehrer direkt vom Bund getragen.
[3]) Der Aufwand für die Volksgesundheit wird beim neugeschaffenen Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz veranschlagt.

Unterschiede der Gebarung 1973 gegenüber 1972 — Konjunkturausgleich-Voranschlag

Ausgaben: [1]	Bundesvoranschlag 1973 Mill. S	Unterschied gegenüber 1972 Mill. S
Übertrag...	57.956·9	+ 8.578·1
Pensionen (Hoheitsverwaltung):		
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen ..	1.700·0	—
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer.....	1.634·8	— [2] 135·1
Übrige Pensionen.....	4.708·6	+ 371·7
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen	11.201·2	+ 1.917·6
Staatsvertrag	79·9	+ 9·1
Finanzschuld	9.360·1	— 17·0
Land- und Forstwirtschaft:		
Ersätze für Landeslehrer.....	69·6	— [2] 52·4
Übrige Gebarung	2·549·3	+ 78·3
Preisausgleiche.....	2.408·6	+ 43·9
Handel, Gewerbe, Industrie....	687·3	+ 88·9
Bauten und Technik:		
Straßenbau	7.882·8	+ 1.150·8
Bundesgebäudeerhaltung	324·1	+ 9·4
Wasserbau	419·9	+ 167·5
Beitrag zum Anleihedienst der Wohnbaufonds.....	135·5	— 33·5
Übrige Gebarung	1.219·4	+ 228·5
Verkehr	839·1	+ 62·1
Bundestheater	718·8	+ 77·6
Glücksspiele (Monopol)	579·6	+ 41·1
Branntwein (Monopol)	232·5	— 9·2
Österreichische Bundesforste	898·4	+ 48·4
Post- und Telegraphenanstalt	11.903·0	+ 1.371·3
Österreichische Bundesbahnen ...	14.700·4	+ 980·2
Übrige Bundesbetriebe	982·7	+ 115·4
Übrige Ausgaben	929·3	+ 225·8
Summe...	134.121·8	+15.318·1

B. Außerordentliche Gebarung.

Einnahmen:	Bundesvoranschlag 1973 Mill. S	Unterschied gegenüber 1972 Mill. S
Kassenverwaltung:		
Entnahme aus Rücklagen	351·0	+ 236·0
Bundesvermögen:		
Bundesdarlehen	7·0	— 3·2
Summe . . .	358·0	+ 232·8

Ausgaben:	Bundesvoranschlag 1973 Mill. S	Unterschied gegenüber 1972 Mill. S
Militärische Angelegenheiten	631·5	+ 43·6
Kassenverwaltung (Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen) .	120·0	+ 100·0
Bundesvermögen:		
Kapitalbeteiligung:		
Internationale Finanzinstitutionen . . .	53·2	— 138·5
Sonstige Unternehmungen	69·9	— 63·9
Fürtrag . . .	874·6	— 58·8

[1] Einschließlich Personalaufwand.
[2] Im BVA 1972 wurde der Aufwand für die Landeslehrer direkt vom Bund getragen.

Ausgaben:	Bundesvoranschlag 1973 Mill. S	Unterschied gegenüber 1972 Mill. S
Übertrag . . .	874·6	— 58·8
Bundesdarlehen:		
Verstaatlichte Unternehmungen	16·9	— 2·6
Sonstige	10·5	— 1·7
Staatsvertrag	0·0	—
Land- und Forstwirtschaft	381·0	— 6·0
Bauten und Technik:		
Bundesstraßen	163·0	+ 163·0
Bundeshochbau	1.345·6	+ 230·6
Bundesgebäudeerhaltung .	285·0	+ 46·7
Erwerb von Liegenschaften	206·8	+ 44·4
Österreichische Bundesbahnen	1.666·9	+ 518·0
Summe . . .	4.950·3	+ 933·6

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel II a des Bundesfinanzgesetzes 1973 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 4.290·0 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Abschwächung im Jahre 1973 ein Ausmaß erreichen, das einen Einsatz zusätzlicher Bundesmittel zur Konjunkturbelebung erfordert, so ist hiezu mit dem Artikel II a der Bundesminister für Finanzen mit Zustimmung des Nationalrates unter gewissen Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages 1973 in Höhe einheitlicher Hundertsätze bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß wirksam werden zu lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

Kapitel		Mill. S
11	Inneres	19·4
12	Unterricht	146·8
13	Kunst	6·0
14	Wissenschaft und Forschung	333·6
40	Militärische Angelegenheiten	200·0
50	Finanzverwaltung	8·5
54	Bundesvermögen	138·6
60	Land- und Forstwirtschaft	231·8
64	Bauten und Technik	2.498·0
65	Verkehr	15·8
70	Staatsdruckerei	3·8
77	Österreichische Bundesforste	37·0
78	Post- und Telegraphenanstalt	62·7
79	Österreichische Bundesbahnen ...	588·0
	Zusammen	4.290·0

Laufende Gebarung Vermögensgebarung*)

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in laufende Gebarung und Vermögensgebarung bewirkt folgendes Bild:

	Ordentliche Gebarung	Ao. Gebarung	Summe
	Mill. S		
Laufende Einnahmen	116.860	—	116.860
abzüglich laufende Ausgaben	115.755	1.130	116.885
Verbleiben für Vermögensgebarungen	1.105	— 1.130	— 25
hiezu Einnahmen der Vermögensgebarung	10.695	358	11.053
Summe	11.800	— 772	11.028
Ausgaben der Vermögensgebarung	18.367	3.820	22.187
Bedarf an Bedeckungsmitteln für Ausgaben der Vermögensgebarung	6.567	4.592	11.159

*) Einschließlich Personalaufwand.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Der Heranziehung der Haushaltsmittel für konjunkturpolitische Maßnahmen ist durch die weitgehende Starrheit des Budgets eine Grenze gesetzt. Im Jahre 1973 sind fast 86% der Haushaltsausgaben unantastbar, wie die nachstehende Übersicht zeigt:

Ordentliche und außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1973		Bundesvoranschlag 1972		Erfolg 1971	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%
Gesetzliche Verpflichtungen: [1]						
Anlagen	84	0·1	194	0·2	189	0·2
Förderungsausgaben	2.973	2·1	2.085	1·7	1·031	0·9
Aufwandskredite [5]	54.109	38·9	42.628	34·7	40.786	36·2
Zwischensumme I [5]	57.166	41·1	44.907	36·6	42.006	37·3
Personalaufwand [5]	42.853	30·8	44.591	36·3	41.016	36·4
Verwaltungsaufwand im engeren Sinn [1]	2.761	2·0	2.490	2·0	2.239	2·0
Zwischensumme II	102.780	73·9	91.988	74·9	85.261	75·7
Ausgaben für Bundesstraßen aus zweckgebundenen Einnahmen [2]	7.616	5·5	6.433	5·2	5.872	5·2
Sachaufwand der Bundesbetriebe in der ordentlichen Gebarung [3]	8.953	6·4	8.067	6·6	7.706	6·9
Zwischensumme III	119.349	85·8	106.488	86·7	98.839	87·8
Zuführung an Rücklagen	20	0·0	0	—	1.457	1·3
Übrige Gebarung [4]	19.703	14·2	16.332	13·3	12.271	10·9
Gesamtgebarung (Summe)	139.072	100·0	122.820	100·0	112.567	100·0

[1]) Siehe Anlage I c zum Bundesfinanzgesetz.
[2]) Soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.
[3]) Soweit nicht in vorstehend angeführten Gebarungsgruppen bereits enthalten. Der größte Teil dieser Ausgaben ist zur Fortführung des Betriebes und zur Erzielung der Einnahmen erforderlich, daher nur bedingt kürzbar.
[4]) Auch diese Ausgaben sind bis zu einem gewissen Grad starr, da daraus der Zweckaufwand für Schulen, für die Exekutive, für den Hochbau u. a. m., zum Teil auf Grund gesetzlicher oder vertraglicher Zweckwidmung von Einnahmen, getätigt werden muß.
[5]) Ab 1973 wird der Personalaufwand der Landeslehrer auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1973 im Personalaufwand der Budgets der Länder veranschlagt und vom Bund an die Länder zu Lasten des Sachaufwandes ersetzt.

Die Darstellung in der obigen Übersicht geht in den Jahren 1971 und 1972 von den damaligen Gegebenheiten aus. Um zu einer vergleichbaren Darstellung der Jahre 1971 und 1972 mit dem Jahr 1973 zu gelangen, wären die Zeilen „Gesetzliche Verpflichtungen; Aufwandskredite", „Zwischensumme I" und „Personalaufwand" wie folgt zu bereinigen:

Ordentliche und außerordentliche Gebarung	Bundesvoranschlag 1973		Bundesvoranschlag 1972		Erfolg 1971	
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%
Gesetzliche Verpflichtungen:						
Aufwandskredite	54.109	38·9	49.849	40·6	47.480	42·1
Zwischensumme I	57.166	41·1	52.128	42·5	48.700	43·2
Personalaufwand	42.853	30·8	37.370	30·4	34.322	30·5

Investitionen und Investitionsförderung

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Bruttoinvestitionen des Bundes, für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind. Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die Ausgabengrößen:

	1973 [1]	1972 [1]	1971 [2]
		Mlld. S	
Eigeninvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) [3][4]	16·5	13·6	12·2
Bauten und Ausrüstung (einschließlich Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) [5]	0·8	0·5	1·0
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft:			
Wohnungsbau und Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen [6]	6·0	5·2	4·5
Sonstige Bereiche (einschließlich Kapitalaufstockung) [3][7]	4·3	3·8	2·4
Summe	27·6 [8][9][10]	23·1 [8]	20·1 [8]
Hievon:			
Schulbau [11]	*1·3*	*1·2*	*1·1*
Übriger Hochbau [12][13]	*2·8*	*1·6*	*1·7*
Straßenbau [14][15]	*6·7*	*5·4*	*5·4*
Investitionen der			
Österreichischen Bundesbahnen [14][16]	*3·2*	*2·6*	*2·2*
Post- und Telegraphenanstalt [14][17]	*3·0*	*2·6*	*2·7*
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Wasserwirtschaftsfonds [18]	0·5	0·5	0·4

Fußnoten siehe Seite 281.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebarungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 282 zeigt die wichtigsten Daten.

Bereinigte Budgetgebarung Bruttoveranschlagung

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen [1], Verwaltungsfonds und son-

[1] Diese betrieblichen Einrichtungen wie z. B. Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Salinen, Post- und Telegraphenanstalt, Bundesforste oder Österreichische Bundesbahnen, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

Fußnoten zu Seite 280:

[1]) Voranschlag.

[2]) Erfolg.

[3]) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, u. zw. Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den finanzgesetzlichen Ansätzen ausgewiesenen Beträgen; Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen z. B. auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe, für laufende Transferzahlungen u. ä.

[4]) Siehe Beilage O6 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz der Vorjahre (ohne Liegenschaftsankäufe).

[5]) Siehe Beilage O6 des jeweiligen Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung" vermindert um die in der Übersicht „Nachfrageunwirksame Ausgaben" ausgewiesene Käufe der Landesverteidigung im Ausland.

[6]) Siehe Fußnote [2]) auf Seite 30 des Teilheftes Kapitel 64 (ohne Beiträge zum Anleihedienst bzw. Bundesbeitrag). Demnach einschließlich Bauforschung.

[7]) Investitionsförderung: siehe Beilage O6 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz der Vorjahre. Kapitalaufstockung: Ansatz 540 (ohne Ansatz 1/54022, 5/54052 und 1/54083). Mittel an Baufonds: Alle Posten 7660 der Ansätze 1/60826, 1/60836, 1/60866 und 1/60876.

[8]) Ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen.

[9]) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen und Instandhaltung	Investitionsförderung			Zusammen
			Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	
		Milliarden Schilling				
11	Erziehung und Unterricht	1·18	0·16	0·00	—	1·34
12	Forschung und Wissenschaft	0·29	0·35	0·01	—	0·65
13	Kunst	0·12	0·03	0·00	0·00	0·15
21	Gesundheit	0·03	0·26	—	0·00	0·29
22	Soziale Wohlfahrt	0·02	0·00	—	—	0·02
23	Wohnungsbau	0·05	5·66	0·09	0·01	5·81
32	Straßen	5·93	0·37	0·00	0·03	6·33
33	Sonstiger Verkehr	6·35	0·47	0·02	0·14	6·98
34	Land- und Forstwirtschaft	0·38	1·01	0·00	0·00	1·39
35	Energiewirtschaft	—	—	0·00	0·29	0·29
36	Industrie und Bergbau	0·02	0·01	0·01	0·10	0·14
37	Öffentliche Dienstleistungen	0·07	1·07	—	0·00	1·14
38	Private Dienstleistungen	0·00	0·00	0·00	0·01	0·01
41	Landesverteidigung	0·72	0·00	—	—	0·72
42	Staats- und Rechtssicherheit	0·13	—	—	—	0·13
43	Übrige Hoheitsverwaltung	1·99	0·21	0·01	—	2·21
	Summe ...	17·28	9·60	0·14	0·58	27·60
			10·32			

[10]) Außerdem im Konjunkturausgleich-Voranschlag 1973 enthalten:

Eigeninvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung)	3·3 Milld. S
Bauten und Ausrüstung (einschließlich Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	0·2 Milld. S
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft: Sonstige Bereiche	0·6 Milld. S
Summe ...	4·1 Milld. S

[11]) Ansatz 1/12706/Post 7704, 1/14106/Post 7704, 1/14104, 1/53214, 5/64713, 1/64718, 5/64813 und 5/64843/Post 0639.

[12]) Ohne Hochbauten beim Straßenbau, bei der Post und Bahn.

[13]) Alle Posten 063., 064., 614. und 615. mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben beim Schulbau, Straßenbau, Post und Bahn; alle Posten 2504, 2544, 2545, 2564, 7354, 7355, 7375, 7384, 7474, 7484, 7485, 7704 und 7705 der Kapitel 01 bis 77.

[14]) Einschließlich Hochbauten.

[15]) Ansätze 1/64218 und 1/64318 (jeweils ohne Posten 61.. und 7300), die Posten 060., 065., 066. und 067. der Ansätze 1/60503, 1/60963, 1/64233, 1/64243, 1/64333, 5/64343, 1/65303 und 1/77313; die Post 611. der Ansätze 1/64208, 1/64218, 1/64318, 1/65308 und 1/77368; die Posten 063., 064., 614. und 615. der Titel 642 und 643; die Posten 2501, 7351, 7371, 7471 und 7701 der Ansätze 1/54255, 1/54265, 1/60256, 1/60356, 5/60356, 1/64264, 1/64364, 1/64384 und 1/64394.

[16]) 1/79313 (ohne Liegenschaftsankäufe), 1/79325/Post 2544, 1/79358/Posten-Unterklasse 61, 1/79398 sowie 5/798 und 5/799 (ohne Liegenschaftsankäufe).

[17]) Ansatz 1/78303, 1/78313 (ohne Liegenschaftsankäufe), 1/78325/Post 2544, 1/78358/Posten-Unterklasse 61 und 1/78373 (ohne Liegenschaftsankäufe).

[18]) Diese Ausgaben belasten nur die Haushalte der Fonds.

Kennziffer	Aufgabenbereiche (Ordentliche und außerordentliche Gebarung)	Bundesvoranschlag							Erfolg	Einnahmen		
		Personalaufwand	Sachaufwand: Verwaltungsaufwand	Sachaufwand: Anlagen	Sachaufwand: Förderungsausgaben	Sachaufwand: Aufwandskredite	Ausgaben (Summe) 1973	Ausgaben (Summe) 1972	1971	Bundesvoranschlag 1973	Bundesvoranschlag 1972	Erfolg 1971
		Millionen Schilling										
11	Erziehung und Unterricht	3.524·7	419·0	1.184·3	394·9	7.393·7	12.916·6	10.515·9 [1]	9.848·0 [2]	250·4	937·1	847·9
12	Forschung und Wissenschaft	1.692·8	243·5	285·0	789·4	1.119·3	4.130·0	3.440·1	2.944·9	259·1	269·6	284·0
13	Kunst	812·2	58·1	75·3	237·0	245·8	1.428·4	1.249·4	1.150·8	249·7	225·3	230·4
14	Kultus	—	—	—	—	199·0	199·0	205·5	182·3	—	—	—
	11 bis 14 (Summe)	6.029·7	720·6	1.544·6	1.421·3	8.957·8	18.674·0	15.410·9	14.126·0	759·2	1.432·0	1.362·3
21	Gesundheit	134·0	15·7	26·6	690·3	211·4	1.078·0	598·0	476·6	67·5	38·3	36·9
22	Soziale Wohlfahrt	417·2	52·2	14·6	2.563·2	30.863·3	33.910·5	30.486·5	27.755·7	14.160·6	11.909·9	11.738·2
23	Wohnungsbau	—	20·0	36·8	429·5	29·2	515·5	453·1	425·9	218·7	59·3	213·4
	21 bis 23 (Summe)	551·2	87·9	78·0	3.683·0	31.103·9	35.504·0	31.537·6	28.658·2	14.446·8	12.007·5	11.988·5
32	Straßen	—	—	6.054·5	374·1	1.717·7	8.146·3	6.727·0	6.271·9	8.009·3	6.821·5	6.413·2
33	Sonstiger Verkehr	19.788·8	15·1	5.861·9	781·6	5.134·1	31.581·5	28.480·3	26.068·4	21.464·5	20.373·7	18.816·6
34	Land- und Forstwirtschaft	684·8	7·7	171·6	2.160·3	512·3	3.536·7	3.653·0	3.435·9	1.958·5	1.866·0	1.920·2
35	Energiewirtschaft	—	—	289·8	3·4	0·4	293·6	321·0	167·9	20·3	35·6	30·7
36	Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)	188·6	4·6	115·0	386·4	247·8	942·4	811·0	656·1	741·1	698·3	612·7
37	Öffentl. Dienstleistungen	575·0	30·7	45·6	466·7	1.187·8	2.305·8	1.952·2	1.505·0	1.584·2	1.400·8	1.196·9
38	Private Dienstleistungen (einschl. Handel)	209·8	1·0	65·7	295·4	238·5	810·4	843·8	738·6	1.701·5	1.593·6	1.932·6
	32 bis 38 (Summe)	21.447·0	59·1	12.604·1	4.467·9	9.038·6	47.616·7	42.788·3	38.843·8	35.479·4	32.789·5	30.922·9
41	Landesverteidigung	2.080·4	290·6	18·4	26·2	2.628·5	5.044·1	4.416·6	4.165·6	152·8	105·6	91·6
42	Staats- und Rechtssicherheit	3.946·3	574·8	94·6	0·3	292·8	4.908·8	4.379·0	4.070·6	1.116·0	1.154·4	1.070·3
43	Übrige Hoheitsverwaltung	8.798·6	1.028·3	2.083·4	704·8	14.709·4	27.324·5	24.287·9	22.703·2	75.958·7	65.899·6	59.388·1
	41 bis 43 (Summe)	14.825·3	1.893·7	2.196·4	731·3	17.630·7	37.277·4	33.083·5	30.939·4	77.227·5	67.159·6	60.550·0
	Gesamtsumme	42.853·2	2.761·3	16.423·1	10.303·5	66.731·0	139.072·1	122.820·3	112.567·4	127.912·9	113.388·6	104.823·7

[1] Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1972, Seite 281.

[2] Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Bundesrechnungsabschluß 1971, Seite 00/00.

www.parlament.gv.at

stigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe [1]) des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zum Beispiel Erlöse aus dem Salzverkauf, Postgebühren, Verkehrseinnahmen der Bundesbahn) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlauferposten") vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlages gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung kann dem Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit" und „Bilanzklarheit" nicht entraten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Neuregelung im Jahre 1964

Anläßlich der parlamentarischen Behandlung des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1963 faßte der Nationalrat eine Entschließung, wonach Doppelveranschlagungen bei den Verwaltungsfonds in den Bundesfinanzgesetzen ab 1964 beseitigt werden sollen.

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch der Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde erstmalig im Bundesvoranschlag 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt. Demnach werden derzeit beim Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz die früher auf der Ausgabenseite veranschlagten Durchlauferausgaben nur mehr auf der Einnahmenseite als Absetzungen von Einnahmenbeträgen — sichtbar und bruttomäßig — ausgewiesen.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Bruttonationalproduktes beziehungsweise Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte beziehungsweise im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlauferposten" in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Neuregelung saldiert sind.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe [1]) des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-) Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlauferposten") ausgeschieden [2]).

Aus der nachstehenden Übersicht sind die bereinigten Budgetgebarungen der Jahre 1971 bis 1973 sowie die Einnahmen ersichtlich, die dem Bunde tatsächlich von auswärts zufließen und von den Bundesdienststellen für die ihnen derzeit übertragenen Aufgaben in Anspruch genommen werden:

---

[1]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 280, rechte Spalte unten.

[2]) Siehe z. B. Beilage O1 auf Seite 546 des Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1972.

Bundesvoranschläge: Ordentliche und außerordentliche Gebarung. Bundesrechnungsabschluß: Einschließlich der nicht veranschlagten Anlehensgebarung.	Bundesvoranschlag 1973		Bundesvoranschlag 1972		Bundesrechnungsabschluß 1971	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling					
Gesamtgebarung (brutto)	139.072	127.913	122.820	113.388	[1] 112.567	[1] 104.824
Abgang		11.159		9.432		7.743
Bereinigte Bundesgebarung						
Gruppe 0 bis 6	107.390	103.073	94.281	89.939	86.300	82.885
hiezu: Monopolerträgnisse		615		528		556
Überschuß des Hauptmünzamtes		25		25		65
der Bundesapotheken		0		0	[3] 0	
der Bundesforste		29		20		29
Abgang der Staatsdruckerei	15		34		23	
der Bundestheater	558		491		445	
der Post- u. Telegr.-Anstalt	1.575		1.167		1.168	
der Bundesbahnen	5.363		3.971		3.342	
Zwischensumme [5]	114.901	103.742	99.944	90.512	91.278	83.535
ab: „Durchlauferposten" [6]						
1. Naturkatastrophen-Verwaltungsfonds	1	1	1	1	1	1
2. Katastrophenfonds-Bundesgebarung der Kapitel 60 und 64	633	633	553	553	486	486
3. Kosten des Münzregals	366	366	290	290	204	204
4. Sonstige	56	56	48	48	62	62
Durchlauferposten (Summe)	1.056	1.056	891	891	753	753
hiezu: Anlehensgebarung	.....	.....	.....	.....	6	7.987
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung [7]	113.845	102.686	99.052	89.620	90.531	90.769
Abgang		11.159		9.432		[4] 238
Brutto-Nationalprodukt (BNP) in Milld. S	[8] 523·6		[8] 465·7		415·7	
Bereinigte Budgetausgaben in % des BNP	21·7		21·3		21·8	

[1]) Ohne Anlehensgebarung.

[2]) (frei).

[3]) Abgang.

[4]) Überschuß.

[5]) Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

[6]) Zufolge haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebarung der Kapitel 70 bis einschließlich 79 nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlauferposten" ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlauferposten, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlauferposten werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfaßt sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Posten 8260 bis 8264 als Vergütungen bzw. bei den Posten 8265 bis 8269 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes ausnahmslos erfaßt, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Posten 7292 bzw. 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Posten solche Überrechnungen erfolgen können.

Neben den ausgewiesenen, betragsmäßig ins Gewicht fallenden Ausgaben und Einnahmen gibt es noch eine Anzahl von weiteren Durchlauferposten, die in der Übersicht unter „Sonstige" ausgewiesen sind.

Als weitere Durchlauferpost werden Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit dem Münzregal ausgewiesen, da die Münzregal-Gebarung in der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes auch nur nettomäßig, in der Regel als Überschuß aus dem Münzregal, dargestellt wird. Es werden daher auf der Ausgabenseite die Kosten des Münzregals und auf der Einnahmenseite ein gleich hoher Betrag aus den Brutto-Einnahmen des Münzregals als Durchlauferpost ausgewiesen.

Die Ausgaben und Einnahmen der Durchlauferposten werden wie folgt verrechnet:

Ausgabenansätze	Einnahmenansätze
1. ... 1/53107	2/53300
2. ... 1/53448 (in Höhe der Einnahmen der nebenstehenden Ansätze)	2/60890, 2/64160, 2/64201, 2/64421
3. ... 1/50108 Post 7292/076	2/50104

[7]) Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

[8]) Schätzung.

www.parlament.gv.at

II. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Für die Jahre 1945 bis 1970 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen über das Jahr 1971 vorläufige Erfolgsziffern und den über die Jahre 1972 und 1973 die Voranschlagsbeträge zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund 8 Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahre 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes. Die Größenordnung der Budgeteinnahmen liegt seit 1953 annähernd bei 30% des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investi-

www.parlament.gv.at

tionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verläßlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch nicht überfordert wurden. Trotzdem konnte das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit von 2·6 Milliarden Schilling im Jahre 1963 auf 0·5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0·9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59 Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960 Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961 Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962 Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963 Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964 Voranschlag 1965

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich auch in Österreich ausgewirkt und beeinflußte nicht unwesentlich die Budgets: Die Einnahmensteigerung verringerte sich, während u. a. die in Zeiten der Hochkonjunktur durch Gesetze beschlossenen Ausgaben auch in diesen Zeiten des schwächeren Wirtschaftswachstums weiter zunahmen. Um die Konjunkturdämpfung nicht durch Ausgabenkürzungen zu verstärken, wurden vorerst die Einnahmenausfälle durch Kreditoperationen bedeckt. Im übrigen wurden Maßnahmen zur Anpassung der Budgets an die gegebene Konjunkturlage in Angriff genommen.

Angesichts der Konjunkturprognose für das Jahr 1969 war das Budget 1969 noch expansiv gehalten worden. Das Ausmaß der Investitionen des Bundes und der Investitionsförderung wurde auf einem hohen Stand gehalten. Darüber hinaus hat der Bund durch umfangreiche Haftungsübernahmen große Investitionen im Bereich der Wirtschaft ermöglicht. Der Bundeshaushalt hat dadurch einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung und Stärkung der Konjunktur geleistet. In den konjunkturell bereits günstigen Jahren 1970 und 1971 wurde durch Bindung von Ermessensausgaben und Stillegung von Mehreinnahmen sowie durch Rücklagenzuführungen das Budget konjunkturell gerecht vollzogen. Durch diese Maßnahmen wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Während das nominelle Defizit im Jahre 1968 8·4 Milliarden Schilling betrug, bewegte es sich in den Jahren 1969 bis 1971 zwischen 7·2 bis 7·7 Milliarden Schilling; in Prozent der Brutto-Budgetausgaben betrug das Defizit 9·8, 7·7, 7·1 und 6·9%. Der nur im Inland wirksam werdende Ausgabenüberhang konnte von 0·6 Milliarden Schilling im Jahre 1969 auf etwa 0·1 Milliarden Schilling im Jahre 1970 gesenkt werden. Im Jahre 1971 wies der im Inland nachfragewirksame Saldo mit +1·8 Milliarden Schilling einen antizyklisch wirkenden Überschuß auf.

Bei der Aufstellung des Budgets 1972 erschien infolge der prognostizierten voraussichtlichen Verflachung der konjunkturellen Entwicklung keine restriktive Politik angebracht. Das vorgesehene konjunkturpolitisch aussagekräftige inlandswirksame Defizit mit einer Höhe von 1·85 Milliarden Schilling hat daher leicht expansiv wirkenden Charakter. Weiters wurde für 1972 ein Konjunkturausgleichsbudget erstellt, das in seiner vollen Höhe von 2·8 Milliarden Schilling (oder eines Teiles davon) dann wirkungsvoll eingesetzt werden soll, wenn die Konjunktur entgegen den bei Erstellung des Budgets vorliegenden Informationen einen starken Einbruch verzeichnen würde.

Eine Zwischenbilanz des Jahres 1972 im Zeitpunkt der Budgeterstellung 1973 zeigte, daß Österreichs Wirtschaft angesichts der lebhaften Inlandsnachfrage, des durch die Belebung der ausländischen Wirtschaft zunehmenden Außenhandels sowie des unvermindert angespannten Arbeitsmarktes den seit Jahresbeginn 1972 erkennbaren dynamischen Charakter beibehält, so daß der bereits gehandhabte restriktive Vollzug des Budgets 1972 fortzusetzen war.

1973

Das Budget für das Jahr 1973 ist wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitrittt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich), die das Jahr 1973 für die Wirtschafts- und Finanzpolitik Österreichs mit sich bringt, beeinflußt. Die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Budgeterstellung für das Jahr 1973 können den Ausführungen auf Seite 272/273 entnommen werden.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung ab 1967 können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1967	32—35	Erfolg 1965 Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966 Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967 Voranschlag 1968
1970	279—283	Erfolg 1968 Voranschlag 1969
1971	268—271	Erfolg 1969 Voranschlag 1970
1972	285—288	Erfolg 1970 Voranschlag 1971
1973	287—290	Erfolg 1971 Voranschlag 1972

Erfolg 1971

Durch die gezielte Umwandlung des inlandswirksamen Ausgabenüberschusses in einen antizyklisch wirkenden Einnahmenüberschuß, durch die Bindung von Ermessensausgaben und Stillegung von Mehreinnahmen sowie durch hohe Rücklagenzuführungen konnte das Budget 1971 wie im Vorjahr konjunkturgerecht vollzogen werden. Durch diese Maßnahmen wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet, der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt und das mit 9·8 Milliarden Schilling veranschlagte Defizit auf 7·7 Milliarden Schilling gesenkt.

Im einzelnen zeigt der Gebarungserfolg des Bundes für 1971 Einnahmen von 104·8 Milliarden Schilling, um 10·4 Milliarden Schilling oder 11·0% mehr als im Bundesrechnungsabschluß 1970, und Ausgaben von 112·5 Milliarden Schilling, um 10·9 Milliarden Schilling oder 10·8% mehr als 1970. Das Defizit war mit 7·7 Milliarden Schilling nur um etwas mehr als eine halbe Milliarde Schilling höher als 1970.

Gegenüber dem Voranschlag 1971 erhöhten sich die Einnahmen um 3·9 Milliarden Schilling (hievon öffentliche Abgaben und abgabenähnliche Einnahmen um 3·2 Milliarden Schilling und der Rest hauptsächlich Verwaltungseinnahmen). Die Ausgaben hingegen erhöhten sich durch den konjunkturgerechten Budgetvollzug bedingt und trotz vorzeitiger Schuldenrückzahlung mit rund 1·8 Milliarden Schilling bedeutend weniger als die Einnahmen.

Entgegen der bei Erstellung des Bundesvoranschlages vorliegenden Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung zeichnete sich im Laufe des Jahres 1971 ein wesentlich günstigerer Verlauf mit der Folge von hohen Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag 1971 ab. Zu Jahresbeginn wurden daher 15% der die Investitionen betreffenden Ermessensausgaben gebunden. Da sich gegen Ende des Jahres Abschwächungstendenzen in einigen Bereichen der Wirtschaft zeigten, wurde diese vorläufige Ausgabenrückstellung zur Hälfte freigegeben. Der Rest wurde weitgehend den Rücklagen zugeführt. Die Rücklagendotierung aus dem Jahre 1971 beträgt 1·5 Milliarden Schilling. Zusammen mit Rücklagenresten aus den Vorjahren ergibt sich ein Rücklagenstand von 2·2 Milliarden Schilling per 31. Dezember 1971.

Der im Inland nachfragewirksame Saldo weist mit +1·8 Milliarden Schilling einen antizyklisch wirkenden Überschuß auf. Das tatsächliche Bruttodefizit beläuft sich 1971 auf 7·8 Milliarden Schilling; unter Berücksichtigung der Schuldentilgungen von 6·1 Milliarden Schilling beträgt das Nettodefizit 1·7 Milliarden Schilling.

Die gesamten investitionsfördernden Maßnahmen betrugen im Jahre 1971 nach den vorliegenden Erfolgsziffern 20·5 Milliarden Schilling (Vorjahr 18·4):

	Milld. S	
Eigeninvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) ..	12·2	(10·9)
Bauten und Ausrüstung (einschließlich Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	1·0	(0·6)
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft:		
Wohnungsbau und Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen	4·5	(3·9)
Sonstige Bereiche (einschließlich Kapitalaufstockung)	2·4	(2·6)
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen (Wasserwirtschaftsfonds)	0·4	(0·4)

Ausgaben

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 112·6 Milliarden Schilling entfielen im Jahre 1971 41·0 Milliarden Schilling oder 36·4% auf den Personalaufwand (Vorjahr 36·8, d. s. 36·2%), und 71·6 Milliarden Schilling (63·6%) auf den Sachaufwand (ordentliche und außerordentliche Gebarung). Vom Sachaufwand wurden 11·9 Milliarden Schilling (Vorjahr 11·5) bei der Gebarungsgruppe „Anlagen" für die Herstellung und Anschaffung von Vermögenswerten, 6·8 Milliarden Schilling (Vorjahr 7·7) für Förderungsausgaben und 52·9 Milliarden Schilling (Vorjahr 45·6) für Verwaltungs- und sonstige Aufwendungen verausgabt. Die bei den Personalansätzen und bei den Gebarungsgruppen „Gesetzliche Verpflichtungen" verrechneten Ausgaben betragen 83·0 Milliarden Schilling (Vorjahr 73·9).

Von den Ressortausgaben (einschließlich Personalausgaben sind größenordnungsmäßig gesehen folgende von besonderer Bedeutung: Unterricht und Kunst, Wissenschaft und Forschung einschließlich Bundestheater 12·6 Milliarden Schilling (Vorjahr 10·7 Milliarden Schilling); Soziale

Verwaltung 17·0 Milliarden Schilling (15·8), hievon für „Sozialversicherung" 11·6 (10·9), „Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung" 2·1 (1·9) und „Kriegsopfer- und Heeresversorgung" 2·6 (2·4); Landesverteidigung 4·1 (4·0); Finanzen 32·9 (29·1), hievon Familienlastenausgleich 9·1 (7·1), Finanzschuld 9·3 (7·9) und Pensionen der Hoheitsverwaltung (einschließlich eines Zuschusses an die Österreichischen Bundesbahnen im Betrage von 1·7 Milliarden Schilling) 7·1 (6·4); Land- und Forstwirtschaft 3·4 (3·3); Handel, Gewerbe und Industrie sowie Bauten und Technik 9·7 (8·7); Verkehr 24·0 (22·1), hievon Post- und Telegraphenanstalt 9·9 (8·7) und Bundesbahnen 13·3 (12·5); Preisausgleiche netto 2·6 (2·7).

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes im Jahre 1971 betrugen 104·8 Milliarden Schilling gegenüber 94·4 Milliarden Schilling im Jahre 1970.

Von den gesamten Einnahmen entfielen 62·1 Milliarden Schilling oder 59·2% (55·1 Milliarden Schilling oder 58·4%) auf die dem Bunde verbleibenden Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben. Weiters erbrachten abgabenähnliche Einnahmen 12·0 (10·5) Milliarden Schilling oder 11·4 (11·1)%; hiezu zählen insbesondere die Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 8·2 (7·1) und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge 1·7 (1·7) Milliarden Schilling.

Die Betriebseinnahmen erhöhten sich von 20·8 Milliarden Schilling im Vorjahr auf 21·9 Milliarden Schilling im Jahre 1971, d. s. 21·0 (im Vorjahr 22·0) der Gesamteinnahmen; hievon entfielen auf die Österreichischen Bundesbahnen 10·0 (9·9), die Post- und Telegraphenanstalt 8·7 (7·9), die Österreichischen Bundesforste 0·9 (0·8) und die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols 0·8 (0·7) Milliarden Schilling.

Die übrigen Einnahmen, hauptsächlich Kostenersätze und Verwaltungseinnahmen, beliefen sich im Jahre 1971 auf 8·8 (Vorjahr 8·0) Milliarden Schilling, d. s. 8·4 (8·5) % der Gesamteinnahmen.

Öffentliche Ausgaben

Fast unbeeinflußt von der zum Teil rückläufigen internationalen Konjunktur und der durch die Währungskrise in der westlichen Welt bedingten Unsicherheit im Welthandel, entwickelte sich die österreichische Wirtschaft bis Jahresende absolut günstig, so daß wesentliche Mehreinnahmen nicht nur gegenüber dem Vorjahr, sondern auch gegenüber den im Bundesvoranschlag vorgesehenen Ansätzen erzielt werden konnten.

Die Bruttoeinnahmen an öffentlichen Abgaben betragen 95·1 Milliarden Schilling, nach Überweisung der Abgabenertragsanteile an Länder und Gemeinden und andere Rechtsträger in Höhe von 33·0 Milliarden Schilling verbleiben dem Bund Nettoeinnahmen von 62·1 Milliarden Schilling. Gegenüber dem Erfolg des Jahres 1970 sind somit die Bruttoeinnahmen um 11·2 Milliarden Schilling oder 13·4%, die Nettoeinnahmen um 7·0 Milliarden Schilling oder 12·6% höher. Die Ansätze des Bundesvoranschlages für 1971 wurden bei den Bruttoeinnahmen um 2·8 Milliarden Schilling (+3·1%) und den Nettoeinnahmen um 2·5 Milliarden Schilling (+4·2%) überschritten.

Von den Bruttomehreinnahmen gegenüber 1970 in Höhe von 11·2 Milliarden Schilling entfallen auf die direkten Steuern und Abgaben 4·9 Milliarden Schilling (Steigerungsrate 13·8%) und auf die indirekten Steuern und Abgaben 6·3 Milliarden Schilling (Steigerungsrate von 13·1%).

Innerhalb der direkten Steuern und Abgaben ergeben sich wesentliche Zuwachsraten vor allem bei folgenden Abgaben: Einkommensteuer 14·5%, Kapitalertragsteuer 26·7%, Körperschaftsteuer 13·9%, Gewerbe- und Bundesgewerbesteuer 8·2%, Sonderabgabe vom Einkommen 15·7% und Beitrag vom Einkommen 15·8%. Die Lohnsteuer weist als Folge eines weiteren Ansteigens der Löhne und Gehälter bei anhaltender Vollbeschäftigung eine Zuwachsrate von 17·1% auf.

Bei den indirekten Steuern und Abgaben blieben nur die Verkehrsteuern in ihrer Gesamtheit, bedingt durch den Wegfall der Sonderabgabe von Kraftfahrzeugen gegenüber dem Vorjahr zurück (minus 5·4%), hingegen stiegen die Umsatzsteuern, die Zölle, die Verbrauchsteuern, sowie die Stempel- und Rechtsgebühren zum Teil beträchtlich. Im einzelnen stiegen die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag um 15·9% und die Sonderabgabe von alkoholischen Getränken um 12·8%. Die Zölle weisen Mehreinnahmen von 12·6% auf.

Bei den Verbrauchsteuern, welche um 14·8% stiegen, nahmen die Tabaksteuer um 6·3%, die Mineralölsteuer und Bundesmineralölsteuer um 23·5%, der Monopolausgleich für Branntwein um 28·7% und die Schaumweinsteuer um 18·4% zu.

Die Mehreinnahmen bei den Stempel- und Rechtsgebühren (Zunahme 15·2%) wurden wesentlich von der Steigerung der Rechnungsstempel in Höhe von 15·7% beeinflußt. Innerhalb der Verkehrsteuern sind die größten Zuwachsraten bei der Grunderwerbsteuer mit 23·3%, der Versicherungssteuer mit 18%, der Beförderungssteuer mit 11·7%, der Spielbankabgabe mit 13·8% und beim Außenhandelsförderungsbeitrag mit 12·3%.

Verwaltung der Staatsschulden

Durch die günstige Entwicklung der Staatsfinanzen im Jahre 1971 mußte der im Bundesfinanzgesetz festgesetzte Kreditrahmen zur Abdeckung des Defizites von rund 9830 Millionen

Schilling nur mit rund 7860 Millionen Schilling beansprucht werden, wodurch ein nicht ausgenützter Rest von 1970 Millionen Schilling verblieben ist. Auch die im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Sonder-Kreditermächtigungen von 120 Millionen Schilling wurden nur mit rund 80 Millionen Schilling ausgenützt.

Der verminderte Fremdmittelbedarf des Bundes hat vor allem eine erhebliche Einschränkung der Kreditoperationen im Ausland bewirkt. Durch zusätzliche Schuldtilgungen größeren Ausmaßes im Ausland ergab sich sogar ein Tilgungsüberschuß im Gegenwert von rund 1041 Millionen Schilling, wodurch auch ein günstiger währungspolitischer Effekt erzielt werden konnte.

Bei der Bewertung der Auslandschuldverpflichtungen per Jahresultimo wurde, hauptsächlich durch die Dollar-Abwertung, ein schuldvermindernder Netto-Kursgewinn von rund 316 Millionen Schilling errechnet, so daß sich die Auslandsschuld des Bundes gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 1357 Millionen Schilling vermindert hat.

Von Bedeutung waren auch Umschuldungsmaßnahmen im Gegenwert von 1219 Millionen Schilling, die vor allem zur Entlastung künftiger Budgets, Tilgungserstreckungen brachten.

Die Auslandschuld zeigte folgende Entwicklung im Jahre 1971:

		Mill. S
Stand Ende 1970		13.489
Schuldaufnahmen:		
Eine Anleihe in Schweizer Franken	366	
Ein Schatzwechselkredit in Schweizer Franken	488	
Sonstige	9	+ 863
Schuldtilgungen	1.904	
Kursgewinne [1])	316	— 2.220
Stand Ende 1971		12.132
Nettoverminderung der Auslandschuld gegenüber Ende 1970		1.357

Die Kreditoperationen im Inland hatten wieder den Hauptanteil an der Budgetfinanzierung zu tragen; sie erbrachten Fremdmittel von rund 7123 Millionen Schilling, wovon 2600 Millionen Schilling auf Inlandanleihen, 3658 Millionen Schilling auf die Begebung von Bundesschatzscheinen und 865 Millionen Schilling auf Darlehen und sonstige Kreditoperationen entfielen.

Erstmals wurden 3 Inlandanleihen aufgelegt, wodurch auch der Markt zur Jahresmitte mit einer kleinen Emission (400 Millionen Schilling) in Aspruch genommen wurde.

[1]) Kursgewinne ..... 469 Mill. S
Kursverluste ..... 153 Mill. S
Nettogewinn ..... 316 Mill. S

Die Nettobeanspruchung des inländischen Anleihemarktes betrug nur rund 576 Millionen Schilling, da den Begebungen Anleihe-Tilgungen von 2024 Millionen Schilling gegenüber standen. Durch Schatzscheintilgungen von rund 1772 Millionen Schilling wurde der Schatzscheinmarkt netto mit rund 1886 Millionen Schilling beansprucht, die Nettoaufnahme bei den Darlehen und sonstigen Kreditoperationen betrug 659 Millionen Schilling.

Durch die Übernahme der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds durch die Oesterreichische Nationalbank (gemäß BGBl. Nr. 309/1971) von rund 1834 Millionen Schilling wurde ein gleichhoher Betrag von der Notenbankschuld ausgebucht. Neben dieser Ausbuchung erfolgten Tilgungen der Notenbankschuld von rund 196 Millionen Schilling und eine Erhöhung von rund 43 Millionen Schilling (IDA-Schatzscheine), so daß sich die Notenbankschuld gegenüber dem Vorjahr um rund 1987 Millionen Schilling verminderte.

Die Inlandschuld zeigte folgende Entwicklung im Jahre 1971:

		Mill. S
Stand Ende 1970		33.582
Schuldaufnahmen:		
3 Anleihen	2.600	
Bundesschatzscheine	3.658	
Darlehen und sonstige Kredite	822	
Notenbankschuld	43	+ 7.123
Schuldtilgungen:		
Geldmäßige Tilgungen	4.156	
Ausbuchung bei der Notenbankschuld	1.834	— 5.990
Stand Ende 1971		34.715
Netto-Erhöhung der Inlandschuld gegenüber Ende 1970		1.133

Die Entwicklung der Gesamtschuld zeigt folgendes Bild:

	Mill. S
Stand Ende 1970	47.071
Schuldaufnahmen	+ 7.986
Schuldtilgungen	— 6.060
Ausbuchung bei der Notenbankschuld	— 1.834
Schuldvermindernde Kursgewinne ..	— 316
Stand Ende 1971	46.847
Die Finanzschuld des Bundes hat sich demnach gegenüber dem Vorjahr verringert um	224

Die durch die Übernahme der Bundeshaftung durchgeführte Investitions- und Exportförderung erreichte im Jahre 1971 ein Ausmaß von 21·3 Milliarden Schilling, denen nach dem derzeitigen Rechnungsstand Rückzahlungen, Nichtinanspruchnahmen und Rücktritte von zusammen 13·2 Milliarden Schilling gegenüberstehen dürften. Der Stand des Haftungsobligos des

Bundes kann daher derzeit mit rund 55·2 Milliarden Schilling angenommen werden, was eine Nettoerhöhugn um rund 8·1 Milliarden Schilling gegenüber dem Stand Ende 1970 in Höhe von rund 47·1 Milliarden Schilling bedeutet.

Von den Haftungsübernahmen im Jahre 1971 entfielen auf die Ausfuhrförderung 12·7 Milliarden Schilling, auf die Elektrizitätswirtschaft 1·6 Milliarden Schilling, auf die Ausfuhrfinanzierungsförderung 1·7 Milliarden Schilling, auf die verstaatlichten Unternehmungen (ohne Elektrizitätswirtschaft) 0·9 Milliarden Schilling, auf den Straßenbau 2·0 Milliarden Schilling, auf die Land- und Forstwirtschaft 0·3 Milliarden Schilling, auf den Wasserwirtschaftsfonds 0·6 Milliarden Schilling und auf sonstige Wirtschaftszweige 1·5 Milliarden Schilling.

Voranschlag 1972

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für 1972 ging es vor allem darum, durch die in Aussicht genommene Verlängerung der Wirksamkeit der Sonderabgabe von alkoholischen Getränken, durch eine niedrig angesetzte Ausgangsbasis für die Budgetverhandlungen bei den kürzungsfähigen Ermessensansätzen (rund 10% unter den Voranschlagsansätzen 1971), durch Einsparungsmaßnahmen beim Personalaufwand (z. B. 2%iger Ersparungsabstrich) und durch Maßnahmen auf dem Finanzschuldensektor (Konvertierung und Vorziehung von Finanzschuldentilgungszahlungen in das Jahr 1971) den nominellen Ausgabenüberhang des Budgets 1972 wie im Vorjahr mit 9·8 Milliarden Schilling zu limitieren. Im Zuge der Budgetberatungen im Nationalrat trat eine Verbesserung um 0·4 Milliarden Schilling ein. Bei Finanzschuldentilgungen von rund 5·7 Milliarden Schilling und Berücksichtigung sonstiger nicht im Inland wirksam werdender Ausgaben und Einnahmen entspricht nämlich dieser nominelle Ausgabenüberhang nur einem inlandwirksamen Ausgabenüberschuß von etwa 1·8 Milliarden Schilling.

Dieses Konzept mußte naturgemäß auch berücksichtigen, daß zusätzliche Mittel für Schwerpunktbildungen im Sozialbereich, auf dem Unterrichtssektor, weiters für Wissenschaft und Forschung, für den Umweltschutz, die Wirtschaftsförderung sowie schließlich für den Agrarsektor und die Landesverteidigung bereitgestellt werden müssen.

Für den Fall, daß eine massive Abschwächung der Konjunktur im Jahre 1972 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel zur Konjunkturbelebung erfordern sollte, wurde ein Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehen, der rund 2·8 Milliarden Schilling für Investitions- bzw. Investitionsförderungsausgaben umfaßt.

Die nachfolgenden Ausführungen zeigen, daß die Bundesregierung — auf die Basis Bundesvoranschlag 1971 bezogen — bei der Beschlußfassung über den Bundesvoranschlagsentwurf für das Jahr 1972 vor folgende Aufgaben gestellt war:

1. Mehrausgaben von 3·8 Milliarden Schilling im Personalaufwand, hauptsächlich aus den Auswirkungen der Bezugsneuregelung und -valorisierung, und von 4·0 Milliarden Schilling bei den „Gesetzlichen Verpflichtungen", hievon rund 1·7 Milliarden Schilling für Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung, 0·7 Milliarden Schilling beim Familienlastenausgleich, 0·5 Milliarden Schilling für den Unterrichts- und Wissenschaftssektor, je 0·2 Milliarden Schilling für den Finanzausgleich und Finanzschuldendienst sowie 0·1 Milliarden Schilling für die Landesverteidigung, mußten in erster Linie berücksichtigt werden;

2. Mehrausgaben von rund 0·8 Milliarden Schilling nach Maßgabe gleichhoher zweckgewidmeter Mehreinnahmen für den Bundesstraßenbau und die Fernsprechautomatisierung mußten gleichfalls zwangsläufig einbezogen werden;

3. weitere unabweisliche, zur Fortführung der Hoheits- und Betriebsverwaltung notwendige sowie im Zuge von Umstrukturierungen sich ergebende Mehrerfordernisse von netto rund 2·9 Milliarden Schilling, vor allem für die bereits erwähnten Schwerpunktbildungen (1·1 Milliarden Schilling), für die laufenden und Investitions-Ausgaben der Bundesbetriebe (0·9 Milliarden Schilling), für Kapitalbeteiligungen und bauliche Maßnahmen (0·5 Milliarden Schilling) sowie für Maßnahmen der Landesverteidigung (0·2 Milliarden Schilling), mußten im tragbaren Budgetrahmen ihre Bedeckung finden;

4. zwangsläufig ergab sich eine Ausweitung der Gesamtausgaben- und Gesamteinnahmen-Summe von je 0·6 Milliarden Schilling durch die Ausweitung von Rücklagen-, Fonds- und sonstigen Durchlaufer-Gebarungen.

Für die Bedeckung der Mehrausgaben boten sich Mehreinnahmen wie folgt an: Bei den Öffentlichen Abgaben fast 8·7 Milliarden Schilling und bei den übrigen Einnahmen 3·8 Milliarden Schilling, hievon bei den Bundesbetrieben 1·7 Milliarden Schilling, beim Familienlastenausgleich 0·7 Milliarden Schilling und bei den Durchlaufergebarungen 0·6 Milliarden Schilling, insgesamt somit 12·5 Milliarden Schilling. Mit diesen Mehreinnahmen, durch die die Gesamteinnahmen 1972 — auf die Basis des voraussichtlichen Jahresergebnisses 1971 bezogen — nur etwas mehr als 9% höher und somit im Rahmen der für 1972 zu erwartenden nominellen Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes liegen, konnten die vorerwähnten Mehrausgaben gleicher Höhe bedeckt werden.

Die revidierte Budgetvorschau des Bundesministeriums für Finanzen für die Jahre 1969 bis 1971

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete erste Budgetvorschau 1965 bis 1968 [1]) wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Über die Ziele, angewendeten Methoden und Schlußfolgerungen der Vorschau gibt der Einleitungsbericht zu jener Vorschau ausführlich Rechenschaft. Es wird deshalb nur die Weiterentwicklung seit der Veröffentlichung dieser Vorschau behandelt, im übrigen wird auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen.

Die erste Budgetvorschau diente als Grundlage für wichtige budgetpolitische Entscheidungen. Für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse wurden bereits die Unterlagen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Auch für die budgetpolitischen Entscheidungen im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 wurde die Budgetvorschau in revidierter Form herangezogen.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau sind auch in anderen Ländern die Arbeiten an ähnlichen Projekten weiter fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974" erarbeitet und für die Bundesrepublik Deutschland eine wesentliche Verbesserung der ersten Vorausschätzung vorgenommen. Die ausländischen Arbeiten auf diesem Gebiet sind vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert worden.

Die Grundsätze der bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewendeten Methoden haben sich bewährt. In einigen Fällen sind bei der neuen Budgetvorschau Änderungen vorgenommen worden, die vor allem auf die Stellungnahme des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur Budgetvorschau 1965 bis 1968 zurückgehen.

Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalproduktes. Diese Vorausschau für die Jahre bis 1970 wurde vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert.

Während die Vorschau des Institutes für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4% pro Jahr rechnete und keine Konjunkturschwankungen prognostizierte, rechnet die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4% im Vorhersagezeitraum, enthielt aber außerdem eine Konjunkturprognose. Für das Jahr 1968 wurde mit einer Wachstumsrate von 3% gerechnet, für 1969 mit 5½% und für 1970 mit einem „normalen" Wachstum von etwa 4%.

Die erste Budgetvorschau war zu konstanten Preisen erstellt worden. Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat in seiner Stellungnahme empfohlen, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen mit einer Vorausschätzung von Steigerungen des allgemeinen Preisniveaus zu erstellen, um den Informationswert der Vorschau zu vergrößern. Es wurde deshalb eine Variante der Vorschau 1967 bis 1970 errechnet, die mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus von jährlich 2% rechnet.

Revision der Budgetvorschau 1969 bis 1970 und Einbeziehung des Jahres 1971

Die Budgetvorschau für die Jahre 1967 bis 1970 wurde am 25. Juli 1967 dem Ministerrat vorgelegt und am 28. Juli 1967 dem Parlament übermittelt. [1])

Durch die in der Zwischenzeit getroffenen Entscheidungen bzw. gefaßten Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch die Beschlußfassung über den Bundesvoranschlag 1968 haben sich zum Teil weitgehende Änderungen dieser Vorschau ergeben, weshalb die Durchführung einer Revision sowie die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig schien.

Diese Vorschaurevision enthielt keine Vorwegnahme budgetpolitischer Entscheidungen, sie gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage 1. Juli 1968 einerseits die Einnahmen und andererseits die Ausgaben entwickeln würden, wenn man in diese Berechnung die nicht durch zweckgebundene Einnahmen finanzierten Ermessenskredite in der Höhe der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1968 einbezieht. Die Budgetvorschau sagte daher weder aus, was sein wird noch was sein soll. Sie war vielmehr die Basis für die notwendigen budgetpolitischen Entscheidungen. Die Vorschaurevision wurde im wesentlichen mit denselben Methoden erstellt, die schon bei der Budgetvorschau für den Zeitraum 1965 bis 1968 bzw. 1967 bis 1970 angewendet worden sind. Dabei wurden einige Vorschläge des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen aufgegriffen.

[1]) Siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, Seite 30/31.

[1]) Siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968, Seite 40/41.

Der Vorschaurevision lag die bereits erwähnte Vorschau auf die österreichische Wirtschaft bis 1970 zugrunde, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung erstellt wurde.

Das zusammengefaßte Ergebnis dieser Vorschau wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen für die Jahre 1970 bis 1974 [1])

Ende September 1969 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Budgetprognose bis zum Jahre 1974 betraut. Sie brachte folgende Ergebnisse:

Variante A (7%iges Wachstum des nominellen Sozialproduktes)

1. Ausgabenüberhänge nach der gegenwärtigen Rechtslage

	1970	1971	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	100·1	107·7	113·4	111·7	114·1
Einnahmen [2])	92·2	94·1	99·5	106·3	113·6
Abgang	7·9	13·6	13·9	5·4	0·5

2. Ausgabenüberhänge unter Berücksichtigung mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgender Änderungen (Finanzierungsbedarf)

	1970	1971	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	100·8	110·2	119·8	125·6	133·7
Einnahmen [2])	92·2	94·1	99·5	106·3	113·6
Abgang	8·6	16·1	20·3	19·3	20·1

Variante B (9%iges Wachstum des nominellen Sozialproduktes)

1. Ausgabenüberhänge nach der gegenwärtigen Rechtslage

	1970	1971	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	100·1	108·0	114·6	113·7	116·8
Einnahmen [2])	92·2	96·2	104·0	114·0	124·6
Abgang (—) Überschuß (+)	—7·9	—11·8	—10·6	+0·3	+7·8

2. Ausgabenüberhänge unter Berücksichtigung mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgender Änderungen (Finanzierungsbedarf)

	1970	1971	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	100·8	110·6	121·5	128·6	138·2
Einnahmen [2])	92·2	96·2	104·0	114·0	124·6
Abgang	8·6	14·4	17·5	14·6	13·6

Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen für die Jahre 1971 bis 1975

Zu Jahresbeginn 1971 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer Budgetvorschau für die Jahre 1971 bis 1975 betraut. Sie wurde diesmal in drei Varianten (Steigerung des nominellen Sozialproduktes jeweils 7, 8 und 9% pro anno) erstellt, wobei die 8%ige Variante die Hauptvariante darstellt. Diese Vorschau brachte folgende Ergebnisse:

FINANZIERUNGS- UND SANIERUNGSBEDARF

Variante A (7%)

1. Ausgabenüberhänge nach der gegenwärtigen Rechtslage

	1971 [3])	1972	1973	1974	1975
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	110·4	122·0	126·2	130·5	135·6
Einnahmen [2])	103·7	110·1	114·4	122·3	129·5
Abgang	6·7	11·9	11·8	8·2	6·1

2. Ausgabenüberhänge unter Berücksichtigung mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgender Änderungen = Finanzierungsbedarf

	1971 [3])	1972	1973	1974	1975
	Milliarden Schilling				
Ausgaben	111·0	123·9	133·3	144·0	153·9
Einnahmen [2])	103·7	110·1	114·4	122·3	129·5
Abgang	7·3	13·8	18·9	22·7	24·4

3. Sanierungsbedarf [2])

	1971 [3])	1972	1973	1974	1975
	Milliarden Schilling				
Finanzierungsbedarf	7·3	13·8	18·9	22·7	24·4
Ab Kreditfinanzierung	9·8	10·9	11·2	13·1	14·6
	—	2·9	7·7	9·6	9·8

[1]) Siehe Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1971, Seite 272 bis 275.

Fußnoten [2]) und [3]) siehe Seite 293.

Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen für die Jahre 1971 bis 1975

Variante B (Hauptvariante, 8%)

1. Ausgabenüberhänge nach der gegenwärtigen Rechtslage

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Ausgaben	110·4	122·0	126·6	131·3	136·9
Einnahmen [2]	103·7	111·1	116·7	126·1	135·1
Abgang	6·7	10·9	9·9	5·2	1·8

2. Ausgabenüberhänge unter Berücksichtigung mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgender Änderungen (Finanzierungsbedarf)

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Ausgaben	111·0	123·9	133·8	145·1	155·8
Einnahmen [2]	103·7	111·1	116·7	126·1	135·1
Abgang	7·3	12·8	17·1	19·0	20·7

3. Sanierungsbedarf [2]

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Finanzierungsbedarf	7·3	12·8	17·1	19·0	20·7
Ab Kreditfinanzierung	9·5	11·4	11·8	13·9	15·8
	—	1·4	5·3	5·1	4·9

Variante C (9%)

1. Ausgabenüberhänge nach der gegenwärtigen Rechtslage

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Ausgaben	110·4	122·1	127·0	132·1	138·1
Einnahmen	103·7	112·0	119·0	130·0	140·6
Abgang	6·7	10·1	8·0	2·1	—2·5

2. Ausgabenüberhänge unter Berücksichtigung mit großer Wahrscheinlichkeit erfolgender Änderungen (Finanzierungsbedarf)

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Ausgaben	111·0	124·2	134·5	146·5	158·2
Einnahmen	103·7	112·0	119·0	130·0	140·6
Abgang	7·3	12·2	15·5	16·5	17·6

3. Sanierungsbedarf [2]

	1971 [3]	1972	1973	1974	1975
			Milliarden Schilling		
Finanzierungsbedarf	7·3	12·2	15·5	16·5	17·6
Ab Kreditfinanzierung	9·5	12·0	12·5	14·9	17·1
	—	0·2	3·0	1·6	0·5

[2] Unter der Annahme, daß alle befristeten Sondersteuern termingerecht auslaufen.
[3] Der endgültige Saldo wird vom Umfang der Mehreinnahmen sowie sonstiger Mehr- und Minderausgaben im laufenden Jahr abhängen.

Der Beirat hat diese Ergebnisse wie folgt kommentiert:

Bei der Interpretation der Vorschau muß besonders berücksichtigt werden, daß es sich um eine mittelfristige Prognose handelt, daß also konjunkturbedingte Abweichungen von der längerfristigen Entwicklung nicht prognostiziert werden konnten. Es muß darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der vorliegenden Analyse insbesondere nicht um eine Prognose des Bundesbudgets 1972 handelt, dessen Ausgaben- und Einnahmenhöhe ja außer von längerfristigen in erheblichem Maße von kurzfristigen Faktoren konjunktureller Art und von politischen Entscheidungen abhängen wird. Der vorliegenden Budgetvorschau wird ein stetiges Wirtschaftswachstum mit konstanter Einkommensverteilung unterstellt. Bei Beurteilung der Prognose ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Basisjahr 1971 ein konjunkturgünstiges Jahr ist, während die unmittelbar folgenden Jahre voraussichtlich konjunkturschwächer sein werden. Daraus folgt, daß die Vorschau in unmittelbaren Folgejahren zu einer Unterschätzung der Defizite und der Neuverschuldung tendieren dürfte. Die Schätzung gilt also für eine Wirtschaftsentwicklung auf hohem Niveau mit ausgelasteten Kapazitäten.

Es muß auch beachtet werden, daß die Budgetprognose außer den rechtlichen Verpflichtungen nur diejenigen Ausgaben enthält, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorgenommen werden. Allerdings wurde gegenüber der letzten Vorschau im Hinblick auf die von der Regierung im vorgesehenen Investitionsprogramm geplante Steigerung der Investitionen eine entsprechende Zuwachsrate in diesem Bereich angenommen; ferner wurde diesmal eine Weiterführung der aus zweckgebundenen Mitteln zu tätigenden Fernsprechinvestitionen auch nach Auslaufen der Zweckbindung der Fernsprech-

gebühren angenommen. Weitere mögliche Erhöhungen des Sozialaufwandes mußten jedoch ebenso außer Ansatz bleiben wie etwaige kräftige Erhöhungen der Investitionen z. B. für Umweltschutz, Bildung, Forschung, Spitalssanierung usw.; aber auch etwaige Steuerermäßigungen (z. B. für flankierende Maßnahmen zur Schillingaufwertung, für eine Verbesserung der steuerlichen Investitionsförderung und für eine Einkommensteuerreform) konnten in der Vorschau nicht berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen würden sich daher höhere Ausgabenüberhänge und ein höherer Sanierungsbedarf ergeben.

Überhaupt ist es nicht Aufgabe der Prognose, künftige Defizite zu prognostizieren, sondern sie soll dazu dienen, quantitative Vorstellungen über die längerfristige Budgetproblematik zu gewinnen. Sie soll also als Entscheidungshilfe für die mittelfristige Budgetpolitik dienen.

Vergleicht man zunächst die Ausgabenüberhänge und den Sanierungsbedarf mit der vorjährigen Budgetvorschau und berücksichtigt man, daß in der heurigen Vorschau die Verlängerung der Fernsprechinvestitionen ab 1973 und eine höhere Zuwachsrate der Investitionen angenommen werden, was in der letzten Vorschau nicht enthalten war (insgesamt rund 0·3 Milliarden Schilling 1972, 2·6 Milliarden Schilling 1973 und 3·4 Milliarden Schilling 1974), dann ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Variante 7%

	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling		
Budgetvorschau 1970 bis 1974 (Vergleichbare Zahlen):			
Ausgabenüberhang	20·6	21·9	23·5
Sanierungsbedarf	9·5	9·4	9·6
Budgetvorschau 1971 bis 1975:			
Ausgabenüberhang	13·8	18·9	22·7
Sanierungsbedarf	2·9	7·7	9·6

Variante 8%

Budgetvorschau 1970 bis 1974 (Vergleichbare Zahlen):			
Ausgabenüberhang	19·2	19·5	20·2
Sanierungsbedarf	7·5	6·3	5·2
Budgetvorschau 1971 bis 1975:			
Ausgabenüberhang	12·8	17·1	19·0
Sanierungsbedarf	1·4	5·3	5·1

Variante 9%

Budgetvorschau 1970 bis 1974 (Vergleichbare Zahlen):			
Ausgabenüberhang	17·8	17·2	17·0
Sanierungsbedarf	5·6	3·3	0·9

	1972	1973	1974
	Milliarden Schilling		
Budgetvorschau 1971 bis 1975:			
Ausgabenüberhang	12·2	15·5	16·5
Sanierungsbedarf	0·2	3·0	1·6

Es zeigt sich also für diese Periode eine Verringerung der Ausgabenüberhänge bzw. des Sanierungsbedarfes gegenüber der letzten Vorschau

Diese Verbesserung der Finanzlage des Bundes ist zunächst auf die außerordentlich günstige Konjunkturentwicklung zurückzuführen, die zur Zeit der Erstellung der letztjährigen Vorschau noch nicht im vollen Umfang zu erkennen war. Sie schlägt sich vor allem auf der Einnahmenseite des Bundes nieder. Weitere Ursachen der Änderung sind die budgetpolitischen Maßnahmen seit der Erstellung der letzten Vorschau. (Die Verlängerung der Sondersteuern und anderer befristeter Sondermaßnahmen sowie die Erhöhung der Bundesmineralölsteuer, aber auch die Aufhebung der Autosondersteuer waren in der letzten Vorschau nicht enthalten, außerdem erfolgte eine Kürzung von Ermessensausgaben gegenüber den Annahmen der Vorschau.)

Trotz dieser Verbesserung bleibt die längerfristige Problematik der Budgetpolitik bestehen. Obwohl, wie bereits erwähnt, wahrscheinlich eintretende Mehrausgaben und Mindereinnahmen in der Vorschau nicht enthalten sind, ergibt sich doch in allen Varianten eine erhebliche Finanzierungslücke des Bundes. Der Sanierungsbedarf, also jener Betrag, um den der drohende Ausgabenüberhang durch budgetpolitische Maßnahmen verringert werden müßte, macht 1972 in der 7%igen Variante der Vorschau rund 3 Milliarden Schilling aus. Ab 1973 (in diesem Jahr laufen die verlängerten Sondermaßnahmen wieder aus) beträgt der Sanierungsbedarf in der Hauptvariante rund 5 Milliarden Schilling. Problematisch ist auch die Tatsache, daß während der ganzen Prognoseperiode die Ausgaben tendenziell stärker zunehmen als die Einnahmen, die prognostizierten Ausgabenüberhänge also ständig steigen.

Die Entwicklung der Ausgaben in der Hauptvariante bedeutet ohne Berücksichtigung des Sanierungsbedarfes eine relative Erhöhung der Gesamtausgaben des Bundes gegenüber der Erhöhung des Sozialprodukts.

Die finanzielle Entwicklung des Bundes hängt allerdings wesentlich von der wirtschaftlichen Entwicklung der Prognoseperiode ab, wie der beträchtliche Unterschied zwischen den Ergebnissen der drei Varianten der Budgetvorschau zeigt. Je höher die nominelle Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts, desto geringer sind Ausgabenüberhänge und Sanierungsbedarf. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, daß die Aus-

gaben verhältnismäßig starr, also unabhängig von der Entwicklung des Sozialproduktes, steigen, während die Einnahmen von der Entwicklung der Volkswirtschaft abhängen. Allerdings sind hier zeitliche Verschiebungen zu beachten. Der Personal- und Sozialaufwand reagieren auf eine Erhöhung der Inflationsrate im kürzeren, auf eine solche der Wachstumsrate im größeren Abstand, auch bei den veranlagten Steuern tritt diesbezüglich eine Verzögerung auf.

Folgende wesentliche Probleme der Budgetpolitik haben sich in der Vorschau gezeigt:

Bemerkenswert ist zunächst das besonders starke Anwachsen des Personalaufwandes und der rechtlichen Verpflichtungen. Beide Bereiche wachsen überproportional, sie beanspruchen allein mehr als den gesamten Einnahmenzuwachs des Bundes.

Der Personalaufwand wächst im Jahr 1972 um 13% auf 46·2 Milliarden Schilling und wird für die folgenden Jahre mit einer Steigerungsrate von 9% pro Jahr angenommen. Im Jahre 1972 treffen die Auswirkungen alter Vereinbarungen mit neuen Abkommen zusammen. Zwar machen die im neuen Gehaltsabkommen vereinbarten allgemeinen Gehaltserhöhungen real 3% (insgesamt mit Gehaltsdynamik etwa 6·5% in der Hauptvariante) pro Jahr aus, doch wurden sie durch Vereinbarungen für verschiedene Dienstnehmergruppen vor allem auf dem Zulagensektor erweitert.

Bemerkenswert ist ferner die hohe kurzfristige Verschuldung des Bundes. Die im Ausland abzustattenden Tilgungen von Altschulden steigen von 1·4 Milliarden Schilling auf 3·2 Milliarden Schilling 1972. Der Anteil der kurzfristig umlaufenden Titel im Inland an der inländischen Finanzschuld des Bundes (1970: 8 Milliarden Schilling) würde sich nach den Beiratsannahmen von 1970 bis 1975 von etwa 24% auf etwa 41% erhöhen, wodurch sich die Finanzierung der Defizite für den Bund erschweren könnte.

Die Infrastrukturinvestitionen in der Vorschau steigen insgesamt nur leicht überproportional.

Auf der Einnahmenseite laufen nach der gegenwärtigen Rechtslage die Alkoholsondersteuer 1971, die übrigen Sondermaßnahmen 1972 aus (Ausfall von 1·3 Milliarden Schilling 1972 bzw. von weiteren 4·1 Milliarden Schilling 1973).

Es wird ferner festgehalten, daß die Preise öffentlicher Betriebe und die Entgelte für öffentliche Leistungen während der ganzen Prognoseperiode im Sinne der bestehenden Rechtslage konstant gehalten werden. Diese Annahme ist allerdings problematisch.

Die Steuerschätzungen für die unmittelbaren Folgejahre weisen unter anderem deshalb hohe Unsicherheitsmomente auf, weil die jüngste Entwicklung des Steueraufkommens von den bisherigen längerfristigen Erfahrungen abweicht. Eine nähere Untersuchung dieser Abweichung im Rahmen der Finanzverwaltung wäre zweckmäßig und würde zu einer Verbesserung künftiger Steuerschätzungen und damit zur Verbesserung der Budgetvorschau beitragen.

Der Beirat ist der Auffassung, daß eine mittelfristige Finanzplanung des Bundes wesentlich zu einer längerfristigen Orientierung der Budgetpolitik beitragen würde. Die Budgetvorschau kann lediglich als eine Vorstufe dazu angesehen werden. Eine mittelfristige Finanzplanung, die jährlich revidiert werden sollte, müßte über die Vorschau hinaus die mittelfristigen Ziele der Finanzpolitik zumindest in globalen Kategorien umreißen.

Auf Grund der vorliegenden Vorschau ergeben sich folgende Schwerpunkte einer längerfristig orientierten Budgetpolitik:

Schaffung einer größeren Flexibilität in der Budgetgestaltung u. a. durch Verringerung der Zweckbindungen von Einnahmen und durch das Vermeiden des Entstehens von Nebenhaushalten; dadurch soll es der Budgetpolitik erleichtert werden, den konjunktur- und strukturpolitischen Notwendigkeiten stärker Rechnung zu tragen und die Budgetstruktur zu verbessern;

Rationalisierung der Ausgabenpolitik, der angesichts des steigenden Anteils der Steuereinnahmen am Sozialprodukt erhöhtes Gewicht zukommen muß, insbesondere

Rationalisierung durch Einführung der Methoden moderner Betriebsführung im öffentlichen Dienst;

längerfristige Orientierung der Transferausgaben an gesamtwirtschaftlichen Begrenzungen und gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen;

die Schwerpunktbildung bei den Infrastrukturinvestitionen auf Grund des zu erstellenden langfristigen Investitionsprogramms;

die Einordnung der Schuldenpolitik in gesamtwirtschaftliche Finanzierungsüberlegungen, die Konsolidierung der Auslandsschuld und die Überprüfung der Entwicklung des Anteils der Schatzscheinfinanzierung an der Finanzschuld des Bundes;

stärkere Berücksichtigung längerfristiger Auswirkungen steuerpolitischer Maßnahmen;

die Vermeidung sprunghafter Erhöhungen der Preise öffentlicher Betriebe und der Entgelte öffentlicher Leistungen;

die finanzielle Entwicklung wird nicht zuletzt davon abhängen, wieweit es der Wirtschaftspolitik gelingt, zu einem stetigen Wirtschaftswachstum ohne inflationistische Entwicklungen beizutragen.

III. Die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich

1. Die internationale Konjunkturentwicklung

Niedrigere Wachstumsraten als 1970 bei anhaltendem inflationistischem Druck und eine weitere Unruhe und Unsicherheit im internationalen Währungssystem charakterisierten die internationale Konjunktur des Jahres 1971. Die Wirtschaftsentwicklung war dabei in den einzelnen Mitgliedstaaten der OECD zum Teil erheblich differenziert. Die USA und Großbritannien verzeichneten nach der Stagnation des Jahres 1970 einen konjunkturellen Aufschwung, während sich in der BRD und in Japan die Konjunkturlage weitgehend entspannt hat. Die Steigerung der industriellen Produktion in den COMECON-Ländern erreichte im Durchschnitt 7·8%, wobei die erhöhte Arbeitsproduktivität für die Zunahme der Produktion maßgebend war. Im Juli 1971 wurde für die künftige Integration der osteuropäischen Länder ein umfassendes Programm ausgearbeitet, das die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten vertiefen und die internationale Arbeitsteilung verbessern soll. Als Fernziel wird die Festlegung neuer Paritäten der Mitgliederwährungen sowie deren Konvertierbarkeit untereinander angestrebt.

Angesichts der Schwierigkeiten, die die Währungsunsicherheit für den Welthandel mit sich brachte, konnte die wertmäßige Ausweitung des internationalen Warenaustausches um 10% nach 14% im Jahre 1970 als relativ gut betrachtet werden. Im Zuge der Konjunkturverflachung in Westeuropa und Japan wirkte sich der Rückgang der privaten Investitionen und die verminderte Vorratshaltung in einer reduzierten Nachfrage nach industriellen Rohstoffen aus. Die Welthandelsströme haben sich 1971 deutlich verschoben. In den USA schloß die Handelsbilanz mit einem Defizit von 2·8 Milliarden Dollar ab, was eine Verschlechterung des Bilanzergebnisses von 1970 um 4·7 Milliarden Dollar bedeutete. Etwa 1·9 Milliarden Dollar stammten davon aus dem Handel mit Westeuropa und etwa 1·8 Milliarden Dollar aus dem Handel mit Japan. Diese Entwicklung, die sich bereits zu Beginn des Jahres 1970 abzeichnete, führte zusammen mit langfristig wirkenden Ursachen zu einer der schwersten Währungskrisen der Nachkriegszeit.

Ende April 1971 erreichte die internationale Währungskrise ihren Höhepunkt. Trotz verschiedener Paritätsänderungen und drastischer handelspolitischer Maßnahmen der USA erfolgte Mitte August die Aufhebung der Goldkonvertierbarkeit des US-Dollars und damit praktisch das Ende des auf Grund des Bretton-Woods-Abkommens nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebauten Weltwährungssystems. Nach der De-facto-Abwertung des US-Dollars durch Verteuerung des Preises für die Unze Feingold von 35 US-Dollar auf 38 US-Dollar gelang es Ende 1971 vorläufig die internationalen Wechselkurse neu zu ordnen.

Die neuen Austauschrelationen aufgrund des sogenannten Realignments haben sich vorerst im Welthandel bewährt, im internationalen Kapitalverkehr aber nicht die erhofften Auswirkungen gezeigt. Angesichts der weiter anhaltenden umfangreichen Spekulation auf den internationalen Geldmärkten mußten zahlreiche Industriestaaten kredit- und währungspolitische Restriktionen vornehmen und darüber hinaus auch teilweise erhebliche Einschränkungen in der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, um den Zustrom unerwünscht hoher internationaler Liquiditäten von den nationalen Bereichen fernzuhalten.

Die Spannungen im Preis-Lohn-Gefüge hielten 1971 international weiter an. Zwar zeichnete sich bei den Großhandelspreisen infolge des viele Monate anhaltenden Rückganges der Welthandelspreise eine leichte Verringerung des Preisauftriebes ab, doch hat diese Entwicklung kaum den allgemeinen Anstieg der Verbraucherpreise beeinflussen können. In allen europäischen Industrieländern sind die Lebenshaltungskosten 1971 durchschnittlich kräftiger gestiegen als im Vorjahr. In einzelnen Staaten, insbesondere in der BRD, in Großbritannien, in den Niederlanden und in der Schweiz, war der Preisauftrieb ungewöhnlich stark. Das schleppende Wirksamwerden der nachfragedämpfenden Maßnahmen veranlaßte eine Reihe von Staaten, der Einkommenspolitik stärkere Beachtung zu schenken und direkte Kontrollmaßnahmen sowie vereinzelt sogar Preis- und Lohnstopps zeitlich befristet vorzunehmen.

Nach einer Periode des verlangsamten Wachstums ist 1972 in vielen europäischen Industrieländern wieder eine Phase der wirtschaftlichen Erholung eingetreten. Das Produktionswachstum hat langsam wieder zugenommen. Der starke Preisauftrieb hat sich in fast allen Staaten kaum abgeschwächt. Die Verbraucherpreise nahmen ungefähr eine ähnliche Entwicklung wie der implizite BNP-Deflator. Nach den Prognosen der einzelnen europäischen Länder werden die Verbraucherpreise 1972 zwischen 4·5% und 8% steigen. Im späteren Jahresverlauf dürfte mit einer gewissen Beruhigung des Preisauftriebes gerechnet werden können.

Angesichts des anhaltenden Inflationsdrucks und der drohenden geldwertverdünnenden Impulse, die weiter vom internationalen Währungssystem ausgehen, verfolgen die Regierungen und Notenbanken der meisten Industriestaaten der Welt eine restriktive Geld- und Kreditpolitik. Die Bemühungen um eine bessere Harmonisierung der Wirtschaftspolitik im OECD-Raum haben zumindest auf dem Gebiete der Geld- und Devisenpolitik zu gewissen Fortschritten geführt. Die Bemühungen um eine umfassende Reform des internationalen Währungssystems zwecks Sicherung des Welthandels und eines möglichst freizügigen internationalen Kapitalverkehrs gehen weiter. Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften werden nicht nur einen Aufschwung im Wirtschaftsleben und eine Verbesserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen im großen Teil Europas bringen, sondern auch die Produktivität steigern und die Herstellung finanzieller Stabilität erleichtern. Der europäische Handel wird nach Beseitigung der Handelshemmnisse und Zollschranken maßgebend dazu beitragen.

2. Die Konjunkturentwicklung in Österreich

Österreich verzeichnete im Jahre 1970 den kräftigsten wirtschaftlichen Aufschwung der letzten fünfzehn Jahre. Das Bruttonationalprodukt stieg real um 7·8%, ohne Land- und Forstwirtschaft sogar um 8·2%. Mit dieser bemerkenswerten Entwicklung liegt unser Land im Spitzenfeld aller westlichen Industriestaaten; es wurde nur noch von Japan übertroffen. Dagegen lag die durchschnittliche Wachstumsrate der europäischen OECD-Länder bei 4·8%. Bezieht man auch die überseeischen Mitglieder dieser Organisation in die Durchschnittsberechnung ein, so ergibt sich für 1970 ein Wachstum von nur 2·7%.

1971 war zwar der Höhepunkt dieser außerordentlich langen und kräftigen Aufschwungphase bereits überschritten, dennoch war die Wachstumsrate mit 5·2% (ohne Land- und Forstwirtschaft 6·2%) höher als das Kapazitätswachstum, d. h. die Kapazitätsauslastung und die Beschäftigung nahmen weiterhin zu. Auch im internationalen Vergleich schnitt Österreich 1971 nach wie vor sehr gut ab. Nur wenig andere Länder, nämlich Kanada, Frankreich, Norwegen, Japan und Holland, erzielten ähnlich hohe, d. h. um 5% pendelnde Wachstumsraten. Auch in diesem Jahr blieb das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der OECD-Länder, gleichgültig ob man nur die europäischen oder ob man alle Mitgliedstaaten berücksichtigt, mit 3·4% real deutlich hinter dem österreichischen Ergebnis zurück.

Auch der Beschäftigtenstand erreichte in den beiden Berichtsjahren Rekordwerte. Während in mehreren anderen Industriestaaten verstärkte Arbeitslosigkeit zu registrieren war, herrschte in Österreich Knappheit an Arbeitskräften. In den beiden Jahren 1970 und 1971 nahm die Zahl der Beschäftigten um insgesamt 97.200 zu, wodurch sich 1971 ein durchschnittlicher Beschäftigtenstand von 2,454.900 ergab. Im Vorjahr war auch erstmals die Zahl der offenen Stellen wieder größer als die der Arbeitsuchenden.

Infolge dieser günstigen wirtschaftlichen Entwicklung konnte auch bei den Masseneinkommen die höchste Steigerung seit 20 Jahren erzielt werden. Während im Jahre 1970 konjunkturbedingt hohe Gewinnsteigerungen zu verzeichnen waren, zogen dann im Folgejahr die Löhne und Gehälter kräftig nach. Die Lohn- und Gehaltssumme, die 1970 um 9·1% zunahm, erhöhte sich 1971 um 15·3%. Die Zunahme der Lohn- und Gehaltssumme in der Industrie lag mit 13·2% (1970) und 17·0% (1971) über dem Durchschnitt. Die Transfereinkommen erhöhten sich 1970 um 9·1%, 1971 um 12·7%.

Die Nachfragestruktur hat sich zunehmend stärker von der Außenwirtschaft auf die heimische Nachfrage verlagert. Die gute heimische Konjunktur wurde im wesentlichen durch den privaten Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen gestützt. Der private Konsum erzielte mit 7·2% die höchste reale Zuwachsrate seit 1956. Die Bruttoanlageinvestitionen waren real um 12% höher als im Vorjahr.

Die Industrieproduktion ist in Österreich im Jahre 1971 um 7% gestiegen. Über den angeführten Durchschnitt hinaus wuchsen von den 23 Industriezweigen die Glasindustrie, die stein- und keramische Industrie, die chemische Industrie, die papier- und holzverarbeitende Industrie, die Textilindustrie, die Bekleidungsindustrie, die Maschinenindustrie, die Fahrzeugindustrie und die Eisen- und Metallwarenindustrie.

Im Grundstoffbereich, insbesondere bei Erdölprodukten, konnten zum Teil überdurchschnittlich hohe Importquoten gesenkt und durch die heimische Produktion substituiert werden. Im Bereiche der Investitionsgüter sorgte die Baukonjunktur für eine kräftige Ausweitung der Baustoffproduktion. Bei den fertigen Investi-

tionsgütern bewirkte die lebhafte Investitionsnachfrage ein Anhalten des kräftigen Wachstums. Beachtlich waren im Jahre 1971 die Exporterfolge der Maschinenindustrie (+ 17%). Im Bereiche der Konsumgüterindustrie war infolge der kräftigen Zunahme der Masseneinkommen keine Abflachung des Wachstums zu erwarten. Insbesondere die holzverarbeitende Industrie und der Konsumbereich der chemischen Industrie konnten hohe Wachstumsraten erzielen.

1972 wuchs die österreichische Wirtschaft kräftig weiter. So war das reale Bruttonationalprodukt im 1. Quartal um 7·5% und im zweiten um 4·5% höher als im Vorjahr. Insbesondere hielt der Bauboom unvermindert an. Insgesamt wird für 1972 eine reale Wachstumsrate von gut 5% erwartet, womit Österreich ein größeres Wachstum erzielen dürfte als alle anderen kleineren Industriestaaten des OECD-Raumes. Die österreichische Wachstumsrate dürfte nur von Japan, Kanada und den USA übertroffen werden und erheblich über dem OECD-Durchschnitt liegen.

Das Wachstum der Industrieproduktion entsprach dem mittelfristigen Trend. Die Konjunktur stützt sich überwiegend auf die Inlandsnachfrage. Durch die abgeschlossene große Lohnrunde und die Vorleistung auf die Einkommensteuerreform erhielt der private Konsum eine kräftige Belebung. Durch den internationalen Konjunkturaufschwung und den Abschluß der Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften erfuhr der Außenhandel neue Belebungen. Die vorzeitige Zollsenkung ab 1. Oktober 1972 gibt den österreichischen Exporteuren die Chance, neue Marktanteile im EWG-Raum vor den übrigen Beitrittsländern zu gewinnen.

3. Preise und Löhne

Mit dem äußerst kräftigen konjunkturellen Aufschwung liefen Preissteigerungen parallel, die über dem Durchschnitt der in den letzten Jahren festzustellenden Erhöhungen lagen. So nahm der Verbraucherpreisindex 1970 um 4·4%, 1971 um 4·7% zu. Diese für Österreich zwar überdurchschnittlich hohen Werte waren im internationalen Vergleich jedoch bemerkenswert niedrig. Der Deflator des Bruttonationalprodukts stieg 1971 um 5·6% gegenüber 4·4% im Jahre 1970; er lag damit erheblich unter dem Durchschnitt der europäischen OECD-Länder, wo der Deflator 1971 7·1% betrug. Der Großhandelspreisindex erhöhte sich im Jahresdurchschnitt 1971 mit 5·2% zwar noch etwas stärker als 1970, wo er 4·8% erreichte, ging aber seither erheblich zurück und lag im Sommer 1972 beträchtlich unter jenem des Verbraucherpreisindex.

Der Auftrieb der Verbraucherpreise hielt in der ersten Jahreshälfte 1972 weiter an und überschritt die 6%-Marke. Diese Entwicklung ist einerseits auf die unaufschiebbar gewordene Nachziehung indexmäßig stark ins Gewicht fallender, amtlich geregelter Preise, andererseits aber auch auf eine beträchtliche Verteuerung der Saisonwaren und von Fleisch und Wurst zurückzuführen. Im internationalen Vergleich blieb aber Österreich auch im Verbraucherpreisniveau unter dem westeuropäischen Durchschnitt. Der Großhandelspreisindex schwächte sich dagegen merklich ab.

Das Tariflohnniveau stieg im Jahresdurchschnitt 1971 um rund 10%, wogegen es sich ein Jahr vorher nur um 4% erhöht hatte. Die Erhöhung betrug in der Industrie 11·5%, im Gewerbe und Handel rund 9%. Die Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft waren um 12% höher, ohne öffentlichen Dienst sogar um 13·5%, während im Jahre 1970 die diesbezüglichen Werte 7·5% und 8% erreichten. Die große Lohnrunde konnte im Sommer 1972 größtenteils abgeschlossen werden. Die Mehrzahl der neuen Kollektivverträge ist vor dem Sommer in Kraft getreten. Das Tariflohnniveau, das seit Mitte 1971 nahezu stabil geblieben war, erhöhte sich seit Jahresbeginn 1972 um 6·5%. Die Tarifabschlüsse für die Metallarbeiter und für die Industrieangestellten haben das Tariflohnniveau um 3·5% angehoben. Die Effektivverdienste in der Privatwirtschaft hatten vor der Lohnrunde schwächer zugenommen als zuvor. Die Lohndrift schwächte sich bis dahin auf 1·5% ab. Die Leistungseinkommen waren um 10% höher als im Vorjahr. Die Zuwächse der Transfereinkommen blieben im wesentlichen unverändert, die Wachstumsrate der Netto-Masseneinkommen erreichte etwa 10%.

Bedenkt man dazu noch, daß höhere Wachstumsraten mit stärkeren Preiserhöhungen verbunden sind und sich nach Ansicht der Nationalökonomen ein solcher Zusammenhang kaum vermeiden läßt, so kann man das österreichische Preisniveau in diesen beiden Jahren als relativ stabil bezeichnen, denn Österreich hat ja nicht nur eine der niedrigsten Preissteigerungen, sondern auch eine der höchsten Wachstumsraten aufzuweisen. Ein Land wie Österreich, bei dem fast 30% des Bruttonationalproduktes auf den Außenhandel entfallen, kann sich bei Währungskonvertibilität und festen Wechselkursen dem Einfluß der internationalen Inflationsraten nicht gänzlich entziehen. Da der österreichische Preisanstieg unter dem der wichtigsten Handelspartner liegt, kann aus der inländischen Preisentwicklung eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsposition nicht abgeleitet werden.

Eine Gefährdung der Arbeitsplätze liegt daher mit viel geringerer Wahrscheinlichkeit in den jetzigen Preissteigerungsraten als in einer radikalen Restriktionspolitik. Die Entwicklung der Arbeitskosten, die 1970 kaum über dem Niveau

von 1967 lagen, sowie die überdurchschnittlich gestiegenen Gewinne zeigen, daß die inländischen Preisauftriebskräfte weniger auf der Kostenseite zu suchen, sondern eher der Übernachfrage auf den Gütermärkten zuzuschreiben waren. Die Stabilitätspolitik mußte also vornehmlich auf die Senkung der Importkosten, Dämpfung der Übernachfrage und Einschränkung ungerechtfertigter Preiserhöhungen gerichtet sein.

Zur Einschränkung ungerechtfertigter Preiserhöhungen wurde das Nettopreissystem ausgedehnt und auch der Einhaltung der Preisauszeichnungsbestimmungen besonderes Augenmerk zugewendet. Denn nur eine lückenlose Preisauszeichnung bietet dem Konsumenten die Möglichkeit von Preisvergleichen und macht ein Nettopreissystem erst sinnvoll. Eine Verbesserung der preispolitischen Möglichkeiten der Paritätischen Kommission hätte zweifellos eine effizientere Preiskontrolle ermöglicht.

Zur Vermehrung des Güterangebotes auf dem Inlandsmarkt wurden gezielte Zoll- und Ausgleichsteuersenkungen durchgeführt. Bei wichtigen Nahrungsmitteln, Textilien, Möbeln und Haushaltsartikeln wurden die Eingangsabgaben kräftig gesenkt. Einfluß auf die Preisgestaltung hatte auch die Einräumung eines Zollfreikontingentes für Heizöl, um die Auswirkungen der internationalen Verknappung des Angebotes von Brennstoffen zu mindern. Durch die zeitlich befristete Ausgleichsteuerfreiheit für Gefrierfleisch und eine temporäre weltweite Liberalisierung der Schweineeinfuhr konnte im Sommer 1972 eine ausreichende Versorgung des Inlandsmarktes und sodann eine gewisse Stabilisierung der Fleisch- und Wurstpreise erreicht werden. Der beträchtliche Zollabbau aufgrund der Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften wird in der Folgezeit zweifellos zu einer Beruhigung des Preisklimas führen. Erste Verbilligungen bei importierten Kraftfahrzeugen waren bereits im Sommer 1972 zu beobachten.

4. Arbeitsmarkt

Im Jahresdurchschnitt 1971 waren 2,454.900 Arbeitnehmer beschäftigt, d. s. um 65.700 (2·7%) mehr als 1970. Die Beschäftigtenzunahme war damit doppelt so groß wie im Jahre 1970 (1·3%). 52.900 vorgemerkten Arbeitsuchenden standen 55.900 offene Stellen gegenüber (im Jahresdurchschnitt 1970 59.500 bzw. 45.300). Damit erreichte die Arbeitslosenrate einen neuen Tiefstand und die Zahl der offenen Stellen eine neue Rekordhöhe. Im Jahresdurchschnitt 1971 waren rund 148.500 Gastarbeiter beschäftigt, was gegenüber 1970 (109.200) eine Zunahme um rund 39.300 oder um 36% bedeutet.

Auch im Jahre 1972 hielt die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt unvermindert an. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wuchs im Jahre 1972 auf neue Rekordhöhen. Im Sommer 1972 waren über 200.000 Gastarbeiter, d. s. mehr als 8% des gesamten Beschäftigtenstandes, beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten erreichte im Juli 1972 mit 2,531.400 ihren neuen Höchststand. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden (35.392) nahm weiter ab, die Zahl der offenen Stellen dagegen weiter zu (66.127).

Dank einer gewissen Elastizität des österreichischen Arbeitsmarktes und der weiteren Erschließung von Arbeitskraftreserven war es möglich, der österreichischen Volkswirtschaft den notwendigen Arbeitskräftebedarf zu sichern. Hiezu haben vor allem die verbesserte Arbeitsmarktvorschau, die erstmals auf einer Betriebsbefragungsaktion beruht, und die liberale und bedarfsorientierte Bewilligungspraxis der Arbeitsmarktbehörden beigetragen. Im Rahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes wird der beruflichen und geographischen Mobilität besondere Aufmerksamkeit geschenkt und durch ein verbessertes Service der Arbeitsmarktverwaltung, insbesondere durch entsprechende Informationen und Umschulungen, maßgebend eine wachstumskonforme Vollbeschäftigungspolitik ermöglicht.

5. Kredit und Währung

Die Zahlungsbilanz hat 1971 eine konjunkturkonforme Entwicklung genommen. Im Außenhandel hatte vor allem die lebhafte Entwicklung des privaten Konsums, eine der Hauptstützen der österreichischen Konjunktur, zur Folge, daß die Zuwachsrate der Importe mit 13·6% mehr als doppelt so hoch war als jene der Exporte mit 6·4%. Trotzdem kann die erreichte Exportsteigerung im Hinblick auf die internationale Konjunkturverflachung und die Schillingaufwertung nicht als gering bezeichnet werden. Das Außenhandelsdefizit von 18·8 Milliarden Schilling im Jahre 1970 erhöhte sich um 42% auf 26·7 Milliarden Schilling im Jahre 1971. Dieses Außenhandelsdefizit konnte durch den um 5·6 Milliarden Schilling gesteigerten Überschuß aus der Dienstleistungsbilanz in Höhe von 23·2 Milliarden Schilling sowie dem Aktivsaldo aus den Transferleistungen im Ausmaß von 1·2 Milliarden Schilling zu einem erheblichen Teil wettgemacht werden. Entscheidend war hiebei die über 25%ige Steigerung der Nettoeinnahmen aus dem Reiseverkehr, was umso bemerkenswerter ist, als schon im Jahre 1970 eine 38%ige Zuwachsrate registriert worden war.

Während in den beiden vorangegangenen Jahren die Leistungsbilanz mit 2·5 Milliarden Schilling aktiv oder fast ausgeglichen war, ergab sich 1971 ein Passivum in der Leistungsbilanz im Ausmaß von 2·25 Milliarden Schilling, was aber nicht als eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft gegenüber dem Ausland interpretiert werden darf, sondern die kräftige Nachfrage nach Konsumgütern

widerspiegelt. Die Gesamtheit der langfristigen Kapitalbewegungen führte 1971 zu einem Devisenabfluß von knapp 0·5 Milliarden Schilling. Die Differenz zwischen der Grundbilanz und dem Liquiditätsergebnis der Zahlungsbilanz in Höhe von rund 4 Milliarden Schilling ist auf den Devisenzufluß aus dem kurzfristigen Kapitalverkehr, auf eine hohe statistische Differenz und auf eine weitere Neuzuteilung von Sonderziehungsrechten zurückzuführen. 1971 erreichte die statistische Differenz, die überwiegend der Leistungsbilanz zuzuordnen ist, mit einem Aktivum von über 3 Milliarden Schilling eine neue Rekordhöhe. Trotz des Passivums der Grundbilanz erhöhten sich aber im abgelaufenen Jahr die Währungsreserven der Oesterreichischen Nationalbank und die kurzfristige Auslandsnettoposition der österreichischen Kreditunternehmungen um 1·25 Milliarden Schilling.

Der gesamte Leistungsverkehr mit dem Ausland schloß im ersten Halbjahr 1972 mit einem Passivum von 3·4 Milliarden Schilling, was ungefähr dem Vorjahrsergebnis entsprochen hat. Die Passivierung der Leistungsbilanz hat sich nicht weiter verstärkt, weil sich die Steigerungsrate des Handelsbilanzdefizits stark verlangsamt hat. Das Halbjahreshandelspassivum im Ausmaß von 15·7 Milliarden Schilling lag nur um knapp 2·5 Milliarden Schilling oder 18·5% über jenem des Vergleichszeitraums. Der Überschuß der Dienstleistungsbilanz erhöhte sich im ersten Halbjahr 1972 um 2·2 Milliarden Schilling gegenüber 1971, wobei dies in erster Linie auf das außerordentlich günstige Ergebnis des Ausländerreiseverkehrs zurückzuführen ist. Die langfristigen Kapitalbewegungen brachten einen Überschuß von rund 0·75 Milliarden Schilling, wobei diese Entwicklung durch verstärkten Zufluß von Auslandskapital in Form von Krediten an inländische Wirtschaftsunternehmungen und erhöhtes Interesse des Auslandes an österreichischen festverzinslichen Wertpapieren bedingt war. Das Passivum der Grundbilanz betrug im ersten Halbjahr 1972 2·6 Milliarden Schilling gegenüber 4·1 Milliarden Schilling im ersten Semester 1971. Da die statistische Differenz ein Aktivum in annähernd gleichem Ausmaß ergab und der kurzfristige Kapitalverkehr fast ausgeglichen war, erhöhten sich die Währungsreserven einschließlich neuer Sonderziehungsrechte im ersten Halbjahr 1972 um 754 Millionen Schilling.

Seit mehreren Jahren besteht im internationalen Währungssystem eine latente Unsicherheit, die in immer kürzeren Zeitabständen zu teilweise krisenhaften Erschütterungen der Devisenmärkte führte. Um einer drohenden Deroutierung des internationalen Zahlungsverkehrs vorzubeugen und schädliche Einflüsse auf die Stabilität bestimmter europäischer Währungen abzuwehren, gaben Anfang Mai 1971 die Deutsche Bundesbank und die niederländische Notenbank den Wechselkurs frei, während Österreich und die Schweiz ihre Währungen um 5·05% bzw. 7·07% aufwerteten.

Die nach eingehender Konsultation der Bundesregierung mit allen im Parlament vertretenen politischen Parteien, den Wirtschaftspartnern und der Oesterreichischen Nationalbank erfolgte Schillingaufwertung war vor allem deshalb notwendig, weil ihr Unterlassen den Druck der importierten Inflation auf Österreich noch mehr verstärkt hätte und auf dem inländischen Arbeitsmarkt zusätzliche Spannungen aufgetreten wären. Insbesondere wäre nach den starken Lohnsteigerungen in den westlichen Nachbarstaaten die Diskrepanz der österreichischen Nominallöhne ohne die Aufwertung noch größer geworden, wodurch die Abwanderung österreichischer Arbeitskräfte in das Ausland verstärkt und die Anwerbung neuer ausländischer Arbeitskräfte beträchtlich erschwert worden wäre.

Die Aufwertung des Schillings setzte unsere Währung in ein realistisches Verhältnis zu den Währungen unserer wichtigen Außenhandelspartner. Anpassungsschwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft an die geänderte Wechselkurssituation konnten durch flankierende Maßnahmen, insbesondere durch beträchtliche Erleichterungen und Erweiterungen auf dem Gebiete der Ausfuhrförderung sowie durch zusätzliche steuerliche Investitionsbegünstigungen, wie die Gewährung eines Investitionsfreibetrages, erfolgreich gemildert werden. Die von der Oesterreichischen Nationalbank verfolgte Wechselkurspolitik entspricht dabei der im Nationalbankgesetz 1955 gestellten Aufgabe, den Wert des österreichischen Geldes in seinem Verhältnis zu den wertbeständigen Währungen des Auslandes stabil zu halten, hält sich aber auch im Rahmen der im Abkommen von Washington im Dezember 1971 festgelegten internationalen Prinzipien. Seit der Aufhebung der Goldeinlösung des US-Dollars werden die Wechselkurse österreichischerseits so gestaltet, daß die Parität des Schillings gegenüber den Währungen der wichtigsten Außenhandelspartner stabil gehalten wird.

Bisher konnten in guter Zusammenarbeit aller Beteiligten von außen herrührende Störungen des Devisenmarktes von Österreich im wesentlichen ferngehalten werden. Vor allem wurden rechtzeitig Vorkehrungen getroffen, um das Einströmen ausländischer Spekulationsgelder soweit als möglich zu verhindern, ohne dabei den von Österreich seit langem verfolgten Grundsatz der weltweiten Liberalisierung des Kapitalverkehrs nennenswert einzuschränken.

Die Unsicherheit bezüglich der Kursgestaltung des Dollars und anderer wichtiger Währungen bewog die österreichische Wirtschaft, Auslandsforderungen durch Kurssicherungsgeschäfte abzudecken. Die Fakturierung von Lieferungen nach

www.parlament.gv.at

osteuropäischen Ländern wurde soweit als möglich auf Schilling umgestellt, wobei die Bundesregierung besonders bemüht war, möglichst alle Zahlungsbeziehungen mit den Oststaaten zu multilateralisieren. 1971 konnten fast alle bilateralen, vielfach noch aus dem Ende der vierziger Jahre stammenden Zahlungsabkommen auf frei konvertierbare Währung umgestellt werden, so daß lediglich der Zahlungsverkehr zwischen Österreich und Rumänien noch bilateral in Verrechnungsdollar abgewickelt werden muß. Auch der Zahlungsverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik wird seit 1. Jänner 1972 in Schilling abgewickelt.

Um ernste Störungen am Geldmarkt durch einen unerwünschten Liquiditätszufluß vom Ausland möglichst hintanzuhalten, wurden im Laufe des Jahres 1971 eine Reihe von kredit- und währungspolitischen Maßnahmen getroffen. Seit August 1971 sind 75% des Zuwachses der Schillingverbindlichkeiten gegenüber Auslandsgläubigern auf einem unverzinslichen Sonderkonto bei der Oesterreichischen Nationalbank zu halten. Durch eine Mindestreservenerhöhung um 1%, die Ausgabe von Kassenscheinen und die Emission einer Bundesobligationenanleihe, deren Erlös bei der Oesterreichischen Nationalbank stillgelegt wurde, konnten 1971 über 4 Milliarden Schilling flüssige Mittel gebunden werden. Die in den Kreditkontrollabkommen festgelegten Kreditplafonds wurden um 2%-Punkte gesenkt und es wurde den Kreditunternehmungen von den Währungsbehörden nahegelegt, ihre Kunden von ausländischen auf heimische Finanzierungsquellen zu lenken.

Am 15. Juni 1972 wurde unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen im engen Zusammenwirken mit der Oesterreichischen Nationalbank und dem gesamten österreichischen Kreditapparat ein umfassendes kredit- und währungspolitisches Arrangement getroffen. Alle bestehenden Vereinbarungen der Liquiditätsbegrenzung wurden bis zum Jahresende 1972 verlängert. Weiters wurden weitere Bundesobligationen in Höhe von 1 Milliarde Schilling im Kreditapparat zur Geldstillegung untergebracht. Der Bund nahm bewußt weiter von der Aufnahme von Auslandskrediten Abstand und deckte seinen gesamten Finanzierungsbedarf im Inland. Anfang August 1972 wurden wegen der anhaltend hohen Auslandsgeldzuflüsse, bedingt durch ein außerordentlich günstiges Fremdenverkehrsergebnis, weitere Kassenscheine mit einer dreimonatigen Laufzeit im Gesamtnominale von 2 Milliarden Schilling begeben und eine strengere Kontrolle der Refinanzierung bei der Notenbank verfügt.

Ende September haben die Währungsbehörden weitere liquiditätsabschöpfende Maßnahmen getroffen. Ab 1. November 1972 werden die Mindestreservensätze um einen halben Prozentpunkt erhöht und die mit Jahresende 1972 befristete Verpflichtung der Kreditunternehmungen über die 75%ige Stillegung einströmender Ausländerguthaben um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Ferner wurde beschlossen, alle bisher noch nicht von den Kreditkontrollabkommen erfaßten Kreditunternehmungen einzubeziehen und damit eine lückenlose, quantitative Kreditkontrolle im gesamten Kreditapparat sicherzustellen. Der Kreditapparat sagte die zurückhaltende Finanzierung der meist von Ausländern bewohnten Appartementwohnungen zu. Neben dieser zusätzlichen Liquiditätsabschöpfung, die auch voraussichtlich die Nachfrage der Ausländer nach österreichischen festverzinslichen Wertpapieren beeinflussen wird, sieht das Bundesministerium für Finanzen für den Herbst konkrete Maßnahmen zur Förderung des längerfristigen privaten Sparens vor. Die entsprechenden Vorarbeiten sind bereits angelaufen.

Die große Binnenliquidität, verbunden mit dem anhaltend hohen Sparaufkommen der inländischen Nichtbanken, ermöglichte es dem Kreditapparat, die umfangreichen Kreditwünsche der österreichischen Wirtschaft zu erfüllen. 1971 wurden gegenüber dem Vorjahr um 9·63 Milliarden Schilling Direktkredite an die Wirtschaft gewährt. Vor allem beanspruchte die österreichische Wirtschaft Fremdwährungskredite zur Kurssicherung und Vorfinanzierung von Exportforderungen. Aber auch die reinen Inlandskredite und die titrierte Kreditgewährung waren hoch.

Die Fremdmittelversorgung der österreichischen Wirtschaft erfolgte 1971 zur Gänze aus inländischen Quellen. Die Einlagen inländischer Nichtbanken stiegen um über 30 Milliarden Schilling oder um rund 16·3%. Das Schwergewicht der Einlagensteigerung lag bei den Einzahlungsüberschüssen auf Sparkonten mit einem Plus von über 20·4 Milliarden Schilling. Der Trend zum längerfristigen Sparen setzte sich dabei fort, so daß der Anteil der gebundenen Spareinlagen am gesamten Sparaufkommen von 36% im Jahre 1970 auf 39% stieg. Auch die Termin- und Sichteinlagen nahmen 1971 eine günstige Entwicklung, ebenso war der Mittelzufluß aus den Wertpapieremissionen der Kreditunternehmungen mit 6·31 Milliarden Schilling beträchtlich.

Der schon seit Jahresmitte 1971 anhaltende Zufluß von Auslandsgeldern setzte sich im ersten Halbjahr 1972 fort. Kredite an inländische Nichtbanken führten dem Geldkreislauf per Saldo 22·42 Milliarden Schilling zu, das ist um 1·12 Milliarden Schilling mehr als in der ersten Hälfte des Vorjahres. Der größte Teil dieser Expansion entfiel auf Direktkredite, deren Volumen um 17·61 Milliarden Schilling zunahm gegenüber

www.parlament.gv.at

einem Plus von 15·73 Milliarden Schilling im ersten Halbjahr 1971. Über 68% dieser Schillingkredite wurden kontokorrentmäßig gewährt, rund 24% entfielen auf Hypothekar- und Kommunaldarlehen, 7% auf Fremdwährungskredite, während die Wechselkredite keine nennenswerte Ausweitung erfuhren. Die Teilzahlungsinstitute gewährten im ersten Halbjahr 1972 2·40 Milliarden Schilling neue Kredite, das ist um 0·36 Milliarden Schilling oder 18% mehr als in der entsprechenden Periode des Vorjahres. Die relativ stärksten Zunahmen waren bei den Krediten für Nutzkraftfahrzeuge sowie bei den Händlerkrediten von Personenkraftfahrzeugen zu verzeichnen. Das Volumen der aushaftenden Kredite der Teilzahlungsinstitute nahm im ersten Halbjahr 1972 um 0·40 Milliarden Schilling auf 5·19 Milliarden Schilling zu, wobei absolut das Volumen der Kredite zur Anschaffung von Kraftfahrzeugen am stärksten stieg.

Der Kreditexpansion stand eine Geldkapitalbildung beim inländischen Kreditapparat in Höhe von 14·92 Milliarden Schilling gegenüber, was einen um 2·12 Milliarden Schilling oder fast 17% stärkeren Zuwachs als im ersten Halbjahr 1971 bedeutet. Der größte Teil der Ersparnisbildung entfiel dabei auf die Spareinlagen. Der Nettozufluß an Spareinlagen lag um 4% über jenem des ersten Semesters 1971. Die Termineinlagen stiegen wesentlich stärker. Auch die eigenen Inlandsemissionen der Kreditunternehmungen nahmen beträchtlich zu. Insgesamt nahm die Gesamtliquidität des inländischen Kreditapparates um 2·43 Milliarden Schilling gegenüber 0·46 Milliarden Schilling im ersten Halbjahr 1971 ab, wobei einer Verminderung der Auslandsliquidität um 3·13 Milliarden Schilling eine Zunahme der Inlandsliquidität um 0·7 Milliarden Schilling gegenüberstand. Durch die liquiditätsbeschränkenden Maßnahmen der Währungsbehörden, insbesondere durch die im Februar 1972 erfolgte Erhöhung der Mindestreservesätze und die Begebung neuer Offenmarktpapiere, wurde die Verfügbarkeit der Kreditunternehmungen über inländische Liquiditätsaktiven beträchtlich eingeschränkt.

Der Kapitalmarkt hat im Jahre 1971 eine gesamtwirtschaftlich außerordentlich erfreuliche Entwicklung genommen. Mit einem Volumen von 15·12 Milliarden Schilling hat die Emissionstätigkeit ein Ergebnis erzielt, das um 28% höher lag als 1970. Der Anteil der Anleihen stieg dabei von 50% auf 55%, wobei insbesondere der Bund erheblich zu dieser Ausweitung beitrug. Die Sparneigung breiter Bevölkerungskreise hat weiter zugenommen. Insbesondere wächst zunehmend das Interesse der Sparer an festverzinslichen Wertpapieren. Von den insgesamt 24 begebenen Anleihen konnten 11 während der Zeichnungsfrist aufgestockt werden, wobei die Erhöhung der Mittel 14% der aufgestockten Anleihe ausmachte. Bei 15 Anleihen wurde die Zeichnungsfrist verkürzt. Der Gesamtumlauf an festverzinslichen Wertpapieren ist im Jahre 1971 um 13% gestiegen. Die durchschnittliche Anlegerrendite der 1971 begebenen Anleihen betrug 7·45% gegenüber 7·42% im Jahre 1970, bei den steuerbegünstigten Emissionen belief sie sich zuletzt auf über 9·3%. Von den 4·06 Milliarden Schilling umfassenden Zeichnungen nichtinstitutioneller inländischer Anleger entfielen 2·96 Milliarden Schilling auf gemäß § 104 Einkommensteuergesetz steuerbegünstigt erwerbbare Anleihen oder Tranchen. Insgesamt wurden 1971 um 0·91 Milliarden Schilling mehr Anleihen steuerbegünstigt erworben.

Der österreichische Aktienmarkt hat sich dagegen trotz der anhaltenden Hochkonjunktur nicht gebessert. Wohl erfuhr die gewogene Durchschnittsdividende aller an der Wiener Börse gehandelten Aktien österreichischer Gesellschaften eine leichte Erhöhung, doch lag die Rendite noch immer unter der Verzinsung der Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Das Grundkapital aller österreichischer Aktiengesellschaften erhöhte sich durch Gründungen, Kapitalerhöhungen und Umwandlungen netto um 1·33 Milliarden Schilling. In diesen Erhöhungen sind auch die steuerfreien Umwandlungen von Rücklagen aufgrund des Kapitalberichtigungs- bzw. Strukturverbesserungsgesetzes enthalten. 98 Aktiengesellschaften haben bisher von den Bestimmungen dieser Bundesgesetze Gebrauch gemacht und ihr Aktienkapital um über 4 Milliarden Schilling erhöht. Die Anzahl der Aktiengesellschaften stieg im Jahre 1971 um 4 auf insgesamt 497, doch sind nur die Aktien von 73 Gesellschaften an der Wiener Börse zugelassen.

Die Bruttoemissionen festverzinslicher Wertpapiere beliefen sich im ersten Halbjahr 1972 auf 11·09 Milliarden Schilling gegenüber 7·49 Milliarden Schilling im vorjährigen Vergleichszeitraum. Die Bruttoinanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes war um 3·6 Milliarden Schilling oder 48% höher als im ersten Semester 1971. Die größte Steigerung war bei den Anleihen mit 65% zu verzeichnen, dann folgten die Hypothekarwerte mit 31%. Die Tilgungen blieben mit 3·27 Milliarden Schilling um 0·2 Milliarden Schilling leicht hinter dem Vorjahrsergebnis zurück. Insgesamt betrugen die Tilgungen 29% der Bruttoemissionen gegenüber 46% ein Jahr vorher. Die Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes erreichte 7·82 Milliarden Schilling, was einer Steigerung um 3·8 Milliarden Schilling oder 95% gegenüber dem vorjährigen Vergleichszeitraum entspricht. Die größte Zunahme war bei den Anleihen mit 2·63 Milliarden Schilling oder 108% zu beobachten. Ende

Juni 1972 erreichte der Gesamtumlauf an festverzinslichen Wertpapieren 80·17 Milliarden Schilling. Damit war der Gesamtumlauf um 11% höher als zum Jahresultimo 1971 und um 17% größer als vor Jahresfrist. Die Durchschnittsrendite der Anleihen betrug 7·26% gegenüber 7·47% im ersten Halbjahr 1971.

Auch auf dem Aktienmarkt war in den letzten Monaten eine sehr rege Nachfrage. Der Gesamt-Aktienkursindex stieg um 10%, jener der Industrieaktien um 9%. Diese Entwicklung ist auf das zunehmende internationale Interesse an österreichischen Werten und auf eine hohe Liquidität des anlagesuchenden Publikums zurückzuführen.

6. Das Wirtschaftsprogramm der Bundesregierung und seine Realisierung

Die Regierungserklärung vom 27. April 1970, die nach der Regierungserklärung vom 5. November 1971 fortgeführt und erweitert wurde, konnte in der kurzen Spanne der XII. Legislaturperiode und des ersten Jahres der XIII. Legislaturperiode bereits in wesentlichen Punkten verwirklicht, zumindest aber der parlamentarischen Behandlung zugeleitet werden. Die Regierungserklärungen gehen davon aus, daß sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen heute ungleich rascher ändern als je zuvor. Die sinnvolle Anpassung und die beeinflussende Wirkung der Wirtschaftspolitik auf diese Änderungen ist die entscheidende Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft und damit für die Steigerung des Wohlstandes jedes Einzelnen. Jedem Österreicher soll durch den Vorrang der Wachstums- und Strukturpolitik die Chance zu Leistung und Aufstieg geboten werden. Denn nur rasches Wirtschaftswachstum und ständige Strukturanpassung können Österreich an den westeuropäischen Wohlstand heranbringen.

Die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft wird unter Berücksichtigung marktwirtschaftlicher Grundsätze im Rahmen eines langfristigen wirtschaftspolitischen Konzepts schrittweise erfolgen. Planung der öffentlichen Investitionen, systematische Förderung der privaten Investitionen, koordinierte Weiterentwicklung der Energiewirtschaft und der verstaatlichten Industrie, Unterstützung der Strukturverbesserung in der Landwirtschaft, Ausbau des Fremdenverkehrs, regionalpolitische Maßnahmen im Rahmen eines Bundesraumplanes und Stärkung des Wettbewerbs in allen Bereichen der Wirtschaft bilden die Grundlage hiezu.

Von einer solchen auf Wachstum und Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft ausgerichteten, umfassenden wirtschaftspolitischen Konzeption dürfen freilich keine spektakulären Augenblickserfolge erwartet werden. Denn die mit dem technischen Fortschritt verbundenen Umschichtungen dürfen dem einzelnen keine unbilligen Härten auferlegen. Um so wichtiger ist aber ihr Beitrag zur Sicherung der künftigen Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. Eine solche vorausschauende und anpassungsfähige Wirtschaftspolitik wird im Zusammenwirken von Regierung und Wirtschaftspartnern nicht nur die Voraussetzung für ein optimales Wirtschaftswachstum schaffen, sondern auch die Vollbeschäftigung sichern und die Kaufkraft der Währung garantieren.

Besondere Aufmerksamkeit mißt die Bundesregierung dem Umweltschutz und der Gesundheitspolitik bei. Die moderne Industriegesellschaft braucht wegen der raschen Technisierung und der davon auf alle Lebensbereiche einwirkenden Folgen einen umfassenden Umweltschutz. Diese Aufgabe erfordert die Mobilisierung enormer Geldmittel, die nicht allein den öffentlichen Haushalten übertragen werden kann. Für den Umweltschutz muß daher in erster Linie das Verursacherprinzip gelten. Die Errichtung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz ermöglicht, unbeschadet verfassungsrechtlicher Kompetenzen, zum ersten Mal in Österreich die Koordinierung der vielfältigen Aufgaben und Maßnahmen dieser komplexen Materie. Nur eine planende und vorausschauende Koordinierung und eine zusammenfassende Behandlung aller einschlägigen Fragen kann die Fülle der Aufgaben eines umfassenden Umweltschutzes bewältigen.

Die Bundesregierung strebt bewußt ein optimales Wirtschaftswachstum an und achtet in ihrer Wirtschaftspolitik auch auf die Erhaltung einer sauberen Umwelt, auf eine sozial gerechte Einkommensverteilung, den ausreichenden Ausbau der Infrastruktur und auf eine möglichst hohe soziale Sicherheit. Für die Bundesregierung ist die Vollbeschäftigung nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Postulat. Die durch Strukturwandel und technologische Entwicklung freigesetzten Arbeitskräfte werden laufend umgeschult und weiter ausgebildet, um ihre rasche Eingliederung in den Produktionsprozeß wieder zu ermöglichen.

Um den konjunkturellen Spannungstendenzen auf dem inländischen Arbeitsmarkt zu begegnen, wird eine für Gastarbeiter sehr liberale und bedarfsorientierte Bewilligungspraxis geübt. Im Sommer 1972 waren über 200.000 Gastarbeiter, d. s. rund 8% des gesamten Beschäftigungsstandes, in Österreich tätig. Die berufliche und geographische Mobilität im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes wurde intensiviert und das Service der Arbeitsmarktverwaltungsbehörden primär auf Information und Umschulung ausgerichtet. Durch die Novelle des Bundesgesetzes

über die Nachtarbeit der Frauen konnten wesentliche Verbesserungen für die weiblichen Arbeitnehmer, die in Österreich einen bestimmenden Faktor bilden, erzielt werden. Das Arbeitnehmerschutzgesetz 1972 ist eine der wichtigsten Maßnahmen der laufenden Gesetzgebungsperiode, die nach dem letzten Stand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse für alle österreichischen Arbeitnehmer umfassend die Arbeitsbedingungen, die Arbeitssicherheit und die betriebsärztlichen Dienste regelt.

Eine der vornehmlichsten Aufgaben der österreichischen Bundesregierung ist es, im Rahmen ihres langfristigen wirtschaftspolitischen Konzepts vor allem in wirtschaftlich gefährdeten Gebieten für die bestmögliche Förderung von zukunftsorientierten, rentablen Betriebsgründungen und Neuinvestitionen zu sorgen. Diesem Zweck dienen auch die regionale Industrieförderungspolitik und die Raumplanungsmaßnahmen für bestimmte Gebiete, wie z. B. für die Region Aichfeld-Murboden, wo im großen Stil mit massivem Einsatz öffentlicher Mittel ein neues Wirtschaftszentrum geschaffen wird.

Einen ganz entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung des Investitionsklimas in Österreich und für die Orientierung der privaten Wirtschaft hat der Bund mit der Ausarbeitung seines langfristigen Investitionsprogrammes geleistet. Das Bundesinvestitionsprogramm weist einen hohen Grad an Flexibilität auf, wodurch die öffentlichen Investitionen auch nach Maßgabe konjunkturpolitischer Erfordernisse gesteuert werden können. Es steht ferner in engem Zusammenhang mit der Einleitung einer mittel- bis langfristigen Finanzplanung, welche im Zug der Neuregelung des Bundeshaushaltsgesetzes vorgesehen ist.

Um eine optimale Entwicklung der österreichischen Industrie und damit die Wachstumschancen der Gesamtwirtschaften zu unterstützen, wendet die Bundesregierung der modernen Industriepolitik besonderes Augenmerk zu. Die Aufgabe der Industriepolitik besteht darin, den Prozeß der Strukturverbesserung voranzutreiben. In Schwierigkeit geratenen Unternehmen und Produktionszweigen ist die nötige Unterstützung zur Umstrukturierung zu gewähren, die Konkurrenzfähigkeit der übrigen ist zu stärken. Mittel hiezu sind die Zurverfügungstellung von Orientierungs-, Entscheidungs- und Finanzierungshilfen, die Förderung der Mobilität der Produktionsfaktoren, der Forschung, technologischer Innovationsprozesse sowie der Institutionen zur Aus- und Weiterbildung, insbesondere von Führungskräften.

Damit die Wirtschaft und Träger der Wirtschaftspolitik laufend einen Überblick über Struktur und Entwicklung aller Branchen erhalten, wurde dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung der Auftrag erteilt, ein System von „Branchenindikatoren" zu erarbeiten. Diese Information soll durch kurzfristige Konjunkturprognosen für die einzelnen Branchen ergänzt werden, um so rechtzeitig auf die zu erwartende Entwicklung aufmerksam zu machen und damit der Wirtschaft als auch den Trägern der Wirtschaftspolitik einen ausreichenden zeitlichen Reaktionsspielraum zu geben.

Durch eine Reihe von Haftungsgesetzen hat der Bund durch die großzügige Übernahme von Bundeshaftungen für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite Großunternehmungen der Industrie und Energiewirtschaft die Finanzierung von Großinvestitionen erleichtert oder sogar erst ermöglicht. Auch die Novellierung des Bundesgesetzes, betreffend den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds stellt eine wesentliche Finanzierungshilfe des Bundes, insbesondere für die inländische Transportwirtschaft, dar.

Die Förderung, die der Bund dem Gewerbe gewährt, bezieht sich auf Rationalisierungsmaßnahmen sowie auf schwerpunktmäßige Unterstützungen innerhalb gewisser Sparten durch Stützungsbeiträge und Kreditaktionen. Der Nationalrat wird voraussichtlich noch im Herbst 1972 eine neue, moderne Gewerbeordnung beschließen, die vor allem die Erweiterung des Berechtigungsumfanges der einzelnen Gewerbe, die Erhöhung der beruflichen Mobilität im Wege der Erleichterung des Überganges in verwandte Gewerbe, die Erweiterung des Selbstbedienungsrechtes, die Schaffung der Möglichkeit zur Führung von Nebenbetrieben und die Herabsetzung der Zahl der konzessionierten und handwerksmäßigen Gewerbe sowie die Einschränkung der Bedarfsprüfung anstrebt.

Die besondere, gesamtwirtschaftliche Bedeutung, die dem Fremdenverkehr zukommt, fand ihren Niederschlag im neuen Fremdenverkehrsförderungsprogramm 1971 bis 1980, das insgesamt Aufwendungen aus dem Bundeshaushalt von rund 2·5 Milliarden Schilling und aus dem ERP-Fonds in Höhe von rund 1·6 Milliarden Schilling vorsieht. Alle Förderungsmaßnahmen für die Fremdenverkehrswirtschaft sind durchwegs auf die Steigerung der Qualität und die Verbreiterung des Angebotes ausgerichtet. Durch eine Prämienaktion, die Sonderaktion „Komfortzimmer", wird es möglich sein, eine bessere Ausstattung der Gästezimmer zu erreichen. 1972 stehen dafür allein 40·4 Millionen Schilling zur Verfügung. Besondere Förderungen sind auch für Investitionen in Wintersporterschließungs- und in Entwicklungsgebieten vorgesehen. Die bestehenden Förderungsaktionen werden im Einvernehmen mit den Bundesländern neu geordnet, übersichtlicher und für den Förderungswerber leichter zugänglich gemacht sowie auch nach den Förderungszwecken weiter ausgebaut. Dies gilt

insbesondere für die Förderung von Investitionen der Fremdenverkehrs-Infrastruktur. Eine neue Vereinbarung über die Aufbringung der Mittel für die Österreichische Fremdenverkehrswerbung wurde zwischen der Republik Österreich, den Bundesländern und der Bundeswirtschaftskammer abgeschlossen. Dadurch standen der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung im Jahre 1971 noch rund 72 Millionen Schilling zur Verfügung, 1972 kann sie bereits 100 Millionen Schilling einsetzen.

Die erreichten Verbesserungen der österreichischen Wirtschaftsstruktur fanden ihren Niederschlag in einer verstärkten Position auf den ausländischen Märkten. Das Volumen der österreichischen Exporte erhöhte sich 1971 real um 6·6%, wobei die warenmäßige Zusammensetzung der Ausfuhr wesentlich verbessert wurde. 1969 entfielen erst 57% des gesamten Exportwertes auf Fertigwaren, 1971 bereits 62%. Um den anhaltenden Unsicherheiten und Risken im Weltwährungssystem wirksam zu begegnen, wurden im Jahre 1971 die erweiterten Haftungsübernahmen des Bundes sowie die Exportgarantien verbessert. Die neuerliche Novellierung des Ausfuhrförderungsgesetzes 1964 brachte im Frühjahr 1972 die Einbeziehung des Kursrisikos in die Bundeshaftung, die Ausdehnung des Haftungsrahmens von 25 Milliarden Schilling auf 35 Milliarden Schilling sowie die Beseitigung der Gebührenpflicht für alle Wechsel. Ferner wurde das Eigenkapital der Exportfonds Ges. m. b. H. verdoppelt.

Um der österreichischen Exportwirtschaft die Anpassung an das neue Umsatzsteuersystem, das den Wegfall bisher gewährter Umsatzsteuerrückvergütungen zwingend mit sich bringt, zu erleichtern, wird für die ersten zwei Jahre nach Einführung der Mehrwertsteuer nach Maßgabe der Exportanteile an den Gesamtumsätzen eine teilweise Umsatzsteuerentlastung für das Anlagevermögen und eine Ermäßigung der Selbstverbrauchsteuer gewährt werden.

Auf dem Gebiete des Konsumentenschutzes hat die Bundesregierung dem Nationalrat den Entwurf eines modernen Lebensmittelgesetzes zugeleitet. Die Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ermächtigt die zuständigen Stellen, durch Verordnung zu bestimmen, daß an den Waren die Verbraucherpreise je Gewichts- oder Mengeneinheit auszuzeichnen sind. Der im Herbst 1970 gegründete Konsumentenbeirat hat eine intensive Tätigkeit entfaltet. Seit 1. März 1972 gibt es eine klare Produktdeklaration, die die wesentlichen und kaufentscheidenden Merkmale einer Ware aufzeigt. Durch die Einführung eines Kundendienstpasses für Elektrogeräte, die Herausgabe einer Konsumentenfibel und die Verpflichtung zur Preiskennzeichnung wird den Konsumenten wirksamer Schutz gewährt.

Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, dem starken Preisauftrieb, der zu einem großen Teil aus dem Ausland stammt, Einhalt zu gebieten. Neben konjunkturberuhigenden Maßnahmen im Budget, wie der Bildung von Rücklagen und der Senkung des im Inland nachfragewirksamen Defizits und einer restriktiven Geld- und Kreditpolitik wurden die preisstabilisierenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Zölle und der Ausgleichsteuer fortgeführt und erweitert. Einen wichtigen Beitrag im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer und dem Inkrafttreten der Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften wird das Preisbestimmungsgesetz 1972 zu erfüllen haben. Bis zum 15. November 1972 werden nach diesem Bundesgesetz durch Verordnung die Entlastungssätze für die steuerliche Behandlung der Vorratsvermögen festgesetzt und veröffentlicht werden, wodurch gewährleistet werden soll, daß alle Preisermäßigungen der Mehrwertsteuer und des Zollabbaues gegenüber der erweiterten EWG den Verbrauchern ungeschmälert zugute kommen.

Mit der Unterzeichnung der Brüsseler Verträge am 22. Juli 1972 wird eine historische Wendung in der europäischen Wirtschaftsgeschichte vollzogen. Die jahrelange Spaltung Westeuropas in zwei Wirtschaftsblöcke ist überwunden. Trotz unleugbarer Fortschritte, die die Europäische Freihandelsassoziation dem österreichischen Außenhandel gebracht hat, war unserer Volkswirtschaft der Zutritt zum größeren europäischen Markt unter gleichen Startbedingungen, wie sie ein großer Teil unserer Konkurrenten vorfand, bisher verwehrt gewesen und unsere Wirtschaft mußte empfindliche Handelshemmnisse in Kauf nehmen.

Die um Großbritannien, Dänemark und Irland erweiterte Europäische Gemeinschaft wird mit Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Portugal, Schweden und der Schweiz durch eine Freihandelszone verbunden. Zwischen den bisherigen EFTA-Mitgliedstaaten ist der zollfreie Handel mit industriell-gewerblichen Produkten bereits verwirklicht. Mit Ausnahme von Papier im Export nach Großbritannien wurden keine neuen Zollschranken aufgebaut. Die noch bestehenden Zölle werden in fünf gleichen Etappen am 1. April 1973 bzw. jeweils am 1. Jänner der Jahre 1974, 1975 und 1976 sowie zuletzt am 1. Juli 1977 zu jeweils 20% des Ausgangswertes vom 1. Jänner 1972 abgebaut. Im Handel zwischen Österreich und den Europäischen Gemeinschaften wird die ganze erste und die halbe zweite

Etappe vorgezogen. Für einige sensible Produkte, wie z. B. Aluminium, Blei, Edelstahl und Zellwolle, wird die Freihandelszone erst nach sieben Jahren, für Papier aber erst nach elf Jahren verwirklicht sein. Die Freihandelsabkommen beziehen sich nicht auf die Landwirtschaft, gelten aber für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte.

Die vom Nationalrat genehmigten vier Abkommen, jeweils zwei Interims- und Globalabkommen mit der EWG und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eröffnen der österreichischen Wirtschaft den freien Zugang zum großen europäischen Markt. Für die österreichische Wirtschaft ergibt sich daraus eine entscheidende Bewährungsprobe, die aber zweifellos zum Wohl der österreichischen Wirtschaft und den Lebensstandard der österreichischen Bevölkerung sich wenden wird. Schon jetzt hat Österreich die Produktivität je Arbeitsstunde ohne Landwirtschaft und öffentlicher Dienst der sechs EWG-Mitgliedstaaten erreicht.

Die österreichische Handels- und Zollpolitik gegenüber dritten Ländern bleibt durch diese vier Abkommen vollständig unberührt. Österreich ist nicht gezwungen, den gemeinsamen Zolltarif der erweiterten Europäischen Gemeinschaften zu übernehmen und auch nicht eine harmonisierte Außenhandels- und Zollpolitik durchzuführen, wie dies im Falle einer Zollunion unabdingbar geworden wäre. Das neue Naheverhältnis zu der erweiterten EWG führt aber zu einer wesentlichen Änderung der Einnahmenstruktur und Einnahmenentwicklung des Bundes, weil realistisch damit zu rechnen ist, daß der Gesamtausfall an Zöllen nach Erreichung des zollfreien Warenverkehrs mit den Europäischen Gemeinschaften rund 6 Milliarden Schilling jährlich ausmachen dürfte.

Im Zusammenhang mit der nunmehr parlamentarisch vollzogenen Regelung mit den Europäischen Gemeinschaften und den beiden umfangreichen Durchführungsgesetzen, die für die Wirtschaft und die Zollverwaltung zweifellos erhebliche Belastungen bringen wird, hat die Bundesregierung ein umfassendes Begleitprogramm wirtschaftspolitischer Förderungsmaßnahmen dem Parlament zugeleitet. Es sieht vor allem neue großzügige Investitionsbegünstigungen, die Förderung bestimmter österreichischer Kapitalinvestitionen im Ausland, die Verlängerung der Geltungsdauer des Strukturverbesserungsgesetzes, Maßnahmen zu einer weiteren Verbesserung der Investitionsfinanzierung für Gewerbe und Industrie durch vermehrte Zinsenzuschüsse und neue Haftungsübernahmen usw. vor. Durch die Verlängerung der mit 31. Dezember 1972 befristeten Wirtschaftsgesetze, ein neues Kartellgesetz, selektive Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrar- und Industriepolitik und die neuerliche Erhöhung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik werden der österreichischen Volkswirtschaft notwendige Sicherheiten geboten, um leichter die kommenden strukturellen Veränderungen bewältigen zu können.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung strebt die bestmögliche Nutzung unserer Begabungsreserven, die Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials, die Förderung der beruflichen Mobilität ebenso wie die Aus- und Fortbildung des Nachwuchses, die Anpassung der Betriebsausstattung und Produktionsprogramme an die dynamischen Märkte ebenso wie die Steigerung der Arbeits- und Kapitalproduktivität, die Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur, die zunehmenden zwischenbetrieblichen Kooperationen und den verstärkten Kapitaleinsatz zur laufenden Strukturanpassung an.

Die Wirtschafts-, Budget- und Steuerpolitik der letzten Jahre war bereits darauf ausgerichtet, die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft zu fördern, um Europareife zu erreichen. Das kommt auch in der umfangreichen Palette der Maßnahmen, die die Schillingaufwertung begleitete und der österreichischen Exportwirtschaft spürbar halfen, den verstärkten Konkurrenzdruck zu begegnen, zum Ausdruck. Die wohl entscheidendste Vorleistung für die Aufnahme als gleichberechtigter Partner in die große Europäische Gemeinschaft hat die Bundesregierung aber mit der rechtzeitig vor Inkrafttreten des Globalabkommens erfolgten Fertigstellung des neuen Umsatzsteuerrechtes erbracht.

Im Rahmen ihrer europaorientierten Wirtschaftspolitik werden zur besseren Koordinierung und damit Effizienz alle Mittel des Bundesbudgets für Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung in einem zentralen Wirtschafts- und Sozialfonds zusammengefaßt werden. Neben der vorzeitigen Abschreibung soll für die Übergangsjahre 1973 bis 1975 beim beweglichen Anlagevermögen eine Sonderabschreibung von 30% eingeräumt werden. Für Forderungen aus Exportgeschäften wird eine auf drei Jahre befristete pauschale Wertberichtigung vorgesehen. Die bei Schachtelgesellschaften geltende Befreiung von der Körperschaftssteuer soll künftig über die Grenze wirken. Die Wertpapiersteuer soll auch für ausländische Wertpapiere künftig nicht mehr erhoben werden.

Die Wirtschaftspolitik wird also alle Möglichkeiten ausschöpfen, unter den neuen Bedingungen diese Entwicklung weiterführen, mit dem Ziel die Aufhol- und Überholentwicklung gegenüber anderen Ländern hinsichtlich Produktivität, Prokopfquote des Bruttonationalproduktes, Realeinkommen und — ganz allgemein gesagt — der Qualität des Lebens fortsetzen.

Fortsetzung auf Seite 361

IV. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung*)

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Haushalt der Bundesregierung noch die Haushalte der neun Bundesländer auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1 a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

Bruttoausgaben	Betrag in Milliarden Schilling									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[1]	[2]	[3][4]	
Bund[5]	62·7	67·4	72·3	80·2	86·2	93·2	101·6	112·6	127·0	139·0
Länder (ohne Wien)	10·5	11·9	13·4	15·2	17·0	19·5	22·0	24·5	27·0	
Gemeinden (ohne Wien)	12·2	13·8	15·8	17·5	18·4	19·8	21·5	24·0	26·5	
Wien (Land und Gemeinde)	7·9	8·9	9·7	10·8	12·3	14·1	16·4	18·5	20·5	
Gemeindeverbände[7]	0·9	1·0	1·2	1·3	1·4	1·5	1·7	1·9	2·1	
Öffentliche Fonds[8]	4·5	5·8	5·5	6·1	5·6	5·4	4·2	3·5	3·3	
Kammern als Standesvertretungen[9]	2·6	2·8	3·1	3·4	3·5	3·7	3·9	4·3	4·7	
Sozialversicherungsträger	23·3	26·4	29·0	33·3	36·6	39·9	44·0	51·0	57·0	
Öffentlicher Sektor (Summe)	124·6	138·0	150·0	167·8	181·0	197·1	215·3	240·3	268·1	

*) Die Erfolgsziffern werden vom Österreichischen Statistischen Zentralamt, die Schätzungsziffern vom Institut für Wirtschaftsforschung zur Verfügung gestellt. Die ausgewiesenen Daten wurden Ende September 1972 letztmalig revidiert.

Außerdem siehe: Gebarungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden. Bearbeitet im Österreichischen Statistischen Zentralamt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen. Herausgegeben vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur österreichischen Statistik".

[1]) Gebarungserfolg laut Rechnungsabschluß.

[2]) Vorläufiger Gebarungserfolg (z. B. Bund) bzw. Schätzungen.

[3]) Voraussichtlicher Gebarungserfolg (z. B. Bund) bzw. Voranschlags- oder Schätzbeträge.

[4]) Die Beträge des Bundesvoranschlages (Budgetgebarung) waren:

	Mrd. S
Ausgaben	122·8
Einnahmen	113·4

[5]) Budget- und Anlehensgebarung des Bundes, letztere ohne die in Ausgabe und Einnahme gleichhohen Beträge aus der Prolongierung und Umwandlung von Bundesschatzscheinen, Krediten u. ä. während des Jahres; außerdem Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft.

[6]) (frei).

[7]) Erfaßt sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Bezirksfürsorgeverbände sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

[8]) Einbezogen ist u. a. die Gebarung folgender Fonds: Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (ab 1969), Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft (ab 1969), Getreideausgleichsfonds, Hochwasserschädenfonds (bis 1970), Kriegsopferfonds, Massafonds der Bundesgendarmerie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds, Polizeimassafonds, Viehverkehrsfonds, Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (ab 1970), Wohnhaus-Wiederaufbaufonds.

[9]) Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Kammern für Arbeiter und Ange-

(zu Übersicht 1)

Bruttoausgaben	Anteil in v. H.									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Bund [2]	50·3	48·9	48·2	47·8	47·6	47·3	47·2	46·9	47·4	
Länder (ohne Wien)	8·4	8·6	8·9	9·1	9·4	9·9	10·2	10·2	10·1	
Gemeinden (ohne Wien)	9·8	10·0	10·5	10·4	10·2	10·0	10·0	10·0	9·9	
Wien (Land und Gemeinde)	6·4	6·5	6·5	6 5	6·8	7·1	7·6	7·7	7·6	
Gemeindeverbände [7]	0·7	0·7	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	
Öffentliche Fonds [8]	3·6	4·2	3·7	3·6	3·1	2·7	2·0	1·4	1·2	
Kammern als Standesvertretungen [9]	2·1	2·0	2·1	2·0	1·9	1·9	1·8	1·8	1·7	
Sozialversicherungsträger	18·7	19·1	19·3	19·8	20·2	20·3	20·4	21·2	21·3	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	

Übersicht 1a

Bruttoeinnahmen	Betrag in Milliarden Schilling									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Bund [2]	1) 62·9	1) 67·1	1) 72·0	1) 80·2	1) 86·0	1) 94·5	1) 102·3	2) 112·8	3) 4) 127·0	139·0
Länder (ohne Wien)	10·6	11·8	13·4	15·2	17·1	19·6	22·2	24·5	27·0	
Gemeinden (ohne Wien)	12·8	14·5	16·4	18·1	19·0	20·3	22·1	24·5	27·0	
Wien (Land und Gemeinde)	7·8	8·9	9·7	10·8	12·3	14·1	16·4	18·5	20·5	
Gemeindeverbände [7]	1·0	1·1	1·2	1·4	1·5	1·6	1·7	1·9	2·1	
Öffentliche Fonds [8]	4·7	5·6	5·5	6·2	4·9	4·0	4·0	3·5	3·3	
Kammern als Standesvertretungen [9]	2·8	3·1	3·3	3·4	3·7	3·9	4·1	4·5	4·9	
Sozialversicherungsträger	23·4	27·4	30·3	33·8	36·8	40·4	44·2	51·3	58·0	
Öffentlicher Sektor (Summe)	126·0	139·5	151·8	169·1	181·3	198·4	217·0	241·5	269·8	

Bruttoeinnahmen	Anteil in v. H.									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Bund [2]	49·9	48·1	47·4	47·4	47·5	47·6	47·1	46·7	47·1	
Länder (ohne Wien)	8·4	8·5	8·8	9·0	9·4	9·9	10·2	10·1	10·0	
Gemeinden (ohne Wien)	10·2	10·4	10·8	10·7	10·5	10·2	10·2	10·1	10·0	
Wien (Land und Gemeinde)	6·2	6·4	6·4	6·4	6·8	7·1	7·6	7·7	7·6	
Gemeindeverbände [7]	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	0·8	
Öffentliche Fonds [8]	3·7	4·0	3·6	3·7	2·7	2·0	1·8	1·5	1·2	
Kammern als Standesvertretungen [9]	2·2	2·2	2·2	2·0	2·0	2·0	1·9	1·9	1·8	
Sozialversicherungsträger	18·6	19·6	20·0	20·0	20·3	20·4	20·4	21·2	21·5	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	

Fußnoten [1]) bis [9]) auf Seite 307.

Finanzbedarf

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

a) Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — „Durchlauferposten" [10]) — und

b) Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abfall, verbleiben die Ausgaben (der Finanzbedarf) und die Einnahmen der öffentlichen Haushalte Österreichs.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben des öffentlichen Sektors aber noch geringer. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt.

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern für die Jahre 1964 bis 1971.

stellte (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Patentanwaltskammer (ab 1968), Rechtsanwaltskammern (sieben), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

[10]) Siehe Fußnote [6]) auf Seite 284.

Übersicht 2

	Körperschaften, die dem öffentlichen Recht zugehören							
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	124·6	138·0	150·0	167·8	181·0	197·1	215·3	240·3
ab: Vergütungen innerhalb der einzelnen Träger des öffentlichen Rechtes	5·1	6·0	6·6	7·0	7·6	9·5	10·9	12·2
Überweisungen zwischen den einzelnen Trägern des öffentlichen Rechtes	9·9	11·1	12·5	14·8	16·9	17·4	19·7	21·7
verbleibt Finanzbedarf	109·6	120·9	130·9	146·0	156·5	170·2	184·7	206·4
hievon: Netto-Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften [11])	95·5	106·1	115·1	128·3	138·9	151·0	164·1	185·0
Brutto-Nationalprodukt [12])	227·1	247·4	267·6	283·2	302·8	332·1	373·9	415·7
Volkseinkommen [13])	173·1	187·7	201·8	213·7	226·9	249·2	280·8	310·1

Übersicht 2a

	Bundesgebarung [14])							
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	62·7	67·4	72·3	80·2	86·2	93·2	101·6	112·6
ab: Vergütungen innerhalb der Bundesgebarung	0·6	1·2	1·0	1·5	1·4	1·4	1·7	[15]) 1·9
Überweisungen an andere Träger des öffentlichen Rechtes	7·5	8·3	9·7	10·8	11·7	12·9	14·7	16·5
verbleibt Finanzbedarf	54·6	57·9	61·6	67·9	73·1	78·9	85·2	94·2
hievon: Netto-Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes [11])	40·7	43·2	46·0	50·5	55·7	60·0	64·8	73·0
Brutto-Nationalprodukt [12])	227·1	247·4	267·6	283·2	302·8	332·1	373·9	415·7
Volkseinkommen [13])	173·1	187·7	201·8	213·7	226·9	249·2	280·8	310·1

Öffentlicher Sektor und Bundeshaushalt [16])

Von den Bruttoausgaben der öffentlichen Haushalte entfallen etwas mehr als die Hälfte auf den Bundeshaushalt. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich der bereinigten Ausgaben des öffentlichen Sektors der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Über den Einnahmenrahmen des Bundeshaushaltes hinaus werden aber auch noch öffentliche Abgaben in Höhe von weiteren rund 41·9 Milliarden Schilling von Bundesbehörden eingehoben und an Gebietskörperschaften beziehungsweise sonstige Träger des öffentlichen Rechtes (Fonds und Kammern) weitergeleitet. Aus diesen Hinweisen geht deutlich die dominierende Stellung des Bundeshaushaltes im öffentlichen Sektor hervor.

Aus den Übersichten 1, 1 a, 2 und 2 a ist dies deutlich erkennbar.

Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen [17]) betragen die im Bundeshaushalt ausgewiesenen rund zwei Drittel.

[11]) Ausgeschieden sind die Ausgaben der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige, soweit sie aus erwerbswirtschaftlichen Einnahmen bedeckt werden konnten.

[12]) Gegenwert der in Österreich erzeugten Sachgüter und bereitge-(er)stellten Dienstleistungen.

[13]) Das Volkseinkommen entspricht der Summe der Entgelte, die für die Teilnahme am Produktionsprozeß der entsprechenden Wirtschaftsperiode gezahlt werden. Diese Summe ist gleichzusetzen mit der Gesamtsumme der Löhne und Gehälter, der Einkommen der Selbständigen (aus Besitz und Unternehmung), der unverteilten Gewinne (der Körperschaften) sowie der Einkommen der öffentlichen Verwaltung (aus Besitz und Unternehmung).

[14]) Siehe Fußnote [5]). Die Gebarung der „Bundesfonds" mit eigener Rechtspersönlichkeit ist somit hier nicht einbezogen.

[15]) Erläuterungen und ziffernmäßige Übersicht hinsichtlich der Durchlauferposten des Bundes siehe Seite 283/284.

[16]) Ohne „Öffentliche Fonds" mit eigener Rechtspersönlichkeit.

[17]) In der Statistik des Volkseinkommens nach internationalen Begriffen zählen zu den „Steuern" nicht nur die im Bundeshaushalt als „Öffentliche Abgaben" bezeichneten Einnahmen, sondern alle Zwangsbeiträge, zu deren Einhebung ein öffentlicher Haushalt berechtigt ist.

Diese Größenordnung ist derart, daß aus dem Abgabenaufkommen des Bundes weitestgehend auch Erkenntnisse über die jeweilige Wirtschaftslage und -entwicklung gewonnen werden können. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Übersicht 3

Indirekte und direkte Steuern und steuerähnliche Einnahmen	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970 [18])	1971 [18])	1972 [18])	1973 [18])
	Milliarden Schilling									
[19])										
Bund	54·6	59·8	67·2	70·1	75·2	83·6	94·4	106·9	122·7	128·2
Länder	0·2	0·2	0·2	0·2	0·3	0·3	0·3	0·4	0·4	0·5
Gemeinden	2·8	3·2	3·6	3·7	3·9	4·1	4·8	5·2	5·8	6·4
Kammerumlagen	1·2	1·3	1·4	1·5	1·7	1·8	1·9	2·1	2·3	2·5
Sozialversicherungsbeiträge	17·0	19·8	22·0	23·8	25·9	28·6	31·8	36·8	42·0	47·3
Fondsbeiträge	0·6	0·7	0·8	0·9	0·8	0·9	1·0	1·0	1·1	1·1
Steuern (Summe)	76·4	85·0	95·2	100·2	107·8	119·3	134·2	152·4	174·3	186·0
Brutto-Nationalprodukt in Milld. S	227·1	247·4	267·6	283·2	302·8	332·1	373·9	415·7	465·7	523·6
Steuern in % des Brutto-Nationalproduktes	33·6	34·4	35·6	35·4	35·6	35·9	35·9	36·7	37·4	35·5

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der gesamten Steuereinnahmen zum Sozialprodukt. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß.

Übersicht 4

	Steigerung			
	der Steuern [20])		des Brutto-Nationalproduktes	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%
1964 gegenüber 1963	7·9	11·5	19·8	9·6
1965 „ 1964	8·6	11·3	20·3	8·9
1966 „ 1965	10·2	12·0	20·2	8·2
1967 „ 1966	5·0	5·3	15·6	5·8
1968 „ 1967	7·6	7·6	19·6	6·9
1969 „ 1968	11·5	10·7	29·3	9·7
1970 [21]) „ 1969	14·9	12·5	41·8	12·6
1971 [21]) „ 1970	18·2	13·6	41·8	11·2
1972 [21]) „ 1971	21·9	14·4	50·0	12·0
1973 [21]) „ 1972	11·7	6·7	57·9	12·4

Die Bundesgebarung im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [22])

Der öffentliche Sektor ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und anderseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten

[18]) Zum größten Teil Schätzung.

[19]) In dieser Übersicht sind die Eingänge aus den Steuern und steuerähnlichen Einnahmen bei den Rechtsträgern ausgewiesen, von denen sie eingehoben und in deren Haushalt sie entsprechend nachgewiesen werden. Diese Darstellung gibt daher nicht Auskunft über die im Wege des Finanzausgleiches oder sonstiger gesetzlicher Regelungen den einzelnen Trägern öffentlichen Rechtes zukommenden Anteile dieser Steuern und steuerähnlichen Einnahmen.

[20]) Siehe Übersicht 3.

[21]) Schätzung.

[22]) Siehe hiezu die Publikationen der „Forschungsstelle zur Aufstellung volkswirtschaftlicher Bilanzen": „Das Volkseinkommen", Wien 1952; „Volkswirtschaftliche Buchführung", Wien 1953, und „Der öffentliche Haushalt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung", Wien 1956, im Druck- und Kommissionsverlag Carl Ueberreuter, Wien IX, Alser Straße 24.

öffentlichen Haushalte und des Bundessektors zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes (Postsparkassenamt und Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse berücksichtigt,** u. zw. die an die Bundesverwaltung überwiesenen Erträge unter den Bundeseinnahmen und die Zuwendungen an die vorgenannten Verwaltungszweige für laufende Zwecke (Verlustdeckung) oder für Investitionen unter den Bundesausgaben.

Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Die Summe aller Sachgüter und Dienstleistungen, die der Volkswirtschaft aus der einheimischen Produktion einschließlich der Importe und abzüglich der Exporte für die Verwendung im Inland zu Verfügung stehen, stellt das verfügbare Güter- und Leistungsvolumen dar. Über seine Zusammensetzung und Höhe gibt die Übersicht 5 Aufschluß.

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom öffentlichen Sektor und im speziellen vom Bundessektor für sich selbst verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds [23]) sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

Übersicht 5

	1964 [27])	1965 [27])	1966 [27])	1967 [27])	1968 [27])	1969 [27])	1970 [27])	1971 [28])	1972 [28])	1973 [28])
	Milliarden Schilling									
Volkseinkommen	173·1	187·7	201·8	213·7	226·9	249·2	280·8	310·1	345·3	394·1
Abschreibungen	24·3	27·0	29·2	31·2	32·6	35·2	39·3	44·8	50·2	56·2
Indirekte Steuern	34·0	37·3	41·7	43·0	48·1	52·6	59·0	66·1	75·4	78·5
Subventionen	— 4·3	— 4·6	— 5·1	— 4·7	— 4·8	— 4·9	— 5·2	— 5·3	— 5·2	— 5·2
Brutto-Nationalprodukt zu Marktpreisen	227·1	247·4	267·6	283·2	302·8	332·1	373·9	415·7	465·7	523·6
Zahlungsbilanz:										
Defizit	1·5	3·0	6·3	4·0	2·3	—	—	0·9	1·5	1·1
Überschuß	—	—	—	—	—	— 2·8	— 0·9	—	—	—
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	228·6	250·4	273·9	287·2	305·1	329·3	373·0	416·6	467·2	524·7

Auf Grund der nachfolgenden Übersicht 6 werden vom Bundessektor selbst nur rund 7% für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für 1·5% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten öffentlichen Sektor betragen die analogen Prozentsätze rund 15% bzw. rund 5%.

[23]) Siehe Fußnote [8]) auf Seite 307.

[24]) bis [26]): (frei).

[27]) Österreichs Volkseinkommen 1969 und 1970, Wien 1972. Beilage zu den Statistischen Nachrichten des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und 15. Beilage zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung.

[28]) Schätzung unter Mitwirkung des Institutes für Wirtschaftsforschung.

Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Übersicht 6

	Betrag in Milliarden Schilling									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	29) 1971	29) 1972	29) 1973
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen . .	228·6	250·4	273·9	287·2	305·1	329·3	373·0	416·6	467·2	524·7
Verwendung durch:										
Bundessektor:										
Konsumausgaben 30)	14·5	15·7	17·4	19·5	20·6	22·9	25·5	28·4	32·8	36·8
Bruttoinvestitionen 31)	3·3	3·5	3·6	4·4	4·7	4·6	5·3	6·2	7·1	7·8
Bundessektor (Summe) .	17·8	19·2	21·0	23·9	25·3	27·5	30·8	34·6	39·9	44·6
Übriger öffentlicher Sektor:										
Konsumausgaben 30)	15·4	17·2	19·2	21·5	24·2	26·6	29·1	32·3	36·0	40·3
Bruttoinvestitionen 31)	7·2	8·2	8·9	10·0	10·3	10·9	12·2	14·3	16·8	18·3
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) .	22·6	25·4	28·1	31·5	34·5	37·5	41·3	46·6	52·8	58·6
Privater Sektor:										
Konsumausgaben 30)	134·9	146·6	156·1	167·4	178·3	190·2	208·8	232·8	258·4	288·1
Bruttoinvestitionen 31)	49·4	55·9	62·4	61·8	63·4	66·6	80·5	98·4	112·3	128·3
Privater Sektor (Summe) .	184·3	202·5	218·5	229·2	241·7	256·8	289·3	331·2	370·7	416·4
Lagerbewegung und statistische Differenz . . .	+3·9	+3·3	+6·3	+ 2·6	+3·6	+ 7·5	+11·6	+ 4·2	+3·8	+5·1

	Anteil in v. H.									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen . .	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung durch:										
Bundessektor:										
Konsumausgaben 30)	6·3	6·3	6·4	6·8	6·8	6·9	6·8	6·8	7·0	7·0
Bruttoinvestitionen 31)	1·5	1·4	1·3	1·5	1·5	1·4	1·4	1·5	1·6	1·5
Bundessektor (Summe) .	7·8	7·7	7·7	8·3	8·3	8·3	8·2	8·3	8·6	8·5
Übriger öffentlicher Sektor:										
Konsumausgaben 30)	6·7	6·9	7·0	7·5	7·9	8·1	7·8	7·7	7·7	7·7
Bruttoinvestitionen 31)	3·2	3·3	3·2	3·5	3·4	3·3	3·3	3·4	3·6	3·5
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) .	9·9	10·2	10·2	11·0	11·3	11·4	11·2	11·1	11·3	11·2
Privater Sektor:										
Konsumausgaben 30)	59·0	58·5	57·0	58·3	58·4	57·8	56·0	55·9	55·3	54·9
Bruttoinvestitionen 31)	21·6	22·3	22·8	21·5	20·8	20·2	21·5	23·7	24·0	24·4
Privater Sektor (Summe) .	80·6	80·8	79·8	79·8	79·2	78·0	77·5	79·6	79·3	79·3
Lagerbewegung und statistische Differenz . . .	+1·7	+ 1·3	+ 2·3	+ 0·9	+ 1·2	+ 2·3	+ 3·1	+ 1·0	+0·8	+1·0

29) Zum größten Teil Schätzung.
30) Für Sachgüter und Dienstleistungen.
31) Inländische Brutto-Vermögensbildung.

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von etwas mehr als 50% für eigene Konsum- und (Brutto-)-Investitionsausgaben (ohne Investitionsförderung) verbraucht. Die restlichen Einnahmen werden, wie die nachfolgende Übersicht 8 zeigt, neu verteilt, u. zw., im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Übersicht 7

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	1964		1965		1966		1967		1968	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)
	Milliarden Schilling									
Indirekte Steuern	34·0	23·2	37·3	25·3	41·7	28·2	43·0	29·5	48·1	33·2
Direkte Steuern der privaten Haushalte	21·5	13·8	23·9	15·5	27·3	18·2	29·6	18·0	30·2	17·8
Sozialversicherungsbeiträge [32])	15·8	—	18·5	—	20·6	—	22·3	—	24·3	—
Direkte Steuern von Kapitalgesellschaften	5·1	4·0	5·3	4·0	5·6	4·2	5·3	4·1	5·2	4·3
Laufende Transferzahlungen aus dem Ausland	0·6	0·6	0·6	0·6	0·6	0·6	0·2	0·2	0·1	0·1
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	1·1	0·4	0·7	0·0	0·9	0·1	1·0	0·1	0·5	— 0·4
Laufende öffentliche Einnahmen (Summe)	78·1	42·0	86·3	45·4	96·7	51·3	101·4	51·9	108·4	55·0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	1969		1970		1971 [33])		1972 [33])		1973 [33])	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)	Insgesamt	Hievon Bundessektor *)
	Milliarden Schilling									
Indirekte Steuern	52·6	36·0	59·0	40·2	66·1	45·2	75·4	51·5	78·5	52·9
Direkte Steuern der privaten Haushalte	33·9	19·8	38·6	21·7	43·9	24·5	50·8	28·2	52·8	29·3
Sozialversicherungsbeiträge [32])	26·9	—	29·9	—	34·7	—	39·6	—	44·7	—
Direkte Steuern von Kapitalgesellschaften	5·9	4·8	6·7	5·4	7·7	6·1	8·5	6·8	10·0	8·0
Laufende Transferzahlungen aus dem Ausland	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1	0·1
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	0·9	—0·1	1·9	0·7	1·1	—0·2	2·1	0·4	1·9	0·0
Laufende öffentliche Einnahmen (Summe)	120·3	60·6	136·2	68·1	153·6	75·7	176·5	87·0	188·0	90·3

[32]) Ohne Unfallversicherungsbeiträge (werden als indirekte Steuern behandelt).

[33]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 311 .

*) Dem Bundessektor verbleibende Einnahmen.

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Übersicht 8

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung	Betrag in Milliarden Schilling									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971[34])	1972[34])	1973[34])
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	78·1	86·3	96·7	101·4	108·4	120·3	136·2	153·6	176·5	188·0
Verwendung für:										
Öffentliche Konsumausgaben . .	29·9	32·9	36·6	41·0	44·8	49·5	54·6	60·7	68·8	77·0
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	27·6	30·1	33·4	37·2	40·8	44·5	48·1	54·3	61·1	69·0
Subventionen	4·3	4·6	5·1	4·7	4·8	4·9	5·2	5·3	5·2	5·2
Zinsen für Schulden	1·9	2·1	2·2	2·4	3·0	3·5	4·1	4·4	5·1	5·7
an das Ausland	0·5	0·5	0·4	0·5	0·5	0·5	0·5	0·5	0·5	0·5
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen										
Investitionsförderung	13·9	16·1	19·0	15·6	14·5	17·4	23·7	28·4	35·8	30·6
Sonstiges										

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung	Anteil in v. H.									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung für:										
Öffentliche Konsumausgaben . . .	38·3	38·1	37·9	40·4	41·3	41·1	40·1	39·5	39·0	40·9
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	35·4	34·9	34·5	36·7	37·6	37·0	35·3	35·3	34·6	36·7
Subventionen	5·5	5·3	5·3	4·6	4·4	4·1	3·8	3·5	2·9	2·8
Zinsen für Schulden	2·4	2·4	2·3	2·4	2·8	2·9	3·0	2·9	2·9	3·0
an das Ausland	0·6	0·6	0·4	0·5	0·5	0·4	0·4	0·3	0·3	0·3
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen										
Investitionsförderung	17·8	18·7	19·6	15·4	13·4	14·5	17·4	18·5	20·3	16·3
Sonstiges										

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden, wie der nachstehenden Übersicht 9 entnommen werden kann, ähnlich wie die Einnahmen der gesamten öffentlichen Rechtsträger verwendet, und zwar fast 50% für eigene Konsum- und Investitionsausgaben, der Rest im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die große Steuerbelastung des österreichischen Nationalproduktes erklärt sich vielmehr zum Teil daraus, daß die Transferzahlungen an private Haushalte sowie die Subventionen eine sehr große Rolle spielen.

[34]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 311.

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung — Öffentliche Vermögensrechnung

Übersicht 9

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung	Betrag in Milliarden Schilling									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971 [35]	1972 [35]	1973 [35]
Laufende Einnahmen des Bundessektors	42·0	45·4	51·3	51·9	55·0	60·6	68·1	75·7	87·0	90·3
Verwendung durch:										
Öffentliche Konsumausgaben	14·5	15·7	17·4	19·5	20·6	22·9	25·5	28·4	32·8	36·8
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	10·0	10·4	11·0	12·3	13·5	14·2	15·2	17·3	19·4	21·7
Subventionen	3·9	4·1	4·5	4·2	4·3	4·4	4·7	4·8	4·7	4·7
Zinsen für Schulden	1·4	1·5	1·6	1·7	2·2	2·5	2·9	3·1	3·7	4·2
an das Ausland	0·4	0·4	0·2	0·3	0·2	0·2	0·2	0·2	0·2	0·2
an andere öffentliche Körperschaften (netto)	5·6	6·2	7·6	8·1	9·5	9·8	11·7	13·2	14·5	16·0
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen, Investitionsförderung, Sonstiges	6·2	7·1	9·0	5·8	4·7	6·6	7·9	8·7	11·7	6·7

Laufende Einnahmen des Bundessektors und deren Verwendung	Anteil in v. H.									
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Laufende Einnahmen des Bundessektors	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0	100·0
Verwendung durch:										
Öffentliche Konsumausgaben	34·5	34·6	33·9	37·5	37·4	37·8	37·4	37·5	37·7	40·8
Laufende Transferzahlungen:										
an private Haushalte	23·8	22·9	21·4	23·7	24·6	23·4	22·3	22·9	22·3	24·0
Subventionen	9·3	9·0	8·8	8·1	7·8	7·3	6·9	6·3	5·4	5·2
Zinsen für Schulden	3·3	3·3	3·1	3·3	4·0	4·1	4·3	4·1	4·3	4·7
an das Ausland	1·0	0·9	0·4	0·6	0·4	0·3	0·3	0·3	0·3	0·2
an andere öffentliche Körperschaften (netto)	13·3	13·7	14·8	15·6	17·3	16·2	17·2	17·4	16·7	17·7
Öffentliches Sparen:										
Bruttoinvestitionen, Investitionsförderung, Sonstiges	14·8	15·6	17·6	11·2	8·5	10·9	11·6	11·5	13·4	7·4

Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebarungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor.

In den Übersichten 8 und 9 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen" ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Die Einnahmen aus dem Öffentlichen Sparen betrugen in den letzten Jahren etwa die Hälfte der Gesamteinnahmen der Öffentlichen Vermögensrechnung. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensabgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 10:

[35]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 311.

316 **Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung**

Übersicht 10

Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung	1964		1965		1966		1967		1968	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor
	Milliarden Schilling									
Ausgaben										
Bruttoinvestitionen	10·5	3·3	11·7	3·5	12·5	3·6	14·4	4·4	15·0	4·7
Erwerb bestehender Vermögenswerte (netto)	2·7	1·9	1·6	0·9	1·5	0·9	2·3	1·1	2·6	1·3
Kapitaltransfers [36])	3·0	1·7	2·5	1·0	3·2	1·5	4·0	2·4	3·2	1·9
Gewährung von Darlehen [36])	5·7	3·1	7·4	4·1	7·5	4·0	8·3	4·2	8·5	3·6
Tilgung von Schulden	2·8	2·2	5·0	3·6	3·8	2·9	3·9	2·6	4·6	3·3
Ablöselieferung an das Ausland										
Kapitaltransfers an andere öffentliche Körperschaften (netto)	—	0·8	—	0·9	—	0·8	—	0·9	—	1·0
Nettoveränderung an Bankguthaben und Kassenbeständen	+ 0·5	+ 0·0	+ 0·9	— 0·3	+ 1·6	0·0	+ 1·6	+ 0·7	— 0·3	— 0·4
Ausgaben (Summe)	25·2	13·0	29·1	13·7	30·1	13·7	34·5	16·3	33·6	15·4
Einnahmen										
Öffentliches Sparen	13·9	6·2	16·1	7·1	19·0	9·0	15·6	5·8	14·5	4·7
Abschreibungen	1·6	0·3	1·8	0·4	1·9	0·4	2·0	0·4	2·1	0·4
Kapitaltransfers	0·2	0·2	0·2	0·1	0·2	0·1	0·1	0·1	0·2	0·1
Rückzahlung von Darlehen	1·4	0·7	2·4	1·4	1·9	0·9	2·7	1·1	2·4	0·9
Aufnahme von Schulden	7·1	5·2	7·4	4·8	6·4	3·7	11·8	8·5	13·0	8·6
Veränderung der Zahlungs- und Anweisungsrückstände (netto)	+ 1·0	+ 0·4	+ 1·2	— 0·1	+ 0·7	— 0·4	+ 2·3	+ 0·4	+ 1·4	+ 0·7
Einnahmen (Summe)	25·2	13·0	29·1	13·7	30·1	13·7	34·5	16·3	33·6	15·4

Zusammensetzung der öffentlichen Vermögensrechnung	1969		1970		1971 [37])		1972 [37])		1973 [37])	
	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor	Insgesamt	Hievon Bundessektor
	Milliarden Schilling									
Ausgaben:										
Bruttoinvestitionen	15·5	4·6	17·5	5·3	20·5	6·2	23·9	7·1	26·1	7·8
Erwerb bestehender Vermögenswerte (netto)	2·0	0·9	2·7	1·4	2·8	1·3	3·3	1·6		
Kapitaltransfers [36])	3·5	2·0	3·8	2·1	4·2	2·2	4·8	2·6		
Gewährung von Darlehen [36])	7·4	3·1	8·0	2·0	8·8	1·2	10·0	1·6		
Tilgung von Schulden	7·1	5·6	7·2	5·4	8·7	6·5	9·6	7·2		
Kapitaltransfers an andere öffentliche Körperschaften (netto)	—	0·9	—	0·9	—	1·0	—	1·6		
Nettoveränderung an Bankguthaben und Kassenbeständen (Saldo)	+ 0·8	— 0·8	+ 2·8	+ 1·1	+ 3·0	+ 0·6	+ 5·3	+ 2·1		
Ausgaben (Summe)	36·3	16·3	42·0	18·2	48·0	19·0	56·9	23·8		
Einnahmen:										
Öffentliches Sparen	17·4	6·6	23·7	7·9	28·4	8·7	35·8	11·7	30·6	6·7
Abschreibungen	2·2	0·5	2·4	0·5	2·6	0·7	2·8	0·7	3·0	0·8
Kapitaltransfers	0·2	0·1	0·2	0·1	0·2	0·1	0·2	0·1		
Rückzahlung von Darlehen	2·3	1·1	2·4	1·0	2·8	1·2	3·1	1·3		
Aufnahme von Schulden	13·7	8·8	13·9	8·4	14·0	8·3	15·0	10·0		
Veränderung der Zahlungs- und Anweisungsrückstände (netto)	+ 0·5	— 0·8	— 0·6	+ 0·3	—	—	—	—		
Einnahmen (Summe)	36·3	16·3	42·0	18·2	48·0	19·0	56·9	23·8		

[36]) Insbesondere für Investitionsförderung.

[37]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 311.

www.parlament.gv.at

Bruttoinvestitionen

Die Bruttoinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 11

	1964	1965	1966	1967	1968
	Milliarden Schilling				
Bruttoinvestitionen [38]) des öffentlichen Sektors [39])	10·5	11·7	12·5	14·4	15·0
privaten Sektors	49·4	55·9	62·4	61·8	63·4
Zusammen	59·9	67·6	74·9	76·2	78·4
Hievon Bundessektor [39])	3·3	3·5	3·6	4·4	4·7

	1969	1970	1971 [40])	1972 [40])	1973 [40])
	Milliarden Schilling				
Bruttoinvestitionen [38]) des öffentlichen Sektors [39])	15·5	17·5	20·5	23·9	26·1
privaten Sektors	66·6	80·5	98·4	112·3	128·3
Zusammen	82·1	98·0	118·9	136·2	154·4
Hievon Bundessektor [39])	4·6	5·3	6·2	7·1	7·8

Finanziert werden die Bruttoinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen", dem analogen „Privaten Sparen", aus den unverteilten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierungen), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland. Derzeit stellen die Abschreibungen etwa 40% der Finanzierungsquellen dar, während der Rest auf das Sparen und die unverteilten Gewinne entfällt. Hinsichtlich der restlichen 60% der Finanzierungsseite ist in den letzten Jahren eine starke Verschiebung innerhalb der Gruppen Öffentliches Sparen, Ersparnisse der privaten Haushalte und unverteilte Gewinne der Körperschaften festzustellen.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betrugen:

Übersicht 12

	1964		1965		1966		1967	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	13·9	35·3	16·1	38·1	19·0	40·3	15·6	34·7
Ersparungen der privaten Haushalte	16·7	42·4	17·3	40·9	19·4	41·1	20·3	45·1
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung)	8·8	22·3	8·9	21·0	8·8	18·6	9·1	20·2
Zusammen	39·4	100·0	42·3	100·0	47·2	100·0	45·0	100·0
Hievon Bund	6·2	15·7	7·1	16·8	9·0	19·1	5·8	12·9

	1968		1969		1970		1971 [41])	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	14·5	30·2	17·4	29·8	23·7	32·9	28·4	36·3
Ersparungen der privaten Haushalte	22·8	47·4	26·3	45·0	27·3	37·9	29·9	38·2
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung)	10·8	22·4	14·7	25·2	21·1	29·2	20·0	25·5
Zusammen	48·1	100·0	58·4	100·0	72·1	100·0	78·3	100·0
Hievon Bund	4·7	9·8	6·6	11·3	7·9	11·0	8·7	11·1

Wie die Tabelle zeigt, ist der Anteil des „Öffentlichen Sparens" in Österreich sehr erheblich. Nur in wenigen Ländern spielt das Zwangssparen als Mittel der Investitionsfinanzierung eine gleichbedeutende Rolle wie in Österreich. Allerdings hat es, besonders in den letzten Jahren, zugunsten der privaten Sparquote stark an Boden verloren.

[38]) Siehe auch Übersicht 6 auf Seite 312.
[39]) Nur Hoheitsverwaltung.
[40]) Siehe Fußnote [28]) auf Seite 311.
[41]) Vorläufige Schätzung.

V. Bundeshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Dem Nationalrat ist spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr vorzulegen (Art. 51 Abs. 1 erster Satz B-VG). Die Aufstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes obliegt dem Bundesminister für Finanzen (Art. 6 Punkt VII VEG mit verfassungsmäßiger Grundlage in Art. 77 Abs. 2 B-VG). Der Inhalt des Bundesvoranschlagsentwurfes darf vor Beginn der Beratung im Nationalrat nicht veröffentlicht werden (Art. 51 Abs. 1 zweiter Satz, angefügt durch Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 155/1961). Den Bundesvoranschlag bewilligt der Nationalrat durch das Bundesfinanzgesetz. Gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG). Das vom Nationalrat beschlossene Bundesfinanzgesetz, durch das der Bundesvoranschlag neben einer Reihe anderer Anlagen (u. a. Dienstpostenplan, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes) als seine Bestandteile bewilligt wird, ist sodann im Bundesgesetzblatt kundzumachen (Art. 49 B-VG).

Bundesrechnungsabschluß

Den Bundesrechnungsabschluß verfaßt der Rechnungshof und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 erster Satz B-VG). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den anweisenden Organen des Bundes zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen (§ 9 RHG). Der Inhalt des Bundesrechnungsabschlusses darf nicht vor Beginn der Beratung im Nationalrat veröffentlicht werden (Art. 121 Abs. 2 zweiter Satz, angefügt durch Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 155/1961). Den Bundesrechnungsabschluß genehmigt der Nationalrat durch Gesetzesbeschluß. Gegen einen solchen Gesetzesbeschluß kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG). Dieser Beschluß als solcher wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1010 Wien, Annagasse 5, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Neugestaltung des Haushaltsrechtes des Bundes

Der vom Bundesministerium für Finanzen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen des Rechnungshofes erstellte Entwurf eines Bundeshaushaltsgesetzes wurde am 14. Mai 1968 dem Nationalrat von der Bundesregierung zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zugeleitet (872 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP).

Dieser Entwurf versucht, das Haushaltsrecht des Bundes in übersichtlicher Form zusammenzufassen und den neuesten Erkenntnissen der Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre anzupassen. Er bewegt sich in dem ihm durch das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 und insbesondere durch die vorstehend genannten Bestimmungen gezogenen Rahmen. Außerdem wird der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen berücksichtigt, die durch eine zeitnahe Bereitstellung der Ergebnisse der Verrechnung eine Verbesserung der Erfüllung der Aufgaben des Bundes ermöglichen.

In der XII. Gesetzgebungsperiode ist diesem Entwurf eine weitere Behandlung durch die gesetzgebenden Organe des Bundes nicht zuteil geworden. Auf Grund der seit Mai 1968 gewonnenen Erkenntnisse, insbesondere im Bereiche der Datenverarbeitung, ist dieser Entwurf abgeändert und ergänzt worden. Zum Zwecke der Zuleitung an den Nationalrat zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung wird der überarbeitete Entwurf der Bundesregierung in Kürze vorgelegt werden.

VI. Gliederung des Bundesvoranschlages*)

Gebarung

Wirksame und unwirksame Gebarung

Die Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen wirksamer und unwirksamer Gebarung.

Der Begriff „wirksam" ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam". Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Ansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind [1]). Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebarung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit solche die haushaltsrechtlichen Vorschriften vorsehen, zur wirksamen Gebarung. Die wirksame Gebarung umfaßt die Haushalts- [2]) und die Anlehensgebarung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebarungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushalts- und Anlehensgebarung

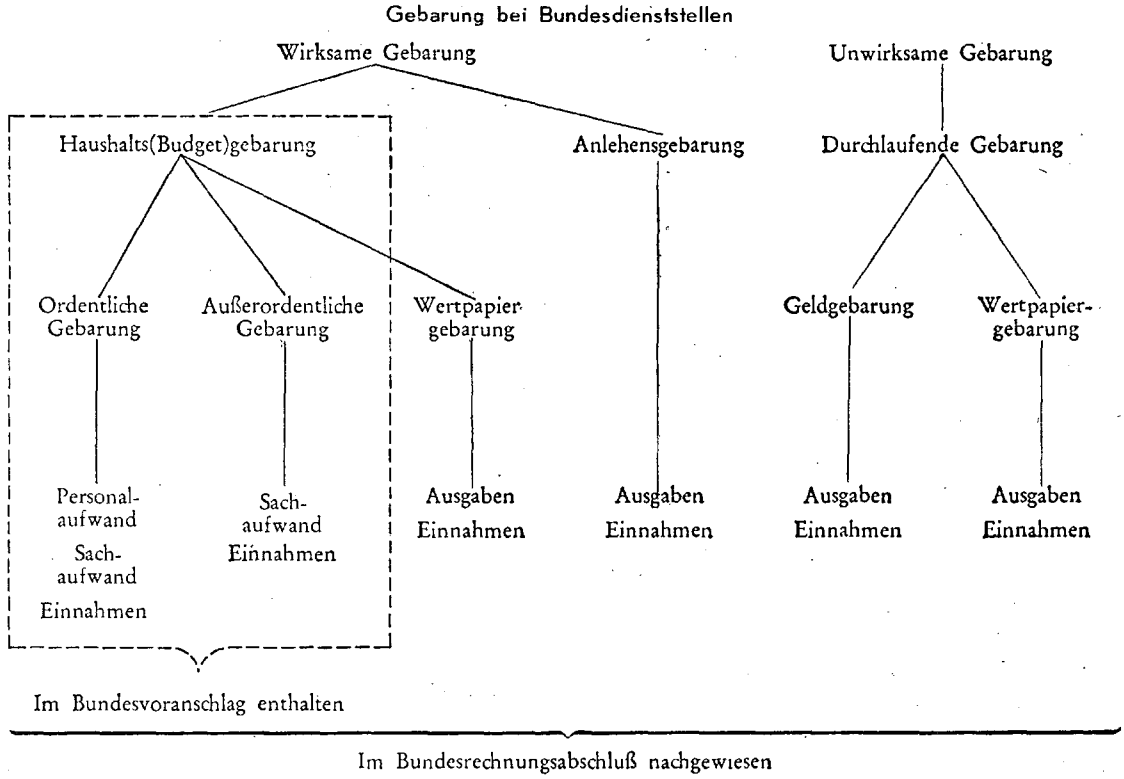
Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebarung des Bundes.

Daneben gibt es nach den österreichischen Haushaltsvorschriften noch eine sogenannte Anlehensgebarung, in der Anleiheerlöse und ähnliche, in Sondergesetzen festgelegte Gebarungen verrechnet werden, die aber keinen Gegenstand der Veranschlagung bildet. Im Bundesrechnungsabschluß scheint hingegen die Anlehensgebarung auf.

*) Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan (Nachdruck der 4. Auflage vom Juni 1971).

[1]) Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebarungen.

[2]) Auch Budgetgebarung genannt.



Ordentliche und außerordentliche Gebarung

Zu den ordentlichen Gebarungen gehören nach den derzeitigen österreichischen Haushaltsvorschriften solche Ausgaben und Einnahmen, die der Art nach im Bundeshaushalt regelmäßig oder in kürzeren Zeitabschnitten wiederkehren.

Als außerordentliche Gebarungen sind Ausgaben und Einnahmen dann zu behandeln, wenn sie der Art nach im Bundeshaushalt nur vereinzelt vorkommen oder der Höhe nach den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich überschreiten. Dies trifft insbesondere für verschiedene den normalen Wirtschaftsrahmen erheblich übersteigenden größeren Investitionen der Verwaltung des Bundes zu.

Gliederung des Bundesvoranschlages

Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend numerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind.

Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese herkömmliche institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Im Jahre 1954 hat daher erstmalig das Bundesministerium für Finanzen alle Gebarungen, die zur Schaffung neuer Anlagevermögen des Bundes und die der Förderung der Wirtschaft dienen, in eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen erfaßt. Weiters wurden die Ausgaben des Zweckaufwandes, soweit deren Leistungspflicht durch den Bund dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich feststeht, unter eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen zur Darstellung gebracht, um einen Überblick über die bei gleichbleibender Gesetzeslage unbeeinflußbaren Ausgaben zu erlangen.

Im Jahre 1956 hatte sich das Bundesministerium für Finanzen entschlossen, neben der bereits durchgeführten Kennzeichnung der finanzgesetzlichen Ansätze nach wirtschaftlichen und haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten, auch noch die Zugehörigkeit dieser Gebarung zu den Aufgabenbereichen Erziehung und Kultur sowie Wohlfahrt und Wirtschaft erkenntlich zu machen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Arbeiten an der Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes [3]) wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre. In dem Entwurf für ein neues Organisationsschema der Bundesverrechnung wurde auf die besondere Bedeutung der Auswahl und des Einsatzes der Organisationsmittel hingewiesen. Durch den in diesem Zusammenhang in Aussicht genommenen Einsatz von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen wurde auch die Frage der Neugliederung des Bundesvoranschlages und der Aufstellung eines Kontenplanes, der eine noch umfassendere und zeitnähere Auswertung der Verrechnungsdaten gestattet, aktuell.

Dieser Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte auch, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch numerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch numerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan (derzeit: Postenverzeichnis benannt) hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken [4]):

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages in eine ordentliche und eine außer-

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Laufende Ausgaben bzw. Einnahmen		Vermögensgebarung	Summe
								Personalaufwand [5])	Sachaufwand [5])		
								Millionen Schilling			
	Finanzgesetzlicher Ansatz										

[3]) Siehe Seite 318.

[4]) Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für die nach dem neuen Ansatz- und Kontenplan zu erstellenden Druckhefte des Bundesvoranschlages", herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, Nachdruck der 4. Auflage vom Juni 1971.

[5]) Die Untergliederung in Personal- und Sachaufwand entfällt bei den Laufenden Einnahmen.

ordentliche Gebarung wird jedem Ansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungsziffer	(Kurzbezeichnung)
Ausgaben der ordentlichen Gebarung	1	A
Einnahmen der ordentlichen Gebarung	2	E
Ausgaben der außerordentlichen Gebarung	5	Ao
Einnahmen der außerordentlichen Gebarung	6	Eo

Schema des dekadischen numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		**Oberste Organe:**
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	6	Rechnungshof
1		**Innenverwaltung:**
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Gesundheit und Umweltschutz
2		**Auswärtige Angelegenheiten:**
	0	Äußeres
3		**Justizwesen:**
	0	Justiz
4		**Landesverteidigung:**
	0	Militärische Angelegenheiten
5		**Finanzen:**
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	6	Familienlastenausgleich
	7	Staatsvertrag
	9	Finanzschuld
6		**Wirtschaft:**
	0	Land- und Forstwirtschaft
	2	Preisausgleiche
	3	Handel, Gewerbe, Industrie
	4	Bauten und Technik
	5	Verkehr
7		**Bundesbetriebe:**
	0	Staatsdruckerei
	1	Bundestheater
	2	Bundesapotheken
	3	Salz (Monopol)
	4	Glücksspiele (Monopol)
	5	Branntwein (Monopol)
	6	Hauptmünzamt
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenanstalt
	9	Österreichische Bundesbahnen

Die übrigen Dekaden der finanzgesetzlichen Ansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen)

Dekade „Unterteilung"

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung gesteuert:

Bei den **Ausgabenansätzen** ist die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebarungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
Personalausgaben:		
0 = Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalaufwand	Personalaufwand	A/G-P
Sachausgaben:		
1 = Verwaltungsaufwand	Verwaltungsaufwand	V
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessenskredite)	Anlagen	An
4 = Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungsausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	F/G

Gebarungsgruppe	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
5 = Förderungsausgaben — Darlehen (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben (D)	F-D
6 = Förderungsausgaben — Zuschuß (Ermessenskredite)	Förderungsausgaben	F
7 = Aufwandskredite (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachaufwand	Aufwandkredite (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwandskredite — Laufende Gebarung (Ermessenskredite)	Aufwandskredite	A
9 = Aufwandskredite — Vermögensgebarung (Gesetzliche Verpflichtungen)	Aufwandskredite (V) (Gesetzliche Verpflichtungen)	A/G-V

Bei den **Einnahmenansätzen** ist die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

	Textierung im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0 1 Zweckgebundene Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Zweckgebundene Einnahmen	ZL
2 3**) Zweckgebundene Einnahmen (Vermögensgebarung)	Zweckgebundene Einnahmen (V)	ZV
4 5 6 Sonstige Einnahmen (Laufende Einnahmen)	Laufende Einnahmen	L
7 8 9**) Sonstige Einnahmen (Vermögensgebarung)	Einnahmen (V)	V

Als „Verwaltungsaufwand" ist der Amtssachaufwand der Hoheitsverwaltung (Budgetgruppen 0 bis 6) veranschlagt. Alle anderen Sachaufwendungen werden unter dem Begriff Zweckaufwand zusammengefaßt. [6])

Als „Anlagen" sind die Ausgaben des Zweckaufwandes bezeichnet, durch die im Vermögen des Bundes eine Umschichtung von Geldwerten in Sachwerte eintritt. Ausgenommen sind die sogenannten „geringwertigen Wirtschaftsgüter" (Vermögenswerte, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer höchstens 2000 S beträgt), die beim Verwaltungsaufwand bzw. bei den Aufwandskrediten mitveranschlagt werden. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen. [7])

Unter „Förderungsausgaben" sind Darlehen und Zuschüsse an Dritte zur Erfüllung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Aufgaben veranschlagt [8]).

Unter „Aufwandskredite" sind alle Ausgaben des Zweckaufwandes veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen. [6])

**) Nur Darlehensrückzahlungen.

[6]) Bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand" sind im wesentlichen die Aufwendungen für die Verwaltungsdienststellen (Gerichte, Schulen), somit die zum Funktionieren dieser Stellen notwendigen Ausgaben, zu verrechnen (Verwaltungsaufwand im engeren Sinne, Amtssachaufwand). Bei den Ansätzen „Aufwandskredite" hingegen sind im wesentlichen die Aufwendungen aus dem konkreten Tätigwerden dieser Stellen zu verrechnen. Da bei beiden Ansätzen Aufwendungen zu verrechnen sind, ist eine scharfe Trennung dieser Ausgaben nicht immer möglich, aber auch nicht unbedingt notwendig.

Das Gutachten des Bundesgerichtshofes vom 9. November 1936, G 1/36, hat den Begriff des Amtssachaufwandes wie folgt umschrieben: „Bei der Tätigkeit der rechtskundigen, der Rechnungs- und Kanzlei-Beamten betrifft dieser Sachaufwand — im folgenden als Amtssachaufwand bezeichnet — die sogenannten Amts- und Kanzleierfordernisse wie Schreib- und Rechenbehelfe aller Art, Stampiglien, Heftklammern, Aktenbehältnisse und ähnliches, ferner den Aufwand für Beleuchtung, Beheizung, Druckkosten, Post, Telegraph und Fernsprecher. Im technischen Dienst fallen darunter noch Hilfsmittel für die Anfertigung technischer Zeichnungen und Pläne für die Anstellung technischer Beobachtungen, für technische Aufnahmen u. dgl. mehr. Ähnlich liegen die Dinge bei den sonstigen Fachverwaltungszweigen. Zum Amtssachaufwand gehört aber auch die Vorsorge für die entsprechende Unterbringung der Behörden und Ämter (teilweise auch von Beamten), da auch sie Voraussetzung für die zweckmäßige Besorgung von Amtsgeschäften ist."

Der Verfassungsgerichtshof, der in seinem Erkenntnis vom 19. Juni 1953, A 41/53/12, dieses Gutachten zitierte, führt darin aus: „Nach der diesem Gutachten zugrunde liegenden Rechtsansicht, die der Verfassungsgerichtshof durchaus teilt, ist unter Amtssachaufwand der Aufwand zu verstehen, der die Voraussetzungen für das Tätigwerden der amtlichen Organe schafft, dagegen gehört jener Aufwand, der mit der konkreten Tätigkeit der Behörden erst entsteht, nicht mehr dazu, ebensowenig der sogenannte Zweckaufwand, das sind jene Aufwendungen, die von vornherein für einen bestimmten Zweck gemacht werden."

[7]) Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

[8]) Im Bundesvoranschlag 1960 wurde erstmals ersichtlich gemacht, ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (Investitionsförderung) oder ob es sich um sonstige Förderungsausgaben (Förderungszuwendungen) handelt. Ab 1968 ist diese Aufgliederung aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte) ersichtlich.

Eine kapitelweise Aufgliederung des gesamten Sachaufwandes nach Gebarungsgruppen enthält die Beilage I c des Bundesfinanzgesetzes.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessenskredite

Bei den Gebarungsgruppen sind jeweils die Kredite auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen erforderlichen Krediten veranschlagt. Als „Gesetzliche Verpflichtungen" sind die Ausgaben veranschlagt, deren Leistungspflicht durch den Bund dem Grunde und der Höhe nach gesetzlich festgelegt ist. Beiträge auf Grund zwischenstaatlicher Vereinbarungen oder an internationale Institutionen, weiters öffentliche Abgaben sind den „Gesetzlichen Verpflichtungen" gleichgesetzt.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessenskredite dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessenskrediten zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen. Ursprünglich umfaßte die Gliederung nur 4 und später 11 Aufgabenbereiche. Die Einnahmen wurden im Voranschlag 1967 erstmalig funktionell zugeordnet.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht	EU
12	Forschung und Wissenschaft	FW
13	Kunst	Kn
14	Kultus	Kl
21	Gesundheit	Gh
22	Soziale Wohlfahrt	SW
23	Wohnungsbau	Wb
32	Straßen	St
33	Sonstiger Verkehr	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	PD
41	Landesverteidigung	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der finanzgesetzlichen Ansatz-Kennziffer (siehe Art. III Abs. 10 des Bundesfinanzgesetzes).

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können sein die unmittelbaren Ausgaben für Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Bundes, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangsdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilserwerbungen an Unternehmungen u. ähnl. handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesbehörden ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie z. B. auch die baulicher Natur.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht" (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Hochschulen, wissenschaftliche Anstalten und Kunstakademien), die Volksbildung, die außerschulische Jugenderziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft" (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für wissenschaftliche Hochschulen, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst" (Kn) zählen die Aufgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandsbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus" (Kl) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit" (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten und zur Erhaltung der Gesundheit dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt" (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen aus der Arbeitslosenversicherung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (u. a. auch gewisse Preisstützungen), ferner Ausgaben für Soldaten- und Kriegsopferversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronische bzw. unheilbar Erkankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau" (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen" (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr" (Vk) sind erfaßt alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft" (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch einzubeziehen Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft" (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen" auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschl. Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe" (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen (ÖD) zählen Einrichtungen wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen u. ähnl. oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen" (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung" (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (z. B. Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit" (SR) gelangen zur Nachweisung die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereiche Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung" (Hv) umfaßt die Ausgaben

für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (z. B. Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof),

für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie z. B. Eich- und Vermessungswesen,

für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgewidmete Mittel für bestimmte Bereiche handelt,

für den Schuldendienst des Bundes,

für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen,

für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und

für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind gleichfalls in diesem Bereich nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatzgliederung, das sind die finanzgesetzlichen Ansätze, hervorgeht und die Untergliederung eines finanzgesetzlichen Ansatzes in verschiedene Aufgabenbereiche besondere Schwierigkeiten bereitet.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlages 1971 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits [9]) und funktionellen Gesichtspunkten anderseits sowie deren Kombinierung enthält die Anlage I d des Bundesfinanzgesetzes, Seite 174/175. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlages 1971 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Laufende Gebarung und Vermögensgebarung

Im Bundesvoranschlag 1960 wurden erstmals die laufenden Einnahmen (Ausgaben) von den Einnahmen (Ausgaben) der Vermögensgebarung getrennt. Laufende Einnahmen und Ausgaben sind solche, die endgültig das Vermögen des Bundes vermehren oder vermindern (vermögensändernd), Einnahmen und Ausgaben der Vermögensgebarung solche, die die Zusammensetzung des Vermögens des Bundes beeinflussen (vermögensumschichtend) [10]).

Neuer Kontenplan für die Bundesverwaltung ab 1968

Die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (siehe Seite 296) sind auf Grund haushaltsrechtlicher Bestimmungen in Posten unterzugliedern. Für das im Bundeshaushaltsrecht vorgesehene Postenschema wurde für Zwecke der elektronischen Budgetdatenverarbeitung ein Kontenplan erstellt, der Konten für die im Sinne des Bundeshaushaltsrechtes zu bildenden Voranschlagsposten beinhaltet.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und der Postengliederung des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

[9]) Siehe Seite 321.

[10]) In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung ist die Vermögensgebarung vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung" zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den laufenden Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu der Vermögensgebarung.

Kontenplan

Konten-Klasse (Kl) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	0••• [11])	
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	•0••	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	••0•	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	•••0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	•••
Konten-Untergliederung (Ugl)	••••	000

Postengliederung

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP)

Post-Untergliederung (Ugl)

Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt die Gliederung des ÖKW-Kontenrahmens [12]) sowie haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögensrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der finanzgesetzlichen Ansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-Nummern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystemes und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung finanzgesetzlicher Ansätze zu verfeinern und die Numerierung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die institutionelle Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesfinanzgesetzes, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Ansätze und anderseits durch den für die Postengliederung der finanzgesetzlichen Ansätze maßgeblichen Kontenplan. Hiebei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat im Jahre 1965 Vorschläge zur Neuklassifizierung der Transaktionen der öffentlichen Hand publiziert. Auf Grund dieser Publikation wurde im Jahre 1967 die bisherige ökonomische Aufgliederung des Bundesvoranschlages etwas verfeinert.

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlages nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: laufende Ausgaben und Einnahmen einerseits und Ausgaben und Einnahmen der Vermögensgebarung anderseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Gebarung und Vermögensgebarung sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft An-

[11]) Aus den Kontenklassen ist die laufende Gebarung und die Vermögensgebarung wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben Kontenklasse	Einnahmen Kontenklasse
Laufende Gebarung	4—7	8
Vermögensgebarung	0—3	0—3

[12]) Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (ÖKW): Der Einheitskontenrahmen für die österreichische Wirtschaft. ÖKW-Veröffentlichung Nr. 24, Österreichischer Gewerbeverlag, Wien I.

wendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichisch Volksvermögen maßgeblich [13]).

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlages werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (d. s. Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (d. s. Dritte bei Bundesabgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seiten seiner Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören an Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte und an das Ausland, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (z. B. Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

[13]) Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in laufende Gebarung und Vermögensgebarung ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zur laufenden Gebarung oder zur Vermögensgebarung ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; z. B. zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung" vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den laufenden Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu der Vermögensgebarung.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem den Personal- und Sachaufwand des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (z. B. Deputate) wäre hier auch nachzuweisen. Dies ist derzeit nicht möglich, da die Gegenwerte dieser Güter auf Grund der Vorschriften des österreichischen Haushaltsrechtes nicht in die Bundesverrechnung einbezogen werden. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird derzeit ein Betrag in Höhe von rund 35% der Aktivitätsbezüge der pragmatischen Bediensteten (40% abzüglich 5% wegen der 5%igen Pensionsbeiträge) dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der pragmatischen Bediensteten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen" in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes in der Vermögensgebarung unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der Bundesverrechnung sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden

Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven" Zinsenzuschüssen einzubeziehen, d. s. die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsenbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsenbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit" als „imputierte Zinsen" ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Budgetierung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind, können in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisstützungen ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die Verbilligung bestimmter lebenswichtiger Produkte eine Steigerung der Realeinkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldaufnahmen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hiefür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Ausgaben der Vermögensgebarung (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören an die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Anlage von Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes anderseits). Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, d. s. Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichem Sachanlagevermögen" wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, d. i. gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 2.000 Schilling beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen", 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften" werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungspflichtige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen" sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, u. zw. getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen" sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, u. zw. die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen", die nicht in Anspruch genommene Beträge von Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden" ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen

III. Hauptgruppe

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen. Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, u. zw. überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (z. B. Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbsterstellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haushalten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben" ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie z. B. Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilten Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abga-

ben, wie z. B. die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund u. a. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (z. B. Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Münzprägung, Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Einnahmen der Vermögensgebarung (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Ausgaben der Vermögensgebarung (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die Einnahmen der Vermögensgebarung.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Entrichtungen (Verwaltungszweige)

Im Bundesvoranschlag 1955 wurden erstmals die Verwaltungszweige der ordentlichen Gebarung besonders hervorgehoben, die einen betriebsähnlichen Charakter aufweisen. Betriebsähnliche Verwaltungszweige sind Einrichtungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Sie werden wie Betriebe geführt, unterscheiden sich von diesen aber dadurch, daß eine Einnahmengewinnung nur insoweit erfolgt, als dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird.

Die Gebarung der betriebsähnlichen Verwaltungszweige wird von der übrigen Gebarung getrennt bei den einzelnen Kapiteln, und zwar in der Regel in eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen gesondert ausgewiesen. In Beilagen zu diesen finanzgesetzlichen Ansätzen werden in den Teilheften die Ausgaben und Einnahmen der einzelnen betriebsähnlichen Einrichtungen weiter aufgegliedert.

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet

Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind allen Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen finanzgesetzlichen Ansätzen oder Verrechnungsposten gesondert veranschlagt.

Seit 1958 sieht das Bundesfinanzgesetz vor, daß nicht in Anspruch genommene Jahreskreditteile von einzeln veranschlagten Bauvorhaben am Jahresende einer Baurücklage zwecks Verwendung im nächstfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Ab 1962 sind Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Kredite des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Auf Grund von Sondergesetzen beziehungsweise des Bundesfinanzgesetzes dürfen gewisse Einnahmen nur für bestimmte Ausgaben Verwendung finden. Seit 1965 sieht das Bundesfinanzgesetz vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zugeführt werden können.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

In dem Bewußtsein, daß die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe eine entsprechende Beweglichkeit der Gebarung erfordert, und unter Bedachtnahme auf die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie unter Berücksichtigung der Haushaltsvorschriften des Bundes wurden in den letzten Jahren nachfolgende Maßnahmen vorgesehen, die eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe ermöglichen:

1. Aufnahme von Bestimmungen in das Bundesfinanzgesetz, wonach
   a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
   b) der Bundesminister für Finanzen verpflichtet ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden;
   c) mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen Ausgabenansätze des Sachaufwandes der einzelnen Bundesbetriebe insoweit gegenseitig deckungsfähig sind, als der Mehrbedarf (Überschreitungsbetrag) bei einem finanzgesetzlichen Ansatz nicht mehr als 25 v. H. des vorhergesehenen Ausgabenbetrages beträgt;
   d) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist, einem finanziellen Ausgleich zwischen den Ausgabenansätzen des Personalaufwandes und des Sachaufwandes bei einem Bundesbetrieb zuzustimmen, wenn sich die Notwendigkeit ergibt, durch eigene Bedienstete zu erbringende Leistungen im Wege einer Auftragsvergebung durchzuführen oder anstelle einer Auftragsvergabe die Arbeiten durch eigene Bedienstete erbringen zu lassen. Die Überschreitungsermächtigung ist mit 25 v. H. der Ansatzsumme begrenzt.

2. Aufnahme einer Bestimmung in das Bundesfinanzgesetz, wonach in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Anlagen in der ordentlichen und außerordentlichen Gebarung eine Rücklage gebildet werden kann.

3. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleiche innerhalb der Monatszuweisungen für den Sachaufwand ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen.

4. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbrauchter Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an das Bundesministerium für Finanzen.

Allgemeines

Bruttoprinzip

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes sind ungekürzt, das ist mit dem Gesamtbruttobetrage, veranschlagt. Bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben" sind die den Ländern, den Gemeinden und der Stadt Wien zukommenden Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sowie weitere auf Grund gesetzlicher Bestimmungen an Gebietskörperschaften, öffentliche Fonds und Kammern zu überweisende Anteile öffentlicher Abgaben abgesetzt, so daß in der Schlußsumme des Kapitels 52 nur der dem Bunde verbleibende Ertrag der öffentlichen Abgaben aufscheint.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages 1973 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1972 und die Erfolgsziffern des Jahres 1971 beigefügt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften", in denen die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages nach Posten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Verrechnungsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Ausländische Zahlungsmittel

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes, die in ausländischer Währung zu leisten sind, sind im allgemeinen mit den jeweils geltenden Kassenwerten und einschließlich der voraussichtlichen Spesen zu veranschlagen, da im Zeitpunkt der Veranschlagung die voraussichtlichen Kurswerte zur Zeit des Gebarungsvollzuges nicht bekannt sind.

Verrechnung

Die Buchhaltungen haben die in ausländischen Zahlungsmitteln zu leistenden Ausgaben und zu empfangenden Einnahmen bei den entsprechenden Voranschlagsposten mit dem Kassenwert zu verrechnen. Nach Durchführung der Ausgabe bzw. der Einnahme ist ein allfälliger Differenzbetrag zwischen Kassenwert und dem von der Kreditunternehmung angelasteten bzw. gutgeschriebenen kursmäßig entfallenden Gegenwert in Schilling (Kurswert) bei der ursprünglichen Voranschlagspost zu verrechnen. Die von der Kreditunternehmung aufgerechneten Spesen sind, soweit nicht auf einem eigenen Voranschlagskonto, auf dem Voranschlagskonto der ursprünglichen Ausgabe oder Einnahme zu verrechnen (siehe die Rundschreiben des BM. f. Finanzen vom 16. Juni 1956, Z. 84.523-15 A/56 (AÖFV Nr. 208/1956) und vom 10. Dezember 1956, Z. 164.088-20/56 (AÖFV Nr. 55/1957).

Bundeskassen, die Einnahmen oder Ausgaben in ausländischen Zahlungsmitteln tätigen, haben die Zahlungen in ausländischer Währung zum Kassenwert zu verrechnen. Die gleiche Regelung gilt für die von Buchhaltungen und Kassen des Bundes geführten Fremdwährungskonten.

Kassenwerte für die Veranschlagung für das Jahr 1973

Die Zahlungen in ausländischer Währung sind nach dem Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 27. Dezember 1971, Z. 333.689-15 b/71 (sowie der mit Z. 300.541-15 b/72 und 302.793-15 b/72 erfolgten Abänderungen), mit nachstehenden Kassenwerten veranschlagt: [14])

	Schilling
100 Afghani	30·00
100 Ägyptische Pfund	3.400·00
100 Algerische Dinar	390·00
100 Angolanische Escudos	82·00
100 Argentinische Pesos	280·00
100 Äthiopische Dollar	1.020·00
100 Australische Dollar	2.800·00
100 Bahama Dollar	2.340·00
100 Belgische Francs	53·00
100 Bermuda Dollar	2.340·00
100 Bolivianische Pesos	200·00
100 Brasilianische Cruzeiros	400·00
100 Bulgarische Lewa	850·00
100 Ceylon Rupien	250·00
100 Chilenische Escudos	85·00
100 Chinesische Yuan (Ren-Min-Bi)	1.050·00
100 Dänische Kronen	335·00
100 Deutsche Mark	727·00
100 Dominikanische Pesos	2.340·00
100 Ekuadorianische Sucres	100·00
100 El Salvador Colon	1.000·00
100 Finnische Mark	570·00
100 Francs der afrikanischen Währungsunion	9·00
100 Französische Francs	454·00
100 Ghanesische Cedi	1.300·00
100 Griechische Drachmen	80·00
100 Holländische Gulden	729·00
100 Honduras Lempira	1.250·00
100 Hongkong Dollar	415·00
100 Indische Rupien	250·00
100 Indonesische Rupiahs	6·00
100 Irakische Dinar	6.000·00
100 Iranische Rial	31·00
100 Irische Pfund	6.040·00
100 Isländische Kronen	28·00
100 Israelische Pfund	580·00
100 Italienische Lire	3·90
100 Jamaica Dollar	3.000·00
100 Japanische Yen	7·50
100 Jordanische Dinar	6.900·00
100 Jugoslawische Dinar	145·00
100 Kambodschanische Riel	20·00
100 Kanadische Dollar	2.330·00
100 Kenia-Shilling	330·00
100 Kolumbianische Pesos	120·00
100 Koreanische Won (Südkorea)	6·70
100 Kostarika Colon	340·00
100 Kubanische Pesos	2.340·00
100 Kuwait Dinar	6.900·00
100 Laotische Kip	10·00
100 Libanesische Pfund	755·00
100 Libysche Dinar	5.800·00
100 Luxemburgische Francs	53·00
100 Malaysische Dollar	820·00
100 Malawi Kwacha	3.000·00
100 Marokkanische Dirham	500·00
100 Mexikanische Pesos	200·00
100 Mongolische Tugrik	600·00
100 Neuseeländische Dollar	2.700·00
100 Niederländische Antillen-Gulden	1.300·00
100 Nigerische Pfund	4.800·00
100 Nikaragua Cordoba	340·00
100 Norwegische Kronen	350·00
100 Ostkaribische Dollar (Barbados)	1.250·00
100 Pakistanische Rupien	290·00
100 Paraguayische Guarani	20·00
100 Peruanische Sol	54·00
100 Pfund-Sterling	6.040·00
100 Philippinische Pesos	360·00
100 Polnische Zloty	30·00
100 Portugiesische Escudos	88·00
100 Quetzal (Guatemala)	2.340·00
100 Rhodesische Dollar	3.450·00
100 Riyal (Saudi-Arabien)	570·00
100 Rumänische Lei	70·00
100 Sambische Kwacha	3.450·00
100 Schwedische Kronen	485·00
100 Schweizer Franken	603·00
100 Singapur Dollar	840·00
100 Sowjetrussische Rubel	700·00
100 Spanische Peseten	36·00
100 Sudanesische Pfund	5.000·00
100 Südafrikanische Rand	3.200·00
100 Syrische Pfund	600·00
100 Tansania-Shilling	330·00
100 Thailändische Baht	120·00
100 Trinidad und Tobago Dollar	1.250·00
100 Tschechoslowakische Kronen	80·00
100 Tunesische Dinar	4.700·00
100 Türkische Pfund	165·00
100 Uganda-Shilling	330·00
100 Ungarische Forint	70·00
100 Uruguayische Pesos	6·50
100 US-Dollar	2.340·00
100 Venezolanische Bolivars	540·00
100 Vietnam Piaster	9·00
100 Zaire	4.800·00
100 Zypriotische Pfund	6.040·00
1 kg Feingold	27.851·00

[14]) Stand 1. Februar 1972

www.parlament.gv.at

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Verkehrsteuern und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund des § 4 Abs. 8 und des § 5 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223/1972, § 9 Wertzollgesetz 1955, BGBl. Nr. 60, und § 5 Abs. 5 Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, jeweils zum Monatsersten für bestimmte ausländische Währungen Zollwertkurse festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse zur Ermittlung der in Schilling ausgedrückten Zollschuld und für die Barsicherstellung fest (Zollentrichtungskurse).

Konsulargebühren

Auf Grund des § 8 Abs. 1 des Konsulargebührengesetzes 1967, BGBl. Nr. 380, werden vom Bundesministerium für Finanzen im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zum Zwecke der Entrichtung der Konsulargebühren und des Ersatzes von Barauslagen Umrechnungskurse festgesetzt.

Verlautbarung

Die Zollwertkurse und die Umrechnungskurse für Konsulargebühren werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“, die Kassenwerte und die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ verlautbart.

www.parlament.gv.at

VII. Aufwendungen des Bundes für soziale Wohlfahrt

1. Ausgaben für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt"

Der Anteil der Ausgaben für Zwecke der sozialen Sicherheit — gemessen am Bruttonationalprodukt — ist in Österreich im Vergleich zu anderen Staaten überdurchschnittlich hoch.

Die Ausgaben des Bundes für den Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt" haben im Jahre 1972 30.480·8 Millionen Schilling und damit rund 31% der wirksamen Ausgaben im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erreicht.

Damit stellt die „Soziale Wohlfahrt" unter den 17 Aufgabenbereichen, die im Rahmen des Bundeshaushaltes unterschieden werden können, den höchstdotierten Sektor dar.

Über 90% des Aufwandes für die „Soziale Wohlfahrt" bilden „Gesetzliche Verpflichtungen", die wesentlich zur Starrheit [1]) der Bundesgebarung beitragen. Innerhalb der Gruppe der „Gesetzlichen Verpflichtungen" zeigen die Ausgaben für die „Soziale Wohlfahrt" eine steigende Tendenz.

2. Verteilung der Aufwendungen

Die Transferzahlungen an private Haushalte und an Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie Preisstützungen beanspruchen den weitaus größten Teil der für den Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt" vorgesehenen finanziellen Mittel. Doch werden die Preisstützungen in diesem Abschnitt nicht weiter behandelt.

Die bedeutendsten Ausgabenpositionen für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt" entfallen im einzelnen auf die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung (einschließlich Ausgleichszulagen), auf den Familienlastenausgleich, auf die Leistungen für die Kriegsopfer- und Heeresversorgung sowie auf die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Sinne des Arbeitsmarktförderungsgesetzes. Diese Reihenfolge ist seit mehreren Jahren unverändert geblieben.

Der Bundesvoranschlag 1972 zeigte in der Aufgliederung nach volkswirtschaftlichen Kriterien bezüglich der Ausgaben für den Aufgabenbereich „Soziale Wohlfahrt" folgende Verteilung der Ausgaben:

	Mill. S	
a) Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen		501·9
b) Laufende Transferzahlungen:		
Zuwendungen an private Haushalte		13.171·0
Familienpolitische Beihilfen	8.973·0	
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	2.677·5	
Arbeitslosenversicherung	1.520·5	
Zuwendungen an Körperschaften des öffentlichen Rechtes		14.588·5
Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung	13.778·5	
Überweisungen an den Milchwirtschaftsfonds	457·7	
Reservefonds für Familienbeihilfen	310·6	
Überweisungen an Gebietskörperschaften	12·3	
Überweisungen an Kammern	17·9	
Sonstige Träger öffentlichen Rechtes	11·5	
Laufende Zuwendungen an die Wirtschaft		266·6
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	130·0	
Sonstige Zuwendungen	136·6	
Preisstützungen für Brotgetreide und Milch		1.402·6
Sonstige Beihilfen und Unterstützungen		532·2
Laufende Transfers insgesamt		29.960·9
c) Ausgaben der Vermögensgebarung		18·0
Gesamtaufwendungen für Zwecke der „Sozialen Wohlfahrt"		30.480·8

[1]) Siehe Seite 279.

3. Finanzierung

Nur die Ausgaben im Rahmen des Familienlastenausgleiches, der Arbeitslosenversicherung und der Maßnahmen des Arbeitsmarktförderungsgesetzes sowie der Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe werden überwiegend aus eigenen, zweckgebundenen Einnahmen finanziert. In diesen Ausgabenbereichen tritt der Bund notfalls in Vorlage, indem er Vorschüsse zur Deckung der gesetzlich festgelegten Aufwendungen zur Verfügung stellt. Diese Vorschüsse müssen, soweit sie nicht im laufenden Jahr durch zweckgebundene Einnahmen abgedeckt sind, aus den Überschüssen der folgenden Jahre zurückerstattet werden.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen, dem die Überschüsse des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zufließen, wies Ende 1971 ein Vermögen von 4·4 Milliarden Schilling aus. Davon sind 3·4 Milliarden Schilling eine Forderung des — eigene Rechtspersönlichkeit besitzenden — Reservefonds für Familienbeihilfen gegen den Bund; 1 Milliarde Schilling erliegt auf einem Konto bei der Österreichischen Postsparkasse.

Die finanzielle Bedeckung für die übrigen Ausgabenbereiche der „Sozialen Wohlfahrt" muß aus den allgemeinen Einnahmen des Bundeshaushaltes gefunden werden. Deren Entwicklung ist daher für eine allfällige Aufstockung der Ausgaben für die „Soziale Wohlfahrt" von ausschlaggebender Bedeutung.

In den kommenden Jahren werden, bedingt durch die steigenden Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung, die Aufwendungen für das Kapitel „Sozialversicherung" sowohl absolut als auch relativ im Rahmen des Bundeshaushaltes am stärksten zunehmen und damit auch den Großteil der Mehreinnahmen des Bundes für sich beanspruchen.

4. Die Aufwendungen im einzelnen

4.1 Beiträge des Bundes zur Sozialversicherung

4.11 Allgemeines

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung haben vor allem die Ausgaben der Pensionsversicherung den stärksten Anstieg erfahren. Zu dieser Entwicklung haben demographische Faktoren, eine Ausweitung der Altersversicherung auf andere Bevölkerungsgruppen sowie Leistungsverbesserungen beigetragen. Der Bund hat den Trägern der Pensionsversicherung absolut und relativ steigende Zuschüsse geleistet. Das Verhältnis von pensionsversicherten Unselbständigen und Selbständigen zu der Zahl der Pensionen verschiebt sich immer mehr zugunsten der Zahl der Pensionen. Im Jahre 1967 entfielen auf 100 Versicherte 45·3 Pensionen, im Jahre 1971 bereits 48·8. Die nachstehenden Übersichten geben Aufschluß über die Entwicklung des Durchschnittseinkommens der Unselbständigen, über Durchschnittspensionen und die Zahl der Pensionen aus der Pensionsversicherung:

Entwicklung des Durchschnittseinkommens der Unselbständigen und Durchschnittspensionen

	Durchschnittliches Monatseinkommen[1]) der Angestellten	Durchschnittspension[2]) im Dezember Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten				Durchschnittliches Monatseinkommen[1]) der Arbeiter	Durchschnittspension[2]) im Dezember Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter				Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt			
		Berufsunfähigkeit	Alter	Witwen	Waisen		Invalidität	Alter	Witwen	Waisen	Invalidität	Alter	Witwen	Waisen
							Schilling							
1967	4.147	1.770	2.451	1.054	418	2.967	1.313	1.568	859	340	1.132	1.252	789	310
1968	4.446	1.876	2.619	1.138	451	3.198	1.389	1.672	917	364	1.207	1.336	837	336
1969	4.850[3])	2.008	2.803	1.232	496	3.440[3])	1.489	1.789	986	395	1.304	1.441	904	374
1970	5.200[4])	2.117	2.953	1.379	539	3.710[4])	1.588	1.901	1.096	429	1.411	1.545	999	416
1971		2.272	3.165	1.597	680		1.739	2.061	1.268	518	1.589	1.712	1.166	483

[1]) Durchschnittliche Beitragsgrundlage um die über die Höchstbeitragsgrundlage hinausgehenden Beträge berichtigt (ohne Sonderzahlungen).
[2]) Einschließlich aller Zulagen, jedoch ohne Familienbeihilfe.
[3]) Vorläufige Zahlen.
[4]) Schätzung.

Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

	Erwerbsunfähigkeitspensionen	Altenspensionen	Witwenpensionen	Waisenpensionen	Übergangsaltenspensionen	Übergangswitwenpensionen	Übergangswaisenpensionen
	Durchschnittspension[1]) im Dezember in Schilling						
1967	1.245	1.325	857	307	1.093	855	408
1968	1.332	1.443	921	330	1.167	910	476
1969	1.439	1.573	998	358	1.252	975	591
1970	1.557	1.719	1.099	387	1.354	1.063	717
1971	1.742	1.914	1.269	469	1.521	1.204	880

[1]) Einschließlich aller Zulagen, jedoch ohne Familienbeihilfe.

Pensionsversicherungsanstalt der Bauern [1])

	Erwerbsunfähigkeitszuschußrenten	Alterszuschußrenten	Witwenzuschußrenten	Waisenzuschußrenten	Erwerbsunfähigkeits-Pensionen	Alters-Pensionen	Witwen-Pensionen	Waisen-Pensionen
	Durchschnittspension(rente) [2]) im Dezember in Schilling							
1967	302	270	206	77	....	....	....	....
1968	339	320	265	94	....	....	....	....
1969	346	329	276	99	....	....	....	....
1970	484	478	391	145	....	....	....	....
1971	763	755	680	336	1.384	1.711	972	373

[1]) Bis 1970: Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsanstalt.
[2]) Einschließlich aller Zulagen, jedoch ohne Familienbeihilfe.

Zahl der Pensionen (Renten)

Versicherungszweig		Pensionen (Renten) insgesamt	Davon: Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- bzw. Erwerbsunfähigkeits-Pensionen (Renten)	Alters-Pensionen (Renten)	Witwen-Pensionen (Renten)	Waisen-Pensionen (Renten)
Pensionsversicherung der Arbeiter						
	∅ 1970...	753.209	211.596	273.222	227.093	41.298
	∅ 1971....	763.881	208.632	282.073	230.830	42.346
	Differenz in % ...	+ 1·4	— 1·4	+ 3·2	+ 1·6	+ 2·5
Pensionsversicherung der Angestellten						
	∅ 1970...	231.868	40.401	103.211	80.192	8.064
	∅ 1971...	238.533	39.655	108.778	81.877	8.223
	Differenz in % ...	+ 2·9	— 1·8	+ 5·4	+ 2·1	+ 2·0
Knappschaftliche Pensionsversicherung (Bergarbeiter)	∅ 1970...	30.364	10.147	6.472	11.623	2.122
	∅ 1971...	30.182	9.798	6.559	11.766	2.059
	Differenz in % ...	— 0·6	— 3·4	+ 1·3	+ 1·2	— 3·0
Pensionsversicherung der gewerblichen Wirtschaft	∅ 1970...	105.237	11.261	56.800	32.724	4.452
	∅ 1971...	108.160	12.107	57.850	33.475	4.728
	Differenz in % ...	+ 2·8	+ 7·5	+ 1·8	+ 2·3	+ 6·2
Pensionsversicherungsanstalt der Bauern [1])	∅ 1970...	143.577	14.491	82.772	37.688	8.626
	∅ 1971...	141.893	15.174	79.764	38.024	8.931
	Differenz in % ...	— 1·2	+ 4·7	— 3·6	+ 0·9	+ 3·5
Insgesamt	∅ 1970...	1,264.255	287.896	522.477	389.320	64.562
	∅ 1971...	1,282.649	285.366	535.024	395.972	66.287
	Differenz in % ...	+ 1·5	— 0·9	+ 2·4	+ 1·7	+ 2·7

[1]) 1970: Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherungsanstalt.

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundeszuschüsse erfolgt ist, waren nach Kriegsende mehreren Änderungen unterworfen. 1945 war der Bund gezwungen, den Sozialversicherungsträgern sofortige finanzielle Hilfe zu leisten. 1949 hat der Bund auf die Rückzahlung dieser Vorschüsse verzichtet. Die Leistungen des Bundes wurden ab dem 1. Juli 1949 auf eine systematische Basis gestellt. Die Finanzierung seitens des Bundes erfolgte nach einem bestimmten festen Hundertsatz des Pensionsaufwandes. Die Beitragssätze des Bundes wurden mehrmals geändert und konnten dank des wirtschaftlichen Aufschwunges und der steigenden Beschäftigung ab dem Jahre 1953 etwas gesenkt werden.

	Beitragssatz
1. Juli 1949 bis 30. Juni 1951	25%
1. Juli 1951 bis 31. Dezember 1953 ..	30%
1954	25%
1955	20%

Das Inkrafttreten des ASVG [2]) brachte für die Pensionsversicherung der Unselbständigen das System der begrenzten Ausfallhaftung, wobei der Bund die eigenen Einnahmen der Versicherungsträger (1958 bis 1960 95% des Beitragsaufkommens zuzüglich 7% des letztjährigen Reinvermögens) auf 110% des Leistungsaufwandes aufstockte. Den Versicherungsträgern sollte damit ein Anreiz zur sparsamen Gebarung und die Möglichkeit zur Bildung kleiner finanzieller Reserven gegeben werden.

[2]) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz.

In den Jahren 1961 bis 1965 sind als Provisorium feste Bundesbeiträge, deren Höhe jeweils durch Novellen zum ASVG festgesetzt wurde, gewährt worden. Auf Grund des Pensionsanpassungsgesetzes hat der Bund ab dem Jahre 1966 einen Beitrag in folgender Höhe zu leisten:

Für das Jahr 1966	25·5 v. H.,
für das Jahr 1967	26·5 v. H.,
für das Jahr 1968	27·5 v. H.,
für das Jahr 1969	28·0 v. H.,
ab dem Jahr 1970	29·0 v. H.

des Aufwandes aller Träger der Pensionsversicherung nach dem ASVG in dem betreffenden Geschäftsjahr, ausgenommen die Aufwendungen für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen. Nach dem Bundesgesetz vom 27. Juni 1968, BGBl. Nr. 303, mit dem für die Jahre 1969 und 1970 finanzielle Maßnahmen in der Unfall- und Pensionsversicherung getroffen werden, gebührt jedoch den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG für das Jahr 1969 und 1970 der Beitrag des Bundes nur in der Höhe des Fehlbetrages. Auf Grund der 25. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 385/1970, erhalten die Träger der Pensionsversicherung nach dem ASVG für die Jahre 1971 und 1972 einen Bundesbeitrag in der Höhe des Betrages, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen und die Wohnungsbeihilfen) die Einnahmen (ausgenommen den Bundesbeitrag und die Ersätze für Ausgleichszulagen und Wohnungsbeihilfen) übersteigen. Durch die in parlamentarischer Behandlung stehende 29. Novelle zum ASVG wird ab dem Jahre 1973 der Bundesbeitrag in Form der Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 1·5% der Gesamtausgaben festgesetzt.

Der Pensionsversicherung nach dem GSPVG [3]) wurden in den Jahren 1958 bis 1965 6% des Gewerbesteueraufkommens überwiesen sowie eine im Gesetz limitierte Ausfallhaftung zuerkannt. Durch das Pensionsanpassungsgesetz wurde die Beitragsleistung des Bundes neu geregelt. Die Höhe des Bundesbeitrages wurde festgesetzt:

Für das Jahr 1966 mit	25·5 v. H.,
für das Jahr 1967 mit	26·5 v. H.,
für das Jahr 1968 mit	27·5 v. H.,
für das Jahr 1969 mit	28·0 v. H.,
ab dem Jahr 1970 mit	29·0 v. H.

des Aufwandes des Trägers, ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen. Die Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer erfolgt mit jenem Betrag, um den 101·5 v. H. des Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen) die Einnahmen (einschließlich Bundesbeitrag, jedoch ausgenommen die Ersätze für Ausgleichszulagen) übersteigen. Für die Jahre 1969 und 1970 wurde jedoch der Hundertsatz von 101·5 auf 100·75 herabgesetzt. Durch die 19. Novelle zum GSPVG, BGBl. Nr. 386/1970, wurde die Höhe des Bundesbeitrages für das Jahr 1971 mit 25. v. H. und für das Jahr 1972 mit 26 v. H. des Aufwandes des Trägers (ausgenommen die Aufwendungen für die Ausgleichszulagen) festgesetzt. Auf Grund der in parlamentarischer Behandlung stehenden 21. Novelle zum GSPVG erfolgt ab dem Jahre 1973 die Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer mit einem Betrag in der Höhe der Pflichtbeiträge. Außerdem erhält die Pensionsversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft einen Bundesbeitrag in Form der Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 1·5% der Gesamtausgaben.

Die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung erhielt bis 1969 Bundesbeiträge in der Höhe von 198 v. H. des Aufkommens an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und 100 v. H. der für die Versicherten eingegangenen Beiträge. Für 1970 erhielt die Landwirtschaftliche Zuschußrentenversicherung auf Grund der 14. Novelle zum LZVG einen festen Beitrag in der Höhe von 725·5 Millionen Schilling. Mit 1. Jänner 1971 tritt an die Stelle des LZVG das Bauern-Pensionsversicherungsgesetz (B-PVG). Nach diesem Gesetz erhält die Bauern-Pensionsversicherung das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 101·5 v. H. des für das einzelne Geschäftsjahr erwachsenden Aufwandes (ausgenommen die Ausgleichszulagen) die Einnahmen (ausgenommen die Ersätze für Ausgleichszulagen) übersteigen. Auf Grund der in parlamentarischer Behandlung stehenden 2. Novelle zum B-PVG hat der Bund ab dem Jahre 1973 einen Betrag in der Höhe der Pflichtbeiträge zu leisten, wofür vor allem das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu verwenden ist. Darüber hinaus leistet der Bund einen Beitrag in Form der Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 1·5% der Gesamtausgaben.

Zur Bauernkrankenversicherung (an die Österreichische Bauernkrankenkasse) leistet der Bund einen Beitrag in der Höhe von 100% der Summe der Versicherungsbeiträge.

Im Jahre 1973 wird der Bund einen Beitrag zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung in der Höhe von 100·0 Millionen Schilling leisten, wodurch die Renten im Rahmen der bäuerlichen Unfallversicherung eine Anhebung erfahren werden.

4.12 Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG [3]) war der Versuch

[3]) Gewerbliches Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz

unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuellere Aufwertung der Altrenten der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Renten, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen. Diese Vorgangsweise erforderte gleichzeitig immer eine Erhöhung des Bundeszuschusses.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Rentendynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fallweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallsversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Auf Grund eines Gutachtens des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung beim Bundesministerium für soziale Verwaltung muß bis zum 31. Mai jeden Jahres eine Entscheidung darüber getroffen werden, welcher Faktor für die jährliche Pensionsanpassung herangezogen werden soll. Der Beirat stützt sich dabei auf eine Richtzahl für jedes Kalenderjahr. Sie wird durch Teilung der durchschnittlichen Beitragsgrundlage des zweitvorangegangenen Jahres durch jene des drittvorangegangenen Jahres ermittelt.

Richtzahl für	1966	1·070 [4])
	1967	1·081
	1968	1·064
	1969	1·071
	1970	1·054
	1971	1·071 [5])
	1972	1·074
	1973	1·090

[4]) Im Pensionsanpassungsgesetz festgesetzte Richtzahl.

Dem Beirat steht eine vom Bundesministerium für soziale Verwaltung vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung.

Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung.

4.131 Pensionsversicherung der Unselbständigen nach dem ASVG

Wie im Beiratsgutachten vom 8. Mai 1972 ausgeführt, ergibt sich die Entwicklung der wichtigsten Gebarungsposition, des Pensionsaufwandes, aus den personellen Abgangs- und Zuwachsraten in Verbindung mit den entsprechenden Durchschnittswerten der Pensionen, die ihrerseits von der Größe der Anpassungsfaktoren auf Grund der Pensionsdynamik abhängen.

Die finanzielle Entwicklung der Pensionsversicherung wird in erster Linie charakterisiert durch die Höhe des in den einzelnen Kalenderjahren nicht gedeckten Aufwandes. Letzterer stellt die Differenz zwischen den Gesamtausgaben und den Gesamteinnahmen ohne Berücksichtigung des Bundesbeitrages dar.

[5]) Durch die 25. Novelle zum ASVG festgesetzt.

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung nach dem ASVG

Arbeiter [1])	1. 1. 1967	1. 1. 1968	1. 7. 1968	1. 1. 1969	1. 1. 1970	1. 7. 1970	1. 1. 1971	1. 1. 1972	1. 1. 1973
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	6.300	6.750	6.750	7.200	7.650	7.650	8.100	8.700	9.450
Beiträge in % der Beitragsgrundlage:									
Dienstgeber	8·25	8·25	8·50	8·50	8·50	8·75	8·75	8·75	8·75
Dienstnehmer	8·25	8·25	8·50	8·50	8·50	8·75	8·75	8·75	8·75
Zusammen	16·50	16·50	17·00	17·00	17·00	17·50	17·50	17·50	17·50
Angestellte									
Höchstbeitragsgrundlage in Schilling	6.300	6.750	6.750	7.200	7.650	7.650	8.100	8.700	9.450
Beiträge in % der Beitragsgrundlage:									
Dienstgeber	8·00	8·00	8·25	8·25	8·25	8·50	8·50	8·50	8·50
Dienstnehmer	8·00	8·00	8·25	8·25	8·25	8·50	8·50	8·50	8·50
Zusammen	16·00	16·00	16·50	16·50	16·50	17·00	17·00	17·00	17·00

[1]) Ohne die bei der Land- und Forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt versicherten Landarbeiter.

Die voraussichtliche Entwicklung des Pensionsaufwandes nach dem ASVG (Gutachten 1973) im Vergleich zu den Werten des Gutachtens 1972 zeigt die nachfolgende Übersicht:

	Pensionsaufwand		Bundesbeitrag	durchschnittliche Beitragsgrundlage
	Gutachten 1972	Gutachten 1973		
	Millionen Schilling			Schilling
1972	27.499	27.478	6.724	5.514
1973	30.349	30.639	8.155	5.984
1974	33.193	34.197	9.145	6.494
1975	36.169	37.469	9.897	7.046
1976	.	40.755	10.478	7.644

Aus der vorletzten Spalte der vorstehenden Tabelle ist deutlich erkennbar, in welchem bedeutenden Ausmaß Mittel des Bundes, und zwar als gesetzliche Verpflichtung für die Finanzierung von Pensionszahlungen, herangezogen werden müssen.

4.132 Pensionsversicherung der Selbständigen nach dem GSPVG

Für die Pensionsversicherung der Selbständigen werden die gleichen Richtzahlen wie für die Pensionsversicherung nach dem ASVG angewendet. Es wurden daher die gleichen Anpassungsfaktoren zugrunde gelegt.

Die voraussichtliche Entwicklung des Pensionsaufwandes nach dem GSPVG wird in der folgenden Tabelle den Werten des Gutachtens 1972 gegenübergestellt:

	Pensionsaufwand		Bundesmittel [1])	durchschnittliche Beitragsgrundlage
	Gutachten 1972	Gutachten 1973		
	Millionen Schilling			Schilling
1972	2.248	2.240	1.581	4.170
1973	2.551	2.564	1.833	4.925
1974	2.858	2.950	2.159	5.490
1975	3.181	3.326	2.505	5.915
1976	.	3.697	2.712	6.315

[1]) Bundesbeitrag + Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer.

4.133 Pensionsversicherung der Selbständigen nach dem B-PVG.

Auch für die Pensionsversicherung der Selbständigen nach dem B-PVG. gelten die gleichen Richtzahlen und damit auch die gleichen Anpassungsfaktoren wie für die Pensionsversicherung nach dem ASVG.

Die voraussichtliche Entwicklung des Pensionsaufwandes und des Bundesbeitrages in den Jahren 1972 bis 1976 zeigt die folgende Übersicht:

	Pensionsaufwand		Bundesbeitrag
	Pensionen	Zuschußrenten	
	Millionen Schilling		
1972	514	980	1.104
1973	659	1.018	1.288
1974	859	1.058	1.519
1975	1.056	1.058	1.704
1976	1.258	1.048	1.881

4.134 Zusammenfassung

Die Kostentragung für die Ausgleichszulagen nach dem ASVG und dem GSPVG hat der Bund gegenüber den Ländern durch § 2 FAG 1967 für dessen Geltungsdauer, das ist bis 31. Dezember 1972, übernommen. Hinsichtlich der Kostentragung der Ausgleichszulagen nach § 94 B-PVG wird die gleiche Regelung wie für das ASVG angenommen. Damit werden die Leistungen der Pensionsversicherung, die unter der Höhe des jeweiligen Richtsatzes liegen, auf diesen angehoben.

Im Jahre 1959 wurde der Bund mit einem Aufwand für Ausgleichszulagen in der Höhe von 467,544.020 Schilling belastet. Im Jahre 1972 wird der Aufwand für Ausgleichszulagen 2.884,000.000 Schilling erreichen.

Die Festsetzung des Anpassungsfaktors für das Jahr 1973 mit 1·090 stellt nicht nur eine Kaufkraftsicherung der Pensionen dar, sondern auch eine angemessene Teilnahme der Pensionsbezieher am steigenden Lebensstandard. Folgende Übersicht macht dies deutlich:

	Erhöhung der Pensionen um	Erhöhung des Index der Verbraucherpreise um
1966	7·0%	2·2%
1967	8·1%	4·0%
1968	6·4%	2·8%
1969	7·1%	3·1%
1970	5·4%	4·4%
1971	7·1%	4·7%
1972	7·4%	5·5 bis 6·0% [6])
1973	9·0%	5·5 bis 6·0% [6])

[6]) Schätzwerte.

4.2 Familienlastenausgleich

In den letzten Jahrzehnten setzte sich in fast allen Kulturstaaten die Erkenntnis durch, daß die finanziellen Lasten der Familie durch staatliche Mittel erleichtert werden sollen.

Der Nationalrat hat den ersten Schritt zur Anbahnung eines allgemeinen Familienlastenausgleiches mit der Beschlußfassung am 15. Dezember 1954 über das Bundesgesetz, betreffend die Herbeiführung eines Familienlastenausgleiches durch Gewährung von Beihilfen zur Familienförderung und betreffend die Abänderung des Kinderbeihilfengesetzes (Familienlastenausgleichsgesetz), BGBl. Nr. 18/1955, getan.

Der Familienlastenausgleich ist seither durch mehrmalige Novellierungen des Familienlastenausgleichsgesetzes ausgebaut und zu einem festen Bestandteil der Sozialordnung geworden.

Durch das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, wurde die gesamte Materie des Lastenausgleichsrechtes neu geordnet. Auch dieses Bundesgesetz wurde seit seinem Inkrafttreten (1. Jänner 1968) mehrmals geändert und verbessert (BGBl. Nr. 302/1968, 195/1969, 10/1970, 415/1970, 116/1971, 229/1971 und Nr. 284/1972).

Für das Jahr 1973 sind vorgesehen:

die Gewährung von Familienbeihilfen in Höhe der tieferstehenden Monatssätze, die Gewährung von Geburtenbeihilfen anläßlich der Geburt eines Kindes,

die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen,

die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern, die erstmals im Schuljahr 1972/73 an alle Schüler unentgeltlich ausgegeben werden.

Die Familienbeihilfe beträgt seit 1. Juli 1971 monatlich

für ein Kind	240 S,
für zwei Kinder	540 S,
für drei Kinder	975 S,
für vier Kinder	1.305 S
und für jedes weitere Kind	360 S

mehr.

Die Familienbeihilfe wird vierzehnmal im Jahr gewährt. Die 13. und 14. Monatsgebühr wird in vier Raten, u. zw. in den Monaten Februar, Mai, August und November ausgezahlt.

Die Voraussetzungen für den Anspruch auf Geburtenbeihilfe sowie die mit 1. Jänner 1971 erhöhten Sätze für die Geburtenbeihilfe — für jedes lebendgeborene Kind 2000 Schilling und im Falle einer Totgeburt 800 Schilling — gelten auch für das Jahr 1973 weiter.

Für die Zeit ab dem Schuljahr 1972/73 wird Schulfahrtbeihilfe für Kinder gewährt, die eine öffentliche oder eine mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Schule im Inland, eine gleichartige Schule im grenznahen Gebiet im Ausland, eine im Krankenpflegegesetz geregelte Schule oder eine Bundeshebammenlehranstalt besuchen, wenn der Schulweg mindestens 3 km lang ist. Die Höhe der pauschalierten Schulfahrtbeihilfe richtet sich nach der Entfernung zwischen Wohnort und Schule bzw. Zweitunterkunft des Schülers am Schulort.

Für die Zeit ab dem Schuljahr 1972/73 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, Verträge über die unentgeltliche Beförderung von Schülern sowohl im Linienverkehr als auch im Gelegenheitsverkehr abzuschließen, sowie den Gemeinden und Schulerhaltern die ihnen durch die Schülerbeförderung im Gelegenheitsverkehr entstehenden Kosten zu ersetzen. Der Fahrpreis bzw. Fahrpreisersatz wird aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet.

Ab dem Schuljahr 1972/73 werden Schülern, die eine öffentliche oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Pflichtschule, mittlere oder höhere Schule im Inland als ordentliche Schüler besuchen, die für den Unterricht notwendigen Schulbücher unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Schulbücher gehen in das Eigentum der Schüler über.

Die Schulbücher sind von den Schulerhaltern durch Ausfolgung der vom Bundesministerium für Finanzen aufgelegten Schulbuchgutscheine, die jeweils auf ein bestimmtes Buch lauten und von den Schülern oder Erziehungsberechtigten beim Buchhändler gegen ein verlagsneues Schulbuch eingelöst werden können, zur Verfügung zu stellen. Die Buchhändler rechnen die eingelösten Gutscheine im Wege der Österreichischen Postsparkasse zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ab.

In bestimmten Ausnahmefällen können die Schulerhalter von den Finanzlandesdirektionen auch zur Anschaffung der Schulbücher zu Lasten des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen ermächtigt werden. Ferner können nur für das Schuljahr 1972/73 Schulbücher aus Beständen der Schulerhalter (z. B. Schülerladen) den Schülern ins Eigentum übertragen werden. Hiefür ist von der Finanzlandesdirektion den Schulerhaltern ein Ablösebetrag in der Höhe von 50 v. H. der seinerzeitigen Anschaffungskosten der Schulbücher zu leisten.

Die Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen sind dem Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen, der eigene Rechtspersönlichkeit besitzt. Dadurch wird die Trennung der Mittel des Reservefonds vom Bundesvermögen ermöglicht und gewährleistet.

Diese Mittel sind für die Deckung allfälliger Abgänge aus der laufenden Gebarung des Ausgleichsfonds bestimmt.

Der Reservefonds erreichte am 31. Dezember 1971 ein Gesamtvermögen von insgesamt 4.408 Millionen Schilling (= Summe der Überschüsse aus den Jahren 1952 bis 1971). Dieses Gesamtvermögen besteht aus:

a) einem Überschuß aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen des Rechnungsjahres 1971 im Betrage von 1.000·7 Millionen Schilling, der dem Reservefonds für Familienbeihilfen (auf ein Kündigungsgeldkonto bei der Österreichischen Postsparkasse) überwiesen wurde; und

b) in einer Forderung gegen den Bund in Höhe von 3.407·3 Millionen Schilling.

Die Leistungen aus Fondsmitteln im Rahmen des Familienlastenausgleiches werden im Jahre 1973 insgesamt voraussichtlich 11.130 Millionen Schilling betragen.

4.3 Kriegsopfer- und Heeresversorgung, Opferfürsorge

Den Aufwand für die Kriegsopferversorgung, Heeresversorgung und Opferfürsorge trägt ausschließlich der Bund. In der Kriegsopfer- und Heeresversorgung überwiegen die Kosten der Rentenversorgung für Beschädigte und Hinterbliebene bei weitem die Kosten der anderen Versorgungsleistungen (Heilfürsorge, orthopädische Versorgung, berufliche Ausbildung). Seit Juli 1967 unterliegen die Kriegsopferrenten der Rentendynamik und nehmen daher von Jahr zu Jahr höhere Budgetmittel in Anspruch. Der Anpassungsfaktor für 1973 beträgt so wie in der Pensionsversicherung nach dem ASVG 1·090 (1967: 1·081, 1968: 1·064, 1969: 1·071, 1970: 1·054, 1971: 1·071, 1972: 1·074). Die Zahl der Rentenempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt, nachdem der größte Teil der Waisen aus der Versorgung ausgeschieden ist, derzeit bei 3·6% jährlich. Am 1. Juli 1972 standen 252.754 Versorgungsberechtigte (120.204 Beschädigte, 93.567 Witwen, 4.432 Waisen, 34.551 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 262.009 am 1. Juli des Vorjahres.

Auch die Rentenleistungen in der Heeresversorgung und Opferfürsorge sind in die Rentendynamik einbezogen. Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz steigt ständig an. Am 1. Juli 1972 standen 600 Personen im Rentenbezug, und zwar 542 Beschädigte, 10 Witwen, 22 Waisen und 26 Eltern, gegenüber 577 Personen am 1. Juli 1971.

Am 1. Juli 1972 standen 6.954 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente.

VIII a. Die österreichische Finanzschuld und deren Struktur

Über die österreichische Finanzschuld wird im Arbeits/Amtsbehelf zu den Bundesfinanzgesetzen seit dem Jahre 1967 berichtet, wobei der erste Bericht im Arbeits/Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1967 die Schuldengebarung des Zeitraumes 1949 bis 1965 behandelte.

Die Konjunktur in Österreich hielt auch im Jahre 1971, wenngleich mit leichten Abschwächungen, an und schaffte dadurch günstige Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung des österreichischen Kapitalmarktes.

Auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten war eine Entspannung eingetreten, die vor allem zu einer deutlichen Reduktion des in den Vorjahren übermäßig angestiegenen internationalen Zinsniveaus führte.

Die maßvolle österreichische Zins- und Emissionspolitik in den Vorjahren, die trotz der hektischen Ereignisse auf den ausländischen Märkten an einem nahezu stabilen inländischen Zinsniveau festhielt, hat ihre Richtigkeit bestätigt erhalten. Von den rückläufigen Tendenzen auf den ausländischen Geld- und Kapitalmärkten blieb der inländische Markt ebenfalls verschont und er konnte sich, trotz der unsicheren internationalen Währungssituation, sogar zu einer noch nie erreichten Aufnahmefähigkeit steigern.

Das gesamte placierte Anleihevolumen stieg im Jahre 1972 um 2.390 Millionen Schilling (40%) von 5.880 Millionen Schilling auf 8.270 Millionen Schilling. Die Nettobelastung des inländischen Anleihemarktes betrug rund 4.500 Millionen Schilling, da aus Anleihetilgungen rund 3.800 Millionen Schilling (im Vorjahr rund 3.630 Millionen Schilling) dem Markt zurückgeflossen sind.

An Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen konnten 3.349 Millionen Schilling, gegenüber 3.714 Millionen Schilling im Vorjahr verkauft werden, was eine Netto-Umlauferhöhung an diesen Wertpapieren von 2.906 Millionen Schilling ergab.

Das weiterhin feststellbare erhöhte Interesse des Publikums an den Anleihezeichnungen, die erhöhte Liquidität sowie die durch die unsichere internationale Währungssituation bedingte Zurückhaltung gegenüber ausländischen Werten (Investmentzertifikaten) waren ebenfalls für das hohe Placement im Inland maßgebend.

Das erhöhte Publikumsinteresse zeigte sich auch in der erhöhten Inanspruchnahme der Steuerbegünstigung gemäß § 104 Einkommensteuergesetz, und zwar wurden ein Anleihenominale von zusammen 1.870 Millionen Schilling und Hypothekartitres von Nominale 220 Millionen Schilling, also zusammen ein Wertpapiernominale von 2.090 Millionen Schilling steuerbegünstigt gezeichnet bzw. gekauft. Im Vorjahr wurden dagegen an Anleihen nur 961 Millionen Schilling steuerbegünstigt gezeichnet. Die Erhöhung im Jahre 1971 war aber auch zum Teil auf den zunehmenden steuerbegünstigten Wertpapierkauf auf Kredit zurückzuführen, der aus kreditpolitischen Gründen nicht zu fördern ist und daher wieder durch Maßnahmen auf dem Kreditsektor auf das mögliche Ausmaß eingeschränkt werden muß.

Der sogenannte gespaltene Anleihezinsfuß wurde bei den meisten inländischen Anleihen durch die Begebung von jeweils zwei Ausgaben, und zwar einer 7%igen 15jährigen und einer 6¾%igen 8- bis 10jährigen Ausgabe beibehalten, wodurch den Anlegerwünschen des Publikums als auch den Wünschen der institutionellen Zeichner entgegengekommen wurde.

Bei den 7%igen steuerbegünstigten Ausgaben bewegten sich die Emissionskurse zwischen 98·25% und 98·75%, bei den 6¾%igen „Kurzläufern" betrug der Kurs (mit einer Ausnahme) 97%, was Anlegerrenditen von 7·23% bzw. 7·68% ergab. Bei fast sämtlichen Emissionen kam es zur vorzeitigen Schließungen der Zeichnungen, bei einigen wurde das Begebungsnominale auf Grund des großen Zeichnungsinteresses aufgestockt.

Durch die günstige Entwicklung der Staatsfinanzen im Jahre 1971 mußte der im Bundesfinanzgesetz festgesetzte Kreditrahmen zur Abdeckung des Defizits von rund 9.830 Millionen Schilling nur mit rund 7.860 Millionen Schilling beansprucht werden, wodurch ein nicht ausgenützter Rest von 1.969 Millionen Schilling verblieben ist. Auch die im Bundesfinanzgesetz enthaltenen Sonderkreditermächtigungen von 120 Millionen Schilling wurden nur mit rund 80 Millionen Schilling ausgenützt.

Der verminderte Fremdmittelbedarf des Bundes und die unsichere Währungssituation im Ausland hat eine erhebliche Einschränkung der

Kreditoperationen des Bundes im Ausland bewirkt. Sie betrugen insgesamt nur 863 Millionen Schilling. Durch zusätzliche Schuldtilgungen größeren Ausmaßes im Ausland ergab sich sogar ein Tilgungsüberschuß im Gegenwert von rund 1.041 Millionen Schilling, wodurch auch ein günstiger währungspolitischer Effekt erzielt werden konnte.

Bei der Bewertung der Auslandsschuldverpflichtungen per Jahresultimo wurde, hauptsächlich durch die Dollarabwertung, ein schuldvermindernder Netto-Kursgewinn von rund 316 Millionen Schilling errechnet, so daß sich die Auslandsschuld des Bundes gegenüber dem Vorjahr insgesamt um rund 1.357 Millionen Schilling vermindert hat.

Von Bedeutung waren auch Umschuldungsmaßnahmen im Gegenwert von 1.219 Millionen Schilling, die vor allem zur Entlastung künftiger Budgets Tilgungserstreckungen brachten.

Die Kreditoperationen im Inland hatten wieder den Hauptanteil an der Budgetfinanzierung zu tragen; sie erbrachten Fremdmittel von rund 7.123 Millionen Schilling, wovon 2.600 Millionen Schilling auf Inlandanleihen, 3.658 Millionen Schilling auf die Begebung von Bundesschatzscheinen und 865 Millionen Schilling auf Darlehen und sonstige Kreditoperationen entfielen.

Erstmals wurden drei Inlandanleihen aufgelegt, wodurch auch der Markt zur Jahresmitte mit einer kleinen Emission (400 Millionen Schilling) in Anspruch genommen wurde.

Die Nettobeanspruchung des inländischen Anleihemarktes durch den Bund selbst betrug nur rund 576 Millionen Schilling, da den Begebungen Anleihetilgungen von 2.024 Millionen Schilling gegenüberstanden. Durch Schatzscheintilgungen von rund 1.772 Millionen Schilling wurde der Schatzscheinmarkt netto mit rund 1.886 Millionen Schilling beansprucht, die Nettoaufnahme bei den Darlehen und sonstigen Kreditoperationen betrug 659 Millionen Schilling.

Durch die Übernahme der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds durch die Oesterreichische Nationalbank (gemäß BGBl. Nr. 309/1971) von rund 1.834 Millionen Schilling wurde ein gleichhoher Betrag von der Notenbankschuld ausgebucht. Neben dieser Ausbuchung erfolgten Tilgungen der Notenbankschuld von rund 196 Millionen Schilling und eine Erhöhung von rund 43 Millionen Schilling (IDA-Schatzscheine), so daß sich die Notenbankschuld gegenüber dem Vorjahr um rund 1.987 Millionen Schilling verminderte.

Die Entwicklung der Finanzschuld des Bundes im Jahre 1971 ist nachfolgend dargestellt.

1. Gesamtübersicht

Mill. S

Die nichtfällige Finanzschuld betrug

Ende 1970	47.071·63
und Ende 1971	46.847·21
sie hat sich somit im Jahre 1971 um	224·42

verringert.

2. Kreditoperation im Jahre 1971

2.11 Kreditermächtigungen zur Abdeckung des Defizits

Mill. S

Art. VI Abs. 1 Ziffer 1 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971	9.829·95

2.12 Kreditermächtigung zur vorübergehenden Kassenstärkung

Mill. S

Art. VI Abs. 1 Ziffer 2 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971	4.000·00

2.13 Sonstige Kreditermächtigungen

a) Art. VI Abs. 1 Ziffer 5 Bundesfinanzgesetz 1971.
Betrifft: Finanzierung der Wiederherstellung der durch Kriegseinwirkung beschädigten oder zerstörten bundeseigenen Wohnhäuser durch den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und die Finanzierung der Errichtung von Wohnhäusern durch die Länder gemäß dem Wohnbauförderungsgesetz 1968.
Kreditrahmen: 10 Millionen Schilling.
Inanspruchnahme: Für die Österreichischen Bundesbahnen 0·10 Millionen Schilling.

b) Art. VI Abs. 1 Ziffer 6 Bundesfinanzgesetz 1971.
Betrifft: Fortführung des weiteren Ausbaues der Wiener Schnellbahn.
Kreditrahmen: 125 Millionen Schilling.
Inanspruchnahme: 80 Millionen Schilling, Restausnützung im Jahre 1972.

c) Art. VI Abs. 1 Ziffer 7 Bundesfinanzgesetz 1971.
Betrifft: Errichtung von 2 höheren Schulen in Wien.
Kreditrahmen: 100 Millionen Schilling.
Inanspruchnahme: Erst ab dem Jahre 1972.

d) BGBl. Nr. 51/1963 in der Fassung BGBl. Nr. 109/1964.
Betrifft: Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen im Zusammenhang mit der Einlösung von Bundesschatzscheinen. In dem Ausmaße, als die zur Sicherstellung begebenen Bundesschatzscheine eingelöst werden müssen, ist der Finanzminister ermächtigt, Kredite bei der Oesterreichischen Nationalbank aufzunehmen.

Im Jahre 1971 wurde im Zuge der Einlösung von IDA-Schatzscheinen die Oesterreichische Nationalbank mit 43 Millionen Schilling in Anspruch genommen.

e) BGBl. Nr. 74/1959.
Betrifft: Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen in Gold und Fremdwährungen. Der Finanzminister ist ermächtigt, die in Gold und Fremdwährung zu leistenden Beiträge von der Oesterreichischen Nationalbank im Kreditwege aufzunehmen.

Im Jahre 1971 wurde die Oesterreichische Nationalbank nach dieser gesetzlichen Ermächtigung nicht in Anspruch genommen.

f) BGBl. Nr. 283/1962.
Zur Finanzierung von Wohnhäusern für deutsche Flüchtlinge ist der Finanzminister ermächtigt, einen Darlehensrahmen der Bundesrepublik Deutschland von 13 Millionen DM nach Maßgabe der Baufortschritte auszunützen.

Dieser Darlehensrahmen wurde im Jahre 1971 mit Berücksichtigung der Kurswertänderung mit 1·87 Millionen Schilling weiter ausgenützt.

g) Art. VI Abs. 1 Ziffer 3 lit. b Bundesfinanzgesetz 1971 (Kreditermächtigungen im Zuge von Konversionen).

Höchstausmaß im Einzelfall: 2.700 Millionen Schilling. Von dieser Ermächtigung wurde im Jahre 1971 in einem Gesamtausmaß von 1.219 Millionen Schilling Gebrauch gemacht.

2.14 Sonstige Gebarungen, die eine Veränderung des Schuldenstandes bewirken können

Es sind dies Einnahmen des Bundes, die auf Grund sondergesetzlicher Bestimmungen für die Tilgung der Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank herangezogen werden können.

a) Abfuhren gemäß Währungsschutzgesetz (BGBl. Nr. 250/1947)
b) Einnahmen aus der Vermögenszuwachsabgabe (BGBl. Nr. 165/1948)
c) Einnahmen aus der Vermögensabgabe (BGBl. Nr. 166/1948)
d) Einnahmen aus der Einmaligen Sühneabgabe (BGBl. Nr. 25/1947)

2.2 Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen

2.21 Kreditoperationen zur Abdeckung des Defizits

2.211 Inland

	Mill. S
a) Investitionsanleihe 1971 (8. bis 12. 3. 1971)	
Ausgabe A	
Zinsfuß: 7%	
Emissionskurs: 98·75%	
Laufzeit: 15 Jahre	
Anlegerrendite: 7·22%	
Begebungsnominale	240·00
Ausgabe B	
Zinsfuß: 6¾%	
Emissionskurs: 97%	
Laufzeit: 8 Jahre (hievon 3 Jahre tilgungsfrei)	
Anlegerrendite: 7·62%	
Begebungsnominale	860·00
Investitionsanleihe 1971 — Gesamt .	1.100·00
b) Investitionsanleihe 1971/II (14. bis 18. 6. 1971)	
Ausgabe A	165·00
Ausgabe B	235·00
(Die Konditionen gleich wie unter lit. a)	
Investitionsanleihe 1971/II — Gesamt	400·00
c) Investitionsanleihe 1971/III (3. bis 8. 11. 1972)	
Ausgabe A	397·50
Ausgabe B	702·50
Die Konditionen gleich wie unter lit. a)	
Investitionsanleihe 1971/III — Gesamt	1.100·00
d) Darlehen von Versicherungsanstalten	
Zinsfuß: 6¾% und 7%	
Zuzählungskurs: 94·44% bzw. 94·696%	
Laufzeiten: 10 bzw. 15 Jahre	
Zuzählungsnominale — Gesamt ..	351·90
e) 3 Banken-Darlehen	
Zinsfuß: 7% bis 7½%	
Zuzählungskurse: 95% bis 98%	
Laufzeiten: 7 bis 10 Jahre	
Zuzählungsnominale — Gesamt ..	300·00
f) 1 Sparkassen-Darlehen für Fernsprech-Investitionen	
Zinsfuß: 3% (Die Stadt Wien leistet dazu Zinsenzuschüsse an die Sparkasse)	
Laufzeit: 3 Jahre	
Zuzählungsnominale	68·67
g) Bundesschatzscheine	
Zinsfuß: 6¾%	
Zuzählungskurse: 96½% bis 98%	
Laufzeiten: 1½ bis 3 Jahre (mit teilweisen Prolongationszusagen bis 5 Jahre)	
Begebungsnominale — Gesamt....	3.658·00
h) Sonstiges	21·44
2.211 — Inland — Summe ...	7.000·01

2.212 Ausland

	Mill. S
a) Schweizer Franken-Anleihe 1971 Zinsfuß: 6½% Emissionskurs: 100% Laufzeit: 14 Jahre Begebungsnominale (60 Mill. sfrs) .	366·00
b) Schweizer Franken Schatzschein-Kredit 1971 Zinsfuß: 7% Zuzählungskurs: 98·5% Laufzeit: 5 Jahre Begebungsnominale (80 Mill. sfrs) .	488·00
c) Sonstiges	6·79
2.212 Ausland — Summe ...	860·79
2.221 In- und Ausland — Summe ...	7.860·80

Der gesetzliche Kreditrahmen von 9.829·95 Millionen Schilling (2.11) wurde somit mit einem Betrag von 1.969·15 Millionen Schilling nicht ausgenützt.

2.22 Kreditoperationen im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft bei internationalen Finanzinstitutionen und sonstige Schuldaufnahmen bzw. Erhöhungen

	Mill. S
a) Kredit der Oesterreichischen Nationalbank gemäß BGBl. Nr. 51/1963 und 109/1964	42·87
b) Wohnbaudarlehen gemäß Art. VI Abs. 1 Ziffer 5 BFG. 1971	0·10
c) Schnellbahndarlehen der Gemeinde Wien 1971 gemäß Art. VI Abs. 1 Ziffer 6 BFG. 1971	80·00
d) Wohnbaudarlehen der Bundesrepublik Deutschland für Flüchtlinge gemäß BGBl. Nr. 283/1962, weitere Ausnützung	1·87
2.22 — Summe ...	124·84
Gesamthöhe der Kreditoperationen und Schulderhöhungen (2.21 und 2.22).....	7.985·64
Durch den Netto-Kursgewinn von —	316·11
ergab sich eine Schulderhöhung von nur	7.679·53

2.23 Kreditoperationen zur vorübergehenden Kassenstärkung

Im Sinne der Bestimmungen des Art. VI Abs. 1 Ziffer 2 des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971 waren die zur vorübergehenden Kassenstärkung kurzfristig eingegangenen Schulden bis spätestens 31. Dezember 1971 zu tilgen, so daß sie den Schuldenstand per Ende 1971 nicht mehr beeinflußten. Im Jahre 1971 wurden Kassenstärker-Operationen nur im Inland getätigt, und zwar wurden kurzfristige Bundesschatzscheine von zusammen 2.890 Millionen Schilling begeben. Der gesetzliche Rahmen von 4.000 Millionen Schilling wurde demnach nicht voll ausgenützt. Die Bundesschatzscheine waren mit der Eskontfähigkeit bei der Oesterreichischen Nationalbank ausgestattet, dementsprechend betrug die Verzinsung nur 2¼%.

3 Struktur und Entwicklung der österreichischen Finanzschuld

3.1 Inlandsschuld

3.11 Gesamtüberblick

	Mill. S
Die Inlandsschuld hat sich gegenüber Ende 1970 von	33.582·28
um.....	1.132·94
auf	34.715·22

erhöht.

Die Erhöhung stellt einen Nettobetrag dar, der sich aus Schulderhöhungen (Inland-Budgetfinanzierung 7.000·01 Millionen Schilling und sondergesetzliche Kreditaufnahmen 122·97 Millionen Schilling) von ..... 7.122·98
und Schuldtilgungen von ..... 5.990·04
ergibt. (In diesem Tilgungsbetrag ist die Ausbuchung von 1.834·26 Millionen Schilling gemäß BGBl. Nr. 309/1972 enthalten, so daß die geldmäßige Schuldtilgung nur 4.155·78 Millionen Schilling betrug).

Die Inlandsschuld bestand Ende 1971 aus titrierten Schulden im Betrage von	27.931·74
hievon	
Anleihen	*17.686·14*
Schuldverschreibungen	*107·90*
Bundesschatzscheine	*10.137·70*
und nicht titrierte Schulden im Betrage von	6.783·48
hievon	
Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank	*3.085·58*
Versicherungsdarlehen.....	*1.785·95*
Sonstige (hauptsächlich Schuldscheindarlehen)	*1.911·95*

3.241·39 Millionen Schilling sind als Sonderschulden (deren Aufnahme einem anderen Zwecke als dem die Haushaltsfinanzierung diente) und 31.473·83 Millionen Schilling sind als kommerzielle Inlandschulden (Schulden, die in den vergangenen Jahren zur Finanzierung der Budgetabgänge aufgenommen wurden) zu bezeichnen.

Zu den Sonderschulden gehören:	Mill. S
a) Restforderungen gemäß § 14 WSchG.	47·92
b) 2% Kredit der Oesterreichischen Nationalbank (BGBl. Nr. 74/1969)	66·88
c) 2% Kredit der Oesterreichischen Nationalbank (BGBl. Nr. 51/1963)	323·71

	Mill. S
d) Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank (gemäß Notenbanküberleitungsgesetz-Novelle BGBl. Nr. 122/1946)	2.694·98
e) Rekonstruktionsschuldverschreibungen	107·90

3.12 Entwicklung der Inlandschuld seit 1962

Ende	Höhe in Mill. S	Anteil an der gesamten Finanzschuld des Bundes in %	% des Brutto-National-produktes
1962	19.334·59	84·00	10·27
1963	20.905·27	83·41	10·08
1964	22.316·50	81·72	9·82
1965	23.919·61	84·59	9·67
1966	25.596·62	87·43	9·57
1967	27.378·69	79·18	9·67
1968	27.970·10	70·21	9·24
1969	30.842·27	70·73	9·29
1970	33.582·28	71·34	8·98
1971	34.715·22	74·10	8·35

3.2 Auslandschuld

Mill. S

3.21 Gesamtüberblick

Die Auslandschuld betrug Ende 1970 13.489·35
wovon auf die alte Auslandschuld (vor 1938) 350·19 Millionen Schilling und auf die Auslandschuld seit 1945 13.139·16 Millionen Schilling entfielen.

Im Jahre 1971 hat sich die Auslandschuld
um ..... 1.357·36
auf ..... 12.131·99
vermindert, wovon auf die alte Auslandschuld 315·63 Millionen Schilling und auf die Auslandschuld nach 1945 11.816·36 Millionen Schilling entfielen.

Die Verminderung stellt einen Nettobetrag dar, der sich aus Schulderhöhungen (Aufnahmen) von ..... 862·66
aus Schuldtilgungen von ..... 1.903·91
und einer buchmäßigen Verminderung der Schuld durch Netto-Kursgewinne
von ..... 316·11
ergibt.

Von den Auslandschulden per Ende 1971 entfielen auf titrierte Schulden 7.915·95
hievon
Anleihen ..... *3.563·43*
Schatzschein- und Schatzwechselkredite ..... *4.352·52*
und nicht titrierte Schulden (hauptsächlich Schuldscheindarlehen) ... *4.216·04*

615·58 Millionen Schilling der Auslandschuld sind als Sonderschulden und 11.516·41 Millionen Schilling als kommerzielle Schulden zu bezeichnen.

Zu den Sonderschulden gehören:	Mill. S
3 Eximbankkredite von zusammen .. Sie wurden seinerzeit aus dem Erlös der US-Überschußgüterimporte dem Bund zur Weitergabe an die österreichische Wirtschaft gewährt. Die Weitergabe an die österreichische Wirtschaft erfolgte gemeinsam mit den ERP-Krediten als sogenannte SAC- (Surplus Agricultural Commodities)-Kredite	557·27
Darlehen der Bundesrepublik Deutschland gemäß BGBl. Nr. 283/1962	58·31

Die Auslandschuld per Ende 1971 gliedert sich in folgende Fremdwährungsbeträge:

201·17 Millionen US-Dollar
580·99 Millionen D-Mark
417·41 Millionen Schweizer Franken
36·36 Millionen Holländische Gulden
2·93 Millionen Pfund Sterling
2·55 Millionen Schwedische Kronen
0·51 Millionen Lire
0·21 Millionen Französische Franken
2·68 Millionen Belgische Franken
8·50 Millionen Peseten
22·00 Millionen Tschechische Kronen (alt)

Gegenüber den Garantiestaaten der garantierten österreichischen Konversionsanleihe 1934/1959 und der internationalen garantierten Bundesanleihe 1933 besteht noch eine Schuld im Gegenwert von 56 Millionen Schilling.

3.22 Entwicklung der Auslandschuld seit 1962

Ende	Höhe in Mill. S	Anteil an der gesamten Finanzschuld des Bundes in %	% des Brutto-national-produktes
1962	3.682·79	16·00	1·96
1963	4.156·82	16·59	2·00
1964	4.992·52	18·28	2·20
1965	4.357·13	15·41	1·76
1966	3.680·26	12·57	1·37
1967	7.200·04	20·82	2·54
1968	11.870·78	29·79	3·92
1969	12.761·58	29·27	3·84
1970	13.489·35	28·66	3·61
1971	12.131·99	25·90	2·92

3.3 Konversionen

Im Jahre 1971 wurden insgesamt 1.219 Millionen Schilling (50 Millionen US-Dollar) konvertiert.

3.4 Zusammenfassende Daten der Gesamtschuld

3.41 Entwicklung im Jahre 1971

Schuld	Stand Ende 1969 Mill. S	Zugang (Aufnahmen und sonstige Erhöhungen) Mill. S	Abgang (Tilgung und sonstige Verminderung) Mill. S	Stand Ende 1970 Mill. S
Inland	33.582·28	7.122·98	5.990·04	34.715·22
Ausland	13.489·35	862·66	2.220·02	12.131·99
Gesamt	47.071·63	7.985·64	8.210·06	46.847·21

3.42 Schuldarten Ende 1971

	Inland Mill. S	Ausland Mill. S	Gesamt Mill. S
a) Titrierte Schulden			
Anleihen	17.686·14	3.563·43	21.249·57
Schuldverschreibungen	107·90	—	107·90
Bundesschatzscheine	10.137·70	—	10.137·70
Schatzschein- und Schatzwechselkredite	—	4.352·52	4.352·52
b) Nichttitrierte Schulden			
Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank	3.085·58	—	3.085·58
Versicherungsdarlehen	1.785·95	—	1.785·95
Schuldscheindarlehen	1.911·95	4.216·04	6.127·99
Zusammen	34.715·22	12.131·99	46.847·21

3.5 Entwicklung der Gesamtschuld seit 1962

3.51 Gesamtdaten

Ende	Höhe in Mill. S	% des Brutto-Nationalproduktes
1962	23.017·38	12·23
1963	25.062·09	12·08
1964	27.309·02	12·02
1965	28.276·74	11·43
1966	29.276·88	10·94
1967	34.578·73	12·21
1968	39.840.88	13·16
1969	43.603·85	13·13
1970	47.071·63	12·59
1971	46.847·21	11·27

www.parlament.gv.at

Arbeits(Amts)beihelf zum Bundesfinanzgesetz 23*

3.52 Die einzelnen Finanzschulden seit 1961 [1])

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Finanzschulden vor 1938 (Ausland)												
4½%-Internationale Bundesanleihe der Republik Österreich 1930	153·6	144·0	139·0	133·5	122·6	111·2	98·7	92·1	83·8	77·7	70·1	[2]) 62·1
Schuld an die Garantiestaaten der Bundesanleihen 1933 und 1934	125·0	120·0	115·0	108·0	101·0	94·0	87·0	80·0	72·0	64·0	56·0	[2]) 48·0
4½%-Garantierte österreichische Konversionsanleihe 1934	389·3	377·0	358·5	345·1	320·1	306·4	252·3	238·0	222·2	208·5	189·5	[2]) 174·4
Schuldverpflichtung an die Caisse Commune	31·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schuld gegenüber der Schweiz gemäß Abkommen vom 30. April 1953	10·2	5·1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Verschiedene	13·5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Finanzschulden seit 1945 (Ausland)												
5½%-Dollar-Anleihe 1958	650·0	592·9	538·1	484·4	430·7	377·0	323·3	269·6	215·9	162·1	100·8	[3]) 49·0
5%-Schweizer-Franken-Anleihe 1961	299·5	299·5	299·0	299·0	299·0	298·0	299·0	299·0	299·0	300·0	305·0	[3]) 300·0
6%-Dollar-Anleihe 1964	—	—	—	464·8	464·8	464·8	464·8	464·8	464·8	433·8	374·4	[3]) 332·6
6¾%-Dollar-Anleihe 1967	—	—	—	—	—	—	580·9	580·9	580·9	580·9	495·6	[3]) 434·3
7%-Deutsche Mark-Anleihe 1968	—	—	—	—	—	—	—	649·0	710·0	710·0	730·0	[3]) 727·0
6½%-Deutsche Mark-Anleihe 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	852·0	852·0	876·0	[3]) 872·4
6½%-Schweizer-Franken-Anleihe 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	366·0	[3]) 360·0
Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite:												
5%-Schweizer — 1962 (DOSAG-Regelung)	—	251·6	188·4	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7¾%-Dollar — 1966	—	—	—	—	—	103·3	103·3	—	—	—	—	—
7%-Schweizer — 1966	—	—	—	—	—	138·3	129·9	—	—	—	—	—
7%-Italienischer — 1966	—	—	—	—	—	103·7	103·8	—	—	—	—	—
7%-Dollar 1967/I	—	—	—	—	—	—	129·1	129·1	—	—	—	—
6¾%-Dollar 1967/II	—	—	—	—	—	—	103·3	103·3	—	—	—	—
6¾%-Dollar 1967/III	—	—	—	—	—	—	103·3	103·3	—	—	—	—
6¾%-Dollar 1967/IV	—	—	—	—	—	—	258·2	258·2	258·2	—	—	—
6¾%-Dollar 1967/V	—	—	—	—	—	—	129·1	129·1	129·1	—	—	—
Dollar 1967/VI	—	—	—	—	—	—	516·4	516·4	—	—	—	—
7⅛%-Dollar 1967/VII	—	—	—	—	—	—	1.032·8	1.032·8	—	—	—	—

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Schatzschein- und Schatzwechsel-Kredite (Fortsetzung):												
6¾%-Schweizer Franken 1967	—	—	—	—	—	—	53·8	53·8	—	—	—	—
7%-Schweizer — 1967/II	—	—	—	—	—	—	149·5	149·5	—	—	—	—
6½%-Schweizer — 1967/III	—	—	—	—	—	—	119·6	119·6	119·6	120·0	122·0	—
6¾%-Schweizer — 1967/IV	—	—	—	—	—	—	149·5	149·5	149·5	—	—	—
6¾%-Schweizer — 1967/V	—	—	—	—	—	—	149·5	149·5	149·5	—	—	—
6¾%- und 7%-Deutsche Mark — 1968/I	—	—	—	—	—	—	—	649·0	710·0	710·0	697·2	[3] 661·6
6¾%-Deutsche Mark — 1968/II	—	—	—	—	—	—	—	356·9	390·5	390·5	361·3	[3] 319·9
6¾%-Deutsche Mark — 1968/III	—	—	—	—	—	—	—	324·5	355·0	355·0	328·5	[3] 290·8
6½%-Deutsche Mark — 1968/IV	—	—	—	—	—	—	—	116·8	127·8	127·8	131·4	[3] 65·4
6½%-Deutsche Mark — 1969/I	—	—	—	—	—	—	—	—	710·0	710·0	730·0	[3] 727·0
6½%-Deutsche Mark — 1969/II	—	—	—	—	—	—	—	—	177·5	177·5	182·5	[3] 181·8
6½%-Deutsche Mark — 1969/III	—	—	—	—	—	—	—	—	142·0	142·0	146·0	[3] 145·4
6½%-Schweizer — 1969/I	—	—	—	—	—	—	—	—	215·3	216·0	219·6	[3] 216·0
6¾%-Schweizer — 1969/II	—	—	—	—	—	—	—	—	179·4	180·0	183·0	[3] 180·0
Schweizer — 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	258·2	259·1	263·4	[3] 169·1
7⅜%-Hollandgulden — 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	257·8	257·8	259·6	[3] 207·8
9¾%-Dollar 1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	258·2	240·0	—
7%-Schweizer Franken 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	488·0	[3] 480·0
2⅜%-Surplus-Kredit der Regierung der USA	13·2	11·9	10·0	9·2	8·5	6·0	—	—	—	—	—	—
3%-War-Assets-Kredit der Regierung der USA	7·5	3·7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3% (4%)-Kredite der Export-Import-Bank:												
1. Kredit	38·3	37·3	36·1	34·6	32·6	30·6	28·1	25·5	22·5	19·2	14·5	[3] 10·3
2. Kredit	371·4	374·6	373·0	371·7	370·0	367·9	365·3	362·3	358·8	354·9	325·7	[3] 309·1
3. Kredit	186·1	233·0	244·5	244·2	243·6	242·7	241·5	240·0	238·2	236·0	217·1	[3] 206·4
4⅞%-Schweizer Regierungskredit 1957	308·6	286·8	263·4	239·4	214·2	187·2	160·1	131·1	100·6	68·9	35·9	—
5¼% (6%)-US-Kredite 1961/I	310·4	310·4	154·9	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5¼% (6%)-US-Kredite 1961/II	310·4	310·4	309·8	241·1	172·5	103·3	69·5	35·6	—	—	—	—
Darlehen der Bundesrepublik Deutschland 1961	—	14·1	28·4	39·1	48·8	55·7	65·1	61·9	64·9	60·1	58·3	[3] 52·6
5¼%-US-Kredite 1962/I	—	310·5	309·8	309·8	207·6	105·3	—	—	—	—	—	—
US-Kredite 1962/II	—	—	—	766·8	595·1	570·5	546·0	449·4	337·8	226·7	97·5	—
2·8%-Italienischer Warenkredit 1962	—	—	14·4	23·9	28·9	14·4	—	—	—	—	—	—
5%-US-Kredite 1963	—	—	516·4	490·6	438·9	—	—	—	—	—	—	—

Fußnoten siehe Seite 356.

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Kommerzbank-Kredite: [4])												
US — 1963	—	—	258·2	258·2	129·1	—	—	—	—	—	—	—
5%US — 1964	—	—	—	129·1	129·1	—	—	—	—	—	—	—
Dollar — 1967/III	—	—	—	—	—	—	129·1	129·1	129·1	—	—	—
Dollar — 1967/IV	—	—	—	—	—	—	258·2	258·2	258·2	258·2	—	—
Dollar — 1968/I	—	—	—	—	—	—	—	258·2	—	—	—	—
Dollar — 1968/II	—	—	—	—	—	—	—	2.582·0	2.582·0	2.582·0	—	—
Dollar — 1968/III	—	—	—	—	—	—	—	322·8	322·8	322·8	300·0	—
7¾% Schweizer 1969/I	—	—	—	—	—	—	—	—	516·4	518·1	526·8	[3]) 518·1
7¾% Schweizer 1969/II	—	—	—	—	—	—	—	—	0·3	0·3	0·3	[3]) 0·3
10⁵/₁₆%-Dollar—1970/I	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	120·0	[3]) 115·5
Dollar — 1970/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	903·7	840·0	—
9¾%-Dollar — 1970/III	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	120·0	—
9¾%-Dollar — 1970/IV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	120·0	—
9½%-Dollar — 1970/V	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	120·0	—
Dollar—1970/VI	—	—	—	—	—	—	—	—	—	129·1	120·0	[3]) 115·5
Dollar—1971/I	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240·0	[3]) 231·0
Dollar—1971/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	360·0	[5]) 346·5
Dollar—1971/III	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	360·0	[5]) 346·5
Dollar—1971/IV	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240·0	[5]) 231·0
Dollar—1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[3]) 808·5
Auslandschulden (Summe)	3.218·0	3.682·8	4.156·9	4.992·5	4.357·1	3.680·3	7.200·0	11.870·8	12.761·6	13.489·3	12.132·0	10.295·9

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Finanzschulden seit 1945 (Inland)												
2%-Bundesschuldverschreibungen 1947	428·0	290·4	147·3	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5%-Aufbauanleihe 1949	216·3	204·1	191·3	177·8	163·7	148·9	133·2	116·9	99·7	81·7	62·7	[5]) 42·8
Anteil des Bundes an der 5%- und 7% Energieanleihe 1953 (Schuld des Bundes an die Österreichische Elektrizitätswirtschafts A. G.)	239·0	232·1	104·3	97·3	96·1	88·7	81·3	73·9	66·5	59·1	51·7	[5]) 50·3
6%-Bundesanleihe zum Wiederaufbau von Bahnhöfen und zur Elektrifizierung der Bundesbahnen	120·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4%-Bundesanleihe der Republik Österreich zum Ausbau der Vollautomatisierung des österreichischen Telephonnetzes (Postkredit 2)	40·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4%-Bundesschuldverschreibungen 1955 (Entschädigungen für verstaatlichte Betriebe)	202·5	105·4	38·2	27·0	—	—	—	—	—	—	—	—
2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank I [6])	531·4	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	530·9	66·9	[5]) 66·9
2%-Kredit der Oesterreichischen Nationalbank II [7])	—	—	497·1	1.412·9	1.455·1	1.534·9	1.594·5	1.616·4	1.636·2	1.661·3	323·7	[5]) 495·6
2%-Bundesschuld an die Oesterreichische Nationalbank	1.156·7	1.145·6	1.144·4	3.126·2	3.080·6	3.059·1	2.954·8	3.038·4	3.031·5	2.880·3	2.695·0	[5])2.620·1
Verpflichtung des Bundes an die Oesterreichische Nationalbank (betr. die amerikanischen Hilfslieferungen)	185·1	148·1	111·1	74·1	37·1	—	—	—	—	—	—	—
3%-Rekonstruktionsschuldverschreibungen	371·9	351·4	318·4	292·4	263·3	229·1	208·5	181·5	149·0	108·4	107·9	[5]) 90·2
4%-Bundesschuldverschreibungen (Versicherungswiederaufbau)	71·2	59·8	47·5	33·7	24·7	14·5	7·1	—	—	—	—	—
6½%-Investitionsanleihe 1956	400·0	360·0	320·0	280·0	240·0	200·0	160·0	120·0	80·0	40·0	—	—
6½%-Salzburger Festspielhaus-Anleihe	35·0	35·0	31·5	28·0	24·5	21·0	17·5	14·0	10·5	7·0	3·5	—
7%-Verkehrsanleihe 1957	192·5	175·0	157·5	140·0	122·5	105·0	87·5	70·0	52·5	35·0	17·5	—
7%-Investitionsanleihe 1958/I (A+B)	495·0	495·0	495·0	445·0	395·0	345·0	295·0	245·0	195·0	145·0	95·0	[5]) 45·0
6%-Trefferanleihe 1958	100·0	100·0	100·0	90·0	80·0	70·0	60·0	50·0	40·0	30·0	20·0	[5]) 10·0

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Schnellbahn-Kredite:												
Kredit der Gemeinde Wien 1958	420·0	420·0	350·0	280·0	210·0	140·0	70·0	—	—	—	—	—
Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1961	100·0	100·0	100·0	75·0	50·0	25·0	—	—	—	—	—	—
7%-Investitionsanleihe 1958/II	450·0	450·0	450·0	405·0	360·0	315·0	270·0	225·0	180·0	135·0	90·0	[5]) 45·0
Bundes-Losanleihe 1958	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	50·0	—	—	—	—	—
Bankenkredit 1958 (Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG)	477·4	291·1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Kredit der Gemeinde Wien 1958 für Hotel AG.	30·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7%-Bundesanleihe 1959	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.800·0	1.680·0	1.560·0	1.440·0	1.320·0	1.200·0	1.080·0	960·0	[5]) 840·0
6%-Bundesanleihe 1959	200·0	200·0	200·0	200·0	160·0	120·0	80·0	40·0	—	—	—	—
6¼%-Bundesanleihe 1959	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.200·0	1.080·0	960·0	840·0	720·0	600·0	480·0	360·0	[5]) 240·0
7%-Bundesanleihe 1960	1.500·0	1.500·0	1.500·0	1.375·0	1.250·0	1.125·0	1.000·0	875·0	750·0	625·0	500·0	[5]) 375·0
5¾%-Bankkredit 1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baukredit der Studienges. Osttirol, Ges. m. H...	12·1	10·1	7·8	5·9	3·9	2·0	—	—	—	—	—	—
Baukredit der TIWAG	2·3	1·9	1·4	1·0	0·5	—	—	—	—	—	—	—
Baukredit der Tauernkraftwerke A. G.	—	15·0	22·9	28·0	27·0	24·4	21·3	18·1	14·9	11·7	9·5	[5]) 6·4
Tiroler Straßenbaukredit 1968 [8])	—	—	—	—	—	—	—	12·0	23·5	25·0	18·7	[5]) 12·5
7%-Darlehen der Verbundgesellschaft 1960	150·0	150·0	150·0	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7%-Bundesanleihe 1961	500·0	500·0	500·0	500·0	500·0	500·0	450·0	400·0	350·0	300·0	250·0	[5]) 200·0
Autobahnkredite verschiedener Versicherungsanstalten	62·6	148·6	208·4	268·9	341·0	347·0	347·0	347·0	298·6	244·1	210·8	[5]) 162·5
7%-Bundesanleihe 1962	—	600·0	600·0	600·0	600·0	600·0	600·0	552·0	504·0	456·0	408·0	[5]) 360·0
6¾%-Schnellbahnanleihe 1962	—	150·0	150·0	150·0	125·0	100·0	75·0	50·0	25·0	—	—	—
6%-Bundesobligationen 1962	—	400·0	400·0	400·0	360·0	320·0	280·0	240·0	200·0	160·0	120·0	[5]) 80·0
6¾%-Bundesanleihe 1963	—	—	750·0	750·0	750·0	750·0	750·0	750·0	690·0	630·0	570·0	[5]) 510·0
6½%-Bundesanleihe 1963 (A+B)	—	—	1.250·0	1.250 0	1.250·0	1.250·0	1.145·8	1.041·6	937·5	833·3	729·2	[5]) 625·0
6¼%-Bundesobligationen 1963	—	—	350·0	350·0	350·0	315·0	280·0	245·0	210·0	175·0	140·0	[5]) 105·0
6¼%-Darlehen der Verbundgesellschaft 1963.	—	—	150·0	150·0	150·0	150·0	150·0	150·0	144·0	138·0	132·0	[5]) 126·0
6%-Bundesanleihe 1964	—	—	—	1.300·0	1.300·0	1.300·0	1.300·0	1.191·7	1.083·3	975·0	866·7	[5]) 758·4
6%-Konversionsanleihe 1964	—	—	—	1.000·0	1.000·0	1.000·0	1.000·0	900·0	800·0	700·0	600·0	[5]) 500·0
6%-Bundesanleihe 1964/II	—	—	—	1.000·0	1.000·0	1.000·0	1.000·0	916·7	833·3	749·9	666·7	[5]) 583·4

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
Darlehen für bahneigene Wohnhausanlagen:												
Darlehen des Wohnhauswiederaufbaufonds.	—	—	—	88·7	98·6	99·7	109·3	111·5	113·0	115·8	113·4	[5] 111·6
Darlehen der Gemeinde Wien	—	—	—	—	2·4	2·9	3·2	2·9	2·6	2·2	1·9	[5] 1·6
6%-Bundesanleihe 1965	—	—	—	—	1.500·0	1.500·0	1.500·0	1.500·0	1.375·0	1.250·0	1.125·0	[5] 1.000·0
6%-Bundesanleihe 1965/II	—	—	—	—	800·0	800·0	800·0	800·0	733·4	666·7	599·9	[5] 533·2
6%-Bundesanleihe 1966	—	—	—	—	—	800·0	800·0	800·0	800·0	733·4	666·7	[5] 600·0
6%-Bundesanleihe 1966/II	—	—	—	—	—	700·0	700·0	650·0	600·0	550·0	500·0	[5] 450·0
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1966	—	—	—	—	—	154·9	154·9	154·9	154·9	134·6	114·3	[5] 94·0
6%-Investitionsanleihe 1967	—	—	—	—	—	—	800·0	746·7	693·3	640·0	586·7	[5] 533·4
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1967	—	—	—	—	—	—	218·6	218·6	218·6	217·6	190·4	[5] 163·3
6%-Investitionsanleihe 1967/II [9]	—	—	—	—	—	—	1.000·0	1.000·0	909·1	818·2	727·3	[5] 636·4
6½%-Investitionsanleihe 1968	—	—	—	—	—	—	—	1.000·0	913·3	826·7	740·0	[5] 653·3
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1968	—	—	—	—	—	—	—	307·4	307·4	307·4	300·4	[5] 263·9
Schnellbahnkredit 1968	—	—	—	—	—	—	—	40·0	87·5	83·1	78·7	[5] 74·4
6¾%-Darlehen bei der Girozentrale 1968	—	—	—	—	—	—	—	50·0	50·0	50·0	41·6	[5] 33·2
6½% Investitionsanleihe 1969 (A+A/2)	—	—	—	—	—	—	—	—	1.289·0	1.244·0	1.204·0	[5] 1.204·0
6½% Investitionsanleihe 1969 — Ausgabe B+C	—	—	—	—	—	—	—	—	411·0	383·6	356·2	[5] 328·8
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	322·0	322·0	322·0	[5] 302·1
Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	12·0	73·0	69·4	[5] 65·7
6¾%-Darlehen der Girozentrale 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	50·0	50·0	45·8	[5] 37·4
6¾%-Darlehen der Ersten Österreichischen Spar-Casse 1969	—	—	—	—	—	—	—	—	50·0	50·0	45·8	[5] 37·4
1%-Darlehen des Landes Kärnten — Wohnbauförderung	—	—	—	—	—	—	—	—	2·6	4·6	4·7	[5] 4·7
6¾%-Darlehen der Girozentrale 1969/II	—	—	—	—	—	—	—	—	200·0	175·0	150·0	[5] 125·0
7%-Investitionsanleihe 1970 (A)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	370·0	345·4	[5] 320·7
6¾%-Investitionsanleihe 1970 (B)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	630·0	620·0	[5] 620·0
7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1970/II (A+B)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.000·0	975·9	[5] 951·8

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
7%-HWSF-Anleihe 1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	60·0	—	—
7%-HWSF-Anleihe 1962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	120·0	60·0	—
6½%-HWSF-Anleihe 1963	—	—	—	—	—	—	—	—	—	180·0	120·0	[5] 60·0
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	230·5	230·5	[5] 230·5
7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1970	—	—	—	—	—	—	—	—	—	65·5	65·5	[5] 65·5
7½%-Darlehen der Girozentrale 1970 [11]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200·0	200·0	[5] 200·0
7½%-Darlehen der Genossenschaftlichen Zentralbank A. G. 1970 [11]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70·0	70·0	[5] 70·0
7½%-Kredit des Landes Tirol (Inntal-Autobahn)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	362·0	362·0	[5] 362·0
7%-Investitionsanleihe 1971 (A)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	240·0	[5] 224·0
6¾%-Investitionsanleihe 1971 (B+B/2)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.095·0	[5] 1.095·0
7%-Investitionsanleihe 1971 (A/2)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	165·0	[5] 154·0
7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1971 (A/3+B/3)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.100·0	[5] 1.073·5
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	259·0	[5] 259·0
7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	92·9	[5] 92·9
7%-Darlehen der Girozentrale 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100·0	[5] 100·0
Schnellbahnkredit der Gemeinde Wien 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80·0	[5] 118·4
4%-Kredit der Österreichischen Apothekerkammer (Chemisch-Pharmazeutisches Institut)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5·0	[5] 5·0
6½%-Hochschulkredit — Klagenfurt 1971 (Bank für Kärnten)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5·0	[5] 5·0
6½%-Hochschulkredit — Klagenfurt 1971 (Kärntner Sparkasse)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5·0	[5] 5·0
6½%-Hochschulkredit — Klagenfurt 1971 (Kärntner Landes-Hypotheken-Anstalt)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5·0	[5] 5·0
7½%-Darlehen der Girozentrale 1971	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100·0	[5] 100·0
7½%-Darlehen der Girozentrale 1971/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	100·0	[5] 100·0
3%-Schulbaukredit der Gemeinde Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 50·0

Fußnoten siehe Seite 356.

www.parlament.gv.at

www.parlament.gv.at

Schuldgattung	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
	Nenn- bzw. Kurswert in Millionen Schilling											
6¾%-Bundesobligationen 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 1.000·0
7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972 (A+B)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 1.200·0
7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/II (A+B)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 800·0
7%- und 6¾%-Investitionsanleihe 1972/III (A+B)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 1.000·0
6¾%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 330·0
7%-Darlehen der Versicherungsanstalten 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 220·0
3%-Kredit der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	68·7	[5] 82·0
6¾%-Darlehen der Österreichischen Postsparkasse 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 200·0
6¾%-Darlehen der Oberösterreichischen Landeshypothekenanstalt 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 40·0
3%-Kredit der Landeshypothekenanstalt Linz für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Oberösterreich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 33·3
3%-Kredit der Landesregierung Niederösterreich für Fernsprech-Sonderfinanzierung — Niederösterreich	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 65·0
7½%-Darlehen der Girozentrale 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 100·0
6¾%-Bundesobligationen 1972/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 1.000·0
3%-Kredit der Hypothekenbank des Landes Vorarlberg für Fernsprech-Sonderfinanzierung-Vorarlberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 14·0
3%-Kredit des Landes Tirol für Fernsprech-Sonderfinanzierung-Tirol	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 20·0
7½%-Darlehen der Girozentrale 1972/II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 150·0
Sonstige Kredite 1972	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 116·0
Sonstige Finanzschulden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	[5] 300·0
Bundesschatzscheine [10]	7.391·5	7.115·1	6.480·2	2.282·2	2.356·8	3.189·2	3.965·0	4.488·8	6.763·7	8.251·7	10.137·7	[5] 10.723·7
Restforderungen gemäß § 14 WSchG	—	—	—	51·5	50·9	49·4	48·3	48·2	48·0	48·0	47·9	[5] 47·7
Inlandschulden (Summe)	19.130·5	19.334·6	20.905·2	22.316·5	23.919·6	25.596·6	27.378·7	27.970·1	30.842·3	33.582·3	34.715·2	39.912·5
Gesamtsumme	22.348·5	23.017·4	25.062·1	27.309·0	28.276·7	29.276·9	34.578·7	39.840·9	43.603·9	47.071·6	46.847·2	50.208·4

Fußnoten siehe Seite 356.

Fußnoten zu Seiten 348 bis 355:

1) 1961 bis 1971 laut Bundesrechnungsabschluß, 1972 Schätzung auf Grund der Vorsorge im Bundesvoranschlag. Finanzschulden der Jahre 1937 sowie 1945 bis 1956 siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1958, Seite 32 bis 35, der Jahre 1957 bis 1960 siehe Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964, Seite 47 bis 50.

2) Schuldendienstaufwand verrechnet bei Titel 590.

3) Schuldendienstaufwand verrechnet bei Titel 591.

4) Zinsfuß variabel.

5) Schuldendienstaufwand verrechnet bei Titel 592.

6) Kredit für Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen.

7) Kredit zur Einlösung der zugunsten internationaler Finanzinstitutionen begebenen Bundesschatzscheine.

8) Bis zum Jahre 1970 als „Baukredit der Tauernkraftwerke A.G. 1968" veranschlagt gewesen.

9) Bei der Begebung dieser Anleihe wurde diese als „6% Investitionsanleihe 1967/II" benannt.

10) Jeweils am 31. Dezember begebene Bundesschatzscheine:

Gesetzliche Grundlage, Begebungszweck	1971	1972	
	Nominale Schilling		
BGBl. Nr. 1/1968, 1/1969, 1/1970, 1/1971, 1/1972: Kassenstärkung des Bundes	10.137,700.000	10.723,700.000	(verzinslich)

11) Im Jahre 1970 als „Sonstige Kredite 1970" veranschlagt gewesen.

VIIIb. Die Haftungsübernahmen des Bundes

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Während auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung die Bundeshaftung der Sicherstellung der Kreditgeschäfte und dadurch überhaupt der Aufbringung von Fremdmittel für die österreichische Wirtschaft dient (Bürge und Zahlerhaftung § 1357 ABGB.), wird auf dem Gebiete der Exportförderung die Haftung in erster Linie in Form von Garantien übernommen, die als selbständige Verträge den besonderen Bedürfnissen bei Exportgeschäften entsprechen (§ 1 Ausfuhrförderungsgesetz 1964 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 15. Februar 1972, BGBl. Nr. 65, im Zusammenhalt mit § 2 Ausfuhrförderungsverordnung 1972 vom 5. April 1972, BGBl. Nr. 114).

Zur Erleichterung der Finanzierung dieser Geschäfte können auch Haftungen nach dieser Bestimmung in Form von Wechselbürgschaften im Sinne des § 1357 ABGB. oder in Form von Garantien gemäß Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 15. Februar 1972, BGBl. Nr. 65, übernommen werden.

Ausfallshaftungen (§ 1346 ABGB.) wurden vor allem im Zuge der Umschuldung ehemaliger USIA-Betriebe und für Betriebsmittelkredite dieser Betriebe übernommen, um ihre Weiterführung nach Übernahme durch den Bund zu gewährleisten. Weiters wurden Ausfallshaftungen für Investitionskredite der Land- und Forstwirtschaft, im Rahmen der Prämiensparförderung (Anschlußkredite), zur Förderung der Errichtung von Zollfreizonen sowie für Kredite im Rahmen des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds übernommen.

Gesetzliche Ermächtigungen

Die Übernahme der Bundeshaftung fällt in die alleinige Zuständigkeit des Finanzministers, der jedoch hiefür entsprechend gesetzliche Ermächtigungen benötigt, die in den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen oder in Sondergesetzen ausgesprochen werden.

Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft

Für den Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft waren vor allem die Auslandsanleihegesetze, BGBl. Nr. 154/1946, zuletzt in der Fassung des BGBl. Nr. 47/1958, BGBl. Nr. 239/1958, in der Fassung des BGBl. Nr. 66/1959 und BGBl. Nr. 74/1962 sowie das Bundesgesetz, betreffend die Haftung gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank im Zusammenhang mit der Finanzierung von Investitionen der ERP-Hilfe (BGBl. Nr. 101/1949) von außerordentlicher Bedeutung.

Im Rahmen der drei Auslandanleihegesetze wurden Haftungen im Gegenwert von rund 7.000 Millionen Schilling, hauptsächlich für Auslandanleihen und Darlehen der Elektrizitätswirtschaft und der verstaatlichten Industrie, sowie für Textilimporte in den ersten Nachkriegsjahren übernommen.

Auf Grund des Gesetzes betreffend die Haftung gegenüber der Oesterreichischen Nationalbank wurden rund 9.000 Millionen Schilling mit Bundeshaftungen besichert. Es handelte sich hier um die Aufbaukredite an die österreichische Wirtschaft, die im Rahmen der ERP-Hilfe bis zum Jahre 1952 und nachher im Rahmen der Rückflußgebarungen dieses Kreditblocks vergeben wurden. Mit dem Übergang des ERP-Sondervermögens an den ERP-Fonds im Jahre 1962 erloschen diese Bundeshaftungen mit einem damaligen Haftungsstand von rund 6.200 Millionen Schilling.

Elektrizitätswirtschaft

Von weiterer Bedeutung waren und sind die Energieanleihegesetze, die mit Ausnahme der Jahre 1954, 1956 und 1971 seit dem Jahre 1953 regelmäßig beschlossen werden und der Elektrizitätswirtschaft die notwendigen Kapitalaufbringungen im In- und Auslande ermöglichen (Inland rund 13.512·4 Millionen Schilling und Ausland rund 4.392·5 Millionen Schilling; mit den Haf-

tungen auf Grund der Auslandanleihegesetze wurden für die Elektrizitätswirtschaft Bundeshaftungen von rund 23.430·8 Millionen Schilling übernommen.

Land- und Forstwirtschaft

Seit dem Jahre 1959 werden in den Bundesfinanzgesetzen Haftungsermächtigungen für Investitionskredite der Land- und Forstwirtschaft erteilt und bis Ende 1971 Haftungen von rund 3.706 Millionen Schilling übernommen. Da bei diesen Aktionen die Bundeshaftung nur für 50 bis 60% (ab 1. Jänner 1968 nur für 50%) der Kreditbeträge übernommen wird, wurde praktisch das Doppelte des Haftungsbetrages für land- und forstwirtschaftliche Investitionen mobilisiert.

Bauwirtschaft

Für den Wohnbau, u. zw. hauptsächlich für Anleihen der beiden Wohnbaufonds, wurden auf Grund finanzgesetzlicher Ermächtigungen Bundeshaftungen von 2.794 Millionen Schilling übernommen.

Der Straßenbau wurde auf Grund von Sondergesetzen mit 6.063 Millionen Schilling durch Bundeshaftungen gefördert.

Für Anleihen des Wasserwirtschaftsfonds zur Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen wurde auf Grund von finanzgesetzlichen Ermächtigungen die Bundeshaftung für 1.200 Millionen Schilling übernommen.

Export

Für die Sicherung österreichischer Exporteure gegen Exportrisken bildeten die Ausfuhrförderungsgesetze und ihre Novellen die gesetzliche Grundlage, u. zw. BGBl. Nr. 149/1950, 119/1953, 182/1954, 145/1957, 278/1960, 200/1964, 90/1965, 195/1967, 192/1969, 186/1970 und 65/1972. Der Haftungsrahmen von ursprünglich 500 Millionen Schilling nach dem Ausfuhrförderungsgesetz 1949 mußte — der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Exportsektor Rechnung tragend — auf nunmehr 35.000 Millionen Schilling nach der Ausfuhrförderungsgesetznovelle 1972 erhöht werden. Der Haftungsrahmen begrenzt jeweils den ausstehenden Haftungsstand. Nach Maßgabe von Kreditrückzahlungen und durch Erlöschen von Haftungsverpflichtungen können neue Haftungen bis zum Höchstrahmen wieder übernommen werden. Diese Revolvierung erklärt es, daß bisher insgesamt 46.057 Millionen Schilling an Haftungen für die Exportförderung übernommen werden konnten, obwohl der Höchstrahmen derzeit 35.000 Millionen Schilling beträgt. Da bei der Exportförderung Haftungen in der Regel einen Selbstbehalt des Exporteurs vorsehen, der bis 50% des Fakturenbetrages ausmachen kann, wurden tatsächlich Exportgeschäfte in noch größerem Umfang gefördert, als die obgenannten Haftungssummen betragen.

Durch das Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1967 in der Fassung des Bundesgesetzes vom 18. Juni 1970, BGBl. Nr. 187, wurde der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für die Aufnahme von Krediten in titrierter und nicht titrierter Form, soweit deren Erlös zur Finanzierung von Ausfuhrgeschäften österreichischer Exporteure verwendet wird, die Haftung zu übernehmen.

Auf den gesetzlich festgelegten Haftungsrahmen von 7 Milliarden Schilling sind Zinsen und Kosten sowie 10% Kursrisken vom Kapitalbetrag einzurechnen.

Bis Ende Dezember 1971 wurden Haftungszusagen von insgesamt 5.171,046.593 Schilling erteilt, das Haftungsobligo beträgt 4.789,840.259 Schilling.

Hievon entfallen auf Transaktionen in fremder Währung 3.165·9 Millionen Schilling, auf solche in österreichischen Schillingen 1.623·9 Millionen Schilling.

Gesamtüberblick

In den Erläuterungen zum Titel 547 „Haftungsübernahmen des Bundes" auf den Seiten 138 bis 141 des Arbeits- bzw. Amtsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1972 sind die gesetzlichen Grundlagen für die derzeit bestehenden Bundeshaftungen einzeln angeführt.

Bis einschließlich Ende 1971 wurden Bundeshaftungen von rund 140.345 Millionen Schilling übernommen.

	Mill. S
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1971 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen	rund 1.217
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (nur bei der Ausfuhrförderung und nach dem Garantiegesetz) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von	rund 836
entgegenstehen. Die Netto-Belastung des Bundes betrug	rund 379

somit nur rund 0·27% der bisher übernommenen Kapitalshaftungen, wobei zu bemerken ist, daß der größte Teil der Haftungsinanspruchnahmen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz durch die eingehobenen Haftungsentgelte abgedeckt wird.

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1948 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes [1])
(Kapitalbeträge)

Jahr	Stand der Haftungen in Mill. S	davon entfallen auf Haftungen in Fremdwährung S	Schillingwährung S
1948	106	106	—
1949	330	330	—
1950	2.789	264	2.525
1951	4.976	436	4.540
1952	5.282	153	5.129
1953	6.116	483	5.633
1954	7.024	439	6.585
1955	8.573	356	8.217
1956	10.279	1.126	9.153
1957	12.050	1.434	10.616
1958	14.803	3.631	11.172
1959	16.917	4.424	12.493
1960	19.063	4.223	14.840
1961	20.409	4.575	15.834
1962	15.970	5.028	10.943
1963	16.949	5.513	11.436
1964	16.979	5.617	11.362
1965	19.985	5.677	14.308
1966	22.774	6.292	16.482
1967	29.977	8.383	21.594
1968	33.319	9.852	23.467
1969	38.931	10.940	27.991
1970	43.296	10.778	32.518
1971	49.506	11.112	38.394

[1]) In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsobligo ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

Stand der Haftungen des Bundes Ende 1971 [2])
(Kapitalbeträge)

	Stand per 31. 12. 1971 Mill. S	
Elektrizitätswirtschaft:		
a) Weltbankkredite	1.152·01	
b) Sonstige Auslandskredite	1.686·97	
c) Auslandanleihen	3.005·84	
d) Energieanleihen (Inland)	8.124·91	
e) Sonstige Inlandkredite	50·00	14.019·73
Ausfuhrförderungsgesetz		19.910·10
Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz		3.504·74
Garantiegesetz 1955		54·46
Agrarinvestitionskredite		1.281·55
Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft)		2.191·50
Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:		
a) Straßenbau	4.195·44	
b) AUA-Kredit	606·02	
c) Sonstiges	357·91	5.159·37
Anleihen der Wohnbaufonds		1.771·57
Anleihen des Wasserwirtschaftsfonds		1.068·75
Sonstige Kredite:		
a) Weltbankkredite an eine Investitionsbank	103·15	
b) Zollfreizonen	48·08	
c) Prämiensparen	5·33	
d) Entwicklungs- und Erneuerungsfonds	359·16	
e) Bäuerlicher Besitzstruktur-Fonds	28·82	544·54
Gesamtsumme		49.506·31

[2]) Siehe Fußnote [1]) auf Seite 359.

Fortsetzung von Seite 306

7. Vorschau auf 1973

Jede Konjunkturprognose geht von bestimmten Annahmen aus, wozu vor allem ein gefestigtes internationales Währungssystem als sichere Basis für den Welthandel und im wesentlichen gleichbleibende Wettbewerbsbedingungen gehören.

Das Weltwährungssystem ist nach wie vor labil. Die umfangreiche Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften wird bereits im Jahre 1973 zu nicht unbeträchtlichen Verschiebungen der Handelsströme in Europa führen. Zum Herbstbeginn 1972 lagen nur die Konjunkturprognosen der OECD von diesem Frühjahr vor. Erst Anfang November wird die OECD ihre Konjunkturvorschau für 1973 veröffentlichen. Alle diese Prämissen sind gerade für ein so stark außenwirtschaftlich verflochtenes Land wie Österreich wesentlich.

Die Konjunkturvorschau auf 1973 wird in Österreich darüber hinaus noch dadurch erschwert, daß die Einführung der Mehrwertsteuer die Auswirkungen der Interimsabkommen mit den Europäischen Gemeinschaften, die mit der Integration verbundenen neuen wirtschaftsbelebenden Maßnahmen sowie nicht zuletzt auch die Liquiditätsabschöpfung der Notenbank maßgebend auf das Wirtschaftsgeschehen Österreichs im nächsten Jahr wirken werden. Dabei kann nicht ohne weiteres eine Konstanz der Verhaltensweisen angenommen werden.

Unter all diesen Prämissen erwarten die Konjunkturforscher zu Herbstbeginn 1972 für 1973 ein reales Wachstum von etwa 5%. Der Export dürfte von der Belebung der westeuropäischen Konjunktur und den Zollsenkungen im erweiterten EWG-Raum profitieren. Die Importe werden durch die Zollsenkungen nach dem Interimsabkommen und dem Wegfall der Ausgleichsteuer erheblich wachsen.

Der private Konsum wird, durch die Einkommensteuerreform gestützt, ungefähr im gleichen Ausmaß wachsen wie 1972. Unter Berücksichtigung einer knapp 2%igen Ausweitung des Beschäftigtenstandes wird eine Zuwachsrate der Löhne und Gehälter um etwa 12% erwartet. Die privaten Investitionen dürften real ungefähr das Ausmaß des Jahres 1972 erreichen. Auch die öffentlichen Investitionen dürften insgesamt ungefähr real gleich stark zunehmen, wobei allerdings die Länder und Gemeinden aus verschiedenen Gründen erheblich weniger investieren dürften.

Ein reales Wirtschaftswachstum von 5% bedeutet die weitgehende Auslastung der Kapazitäten der österreichischen Wirtschaft. Damit wird die Wirtschaftspolitik in ihrer Aufgabe, den Preisauftrieb in engen Grenzen zu halten, beträchtlich erschwert. Die Konjunkturforscher rechnen 1973 mit einer durchschnittlichen Steigerung der Verbraucherpreise von 7% gegenüber einem wahrscheinlichen Jahresdurchschnitt von 6% im Jahre 1972. Der Deflator des Bruttonationalproduktes dürfte 1973 mindestens 7·5% betragen.